

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1981/82 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 ¹⁾ legt der Sachverständigenrat sein achtzehntes Jahresgutachten vor ²⁾.

2. Die schwierige gesamtwirtschaftliche Lage im Sommer 1981 veranlaßte den Sachverständigenrat am 4. Juli 1981 gemäß § 6 Abs. 2 Satz 1 des Sachverständigenratsgesetzes der Bundesregierung ein Sondergutachten „Vor Kurskorrekturen — Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981“ vorzulegen. Als bald nach der Zuleitung an die Bundesregierung hat der Sachverständigenrat das Sondergutachten im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft veröffentlicht ³⁾.

3. Seit dem Sommer hat sich der wirtschaftliche Horizont noch nicht aufgehellt. Ungünstige Erwartungen drücken die wirtschaftliche Aktivität stärker nieder, als es den latenten Wachstumskräften der Volkswirtschaft entsprechen dürfte. Auf das Ausland, dessen wirtschaftliche Probleme noch schwe-

¹⁾ Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/65 bis 1968/69 erläutert.

²⁾ Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

³⁾ Das Sondergutachten vom 4. Juli 1981 ist als Anhang IV abgedruckt.

rer wiegen als die unseren, kann die Bundesrepublik nicht warten. Und der Staat muß sich auf die Anstrengungen konzentrieren, die von ihm direkt oder indirekt geltend gemachten Ansprüche an die Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft einzugrenzen, um dauerhaft den Spielraum zu vergrößern, den die private Wirtschaft zur Lösung ihrer Anpassungs- und Wachstumsaufgaben nutzen soll, Aufgaben, die Jahre ausfüllen werden. Er kann sich deshalb nicht gleichzeitig der Aufgabe stellen, der Wirtschaft kurzfristig dadurch zu helfen, daß er selbst von den brachliegenden Produktionsmöglichkeiten mehr nutzt. Dies hat ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber den Problemen des Tages aufkommen lassen, ein Gefühl, das unnötig ist, wenn der jetzt eingeschlagene Kurs konsequent fortgeführt wird. Unnötig ist in diesem Falle aber auch, daß sich der Staat — Bund, Länder und Gemeinden — bei schwindenden Steuereinnahmen aus Respekt vor dem Mißtrauen der Finanzmärkte mit seinen Ausgaben stärker zurückzieht, als es einer verlässlichen Finanzplanung auf mittlere Sicht entspräche.

Zum erstenmal hat die Bundesrepublik ein Problem kennengelernt, das andere Länder schon gut kennen, das Problem, daß an den internationalen Märkten die Fähigkeit der Bundesrepublik, ihre Probleme ausreichend rasch lösen zu können, nicht mehr für selbstverständlich genommen wurde. Ein Gutteil der außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten dieses Jahres, die die Wirtschaftspolitik auch im Innern lähmten, geht hierauf zurück. Es war ein Alarmzeichen, und die Bundesbank hat darauf reagiert. Die Gefahren konnten gebannt werden. Von daher sind objektiv die Bedingungen für eine wirtschaftliche Erholung besser geworden. Doch das Zutrauen, auf eine bessere Entwicklung zu setzen, ist noch zu schwach.

Unterdessen steigt die schon sehr hohe Arbeitslosigkeit weiter. Sie ist immer mehr zu einem mittelfristigen Problem geworden. Maßnahmen, die, wenn überhaupt, nur kurzfristig helfen, können es nicht lösen. Die Einsicht, daß es sich so verhält, ist allgemein. Daraus könnte die Möglichkeit zu einem beschäftigungspolitischen Konsens erwachsen, in dem zu verstärkten Anstrengungen des Staates, seine Ansprüche auf Dauer einzuschränken, die Bereitschaft der Arbeitnehmer hinzukäme, an der Schaffung günstiger Bedingungen für mehr wirtschaftliche Dynamik mitzuwirken, wie auch ein Angebot der Arbeitgeber, neue Wege der Einkommenspolitik zu beschreiten, die den Arbeitnehmern mehr Sicherheit gäben, daß die Vorteile, die aus dieser Dynamik mit Sicherheit zu erwarten sind, die aber in ihrer Höhe unsicher sind, fair verteilt würden. Ein solcher beschäftigungspolitischer Konsens könnte auch, indem er auf mittlere Sicht verlässlichere Grundlagen schaffte, alsbald den Spielraum erweitern für Maßnahmen, die das Beschäftigungsproblem direkt angehen.

Die Wachstumskräfte der deutschen Volkswirtschaft müßten nach wie vor ausreichen, mit den anstehenden Problemen fertig zu werden. Ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit ist nicht gefährdet, wenn ihre Investitionskraft erneuert wird. Zu lösen ist eine Organisationsaufgabe. Einzubringen ist die Be-

reitschaft, die Ansprüche an den Erfolg am tatsächlichen Erfolg auszurichten, nicht am geforderten.

4. Die Amtsperiode von Professor Dr. Kurt Schmidt war am 28. Februar 1981 abgelaufen. Der Bundespräsident berief ihn für eine weitere Amtsperiode zum Mitglied des Sachverständigenrates.

Mitte August 1981 hat Professor Dr. Werner Glastetter gemäß § 7 Abs. 3 des Sachverständigenratsgesetzes gegenüber dem Bundespräsidenten sein Amt als Mitglied des Sachverständigenrates niedergelegt.

5. Im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von Professor Glastetter ist in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, im Sachverständigenrat seien die Möglichkeiten einer Minderheit, konkurrierenden wirtschaftspolitischen Auffassungen in einem Gutachten den ihnen in Form und Inhalt gebührenden Ausdruck zu geben, unangemessen beengt. Dieser Eindruck ist unzutreffend. Es ist nicht vorgekommen, daß eine Mehrheit der Ratsmitglieder den Antrag eines Mitglieds, eine bestimmte wirtschaftspolitische Position im gemeinsamen Gutachten ausführlich darzustellen und in ihrem Für und Wider zu erörtern, abgelehnt hätte. Der Sachverständigenrat hat überdies die gesamtwirtschaftliche Entwicklung unter alternativen Annahmen darzustellen. Niemals ist über den Wunsch einer Minderheit hinweggegangen worden, dies unter ganz bestimmten Annahmen zu tun. Daß es sich in dem ersten oder dem zweiten Punkt anders verhalte, diese Klage hat uns gegenüber niemals ein Ratsmitglied erhoben.

Daß tiefgreifende Meinungsunterschiede zu mehr oder weniger umfassenden und verselbständigten Minderheitsgutachten Anlaß gaben, statt daß sie aus einem integrierten Gesamtgutachten hervorstüben, hat auch die jeweilige Mehrheit des Sachverständigenrates stets bedauert. Respekt vor dem Wunsch der Minderheit, sich in zusammenhängender Form und deutlich von der Mehrheit abzusetzen, erklärt die vorherrschende Separation. Von einem Abdrängen bestimmter Auffassungen in anhang-ähnliche Texte kann keine Rede sein. Mit der Möglichkeit zum Minderheitsvotum gewährt das Gesetz den einzelnen Mitgliedern des Sachverständigenrates eine scharfe Waffe, und diese ist von den jeweils in eine Minderheit geratenen Mitgliedern stets in der Form genutzt worden, die sie selbst für am wirksamsten hielten.

Der Sachverständigenrat bedauert, daß das ihm aufgebene Zusammenwirken von Mitgliedern unterschiedlicher wissenschaftlicher Überzeugungen und unterschiedlicher Werthaltungen in der Öffentlichkeit als gefährdet erscheint. Die Ratio des Sachverständigenrates ist es nicht, daß vorgefaßte Meinungen zu einem Gutachten zu addieren sind, sondern daß unterschiedliche Positionen nach den Regeln einer wissenschaftlichen Diskussion auf Integrationsmöglichkeiten überprüft und daß sie im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Ziele, die das Gesetz dem Sachverständigenrat vorgibt, bewertet werden sol-

len. Daß wegen der Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen und wegen unterschiedlicher Wertvorstellungen ständig Mehrheitspositionen und Minderheitspositionen im Sachverständigenrat unvermeidlich sind, trifft nicht zu. Es war auch tatsächlich überwiegend anders. Die wirtschaftspolitische Bedeutung unterschiedlicher Werthaltungen läßt sich im Prinzip darstellen, ohne daß es dazu Mehrheits- und Minderheitsmeinungen geben müßte. Denn der Streit zwischen Interessen ist nicht unser Feld. Wissenschaftliche Arbeit beruht auf Tatsachenwissen, Schätzurteilen und Logik. Daß Werturteile sich allenthalben einmischen, gilt als unbestritten. Aber Wissenschaftler können sich — sind sie bereit, ein Problem zu Ende zu diskutieren — wechselseitig dazu zwingen, ihre Auffassungsunterschiede auf Unterschiede in ihren Schätzurteilen zu reduzieren. Auf das Vertrauen, daß dies besonders für die Wirtschaftspolitik Wert hat, wo so viele von der Konfusion von Interessenstandpunkten und Sachzusammenhängen leben, ist der Sachverständigenrat gegründet.

6. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sowie mit dem Präsidenten und den Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu erörtern.

Die Urteilsbildung des Rates erleichterten Berichte des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit.

Wie in früheren Jahren hat der Rat Vertreter der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gab dem Rat Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen über wirtschaftspolitische Probleme der Europäischen Gemeinschaften.

7. Mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen und Forschungsinstituten hat der Rat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Hinweise vermittelt haben. Professor Dr. Wilhelm Krelle, Bonn, Dr. Wilfried Muth, Stuttgart, und Dr. Torsten Tewes, Kiel, haben uns mit Modellrechnungen zu mehreren Fragestellungen geholfen.

8. Wiederum hat der Deutsche Industrie- und Handelstag durch kurzfristige Umfragen bei den Kammern dem Sachverständigenrat besonders aktuelle Informationen zukommen lassen.

9. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten haben uns Professor Dr. Hermann Albeck, Saarbrücken, Professor Dr. Manfred Feldsieper, Köln, und Professor Dr. Carsten Thoroe, Göttingen, geholfen. Wir fanden ferner wiederum wertvolle Unterstützung durch Diplom-Volkswirt Bernhard

Filusch, Essen, Dr. Hans-Hagen Härtel, Hamburg, und Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihnen allen gilt der Dank des Rates.

10. Die volkswirtschaftliche und die statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank haben wie immer den Sachverständigenrat bei seinen statistischen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten und ihm bei der Materialbeschaffung wertvolle Hilfe geleistet.

Unterstützung bei der Beschaffung von Informationen und statistischem Material hat der Sachverständigenrat auch durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaft, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gefunden.

11. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahre sehr gut. Wie wenn dies selbstverständlich wäre, haben sich viele Mitarbeiter des Amtes in weit über das Normale hinausgehendem Maße für die Aufgaben des Rates eingesetzt. Dies gilt besonders für die Angehörigen der Verbindungsstelle zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Sachverständigenrat. Außer deren Leiter Herrn Ltd. Regierungsdirektor Ulrich Maurer und dessen Stellvertreter Herrn Oberregierungsrat Wolfgang Glöckler haben als ständige Mitarbeiter Frau Edith Schnürer, Frau Ursula Wildeman, Herr Friedrich Egli, Herr Peter Leonhardt und Herr Karl Seewald den Rat mit unerschöpflicher Geduld unterstützt. Allen Beteiligten zu danken ist dem Rat ein besonderes Anliegen.

12. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem wissenschaftlichen Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an: Diplom-Volkswirt Roswitha Beck, Dr. Ute Geipel, Dr. Ernst-Moritz Lipp, Dr. Günter Parsen, Dr. Jürgen Pfister, Diplom-Volkswirt Peter Rondorf und Diplom-Volkswirt Gerhard Ziebarth.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Hans J. Barth, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen in dessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, den 18. November 1981

Horst Albach Gerhard Fels Kurt Schmidt Olaf Sievert

Inhalt

	Seite
Eine kürzere Fassung	1
Erstes Kapitel: Die wirtschaftliche Lage	14
<i>TEIL A: Der internationale Rahmen</i>	14
I. Anpassungsdruck zwingt Weltwirtschaft in die Stagnation	14
II. Anhaltende Konjunkturschwäche in den westlichen Industrieländern	19
Neue Wege in der Wirtschaftspolitik	19
Festhalten am bisherigen Konzept	23
III. Zahlungsbilanzungleichgewichte weiterhin groß	25
Leistungsbilanzdefizite verlagert	25
Dollarstärke und hohe Zinsen	28
Finanzierungsprobleme verschärft	28
IV. Europäische Gemeinschaft: Problemdruck unverändert	31
Haushaltsprobleme weiterhin ungelöst	31
Probleme der gemeinsamen Wirtschaftspolitik	33
<i>TEIL B: Die Binnenkonjunktur 1981</i>	42
I. Überblick	42
II. Anpassung vorangekommen?	44
Marktanteilsgewinne im Wettbewerb mit dem Ausland	45
Verbesserung der Angebotsbedingungen läßt auf sich warten ...	46
Weniger Licht als Schatten bei den Investitionen	51
Privater Verbrauch im Zeichen gedämpfter Einkommensentwicklung	53
Staatliche Nachfrage höher als erwartet	54
Belebung der Produktion läßt auf sich warten	55
Verlangsamtes Wachstum des Produktionspotentials	56
Nur mäßiger Produktivitätsanstieg	57
III. Hohe Arbeitslosigkeit	58
Verminderte Beschäftigung	59
Zur Struktur der Arbeitslosigkeit	62
Die Entwicklung der Teilzeitarbeit	67
Zum Arbeitsplatzpotential	69
IV. Starker Geldwertschwund	70
V. Realeinkommen erstmals gesunken	73
VI. Weiterhin außenwirtschaftliches Ungleichgewicht	79
Defizit der Leistungsbilanz noch hoch	79
Nochmals starke reale Abwertung der D-Mark	83
Import von langfristigem Kapital größer, aber teuer	87

	Seite
VII. Geldpolitik: Geldwertsicherung bei Störungen von außen	88
Expansion der Zentralbankgeldmenge weiterhin gering	88
Geldmarktsteuerung auf Sicht	95
Gewinnabführung an den Bund	97
Monetäre Expansion im Zeichen hoher Zinsen	99
Teurer Kredit	102
Kapitalmarkt im Wandel	104
VIII. Finanzpolitik: Neuer Anlauf zur Konsolidierung	108
Unerwartet starker Anstieg der Ausgaben	108
Zur längerfristigen Entwicklung der Ausgabenstruktur	114
Hohe Steuerausfälle	116
Nochmals sprunghafter Anstieg der Defizite	117
Große Impulse — kleine Wirkungen	120
Konsolidierung eingeleitet	121
Zweites Kapitel: Die voraussichtliche Entwicklung	127
I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1982	128
II. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur	130
Drittes Kapitel: Auf der Suche nach einem Ausweg	140
I. Wege der Wirtschaftspolitik	140
Angebotsseitige versus nachfrageseitige Störungen	140
Zum Konzept des Sachverständigenrates	143
Unterschiedliche Wege der Wirtschaftspolitik in einzelnen Län- dern	144
Der Staat ist nicht aus seiner Verantwortung entlassen	148
II. Gegen den Mangel an wirtschaftlicher Dynamik	150
Aus der Weltwirtschaft kommt keine Führung	150
Das Beschäftigungsdilemma	152
Ein beschäftigungspolitischer Konsens	153
Dynamik muß von den Investitionen kommen	156
Alternative	158
III. Zu den Politikbereichen im einzelnen	160
Finanzpolitik	160
Zur steuerlichen Entlastung von gewerblichen Investitionen	167
Geld- und Währungspolitik	171
Lohnpolitik	174
Arbeitsmarktpolitik	176
Marktpolitik	178
Energiepolitik	182
Viertes Kapitel: Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit	185
I. Befunde	185
Zur Entwicklung der Marktanteile	185
Wechselkurse, Preise und Kosten	190

	Seite
Japans Wettbewerbsfähigkeit	192
Zum Innovationspotential der deutschen Wirtschaft	195
II. Für eine offensive außenwirtschaftliche Anpassung	199
 Anhang 	
I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	202
II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	204
III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates	205
IV. Sondergutachten vom 4. Juli 1981: Vor Kurskorrekturen — Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981	206
V. Methodische Erläuterungen	222
VI. Statistischer Anhang	229
 Sachregister	 335

Verzeichnis der Schaubilder

	Seite		Seite
1	15	22	84
2	27	23	86
3	29	24	89
4	45	25	90
5	47	26	95
6	51	27	98
7	52	28	100
8	54	29	101
9	56	30	103
10	57	31	106
11	57	32	107
12	58	33	113
13	59	34	115
14	60	35	118
15	64	36	135
16	66	37	165
17	67	38	186
18	70	39	190
19	73	40	196
20	81		
21	83		

Verzeichnis der Tabellen im Text

	Seite		Seite
1 Reales Brutto sozialprodukt in wichtigen Industrieländern	14	20 Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge	91
2 Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern	16	21 Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	96
3 Arbeitslosenquoten in ausgewählten Ländern	17	22 Zur Gewinnentwicklung der Deutschen Bundesbank	99
4 Zur Entwicklung der Lohnstückkosten und der Reallohnposition in wichtigen Industrieländern	18	23 Mittelaufkommen und Nettoabsatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten	105
5 Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz ausgewählter Länder	26	24 Finanzpolitisch wichtige Ereignisse	109
6 Zur internationalen Zinsentwicklung	30	25 Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	112
7 Zum Europäischen Währungssystem	35	26 Zur Entwicklung der Staatsquote und der Steuerquote	114
8 Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland	36	27 Das Aufkommen wichtiger Einzelsteuern	116
9 Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse	48	28 Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	119
10 Die Entwicklung am Arbeitsmarkt	61	29 Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht	122
11 Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken	63	30 Beschlüsse der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 1982 und zum Finanzplan 1981 bis 1985	125
12 Zur Struktur der Arbeitslosigkeit	65	31 Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern	129
13 Angebotene und nachgefragte Ausbildungsplätze	66	32 Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	132
14 Zur Entwicklung der Lohnquote	75	33 Einnahmen und Ausgaben des Staates ..	138
15 Zur Entwicklung der Reallohnposition ..	76	34 Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1982 ..	163
16 Verteilung des Volkseinkommens	77	35 Die öffentlichen Haushalte 1982 in konjunktureller Sicht	164
17 Rentenniveau	78	36 Entwicklung der deutschen Außenhandelsverflechtung	189
18 Zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte	79		
19 Wichtige Posten der Zahlungsbilanz	80		

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

	Seite		Seite
1* Kaufkraftparitäten zur Umrechnung der binnenwirtschaftlichen Ströme	233	22* Einkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	261
2* Bevölkerung und Erwerbstätige in den EG-Ländern	234	23* Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten	262
3* Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in den EG-Ländern	235	24* Produktivität und Lohnkosten nach Wirtschaftsbereichen	263
4* Bruttoinlandsprodukt in den EG-Ländern	236	25* Verwendung des Sozialprodukts	264
5* Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den EG-Ländern	237	26* Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktberechnung — Verwendung des Sozialprodukts	268
6* Verfügbares Nettovolkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in den EG-Ländern	238	27* Bruttoinvestitionen	270
7* Privater Verbrauch in den EG-Ländern ..	239	28* Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	272
8* Staatsverbrauch in den EG-Ländern	240	29* Einkommen und Ersparnis der privaten Haushalte	274
9* Bruttoanlageinvestitionen in den EG-Ländern	241	30* Käufe der privaten Haushalte im Inland ..	276
10* Außenhandel der EG-Länder	242	31* Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt	277
11* Industrielle Produktion in den EG-Ländern	243	32* Einnahmen und Ausgaben des Staates ..	280
12* Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	244	33* Vermögensbildung und ihre Finanzierung	282
13* Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	246	34* Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte	284
14* Energieerzeugung in ausgewählten Ländern	248	35* Kassenmäßige Steuereinnahmen	286
15* Energieverbrauch im internationalen Vergleich	249	36* Verschuldung der öffentlichen Haushalte ..	287
16* Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	250	37* Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	288
17* Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen ..	251	38* Zahlungsmittelbestände und Kredite	290
18* Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	252	39* Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	291
19* Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	254	40* Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe	294
20* Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	258	41* Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	296
21* Verteilung des Volkseinkommens	260	42* Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	299

	Seite		Seite
43* Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	300	59* Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	320
44* Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	302	60* Index der Grundstoffpreise	321
45* Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	303	61* Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	322
46* Baugenehmigungen	304	62* Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	323
47* Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ..	305	63* Index der Ausführpreise	324
48* Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe ...	307	64* Index der Einfuhrpreise	325
49* Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	308	65* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Bedarfsgruppen	326
50* Einzelhandelsumsatz	309	66* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Hauptgruppen	327
51* Zahlungsbilanz	310	67* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach Hauptgruppen .	328
52* Kapitalverkehr mit dem Ausland	312	68* Preisindex für die Lebenshaltung nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung und nach Haushaltstypen	329
53* Außenhandel, tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte	314	69* Löhne und Gehälter	330
54* Ausfuhr und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik	315	70* Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	331
55* Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	316	71* Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	332
56* Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	317	72* Energieverbrauch nach Bereichen	333
57* Warenausfuhr nach Ländergruppen	318	73* Entwicklung im Mineralölbereich	334
58* Wareneinfuhr nach Ländergruppen	319		

Statistische Materialquellen — Abkürzungen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

AFG	=	Arbeitsförderungsgesetz
BA	=	Bundesanstalt für Arbeit
BMA	=	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMF	=	Bundesministerium der Finanzen
BML	=	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi	=	Bundesministerium für Wirtschaft
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EG	=	Europäische Gemeinschaften, Brüssel/Luxemburg
ERP	=	Marshallplan
ESVG	=	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
FE	=	Forschung und Entwicklung
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
IAB	=	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IAO/ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation, Genf
IWF/IMF	=	Internationaler Währungsfonds, Washington
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
OECD	=	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris
Öffa	=	Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG
OPEC	=	Organisation erdölexportierender Länder, Wien
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SAEG	=	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg/Brüssel
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZR	=	Sonderziehungsrechte
UN	=	Vereinte Nationen, New York
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

- = nichts
- 0 = weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
- .
- .. = kein Nachweis
- ... = Angaben fallen später an
- oder | = der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
- × = Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Eine kürzere Fassung

Der internationale Rahmen

Anpassungsdruck zwingt Weltwirtschaft in die Stagnation

1*. Die westlichen Industrieländer sind auch in diesem Jahr mit den Problemen, die ihre Volkswirtschaften seit langem belasten, nicht fertig geworden. Bei der Inflationsbekämpfung waren die Fortschritte gering. Die Zinsen stiegen weiter, die Investitionen blieben gedämpft. Für eine konjunkturelle Erholung fehlte weithin die Grundlage. Die Produktion lag 1981, nimmt man alle Industrieländer zusammen, wiederum nur wenig höher als im Vorjahr (Ziffern 1 ff.). Die Beschäftigungsprobleme verschärfen sich.

Die Vereinigten Staaten haben die weltwirtschaftliche Entwicklung in hohem Maße geprägt. Dem erneuten Anstieg der Zinsen, der von dort ausging, und dem Sog eines erstarkten Dollar konnten sich die anderen Länder um so weniger entziehen, als sie sich selbst schwer taten, bessere Bedingungen für ein möglichst spannungsfreies Wachstum zu schaffen. Gravierende binnenwirtschaftliche Probleme — stark angewachsene Staatsdefizite, anhaltende Inflationstendenzen und latente Verteilungskonflikte — führten in Verbindung mit der internationalen Zinstendenz dazu, daß neue Dynamik nicht aufkam. Die Neigung zum Protektionismus hat wieder zugenommen. Viele Länder haben den Zugang zu ihren Märkten erschwert.

2*. In Anbetracht der hartnäckigen Probleme, die sich in den einzelnen Ländern auf türmen, schlägt auch neuen Lösungsansätzen Skepsis entgegen. Die Versuche zur wirtschaftlichen Sanierung Großbritanniens haben bisher keinen nachhaltigen Erfolg gezeitigt (Ziffern 16 ff.). Die neue Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten hat das Vertrauen der Investoren ebenfalls noch nicht auf ihrer Seite (Ziffern 7 ff.). In Frankreich begegnen die Investoren und Kapitalanleger der neuen Regierung mit offenem Mißtrauen (Ziffern 27 ff.). In den meisten Ländern besteht zwar Übereinstimmung darüber, daß mit der herkömmlichen staatlichen Nachfragesteuerung auf Dauer nichts gewonnen werden kann, gleichzeitig hat jedoch der Mangel an einem verlässlichen wirtschaftspolitischen Konzept die Unsicherheit vergrößert.

Japan, Italien und die kleineren Länder Europas blieben bei ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik (Ziffern 34 ff.). In Japan hat sich die wirtschaftliche Expansion nach einer vorübergehenden Stockung fortgesetzt. In Europa ist der Abschwung, der in den meisten Ländern Mitte 1980 eingesetzt hatte, im

Verlauf des Jahres 1981 zum Stillstand gekommen. Eine Erholungstendenz ist aber noch nicht sichtbar.

Zahlungsbilanzungleichgewichte weiterhin groß

3*. Obwohl der Ölpreis nicht weiter erhöht wurde, erzielten die OPEC-Staaten, nicht zuletzt wegen der Dollarstärke, wieder hohe Überschüsse. Das Leistungsbilanzdefizit der OECD-Länder wird sich von 75 Mrd Dollar im vergangenen Jahr auf 45 Mrd Dollar 1981 zurückbilden. Für die nichtölexportierenden Entwicklungsländer dürfte dagegen das Defizit mit 80 Mrd Dollar um über 20 Mrd Dollar höher sein als 1980. Das bedeutet eine Verschiebung der Anpassungslasten zu den Entwicklungsländern hin (Ziffern 41 ff.). Dennoch sind bei dieser für die Weltwirtschaft ungünstigeren Defizitsituation bisher keine größeren Liquiditätsprobleme aufgekommen. Allerdings konnten die Zahlungssalden nur bei steigenden Zinsen ausgeglichen werden, wodurch die Verschuldungssituation vieler Entwicklungsländer verschärft worden ist (Ziffern 49 ff.).

4*. Die Wechselkursbewegungen waren im Jahresverlauf 1981 durch die Stärke des Dollar geprägt (Ziffern 46 ff.). Die amerikanische Währung zeigte bis Mitte August 1981 einen steilen Aufwärtstrend. Vor allem gegenüber den europäischen Währungen erreichte der Kurs des Dollar in diesem Jahr unerwartete Höhen.

Die Dollarstärke war mit einem Zinsniveau verbunden, das im allgemeinen noch höher war als das schon hohe Zinsniveau des vergangenen Jahres. Im kurzfristigen Bereich kam es zu einer Annäherung des Zinsniveaus der meisten Industrieländer an das amerikanische Zinsniveau, das gegenüber dem Ende des vergangenen Jahres nicht mehr anstieg. Die langfristigen Zinsen erhöhten sich dagegen in den Vereinigten Staaten deutlich, eigentlich ein Zeichen dafür, daß die längerfristigen Inflationserwartungen einen Sprung nach oben gemacht haben müssen. Die nach oben gerichtete Zinstendenz geht aber sicher auch auf die Erwartung zurück, daß das Defizit im amerikanischen Staatshaushalt hoch bleiben und daß Kapital in der Welt möglicherweise noch lange knapp sein wird. Auch internationale Kapitalanleger, die auf den Dollar setzten, mochten sich längerfristig offenbar nur zu steigenden Zinsen engagieren. Für kurzfristige Anlagen waren die Dollarzinsen freilich hoch genug. Die anfangs noch großen internationalen Unterschiede der kurzfristigen Zinsen erklären die zeitweise überaus starke Dollarnachfrage allerdings nicht vollständig. Politische Spannungen in vielen Teilen der Welt haben vermutlich dazu beigetragen.

Europäische Gemeinschaft: Problemdruck unverändert

5*. Für die Staaten der Europäischen Gemeinschaft kamen zu den wirtschaftlichen Sorgen noch schwere interne Konflikte hinzu. Nationale Interessengegensätze belasten in zunehmendem Maße das integrationspolitische Klima. Die gemeinsame Agrarpolitik steckt nach wie vor tief in einer Krise (Ziffern 56 ff.). Die Haushaltsprobleme, die in engem Zusammenhang mit der Agrarpolitik stehen, sind nicht gelöst, der Streit um Finanzierungsbeiträge zum Haushalt der Gemeinschaft ist nicht dauerhaft beigelegt (Ziffern 53 ff.). Die weitere Verschärfung der Probleme in der Stahlindustrie und in der Textilindustrie hat die nationalen Eigeninteressen stärker hervortreten lassen (Ziffern 60 ff.). Die Neigung, Lösungen zu suchen, die auf Kosten anderer Mitgliedstaaten oder dritter Länder gehen, hat zugenommen.

Die Binnenkonjunktur 1981

6*. Wie in den meisten anderen Industrieländern herrscht am Ende des Jahres 1981 auch in der Bundesrepublik über die Wirtschaftsentwicklung weit hin Enttäuschung. Der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität, der im Frühjahr 1980 eingesetzt hatte, kam nach der Jahreswende zwar zum Stillstand; Anschluß an das alte Produktionsniveau oder gar an die von Wachstumsdynamik mitgeprägte Aufwärtsbewegung, die das Bild von Mitte 1978 bis Anfang 1980 wieder bestimmt hatte, fand die Wirtschaft das Jahr über jedoch nicht. Die Produktion stagnierte vielmehr. Auf das Jahr gesehen blieb sie um $\frac{1}{2}$ vH hinter der des Jahres 1980 zurück. Die Beschäftigungsprobleme haben sich darüber weiter verschärft. Zuletzt, im Oktober 1981, waren 1,37 Millionen Arbeitslose gemeldet, fast 480 000 mehr als ein Jahr zuvor. Statt einer Beruhigung des Preisauftriebs war eine neuerliche Beschleunigung zu verzeichnen. Wichtigste Ursache dafür war die kräftige Abwertung der D-Mark, die sich bis in die zweite Jahreshälfte hinein fortsetzte. Auf der Verbraucherstufe betrug der Geldwertschwund zuletzt 6,7 vH. Günstiger stellt sich derzeit nur die außenwirtschaftliche Situation dar. Das Defizit im Leistungsverkehr mit dem Ausland, das 1980 auf 30 Mrd DM gestiegen war, ist 1981 im ganzen zwar nicht viel niedriger ausgefallen; seit dem Frühjahr ist aber eine deutliche Tendenz zur Verringerung der hohen Fehlbeträge festzustellen.

7*. Die Anpassungsaufgaben, vor die sich die Volkswirtschaft gestellt sah, waren bedrückend groß, und sie mußten unter weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen angegangen werden, die alles andere als günstig waren. Aber gerade weil es um Anpassungsaufgaben ging und nicht einfach darum, wie sonst in konjunkturellen Schwächephasen, die Ausgabeneigung zu beleben, kann der Verweis auf widrige wirtschaftliche Verhältnisse in der Welt das Urteil über das im Jahresverlauf Erreichte nicht allein bestimmen. Maßstab muß sein, inwieweit es gelang, an die Stelle dauerhaft unrentabel gewordener

Produktion mehr neue ertragsversprechende Produktion zu setzen, sei es durch eine Senkung der Kosten, sei es durch die Verbesserung alter oder die Entwicklung neuer Produkte, und inwieweit es gelang, mit den höheren Ansprüchen fertig zu werden, die vom Ausland, namentlich von den Ölförderländern, an das inländische Produktionsergebnis gestellt werden. Am Umfang der Produktion und am Exportüberschuß ist das nicht ohne weiteres abzulesen. Ins Bild zu nehmen ist auch, wie sich Nachfrage und Produktion zusammensetzen, vor allem wieviel investiert wurde; von Bedeutung ist außerdem, bei welchem Preisverhältnis Waren und Dienstleistungen mit dem Ausland getauscht werden mußten. Unter diesen — über das Jahr 1981 hinausweisenden — Gesichtspunkten kann das Urteil über die wirtschaftliche Entwicklung nicht gut ausfallen.

8*. Von der Wirtschaftspolitik war nicht viel an direkter Hilfe zu erwarten. Dem Staat fehlten in seiner prekären Finanzlage die notwendigen Mittel, und die Bundesbank mußte vor allem darauf bedacht sein, die Abwertung nicht so groß werden zu lassen, daß der sinkende Außenwert der Währung deren Binnenwert mehr und mehr mitzog. Nach den Erfahrungen des Jahres 1980 konnte es schon als ein Erfolg gelten, wenn die Finanzpolitik mit ihrem hohen Kreditbedarf und dessen ungünstigen Wirkungen auf Zinsen und Wechselkurs die Stabilisierungsaufgabe der Geldpolitik nicht weiter erschwerte. Hier war auch die Lohnpolitik gefordert.

9*. An guten Vorsätzen fehlte es der Finanzpolitik nicht. Schon um die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte, die den Ausgabenspielraum zunehmend einengt, nicht immer größer werden zu lassen, sahen die Haushaltsplanungen für 1981 trotz absehbarer Mindereinnahmen aufgrund der gedrückten Konjunktur und der für dieses Jahr beschlossenen Steuererleichterungen keine wesentlich erhöhte Neuverschuldung vor. Eine Begrenzung des Ausgabenwachses von Bund, Ländern und Gemeinden auf nicht viel mehr als 4 vH sollte das möglich machen. Die tatsächliche Ausgabendynamik erwies sich indes abermals als stärker, diesmal besonders beim Bund (Ziffern 224 ff.). Zur Jahresmitte hin war erkennbar, daß sich die öffentlichen Defizite, wenn zum Teil auch konjunkturbedingt, 1981 auf mindestens 70 Mrd DM summierten, rund 15 Mrd DM mehr als im Jahr davor, und daß nur energische Konsolidierungsanstrengungen, die Kürzungen bei Leistungsgesetzen einschlossen, ein weiteres Ausufern des staatlichen Kreditbedarfs im Jahre 1982 verhindern konnten. Im Sommer wurden entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Nicht zuletzt mit dem Ziel, dem für die Erwartungen an den Devisenmärkten wie an den Kreditmärkten gleichermaßen schädlichen Eindruck zu begegnen, der Staat habe seine Finanzen nicht mehr unter Kontrolle.

10*. Auch der Ausgang der Lohnrunde war nicht dazu angetan, den notwendigen Umstellungsprozeß verstärkt voranzubringen (Ziffern 87 ff.). Den Gewerkschaften ging Sicherung der Realeinkommen

vor, und die Arbeitgeber setzten offenbar letztlich darauf, daß ihnen die Abwertung der D-Mark die Möglichkeit verschaffte, Kostensteigerungen in den Preisen zu überwälzen. So einigten sich beide auf eine Anhebung der Tarifverdienste um durchschnittlich rund 5 vH. Das war zwar weniger als im Jahr davor und auch nicht so viel, daß sich die gedrückte Ertragslage das Jahr über bei den im Wettbewerb mit ausländischen Anbietern erzielbaren Preissteigerungen noch weiter verschlechtert hätte, jedenfalls nicht in den außenwirtschaftlichen Bereichen; es war jedoch mehr, als zu dem doppelten Ziel gepaßt hätte, die Bedingungen für mehr Beschäftigung und für mehr Stabilität zugleich zu verbessern.

11*. Kredit war unter all diesen Umständen nur zu noch höheren Zinsen als im Vorjahr zu bekommen. Die Bundesbank sah angesichts der sinkenden Attraktivität der D-Mark für ausländische Anleger und der Gefahren, die sich aus der Abwertungstendenz für den Geldwert im Innern ergaben, keine andere Möglichkeit, als das Geldangebot knapp zu halten (Ziffern 193 ff.).

Schon bei der Ankündigung, die Expansion der Zentralbankgeldmenge zwischen dem vierten Quartal 1980 und dem vierten Quartal 1981 in einem Rahmen von 4 vH bis 7 vH zu halten, hatte sie deutlich gemacht, daß sie den unteren Bereich dieses Zielbandes ansteuern würde, falls die Stabilität vom Wechselkurs her erneut bedroht sein sollte. Als die D-Mark im Februar an den Devisenmärkten verstärkt unter Druck geriet, bekräftigte sie dies, indem sie den Zugang zum Notenbankkredit erschwerte und spürbar verteuerte (Ziffern 205 ff.). Zu einer ersten vorsichtigen Lockerung sah sie sich erst im Oktober in der Lage, nachdem sich die Abwertung gegenüber der amerikanischen Währung deutlich zurückgebildet hatte und die D-Mark im Europäischen Währungssystem aufgewertet worden war. Die Expansion der Zentralbankgeldmenge, die sich in den ersten Monaten des Jahres in der Mitte des Zielbandes bewegt hatte, lag danach an dessen unterer Grenze.

12*. Neuen Schwung konnte die Wirtschaft bei all dem nicht gewinnen. Das heißt nicht, daß es an Antriebskräften ganz gefehlt hätte. Die Abwertung der D-Mark stärkte die Wettbewerbsposition der Unternehmen, die zur besseren Auslastung ihrer Kapazitäten auf die Auslandsmärkte drängten, zumal Kosten und Preise in den meisten Ländern weiterhin rascher als im Inland stiegen. Marktanteilsgewinne führten so trotz der verhaltenen Weltkonjunktur dazu, daß die Ausfuhr 1981 nicht niedriger, sondern sogar erheblich höher war als 1980 (Ziffern 77 ff.). Die Unternehmen konnten auch dort wieder Boden gutmachen, wo sie im Inland mit ausländischen Anbietern konkurrieren. Dagegen standen allerdings die preistreibenden Wirkungen der Abwertung, die das Realeinkommen schmälerten (Ziffern 159 ff.). Hinzu kam, daß sich die Inflationserwartungen wieder verstärkten, was zu den hohen Zinsen beitrug. Die Folge war, daß die Binnennachfrage diesmal

nicht, wie früher so oft, von der Belebung der Auslandsnachfrage mitgezogen wurde.

13*. Schon vor der Jahreswende hatten die Preise im Inland wieder beschleunigt zu steigen begonnen, nachdem es zuvor einige Monate lang den Anschein gehabt hatte, als sei der Höhepunkt der Preiswelle überschritten, die mit dem zweiten Ölpreisschub und der starken Verteuerung zahlreicher anderer Rohstoffe zwei Jahre davor eingesetzt hatte (Ziffern 145 ff.). Auf den Weltmärkten sanken die Rohstoffpreise in der Tat. Wegen der starken Abwertung gegenüber dem Dollar, in der sie größtenteils notiert werden, ergab sich in D-Mark gerechnet indes erneut ein starker Preisschub. Das war nicht der einzige Weg, auf dem Preissteigerungen das Jahr über in immer größerem Maße importiert wurden. Ein zweiter, nicht minder wichtiger Weg führte über die Einfuhr von Fertigwaren; bis zur Aufwertung der D-Mark Anfang Oktober galt dies vor allem auch für die Einfuhr aus den europäischen Partnerländern. Was sich davon unmittelbar im inländischen Preisniveau niederschlug, war wiederum nur ein Teil des Inflationsimports. Hinzu kam, daß inländische Anbieter in vielen Fällen ebenfalls höhere Preise verlangen konnten, ohne daß sie sogleich befürchten mußten, Nachfrage an ausländische Konkurrenten zu verlieren. So näherte sich der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe rasch wieder dem Tempo vom Frühjahr 1980, und je mehr die Preissteigerungen von den vorgelagerten Stufen durchwirkten, um so mehr überschritt er dieses Tempo dann. Eine Anpassungsinflation konnte aber immerhin, wie es scheint, unterdrückt werden. Die meisten inlandsbestimmten Preise sind nicht stärker, sondern etwas schwächer als im letzten Jahr gestiegen, wie sich am Preisindex für das Sozialprodukt zeigt, in den Importverteuerungen nicht unmittelbar eingehen. Nach der Wende beim Wechselkurs dürfte sich daher nun auch eine Verlangsamung des Preisauftriebs anbahnen.

14*. Mit einem Übergreifen der expansiven Impulse von der Auslandsnachfrage auf die Binnennachfrage wäre eher zu rechnen gewesen, wäre die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit nicht von der Abwertung, sondern von den Angebotsbedingungen im Innern gekommen. So aber zögerten viele Unternehmen im Verlauf des Jahres, die Läger wieder aufzufüllen und mehr in Ausrüstungen und Bauten zu investieren — kurz, die Angebotsneigung blieb schwach (Ziffern 82 ff.). Denn zum einen begünstigte die Abwertung die Unternehmen nicht in allen Bereichen, und zum anderen konnten jene, die von ihr profitierten, nicht sicher sein, daß sich die Wechselkursentwicklung nicht über kurz oder lang umkehrte. Gute Erträge aber mußten auch für die Zukunft in Aussicht stehen, wenn erwirtschaftet werden sollte, was für gelieheenes Geld zu zahlen und für verliehenes zu erhalten war. Kostengünstiger zu produzieren und attraktivere Produkte auf den Markt zu bringen, gewann als Investitionsmotiv noch an Bedeutung. Das stützte die Investitionstätigkeit, änderte aber wenig daran, daß wegen gerin-

ger Erweiterungsinvestitionen und zurückhaltender Lagerdispositionen von der eigenen Nachfrage der Unternehmen im ganzen kaum Anstöße für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ausgingen.

15*. Finanzierungskosten, die rascher als das Einkommen stiegen, und die Gewohnheit des Staates, eher bei den investiven als bei den konsumtiven Ausgaben kürzer zu treten, ließen das Jahr über die Bautätigkeit weiter sinken (Ziffern 102, 112). Auf den privaten Verbrauch blieb ebenfalls nicht ohne Wirkung, daß es kostspielig war, sich zu verschulden. Noch stärker aber schlug zu Buche, daß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, das nicht zuletzt im Zusammenhang mit der ungünstigen Beschäftigungsentwicklung verlangsamt stieg, durch den beschleunigten Preisauftrieb beträchtlich an Kaufkraft einbüßte; real war es 1981 sogar etwas niedriger als 1980. Es überrascht daher nicht, daß der Verbrauch im Jahresverlauf stagnierte und im ganzen um einiges hinter seinem letztjährigen Umfang zurückblieb (Ziffern 103 ff.).

16*. Alles in allem ist es damit das Jahr über zu keinem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion gekommen (Ziffern 110 ff.). Der Auslastungsgrad des Produktionspotentials ist im Verlauf des Jahres nochmals gesunken; im Jahresdurchschnitt dürfte er um etwa $2\frac{1}{2}$ Prozentpunkte niedriger sein als 1980. Noch schwerer wiegt, daß das, was im ganzen produziert wurde, zu wenig war, den Arbeitsmarkt zu entlasten. Die Anzahl der Beschäftigten ging deutlich zurück (Ziffern 120 ff.). Dabei spielte freilich auch eine Rolle, daß viele Unternehmen Personalreserven hatten, weil sie 1980 ihren Personalbestand nicht in dem Maße verringert hatten, wie ihre Auftragslage schlechter geworden war. Wo sich diese 1981 besserte, waren Neueinstellungen deshalb häufig nicht nötig, und wo sie weiter ungünstig blieb oder sich noch verschlechterte, waren nun vermehrte Freisetzungen die Folge. So ist die Arbeitslosigkeit bis zuletzt unvermindert stark gestiegen, und eine baldige Besserung ist nicht in Sicht (Ziffern 130 ff.).

17*. Das Defizit in der Leistungsbilanz hat sich seit dem Frühjahr deutlich verringert (Ziffern 173 ff.). Noch immer ist es aber beträchtlich, denn in den ersten Monaten des Jahres hatte die Verteuerung der Einfuhr, die mit der Abwertung der D-Mark einherging, noch stärker zu Buche geschlagen als der mit ihr verbundene Anstieg des Exports und der Rückgang der Einfuhrmengen, so daß das Defizit zunächst weiter zunahm. Erst allmählich kehrten sich dann die Gewichte der positiven und negativen Wirkungen um. Im Blick zu behalten ist auch, daß sich der Einfuhrsog weniger abgeschwächt hätte, daß also wohl mehr Fertigwaren und sicher mehr Vorprodukte importiert worden wären, wenn die wirtschaftliche Aktivität im Inland lebhafter gewesen wäre; insofern sind die Fortschritte überzeichnet, die bislang beim Abbau des Leistungsbilanzdefizits zu registrieren sind. Teuer erkaufte sind sie über die Abwertung allemal, stellt man die Folgen für den Geldwert in Rechnung und die Wirkungen, die diese im Inland haben.

Die voraussichtliche Entwicklung

18*. Seit zwei Jahren versucht die Weltwirtschaft, mit den Folgen des zweiten Ölpreisschubs fertigzuwerden. Nahezu keines der betroffenen Länder, Japan ausgenommen, hat bislang eine Lösung der Probleme gefunden, die der Kaufkraftentzug hinterlassen hat und die der Anpassungsprozeß schafft. Sie kommen zu den alten Problemen hinzu — der Inflation und der hohen Staatsverschuldung. Die Störfähigkeit der Weltwirtschaft ist dadurch bedeutend größer geworden, besonders gegenüber politischen und sozialen Konflikten. Dies macht eine Vorausschau auf die wirtschaftliche Entwicklung selbst auf kurze Sicht riskant.

19*. Bei unserer Prognose für 1982 gehen wir von folgenden Annahmen aus:

— Die Geldpolitik setzt sich das Ziel, die Zentralbankgeldmenge mit einer Rate auszuweiten, die dem Wachstum des Produktionspotentials unter Berücksichtigung des derzeit für unvermeidlich zu haltenden Anstiegs des Preisniveaus und des trendmäßigen Rückgangs der Umlaufgeschwindigkeit entspricht; wir veranschlagen diese Rate auf $5\frac{1}{2}$ vH. Es wird unterstellt, daß es zu keinen außenwirtschaftlichen Störungen kommt, die ihr Anlaß geben könnten, von diesem Pfad abzuweichen. Für den Wechselkurs der D-Mark schließt dies folgendes ein: Der Kurs der D-Mark steigt im gleichen Maße, wie das Kosten- und Preisgefälle zum Ausland zunimmt. Kurskorrekturen, die im Europäischen Währungssystem nötig werden sollten, dies ist unsere Annahme, finden so rechtzeitig statt, daß es zu keinen gravierenden Spannungen kommt.

— Die Finanzpolitik ist bemüht, das strukturelle Haushaltsdefizit deutlich zurückzuführen. Sie begrenzt den Anstieg der Ausgaben den bisherigen Planungen entsprechend auf $3\frac{1}{2}$ vH. Das schließt ein, daß die Beschlüsse der Bundesregierung zum Bundeshaushalt dem Betrage nach verwirklicht werden, mögen sie beim Inkrafttreten im einzelnen auch etwas anders aussehen als gegenwärtig. Es schließt zudem ein, daß die Länder ebenfalls den angekündigten Konsolidierungskurs verfolgen.

Zu der Prognose gehört ferner die Annahme einer ungestörten Ölversorgung zu unveränderten Dollarpreisen. Sie stützt sich auf die Erwartung, daß der Ölverbrauch in der Welt 1982, wenn überhaupt, nur wenig steigt.

20*. Bei unserem Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1981 hat sich unsere Einschätzung gefestigt, daß die nun anderthalb Jahre währende Stagnation in ihrem Kern nicht ein zyklischer Abschwung nach herkömmlichem Konjunkturmuster, sondern eine hartnäckige Stockungsphase ist, die vornehmlich durch Störungen von außen verursacht und deren Bewältigung durch hausgemachte Probleme erschwert worden ist. Die Zweifel, ob es gelingen wird, mit den Problemen fertig zu werden, sind offenbar noch so groß, daß die wirt-

schaftliche Erholung, die allgemein für die zweite Jahreshälfte 1981 erwartet wurde, bislang ausgeblieben ist.

Trotz der enttäuschenden wirtschaftlichen Entwicklung sind inzwischen auch einige positive Zeichen zu sehen, die das Bild für 1982 etwas aufhellen. Die außenwirtschaftliche Situation hat sich entspannt — das Leistungsbilanzdefizit bildet sich seit dem Frühjahr deutlich zurück, und die Zinsen geben nach. Das Vertrauen des Auslands in die deutsche Währung ist, wie die Umkehr bei den Wechselkursen zeigt, wieder größer geworden. Es bleibt allerdings noch die wichtige Aufgabe, bessere Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum im Innern zu schaffen. Die Haushaltskonsolidierung ist geplant, aber noch nicht verwirklicht, und die Hoffnung, daß Lohnabschlüsse gefunden werden, die dazu beitragen mehr Produktion rentabel werden zu lassen, muß durch den Ausgang der kommenden Tarifverhandlungen erst noch bestätigt werden.

21*. Erwartungen auf eine allmähliche wirtschaftliche Erholung stützen sich in erster Linie auf die starke Zunahme der Exporte. Die deutschen Unternehmen haben durch die Abwertung im Vergleich zur Situation vorher wieder einen spürbaren Kosten- und Preisvorteil erlangt, den sie — soweit unsere Annahmen über die Wechselkursentwicklung zutreffen — vorerst behalten werden. Gleichwohl muß man vor zu großen Hoffnungen warnen. Denn es bleibt ein hohes Maß an Unsicherheit über den voraussichtlichen Verlauf der Weltkonjunktur. Soweit sich derzeit absehen läßt, werden die für den deutschen Export wichtigen Märkte im ganzen nur verhältnismäßig schwach expandieren (Ziffern 260 ff.). Das gilt besonders für die meisten westlichen Industrieländer, bei denen nach wie vor die rezessiven Einflüsse überwiegen. Es gilt aber auch für die meisten Entwicklungsländer und für die Staatshandelsländer, die gleichfalls mit beträchtlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfen und die nur geringe Chancen haben, mit neuen Kreditwünschen zum Zuge zu kommen. Es bleiben als Abnehmer für zusätzliche deutsche Waren somit vor allem die Staaten der OPEC, doch ist deren Bedeutung für den deutschen Export keinesfalls dominant. Wir betrachten jedenfalls Prognosen, die schon für 1982 eine sehr deutliche Belebung des Welthandels voraussagen, mit Zurückhaltung. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen veranschlagen wir die Zunahme der Ausfuhr von Waren und Diensten im Verlauf des nächsten Jahres auf etwa $5\frac{1}{2}$ vH, in diesem Jahr waren es $10\frac{1}{2}$ vH. Für den Durchschnitt des Jahres 1982 ergibt dies einen Zuwachs von 6 vH, nach 7 vH im Jahre 1981.

22*. Der Förderung der Exporte durch die abwertungsbedingte Verbilligung steht die Belastung der Binnennachfrage durch die abwertungsbedingte Verteuerung der Importe gegenüber. Dieser Gegenposten wird allmählich kleiner. Ob und wann es doch noch zu einem vom Export angetriebenen Aufschwung kommt, ist unsicher. Wir erwarten jedenfalls nicht, daß dies unmittelbar bevorsteht.

Im Vergleich zur Situation nach dem Ölpreisschub von 1973/74 tragen diesmal die Verbraucher einen größeren Teil der Anpassungslast. Die Kaufkraft der Realeinkommen der privaten Haushalte ist 1981 spürbar gesunken; ungefähr im gleichen Ausmaß ist auch der private Verbrauch zurückgegangen. Der zum Ausgleich der Leistungsbilanz erforderliche Realtransfer an das Ausland und der hohe Finanzierungsbedarf für Investitionen engen den Spielraum für eine Ausweitung des privaten Verbrauchs im Inland ein. Im ganzen rechnen wir damit, daß der reale private Verbrauch im nächsten Jahr noch einmal etwas geringer sein wird als in diesem Jahr (minus $\frac{1}{2}$ vH).

23*. Wieviel Schwung die Wirtschaft durch die Verschlechterung der Angebotsbedingungen verloren hat, zeigt sich inzwischen auch bei den Investitionen. Die Bereitschaft der Unternehmen, in Ausrüstungen und Bauten zu investieren, hat in den letzten Monaten weiter nachgelassen, und wir sehen vorerst auch keine Anzeichen dafür, daß sie schon bald wieder deutlich zunehmen wird. Nach dem Ifo-Investitionstest vom August/September 1981, der Anhaltspunkte über die Planungen eines großen Teils der Unternehmen im Bergbau, im verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft liefert, zeichnet sich für 1982 ein abermaliger Rückgang der Investitionen ab, den das Ifo-Institut, dem Volumen nach, auf etwa 4 vH veranschlagt. Das Bild hellt sich dadurch etwas auf, daß die meisten übrigen Bereiche, das Verkehrs- und Nachrichtenwesen sowie die anderen Dienstleistungszweige mit Ausnahme des Handels, vermutlich etwas und die Energiewirtschaft sogar deutlich mehr investieren werden als im Jahre 1981. Als Abzugsposten muß man allerdings einen erneuten starken Investitionsrückgang bei der Landwirtschaft in Rechnung stellen. Alles in allem rechnen wir für 1982 mit einem nochmaligen leichten Rückgang der realen Anlageinvestitionen im Unternehmenssektor (ohne Wohnungsvermietung), den wir auf minus 2 vH veranschlagen, nach minus $1\frac{1}{2}$ vH in diesem Jahr.

Deutlicher als in der gewerblichen Wirtschaft wird der Investitionsrückgang in der Wohnungswirtschaft ausfallen. Die Bautätigkeit wird nicht zuletzt dadurch stark gedrückt, daß die staatlichen Stellen die Investitionen deutlich kürzen werden.

Nach den Schätzungen für die einzelnen Bereiche ergibt sich für den Jahresdurchschnitt 1982 bei den realen Ausrüstungsinvestitionen ein leichter (minus 2 vH) und bei den realen Bauinvestitionen ein deutlicher Rückgang (minus $4\frac{1}{2}$ vH). In beiden Fällen steht hinter der negativen Rate jedoch die Vorstellung, daß sich die Investitionstätigkeit im Verlauf des Jahres wieder erholt.

In der Prognose haben wir angenommen, daß die Lagerinvestitionen nach einem Rückgang im Jahre 1981 im kommenden Jahr wieder positiv sein werden, aber nicht schon so hoch, daß sie die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben.

24*. Bei dieser Konstellation halten wir es nicht für sehr wahrscheinlich, daß sich die gesamtwirt-

schaftliche Produktion alsbald deutlich belebt, aber auch nicht, daß sie nennenswert zurückgeht. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß die Stagnation bis weit ins nächste Jahr hinein andauert und daß die Erholung in der zweiten Jahreshälfte 1982 einsetzt, wenn die nachfragedämpfenden Wirkungen des starken Kosten- und Preisschubs abklingen. Dabei rechnen wir aber eher mit einem verhaltenen als mit einem kräftigen Produktionsanstieg.

In unserer Prognose kommt diese Vorstellung in einer zwar positiven, aber nur geringen Veränderungsrate für das reale Sozialprodukt zum Ausdruck; wir veranschlagen sie für den Durchschnitt des Jahres 1982 auf $1\frac{1}{2}$ vH, nach einem ebenso geringen Rückgang im Durchschnitt dieses Jahres.

25*. Solange es nicht zu einer deutlichen Belebung der Produktion kommt, muß man damit rechnen, daß die Beschäftigung weiter zurückgeht und die Arbeitslosigkeit zunimmt. Für den Durchschnitt des Jahres 1982 veranschlagen wir den Rückgang bei den Erwerbstätigen auf rund 400 000 Personen, nach fast 300 000 im Durchschnitt dieses Jahres.

Bei der Beurteilung der Zunahme der Arbeitslosigkeit, wie sie sich für die kommenden Monate abzeichnet, ist zweierlei auseinanderzuhalten:

- Ein Teil des Anstiegs ergibt sich aus der unbefriedigenden wirtschaftlichen Lage.
- In den kommenden Monaten steigt die Arbeitslosigkeit freilich auch aus jahreszeitlichen Gründen beträchtlich. Diese saisonale Arbeitslosigkeit, die man auf 200 000 bis 300 000 Personen veranschlagen kann, ist anders zu werten als die konjunkturelle oder die strukturelle Arbeitslosigkeit. Denn sie bildet sich im Frühjahr rasch wieder zurück, und zwar weitgehend unabhängig von der wirtschaftlichen Situation.

Da die Saisonkomponente stark von der Witterung in den Wintermonaten beeinflusst wird, ist es schwierig, die Arbeitslosenzahl im voraus abzuschätzen. Wir gehen in unserer Prognose von einer Anzahl von 1,65 Millionen Erwerbslosen für den Durchschnitt des Jahres 1982 aus, nach 1,25 Millionen für den Durchschnitt des Jahres 1981.

26*. Wir haben es immer für problematisch angesehen, daß wir im Rahmen der Prognose eine Annahme über den Ausgang künftiger Lohnverhandlungen treffen müssen. Die Tariflöhne werden von den Tarifparteien auf dem Wege von Verhandlungen vereinbart; der Ausgang dieser Verhandlungen ist gegenwärtig, also einige Monate vor ihrem Beginn, nur schwer vorauszusagen. Überdies besteht die Gefahr, daß die Nennung einer bestimmten Lohnsteigerungsrate, die man für wahrscheinlich, aber nicht unbedingt für situationsgerecht hält, das Verhandlungsergebnis präjudiziert. Gleichwohl: Es gibt keine Möglichkeit einer Prognose ohne eine Annahme über die Lohnentwicklung. Dies muß nicht diejenige Rate sein, die man für situationsgerecht ansieht, sondern es kann nur jene Rate sein, die man für am wahrscheinlichsten hält. Wir gehen davon aus, daß die Tarifparteien das Beschäftigungsrisiko zu hoher Abschlüsse höher veranschlagen, als sie

dies offensichtlich beim letzten Mal getan haben. Das heißt, wir rechnen für das Jahr 1982 mit Steigerungsraten, die deutlich unter denen des Jahres 1981 liegen.

27*. Eine spürbare Entlastung bei den Kosten erwarten wir nicht nur von den Löhnen, sondern auch von den Einfuhrpreisen und in gewissem Umfang auch von den Zinsen. Wenn sich diese Erwartungen bestätigen, werden die Gewinne der Unternehmen wieder steigen. Als Ergebnis unserer Prognose ergibt sich für das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (das auch die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte einschließt) eine Zunahme um $8\frac{1}{2}$ vH, freilich nach einem Rückgang um 3 vH im Jahre 1981 und einer nur geringen Zunahme um $1\frac{1}{2}$ vH im Jahre 1980. Beim Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ist mit einem Anstieg von 3 vH zu rechnen. Die Zuwachsraten werden hier vor allem durch den starken Rückgang der Beschäftigung gedrückt (minus 2 vH).

28*. Angesichts des Kostendrucks, der gegenwärtig auf den Unternehmen lastet, wäre es wenig realistisch zu erwarten, daß sich auf der Verbraucherstufe die Preissteigerungsraten rasch zurückbilden. Dennoch sind wir, was die Preisentwicklung im nächsten Jahr anlangt, nicht pessimistisch. In der Wechselkursentwicklung ist es zu einer Wende gekommen, und bei nachlassendem Kostendruck muß es für die Unternehmen früher oder später vorteilhaft sein, ihre Chance in der Mengenkonzunktur zu suchen. Dies läßt erwarten, daß sich auch auf der Verbraucherstufe die Steigerungsraten im späteren Jahresverlauf deutlich zurückbilden. In der Prognose sind wir davon ausgegangen, daß die Verbraucherpreise Ende 1982 um nicht mehr als 4 vH über dem Stand von Ende 1981 liegen.

Da der Preisindex für die Lebenshaltung Ende 1981 schon einen „Überhang“ von reichlich 3 vH gegenüber dem Durchschnitt des gleichen Jahres aufweist, wird allerdings die Steigerungsrate im Durchschnitt des Jahres 1982 mit rund $5\frac{1}{2}$ vH deutlich höher ausfallen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß davon knapp ein halber Prozentpunkt auf die Anhebung einiger Verbrauchsteuern und Gebühren zur Jahresmitte 1982 zurückgeht.

29*. Bei guter Exportkonjunktur und schwacher Binnenkonjunktur wird sich das Leistungsbilanzdefizit, das für 1981 noch auf 25 Mrd DM zu veranschlagen ist, weiter zurückbilden, und zwar rascher, als dies zunächst erwartet wurde. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist freilich, daß, wie wir es in die Prognose eingesetzt haben, die Einfuhrpreise im Laufe des nächsten Jahres etwas langsamer steigen als die Ausfuhrpreise, die Terms of Trade sich also verbessern. Nach unseren Schätzungen wird sich als Ergebnis von Mengen- und Preisveränderungen das Defizit in der Leistungsbilanz um etwa 15 Mrd DM zurückbilden. Es bleibt somit ein Fehlbetrag in einer Größenordnung von 10 Mrd DM. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß diese Schätzung sehr unsicher ist. Der Leistungsbilanzsaldo reagiert

schon auf relativ geringfügige Änderungen von Mengen und Preisen bei Exporten und Importen sehr stark.

30*. Aufgrund der von uns erwarteten Entwicklung der Einkommen und Umsätze ergibt sich für 1982 ein Steueraufkommen der Gebietskörperschaften von 388¹/₂ Mrd DM. Dieser Betrag liegt offensichtlich um mehrere Milliarden D-Mark niedriger, als derzeit bei den Haushaltsplanungen angenommen ist. Die Prognose der Steuereinnahmen birgt neben den konjunkturellen Schätzrisiken ein weiteres nicht unbeträchtliches Moment der Unsicherheit bei der Einkommen- und der Körperschaftsteuer in sich. Wir sind davon ausgegangen, daß die Steuereingänge im nächsten Jahr zunächst noch deutlich hinter dem Anstieg der Gewinneinkommen zurückbleiben. In entsprechendem Umfang sind freilich in den darauffolgenden Jahren höhere Steuereinnahmen zu erwarten. Gleichwohl wird sich das Finanzierungsdefizit im Gesamthaushalt aller Gebietskörperschaften voraussichtlich um 9 Mrd DM vermindern (Ziffern 376 ff.).

Wirtschaftspolitik für 1982 und danach

31*. Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland befindet sich derzeit in der längsten Stockungsphase ihrer Geschichte. Der Pessimismus hat zugenommen, er ist größer, als der zweifellos schwierigen Lage entspricht. Zu wenige wagen im Augenblick auf jene Dynamik zu setzen, die allein eine Entspannung am Arbeitsmarkt bringen kann. Zögern scheint weniger riskant zu sein als Handeln. Alle warten auf niedrige Zinsen und einen kräftigen Impuls aus der Weltwirtschaft. Aber auch im Ausland türmen sich die Probleme. Vom Angebot her ist die deutsche Wirtschaft auf einen wachsenden Weltmarkt ausgelegt. Jahrzehntlang ist sie damit gut gefahren. Jetzt trifft das zusammen, was im Fahrplan der Wirtschaftspolitik eigentlich nicht vorgesehen ist — Stabilisierungskrisen draußen und hier der Verlust an wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum.

Das übertriebene Vertrauen in die Steuerbarkeit des wirtschaftlichen Geschehens ist in ein übertriebenes Mißtrauen umgeschlagen. Der Staat mußte in einer konjunkturell angespannten Situation Maßnahmen zur Konsolidierung seiner Finanzen einleiten. Die Diskussion über die Staatsfinanzen ist dadurch nicht zur Ruhe gekommen. Eine Finanzpolitik, die laufend Deckung für neue Milliardenlücken suchen muß, verunsichert alle, die in die Zukunft weisende Entscheidungen zu treffen haben.

Suche nach einem Ausweg

32*. Die hohe Arbeitslosigkeit fordert alle heraus. Hohe Zinsen im Ausland sind kein Schicksal für uns. Der Stabilitätsvorsprung, den die Bundesrepublik

immer noch besitzt und die Besserungstendenz in der Leistungsbilanz lassen hoffen, daß sich für die D-Mark wieder eine anhaltende Aufwertungserwartung herausbildet; vor allem der Staat und die Tarifparteien müssen dazu ihren Beitrag leisten. Den Tribut, den die Geldkapitalbesitzer in der verunsicherten Welt von heute fordern, brauchen die Länder nicht zu leisten, die verlässliche Anlagemöglichkeiten bieten. Darin liegt auch eine Chance für die Bundesrepublik.

33*. Keine Fehlentwicklung in der deutschen Wirtschaft ist gravierender als die hohe und weiter steigende Arbeitslosigkeit. Die Anzahl der Arbeitsplätze schrumpft, obwohl die Anzahl der Arbeitssuchenden kräftig zunimmt. Daß dies in anderen Ländern nicht anders ist, kann denen kein Trost sein, die keinen Arbeitsplatz haben oder um ihren Arbeitsplatz bangen. Soziale Sicherung, so wichtig sie ist, kann kein Ersatz für Erwerbchancen sein, auch dann und möglicherweise gerade dann nicht, wenn sie großzügig angelegt ist. Jede echte Lösung des Beschäftigungsproblems verlangt mehr als Geld. Sie braucht aber nicht einmal viel zu kosten, wenn Gewerkschaften, Unternehmen und Staat sich wechselseitig den Vertrauensvorschuß einräumen, der neue Lösungen erlaubt. Das alte Spiel, daß jeder, der Mitverantwortung trägt, die Hauptverantwortung bei anderen findet, führt nicht weiter. Niemand ist von der Verantwortung frei, in seinem Bereich neue Handlungsspielräume zu erschließen und zu nutzen.

34*. Das herkömmliche Instrumentarium der Beschäftigungspolitik versagt. Weil gegenwärtig trotz Stagnation und zunehmender Arbeitslosigkeit die Inflationsraten noch steigen und die Zinsen nicht rasch genug sinken, sind die Selbstheilungskräfte schwach. Zugleich kann sich die Wirtschaftspolitik deshalb nicht drehen und wenden. Die Erwartung, daß es jetzt besonders günstig ist zu kaufen und zu investieren, kann sich nicht herausbilden. Exporterfolge müssen mit einer Abwertung bezahlt werden, die Inflation importiert mit sich bringt und mit hohen Zinsen einhergeht. Selbst jener Teil der Arbeitslosigkeit, der als konjunkturbedingt gelten kann, läßt sich kaum wirksam bekämpfen, ganz zu schweigen von jenem größeren Teil, hinter dem ein nur langsam behebbarer Mangel an Arbeitsplätzen steht.

Ein beschäftigungspolitischer Konsens (Ziffern 335 ff.)

35*. Wie schwierig die Situation gegenwärtig ist, wird deutlich an den Aufgaben, vor die Gewerkschaften, Arbeitgeber und die Wirtschaftspolitik im Hinblick auf die Zuspitzung der Beschäftigungsprobleme heute gestellt sind:

- Die Gewerkschaften müssen sich fragen, ob die Sicherung und Steigerung der Reallöhne oder die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in ihrer tarifpolitischen Konzeption Vorrang haben sollen. Beides zugleich läßt sich bei unveränderten lohnpolitischen Positionen in den kommen-

den Jahren wohl kaum realisieren. Nur ein kräftiges Wachstum der Wirtschaft könnte sie aus dieser Zwickmühle befreien.

- Die Arbeitgeber müssen prüfen, wie sie eine Strategie, die über eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik und über mehr Investitionen zu mehr Arbeitsplätzen führt, für die Arbeitnehmer akzeptabler machen können. Eine breit angelegte Offerte zur Gewinn- und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer könnte dazu beitragen.

Eine allmähliche Entkrampfung der Situation wäre möglich, wenn sich die Gewerkschaften und Arbeitgeber auf der Basis solcher Abwägungen über einen neuen beschäftigungspolitischen Konsens verständigen könnten (Ziffer 337). Der Vertrauensvorschuß, den sich die Tarifparteien gegenseitig gewähren, würde auch auf die Geldpolitik und die Finanzpolitik ausstrahlen und deren Handlungsraum vergrößern.

Die Rolle der Lohnpolitik (Ziffern 408 ff.)

36*. Von den Einflußgrößen, die im Zusammenwirken mit den Lohnsteigerungen die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Kostenniveaus bestimmen, ist für 1982 selbst dann keine große Entlastung in Aussicht, wenn die Risiken ausbleiben, die für den weiteren Wirtschaftsverlauf bestehen.

- Der Produktivitätszuwachs, der 1981 nur sehr gering war, dürfte im kommenden Jahr zwar wieder etwas höher ausfallen, um wieviel höher, wird allerdings nicht zuletzt davon abhängen, in welchem Maße die Unternehmen ihren Personalbestand an die Produktion anpassen, und das ist wiederum nach aller Erfahrung nicht unabhängig von den Lohnkosten. Auch wenn die Nachfrage aus dem Ausland anhaltend steigt, sind im ganzen doch keine Auftriebskräfte angelegt, die mehr Beschäftigung und zugleich deutliche Produktivitätssteigerungen erwarten ließen.
- Als offene Frage muß weiterhin gelten, wieviel das Ausland vom möglichen Produktionsertrag beanspruchen wird. Hier war der Irrtum 1981 am größten. Trotz der günstigeren Perspektiven beim Wechselkurs ist unter den Annahmen unserer Prognose für den Jahresdurchschnitt 1982 noch mit keiner so starken Abschwächung des Importpreisanstiegs zu rechnen, daß dieser hinter dem Anstieg der Exportpreise zurückbliebe und die Terms of Trade sich günstiger darstellten. Sollen die Lohnsteigerungen Raum für eine Ertragsverbesserung lassen, ist weniger auf die Veränderung des Austauschverhältnisses abzustellen, in dem der Kosteneffekt höherer Importpreise mit dem Erlöseffekt höherer Exportpreise verrechnet wird, als auf die Importverteuerung für sich genommen. Exportpreissteigerungen, die zum Anlaß für entsprechende Lohnsteigerungen genommen werden, verbessern die Erträge nicht, ebensowenig wie Preissteigerungen im Inland; sie lassen die Ertragsmarge unverändert.

— Wie weit die Zinsen zurückgehen werden, läßt sich nicht sicher sagen. Ein Rückgang, der nur einen Ausgleich für die vorangegangenen Zinssteigerungen brächte, und viel mehr scheint vorerst nicht angelegt, könnte in mittelfristiger Sicht, auf die es ja vor allem ankommt, nicht schon als Entlastung gelten. Überdies ist es der Realzins, der hier zählt. Zudem wird sich der Anstieg des Kapitalaufwands je Produkteinheit wie je Arbeitsplatz fortsetzen. Nimmt man beides zusammen, so ist eher eine weitere Zunahme als eine Abnahme der Kapitalkosten zu erwarten.

- In Rechnung zu stellen ist schließlich, daß mit dem Beschluß, den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung auf 4 vH zu erhöhen, über zusätzliche Lohnnebenkosten bereits entschieden ist.

Die Erfahrung des Jahres 1981 sollte dafür sprechen, den lohnpolitischen Spielraum nicht abermals zu überschätzen.

37*. Gewerkschaften und Arbeitgeber könnten sich im Rahmen der Tarifautonomie darauf einigen, daß das vorrangige Ziel der kommenden Jahre darin besteht, mehr als eine Million neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es wäre ein Konsens darüber anzustreben, daß für eine Reihe von Jahren der volkswirtschaftliche Produktivitätsfortschritt für diese Aufgabe genutzt werden soll. Bei der Tariflohnpolitik würde dann die Sicherung der Reallöhne im Vordergrund stehen. Durch geeignete Vereinbarungen zur Gewinn- und Vermögensbeteiligung breiter Schichten der Arbeitnehmer wäre anzustreben, daß sich dabei die Einkommens- und Vermögensverteilung nicht strukturell zu Lasten der Arbeitnehmer verschiebt. Für eine Korrektur der gegenwärtig konjunkturell stark verzerrten Verteilungsrelationen müßte Raum bleiben. Dieser Korrekturbedarf ist im Prinzip nicht umstritten. Es kommt zunächst darauf an, daß sich die Wirtschaft wieder erholt. Die Tarifparteien dürfen aber nicht allein das im Auge behalten, sondern müßten auch versuchen, sich über den mittelfristigen Kurs im Grundsatz zu verständigen. Je besser das gelingt, um so eher sind sinkende Zinsen und eine investitionsfreundlichere Finanzpolitik möglich. Wenn in den nächsten Jahren einige Hunderttausend Arbeitsplätze geschaffen und zugleich die Reallöhne und die soziale Sicherung annähernd gehalten werden könnten, wäre das schon ein guter Erfolg dieser Politik.

38*. Eine Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmensgewinnen und der Kapitalbildung, die zur Lösung der Beschäftigungsprobleme erforderlich sind, müßte ein tragendes Element der grundsätzlichen Verständigung sein. Modelle einer Gewinn- und Vermögensbeteiligung sind in den letzten Jahren eingehend erörtert worden, auch der Sachverständigenrat hat sich mehrfach dazu geäußert. In vielen Unternehmen gibt es schon seit Jahren die eine oder andere Form der Arbeitnehmerbeteiligung am Gewinn oder am Kapital. Die steuerlichen Hürden, die dem vielfach noch entgegenstehen, sind offenbar nicht unüberwindbar, wenngleich sie im Einzelfall gravierend sein mögen. Die Arbeitge-

berorganisationen haben sich in den letzten Jahren gegenüber der Ertrags- und Kapitalbeteiligung eher zurückhaltend gezeigt. Allzu unterschiedlich waren die Interessen, aber auch die erwarteten Auswirkungen solcher Pläne bei den Mitgliedsunternehmen. Viele befürchten wohl auch eine weitere Ausdehnung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer oder wollen den Gesellschafterkreis nicht ausdehnen. Es gibt aber auch Unternehmer, die raten, solche Risiken nicht allzu hoch zu bewerten. Tarifvertragliche Vereinbarungen zur Gewinn- und Vermögensbeteiligung könnten sich auch auf den Umfang der Mitspracherechte erstrecken.

Finanzpolitik — Konsolidieren und Dynamik fördern (Ziffern 367 ff.)

39*. Wir gehen in unserer Prognose davon aus, daß die Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik im nächsten Jahr um $3\frac{1}{2}$ vH zunehmen werden; das führt zu einem Ausgabenbetrag von $558\frac{1}{2}$ Mrd DM. Bei der Schätzung der Steuereinnahmen für 1982 sind die vorgesehenen Änderungen des Steuerrechts zu berücksichtigen. Zu rechnen ist mit einer Zunahme des Steueraufkommens um $4\frac{1}{2}$ vH auf $388\frac{1}{2}$ Mrd DM. Als Defizit des öffentlichen Gesamthaushaltes ist danach für das nächste Jahr ein Betrag von $66\frac{1}{2}$ Mrd DM zu erwarten.

Legt man für die Defizitberechnung die Ausgaben und Einnahmen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zugrunde, dann erhält man einen Finanzierungssaldo von $63\frac{1}{2}$ Mrd DM; das sind 9 Mrd DM weniger als in diesem Jahr.

40*. Wer konsolidieren will, muß zwischen einer konjunkturellen und einer nichtkonjunkturellen Komponente des Haushaltsdefizits unterscheiden, und er muß weiter, um das strukturelle Defizit, also den Betrag ermitteln zu können, der zu konsolidieren ist, eine Vorstellung über die Normalverschuldung haben. Das strukturelle Defizit wird 1981 nochmals auf etwas über 40 Mrd DM zunehmen. Im Gesamthaushalt 1982 von Bund, Ländern und Gemeinden wird, sofern die geplanten Konsolidierungsmaßnahmen verwirklicht werden, das strukturelle Defizit noch rund 32 Mrd DM betragen.

41*. Das Konsolidierungsprogramm, das der Bund mit der Vorlage des Haushalts 1982 beschlossen hat, ist dem Umfang nach ein angemessener erster Schritt. Es geht allerdings weiter darum, daß bald gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden, die den Fortgang der Konsolidierung nach 1982 sichern und die einen größeren Spielraum für wachstumsfördernde Maßnahmen schaffen. Solche Festlegungen sind auch notwendig, damit die kreditäre Deckung konjunkturbedingter Defizite nicht immer wieder Irritation auslöst. Wenn die haushaltspolitische Situation bereinigt ist, braucht sich niemand mehr zu scheuen, das Richtige zum richtigen Zeitpunkt zu tun.

42*. Als Grundsatz hat zu gelten, daß konjunkturbedingte Defizite durch zusätzliche Kreditaufnahme zu finanzieren sind. Denn diese Defizite — gleichviel ob sie durch Steuerausfälle oder Mehrausgaben bei der Bundesanstalt für Arbeit entstehen — bilden sich zurück, sobald sich die Konjunktur erholt. Weder Ausgabenkürzungen noch Steuererhöhungen sind notwendig, sie zu beseitigen. Trotz der Kapitalmarktrisiken raten wir dazu, für konjunkturbedingte Einnahmefälle, die noch eintreten werden, den Weg der Kreditfinanzierung zu wählen. Nach unserer Prognose wird das Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahre 1982 offensichtlich um mehrere Milliarden D-Mark niedriger liegen, als derzeit bei den Haushaltsplanungen angenommen ist. Ein Wettlauf von Einnahmefällen und Ausgabenkürzungen würde die konjunkturelle Lage unnötigerweise belasten. Wir geben diesen Ratschlag aus der Vorstellung heraus, daß die Aufgabe einer Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht als erledigt angesehen wird, sobald ein konjunktureller Aufschwung die öffentlichen Kassen wieder stärker füllt.

43*. Auf der Grundlage eines beschäftigungspolitischen Konsens und eines gesetzgeberisch fundierten mittelfristigen Konsolidierungspfades könnte der Staat sogar das wirtschaftliche Wachstum aktiv unterstützen. Es wäre unter diesen Bedingungen möglich, wachstumspolitische Maßnahmen, für die dann in den Jahren nach 1982 Spielraum entstünde, ins Jahr 1982 vorzuziehen. Der Vertrauensvorschuß, der sich daraus ergibt, daß der Staat seine Finanzen geordnet hat und daß ein beschäftigungspolitischer Konsens zustande gekommen ist, würde es erlauben, daß schon für 1982 das getan werden kann, was mittelfristig dringend erforderlich ist, gegenwärtig aber nicht realisierbar erscheint.

44*. Ein Vorziehen wachstumspolitisch erwünschter Maßnahmen ins Jahr 1982 könnte teilweise so aussehen, daß die öffentlichen Investitionen weniger als bisher vorgesehen gekürzt werden. Die öffentlichen Investitionen sind durch die seit Jahren anhaltenden Finanzierungsprobleme stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Investitionen des Staates sind im Jahre 1981 um rund 6 vH gesunken. Im kommenden Jahr werden sie voraussichtlich um 12 vH zurückgehen, zumal durch die Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes und der Länder finanzielle Lasten auf die Gemeinden verlagert werden, wodurch dort der Spielraum für die Finanzierung von Investitionen kleiner wird.

45*. Weitere Maßnahmen zugunsten der Unternehmensinvestitionen müßten ebenfalls Bestandteil einer beschäftigungspolitischen Strategie sein, die zu mehr Dynamik führt. Für die Finanzpolitik ist eine stärkere wachstumspolitische Orientierung geboten, nicht zuletzt deshalb, weil die Flexibilität der Lohnpolitik offenbar nicht ausreicht, des Beschäftigungsproblems Herr zu werden. Die Finanzpolitik muß also mehr als in der Vergangenheit dazu beitragen, daß mehr Arbeitsplätze auf Dauer geschaffen werden. Dabei geht es in erster Linie um die steuerliche Entlastung gewerblicher Investitionen, weil da-

von vermutlich die stärksten arbeitsplatzschaffenden Wirkungen ausgehen (Ziffern 387 ff.).

46*. Zum Tempo der Konsolidierung in den Jahren nach 1982 meinen wir, daß eine Ausgabenexpansion die zwei Prozentpunkte unter dem Wachstum des Produktionspotentials liegt, ausreichende Fortschritte bei der Konsolidierung mit sich brächte, berücksichtigt man auch die Durchsetzbarkeit. Der Finanzplanungsrat hat im Sommer dieses Jahres einen viel ehrgeizigeren Konsolidierungskurs empfohlen, zumindest für 1982. Bei dem von uns genannten Tempo würde es freilich ungefähr vier Jahre dauern, bis das strukturelle Defizit, so wie wir es sehen, beseitigt ist. Allmählichkeit und Verlässlichkeit des Konsolidierungsprozesses lassen sich am besten kombinieren, wenn die gesetzgeberischen Maßnahmen, die zur Absicherung des anvisierten Konsolidierungspfades erforderlich sind, möglichst bald getroffen werden. Die Finanzpläne für die Jahre 1983 bis 1985 enthalten zwar Absichtserklärungen über eine weitgehend konsolidierungskonforme Entwicklung der Ausgaben (+4 vH bis +5 vH) und der Steuern (+6 vH bis +7 vH). Aber Entscheidungen, die die mittelfristige Finanzplanung hinsichtlich des Ausgabenvolumens wesentlich realistischer werden ließen, als sie es in den vergangenen Jahren war, stehen noch nicht zur Diskussion. Nicht bekannt ist auch, was die Länder in den Jahren 1983 bis 1985 an Konsolidierungsanstrengungen unternehmen wollen.

47*. Der Weg zur Konsolidierung kann grundsätzlich über Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen führen. Die Erfahrung zeigt, daß wegen des Steuerwiderstandes für eine nachhaltige Erhöhung der Steuerquote kaum Spielraum besteht. Die Abgaben, die schon bei Beziehern mittlerer Einkommen auf zusätzlichen Verdiensten lasten, sind bereits sehr hoch. Auch Steuern auf den Verbrauch lassen sich nicht beliebig erhöhen. Mehrleistung, gleichgültig in welcher Form, wird wegen der hohen Abgabenlast zunehmend schlechter honoriert. Der Ansporn für diejenigen, die mehr tun wollen, wird dadurch gemindert, oder sie werden in die Schattenwirtschaft abgedrängt. Beides ist unerwünscht, und manche beruhigend gemeinte Erklärung über das In-Grenzen-Halten der Steuerlast mag darin ihren Ursprung haben. Gute wachstumspolitische Gründe sprechen dafür, das Arbeiten wie das Investieren steuerlich zu entlasten. Wir gehen davon aus, daß die Konsolidierung über Ausgabenkürzungen bewerkstelligt werden muß.

Geldpolitik (Ziffern 399 ff.)

48*. Unbeirrt von den Turbulenzen dieses Jahres sollte die Bundesbank auch für 1982 ein Geldmengenziel verkünden und sich dabei von der Vorstellung leiten lassen, daß, wenn nichts Schlimmes geschieht, für die Ausweitung der Geldmenge die mittelfristigen Erfordernisse entscheidend sein müssen. Wir halten eine Expansion der Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres 1982 von 5 1/2 vH

für notwendig und ausreichend. Dabei wäre eine Ausweitung des nominalen Sozialprodukts im Verlauf des Jahres von 5 vH finanzierbar, auch wenn die Umlaufgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge ihrem Trend entsprechend sinkt.

Unter der Bedingung, daß sich die jüngste Befestigung des D-Mark-Kurses an den Devisenmärkten als solid erweist, könnte die Bundesbank also darauf hinwirken, daß sich die monetäre Expansion merklich beschleunigt. Dabei gehen wir davon aus, daß sie bei jeder weiteren nachhaltig erscheinenden Tendenz zur Höherbewertung der D-Mark der Lockerung ihres geldpolitischen Kurses zunächst Vorrang geben wird vor einer tatsächlichen Höherbewertung der Mark — bis das angestrebte Tempo der monetären Expansion erreicht ist. Die Neigung an den Märkten, wieder auf einen steigenden Außenwert der D-Mark zu setzen, würde sich dann vor allem in niedrigeren Zinsen auswirken.

49*. Die Geldpolitik wird um so eher sinkende Zinsen hervorbringen, je mehr Unterstützung sie von der Finanzpolitik erfährt. Bei freiem internationalen Kapitalverkehr und Unsicherheit hinsichtlich des Außenwerts der Währung ist man nicht frei, die Höhe der Staatsdefizite frei zu wählen, ohne massive negative Rückwirkungen auf die Zinsen und das Preisniveau zu riskieren, selbst in der Rezession nicht. Es ist dies eine der Stellen, an denen sich als offensichtlich falsch erwies, daß zumindest in einer Rezession eine Defizitpolitik des Staates im wesentlichen nur wohltuende Auswirkungen haben werden. Man mag dagegenhalten, daß der Staat als Kreditnachfrager doch nicht prinzipiell anders zu sehen sei als das Unternehmen, an dessen Stelle er trete, wenn — wie in der Rezession — die private Investitionstätigkeit darniederliegt. Das kann zutreffen. Man kann den Kreditgebern im Inland und Ausland aber nicht befehlen, es so zu sehen. Diese neigen nun einmal zu der Auffassung — und sie haben dafür ja auch gute Gründe —, daß hohe öffentliche Defizite letztlich im Konsum wurzeln und damit eine Vorbelastung der Zukunft bewirken, daß sie nur allzu oft nicht, wie man vorgibt, lediglich dem Ausgleich konjunktureller Nachfrageschwankungen dienen, sondern die Folgen zu geringer Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaft, die Folgen zu hoher Ansprüche an die Produktionsmöglichkeiten widerspiegeln oder überspielen sollen, allemal also ein „Über-die-Verhältnisse-leben“ anzeigen, das früher oder später in Inflation enden oder durch Restriktionspolitik beseitigt werden muß, in beiden Fällen zu hohen Zinsen führen wird. Indem die Anleger ihre Dispositionen möglichst frühzeitig auf diese Erwartung gründen, erzwingen sie eine Beschleunigung dessen, was sonst möglicherweise erheblich langsamer ablaufen würde.

50*. Eine Finanzpolitik, die nach Jahren rascher Expansion der Staatsausgaben und hoher öffentlicher Defizite den Kurs auf niedrigere Ausgabenüberschüsse einstellt, sowie eine Lohnpolitik, die die Arbeitnehmeransprüche an das mögliche Produktionsergebnis der Volkswirtschaft etwas zurücknimmt und damit mehr Produktionsmöglichkeiten rentabel werden oder bleiben läßt, brauchen nicht zu

befürchten, daß sie über einen Mangel an Nachfrage gerade das verfehlen, was sie am meisten anstreben, einen höheren Beschäftigungsstand. Reichen die von der Finanzpolitik und der Lohnpolitik direkt bewirkten Anreize, mehr private Produktion zu wagen, nicht rasch genug aus, so kann die Geldpolitik, solchermaßen abgeschirmt gegen Inflations- und Leistungsbilanzrisiken, ohne große Furcht vor neuem Mißtrauen der Kapitalmärkte versuchen, energischer die Rolle des Zinsführers nach unten zu übernehmen, und damit das große Potential an Investitionen erschließen helfen, an deren Dringlichkeit im Grunde niemand zweifelt.

Alternative (Ziffern 358 ff.)

51*. Der Sachverständigenrat soll nach dem gesetzlichen Auftrag die gesamtwirtschaftliche Entwicklung unter alternativen Annahmen darstellen. Wir haben bei der Darlegung von Alternativen vor allem Maßnahmen in Betracht zu ziehen, die geeignet sind, die Wirtschaft den gesamtwirtschaftlichen Zielen näherzubringen. Wir orientieren uns bei der Auswahl der konkreten Maßnahmen auch an dem, was in der öffentlichen Diskussion eine wichtige Rolle spielt. Die eine oder andere der Maßnahmen oder die Maßnahmenkombination, die wir prüfen, mag besonders hohe Erwartungen an das Führungskönnen jener stellen, die für Beschäftigung und Stabilität Verantwortung tragen. Der Sachverständigenrat hat jedoch davon auszugehen, daß wirtschaftspolitische Vernunft eine reelle Chance hat.

52*. Wir haben für eine Alternativrechnung folgende Annahmen getroffen:

- Die Tarifparteien vereinbaren, daß die Lohnrunden der kommenden Jahre im Zeichen der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und nicht in erster Linie im Zeichen der Steigerung der Realeinkommen stehen. Dieser Konsens spiegelt sich für das Jahr 1982 in Tarifabschlüssen wider, die deutlich geringer sind, als wir es in der Status-quo-Prognose unterstellt haben.
- In der Finanzpolitik kommt es alsbald zu einer zweiten Konsolidierungsrunde, in der Entscheidungen getroffen werden, die für die Jahre 1983 bis 1985 einen weiteren kräftigen Rückgang des strukturellen Defizits im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften sichern. Zu diesen Beschlüssen gehören weitere Ausgabenkürzungen, die Spielraum für wachstumspolitische Maßnahmen schaffen. Im Vorgriff auf den so gesicherten Spielraum werden schon für das Jahr 1982 wachstumspolitische Maßnahmen in der Größenordnung von 7 Mrd DM beschlossen, die zum Teil allerdings erst in den folgenden Jahren kassenwirksam werden. Zum einen sollen die öffentlichen Investitionen um $3\frac{1}{2}$ Mrd DM weniger gekürzt werden, als wir in unserer Status-quo-Prognose unterstellt haben, zum anderen werden $3\frac{1}{2}$ Mrd DM zur Förderung der privaten Investitionen bereitgestellt. Da die kompensierenden Ausgabenkürzungen — jedenfalls soweit sie Gesetzesänderungen bedürfen — überwiegend

erst ab 1983 in Kraft treten dürften, ist für 1982 durch diese Maßnahmen ein höheres Finanzierungsdefizit angelegt, das aber 1983 wieder entfällt. Diese Erhöhung wird in Kauf genommen, da durch die gleichzeitige Entscheidung über die Konsolidierungsmaßnahmen glaubhaft wird, daß sie keine dauerhafte, sondern nur eine vorübergehende Haushaltsbelastung darstellt, und da im übrigen der beschäftigungspolitische Konsens die Risiken für Stabilität und Wachstum begrenzt.

- Die Geldpolitik bleibt auch bei niedrigerem Kosten- und Preisniveauanstieg bei der unter Status-quo-Bedingungen angenommenen Ausweitung der Zentralbankgeldmenge. Soweit sich das Vertrauen im Inland und Ausland in die Stabilisierung von Kosten und Preisen und in eine dauerhafte Sanierung des Haushalts verbessert, gewinnt die Bundesbank dabei zusätzlichen Spielraum für die Senkung der Notenbankzinsen.

53*. Die Wirkungen dieses Maßnahmenbündels bestehen erstens darin, daß der Staat direkt die Nachfrage um $3\frac{1}{2}$ Mrd DM erhöht und indirekt private Investitionen anregt. Wie groß das Volumen an zusätzlichen privaten Investitionen ist, läßt sich allerdings nur schwer angeben, denn nicht alle Unternehmen werden auf die Vergünstigung schon kurzfristig mit einer Aufstockung ihrer Investitionspläne reagieren, dafür werden die Unternehmen, die sich von den Maßnahmen anregen lassen, ihre Investitionen um mehr erhöhen, als sie an öffentlichen Mitteln erhalten und sie mit zusätzlichen eigenen Mitteln oder Krediten finanzieren. Insgesamt erwarten wir als Folge der Investitionsförderung eine Zunahme der privaten Investitionen gegenüber der Status-quo-Prognose um etliche Milliarden DM.

54*. Man sollte von dem skizzierten wirtschaftspolitischen Weg die Hauptwirkungen nicht schon für das Jahr 1982 erwarten. Bei unserer Durchrechnung ergab sich ein reales Sozialprodukt, das um reichlich 1 vH über dem des Jahres 1981 liegen würde und also um etwa $\frac{1}{2}$ vH höher als in unserer Status-quo-Prognose; betrachtet man nicht den Jahresdurchschnitt, sondern den Verlauf des Jahres, dann ist der Unterschied größer. Man darf diese Strategie aber nicht an derartigen Prognoseergebnissen messen. Zu unsicher ist, wann und in welchem Ausmaß die erwartete Belebung einsetzt und wie stark die sich selbst verstärkende Dynamik sein wird. Entscheidend ist, daß eine solche Strategie die Wahrscheinlichkeit erhöht, daß der Beschäftigungsrückgang frühzeitig gebremst wird und über das Jahr 1982 hinaus die Chance für einen anhaltenden Rückgang der Arbeitslosigkeit verbessert.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit

55*. Die wirtschaftspolitische Diskussion dieses Jahres war geprägt von der Sorge, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft nicht gut genug sei. Der Sachverständi-

genrat untersucht dieses Problem in einem Sonderkapitel und prüft, welche wirtschaftspolitische Strategie zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit am besten geeignet ist (Viertes Kapitel).

56*. Das hohe Leistungsbilanzdefizit hat die Wirtschaftspolitik in Bedrängnis gebracht. Die Abwertung der D-Mark, die das reale Austauschverhältnis mit dem Ausland — die Terms of Trade — verschlechterte, verbesserte zwar die Bedingungen, die Exporte zu steigern und die Importe einzudämmen. Der Preisauftrieb ist dadurch aber wieder verstärkt worden. Um die neuen Inflationsgefahren abzuwehren, sah sich die Bundesbank gezwungen, ihren restriktiven Kurs zu bekräftigen. Die Beschäftigungsprobleme haben sich verschärft. Es muß ein Weg gefunden werden, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, ohne daß Stabilität und Beschäftigung in Mitleidenschaft gezogen werden. Das kann geschehen, indem eine freiwillige Anpassung der Einkommen oder der Einkommensentwicklung zustande kommt. Es kann aber auch dadurch geschehen, daß Bedingungen geschaffen werden, die der Wirtschaft helfen, durch Strukturwandel ein kostengünstigeres und attraktiveres Angebotsortiment bereitzustellen. In dem Maße, wie der Markt auf die Herausforderung von außen die Produktivität steigert und die Qualität der Produkte verbessert sowie neue Produkte entwickelt werden, bleiben der Volkswirtschaft eine Minderung der Realeinkommen und damit einhergehende Anpassungsstörungen erspart.

57*. Eine Untersuchung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aufgrund einer Analyse der Veränderung von Marktanteilen, Wechselkursen, Preisen und Kosten hat gezeigt, daß die deutschen Anbieter auf vielen Märkten heute einen schwereren Stand haben als vor einem Jahrzehnt. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist jedoch nicht akut gefährdet. Dafür hat nicht zuletzt die Abwertung der D-Mark gesorgt. Das Leistungsbilanzdefizit ist im Abbau begriffen. Die mit der Aufwertung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verbundene Realeinkommenserhöhung hat sich nicht halten lassen. Eine Korrektur ist unterwegs.

58*. Das Besondere des Erfolgs japanischer Anbieter auf den internationalen Märkten ist ein rasantes Vorstoßen bei einzelnen Produkten. In der Konzentration Japans auf bestimmte Märkte mit Produkten einer hochentwickelten Technologie liegt aber zugleich auch eine Schwäche. Die Stärke der deutschen Wettbewerbsposition ist dagegen in der Breite des Angebots an hochwertigen Produkten zu sehen. Wie die Analyse der deutschen Wettbewerbsposition erkennen läßt, sind Befürchtungen, daß die deutsche Wirtschaft aus Mangel an technischem Wissen in Zukunft ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht erhöhen könnte, weitgehend unbegründet. Die hohe Qualifikation der Arbeitskräfte macht es möglich, daß der technische Erkenntnisstand in produktivitätssteigernde Fertigungsverfahren und attraktive Produkte umgesetzt werden kann. Das Innovationspo-

tential ist vorhanden. Offen bleibt indes, ob es rasch, umfassend und wirkungsvoll genutzt werden wird. Sorge bereitet in dieser Hinsicht das verlangsamte Wachstum des Kapitalstocks und die damit einhergehende Überalterung des Produktionsapparates. Hierfür dürften nicht zuletzt eine unzureichende Kapitalkraft sowie eine geringe Ausstattung der Unternehmen mit Risikokapital verantwortlich sein.

59*. Häufig ist zu hören, daß eine Wirtschaftspolitik, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit rasch zu verbessern suche, anderen Ländern mit noch größeren Zahlungsbilanzproblemen schade und das weltwirtschaftliche Gleichgewicht daher noch mehr störe. Denn das Leistungsbilanzdefizit der Bundesrepublik werde dadurch auf andere Länder verlagert. Das trifft aber nur zu, wenn bei weiterhin gestörten Angebotsbedingungen im Inland der Zwang zur Anpassung überwiegend von der Abwertung und dem Zinsanstieg ausgeht. Aus gegebener oder gar sinkender Produktion im Inland werden dann mehr Güter auf die internationalen Märkte gedrückt. Die Handelspartner sehen sich einer verschärften Konkurrenz aus der Bundesrepublik gegenüber, ohne daß auch die Bundesrepublik verstärkt als Nachfrager auf den internationalen Märkten auftritt. Die Gefahr des Protektionismus nimmt dadurch zu. Der Vorwurf des Beggar my Neighbour würde nicht zu unrecht laut werden. Ganz anders ist das jedoch im Falle einer Strategie, die über mehr Investitionen und mehr Produktion auch im Innern die Anpassungsaufgaben zu lösen versucht. Das gilt sowohl für die defensive Strategie, die über Lohnzurückhaltung Spannungen vermeidet, als auch für die offensive Strategie, die das gleiche über eine Forcierung des Produktivitätsfortschritts erreicht. In beiden Fällen kommt im Zuge der Anpassung auch ausländisches Angebot verstärkt zum Zuge; die Handelspartner sehen sich nicht nur einer verschärften Konkurrenz, sondern auch einer steigenden Nachfrage nach ihren Gütern gegenüber. Der Abbau des deutschen Leistungsbilanzdefizits wird dabei möglicherweise länger dauern. Das muß aber keine Probleme schaffen, da sich ja auch ausländisches Kapital in größerem Umfang an der Nutzung der Investitionschancen im Inland beteiligt. Jedes Land, das auch für das Inland auf diese Weise seine Probleme zu lösen sucht, hilft sich und der Weltwirtschaft. Ein weltweiter Wettbewerb um verbesserte Angebotsbedingungen verspricht am ehesten eine Lösung der derzeitigen Probleme.

Wege der Wirtschaftspolitik

60*. Gewisse Gemeinsamkeiten zwischen dem Konzept einer angebotsorientierten Politik, das der Sachverständigenrat seit Mitte der siebziger Jahre zur Diskussion stellt, und den Grundlinien der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik in Großbritannien und den Vereinigten Staaten haben gelegentlich Anlaß zu Mißverständnissen hinsichtlich der Position des Rates gegeben. In diesem Gutachten erörtert der Rat daher die Konzepte der Wirtschaftspolitik in der

Bundesrepublik, den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Japan (Ziffern 292 ff.).

Der Sachverständigenrat hat einem strengen Monetarismus nie das Wort geredet. Das Konzept des Rates beruht nicht auf der Annahme, daß ausreichende wirtschaftliche Dynamik sich in einem Marktsystem von selbst versteht. Es kann anhaltende Angebotsstörungen geben. Und Erwartungsstörungen haben eine Bedeutung, die sich verselbständigen kann. So hat der Rat nicht vorgeschlagen, den Staat aus der Aufgabe zu entlassen, auf die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage in antizyklischem Sinne Einfluß zu nehmen, wenn die Umstände dies erfordern und wirksam zulassen.

Eine Wirtschaftspolitik, welche durch Maßnahmen, die auf der Angebotsseite ansetzen, die wirtschaftliche Dynamik fördert, kann der Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft aufhelfen, die Lohnpolitik entlasten und die Geldpolitik davor bewahren, immer wieder im nachhinein die Finanzierung einer Preisniveausteigerung unvermeidlich finden zu müssen, die es im vorhinein nicht war. Der Vorrang und die Dringlichkeit der Angebotspolitik sind — insoweit situationsbedingt — Folge einer Entwicklung, in der sich die Möglichkeiten der Nachfragesteuerung durch Mißbrauch entwertet haben und in der sich die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft als überfordert erweist.

Diese Überforderung hängt mit den übergroßen Herausforderungen von außen zusammen, aber auch mit hausgemachter Verkrustung und zu großer Störung marktwirtschaftlicher Antriebsmechanismen. Ein angebotspolitischer Optimismus freilich, wie ihn die amerikanische Regierung eine Politik wagen läßt, die ganz auf die Möglichkeit eines virtuoson Expansionsprozesses mit rascher Autokonsolidierung rigoroser Steuersenkungen setzt, gehört nicht zum Konzept des Sachverständigenrates.

61*. Wenigstens eines sollte aber unstreitig sein können: Beschäftigungspolitische Verantwortung nimmt der Staat nicht nur wahr, wenn er Leute selbst beschäftigt oder wenn er Geld ausgibt, damit andere es tun. Er nimmt sie auch wahr, wenn er sich darauf konzentriert, die Bedingungen zu verbessern, unter denen die Einzelnen ihren Erwerb selbst suchen. Die Frage eines Rückzuges des Staates aus seiner beschäftigungspolitischen Verantwortung stellt sich gegenwärtig nicht. In der Diskussion über die richtige wirtschaftspolitische Strategie geht es derzeit ausschließlich um das Wie, nicht um das Ob.

62*. Im dritten Kapitel dieses Gutachtens beschäftigen wir uns außerdem mit Problemen der Arbeitsmarktpolitik (Ziffern 418 ff.), der Marktpolitik (Ziffern 428 ff.) und der Energiepolitik (Ziffern 436 ff.).

ERSTES KAPITEL

Die wirtschaftliche Lage

TEIL A

Der internationale Rahmen

I. Anpassungsdruck zwingt Weltwirtschaft
in die Stagnation

1. Die westlichen Industrieländer sind auch in diesem Jahr mit den Problemen, die ihre Volkswirtschaften seit langem belasten, nicht fertig geworden. Bei der Inflationsbekämpfung waren die Fortschritte gering. Die Zinsen stiegen weiter, die Investitionen blieben gedämpft. Für eine konjunkturelle Erholung fehlte weithin die Grundlage. Die Produktion lag 1981, nimmt man alle Industrieländer zusammen, wiederum nur wenig höher als im Vorjahr (Tabelle 1 und Schaubild 1). Die Beschäftigungsprobleme verschärften sich.

Die Vereinigten Staaten haben die weltwirtschaftliche Entwicklung in hohem Maße geprägt. Dem erneuten Anstieg der Zinsen, der von dort ausging, und dem Sog eines erstarkten Dollar konnten sich die anderen Länder um so weniger entziehen, als sie sich selbst schwer taten, bessere Bedingungen für ein möglichst spannungsfreies Wachstum zu schaffen. Gravierende binnenwirtschaftliche Probleme — stark angewachsene Staatsdefizite, anhaltende Inflationstendenzen und latente Verteilungskonflikte — führten in Verbindung mit der internationalen Zinstendenz dazu, daß neue Dynamik nicht aufkam. Die Neigung zum Protektionismus hat wieder zugenommen. Viele Länder haben den Zugang zu ihren Märkten erschwert.

Tabelle 1

Reales Bruttosozialprodukt in wichtigen Industrieländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Land	1960 bis 1972 ²⁾	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980 ³⁾	1981 ⁴⁾
Bundesrepublik Deutschland	+ 4,5	+0,4	-1,8	+5,3	+2,8	+3,6	+4,4	+1,8	- 1/2
Belgien	+ 4,9	+4,5	-1,9	+5,3	+0,8	+3,0	+2,4	+1,4	-1
Dänemark	+ 4,8	-0,9	-0,6	+7,9	+1,8	+1,3	+3,5	-1,0	-1
Frankreich	+ 5,8	+3,2	+0,2	+5,2	+2,8	+3,6	+3,2	+1,3	+ 1/2
Griechenland	+ 7,7	-3,6	+6,1	+6,4	+3,4	+6,7	+3,8	+0,6	+1
Großbritannien	+ 3,1	-1,2	-0,8	+4,2	+1,0	+3,6	+0,9	-1,8	-2
Irland	+ 4,0	+3,7	+2,2	+2,0	+5,8	+6,3	+1,9	+1,0	+2
Italien	+ 5,5	+4,1	-3,6	+5,9	+1,9	+2,6	+5,0	+4,0	+0
Niederlande	+ 5,2	+3,5	-1,0	+5,3	+2,4	+2,5	+2,2	+0,8	-1 1/2
EG-Länder ^{5) 6)}	+ 4,8	+1,6	-1,2	+5,2	+2,3	+3,3	+3,4	+1,2	- 1/2
Vereinigte Staaten	+ 4,1	-1,3	-1,0	+5,6	+5,1	+4,4	+2,4	-0,2	+2
Japan	+11,0	-1,0	+2,3	+5,3	+5,3	+5,0	+5,5	+4,2	+3 1/2
Österreich	+ 5,1	+4,3	-1,7	+5,8	+4,4	+1,0	+5,1	+3,6	+0
Schweden	+ 4,2	+4,1	+2,5	+1,6	-2,4	+1,4	+4,0	+1,4	+0
Schweiz	+ 4,7	+1,5	-7,3	-1,4	+2,4	+0,3	+2,2	+3,2	+1
OECD-Länder ⁵⁾	+ 5,5	+0,6	-0,3	+5,1	+3,6	+3,8	+3,3	+1,3	+1 1/2

¹⁾ Für Belgien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Österreich, Schweden und Schweiz: Bruttoinlandsprodukt.

²⁾ Durchschnittlich jährliche Veränderung.

³⁾ Teilweise geschätzt.

⁴⁾ Eigene Schätzung.

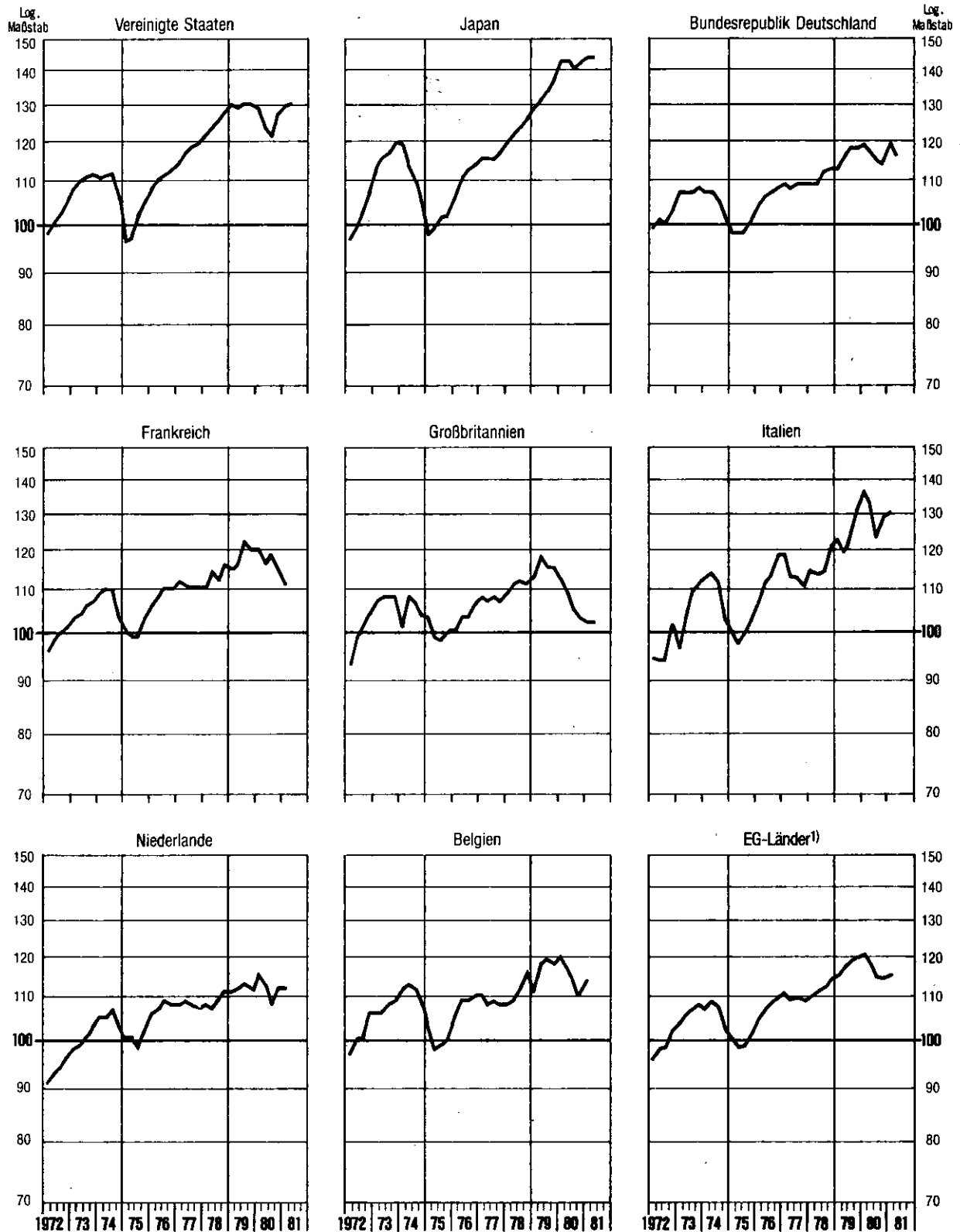
⁵⁾ Zusammengewogen mit den jeweiligen Anteilen am Bruttosozialprodukt zu Preisen und Wechselkursen von 1979.

⁶⁾ Gebietsstand: 1. Januar 1981.

Quelle: OECD; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

INDUSTRIEPRODUKTION AUSGEWÄHLTER LÄNDER

Saisonbereinigte Zahlen 1975 = 100



1) Zusammengewogen mit den Anteilen an der Industrieproduktion der EG im Jahre 1975; Gebietsstand: 1. Januar 1981; ohne Dänemark.

Quelle: OECD

SR 810871

2. Daß die einzelnen Länder nicht für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung sorgen konnten, lag nicht zuletzt an den stark angeschwollenen Defiziten der öffentlichen Haushalte. Eine über Jahre hinweg expansive Ausgabenpolitik hat das Verhältnis von Haushaltsdefiziten zum Sozialprodukt in fast allen Ländern ansteigen lassen. In diesem Jahr haben konjunkturbedingte Mehrausgaben sowie Minder-einnahmen die Defizite weiter hinaufgetrieben, in Belgien auf über 12 vH und in Italien auf über 9 vH des Sozialprodukts. Bei dem Versuch, die hohen Defizite auf ein vertretbares Maß zurückzuführen, standen die Regierungen vor großen Schwierigkeiten. Ging es doch darum, die Staatsquote, die in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen war, deutlich zurückzuführen. Der rasche Anstieg der öffentlichen Zinslast, die zum Teil über 5 vH des Sozialprodukts ausmacht, erhöhte den Kürzungsbedarf bei den übrigen Ausgaben. Erhebliche Einsparungen im Sozialbereich waren unvermeidlich. Mehr als eine Regierung ist in diesem Jahr wegen Auseinandersetzungen in Haushaltsfragen zurückgetreten.

3. In der Geldpolitik hatte 1981 die Inflationsbekämpfung Vorrang. Wollte die Geldpolitik dem

durch die Ölpreissteigerungen der vergangenen Jahre verstärkten Preisauftrieb wirksam entgegen-treten, so mußte sie einen abermaligen Anstieg der Zinsen und eine Verlängerung der wirtschaftlichen Schwächeperiode in Kauf nehmen. Dabei übernahmen die Vereinigten Staaten nun die Führungsrolle. Sie versuchten gleichzeitig, durch Steuersenkungen die Wirtschaft wieder zu beleben. An den Kapitalmärkten ist diese Politikmischung auf Skepsis gestoßen. Für das hohe Zinsniveau in der Welt wurden allenthalben die Vereinigten Staaten verantwortlich gemacht. Ein Zusammenhang zwischen den hohen amerikanischen Zinsen und den hohen Zinsen in anderen Ländern ist zwar nicht zu übersehen, braucht aber nicht zu einem internationalen Gleichstand der Zinsen zu führen. Länder, die sich einen Vorsprung in der Inflationsbekämpfung und in der Strukturanpassung verschafft haben, konnten sich durchaus aus dem Zinsverbund lösen. Japan und die Schweiz sind Beispiele dafür, daß Erfolge bei der Stabilisierung oder die Erwartung von Erfolgen es ermöglichen, mit den Zinsen Distanz zum internationalen Niveau zu halten. Den übrigen Ländern wäre eine Abkoppelung möglich gewesen, hätten sie für Bedingungen gesorgt, die mehr Stabilität und mehr Wachstum erlauben (Tabelle 2).

Tabelle 2

Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern¹⁾
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Land	1960 bis 1970 ²⁾	1970 bis 1980 ²⁾	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	
									1. Hj.	3. Vj.
Bundesrepublik Deutschland	+2,5	+ 5,1	+ 6,0	+ 4,3	+ 3,7	+ 2,7	+ 4,1	+ 5,5	+ 5,6	+ 6,1
Belgien	+3,0	+ 7,4	+12,8	+ 9,2	+ 7,1	+ 4,5	+ 4,5	+ 6,6	+ 7,2	+ 8,1
Dänemark	+5,6	+ 9,8	+ 9,6	+ 9,0	+11,1	+10,0	+ 9,6	+12,3	+11,5	+11,7
Frankreich	+4,1	+ 9,6	+11,8	+ 9,6	+ 9,4	+ 9,1	+10,8	+13,6	+12,7	+13,6
Griechenland	+2,1	+14,3	+13,4	+13,3	+12,1	+12,6	+19,0	+24,9	+25,0	+23,6
Großbritannien	+4,1	+13,7	+24,2	+16,5	+15,8	+ 8,3	+13,4	+18,0	+12,2	+11,3
Irland	+4,6	+13,7	+20,9	+18,0	+13,6	+ 7,6	+13,3	+18,2	+19,1	+20,1
Italien	+4,0	+13,8	+17,0	+16,8	+18,4	+12,1	+14,8	+21,2	+20,3	+19,1
Niederlande	+4,3	+ 7,4	+10,2	+ 8,8	+ 6,4	+ 4,1	+ 4,2	+ 6,5	+ 6,6	+ 7,0
Vereinigte Staaten	+2,7	+ 7,8	+ 9,1	+ 5,8	+ 6,5	+ 7,7	+11,3	+13,5	+10,5	+10,9
Kanada	+2,7	+ 8,0	+10,8	+ 7,5	+ 8,0	+ 9,0	+ 9,1	+10,1	+12,4	+12,7
Japan	+5,7	+ 9,0	+11,8	+ 9,3	+ 8,1	+ 3,8	+ 3,6	+ 8,0	+ 6,0	+ 4,3
Österreich	+3,6	+ 6,3	+ 8,4	+ 7,3	+ 5,5	+ 3,6	+ 3,7	+ 6,4	+ 6,9	+ 6,6
Schweden	+4,0	+ 9,2	+ 9,8	+10,3	+11,4	+10,0	+ 7,2	+13,7	+13,1	+12,8
Schweiz	+3,3	+ 5,0	+ 6,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 3,6	+ 4,0	+ 5,9	+ 7,2
OECD-Länder ³⁾	+3,4	+ 8,7	+11,3	+ 8,6	+ 8,9	+ 7,9	+ 9,8	+12,9	+11,2	+12,0 ⁴⁾

¹⁾ Aus Angaben in Landeswährung.

²⁾ Durchschnittlich jährliche Veränderung.

³⁾ Zusammengewogen mit den jeweiligen Anteilen am privaten Verbrauch zu Wechselkursen des vorangegangenen Jahres.

⁴⁾ Eigene Schätzung.

Quelle: OECD; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

4. Die Lohnpolitik war 1981 in den meisten Ländern nicht aggressiv, gleichwohl nicht flexibel genug, die anstehenden Beschäftigungsprobleme zu verringern. Die Arbeitslosigkeit nahm in diesem Jahr — freilich auch bedingt durch den starken Anstieg des Erwerbspersonenpotentials — drastisch zu. Sie lag im Durchschnitt in den westlichen Industrieländern bei annähernd 8 vH (Tabelle 3). Im einzelnen war die Flexibilität der Löhne in diesem wie schon in den vergangenen Jahren von Land zu Land verschieden. Vor allem in den Vereinigten Staaten und in Japan hatte sich im Gefolge des zweiten Ölpreisschubs die Steigerung der Nominallöhne wie der Reallöhne deutlich verlangsamt. Auch in kleineren Ländern wie den Niederlanden, Dänemark und der Schweiz hatten sich in dieser Zeit die Lohnsteigerungen zurückgebildet, in den Niederlanden kam es in den letzten beiden Jahren sogar zu Reallohnsenkungen. Dagegen sind in Italien und in Belgien die Nominallöhne nach 1979 weiter kräftig gestiegen. Durch die in beiden Ländern praktizierte Lohnindexierung hatte vor allem die Verteuerung der Ölimporte nach 1979 — wie schon nach 1974 — eine zusätzliche Dynamik in die Lohnentwicklung ge-

bracht. Mißt man die Reallohnentwicklung an der Marke, die sich aus dem Produktivitätsfortschritt und der Veränderung des realen Austauschverhältnisses mit dem Ausland — den Terms of Trade — ergibt (Reallohnposition), so zeigt sich für 1981, daß Großbritannien, Dänemark, Niederlande und Schweden dahinter zurückgeblieben sind. Dagegen überstieg der Reallohnzuwachs diese Marke vor allem in Ländern, die erhebliche Verluste bei den Terms of Trade hinnehmen mußten, wie etwa Italien und Belgien (Tabelle 4).

5. Insgesamt gesehen ist die Weltwirtschaft einer Lösung der drängenden wirtschaftlichen Probleme — Eindämmung der Inflation, Rückgewinnung von mehr Wachstum und Beschäftigung, Rückführung hoher Staatsdefizite, Abbau der schwerwiegenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte — nicht näher gekommen. Gegenüber der Zeit nach dem ersten Ölpreisschub hält die konjunkturelle Schwächephase länger an, die Arbeitslosigkeit hat drastisch zugenommen, und die Zinsen liegen vielfach um mehrere Prozentpunkte über dem Niveau der Jahre 1976/77.

Tabelle 3

Arbeitslosenquoten in ausgewählten Ländern

vH

Land	Berechnungsmethode ¹⁾	1976	1977	1978	1979	1980	1981 ²⁾
Bundesrepublik Deutschland	I	4,1	4,0	3,9	3,4	3,4	4,7
Belgien	I	6,8	7,8	8,4	8,7	9,4	11,6
Dänemark	I	4,7	5,8	6,5	5,3	6,2	8,2
Frankreich	I	4,3	4,8	5,2	6,0	6,4	7,8
Griechenland	I	.	0,8	0,9	0,9	1,1	2,3
Großbritannien	I	5,3	5,7	5,7	5,3	6,9	10,2
Irland	I	9,5	9,2	8,4	7,4	8,3	10,4
Italien	I	5,6	6,4	7,1	7,5	8,0	8,6
Niederlande	I	4,3	4,1	4,1	4,1	4,8	7,3
Vereinigte Staaten	II	7,7	7,0	6,0	5,8	7,1	7,3
Kanada	II	7,2	8,1	8,4	7,5	7,5	8,3
Japan	II	2,0	2,0	2,2	2,1	2,0	2,2
Österreich	III	2,0	1,8	2,1	2,0	1,9	2,2
Schweden	II	1,6	1,8	2,2	2,1	2,0	2,4

¹⁾ Berechnungsmethode:

I: Anteil der durch die Arbeitsverwaltung als arbeitslos registrierten Personen an den gesamten zivilen Erwerbspersonen (für den EG-Gebrauch standardisierte nationale Angaben).

II: Anteil der durch regelmäßige Haushaltsbefragungen (Stichproben) ermittelten Arbeitslosen an den geschätzten gesamten Erwerbspersonen.

III: Anteil der durch die Arbeitsverwaltung am Monatsende als arbeitslos registrierten Personen an den abhängigen Erwerbspersonen.

²⁾ Eigene Schätzung.

Quellen: SAEG; ILO

Tabelle 4

Zur Entwicklung der Lohnstückkosten und der Reallohnposition in wichtigen Industrieländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Land	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
	Lohnkosten je Produkteinheit ¹⁾							
Bundesrepublik Deutschland	+ 9,5	+ 6,0	+ 2,1	+ 3,8	+ 3,4	+ 3,1	+ 5,9	+ 5,0 ^{a)}
Belgien	+15,4	+17,0	+ 8,9	+ 8,2	+ 3,7	+ 5,3	+ 6,5	+ 8,0
Dänemark	+18,9	+13,7	+ 7,0	+ 9,1	+ 8,1	+ 7,8	+ 8,2	+10,5
Frankreich	+15,6	+17,5	+10,6	+10,6	+ 9,4	+ 9,4	+13,5	+13,5
Großbritannien	+22,7	+29,4	+ 9,3	+ 9,2	+10,1	+15,4	+20,0	+10,5
Irland	+16,1	+24,6	+16,4	+10,3	+10,3	+17,6	+15,0	+13,0
Italien	+19,6	+26,0	+15,3	+20,2	+13,6	+14,0	+18,4	+20,5
Niederlande	+12,3	+13,9	+ 5,5	+ 6,4	+ 5,4	+ 5,7	+ 5,5	+ 6,5
Vereinigte Staaten	+11,0	+ 7,5	+ 5,6	+ 5,4	+ 7,6	+ 8,9	+ 9,4	+ 9,0
Kanada	+15,7	+15,1	+ 9,6	+ 7,8	+ 5,4	+ 8,2	+11,2	+11,0
Japan	+27,0	+14,7	+ 7,7	+ 6,1	+ 2,7	+ 2,7	+ 4,5	+ 5,5
Österreich	+11,4	+13,4	+ 4,4	+ 6,1	+ 8,0	+ 1,7	+ 4,4	+ 7,0
Schweden	+11,0	+16,9	+16,3	+15,3	+ 8,9	+ 6,5	+10,3	+13,0
Schweiz	+ 9,6	+10,6	+ 2,0	+ 0,1	+ 4,6	+ 2,7	+ 2,0	+ 5,0
	Reallohnposition ²⁾							
Bundesrepublik Deutschland	+ 3,0	- 1,7	- 3,2	- 0,3	- 1,1	- 1,1	+ 1,3	+ 2,0 ^{a)}
Belgien	+ 3,4	+ 4,4	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 3,5
Dänemark	+ 7,3	+ 2,9	- 5,1	- 1,9	- 2,3	- 1,8	+ 0,4	- 1,0
Frankreich	+ 3,4	+ 2,7	- 0,3	+ 0,3	- 1,5	- 1,9	+ 2,4	+ 3,0
Großbritannien	+ 6,8	+ 2,0	- 6,4	- 5,3	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,9	- 1,5
Irland	+ 5,9	+ 2,2	- 4,1	- 1,3	+ 0,5	+ 5,5	+ 6,9	- 1,5
Italien	- 0,1	+ 4,0	- 3,2	+ 5,1	- 1,1	- 3,8	- 1,2	+ 4,5
Niederlande	+ 3,4	+ 2,0	- 4,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	- 0,5
Vereinigte Staaten	+ 0,6	- 1,4	- 1,4	- 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,0
Kanada	+ 1,6	+ 4,7	+ 1,2	+ 1,0	- 0,8	- 2,4	+ 1,1	- 0,5
Japan	+ 6,4	+ 1,5	- 1,6	- 2,0	- 3,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,5
Österreich	- 3,7	+ 4,1	- 1,0	+ 1,3	- 0,1	- 3,0	- 1,8	+ 3,0
Schweden	- 0,4	- 0,4	+ 0,5	+ 3,0	- 2,6	- 1,2	+ 0,2	- 0,5
Schweiz	+ 0,4	+ 1,2	- 1,2	+ 0,0	+ 1,2	- 0,0	+ 4,1	- 0,0

¹⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts, aus Angaben in Landeswährung, 1980 und 1981 geschätzt. Quelle: DIW.

²⁾ Veränderung der Brutto-lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer deflationiert mit dem Preisindex des Privaten Verbrauchs abzüglich der Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen, einschließlich des Einkommenseffekts aus der Veränderung des realen Austauschverhältnisses im Außenhandel der Gesamtwirtschaft (Terms of Trade). Quelle: OECD.

^{a)} Eigene Schätzung.

II. Anhaltende Konjunkturschwäche in den westlichen Industrieländern

6. In Anbetracht der hartnäckigen Probleme, die sich in den einzelnen Ländern auf türmen, schlägt auch neuen Lösungsansätzen Skepsis entgegen. Die Versuche zur wirtschaftlichen Sanierung Großbritanniens haben bisher keinen nachhaltigen Erfolg gezeitigt. Die neue Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten hat das Vertrauen der Investoren ebenfalls noch nicht auf ihrer Seite. In Frankreich begegnen die Investoren und Kapitalanleger der neuen Regierung mit offenem Mißtrauen. In den meisten Ländern besteht zwar Übereinstimmung darüber, daß mit der herkömmlichen staatlichen Nachfragesteuerung auf Dauer nichts gewonnen werden kann, gleichzeitig hat jedoch der Mangel an einem verlässlichen wirtschaftspolitischen Konzept die Unsicherheit vergrößert.

Neue Wege in der Wirtschaftspolitik

Vereinigte Staaten

7. Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten stand im Zeichen eines Kurswechsels in der Wirtschaftspolitik, den die Regierung von Präsident Reagan einleitete. Die Wende fiel in ein Jahr erneuter konjunktureller Schwäche. In den ersten Monaten des Jahres hatte sich die wirtschaftliche Belebung, die im Herbst 1980 begonnen hatte, zwar zunächst unerwartet kräftig fortgesetzt, im zweiten Vierteljahr kam es jedoch zu einem Rückschlag. Bei den anhaltend hohen Zinsen verhielten sich die Konsumenten wieder abwartend, weniger Bauaufträge wurden vergeben und weniger Ausrüstungsgüter bestellt. Vom zweiten Vierteljahr an war Stagnation das vorherrschende Bild. Im ganzen lag das Sozialprodukt 1981 nur 2 vH höher als 1980. Die Arbeitslosenquote, die von 7,4 vH im Januar auf 7 vH im Juli 1981 gesunken war, stieg im Verlauf des Jahres wieder auf 7,4 vH.

8. Die im Zuge des Kurswechsels 1981 getroffenen Entscheidungen zielen darauf ab, die in den siebziger Jahren mehr und mehr gestiegenen Inflationsraten in raschen Schritten zurückzuführen, die extrem schwache Investitionsneigung zu heben und den seit längerem stockenden Produktivitätsfortschritt wieder voranzubringen. Nach der ersten Ölteuerung und dem Ende der Lohn-Preis-Kontrollen in den Jahren 1973/74 hatte eine nachgiebige Geldpolitik inflationäre Tendenzen aufkommen lassen. Da sich amerikanische Anbieter auf internationalen Märkten als wenig wettbewerbsfähig erwiesen, geriet der Dollar wenige Jahre nach dem Ende des Festkursystems von Bretton Woods immer mehr ins Wanken. Als sich darauf die Inflation im Zuge einer auf Nachfrageexpansion angelegten Wirtschaftspolitik erheblich beschleunigte, war auch die Rolle des Dollar als internationale Reservewährung bedroht. Steigende Staatsdefizite, eine Investitionsquote, die niedriger war als in nahezu allen anderen Industrie-

ländern, und mannigfache Gebote und Verbote bei der wirtschaftlichen Aktivität trugen dazu bei, daß in den Vereinigten Staaten ernste Zweifel an der eigenen Wirtschaftskraft wach wurden.

9. Im Jahre 1978 hatte die Administration von Präsident Carter ein Programm vorgelegt, das unter anderem Anreize für freiwillige Lohnzurückhaltung, einen schrittweisen Abbau der Staatsdefizite bis hin zu einem Ausgleich des Budgets im Jahre 1981 und Preisempfehlungen für die Industrie vorgesehen hatte. Gleichzeitig waren mit der Novellierung des „Employment Act“ von 1946 als vordringlichste Ziele die Förderung privater Investitionen, die Rückführung der Staatsquote und die Wiedergewinnung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit festgelegt worden. Dies sollte nicht zuletzt durch breit angelegte Steuersenkungen und einen Abbau von anpassungshemmenden Regulationen erreicht werden. Der überwiegende Teil dieses Programms konnte politisch nicht durchgesetzt werden.

10. Erst nach dem Regierungswechsel zu Anfang dieses Jahres wurden im Zuge der politischen Neuorientierung die wirtschaftspolitischen Prioritäten durchgängig neu gesetzt. Über niedrigere Einkommensteuersätze und großzügigere Abschreibungsregelungen sollen das Arbeiten lohnender, das Sparen attraktiver und das Investieren rentabler gemacht werden. Über eine Indexierung der Einkommensteuer soll gewährleistet werden, daß die genannten Anreize nicht durch inflationsbedingte Progressionswirkungen zunichte gemacht werden. Zusammen mit der Beseitigung vieler Regulationen ist das der Kernpunkt einer ausdrücklich als angebotsorientiert charakterisierten Wirtschaftspolitik. Neben umfangreichen Steuersenkungen sind Ausgabenkürzungen vorgesehen, allerdings in geringerem Maße.

11. Die Ausgabenkürzungen in Höhe von 3 Mrd Dollar im Haushaltsjahr 1980/81 konnten rasch durchgesetzt werden, ebenso die für das Budget 1981/82 vorgesehenen Kürzungen von mehr als 35 Mrd Dollar. Im Sommer wurden dann auch Einkommensteuerentlastungen und Abschreibungserleichterungen verabschiedet. Die Einkommensteuer wurde vom 1. Oktober 1981 an um 5 vH und mit Wirkung vom 1. Juli der folgenden beiden Jahre um jeweils 10 vH gesenkt. Zudem wurden beschleunigte Abschreibungen für Investitionen in der Industrie und im Wohnungsbau beschlossen. Das Finanzierungsdefizit des Bundeshaushalts soll nicht zuletzt aufgrund der von den belebenden Wirkungen der Maßnahmen erhofften Mehreinnahmen von 55¹/₂ Mrd Dollar im Haushaltsjahr 1981 auf 42¹/₂ Mrd Dollar im Haushaltsjahr 1982 zurückgeführt werden. Für 1984 wird der Ausgleich des Budgets angestrebt und ab 1985 soll die Indexierung der Steuerzahlungen in Kraft treten. Daneben hat die Regierung Maßnahmen zur Deregulation der amerikanischen Wirtschaft ergriffen. So wurden beispielsweise die Preis- und Lohn-Meldebehörden abgeschafft sowie Umweltschutzmaßnahmen, die in diesem Jahr hät-

ten wirksam werden sollen, ausgesetzt. Darüber hinaus soll eine Kommission Regulationen in der amerikanischen Wirtschaft aufzeigen, die den Anpassungs- und Wachstumsprozeß behindern.

12. In Anbetracht der seit Mai erkennbaren konjunkturellen Abschwächung sowie der anhaltend hohen Zinsen und der wenig verminderten Inflationsraten kamen im Sommer zunehmend Zweifel an den Erfolgsaussichten des neuen Wirtschaftsprogramms auf. Vor allem wurde in Frage gestellt, daß die Steuersenkungen soviel an Dynamik entstehen lassen würden, wie erforderlich wäre, um bis 1984 den Budgetausgleich zu erreichen. Die aufkommende Skepsis war kein gutes Klima für einen Zinsrückgang. Im September wurden daher für das Haushaltsjahr 1981/82 weitere Ausgabenkürzungen in Höhe von 13 Mrd DM vorgesehen. Vertrauen, daß die Inflation bekämpft und gleichzeitig das Wachstum gefördert werden kann, scheint eine wichtige Vorbedingung für das Gelingen der neuen Politik zu sein. Bisher überwiegt die Unsicherheit.

13. Die Geldpolitik in den Vereinigten Staaten ist bereits seit Herbst 1979 verstärkt um Inflationsbekämpfung bemüht, zunächst allerdings nur mit mäßigem Erfolg. Die Notenbank hatte damals angekündigt, zur besseren Kontrolle der Geldmenge in Zukunft die Bankreserven statt wie bisher den Zinssatz für Tagesgeld über Offenmarktoperationen zu steuern. Damit wurde freilich nicht nur eine andere Steuergröße gewählt, sondern vor allem sollte den Schwankungen der Geldnachfrage weniger nachgegeben werden; es sollten also größere Zinsschwankungen toleriert werden. Das Versprechen einer Verstetigung der Geldmenge auf einem vorangekündigten Pfad sollte damit glaubhafter werden. Allerdings kann ein Mehr an Geldwertstabilität damit nur erreicht werden, wenn die Notenbank die Expansion der Geldmenge auch tatsächlich im Rahmen der Zielvorgabe hält. Auf einen Vertrauensvorschuß in die neue Geldpolitik konnte die Notenbank dabei nicht setzen. Zu oft waren Erwartungen enttäuscht worden. Auch 1980 wurde das Geldmengenziel doch wieder nicht eingehalten. Der Geldwertchwund erreichte mit $13\frac{1}{2}$ vH einen neuen Höchststand. Seit Anfang des Jahres 1981 sind die Anstrengungen, die monetäre Expansion einzudämmen, energischer geworden. Charakteristisch hierfür ist der Versuch, jetzt sogar ganz kurzfristige Abweichungen der Geldmengenexpansion vom angekündigten Pfad zu unterbinden. Der Stabilisierungserfolg bleibt auch weiterhin hinter den Zielvorstellungen zurück. Zugleich hat der Druck auf die Zentralbank zugenommen, ihren Restriktionskurs zu lockern.

14. Beklagt wird vor allem, daß der neuen Geldpolitik eine Stabilisierung der Erwartungen bisher nicht gelungen ist, wohl ein wichtiger Grund dafür, daß auch die Zinsen für langfristiges Kapital wieder gestiegen sind. Der Mangel an Vertrauen erklärt auch, warum den Zinserfolgen, die sich bei einer raschen Bekämpfung vorübergehender Abweichungen der Geldmenge vom Zielpfad auf dem Geldmarkt ein-

stellen, in der Wirtschaft so große Bedeutung beigegeben wird. Die Blößen, die sich die Notenbank in der ersten Phase nach dem Kurswechsel von 1979 gegeben hat, wirken sich hier aus. Dies war zweifellos eine schwierige Phase gewesen. Rasch wechselnde Konjunkturen und damit einhergehende Schwankungen der Geldnachfrage beanspruchten die Zinsflexibilität gleich zu Beginn außerordentlich. Der zweite Ölpreisschub verfestigte die Inflationsserwartungen noch einmal. Umfassende institutionelle Änderungen im Bankenwesen ließen die Aussagefähigkeit der Geldmengenaggregate unsicher werden.

15. Trotz kräftiger Belebung der Wirtschaftsaktivität im ersten Vierteljahr 1981 blieb die monetäre Expansion insgesamt verhalten. Nur kurze Zeit im Frühjahr zogen Geldmenge und Zinsen scharf an. Die Notenbank verknappte daraufhin das Geld und verteuerte die Refinanzierung ein weiteres Mal. Seither bewegt sich die Geldmenge unterhalb des Zielkorridors. Zur Jahresmitte kündigte die Notenbank eine Expansion der Geldmenge M1B am unteren Rand des Korridors an und gab einen Korridor für 1982 mit einer Bandbreite von 2,5 vH bis 5,5 vH bekannt. Die jüngsten Lockerungsmaßnahmen sollen lediglich sicherstellen, daß die Geldmenge bis zum Jahresende 1981 wieder in den Zielkorridor zurückkehrt. Sie waren aber auch von der schwachen Wirtschaftsaktivität seit dem zweiten Vierteljahr mitbestimmt.

Großbritannien

16. Für die britische Volkswirtschaft war ein Ausweg aus der schweren Stabilisierungskrise auch im Jahre 1981 noch nicht klar erkennbar. Das Sozialprodukt ging wiederum um 2 vH zurück, nachdem es schon im vergangenen Jahr ebenso stark geschrumpft war. Die Industrieproduktion lag Mitte dieses Jahres um fast 15 vH unter dem Niveau von 1979. Der noch anhaltende Kostendruck und die starke Aufwertung des Pfundes, die im Jahre 1980 hinzugekommen war, haben die Industrie arg in die Klemme gebracht. Trotz der Rezession in Großbritannien gingen die Exporte 1981 um $4\frac{1}{2}$ vH zurück. Inzwischen hat es in der Lohnpolitik eine Wende gegeben. Und auch von sinkenden Zinsen kommt Entlastung. Die Ertragserwartungen hat das aber noch nicht wieder aufrichten können. Die Investitionspläne lassen keine Zuversicht erkennen. In diesem Jahr sind die Investitionen sogar um über 7 vH zurückgegangen. Fast drei Millionen Menschen sind arbeitslos. Seit das Pfund wieder schwächer notiert, geraten auch die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung in Gefahr. Der Anstieg der Verbraucherpreise, der in den ersten sechs Monaten knapp unter 11 vH lag, beschleunigte sich im weiteren Verlauf des Jahres. Dies ist die Kehrseite der Abwertung, die den Unternehmen ansonsten das Exportgeschäft wieder erleichtert.

17. Die Probleme, die 1979 in Großbritannien den Weg in eine Stabilisierungskrise hatten antreten

lassen, haben nur wenige andere Länder in dieser Schärfe erlebt, am wenigsten die Bundesrepublik. Jahrzehntelange Wachstumsschwäche, immer wieder ausbrechende Verteilungskonflikte, dauernde Arbeitskämpfe, zweistellige Inflationsraten und eine Wirtschaftspolitik des Stop and Go hatten Großbritannien als Industriestandort immer weniger attraktiv werden lassen. In den siebziger Jahren ist die Industrieproduktion jährlich um weniger als 1 vH gewachsen, die Industriebeschäftigung drastisch zurückgegangen. Industriezweige, die dem internationalen Wettbewerb nicht mehr standhalten konnten, sind in zunehmendem Maße durch Subventionen gestützt worden. Die Hoffnung, daß der Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft der Industrie zu einer neuen Dynamik verhelfen könnte, haben sich nicht erfüllt. Auch die Erschließung großer Ölfelder in der Nordsee brachte nicht den notwendigen Wachstumsanstöß. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre scheiterte schließlich auch der Versuch der Regierung, die Gewerkschaften mehr in die wirtschaftspolitische Verantwortung einzubinden.

18. Im Jahre 1979 trat die neue Regierung mit dem Ziel an, der Inflation Herr zu werden, die Wachstumsbedingungen zu verbessern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Nur auf diesem Weg wurde eine Chance gesehen, die britische Wirtschaft von ihren Schwächen zu befreien. Ein wesentliches Element der neuen Wirtschaftspolitik sollte die mittelfristige Orientierung der Geldpolitik sein. Die Vorankündigung von Zielen für die Geldpolitik bis 1984 sollte die Erwartungen rasch auf geringere Inflationsraten richten. Hinzu kam eine Finanzpolitik, die sich vornahm, den Staatsanteil zu verringern und das Steuersystem wachstumsfreundlicher zu machen.

19. Gleichzeitig mit ihrem ersten Budget kündigte die Regierung für das Finanzjahr 1979/80 ein Zielband von 7 vH bis 11 vH für die Expansion der Geldmenge M3 an. Als Zwischenzielgröße wurde mit Sterling M3 ein umfassender Geldmengenbegriff gewählt, der außer dem Bargeldumlauf die Sichteinlagen bei Banken sowie private und öffentliche Termineinlagen in britischer Währung einschließt. Im Zusammenhang mit dem zweiten Budget wurde für die Geldpolitik ein mittelfristiger Zielpfad festgelegt. Für das Jahr 1980 wurde wiederum ein Korridor von 7 vH bis 11 vH vorgegeben, bis 1984 soll der Anstieg um 3 Prozentpunkte zurückgenommen werden. Das Geldmengenziel wird in der Weise verfolgt, daß die Kreditnachfrage mittels Offenmarktoperationen und Veränderungen der Refinanzierungsbedingungen beeinflußt wird. Der Kreditaufnahme des Staates kommt dabei große Bedeutung zu. Denn je weniger es dem Staat gelingt, seine eigene Kreditnachfrage zurückzuführen, desto stärker müssen private Kreditnachfrager zurücktreten.

20. Die Finanzpolitik hatte zum Ziel, die staatliche Nettokreditaufnahme, die im Haushaltsjahr 1978/79 zusammen mit dem Kreditbedarf der staatlichen

Unternehmen einen Umfang von 11 Mrd Pfund erreicht hatte, Schritt für Schritt zurückzuführen. Überdies wurde im Jahre 1979 das Steuersystem umstrukturiert. Die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer wurden gesenkt, die Mineralölsteuer und die Mehrwertsteuer kräftig erhöht. Diese Maßnahmen waren annähernd aufkommensneutral. In Aussicht genommen wurde die Teilindexierung der Einkommensteuer. Auf mittlere Sicht bestand die Absicht, die staatliche Kreditaufnahme nicht durch Steuererhöhungen, sondern über eine Senkung des Staatsanteils einzudämmen.

21. In Anbetracht der Problemmasse, die sich in den siebziger Jahren herausgebildet hatte, waren wohl zeitweilige Verluste an Produktion und Beschäftigung von vornherein in Kauf genommen worden. Tatsächlich kam alles viel schlimmer, als selbst Pessimisten erwartet hatten. Störungen aus der Weltwirtschaft verschärften die Beschäftigungsprobleme zusätzlich. Die Abschwächung der Weltkonjunktur infolge des zweiten Ölpreisschubs gehörte ebenso dazu wie die abrupte Aufwertung des englischen Pfundes als Währung eines Ölförderlandes. Widerstände im Innern stellten den Erfolg der neuen Wirtschaftspolitik frühzeitig in Frage. Die Beschäftigungsverluste, die inzwischen eintraten, sind von einer Größenordnung, wie sie nur ein Land mit sehr stabilen demokratischen Institutionen längere Zeit ertragen kann. Die Wirtschaftspolitik ist in eine sehr schwierige Lage geraten.

22. In die lohnpolitischen Entscheidungen haben die veränderten stabilitätspolitischen Daten erst spät Eingang gefunden. Im besonderen standen die Lohnabschlüsse der Regierung mit ihren eigenen Bediensteten einer frühen Wende in der Lohnpolitik entgegen. Die öffentlich Bediensteten machten geltend, daß die frühere Regierung ihnen in den Jahren des „Social Contract“ ein Sonderopfer im allgemeinen Drängen auf stabilitätsgerechte Lohnabschlüsse aufgenötigt hätte. Der Einkommensrückstand sollte nun ausgeglichen werden. Tatsächlich wurden dem öffentlichen Dienst Einkommenssteigerungen zugestanden, die zum Teil deutlich über 20 vH hinausgingen. Das blieb nicht ohne Einfluß auf die Lohnverhandlungen im privaten Sektor. Die massive Anhebung der Mehrwertsteuersätze im Jahre 1979 löste zudem einen Preisschub aus, der die Lohnverhandlungen belastete. Die Arbeitnehmer machten den Preiseffekt der Steuererhöhung in den Lohnverhandlungen geltend und setzten sich damit durch. Die Anpassungslast fiel auf die Unternehmen. Daß der Staat gleichzeitig die Einkommensteuern gesenkt hatte, konnte das offensichtlich nicht verhindern. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt gingen die Nominallohnsteigerungen 1980 über 20 vH hinaus, nach über 15 vH im Jahre 1979. Die Gewinne gerieten von daher beträchtlich unter Druck, da der hohe Wechselkurs des Pfundes die Preiserhöhungsspielräume begrenzte.

23. Für die britische Industrie war dieser Kostenschub um so schmerzlicher, als das Pfund von An-

fang 1979 bis Ende 1980, um 26 vH gegenüber anderen Währungen im Kurs stieg. Im internationalen Wettbewerb gingen im großen Umfang Marktanteile verloren. Die Vorteile aus einer Aufwertung — billigere Importe von Vorleistungen und niedrigere Zinsen — konnten gegenüber den binnenwirtschaftlichen Kostensteigerungen nicht zur Wirkung kommen. Die Finanzpolitik hat nicht nur durch ihren unheilvollen Einfluß auf die Lohnverhandlungen dazu beigetragen, daß für Zinssenkungen erst Raum entstand, als die Verluste an Produktion und Beschäftigung übergroß geworden waren.

24. Die hohen Lohnzugeständnisse im öffentlichen Bereich und die Subventionszusagen an staatliche Unternehmen trieben die staatliche Kreditnachfrage hinauf. Hinzu kamen in steigendem Maße konjunkturbedingte Mehrausgaben und Steuerausfälle. Im Haushaltsjahr 1980/81 ging die staatliche Neuverschuldung um rund die Hälfte über den geplanten Umfang hinaus. Unter dem Druck, nicht noch weiter hinter den selbstgesteckten Zielen zurückzubleiben, ist die Neigung der Regierung mittlerweile größer geworden, den Staatshaushalt über Steuererhöhungen zu entlasten. Für das Haushaltsjahr 1981/82 ist die Anhebung einiger Verbrauchsteuern, eine höhere Besteuerung der Ölgesellschaften und der Banken sowie eine Verschiebung der vorgesehenen Indexierung der Einkommensteuer ins Auge gefaßt. Ebenso versuchen die Gemeinden, sich der Anpassung ihrer Ausgaben zu entziehen, indem sie die Grundsteuern, eine ihrer Haupteinnahmequellen, zum Teil drastisch anheben.

25. Die Aufgabe der Geldpolitik wurde durch diese Finanzpolitik beträchtlich erschwert. Irritationen wegen Mißerfolgen bei der Handhabung der neuen Geldpolitik kamen hinzu. Im ersten Jahr des neuen geldpolitischen Kurses konnte die Geldmenge Sterling M3 mit einem Anstieg um 11 vH von Februar 1979 bis Februar 1980 noch an der Obergrenze des Zielkorridors gehalten werden. In dem Bemühen, die Expansionsrate allmählich weiter zurückzuführen, mußte die Bank von England jedoch Rückschläge einstecken. Vom zweiten Quartal des Jahres 1980 an schnellte die Expansionsrate von Sterling M3 in die Höhe. Zeitweilig betrug sie über 27 vH, im Laufe des Haushaltsjahres 1980/81, für das nochmals ein Korridor von 7 vH bis 11 vH vorgegeben worden war, ergab sich von Februar 1980 bis Februar 1981 ein Zuwachs von 19,5 vH. Mehrere Gründe wurden angeführt, warum dies zugelassen worden war: die unerwartet hohe Nettokreditaufnahme des Staates, ein kurzfristig rasch steigender Kreditbedarf der Unternehmen, weil diese bei nachlassender Nachfrage, kräftigem Lohnkostenschub und rasch steigenden Zinsen in beträchtliche Liquiditätsengpässe geraten waren, und der Anstieg der Auslandsforderungen des Bankensystems im Zusammenhang mit der Anlage von Mitteln, die aus dem Ausland zugeflossen waren. Schließlich soll auch eine wichtige Rolle gespielt haben, daß bisherige Beschränkungen des Passivgeschäfts der Banken aufgehoben wurden, weshalb die Neigung, Termingelder bei Banken zu halten statt anderer geld-

naher Aktiva außerhalb des Bankensystems, wieder deutlich zunahm. Die hohen Zuwachsraten bildeten sich gegen Ende des Jahres 1980 rasch zurück, wengleich das Expansionstempo bis in das Jahr 1981 hinein noch fast 15 vH betrug. Umstritten blieb, ob die Zielgröße Sterling M3 in den zurückliegenden Jahren überhaupt einen Anhaltspunkt für die Art der geldpolitischen Impulse bieten konnte. Andere Indikatoren, wie die Geldmenge M1 oder die monetäre Basis, deuteten nicht auf eine so nachgiebige Geldpolitik hin. Restriktive Momente behielten die Oberhand, so lange weder die Finanzpolitik noch die Lohnpolitik imstande waren, ihrerseits eine Wende herbeizuführen. Ihrer wichtigsten Aufgabe, nämlich der allgemeinen Verunsicherung wirksam entgegenzutreten und die Erwartungen einigermaßen rasch auf niedrigere Inflationsraten hin zu orientieren, konnte die Geldpolitik unter diesen Umständen nicht gerecht werden.

26. Ende des vergangenen Jahres zeichnete sich eine Verbesserung ab. Es gab Spielraum für eine Zinssenkung. Diese hat zwar zunächst noch nicht viel bewirkt. Die erste Phase des neuen wirtschaftspolitischen Kurses hatte für die Unternehmen eine Häufung von Belastungen mit sich gebracht, insbesondere für die exportorientierten Unternehmen, und die Bereitschaft der Investoren, doch noch auf einen Erfolg der Strategie zu setzen, die Bereitschaft, an der es anscheinend von Anfang an gefehlt hatte, war durch die ständige Verschlechterung der Lage nicht größer geworden. Außerdem brachte die neue Abwertungstendenz beim Pfundkurs, die die Situation des außenwirtschaftlichen Sektors erleichterte, neue Schwierigkeiten bei der Inflationsbekämpfung. Inzwischen ist jedoch eine Wende in der Lohnpolitik hinzugekommen. Für eine nachhaltige Beruhigung des Preisauftriebs, die bisher noch ausstand, sind die Aussichten dadurch besser geworden. Die Finanzmärkte könnten dies honorieren.

Frankreich

27. Neben den Vereinigten Staaten ist Frankreich das zweite große Industrieland, das in diesem Jahr einen ausdrücklichen Kurswechsel der Wirtschaftspolitik vorgenommen hat. Allerdings weist der Kurs Frankreichs in eine andere Richtung als der in den Vereinigten Staaten oder in Großbritannien. Die neue Regierung, die seit dem Frühjahr im Amt ist, hat sich als wichtigstes Ziel vorgenommen, die Arbeitslosigkeit mit staatlichen Maßnahmen direkt zu bekämpfen.

28. Auch für Frankreich war 1981 ein Jahr der Stagnation mit steigender Inflationsrate und steigender Arbeitslosigkeit. Der Geldwertschwund beträgt derzeit annähernd 14 vH. Mehr als 2 Millionen Personen sind arbeitslos. Die Konjunkturabschwächung hatte bereits im Frühjahr 1980 eingesetzt. In den ersten Monaten des Jahres 1981 sank die Auslastung der Kapazitäten in der Industrie deutlich. Wegen des Anstiegs der Konsumausgaben und der

Staatsausgaben in der zweiten Jahreshälfte 1981 hielt sich die Produktion etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Die Investitionstätigkeit nahm allerdings aufs Jahr gesehen beträchtlich ab.

29. Nach dem wirtschaftspolitischen Kurswechsel kam der Franken mehrfach unter Druck. Geldpolitische Gegenmaßnahmen und Kapitalverkehrsbeschränkungen wurden ergriffen, zeitweise verschärft, zeitweise wieder gelockert, bis schließlich Anfang Oktober 1981 ein Realignment im Europäischen Währungssystem eine Abwertung des Franken brachte (Ziffer 63).

30. Im Jahre 1980 hatte Frankreich einen Überschuß im Staatsbudget und vergleichsweise hohe Produktivitätszuwächse aufweisen können. Beides war das Ergebnis einer Politik, die bereits 1978 begonnen worden war. Den Marktkräften war wieder mehr Raum gelassen worden. Die Kontrolle der Erzeugerpreise und der Preisaufschläge in der Industrie waren aufgehoben, die öffentlichen Preise an die Marktverhältnisse angepaßt und Investitionshemmnisse abgebaut worden. Freilich wurde dabei die Inflation nicht unter Kontrolle gebracht. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft verschlechterte sich. Die Leistungsbilanz geriet ins Defizit. Die Beschäftigungsprobleme wurden immer größer.

31. Unmittelbares Ziel der gegenwärtigen französischen Regierung ist ein Abbau der hohen Arbeitslosigkeit. Dazu hält sie expansive staatliche Maßnahmen bei Inkaufnahme höherer Defizite für geeignet. Sie hofft auf einen Neubeginn in der Einkommenspolitik, der den Anstieg der Nominallöhne in Grenzen halten soll. Zur Vermeidung weiterer inflationärer Tendenzen soll versucht werden, durch wachstumsfördernde Maßnahmen, vor allem für den Produktionssektor, das Güterangebot zu erhöhen. Differenzierte Preiskontrollen, auch Preisstopps, sind zur Inflationsbekämpfung zusätzlich vorgesehen. Die Möglichkeiten des Zugriffs auf die Investitionsentscheidungen der Wirtschaft werden weiter ausgebaut. Die meisten noch privaten Banken und eine Reihe von großen Industrieunternehmen werden verstaatlicht.

32. Im Sommer wurden Maßnahmen beschlossen, die vor allem den Beziehern kleinerer Einkommen zugute kommen und den privaten Verbrauch stützen sollen. Das Staatsdefizit für 1981 wird jetzt auf 57 Mrd Franken geschätzt, nach 30 Mrd Franken zu Beginn des Jahres. Freilich trägt die Revision vorwiegend der anhaltenden konjunkturellen Schwäche und den hohen Zinsen Rechnung. Im Haushaltsentwurf für 1982 liegt das Schwergewicht auf beschäftigungswirksamen Maßnahmen und Investitionsförderung. Im öffentlichen Dienst sind über 50 000 neue Stellen eingerichtet worden. Die arbeitszeitverkürzenden Maßnahmen, die von den Tarifparteien aus beschäftigungspolitischen Gründen vereinbart wurden, werden von staatlicher Seite finanziell unterstützt. Für 1982 sind Ausgabensteige-

rungen des Staates um über 27 vH vorgesehen. Nach einem Anstieg der Staatsausgaben von 16 vH im vergangenen und nahezu 18 vH in diesem Jahr ist dies ein beträchtlicher Ausgabenschub. Das Defizit wird sich 1982 nach vorläufiger Planung auf über 95 Mrd Franken belaufen. Umfangreiche Steuererhöhungen sind vorgesehen. Bereits im Nachtragshaushalt für 1981 wurden die Steuern für hohe Einkommen erhöht und Sondersteuern auf bestimmte Ausgabekategorien und auf außerordentliche Gewinne beschlossen. Im Rahmen der laufenden Budgetdebatte steht die Einführung einer Vermögensteuer zur Diskussion. Dies alles hat anscheinend zur Verunsicherung der französischen Unternehmer und zu der Investitionsschwäche in diesem Jahr beigetragen.

33. Obwohl eine expansive Nachfragepolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt wird, gehört es auch zu dem Ziel der neuen Politik, die Inflation einzudämmen. Der Anstieg des Preisniveaus soll bis 1984 nach und nach auf 8 vH begrenzt werden. Das Geldmengenziel für die Steuergröße der Bank von Frankreich, M2, die neben Bargeld und Sichtguthaben auch Termin- und Spareinlagen umfaßt, wird für 1982 bei einem auf 3 vH veranschlagten Zuwachs des realen Sozialprodukts auf 13 vH festgesetzt. Im bisherigen Verlauf dieses Jahres lag die Zuwachsrate von M2 auf eine Jahresrate hochgerechnet bei 14 vH.

Festhalten am bisherigen Konzept

34. Japan, Italien und die kleineren Länder Europas blieben bei ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik. In Japan hat sich die wirtschaftliche Expansion nach einer vorübergehenden Stockung fortgesetzt. In Europa ist der Abschwung, der in den meisten Ländern Mitte 1980 eingesetzt hatte, im Verlauf des Jahres 1981 zum Stillstand gekommen. Eine Erholungstendenz ist noch nicht sichtbar.

35. Japan ist es trotz seiner starken Ölabhängigkeit gelungen, seinen Vorsprung bei der Anpassung an die durch den zweiten Ölpreisschock ausgelösten veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen weiter auszubauen. Unterstützt durch die Aufwertung des Yen stieg das Preisniveau weniger als in allen anderen Ländern. Die Verbraucherpreise lagen zuletzt um 4 vH höher als im Vorjahr. Die Großhandelspreise blieben von Beginn bis über die Mitte dieses Jahres annähernd stabil. Die Arbeitslosenquote stieg nur geringfügig. Gegenüber dem Vorjahr konnte ein Zuwachs des realen Bruttozialprodukts von 3,5 vH erreicht werden; das ist die höchste Rate aller OECD-Länder in diesem Jahr. Dieser Zuwachs wurde vor allem vom Export und den privaten und öffentlichen Investitionen getragen. Das Exportvolumen stieg gegenüber 1980 um 12 vH, die privaten realen Ausrüstungsinvestitionen nahmen um über 2 vH und das öffentliche Investitionsvolumen um 4 vH zu. Inmitten einer Welt der Stagnation und der Inflation ist dies ein ansehnlicher Erfolg.

Der Anpassungsvorsprung hat der Wirtschaftspolitik Handlungsraum verschafft. Gezielte staatliche

Investitionen und eine Lockerung der Geldpolitik haben die weitere Expansion gefördert. So wurde im Frühjahr dieses Jahres beschlossen, den überwiegenden Teil der für 1981 geplanten staatlichen Bauaufträge vorzeitig zu vergeben. Hinzu kamen Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus und der Energieversorgung. Geldpolitisch konnten diese Entscheidungen im März durch eine Senkung des Diskontsatzes von 7,25 % auf 6,25 % und durch eine in Stufen vorgenommene Lockerung der im vergangenen Sommer vorgegebenen Kreditrichtlinien unterstützt werden.

Die Abwertung des Yen bis zur Mitte des Jahres 1980 hatte einen erheblichen Anteil an den Exporterfolgen der japanischen Wirtschaft. Die nachfolgende Aufwertung nahm zwar einen großen Teil des Preisvorteils wieder weg. Als aber die Exportdynamik nachließ, sank der Yen-Kurs wieder. Das Vertrauen in die japanische Wirtschaft war aber offenbar nicht angeschlagen. Denn der Yen büßte nicht übermäßig an Wert ein; die im internationalen Vergleich niedrigen Zinsen konnten gehalten werden. Zeitweise betrug die Zinsdifferenz zum Dollar zehn Prozentpunkte. Die Erfolge der japanischen Wirtschaft hatten sich offensichtlich in neuen Aufwertungserwartungen niedergeschlagen.

36. In Italien war die wirtschaftliche Entwicklung 1981 durch Stagnation geprägt. Das Bruttosozialprodukt, das 1980 noch um 4 vH gestiegen war, wies dieses Jahr im ganzen keinen Zuwachs auf. Die Inflationsrate war im Jahresdurchschnitt mit 20 vH kaum niedriger als 1980 und deutlich höher als in anderen Industrieländern. Mit sinkendem Realeinkommen ging der private Verbrauch, der im vergangenen Jahr eine wichtige Konjunkturstütze gewesen war, zurück. Die staatliche Nachfrage expandierte demgegenüber kontinuierlich. Die öffentliche Verschuldung konnte nicht zuletzt deshalb kräftig ansteigen, weil bis zum August dieses Jahres die Bank von Italien verpflichtet war, Regierungsanleihen aufzukaufen, die vom Publikum nicht gezeichnet worden waren. Seither müssen alle öffentlichen Schuldtitel am Markt untergebracht werden. Im Juli wurde zwar ein Sparprogramm beschlossen, das die öffentlichen Ausgaben um 8 000 Mrd Lire senken sollte. Das Finanzierungsdefizit macht 1981 dennoch mehr als 9 vH des Sozialprodukts aus. Die italienische Leistungsbilanz erreichte innerhalb der ersten fünf Monate dieses Jahres ein Defizit, das nahezu doppelt so hoch war wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Vor dem Hintergrund des massiven Anstiegs der Staatsausgaben sowie des hohen Leistungsbilanzdefizits kam die Lira zunehmend unter Druck. Bereits im Februar war die Kreditausweitung der Geschäftsbanken auf zwölf Prozent begrenzt und — wegen der enorm hohen Schulden italienischer Unternehmen im Ausland — die Mindestreserve für zusätzliche Auslandskredite, die Banken bei der Notenbank hinterlegen müssen, auf 50 vH erhöht worden. Im März wurde die Lira gegenüber den anderen im Europäischen Währungssystem verbundenen Währungen um 6 vH abgewertet. Darüber hinaus ist im Mai beschlossen worden, für einen Zeitraum von

vier Monaten alle Devisenkäufe — ausgenommen für Öl und Getreideimporte — einem 30prozentigen Bardepot zu unterwerfen, das zinslos bei der Bank von Italien gehalten werden muß. Inzwischen ist diese importbeschränkende Maßnahme, die mit den Bestimmungen des EG-Vertrages über den freien Warenverkehr in der Gemeinschaft eigentlich nicht vereinbar ist und erheblichen Widerstand bei den Partnerländern auslöste, verlängert worden. Sie soll bis zum März nächsten Jahres auslaufen.

Die hohe staatliche Kreditnachfrage und die restriktiven geldpolitischen Maßnahmen ließen das Zinsniveau weiter ansteigen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Nachfrage nach Investitionsgütern und die private Baunachfrage zurückgingen.

37. In den kleineren Ländern Europas stagnierte die wirtschaftliche Entwicklung ebenfalls. Deutliche Unterschiede gab es allerdings bei dem wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum, der den einzelnen Ländern zur Verfügung stand.

In Belgien war dieser besonders eingengt. Das Finanzierungsdefizit des Staates belief sich auf über 12 vH des Bruttosozialprodukts — mehr noch als in Italien (Ziffer 2). Die Leistungsbilanz wies ein Defizit von über 7 vH des Bruttosozialprodukts gegenüber 1,2 vH im EG-Durchschnitt auf. Die Arbeitslosenquote stieg mit über 11 vH auf einen noch höheren Wert als in Großbritannien. Der besorgniserregende Zustand der belgischen Wirtschaft ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Reallohnsteigerungen die durch Produktivitätszuwachs und Veränderung der realen Austauschverhältnisse gegebene Marke in den letzten Jahren sehr weit überschritten haben. Von den im Dezember vergangenen Jahres beschlossenen Steuererleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen, die unter anderem die internationale Wettbewerbsfähigkeit der belgischen Industrie verbessern sollen, ist eine wesentliche Hilfe kaum zu erwarten. Auch die eher mittelfristig angelegten Maßnahmen zur Sanierung der Sozialversicherung und der öffentlichen Haushalte führten vorerst zu keiner Erleichterung der wirtschaftlichen Probleme. Im Jahresdurchschnitt mußte ein Rückgang der Investitionen und des Bruttosozialprodukts hingenommen werden. Wegen der ausbleibenden konjunkturellen Belebung bei den wichtigsten Handelspartnern fehlten auch die Auftriebskräfte von außen. Der private Verbrauch bildete ebenfalls keine Konjunkturstütze.

38. In Dänemark war die Last der wirtschaftlichen Probleme fast ebenso drückend. Die Defizite der öffentlichen Haushalte erreichten nahezu 10 vH des Bruttosozialprodukts. Die Arbeitslosenquote betrug über 8 vH. Zu Anfang dieses Jahres wurden die Löhne um annähernd 10 vH erhöht. Die Reallöhne sanken jedoch. Von Löhnen und Importpreisen getrieben, stiegen die Verbraucherpreise mit 11 vH fast ebenso stark wie im Vorjahr. Der reale private Verbrauch ging zurück. Pessimistische Absatzerwartungen, hohe Zinsen und schwache Erträge ließen auch das Investitionsvolumen erheblich sinken. Da sich zudem von der Exportseite her eine nachhaltige Belebung nicht abzeichnete und die staatliche

Nachfrage im Zuge der Anstrengungen, die hohen öffentlichen Defizite zurückzuführen, stark zurückgenommen wurde, war 1981 ein weiteres Schrumpfen des Bruttosozialprodukts unvermeidlich.

39. Die Niederlande konnten dagegen von einer verbesserten Wettbewerbsposition im Außenhandel profitieren. Der verminderte Kostenanstieg im Inland, aber auch erste Erfolge des vor zwei Jahren eingeleiteten Programms zur Innovationsförderung und zur Verlagerung der niederländischen Exportschwerpunkte auf weniger energieintensive Produkte, trugen dazu bei, daß das Handelsbilanzdefizit in der ersten Jahreshälfte nur noch halb so hoch war wie im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Der seit Anfang 1980 abnehmende private Verbrauch ging nicht zuletzt deshalb erheblich zurück, weil der Staat zu Anfang des Jahres die Marge für Lohnanpassungen deutlich herabsetzte und der Anstieg der Verbraucherpreise in diesem Jahr mit 7 vH gegenüber 1980 unverändert blieb. Bei den Ausrüstungsinvestitionen behinderte vor allem das hohe Zinsniveau eine Belebung. Insgesamt mußte gegenüber dem Vorjahr ein — wenn auch wegen der gestiegenen Exportnachfrage verringerter — Rückgang des realen Bruttosozialprodukts hingenommen werden. Die Arbeitslosenquote stieg auf über 7 vH an.

40. In der Schweiz und in Österreich lief 1981 die Produktion auf hohem Niveau weiter. Die Inflationsraten waren auch in diesem Jahr niedriger als in den meisten anderen Ländern, jedoch höher als 1980. Die Realeinkommen gingen nicht zurück. Der private Verbrauch hielt sich auf dem Niveau des Vorjahres. Die Investitionsneigung erwies sich als vergleichsweise widerstandsfähig. In beiden Ländern kam es wie in der Bundesrepublik im Frühjahr zu einer lebhaften Nachfrage nach Exportgütern, die sich allerdings im Verlauf des Jahres nicht fortsetzte. Dennoch wurde 1981 eine deutliche Verbesserung der Leistungsbilanzen erkennbar. In Österreich war man wie überall um eine weitere Verringerung des öffentlichen Finanzierungsdefizits bemüht und versuchte, mit hohen Zinsen den Wechselkurs des Schilling gegenüber der D-Mark stabil zu halten. In der Schweiz war es vor allem der seit dem vergangenen Herbst beschleunigte Preisauftrieb, der die Wirtschaftspolitik bestimmte. Die Ausdehnung der Notenbankgeldmenge wurde unter das für dieses Jahr gesetzte Ziel der Geldpolitik von 4 vH gesenkt. Die kurzfristigen Zinssätze stiegen daraufhin kräftig an. Sie erreichten im September mit über 11 % ihren Höhepunkt, ein für die Schweiz hohes, im internationalen Vergleich jedoch immer noch niedriges Niveau. Die langfristigen Zinsen sind dagegen übers Jahr gesehen nahezu unverändert geblieben, Ausdruck des in die Schweizer Wirtschaft gesetzten Vertrauens.

III. Zahlungsbilanzgleichgewichte weiterhin groß

Leistungsbilanzdefizite verlagert

41. Obwohl der Ölpreis nicht weiter erhöht wurde, erzielten die OPEC-Staaten, nicht zuletzt wegen der

Dollarstärke, wieder hohe Überschüsse. Das Leistungsbilanzdefizit der OECD-Länder wird sich von 75 Mrd Dollar im vergangenen Jahr auf 45 Mrd Dollar 1981 zurückbilden. Für die nichtölexportierenden Entwicklungsländer dürfte dagegen das Defizit mit 80 Mrd Dollar um über 20 Mrd Dollar höher sein als 1980 (Tabelle 5). Das bedeutet eine Verschiebung der Anpassungslasten zu den Entwicklungsländern hin. Dennoch sind bei dieser für die Weltwirtschaft ungünstigeren Defizitsituation bisher keine größeren Liquiditätsprobleme aufgetreten. Allerdings konnten die Zahlungssalden nur bei steigenden Zinsen ausgeglichen werden, wodurch die Verschuldungssituation vieler Entwicklungsländer verschärft worden ist.

42. Bei den OPEC-Staaten führte der rückläufige Ölverbrauch in der Welt und eine weiter erhöhte Förderung in Ländern, die dem Ölexportkartell nicht angehören, in diesem Jahr wiederum zu einer Verringerung der Exporte, nachdem diese bereits im vergangenen Jahr mengenmäßig um 14 vH zurückgegangen waren. Gleichzeitig steigerten diese Länder auch 1981 ihre Einfuhren wieder kräftig. Daß die Leistungsbilanzüberschüsse der OPEC-Staaten nicht stärker zurückgingen, zeigt, daß erheblich mehr Importgüter für eine gegebene Menge von Exportgütern gekauft werden konnten, als dies ohne Aufwertung des Dollar der Fall gewesen wäre. Die Preise der Ölexporte sind nämlich überwiegend in Dollar festgelegt. Der Anteil der Importe aus dem Dollarraum ist dagegen weitaus geringer. Infolge der starken Aufwertung des Dollar wird daher für die OPEC-Staaten 1981 mit einer Verbesserung der Terms of Trade von nahezu 14 vH gerechnet, wobei freilich offen bleibt, ob die Ölpreise ohne den starken Wertzuwachs des Dollar tatsächlich konstant geblieben wären.

43. Zwischen den Industrieländern veränderte sich die Finanzierungslage des vergangenen Jahres, in dem die Hälfte des Leistungsbilanzdefizits der großen Industrieländer auf zwei der finanzstärksten Länder, Japan und die Bundesrepublik, entfallen war. In Japan bildete sich nämlich nach der massiven Abwertung des Yen in den Jahren 1979/80 das überaus hohe Leistungsbilanzdefizit von über 10 Mrd Dollar mehr und mehr zurück. Für 1981 wird mit einem Überschuss von nahezu 8 Mrd Dollar gerechnet — ein ansehnlicher Erfolg. Auch die Niederlande und die Schweiz konnten ihre Leistungsbilanzdefizite in diesem Jahr in Überschüsse verwandeln, wenn auch in weitaus geringerem Maße als Japan. In Dänemark und Österreich gelang es zumindest, wie in der Bundesrepublik, die Defizite etwas abzubauen. Dagegen kam es vor allem in Belgien zu einer weiteren Passivierung der ohnehin stark defizitären Leistungsbilanz. Gemessen am Bruttosozialprodukt war das Defizit hier das höchste innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. In Großbritannien konnten — anders als in den Vereinigten Staaten — die Leistungsbilanzüberschüsse des vergangenen Jahres nicht ausgedehnt werden, sie sind sogar zurückgegangen. Gemeinsam war den Industriestaaten, daß sie mit Ausnahme der Vereinigten Staaten und Japans eine Verschlechterung der Terms of

Tabelle 5

Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz ausgewählter Länder

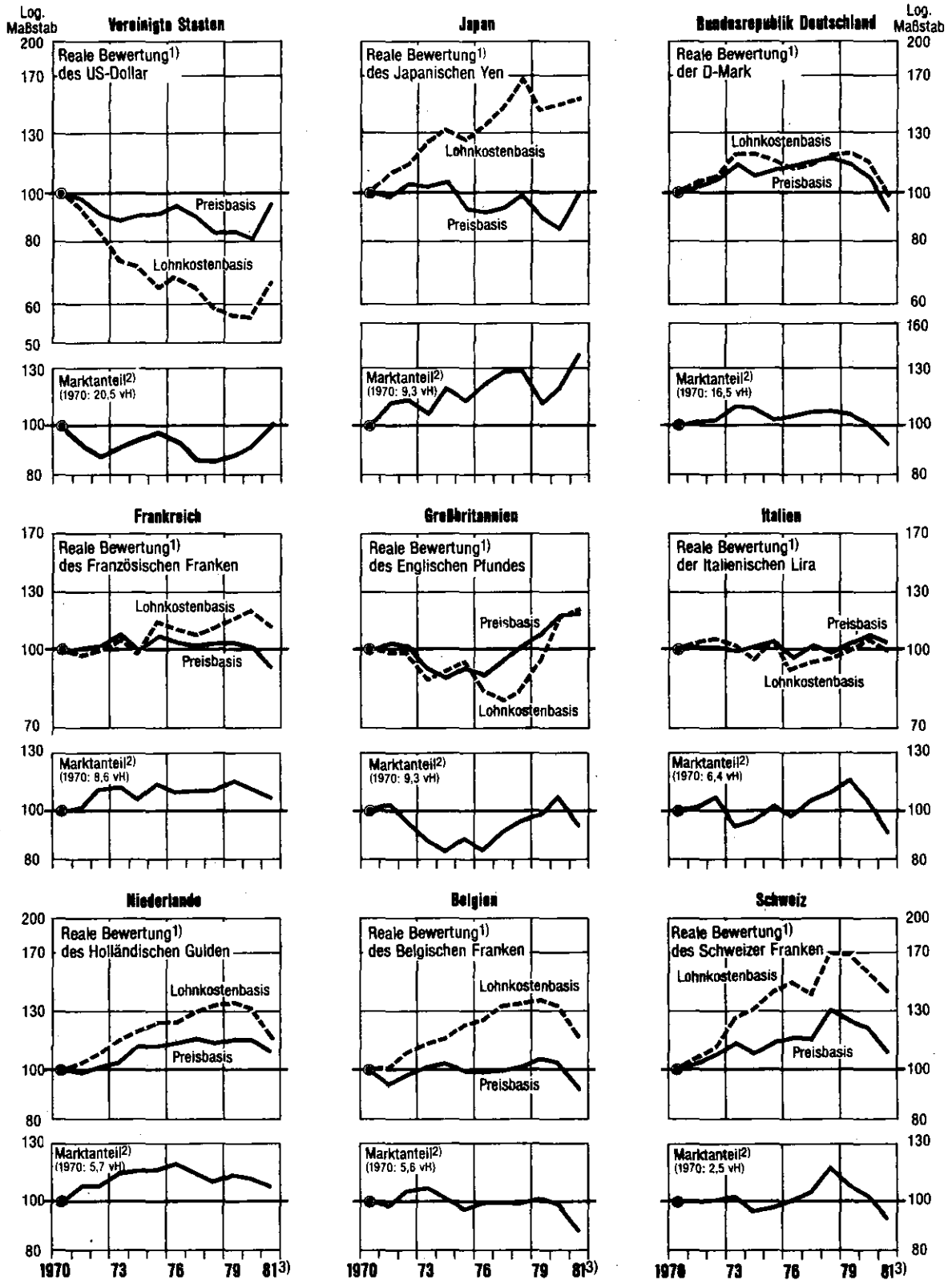
Mio US-Dollar

Land	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981 ¹⁾
Salden der Handelsbilanz								
Bundesrepublik Deutschland	+22 204	+17 612	+16 663	+19 789	+25 489	+ 17 463	+ 10 400	+ 8 500
Belgien-Luxemburg	+ 621	+ 71	- 666	- 1 364	- 1 282	- 2 866	- 4 500	- 4 900
Dänemark	- 1 812	- 1 326	- 2 886	- 2 706	- 2 349	- 3 064	- 2 000	- 1 200
Frankreich	- 4 357	+ 1 313	- 4 732	- 2 429	+ 1 540	- 1 405	- 11 800	- 6 500
Griechenland	- 2 440	- 2 535	- 2 777	- 3 261	- 3 608	- 5 167	- 5 600	- 5 300
Großbritannien	-12 513	- 7 375	- 7 054	- 3 976	- 2 965	- 7 211	+ 2 700	+ 3 400
Irland	- 953	- 343	- 479	- 659	- 840	- 1 953	- 1 800	- 2 300
Italien	- 8 492	- 1 166	- 4 238	- 134	+ 2 898	- 952	- 16 100	- 12 700
Niederlande	+ 841	+ 898	+ 1 344	- 244	- 1 471	- 1 475	- 1 300	+ 2 000
EG-Länder ²⁾	- 6 901	- 7 149	- 4 825	+ 5 016	+17 412	- 6 630	- 28 600	- 19 000
Vereinigte Staaten	- 5 343	+ 9 047	- 9 306	-30 873	-33 759	- 27 346	- 25 300	- 27 000
Kanada	+ 1 938	- 730	+ 1 703	+ 2 949	+ 3 913	+ 3 950	+ 7 100	+ 5 600
Japan	+ 1 436	+ 5 028	+ 9 878	+17 311	+24 596	+ 1 845	+ 2 100	+ 20 000
Österreich	- 1 420	- 1 474	- 2 557	- 3 889	- 2 982	- 3 746	- 6 000	- 4 700
Schweden	+ 607	+ 700	+ 169	+ 311	+ 2 569	+ 815	- 300	+ 2 000
Schweiz	- 1 745	+ 433	+ 801	+ 254	+ 721	- 1 536	- 4 800	- 3 000
OECD-Länder	- 2 700	+ 5 000	-17 500	-23 000	+ 6 000	- 40 000	- 73 000	- 28 000
OPEC-Länder ³⁾	+77 000	+49 000	+65 000	+61 000	+42 000	+107 000	+167 000	+100 000
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) ⁴⁾	-23 000	-28 000	-15 000	-12 000	-21 000	- 32 000	- 48 000	- 60 000
Salden der Leistungsbilanz								
Bundesrepublik Deutschland	+10 276	+ 4 037	+ 3 937	+ 4 090	+ 9 170	- 5 262	- 16 400	- 12 000
Belgien-Luxemburg	+ 647	+ 250	- 41	- 725	- 978	- 3 398	- 5 900	- 7 000
Dänemark	- 947	- 552	- 1 991	- 1 782	- 1 493	- 2 911	- 2 400	- 2 000
Frankreich	- 6 055	- 73	- 5 949	- 3 004	+ 3 735	+ 1 155	- 7 400	- 7 400
Griechenland	- 1 136	- 953	- 930	- 1 078	- 954	- 1 882	- 2 200	- 2 200
Großbritannien	- 8 079	- 3 703	- 2 005	- 496	+ 1 189	- 3 537	+ 7 500	+ 6 000
Irland	- 683	- 28	- 300	- 294	- 256	- 1 284	- 1 300	- 2 000
Italien	- 8 017	- 751	- 2 816	+ 2 465	+ 6 198	+ 5 479	- 9 800	- 9 800
Niederlande	+ 2 214	+ 1 987	+ 2 708	+ 613	- 1 445	- 2 247	- 2 700	+ 1 800
EG-Länder ²⁾	-11 780	+ 214	- 7 387	- 211	+15 166	- 13 887	- 40 600	- 34 600
Vereinigte Staaten	+ 4 862	+18 280	+ 4 384	-14 110	-14 075	+ 1 414	+ 3 700	+ 6 000
Kanada	- 1 493	- 4 677	- 3 897	- 4 043	- 4 327	- 4 179	- 1 600	- 6 000
Japan	- 4 693	- 682	+ 3 680	+10 918	+16 534	- 8 754	- 10 700	+ 7 600
Österreich	- 471	- 322	- 1 470	- 2 978	- 1 400	- 1 752	- 3 600	- 2 000
Schweden	- 950	- 1 614	- 1 630	- 2 124	- 253	- 2 680	- 5 300	- 3 400
Schweiz	+ 171	+ 2 587	+ 3 497	+ 3 441	+ 4 401	+ 2 444	- 600	+ 1 500
OECD-Länder	-26 000	+ 0	-18 000	-24 000	+10 000	- 32 000	- 74 000	- 45 000
OPEC-Länder ³⁾	+59 000	+27 000	+36 000	+29 000	+ 4 000	+ 60 000	+110 000	+ 80 000
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) ⁴⁾	-25 000	-30 000	-17 000	-12 500	-23 000	- 39 000	- 57 000	- 80 000

¹⁾ Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.²⁾ Gebietsstand: 1. Januar 1981.³⁾ Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Oman, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.⁴⁾ Afrika ohne Republik Südafrika, Mittel- und Südamerika, Asien ohne Japan und Staatshandelsländer, Ozeanien.

Quelle: OECD

ZUR AUSSENHANDELSSITUATION AUSGEWÄHLTER LÄNDER
1970 - 100



1) Wechselkursbereinigte relative Veränderung der Durchschnittswerte der Ausfuhr bzw. der Lohnstückkosten gegenüber der Gruppe der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer, zusammengewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen der Länder an der Weltausfuhr. - 2) Anteil der Ausfuhr der Länder an der Gesamtausfuhr der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer. - 3) Eigene Schätzung. Für Marktanteile: 1. Halbjahr.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank, DIW, OECD, UN

Trade hinnehmen mußten. Die europäischen Länder hatten für ihre Importe im Durchschnitt über 17 vH mehr zu bezahlen, während sie für ihre Exporte geringere Preiserhöhungen erzielen konnten als im vergangenen Jahr.

44. Bei der Veränderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Industrieländern (Schaubild 2). Die starke Aufwertung ihrer Währungen hat den Anbietern aus den Vereinigten Staaten, aus Großbritannien und aus Japan Preisnachteile gebracht. In Japan hat die relative Stabilität im Inneren den Aufwertungseffekt jedoch spürbar gemildert. Bei den von einer starken Abwertung betroffenen Ländern haben Österreich und die Schweiz durch ihre größeren Stabilisierungsanstrengungen weitaus mehr an internationaler Wettbewerbsfähigkeit gewonnen als etwa Italien, wo der Abwertungseffekt größtenteils inflatorisch verpuffte.

45. Während sich die Defizite der Industrieländer in der Summe verminderten, nahmen die der Entwicklungsländer erheblich zu. Dabei spielte neben der starken Ölverteuerung auch eine Rolle, daß diese Länder wegen der bislang ausgebliebenen konjunkturellen Belebung in den Industrieländern sowie wegen des zunehmenden, auch gegen die Entwicklungsländer gerichteten Protektionismus starke Exporteinbußen erlitten (Ziffer 61). Ein Vergleich mit den Jahren nach dem ersten Ölpreisschub zeigt, daß damals zwar die Leistungsbilanzdefizite der nichtölexportierenden Entwicklungsländer — auf die Exporteinnahmen bezogen — weitaus größer gewesen waren. Jedoch waren in den Jahren 1976 und 1977 die Exportpreise dieser Länder erheblich stärker gestiegen als die Importpreise, so daß es ihnen rasch möglich gewesen war, ihr Leistungsbilanzdefizit ohne größere Verminderung des Importzuwachses abzubauen. Dagegen waren die Fehlbeiträge der Entwicklungsländer nach der zweiten Ölverteuerung im ganzen nicht so groß. Die realen Austauschverhältnisse verschlechterten sich jedoch von Jahr zu Jahr. Da 1981 die Preise für Rohstoffe, die den weitaus größten Teil ihrer Exporte ausmachen, sogar sanken, die Preise für Importgüter dagegen annähernd konstant blieben, konnten diese Länder für ihre Exporte wiederum erheblich weniger Güter einkaufen als im Jahr zuvor. Bei einem immer noch steigenden Importvolumen mußte es zu einer drastischen Verschlechterung der Außenhandelsituation kommen.

Dollarstärke und hohe Zinsen

46. Die Wechselkursbewegungen waren im Jahresverlauf 1981 durch die Stärke des Dollar geprägt (Schaubild 3). Die amerikanische Währung zeigte bis Mitte August 1981 einen steilen Aufwärtstrend. Vor allem gegenüber den europäischen Währungen erreichte der Kurs des Dollar in diesem Jahr unerwartete Höhen. Mußten noch zu Anfang des Jahres für 100 Dollar 40 Pfund Sterling bezahlt werden, so waren es im August annähernd 50 Pfund. Auch gegenüber den im Europäischen Währungssystem verbundenen Währungen verzeichnete der Dollar bis

zur Jahresmitte deutliche Kursgewinne. Noch im September vergangenen Jahres entsprachen 100 Dollar 70 Europäischen Währungseinheiten (ECU), zu Anfang 1981 mußten für den gleichen Dollarbetrag schon über 80 ECU und zur Jahresmitte sogar über 100 ECU aufgewandt werden. Große Kursverluste erlitt auch die deutsche Währung. Zu Anfang des Jahres mußte für einen Dollar noch 2,10 DM bezahlt werden. Mitte August waren es 2,57 DM (Ziffer 182). Auch die Japaner hatten für den Dollar gegenüber 200 Yen im Januar zur Jahresmitte 245 Yen auszugeben. Im August kam es allerdings zu einer Umkehr der Kursentwicklung des Dollar gegenüber den meisten Währungen.

47. Die Dollarstärke war mit einem Zinsniveau verbunden, das im allgemeinen noch höher war als das schon hohe Zinsniveau des vergangenen Jahres. Während die kurzfristigen Zinsen in der Bundesrepublik und den Niederlanden Ende 1980 noch bei 10 % und in der Schweiz bei 7 % lagen, erreichten sie zur Jahresmitte 13 % beziehungsweise mehr als 10 % (Tabelle 6). Mußten in Belgien und Frankreich zu Jahresanfang für kurzfristige Gelder noch 12 % bezahlt werden, so waren es zur Jahresmitte schon 16 % beziehungsweise 18 %, in Italien gar über 20 % im Vergleich zu 17 % im Januar. Da die kurzfristigen Zinsen in den Vereinigten Staaten von Ende des vergangenen Jahres an nicht mehr stiegen, bedeutete dies eine Annäherung des Zinsniveaus der meisten Industrieländer an das der Vereinigten Staaten.

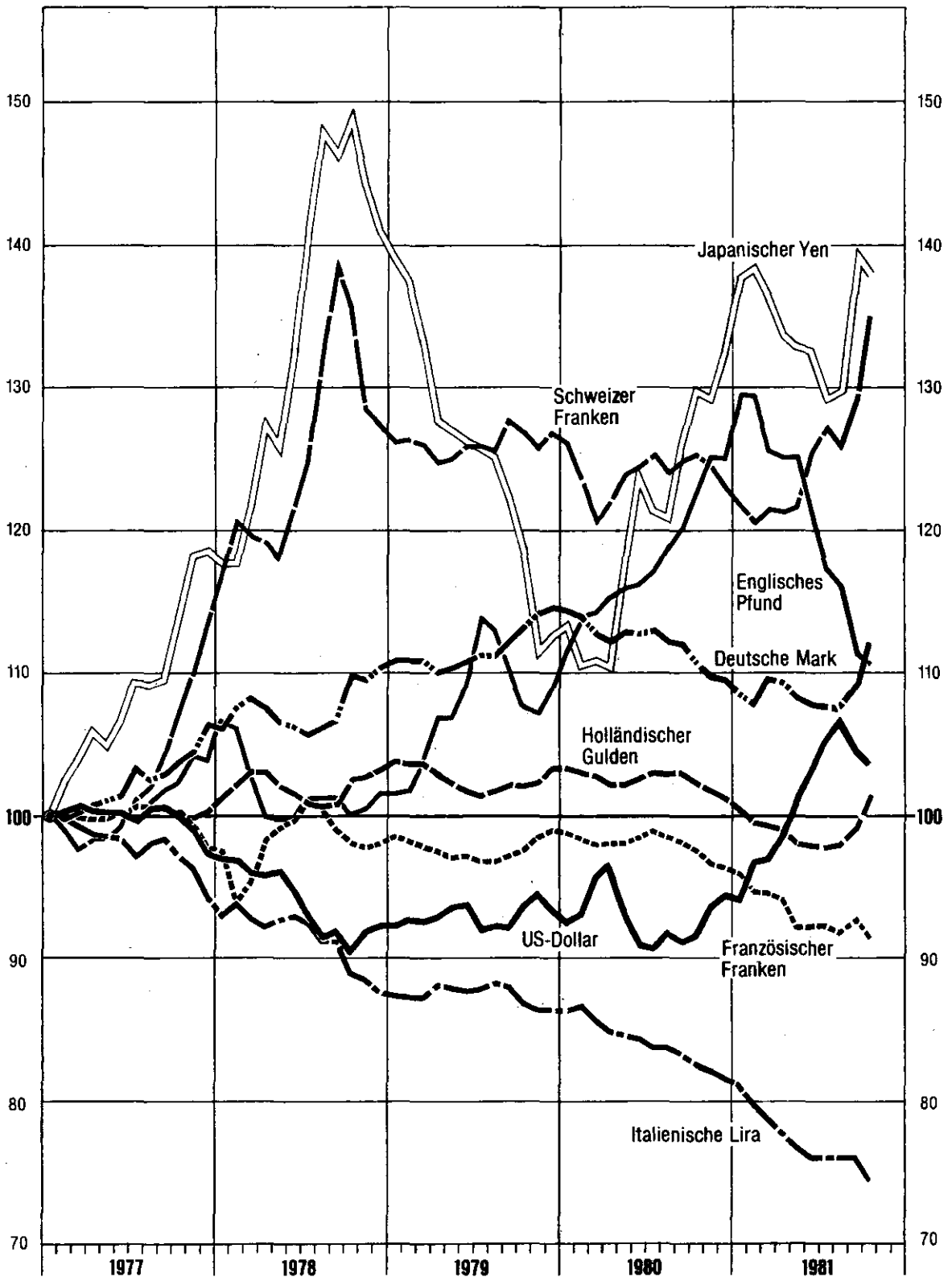
48. Die langfristigen Zinsen sind in den wichtigsten Industrieländern im Jahre 1981 gestiegen. In den Vereinigten Staaten haben sie sich sogar deutlich erhöht, eigentlich ein Zeichen dafür, daß die längerfristigen Inflationserwartungen einen Sprung nach oben gemacht haben müssen. Die nach oben gerichtete Zinstendenz geht aber sicher auch auf die Erwartung zurück, daß das Defizit im amerikanischen Staatshaushalt hoch bleiben und daß Kapital in der Welt möglicherweise noch lange knapp sein wird. Auch internationale Kapitalanleger, die auf den Dollar setzten, mochten sich längerfristig offenbar nur zu steigenden Zinsen engagieren. Für kurzfristige Anlagen waren die Dollarzinsen freilich hoch genug. Die anfangs noch großen internationalen Unterschiede der kurzfristigen Zinsen erklären die zeitweise überaus starke Dollarnachfrage allerdings nicht vollständig. Politische Spannungen in vielen Teilen der Welt haben vermutlich dazu beigetragen.

Finanzierungsprobleme verschärft

49. Die Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite in der Welt bereitete zwar auch nach dem zweiten Ölpreisschub nicht ganz so große Schwierigkeiten wie zunächst befürchtet worden waren. Die Verlagerung der Defizite und die hohen Zinsen, die teilweise wiederum Folge des gestörten Vertrauens in die Anpassungsfähigkeit der Defizitländer war, haben jedoch jenen Ländern, die ohnehin große wirtschaftliche Probleme haben, schwere zusätzliche Finanzierungslasten aufgebürdet.

GEWOGENE AUF- UND ABWERTUNG AUSGEWÄHLTER WÄHRUNGEN¹⁾

Januar 1977 = 100



1) Index der Wechselkurse des einzelnen Landes gegenüber der Gruppe der 15 wichtigsten Währungen der Welt, gewogen mit den Anteilen der jeweiligen bilateralen Handelsströme des Jahres 1976. Monatsdurchschnitte aus Tageskursen.

Quelle: Morgan Guaranty Trust Company

SR 81 0874

Tabelle 6

Zur internationalen Zinsentwicklung

Stand am Monatsende	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Schweiz	Euro-Dollar-Markt ¹⁾	Ver-einigte Staaten	Japan
kurzfristig ²⁾										
1980 Jan	8,85	14,50	12,19	17,75	17,75	11,37	6,00	14,37	13,49	8,02
Feb	9,50	15,00	13,62	18,31	17,62	12,87	5,25	16,94	15,45	9,86
Mär	9,80	17,50	13,69	18,12	17,87	11,25	7,37	19,69	18,44	12,68
Apr	9,97	17,00	12,56	17,12	16,50	10,37	6,37	14,37	13,70	12,12
Mai	10,20	15,75	12,37	17,00	17,12	11,25	5,62	10,12	7,90	12,53
Jun	9,95	14,00	12,25	17,00	17,25	10,62	5,87	9,75	8,03	10,87
Jul	9,30	13,00	11,44	14,87	17,25	9,37	5,25	9,81	8,82	11,54
Aug	8,90	12,60	11,62	16,69	17,25	10,75	6,12	12,25	10,91	10,95
Sep	9,10	12,60	12,31	15,87	18,75	10,37	5,87	13,81	12,24	11,48
Okt	9,20	12,45	11,31	16,62	17,75	9,25	5,62	15,37	14,24	9,57
Nov	9,45	13,00	11,44	14,50	17,37	10,00	6,12	18,06	17,15	9,80
Dez	10,20	13,10	11,56	14,75	17,37	9,37	7,50	17,62	17,62	9,80
1981 Jan	9,45	12,35	11,25	13,19	17,37	9,50	6,00	17,50	16,67	8,32
Feb	14,50	13,00	13,50	12,50	17,50	11,25	8,50	16,62	15,48	8,37
Mär	13,30	14,00	12,75	12,50	19,75	10,37	9,37	14,81	14,25	7,34
Apr	12,90	17,00	13,37	12,37	19,75	11,25	10,00	16,87	16,80	6,76
Mai	13,30	16,85	18,25	12,44	20,00	12,25	10,50	17,75	16,94	7,52
Jun	12,90	15,25	18,25	12,56	20,50	11,87	10,37	17,81	17,07	7,20
Jul	12,90	16,50	17,12	14,69	20,37	13,37	9,62	18,68	17,62	7,12
Aug	12,80	16,00	17,75	13,94	20,75	13,62	9,12	18,44	17,48	7,30
Sep	12,15	16,00	18,62	16,81	20,50	13,25	11,50	17,75	16,80	7,14
langfristig ³⁾										
1980 Jan	8,13	11,42	12,52	13,30	11,39	9,41	4,48	X	11,11	8,56
Feb	8,86	11,93	14,11	13,89	11,56	10,37	5,03		12,60	9,17
Mär	9,72	12,45	14,44	13,98	11,63	11,45	5,09		12,50	9,76
Apr	8,93	12,02	13,94	13,44	11,63	10,59	4,96		10,38	9,65
Mai	8,20	12,26	13,49	13,30	11,64	9,97	4,82		10,24	8,75
Jun	8,00	11,84	13,34	13,06	11,80	9,95	4,72		9,90	8,45
Jul	7,78	11,77	13,43	12,52	12,06	9,66	4,59		10,70	8,63
Aug	7,95	12,08	13,46	13,27	12,00	10,08	4,87		11,46	8,77
Sep	8,24	12,43	13,85	12,69	12,12	10,25	4,85		11,90	8,92
Okt	8,55	12,46	14,27	12,52	12,53	10,20	4,69		12,33	8,84
Nov	8,59	12,61	14,24	12,65	12,42	10,46	4,67		12,25	9,26
Dez	9,19	13,04	14,31	13,05	12,12	10,48	4,63		11,46	9,04
1981 Jan	9,07	13,19	14,58	13,25	12,44	10,43	4,79		12,76	8,84
Feb	10,38	13,44	15,05	13,36	12,88	10,96	5,20	13,16	8,89	
Mär	9,97	13,57	14,98	12,86	14,46	11,38	5,40	13,21	8,67	
Apr	10,12	13,52	14,95	13,18	14,53	11,29	5,79	14,13	8,84	
Mai	10,68	13,85	17,25	13,50	14,27	11,89	5,85	13,52	9,23	
Jun	10,30	14,18	17,35	13,98	13,81	11,43	5,59	13,44	9,20	
Jul	10,45	13,97	17,11	14,45	14,09	11,57	5,52	14,24	9,31	
Aug	10,72	14,06	17,03	14,47	14,18	11,95	5,84	14,82	9,36	
Sep	10,36	13,97	17,08	15,39	14,05	12,30	6,13	15,31	9,33	

¹⁾ Die Sätze basieren auf Angaben am Londoner Bankplatz.

²⁾ Ausgewählte Geldmarktsätze für 3 bis 4 Monate.

³⁾ Umlaufrendite festverzinslicher Staatsschuld-papiere mit einer Restlaufzeit von mindestens 4 Jahren.

Quelle: Morgan Guaranty Trust Company

50. Zugespitzt hat sich die Finanzierungssituation besonders für viele Entwicklungsländer. Das abermals gestiegene Zinsniveau auf den internationalen Finanzmärkten hat nicht nur die Zinslasten auf neue Schulden, sondern auch auf alte Verpflichtungen drastisch erhöht. Dies vor allem deshalb, weil viele dieser Länder im letzten Jahrzehnt ihre Schuldenaufnahme immer mehr vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die ihre Mittelvergabe mit wirtschaftspolitischen Auflagen verbinden, zu privaten Banken verlagert hatten, die freilich in der Regel nur Kredite zu variablen Zinsen vergeben. Dies hatte erheblich dazu beigetragen, daß sich der Zinsendienst der Entwicklungsländer von 14 Mrd Dollar im Jahre 1978 auf über 30 Mrd Dollar 1980 verdoppelt hatte und mit dem Anstieg des Londoner Interbankensatzes von 10 % Mitte vergangenen Jahres auf nahezu 18 % in diesem Jahr weiter in die Höhe ging. Die Gefahr hat zugenommen, daß mehr und mehr Länder an Grenzen ihrer Verschuldungsmöglichkeiten stoßen.

51. Die vielfach geäußerte Befürchtung, die OPEC-Länder bevorzugten zunehmend kurzfristige Anlagen, hat sich in diesem Jahr nicht bestätigt. Der seit zwei Jahren abzeichnende Trend zu langfristigen Anlagen hielt weiter an, was die Labilität auf den internationalen Finanzmärkten vermindert hat. Während 1979 etwas mehr als ein Viertel des anlagefähigen OPEC-Überschusses langfristig festgelegt wurde, war es 1980 schon die Hälfte. Für dieses Jahr wird mit einem noch größeren Anteil gerechnet. Damit verbunden ist ein klarer Trend in Richtung auf eine größere Diversifizierung bei den Anlagen in den Industrieländern. Vor allem Japan und die Bundesrepublik haben davon profitiert.

IV. Europäische Gemeinschaft: Problemdruck unverändert

52. Für die Staaten der Europäischen Gemeinschaft kamen zu den wirtschaftlichen Sorgen noch schwere interne Konflikte hinzu. Nationale Interessengegensätze belasten in zunehmendem Maße das integrationspolitische Klima. Die gemeinsame Agrarpolitik steckt nach wie vor tief in einer Krise. Die Haushaltsprobleme, die in engem Zusammenhang mit der Agrarpolitik stehen, sind nicht gelöst, der Streit um die Finanzierungsbeiträge zum Haushalt der Gemeinschaft ist nicht dauerhaft beigelegt. Die weitere Verschärfung der Probleme in der Stahlindustrie und in der Textilindustrie hat die nationalen Eigeninteressen stärker hervortreten lassen. Die Neigung, Lösungen zu suchen, die auf Kosten anderer Mitgliedstaaten oder dritter Länder gehen, hat zugenommen.

Haushaltsprobleme weiterhin ungelöst

53. Während mehrere Mitgliedstaaten eine schmerzhaft Konsolidierung ihrer Staatshaushalte

in Angriff genommen haben, ist für den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften noch nicht abzusehen, wie die kräftige Expansion der Ausgaben nachhaltig eingedämmt werden kann. Zwar hat die Dynamik im Anstieg der Ausgaben für die EG-Agrarmarktordnungen, die rund zwei Drittel aller Ausgaben der Gemeinschaft ausmachen, nachgelassen. Die Marktordnungsausgaben sind in diesem Jahr nur um etwa 6 vH gestiegen, nachdem sie in den vergangenen sechs Jahren um durchschnittlich 25 vH geklettert waren. Dies war aber nicht das Ergebnis einer durchgreifenden Reform, sondern vor allem die Folge eines kräftigen Anstiegs der Weltmarktpreise wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse und der starken Aufwertung des Dollar gegenüber den europäischen Währungen. So konnten überquellende Vorratslager in der Gemeinschaft geräumt und Produktionsüberschüsse auf dem Weltmarkt untergebracht werden, ohne daß eine Erschöpfung der Haushaltsmittel befürchtet werden mußte.

54. Der vergleichsweise geringe Anstieg der Ausgaben für die Agrarmarktordnungen hat nicht nur verhindert, daß die der Gemeinschaft als Eigenmittel zugewiesenen Einnahmen — Zölle, Abschöpfungen, Produktionsabgaben und Mehrwertsteuereinnahmen bis zu maximal 1 vH der einheitlichen Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer in den einzelnen Ländern — vollständig ausgeschöpft werden mußten. Es hat auch Spielraum gegeben für die vor allem vom Europäischen Parlament immer wieder geforderte Umstrukturierung der Ausgaben zu Lasten des Anteils der Agrarausgaben und zugunsten des Anteils von regionalpolitischen, sozialpolitischen und forschungspolitischen Ausgaben. Bei der Beratung des Haushalts 1981 hatte es über diesen Punkt heftige Auseinandersetzungen gegeben. Im Herbst vergangenen Jahres kam es darüber sogar zum offenen Streit zwischen Ministerrat und Europäischem Parlament.

Weil es der Ministerrat abgelehnt hatte, einige Ausgabenansätze des Sozialfonds im Haushaltsplan 1981, wie vom Europäischen Parlament gefordert, zu Lasten der Agrarausgaben zu erhöhen, suchte das Parlament sein Begehren über eine Aufstockung des zweiten Nachtragshaushalts 1980 um 266 Mio ECU durchzusetzen, den das Parlament im Dezember zusammen mit dem Haushalt 1981 beschloß. Faktisch hätten diese übertragbaren Mittel dann im Jahre 1981 zur Verfügung gestanden. Der Ministerrat hat das nicht akzeptiert. Die Bundesrepublik kündigte daraufhin unter Berufung auf das EG-Haushaltsrecht ebenso wie andere Mitgliedsländer an, ihren Anteil an den dafür benötigten Finanzmitteln zurückhalten zu wollen. Überdies erhob sie Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. Die Chance für einen Kompromiß bot sich Mitte 1981. Aufgrund der günstigen Entwicklung bei den Agrarausgaben kam es zu dem Vorschlag, einen Teil der nicht benötigten Finanzmittel für die vom Parlament im Dezember geforderten Ausgaben zu verwenden. Darüber wurde im Prinzip Einvernehmen erzielt.

Die starke Ausgabenexpansion in den anderen Bereichen, vor allem in der Sozialpolitik und in der Regionalpolitik, hat die Ausgaben insgesamt um 14 vH auf 16¹/₂ Mrd ECU ansteigen lassen, das sind 41 Mrd DM.

55. Nach dem Haushaltsvorentwurf der Kommission für das Jahr 1982 sollen die Ausgaben im nächsten Jahr um 16 vH ansteigen. Auch in diesem Entwurf ist eine erneute deutliche Verschiebung der Ausgabenanteile zugunsten der Regionalpolitik und der Sozialpolitik vorgesehen. Über eine kräftige Aufstockung der Mittel für regionalpolitische Sonderprogramme in Großbritannien versuchte die Kommission einem Wiederaufleben der Diskussion um die Verteilung der Nettofinanzierungslasten in der Europäischen Gemeinschaft zu begegnen. Mit nahezu 1,7 Mrd ECU haben diese Sonderprogramme inzwischen einen Anteil von 7,4 vH am gesamten Haushaltsvolumen und übersteigen damit bereits beträchtlich die Ansätze für den Regionalfonds.

Dem Haushaltsplanentwurf liegt ein Satz von 0,95 vH der einheitlichen Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer zugrunde. Damit ist die Obergrenze, die dem Haushalt der Europäischen Gemeinschaft bei den Eigenmitteln gesetzt ist, nahezu erreicht. Bei der Betrachtung dieser Haushaltsansätze darf man nicht übersehen, daß die Entwicklung der Ausgaben für die Agrarmarktordnungen in starkem Maße von der Entwicklung der Weltmarktpreise für die landwirtschaftlichen Überschußprodukte abhängt. So wie der starke Anstieg der Weltmarktpreise einen unvorhergesehenen Spielraum für die Haushaltsgestaltung der Gemeinschaft brachte, kann ein Abrutschen der Weltmarktpreise bei den nunmehr weitgehend ausgeschöpften Finanzierungsmitteln sehr schnell zu einer Haushaltskrise der Gemeinschaft führen.

56. Dem Druck, der von den leeren Kassen und von den unausgewogenen Nettofinanzierungsbeiträgen der einzelnen Länder zum Gemeinschaftshaushalt auf eine grundlegende Reform der EG-Agrarpolitik ausgeht, sucht die Kommission durch eine Erweiterung des finanziellen Spielraums für die Gemeinschaft zu entgehen. In ihrem Bericht zum „Haushaltsmandat“, in dem sie Möglichkeiten für eine Bereinigung der Haushaltsprobleme unter der Annahme eines unveränderten finanziellen Rahmens für den Gemeinschaftshaushalt aufzeigen sollte, hat die Kommission angekündigt, daß sie die notwendigen Initiativen ergreifen wird, um die — wie sie es nennt — künstliche Begrenzung der Haushaltsmittel zu überwinden. Eine Umschichtung könnte unter einem erweiterten Finanzrahmen dann wiederum über neue Gemeinschaftsmaßnahmen und Gemeinschaftsausgaben gebucht werden und müßte nicht über Einschnitte in vorhandene Bereiche — vor allem in die EG-Agrarpolitik — herbeigeführt werden.

57. Die Entlastung, die von den Weltmarktpreisen und der Aufwertung des Dollar kam, minderte für die Gemeinschaft den Zwang, schnell durchgreifende Reformmaßnahmen in der Agrarpolitik beschließen zu müssen. So konnte man in den Agrarpreisverhandlungen die Entscheidung über einschneidende Maßnahmen auf den Herbst vertagen und dem Druck auf schnelle Preisbeschlüsse nachgeben, der von einem kräftigen Rückgang der landwirtschaftlichen Realeinkommen infolge einer star-

ken Verteuerung der Vorleistungen der Landwirtschaft und der Lebenshaltung in vielen Ländern der Gemeinschaft ausgegangen war; im Durchschnitt der Gemeinschaft hatte der Rückgang der landwirtschaftlichen Realeinkommen 1980 nach Angaben der Kommission 9 vH betragen. So einigte man sich relativ rasch auf Preisanhebungen, die kaum als preispolitisches Signal für einen Abbau der Überschußproduktion verstanden werden konnten. Die Richtpreise wurden um durchschnittlich 9,6 vH heraufgesetzt, darunter für Brotweizen um 7,5 vH, für Zucker um 8,1 vH, für Milch um 9 vH, für Raps und Wein um 10 vH, für Schweinefleisch um 11 vH und für Rindfleisch um insgesamt 8,3 vH. Durch Veränderungen des Grenzausgleichs ergeben sich in nationaler Währung gerechnet für einige Mitgliedsländer höhere und für andere niedrigere Preiserhöhungen. Allerdings war dieser Spielraum im Vergleich zu früheren Jahren nur noch gering. Zusätzliche Möglichkeiten für eine nationale Differenzierung in den Preisanhebungen brachten die Veränderungen der Leitkurse im EWS. Die abwertenden Länder Italien und Frankreich haben die Wechselkursänderung teilweise auf die Marktordnungspreise durchschlagen lassen. Die aufwertenden Länder, die Bundesrepublik und die Niederlande, haben die Auswirkungen der Leitkursänderungen auf die administrierten Agrarpreise durch eine Neufestsetzung der Grenzausgleichsbeträge voll abgefangen. Nach der Neufestsetzung der Leitkurse betragen die Grenzausgleichssätze für die Bundesrepublik +8,3 vH, für die Niederlande +4,3 vH, für Italien -3,9 vH und für Großbritannien +3,5 vH, wobei anzumerken ist, daß die Grenzausgleichsbeträge für Italien und Großbritannien nicht als Abweichung der grünen Paritäten von den Leitkursen, sondern jeweils als Abweichung von den aktuellen Wechselkursen berechnet werden. Die Festsetzung der Ausgleichsbeträge als Abweichung der grünen Parität vom Leitkurs bringt es für die Bundesrepublik mit sich, daß die Preise für importierte Marktordnungsgüter aufgrund der Paritätsänderungen nicht nur nicht gesunken, sondern sogar gestiegen sind, weil die D-Mark am Devisenmarkt zunächst weniger höher bewertet worden ist als der Paritätsänderung der D-Mark entsprochen hätte.

58. Für die noch ausstehenden Entscheidungen über einschneidende Reformmaßnahmen hat die Kommission im Oktober 1981 ihre Vorstellungen über die Grundlinien für die Europäische Agrarpolitik konkretisiert. Kern dieser Vorschläge ist es, daß die durch die gemeinsame Marktordnungspolitik gewährten Stützungsmaßnahmen auf Produktionsziele begrenzt werden sollen, die von der Kommission auf der Basis von Produktions- und Verbrauchsprojektionen für den Zeitraum bis 1988 festgesetzt werden. Nur für Getreide wird erwogen, die EG-Preise auf die Preise zu senken, die Erzeuger aus anderen Agrarexportländern auf den Weltmärkten erzielen. Bei ihren Projektionen geht die Kommission davon aus, daß es Ziel der Ausfuhrpolitik der Gemeinschaft sein muß, ihre Agrarausfuhren bis 1988 so zu steigern, daß zumindest der in den letzten Jahren erreichte Rang gehalten werden kann. Es wird also nicht der Abbau der strukturellen Agrarüber-

schüsse und der daraus resultierenden Haushaltsbelastungen angestrebt, sondern die Aufrechterhaltung und Ausweitung einer Produktion für den Export, die auf den Auslandsmärkten weniger einbringt, als ihre Erzeugung im Inland kostet (JG 80 Ziffer 448). Wie dies im Rahmen der geltenden Finanzierungsvorschriften aus dem EG-Budget finanziert werden soll, wird nicht gesagt.

59. Die Begrenzung der Stützungsmaßnahmen auf festgesetzte Produktionsmengen soll für die einzelnen Produkte durch unterschiedliche Regelungen erreicht werden. Für Getreide will man die Interventionspreise senken, wenn die festgesetzten Produktionsmengen überschritten werden. Für Zucker und insbesondere für Milch will die Kommission ihre bereits existierenden Systeme der Erzeugermitverantwortungsabgabe weiter ausbauen. Für Milch soll die bestehende Mitverantwortungsabgabe in Höhe von 2,5 vH beibehalten werden, künftig ausgenommen eine allgemeine Freimenge zur Entlastung der Einkommen von kleinen Erzeugern. Darüber hinaus soll es eine zusätzliche Abgabe geben, um die Erzeuger an den Kosten für den Absatz der Mengen zu beteiligen, die das festgesetzte Produktionsziel überschreiten. Diese soll als — eventuell progressiv gestaffelte — Abgabe auf den Produktionsmengenwuchs ausgestaltet sein. Schließlich ist beabsichtigt, daneben noch eine besondere Abgabe auf solche Milch zu erheben, die in intensiv bewirtschafteten Betrieben, also mit hohem Kraftfuttereinsatz erzeugt wird.

Solche Produktionsmengenbegrenzungen und Erzeugerabgaben mögen auf den ersten Blick als guter Ausweg aus einer verfahrenen Lage erscheinen, weil sie sowohl eine Eindämmung der Produktionsüberschüsse als auch der Haushaltsbelastungen versprechen. Sie haben aber entscheidende Bedenken gegen sich. Sie laden dazu ein, daß die gemeinsame Preispolitik zu Lasten der Verbraucher noch einseitiger auf einkommenspolitische Ziele für die Landwirtschaft ausgerichtet wird, was vielleicht sogar die Absicht ist, bedenkt man, daß die Kommission von den Verpflichtungen nach Artikel 39 des EWG-Vertrages, in dem die Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik niedergelegt sind, nur das Einkommensziel für die Landwirtschaft ausdrücklich hervorgehoben hat. Sie bergen Gefahr für eine Erstarrung der Produktionsstrukturen und der Einkommenspositionen. Sie werfen gravierende Erfassungs- und Kontrollprobleme auf, vor allem dann, wenn die Erzeugerabgaben so stark differenziert werden, wie es für den Milchmarkt vorgeschlagen wird. Es muß zudem befürchtet werden, daß sich solche Kontingentierungs- und Abgabensysteme wie ein Krebsgeschwür über die Agrarmärkte ausbreiten. In Abwägung verschiedener Möglichkeiten für eine Reform der EG-Agrarpolitik hat der Sachverständigenrat im letzten Jahr vor solchen Produktionsbeschränkungen und Erzeugerabgaben eindringlich gewarnt (JG 80 Ziffer 455 f.).

Probleme der gemeinsamen Wirtschaftspolitik

60. Obwohl die europäische Stahlmarktregelung nur als ein einmaliger und vorübergehender Eingriff

gedacht war und zum 30. Juni 1981 auslaufen sollte, sah sich die Kommission angesichts der schwierigen Marktlage veranlaßt, die Bestimmungen des Artikel 58 EGKS-Vertrag entgegen ihrer erklärten Absicht erneut anzuwenden. Für einen Großteil der Erzeugnisse wurde wiederum ein System obligatorischer Produktionsquoten für die Dauer eines Jahres beschlossen. Bei Grobblech, schwerem Formstahl sowie Walzdraht kamen die Hersteller zu freiwilligen Produktionsabsprachen und Liefervereinbarungen, die sich jedoch an Vorgaben der Kommission orientieren und deren Einhaltung auch von ihr kontrolliert wird. Bei den anderen Produktgruppen, die weiterhin der EG-Regelung unterliegen und etwa drei Viertel der Stahlproduktion umfassen, wurden zum Teil zusätzliche Reglementierungen eingeführt, indem nicht nur die Stahlmengen, sondern auch die hieraus hergestellten Folgeerzeugnisse dem Quotensystem unterworfen wurden. Zudem muß der Stahlhandel verbindliche Preislisten veröffentlichen. Mit der Verlängerung des staatlich verordneten Krisenkartells zeigt sich erneut, daß dirigistischen Eingriffen die Tendenz innewohnt, Maßnahmen auf Dauer zu werden.

Dem Hauptgrund der Stahlkrise, den wettbewerbsverfälschenden Subventionen und den daraus resultierenden drückenden Überkapazitäten, rückt auch der neue verschärfte Subventionskodex nicht energisch genug zu Leibe. Er sieht nämlich vor, daß alle Subventionen erst bis zum 31. Dezember 1985 stufenweise abgebaut werden. In diesem Zeitraum sollen staatliche Beihilfen weiterhin gewährt werden, wenn sie der Umstrukturierung, verbunden mit einem Kapazitätsabbau, dienen. Skepsis ist jedoch angebracht, ob dieser Stufenplan eingehalten wird, da er mit qualifizierter Mehrheit geändert oder außer Kraft gesetzt werden kann. Zur Milderung der mit der Umstrukturierung verbundenen sozialen Probleme sieht die Kommission in den Jahren 1981 bis 1984 Mittel von jeweils 100 Mio ECU vor.

61. Bei den Verhandlungen über eine Verlängerung des Welttextilabkommens zeigt sich, wie sehr wettbewerbsbeschränkende Marktordnungen wuchern (Ziffer 411). So ist es wenig wahrscheinlich, daß die Gemeinschaft, wie von den Entwicklungsländern gefordert, wieder auf den Boden des ursprünglichen Abkommens zurückkehrt, das eine jährliche Mindeststeigerungsrate von 6 vH für die Kontingente der von Einfuhrbeschränkungen betroffenen Produkte vorsieht. Ihr Bestreben scheint vielmehr zu sein, die ihr 1977 zugestandenen Abweichungen vom Vertragstext noch weiter auszudehnen. Die Zuwachsraten der Importe aus Entwicklungsländern sollen unter Berücksichtigung der prognostizierten Verbrauchsentwicklung festgelegt werden, was — ginge es nach dem Willen einiger Länder der Gemeinschaft — sogar die Möglichkeit eröffnen würde, bei schlechter Absatzlage der heimischen Anbieter einen absoluten Rückgang der Einfuhren zu erwirken.

62. Anzeichen für eine verstärkte Zuflucht zu protektionistischen Maßnahmen sind auch in anderen Sektoren immer häufiger zu erkennen. So plant die Europäische Gemeinschaft, zum Schutz der europäi-

schen Schuhindustrie mit einigen Entwicklungsländern über den Abschluß von Selbstbeschränkungsabkommen zu verhandeln. Noch augenfälliger sind die Bemühungen der Kommission, den europäischen Markt stärker gegen ein weiteres Vordringen japanischer Produkte abzuschotten. Ein erster Schritt dazu ist der Beschluß vom Frühjahr, Einfuhr von bestimmten elektrotechnischen Erzeugnissen sowie von Personenkraftwagen aus Japan strikter zu überwachen und genauer zu erfassen. Trotz der freiwilligen Vereinbarungen der japanischen Regierung mit einer Reihe anderer Regierungen, die Automobilexporte in gewissen, vorab festgelegten Grenzen zu halten, ist es der Kommission nicht gelungen, die jetzt in einem Großteil der Mitgliedsländer bestehenden nationalen Beschränkungen gegenüber japanischen Kraftfahrzeugen in eine gemeinschaftliche Regelung zu überführen. Folge dieser Entwicklung ist eine weitere Behinderung des freien Warenverkehrs innerhalb der Gemeinschaft.

Eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages zeigt deutlich, daß in letzter Zeit der gemeinsame Binnenmarkt — eines der zentralen bis jetzt erreichten Ziele der europäischen Einigung — immer stärker durch protektionistische Eingriffe gefährdet wird. Die häufige Anwendung des Artikels 115 EWG-Vertrag, der es einem Mitgliedstaat erlaubt, die Einfuhr gewisser Waren mit Ursprung in bestimmten Drittländern zu unterbinden, obwohl die Waren in den übrigen Mitgliedstaaten frei gehandelt werden, zählt dabei zu den schwersten Hemmnissen. Daneben sind innergemeinschaftliche Überwachungsmaßnahmen sowie die Forderung mancher Länder nach einem lückenlosen Ursprungszeugnis von zunehmender Bedeutung.

Außerdem bestehen vielfältige Hemmnisse bei der Einführung neuer Technologien, die jedes Land in eigener Regie vorantreiben möchte. Die Vorteile der Arbeitsteilung, die der große europäische Markt bietet, werden noch zu wenig genutzt. Daher verdienen alle Bemühungen, den Abbau innergemeinschaftlicher Beschränkungen voranzutreiben, volle Unterstützung.

Nicht nur in der Europäischen Gemeinschaft verstärken sich Tendenzen, den freien Welthandel zu beschränken. Auch bei anderen Staaten hat die Neigung zugenommen, sich um kurzfristiger Vorteile willen eigener Schwierigkeiten auf Kosten anderer zu entledigen. Als Mittel stehen dabei wiederum Selbstbeschränkungsabkommen und versteckte Handelshemmnisse im Vordergrund. Zu offenen Zollerhöhungen und Rückgriffen auf die Schutzklausel des GATT-Abkommens ist es dagegen kaum gekommen.

63. Im Europäischen Währungssystem ließen die Spannungen auch nach der Anpassung der Leitkurse im März dieses Jahres, als die Lira wegen des wachsenden Inflationsgefälles gegenüber den Partnerwährungen um 6 vH abgewertet wurde, nicht nach (Tabelle 7). Die Positionen der einzelnen europäischen Währungen im EWS waren von Jahresbeginn bis Anfang Mai vornehmlich von den Zinsdifferenzen und deren Änderungen bestimmt. So hat die

D-Mark, die bereits seit Frühjahr vergangenen Jahres wegen der innereuropäischen Zinsdifferenzen schwach gewesen war, erst wieder an Stärke gewonnen, als sich die Deutsche Bundesbank im Februar veranlaßt sah, ein deutliches zinspolitisches Signal zu setzen (Ziffer 205). Der beträchtliche Anstieg der kurzfristigen Zinsen bewirkte, daß die D-Mark wieder stärkste Währung im EWS wurde. Nach den französischen Wahlen im Mai kam der Franken wegen der sich ausbreitenden Unsicherheit zunehmend unter Druck und überschritt für kurze Zeit die Abweichungsschwelle im EWS. Nur durch Devisenkontrollen und massive Interventionen konnte er innerhalb der Bandbreiten gehalten werden. Die sich aufstauenden Abwertungserwartungen prägten die Entwicklung im EWS bis Anfang Oktober. Sie waren nicht nur auf den französischen Franken beschränkt. Die belgische Währung überschritt angesichts der ausbleibenden Erfolge bei der Rückführung des hohen Leistungsbilanzdefizits mehrfach die Abweichungsschwelle, und die Lira konnte sich selbst nach der Abwertung im März nicht behaupten. Schon von Mai an mußte mit dem Zwangsdepot erneut zu Stützungsmaßnahmen gegriffen werden (Ziffer 36).

Anfang Oktober kam es schließlich zu der erwarteten Anpassung der Paritäten (Tabelle 8). Die Leitkurse der D-Mark und des Gulden wurden um 5,5 vH angehoben. Die Leitkurse des französischen Franken und der Lira wurden um 3 vH gesenkt. Freilich entsprechen die tatsächlichen Devisenkurse der EWS-Währungen in der Regel nicht den bilateralen Leitkursen. Die effektive Abwertung des französischen Franken gegenüber der D-Mark belief sich Mitte Oktober auf 4,5 vH, die der Lira auf 4 vH und die des belgischen Franken auf 2,5 vH. Nach der Leitkursanpassung war die D-Mark neben dem Gulden zunächst schwächste Währung im EWS, nicht zuletzt wegen des Rückstroms von Auslandsgeldern in die Abwertungsländer, aber auch deshalb, weil sich nach der Paritätsänderung das Zinsgefälle wieder stärker auf die Kursrelationen auswirkt. In der Bundesrepublik und den Niederlanden liegt das Zinsniveau unter dem in den meisten anderen europäischen Ländern. Die Notwendigkeit der Leitkursanpassung machte einmal mehr deutlich, daß die Verwirklichung einer europäischen Währungsunion noch in weiter Ferne liegt.

64. In ihrem fünften mittelfristigen Programm fordert die Europäische Kommission neben einer verstärkten währungspolitischen Zusammenarbeit eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik im allgemeinen. Als grundlegende Ziele des Programms, das als Rahmen für die Konjunktur- und Wachstumspolitik in den einzelnen Ländern dienen soll, werden die Reduzierung der Inflation und die Förderung des Strukturwandels genannt. Dazu müsse die Geldpolitik durch eine konsequente, an den mittelfristigen Produktionsmöglichkeiten ausgerichtete Geldmengensteuerung beitragen. Die öffentlichen Haushalte sollten den geldpolitischen Kurs stützen. Insbesondere müßten die öffentlichen Defizite in vielen Ländern verringert werden, vor allem dadurch, daß der Anstieg der öffentlichen Aus-

Zum Europäischen Währungssystem

Währung	Deutsche Mark	Französischer Franken	Holländischer Gulden	Belgischer und Luxemburgischer Franken	Italienische Lira	Dänische Krone	Irishes Pfund	Englisches Pfund ¹⁾
Fester Betrag im ECU-Korb (Währungseinheiten)	0,828	1,15	0,286	3,66 0,14	109,00	0,217	0,00759	0,0885
ECU-Leitkurs ab 5. Oktober 1981 (1 ECU = Währungseinheiten)	2,40989	6,17443	2,66382	40,7572	1300,67	7,91117	0,684452	0,601048
Gewicht im ECU-Korb ²⁾ in vH	34,4	18,6	10,7	9,3	8,4	2,7	1,1	14,7
Abweichungsschwelle (= 75 vH der maximalen Abweichung) in vH	±1,11	±1,37	±1,51	±1,53	±4,12 ^{a)}	±1,64	±1,67	(±1,44)
Abweichungsindikator ³⁾								
Zeitpunkt	Deutsche Mark	Französischer Franken	Holländischer Gulden	Belgischer und Luxemburgischer Franken	Italienische Lira	Dänische Krone	Irishes Pfund	Englisches Pfund ¹⁾
1979 13. März ⁴⁾	-14	+ 8	+ 8	-46	+ 6	+32	+14	+ 20
31. Dezember	-23	+51	+ 5	-65	+ 1	+ 4	-16	+ 16
1980 31. Januar	-11	+26	- 2	-72	0	-29	-30	+ 135
29. Februar	-16	+19	+13	-72	- 2	-14	-40	+ 225
31. März	-64	+67	+ 5	-47	-12	-30	+22	+ 384
30. April	-16	+39	-10	-44	-29	-39	-31	+ 282
30. Mai	-36	+36	+ 3	-23	-31	-25	-22	+ 347
30. Juni	-41	+42	+11	-19	-54	- 8	+ 9	+ 340
31. Juli	-55	+49	+27	- 4	-43	-13	+18	+ 369
29. August	-43	+40	+42	-39	-53	- 7	+16	+ 468
30. September	-53	+42	+51	-37	-54	+ 3	+15	+ 501
31. Oktober	-68	+69	+63	-50	-48	+ 7	-11	+ 767
28. November	-49	+43	+60	-50	-51	+26	-21	+ 687
31. Dezember	-45	+62	+48	-59	-49	+26	-27	+ 793
1981 30. Januar	-67	+73	+46	-42	-49	+14	-12	+1055
27. Februar	+26	+35	+22	-83	-56	- 3	-44	+ 832
31. März	+25	+12	+ 4	-92	- 6	-41	-68	+ 30
30. April	+18	-21	-15	-58	- 2	-47	-53	+ 71
29. Mai	+26	-35	- 8	-65	- 4	-29	-41	+ 134
30. Juni	+50	-29	+ 9	-73	+ 9	- 6	-44	- 20
31. Juli	+52	+ 6	+16	-68	+15	- 9	-37	- 99
31. August	+66	-35	+22	-44	+10	+23	-25	- 136
30. September	+78	-29	+24	-44	+ 2	+ 7	-33	- 466
30. Oktober ⁵⁾	-65	+51	-33	- 3	+ 1	+40	-22	+ 126

¹⁾ Nimmt am Wechselkursverbund des EWS nicht teil.

²⁾ Berechnet aufgrund des jeweiligen ECU-Leitkurses.

³⁾ Abweichung des ECU-Tageswertes vom ECU-Leitkurs der jeweiligen Währung in vH der maximalen Abweichung.

Abweichung der Landeswährung gegenüber dem ECU nach oben: +

Abweichung der Landeswährung gegenüber dem ECU nach unten: -

Falls die italienische Lira oder das englische Pfund um mehr als 2,25 vH von mindestens einer der anderen Währungen abweichen, wird der bereinigte Indikatorwert ausgewiesen. Eine Korrektur des Indikators für die italienische Lira erfolgt nur, wenn das englische Pfund um mehr als 6 vH (erweiterte Bandbreite der italienischen Lira) von der Lira abweicht. Der Indikatorwert für das englische Pfund hat nur nachrichtliche Bedeutung.

⁴⁾ Beginn des EWS.

⁵⁾ Neufestsetzung der Wechselkurse im EWS am 5. Oktober.

a) Auf Grundlage einer Bandbreite von 6 vH.

Quelle: Deutsche Bundesbank

gaben unterhalb der Zunahme des Sozialprodukts gehalten wird. Für die Lohnpolitik sei schließlich angezeigt, die Reallohnentwicklung in Zukunft unter dem durch die Terms of Trade bereinigten Anstieg der Arbeitsproduktivität zu halten. Gleichzeitig sollten Bedingungen geschaffen werden, die Investoren, Sozialpartnern und Verbrauchern mehr Raum für eine wirksame Anpassung an Marktsignale ermögli-

chen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Gemeinschaft stärken. Stabilisierung und Strukturwandel seien die beiden wesentlichen Mittel, mit denen vor allem auch eine dauerhafte Verbesserung der Beschäftigung herbeigeführt werden könne. Die Unterstützung dieses mittelfristigen Programms durch die Mitgliedsländer ist noch sehr uneinheitlich.

Tabelle 8

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
	Internationale Ereignisse
1980	
18. September	Die Mitglieder der OPEC beschließen auf ihrer Tagung in Wien, eine neue Preisuntergrenze von 30 US-\$ je barrel festzulegen. Die bisherige Preisobergrenze von 32 US-\$ je barrel wird außer Kraft gesetzt.
29. September	Der Interimsausschuß des Gouverneursrates des Internationalen Währungsfonds stellt anlässlich seiner Tagung in Washington fest, daß sich die Situation der Weltwirtschaft seit seiner Tagung im April 1980 in Hamburg kaum verändert hat. Er befaßte sich deshalb erneut besonders mit zwei Problemen: Der weltweiten Inflation und den Zahlungsbilanzungleichgewichten der ölimportierenden Entwicklungsländer. Der Ausschuß erörtert darüber hinaus die Ausleihpolitik des Fonds. Im Rahmen dieser Politik sollen den Fondsmitgliedern in Zukunft wesentlich umfangreichere Hilfen als bisher zur Verfügung stehen.
1. Dezember	Die siebte Quotenanpassung des IWF tritt in Kraft. Die Fondsquoten werden von 39 766,5 Mio auf 60 025,6 Mio SZR erhöht.
16. Dezember	Die OPEC-Staaten beschließen eine Anhebung des Preises für leichtes Rohöl von 30 US-\$ auf 32 US-\$ je barrel. Ferner wird für schweres Rohöl eine Obergrenze von 36 US-\$ je barrel festgelegt, Qualitätsunterschiede dürfen sich bis zu einem Maximum von 41 US-\$ je barrel auswirken.
1981	
27. März	Der Exekutivausschuß des IWF empfiehlt dem Gouverneursrat, die Mitgliedsquote Saudi Arabiens von gegenwärtig 1,74 vH der gesamten Quoten auf etwa 3,5 vH zu erhöhen. Damit einher geht eine längerfristige Kreditvereinbarung zwischen dem Fonds und der „Saudi Arabian Monetary Agency“ (SAMA). Danach stellt die SAMA dem Fonds im ersten und zweiten Jahr der Vereinbarung jeweils Mittel im Werte von 4 Mrd SZR zur Verfügung.
1. Mai	Der Internationale Währungsfonds gibt Maßnahmen bekannt, die die Attraktivität der Sonderziehungsrechte als internationale Anlagemittel erhöhen sollen. Danach werden Zinssätze, die auf das Halten und die Inanspruchnahme von Sonderziehungsrechten gezahlt werden, dem gewogenen Durchschnitt der Marktzinsen in den fünf größten Industrieländern angeglichen. Weiterhin soll die Rekonstitutionspflicht abgeschafft werden. In Zukunft ist es also nicht mehr erforderlich, einen bestimmten Mindestbestand der zugeteilten SZR (zuletzt waren es 15 vH) aufrecht zu erhalten.
13. Mai	Der Internationale Währungsfonds gibt bekannt, daß er mit den Zentralbanken der dreizehn wichtigsten Industrieländer übereingekommen ist, für die kommenden zwei Jahre Mittel im Wert von 1,1 Mrd SZR zur Verfügung zu stellen, um das Vorhaben des „erweiterten Zugangs zu den Mitteln des Fonds“ verwirklichen zu können.
21. Mai	Der Interimsausschuß des Gouverneursrates des IWF gibt im Anschluß an die Tagung in Libreville bekannt, die finanziellen Hilfen für Länder mit großen Zahlungsbilanzproblemen zu erweitern. Danach sind Ziehungen bis zu einem jährlichen Limit von 125 vH der Mitgliedsquote eines jeweiligen Landes erlaubt.
26. Mai	Die Mitglieder der OPEC beschließen auf ihrer Tagung in Genf, die Obergrenze des offiziellen Preises für Rohöl bis zum Jahresende bei 36 US-\$ je barrel zu belassen. Gleichzeitig gibt die Mehrzahl der Mitgliedstaaten bekannt, daß sie ihre Produktion vom 1. Juni an um mindestens 10 vH drosseln werden.
29. Oktober	Die OPEC-Staaten beschließen, daß bei der Preisfestsetzung für die Vertrags-Rohöl ein Basispreis von 34 US-\$ je barrel zugrunde gelegt wird. Qualitätsunterschiede dürfen sich nurmehr bis zu einem Maximum von 40 US-\$ je barrel auswirken. Gleichzeitig wurde beschlossen, vor Ende 1982 keine weiteren Preisadjustierungen mehr vorzunehmen.

Datum	
	Europäische Gemeinschaften
1981	
1. Januar	Griechenland wird zehntes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Das ECU (European Currency Unit) ersetzt die ERE bei allen Gemeinschaftsgesetzen.
16. Februar	Der Rat der Finanzminister beschließt, die maximale Kreditaufnahme der Gemeinschaft zur Finanzierung der großen Leistungsbilanzdefizite von Mitgliedsländern auf 6 Mrd ECU zu erhöhen.
22. März	Wegen der Abwertung der Lira gegenüber den anderen im EWS verbundenen Währungen findet eine allgemeine Leitkursanpassung statt.
5. Oktober	Im Zuge einer allgemeinen Leitkursanpassung werden die D-Mark und der Gulden um 5,5 vH aufgewertet und der französische Franken und die Lira um 3 vH abgewertet.
	Belgien
1980	
23. Dezember	Das Parlament billigt eine Gesetzesvorlage zur Begrenzung von Lohnsteigerungen. Für den Zeitraum vom 1. Januar bis 15. Februar 1981 sollen die Bruttomonatslöhne von über 35 000 belgischen Franken im öffentlichen und privaten Sektor um nicht mehr als die Steigerung der Verbraucherpreise angehoben werden. Die Bruttolöhne unterhalb dieser Marge dürfen real maximal um 1 vH zunehmen. Die Regierung beschließt mehrere Gesetzesvorlagen zur Verringerung des Staatsdefizits, zur Verbesserung der Gewinnsituation der privaten Unternehmen und zur Stützung der Beschäftigung. Vorgesehen sind unter anderem verschiedenen Schritte zur Sanierung der Sozialversicherung und des Gesundheitswesens, Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit, Steuererleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen und eine progressive Steuer auf Monatseinkommen öffentlicher Bediensteter von über 40 000 belgischen Franken.
1981	
5. Februar	Das Parlament billigt einen Gesetzentwurf, der vorsieht, in den Jahren 1981 und 1982 die Lohnsteigerungen auf den Preisanstieg des privaten Verbrauchs zu beschränken. Der Mindestlohn wird am 1. April 1981 um 5 vH und am 1. Januar 1982 um weitere 3 vH angehoben. Die Bestimmungen gelten sowohl für den privaten als auch für den öffentlichen Sektor.
26. März	Die belgische Nationalbank erhöht den Diskontsatz von 12 % auf 13 %.
30. März	Die Regierung fordert die Aussetzung der Lohnindexierung. Am darauffolgenden Tag tritt sie zurück.
31. März	In Anbetracht des massiven Drucks auf den belgischen Franken erhöht die Nationalbank den Diskontsatz auf 16 %.
16. April	Die belgische Nationalbank senkt den Diskontsatz auf 15 %, nachdem sich der Franken auf den internationalen Devisenmärkten erholt hat.
16. Mai	Die neue Regierung gibt ein Maßnahmenpaket zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der belgischen Wirtschaft bekannt. Danach sollen die Sozialbeiträge der Arbeitgeber gekürzt und die administrierten Preise für Elektrizität, Gas und Benzin gesenkt werden. Weiterhin sollen vor allem exportintensive Industrien und solche mit fortgeschrittenen Technologien unterstützt werden. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen wird die Mehrwertsteuer mit Wirkung vom 1. Juli um einen Prozentpunkt auf 17 vH erhöht.
6. August	Die Regierung billigt den Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 1982. Danach sind Ausgabenzuwächse in der Höhe von 8,4 vH bezogen auf die revidierten Zahlen von 1981 vorgesehen. Das Finanzierungsdefizit beläuft sich auf 354,2 Mrd belgische Franken oder 8,8 vH des Bruttosozialprodukts. Der Budgetentwurf sieht neben Einsparungen bei öffentlichen Investitionen und im Personalbereich des öffentlichen Dienstes vor allem auch Ausgabenenkungen im Sozialbereich vor. Weiterhin sollen höhere Einkommen stärker besteuert werden.
	Dänemark
1980	
19. September	Die Zentralbank senkt den Diskontsatz von 13 % auf 12 %. Am 24. Oktober wird er auf 11 % gesenkt.
27. November	Die Zentralbank setzt die Zuwachsrate bei der Kreditvergabe der Banken für den Zeitraum von Ende September 1980 bis Ende Juni 1981 auf 6 vH fest.
1981	
8. Oktober	Die Regierung legt den revidierten Budgetentwurf für 1982 vor. Danach sind Ausgabenzuwächse von 13,9 vH gegenüber 1981 vorgesehen. Für die Steuereinnahmen wird ein Anstieg von 10,7 vH angesetzt. Die staatliche Kreditaufnahme soll 10 vH des Bruttosozialprodukts betragen.

noch Tabelle 8

Datum	
	Frankreich
1980	
10. September	Die französische Regierung nimmt den Haushaltsentwurf für das Jahr 1981 an. Er sieht eine Zunahme der Ausgaben von 16,4 vH und einen Anstieg der Einnahmen um 17,7 vH vor. Das Gesamtdefizit soll 29,4 Mrd Franken betragen. Der Haushaltsplan sieht wesentliche Beihilfen für Privatinvestitionen vor, die schon ab 1. Oktober 1980 gewährt werden sollen. Die Besteuerung der Mineralölgesellschaften soll im Jahr 1981 um 2 Mrd Franken angehoben werden. Ausgaben zur Belebung der öffentlichen Investitionen in Höhe von 6,5 Mrd Franken sind für den Fall vorgesehen, daß es 1981 zu einer stärkeren konjunkturellen Abschwächung kommt.
7. Oktober	Das Geldmengenziel für das Jahr 1981 wird auf 10 vH festgesetzt, es liegt um einen Prozentpunkt unter der Vorgabe für das Jahr 1980.
15. Oktober	Die Bank von Frankreich legt die Kreditbeschränkungen für das Jahr 1981 fest. Danach dürfen die großen Banken ihre Kredite nur noch um 2,5 vH ausdehnen.
7. November	Die Bank von Frankreich legt neue Mindestreservevorschriften fest. Danach wird der Mindestreservesatz für Kredite in Franken von $\frac{1}{2}\%$ auf $1\frac{3}{4}\%$, der für Sichtguthaben von Inländern von 4 % auf $4\frac{1}{2}\%$ und der für Sicht- und Terminguthaben von Ausländern (einschließlich Banken) von 0 auf 5 % angehoben.
1981	
25. Februar	Die Regierung kündigt Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an. Danach sollen vor allem mehr Teilzeitarbeitsplätze geschaffen und die Arbeitszeit reduziert werden.
9. April	Die Regierungen Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschlands bekunden ihre Absicht, Anleihen in der Höhe von 5 Mrd ECU an den internationalen Kapitalmärkten aufzunehmen, um ein Investitionsprogramm, das vor allem mittleren und kleineren Unternehmen zugute kommen soll, zu finanzieren. Dieses Vorhaben wird von Frankreich am 13. Mai ausgesetzt, um der neuen Regierung die endgültige Entscheidung zu überlassen.
14. Mai	Angesichts des massiven Drucks auf den Franken erhöht die Bank von Frankreich den Mindestreservesatz von $4\frac{1}{2}\%$ vH auf $5\frac{1}{2}\%$ vH. Auf Grund dieser Maßnahmen steigen die Basiszinsätze der Banken in der folgenden Woche von $12\frac{3}{4}\%$ auf 17 % an.
22. Mai	Die Regierung beschließt mit sofortiger Wirkung neue Devisenkontrollen. Importeure dürfen künftig die notwendigen Devisen nur noch einen Monat im voraus kaufen. Exporteure sind verpflichtet, rückwirkend vom 1. Mai ihre Deviseneinnahmen innerhalb eines Monats an ihre französischen Banken abzuführen. Weiterhin dürfen ausländische Wertpapiere von Inländern nur gekauft werden, wenn andere Inländer zugleich ausländische Wertpapiere verkaufen („Devisentitel“). Schließlich müssen französische Investitionen im Ausland zu drei Viertel durch ausländische Kredite in der jeweiligen Währung finanziert werden.
10. Juni	Die neue Regierung billigt den revidierten Budgetentwurf für 1981. Danach belaufen sich die gesamten Ausgaben im Haushaltsjahr 1981 auf 645,8 Mrd Franken (gegenüber 617,5 Mrd Franken im ursprünglichen Entwurf) und die gesamten Einnahmen auf 599,8 Mrd Franken (gegenüber 592,1 Mrd Franken im ursprünglichen Entwurf). Das gesamte Defizit von 56,8 Mrd Franken soll 1,8 vH des Sozialprodukts betragen (gegenüber 0,9 vH nach ursprünglicher Planung).
30. September	Das französische Kabinett billigt den Haushaltsentwurf für das Jahr 1982. Er sieht eine Zunahme der Ausgaben von 27,8 vH und einen Anstieg der Einnahmen um 19 vH vor. Das gesamte Defizit soll 95,4 Mrd Franken betragen. Dem Entwurf wird eine Zunahme des Bruttosozialprodukts um 3,3 vH und eine Preissteigerungsrate von 12,9 vH zugrunde gelegt.
27. Oktober	Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf, der die Verstaatlichung von fünf Industriegruppen und 36 Banken vorsieht, ist von der Abgeordnetenkammer verabschiedet worden.
	Griechenland
1981	
1. Januar	Griechenland wird zehntes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Zur Anpassung an die EG-Regeln ist eine Übergangsperiode vorgesehen.
	Großbritannien
1980	
21. November	Die Regierung kündigt ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an. Danach sollen im Haushaltsjahr 1981/82 insgesamt 570 Mio Pfund, das sind 250 Mio Pfund mehr als vorgesehen, vor allem zur Eingliederung von Jugendlichen und dauerhaft Arbeitsloser in den Arbeitsprozeß zur Verfügung gestellt werden.
24. November	Die Regierung beschließt Sparmaßnahmen. Danach sollen die Zentralregierung ihre Ausgaben um 2 vH und die Gemeinden sollen ihre um 3 vH kürzen. Überdies werden die Sozialversicherungsbeiträge der Angestellten angehoben und eine Ergänzungssteuer auf Einkommen aus Öl- und Gasgewinnung erhoben. Die Bank von England senkt den Mindestausleihsatz von 16 % auf 14 %.

Datum	
1981	
10. März	<p>Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 1981/82 sowie die öffentlichen Ausgabenprogramme und die allgemeine Finanzstrategie bis einschließlich zum Haushaltsjahr 1983/84 vor. Die Ausgaben werden auf 104,2 Mrd Pfund angehoben, das sind 11,2 vH mehr als die revidierten Schätzungen für das Haushaltsjahr 1980/81. Der Finanzierungsbedarf des öffentlichen Sektors soll sich von 6 vH des Bruttosozialprodukts im Haushaltsjahr 1980/81 auf 4 vH im Haushaltsjahr 1981/82 verringern. Zur Unterstützung der Industrie werden verschiedene Steuererleichterungen vorgeschlagen.</p> <p>Die Zielvorgabe für die Geldmenge Sterling M3 wird auf eine Bandbreite von 8 vH bis 10 vH für den Zeitraum von Februar 1981 bis April 1982 festgelegt. Für das Jahr 1983/84 ist eine Steigerung von 4 vH bis 8 vH vorgesehen.</p>
27. Juli	<p>Die Regierung legt ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor. Danach sollen Ausbildungsplätze für Jugendliche geschaffen und Unternehmen, die jugendliche Arbeitslose aufnehmen, subventioniert werden. Außerdem ist vorgesehen, daß Mindestalter für Rente von gegenwärtig 64 auf 63 Jahre zu senken. Durch das Programm sollen bis 1983 220 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Kosten werden für das Haushaltsjahr 1981/82 auf 150 Mio Pfund geschätzt.</p>
20. August	<p>Die Bank von England gibt Maßnahmen für eine flexiblere Geldmengenkontrolle bekannt. Unter anderem wird die Mindestreserveverpflichtung der Banken aufgehoben und ein Mindestausleihsatz nicht mehr bekanntgegeben.</p>
1980	Italien
27. September	<p>Das italienische Parlament lehnt das gesamte Anfang Juli eingeführte Sanierungsprogramm ab. Mit Wirkung vom 1. Oktober werden damit alle im Juli verfügbaren Maßnahmen aufgehoben.</p>
28. September	<p>Die italienische Zentralbank erhöht den Diskontsatz von 15 % auf 16¹/₂ %. Darüber hinaus werden neue Kapitalverkehrsbeschränkungen eingeführt; dadurch sollen die Zahlungsziele im Außenhandel verkürzt und die Mittel für die Spekulation eingeschränkt werden.</p>
1981	
2. Februar	<p>Die italienische Zentralbank dehnt die Kreditbeschränkung auch auf Darlehen unter 130 Mio Lire und in ausländischen Währungen aus. Banken müssen ihre Kreditaufnahme im Ausland für den Zeitraum von Ende März bis Ende Dezember 1981 auf dem Niveau vom 31. Dezember 1980 halten. Ausgenommen sind Kredite zur Exportfinanzierung. Darüber hinaus wird die Kreditvergabe in Lire beschränkt. Bei Übertretung beider Bestimmungen müssen zinslose Einlagen in bestimmter Höhe bei der Bank von Italien gehalten werden.</p>
22. März	<p>In Anbetracht des zunehmenden Drucks auf die italienische Währung wertet die Regierung die Lira um 6 vH gegenüber den anderen in EWS verbundenen Währungen ab. Als Folge büßt die Lira im Verhältnis zum Dollar um 2,8 vH an Wert ein.</p> <p>Die Bank von Italien hebt darüber hinaus den Diskontsatz von 16¹/₂ % auf 19 % an.</p>
27. Mai	<p>Die Regierung beschließt, daß mit Wirkung vom 28. Mai für einen Zeitraum von 4 Monaten alle Devisenkäufe (für Öl- und Getreideimporte ausgenommen) einem 30prozentigen Bardepot unterworfen sind, das 90 Tage lang zinslos bei der Bank von Italien gehalten werden muß.</p>
18. Juli	<p>Die Regierung und die Bank von Italien geben bekannt, daß die italienische Zentralbank mit Wirkung vom 30. Juli nicht mehr verpflichtet ist, Regierungsanleihen, die vom Publikum nicht gezeichnet worden sind, aufzukaufen.</p>
1980	Japan
5. September	<p>Die japanische Regierung verabschiedet ein Acht-Punkte-Programm zur Belebung der Wirtschaft. Die wesentlichste Maßnahme ist die Erhöhung der Ausgaben der öffentlichen Hand im Bereich der Bauwirtschaft. Im vierten Quartal sollen für öffentliche Bauausgaben 30 vH mehr ausgegeben werden als in der entsprechenden Vorjahresperiode.</p>
26. September	<p>Die Bank von Japan beschließt eine Lockerung der Kreditrichtlinien. Danach dürfen die Banken ihre Kredite im letzten Quartal des laufenden Jahres um 7 vH mehr ausweiten als in der entsprechenden Periode des Jahres 1979.</p>
5. November	<p>Die Bank von Japan senkt den Diskontsatz von 8¹/₄ % auf 7¹/₄ %. Mindestreserveverpflichtungen der Banken auf Einlagen und Bankkredite werden mit Wirkung vom 16. November um einen viertel bis einen halben Prozentpunkt gesenkt. Am 10. November reduzieren daraufhin die Geschäftsbanken ihren Darlehenszins von 8¹/₂ % auf 7¹/₂ %.</p>
1. Dezember	<p>Das neue Devisen- und Außenhandelsgesetz tritt in Kraft. Danach sind alle Transaktionen mit dem Ausland im Prinzip keinen Beschränkungen mehr unterworfen.</p>
29. Dezember	<p>Die Regierung billigt den Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 1981/82. Das Budgetdefizit wird auf 12 270 Mrd Yen geschätzt. Gemessen am Bruttosozialprodukt soll es von 5,9 vH im Haushaltsjahr 1980/81 auf 4,8 vH sinken.</p>

noch Tabelle 8

Datum	
1981	
17. März	Die Regierung kündigt eine Reihe von Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft an. Danach sollen 70 vH der öffentlichen Aufträge für das Haushaltsjahr 1981/82 auf die erste Hälfte dieses Zeitraumes vorgezogen, die Exportindustrie unterstützt, Finanzierungshilfen für Bauvorhaben gewährt und kleinere und mittlere Unternehmen subventioniert werden. Darüber hinaus wird der Diskontsatz von 7¼ % auf 6¼ % gesenkt.
1. Mai	Die Regierung kündigt an, die Autoausfuhren in die Vereinigten Staaten bis zum April 1982 auf 1,68 Millionen Stück oder auf 8 vH unter die Menge der vergangenen zwölf Monate zu senken.
27. Juni	Die Bank von Japan lockert die Kreditzuwachsbeschränkungen für das dritte Vierteljahr 1981.
	Niederlande
1980	
16. September	Die Regierung bringt ihren Haushaltsentwurf für das Jahr 1981 ein. Die Neuverschuldung soll von 14,7 Mrd Gulden im Jahr 1980 auf 13,1 Mrd Gulden zurückgeführt werden. Der Anstieg der Ausgaben soll 6 vH und der Anstieg der Einnahmen 8 vH betragen. Die Verringerung des Budgetdefizits soll durch Ausgabenkürzungen von 3,6 Mrd Gulden gegenüber der ursprünglichen Mehrjahresplanung erreicht werden. Die Schwerpunkte der Ausgabenstreichungen liegen im Bereich der sozialen Sicherheit und der Beamtenbesoldung. Auf der Einnahmeseite ist vorgesehen, die Sozialversicherungsbeiträge und die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Darüber hinaus wird mit steigenden Erdgaserlösen gerechnet. Für den Fall, daß die Tarifpartner sich bereit erklären, den Anstieg der Löhne geringer zu halten als bisher vereinbart, ist die Regierung bereit, für jeden Prozentpunkt Lohnzurückhaltung eine Erhöhung des Budgetdefizits um 0,5 Mrd Gulden hinzunehmen.
19. September	Die Bank der Niederlande gibt bekannt, daß sie ihre Ausleihzinsen um einen halben Prozentpunkt senken wird. Am 20. Oktober beschließt die Bank der Niederlande, ihre Ausleihsätze erneut um einen halben Prozentpunkt zu senken. Der Diskontsatz beträgt jetzt 8 %.
16. Dezember	Das Parlament billigt Maßnahmen zur Einschränkung der Lohnzuwächse von 8 vH im Jahre 1980 auf 5 vH 1981. Statt der 2,8prozentigen Lohnanpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten werden für das erste Halbjahr nur 0,8 vH genehmigt; außerdem wird das Urlaubsgeld um einen halben Prozentpunkt gekürzt.
22. Dezember	Die Regierung gibt die Fortsetzung der Preiskontrollen für 1981 bekannt. Danach dürfen die Preise in der verarbeitenden Industrie im ersten Halbjahr 1981 um maximal 2 vH und im Dienstleistungssektor um maximal 2¼ vH angehoben werden.
1981	
3. März	Die Bank der Niederlande erhöht ihre Ausleihzinsen um einen Prozentpunkt. Der Diskontsatz beträgt jetzt 9 %.
25. März	Die Regierung kündigt eine Reihe von Konsolidierungsmaßnahmen an. Danach sollen die staatlichen Beiträge zur Sozialversicherung gekürzt werden. Die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung werden erhöht; im Maße dieser Erhöhung werden die Gehälter der öffentlich Bediensteten gekürzt.
10. Juli	Die Regierung gibt bekannt, daß sie ihre Preispolitik im zweiten Halbjahr 1981 beibehalten will. In der verarbeitenden Industrie wird ein Preisanstieg bis zu 3,5 vH, im Dienstleistungssektor bis zu 5 vH zugelassen.
	Österreich
1980	
22. Oktober	Die Regierung legt ihre Budgetvorschläge für das Jahr 1981 vor. Das Budget sieht Ausgaben von 335 Mrd und Einnahmen von 285 Mrd Schilling vor, was gegenüber dem laufenden Haushaltsplan einen Anstieg von 11 vH und 12,6 vH ergibt. Nach Abzug des Tilgungsaufwandes für die Staatsschuld bleibt ein Nettodefizit von knapp 25 Mrd Schilling, das um 6 Mrd unter dem Ergebnis des Vorjahres liegt. Neben Erleichterungen bei den direkten Steuern sieht der Haushaltsentwurf eine Anhebung der Mehrwertsteuersätze für Energieprodukte vor. Staatliche Leistungen sollen erheblich teurer werden; bereits in Kraft gesetzt wurden Preiserhöhungen für Tabakwaren und Salz.
1981	
1. Juni	Im neuen Wirtschaftsprogramm der sozialistischen Regierungspartei, das in Graz beschlossen wurde, ist unter anderem eine stärkere direkte Investitionsförderung anstelle der bisher dominierenden indirekten steuerlichen Förderungsmaßnahmen vorgesehen.
12. Oktober	Die Regierung legt dem Nationalrat ihren Budgetentwurf für das Jahr 1982 vor. Danach sind Ausgaben von 368,3 Mrd Schilling und Einnahmen von 309,1 Mrd Schilling vorgesehen. Die Neuverschuldung soll 31,6 Mrd Schilling betragen, das sind 2,8 vH des Bruttoinlandsprodukts.

noch Tabelle 8

Datum	
	Schweden
1980	
16. Dezember	Das Parlament billigt einen Gesetzentwurf, der Erleichterungen bei den Steuern auf Einkünfte aus Kapitalvermögen vorsieht.
1981	
12. Januar	Die Regierung legt ihren Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 1981/82 vor. Danach sollen die Ausgaben gegenüber der revidierten Schätzung für das Haushaltsjahr 1980/81 um 6,2 vH zunehmen. Das Defizit wird auf 11 vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt.
3. Februar	Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften des privaten Sektors kommen überein, die Lohnsteigerungen in diesem Jahr auf 3,6 vH und im nächsten Jahr auf 3,5 vH zu beschränken.
10. März	Die Regierung legt dem Parlament einen Gesetzentwurf vor, der vorsieht, die Ausgaben der Zentralregierung zu kürzen, Steuern zu erhöhen sowie Exporte und Investitionen zu stimulieren.
	Schweiz
1980	
19. Dezember	Die Schweizer Nationalbank gibt bekannt, daß sich die Zentralbankgeldmenge 1980 im Durchschnitt nur um 2 vH (gegenüber dem gesetzten Ziel von 4 vH) ausgedehnt hat. Für 1981 wird ein Expansionspfad von 4 vH angestrebt.
1981	
3. Februar	Die Nationalbank hebt den Diskontsatz von 3 % auf 3 1/2 % und den Lombardsatz von 4 % auf 4 1/2 % an.
20. Februar	In Anbetracht der steigenden Inflationsrate und zur Stützung des Franken erhöht die Nationalbank den Diskontsatz auf 4 % und den Lombardsatz auf 5 1/2 %.
11. Mai	Die Nationalbank erhöht den Diskontsatz auf 5 % und den Lombardsatz auf 6 1/2 %.
2. September	Die Nationalbank hebt den Diskontsatz auf 6 % und den Lombardsatz auf 7 1/2 % an.
	Vereinigte Staaten
1980	
26. September	Der Diskontsatz wird von 10 % auf 11 % erhöht, um dem zu starken Wachstum der Geldmengenaggregate entgegenzutreten.
17. November	Die Federal Reserve Banken heben den Diskontsatz von 11 % auf 12 % an. Die Geschäftsbanken erhöhen ihren Ausleihzins daraufhin von 15 1/2 % auf 16 1/4 % mit Wirkung vom 17. November und auf 17 3/4 % mit Wirkung vom 26. November.
20. November	Der Kongreß billigt den Haushaltsentwurf 1980/81. Danach sind Ausgaben in Höhe von 632,4 Mrd \$ geplant. Bei den mit 605 Mrd \$ angesetzten Einnahmen sind Steuererleichterungen in der Höhe von 12,5 Mrd \$ vorgesehen. Das Defizit beträgt 27,4 Mrd \$.
5. Dezember	Acht Federal Reserve Banken heben ihren Diskontsatz von 12 % auf 13 % an. Gleichzeitig wird der Aufschlag für „große“ Geldinstitute von 2 auf 3 Prozentpunkte angehoben. Die meisten Geschäftsbanken erhöhen ihren Ausleihsatz daraufhin in mehreren Schritten von 17 3/4 % auf 21 1/2 %. Am 23. Dezember senken zwei führende Bankinstitute ihren Ausleihsatz auf 20 1/2 %. Zwischen 29. Dezember und 5. Januar 1981 schließen sich die meisten anderen Banken diesem Schritt an.
1981	
5. Januar	Eine führende Geschäftsbank senkt den Ausleihsatz auf 20 %, gefolgt von einer anderen Bank am darauffolgenden Tag. Am 12. Januar haben alle Geschäftsbanken ihren Ausleihsatz auf 20 % reduziert. Am 28. Januar nimmt eine Großbank den Ausleihsatz um einen weiteren halben Prozentpunkt zurück, schrittweise gefolgt von den anderen Banken.
28. Januar	Preiskontrollen bei der inländischen Ölproduktion werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben.
25. Februar	Die Geldmengenziele für 1981 werden bekanntgegeben. Für die einzelnen Geldmengenaggregate sind folgende Ziele festgelegt worden: für M1A (Bargeld und private Sichteinlagen bei Banken) 3 vH bis 5 1/2 vH und für M1B (M1A und alle kontokorrentähnlichen Guthaben bei Geschäftsbanken und Sparkassen) 3 1/2 vH bis 6 vH. Die Ziele für M2 (M1B und Sparkonten, Zertifikate und Geldmarktfonds, kurzfristige „Repurchase Agreements“ und Termineinlagen unter \$ 100 000), für M3 (M2 und Termineinlagen über \$ 100 000 sowie längerfristige „Repurchase Agreements“) und für Bankkredite bleiben unverändert bei 6 vH bis 9 vH, bzw. 6 1/2 vH bis 9 1/2 vH und 6 vH bis 9 vH.

noch Tabelle 8

Datum	
1981	
10. März	Die Geschäftsbanken senken ihren Ausleihsatz auf 18 % und am 2. April weiter auf 17 %.
5. Mai	Der Diskontsatz der Federal Reserve Banken wird von 13 % auf 14 % erhöht. Der Aufschlag für die größeren Banken wird von 3 auf 4 Prozentpunkte angehoben.
26. Juni	Der Kongreß billigt den Haushaltsentwurf 1981/82. Danach sind Ausgaben in Höhe von 704,8 Mrd \$ geplant. Das sind über 35 Mrd \$ weniger als im ursprünglichen Entwurf. Die Einnahmen werden mit 662,4 Mrd \$ veranschlagt. Das Defizit beträgt 42,5 Mrd \$.
13. August	Der Präsident unterzeichnet ein Gesetz zur Steuersenkung. Danach soll die Einkommensteuer am 1. Oktober 1981 um 5 vH, am 1. Juli 1982 sowie am 1. Juli 1983 um jeweils weitere 10 vH gesenkt werden. Außerdem ist ab 1985 eine Indexierung des Steuersystems vorgesehen.
24. September	Der Präsident stellt den Nachtragshaushalt für 1982 vor. Danach sind zusätzliche Einsparungen bei den Ausgaben in Höhe von 13 Mrd \$ vorgesehen. Sie bestehen vor allem in einer 12 %igen Haushaltskürzung für alle Kabinettsressorts. Zudem sind Einnahmeerhöhungen von 3 Mrd \$ in Form von Gebührenerhöhungen, Schließung von steuerlichen Lücken und eine schärfere Steuereintreibung geplant.
30. Oktober	Das Federal Reserve Board senkt den Diskontsatz von 14 % auf 13 %. Der Aufschlag für größere Banken ist bereits vorher von 4 % auf 2 % herabgesetzt worden.

TEIL B

Die Binnenkonjunktur 1981

1. Überblick

65. Wie in den meisten anderen Industrieländern herrscht am Ende des Jahres 1981 auch in der Bundesrepublik über die Wirtschaftsentwicklung weit hin Enttäuschung. Der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität, der im Frühjahr 1980 eingesetzt hatte, kam nach der Jahreswende zwar zum Stillstand; Anschluß an das alte Produktionsniveau oder gar an die von Wachstumsdynamik mit geprägte Aufwärtsbewegung, die das Bild von Mitte 1978 bis Anfang 1980 wieder bestimmt hatte, fand die Wirtschaft das Jahr über jedoch nicht. Die Produktion stagnierte vielmehr. Auf's Jahr gesehen blieb sie um $1/2$ vH hinter der des Jahres 1980 zurück. Die Beschäftigungsprobleme haben sich darüber weiter verschärft. Zuletzt, im Oktober 1981, waren 1,37 Millionen Arbeitslose gemeldet, fast 480 000 mehr als ein Jahr zuvor. Statt einer Beruhigung des Preisauftriebs war eine neuerliche Beschleunigung zu verzeichnen. Wichtigste Ursache dafür war die kräftige Abwertung der D-Mark, die sich bis in die zweite Jahreshälfte hinein fortsetzte. Auf der Verbraucherstufe betrug der Geldwertschwund zuletzt 6,7 vH. Günstiger stellt sich derzeit nur die außenwirtschaftliche Situation dar. Das Defizit im Leistungsverkehr mit dem Ausland, das 1980 auf 30 Mrd DM gestiegen war, ist 1981 im ganzen zwar nicht viel niedriger ausgefallen; seit dem Frühjahr ist aber eine deutliche Tendenz zur Verringerung der hohen Fehlbeträge festzustellen.

66. Hochgespannt waren die Erwartungen von vornherein nicht gewesen. Dafür waren die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu ungünstig. Ungelöste Stabilisierungsprobleme und beträchtliche außenwirtschaftliche Ungleichgewichte ließen den meisten Ländern wenig Spielraum, den eingeschlagenen Restriktionskurs zu lockern. Von der Weltkonjunktur her stand deshalb kaum Auftrieb für die inländische Produktion und Beschäftigung in Aussicht. Stagnation mußte das gleichwohl nicht bedeuten. Über eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Fortschritte beim Strukturwandel, namentlich bei der Umstellung der Volkswirtschaft auf teure Energie, schien die Rückkehr auf einen Wachstumspfad, wenn auch nur schrittweise und auf keinen steilen, im Jahresverlauf durchaus möglich. Von der Wirtschaftspolitik war dabei nicht viel an direkter Hilfe zu erwarten. Dem Staat fehlten in seiner prekären Finanzlage die notwendigen Mittel, und die Bundesbank mußte vor allem darauf bedacht sein, die Abwertung nicht so groß werden zu lassen, daß der sinkende Außenwert der Währung deren Binnenwert mehr und mehr mitzog. Nach den Erfahrungen des Jahres 1980 konnte es schon als ein Erfolg gelten, wenn die Finanzpolitik mit ihrem hohen Kreditbedarf und dessen ungünstigen Wirkungen auf Zinsen und Wechselkurs die Stabilisierungsaufgabe der Geldpolitik nicht weiter erschwerte. Sollte bei weniger Preissteigerungen mehr Produktion, aktuelle wie künftige, lohnend erscheinen, war

eine Entlastung beim Kostenniveau daher unumgänglich, und das hieß in der gegebenen Situation vor allem Entlastung bei den Lohnkosten. Wie sich zeigte, tat sich die Lohnpolitik damit jedoch schwer. In der Finanzpolitik mußte es erst zu einer weiteren Zuspitzung der Haushaltsprobleme kommen, bevor die Konsolidierungsaufgabe zielstrebig angegangen wurde.

67. An guten Vorsätzen hatte es der Finanzpolitik nicht gefehlt. Schon um die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte, die den Ausgabenspielraum zunehmend einengt, nicht immer größer werden zu lassen, sahen die Haushaltsplanungen für 1981 trotz absehbarer Mindereinnahmen aufgrund der gedrückten Konjunktur und der für dieses Jahr beschlossenen Steuererleichterungen keine wesentlich erhöhte Neuverschuldung vor. Eine Begrenzung des Ausgabenwachses von Bund, Ländern und Gemeinden auf nicht viel mehr als 4 vH sollte das möglich machen. Die tatsächliche Ausgabendynamik erwies sich indes abermals als stärker, diesmal besonders beim Bund. Zur Jahresmitte hin war erkennbar, daß sich die öffentlichen Defizite, wenn zum Teil auch konjunkturbedingt, 1981 auf mindestens 70 Mrd DM summierten, rund 15 Mrd DM mehr als im Jahr davor, und daß nur energische Konsolidierungsanstrengungen, die Kürzungen bei Leistungsgesetzen einschlossen, ein weiteres Ausufern des staatlichen Kreditbedarfs im Jahre 1982 verhindern konnten. Im Sommer wurden entsprechende Maßnahmen eingeleitet, nicht zuletzt mit dem Ziel, dem für die Erwartungen an den Devisenmärkten wie an den Kreditmärkten gleichermaßen schädlichen Eindruck zu begegnen, der Staat habe seine Finanzen nicht mehr unter Kontrolle.

68. Auch der Ausgang der Lohnrunde war nicht dazu angetan, den notwendigen Umstellungsprozeß verstärkt voranzubringen. Den Gewerkschaften ging Sicherung der Realeinkommen vor, und die Arbeitgeber setzten offenbar letztlich darauf, daß ihnen die Abwertung der D-Mark die Möglichkeit verschaffte, Kostensteigerungen in den Preisen zu überwälzen. So einigten sich beide auf eine Anhebung der Tarifverdienste um durchschnittlich rund 5 vH. Das war zwar weniger als im Jahr davor und auch nicht so viel, daß sich die gedrückte Ertragslage das Jahr über bei den im Wettbewerb mit ausländischen Anbietern erzielbaren Preissteigerungen noch weiter verschlechtert hätte, jedenfalls nicht in den außenwirtschaftlichen Bereichen; es war jedoch mehr, als zu dem doppelten Ziel gepaßt hätte, die Bedingungen für mehr Beschäftigung und für mehr Stabilität zugleich zu verbessern.

69. Kredit war unter all diesen Umständen nur zu noch höheren Zinsen als im Vorjahr zu bekommen. Die Bundesbank sah angesichts der sinkenden Attraktivität der D-Mark für ausländische Anleger und der Gefahren, die sich aus der Abwertungstendenz für den Geldwert im Innern ergaben, keine andere Möglichkeit, als das Geldangebot knapp zu halten. Schon bei der Ankündigung, die Expansion der Zentralbankgeldmenge zwischen dem vierten Quartal

1980 und dem vierten Quartal 1981 in einem Rahmen von 4 vH bis 7 vH zu halten, hatte sie deutlich gemacht, daß sie den unteren Bereich dieses Zielbandes ansteuern würde, falls die Stabilität vom Wechselkurs her erneut bedroht sein sollte. Als die D-Mark im Februar an den Devisenmärkten verstärkt unter Druck geriet, bekräftigte sie dies, indem sie den Zugang zum Notenbankkredit erschwerte und spürbar verteuerte. Zu einer ersten vorsichtigen Lockerung sah sie sich erst im Oktober in der Lage, nachdem sich die Abwertung gegenüber der amerikanischen Währung deutlich zurückgebildet hatte und die D-Mark im Europäischen Währungssystem aufgewertet worden war. Die Expansion der Zentralbankgeldmenge, die sich in den ersten Monaten des Jahres in der Mitte des Zielbandes bewegt hatte, lag danach an dessen unterer Grenze.

70. Neuen Schwung konnte die Wirtschaft bei all dem nicht gewinnen. Das heißt nicht, daß es an Antriebskräften ganz gefehlt hätte. Die Abwertung der D-Mark stärkte die Wettbewerbsposition der Unternehmen, die zur besseren Auslastung ihrer Kapazitäten auf die Auslandsmärkte drängten, zumal Kosten und Preise in den meisten Ländern weiterhin rascher als im Inland stiegen. Marktanteilsgewinne führten so trotz der verhaltenen Weltkonjunktur dazu, daß die Ausfuhr 1981 nicht niedriger, sondern sogar erheblich höher war als 1980. Die Unternehmen konnten auch dort wieder Boden gutmachen, wo sie im Inland mit ausländischen Anbietern konkurrieren. Dagegen standen allerdings die preistreibenden Wirkungen der Abwertung, die das Realeinkommen schmälerten. Hinzu kam, daß sich die Inflationserwartungen wieder verstärkten, was zu den hohen Zinsen beitrug. Die Folge war, daß die Binnennachfrage diesmal nicht, wie früher so oft, von der Belebung der Auslandsnachfrage mitgezogen wurde.

71. Schon vor der Jahreswende hatten die Preise im Inland wieder beschleunigt zu steigen begonnen, nachdem es zuvor einige Monate lang den Anschein gehabt hatte, als sei der Höhepunkt der Preiswelle überschritten, die mit dem zweiten Ölpreisschub und der starken Verteuerung zahlreicher anderer Rohstoffe zwei Jahre davor eingesetzt hatte. Auf den Weltmärkten sanken die Rohstoffpreise in der Tat. Wegen der starken Abwertung gegenüber dem Dollar, in der sie größtenteils notiert werden, ergab sich in D-Mark gerechnet indes erneut ein starker Preisschub. Das war nicht der einzige Weg, auf dem Preissteigerungen das Jahr über in immer größerem Maße importiert wurden. Ein zweiter, nicht minder wichtiger Weg führte über die Einfuhr von Fertigwaren; bis zur Aufwertung der D-Mark Anfang Oktober galt dies vor allem auch für die Einfuhr aus den europäischen Partnerländern. Was sich davon unmittelbar im inländischen Preisniveau niederschlug, war wiederum nur ein Teil des Inflationsimports. Hinzu kam, daß inländische Anbieter in vielen Fällen ebenfalls höhere Preise verlangen konnten, ohne daß sie sogleich befürchten mußten, Nachfrage an ausländische Konkurrenten zu verlieren. So näherte sich der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe rasch wieder dem Tempo vom Frühjahr 1980, und je

mehr die Preissteigerungen von den vorgelagerten Stufen durchwirkten, um so mehr überschritt er dieses Tempo dann. Eine Anpassungsinflation konnte aber immerhin, wie es scheint, unterdrückt werden. Die meisten inlandsbestimmten Preise sind nicht stärker, sondern etwas schwächer als im letzten Jahr gestiegen, wie sich am Preisindex für das Sozialprodukt zeigt, in den Importverteuerungen nicht unmittelbar eingehen. Nach der Wende beim Wechselkurs dürfte sich daher nun auch eine Verlangsamung des Preisauftriebs anbahnen.

72. Mit einem Übergreifen der expansiven Impulse von der Auslandsnachfrage auf die Binnennachfrage wäre eher zu rechnen gewesen, wäre die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit nicht von der Abwertung, sondern von den Angebotsbedingungen im Innern gekommen. So aber zögerten viele Unternehmen im Verlauf des Jahres die Läger wieder aufzufüllen und mehr in Ausrüstungen und Bauten zu investieren — kurz, die Angebotsneigung blieb schwach. Denn zum einen begünstigte die Abwertung die Unternehmen nicht in allen Bereichen, und zum anderen konnten jene, die von ihr profitierten, nicht sicher sein, daß sich die Wechselkursentwicklung nicht über kurz oder lang umkehrte. Gute Erträge aber mußten auch für die Zukunft in Aussicht stehen, wenn erwirtschaftet werden sollte, was für geliehenes Geld zu zahlen und für verliehenes zu erhalten war. Kostengünstiger zu produzieren und attraktivere Produkte auf den Markt zu bringen, gewann als Investitionsmotiv noch an Bedeutung. Das stützte die Investitionstätigkeit, änderte aber wenig daran, daß wegen geringer Erweiterungsinvestitionen und zurückhaltender Lagerdispositionen von der eigenen Nachfrage der Unternehmen im ganzen kaum Anstöße für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ausgingen.

73. Finanzierungskosten, die rascher als das Einkommen stiegen, und die Gewohnheit des Staates, eher bei den investiven als bei den konsumtiven Ausgaben kürzer zu treten, ließen das Jahr über die Bautätigkeit weiter sinken. Besonders stark gingen die öffentlichen Bauaufträge zurück, aber auch die Nachfrage im Wohnungsbau unterschritt vom Frühjahr an noch einmal deutlich das Niveau, auf das sie 1980 gesunken war. Auf den privaten Verbrauch blieb ebenfalls nicht ohne Wirkung, daß es kostspielig war, sich zu verschulden. Noch stärker aber schlug zu Buche, daß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, das nicht zuletzt im Zusammenhang mit der ungünstigen Beschäftigungsentwicklung verlangsamt stieg, durch den beschleunigten Preisaufrtrieb beträchtlich an Kaufkraft einbüßte; real war es 1981 sogar etwas niedriger als 1980. Es überrascht daher nicht, daß der Verbrauch im Jahresverlauf stagnierte und im ganzen um einiges hinter seinem letztjährigen Umfang zurückblieb.

74. Alles in allem ist es damit das Jahr über zu keinem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion gekommen, der es ermöglicht hätte, die vorhandenen Kapazitäten nach und nach wieder besser auszulasten, und der verhindert hätte, daß sich die Beschäftigungsprobleme weiter verschärften. Der

Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials ist im Verlauf des Jahres nochmals gesunken; im Jahresdurchschnitt dürfte er um etwa 2 1/2 Prozentpunkte niedriger sein als 1980. Noch schwerer wiegt, daß das, was im ganzen produziert wurde, zu wenig war, den Arbeitsmarkt zu entlasten, zumal die Anzahl derer, die erstmals eine Arbeit suchten, eher verstärkt zunahm; die Produktion reichte nicht einmal, den Rückgang des Beschäftigungsstandes aufzuhalten. Dabei spielte freilich auch eine Rolle, daß viele Unternehmen Personalreserven hatten, weil sie 1980 ihren Personalbestand nicht in dem Maße verringert hatten, wie ihre Auftragslage schlechter geworden war. Wo sich diese 1981 besserte, waren Neueinstellungen deshalb häufig nicht nötig, und wo sie weiter ungünstig blieb oder sich noch verschlechterte, waren nun vermehrte Freisetzungen die Folge. So ist die Arbeitslosigkeit bis zuletzt unvermindert stark gestiegen, und eine baldige Besserung ist nicht in Sicht.

75. Das Defizit in der Leistungsbilanz hat sich seit dem Frühjahr deutlich verringert. Noch immer ist es aber beträchtlich; denn in den ersten Monaten des Jahres hatte die Verteuerung der Einfuhr, die mit der Abwertung der D-Mark einherging, noch stärker zu Buche geschlagen als der mit ihr verbundene Anstieg des Exports und der Rückgang der Einfuhrmengen, so daß das Defizit zunächst weiter zunahm. Erst allmählich kehrten sich dann die Gewichte der positiven und negativen Wirkungen um. Im Blick zu behalten ist auch, daß sich der Einfuhrsog weniger abgeschwächt hätte, daß also wohl mehr Fertigwaren und sicher mehr Vorprodukte importiert worden wären, wenn die wirtschaftliche Aktivität im Inland lebhafter gewesen wäre; insofern sind die Fortschritte überzeichnet, die bislang beim Abbau des Leistungsbilanzdefizits zu registrieren sind. Teuer erkauft sind sie über die Abwertung allemal, stellt man die Folgen für den Geldwert in Rechnung und die Wirkungen, die diese im Inland haben.

II. Anpassung vorangekommen?

76. Gemessen an den zu Jahresbeginn vorherrschenden Erwartungen könnte es als keine schlechte Entwicklung gelten, daß sich der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität, der im Jahresverlauf 1980 immer deutlicher geworden war, 1981 nicht fortgesetzt hat, wäre nicht auch die Wende zum Besseren das Jahr über ausgeblieben. Die Anpassungsaufgaben, vor die sich die Volkswirtschaft gestellt sah, waren zwar bedrückend groß, und sie mußten unter weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen angegangen werden, die alles andere als günstig waren. Aber gerade weil es um Anpassungsaufgaben ging und nicht einfach darum, wie sonst in konjunkturellen Schwächephase, die Ausgabeneigung zu beleben, kann der Verweis auf widrige wirtschaftliche Verhältnisse in der Welt das Urteil über das im Jahresverlauf Erreichte nicht allein bestimmen. Maßstab muß sein, inwieweit es gelang, an die Stelle dauerhaft unrentabel gewordener Produktion

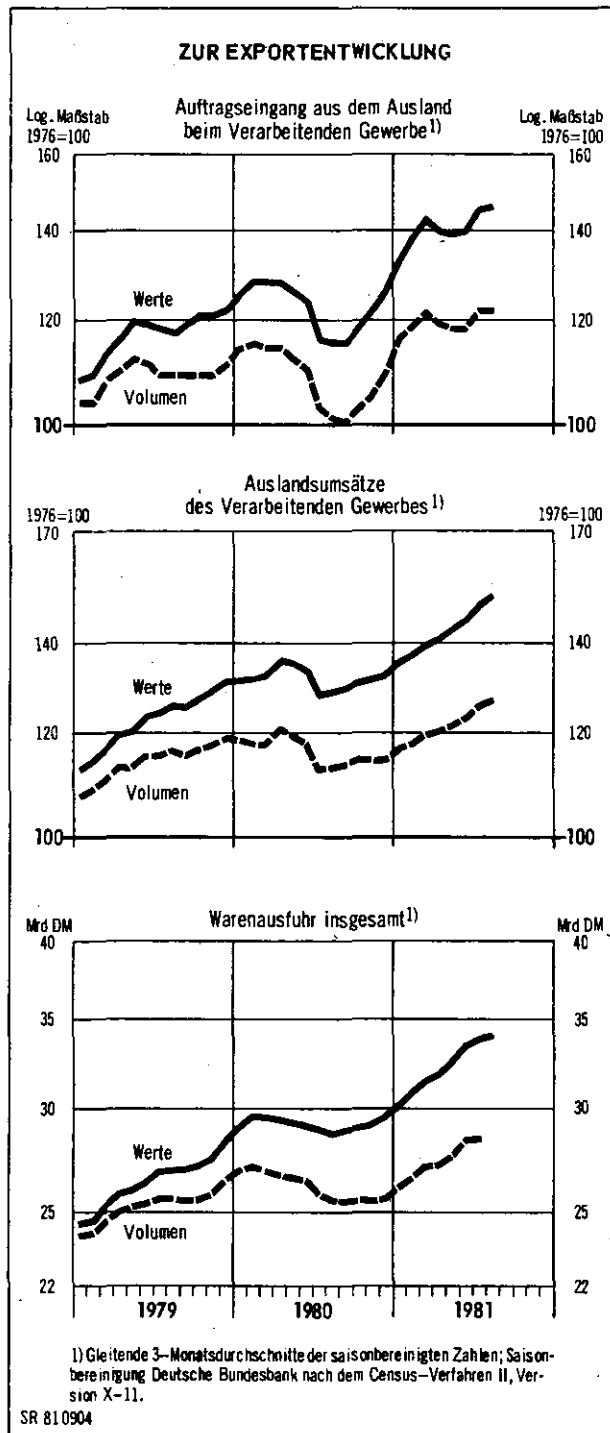
mehr neue ertragversprechende Produktion zu setzen, sei es durch eine Senkung der Kosten, sei es durch die Verbesserung alter oder die Entwicklung neuer Produkte, und inwieweit es gelang, mit den höheren Ansprüchen fertig zu werden, die vom Ausland, namentlich von den Ölförderländern, an das inländische Produktionsergebnis gestellt werden. Am Umfang der Produktion und am Exportüberschuß ist das nicht ohne weiteres abzulesen. Ins Bild zu nehmen ist auch, wie sich Nachfrage und Produktion zusammensetzten, vor allem wieviel investiert wurde; von Bedeutung ist außerdem, bei welchem Preisverhältnis Waren und Dienstleistungen mit dem Ausland getauscht werden mußten. Unter diesen — über das Jahr 1981 hinausweisenden — Gesichtspunkten kann das Urteil über die wirtschaftliche Entwicklung nicht gut ausfallen.

Marktanteilgewinne im Wettbewerb mit dem Ausland

77. Trotz der verhaltenen Weltkonjunktur gingen 1981 expansive Impulse auf Produktion und Beschäftigung allein vom Export aus und nicht von mehr Dynamik im Inneren. Schon vor der Jahreswende hatte sich eine Belebung der Auslandsaufträge abgezeichnet, nachdem diese vom Frühjahr 1980 an zunächst langsam, dann aber immer rascher zurückgegangen waren. In den ersten Monaten 1981 verstärkten sich die Bestellungen aus dem Ausland schubartig (Schaubild 4). In allen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes konnten die Unternehmen Aufträge buchen, die nicht nur den hohen Stand von Anfang 1980 wieder erreichten, sondern sogar um einiges über diesen hinausgingen; besonders stark stieg der Ordereingang bei den Herstellern von Investitionsgütern, insbesondere beim Maschinenbau und bei den Herstellern von elektrotechnischen Ausrüstungen. Manche Auftraggeber im Ausland mag dabei auch geplante Bestellungen zeitlich vorgezogen haben, weil er eher mit einer Umkehr der Wechselkursentwicklung als mit einer weiteren Abwertung der D-Mark rechnete. Daß die Aufträge zur Jahresmitte hin vorübergehend nicht mehr ganz so hoch ausfielen, könnte immerhin darauf hindeuten. Andere Nachfrager mögen aber auch die umgekehrte Erwartung gehabt und deshalb die Auftragsvergabe etwas hinausgezögert haben. Wie es scheint, spielten überdies Zufälligkeiten im Eingang einzelner Großaufträge eine erhebliche Rolle. Im weiteren Jahresverlauf sind die Bestellungen aus dem Ausland im ganzen gesehen jedenfalls lebhaft geblieben. Von Januar bis September 1981 waren sie dem Volumen nach insgesamt um 8 1/2 vH höher als ein Jahr zuvor.

78. Der ausschlaggebende Grund dafür ist zweifellos in dem Wettbewerbsvorteil zu sehen, den die Wechselkursentwicklung den heimischen Anbietern auf den Auslandsmärkten verschaffte. Das gilt nicht nur in Bezug auf den Dollarraum, sondern auch im Hinblick auf jene Länder, gegenüber deren Währung der Wechselkurs der D-Mark wenig oder gar nicht zurückging; denn hier wie dort stiegen Kosten

Schaubild 4



und Preise zumeist weiterhin erheblich stärker als im Inland. Ein deutliches Beispiel dafür sind die europäischen Partnerländer, in denen die deutschen Exporteure ihren Absatz auch auf stagnierenden Märkten ausweiten konnten. Zu den Exporterfolgen trug auch bei, daß so wichtige Konkurrenten wie die japanischen Hersteller wegen der Höherbewertung des Yen ihre Produkte nicht mehr so preiswert wie zuvor anbieten konnten und daß einige Länder zudem den Marktzugang für Erzeugnisse aus Japan erschwerten.

79. Da die meisten Unternehmen über freie Kapazitäten und genügend Personal verfügten, stand einer raschen Ausführung der gestiegenen Auslandsaufträge nichts im Wege. So nahmen die Lieferungen an das Ausland das Jahr über kaum weniger zu als die Bestellungen, die von dort eingingen. In den ersten neun Monaten 1981 waren sie preisbereinigt um 4 vH höher als ein Jahr zuvor; im ganzen Jahr dürfte der Zuwachs rund 8 vH betragen. Ein Vergleich mit der Entwicklung des Welthandels, der seinen vorjährigen Umfang nicht ganz erreichte, macht die Marktanteilsgewinne der heimischen Exporteure deutlich. Nimmt man zur Warenausfuhr die für Ausländer erbrachten Dienstleistungen hinzu, die gegenüber dem Vorjahr ebenfalls merklich stiegen, so dürfte die Ausfuhr in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1981 dem Volumen nach um mehr als 7 vH höher sein als 1980 — ein Ergebnis, mit dem zu Jahresbeginn niemand gerechnet hatte.

80. Gleichzeitig ergab sich bei der Einfuhr, nimmt man Waren und Dienstleistungen, darunter nicht zuletzt jene im Auslandsreiseverkehr, zusammen, nach dem kräftigen Anstieg in den letzten Jahren preisbereinigt nur mehr ein Zuwachs von 1 1/2 vH gegenüber dem Vorjahr. Die Wareneinfuhr für sich genommen dürfte sogar, nach der Entwicklung in den ersten neun Monaten dieses Jahres zu schließen, um einiges niedriger sein als 1980. Ins Gewicht fiel dabei vor allem, daß die Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren, die im Verlauf des vorigen Jahres erheblich zurückgegangen war, 1981 großenteils weiter sank, weil der produktionsnotwendige Bedarf gering blieb und weil zudem die hohen Zinsen die Unternehmen veranlaßten, ihre Läger möglichst klein zu halten. Hinzu kamen weitere Fortschritte beim Einsparen und beim Ersetzen von Öl, die zusammen mit den konjunkturellen Einflüssen dazu führten, daß von Januar bis September noch einmal 18 vH weniger Rohöl und Mineralölprodukte eingeführt wurden als im gleichen Zeitraum 1980. Die Fertigwareneinfuhr ist das Jahr über zwar gestiegen, aber vergleichsweise wenig. Darin spiegelt sich nicht nur die schwache Binnennachfrage, sondern auch die Tatsache, daß ausländische Anbieter ihre Marktanteile im Inland angesichts der Wechselkursbedingten Verteuerung ihrer Produkte nicht mehr in dem Maße vergrößern konnten wie in den vergangenen Jahren.

81. Das Preisverhältnis im Gütertausch mit dem Ausland hat sich 1981 allerdings infolge der Abwertung weiter verschlechtert. Während aufs ganze Jahr gesehen für die ausgeführten Waren und Dienstleistungen durchschnittlich 5 1/2 vH mehr Erlöst werden konnte, mußte für die eingeführten Waren und Dienstleistungen im gewogenen Durchschnitt 9 1/2 vH mehr bezahlt werden. Der Überschuß der Exporteinnahmen über die Importausgaben hielt sich daher noch in engen Grenzen. Der nominale Außenbeitrag dürfte etwa 4 Mrd DM betragen.

Das Defizit in der Leistungsbilanz, die den traditionell hohen und 1981 weiter gestiegenen Passivsaldo

der unentgeltlichen Leistungen einschließt — Überweisungen von ausländischen Arbeitnehmern etwa, oder staatliche Zahlungen an die Europäische Gemeinschaft —, war so mit rund 25 Mrd DM noch nicht viel niedriger als 1980 (Ziffern 173 ff.).

Verbesserung der Angebotsbedingungen läßt auf sich warten

82. Im Innern blieben die Auftriebskräfte 1981 schwach. Die Erklärung dafür ist nur vordergründig in der verhaltenen Nachfrage zu sehen, denn zu fragen bleibt, warum diese nicht lebhafter war. Mit Blick auf den privaten Verbrauch kommen dann Einbußen beim Realeinkommen aufgrund hoher Preissteigerungen und rückläufiger Beschäftigung ins Bild und dahinter wiederum, zugleich die Zurückhaltung der Unternehmen bei ihrer eigenen Nachfrage verständlich machend, Unsicherheit in den Absatzerwartungen sowie mangelnde Entlastung beim Kostenniveau und auch im übrigen kaum eine Verbesserung der Angebotsbedingungen, die mehr Produktion, aktuelle wie vor allem auch künftige, und damit mehr Investitionen hätte lohnend erscheinen lassen.

83. Von der außenwirtschaftlichen Seite her gesehen hatte die Wechselkursentwicklung bei allen Vorteilen, die sie den Unternehmen im Wettbewerb mit ausländischen Konkurrenten brachte, ihre Kehrseite in einer erheblichen Verteuerung notwendiger ausländischer Vorleistungen. Die Abwertung verhinderte, daß die im Jahresverlauf nachgebenden Weltmarktpreise für zahlreiche Rohstoffe, darunter auch die Preise für Öl, auf die Preise in heimischer Währung durchschlugen, ja, sie ließ diese sogar weiter kräftig steigen, weil der Kursverfall gegenüber dem Dollar besonders groß war, gegenüber der Währung also, in der die meisten dieser Produkte gehandelt werden. Sonstige Einfuhrgüter verteuerte die Abwertung über das Maß hinaus, in dem die ausländischen Anbieter ihre Preise anhoben. So kosteten Rohstoffe, deren Preise schon in den vergangenen beiden Jahren sprunghaft gestiegen waren, in den ersten neun Monaten 1981 durchschnittlich noch einmal fast 32 vH, Halbwaren um 20 vH mehr als im gleichen Zeitraum 1980, und für eingeführte Fertigwaren mußten im Durchschnitt 8 vH, für Investitionsgüter allein über 10 vH mehr bezahlt werden. Anhaltend kräftige Preissteigerungen für ausländische Dienstleistungen kamen hinzu.

Schwerer wog indes, daß die Angebotsbedingungen von der binnenwirtschaftlichen Seite her nicht die für mehr Wachstum dynamik notwendige Verbesserung fanden.

84. Für wachstumsfördernde Maßnahmen, die Geld kosten, fehlte dem Staat bei der angespannten Lage der öffentlichen Finanzen weitgehend der Spielraum, zum Teil wurden die entsprechenden Mittel sogar gekürzt, und für den Abbau der vielfältigen Hindernisse, die den Strukturwandel nach wie vor hemmen — etwa im Energiebereich, aber nicht nur

dort —, fehlte es an Durchsetzungskraft. So blieb es zunächst bei der Senkung staatlicher Abgabeanforderungen, die das im Sommer 1980 beschlossene Steuerentlastungsgesetz 1981 von Jahresbeginn an bezüglich der Einkommensteuer brachte, ergänzt durch zusätzliche Freibeträge bei der Gewerbesteuer, die noch Teil des im Herbst 1978 verabschiedeten Steueränderungsgesetzes 1979 waren. Im Frühjahr kam ein Sonderprogramm für Investitionskredite hinzu, mit dem Investitionen, vornehmlich kleiner und mittlerer Unternehmen, soweit sie auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und das Einsparen von Energie zielen, über eine Zinsverbilligung subventioniert werden (Ziffer 230). Dem entlastenden Effekt, der von all dem ausging, nahmen die abermals gestiegenen Defizite des Staates allerdings viel an Wirkung; das gilt allein schon, weil sie zu den hohen Zinsen beitragen. Mit den Beschlüssen zum Bundeshaushalt 1982 wurden inzwischen zwar die Weichen auf Konsolidierung gestellt; an der Entwicklung im laufenden Jahr änderte dies jedoch nichts mehr.

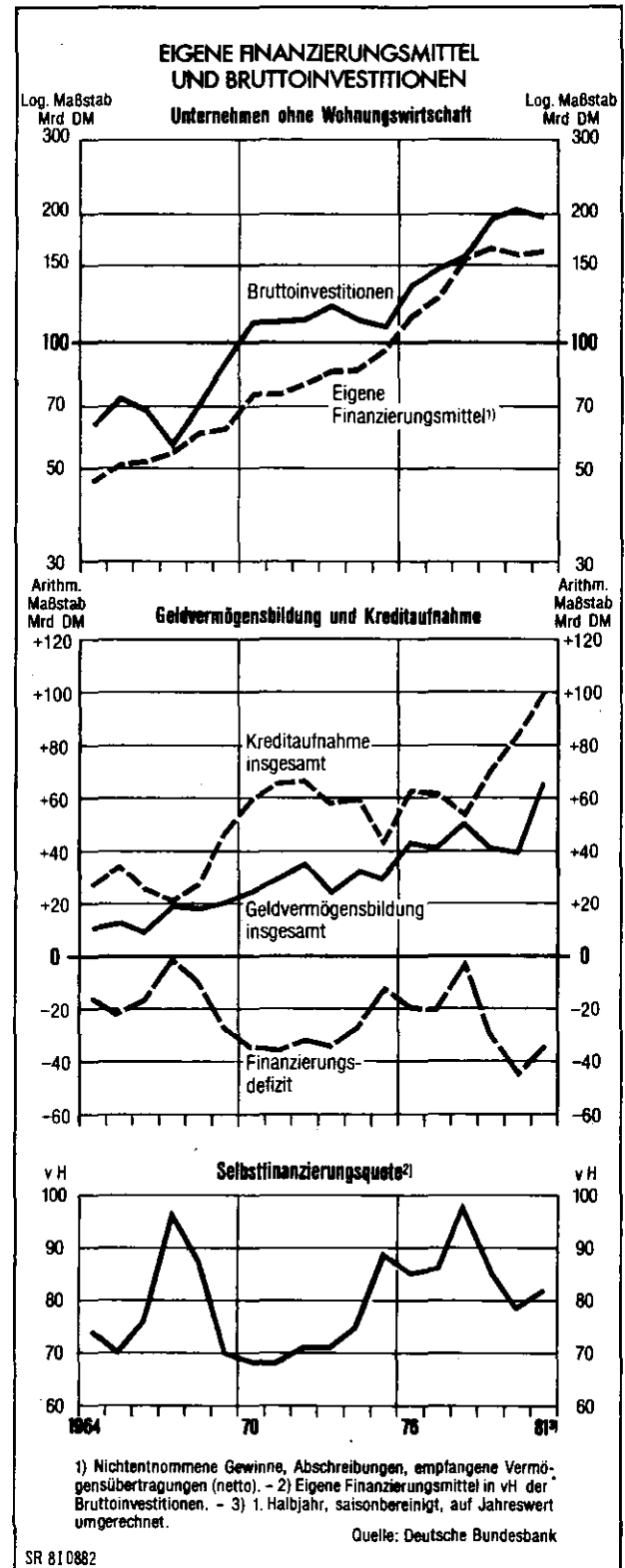
85. War es 1980 schon teuer gewesen, sich zu verschulden, so war es 1981 noch wesentlich teurer. Nach einem mehrmonatigen Rückgang hatten die Kapitalmarktzinsen bereits vom Herbst vorigen Jahres an wieder angezogen. Um die Jahreswende lagen sie mit 9 % freilich immer noch etwas unter ihrem Höchststand vom Frühjahr 1980; dieser wurde in der Folgezeit jedoch rasch überschritten. Auch an allen anderen monetären Märkten gerieten die Zinsen verstärkt nach oben in Bewegung. Außenwirtschaftliche und binnenwirtschaftliche Einflüsse wirkten dabei zusammen: die restriktive Geldpolitik in den Vereinigten Staaten, der nicht mehr so große Vertrauensvorschuß ausländischer Anleger für die Mark, wieder zunehmende Preissteigerungserwartungen im Zuge des abwertungsbedingten Inflationsimports, das Gegenhalten der Bundesbank und schließlich die Sogwirkung des Staates an den Kreditmärkten. Im September, als der Zinsanstieg seinen Höhepunkt erreichte, waren für Kapitalmarktmittel 11 1/2 % Zins zu zahlen, die Hypothekenzinsen lagen bei 12 %, und Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM waren mit 15 1/2 % zu verzinsen. Für die Unternehmen ergab sich so von der Finanzierungsseite her 1981 eine spürbare zusätzliche Kostenbelastung, auch wenn die Zinsen in jüngster Zeit etwas nachgaben.

Rechnungen, wonach ein Anstieg des Zinsniveaus um einen Prozentpunkt die Kosten der Unternehmen um rund 8 Mrd DM erhöhe (die tatsächliche Zinssteigerung gegenüber dem Vorjahr war etwa doppelt so groß), sind indes irreführend und weit übertrieben. Sie knüpfen schlicht am Bestand der dem Unternehmenssektor gewährten Kredite an, berücksichtigen also weder, daß diese zu einem Teil mit festen Zinsen ausgestattet sind, noch daß die Unternehmen auch über beträchtliche Geldforderungen verfügen, die ihnen, soweit die Zinsen nicht wiederum fest sind, bei Zinssteigerungen auch höhere Erträge bringen. Daß die Kostensteigerungen überwiegen, steht allerdings nicht in Frage, sind die Unternehmen im ganzen doch Nettoschuldner.

86. Für Umstellungen und risikoreiche Neuerungen, wie sie der Strukturwandel erfordert, dürfte es nicht wenigen Unternehmen, darunter insbesondere

vielen mittelständischen, auch an Risikokapital gefehlt haben, also vor allem an ausreichenden eigenen Finanzierungsmitteln. Dem widerspricht nur scheinbar, daß der Anteil der Eigenmittel bei der Finanzierung der Investitionen 1981, nach der Finanzierungsrechnung der Bundesbank für das erste Halbjahr zu schließen, weiterhin vergleichsweise hoch war (Schaubild 5). Denn nicht eine günstige

Schaubild 5



Kapitalausstattung kommt darin zum Ausdruck, sondern die Tatsache, daß die Investitionsausgaben, die in der Rechnung der Bundesbank die Aufwendungen für Vorräte einschließen, rückläufig waren — ist die Selbstfinanzierungsquote doch um so höher, je weniger über die Abschreibungen hinaus investiert wird. Aussagekräftiger für die Fähigkeit der Unternehmen, Risiken zu tragen, ist das Verhältnis der Eigenmittel zur Bilanzsumme. Hier scheint sich die Verschlechterung, die seit Jahren zu beobachten ist, 1981 fortgesetzt zu haben.

87. Von den Löhnen her hat der Kostendruck 1981 zwar nicht mehr im gleichen Maße wie 1980 zugenommen; zu Abschlüssen, die eine spürbare Entlastung beim Kostenniveau gebracht hätten, kam es aber nicht. Unstrittig war unter den Beteiligten, daß der reale Verteilungsspielraum nicht groß sein würde. Eine deutliche Beschleunigung des Produktivitätsanstiegs und mehr Beschäftigung zugleich war unter den zu Jahresbeginn absehbaren binnenwirtschaftlichen und außenwirtschaftlichen Bedingungen nicht zu erwarten, und überdies wurde immer

Tabelle 9

Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse

Monat		
1980		
November	Kunststoffverarbeitende Industrie Begünstigte: 66 600	Die Arbeiter und Angestellten in den Tarifgebieten Nordwürttemberg/Nordbaden und Südwürttemberg/Hohenzollern erhalten für die Monate Oktober bis Dezember einschließlich des 13. Monateinkommens 1980 einen Pauschalbetrag in Höhe von 488 DM; ab 1. Januar bis 30. September 1981 werden die Löhne und Gehälter um 6,1 vH erhöht. In Bayern erhalten die Arbeiter und Angestellten ab 1. November 1980 bis zum 31. Oktober 1981 eine Erhöhung von 5,0 vH und zusätzlich eine Stufenerhöhung um 1,2 vH ab 1. Januar 1981.
1981		
Januar	Soziale Sicherung	Ab 1. Januar 1981 werden die Sozialversicherungsrenten, die Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz und die Altershilfen für Landwirte um 4,0 vH erhöht. Die Unfallrenten steigen um 5,5 vH. Die Beitragsbemessungsgrenzen werden in der Renten- und Arbeitslosenversicherung von 4 200 DM auf 4 400 DM im Monat angehoben, in der gesetzlichen Krankenversicherung von 3 150 DM auf 3 300 DM. Die Beitragssätze der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zur Rentenversicherung steigen von jeweils 9 vH auf jeweils 9,25 vH.
April	Metallindustrie Begünstigte: 909 200	Die Löhne und Gehälter werden in den Tarifgebieten Nordwürttemberg/Nordbaden, Südwürttemberg/Südbaden und Südwürttemberg/Hohenzollern ab 1. April 1981 um 4,9 vH erhöht. Für die Monate Februar und März erhalten die Arbeiter und Angestellten eine Einmalzahlung von jeweils 160 DM.
	Steinkohlenbergbau Begünstigte: 158 700	Die Löhne und Gehälter im Ruhrbergbau werden ab 1. Mai 1981 um 4,6 vH erhöht. Daneben werden die Jahressondervergütung und die Nacharbeiterszulage um 4,6 vH angehoben und die Zahl der Freischichten von 2 auf 4 pro Jahr erhöht.
	Druckindustrie Begünstigte: 169 000	Die Löhne und Gehälter werden um 5,0 vH ab 1. April 1981 angehoben.
Mai	Metallindustrie Begünstigte: 2 960 800	In mehreren Tarifgebieten kommt es zu gleichen Abschlüssen wie in Nordwürttemberg/Nordbaden. In Bayern beginnt die Laufzeit am 1. März 1981. In den VW-Werken werden auch für die Monate Februar und März als Steigerung der Löhne und Gehälter 4,9 vH vereinbart, aber die Einkommen in den unteren Lohngruppen überproportional angehoben.
	Baugewerbe: Begünstigte: 902 000	Ab 1. April 1981 werden die Tariflöhne im 4,0 vH erhöht, und das 13. Monateinkommen wird auf 78 (1981) beziehungsweise 102 (1982) Stundenlöhne angehoben.
	Papier und Papierverarbeitende Industrie Begünstigte: 108 500	Die Tarifpartner einigen sich auf Lohn- und Gehaltssteigerungen von 4,9 vH ab 1. Februar 1981.
	Privates Versicherungsgewerbe Begünstigte: 205 000	Die Gehälter werden um 4,9 vH ab 1. April 1981 erhöht. In den unteren Lohngruppen gibt es überproportionale Anhebungen. Erstmals werden Freischichten für Arbeitnehmer im Zwei- und Drei-Schichtbetrieb eingeführt.
	Großhandel Begünstigte: 667 000	In mehreren Tarifgebieten werden Lohn- und Gehaltssteigerungen zwischen 4,5 vH und 5,7 vH vereinbart. Daneben gibt es verschiedene Einzelregelungen wie stärkere Anhebungen der unteren Lohngruppen, Mindesterrhöhungen, Höhergruppierungen einzelner Berufsgruppen, Erhöhung von Spesen, Anhebung des Urlaubsgeldes. Die Tarifverträge treten zwischen Januar und Juli 1981 in Kraft.

noch Tabelle 9

Monat		
1981	Öffentlicher Dienst — Gebietskörperschaften, Bundesbahn, Bundespost Begünstigte: 4 102 700	Arbeiter, Angestellte und Beamte erhalten 4,3 vH mehr Lohn und Gehalt ab 1. Mai 1981, für März und April eine Pauschalzahlung von je 120 DM. Für Arbeiter und Angestellte der Bundespost gibt es zusätzlich Verbesserungen in der Zuschlagsregelung.
	Textilindustrie Begünstigte: 291 600	In mehreren Tarifgebieten werden die Löhne und Gehälter um 4,9 vH ab 1. Mai 1981 erhöht. In zwei Tarifgebieten gibt es Erhöhungen um 4,5 vH. In mehreren Tarifgebieten gibt es Mindestserhöhungen beim Stundenlohn. Das Urlaubsgeld wird aufgrund der Dynamisierung erhöht. Daneben werden zusätzliche Sondervereinbarungen getroffen.
	Bekleidungsindustrie Begünstigte: 229 200	Die Tarifpartner einigen sich auf eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 4,9 vH für alle Tarifgebiete im Bundesgebiet ab 1. Juni 1981. Die Laufzeit dieser Tarifverträge beträgt 11 Monate.
	Spedition und Güterverkehr Begünstigte: 90 000	Die Löhne werden in Nordrhein-Westfalen im Durchschnitt der Lohngruppen um 6,7 vH ab 1. Mai 1981 gesteigert; für April 1981 wird eine Pauschale von 80 DM gezahlt. Ab Januar 1982 tritt eine Stufenerhöhung von 3,3 vH in Kraft.
	Eisen- und Stahlindustrie Begünstigte: 214 600	Die Löhne und Gehälter werden in Nordrhein-Westfalen um 4,9 vH nach Vorweganhebung der Ecklohngruppen um 0,23 DM ab 1. März 1981 erhöht; für den Monat Februar wird eine Pauschalzahlung von 150 DM vereinbart.
Juli	Einzelhandel Begünstigte: 755 000	In den Bundesländern Bremen und Nordrhein-Westfalen werden die Löhne und Gehälter um 4,9 vH, in Bayern im Durchschnitt der Lohngruppen um 5,0 vH und in Hamburg um 5 vH bis 5,5 vH angehoben. Daneben gibt es verschiedene neue Einzelregelungen bei der Lohnstruktur. Die Laufzeit beginnt in Nordrhein-Westfalen am 1. April, in den anderen Ländern am 1. Mai 1981.
August	Einzelhandel Begünstigte: 290 000	Die Löhne und Gehälter werden in Baden-Württemberg um 4,9 vH ab 1. April 1981 erhöht. Die unteren Lohngruppen werden stärker angehoben. In Berlin werden die Löhne um durchschnittlich 5,2 vH, die Gehälter um 5,1 vH ab 1. Juli 1981 angehoben. Daneben werden eine verbesserte Berufsjahreinstufung nach absolvierter Berufsausbildung und Strukturverbesserungen vereinbart.
	Einzelhandel Begünstigte: 204 000	Die Löhne und Gehälter werden in Hessen um 4,9 vH, mindestens um 75 DM ab 1. März 1981 erhöht. Die unteren Lohngruppen werden verstärkt angehoben. In Rheinland-Pfalz werden die Löhne und Gehälter um 5,5 vH im Durchschnitt ab 1. Mai 1981 angehoben. Daneben werden in beiden Bundesländern Einzelregelungen für Ungelernte und Jugendliche vereinbart.
September	Einzelhandel Begünstigte: 360 000	Die Löhne und Gehälter werden in den Bundesländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen um durchschnittlich 4,9 vH ab 1. Mai 1981 angehoben. Daneben werden zusätzliche Anhebungen bei den unteren Lohngruppen und verschiedene Einzelregelungen vereinbart.

deutlicher, daß eine Verbesserung im Austauschverhältnis mit dem Ausland, die vom Ertrag der Produktion mehr für die Verteilung im Inland frei gemacht hätte, nicht in Aussicht war. Die Tarifverhandlungen standen dann jedoch ganz im Zeichen der Frage, welchen Niederschlag die erwartete Preisentwicklung in den Lohnsteigerungen finden sollte. Das Bestreben der Arbeitnehmer, sich gegen den erwarteten Geldwertschwund abzusichern, auch wenn er zu einem Teil nur Reflex der höheren

Ansprüche des Auslands war, und die Erwartung der Unternehmen, durch die Abwertung der D-Mark Spielraum für Preiserhöhungen zu haben, die eine Kostenüberwälzung erlaubten, führten schließlich zu Abschlüssen, die für den größten Teil der Unternehmen bei nachlassendem Wettbewerbsdruck von außen zwar tragbar waren, die aber, wie sich im Jahresverlauf zeigte, eine Verbesserung der gedrückten Ertragslage nicht zuließen und die das Beschäftigungsproblem nicht kleiner machten.

88. Die Lohnverhandlungen dauerten ungewöhnlich lange. Sie wurden im Januar in der Metallindustrie aufgenommen, führten dort aber erst Ende April im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden zu einem ersten Abschluß. Die dabei zwischen der Arbeitnehmerseite, die auf Reallohnsicherung abzielte, und der Arbeitgeberseite, die den Lohnanstieg am Produktivitätszuwachs ausgerichtet sehen wollte, erreichte Einigung, die Tarifverdienste um rund 5 vH anzuheben, wurde danach rasch in den übrigen Tarifbezirken der Metallindustrie übernommen. Auch für die anderen Wirtschaftsbereiche war damit die entscheidende Marke gesetzt (Tabelle 9).

Große Abweichungen zwischen den einzelnen Abschlüssen gab es in der diesjährigen Lohnrunde wiederum nicht. Am unteren Ende der tariflichen Lohnsteigerungen lag mit 4 vH diesmal die Bauwirtschaft, die besonders große Beschäftigungsprobleme hatte. Unter dem Druck der angespannten Finanzlage des Staates blieb die Steigerungsrate im öffentlichen Dienst ebenfalls etwas niedriger als in den meisten anderen Bereichen; hier wurden die Löhne und Gehälter um 4,3 vH angehoben.

89. Nimmt man alle Abschlüsse zusammen, so lagen die tariflich vereinbarten Lohn- und Gehaltserhöhungen im Durchschnitt bei knapp 5 vH; im letzten Jahr waren es rund 7 vH gewesen. Hinzu kamen in einigen Wirtschaftszweigen mehr Urlaubstage und sonstige Zusatzleistungen, die in früheren Lohnrunden festgelegt worden waren. Da zudem die neuen Tarifverträge, den Kündigungsterminen der letztjährigen Verträge folgend, erst nach und nach im Jahresverlauf in Kraft traten und bis dahin noch die höheren Abschlußraten aus dem Vorjahr im gesamtwirtschaftlichen Tariflohn- und -gehaltsniveau nachwirkten, war dieses im Jahresdurchschnitt um 5 1/2 vH höher als 1980.

90. Die Steigerung der effektiv gezahlten Löhne und Gehälter je Stunde ging 1981 mit annähernd 7 vH deutlich über die der tariflichen Arbeitsentgelte hinaus. Daß es dazu kam — daß die sogenannte Lohndrift also positiv war —, obwohl die Unternehmen weniger Anlaß hatten, mit übertariflichen Zahlungen Arbeitskräfte zu gewinnen, und obwohl weniger Zuschläge für Überstunden anfielen, lag im wesentlichen an bereits früher vereinbarten Erhöhungen des Urlaubsgeldes oder sonstiger Sonderzahlungen, die in der Tarifstatistik nicht erfaßt werden.

Je beschäftigten Arbeitnehmer ergab sich im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg des Arbeitsverdienstes, der mit knapp 5 1/2 vH deutlich niedriger war als die Erhöhung je Stunde. Darin schlägt sich nieder, daß weniger Überstunden geleistet wurden und daß häufiger Kurzarbeit notwendig war.

91. Für die Unternehmen kam als Kostenfaktor hinzu, daß sie, vor allem wegen der Anhebung der Beitragssätze in der Rentenversicherung und überwiegend auch in der Krankenversicherung, verstärkt steigende Sozialabgaben für die Beschäftigten zu leisten hatten. Dies eingeschlossen, belief sich die Steigerung der Lohnkosten, je Arbeitnehmer ge-

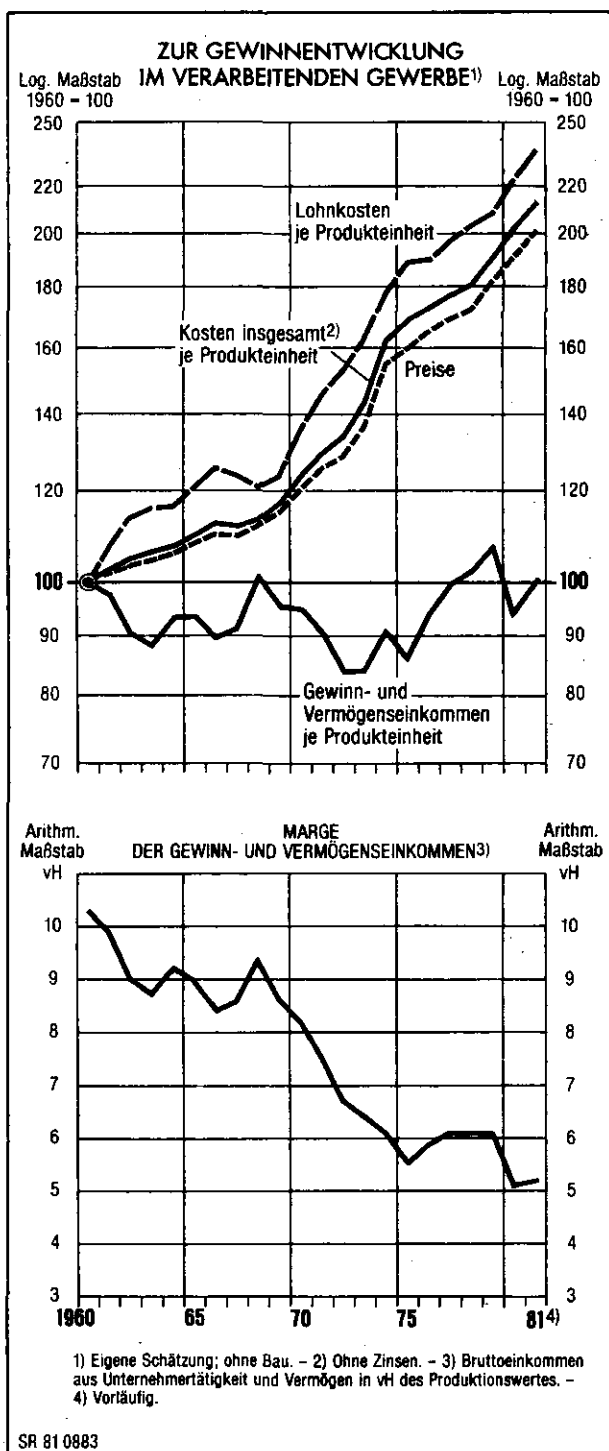
rechnet, 1981 auf annähernd 6 vH. Dem stand ein Zuwachs des Produktionsergebnisses je Beschäftigten gegenüber, der angesichts der anhaltend schwachen Wirtschaftsaktivität mit kaum mehr als 1/2 vH im Jahresdurchschnitt noch kleiner war als 1980, und dies obwohl die Unternehmen nun zunehmend Personal freisetzen, für das sie nicht genügend Arbeit hatten. Im Ergebnis erhöhten sich die Lohnstückkosten noch einmal um über 5 vH, nachdem sie 1980 um 5 1/2 vH gestiegen waren.

92. Zu einer Verbesserung der Angebotsbedingungen, wie sie für mehr Dynamik im Inland notwendig gewesen wäre, ist es 1981 im ganzen gesehen nicht gekommen, und auf die Möglichkeit, die Preise auch künftig unvermindert kräftig anheben und so für ausreichende Erträge sorgen zu können, konnten und mochten viele Unternehmen wohl nicht setzen.

Im laufenden Jahr gab die Abwertung für Preiserhöhungen allerdings Spielraum, zumal Kosten und Preise im Ausland weiterhin stärker als im Inland stiegen. Der rapide Kursverfall gegenüber dem Dollar und die anhaltende Schwäche gegenüber einer Reihe anderer Währungen, darunter insbesondere dem Yen, führten dazu, daß der gewogene Wechselkurs der D-Mark im Mittel der ersten acht Monate 1981 um fast 11 vH niedriger war als ein Jahr zuvor, nimmt man die Anteile der einzelnen Länder am Welthandel als Gewichte und nicht die Anteile am deutschen Außenhandel, was der Bedeutung Japans, aber auch der Vereinigten Staaten, als Konkurrent auf Drittmärkten nicht gerecht würde. Auch als sich der Dollarkurs von August an zurückbildete und die D-Mark Anfang Oktober im Europäischen Währungssystem aufgewertet wurde, blieb im Vergleich zum Vorjahr die Abwertung deutlich. Wie es scheint, haben die Unternehmen jedoch die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, die sich vom Wechselkurs her ergab, nicht zum Nennwert genommen. Auch kurzfristig haben viele offenbar den gegebenen Preiserhöhungsspielraum nicht voll genutzt, sei es aus Unsicherheit über die weitere Wechselkursentwicklung, sei es weil sie sich auf längere Sicht den größeren Gewinn von einer Ausweitung ihrer Marktanteile versprochen. Nicht selten galt es vermutlich auch, erst einmal aufzuholen, was an preislicher Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren verlorengegangen war. So stark wie ihre ausländischen Konkurrenten haben die deutschen Unternehmen ihre Preise im Durchschnitt jedenfalls nicht erhöht, so daß die reale Abwertung noch über die nominale Abwertung hinausging (Ziffer 185). Das heißt nicht, daß die Unternehmen die Chance, Kostensteigerungen zu überwälzen oder die Preise darüber hinaus zu erhöhen, nicht auch genutzt hätten, wo sie sich ohne Gefahr für den Absatz bot.

93. Im ganzen ist die Ertragslage, die sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres stark verschlechtert hatte, im Jahre 1981 allerdings gedreht geblieben. Überdies scheinen die Unterschiede in der Ertragslage von Branche zu Branche zugenommen zu haben, insbesondere zwischen den außenwirtschaftlichen und den binnenwirtschaftlichen

Schaubild 6



Bereichen, eine Entwicklung, die freilich zum Teil auch Ausdruck des Strukturwandels ist.

Inwieweit sich die Einengung der Gewinnmargen hier noch verstärkte und inwieweit sie dort nachließ, läßt sich nicht mit hinlänglicher Sicherheit sagen, da es nach wie vor an detaillierten aktuellen Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dazu fehlt und mehr als erste Anhaltspunkte aus den laufenden amtlichen Statistiken nicht zu gewinnen sind. Diese lassen für das verarbeitende Ge-

werbe auf keine nennenswerte Besserung der Ertragsmargen schließen (Schaubild 6). In der Bauwirtschaft dürfte sich der Rückgang im allgemeinen verstärkt haben; in der Landwirtschaft blieb die Ertragslage unter Druck, und das scheint auch für Teile des Dienstleistungsbereichs und des Handels zu gelten.

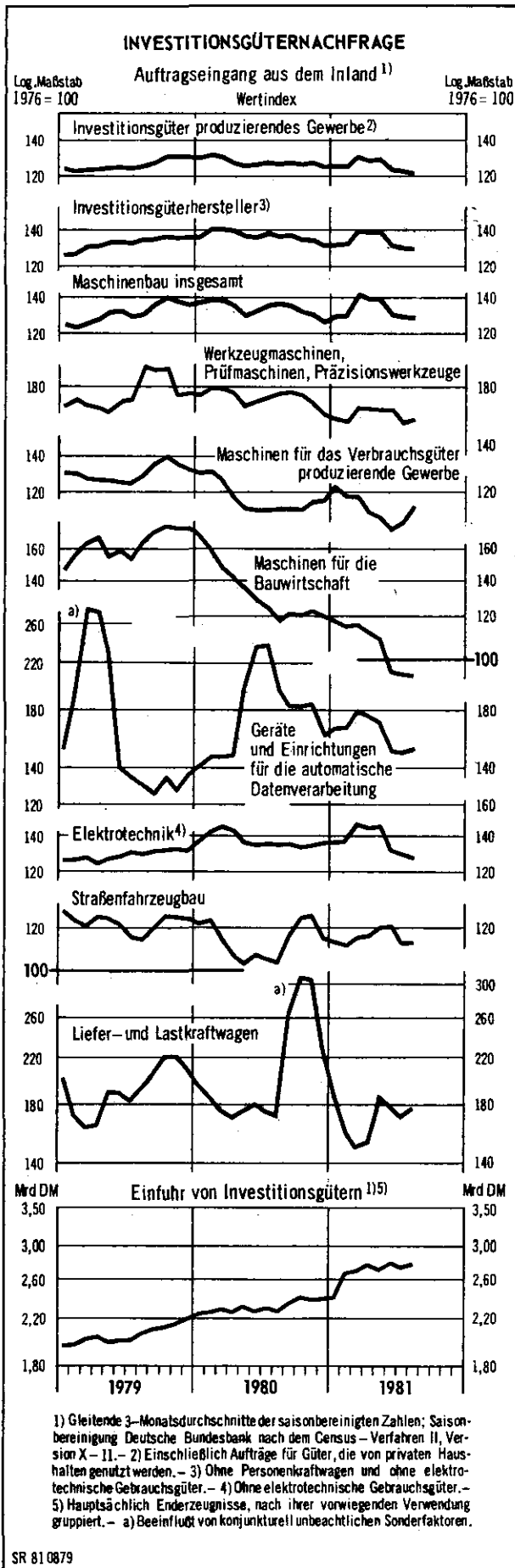
Weniger Licht als Schatten bei den Investitionen

94. Zu einer Belebung der Investitionstätigkeit, wie sie für mehr konjunkturellen Schwung, vor allem aber für mehr Wachstumsdynamik notwendig gewesen wäre, ist es 1981 nicht gekommen; im Gegenteil, im Verlauf des Jahres war ein deutlicher Rückgang der Investitionen zu verzeichnen, wenn auch kein so ausgeprägter, wie sonst in konjunkturellen Schwächephasen. Zwar hatte sich schon im letzten Jahr gezeigt, daß der Zwang, Energie zu sparen, kostengünstiger zu produzieren und verbesserte Produkte auf den Markt zu bringen, viele Unternehmen davon abhielt, ihre Investitionen so wie früher zu kürzen, wenn die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten sank; auch in diesem Jahr war das nicht grundlegend anders. Auf der anderen Seite änderte sich aber auch wenig, was Anlaß dazu hätte sein können, Investitionen, die 1980 gestreckt oder vertagt worden waren, nachzuholen und mehr neue Projekte in Angriff zu nehmen. Die Absatzerwartungen blieben unsicher, die Ertragsersparungen gedämpft, und überdies ließ der weitere Zinsanstieg offenbar für mehr und mehr Investoren ein Zuwarten vorteilhafter erscheinen, sofern nicht schon die Höhe der Finanzierungskosten sie zu Abstrichen an ihren Investitionsplänen zwang.

95. Was die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern betrifft, hatte es zum Frühjahr hin zwar den Anschein, als ob die expansiven Impulse, die von der Verbesserung der Wettbewerbsposition gegenüber ausländischen Konkurrenten ausgingen, eine zunehmende Anzahl von Unternehmen veranlaßten, wieder mehr zu investieren; dem zeitweiligen Anstieg der Bestellungen folgte indes bald wieder ein Rückgang, der bis in die jüngste Zeit anhielt (Schaubild 7). Im Durchschnitt vergaben die Unternehmen von Januar bis September 1981 dem Werte nach rund 3 vH und dem Volumen nach 7 vH weniger Aufträge an inländische Hersteller als im gleichen Zeitraum 1980. Die Investitionsneigung wird damit indes etwas unterzeichnet, denn die Einfuhr von Investitionsgütern hat weiter zugenommen, im Vergleich zum Vorjahr sogar recht kräftig.

96. Die Ergebnisse des Ifo-Investitionstests für das verarbeitende Gewerbe bestätigen, daß das Bestreben, neue Produktionsverfahren einzuführen, Öl als Energiequelle und als Rohstoff einzusparen oder zu ersetzen und attraktivere Produkte anzubieten, um so die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, 1981 weiter zugenommen hat. In den Investitionsgüterindustrien gaben rund zwei Drittel der Unternehmen solche Vorhaben als wichtiges Investitionsmotiv an; im verarbeitenden Gewerbe insgesamt war es

Schaubild 7



knapp die Hälfte der Unternehmen, verglichen mit einem Anteil von rund 40 vH Mitte der siebziger Jahre und von weniger als 30 vH Ende der sechziger Jahre.

97. Mit der Vergabe neuer Bauaufträge, die 1980 vom Frühjahr an auf hohem Niveau stagniert hatten, hielten sich die Unternehmen 1981 das Jahr über sichtlich zurück, nicht zuletzt wohl, weil sie günstigere Finanzierungsbedingungen abwarten wollten, zumal Baumaßnahmen oft weniger der Verbesserung vorhandener Anlagen dienen als deren Erweiterung, die im allgemeinen nicht dringlich schien. Zum Teil waren es aber auch andere Gründe, die zu dem Auftragsrückgang führten. So blieben etwa beim Ausbau des Fernwärmenetzes eine Zeitlang Anschlußaufträge aus, weil das neue Förderprogramm, das sich an entsprechende Maßnahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen anschließt, zunächst nicht die Zustimmung der Länder fand; mittlerweile ist es zu einer Einigung gekommen. Insgesamt waren die gewerblichen Bauaufträge in den ersten acht Monaten 1981 dem Werte nach um annähernd 8 vH und dem Volumen nach sogar um etwa 13 vH niedriger als ein Jahr zuvor.

98. Ähnlich wie 1980 gingen auch im laufenden Jahr die Aufwendungen für Investitionen über die neu vergebenen Aufträge hinaus. Dies lag daran, daß 1981 noch zahlreiche Projekte abgeschlossen wurden, die schon früher begonnen worden waren. Insgesamt gaben die Unternehmen (ohne den Wohnungssektor) für Ausrüstungen und Bauten rund 2 1/2 vH mehr aus als 1980. Preisbereinigt bedeutete das allerdings keine Steigerung mehr; die realen Anlageinvestitionen waren vielmehr um 2 vH niedriger als im Vorjahr. Daß der Rückgang in Jahren wie 1967 oder 1974/75 weitaus stärker war, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß 1981 zu wenig investiert wurde, viel zu wenig, nimmt man zum Maßstab, was an Umstellung, Verbesserung und Erweiterung des Produktionsapparates notwendig ist, wenn auf mittlere Sicht genügend Arbeitsplätze für alle Arbeitssuchenden vorhanden sein sollen (Ziffern 141 ff.).

99. Selbst im verarbeitenden Gewerbe, das wegen des hohen Exportanteils an seiner Produktion mit die meisten Vorteile aus der Wechselkursentwicklung hatte, kürzten die meisten Unternehmen ihre Investitionen, nachdem sie diese im vergangenen Jahr mit Ausnahme der Verbrauchsgüterhersteller noch nahezu unvermindert ausgeweitet hatten. Weitere kräftige Steigerungen waren hier nur noch in wenigen Branchen zu verzeichnen, so im Luft- und Raumfahrzeugbau, aber auch in der Mineralölindustrie, in deren Investitionstätigkeit sich nach wie vor besonders augenfällig zeigt, daß der Ölpreisschub neben seinen dämpfenden Wirkungen auch investitionsanregende Wirkungen hat. Das gleiche gilt für die umfangreichen Investitionen des Bergbaus. Im Bereich des Handels, in dem die Unternehmen ihre Investitionen bereits im letzten Jahr unter dem Eindruck verschlechterter Absatzchancen und ungünstiger Ertragsaussichten kaum noch ausgeweitet hatten, kam es 1981 zu einem ausgeprägten Rück-

gang. Noch stärker nahmen die Bauunternehmen, deren Geschäftslage sich am deutlichsten verschlechterte, ihre Investitionen zurück.

100. Die Vorratsinvestitionen, die im Gegensatz zu den Anlageinvestitionen schon vom Frühjahr 1980 an zunehmend eingeschränkt worden waren, sind 1981 weiter gesunken. Denn immer weniger Unternehmen rechneten mit einer baldigen und nachhaltigen Steigerung ihres Absatzes, die es hätte geraten erscheinen lassen, die Vorräte an fertigen Erzeugnissen vorsorglich aufzustocken, und Lieferengpässe bei Vorerzeugnissen zeichneten sich weder von den Weltmärkten noch von der Entwicklung im Inland her ab. Stark fiel überdies ins Gewicht, daß der weitere Zinsanstieg das Vorhalten von Lägern immer teurer machte.

101. Das Bemühen der Unternehmen, möglichst wenig Kapital in der Vorratshaltung zu binden, führte bei den Vorproduktlägern sogar zu einem weiteren Abbau, zu negativen Vorratsinvestitionen also. Es wurden nicht nur weniger Rohstoffe und Halbwaren eingeführt, als dem Bedarf für die laufende Produktion entsprochen hätte, sondern auch von inländischen Herstellern wurden weniger Vorerzeugnisse bezogen. Daß die Entwicklung bei den Fertigwarenlägern nicht ebenso verlief, hängt eher mit unfreiwilliger als mit geplanter Vorratsbildung zusammen, jedenfalls in der Industrie, wie Umfragen des Ifo-Instituts zeigen. Im Handel hielten die Unternehmen ihre Lagerbestände, die sie im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 1980 stark abgebaut hatten, 1981 das Jahr über klein; nicht wenige schoben dabei die Last einer dem Geschäftsumfang angemessenen Lagerhaltung auf ihre Lieferanten. Dies erklärt zum Teil auch die unfreiwillige Lagerhaltung in der Industrie.

Insgesamt beliefen sich die Vorratsinvestitionen in der ersten Jahreshälfte 1981 auf 5,4 Mrd DM. Preisbereinigt waren sie damit um zwei Drittel niedriger als ein Jahr zuvor. Wie es scheint, sind sie im zweiten Halbjahr nochmals zurückgegangen.

102. Deutliche Auswirkungen der hohen Zinsen waren 1981 auch im Wohnungsbau zu spüren, weniger bei den vielfältigen Modernisierungsmaßnahmen als beim Bau neuer Häuser. Hatten viele Bauwillige ihre Pläne schon 1980 verschoben, weil die Belastung ihres Einkommens mit Zinsen und Tilgungsleistungen zu groß geworden wäre, zumal bei der starken Verteuerung des Bauens, so waren die Bedingungen 1981 angesichts des weiteren Zinsanstiegs und der geringeren Einkommenssteigerungen für die meisten noch ungünstiger. Es überrascht daher nicht, daß die Aufträge für Ein- und Zweifamilienhäuser das Jahr über weiter zurückgingen. Gleichzeitig, und wohl auch im Zusammenhang damit, hat indes die Nachfrage nach Eigentumswohnungen weiter zugenommen. Der Miethausbau blieb 1981 schwach. Kräftig ist er freilich schon seit Jahren nicht mehr, weil staatliche Regelungen verhindern, daß er sich lohnt; auch 1981 hat sich an diesen Investitionshemmnissen nichts Grundlegendes geändert. Insgesamt waren die neu vergebenen Woh-

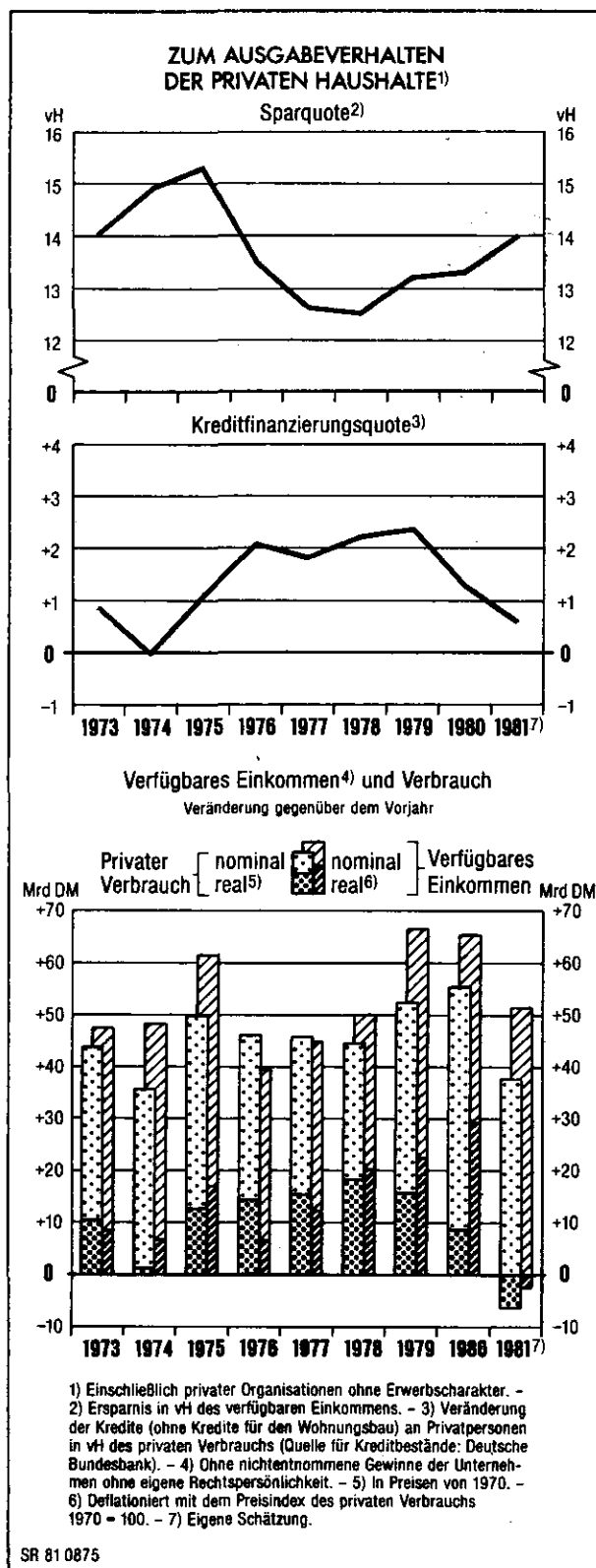
nungsbauaufträge in den ersten acht Monaten 1981 preisbereinigt um 10 vH niedriger als ein Jahr zuvor. Wegen des Überhangs an unerledigten Aufträgen aus dem Vorjahr blieben die Fertigstellungen nicht ganz so stark hinter denen des letzten Jahres zurück; gleichwohl waren die realen Wohnungsbauinvestitionen 1981 um schätzungsweise 3¹/₂ vH niedriger als 1980.

Privater Verbrauch im Zeichen gedämpfter Einkommensentwicklung

103. Beim privaten Verbrauch, der in der zweiten Jahreshälfte 1980 den Umfang vom Beginn des letzten Jahres nicht mehr erreicht hatte, war unter den gegebenen Umständen kaum eine Steigerung zu erwarten. Angesichts einer Beschäftigungssituation, die große Einkommenssteigerungen nicht zuließ, und eines anhaltend kräftigen Preisauftriebs, der zu erheblichen Einbußen an Kaufkraft führte, hatten die Haushalte für eine Ausweitung ihres Verbrauchs keinen Spielraum, es sei denn, sie gaben mehr als bisher von ihrem Einkommen aus, sparten also weniger, oder verschuldeten sich verstärkt, und das war bei noch höheren Zinsen als im Vorjahr nicht zu erwarten. Im Verlauf des Jahres sind die Konsumausgaben dann auch nur wenig gestiegen. In konstanten Preisen gerechnet dürfte der private Verbrauch 1981 insgesamt sogar um fast 1¹/₂ vH niedriger sein als 1980; in jeweiligen Preisen hat der Zuwachs schätzungsweise bei 4¹/₂ vH gelegen.

104. Die Zunahme der Verbrauchsausgaben entsprach damit nicht ganz der des verfügbaren Einkommens. Diese belief sich 1981 auf knapp 5¹/₂ vH, nachdem sie im Jahr davor noch fast 7¹/₂ vH betragen hatte. Erheblich niedriger als damals war vor allem die Steigerung bei den Arbeitnehmereinkommen, auf die knapp die Hälfte des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte entfällt. Dies allein darauf zurückzuführen, daß die Lohnerhöhungen nicht so groß waren wie 1980, hieße indes den Rückgang der Beschäftigung außer acht lassen, und dieser hatte einen seiner Gründe auch darin, daß die Lohnrunde kaum Entlastung beim Kostenniveau brachte. Was wegen des Beschäftigungsrückgangs im ganzen weniger an Arbeitseinkommen erzielt werden konnte, wurde nicht dadurch aufgewogen, daß der Staat weniger Abgaben vom Einkommen beanspruchte, schon deshalb nicht, weil der Steuersenkung höhere Sozialversicherungsbeiträge gegenüberstanden und außerdem höhere, über die Preise wirksame, Abgaben auf Benzin und Branntwein (Ziffer 240). Gleichzeitig sind jedoch die Einkommensübertragungen des Staates an die privaten Haushalte, die zusammen mit den Renten rund ein Viertel des gesamten verfügbaren Einkommens ausmachen, stärker als 1980 gestiegen, nicht zuletzt weil mehr Geld an Arbeitslose und an Kurzarbeiter gezahlt werden mußte, aber auch weil das Kindergeld erhöht wurde. Die Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und aus Vermögen haben trotz des weiteren Zinsanstiegs nicht mehr so viel wie im Vorjahr zugenommen.

Schaubild 8



Seiner Kaufkraft nach war das verfügbare Einkommen bei den anhaltend kräftigen Preissteigerungen nicht höher, sondern niedriger als 1980. Wenn sich der private Verbrauch hätte beleben sollen, hätte sich mit anderen Worten die Abschwächung des Preisauftriebs fortsetzen müssen, die sich im Sommer letzten Jahres angebahnt hatte, die Beschäfti-

gungslage hätte besser sein oder die Ausgabeneigung hätte steigen müssen.

105. Die Ausgabeneigung war 1981 im Durchschnitt der privaten Haushalte indes nicht mehr ganz so groß wie im Jahr davor. In Anbetracht der höheren Zinsen und der größeren Unsicherheit bezüglich der weiteren Einkommensentwicklung kann das nicht überraschen. Vor allem auf die Bereitschaft, sich zu verschulden, ist beides nicht ohne Einfluß geblieben, wie der Rückgang der kreditfinanzierten Ausgaben zeigt (Schaubild 8). Es hat jedoch offenbar auch die Bereitschaft abgenommen, eigenes Geld, sei es aus dem laufenden Einkommen, sei es aus angesammelten Ersparnissen, für Konsumzwecke auszugeben. Dafür spricht, daß der Anstieg der Sparquote von knapp 13 1/2 vH im letzten Jahr auf rund 14 vH in diesem Jahr mit dem geringeren Zuwachs der Konsumentenkredite allein nicht erklärt werden kann. Eine gewisse Rolle könnte indes auch gespielt haben, daß die Haushalte für größere Anschaffungen, die sie nicht aus dem laufenden Einkommen bezahlen konnten und nicht mit Kredit finanzieren wollten, nun mehr ansparen mußten; insoweit wäre die Zunahme der Sparquote Ausdruck eines veränderten Finanzierungsverhalten und nicht einer geringeren Ausgabeneigung.

106. In der Zusammensetzung der Verbrauchsausgaben haben sich 1981 deutliche Änderungen ergeben. Besonders auffällig ist, daß die Haushalte ihren Heizölverbrauch inzwischen so weit eingeschränkt haben, daß sie dafür trotz der weiteren Preissteigerungen nicht mehr ganz so viel wie im letzten Jahr ausgeben mußten. Bei Kraftstoffen war der Sparerfolg weniger groß, und die kräftige Verteuerung von Gas und Strom hat die Energierechnung weiter hochgetrieben. Ausgabekürzungen, die dadurch an anderer Stelle notwendig wurden, gingen in diesem Jahr, anders als im letzten, nicht mehr vorwiegend zu Lasten der Käufe von langlebigen Gütern, sondern auch von Gütern des täglichen Bedarfs, insbesondere von Nahrungs- und Genußmitteln sowie von Textilien und Schuhen. Autos wurden im Verlauf des Jahres dagegen wieder mehr gekauft, wenn auch noch nicht so viele wie vor Beginn des verstärkten Nachfragerückgangs Anfang 1980. Dafür konnten es sich offenbar weniger Haushalte leisten, ihre Urlaubsausgaben weiterhin in dem Maße zu steigern, wie sie das in den letzten Jahren getan hatten. Die Ausgaben für Auslandsreisen haben jedenfalls das Jahr über nicht weiter zugenommen; im Durchschnitt der ersten acht Monate 1981 waren sie allerdings immer noch um mehr als 10 vH höher als ein Jahr zuvor.

Staatliche Nachfrage höher als erwartet

107. Nachdem der Staat seine Nachfrage 1980 erheblich stärker ausgeweitet hatte, als in den ursprünglichen Planungen vorgesehen war, sollte sich die Steigerung 1981 in Anbetracht der immer größeren Haushaltsdefizite in sehr engen Grenzen halten. Wie sich dann zeigte, sind die staatlichen Ausgaben

für Güter und Dienste zwar nicht mehr so stark wie im letzten Jahr gestiegen; sie nahmen jedoch abermals viel mehr zu, als zunächst angekündigt (Ziffern 224ff.).

108. Zu Mehrausgaben über das hinaus, was sich der Staat an Expansion noch vorgenommen hatte, kam es erneut bei den im Staatsverbrauch zusammengefaßten Ausgaben. Anders als im Vorjahr lag das 1981 nicht mehr überwiegend an den Personalausgaben. Zu Buche schlug diesmal auch, daß die Käufe von militärischen Gütern nicht nur unvermindert, sondern stärker ausgeweitet wurden als bisher. Daß die Nachfrage nach Waren und Leistungen, die dem Betrieb und der Erhaltung staatlicher Einrichtungen dienen, nach der beträchtlichen Steigerung in den vergangenen Jahren 1981 nicht mehr so kräftig stieg, machte dies nur zu einem Teil wett. Insgesamt erhöhte sich der Staatsverbrauch real um 2 vH gegenüber 1980; nominal überschritt er das hohe vorjährige Niveau um 7 vH.

109. Bei den staatlichen Investitionen, die zum weitaus größten Teil Bauinvestitionen sind, war demgegenüber nach dem mehrjährigen kräftigen Ausgabenanstieg ein Rückgang von annähernd 2 vH zu verzeichnen. Die realen Bauinvestitionen waren sogar um 5 vH niedriger als 1980. Der Abstand zum Vorjahr wäre noch größer gewesen, wenn 1981 nicht zahlreiche Projekte fertiggestellt worden wären, mit deren Bau schon früher begonnen worden war. Denn die Auftragsvergabe öffentlicher Stellen, die schon Anfang 1980 ihren Höhepunkt überschritten hatte, ist im Verlauf dieses Jahres unvermindert gesunken. Im Tiefbau war der Rückgang besonders ausgeprägt, und dies obwohl der Schlußtermin für die Vergabe von Aufträgen aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen um ein Jahr bis Ende 1981 verlängert worden war, um eine bessere zeitliche Verteilung der Auftragsvergabe zu erreichen. Die Gewohnheit des Staates, in seiner prekären Finanzlage vornehmlich bei den investiven Ausgaben zu sparen, schlug sich auch in rückläufigen Hochbauaufträgen nieder. Insgesamt wurden der Bauwirtschaft in den ersten acht Monaten 1981 dem Werte nach fast 23 vH und dem Volumen nach rund 27 vH weniger staatliche Aufträge erteilt als ein Jahr zuvor. Statt zu einer stetigeren Entwicklung der Baukonjunktur beizutragen, hat der Staat mit seiner Auftragsvergabe einmal mehr die zyklischen Schwankungen der Baunachfrage verstärkt, im Abschwung nun ebenso wie zuvor im Aufschwung.

Belebung der Produktion läßt auf sich warten

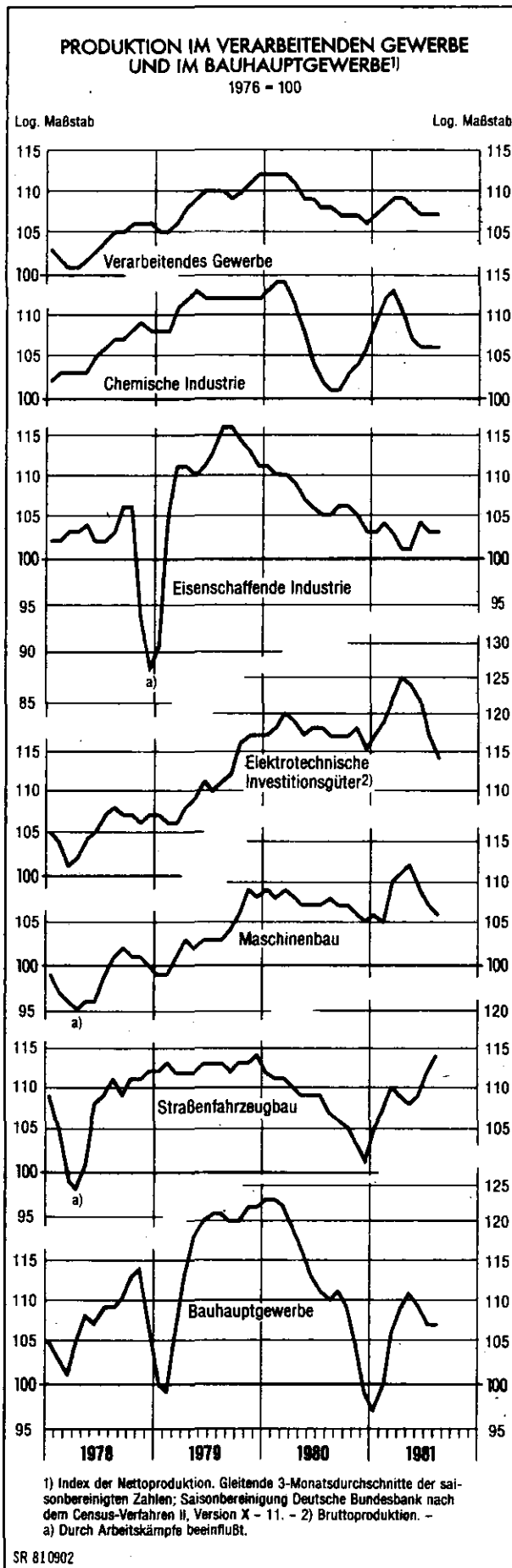
110. Der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion, der sich gegen Jahresende 1980 bereits verlangsamt hatte, setzte sich 1981 nicht fort. Die Unternehmen sahen jedoch bis zuletzt auch wenig Anlaß, ihre Fertigung auszuweiten. Die kräftige abwertungsbedingte Belebung der Auslandsnachfrage und die Verbesserung der Wettbewerbsposition gegenüber ausländischen Konkurrenten im Inland waren bei der schwachen Binnennachfrage dafür nicht

ausreichend. Die meisten Unternehmen produzierten während des Jahres nicht mehr, als dem laufenden Absatz entsprach, zumal sie wegen der hohen Zinsen möglichst wenig fertige Waren auf Lager nehmen wollten. Die Folge war, daß das reale Bruttoinlandsprodukt, Ausdruck der gesamtwirtschaftlichen Produktionsleistung, auf dem Niveau stagnierte, auf das es im zweiten Halbjahr 1980 zurückgegangen war. Auf das ganze Jahr gesehen dürfte es um $\frac{1}{2}$ vH niedriger sein als 1980.

111. Im verarbeitenden Gewerbe, das fast die Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Produktion erbringt, zeigten sich anregende wie dämpfende Einflüsse besonders deutlich (Schaubild 9). Im Investitionsgütergewerbe, das seine Fertigung 1980 im Jahresverlauf immer mehr dem nachgebenden Auftragseingang angepaßt hatte, kam es nach der Jahreswende zu einer beachtlichen Produktionsbelebung. Zur Jahresmitte hin folgte dieser wieder ein Rückschlag; es wurde jedoch weiterhin mehr produziert als Ende des letzten Jahres. Im Durchschnitt der ersten neun Monate 1981 wurde das Vorjahresergebnis gleichwohl nicht ganz erreicht. Dies gilt auch für den Maschinenbau, der bei der gegebenen Wechselkursentwicklung zwar einen beträchtlichen Zuwachs an Auftragsaufträgen buchen konnte, dem es aber in einer Reihe von Sparten doch zunehmend an Inlandsaufträgen fehlte, so vor allem den Herstellern von Baumaschinen. In der elektrotechnischen Industrie konnte das Produktionsvolumen des letzten Jahres ebenfalls nicht erreicht werden; dabei spielten nicht zuletzt die Absatzschwierigkeiten bei elektrotechnischen Gebrauchsgütern eine Rolle. Weiter zugenommen hat dagegen die Fertigung von Datenverarbeitungsanlagen. Im Zeichen wieder steigender Produktionstätigkeit stand die Automobilindustrie. Nachdem die Unternehmen die Auftragsbelebung, die im Herbst 1980 nach dem vorangegangenen starken Rückgang sichtbar geworden war, zunächst noch zum Abbau ihrer hohen Lagerbestände genutzt hatten, erhöhten sie ihre Ausbringung nach dem Jahreswechsel in Anbetracht des anhaltend lebhaften Auslandsgeschäfts deutlich. Weitere Produktionsimpulse kamen vom Inlandsmarkt, zumal verlorene Marktanteile zurückgewonnen werden konnten. Im Bereich der Nutzfahrzeuge hielt der Abwärtstrend allerdings an, wenn er sich auch vom Frühjahr an spürbar abschwächte. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ist die Fertigung im Jahresverlauf bei recht großen Schwankungen nicht wesentlich über das niedrige Niveau vom Herbst 1980 hinausgegangen. Dabei schien in der chemischen Industrie schon Ende letzten Jahres der untere Wendepunkt durchschritten; im Frühjahr kam es dann jedoch wieder zu einem deutlichen Rückgang, dem bis zuletzt kein neuer Anstieg folgte. In der eisenschaffenden Industrie hat sich die Krise 1981 weiter verschärft. Auf der Schattenseite der Konjunktur befanden sich auch viele Hersteller von Verbrauchsgütern.

112. In der Bauwirtschaft konnten die witterungsbedingten Produktionsausfälle vom Jahresbeginn zwar im Frühjahr aufgeholt werden, was zeitweilig zu einer recht kräftigen Produktionsausweitung

Schaubild 9



fürte; im weiteren Verlauf des Jahres nahm die Bauproduktion, der weiter sinkenden Nachfrage folgend, jedoch wieder ab, zumal auch die Auftragsbestände stark geschrumpft waren. Im Bauhauptgewerbe wurde in den ersten neun Monaten 1981 fast $7\frac{1}{2}$ vH weniger produziert als ein Jahr zuvor. Am stärksten ging der fast ausschließlich von öffentlichen Aufträgen abhängige Straßenbau zurück, der bereits 1980 gegenüber dem Vorjahr stagniert hatte. Es wurden aber auch immer weniger Wohnungen gebaut. Im Wirtschaftsbau wurde das letztjährige Bauvolumen ebenfalls unterschritten, wenn auch vergleichsweise wenig. Im Vergleich zum Bauhauptgewerbe war das Ausbaugewerbe zum Teil noch gut beschäftigt. Vor allem Installateure, Glaser und Bautischler profitierten von der anhaltenden Modernisierung des Wohnungsbestandes und den Anstrengungen, Energie zu sparen.

113. Im Handel und im Güterverkehr waren die erbrachten Leistungen 1981 ebenfalls niedriger als im Vorjahr. Im Bereich der Nachrichtenübermittlung haben sie dagegen weiter zugenommen. Das gleiche gilt für Kreditinstitute, Versicherungen und sonstige Dienstleistungsunternehmen und ebenso für den Staat; allerdings war die Zuwachsrate in allen Fällen geringer als im letzten Jahr. Die Land- und Forstwirtschaft, deren Erzeugung stärker von den Witterungsverhältnissen als von konjunkturellen Einflüssen abhängig ist, produzierte 1981 etwa ebenso viel wie 1980.

Verlangsamtes Wachstum des Produktionspotentials

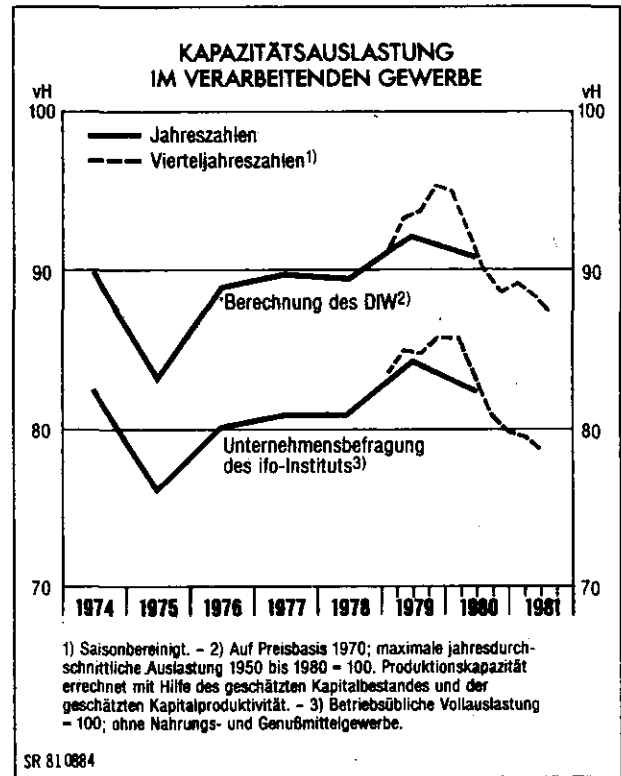
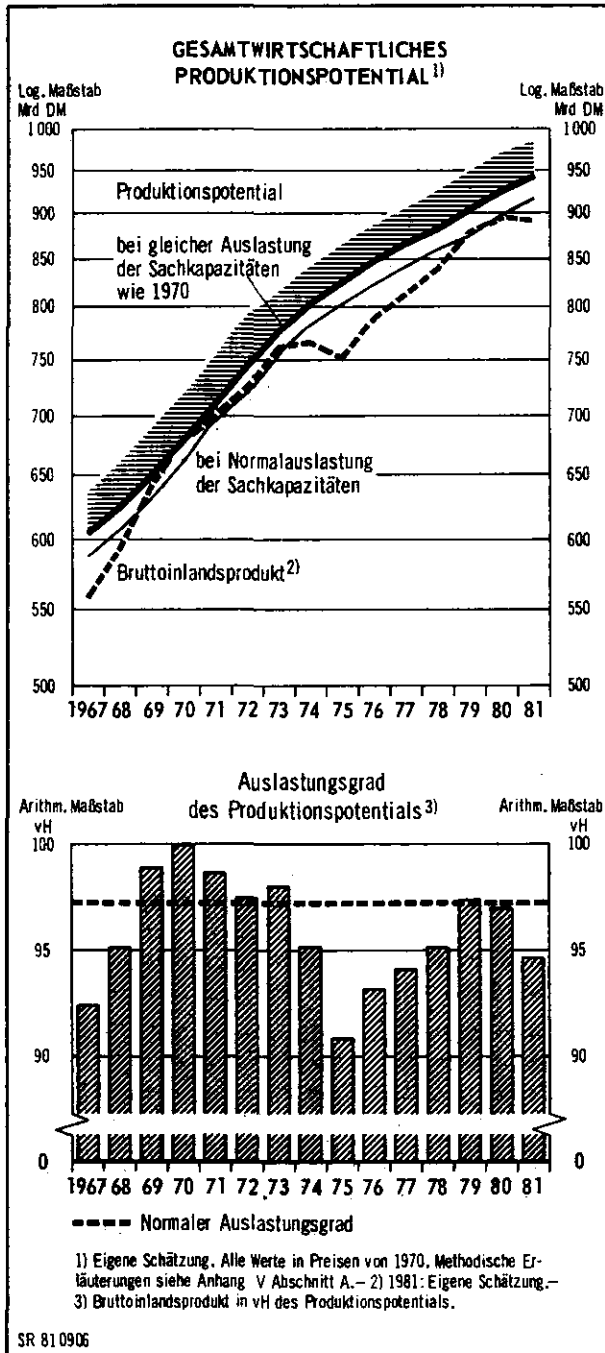
114. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential, also das bei voller Auslastung der Produktionskapazitäten insgesamt erreichbare Produktionsvolumen, ist nach unserer Schätzung 1981 um rund 2 vH gewachsen, etwas weniger als im letzten Jahr, in dem sich erstmals wieder eine leichte Beschleunigung ergeben hatte. Das im Vergleich zu den sechziger und frühen siebziger Jahren schwache Wachstum ist nicht nur das Ergebnis vergleichsweise geringer Investitionen, sondern auch Folge des Zwangs, Energie vermehrt durch Kapital zu ersetzen. Für die Produktion einer gegebenen Gütermenge ist entsprechend mehr Kapital notwendig oder, was dasselbe besagt, mit einer gegebenen Menge an Kapital können weniger Güter hergestellt werden; die Kapitalproduktivität, die ohnehin einen sinkenden Trend aufweist, geht also zusätzlich zurück. Für einen Zuwachs des Kapitalstocks, der dies wettgemacht hätte, war die Investitionstätigkeit zu schwach.

115. Trotz des geringen Wachstums des Produktionspotentials reichte die gesamtwirtschaftliche Produktion nicht aus, den Auslastungsgrad der Sachkapazitäten, der vom Frühjahr 1980 an deutlich gesunken war, im Jahresverlauf 1981 aufrechtzuerhalten. Mit schätzungsweise $94\frac{1}{2}$ vH war er im Jahresdurchschnitt um rund $2\frac{1}{2}$ Prozentpunkte niedriger als im Durchschnitt des Jahres 1980, das im langjährigen Mittel noch ein Jahr mit annähernd normal ausgelasteten Kapazitäten war (Schaubild 10).

116. Zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen gab es zum Teil erhebliche Unterschiede in der Kapazitätsauslastung. Die Bauwirtschaft konnte ihren Gerätebestand, den sie in den letzten Jahren kräftig ausgeweitet hatte, angesichts des fortgesetzten Produktionsrückgangs immer weniger nutzen. Nach den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests war der Auslastungsgrad im Bauhauptgewerbe in den ersten neun Monaten 1981 um 9 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor. Auch im Ausbaugewerbe dürfte es zu einem Rückgang gekommen sein, allerdings zu keinem so großen. Im verarbeitenden Gewerbe konnte der Auslastungsgrad der Sachanlagen, der, folgt man wiederum den Befragungsergebnissen des Ifo-Instituts, nach dem letzten Höhe-

Schaubild 11

Schaubild 10



punkt im März 1980 von 86 vH auf 80 vH zum Jahresende gesunken war, in den ersten Monaten 1981 auf diesem Niveau gehalten werden. Danach fiel die Kapazitätsauslastung dann aber wieder; zuletzt lag sie bei 78½ vH. Im Rezessionsjahr 1975 hatte der Auslastungsgrad 76 vH betragen. Die nicht aus Unternehmensbefragungen, sondern aus Berechnungen zum Anlagevermögen abgeleiteten Ergebnisse des DIW zeigen für den Verlauf der Kapazitätsauslastung nahezu das gleiche Bild; im Niveau liegt der Auslastungsgrad indes deutlich höher (Schaubild 11).

Daß die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe in beiden Fällen durchgängig niedriger ist als die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Sachanlagen, liegt im wesentlichen daran, daß in unserer Potentialschätzung für den Bereich der Wohnungsvermietung und für die Wirtschaftsbereiche außerhalb des Unternehmenssektors stets Vollaustattung unterstellt wird.

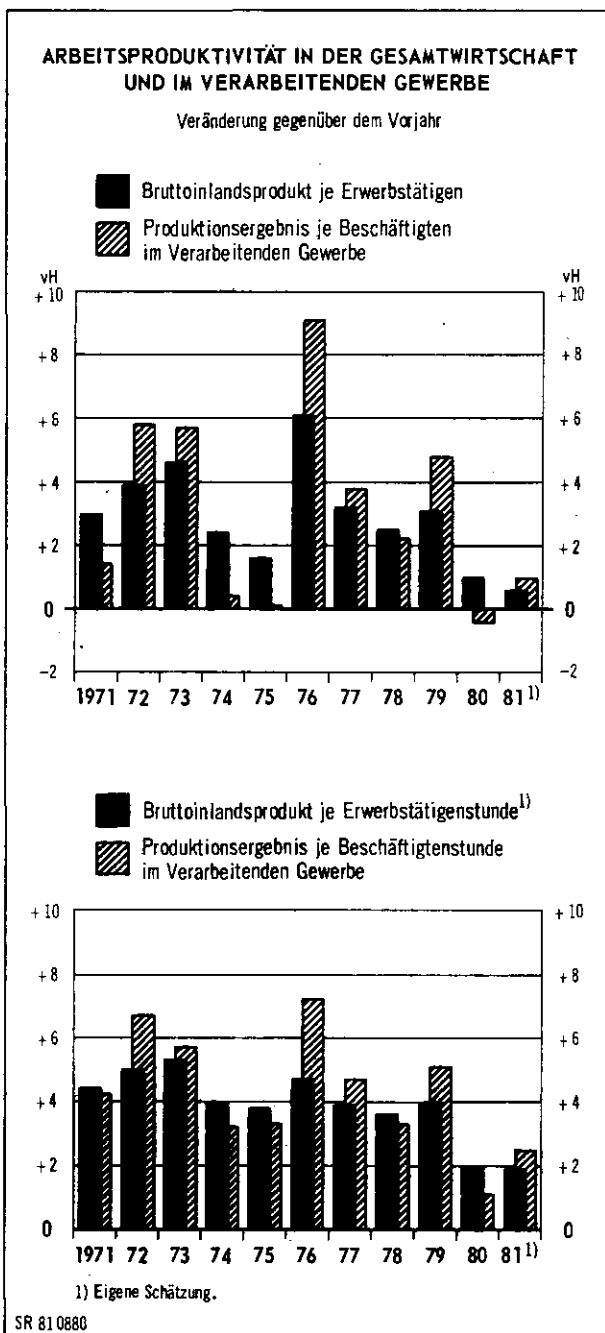
Nur mäßiger Produktivitätsanstieg

117. Das Produktionsergebnis je Erwerbstätigen, die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, so wie sie die Statistik mißt, stieg nach einer rückläufigen Entwicklung im Jahre 1980 im Verlauf des Jahres 1981 wieder etwas an.

Veränderungen der gemessenen Produktivität dürfen freilich nicht ohne weiteres als Veränderungen der Leistungsfähigkeit der Arbeit interpretiert werden. Dies gilt schon, weil sich das Produktionsergebnis aus dem Zusammenspiel aller im Produktions-

prozeß eingesetzten Faktoren und aus dem Stand der Produktionstechnik ergibt. Überdies sind kurzfristige Änderungen der gemessenen Produktivität auch Ausdruck der Tatsache, daß die Unternehmen bei Produktionsschwankungen die Beschäftigung im allgemeinen nicht sofort, sondern je nach ihren konjunkturellen und mittelfristigen Erwartungen mit mehr oder weniger großer zeitlicher Verzögerung anpassen. Das schlägt sich im Produktionsergebnis je Beschäftigten stärker nieder als im Produktionsergebnis je Arbeitsstunde; denn das Arbeitsvolumen läßt sich im allgemeinen durch Überstunden und Kurzarbeit rascher an die konjunkturelle Lage anpassen als durch Veränderungen des Personalbestandes.

Schaubild 12



118. Auch 1981 spielten solche Einflüsse eine wichtige Rolle. Die Unternehmen setzten nun doch Arbeitskräfte frei, die sie im letzten Jahr noch in der Erwartung weiter beschäftigt hatten, daß es schon bald wieder zu einem Aufschwung käme. Im Jahresdurchschnitt war die Beschäftigtenproduktivität gleichwohl nur um $\frac{1}{2}$ vH höher als im Vorjahr. Je Arbeitsstunde ergab sich eine Zunahme des Produktionsergebnisses von knapp 2 vH, da die von den Beschäftigten durchschnittlich geleistete Arbeitszeit weiter zurückging. In beiden Fällen war der Anstieg deutlich geringer als in den siebziger Jahren, die Rezession von 1974/75 eingeschlossen (Schaubild 12).

Im verarbeitenden Gewerbe nahm die gemessene Produktivität, je Beschäftigten (+ 1 vH) wie je Arbeitsstunde gerechnet (+ $2\frac{1}{2}$ vH), etwas stärker zu als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt und auch stärker als im letzten Jahr. Bedingt durch die vergleichsweise günstige Produktionsentwicklung war der größte Zuwachs der Stundenproduktivität (+ $3\frac{1}{2}$ vH) im Investitionsgütergewerbe zu verzeichnen. In den Verbrauchsgüterindustrien war das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde dagegen im allgemeinen nicht nennenswert höher als 1980, und im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe blieb es sogar zum Teil etwas hinter dem des letzten Jahres zurück.

III. Hohe Arbeitslosigkeit

119. In den Jahren nach 1976 war die Beschäftigung ständig gestiegen. Nun mußte zum ersten Male wieder ein Rückgang hingenommen werden. Personal wurde entlassen. In steigendem Maße war dies auch Folge von Betriebsstillegungen. Viele Jugendliche, unter ihnen viele Ausländer, traten in das Erwerbsleben ein — mit wachsenden Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden. Auch in den nächsten Jahren werden die Berufsanfänger zahlreich sein.

Die Arbeitslosigkeit hat ein Niveau erreicht, das man in der Bundesrepublik seit den fünfziger Jahren nicht mehr kannte und das der Volkswirtschaft immer höhere Kosten aufbürdet. Das Ziel der Vollbeschäftigung ist in weitere Ferne gerückt. Im Oktober 1981 waren 1,37 Millionen Arbeitslose bei den Arbeitsämtern registriert, fast eine halbe Million mehr als ein Jahr zuvor. Saisonbereinigt waren das 1,46 Millionen Arbeitslose; binnen Jahresfrist ist die Arbeitslosenquote von 4,1 vH auf 6,3 vH angestiegen.

Besonders stark waren jüngere Arbeitskräfte, die eine Anfangsstelle suchten, und ausländische Arbeitnehmer von der schlechteren Beschäftigungslage betroffen. Weniger ausgeprägt war die Steigerung der Arbeitslosigkeit bei den Älteren sowie bei den gesundheitlich Behinderten; sie genießen einen höheren Kündigungsschutz. Sind sie arbeitslos, so haben sie es jedoch besonders schwer, eine neue Stelle zu finden. Daher bedeutet selbst eine vergleichsweise geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit bei diesen Personengruppen eine ernst zu nehmende Vergrößerung der Arbeitsmarktprobleme.

Schaubild 13

Die Aufgaben, die sich aufgrund der Lage am Arbeitsmarkt stellen, sind somit größer geworden. Gleichzeitig zwingt die finanzielle Bedrängnis, in die die Arbeitslosenversicherung geraten ist, dazu, die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik stärker zu begrenzen und Mißbrauch einzudämmen (Ziffern 418 ff.). Einschneidende Ausgabenkürzungen wurden beschlossen. Davon ist vor allem die Förderung der beruflichen Bildung betroffen.

Verminderte Beschäftigung

120. Bis Anfang dieses Jahres hatten viele Unternehmen gehofft, daß sich die Produktion nur vorübergehend abschwächen würde, und daher gezögert, Personal abzubauen. Als sich ihre Erwartungen dann nicht erfüllten, änderten sie im Verlauf des Jahres 1981 ihre Personalpolitik. Hinzu kam, daß eine steigende Anzahl von Unternehmen den Betrieb einstellen und ihre Belegschaft entlassen mußte; man schätzt, daß hierdurch knapp 300 000 Arbeitsplätze in diesem Jahr weggefallen sind, rund ein Drittel mehr als 1980. Insgesamt waren im Herbst 1981 rund 250 000 Arbeitnehmer weniger beschäftigt als ein Jahr zuvor; im Jahresdurchschnitt waren es rund 200 000 weniger (Schaubild 13).

121. Drastisch wurde der Personalbestand im Baugewerbe verringert. Vor allem angelernte und ungelernete Kräfte im Bauhauptgewerbe wurden nach dem Winter nicht wieder eingestellt; im Vergleich zum Vorjahr blieb jeder elfte Arbeitsplatz unbesetzt, rund 25 000 Bauhilfsarbeiter und Fachwerker verloren ihre Stelle. Es wurden auch rund 3 vH weniger Baufacharbeiter beschäftigt, das bedeutet eine Abnahme um 20 000. Diese Entwicklung ist vor allem deshalb bedenklich, weil es sich in der Vergangenheit schon gezeigt hat, daß Fachkräfte, die wegen eines vorübergehenden Mangels an Beschäftigungsmöglichkeiten aus dem Baugewerbe abwandern, später bei weitem nicht in gewünschtem Maße wieder für diesen Wirtschaftszweig zu gewinnen sind.

122. In der Industrie sank die Beschäftigung. Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe, wo sie besonders stark zurückging, lag sie im Herbst um 5 vH unter dem Vorjahresstand. Und hier entwickelte sich vor allem die Beschäftigung im Textil- und Bekleidungs-gewerbe, wie schon seit längerem, ungünstig. Ausgeprägt war auch die Abnahme der Beschäftigung im Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe (3 vH), weniger dagegen im Investitionsgüterbereich (2 vH), wo die Automobilindustrie in jüngster Zeit sogar wieder zusätzliche Arbeitskräfte einstellte. Insgesamt bedeutet dies für das verarbeitende Gewerbe einen Rückgang der Beschäftigung um 195 000. Der Zuwachs an Beschäftigung von 142 000, der hier seit 1978 zu verzeichnen gewesen war, ist also wieder verlorengegangen.

123. Den Beschäftigungseinbußen in der Industrie stand kaum mehr eine Ausweitung in anderen Bereichen gegenüber. Im Einzelhandel wurden Arbeitskräfte entlassen, und im Großhandel nahm die

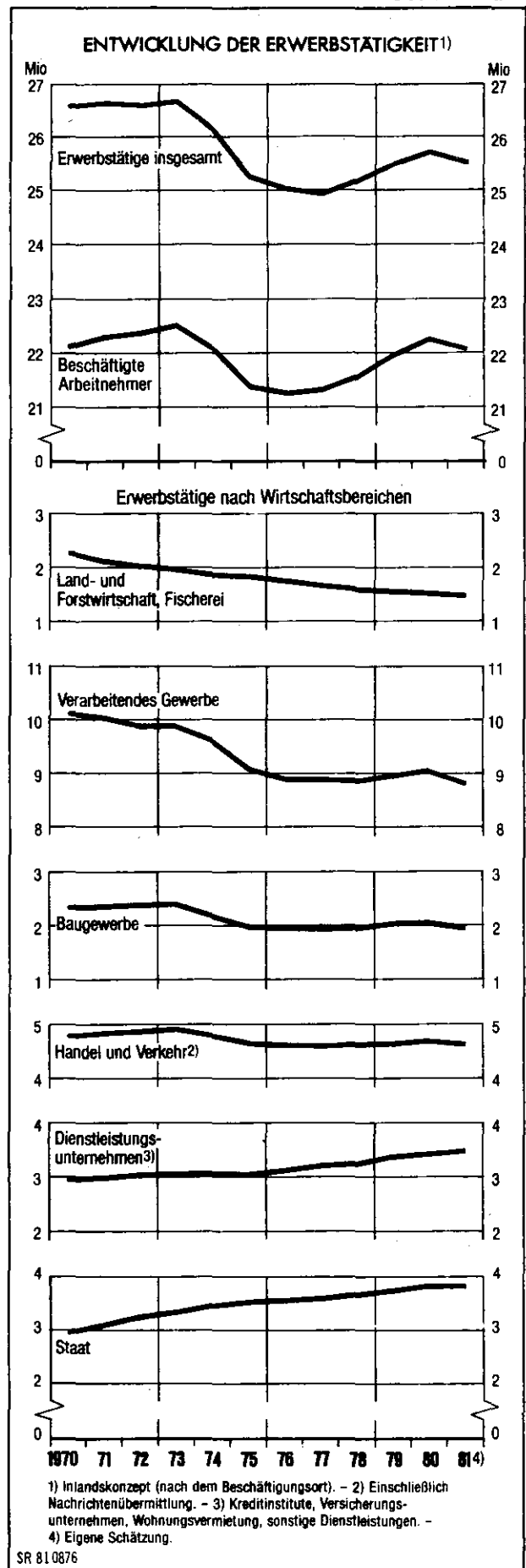
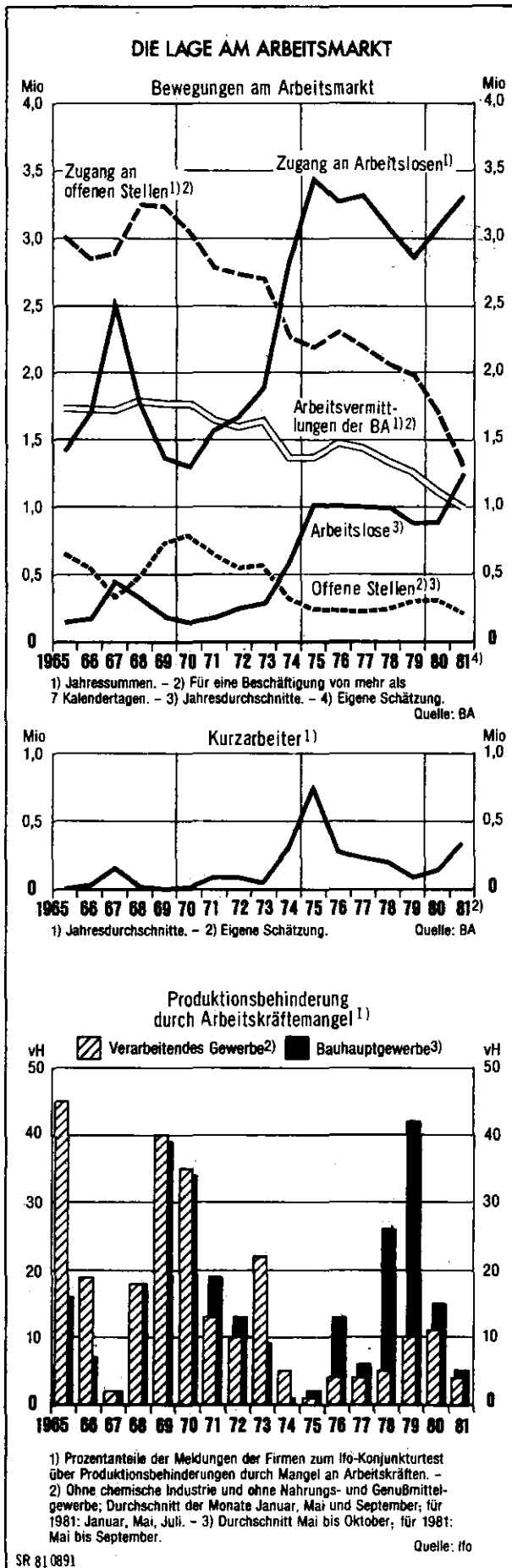


Schaubild 14



Anzahl der Beschäftigten zu; insgesamt stagnierte die Beschäftigung im Handel. Nur eine geringe Zunahme gab es im privaten Dienstleistungsbereich, wo früher selbst bei schwacher Konjunktur noch vergleichsweise viele neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Das gleiche gilt für den Staat.

124. Anders als zunächst erwartet, blieb 1981 die Anzahl der Kurzarbeiter niedrig, jedenfalls wenn man sie mit der des Rezessionsjahres 1975 vergleicht, als die Arbeitslosigkeit ebenfalls rasch anstieg (Schaubild 14). Im Jahresdurchschnitt 1981 wurde für etwas mehr als 340 000 Arbeitnehmer Kurzarbeit angemeldet; 1975 waren es 773 000 gewesen. Dies dürfte mit dem Wandel im Verhalten der Unternehmen zusammenhängen, der eintrat, als der Rückgang der Produktion nicht mehr für nur vorübergehend genommen wurde. Nach einer Befragung, die das Ifo-Institut zusammen mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vorgenommen hat, sind Industrieunternehmen heute weniger bereit und in der Lage als früher, Arbeitskräfte bei Auftragsmangel durchzuhalten. Dies gilt für die Wirtschaftsbereiche allerdings in unterschiedlichem Ausmaß und hängt weitgehend davon ab, welche Erwartungen die Unternehmen auf mittlere Sicht haben. Am ausgeprägtesten war die Verschlechterung der Erwartungen und die Änderung des Verhaltens der Unternehmen im Bereich der Nahrungs- und Genussmittel sowie im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe.

125. Das Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt zeigte sich auch im niedrigen Angebot an offenen Stellen. Ende Oktober betrug der Bestand an offenen Stellen nur 155 000. Insgesamt meldeten die Unternehmen in den ersten zehn Monaten dieses Jahres den Arbeitsämtern nur noch 1,2 Millionen offene Stellen neu, 21 vH weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Gleichwohl war die Dauer, binnen derer offene Stellen besetzt wurden, kaum kürzer als im Vorjahr.

126. Die Anzahl der Selbständigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen sank 1981 wieder etwas rascher als in den letzten Jahren. Nahezu unvermindert war die Anzahl derer, die aus der Landwirtschaft abwanderten oder sich auf das Altenteil zurückzogen. Der Rückgang wurde nicht mehr, auch nicht mehr teilweise, durch eine steigende Anzahl derer aufgewogen, die sich in der gewerblichen Wirtschaft selbständig machten. Das Gegengewicht war auch deshalb kleiner, weil eine besonders große Anzahl von Unternehmen, darunter anscheinend auch viele der zuvor neu gegründeten, den Betrieb einstellten. Vor allem junge Unternehmen haben Schwierigkeiten, sich in Zeiten konjunktureller Abschwächung am Markt zu behaupten.

127. Insgesamt war im Durchschnitt des Jahres 1981 die Anzahl der Erwerbstätigen um knapp 300 000 niedriger als im Vorjahr. Das entspricht einer Abnahme von 1 1/2 vH (Tabelle 10). Im Jahre 1980 hatte es noch einen Anstieg von rund 1 vH gegeben.

128. Die verminderten Beschäftigungschancen mußten den Arbeitsmarkt um so mehr belasten, als auch im diesem Jahr die Anzahl derjenigen, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollten, wieder stark zunahm (200 000). Das deutsche Erwerbspersonenpotential betrug nach einer Schätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Jahre 1981 rund 25 Millionen Personen, etwa 130 000 Personen mehr als 1980. Für diesen weiteren Anstieg spielte sowohl der Eintritt geburtenstarker Jahrgänge ins Erwerbsleben als auch die Tatsache eine Rolle, daß gegenwärtig zahlenmäßig schwache Jahr-

gänge, die Geburtsjahrgänge des Ersten Weltkrieges, die zudem im Zweiten Weltkrieg am meisten gelitten hatten, das Rentenalter erreichen. Die Verschiebungen in der Altersstruktur hin zu einem größeren Anteil von Jüngeren und einem höheren Anteil von Männern im erwerbsfähigen Alter hätten für sich genommen auch weiterhin die durchschnittliche Erwerbsbeteiligung erhöht. Im Ergebnis stieg diese jedoch kaum, weil andere Faktoren, wie zunehmende Teilnahme an schulischer Bildung und abnehmende Alterserwerbstätigkeit, in die entgegengesetzte Richtung wirkten.

Tabelle 10

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt¹⁾

Jahr	Erwerbspersonenpotential ²⁾	Erwerbstätige			Arbeitslose	Stille Reserve ⁵⁾	Kurzarbeiter	Offene Stellen	Arbeitslosenquote ⁶⁾
		beschäftigte Arbeitnehmer		Selbstständige ⁴⁾					
		zusammen	darunter Ausländer ³⁾						
1000									vH
1960	26 398	20 090	279	5 990	271	47	3	465	1,3
1961	26 622	20 580	507	5 861	181	—	3	552	0,9
1962	26 689	20 876	629	5 658	155	—	4	574	0,7
1963	26 782	21 113	773	5 483	186	—	11	555	0,9
1964	26 787	21 349	902	5 269	169	—	2	609	0,8
1965	26 916	21 639	1 119	5 130	147	—	1	649	0,7
1966	26 890	21 650	1 244	5 036	161	43	16	540	0,7
1967	26 539	20 921	1 014	4 896	459	263	143	302	2,1
1968	26 300	21 054	1 019	4 785	323	138	10	488	1,5
1969	26 419	21 636	1 366	4 604	179	—	1	747	0,8
1970	26 719	22 148	1 807	4 422	149	—	10	795	0,7
1971	26 916	22 328	2 128	4 311	185	92	86	648	0,8
1972	26 973	22 360	2 285	4 220	246	147	76	546	1,1
1973	27 077	22 500	2 425 ^{a)}	4 148	273	156	44	572	1,2
1974	26 943	22 092	2 323 ^{a)}	4 063	582	206	292	315	2,6
1975	26 820	21 329	2 061	3 937	1 074	480	773	236	4,8
1976	26 654	21 233	1 925	3 800	1 060	561	277	235	4,7
1977	26 636	21 296	1 872	3 697	1 030	613	231	231	4,6
1978	26 765	21 556	1 858	3 625	993	591	191	246	4,4
1979	26 949	21 954	1 924	3 565	876	554	88	304	3,8
1980	27 217	22 242	2 024	3 499	889	587	137	308	3,8
1981 ^{a)}	27 417	22 035	1 990	3 419	1 250	713	340	215	5,4

¹⁾ Abgrenzung nach dem Inlandskonzept; Jahresdurchschnitte.

²⁾ Schätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

³⁾ 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni.

⁴⁾ Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.

⁵⁾ Geschätztes Erwerbspersonenpotential abzüglich Erwerbstätige und Arbeitslose.

⁶⁾ Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer + Arbeitslose); Berechnung nach dem Inländerkonzept.

^{a)} Eigene Schätzung (ausgenommen Erwerbspersonenpotential).

Quelle: BA (ausgenommen Erwerbstätige und Arbeitslosenquote)

129. Die Zunahme der Anzahl der ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik ist unter den geltenden rechtlichen Bedingungen des Anwerbestopps sowie der Einschränkung der Arbeitserlaubnis für politische Flüchtlinge begrenzt. Ein deutlicher Anstieg der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik ergibt sich gleichwohl aufgrund der weiterhin zulässigen Familienzusammenführung, durch Zuwanderung aus EG-Staaten und durch Geburtenüberschuß. Mit 4,6 Millionen Personen hat die ausländische Wohnbevölkerung 1981 den Vorjahresstand um mehr als 170 000 Personen übertraffen. Auch bei weiterer Annäherung an die niedrigere Erwerbsbeteiligung der Deutschen würde dies einen Anstieg der ausländischen Erwerbspersonen um schätzungsweise 70 000 auf rund 2,5 Millionen bedeuten.

130. All dies trug dazu bei, daß sich die Arbeitslosigkeit beträchtlich erhöhte. Schon bei Einbruch des Winters 1980/81 stieg die Anzahl der Arbeitslosen weit über das sonst um diese Jahreszeit übliche Maß hinaus. Und auch danach wurden keine Anzeichen einer Besserung sichtbar. Im Gegenteil, sieht man von saisonbedingten Schwankungen ab, nahm die Anzahl der Arbeitslosen bis zuletzt ständig zu, von Monat zu Monat jeweils um rund 40 000. Im Jahresdurchschnitt 1981 war sie mit 1,25 Millionen mehr als 360 000 höher als 1980.

Daß es nicht noch mehr waren, liegt daran, daß nicht jeder, der bereit wäre zu arbeiten, sich auch als arbeitslos registrieren läßt. Diejenigen, die in der augenblicklichen Situation kaum hoffen können, daß sie vermittelt werden und die zudem keine Ansprüche auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung mehr haben oder nie gehabt haben, sehen vielfach keinen Anlaß, zum Arbeitsamt zu gehen. Man bezeichnet sie als stille Reserve des Arbeitsmarktes. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung rechnet in diesem Jahr mit einem kräftigen Anstieg der stillen Reserve. Schätzungen solcher Art sind freilich mit großen Unsicherheiten behaftet.

Zur Struktur der Arbeitslosigkeit

131. *In den letzten Jahren haben wir immer die Struktur der Arbeitslosigkeit sowie der offenen Stellen, wie sie sich Ende des Monats Mai darstellte, ausführlich behandeln können. In diesem Jahr sind die dafür erforderlichen Bestandsdaten von der Bundesanstalt für Arbeit nicht erhoben worden. Aus diesem Grunde lassen sich nur einige Entwicklungslinien aufzeigen.*

132. Die regionalen Unterschiede in den Arbeitslosenquoten sind erneut größer geworden (Tabelle 11). Das Nord-Süd-Gefälle, das schon in den vergangenen Jahren auf dem Arbeitsmarkt sichtbar wurde, hat sich erneut zuungunsten der nördlichen Landesarbeitsamtsbezirke Schleswig-Holstein und Hamburg, Niedersachsen und Bremen sowie Nordrhein-Westfalen vergrößert. Hier war die Arbeitslosigkeit

nach absoluter Höhe und Anstieg am größten. Vor allem in den Städten des Ruhrgebiets kam neben dem allgemeinen Beschäftigungsrückgang im verarbeitenden Gewerbe im ganzen der besonderen Situation der Stahlindustrie eine wachsende Bedeutung zu. Im Sommer dieses Jahres wurde deshalb von der Bundesregierung ein Investitionsförderungsprogramm beschlossen, das für die Einrichtung neuer, nicht stahlabhängiger Arbeitsplätze Investitionszulagen vorsieht.

Eine besondere Entwicklung zeichnet sich in West-Berlin ab. Hier war vor allem die beträchtliche Zunahme ausländischer Arbeitsuchender für die im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet stark angestiegene Arbeitslosigkeit ausschlaggebend.

Deutlich weniger stieg die Arbeitslosenquote dagegen in Baden-Württemberg, das eine vergleichsweise günstige Wirtschaftsstruktur hat.

133. Die höchste Zunahme der Arbeitslosigkeit war in den Berufen, die in den konjunkturabhängigen Bereichen des produzierenden Gewerbes besonders häufig vertreten sind: Bauarbeiter, Bauausstatter, Tischler, Maler sowie Elektriker und Schlosser (Schaubild 15). Ihr Anteil an der Anzahl der Arbeitslosen insgesamt betrug im September 1981 schon 14 vH im Vergleich zu 10¹/₂ vH im gleichen Monat des Vorjahres. Bei den Angestelltenberufen nahm die Arbeitslosigkeit infolge der Rationalisierungsmaßnahmen in den kaufmännischen und in den Verwaltungsberufen gleichfalls zu. Allerdings war hier der Beschäftigungsabbau nicht so ausgeprägt.

Die Strukturuntersuchung vom September letzten Jahres zeigte, daß vor allem Arbeiter ohne Berufsausbildung von der verschlechterten Arbeitsmarktlage betroffen waren, doch hatten sich auch für viele Facharbeiter die Beschäftigungsmöglichkeiten verringert (Tabelle 12).

Für Arbeitskräfte mit Hochschulabschluß wurde die Arbeitssuche ebenfalls schwieriger. Vor allem Lehrer, Geisteswissenschaftler und Sozialwissenschaftler, die ihre Ausbildung auf eine spätere Tätigkeit im öffentlichen Dienst ausgerichtet hatten, konnten vielfach keinen Arbeitsplatz finden und wenn, dann häufig keinen dauerhaften. Bis Ende dieses Jahres hatten sie noch die Möglichkeit, sich im Rahmen der Förderung der beruflichen Bildung umschulen zu lassen. Dies wird ab 1. Januar 1982 erschwert. Vergleichsweise hoch blieb die Nachfrage nach naturwissenschaftlich ausgebildetem Personal, besonders nach Ingenieuren sowie nach Informatikern.

134. Für Frauen verschlechterte sich die Lage am Arbeitsmarkt etwas weniger als für Männer. Im Oktober 1981 war die Anzahl der arbeitslosen Frauen um 41 vH oder 200 000 höher als ein Jahr zuvor, die der arbeitslosen Männer aber um 70 vH oder 280 000. In dieser Entwicklung spiegeln sich vor allem die unterschiedlichen Tendenzen bei den gewerblichen Berufen und bei den Angestelltenberufen. Eine konjunkturelle Verschlechterung macht sich aller Erfahrung nach zuerst stärker bei den gewerblichen Berufen bemerkbar, in denen der Anteil der Männer

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken
Arbeitslosenquoten in vH¹⁾

	Einheit ²⁾	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981 ³⁾
Schleswig-Holstein-Hamburg	I	1,1	1,2	2,5	4,6	4,6	4,8	4,6	4,0	3,8	6,3
	II	0,6	0,8	1,5	3,7	3,9	4,1	3,4	2,9	2,6	3,9
	III	2,1	2,4	5,1	6,4	5,9	6,2	5,6	5,5	5,7	8,4
Niedersachsen-Bremen	I	1,7	1,7	3,1	5,4	5,4	5,5	5,2	4,7	4,7	7,1
	II	0,8	0,8	2,0	4,0	3,9	4,1	3,9	3,6	3,6	5,5
	III	4,8	5,0	7,1	9,8	9,5	9,5	8,8	8,2	7,5	12,0
Nordrhein-Westfalen	I	1,2	1,3	2,9	4,8	4,9	5,0	5,0	4,7	4,6	6,4
	II	0,5	0,6	1,7	3,2	3,3	3,1	2,9	2,6	2,9	4,1
	III	2,1	2,5	4,6	6,5	6,8	7,1	7,8	7,3	6,6	8,5
Hessen	I	1,0	1,0	2,4	4,5	4,4	4,0	3,6	2,9	2,8	4,6
	II	0,5	0,5	1,4	3,1	3,1	2,9	2,3	2,2	2,3	3,5
	III	1,8	2,0	3,5	6,1	5,8	5,5	5,0	4,2	4,1	6,2
Rheinland-Pfalz-Saarland	I	1,2	1,3	3,1	5,3	5,2	5,2	5,1	4,3	4,4	6,3
	II	0,4	0,4	1,6	3,7	3,6	3,7	3,4	2,9	3,0	4,4
	III	2,7	3,4	6,0	7,6	7,7	8,4	8,6	7,6	7,5	9,2
Baden-Württemberg	I	0,5	0,5	1,4	3,5	3,4	2,9	2,6	2,1	2,3	3,4
	II	0,2	0,3	0,9	2,6	2,1	1,8	1,7	1,4	1,4	2,1
	III	0,7	0,8	2,1	5,7	4,6	3,9	4,0	3,4	3,4	4,6
Nordbayern ⁴⁾	I	1,4	1,3	2,7	5,6	5,7	5,2	4,8	4,1	4,0	6,1
	II	0,7	0,6	1,6	4,0	4,2	3,7	3,5	2,7	2,7	4,7
	III	3,8	3,7	6,0	9,7	10,1	9,6	9,5	8,0	7,4	9,4
Südbayern ⁴⁾	I	1,2	1,3	2,8	4,8	4,5	4,1	3,7	3,1	3,1	5,0
	II	0,5	0,7	1,9	3,6	3,1	3,0	2,8	2,2	2,4	3,2
	III	5,0	5,7	7,8	10,5	10,5	9,6	9,1	7,9	8,3	9,7
Berlin (West)	I	1,2	1,1	2,0	3,7	3,9	4,5	4,6	4,0	4,3	5,8
Bundesgebiet	I	1,1	1,2	2,6	4,7	4,6	4,5	4,3	3,8	3,8	5,3
Mittlere Abweichung ⁵⁾		0,59	0,61	0,88	1,00	1,08	1,19	1,25	1,21	1,16	1,44

¹⁾ Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern in vH.

Für Bundesgebiet und Landesarbeitsamtsbezirke: Berechnet mit den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Mikrozensus-Ergebnissen.

Für Arbeitsamtsbezirke: Berechnet auf Grund geschätzter Arbeitnehmeranteile an der Wohnbevölkerung.

²⁾ I: Durchschnittliche Arbeitslosenquote.

II: Kleinste Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk.

III: Größte Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk.

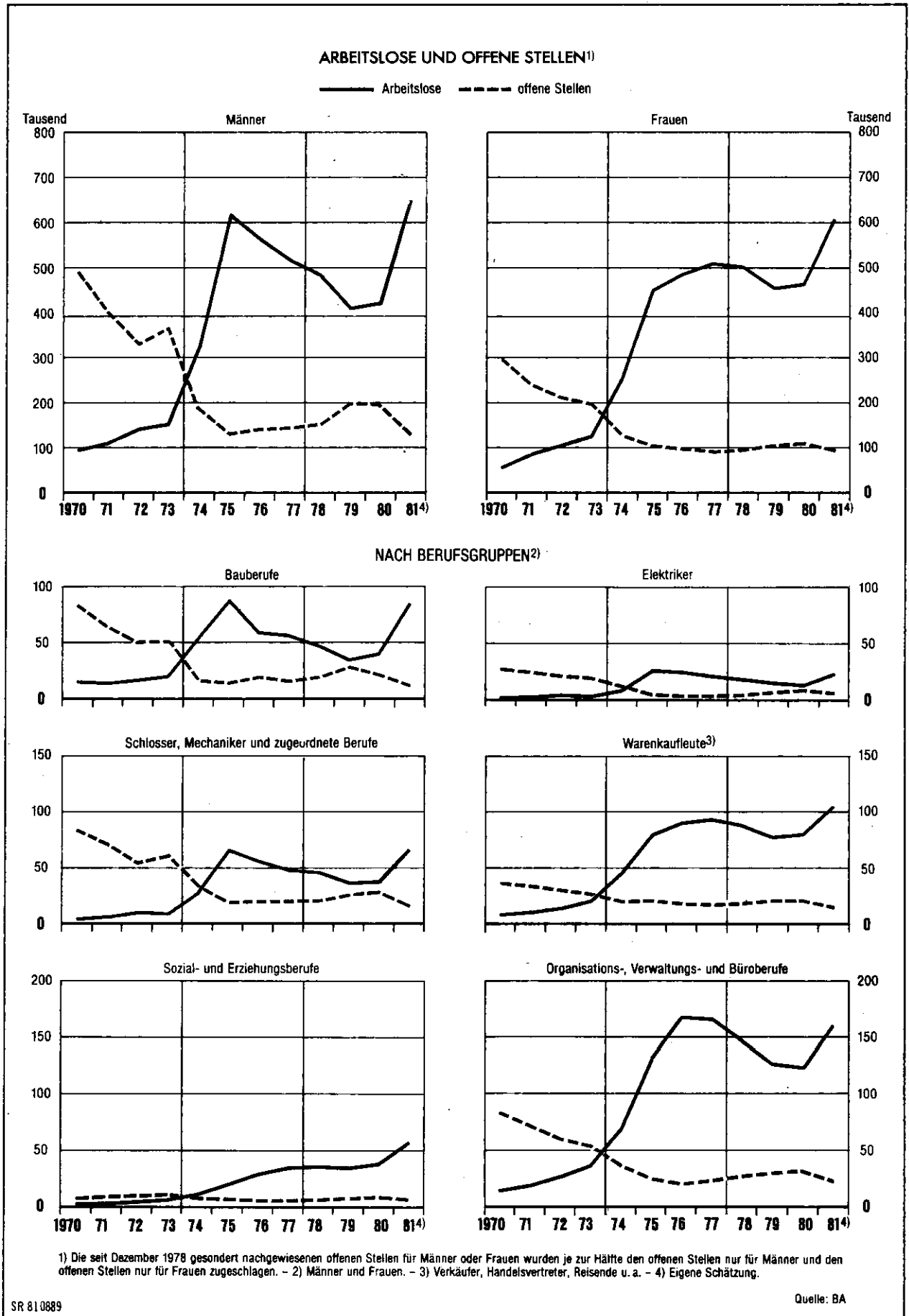
³⁾ Januar bis September.

⁴⁾ Wegen Gebietsänderungen einiger Arbeitsamtsbezirke sind die Ergebnisse ab 1977 mit denen für frühere Jahre nur bedingt vergleichbar.

⁵⁾ Mittlere Abweichung der Arbeitslosenquoten in den Arbeitsamtsbezirken vom Gesamtdurchschnitt im jeweiligen Jahr.

Quelle für Grundzahlen: BA

Schaubild 15

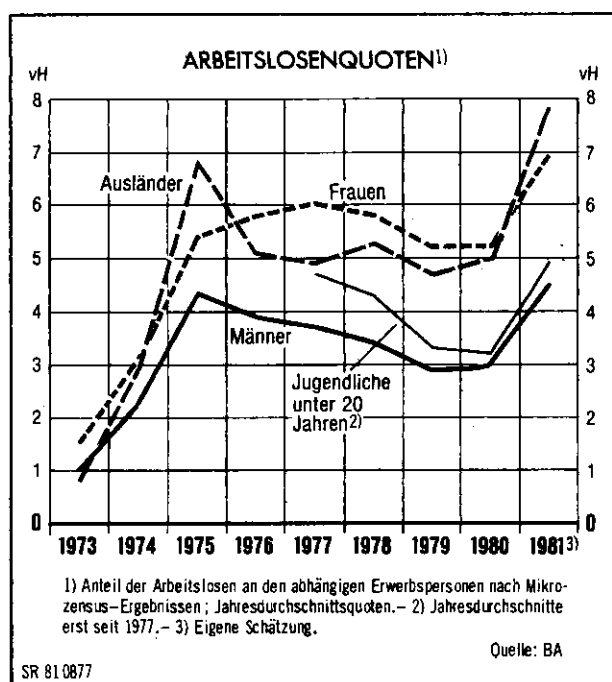


Zur Struktur der Arbeitslosigkeit

Arbeitslose	September									
	1977		1978		1979		1980		1981	
	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH
Insgesamt	911	100	864	100	737	100	823	100	1256	100
Männer	424	46,6	389	45,0	317	43,0	369	44,8	616	49,0
Frauen	487	53,4	476	55,0	420	57,0	454	55,2	640	51,0
Nach Nationalität										
Deutsche	827	90,7	774	89,6	659	89,5	722	87,7	1077	85,8
Ausländer	84	9,3	90	10,4	77	10,5	101	12,3	179	14,2
Nach Berufsausbildung										
mit Abschluß	426	46,8	394	45,6	344	46,7	379	46,0		
ohne Abschluß	485	53,2	470	54,4	393	53,3	444	54,0		
Stellung im Beruf										
Facharbeiter	117	12,9	114	13,2	94	12,7	109	13,2		
Nichtfacharbeiter	413	45,3	406	47,0	340	46,1	392	47,6		
Angestellte										
mit gehobener Tätigkeit	246	27,0	219	25,3	193	26,2	205	24,9		
mit einfacher Tätigkeit	135	14,8	125	14,5	110	15,0	117	14,2		
Nach gewünschter Arbeitszeit										
Vollzeitarbeit	732	80,4	686	79,4	581	78,9	660	80,2	1045	83,2
Teilzeitarbeit	179	19,6	178	20,6	155	21,1	163	19,8	211	16,8
Mit gesundheitlichen Einschränkungen	244	26,8	254	29,4	250	33,9	265	32,2		
darunter Schwerbehinderte	46	5,0	55	6,3	61	8,3	67	8,2	89	7,1
Nach Dauer der Arbeitslosigkeit										
unter 1 Monat	146	16,0	136	15,7	122	16,6	145	17,7		
1 bis unter 3 Monate	233	25,6	217	25,1	186	25,2	226	27,5		
3 bis unter 6 Monate	165	18,1	154	17,8	135	18,3	153	18,6		
6 bis unter 12 Monate	199	21,8	183	21,1	147	20,0	158	19,2		
1 bis unter 2 Jahre	106	11,7	98	11,3	85	11,6	79	9,6		
2 Jahre und länger	63	6,9	77	9,0	61	8,3	61	7,4		
Nach Altersgruppen										
unter 20 Jahre	106	11,6	92	10,6	69	9,3	81	9,9	133	10,6
20 bis unter 25 Jahre	162	17,8	154	17,8	124	16,8	144	17,4		
25 bis unter 35 Jahre	232	25,4	217	25,2	181	24,5	207	25,1		
35 bis unter 45 Jahre	169	18,6	157	18,2	129	17,5	143	17,4		
45 bis unter 55 Jahre	135	14,8	128	14,9	111	15,1	121	14,7		
55 Jahre und älter	108	11,8	115	13,4	123	16,7	128	15,5		
darunter 59 Jahre und älter	43	4,7	43	5,0	61	8,3	64	7,8	81	6,4
Mit Sozialplan					17	2,4	24	2,9		
Leistungen nach dem Arbeitsförderungs-gesetz										
Bezieher von Arbeitslosengeld	385	42,3	342	39,6	280	38,0	308	37,4	720	57,3
Bezieher von Arbeitslosenhilfe	133	14,6	127	14,7	98	13,3	97	11,8	192	15,3
Leistungen beantragt	232	25,4	214	24,8	189	25,7	242	29,4	275	21,9
keine Leistungen	161	17,7	181	20,9	170	23,0	176	21,4	69	5,5
Nachrichtlich: Vor der Arbeitslosigkeit in schulischer Ausbildung ..	50	5,5	43	5,0	32	4,3	37	4,5		

Quelle: BA

Schaubild 16



sehr hoch ist, als bei den Angestelltenberufen, die in größerem Umfang für die Beschäftigung von Frauen von Bedeutung sind. Gleichwohl war die Arbeitslosenquote bei Frauen mit 7,7 vH im Oktober 1981 immer noch viel höher als bei den Männern (Schaubild 16).

Die Arbeitslosigkeit bei den ausländischen Arbeitnehmern nahm deutlich stärker zu als bei den einheimischen. Der Produktionsrückgang im Baugewerbe und die Personaleinschränkung im verarbeitenden Gewerbe beeinträchtigten insbesondere die Beschäftigungschancen von Ausländern. Hinzu kam, daß die Anzahl der ausländischen Arbeitssuchenden wieder stärker anstieg, weil mehr ausländische Jugendliche aus der Schule entlassen wurden und weil Familienangehörige von ausländischen Arbeitnehmern ebenso wie auch politische Flüchtlinge in größerem Ausmaß als zuvor die gesetzlich vorgeschriebene Wartezeit zur Erlangung der Arbeitserlaubnis erfüllt hatten.

Die Anzahl der Arbeitslosen im Alter von 59 Jahren und darüber war im Oktober 1981 mit insgesamt 83 000 um 24 vH höher als ein Jahr zuvor. Bei diesem Anstieg, der deutlich unter dem Durchschnitt von 54 vH liegt, muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit bei älteren Arbeitslosen sehr lang ist und daß diese danach zum größten Teil vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

135. Die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen im Alter von unter zwanzig Jahren stieg im Verlauf dieses Jahres beschleunigt an; im Oktober war die Arbeitslosenquote mit 5,8 vH kaum niedriger als die der Erwachsenen. Maßgeblich dafür war zum einen, daß in diesem Jahr mehr Jugendliche als noch im letzten Jahr berufsvorbereitende Lehrgänge abgeschlossen hatten und danach Arbeit suchten, zum

Tabelle 13

Angebotene und nachgefragte Ausbildungsplätze

1000

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge ¹⁾	Unbesetzte Ausbildungsstellen		Angebot an Aus- bildungs- plätzen (1) + (2)	Nachfrage nach Aus- bildungs- plätzen (1) + (3)
		30. September ²⁾			
		(1)	(2)		
1972	456 ^{a)}	182		638	
1973	450	102		552	
1974	450	29	21	479	471
1975	462	18	24	480	486
1976	499	18	28	517	527
1977	558	26	27	584	585
1978	602	22	26	624	629
1979	640	37	20	677	660
1980	652	45	17	697	669
1981	633 ^{b)}	37	22	670 ^{b)}	655 ^{b)}

¹⁾ Für 1972 bis 1975 aufgrund der Auszubildendenstatistik zum 31. Dezember ermittelt, danach Erhebung zum 30. September.

²⁾ Der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete Ausbildungsstellen bzw. Bewerber.

³⁾ Schätzung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft.

^{b)} Eigene Schätzung.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, BA

anderen, daß sich wohl auch die Anzahl der Jugendlichen, die nach ihrer Lehrzeit von ihrem Ausbildungsbetrieb nicht übernommen wurden, erhöht hatte.

Erschwerend kam hinzu, daß sich in diesem Jahr die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt nicht mehr weiter zugunsten der Ausbildungsplatzsuchenden verbessert hatte, da erstmals seit 1974 das Angebot an Ausbildungsstellen zurückging (Tabelle 13). Ende September waren bei den Arbeitsämtern noch 21 700 Bewerber, die keine Stelle gefunden hatten, gemeldet, 4 300 mehr als ein Jahr zuvor. Die Anzahl der noch nicht besetzten Lehrstellen belief sich zu diesem Zeitpunkt auf 37 500, damit wurde der Vorjahresstand um 7 200 unterschritten. Allerdings ging auch Ende September dieses Jahres wie schon in den Jahren 1979 und 1980 die Anzahl der noch unbesetzten Stellen über die der noch unversorgten Bewerber hinaus. Der Angebotsüberhang beträgt 1981 schätzungsweise noch 2,3 vH nach 4,2 vH im Vorjahr. Einem besseren Ausgleich von Angebot und Nachfrage standen auch in diesem Jahr berufliche und vor allem regionale Ungleichgewichte entgegen.

136. Je mehr ausländische Jugendliche in der Bundesrepublik leben, um so stärker rückt deren Ausbildungs- und Beschäftigungssituation ins Blickfeld. In diesem Jahr wurden knapp 60 000 Ausländer aus der Schule entlassen, etwa 10 vH der von der Hauptschule und der Realschule abgehenden Schüler, und diese Zahl wird, geht man allein von der Anzahl der derzeit in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Kinder aus, bis 1990 um rund 50 vH steigen. Lediglich knapp die Hälfte aller ausländischen Jugendlichen erreicht den Hauptschulabschluß, der mittlerweile fast zu einer unabdingbaren Voraussetzung für eine berufliche Ausbildung geworden ist. Dies hat zur Folge, daß vier von fünf jungen Ausländern weder eine Berufsausbildung erhalten noch eine weiterführende Schule besuchen. Bei den Deutschen ist dies nur jeder zwölfte Jugendliche. Die Anzahl der in betrieblicher Ausbildung befindlichen Ausländer (Praktikanten eingeschlossen) hat sich 1980 zwar etwas erhöht, mit 36 000 entsprach sie aber erst 2 vH aller betrieblichen Auszubildenden bei einem Anteil von über 10 vH an der gleichaltrigen Bevölkerung. Es wird daher versucht, die ausländischen Jugendlichen mittels Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung sowie anderer Förderung auf das Arbeitsleben vorzubereiten. Vor allem die Chancen der Jugendlichen, die erst spät in die Bundesrepublik kamen, sollen damit verbessert werden. Die jüngsten Haushaltsbeschlüsse sehen allerdings vor, auch in diesem Bereich Mittel zu kürzen. Damit sollen jedoch nur die Kosten je Geförderten, nicht aber die Anzahl der Begünstigten verringert werden.

137. Zu dem Bild steigender Arbeitslosigkeit in fast allen Berufen und in fast allen Gruppen paßt wenig, daß sich die Zeit, die nötig war, offene Stellen zu besetzen, allem Anschein nach nur wenig verringert hat. Dies läßt die Vermutung aufkommen, daß die Anpassungsbereitschaft zu gering ist. Eindeutige Anzeichen, die darauf hindeuten, daß sich die Mobi-

lität der Arbeitnehmer verringert hätte, haben wir jedoch nicht. Verschiedenen Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge scheint die berufliche Anpassungsbereitschaft sehr groß und auch im Vergleich zu früher nicht gesunken zu sein.

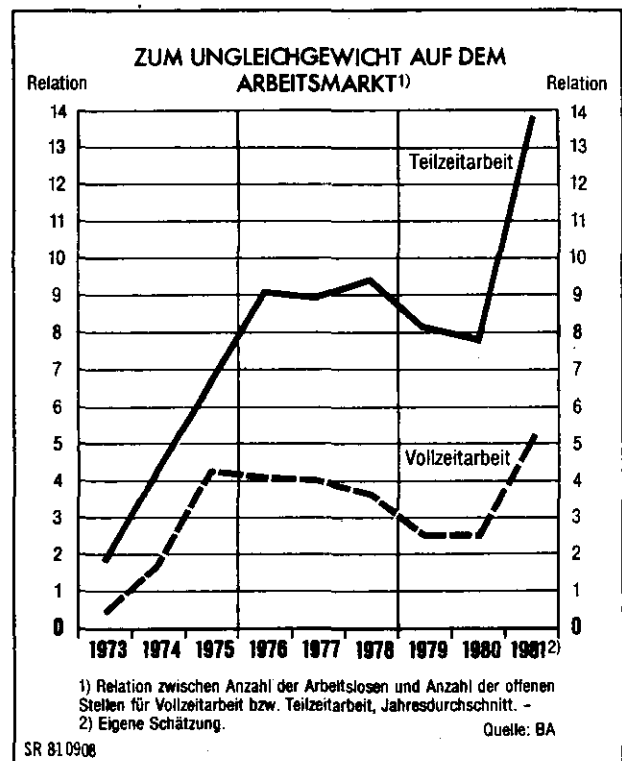
Die kaum verringerten Schwierigkeiten, die den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen zu besetzen, deuten daher eher darauf, daß Angebot und Nachfrage am Markt für Stellensuchende und für offene Stellen weniger als früher zueinander passen.

Die Entwicklung der Teilzeitarbeit

138. Ein besonders ausgeprägtes Ungleichgewicht herrscht schon seit langem auf dem Arbeitsmarkt für Teilzeitarbeitskräfte, nimmt man das Verhältnis zwischen der Anzahl der Teilzeitarbeit suchenden Arbeitslosen und der Anzahl der offenen Stellen als Maßstab (Schaubild 17). In diesem Jahr ist das Ungleichgewicht entsprechend der allgemeinen Arbeitsmarktsituation größer geworden, und die Arbeitslosenquote betrug mehr als 13 vH im Durchschnitt.

Das sollte jedoch nicht den Blick für die Entwicklung der Teilzeitarbeit insgesamt verstellen. In den letzten Jahren hat die Teilzeitarbeit ständig zugenommen; selbst die letzten verfügbaren Daten, vom Herbst 1980, weisen noch einen Anstieg von rund 5 vH auf. Mittlerweile übt jeder dreizehnte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte eine Teilzeitbeschäftigung aus, unter den Frauen ist es jede fünfte.

Schaubild 17



Mitentscheidend dafür dürfte zum einen die zunehmende Erwerbsbeteiligung von verheirateten Frauen sein; zum anderen kommt die Teilzeitbeschäftigung dem Wunsch vieler entgegen, die Dauer der Arbeitszeit und ihre Verteilung auf den Tag, die Woche oder das Jahr flexibler zu gestalten als im allgemeinen üblich. Umfragen geben immer wieder Hinweise darauf, daß viele Erwerbstätige mit den augenblicklich vorherrschenden Arbeitszeitregelungen unzufrieden sind, sei es, daß sie mehr arbeiten wollen, sei es, daß sie, und dies trifft für viele zu, weniger arbeiten wollen. Allerdings wäre eine Halbtagsbeschäftigung, also eine Reduzierung der Arbeitszeit gleich um die Hälfte nach einer Studie des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung nur jedem Zehnten erwünscht.

Die größte Verbreitung hat die Teilzeitarbeit im Handel und im übrigen Dienstleistungsgewerbe gefunden. Sehr viel weniger Erfahrungen hat man damit in der Industrie, vor allem in den Produktionsabteilungen. Während der Großteil der Stellen von Teilzeitkräften nur geringe Anforderungen an die Qualifikation stellen, finden sich mittlerweile vereinzelt auch Arbeitsplätze, die sehr hohe Anforderungen verlangen.

Entgegen der landläufigen Meinung hat in letzter Zeit die Vielfalt der praktizierten Formen der Teilzeitarbeit zugenommen, vor allem was die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit betrifft. Die üblicherweise damit gleichgesetzte Halbtagsarbeit ist nur eine von vielen Möglichkeiten.

139. Noch stehen freilich viele Unternehmen der Teilzeitarbeit skeptisch gegenüber. Sie vermuten, diese sei mit höheren Kosten und betriebsorganisatorischen Schwierigkeiten verbunden. Wie aus einer Befragung von Hamburger Unternehmen hervorgeht, befürchten zahlreiche Arbeitgeber auch eine Verschlechterung des Betriebsklimas, da sie nicht alle Wünsche ihrer Beschäftigten nach Teilzeitarbeit befriedigen könnten. Dies gelte vor allem dann, wenn man Teilzeitarbeitsplätze nur in einigen Bereichen des Betriebes einrichten könnte. Die Nachfrage nach Teilzeitarbeit ist so groß, daß frei werdende oder zusätzlich eingerichtete Plätze überwiegend betriebsintern besetzt werden.

Die Sorge vor höheren Kosten der Teilzeitarbeit ist wohl häufig auf Unkenntnis über die tatsächlich anfallenden Gesamtkosten zurückzuführen. Ein Modellversuch in Rheinland-Pfalz, der die Vorteile und Nachteile von Teilzeitarbeit aufzeigen sollte, vermittelte ein überwiegend positives Gesamtbild. Aus der Sicht der beteiligten Firmen wurde mit Befriedigung vermerkt, daß sie den überwiegenden Teil der angebotenen Teilzeitarbeitsplätze bereits innerhalb kurzer Zeit besetzen konnten, auch wenn die Arbeitszeit am Nachmittag lag. Die Betriebe stellten zudem eine höhere Leistungsbereitschaft der Teilzeitkräfte im Vergleich zu Vollzeitbeschäftigten fest. Hinzu kommt, daß Teilzeitarbeitsplätze es den Unternehmen erleichtern, schneller auf schwankenden Arbeitsanfall zu reagieren. Hatten die Unternehmen anfänglich zum großen Teil befürchtet, daß ihnen höhere Zusatzkosten als bei Vollzeitbeschäftigten,

beispielsweise durch längere Anlernzeiten, entstünden, urteilte die Mehrzahl am Ende, es gebe in diesem Punkt keinen Unterschied zwischen Teilzeitbeschäftigten und Vollzeitbeschäftigten. Gut die Hälfte aller Arbeitgeber war außerdem mit den Leistungen der Teilzeitkräfte zufriedener, und auch die befragten Arbeitskräfte äußerten sich positiv über ihre Arbeitsbedingungen.

Auch eine Umfrage des DIHT führte zu dem Ergebnis, daß Unternehmen, soweit sie Teilzeitarbeitskräfte beschäftigen, von alles in allem guten Erfahrungen berichten. Den möglicherweise höheren Kosten stünden höhere Leistungen gegenüber. Daher ist es auch wenig verwunderlich, daß die Bereitschaft, Teilzeitarbeitsplätze anzubieten, größer geworden ist. Allerdings ist in vielen Fällen immer noch ausschlaggebend für die Einführung von Teilzeitarbeit, daß Betriebe Schwierigkeiten haben, eine Stelle mit einer Vollzeitkraft zu besetzen. Teilzeitarbeitsplätze werden vielfach auch deshalb eingerichtet, um bewährte Mitarbeiter, die nicht mehr ganztags arbeiten wollen oder können, im Betrieb zu halten.

Eine Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ergab ebenfalls, daß im Bereich der Industrie von den Arbeitgebern, die entsprechende Erfahrungen haben, nicht nur Halbtagsstellen günstig beurteilt wurden, sondern auch Arbeitsplätze, die eine tägliche Arbeitszeit von fünf bis sechs Stunden vorsahen. Dies trifft für alle Branchen in gleichem Maße zu. Allerdings ist man gemeinhin noch skeptisch bezüglich der Einführung von Teilzeitarbeit im technischen Bereich, in dem vielfach die Organisation des Produktionsablaufs ein Hindernis darstellt. Weniger zufrieden war man mit bestimmten Formen der Teilzeitarbeit wie der Kumulierung von Teilzeitarbeit auf einzelne Tage, einzelne Wochen oder einzelne Monate.

140. Zunehmende Aufmerksamkeit haben in jüngster Zeit die von verschiedenen Seiten gemachten Vorschläge gefunden, Teilzeitbeschäftigung im Wege der sogenannten Arbeitsplatzgemeinschaften (Job-Sharing) möglich zu machen. Nach diesem Modell tun sich zwei oder mehr Arbeitnehmer zusammen, um einen Vollzeitbeitsplatz zu besetzen. Sie regeln ihre individuellen Arbeitszeiten untereinander. Der Arbeitsplatz bleibt dadurch während der gesamten betriebsüblichen Arbeitszeit besetzt. Diese Form der Arbeitszeitgestaltung könnte für alle Beteiligten von Vorteil sein. Die Arbeitnehmer könnten ihre Arbeitszeit im Gegensatz zum herkömmlichen Arbeitsverhältnis täglich, wöchentlich oder auch über einen noch längeren Zeitraum eigenverantwortlich aufteilen und wären nicht an einen starren Zeitplan gebunden. Der Arbeitgeber hätte den Vorteil, daß er auf diese Weise einen Vollzeitbeitsplatz ständig besetzt halten kann, auch während der Urlaubszeit eines der Beteiligten oder in anderen Fällen, in denen er sonst eine Vertretung benötigt. Die strittigen Punkte in der Diskussion betreffen vor allem die Fragen, ob der Arbeitgeber verpflichtet ist, bei Ausscheiden eines der Partner den anderen weiter zu beschäftigen und wieweit eine gegenseitige Vertretungspflicht der Partner besteht.

Modellversuche könnten hilfreich sein, ein breiteres Wissen zu schaffen, von dem aus die Vorteile und die Nachteile bei der Verwirklichung dieser wie auch anderer Formen der Teilzeitarbeit besser beurteilt werden können.

Zum Arbeitsplatzpotential

141. Der schwache Konjunkturverlauf hat zwar zur Verschärfung der Beschäftigungsprobleme beigetragen. In ihrem Kern ist die Arbeitslosigkeit jedoch mittelfristiger Natur. Denn selbst bei guter Konjunktur würden die derzeit vorhandenen Arbeitsplätze nicht ausreichen, um alle zu beschäftigen, die gegenwärtig einen Arbeitsplatz suchen.

Bei voller Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazität hätten 1981 schätzungsweise 5 vH bis 6 vH mehr Güter hergestellt werden können. Das heißt allerdings nicht, daß dann auch 5 vH bis 6 vH mehr Arbeitskräfte beschäftigt worden wären. Denn unter den gegebenen Umständen wurde 1981 je Beschäftigten nicht so viel produziert, wie bei voller Auslastung hätte produziert werden können; mit anderen Worten, die tatsächliche Arbeitsproduktivität war niedriger, als sie bei Vollauslastung gewesen wäre. Das ist in einer Situation nachlassender Produktion normal, da die Beschäftigung nicht sofort an die Produktionsentwicklung angepaßt wird. Die Arbeitsproduktivität, die sich bei Vollauslastung ergeben hätte, kann nur geschätzt werden, und auch der Abstand zur gemessenen Arbeitsproduktivität ist nicht einfach zu quantifizieren. Geht man von den Erfahrungen der siebziger Jahre aus, so ist es vermutlich eher zu niedrig als zu hoch gegriffen, wenn man annimmt, daß die Arbeitsproduktivität bei Vollauslastung des Produktionspotentials um 3 vH bis 4 vH höher gewesen wäre, als sie es 1981 tatsächlich war. Unter dieser Annahme hätten demnach allenfalls 1 $\frac{1}{2}$ vH bis 2 $\frac{1}{2}$ vH mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden können. Anders gewendet: Bei voller Auslastung der Sachkapazitäten wären schätzungsweise 400 000 bis 600 000 Arbeitsplätze zusätzlich besetzt worden, Arbeitsplätze, die in der gegebenen konjunkturellen Situation unbesetzt blieben. Von daher war, nimmt man die Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung über das Erwerbspersonenpotential für gegeben, für etwa eineinhalb Millionen Personen kein Arbeitsplatz vorhanden; im Jahre 1981 stand einem Erwerbspersonenpotential von etwa 27 $\frac{1}{2}$ Millionen Personen nur ein in der Summe auf etwa 26 Millionen Plätze zu veranschlagendes Arbeitsplatzpotential gegenüber.

142. Das Beschäftigungsproblem, das bei aller Skepsis gegenüber solchen Schätzungen in dieser Rechnung zum Ausdruck kommt, wird in den nächsten Jahren noch größer werden. Trotz einer Stagnation der Bevölkerungszahl insgesamt nimmt die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter noch zu, weil mehr junge Leute nachrücken als alte ausscheiden. Nach den Rechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erhöht sich das Potential an deutschen Erwerbspersonen bis 1985 auf

knapp 25 $\frac{1}{2}$ Millionen Personen. Für die Frauen ergibt sich nach dieser Schätzung, nimmt man die Trends der Erwerbsbeteiligung aus der Vergangenheit und berücksichtigt man die Verschiebung der Altersstruktur, weiterhin eine konstante durchschnittliche Erwerbsbeteiligung, für die Männer eine abnehmende. Überdies ist auch in Zukunft davon auszugehen, daß die Anzahl ausländischer Arbeitskräfte schon deshalb zunehmen wird, weil immer mehr ausländische Jugendliche, die bereits in der Bundesrepublik leben, eine Arbeit suchen werden. Nicht berücksichtigt sind Kinder ausländischer Arbeitnehmer, die im Rahmen der Familienzusammenführung berechtigt sind, in die Bundesrepublik einzureisen und nach einer Wartezeit hier zu arbeiten, etwa 700 000 waren es nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit.

Erst gegen Ende dieses Jahrzehnts wird das Erwerbspersonenpotential insgesamt seinen höchsten Stand überschreiten. Nach den Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung dürfte es 1985 etwa 28 Millionen Personen und 1990 rund 28 $\frac{1}{2}$ Millionen Personen umfassen, also eine halbe beziehungsweise eine Million mehr als 1981.

143. Bei der Frage nach dem künftigen Bedarf an Arbeitsplätzen hat man freilich zu berücksichtigen, daß in der Vergangenheit selbst in Boomjahren wie etwa 1970 nie alle Erwerbspersonen beschäftigt waren und daß in Jahren mit einer normalen Auslastung des Produktionspotentials rund 1 $\frac{1}{2}$ vH aller derjenigen, die erwerbstätig sein wollten, nicht erwerbstätig waren, sei es, weil Arbeitslose nicht so gleich eine Stelle annahmen, sei es, weil eine Anpassung an Änderungen auf dem Arbeitsmarkt Zeit brauchte. Bezogen auf die Jahre 1985 und 1990 wären dies jeweils reichlich 400 000 Personen. Stellt man ferner in Rechnung, daß die Anzahl der selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen wohl weiter abnehmen wird und daß die Beschäftigung in den Sektoren Staat sowie private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter weiter, wenn auch vermutlich mit wesentlich geringerer Rate als in der Vergangenheit zunehmen wird, so müßten im Unternehmenssektor rein rechnerisch 1985 etwa 19 $\frac{1}{2}$ Millionen und 1990 annähernd 20 Millionen Arbeitsplätze vorhanden sein, wenn alle Arbeit haben sollen, die dann Arbeit suchen werden. Das wären 1985 rund 1 $\frac{1}{2}$ Millionen und 1990 annähernd 2 Millionen Arbeitsplätze mehr, als dem für 1981 geschätzten Bestand an Arbeitsplätzen entspricht. Die Anzahl der Arbeitsplätze müßte im Unternehmenssektor also bis 1990 jährlich um rund 1 vH zunehmen. Um das Vollbeschäftigungsziel schon bis 1985 zu erreichen, müßte die Zuwachsrate in den ersten Jahren 2 vH betragen.

144. Wieviel zusätzliche Investitionen erforderlich sind, um das notwendige Arbeitsplatzpotential zu schaffen, hängt wesentlich von der weiteren Entwicklung der Kapitalintensität, also des Kapitaleinsatzes je Arbeitsplatz, ab.

— Bei einem so geringen Anstieg der Kapitalintensität wie im Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1980 könnte ein jährlicher Zuwachs der realen Brutto-

anlageinvestitionen im Unternehmenssektor von 5 vH bis 6 vH ausreichend sein, um für alle Erwerbspersonen einen Arbeitsplatz zu schaffen, wenn man auf das Jahr 1990 abstellt. Im Jahre 1985 würden dann allerdings noch 700 000 bis 800 000 Arbeitsplätze fehlen; um die Lücke schon bis Mitte dieses Jahrzehnts zu schließen, müßte die jährliche Steigerungsrate der Investitionen bis 1985 bei etwa 12 vH liegen; danach könnte sie dann bis 1990 deutlich zurückgehen.

- Sollte sich der geringere Anstieg der Kapitalintensität, der in den letzten Jahren zu beobachten war, nur als vorübergehend erweisen, so müßten, um Vollbeschäftigung in fünf oder zehn Jahren zu erreichen, die Investitionen stärker steigen. Schreibt man etwa nur die Verlangsamung im trendmäßigen Anstieg der Kapitalintensität fort, die sich in den siebziger Jahren ergeben hatte, so wären bis 1990 jährliche Zuwachsraten der Investitionen von über 10 vH notwendig. Im Jahre 1985 wäre dann das Arbeitsplatzpotential allerdings noch nicht viel höher als 1981.

Welcher der beiden Pfade sich der künftigen Entwicklung eher nähert, läßt sich nur schwer entscheiden. Es gibt durchaus Argumente, die für eine deutlichere Abflachung des steigenden Trends der Kapitalintensität sprechen. Arbeitskräfte sind zumindest heute wieder reichlicher verfügbar, so daß insoweit der Zwang zur Steigerung der Kapitalintensität vorerst nachgelassen hat; außerdem könnte der technische Fortschritt infolge der verstärkten Anwendung von Mikroprozessoren in gewissem Umfang kapitalsparend wirken. Strukturverschiebungen zu Lasten der Industrie und zugunsten arbeitsintensiver Dienstleistungsbereiche könnten ebenfalls zu einer nachhaltigen Dämpfung des Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Kapitalintensität beitragen. In die Gegenrichtung dürften allerdings die Investitionen wirken, die dazu dienen, die Umwelt besser als bisher zu schützen, oder Öl als Energieträger und als Rohstoff zu ersetzen.

Ob es schon ausreicht, wieder auf den Investitionspfad zu kommen, der vor der jetzigen Abflachung der Investitionstätigkeit erreicht worden war, oder ob noch größere Anstrengungen nötig sein werden, ist nicht mit Sicherheit zu bestimmen. In jedem Fall müssen die Investitionen im Unternehmenssektor in den nächsten Jahren kräftig steigen.

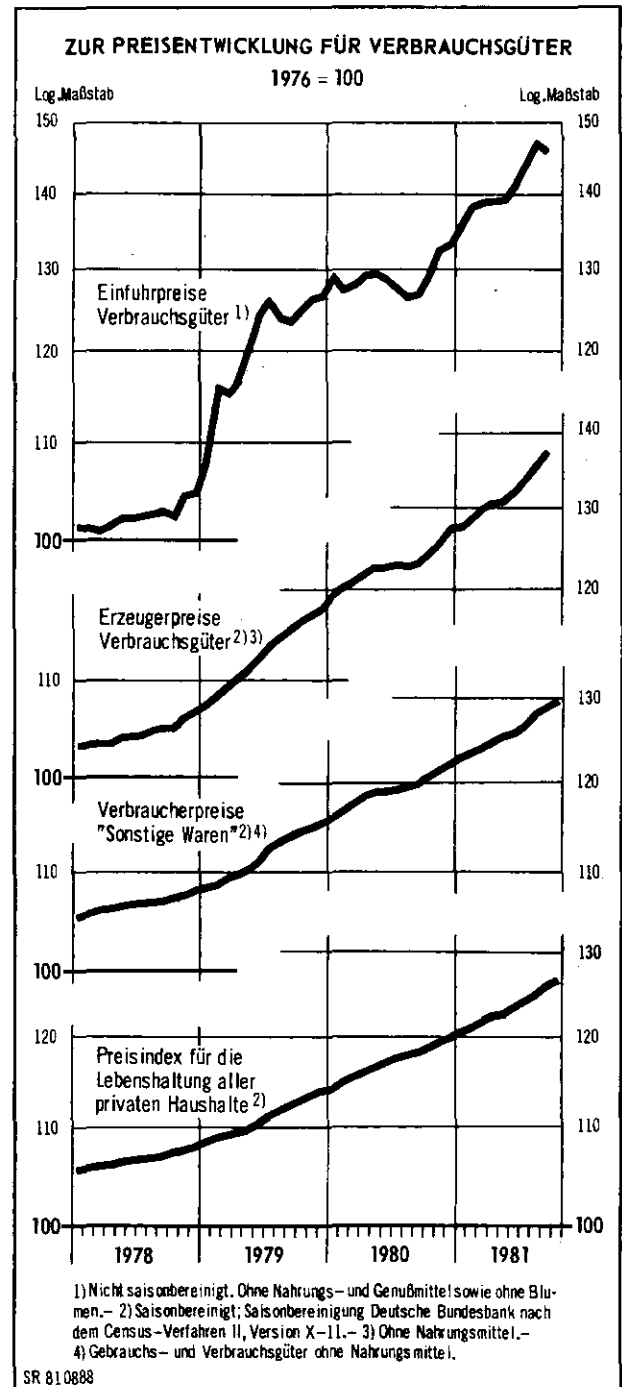
IV. Starker Geldwertschwund

145. Die Preise sind dieses Jahr unerwartet stark gestiegen, unerwartet, weil steigende Preise im Grunde nicht zu sinkender Beschäftigung und sinkender Auslastung der Produktionskapazitäten passen. Unerwartet auch, weil sie selbst dort, wo es, wie in der Bauwirtschaft, zu einem Einbruch der Nachfrage kam, weiter stiegen.

Die Hoffnung, man werde der Preisstabilität in diesem Jahr ein deutliches Stück näherkommen, hat

also getrogen. Unbegründet war sie nicht gewesen. In der zweiten Jahreshälfte 1980 schien es, als sei der Höhepunkt der Preissteigerungen überschritten, die von dem zweiten Ölpreisschub und dem starken Anstieg der Weltmarktpreise für zahlreiche andere Rohstoffe Ende 1978 ausgegangen waren. Doch noch vor der Jahreswende 1980/81 zogen die Preise verstärkt an. Die Abwertung der D-Mark, die trotz des Gegenhaltens der Bundesbank groß war, führte im Verlauf dieses Jahres zu einem deutlichen Anstieg der Preise für eingeführte Vorleistungen und Fertigwaren. Geradezu dramatisch stiegen die Preise für eingeführte Rohstoffe.

Schaubild 18



Im Sog dieser Preissteigerungen konnten auch die inländischen Unternehmen im Wettbewerb mit ausländischen Anbietern höhere Preise durchsetzen. Unter Berufung auf vorangegangene Kostensteigerungen wurden überdies zahlreiche staatlich festgelegte oder vom Staat mitbeeinflusste Preise heraufgesetzt und dies zum Teil in beträchtlichem Maße. Nach der Wende beim Wechselkurs gaben die Einfuhrpreise im Herbst 1981 etwas nach. Auf die Verbraucherpreise hat dies freilich von Ausnahmen wie den Preisen für Benzin und Heizöl abgesehen noch nicht durchgeschlagen. Der Preisanstieg war hier bis zuletzt unvermindert stark. Im Jahresdurchschnitt waren die Verbraucherpreise 6 vH höher als im Vorjahr (Schaubild 18).

146. Die starke reale Abwertung der D-Mark bewirkte einen starken Schub bei den Kosten, zunächst bei denjenigen Unternehmen, die Einfuhrgüter verarbeiten, dann aber auch bei denen, die solchermaßen verteuerte Inlandsprodukte weiterverarbeiten oder weiterverkaufen. Beim volkswirtschaftlichen Gesamtangebot ist das Kostenniveau allein durch die Einfuhrvertuierung um über 2 vH gestiegen. Der Kostendruck wurde verstärkt von den Lohnstückkosten, die freilich nicht nur als Folge zu hoher Lohnsteigerungen, sondern auch, ja vor allem als Folge der kapazitätsauslastungsbedingt schwachen Produktivitätsentwicklung deutlich anstiegen. Insoweit ist der Kostendruck also teilweise Reflex der schlechten Wirtschaftslage. Auch von den Zinsen her kamen zusätzliche Belastungen, die wiederum eng mit der Abwertungstendenz beim Wechselkurs der D-Mark zusammenhängen. Denn die hohen Zinsen mußten dazu beitragen, die tatsächliche Abwertung und damit die Importvertuierung immerhin in Grenzen zu halten.

Daß die erhöhten Kosten voll in den Preisen weitergegeben werden konnten, war vom Markt her nicht angelegt. Ohnehin war die Nachfrage schwach, und die zunehmende Abschöpfung von Kaufkraft durch das Ausland schwächte sie weiter. Andererseits war der Spielraum für Preiserhöhungen, den die Abwertung der D-Mark schuf, nicht gering. Aus dem Zusammenspiel von vor allem abwertungsbedingtem Kostendruck, Nachfrageschwäche und Überwälzungsspielräumen ergab sich so ein starker Anstieg vor allem bei den Preisen für industrielle Güter. Wie weit dabei die Kostensteigerungen weitergegeben, wie weit sie trotz hoher Preissteigerungen in gedrückten Gewinnmargen aufgefangen werden mußten, wie weit sie aber auch in Verzicht auf Produktion mündeten, läßt sich kaum trennen. Sicher waren auch die Möglichkeiten, steigende Kosten auf die Abnehmer zu überwälzen, von Branche zu Branche, von Unternehmen zu Unternehmen verschieden. Insgesamt war der Druck auf die Gewinnmargen jedoch groß.

Die Pufferfunktion der Gewinne verhinderte, daß der Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus, gemessen am Preisindex des Bruttosozialprodukts, über den des vergangenen Jahres hinausging. Er war mit reichlich 4 vH sogar geringer als 1980, als er 4,8 vH betrug. Sorge muß aber bereiten, daß die Gewinnkompression zu einer Situation ge-

führt hat, die so nicht von Dauer sein kann, und daß Entspannung bei höheren Preisen gesucht werden könnte. Entspannung ist aber auch ohne anhaltend hohe Preissteigerungen möglich, wenn bei wirtschaftlicher Belebung von den Lohnstückkosten und bei einer wieder höher bewerteten D-Mark von den Importpreisen her Entlastung kommt.

Man kann den Eindruck gewinnen, daß — weil so viel von der Kosten- und Preissteigerung über die reale Abwertung der D-Mark lief oder doch mit ihr zusammenhing — die Abwertung mit Abstand der Hauptschuldige an dem großen Geldwertschwund des Jahres 1981 gewesen ist. Bei einer solchen Betrachtung würde allerdings verkannt, daß sich hinter der Abwertung nicht zuletzt wiederum binnenwirtschaftlich zu vertretende Ursachen verbergen (Ziffer 182).

147. Von den Weltmarktpreisen für Industrierohstoffe war eigentlich Entlastung für das Preisniveau im Inland angelegt. Seit Herbst 1980 sanken deren Dollarpreise; sie lagen in den ersten acht Monaten rund 11 vH niedriger als im Jahr zuvor. Die Dollar-notierungen für Energierohstoffe kamen nach dem starken Anstieg seit 1979 zu Beginn des Jahres 1981 zum Stillstand. Im Herbst 1981 waren Energierohstoffe aber immer noch um fast 13 vH teurer als im Jahresdurchschnitt 1980. Insgesamt, unter Ein-schluß von Nahrungs- und Genußmitteln, waren die Rohstoffe im Herbst 1981 auf Dollarbasis etwa ebenso teuer wie ein Jahr zuvor.

Trotz der Preisberuhigung bei Rohstoffen auf den Weltmärkten kam es wegen der Abwertung der D-Mark zu einer ganz erheblichen Vertuierung importierter Rohstoffe. Von August 1980 bis August 1981 verteuerten sich diejenigen Rohstoffe, die die Bundesrepublik importiert, um rund 42 vH. Im gleichen Zeitraum war der Dollar um 40 vH teurer geworden. Mit dem rückläufigen Dollarkurs haben sich die eingeführten Rohstoffe seit September wieder verbilligt.

148. Nicht ganz so stark wie die Rohstoffpreise stiegen die Preise für importierte Halbwaren. Sie waren im August um rund 31 vH höher als ein Jahr zuvor. Der geringere Preisanstieg bei Halbwaren ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß, anders als bei Rohstoffen, mehr als die Hälfte der Einfuhr aus den europäischen Partnerländern kommt. Zum Anstieg der Preise der aus diesen Ländern importierten Halbwaren, selbst freilich zum Teil Folge der Abwertung der Währungen dieser Länder gegenüber dem Dollar, kam nicht noch eine Abwertung der D-Mark hinzu. Vielmehr gewann die D-Mark gegenüber den Währungen der Länder der Europäischen Gemeinschaft leicht an Wert.

149. Der Preisanstieg bei importierten Rohstoffen und Halbwaren verteuerte die Produktion im Inland auf allen Stufen.

Die inländischen Erzeugerpreise für Grundstoffe, die in die Produktion des verarbeitenden Gewerbes eingehen, waren im August um 7 vH teurer als ein Jahr zuvor. Der Anstieg hat sich im Verlauf des Jah-

res beschleunigt. Er war am stärksten bei den Erzeugnissen der chemischen Industrie, offenbar bedingt durch die Verteuerung des Öls, das hier auch als nichtenergetischer Rohstoff eingesetzt wird. Im August lagen hier die Preise um 10,5 vH höher als im Jahr zuvor. Bei Nichteisenmetallen und Metallhalbzeug waren es 9,5 vH. Der Preisanstieg von Baumaterial blieb trotz rückläufiger Nachfrage nach Bauleistungen ungebrochen. Kohle und Kohleprodukte kosteten im August 1981 11,9 vH, Erdöl- und Mineralölerzeugnisse rund 42 vH mehr als im Vorjahr. Seit her sind die Preise für Mineralölerzeugnisse, chemische Erzeugnisse und Nichteisenmetalle etwas zurückgegangen.

150. Eingeführte Fertigwaren, welche überwiegend aus der Europäischen Gemeinschaft kommen, verteuerten sich weniger als Rohstoffe und Halbwaren, denn, wie erwähnt, verlor die D-Mark gegenüber den europäischen Währungen nicht an Wert. Die Preise für Fertigwaren in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft stiegen allerdings kräftig, so daß eingeführte Fertigwaren im September immerhin 8 vH teurer waren als vor Jahresfrist. Dies erleichterte es auch inländischen Erzeugern von Fertigwaren, ihre Preise anzuheben. Sie standen zudem unter einem starken Kostendruck wegen der Verteuerung importierter Vorleistungen und einem durch die schwache Konjunktur verstärkten Lohnstückkostenanstieg. Es nimmt deswegen nicht wunder, daß im Inland die Preise für Fertigerzeugnisse im Verlauf des Jahres ebenfalls stark anstiegen. Im September lagen sie um 8,6 vH höher als ein Jahr zuvor.

151. Die Spielräume für Preiserhöhungen auf den ausländischen Märkten, die sich den deutschen Unternehmen durch die Abwertung der D-Mark boten, sind offenbar nur wenig genutzt worden. Die Preise exportierter Fertigwaren stiegen zwar auch wegen des verstärkten Kostendrucks im Inland im Durchschnitt der ersten neun Monate um rund 5 vH, also noch stärker als im Vorjahr. Doch bedeutete dies wegen der Abwertung der D-Mark einen wesentlich geringeren Preisanstieg in ausländischer Währung. Da die Preise im Ausland im allgemeinen wesentlich stärker stiegen als in der Bundesrepublik, gelang es den deutschen Exporteuren im Laufe des Jahres, Marktanteile wiederzugewinnen, bei Investitionsgütern mehr als bei Verbrauchsgütern.

152. Auch der Anstieg der Preise von importierten und im Inland produzierten Agrargütern trug erheblich zur Teuerung dieses Jahres bei. Der kräftige Anstieg der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ab Herbst 1980 setzte sich in diesem Jahr fort. Hauptsächlich wegen eines rückläufigen Angebots konnten die Landwirte beim Verkauf pflanzlicher Produkte im September um 9 vH, bei tierischen Produkten um 10 vH höhere Preise erzielen als vor Jahresfrist. Importierte Agrarprodukte waren in den ersten neun Monaten fast 9 vH teurer als ein Jahr zuvor.

Die Marktordnungspreise in der Europäischen Gemeinschaft wurden auch in diesem Jahr wieder her-

aufgesetzt, im Durchschnitt um 9,6 vH. Für die Landwirtschaft in der Bundesrepublik ergab sich ein Anstieg der Garantiepreise in D-Mark von durchschnittlich 5 vH, weil mit der Anhebung der Marktordnungspreise zugleich die für die Bundesrepublik gültigen Grenzausgleichssätze verringert wurden. Bei der Aufwertung der D-Mark im Rahmen des Europäischen Währungssystems Anfang Oktober wurden die Grenzausgleichssätze wieder erhöht, so daß die Garantiepreise für die deutsche Landwirtschaft von der Änderung des Wertes der D-Mark unbeeinflusst blieben (Ziffer 57). Gleichwohl ergab sich aus der Neuregelung ein erhöhter Agrarschutz. Denn importierte Marktordnungsgüter haben sich verteuert, weil die Grenzausgleichssätze vorerst höher sind als der höheren Bewertung der D-Mark am Devisenmarkt entsprochen hätte.

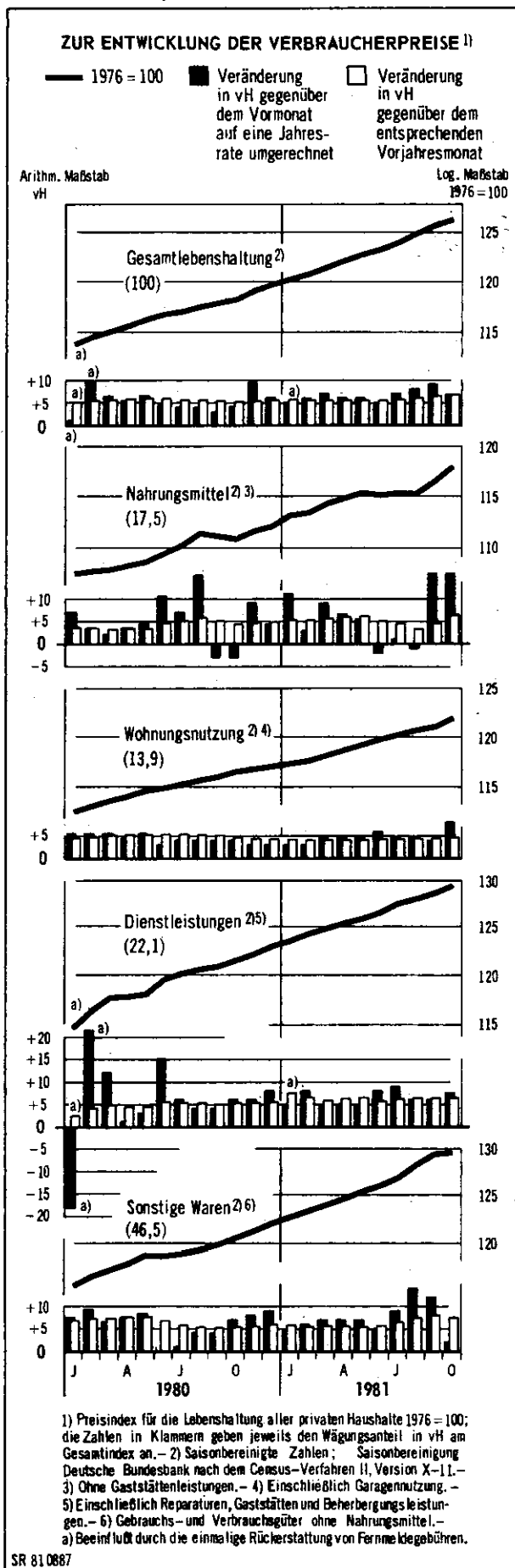
153. Die Bauunternehmen konnten wegen der rückläufigen Nachfrage nach Bauleistungen ihre Preise viel weniger anheben als in den beiden vorangegangenen Jahren, in denen diese zeitweise sogar mit zweistelligen Zuwachsraten gestiegen waren. Trotzdem lagen die Preise für private und öffentliche Bauten im August 1981 immer noch fast 6 vH höher als ein Jahr zuvor. Selbst im Straßenbau, einem Bereich, in dem die Nachfrage wegen der massiven Kürzungen öffentlicher Aufträge stark zurückging, stiegen die Preise noch an. Sie lagen im August 1981 fast 2 vH höher als vor einem Jahr.

154. Die Verbraucherpreise stiegen im Laufe des Jahres immer stärker an. Im Oktober lagen sie um 6,7 vH über dem Stand des Vorjahres. Im Durchschnitt des Jahres war die Lebenshaltung um 6 vH teurer als 1980 (Schaubild 19).

155. Besonders beunruhigend ist der starke Anstieg der Preise für industriell gefertigte Verbrauchsgüter und Gebrauchsgüter, die im Preisindex für die Lebenshaltung zur Gruppe der sonstigen Waren gehören. Diese verteuerten sich im Laufe dieses Jahres erheblich mehr als im letzten, und der Anstieg zeigt noch keine verlässliche Verlangsamung. Der Kern des Inflationsgeschehens liegt bei diesen Gütern, sowohl was dessen außenwirtschaftliche Seite als auch was die Gefahr der binnenwirtschaftlichen Anpassungsinfation angeht. Im Oktober waren die sonstigen Waren, deren Gewicht im Warenkorb des Preisindex für die Lebenshaltung 46,5 vH beträgt, um 7,8 vH teurer als ein Jahr zuvor.

Aus der allgemeinen Preisentwicklung heraus sprang der Anstieg der Preise für Kraftstoffe. Sie kosteten in den ersten neun Monaten ein Fünftel mehr als ein Jahr zuvor. Ab Mitte September sind die Benzinpreise dann schrittweise zurückgegangen. Die Wechselkursentwicklung und die Weltmarktlage beim Mineralöl spiegelten sich hier ziemlich unmittelbar. Auch Heizöl war in den ersten neun Monaten weit überdurchschnittlich verteuert, nämlich um 17 vH; inzwischen ist sein Preis ebenfalls etwas gesunken.

Schaubild 19



156. Die Preise für Nahrungsmittel haben nach einer vorübergehenden Preisberuhigung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres seit der Jahreswende wieder stärker angezogen. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate lagen sie um etwas über 5 vH höher als 1980. Ohne die starke Erhöhung der Garantiepreise für landwirtschaftliche Produkte in der Europäischen Gemeinschaft und ohne die abwertungsbedingte Verteuerung der Nahrungsmittel, die aus Ländern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft importiert werden, wäre der Preisanstieg für die Lebensmittel deutlich geringer ausgefallen. Zudem verteuerten sich Spirituosen durch die kräftige Erhöhung der Branntweinmonopolabgaben zum 1. April 1981.

157. Die Wohnungsmieten wurden in diesem Jahr im Durchschnitt nicht ganz so stark erhöht wie im letzten Jahr. Im Oktober waren sie um 4,5 vH höher als vor Jahresfrist. Dabei war der Anstieg der Mieten für Altbauwohnungen mit 5,4 vH stärker als der für Neubauwohnungen (4,3 vH) und hier wiederum im sozialen Wohnungsbau mit 4,7 vH stärker als im freifinanzierten Wohnungsbau (4,2 vH).

Durchschnittliche Werte spiegeln allerdings gerade bei den Wohnungsmieten die regional unterschiedliche Entwicklung nur unzureichend wider. So ist es wegen der Knappheit des Angebots und der zunehmenden Nachfrage nach Wohnungen in Ballungsgebieten dort häufig zu überdurchschnittlichen Mietpreisanhebungen gekommen.

Neue gesetzliche Regelungen, die die Möglichkeiten der Vermieter bei der Mietpreisgestaltung verbessern sollen, werden gegenwärtig beraten. Vorgesehen ist, daß die Mietparteien in Zukunft die Möglichkeit haben sollen, eine Staffelmiete zu vereinbaren, das heißt eine Miete, bei der künftige Mietpreisanhebungen schon bei Abschluß des Mietvertrages festgelegt werden. Das Zweite Wohnraumkündigungsschutzgesetz soll noch in einigen weiteren Punkten geändert werden.

158. Die Preise der Dienstleistungen stiegen 1981 mehr als in den vergangenen Jahren. Im Oktober 1981 waren sie um 6,5 vH höher als im Vorjahr. Staatlich beeinflusste Preise wurden dieses Jahr vermehrt heraufgesetzt. So wurden die Bahntarife gleich zweimal erhöht, insgesamt um 16,6 vH. Die zusätzlichen Einnahmen sollen helfen, den rapiden Anstieg des Defizits der Bundesbahn zu verringern. Die Postgebühren blieben annähernd konstant; für das nächste Jahr sind allerdings beim Brief- und Paketdienst größere Preiserhöhungen angekündigt.

V. Realeinkommen erstmals gesunken

159. Das Volkseinkommen, die Summe der Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie aus Unternehmer Tätigkeit und Vermögen, ist 1981 nur wenig gestiegen. Der Zuwachs ist mit 2 1/2 vH nicht einmal halb so groß wie im letzten Jahr. Real, also an der Kaufkraft gemessen, waren die Einkommen so-

gar deutlich niedriger als im Jahr 1980. Es wurde nicht nur weniger produziert, sondern ein größerer Teil der Produktion mußte an das Ausland abgetreten werden, weil sich die Terms of Trade weiter verschlechterten.

Die Arbeitnehmer, für die Reallohnsicherung im Mittelpunkt der Lohnrunde gestanden hatte, mußten im Ergebnis eine Verringerung ihres Realeinkommens hinnehmen. Noch mehr haben die Bezieher von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen eingebüßt. Diese Einkommen waren in der Summe sogar nominal deutlich niedriger als im Vorjahr. Allerdings gab es hier große Unterschiede. Bei insgesamt deutlich gedrücktem Niveau waren die Gewinne, die im Anpassungsprozeß erzielt werden konnten, in den einzelnen Bereichen der Wirtschaft sehr unterschiedlich. Nochmals recht kräftig sind hingegen die Zinseinkommen gestiegen.

Der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen erhöhte sich. Dies war jedoch eher überraschendes Ergebnis der Entwicklung im Laufe des Jahres als Folge einer forcierten Lohnpolitik. Daß die notwendige Korrektur in der nächsten Lohnrunde gefunden werden könnte, erscheint nicht unwahrscheinlich.

Änderungen der Abgabenregelungen und der Einkommensübertragungen, durch die der Staat in die Einkommensverteilung eingreift, spielten in diesem Jahr wieder eine größere Rolle als im vergangenen.

160. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die neben den Gewinnen der Unternehmen die Einkommen der Selbständigen, alle Zinseinkommen sowie Mieten und Pachten umfassen, waren in diesem Jahr um 3 vH niedriger als 1980. Schon in der zweiten Jahreshälfte 1980 waren sie im Zusammenhang mit der Produktionsabschwächung deutlich zurückgegangen. Im ersten Halbjahr 1981 stagnierten sie auf dem gedrückten Niveau trotz eines kräftigen Anstiegs der Zinseinkommen. Im späteren Verlauf des Jahres führte die Stabilisierung der Produktion bei rückläufiger Beschäftigung zu Produktivitätssteigerungen und in Verbindung mit mehr Spielraum, die Preise anzuhähen, wieder zu einem leichten Anstieg der Einkommen. Die vorangegangene Abnahme wurde dadurch jedoch nicht ausgeglichen.

161. Die Unternehmenseinkommen sind auf ganze Jahr gesehen offenbar erheblich zurückgegangen. Das zeigt sich, wenn von den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen die Vermögenseinkommen abgezogen werden. Die Vermögenseinkommen haben wegen des Anstiegs der Zinsen im Jahre 1981 besonders stark zugenommen; sie fließen allen Eigentümern von Vermögen, den Unternehmen nur zu einem kleinen Teil zu. Die verbleibende Restgröße enthält neben den Unternehmensgewinnen allerdings auch noch die Einkommen der Selbständigen; über sie gibt es, abgesehen von der Landwirtschaft, keine aktuellen Informationen.

162. In der Industrie ist der Ertragsrückgang in diesem Jahr wahrscheinlich besonders ausgeprägt gewesen. Darauf deutet die Entwicklung der Gewinnmargen im verarbeitenden Gewerbe hin (Ziffer 93). Anhaltspunkte über die aktuelle Situation liefern auch die Zwischenberichte von Industrieaktiengesellschaften zum 30. Juni 1981. Danach haben die Erträge des Vorjahres nur in wenigen Unternehmen gehalten werden können.

Im Blick muß dabei sein, daß nach Untersuchungen der Deutschen Bundesbank die Unternehmenserträge im Laufe des vergangenen Jahrzehnts tendenziell rückläufig waren und daß nur wenige Jahre eine gewisse Erholung in dieser Entwicklung markieren (Ziffer 485). Die gleiche Entwicklung zeigt sich, wenn man die Verhältnisse nur bei den Industrieaktiengesellschaften zugrunde legt. Allerdings entwickelten sich die Gewinne in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich. Stark war der Rückgang in der elektrotechnischen Industrie, ausgeprägt auch in der chemischen Industrie. Die Automobilindustrie konnte den Ertragseinbruch, den sie Mitte der siebziger Jahre zu verzeichnen hatte, wieder weitgehend wettmachen. Auch der Maschinenbau gewann nach einem erheblichen Ertragsrückgang zu Beginn der siebziger Jahre in jüngerer Zeit wieder an Boden.

163. In der Landwirtschaft hat die Verschlechterung der Einkommenslage angehalten. Die starke Verteuerung der Betriebsmittel und der Kredite konnte nicht durch eine Verbesserung der Erlöse aufgefangen werden. Für das Wirtschaftsjahr 1980/81 ist insgesamt mit einem Einkommensrückgang in der Größenordnung von 12 vH zu rechnen; von der Einkommensentwicklung her hat der Druck auf eine Beschleunigung des Strukturwandels und auf einen Abbau der hohen Agrarüberschüsse also zugenommen (JG 80 Ziffern 417 ff.).

Zu der hier und da befürchteten Welle von Insolvenzen und Notverkäufen ist es gleichwohl nicht gekommen. Die Anzahl der Insolvenzen in der Landwirtschaft ist nach wie vor sehr niedrig. Im Verlauf des Jahres hat dann der Anstieg der Erzeugerpreise die Einkommenssituation in der Landwirtschaft wieder etwas entspannt.

164. Die Lohneinkommen der Arbeitnehmer haben sich in diesem Jahr um knapp 5 vH erhöht. Da im laufenden Jahr rund 200 000 weniger Arbeitnehmer beschäftigt waren, ist die Steigerung der Einkommen je beschäftigten Arbeitnehmer etwas höher; sie beträgt fast 6 vH, verglichen mit 6,5 vH im Jahre 1980.

Der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, der schon 1980 kräftig zugenommen hatte, ist auch in diesem Jahr noch einmal angestiegen. Mit fast 74 vH war die Lohnquote höher als in der Rezessionsphase 1974/75. Der Anstieg hängt zu einem wesentlichen Teil allerdings damit zusammen, daß der Anteil der abhängig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen weiter zugenommen hat. Berücksichtigt man diesen Wandel in der Erwerbstätigenstruktur, so bleibt es zwar dabei,

daß die Lohnquote gegenüber dem Vorjahr beträchtlich gestiegen ist; an das hohe Niveau von 1974/75 reicht sie jedoch nicht ganz heran (Tabelle 14).

Die Lohnquote und deren Veränderung sagt über die Entwicklung der personellen Einkommensverteilung nichts und über die der funktionellen Einkommensverteilung nur wenig aus. So sind etwa Schlüsse darüber, wie sich der Einkommensteil entwickelt hat, der als Entgelt für den wachsenden Kapitaleinsatz der Wirtschaft zur Verfügung steht, aufgrund der Lohnquote nicht möglich. Zu heterogen ist die Größe der Gewinn- und Vermögenseinkommen. Der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit an der Wertschöpfung in einzelnen Wirtschaftsbereichen ist hier schon etwas aussagekräftiger. Im verarbeitenden Gewerbe hat sich diese Quote in den Jahren 1960 bis 1980 von 65¹/₂ vH auf 82 vH erhöht. In noch engerer Abgrenzung, nämlich für einen wichtigen Teil der Industrie, läßt sich eine Brutto-lohnquote aufgrund der Bilanzen von Industrieaktiengesellschaften bestimmen. Darin ist der gesamte Personalaufwand auf die Wertschöpfung der Unter-

nehmen bezogen. Diese Quote ist zwischen 1960 und 1980 laufend gestiegen, und zwar von rund 70 vH auf rund 81 vH. Sie war bei den kleineren Aktiengesellschaften höher als bei den größeren. Im Niveau sind diese Quoten mit der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote nicht vergleichbar.

165. Zu fragen ist, wie sich die Entwicklung der Löhne aus gesamtwirtschaftlicher Sicht darstellt, wenn gleichzeitig die Produktivitätsentwicklung und die Steigerung von anderen Kosten und Preisen ins Bild genommen wird, kurz wie sich die Reallohnposition der Arbeitnehmer verändert hat. Sie war dieses Jahr erneut höher als im Vorjahr. Zwar ist der Lohnaufwand für die Beschäftigung eines Arbeitnehmers etwas weniger gestiegen als im letzten Jahr. Das Produktionsergebnis je Erwerbstätigen erhöhte sich aber kaum. Was an Produktivitätszuwachs erzielt wurde, war nur etwas mehr als das, was an erhöhten Kapitalkosten in Rechnung zu stellen ist. Außerdem haben sich die Austauschbedingungen mit dem Ausland nochmals stark verschlechtert. Von Veränderungen der indirekten Steuern und Subventionen gab es geringe Entlastungen. Bezieht man schließlich ein, daß die Preise, die die Unternehmen im Inland erzielen konnten, erneut stark angestiegen sind, dann ergibt sich alles in allem in diesem Jahr ein Anstieg der Reallohnposition der Arbeitnehmer um 1,1 vH (Tabelle 15).

Tabelle 14

Zur Entwicklung der Lohnquote
vH

Jahr	Lohnquote		Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen
	tatsächlich ¹⁾	bereinigt ²⁾	
1960	60,4	60,4	77,2
1961	62,7	62,1	78,0
1962	64,1	62,8	78,8
1963	65,1	63,2	79,5
1964	64,8	62,3	80,3
1965	65,6	62,6	80,9
1966	66,6	63,3	81,2
1967	66,4	63,2	81,1
1968	64,8	61,3	81,6
1969	66,1	61,8	82,5
1970	67,8	62,7	83,4
1971	69,1	63,6	83,9
1972	69,5	63,8	84,2
1973	70,7	64,6	84,5
1974	72,6	66,3	84,5
1975	72,3	66,1	84,5
1976	71,3	64,9	84,9
1977	71,5	64,7	85,2
1978	71,0	64,0	85,6
1979	70,9	63,6	86,1
1980	72,2	64,5	86,4
1981 ⁴⁾	73,7	65,7	86,6

¹⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.

²⁾ Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁴⁾ Eigene Schätzung.

166. In diesem Jahr hat der Staat die Lohn- und Einkommensteuer gesenkt. Diesen Entlastungen standen höhere Beitragszahlungen an die Rentenversicherung und die Krankenversicherung gegenüber. Staatliche Übertragungen an private Haushalte wurden aus sozialpolitischen und familienpolitischen Gründen erhöht, sie stiegen aber auch infolge der sich verschlechternden Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt an. Insgesamt betrafen diese Maßnahmen mehr die privaten Haushalte als die Unternehmen.

167. Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen fielen um 2 vH, die Bruttoeinkommen um 3 vH niedriger aus als im letzten Jahr (Tabelle 16). Die Vorauszahlungen auf die Steuerschuld wurden bei vielen Unternehmen wegen der schlechten Ertragslage herabgesetzt. Überdies wurde die Änderung des Steuertarifs, die seit dem 1. Januar dieses Jahres gilt, in den Vorauszahlungen teilweise berücksichtigt. Weitere Steuerentlastungen, wie beispielsweise die erhöhte steuerliche Abzugsfähigkeit von Vorsorgeaufwendungen, führen erst in späteren Jahren zu geringeren Steuerzahlungen.

168. Für die Arbeitnehmer brachten die Änderung des Steuertarifs, die bundeseinheitliche Regelung der Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten und der schon seit dem letzten Jahr höhere Weihnachtsfreibetrag eine Dämpfung des Anstiegs der Abgaben an den Staat. Dem stand freilich die Heraufsetzung der Beiträge an die Sozialversicherung gegenüber. Denn im Jahre 1978 war festgelegt worden, zur Konsolidierung der Rentenversicherung

Tabelle 15

Zur Entwicklung der Reallohnposition¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Brutto- lohn- und -gehalts- summe je Arbeit- nehmer ²⁾	Lohn- kosten- effekt der Arbeit- geber- beiträge ³⁾	Produk- tivitäts- effekt ⁴⁾	Kapital- kosten- effekt	Terms of Trade- Effekt ⁵⁾	Kosten- effekt von in- direkten Steuern und Sub- ventionen	Preis- effekt (Privater Ver- brauch und staat- liche Käufe)	Reallohn- position, neue Rechnung (1)+(2) minus (3) bis (7)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
1963	+ 6,0	-0,1	+3,0	-0,1	-0,3	+0,7	+3,0	-0,5
1964	+ 9,6	-0,8	+7,4	-0,1	+0,1	-0,1	+2,4	-1,0
1965	+ 8,9	+0,3	+5,4	-0,4	-0,1	+0,8	+3,1	+0,1
1966	+ 7,0	+0,4	+2,9	-0,4	+0,0	+0,1	+3,8	+0,8
1967	+ 3,1	-0,1	+3,6	-0,5	+0,2	-0,5	+1,5	-1,3
1968	+ 6,4	+0,5	+6,7	-0,8	-0,2	+1,4	+2,2	-2,2
1969	+ 9,1	+0,2	+6,7	-0,7	+0,1	-2,6	+2,3	+3,3
1970	+15,1	+0,8	+5,0	-0,4	+0,8	+2,4	+4,7	+2,7
1971	+11,0	+0,3	+3,3	-0,5	+0,6	+0,0	+6,1	+1,5
1972	+ 9,1	+0,9	+4,4	+0,5	+0,4	-0,2	+5,4	-0,6
1973	+11,9	+0,7	+5,0	+0,3	-0,9	+0,3	+7,1	+0,5
1974	+11,0	+0,7	+2,8	-0,6	-1,4	+1,0	+7,7	+2,0
1975	+ 7,1	+0,6	+1,9	-0,0	+1,1	+1,0	+6,1	-2,5
1976	+ 7,7	+0,9	+7,0	-0,2	-0,6	-0,3	+4,1	-1,3
1977	+ 7,0	-0,3	+3,5	-0,4	+0,0	-0,1	+3,8	-0,2
1978	+ 5,3	+0,4	+2,7	+0,0	+0,9	-0,1	+2,7	-0,6
1979	+ 5,7	+0,2	+3,5	-0,7	-0,9	-0,5	+4,4	-0,1
1980	+ 6,6	-0,1	+1,1	-0,4	-1,3	+0,1	+5,9	+1,1
1981 ⁷⁾	+ 5,6	+0,5	+0,7	-0,3	-1,3	+0,1	+5,9	+1,1

¹⁾ Gesamtwirtschaft ohne Staat. Berechnung der Spalte (8) durch multiplikative Verknüpfung. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang V, Abschnitt B.

²⁾ Inland.

³⁾ Tatsächliche und unterstellte Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

⁴⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen.

⁵⁾ Gesamtwirtschaft.

⁶⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁷⁾ Eigene Schätzung.

den Beitragssatz 1981 von 18 vH auf 18,5 vH zu erhöhen. Der drastische Anstieg der Kosten im Gesundheitswesen hat auch die Krankenversicherungen veranlaßt, ihre Beitragssätze anzuheben, und zwar durchschnittlich um ebenfalls $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt. Die Nettoeinkommen nahmen bei einem Anstieg der gesamten Abzüge um 6 vH nur um rund $3\frac{1}{2}$ vH zu.

169. Die Einkommen, die der Staat an die privaten Haushalte überträgt, sind in diesem Jahr, nimmt man sie mit den Rentenzahlungen zusammen, nahezu doppelt so stark gestiegen wie die Arbeitseinkommen, und zwar um fast 8 vH auf 238 Mrd DM. Da die Arbeitslosigkeit zugenommen hat, waren die Unterstützungszahlungen an die Arbeitslosen 1981 mit

Tabelle 16

Verteilung des Volkseinkommens
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Zeitraum	Volks- einkommen	Einkommen aus			
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit und Vermögen	
		brutto ¹⁾	netto ^{2) 3)}	brutto ⁴⁾	netto ^{3) 5)}
1965 bis 1970 } ⁶⁾	+ 8,3	+ 9,0	+ 7,1	+ 6,8	+ 7,8
1971 bis 1980 } ⁶⁾	+ 7,7	+ 8,2	+ 6,8	+ 6,4	+ 6,3
1965 bis 1980 } ⁶⁾	+ 8,1	+ 8,8	+ 7,1	+ 6,6	+ 6,8
1970	+15,2	+18,1	+14,9	+ 9,5	+14,7
1971	+10,9	+13,0	+10,6	+ 6,4	+ 5,9
1972	+ 9,2	+ 9,9	+ 9,1	+ 7,6	+ 7,9
1973	+11,7	+13,5	+ 9,0	+ 7,5	+ 3,2
1974	+ 7,1	+10,0	+ 7,8	+ 0,1	+ 0,3
1975	+ 4,4	+ 4,1	+ 3,6	+ 5,4	+ 8,2
1976	+ 8,9	+ 7,4	+ 3,9	+12,8	+11,2
1977	+ 6,7	+ 6,9	+ 5,9	+ 6,0	+ 1,4
1978	+ 7,4	+ 6,7	+ 7,5	+ 9,1	+12,6
1979 } ⁷⁾	+ 7,8	+ 7,7	+ 7,8	+ 8,3	+10,6
1980 } ⁷⁾	+ 6,0	+ 7,9	+ 6,4	+ 1,4	+ 2,4
1981 ⁸⁾	+ $2\frac{1}{2}$	+ 5	+ $3\frac{1}{2}$	+ 3	- 2

¹⁾ Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

²⁾ Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer (einschließlich Erstattungen beim Jahreslohnsteuerausgleich) und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.

³⁾ Die direkten Steuern sind unter anderem nicht bereinigt um den Saldo aus Erstattungen und Nachzahlungen von Steuern auf Einkünfte aus unselbständiger Arbeit der gemäß § 46 EStG veranlagten Lohnsteuerpflichtigen.

⁴⁾ Im wesentlichen: Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

⁵⁾ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich direkter Steuern und ähnlichem wie zum Beispiel Pflichtbeiträge der Selbständigen zur Sozialversicherung.

⁶⁾ Durchschnittlich jährliche Veränderung.

⁷⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁸⁾ Eigene Schätzung.

Tabelle 17

Jahr	Rentenniveau		
	Monatliche Rente ^{1) 2)}	Altersruhegeld ^{1) 3)} gemessen am	
		Brutto-	Netto-
	bei 40 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren		
DM	vH		
1957	214,10	50,9	59,3
1958	214,10	48,2	56,7
1959	227,10	48,6	57,1
1960	240,60	47,3	56,3
1961	253,60	45,3	54,3
1962	266,30	43,6	52,5
1963	283,90	43,8	53,0
1964	307,10	43,5	53,0
1965	335,90	43,7	52,7
1966	363,80	44,1	54,0
1967	392,90	46,1	56,7
1968	424,50	46,0	57,4
1969	459,80	45,7	57,9
1970	489,00	44,0	56,9
1971	515,90	41,5	54,6
1972	548,40	43,5	57,3
1973	600,40	41,6	56,6
1974	668,60	41,6	57,4
1975	743,50	43,2	59,5
1976	826,00	44,8	63,3
1977	916,90	46,3	66,2
1978	1 008,10	46,1	65,2
1979	1 053,50	45,7	64,4
1980	1 095,60 ⁴⁾	44,6	63,5
1981 ⁵⁾	1 139,50	42,8	61,7

¹⁾ Für Bestandsrenten in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei einer persönlichen Bemessungsgrundlage von 100 vH (Durchschnittsverdienst).

²⁾ Rentenbetrag am 1. Januar des Jahres.

³⁾ Rentenbetrag im Kalenderjahr; Abzug (1968, 1969) und Rückzahlung (1972) des Krankenversicherungsbeitrages berücksichtigt.

⁴⁾ Durchschnittliches Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten; das Nettoarbeitsentgelt ist daraus berechnet durch Abzug der durchschnittlichen Belastung aller beschäftigten Arbeitnehmer mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen entsprechend den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

⁵⁾ Eigene Schätzung.

⁶⁾ Schätzung.

Quelle: BMA

9¹/₂ Mrd DM um 3¹/₂ Mrd DM höher als 1980. Überdies wurden zu Beginn des Jahres die familienpolitischen Leistungen ausgeweitet. Das Kindergeld wurde aufgestockt; die Zahlungen nahmen von 17,3 Mrd DM im Jahre 1980 auf 19 Mrd DM im Jahre 1981 zu. Auch die familienbezogenen Leistungen beim Wohngeld wurden angehoben. Insgesamt stiegen die Ausgaben hier gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mrd DM auf etwas über 1 Mrd DM. Die Rentenerhöhung war für dieses Jahr vergleichsweise niedrig bemessen. Um das finanzielle Gleichgewicht der Rentenversicherung wieder herzustellen, war im Jahre 1978 abweichend von der bisherigen Praxis der Anstieg der Renten für drei Jahre von der Entwicklung der Bruttolöhne losgelöst worden; die Renten wurden 1981 um 4 vH angehoben. Sie sind damit schwächer gestiegen als das durchschnittliche Einkommen der Arbeitnehmer (Tabelle 17).

170. In der Summe ergaben die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer, die Rentenzahlungen und die sonstigen Einkommensübertragungen des Staates an die privaten Haushalte sowie die Einkommen, die diese aus selbständiger Tätigkeit, aus der Gewinnausschüttung von Unternehmen und aus Zinsen erzielten, für die Haushalte ein verfügbares Einkommen, das mit 999 Mrd DM um rund 5¹/₂ vH höher was als 1980. Im letzten Jahr hatte die Zunahme merklich höher gelegen.

171. War den Haushalten unter Berücksichtigung des Geldwertschwundes 1980 ein Mehr an Kaufkraft von rund 2 vH geblieben, so mußten sie 1981 bei Preisen, die um 6 vH höher lagen als im Vorjahr, einen Verlust an Kaufkraft hinnehmen (Tabelle 18). Ihr verfügbares Realeinkommen ist damit erstmals gesunken.

172. Fraglich ist, wieviel von dieser Entwicklung auf die kräftige reale Abwertung der D-Mark 1981 zurückgeht. Ohne Abwertung wäre weniger Kaufkraft an das Ausland abgetreten worden; die Realeinkommen wären insoweit höher gewesen. Ohne Abwertung hätte aber auch weniger exportiert werden können, und es wäre mehr importiert worden; die aus inländischer Produktion verdienten Einkommen wären insoweit niedriger ausgefallen. Die Schätzungen sind nicht eindeutig, ob ihm Jahre 1981 die negativen oder die positiven Einkommenswirkungen dominierten. Im allgemeinen dürften à la longue die positiven Wirkungen der Abwertung überwiegen, vorausgesetzt, daß eine Anpassungs-inflation unterbleibt, welche die günstigen Wirkungen der Abwertung auf die Exporte und die Importmen-gen rasch zunichte machen könnte.

Fest steht: Das Jahr 1981 brachte einen Rückgang an realer Kaufkraft — und das hat es seit Bestehen der Bundesrepublik noch nicht gegeben.

Zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte¹⁾

Jahr	Nettolohn- und -gehaltssumme ²⁾	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ³⁾	Empfangene laufende Übertragungen ⁴⁾	Verfügbares Einkommen ⁵⁾	Nettolohn- und -gehaltssumme ²⁾	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ³⁾	Empfangene laufende Übertragungen ⁴⁾	Verfügbares Einkommen ⁵⁾	
								nominal	real ⁶⁾
Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH					
1965 bis 1970	XXXXXXXXXX				+ 7,1	+ 9,4	+ 7,5	+ 7,7	+ 5,1
1971 bis 1980 ⁷⁾					+ 7,6	+ 9,5	+ 12,5	+ 9,1	+ 3,2
1965 bis 1980					+ 7,1	+ 8,9	+ 9,8	+ 8,1	+ 3,7
1970	236,87	111,26	77,80	425,93	+ 14,9	+ 9,0	+ 5,5	+ 11,5	+ 7,7
1971	262,03	123,28	86,17	471,48	+ 10,6	+ 10,8	+ 10,8	+ 10,7	+ 5,0
1972	285,77	141,01	97,59	524,37	+ 9,1	+ 14,4	+ 13,3	+ 11,2	+ 5,3
1973	311,41	151,64	108,86	571,91	+ 9,0	+ 7,5	+ 11,5	+ 9,1	+ 1,8
1974	335,75	158,05	126,45	620,25	+ 7,8	+ 4,2	+ 16,2	+ 8,5	+ 1,4
1975	347,85	173,88	159,98	681,71	+ 3,6	+ 10,0	+ 26,5	+ 9,9	+ 3,5
1976	361,28	188,67	171,19	721,14	+ 3,9	+ 8,5	+ 7,0	+ 5,8	+ 1,3
1977	382,74	197,80	185,49	766,03	+ 5,9	+ 4,8	+ 8,4	+ 6,2	+ 2,4
1978	411,59	208,43	196,07	816,09	+ 7,5	+ 5,4	+ 5,7	+ 6,5	+ 3,8
1979 ⁸⁾	443,90	232,05	206,77	882,72	+ 7,9	+ 11,3	+ 5,5	+ 8,2	+ 4,1
1980 ⁸⁾	472,17	254,98	220,86	948,01	+ 6,4	+ 9,9	+ 6,8	+ 7,4	+ 1,9
1981 ⁹⁾	490	271	238	999	+ 3 ¹ / ₂	+ 6 ¹ / ₂	+ 8	+ 5 ¹ / ₂	- ¹ / ₂

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

²⁾ Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.

³⁾ Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.

⁴⁾ Soziale Leistungen vom Staat, von Unternehmen, von privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter und von der übrigen Welt nach Abzug nichtzurechenbarer geleisteter laufender Übertragungen und der Lohnsteuer auf Pensionen.

⁵⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

⁶⁾ Deflationiert mit dem Preisindex des Privaten Verbrauchs (1970 = 100).

⁷⁾ Durchschnittlich jährliche Veränderung.

⁸⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁹⁾ Eigene Schätzung.

VI. Weiterhin außenwirtschaftliches Ungleichgewicht

Defizit der Leistungsbilanz noch hoch

173. Bereits im dritten Jahr hintereinander gehört ein Leistungsbilanzdefizit in erheblicher Höhe zu der Vielzahl der Probleme, mit denen sich die Wirtschaftspolitik konfrontiert sieht. Trotz der sich abzeichnenden Wende besteht weiterhin ein beträchtlicher Anpassungsbedarf. Der Fehlbetrag belief sich von Januar bis September 1981 auf 26,8 Mrd DM. Das Defizit wird sich im weiteren Verlauf dieses Jahres voraussichtlich noch ein wenig vermindern. Im Jahre 1980 waren es 30 Mrd DM gewesen (Tabelle 19). Der Vergleich mit dem Vorjahr läßt freilich die Verbesserung der außenwirtschaftlichen Situation, die sich im Jahresverlauf 1981 ergab, nicht voll

sichtbar werden. Nachdem die Leistungsbilanz, schaltet man Saisoneinflüsse aus, im ersten Vierteljahr mit einem Defizit von 9,8 Mrd DM noch einmal besonders tief in die roten Zahlen geraten war, setzte sich im zweiten Vierteljahr eine deutliche Besserung durch, die im dritten Vierteljahr bestätigt wurde (Schaubild 20). Ausschlaggebend dafür war die positive Entwicklung des Warenhandels, der in diesem Jahr voraussichtlich einen Überschuß von 23 Mrd DM aufweisen wird, nach 9 Mrd DM 1980. Die seit 1979 eingetretene reale Abwertung der D-Mark hat in diesem Jahr trotz der Konjunkturschwäche in der Welt die deutschen Exporte kräftig steigen lassen und dazu beigetragen, daß die Importe real abgenommen haben. Als Anzeichen für die Fortschritte, die bei der Überwindung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts erreicht wurden, können darüber hinaus die seit August wieder zu beobachtende Aufwertungstendenz für die D-Mark sowie die nachgebenden Zinsen gewertet werden.

Tabelle 19

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz
 Mrd DM

Posten	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981 Jan-Sep
A. Leistungsbilanz	+12,4	+26,6	+ 9,9	+ 9,9	+ 9,5	+18,4	- 9,6	-29,8	-26,8
1. Handelsbilanz ¹⁾	+33,0	+50,8	+37,3	+34,5	+38,4	+41,2	+22,4	+ 8,9	+13,4
Ausfuhr	178,4	230,6	221,6	256,6	273,6	284,9	314,5	350,3	287,2
Einfuhr	145,4	179,7	184,3	222,2	235,2	243,7	292,0	341,4	273,7
2. Dienstleistungsbilanz	- 5,0	- 7,0	- 8,3	- 6,6	-10,8	- 7,4	-11,5	-14,7	-19,5
darunter:									
- Reiseverkehr	-10,9	-12,4	-14,7	-14,6	-16,4	-19,0	-21,9	-25,8	-21,8
- Kapitalerträge	+ 1,6	+ 0,9	+ 2,4	+ 3,3	+ 0,4	+ 5,1	+ 4,5	+ 3,2	- 3,1
- Transportleistungen	+ 4,4	+ 5,9	+ 6,0	+ 5,7	+ 6,0	+ 5,7	+ 6,3	+ 8,1	+ 5,8
3. Übertragungsbilanz	-15,5	-16,1	-17,9	-17,8	-18,2	-17,4	-20,7	-24,0	-20,6
darunter:									
- Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte	- 8,2	- 7,7	- 7,4	- 6,7	- 6,1	- 5,9	- 6,5	- 6,9	- 5,8
- Nettobeitrag zum Haushalt der Europäischen Gemeinschaften	- 1,9	- 1,7	- 3,5	- 3,3	- 3,7	- 2,3	- 4,1	- 4,1	- 5,0
4. Ergänzungen zum Warenverkehr ²⁾ und Transithandel	- 0,1	- 1,3	- 1,2	- 0,1	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,1
B. Kapitalbilanz (Kapitalexport: -)	+13,1	-25,3	-13,3	- 1,0	- 0,3	+ 5,4	+ 9,9	+ 5,6	+30,5
1. Langfristige Kapitalbilanz	+13,0	- 6,3	-18,2	- 1,5	-12,9	- 2,9	+10,8	+ 6,9	+14,5
darunter:									
- Direktinvestitionen	+ 0,9	+ 0,5	- 3,3	- 3,5	- 3,2	- 4,1	- 6,3	- 6,2	- 2,6
- Portfolioinvestitionen	+ 6,9	- 3,0	- 4,2	+ 3,9	- 3,1	- 1,0	+ 2,9	- 6,7	- 2,1
- Kredite und Darlehen der Banken	+ 8,0	- 2,4	-11,4	- 3,7	- 4,4	+ 6,2	+16,6	- 0,1	+ 4,2
- Öffentliche Kredite	- 2,2	- 0,9	+ 1,2	+ 2,4	- 1,6	- 3,3	- 1,5	+21,4	+16,3
2. Kurzfristige Kapitalbilanz	+ 0,2	-19,0	+ 4,9	+ 0,4	+12,6	+ 8,4	- 1,0	- 1,2	+16,0
darunter:									
- Kurzfristige Nettoforderungen der Banken	- 5,1	- 9,7	- 2,3	+ 6,7	+ 8,1	+10,1	+ 4,3	- 9,3	- 2,8
- Finanzkredite	+ 0,6	+ 3,1	+ 2,5	- 0,0	+ 8,5	+ 1,1	- 3,2	+13,3	+15,4
- Handelskredite	+ 4,6	-12,4	+ 4,1	- 5,7	- 3,9	- 3,9	- 1,7	- 4,8	- 1,6 ³⁾
C. Saldo der statistisch erfaßten Transaktionen (A + B)	+25,5	+ 1,3	- 3,4	+ 8,9	+ 9,2	+23,9	+ 0,2	-24,2	+ 3,7
D. Saldo der statistisch nicht auf- gliederbaren Transaktionen (Restposten)	+ 0,9	- 3,2	+ 1,1	- 0,1	+ 1,2	- 4,1	- 5,2	- 3,7	+ 1,7
E. Saldo aller Transaktionen im Leistungs- und Kapitalverkehr (C + D)	+26,4	- 1,9	- 2,2	+ 8,8	+10,5	+19,8	- 5,0	-27,9	+ 5,4
F. Ausgleichsposten zur Auslands- position der Bundesbank³⁾	-10,3	- 7,2	+ 5,5	- 7,5	- 7,9	- 7,6	- 2,3	+ 2,2	- 0,4
G. Veränderung der Nettoauslands- aktiva der Bundesbank (Zunahme: +)	+16,1	- 9,1	+ 3,3	+ 1,3	+ 2,6	+12,2	- 7,3	-25,7	+ 5,0

¹⁾ Spezialhandel; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.

²⁾ Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung.

³⁾ Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank (Devisenbilanz), die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Auslandsposition der Bundesbank.

⁴⁾ Januar bis August.

Quelle: Deutsche Bundesbank

174. Die Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Situation in den Jahren 1979 und 1980 hatte vor allem im Zeichen der starken Rohstoffverteuerung auf den Weltmärkten und insbesondere der drastischen Anhebung der Ölpreise gestanden. Eine unbefriedigende Entwicklung der Ausfuhr- und Einfuhren war hinzugekommen. Im Jahre 1981 war es der sinkende Außenwert der D-Mark, der die Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben im Handel und im sonstigen Leistungsverkehr mit dem Ausland prägte, im schlechten zunächst, im guten sodann. Die Verteuerung der Einfuhr, die aus der Abwertung resultierte, schlug anfangs stärker zu Buche als der fördernde Einfluß der Abwertung auf das Exportgeschäft und deren dämpfende Wirkung auf die Einfuhren. Im Verlauf des Jahres kehrten sich die Gewichte der Einflüsse aber um; die Entlastung überwog zunehmend. Zu der verhältnismäßig raschen Besserung der Situation trugen in entscheidendem Maße auch die konjunkturbedingte Abschwächung der Einfuhr und das Drängen in den Export aus Mangel an Inlandsnachfrage bei.

Daß die Mengenwirkungen einer Wechselkursänderung gegenüber den Preiswirkungen erst nach einiger Zeit durchschlagen, ist keine neue Erfahrung. Auch die kräftige reale Höherbewertung der D-Mark zwischen 1975 und 1978 hatte nicht sofort zu einer Abnahme der außenwirtschaftlichen Überschüsse geführt, im Gegenteil. Die Reaktion auf die starke Verminderung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit vollzog sich erst in den letzten beiden Jah-

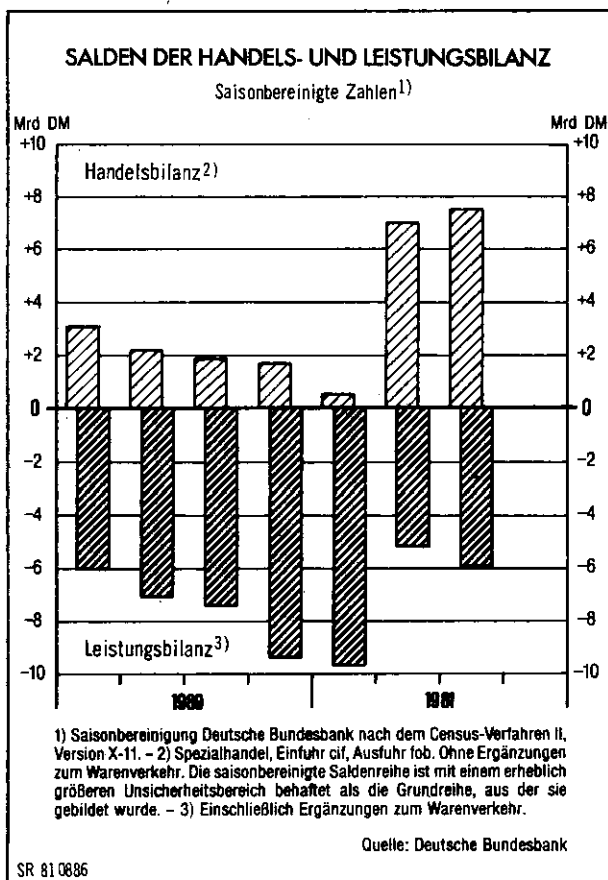
ren und trug zusammen mit dem Konjunkturgefälle zwischen Inland und Ausland wesentlich zum Umschlagen des Leistungsbilanzsaldos bei. Die anschließende Abnahme des Außenwerts der D-Mark hat die aktuelle Wettbewerbsposition der heimischen Produzenten wieder deutlich verbessert. Dabei war es nicht nur diese Abwertung, die die Absatzchancen der deutschen Anbieter erhöhte, sondern auch die Tatsache, daß der Preis- und Kostenauftrieb im Ausland stärker war als im Inland, die reale Abwertung also höher war als die nominale.

175. Im Jahresergebnis vor allem des Warenhandels kommt dieses Gemisch von Faktoren zum Ausdruck. Dem Werte nach ergab sich bei der Ausfuhr in den ersten neun Monaten dieses Jahres eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 11 vH; die Steigerung bei den Einfuhrwerten machte 8 vH aus. Da sich die Einfuhrgüter im Durchschnitt um etwa 13 vH, die Ausfuhrgüter aber nur um knapp 7 vH verteuerten, war die Einfuhr dem Volumen nach um mehr als 4 vH niedriger, die Ausfuhr um 4 vH höher als ein Jahr zuvor.

176. Eine Aufgliederung der Ausfuhr nach Ländern zeigt, daß besonders die Ausfuhr in die OPEC-Staaten einen außerordentlichen Aufschwung genommen hat. Diese weiteten ihre Nachfrage nach Industriegütern wieder verstärkt aus, und deutsche Exporteure konnten, unterstützt durch die Vorteile aus den gegebenen Wechselkursen, in den ersten neun Monaten 1981 dorthin dem Wert nach fast 46 vH mehr liefern als ein Jahr zuvor. Ebenfalls lebhaft war der Export in die Gruppe der übrigen Entwicklungsländer. Sie steigerten ihre Bezüge deutscher Waren in den ersten neun Monaten um 24 vH; hier konzentrierte sich freilich das Geschäft auf einige Länder. Auch bei der Ausfuhr in Industrieländer, in die mehr als drei Viertel des deutschen Exports gehen, war die Aufwärtsentwicklung nicht einheitlich. Es verwundert nicht, daß sich die Ausfuhr in die Vereinigten Staaten am stärksten belebte. Der Dollarkurs und die in den Vereinigten Staaten insgesamt günstigere Wirtschaftslage erklären es. Den deutschen Anbietern gelang es nicht nur, den schweren Einbruch vom Sommer 1980 zu überwinden, sondern ihre Lieferungen im Verlauf dieses Jahres über das vor diesem Einbruch erreichte Niveau hinaus zu steigern, und zwar so stark, daß schließlich das Gesamtergebnis der ersten neun Monate um 13 1/2 vH höher lag als ein Jahr zuvor. Der Handel mit den europäischen Partnerländern stand im Zeichen einer schwächeren realen Abwertung der D-Mark; außerdem war die Konjunkturlage in Europa durchweg ungünstiger als in Amerika. Der Anstieg der Exporte in diese Länder im Verlauf dieses Jahres war daher weniger groß. Ihm war freilich im letzten Jahr auch kein so großer Rückschlag vorangegangen wie beim Amerikageschäft. Von Januar bis September 1981 ergab sich gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum eine Ausfuhrsteigerung um 5 1/2 vH, nach Frankreich für sich genommen allerdings um 10 1/2 vH.

Der Export in die Staatshandelsländer expandierte das Jahr über nur wenig. Der Mangel an Devisen so-

Schaubild 20



wie die Zurückhaltung der internationalen Banken gegenüber neuen Kreditwünschen, aber wohl auch die hohen Kreditzinsen sind als Gründe für diese Entwicklung zu nennen.

177. Die abwertungsbedingte Verbesserung der deutschen Konkurrenzfähigkeit hat dazu geführt, daß die qualitativen Vorteile des Exportsortiments im Wettbewerb mit ausländischen Erzeugnissen wieder verstärkt ins Gewicht fielen. Denn nicht Unzufriedenheit mit den deutschen Produkten, sondern deren Preis hatte ausländische Kunden offenbar in vielen Fällen auf andere Angebote zurückgreifen lassen. Besonders die heimischen Investitionsgüterhersteller konnten von der höheren Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen profitieren. Mit einem Anstieg von 10 vH in den ersten neun Monaten verzeichneten sie unter den Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes die stärkste Zunahme des Auslandsabsatzes, wobei entscheidende Impulse nicht zuletzt von den drei wichtigsten Produktgruppen (Maschinen, Kraftfahrzeuge und elektrotechnische Erzeugnisse) ausgingen.

Freilich ist der Exportaufschwung keineswegs nur von Gütern mit hoher technischer Qualität getragen. Wie nicht anders zu erwarten, hat der gesunkene Außenwert der D-Mark auch bei den Produkten zu einer deutlichen Steigerung der Ausfuhr geführt, bei denen der Preis den Ausschlag gibt. Besonders auffällig zeigt sich dies etwa beim Agrarexport, der im Durchschnitt der ersten neun Monate das entsprechende Vorjahresniveau um 27 vH übertraf, und bei der Ausfuhr chemischer Erzeugnisse, bei denen der Ausfuhrwert von Januar bis September um 14 vH höher war als ein Jahr zuvor. Bei den Grundstoffen und Produktionsgütern insgesamt betrug dieser Zuwachs 9 vH. Relativ spät belebte sich das Exportgeschäft bei den Verbrauchsgütern. Im Gegensatz zu der Entwicklung in den beiden anderen großen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes konnte der Stand des Vorjahres hier erst im zweiten Vierteljahr überschritten werden, so daß sich für die ersten neun Monate im Durchschnitt nur eine Zunahme von 5 vH ergab.

178. Eine Abwertung verschafft nicht nur den Exporteuren Vorteile im Preiswettbewerb mit ausländischen Anbietern, sondern auch denjenigen Unternehmen, deren Produkte im Inland in Konkurrenz zu Importgütern stehen. Tatsächlich zeigt die Entwicklung der Einfuhrwerte nach Industriebereichen, daß heimische Erzeugnisse teilweise ihre Position festigen konnten. Am deutlichsten ist dies bei Verbrauchsgütern der Fall, bei denen die Einfuhr zwischen Januar und September 1981 immerhin um 1 1/2 vH unter das Niveau des gleichen Zeitraums des Vorjahres fiel. Wenn auch nur abgeschwächt, gilt dasselbe für die Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes, von denen nur wenig mehr als 1980 aus dem Ausland bezogen wurde. Dagegen ließ die Einfuhr von Investitionsgütern mit einer Steigerung von fast 14 vH in den ersten neun Monaten noch nicht erkennen, daß die Abwertung den inländischen Produzenten geholfen hätte, im Inland Marktanteile zurückzugewinnen. Die hohe Zu-

nahme der Einfuhrwerte ist zwar in erheblichem Umfang auf erhöhte Preise zurückzuführen, aber es ist eben auffällig, wie unelastisch die Inlandsnachfrage hier auf die Preissteigerungen reagierte.

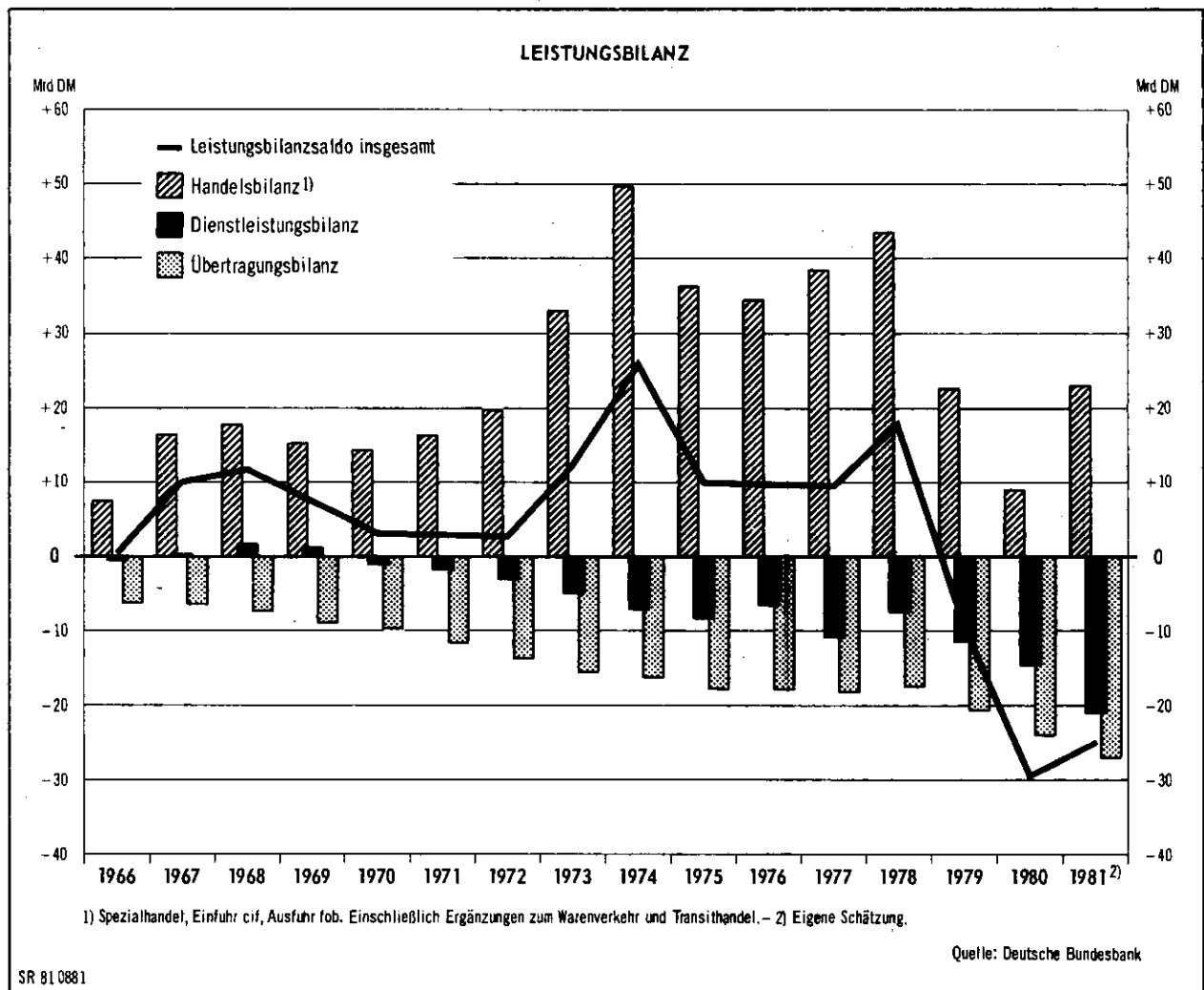
Als Zeichen für die verschärfte Importkonkurrenz der letzten Jahre wird oft der gestiegene Anteil der Fertigwaren am gesamten Einfuhrvolumen angesehen (Ziffer 451). Dieser Anteil hat sich zwar auch 1981 noch einmal leicht erhöht; das liegt aber im wesentlichen nicht an der Entwicklung der Fertigwareneinfuhr, sondern an der der Rohstoffeinfuhr. Die Rohstoffeinfuhr war schon zu Jahresbeginn recht niedrig und nahm im Jahresverlauf weiter ab, weil sich der Bedarf für die laufende Produktion in engen Grenzen hielt und weil die Unternehmen auch der hohen Zinsen wegen ihre Vorproduktlager eher weiter abbauten als aufstockten. In der Einfuhr von Rohöl und Mineralölprodukten, die der Menge nach in den ersten zehn Monaten 1981 um 19 vH niedriger war als ein Jahr zuvor, spiegeln sich neben der konjunkturbedingten Minderung des Verbrauchs auch beachtliche Einsparerfolge (Ziffern 437 ff.).

179. Im Gegensatz zu dem positiven Einfluß, der vom Außenhandel auf die Leistungsbilanz ausging, stand die Entwicklung bei den übrigen Leistungen. Hier vergrößerten sich die Defizite weiter, so daß der Zuwachs bei den Überschüssen im Warenverkehr dadurch teilweise aufgezehrt wurde.

180. Besonders der weiter gestiegene Ausgabenüberschuß im Dienstleistungsverkehr hat in diesem Jahr einer deutlicheren Verbesserung der Leistungsbilanz entgegengewirkt. Wenn auch bei den Auslandsreisen erste Reaktionen auf die Abwertung der D-Mark zu verzeichnen waren, so hat doch das Defizit abermals zugenommen, nicht zuletzt wegen des anhaltend starken Preisauflaufs im Ausland. Kein Gegengewicht mehr zu dieser Entwicklung stellten die Kapitalerträge dar, bei denen sich 1981 der frühere Einnahmenüberschuß — 1978 waren es 5 Mrd DM — in ein beträchtliches Defizit verwandelt hat. Bis Ende September betrug es etwa 3 Mrd DM, und es steht nicht zu erwarten, daß die am Ende des Jahres üblicherweise verstärkt eingehenden Zahlungen ausreichen werden, eine deutliche Verringerung herbeizuführen. Der Grund für diese Tendenz liegt nicht zuletzt in der Zinslast, die aus der Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite der letzten Jahre erwachsen ist. Auch hier zeigen sich deren Kosten.

181. Ganz erheblich hatte schon 1979 und 1980 die Zunahme des traditionellen Defizits in der Übertragungsbilanz zur Verschlechterung der Leistungsbilanz beigetragen (Schaubild 21). Nachdem es davor vier Jahre lang bei etwa 18 Mrd DM stagniert hatte, erreichte dieses Defizit mit 24 Mrd DM 1980 eine neue Rekordhöhe. Dieser sprunghafte Anstieg beruhte zu mehr als zwei Dritteln auf dem Anstieg der Beiträge zum EG-Haushalt und erhöhten Leistungen an die Entwicklungsländer. Hierbei spielten freilich Sondereinflüsse, wie etwa der Erlaß von Schulden, der einer Reihe von Entwicklungsländern gewährt wurde, eine wichtige Rolle. Mit 20 1/2 Mrd DM

Schaubild 21



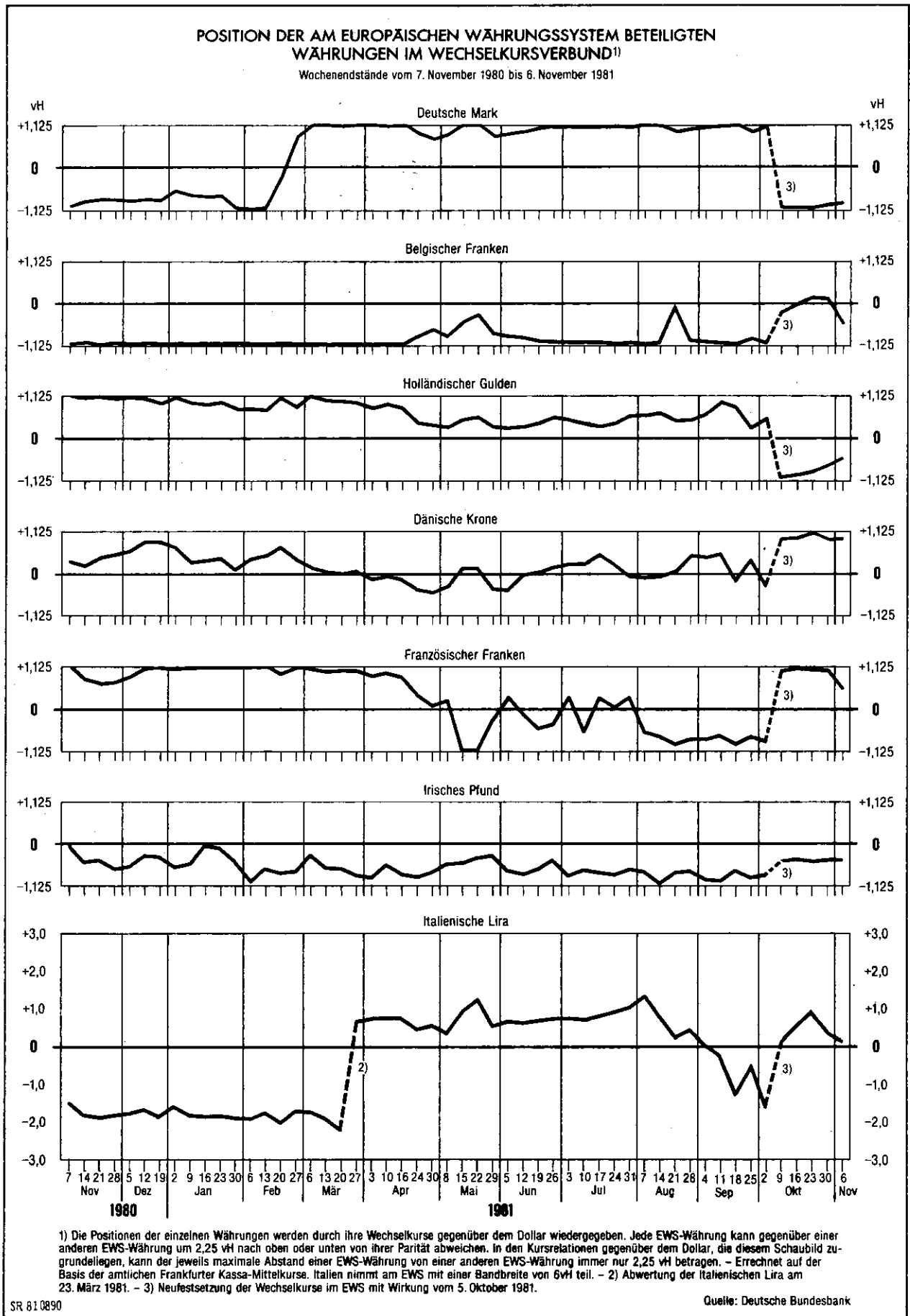
allein in den Monaten Januar bis September ist das Defizit nun noch einmal gestiegen. Es liegt um etwa 3 Mrd DM höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Daß es sich nicht zurückgebildet hat, obwohl ein Schuldenerlaß in diesem Jahr nicht mehr zu Buche schlug, liegt in erster Linie an einer weiteren kräftigen Ausweitung der Zahlungen an die Europäische Gemeinschaft als Folge der Übernahme zusätzlicher Finanzierungslasten seitens der Bundesrepublik.

Nochmals starke reale Abwertung der D-Mark

182. Wie viele andere Währungen stand auch die D-Mark 1981 die meiste Zeit unter dem Einfluß des US-Dollar, dessen Stärke entscheidend von der Geldpolitik in den Vereinigten Staaten sowie vom Vorschuß an Vertrauen in die neue amerikanische Wirtschaftspolitik bestimmt wurde. Dies traf für das Verhältnis der D-Mark zum Dollar um so mehr zu, als beide internationale Anlagewährungen sind. Allerdings gab es einige wichtige Währungen wie den

Schweizer Franken und den japanischen Yen, die sich dem Einfluß des starken Dollar zu einem guten Teil entziehen konnten, sei es, daß ihr Kurs sich gegenüber dem Dollar kaum abschwächte, sei es, daß sie sich weitgehend vom internationalen Zinsverbund abkoppeln konnten. So gesehen hatte die Schwäche der D-Mark, die schon im vergangenen Jahr eingesetzt hatte und bis zum Ende dieses Sommers anhielt, ihre Ursache vor allem in nationalen Bestimmungsfaktoren. Nur zum Teil war sie Ausdruck eines gestiegenen Vertrauens in den Dollar. Das Ausland hat die Fähigkeit der Bundesrepublik, ihre wirtschaftlichen Probleme zu lösen, offensichtlich nicht mehr so hoch eingeschätzt wie früher. Die Akteure auf den internationalen Finanzmärkten wollten nicht länger auf einen ständig steigenden Kurs der deutschen Währung setzen, wie es für die Aufrechterhaltung einer hohen Zinsdifferenz an den internationalen Kapitalmärkten nötig gewesen wäre. Die hohen Defizite in der Leistungsbilanz und in den öffentlichen Haushalten machen den Vertrauensschwund erklärlich. Nur Sicherheit, daß diese Probleme alsbald am Ursprung geheilt würden, hätte eine Finanzierung der Defizite ohne steigende Zinsen und ohne einen sinkenden Wechsel-

Schaubild 22



kurs erlaubt. Diese Sicherheit gab es nicht. Der Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem Dollar mußte daher sinken. Er sank mit kurzer Unterbrechung auch noch, nachdem die Bundesbank mit einer restriktiven Geldpolitik dafür gesorgt hatte, daß die Zinsdifferenzen zum Ausland kleiner wurden. Das Quantum des Kursverfalls läßt sich kaum erklären. Mitte August kostete der Dollar mehr als 2,50 DM; in acht Monaten hatte die D-Mark gegenüber der amerikanischen Währung ein Viertel ihres Tauscherts verloren. Schließlich setzte sich die Vorstellung durch, daß Unsicherheit in den Erwartungen zu einem überzogenen Kursrückgang geführt hatte. Es kam zu einer Wende. Die finanzpolitischen Beschlüsse zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sowie die Nachrichten über eine deutliche und anscheinend nachhaltige Tendenz in Richtung niedrigerer Leistungsbilanzdefizite dürften dabei eine wichtige, wenngleich im einzelnen nicht nachweisbare Rolle gespielt haben. Hilfreich waren auch die überfälligen Paritätsanpassungen im Europäischen Währungssystem, die Anfang Oktober endlich beschlossen wurden (Ziffer 83). Sie wirkten der Gefahr entgegen, daß der Inflationimport aus den Partnerländern der Gemeinschaft den Stabilitätsvorsprung der deutschen Währung dauerhaft vermindern könnte. Und nicht zuletzt: Wachsende Zweifel in den Erfolg der Wirtschaftspolitik der neuen amerikanischen Regierung zeigten, daß nicht nur die Schwäche der D-Mark, sondern auch die Stärke des Dollar überzogen gewesen war.

Innerhalb von drei Monaten gewann die D-Mark gegenüber dem Dollar gut drei Fünftel des seit Jahresanfang verlorenen Wertes zurück. Mitte November waren für einen Dollar noch 2,20 DM zu bezahlen.

183. Im Gegensatz zu dem langwierigen Kampf um eine Festigung der D-Mark gegenüber dem Dollar erlangte diese schon durch die Maßnahmen der Bundesbank vom Februar ihre starke Stellung im Europäischen Währungssystem (EWS) zurück, und zwar sofort und nachhaltig (Schaubild 22). Die vorübergehende Schwäche war offensichtlich durch die Erwartung bedingt gewesen, daß die Paritäten zwischen den Partnerwährungen auf absehbare Zeit nicht geändert würden, eine Erwartung, die kurzfristige Geldanlagen in den Hochzinsländern wegen der Grenzen für die Kursbewegungen als wenig riskant erscheinen ließ, obwohl die deutlich höheren Inflationsraten in diesen Ländern Paritätsänderungen auf die Dauer unausweichlich erscheinen lassen mußten. Tatsächlich war zeitweise sogar Gerede über eine Abwertung der D-Mark im EWS aufgekommen. Dieses erstarb, als die Bundesbank ihren Kurs bekräftigt hatte. Die erhöhten deutschen Zinsen, die Stabilitätsprobleme der meisten Partnerländer und die sich verstärkenden Forderungen nach einer Anpassung der Paritäten sorgten für eine dauerhafte Stärkung der D-Mark im EWS. Zeitweise mußte sogar stark zugunsten der Partnerwährungen interveniert werden, doch kam es angesichts des den Notenbanken der Mitgliedsländer zur Verfügung stehenden riesigen Interventionspotentials und aufgrund verschärfter, den Kapitalverkehr weiter einschränkender Kontrollen nicht zu einer gro-

ßen Spekulationswelle, die möglicherweise frühzeitig eine Anpassung der Paritäten erzwungen hätte. Die Neufestsetzung der Paritäten vom Oktober beseitigte dann zunächst alle ernststen Interventionsprobleme. Die D-Mark notierte im verschobenen Kursband zunächst sogar ausgesprochen schwach. Immerhin, Anfang November war die D-Mark im Verhältnis zur Europäischen Währungseinheit rund 5 vH mehr wert als zu Anfang des Jahres.

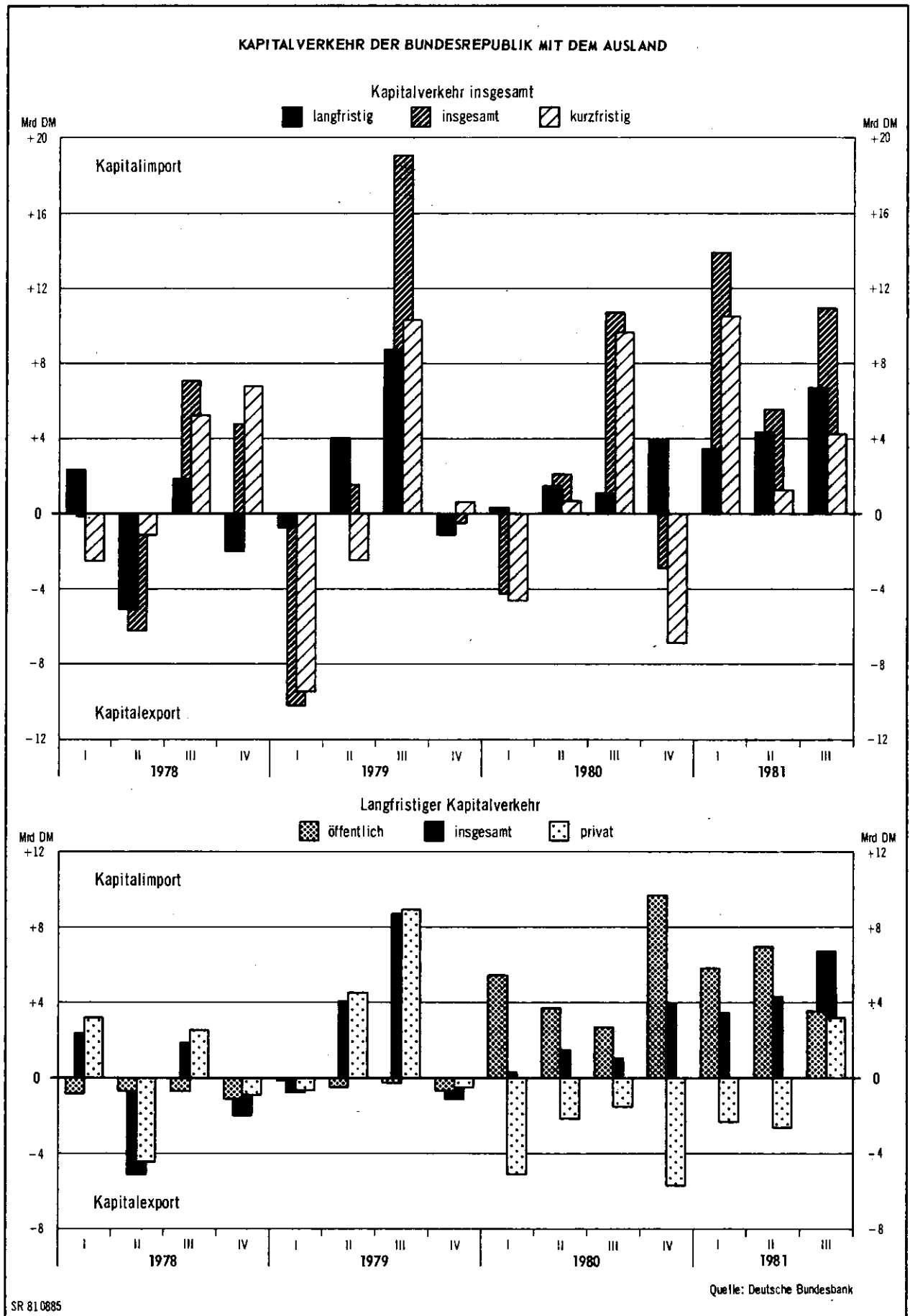
184. Eine stärkere Aufwertung der D-Mark ergab sich im Verhältnis zum Pfund Sterling, das nicht an den Festkursregeln des EWS teilnimmt. Im vergangenen Jahr hatte die D-Mark gegenüber dem Pfund fast 20 vH an Wert verloren, mehr als gegenüber dem Dollar. Ein erheblicher Teil davon wurde nun zurückgewonnen. Zu Anfang des Jahres betrug der Kurs für ein Pfund 4,84 DM. Mitte Februar notierte die englische Währung sogar mit 5,06 DM je Pfund. Neun Monate später waren es nur noch 4,21 DM.

Auch gegenüber dem japanischen Yen ist die D-Mark nicht weiter im Kurs gesunken. Das Jahr über war der Kursverlauf allerdings erheblichen Schwankungen unterworfen. Nach knapp einer D-Mark für 100 Yen im Januar und wechselhaftem Verlauf galt im August ein Höchstkurs von 1,08 DM. Im Gefolge der sich dann neu bildenden Aufwertungstendenzen gewann die D-Mark auch gegenüber dem Yen an Wert, und Mitte November wurde schließlich mit 0,97 DM wieder fast derselbe Kurs notiert wie am Jahresanfang.

185. Faßt man die Veränderungen des Wechselkurses gegenüber den einzelnen Währungen in einem Durchschnitt zusammen und nimmt man dabei die Anteile der Länder am Welthandel als Gewichte, so ergibt sich für den so gewogenen Außenwert der D-Mark im Durchschnitt der ersten zehn Monate 1981 gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres ein Rückgang von einem Zehntel. Die reale Abwertung war noch größer. Diese kann zum einen gemessen werden an dem um Wechselkursänderungen bereinigten Unterschied im Anstieg der ausländischen und inländischen Ausfuhrpreise, zum anderen durch die ebenso korrigierte Differenz im Lohnkostenanstieg. Auf Lohnkostenbasis wie auch auf Preisbasis — hier der Durchschnittswerte der Ausfuhr — hat die reale Abwertung nach dieser Rechnung reichlich 14 vH betragen. In dieser Entwicklung kommt ein bedeutender, wenn auch vielleicht nur vorläufiger Preisvorteil der deutschen Anbieter zum Ausdruck. Die Kehrseite war jedoch ein Inflationimport großen Ausmaßes und ein weiterer Einkommensverlust an das Ausland im Zusammenhang mit der Verschlechterung des realen Austauschverhältnisses im Außenhandel.

Wählt man, wie etwa auch die Bundesbank, die Anteile der Länder am deutschen Außenhandelsumsatz — statt am Welthandel — als Gewichte, so liegt der Außenwert der D-Mark in den ersten zehn Monaten 1981 nur um rund 3 vH unter dem Vorjahresstand. Auch die reale Abwertung fällt dann mit etwa 9 vH auf Preisbasis und 8 vH auf Kostenbasis geringer aus. Der große Unterschied in diesem Jahr für die Abwertung der D-Mark bei unterschiedlichem Wägungsschema ist hauptsächlich darauf zurückzuführen,

Schaubild 23



daß die Anteile der Vereinigten Staaten und Japans am Welthandel wesentlich größer sind als am Außenhandelsumsatz der Bundesrepublik und daß somit die Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar und dem Yen in dieser Rechnung weniger zu Buche schlägt als in der anderen.

Will man aus dem Ausmaß der realen Abwertung der D-Mark Anhaltspunkte für die Verbesserung der Wettbewerbsposition deutscher Anbieter auf dem Weltmarkt gewinnen, so scheint es zweckmäßig, sich auf die Berechnung mit einer Gewichtung mit Welthandelsanteilen zu stützen, denn die deutschen Anbieter konkurrieren mit amerikanischen und japanischen Anbietern nicht nur auf deren Inlandsmärkten, sondern auf allen anderen Märkten in der Welt. Das aber bringt eine Gewichtung mit Welthandelsanteilen deutlicher zum Ausdruck.

Import von langfristigem Kapital größer, aber teuer

186. Obwohl die Entwicklung des Kapitalverkehrs insgesamt gesehen noch nicht voll befriedigen kann, so sind doch auch in der Kapitalbilanz in diesem Jahr positive Veränderungen nicht zu übersehen. Die Kapitalzuflüsse erreichten ein Ausmaß, das anders als 1980 einen Ausgleich der Zahlungsbilanz ohne Rückgriff auf die Währungsreserven ermöglichte. Was aber weiter Sorge bereitet, ist der hohe Zins, der geboten werden muß, um ausländisches Kapital anzuziehen.

187. Der Abbau eines Leistungsbilanzdefizits ist um so dringlicher, je weniger Kredit man hat. Ein allmählicher Abbau ist wünschenswert, weil er friktionsfreier ablaufen kann als ein rascher; er erfordert weniger Rezessionsdruck. Ein Leistungsbilanzdefizit längerfristig und zu erträglichen Zinsen zu finanzieren, erfordert aber Vertrauen des Auslandes. Es wird sich einstellen, wenn es gelingt, im Inland ausreichend viele Investitionen rentabel zu machen, so daß der Kapitaldienst für die Kreditaufnahme im Ausland aus den Erträgen der zusätzlichen Produktionsanlagen geleistet werden kann. Langfristige Mittel sind zur Finanzierung solcher Investitionen besonders geeignet und auch gesamtwirtschaftlich erwünscht. Zwar ist die Hereinnahme kurzfristigen Kapitals in Zeiten, in denen für langfristiges Kapital unverhältnismäßig hohe Zinsen zu zahlen wären, nicht ohne weiteres unerwünscht, da es nicht unvernünftig ist, im Vertrauen auf zukünftig niedrigere Finanzierungskosten langfristige Zinsversprechen zu vermeiden; ein überwiegend kurzfristiger Kapitalimport bedeutet jedoch auch, daß die Portfolios der Kapitalgeber weniger stabil sind — es droht ständig der Abzug der Mittel —, so daß die Notenbank, gerät ihre Währung in Turbulenzen, gezwungen sein kann, die Zinsen weiter hinaufzutreiben, weiter, als es aus binnenwirtschaftlichen Gründen erwünscht wäre.

188. Eine Tendenz zu einer mehr längerfristigen Kapitalzufuhr zeichnet sich seit dem Frühjahr ab (Schaubild 23). In den ersten neun Monaten 1981 war zwar die Bilanz des langfristigen privaten Kapitalverkehrs im ganzen noch negativ (2 Mrd DM). Das

lag jedoch an der Entwicklung zu Anfang des Jahres. Ab Mai gab es Überschüsse.

Betrachtet man die einzelnen Anlageformen, so war der Nettokapitalexport in Gestalt von Direktinvestitionen von Januar bis September 1981 um 1½ Mrd DM kleiner als ein Jahr zuvor. Ebenfalls bedeutend weniger Geld als im Vorjahr floß per Saldo durch Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland ab (Ziffer 222). Ab dem Frühsommer ist sogar ein ständiger Nettokapitalimport zu beobachten. Schließlich haben auch die Kreditgeschäfte der Banken mit ihren ausländischen Kunden zum Abbau des Defizits beim langfristigen privaten Kapitalverkehr beigetragen. Mit knapp 2 Mrd DM war der Nettokapitalimport der Kreditinstitute bis September reichlich 1 Mrd DM höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

189. Der langfristige Kapitalimport der öffentlichen Hand sorgte dafür, daß es in der Gesamtbilanz des langfristigen Kapitalverkehrs zu einem erheblichen Überschuß gekommen ist. In den ersten neun Monaten dieses Jahres betrug er 14½ Mrd DM. Das waren fast 12 Mrd DM mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Da die Kreditaufnahme des Staates im Ausland um 5 Mrd DM auf 16½ Mrd DM gestiegen ist, war somit für die Zunahme des Aktivsaldos beim gesamten langfristigen Kapitalverkehr zu mehr als zwei Fünfteln die erhöhte staatliche Auslandsverschuldung maßgeblich.

Langfristiger Kapitalimport der öffentlichen Hand ist zwar nicht im Prinzip bedenklich. Aber man muß hinter dieser Entwicklung doch in erster Linie die enorme Zunahme der öffentlichen Defizite sehen. Und der hohe öffentliche Kreditbedarf im ganzen — nicht so sehr die Tatsache, daß er zu einem erheblichen Teil im Ausland befriedigt wurde — hat zweifellos die Bedingungen, unter denen die Bundesrepublik um Auslandskredite einkommen mußte, erheblich verschlechtert. Ja, er hat vermutlich sogar zunächst das zu finanzierende Leistungsbilanzdefizit selbst vergrößert. Denn der Verfall des D-Mark-Kurses, dem eine Vergrößerung des Defizits zunächst folgte, hat mit dem öffentlichen Kreditbedarf zu tun. Die deutschen und die ausländischen Kreditmärkte finanzierten den deutschen Kreditbedarf — den privaten und den öffentlichen — nur bei steigendem Zins und sinkendem Wechselkurs.

190. Bei den kurzfristigen Kapitaltransaktionen waren in den ersten neun Monaten 1981 Nettozuflüsse von 16 Mrd DM zu verzeichnen; ein Jahr davor waren es lediglich 5½ Mrd DM gewesen. Sowohl die Kreditinstitute und die Wirtschaftsunternehmen als auch der Staat nahmen per Saldo erheblich mehr Kredite im Ausland auf als vor einem Jahr.

191. Nachdem durch Devisenmarktinterventionen zugunsten der D-Mark die Netto-Währungsreserven der Bundesbank in den ersten beiden Monaten 1981 um 6½ Mrd DM zurückgegangen waren, führten Devisenkäufe im Rahmen des EWS trotz der zusätzlichen Abgaben von Dollar im weiteren Verlauf des Jahres dann zu einer beträchtlichen Zunahme. Ende September waren die Netto-Währungsreserven mit

69¹/₂ Mrd DM um 12¹/₂ Mrd DM höher als sieben Monate zuvor. Im Oktober kam es jedoch zu einem beträchtlichen Rückgang, nämlich von 7 Mrd DM. Dies ist zu mehr als der Hälfte darauf zurückzuführen, daß der nach der Paritätsänderung im EWS einsetzende Rückfluß von kurzfristigem Kapital es den Notenbanken der Partnerländer erlaubte, ihre Verbindlichkeiten gegenüber der Bundesbank, die durch Interventionen im Verlauf des Jahres entstanden waren, durch D-Mark-Zahlungen in erheblichem Umfang abzubauen. Darüber hinaus wurden von der Bundesbank auch weiterhin Dollar zur Kursglättung abgegeben. Aus alledem folgt, daß die Netto-Währungsreserven der Bundesbank von Januar bis Oktober dieses Jahres um knapp 1 Mrd DM auf 62¹/₂ Mrd DM abgenommen haben. Im vergangenen Jahr hatte der Rückgang noch 25 Mrd DM betragen.

Die unterschiedlich gerichteten Interventionen der Bundesbank gegenüber dem Dollar und den EWS-Währungen blieben nicht ohne deutliche Auswirkungen auf die Struktur der Netto-Währungsreserven. Ende 1980 hatten die Devisenreserven — hauptsächlich Anlagen in US-Dollar — noch einen Anteil von fast 87 vH gehabt, die Forderungen an den Europäischen Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ) nur einen Anteil von etwa 15 vH. Im Oktober 1981 entfielen nur noch 46 vH auf die Devisenreserven, dagegen stieg der Anteil der Forderungen an den EFWZ auf 36 vH.

VII. Geldpolitik:

Geldwertsicherung bei Störungen von außen

192. Die Geldpolitik ist Anfang 1981 in Turbulenzen geraten. Bis in den August hinein blieb die D-Mark trotz steigender Zinsen auf Abwertungskurs. Während die Schwäche der wirtschaftlichen Aktivität anhielt und die Beschäftigungsprobleme sich noch verschärften, wurde die Geldwertstabilität erneut von außen bedroht, nach dem Ölpreisschock 1979/80 nun durch die Abwertung. Zur Sicherung des Geldwerts nach innen und außen hat die Bundesbank ihren Kurs gestrafft und den Zuwachs der Zentralbankgeldmenge abermals unterhalb dessen gehalten, was als konjunkturalneutral gelten konnte. In dem Bemühen, den inflatorischen Impulsen entgegenzuwirken, fand sie von der Finanzpolitik erst spät Unterstützung. Ein erster Erfolg der Geldpolitik zeichnet sich ab. Die Gefahr einer Anpassungs-inflation konnte eingedämmt werden. Das Leistungsbilanzdefizit wird kleiner. Die D-Mark gewann verlorenes Terrain zurück, die Zinsen gaben nach. Es wurde aber auch der Vorwurf erhoben, die Geldpolitik sei mitverantwortlich für den Mangel an Wachstumsdynamik.

Expansion der Zentralbankgeldmenge weiterhin gering

193. Zu einer Geldpolitik, die für sich genommen die wirtschaftliche Aktivität weder in kontraktiver

noch in expansiver Richtung beeinflussen wollte, hätte ein Zuwachs der bereinigten Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres 1981 von etwa 5¹/₂ vH gepaßt (JG 80 Ziffer 312). Der Sachverständigenrat hatte im Herbst vergangenen Jahres bei der Ermittlung einer solchen Zielgröße für 1981 ein Wachstum des Produktionspotentials von 2 vH zugrunde gelegt. Außerdem war ein Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus in Rechnung zu stellen, der selbst bei stabilitätsgerechtem Verhalten aller am Wirtschaftsprüfung Beteiligten kaum unterschritten und insofern als kurzfristig unvermeidlich angesehen werden mußte. Hierfür haben wir einen zusätzlichen Bedarf an Zentralbankgeld von 3 vH angesetzt. Eine im längerfristigen Trend fallende Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wurde mit einem Zuschlag von einem halben Prozentpunkt berücksichtigt. So ergab sich der Zielwert von 5¹/₂ vH.

Einen Zuwachs von 5¹/₂ vH hatte sich Ende November vergangenen Jahres auch die Bundesbank für ihre Zielgröße, die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, vorgenommen. Wie schon für die beiden vorausgegangenen Jahre hatte sie freilich wieder einen Zielkorridor mit einer Spannweite von drei Prozentpunkten gewählt. Die obere und die untere Grenze der Zielspanne wurde gegenüber 1980 um einen weiteren Prozentpunkt herabgesetzt, so daß nunmehr eine Zunahme der Zentralbankgeldmenge vom vierten Vierteljahr 1980 bis zum vierten Vierteljahr 1981 um 4 vH bis 7 vH angestrebt werden sollte. Anders als in den beiden vorausgegangenen Jahren war bei den Vorbehalten für die Konkretisierung der Zielvorstellung die konjunkturelle Entwicklung im Jahresverlauf nicht mehr genannt worden. Es sollte von der Preisentwicklung, der Zahlungsbilanzsituation und der Position der D-Mark an den Devisenmärkten abhängig gemacht werden, ob eher ein Wert im oberen oder im unteren Bereich der Zielmarge anzustreben sei. In den Basisgrößen lag die Zielvorgabe der Bundesbank höher als die des Sachverständigenrates. Auch die Bundesbank wollte aber einer Änderung in der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes Rechnung tragen. Mit der Begründung, daß sie für den Jahresdurchschnitt 1981 mit einer höheren Umlaufgeschwindigkeit des Geldes als im vergangenen Jahr rechnete, setzte sie hierfür einen entsprechenden Abschlag an.

Die Bundesbank hatte auch in früheren Jahren bei der Ableitung ihrer Zielvorgabe die erwartete Größe der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes berücksichtigt, also eine von der Konjunktur und von der Geldpolitik selbst mitbestimmte Größe. Neben Überlegungen zu der Frage, ob das Geldangebot im Vergleich zur Produktion im Ausgangszeitpunkt eher zu groß oder zu klein ist, sind hierfür vor allem Vorstellungen über die voraussichtliche konjunkturelle Entwicklung maßgeblich, wobei ein Gleichlauf von Konjunktur und Umlaufgeschwindigkeit unterstellt wird. Der Sachverständigenrat mißt den konjunkturellen Schwankungen der Geldnachfrage keine Bedeutung bei, die die Geldpolitik in Rechnung zu stellen hätte, sondern orientiert sich wie erwähnt an mittelfristigen, im Trend erfassbaren Veränderungen der Umlaufgeschwindigkeit, wie sie sich aus Änderungen in den Zahlungssitten und den Kassenhaltungsgewohnheiten ergeben (Ziffer 203).

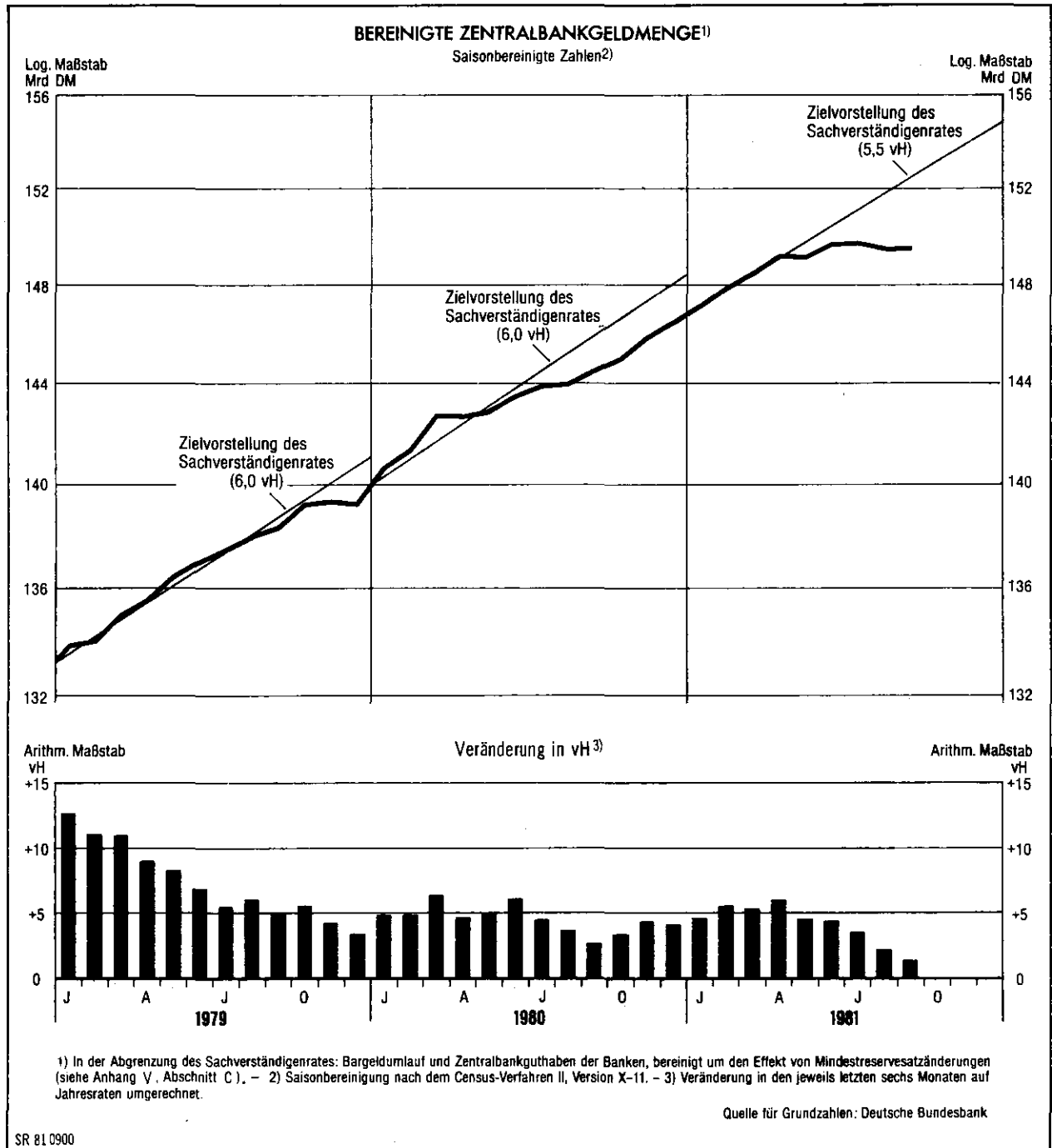
Die Zielgrößen für dieses Jahr mag man auch vor dem Hintergrund der Entwicklung im Jahre 1980 se-

hen, für das der Sachverständigenrat einen Zuwachs der bereinigten Zentralbankgeldmenge um 6 vH vorgeschlagen hatte. Tatsächlich hatte der Anstieg aber nur 4,8 vH betragen. Vom vierten Vierteljahr 1979 bis zum vierten Vierteljahr 1980 hatte sich ein Zuwachs von 4,8 vH ergeben und für die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, der Zielgröße der Bundesbank, ein Zuwachs von 4,9 vH.

lauf auf einem Expansionspfad, wie er für zielgerecht gehalten worden war. Wenige Monate nach den zinspolitischen Beschlüssen von Ende Februar aber verlangsamte sich der Anstieg deutlich. So war die bereinigte Zentralbankgeldmenge Ende August nur knapp 2 vH höher als zu Jahresanfang; das entspricht einem Zuwachs mit einer Jahresrate von 2,8 vH (Schaubild 24). Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen lag im Oktober 3,6 vH, das entspricht einer Zunahme von 3,9 vH in der Jahresrate, über dem Durchschnittsbestand im vierten Vierteljahr 1980 und damit an der unteren Grenze des Zielkorridors der Bundesbank (Schaubild 25).

194. Im Jahresverlauf 1981 zeigte die bereinigte Zentralbankgeldmenge zunächst einen stetigen Ver-

Schaubild 24



Der Bargeldumlauf, der mehr als die Hälfte der Zentralbankgeldmenge ausmacht, hat in den ersten zehn Monaten, nach Ausschaltung saisonaler Einflüsse, überhaupt nicht zugenommen. Der beobachtete Anstieg der Zentralbankgeldmenge hängt daher allein mit einer Zunahme der Reservekomponente zusammen, also der Zentralbankeinlagen der Kreditinstitute, welche diese ganz überwiegend zur Erfüllung der Mindestreserveverpflichtung bei der Bundesbank halten.

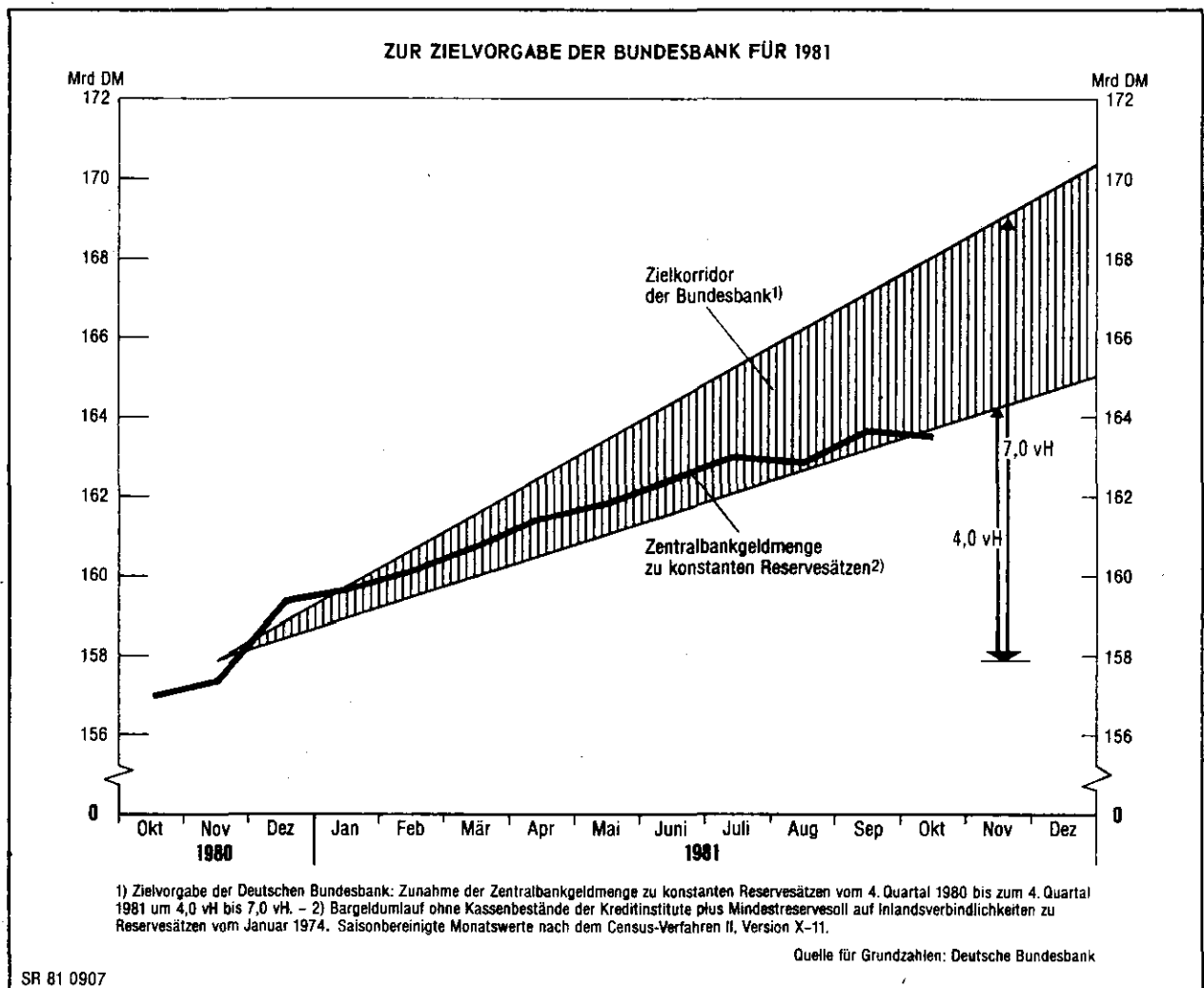
Die unterschiedliche Entwicklung der bereinigten Zentralbankgeldmenge und der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen in diesem Jahr erklärt sich zu einem Teil aus der Strukturverschiebung zwischen dem Bargeldumlauf und der Reservekomponente, also der Tatsache, daß die Expansion der Geldbasis vorrangig von der Zunahme des Einlagenvolumens getragen wurde. Da die Einlagen in der Zentralbankgeldmenge der Bundesbank mit deutlich höheren historischen Reservesätzen, den Reservesätzen von 1974, gewichtet werden, führen Strukturverschiebungen zu unterschiedlichen relativen Veränderungen der beiden Indikatorwerte. Gegenwärtig überzeichnet der Indikator der Bundesbank die Expansion der Geldbasis also. Eine Rolle spielte aber auch, daß die Einlagen von Ausländern

abnehmen. Das Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten ist wie die Überschufreserve nur in der bereinigten Zentralbankgeldmenge enthalten. Sollte darin eine Veränderung des Währungsraumes zum Ausdruck kommen, so unterzeichnete der Indikator des Sachverständigenrates die Expansion der Geldbasis (Ziffer 201).

Bei der Entstehung des Zentralbankgeldes haben die Hauptquellen wieder gewechselt. Nachdem in den vergangenen zwei Jahren Zentralbankgeld vornehmlich durch den Notenbankkredit an die Banken entstanden war, wurde vor allem in der ersten Hälfte dieses Jahres wieder der Ankauf von Devisen, also der Notenbankkredit an das Ausland, zur wichtigsten Quelle der Geldschöpfung (Tabelle 20).

195. Daß der Zuwachs der Zentralbankgeldmenge, wie schon im vorangegangenen Jahr, deutlich unterhalb jener Rate blieb, die zuvor als „potentialorientierte“ Rate vorgegeben worden war, hat der Bundesbank Kritik eingetragen. Kritik gab es zunächst von jenen, die an sich für eine antizyklische Geldpolitik eintreten, eine Geldpolitik also, die eine aktive Steuerung der Konjunktur zum Ziel hat, und die nun

Schaubild 25



Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge ¹⁾

Zeitraum	Ins- gesamt	Entstehung					Verwendung		Bereinigte Zentral- bankgeldmenge ⁶⁾ (Geldbasis)	
		Netto- Aus- lands- position ²⁾	Refinan- zierungs- kredite an Banken ³⁾	Wert- papier- bestände der Bun- desbank	Kreditge- währung an den Staat ⁴⁾	Son- stige ⁵⁾	Bargeld- umlauf	Bank- reserven	Ur- sprungs- werte	saison- berei- nigt ⁷⁾
Bestand in Mrd DM										
Durchschnitt 1979	135,23	92,85	28,95	3,49	+ 0,73	+ 9,20	81,51	53,71	136,99	×
Jahresende 1979	142,79	92,10	33,32	2,19	+ 6,72	+ 8,47	86,05	56,74	144,33	140,02
Durchschnitt 1980	136,69	77,96	45,24	1,99	+ 5,85	+ 5,65	86,26	50,44	143,56	×
Jahresende 1980	138,52	68,15	58,29	3,88	+ 8,35	- 0,15	90,94	47,58	150,77	146,78
Durchschnitt Jan bis Sep 1981	132,42	71,17	53,34	4,05	+ 7,50	- 3,63	88,30	44,12	148,14	148,88
Januar 1981	136,72	67,60	58,88	3,99	+ 7,28	- 1,04	88,67	48,04	148,96	147,10
Veränderung gegen Vormonat in Mio DM										
1980 Januar	-3 745	+ 500	- 984	- 316	-3 403	+ 458	-4 370	+ 625	142,46	140,75
Februar	-2 489	-2 700	- 257	- 146	+1 769	-1 155	- 620	-1 869	140,09	141,36
März	+1 233	-5 400	+9 161	- 73	- 472	-1 983	+ 901	+ 332	141,34	142,75
April	- 205	-5 900	+6 527	- 31	-3 916	+3 115	+ 444	- 649	141,16	142,57
Mai	-4 408	-3 000	-2 675	- 92	+2 985	-1 626	+ 518	-4 926	141,66	142,81
Juni	+ 945	+2 400	+4 143	- 110	-3 175	-2 313	+ 487	+ 458	142,63	143,47
Juli	+1 567	+2 300	+ 793	- 109	+1 940	-3 357	+1 481	+ 86	144,15	143,86
August	+ 7	- 300	-5 888	- 86	+3 958	+2 323	+ 256	- 249	144,24	143,87
September	-6 082	- 900	-1 015	+ 79	-2 054	-2 192	- 587	-5 495	143,84	144,57
Oktober	- 416	-3 200	+3 928	+ 452	-1 568	- 28	- 73	- 343	143,45	144,95
November	+1 739	-4 900	+ 708	+1 238	+5 349	- 656	+ 832	+ 907	145,14	145,90
Dezember	+7 523	- 600	+9 452	+ 610	- 411	-1 528	+5 704	+1 819	152,59	146,45
1981 Januar	-3 614	-1 100	+1 180	+ 234	-2 139	-1 789	-4 536	+ 922	148,96	147,10
Februar	-6 230	-4 600	-5 658	+ 269	+3 118	+ 641	-1 372	-4 858	146,59	147,84
März	+ 292	+6 400	+2 054	- 92	-4 304	-3 766	- 200	+ 492	146,90	148,44
April	- 207	+1 900	- 592	- 73	- 122	-1 320	+ 388	- 595	146,76	149,20
Mai	+ 499	+2 900	-4 679	- 23	+2 011	+ 290	+ 2	+ 497	147,24	149,15
Juni	+1 223	+ 200	-1 602	- 43	-1 975	+4 643	+ 812	+ 411	148,44	149,64
Juli	+1 614	+1 100	+3 378	- 28	+2 066	-4 902	+1 827	- 213	150,05	149,65
August	- 448	-3 500	+ 670	- 57	+2 708	- 269	- 368	- 80	149,64	149,45
September	- 962	+1 100	+2 889	- 68	-5 935	+1 052	-1 325	+ 363	148,68	149,48
									Monatsdurch- schnitte in Mrd DM	

¹⁾ In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken.

²⁾ Währungsreserven (einschließlich Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland) abzüglich Auslandsverbindlichkeiten. Jahresdurchschnitte und Jahresendstände ohne Berücksichtigung der Neubewertung der Währungsreserven.

³⁾ Saldiert mit dem Bestand an Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren im Besitz der Banken.

⁴⁾ Kredite und Forderungen der Bundesbank an öffentliche Haushalte abzüglich Einlagen (einschließlich Sondereinlagen) öffentlicher Haushalte.

⁵⁾ Unter anderem Einlagen von Nichtbanken bei der Bundesbank.

⁶⁾ Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen; siehe Anhang V, Abschnitt C.

⁷⁾ Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X - 11.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

die Möglichkeit nutzen, die Bundesbank mit deren eigenen Waffen angreifen zu können, indem sie sich selbst auf das Konzept einer am Wachstum des Produktionspotentials orientierten — und insoweit konjunkturneutralen — Geldpolitik beriefen. Kritik gab es aber auch von denen, die schon bisher für eine stetige, konsequent mittelfristig orientierte Politik plädiert hatten.

196. Das Konzept einer mittelfristig am Wachstum des Produktionspotentials orientierten Geldmengenpolitik ist entstanden aus der weltweiten Ernüchterung im Zuge der Erfahrungen mit einer kurzfristig am Konjunkturverlauf orientierten Geldpolitik und aus der Erkenntnis, daß es ohne eine Ausweitung der Geldmenge, die über das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten hinausgeht, keine Inflation gibt. Die Gründe, die gegen eine Geldpolitik zur aktiven Konjunkturstützung sprechen, bestehen fort. Unsere Möglichkeiten, die güterwirtschaftlichen Wirkungen expansiver monetärer Impulse zu nutzen, also die Wirkungen auf Produktion und Beschäftigung, die inflatorischen aber zu vermeiden, sind erfahrungsgemäß unzureichend. Das müssen sich jene Kritiker entgegenhalten lassen, die unter Hinweis auf die rezessive Entwicklung eine Politik des leichten Geldes verlangen, also einen Zuwachs der Zentralbankgeldmenge deutlich oberhalb der konjunkturneutralen Rate von $5\frac{1}{2}$ vH. Bei solchen Forderungen wird im übrigen nicht bedacht, daß die gegenwärtige Beschäftigungssituation vornehmlich Reflex einer unbewältigten Anpassungsaufgabe der Wirtschaft ist und nicht eines normalen zyklischen Abschwungs, daß es also nicht einfach um Nachfragebelebung geht.

197. Ernster nehmen mußte die Bundesbank die Kritik, die aus Sorge um die möglicherweise destabilisierenden Effekte eines Abgehens vom Zielpfad vorgebracht wird und darauf dringt, die vorab angekündigte Expansionsrate auch einzuhalten.

In der Tat mußte ja der Eindruck entstehen, die Bundesbank habe sich zumindest vorübergehend von ihrem Geldmengenkonzept abgekehrt, einem Konzept, für das nicht zuletzt spricht, daß es zu einer möglichst stetigen wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt, wenn es von den Teilnehmern am Wirtschaftsprozess verstanden und akzeptiert und als Grundlage eigener wirtschaftlicher Entscheidungen genommen wird, aber auch genommen werden kann. Vertrauen in einen konzeptionsgetreuen Kurs der Notenbank versteht sich nicht von selbst. Der Umstand, daß die Notenbank, will sie stabile Erwartungen begründen, erst einmal für mehrere Jahre solche Konzeptionstreue beweisen muß, verlangt daher strenge Maßstäbe und große Zurückhaltung bei Vorbehalten, die ein Abrücken vom mittelfristigen Pfad erlauben.

Bei einer Beurteilung der Geldpolitik dieses Jahres darf freilich nicht einfach schematisch die tatsächliche Zuwachsrate der Zentralbankgeldmenge mit der angekündigten Zuwachsrate verglichen werden. In jedem Falle ist zu prüfen, ob sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahresverlauf in einer Weise verändert haben, die eine Revision der

Vorstellung von einer potentialorientierten Expansion der Zentralbankgeldmenge erforderlich macht. Und es gibt auch gute Gründe, wenngleich nur wenige, die ein Abweichen vom potentialorientierten Pfad rechtfertigen können.

198. Solche Gründe sind gegeben, wenn ein Einhalten des Zielpfades die eigentliche Aufgabe der Geldpolitik, den Geldwert zu sichern, in größere Konflikte mit den anderen Hauptzielen der Wirtschaftspolitik, namentlich mit dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes, zu bringen droht als eine temporär kontraktive Geldpolitik. Die Tendenz zu einer kräftigen realen Abwertung der Währung wie in diesem Jahr kann ein solcher Grund sein. Zwar gibt es unter dem Aspekt der Geldwertsicherung bei inflatorischen Impulsen von außen keine Veranlassung, den geldpolitischen Kurs zu korrigieren, wenn sich die Erwartungen hinsichtlich eines stabilen Geldwerts so weit gefestigt haben, daß ein außenwirtschaftlich induzierter Anstieg des Preisniveaus, der bei konzeptionsgetreuer Geldpolitik prinzipiell vorübergehend sein kann, auch tatsächlich für vorübergehend genommen wird, eine Anpassungsinflation im Innern also nicht zu befürchten ist. Aber man kann solche Festigkeit der Erwartungen und solches Verhalten nicht einfach unterstellen, zumindest noch nicht. In jedem Falle wären die Risiken groß. Die Inflationsrate ist schon in den beiden vorangegangenen Jahren wieder gestiegen. Zunehmende Preissteigerungen infolge der D-Mark-Abwertung werden nur allzu leicht als Fortsetzung dieser Entwicklung betrachtet. Ein Ende der Abwertungstendenz oder gar eine rasche Umkehr war nicht abzusehen, trotz des Gegenhaltens der Bundesbank schon im vergangenen Jahr. Daß bei einer Lockerung des geldpolitischen Kurses die Anpassungsinflation in Gang kommen würde, war nicht mehr ungewiß. Und seit Jahrzehnten gibt es kein Beispiel, daß eine einmal eingetretene Erhöhung des Preisniveaus wieder rückgängig gemacht worden wäre. Wie hätte es diesmal anders sein sollen.

In einer solchen Phase der Unsicherheit ist eine Grundvoraussetzung für ein weitgehend friktionsfreies Funktionieren der Geldpolitik — ungebrochenes Vertrauen auf einen mittelfristig stabilen Geldwert und ein dementsprechendes Verhalten aller, auf die es ankommt — nicht erfüllt. Das Geldangebot stetig auszuweiten, reicht dann unter Umständen nicht mehr aus. Die Notenbank steht vielmehr vor einem Dilemma: in einem Falle wie dem des Jahres 1980/81 also entweder die von außen kommenden inflatorischen Impulse sofort eindämmen oder aber diese zwar zulassen, sich jedoch fest vornehmen, eine binnenwirtschaftliche Anpassungsinflation nicht nachhaltig zu tolerieren, sondern sie an einem konsequent durchgehaltenen mittelfristig orientierten Kurs der Geldmengensteuerung schließlich doch scheitern zu lassen.

Letzteres war die Vorstellung der Kritiker, die im Rahmen des Konzepts argumentierten: Eine binnenwirtschaftliche Anpassungsinflation kann zwar auch bei normaler Geldversorgung in Gang kommen; sie wird zunächst durch eine Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, das heißt

durch rationellere Kassenhaltung finanziert. Paßt die Notenbank das Geldangebot nicht nach oben an, so wird sich die inzwischen eingetretene Preisniveausteigerung aber früher oder später zurückbilden, notfalls unter Rezessionsdruck. Orientieren sich nicht auch die Löhne an der inzwischen eingetretenen Preissteigerung, eine Anpassung, die als irreversibel anzusehen wäre, muß ein Rezessionsdruck aber nicht auftreten. Käme es zum Rezessionsdruck, so die Argumentation, hätte eine neutral gebliebene Geldpolitik ihn jedenfalls nicht zu vertreten. Für die Wahl eines solchen geldpolitischen Kurses, der zur Vermeidung eines aktuellen Rezessionsdrucks das Risiko eines künftigen in Kauf zu nehmen hätte, wurde auch geltend gemacht, daß angesichts des Leistungsbilanzdefizits eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch eine Veränderung der relativen Preise gegenüber dem Ausland unentbehrlich sei, eine Abwertung der D-Mark von daher also nicht unerwünscht. Preisniveaustabilität im Innern würde sich dadurch herstellen, daß die Preise für inländische Leistungen in dem Maße sinken oder schwächer steigen, wie die Verteuerung der Importe auf die Preise der Lebenshaltungsgüter durchschlägt.

Kräftige Argumente standen freilich dagegen. Der Grundsatz, daß die Lohnpolitik es sich selbst zuzuschreiben hat, wenn es zu einem Rezessionsdruck kommt, weil sie den von einer Abwertung der Währung bewirkten und angetriebenen Anstieg der Inflationsrate nicht voll außer Betracht gelassen hat, ist im Falle schwerer Störungen kaum durchzuhalten. Vielmehr hat man realistischerweise anzunehmen, daß die Geldpolitik in einem solchen Falle nicht darauf bestehen kann, daß die inzwischen eingetretene zusätzliche Preisniveausteigerung wieder rückgängig gemacht wird, sondern sich darauf beschränken muß, die Inflationsrate allmählich wieder zu senken. Und schon das ist eine schwierige Aufgabe. Die Erfahrung lehrt nun einmal, daß eine späte Inflationsbekämpfung größere Schäden bei der Beschäftigung mit sich bringt als eine frühzeitige, daß es vor allem leichter ist, inflatorische Impulse abzuwehren, also eine Erhöhung der Inflationsrate zu verhindern, als eine gegebene Inflationsrate zu senken. Das gilt zumal in einer Situation wie der des Jahres 1981. Denn in einer Abwertungstendenz liegt ja für die Exportwirtschaft und für die mit Importen konkurrierenden Bereiche ein expansiver Impuls. Ihn geldpolitisch einzudämmen, heißt nicht ihn auszuschalten. So sehr wegen des Leistungsbilanzdefizits eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erwünscht ist, so ist sie es doch über eine Abwertung der D-Mark nur, soweit diese nicht alsbald in einer Anpassungsinflation verpufft und also nicht ohne weiteres in einem Maße, wie es Devisenmärkte, denen es wie in diesem Jahr an hinreichender Orientierung fehlt, unter Umständen hervorbringen. Im übrigen ist das Interesse der Volkswirtschaft an einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch eine Abwertung auch deshalb begrenzt, weil damit eine entsprechende Verschlechterung der Terms of Trade verbunden ist (Ziffer 443).

199. Den Weg einer geldpolitischen Eindämmung der übermäßig expansiven und damit inflatorischen

Impulse aus der Abwertung wählen hieß ein Unterschreiten des mittelfristigen Pfades für die Expansion der Zentralbankgeldmenge und den damit verbundenen Restriktionsdruck für die stärker vom Zins als vom Wechselkurs abhängigen Bereiche der Volkswirtschaft für eine Weile in Kauf nehmen. Dieser Druck war unerwünschtes Ergebnis einer Rollenverteilung, bei der einseitig der Geldpolitik die Aufgabe zufiel, durch einen restriktiven Kurs eine Stabilisierung der Erwartungen zu erreichen, die von einem konjunkturneutralen Kurs nicht rechtzeitig bewirkt worden wäre. Jeder Weg zu einer Stabilisierung der Erwartungen ohne Rezessionsdruck wäre vorzuziehen gewesen.

Wie sehr es auf eine Stabilisierung der nationalen und der internationalen Erwartungen hinsichtlich des künftigen Werts der D-Mark ankam — und nicht in erster Linie auf den Rezessionsdruck —, wie sehr darauf, daß diese Aufgabe nicht vertagt wurde, erkennt man vor allem daran, daß eine Störung, wie sie hier vordergründig als Ursache der schwierigen Situation auftritt — die Tendenz zur übermäßigen realen Abwertung der D-Mark —, ihrerseits selbst nichts anderes ist als eben Ausdruck destabilisierter Erwartungen hinsichtlich der Fähigkeit der Volkswirtschaft, die anstehenden Probleme zu lösen. Für eine Stabilisierung der Erwartungen kam zwar nicht allein die Geldpolitik in Frage, zumal sie selbst kaum Anlaß der Erwartungsstörungen war. Aber sie mußte die Führungsrolle übernehmen. In seinem Sondergutachten hat der Sachverständigenrat die Bundesbank hierin bestärkt.

200. Zu den besonders schwerwiegenden Problemen einer Geldpolitik, die sich solchen Aufgaben einer Stabilisierung verunsicherter Erwartungen zu stellen hat, gehört, daß es in der Unwegsamkeit abseits des geraden Pfades normaler monetärer Expansion keine quantitativen Orientierungshilfen mehr gibt. Die Notenbank muß durch Tatonnement herauszufinden suchen, bei welchem Kurs der Geldpolitik sich eine Stabilisierung der Erwartungen abzeichnet und die Gefahr einer Anpassungsinflation zu bannen ist. Es geht ja nicht um die sofortige volle Unterdrückung von Preissteigerungen, die von außen kommen, nicht um die Verhinderung jedweder realen Abwertung. Dies wäre in einer Situation hoher Leistungsbilanzdefizite sogar unvernünftig. Die Ratio einer Inkaufnahme von Rezessionsdruck heute ist die Vermeidung von größerem Rezessionsdruck morgen. Auch das ergibt freilich keine quantitative Richtschnur. Die Bundesbank hat versucht, mit dem Spielraum auszukommen, den ihr die vorgegebene Zielmarke für eine Abweichung nach unten von dem mittleren $5\frac{1}{2}$ vH-Pfad bot.

201. Reaktionen der Geldpolitik auf eine reale Abwertung, die zu Abweichungen von einer vorangekündigten Zielgröße für die Geldmenge führen, sind allerdings nicht notwendigerweise in gleichem Maße Abweichungen von dem, was das Konzept einer potentialorientierten Geldpolitik verlangt. Reale Veränderungen des Wechselkurses können Reflex einer veränderten internationalen Neigung zur Kassenhaltung in D-Mark sein, einer Tendenz zur Veränderung des Währungsraumes gleichsam. Die kräf-

tige reale Aufwertung der D-Mark 1978 war möglicherweise zum Teil so zu sehen. Solche Verschiebungen der Geldnachfrage angebotsseitig zu neutralisieren, ist prinzipiell geboten — und ein konjunkturneutraler Vorgang; es gehört zur Logik des Konzepts (JG 78 Ziffern 403 ff.). Für die Vorstellung jedoch, daß man nun umgekehrt die kräftige reale Abwertung der letzten beiden Jahre zu einem erheblichen Teil als Ausdruck einer Tendenz zur Verkleinerung des Währungsraumes anzusehen hat, gibt es keine eindeutigen Anzeichen. Die Abnahme von Ausländereinlagen bei den Banken und der starke Rückstrom von Bargeld aus dem Ausland zeigen freilich, daß möglicherweise auch dieser Vorgang dem Geschehen beigemischt ist.

202. Zu fragen bleibt, ob die unerwartet starke Verteuerung von Importen mit ihrem Einfluß auf das zu finanzierende Transaktionsvolumen nicht Anlaß gab, nimmt man dies für sich, eher etwas mehr Geld als geplant zur Verfügung zu stellen. Die Einfuhrverteuerung in diesem Jahr ist in erster Linie Ausdruck der kräftigen realen Abwertung der heimischen Währung. Die reale Abwertung war teilweise erwünscht, teilweise unerwünscht. Soweit sie unerwünscht war, hatte die Wirtschaftspolitik die Aufgabe, so bald wie möglich Bedingungen herzustellen, unter denen sich die Abwertung zurückbildet. Aber auch soweit sie erwünscht war — und also nach Möglichkeit bis zur Beseitigung der Leistungsbilanzprobleme Bestand haben sollte —, war damit keine Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus gewollt, sondern eine Veränderung der relativen Preise gegenüber dem Ausland. Es geht um eine Veränderung der Struktur der Gesamtnachfrage: mehr Exporte, weniger Importe, geringerer Konsum, gesteuert über veränderte relative Preise. In bezug auf den erwünschten wie den unerwünschten Teil der Abwertung wäre eine Bereitstellung von mehr Geld also darauf hinausgelaufen, die Finanzierung einer Preisniveauentwicklung zu alimentieren, die zu verhindern Hauptproblem der Geldpolitik dieses Jahres gewesen ist. Anders als bei der Ölteuerung 1979/80, die — obwohl selbstverständlich unerwünscht — nicht zu verhindern und deren Durchwirken auf das inländische Preisniveau ohne gefährlichen Deflationsdruck nicht zu vermeiden war (weil mit ihr keine entsprechenden expansiven Impulse für die Exporte unmittelbar einhergingen), bestand also 1981 ein Korrekturbedarf beim Geldmengenziel nicht.

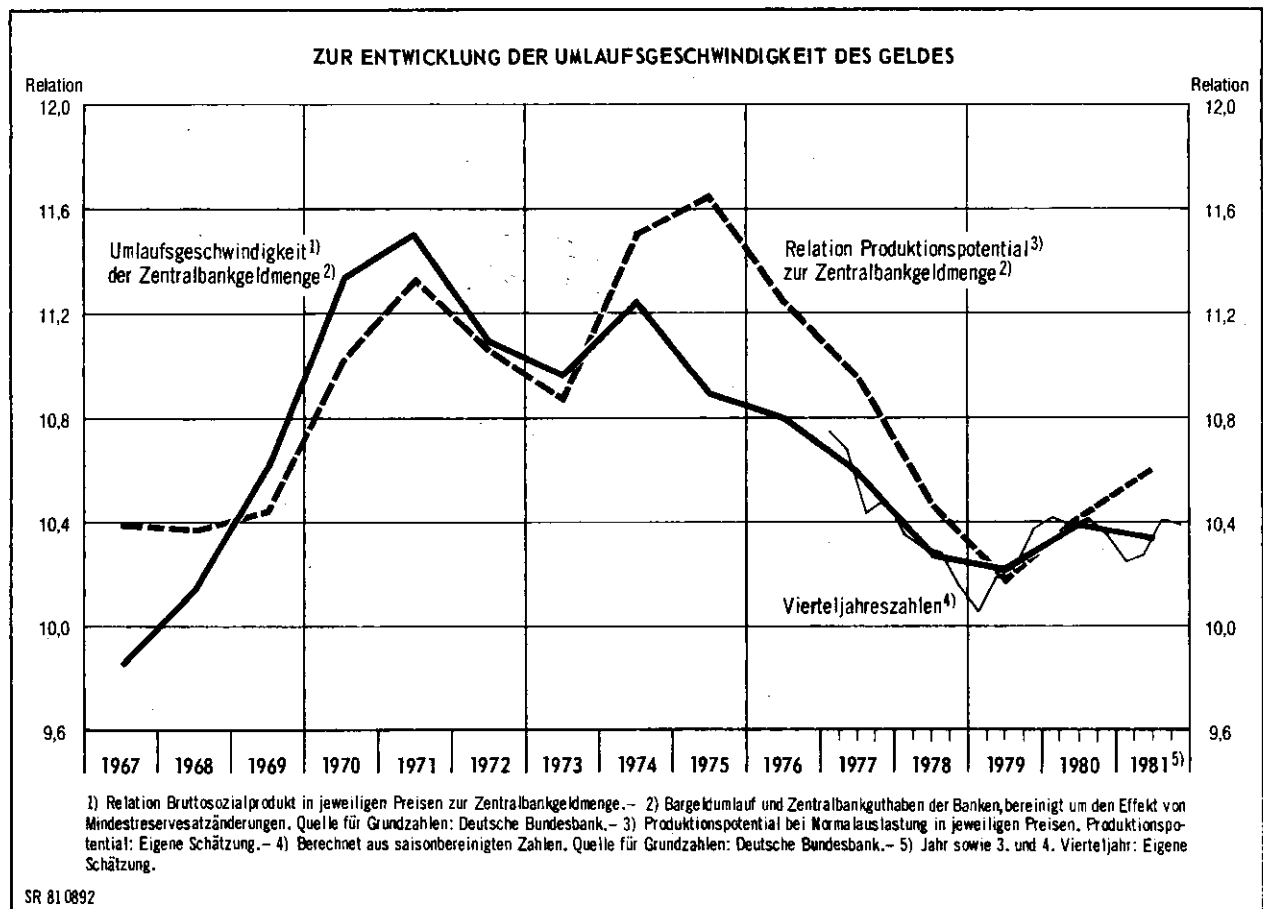
203. Geld wird unterschiedlich effizient genutzt. Hohe Zinsen, wie sie etwa für Phasen konjunktureller Hochlagen typisch sind, reizen zu einer niedrigeren Kassenhaltung an; die Relation aus Bruttosozialprodukt und Zentralbankgeldmenge, die sogenannte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, steigt. Umgekehrt ist es in Phasen niedriger Zinsen weniger kostspielig, Vermögen in Form von Kasse zu halten; die Umlaufgeschwindigkeit sinkt. Immer wieder gibt es Versuche, erwartete Änderungen in der durchschnittlichen Kassenhaltung bei der Geldmengensteuerung zu berücksichtigen und so die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben wirksamer als ohne dies zu verstetigen. Dage-

gen spricht alle Erfahrung, die das Konzept eines verstetigten, an mittelfristigen Bezugsgrößen orientierten Geldangebots begründete. Vor allem ist es die Unsicherheit hinsichtlich der zu erwartenden konjunkturellen Entwicklung und der Reaktion der Umlaufgeschwindigkeit darauf wie auf andere Faktoren, die sie beeinflussen, darunter nicht zuletzt die Geldpolitik selbst, welche gegen eine mit der Umlaufgeschwindigkeit schwankende Geldangebotspolitik spricht. Soweit Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials mit den Schwankungen in der Umlaufgeschwindigkeit korrespondieren, trägt eine mittelfristig orientierte Geldpolitik automatisch zur Verstetigung bei.

Dieses und das letzte Jahr waren Jahre hoher Zinsen und zugleich schwacher Konjunktur. Eine Prognose der Umlaufgeschwindigkeit war besonders unsicher, die Gefahr, daß die Geldpolitik Fehler macht, wenn sie auf eine erwartete Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit setzte, erheblich. So hatte die Bundesbank bei ihrer Zielvorgabe für 1981 mit einer höheren Umlaufgeschwindigkeit als 1980 gerechnet, weil sie vermutete, daß gegen Ende des Jahres die Relation aus Bruttosozialprodukt und Zentralbankgeldmenge höher sein würde als im Durchschnitt des vergangenen Jahres. Tatsächlich ging die Umlaufgeschwindigkeit trotz steigender Zinsen im vierten Vierteljahr 1980 und im ersten Vierteljahr 1981 zurück und war auch im zweiten Vierteljahr dieses Jahres noch deutlich niedriger als im Durchschnitt des vergangenen Jahres (Schaubild 26).

Zu einer mittelfristig orientierten Geldpolitik gehört freilich, dauerhafte, etwa in einem Trend zum Ausdruck kommende Änderungen der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in Rechnung zu stellen. Dies unterlassen hieße einen inflationären oder deflationären Grundzug in die Geldpolitik bringen. Für die Bundesrepublik etwa war in den letzten zehn Jahren eine tendenziell fallende Umlaufgeschwindigkeit des Zentralbankgeldes zu beobachten. Dies mag Ausdruck zunehmenden Wohlstandes oder der Ausweitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs oder auch anderer Gründe sein. Wie erwähnt haben wir dieser Tendenz für 1981 durch einen Zuschlag von einem halben Prozentpunkt in der anzustrebenden Zuwachsrate für die Zentralbankgeldmenge Rechnung zu tragen versucht.

204. Kritik hat die Bundesbank auch mit dem Argument gefunden, ihre Geldpolitik sei schon von ihrer Zielvorgabe her noch viel restriktiver, als es die aktuelle Expansion der Zentralbankgeldmenge erkennen lasse, weil diese schon seit 1980 hinter dem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, bewertet zu jeweiligen Preisen, zurückgeblieben sei. Schaubild 26 zeigt die beiden Entwicklungen in ihrem Verhältnis zueinander. In der Tat lag die Zuwachsrate der Zentralbankgeldmenge 1980 und auch in diesem Jahr deutlich unterhalb der Wachstumsrate des Produktionspotentials. Allerdings hatte die Expansion der Zentralbankgeldmenge in den Jahren zuvor, 1976 bis 1979, das Potentialwachstum kräftig überschritten, so daß es in der Summe zumindest als offen gelten kann, ob nicht in den beiden letzten Jahren nur die überreichliche



Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld korrigiert wurde. Außerdem erscheint zweifelhaft, ob eine einmal begonnene Stabilisierungspolitik dann aufgegeben werden sollte, wenn sie Friktionen zeitigt. Im Prinzip kommt es zu solchen Friktionen zwangsläufig, solange die Inflationsraten höher sind als der von der Geldpolitik als kurzfristig unvermeidlich zugestandene Anstieg des Preisniveaus, gleichviel ob eine unstetige Geldpolitik dies mitverschuldet hat oder ob es sich daraus ergibt, daß Wirtschaft und Staat die Signale der Geldpolitik nicht beachten. In jedem Falle würde ein Kurswechsel in der Geldpolitik erst mit einer nicht unerheblichen zeitlichen Verzögerung die Produktion anregen und die Fortschritte auf dem Weg zur Geldwertstabilität, die in der Geldpolitik der Vergangenheit angelegt sind, wieder zunichte machen. Eine Ausnahme sollte man wohl nur machen, wenn sich aufgrund einer scharfen Restriktionspolitik die Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld sehr weit von der normalen Relation zwischen Produktionspotential und Zentralbankgeld entfernt hat, wie es etwa in den Jahren 1973 und 1974 der Fall war.

Geldmarktsteuerung auf Sicht

205. Beim Einsatz ihres geldpolitischen Instrumentariums im Verlauf dieses Jahres war die Bun-

desbank bestrebt, der labilen Verfassung des Devisenmarktes Rechnung zu tragen und doch zugleich für einen noch angemessenen Zuwachs an Zentralbankgeld und geordnete Geldmarktverhältnisse zu sorgen. Wenn letzteres im Vordergrund stand, suchte die Bundesbank zu vermeiden, daß der Devisenmarkt darin falsche Signale hinsichtlich des weiteren Kurses der Geldpolitik sah. Die kurzfristigen Ausgleichsoperationen waren daher in der Vorhand. Im Herbst nutzte dann die Bundesbank vorsichtig den Spielraum, der sich ihr durch die Befestigung der D-Mark bot.

Zu Jahresbeginn herrschten freilich noch Bedingungen vor, wie sie für das vergangene Jahr charakteristisch gewesen waren. Die Bundesbank beschränkte sich darauf, den Liquiditätsentzug hoher Devisenabflüsse auszugleichen, teils durch vorübergehende Bereitstellung von Liquidität, wie etwa durch Wertpapierpensionsgeschäfte, das heißt den Ankauf von Wertpapieren bei gleichzeitiger Verpflichtung seitens der verkaufenden Banken zum Rückkauf per Termin, teils durch eine dauerhafte Anreicherung der Bankenliquidität über eine weitere Rücknahme der Mindestreservesätze und eine Aufstockung der Rediskontkontingente (Tabelle 21).

Am Devisenmarkt wurde dies als eine Lockerung der Geldpolitik ausgelegt. Die Schwäche der D-Mark im Europäischen Währungssystem, die wegen der inhereuropäischen Zinsdifferenzen schon seit dem

Tabelle 21

Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1980	
18. September	Der Lombardsatz wird mit Wirkung vom 19. September von 9,5% auf 9% herabgesetzt. Gleichzeitig nimmt die Bundesbank wieder Wertpapierpensionsgeschäfte auf.
16. Oktober	Die Rediskontkontingente der Kreditinstitute werden mit Wirkung vom 20. Oktober um 3 Mrd DM heraufgesetzt, die Linie für die Einreichung von Privatkonten wird um 500 Mio DM angehoben.
4. November	Die Laufzeitgrenze für inländische festverzinsliche Wertpapiere, die ins Ausland verkauft werden dürfen, wird auf ein Jahr herabgesetzt.
27. November	Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank beschließt ein Geldmengenziel für 1981: Vom vierten Vierteljahr 1980 bis zum vierten Vierteljahr 1981 soll das Wachstum der Zentralbankgeldmenge innerhalb einer Zielspanne von 4 vH bis 7 vH gehalten werden. Ob eher ein Wert im oberen oder im unteren Bereich des Korridors angestrebt wird, will die Bundesbank von der Entwicklung des Wechselkurses, der Preise und der Zahlungsbilanz im Verlauf des Jahres abhängig machen. Bei der Ableitung ihrer Zielvorgabe hat die Bundesbank eine Zunahme des Produktionspotentials um 2 1/2 vH und einen unvermeidlichen Preisanstieg im Durchschnitt des Jahres 1981 von 3 1/2 vH bis 4 vH zugrunde gelegt. Da sie im Jahresdurchschnitt 1981 mit einer höheren Umlaufgeschwindigkeit des Geldes rechnete, ergibt sich eine potentialorientierte Zuwachsrate von 5 vH bis 5 1/2 vH.
11. Dezember	Vom Unterausschuß des Zentralen Kapitalmarktausschusses für D-Mark-Auslandsanleihen werden keine neuen D-Mark-Auslandsanleihen eingeplant.
19. Dezember	Die Bundesbank schließt mit den Banken eine Vereinbarung (Gentlemen's Agreement), durch die die Banken sich bereit erklären, bis Ende März 1981 grundsätzlich keine weiteren langfristigen Kredite an Ausländer zu gewähren.
1981	
15. Januar	Der Unterausschuß des Zentralen Kapitalmarktausschusses für D-Mark-Auslandsanleihen plant bis zum 3. Februar keine neuen D-Mark-Auslandsanleihen ein.
22. Januar	Der Zentralbankrat beschließt, mit Wirkung vom 1. Februar die Mindestreservesätze um 7 vH herabzusetzen und die Rediskont-Kontingente zu erhöhen. Durch diese Maßnahmen wird für die Kreditinstitute Zentralbankgeld im Umfang von 6,7 Mrd DM verfügbar.
19. Februar	Die Deutsche Bundesbank stellt mit Wirkung vom 20. Februar den regulären Lombardkredit ein. Ein Sonderlombardkredit mit variablem Zins wird in Aussicht gestellt. Die Laufzeitbeschränkung für Wertpapiere, die an Ausländer verkauft werden dürfen, wird aufgehoben. Auch Geldmarktpapiere dürfen nunmehr an Ausländer verkauft werden.
25. Februar	Die Bundesbank stellt erstmals einen Sonderlombard zu einem Zinssatz von 12% zur Verfügung. Er steht den Banken zunächst für zwei Tage und wieder seit dem 3. März zur Verfügung.
1. April	Zum drittenmal in diesem Jahr führt die Bundesbank Offenmarktgeschäfte mit Rückkaufvereinbarung über Wertpapiere, sogenannte Wertpapierpensionsgeschäfte, durch. Den Banken wird diesmal Liquidität im Umfang von 5,2 Mrd DM für 28 beziehungsweise 47 Tage zur Verfügung gestellt. Der Zinssatz beträgt 12,5%. Nach Auslaufen werden zunächst keine neuen Abschlüsse mehr angeboten.
5. Mai	Die Bundesbank bietet den Banken Schatzwechsel mit einer Laufzeit von zunächst sieben, später in der Regel fünf Tagen zum Kauf an. Der Zinssatz beträgt 11,5%.
2. Juli	Der Zentralbankrat hat das Geldmengenziel für das laufende Jahr überprüft. In Anbetracht der außenwirtschaftlichen Lage und des kräftigen Preisauftriebs will die Bundesbank anstreben, den Zuwachs der Zentralbankgeldmenge für den Rest dieses Jahres in der unteren Hälfte des Zielkorridors (4 vH bis 5 1/2 vH) zu halten.
11. September	Der Verkauf von Schatzwechseln durch die Bundesbank wird wieder eingestellt.
21. September	Der Verkauf von Bundesschatzbriefen wird vorübergehend ausgesetzt. Ab 8. Oktober werden wieder Bundesschatzbriefe zu neuen Konditionen angeboten.
29. September	Die Bundesbank nimmt für 34 Tage Wertpapiere aus dem Besitz der Banken im Umfang von 6,2 Mrd DM zu einem Zinssatz von 11,4% in Pension. Die Ausgestaltung des Wertpapierpensionsgeschäfts deutet auf eine vorsichtige Lockerung des Restriktionskurses hin.
8. Oktober	Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank beschließt, den Zinssatz für Sonderlombardkredite mit Wirkung vom 9. Oktober auf 11% zu ermäßigen.
2. November	Noch einmal nimmt die Bundesbank für 30 Tage Wertpapiere der Kreditinstitute in Pension. Zu einem Zinssatz von 11,1% werden 7,5 Mrd DM Zentralbankgeld vorübergehend zur Verfügung gestellt.

Frühjahr vergangenen Jahres bestanden hatte, verschärfte sich. Zeitweise mußte sogar zugunsten der Mark interveniert werden. Der Dollarkurs stieg im Februar innerhalb von 14 Tagen um 15 Pfennige auf 2,25 DM an. Die Bundesbank entschloß sich daraufhin zu einem deutlichen zinspolitischen Signal, setzte den regulären Lombardkredit zu einem Zinssatz von zuletzt 9 % aus und stellte den Banken, wie schon einmal 1973, einen Sonderlombardkredit in Aussicht, dessen Zinssatz täglich geändert und dessen Verfügbarkeit jederzeit widerrufen werden kann. Er steht den Banken mit einer kurzen Unterbrechung seit Ende Februar zu einem Zinssatz von zunächst 12 %, seit Oktober 11 %, zur Verfügung. Als bald nach den Februarmaßnahmen festigte sich die Position der D-Mark im Europäischen Währungssystem wieder, und zwar nachhaltig. Von März bis zur Neufestsetzung der Paritäten im Oktober war sie so fest, daß zeitweise hohe Devisenzuflüsse aus dieser Quelle hingenommen werden mußten. Auch gegenüber dem Dollar konnte die D-Mark zunächst deutlich aufholen. Trotz eines Zinsanstiegs auf breiter Front erreichte der Dollarkurs aber schon Anfang Mai wieder das Niveau von Mitte Februar. Auch als er noch deutlich darüber hinausging, Ende Juni mußten schon 2,40 DM und im August gar bis zu 2,57 DM für einen Dollar bezahlt werden, hat die Bundesbank nicht mit einer erneuten Anhebung der Notenbankzinsen reagiert (SG 81 Ziffer 35). Der Eindruck konnte entstehen, die Bundesbank habe sich zu einem unerklärten Kurswechsel entschlossen. Das Geldangebot wurde dann aber doch weiterhin sehr knapp gehalten. Seit Mitte August konnte sich die D-Mark gegenüber dem Dollar wieder deutlich befestigen. Mitte November kostete ein Dollar noch 2,20 DM.

Die veränderte Liquidität der Banken bei seit März wieder einsetzenden Devisenzuflüssen, vor allem aus den Partnerländern im Europäischen Währungssystem, veranlaßte die Bundesbank zu umfangreichen Geldmarktoperationen, um den Zinssatz für Tagesgeld auf der Höhe des Sonderlombardsatzes zu halten und gleichzeitig eine kontinuierliche Geldversorgung der Banken sicherzustellen. An die Stelle von Wertpapierpensionsgeschäften, die in den ersten Monaten jeweils bei Fälligkeit durch das Angebot neuer Abschlüsse faktisch verlängert worden waren, traten flexiblere Instrumente, wie Devisenpensionsgeschäfte, Devisenwapgeschäfte, also der Ankauf von Devisen durch die Bundesbank mit Rückkaufsverpflichtung seitens der Banken oder umgekehrt. Ab Mai bot die Bundesbank für einige Monate auch wieder Schatzwechsel mit sehr kurzen Laufzeiten an. Zu dieser Zeit hatte neben hohen Devisenzuflüssen auch die Gewinnabführung der Bundesbank in Höhe von 2,3 Mrd DM liquiditätserhöhend gewirkt. Für die Geldmengensteuerung stellen solche Transaktionen auch in dieser Größenordnung kein Problem dar. Die Bundesbank muß zeitweise weitaus größere Devisenbewegungen liquiditätsmäßig bewältigen und kann dies durch Einsatz ihres Instrumentariums auch ohne weiteres. Allein durch den Verkauf von Schatzwechseln wurde im Mai Liquidität im Umfang von 3¹/₂ Mrd DM abgeschöpft. Im ganzen zweiten Quartal hat die Bundesbank über kurzfristige Geldmarktoperationen er-

heblich zur Verknappung am Geldmarkt beigetragen (Schaubild 27). Spiegelbild der hohen Zinsen und der geänderten Refinanzierungsbedingungen waren die sehr niedrigen freien Liquiditätsreserven der Banken und eine im Monatsdurchschnitt geringe Beanspruchung des Sonderlombardkredits, vor allem in den ersten Monaten nach dessen Einführung, als bei den Banken noch Unsicherheit über die Handhabung dieses Instruments durch die Bundesbank bestand.

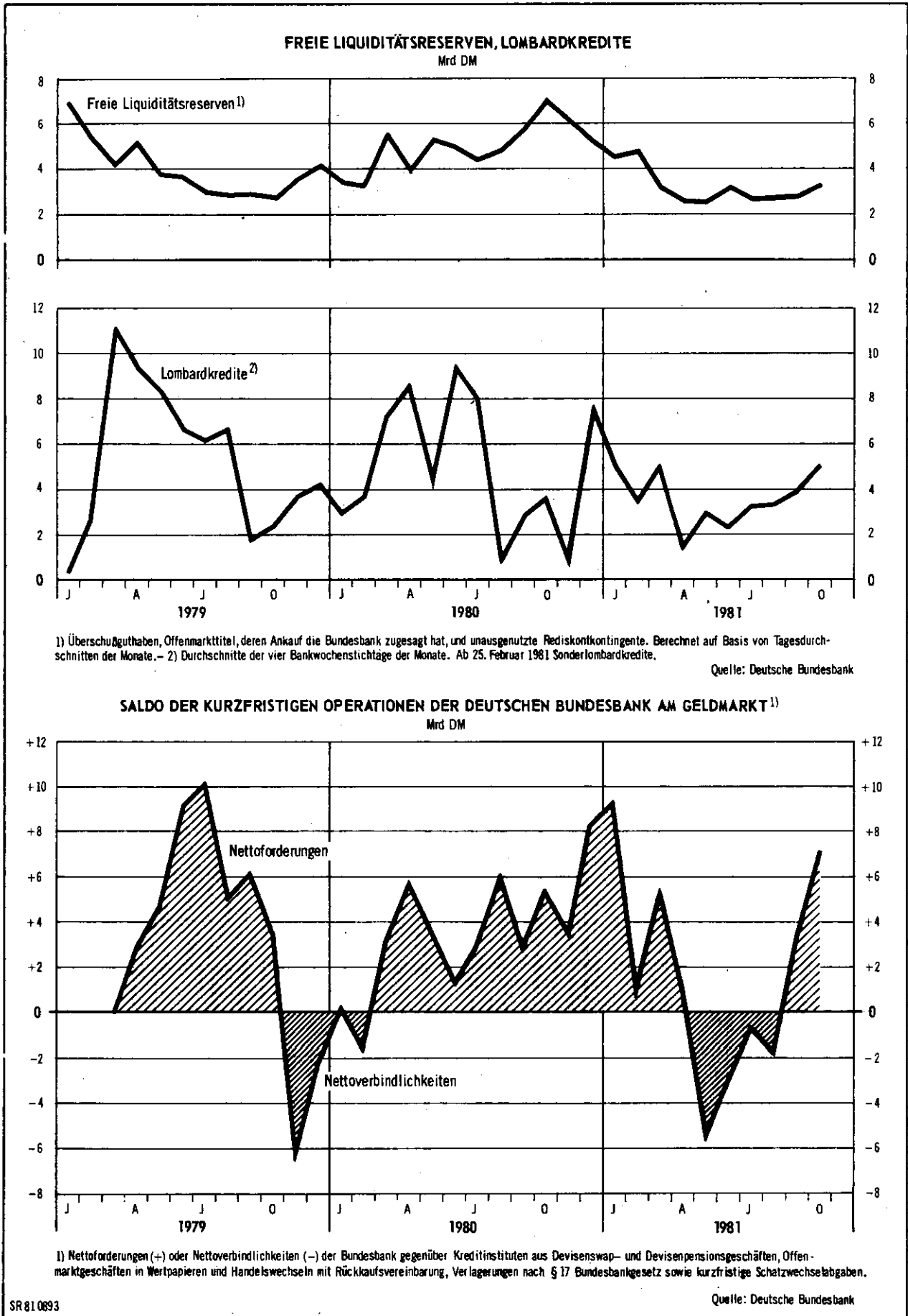
Erst mit der Festigung der D-Mark an den Devisenmärkten und dem Zinsrückgang am Kapitalmarkt im Herbst fand sich die Bundesbank zu einer vorsichtigen Lockerung ihrer Politik bereit. Ende September bot sie den Banken Wertpapierpensionsgeschäften, die dann später, nach Fälligkeit, durch Anschlußgeschäften verlängert wurden, zu einem Zins an, der erstmals unter dem geltenden Zins für Lombardkredite lag, und Anfang Oktober ermäßigte sie den Sonderlombardsatz auf 11 %.

Gewinnabführung an den Bund

206. Mit der Gewinnabführung aus dem Geschäftsjahr 1980 in Höhe von 2,3 Mrd DM konnte der Bund gemäß der Regelung im Bundesbankgesetz erstmals den Jahresüberschuß der Bundesbank in größerem Umfang in Anspruch nehmen. Die Bundesbank hat ständig hohe Einnahmeüberschüsse. Denn sie erwirbt ja ertragbringende Vermögenswerte gegen Geld, das sie selbst schafft. Die wichtigsten Einnahmen sind die Einnahmen aus der Anlage von Währungsreserven und aus der Gewährung von Krediten an Banken. Im vergangenen Jahr war aufgrund der hohen Zinsen im Inland und Ausland sogar ein Jahresüberschuß von 8,8 Mrd DM entstanden. Gleichwohl konnte nur ein Bilanzgewinn von 3,1 Mrd DM ausgewiesen werden. Ein Verlustvortrag in Höhe von 5,8 Mrd DM, der in den Jahren zuvor entstanden war, als die Höherbewertung der D-Mark Abschreibungen auf die Währungsreserven erfordert hatte, war auszugleichen. Die Bundesbank hat ihre Devisenbestände vor allem in den Jahren erworben, als sie einen zu hohen Dollarkurs gegen den Markt verteidigte, sei es weil sie zur Intervention verpflichtet war, sei es weil sie eine abrupte Aufwertung der Mark verhindern wollte. Wenn die Wechselkursänderungen sich letztlich doch durchsetzten, mußte die Bundesbank die im Zuge der Intervention erworbenen Devisen neu bewerten und entsprechende Verluste buchen. Derartige Verluste, zehren sie über Jahre hinweg die Zinseinnahmen aus den Währungsreserven auf (nicht nur die besondere Inflationskomponente in diesen Zinsen), lassen gleichsam buchmäßig aufscheinen, was die Bundesbank die Subventionierung des Außenwirtschaftsverkehrs gekostet hat, die die Aufrechterhaltung einer Unterbewertung der D-Mark mit sich bringt.

Diesen laufenden Wertberichtigungen der Währungsreserven ist es auch zuzuschreiben, daß die Gewinnentwicklung in den vergangenen Jahren sehr wechselhaft war. Der Jahresüberschuß ohne laufende Wertberichtigungen entwickelte sich ver-

Schaubild 27



Zur Gewinnentwicklung der Deutschen Bundesbank

Mrd DM

Jahr	Jahresüberschuß ohne laufende Wertberichtigung	Abschreibungen bzw. Zuschreibungen bei den Währungsreserven	Jahresüberschuß bzw. Fehlbetrag	Bilanzgewinn bzw. Bilanzverlust ¹⁾	Zinserträge			Nachrichtlich	
					netto ²⁾	darunter		Bestand an Devisen ³⁾	Geldmarktzins ⁴⁾ Vereinigte Staaten in %
						auf Geldanlagen im Ausland	Kredite an inländische Kreditinstitute		
1970	0,79	—	+ 0,79	+ 0,79	2,46	1,24	1,44	28,37	6,44
1971	2,90	- 6,00	- 3,10	- 3,10	3,22	2,11	1,07	37,64	4,34
1972	2,95	—	+ 2,95	— ^{a)}	3,55	2,86	0,66	52,22	4,07
1973	3,51	- 10,28	- 6,77	- 6,77	4,40	4,34	0,87	65,82	7,03
1974	5,07	- 7,23	- 2,16	- 8,93	6,06	4,83	1,03	49,75	7,87
1975	4,06	+ 5,48	+ 9,54	+ 0,61	5,06	4,27	0,45	51,30	5,82
1976	4,44	- 7,49	- 3,05	- 3,05	5,21	4,42	0,40	52,00	4,99
1977	4,33	- 7,88	- 3,55	- 6,60	5,26	4,33	0,71	58,31	5,27
1978	4,63	- 7,59 ^{b)}	- 2,96	- 9,55	5,69	5,27	0,67	74,58	7,22
1979	6,66	- 2,87	+ 3,79	- 5,76	8,00	6,16	1,53	71,24	10,04
1980	7,18	+ 1,66	+ 8,84	+ 3,08	9,52	5,85	3,36	56,05	11,62

¹⁾ Vorzutragender Bilanzverlust (-), verteilter Bilanzgewinn (Reingewinn +) davon an den Bund abgeführt für 1970: 524 Mio DM, für 1975: 398 Mio DM, für 1980: 2 272 Mio DM.

²⁾ Zinserträge nach Abzug der Zinsaufwendungen.

³⁾ Stand: Jahresende. Ab 1979 einschließlich Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit (darunter etwa 3 1/2 Mrd DM in Gold).

⁴⁾ Jahresdurchschnitt der „Treasury bill rate“.

^{a)} Nach Entnahmen aus sonstigen Rücklagen in Höhe von 0,15 Mrd DM.

^{b)} Abschreibungen auf die Währungsreserven und sonstige Fremdwährungspositionen (10,58 Mrd DM) abzüglich Ertrag aus Zuschreibung zum Gold (2,99 Mrd DM).

Quelle: Deutsche Bundesbank, UN

gleichsweise stetig (Tabelle 22). Die Zinsen auf Auslandsanlagen waren auch 1979 trotz eines Rückgangs der Devisenreserven vor allem wegen der anziehenden Geldmarktzinsen in den Vereinigten Staaten noch einmal gestiegen. Noch höhere Zinssätze verhinderten im Jahre 1980, daß die Erträge deutlich sanken, obwohl die Devisenbestände weiter schrumpften. Am Jahresende 1980 lagen diese mit 52 1/2 Mrd DM um 22 Mrd DM unter ihrem Höchststand von Ende 1978. Darin enthalten sind auch die vorläufig in den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit eingebrachten Dollar Guthaben, deren Zinsertrag nach wie vor der Bundesbank zusteht.

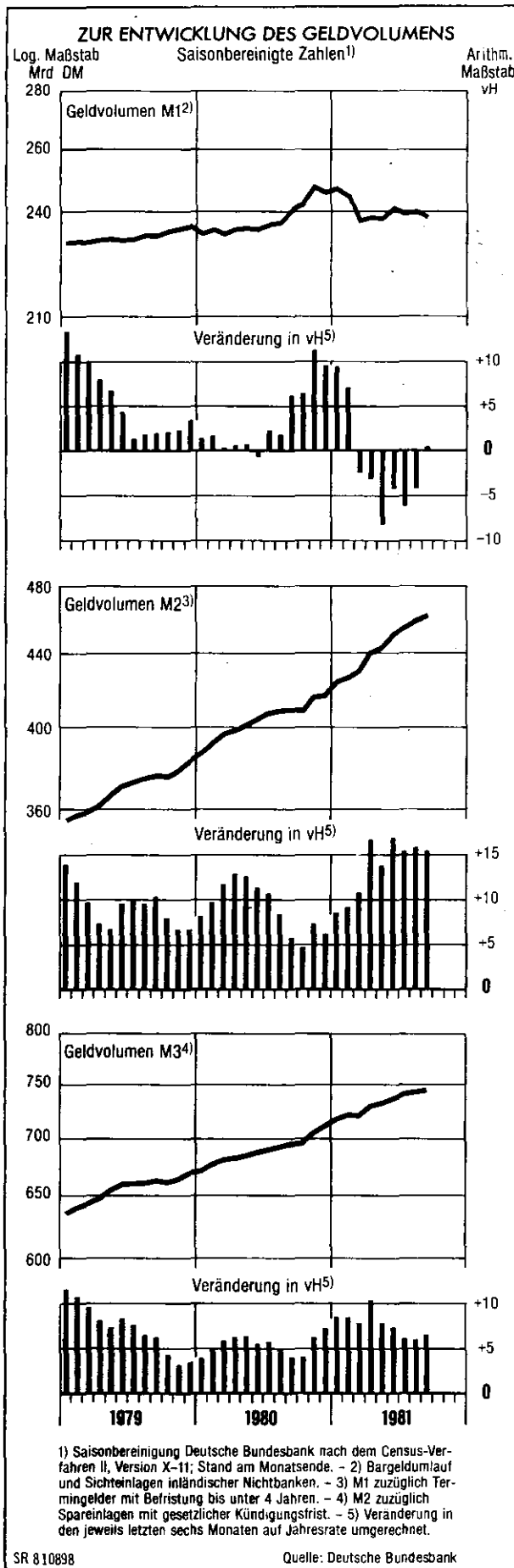
Bei einem Rückgang des ungewöhnlich hohen Zinses in den Vereinigten Staaten ist also für die Zukunft mit einer spürbaren Verminderung der Erträge aus dieser Quelle zu rechnen, zumal die Dollarbestände bis Ende Oktober 1981 um weitere 13 1/2 Mrd DM abgenommen haben. Ein Gegengewicht stellen allerdings nicht nur die Zinsen aus höheren Forderungen gegenüber dem Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit dar. Im Jahre 1981 gab es überdies beträchtliche Veräußerungsgewinne im Rahmen der Interventionen am D-Mark-Dollar-Markt. Dreimal so hoch wie in den Jahren 1970 bis

1978 war in den beiden letzten Jahren auch der jahresdurchschnittliche Zinsertrag aus der Kreditgewährung an inländische Banken. Mit einer Herabsetzung der Notenbankzinsen ist auch hier ein entsprechender Rückgang zu erwarten. Da der Verlustvortrag aus früheren Jahren 1980 vollständig getilgt worden ist und auch in Zukunft Wertberichtigungen erst wieder notwendig werden, wenn der Dollar unter seinen Stand vom Jahresende 1979 mit 1,73 DM sinkt, kann für die nächste Zeit indes weiterhin mit hohen Bilanzgewinnen der Bundesbank gerechnet werden.

Monetäre Expansion im Zeichen hoher Zinsen

207. Vor allem die hohen Zinsen haben auch das Muster der monetären Expansion in diesem Jahr geprägt. Es ist noch teurer geworden, Geld in unverzinslicher Form, als Bargeld und Sichtguthaben also, zu halten. Die Geldmenge M1, die diese unverzinslichen Geldarten zusammenfaßt, war Ende September um 3 1/2 vH niedriger als Ende Dezember 1980, nachdem sie schon im vergangenen Jahr nur um 3 1/2 vH zugenommen hatte. Der scharfe Rückgang von M1 zu Jahresbeginn ist allerdings Reflex einer

Schaubild 28



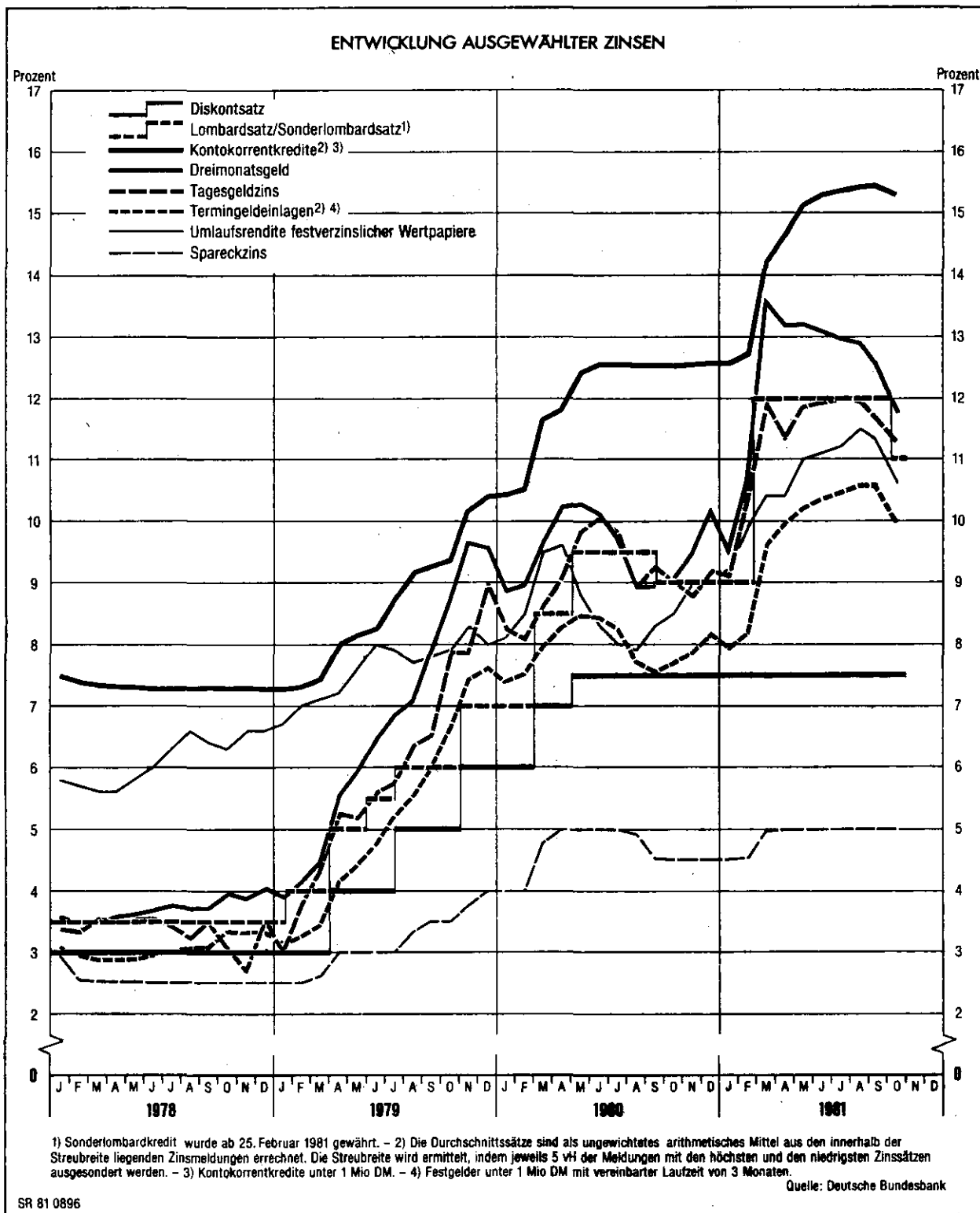
unstetigen Entwicklung der Sichteinlagen, deren kräftige Zunahme im Herbst 1980 sich Anfang 1981 zurückbildete. Im März war der Tiefpunkt erreicht; seither ergab sich bei weiter stagnierendem Bargeldumlauf wieder eine geringe Zunahme. Ende September lag M1 aber erst $\frac{1}{2}$ vH über dem Stand von Ende März (Schaubild 28).

Zu den hohen Zinsen paßte auch, daß die Geldmenge M2, die zusätzlich die Termineinlagen mit einer Befristung von unter vier Jahren enthält, kräftig expandierte, und zwar bis Ende September mit einer Jahresrate von $14\frac{1}{2}$ vH. Für Termineinlagen war im Oktober ein Zins von 10% zu erzielen und damit $2\frac{1}{2}$ Prozentpunkte mehr als vor einem Jahr (Schaubild 29). Nimmt man die Termineinlagen für sich, die schon in den beiden vorangegangenen Jahren um jeweils 15 vH zugenommen hatten, so ergab sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres mit einer Jahresrate von $43\frac{1}{2}$ vH nochmals ein außerordentlich starker Zuwachs. Hier fanden die Beträge eine hochliquide und gut verzinsliche Anlage, die aus Ertragserwägungen nicht mehr in unverzinslicher Form oder auch auf zinsschwachen Sparkonten gehalten werden. Betrachtet man also M1 und M2 zusammen, so scheinen für die schwache Expansion der Geldmenge M1 die zinsbedingten Umschichtungen dominant gewesen zu sein. So gesehen überzeichnet die Entwicklung von M1 den Restriktionsgrad der Geldpolitik stark.

Die Geldmenge M3, die neben Bargeld, Sichtguthaben und Termineinlagen auch die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist umfaßt, wies einen geringeren Zuwachs auf als M2, vor allem weil Spareinlagen auf Termineinlagen umgebucht wurden; auf eine Jahresrate hochgerechnet betrug er in den ersten neun Monaten $6\frac{1}{2}$ vH. Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist erbrachten mit knapp 5% im Durchschnitt der ersten zehn Monate eine vergleichsweise niedrige Verzinsung. Daß sie, nach Ausschaltung saisonaler Einflüsse, in den ersten neun Monaten um $12\frac{1}{2}$ Mrd DM zurückgingen (freilich nicht nur zugunsten von Termineinlagen), überrascht daher nicht. Schon in den beiden vergangenen Jahren waren die Spareinlagen nurmehr um je $8\frac{1}{2}$ Mrd DM gestiegen, nachdem im Jahrfünft zuvor die durchschnittliche Zunahme 26 Mrd DM betragen hatte.

208. Die Ausweitung des Geldvolumens wird vor allem durch die Kreditgewährung der Banken und die Mittelzuflüsse aus dem Ausland angetrieben, und sie wird gebremst durch den Erwerb von Forderungen gegen Banken, die nicht zum Geldvolumen zählen, also die Geldkapitalbildung. Diese umfaßt die Bildung von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist und von Termineinlagen mit einer Befristung von vier Jahren und darüber sowie den Erwerb von Sparbriefen und Bankschuldverschreibungen. Auch die recht kräftige Geldkapitalbildung — in den ersten neun Monaten waren es $61\frac{1}{2}$ Mrd DM — ist im Zusammenhang mit den hohen Zinsen zu sehen. Bei den Bankschuldverschreibungen wurden verstärkt kürzere Laufzeiten und damit ein höherer Liquiditätsgrad angeboten (Ziffer 218). Dies erhöhte den Anreiz zum Umsteigen auf diese mindestreserve-

Schaubild 29



freie Geldanlage. So konnte schon in den ersten neun Monaten mit 51¹/₂ Mrd DM nicht nur das Emissionsergebnis des gesamten Vorjahres, sondern auch das bisher höchste überhaupt, das des Jahres 1979, deutlich übertroffen werden. Diese Entwicklung ging vor allem zu Lasten der verschiedenen Formen von Spareinlagen, teils auch der Sparbriefe, deren Verzinsung zeitweise unattraktiv war.

In den ersten neun Monaten flossen bei den Spareinlagen Mittel in Höhe von 34¹/₂ Mrd DM ab, für Sparbriefe kamen 9¹/₂ Mrd DM auf, verglichen mit 16¹/₂ Mrd DM zur gleichen Zeit des Vorjahres.

209. Die Umschichtungen zu höher verzinslichem Geld und vor allem der Weg an den mindestreservspflichtigen Konten der Banken vorbei sparten

Zentralbankgeld. Termineinlagen binden weniger Zentralbankgeld in der Mindestreserve als Sichteinlagen, und Kreditbeziehungen über den Kapitalmarkt, auch Schuldverschreibungen mit sehr kurzen Laufzeiten, die in diesem Jahr ein starkes Gewicht hatten, sind mindestreserfefrei. Gleichwohl wurde die effizientere Nutzung des Zentralbankgeldes nicht zur Finanzierung eines kräftigen Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben beansprucht. Vielmehr ist die Umlaufgeschwindigkeit des Zentralbankgeldes gegenüber 1980 gesunken. Noch einmal gestiegen ist dagegen die Umlaufgeschwindigkeit der Geldmenge M1. Trotz stagnierenden Bargeldumlaufs und rückläufigen Bestands an Sichteinlagen konnte ein größeres Ausgabenvolumen finanziert werden. Deutlich stärker zugenommen als das Ausgabenvolumen hat dabei das Kreditvolumen. Die Rationalisierung der Kassenhaltung hat zusätzliche Kreditketten ermöglicht.

210. *Zu fragen bleibt, wie die Entwicklung der Umlaufgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge zu erklären und wie die Tatsache, daß die Geldmenge M3 deutlich stärker zugenommen hat als die Zentralbankgeldmenge, zu bewerten ist.*

Die Veränderung des Bedarfs an Zentralbankgeld, die sich im Zusammenhang mit einer Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit der Geldmenge M1 ergibt, wird durch zwei Faktoren bestimmt. Zum einen führt das Einsparen von Kasse zu einer Verminderung des Bedarfs an Zentralbankgeld, weil dadurch Mindestreserve auf Sichtguthaben frei wird. Zum anderen führt aber das Weiterleiten eingesparter Kasse via Kreditketten, die über mindestreserfefpflichtige Bankkonten laufen, zur Bindung zusätzlichen Zentralbankgeldes, wenngleich in geringerem Umfange als der Freisetzung bei den Sichteinlagen entspricht. Im ganzen wird also Zentralbankgeld gespart, die Bindung von Zentralbankgeld je Einheit Geldmenge M1 steigt jedoch. Von daher ist erklärlich, daß in Zeiten knappen Geldangebots die Umlaufgeschwindigkeit der Geldmenge M1 stärker zunimmt als die Umlaufgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge.

In diesem Jahre war letztere jedoch sogar niedriger als im vergangenen, und dies obwohl noch andere Einspareffekte in bezug auf den Zentralbankgeldbedarf hinzukamen (Ziffer 203). Das Sinken erklärt sich aus der starken Zunahme des Kreditvolumens im Verhältnis zum Sozialprodukt; denn ein großes Volumen an über die Banken — genauer: an über mindestreserfefpflichtige Bankkonten — laufenden Verschuldungsketten bedeutet hohen Bedarf an Zentralbankgeld im Verhältnis zum Sozialprodukt. Daß die starke Zunahme des Kreditvolumens bei schwacher Ausweitung des Angebots an Zentralbankgeld möglich war, ergibt sich aus dem Einspareffekt, der mit der Rationalisierung der Kassenhaltung und anderen mindestreserfesparenden Strukturverschiebungen verbunden war.

Wie schon erwähnt, ließ der Einspareffekt zu, daß die Geldmenge M3 im Verhältnis zum Zentralbankgeld überproportional wuchs. Freilich, insoweit alle diese Vorgänge von der Verknappung an der Geldbasis, dem Zentralbankgeld, angetrieben worden sind, sollte man in der noch immer kräftigen Expansion der Geldmenge M3 kein Zeichen für eine entsprechend geringe monetäre Restriktion sehen. Das monetäre System zeigt hier seine Elastizität, aber die Tatsache, daß diese Elastizität in Anspruch genommen werden mußte, und zwar aus Gründen der Geldverknappung, sagt doch eher etwas darüber aus, wie stark zugleich die kontraktiven monetären Impulse auch in den güterwirtschaftlichen Bereich hinein waren, als daß sie anzeigt, wie wenig

eine stärkere gesamtwirtschaftliche Ausgabeneexpansion durch Mangel an Geld verhindert wurde. Andersfalls würde man einen durchaus partiellen Rückkopplungseffekt des Systems mit einem Impuls verwechseln, was deshalb unzulässig wäre, weil der Rückkopplungseffekt nicht kostenfrei entsteht. Kurz, als Indikator der Geldpolitik ist die Geldmenge M3 nicht so gut geeignet wie die Zentralbankgeldmenge.

Teurer Kredit

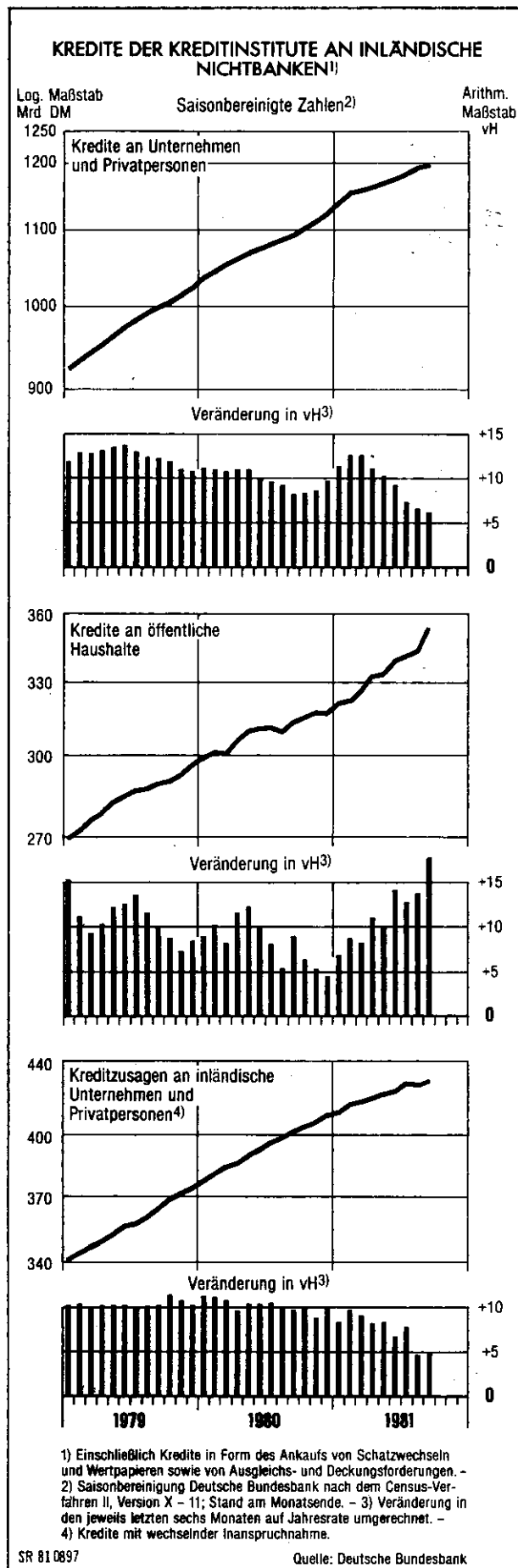
211. Die Verschärfung des Restriktionskurses der Bundesbank im Frühjahr hat noch einmal zu einer deutlichen Anhebung der Kreditzinsen geführt. Diese waren schon seit Ende vergangenen Jahres wieder gestiegen. Mit 14¹/₂% mußte im Durchschnitt der ersten zehn Monate ein um zweieinhalb Prozentpunkte höherer Zins für Kontokorrentkredite gezahlt werden als zur gleichen Zeit des Vorjahres, zuletzt sogar 15¹/₂%. Nicht ganz so stark war der Zinsanstieg für Wechseldiskontkredite und Hypothekarkredite, die mit etwa 11% eineinhalb Prozentpunkte teurer waren als in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres. Im Oktober gaben die Zinsen leicht nach.

Trotz dieser kräftigen Verteuerung des Kredits bei gleichzeitig schwacher Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage haben die Ausleihungen der Banken in den ersten neun Monaten mit einer Jahresrate von 10 vH stärker zugenommen als im Jahr zuvor; damals hatte der Anstieg 9 vH betragen. An der vergleichsweise kräftigen Kreditnachfrage hatte der gestiegene Finanzierungsbedarf der öffentlichen Haushalte einen hohen Anteil. Die Kreditnachfrage des privaten Sektors schwächte sich etwas ab. Gleichwohl betrug der Zuwachs noch 8¹/₂ vH, nach 9¹/₂ vH 1980 (Schaubild 30). Vor allem nach den zinspolitischen Maßnahmen im Februar haben Unternehmen und private Haushalte für mehrere Monate ihre Kreditaufnahme im Inland stark reduziert, und zwar insbesondere die Aufnahme kurzfristiger Kredite. Die öffentlichen Haushalte nahmen in dieser Zeit verstärkt Bankkredite in Anspruch; in den ersten neun Monaten betrug hier der Zuwachs, auf eine Jahresrate hochgerechnet, 15¹/₂ vH nach 7 vH im vergangenen Jahr. Seit Juni hat die Verschuldung der Privaten im Inland wieder zugenommen, und zwar von Juni bis September mit einer Jahresrate von reichlich 7 vH.

212. Die Verlangsamung der Kreditexpansion im Frühjahr unterzeichnet allerdings die tatsächliche Verschuldung des privaten Sektors; denn in diesen Monaten gingen die Unternehmen wieder verstärkt an die ausländischen Finanzmärkte, vor allem den Euro-D-Mark-Markt, um sich Finanzierungsmittel zu beschaffen.

Insgesamt wurden in dem Zeitraum von Januar bis September mit 22¹/₂ Mrd DM freilich nur in annähernd gleichem Umfang Finanzkredite von Unternehmen im Ausland aufgenommen wie ein Jahr zuvor. Es handelte sich wiederum überwiegend um

Schaubild 30.



kurzfristige Kredite. Immerhin war mit 5 Mrd DM der Anteil der langfristigen Kredite doch schon deutlich höher.

Stark gewandelt haben sich angesichts der Unsicherheit über die Wechselkursentwicklung die Zahlungsgewohnheiten im Außenhandel. Die Verbindlichkeiten inländischer Unternehmen gegenüber dem Ausland aus Handelskrediten haben mit 7 1/2 Mrd DM in den ersten acht Monaten außerordentlich stark zugenommen. Es handelt sich dabei nur zum kleineren Teil um die Inanspruchnahme von Zahlungszielen. In erster Linie haben ausländische Importeure Anzahlungen auf Exporte inländischer Unternehmen geleistet. Sie beliefen sich in den ersten acht Monaten auf 5 1/2 Mrd DM — nach 1 Mrd DM vor Jahresfrist — und spiegeln nicht nur die kräftige Exportbelegung, sondern auch die Erwartung, daß der D-Mark-Kurs bald wieder steigen wird.

213. Nimmt man die Verschuldung im Inland und Ausland zusammen, so war die private Kreditnachfrage trotz steigender Zinsen und eines geringen Einkommensanstiegs kaum schwächer als 1980. Es ist jedoch nicht ungewöhnlich, daß in Zeiten schwacher Wirtschaftsaktivität der Bedarf der Unternehmen an Finanzierungsmitteln weiter kräftig ansteigt. Es wird weniger Geld eingenommen, und die von der Abschwächung besonders Betroffenen sind verstärkt auf Kreditaufnahme angewiesen. Daß gleichzeitig auch die Geldvermögensbildung des Unternehmenssektors zunimmt, steht nicht im Widerspruch dazu. Vielmehr findet darin die geringe Investitionsneigung der Unternehmen ihren Niederschlag, aber auch die Verknappung im Geldangebot, die zur Rationalisierung der Kassenhaltung anreizte. Beides machte Geld für zusätzliche Kreditketten frei. So paßt die vergleichsweise hohe Kreditnachfrage zu dem schwachen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben, aber auch — wie erwähnt — zu der Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit von M1 und dem Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge.

214. Freilich ist nicht auszuschließen, daß sich der Zinsanstieg erst mit größerer Verzögerung auf die Kreditnachfrage auswirkt. Die Anpassung der Ausgabenpläne könnte noch im Gange sein. Ein Hinweis auf die zu erwartende Kreditvergabe an den privaten Sektor läßt sich aus der Entwicklung der Kreditzusagen gewinnen. Nach dem Zinsanstieg im Frühjahr dieses Jahres haben die Zusagen von überwiegend kurzfristigen Krediten mit wechselnder Inanspruchnahme deutlich schwächer zugenommen als in den Monaten davor. In den ersten neun Monaten betrug der Zuwachs, auf eine Jahresrate hochgerechnet, nur knapp 6 vH (Schaubild 30). Im Vorjahr waren die Zusagen noch um 10 vH gestiegen. Da zugesagte Kredite nach einer Abschwächung im Frühjahr zuletzt wieder stärker in Anspruch genommen wurden, nahmen die offenen Zusagen bis September, auf eine Jahresrate hochgerechnet, nur um 3 1/2 vH zu. Verläßlich ist dieser Indikator allerdings nicht. Nicht nur die Zinsen und die konjunkturelle Situation beeinflussen die Entwicklung der Kredit-

zusagen, sondern auch Zinserwartungen, die recht wechselhaft sein können, und kurzfristige Verlagerungen der Kreditnachfrage zu ausländischen Finanzmärkten. Diese Faktoren erklären etwa den un stetigen Verlauf im vergangenen Jahr.

Während Kredite mit wechselnder Inanspruchnahme vor allem zur Deckung des Betriebsmittelbedarfs der Unternehmen dienen, stehen die Zusagen langfristiger Kredite in erster Linie in Zusammenhang mit den Investitionsplanungen der Unternehmen und dem Wohnungsbau. Auch die Zusagen langfristiger Kredite, die nur als eine rechnerische Untergrenze ermittelt werden können, haben sich im Jahresverlauf deutlich abgeschwächt; im September lagen sie, auf eine Jahresrate umgerechnet, um $5\frac{1}{2}$ vH höher als am Jahresende 1980. Die offenen Zusagen waren im September sogar $12\frac{1}{2}$ vH niedriger als Ende Dezember vergangenen Jahres.

215. Der Staat beanspruchte die Kreditmärkte des Inlandes wie des Auslandes wegen seines nochmals gestiegenen Defizits in nochmals verstärktem Maße und trug so mit zu den hohen Zinsen und dem Vertrauensverlust in die D-Mark bei. In den ersten neun Monaten wurden fast 55 Mrd DM aufgenommen, allein 34 Mrd DM vom Bund. Ein höherer Umschuldungsbedarf kam belastend hinzu; von Januar bis September 1981 mußten die Gebietskörperschaften zum Ersatz für getilgte Kredite etwa 50 Mrd DM aufnehmen. Die Kreditaufnahme im Inland konzentrierte sich auf die Banken. Um die Finanzmärkte nicht zusätzlich zu belasten, nahmen die öffentlichen Haushalte Bankkredite verstärkt in jenen Monaten auf, als die Privaten ihre Kreditnachfrage stark zurücknahmen, so etwa im März und April.

Aus der direkten Kapitalmarktbeanspruchung des Staates, also ohne Kommunalobligationen gerechnet, kam kein Beitrag zur Defizitfinanzierung, im Gegenteil. Bei einem Bruttoabsatz von Anleihen der öffentlichen Hand von 24 Mrd DM in den ersten neun Monaten war ein Tilgungsaufwand von $28\frac{1}{2}$ Mrd DM zu leisten. Die Tilgungen übertrafen also die Emissionen um $4\frac{1}{2}$ Mrd DM; allein Bundes-schatzbriefe wurden im Umfang von $9\frac{1}{2}$ Mrd DM netto zurückgegeben. Der hohe Umschuldungsbedarf ist im wesentlichen eine Folge des hohen Anteils von Emissionen kurzlaufender Papiere in den vergangenen Jahren. In der Hochzinsphase von 1974 hatte der Anteil der kurzlaufenden Wertpapiere der öffentlichen Hand am Bruttoabsatz erst 10 vH betragen. In den Folgejahren stieg er stark an und erreichte im Jahre 1978 mit 37 vH seinen Höchststand. Gleichzeitig war die Emissionsrendite öffentlicher Anleihen von 10,2 % im Jahre 1974 kontinuierlich auf 6,1 % im Jahre 1978 gefallen. Als dann der Zins zu steigen begann, wurde der Anteil kurzlaufender Papiere wieder deutlich niedriger; in den ersten neun Monaten des Jahres 1981 lag er bei 5 vH. Als nun die Kurzläufer der Jahre 1977 und 1978 fällig wurden, mußten Anschlußkredite zu Rekordzinsen aufgenommen werden. Ende September 1981 waren noch Anleihen der öffentlichen Hand mit einer Restlaufzeit von unter zwei Jahren im Umfang von etwa $35\frac{1}{2}$ Mrd DM im Umlauf. Ein Urteil über das staatliche Debt Management läßt sich aus alledem freilich

nicht ohne weiteres gewinnen. In den letzten Jahren hat die Verschuldung außerhalb des Kapitalmarktes, vor allem über Schuldscheindarlehen, zunehmende Bedeutung erlangt, und über die Laufzeit dieser Kredite liegen keine Angaben vor.

Zur Entlastung der Zahlungsbilanz nahm der Staat wie schon im vergangenen Jahr verstärkt die Kreditmärkte im Ausland in Anspruch. Mit einer Zunahme um 22 Mrd DM hatten sich die Schulden der öffentlichen Hand gegenüber dem Ausland 1980 etwa verdoppelt. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres kamen noch einmal $15\frac{1}{2}$ Mrd DM hinzu. Das Ausland stellte somit im ersten Halbjahr fast die Hälfte der Mittel zur Defizitfinanzierung zur Verfügung.

Kapitalmarkt im Wandel

216. Ein hohes Mittelaufkommen ebenso wie ein extrem hoher Zinssatz und eine starke Fristenverkürzung waren die Kennzeichen der Kapitalmarktsituation in diesem Jahr. Bei verringerten Aufwertungserwartungen für die D-Mark hatte sich schon im vergangenen Jahr ein enger Zusammenhang mit der Zinsentwicklung an den internationalen Finanzmärkten, vor allem mit der in den Vereinigten Staaten, eingestellt. Nach einem vorübergehenden Zinsrückgang im Sommer 1980 war der Kapitalmarktzins bis zur Jahreswende wieder auf 9 % gestiegen. Von dort aus setzte er in diesem Jahr seinen Anstieg fort und erreichte mit $11\frac{1}{2}$ % im August seinen Höhepunkt. Danach kam es bei unverändert hohem Kapitalmarktzins in den Vereinigten Staaten zu einem Zinsrückgang auf zuletzt $10\frac{1}{2}$ %.

Ein solches Zinsniveau hatte es zuvor in der Bundesrepublik nur einmal, 1974, gegeben. Damals freilich hatten trotz einer restriktiven Geldpolitik Inflationsängste im Zusammenhang mit dem ersten Ölpreisschock die Szene beherrscht, so daß selbst bei diesem hohen Zins die Anlageneigung vergleichsweise schwach geblieben war. Der Nettoabsatz festverzinslicher Wertpapiere war damals gegenüber dem niedrigen Ausgangsniveau von 1973 sogar noch einmal zurückgegangen. Ganz anders in diesem Jahr. Schon zur Jahresmitte erreichte der Nettoabsatz mit 44 Mrd DM fast das gesamte Vorjahresergebnis, bis September war mit 60 Mrd DM auch das bisher höchste Jahresergebnis von 1977 weit übertroffen (Tabelle 23). Die Bereitschaft, Mittel am Kapitalmarkt anzulegen, läßt sich auch am Bruttoabsatz er messen. Mit $147\frac{1}{2}$ Mrd DM lag der Bruttoabsatz in den ersten neun Monaten um 49 vH über dem Wert des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Die Diskrepanz zwischen Bruttoabsatz und Nettoabsatz verdeutlicht, welchen Umfang mittlerweile die Tilgungen erreicht haben. Der kräftige Zuwachs des Tilgungsvolumens ist nicht nur Reflex eines wachsenden Kapitalmarktes, sondern auch Ausdruck kürzerer Laufzeiten der Wertpapiere (Schaubild 31).

217. Hinter dieser insgesamt sehr hohen Ergiebigkeit des Kapitalmarktes steht freilich ein ungewöhnlich hoher Anteil von Mitteln mit kurzer Bin-

Mittelaufkommen und Nettoabsatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten

Mio DM Nominalwert

Zeitraum	Mittel- auf- kommen ¹⁾	Nettoabsatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten ²⁾						Nachricht- lich: Aktien- emissionen (Kurswerte)
		ins- gesamt ³⁾	Industrie- obliga- tionen ⁴⁾	Bankschuld- verschreibungen ³⁾		Anleihen der öffent- lichen Hand ⁵⁾	Kapitalmarkt- beanspru- chung durch inländische öffentliche Stellen ⁶⁾	
				zusammen	darunter Kommunal- obligationen			
1967	13 719	15 321	892	9 338	5 384	5 094	10 478	1 905
1968	18 072	17 795	- 70	14 166	8 429	3 700	12 129	3 144
1969	12 850	13 479	- 164	13 033	7 542	610	8 152	2 797
1970	14 385	15 059	220	12 769	7 941	2 069	10 010	3 592
1971	20 565	21 267	1 463	15 341	7 335	4 464	11 799	4 734
1972	34 426	35 043	799	26 838	13 109	7 402	20 511	4 129
1973	25 038	26 825	- 525	23 005	4 563	4 365	8 928	3 581
1974	24 638	26 655	- 370	20 989	9 266	6 033	15 299	3 525
1975	40 487	48 924	- 166	35 621	23 969	13 471	37 440	6 010
1976	54 393	48 361	- 545	32 023	21 419	16 883	38 302	6 081
1977	50 503	50 474	- 417	29 699	16 651	21 191	37 842	4 368
1978	36 307	44 620	-1 023	31 404	16 307	14 239	30 546	5 550
1979	43 351	42 134	-1 116	37 956	15 927	5 294	21 221	5 513
1980	43 461	44 997	-1 263	41 323	24 641	4 938	29 579	6 948
1980 1. Vj.	12 730	15 909	- 481	15 315	8 065	1 074	9 139	2 757
2. Vj.	20 797	18 906	- 167	12 390	6 717	6 684	13 401	1 374
3. Vj.	2 882	2 532	- 249	6 579	4 161	- 3 797	364	1 494
4. Vj.	7 052	7 650	- 366	7 039	5 698	977	6 675	1 323
1981 1. Vj.	28 244	29 973	- 270	27 501	13 129	2 742	15 871	1 195
2. Vj.	13 399	13 951	- 280	19 014	7 805	- 4 783	3 022	1 573
3. Vj.	16 230	16 215	- 211	18 850	10 714	- 2 425	8 289	1 673
1981 Jan	10 701	11 060	- 35	7 346	3 492	3 749	7 241	284
Feb	4 167	5 507	- 141	6 883	4 184	- 1 236	2 948	354
Mär	13 376	13 406	- 94	13 272	5 453	229	5 682	557
Apr	633	1 535	- 178	4 593	1 510	- 2 880	- 1 370	222
Mai	6 601	7 085	- 28	6 924	2 598	188	2 786	817
Jun	6 135	5 331	- 74	7 497	3 697	- 2 091	1 606	534
Jul	4 185	4 330	- 27	6 996	3 620	- 2 639	981	1 225
Aug	2 566	2 591	- 142	4 820	2 304	- 2 087	217	131
Sep	9 479	9 294	- 42	7 034	4 790	2 301	7 091	317

¹⁾ Nettoabsatz (zu Kurswerten) inländischer Rentenwerte plus/minus Veränderungen der Eigenbestände der Emittenten abzüglich Erwerb durch die Bundesbank (zu Buchwerten).

²⁾ Bruttoabsatz abzüglich Tilgung. Negatives Vorzeichen: Tilgung übersteigt den im Berichtszeitraum neu abgesetzten Betrag.

³⁾ Ab 1969 ohne Bank-Namenschuldverschreibungen.

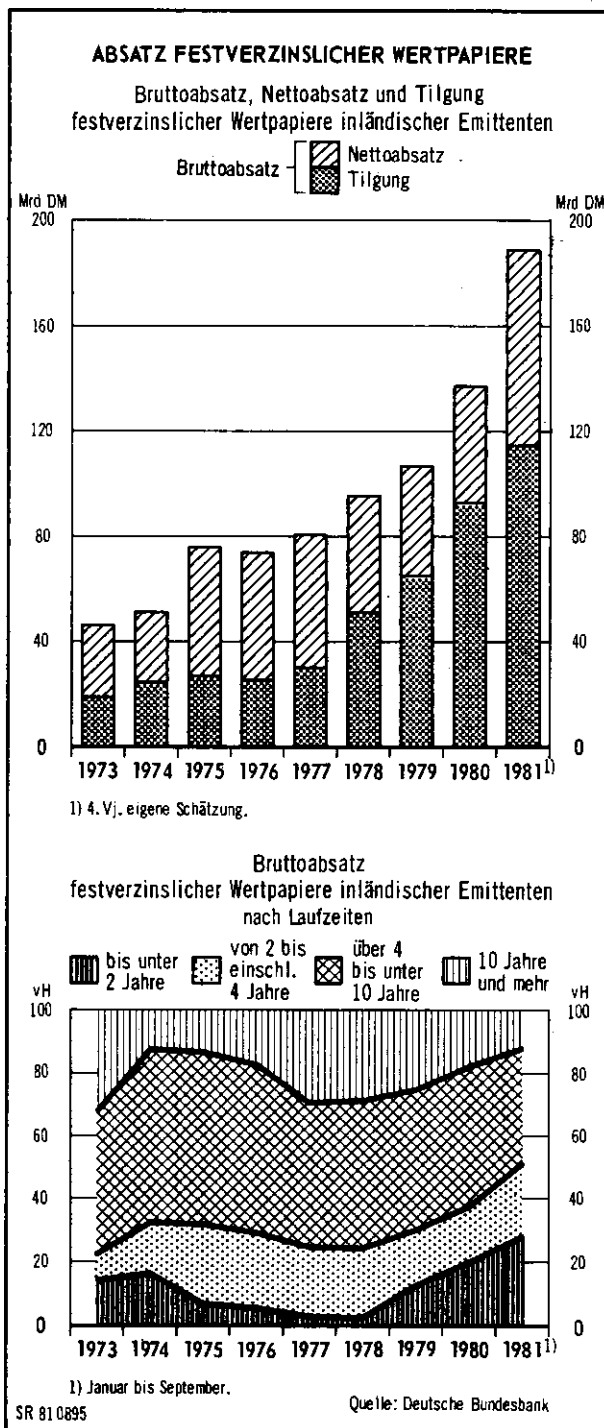
⁴⁾ Einschließlich Wandelschuldverschreibungen industrieller Emittenten.

⁵⁾ Neben Anleihen auch Kassenobligationen, verzinsliche Schatzanweisungen, Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen. Einschließlich Bundesbahn und Bundespost.

⁶⁾ Kommunalobligationen und Anleihen der öffentlichen Hand.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Schaubild 31



dungsfrist und eine Unstetigkeit im Jahresverlauf, wie sie schon für das vergangene Jahr charakteristisch gewesen war. Diese Labilität der Anlageneigung war vor allem Ausdruck labiler Zinsänderungserwartungen und stellt im Hinblick auf das sehr große Volumen kürzerlaufender Papiere mit dem entsprechenden Bedarf an Anschlußfinanzierung eine Vorbelastung für die Zukunft dar.

Im ersten Vierteljahr konnte mit 30 Mrd DM netto ein rund doppelt so großes Volumen an Wertpapieren abgesetzt werden wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Hierzu dürfte die mit Blick auf die Verei-

nigten Staaten zeitweise aufgekommene Erwartung einer Umkehr in der Zinsentwicklung ebenso beigetragen haben wie die Tatsache, daß die Anleger in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres zurückhaltend gewesen waren. Im zweiten Vierteljahr, als die Zinsen in den Vereinigten Staaten vorübergehend wieder anzogen und zusätzlich Unsicherheit über die künftige Entwicklung der öffentlichen Finanzen aufkam, ging der Nettoabsatz um gut die Hälfte zurück und lag damit auch deutlich unter dem freilich recht hohen Vorjahreswert. Seither hat sich der Nettoabsatz trotz anhaltender Unsicherheit über die Zinsentwicklung wieder belebt. In den Monaten Juli bis September konnten Wertpapiere im Wert von 16¹/₂ Mrd DM abgesetzt werden, deutlich mehr als vor einem Jahr.

218. Die Unsicherheit der Anleger hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Kapitalmarktzinses ist vermutlich auch schon ein Teil der Erklärung des ungewöhnlich hohen Anteils der kürzerfristigen Kapitalmarkttitle an den Emissionen insgesamt. Die Anleger mochten sich nicht langfristig binden; nur mit Zinsangeboten, die in längerfristiger Betrachtung keine großen Zinssteigerungsrisiken mehr einzuschließen schienen, waren sie für eine Daueranlage zu gewinnen. Dies aber war für einen Teil der Emittenten abschreckend. Zinsunsicherheit auf kurze Sicht und Zinssenkungserwartungen auf längere Sicht schaffen dann die Situation, in der die kürzerfristigen Emissionen vorherrschen, ohne daß zugleich der Markt für langfristige Titel unergiebig wird. Als Sonderfaktor kam hinzu, daß ein Teil des Marktes für Bankeinlagen auf den benachbarten Markt für kurzfristige Kapitalmarkttitle auswanderte.

War etwa auf Wertpapiere mit einer Laufzeit von bis zu vier Jahren in den beiden letzten Jahren rund ein Drittel des gesamten Bruttoabsatzes entfallen, so betrug der Anteil dieser Papiere in den ersten neun Monaten dieses Jahres mehr als die Hälfte (Schaubild 31). Selbst Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr hatten zeitweise einen Anteil von fast 40 vH; von Januar bis September betrug ihr Anteil immerhin 27 vH. Solche Forderungen können als fast ebenso geldnah angesehen werden wie Termingelder, die, anders als die Bankschuldverschreibungen, der Mindestreservepflicht unterliegen und zum Geldvolumen gezählt werden. Strukturverschiebungen im Anlageverhalten der Nichtbanken und im Emissionsverhalten können also unter Umständen Unschärfe in das Bild der monetären Expansion wie auch der Kapitalmarktsituation bringen.

Bereinigt man das gesamte Emissionsvolumen um die Wertpapiere mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr, die man nur mit größten Vorbehalten zum Kapitalmarkt zählen kann, so verbleibt für die Monate Januar bis September ein Volumen von 108 Mrd DM, nach 83 Mrd DM in der gleichen Zeit des Vorjahres. Beschränkt man die Betrachtung sogar auf die Emission von Wertpapieren mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren, so hat man es mit einem Bruttoabsatz von nur noch 72 Mrd DM zu tun, nach 66 Mrd DM vor einem Jahr; netto kamen im

langfristigen Bereich Mittel von 22¹/₂ Mrd DM auf 4¹/₂ Mrd DM weniger als von Januar bis September 1980.

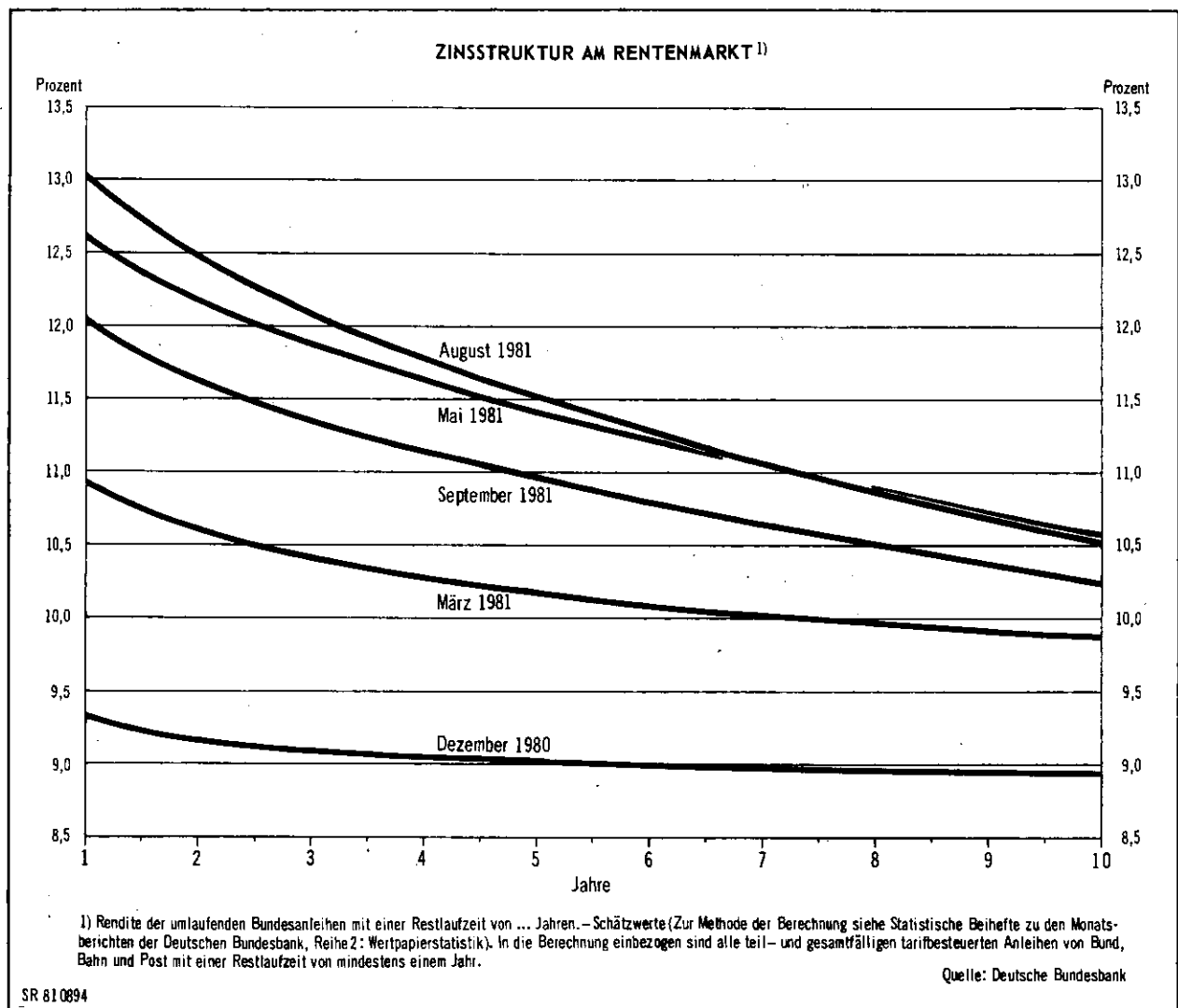
219. Gemessen am gesamten Umlauf festverzinslicher Wertpapiere haben die Papiere mit einer längsten Laufzeit von bis zu vier Jahren (Stand Ende September 1981) inzwischen schon einen Anteil von 20 vH; das entspricht einem Volumen von 122 Mrd DM. Welche Belastungen auf den Kapitalmarkt durch die Laufzeitenverkürzung zukommen, zeigt sich noch deutlicher am Anteil der Wertpapiere mit einer Restlaufzeit von bis zu vier Jahren. Er betrug Ende September etwa 56 vH; das entspricht einem Volumen von 342 Mrd DM; allein die Papiere mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr haben ein Volumen von 110 Mrd DM.

220. Die starke Anhebung der Zinssätze am Geldmarkt im Frühjahr hat dazu geführt, daß die Zinsen für kürzerfristige Kredite, die gegen die Regel ohnehin schon höher waren als die Zinsen für längerfri-

stige Kredite, noch weiter über diese hinausgetrieben wurden. Die Spanne zwischen den Sätzen am Geldmarkt und am Kapitalmarkt hat sich seit März auf zuletzt eineinhalb Prozentpunkte verringert. Am Rentenmarkt nahm der Zinsvorsprung kurzlaufender Papiere noch bis August zu und verringerte sich erst danach (Schaubild 32). Daß die Rendite langlaufender Papiere zur Jahresmitte mehr als zwei Prozentpunkte niedriger war als die kurzlaufender Papiere, ist ein Hinweis darauf, daß das hohe Zinsniveau nicht in erster Linie Reflex gestiegener Inflationserwartungen ist und nicht für dauerhaft gehalten wird.

221. Als Emittenten von Wertpapieren traten die Banken in diesem Jahr weiter in den Vordergrund; entsprechend geringer war der Anteil des Staates. Anleihen der öffentlichen Hand hatten in den ersten neun Monaten nur einen Anteil am Bruttoabsatz von 16 vH, Bankschuldverschreibungen dagegen von 84 vH. Hierzu gehören allerdings mit einem Anteil von 35 vH des Bruttoabsatzes die Kommunalob-

Schaubild 32



ligationen, die der Refinanzierung der Banken bei der Kreditgewährung an öffentliche Stellen dienen und insoweit als indirekte Kapitalmarktbeanspruchung durch öffentliche Stellen gelten können.

Noch deutlicher wird der Unterschied bei Betrachtung des Nettoabsatzes. Bei der öffentlichen Hand übertrafen in den ersten neun Monaten die Tilgungen die Emissionen wie erwähnt um $4\frac{1}{2}$ Mrd DM, während die Banken Mittel in Höhe von $65\frac{1}{2}$ Mrd DM netto aufnahmen. Davon entfielen freilich 24 Mrd DM auf die überwiegend kurzfristigen sonstigen Bankschuldverschreibungen, die vorwiegend zur Refinanzierung der Kreditgewährung an die gewerbliche Wirtschaft dienen und ihrer Sonderentwicklung wegen jeden Vergleich mit dem Vorjahr verzerren.

Ausländische Emittenten von D-Mark-Anleihen blieben in diesem Jahr dem deutschen Kapitalmarkt weitgehend fern. Sie wurden zeitweise auch ferngehalten. Nachdem der Zentrale Kapitalmarktausschuß im Dezember vergangenen Jahres für die Zeit bis Anfang Februar keine neuen Anleihen mehr eingeplant hatte, kam der Absatz zu Jahresbeginn zum Erliegen. In den ersten neun Monaten belief sich der Bruttoabsatz auf 2,5 Mrd DM, nach 11,9 Mrd DM zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Tilgungen waren größer als der Bruttoabsatz; der Umlauf an Papieren ging um 1 Mrd DM zurück.

Über die Emission von Aktien kamen von Januar bis September am Kapitalmarkt nur $4\frac{1}{2}$ Mrd DM auf, fast ein Viertel weniger als vor einem Jahr.

222. Das hohe Mittelaufkommen am Kapitalmarkt resultierte ganz überwiegend aus Anlagen von Unternehmen und privaten Haushalten, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres ihren Wertpapiererwerb stark eingeschränkt hatten. Die Kreditinstitute hingegen, die im vergangenen Jahr den Ausfall des privaten Angebots teilweise kompensiert hatten, zogen sich nun zurück. Sie legten in den ersten acht Monaten nur 4 Mrd DM in Wertpapieren an, verglichen mit 9,8 Mrd DM während der gleichen Zeit des Vorjahres. Erst im September, als die Zinsen nachgaben, übernahmen die Banken mit $5\frac{1}{2}$ Mrd DM deutlich mehr Wertpapiere als die Privaten. In dieser vorsichtigen Haltung spiegelt sich neben der weiterhin hohen Kreditvergabe offenbar der nochmals verschärfte Restriktionskurs der Bundesbank, der zudem über die hohen Zinsen das Mittelaufkommen verstärkt dem Kapitalmarkt zutrieb. Die Bundesbank, die über Offenmarktoperationen im vergangenen Jahr noch Wertpapiere für 1,8 Mrd DM übernommen hatte, gab diesmal per Saldo Wertpapiere im Umfang von $\frac{1}{2}$ Mrd DM ab.

Ausländer haben seit den zinserhöhenden Maßnahmen der Bundesbank von Ende Februar ihre Portefeuilles, die sie im vorangegangenen Halbjahr abgebaut hatten, wieder aufgestockt. Seit März 1981 sind auch wieder verstärkt Aktienkäufe von Ausländern zu verzeichnen. Mit 3 Mrd DM übertrafen die Käufe von Kapitalmarktstiteln in den ersten neun Monaten schon das gesamte, freilich recht schwache Vorjahresergebnis deutlich. Ebenso war das Interesse von Inländern an ausländischen Wertpapieren weiterhin

rege. Sie kauften in den ersten neun Monaten für 4,2 Mrd DM Schuldverschreibungen und für 3,4 Mrd DM Aktien.

VIII. Finanzpolitik: Neuer Anlauf zur Konsolidierung

223. Das Jahr 1981 sollte für die Finanzpolitik eine Wende bringen. Vorgesehen war, die Haushaltsdefizite des Staates, die Jahr für Jahr stark angestiegen waren, deutlich zurückzuführen. Es war abzusehen, daß mit einem nochmaligen Hochschießen der Defizite weitere Vertrauenseinbußen und Hand in Hand damit steigende Zinsen einhergehen würden. Trotz stockender Konjunktur und schlechter Beschäftigungslage, aber auch wegen der für dieses Jahr beschlossenen Steuererleichterungen wurde daher eine sehr zurückhaltende Ausgabenentwicklung angestrebt.

Die Wende trat jedoch nicht ein. Die Ausgabenexpansion konnte nicht in dem angestrebten Maße eingedämmt werden, und die Neuverschuldung nahm nicht ab, sondern nochmals, zum erheblichen Teil konjunkturbedingt, um über $18\frac{1}{2}$ Mrd DM auf rund 75 Mrd DM zu. Im Herbst 1981 wurden Beschlüsse über Sparmaßnahmen und Abgabenerhöhungen gefaßt, die vom nächsten Jahr an einen Abbau der Haushaltsdefizite bringen sollen.

Unerwartet starker Anstieg der Ausgaben

224. Der Finanzplanungsrat hatte Bund, Ländern und Gemeinden für 1981 empfohlen, die Ausweitung der Defizite in engen Grenzen zu halten. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften sollten um wenig mehr als 4 vH zunehmen. Die Haushaltspläne zeigten dann auch bei den Ausgaben sehr niedrige Zuwachsraten. Der Haushaltsentwurf des Bundes sah einen Ausgabenanstieg von 4 vH gegenüber den tatsächlichen Ausgaben des vorangegangenen Jahres vor. Die Länder strebten, freilich nach einem Jahr sehr expansiver Ausgabentätigkeit, gar Ausgaben an, die nicht viel mehr als 2 vH höher als das 1980 erreichte Ausgabenniveau sein sollten. Die Gemeinden hatten erheblich geringere Zuweisungen von den Ländern zu erwarten; andererseits standen ihnen teilweise nicht unbeträchtliche Rücklagen und wohl auch Verschuldungsspielräume zur Verfügung, so daß bei ihnen doch mit einem Ausgabenanstieg von etwa 4 vH bis 5 vH zu rechnen war (Tabelle 24).

225. Als bald zeigte sich indessen, daß die Ausgabenansätze revidiert werden mußten. Noch im Verlauf der parlamentarischen Beratung des Bundeshaushaltsplanes wurden neue Haushaltsrisiken offenbar. Die unerwartet starke Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, aber auch andere Fehleinschätzungen, zwangen den Bund, seinen Zuschuß an die Arbeitslosenversicherung beträchtlich aufzu-

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1980	
1. bis 3. Dezember	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ revidiert seine Schätzung vom Mai des Jahres. Weil der Konjunkturverlauf im Jahr 1981 nun beträchtlich pessimistischer eingeschätzt wird, sind die gesamtwirtschaftlichen Vorgaben nach unten korrigiert worden. Überdies werden die Steuerausfälle, die dem Steuerentlastungsgesetz 1981 zuzurechnen sind, erstmals vollständig in die Schätzungen übernommen. Insgesamt wird das Steueraufkommen um über 16 Mrd DM geringer eingeschätzt als im Mai; sein Anstieg beträgt nurmehr 2,8 vH. Von den Steuerausfällen entfallen rund 5,5 Mrd DM auf das Steuerentlastungsgesetz.
12. Dezember	Der Finanzplanungsrat bekräftigt seine Auffassung vom 4. Juni, daß die Neuverschuldung der Gebietskörperschaften im Jahre 1981 diejenige des Jahres 1980 nicht überschreiten soll, auch wenn dies zu einem geringeren Anstieg der Ausgaben als 4 vH führen sollte. Im Hinblick auf den konjunkturellen Verlauf wird kein finanzpolitischer Handlungsbedarf gesehen.
16. Dezember	Das Bundeskabinett verabschiedet den Entwurf des Haushaltsplans 1981 sowie den mittelfristigen Finanzplan bis 1984. <ul style="list-style-type: none"> — Das Haushaltsvolumen beträgt 224,6 Mrd DM (+4,1 vH), der Finanzierungssaldo 27,4 Mrd DM. — Die jährliche Steigerung der Ausgaben bis zum Jahre 1985 wird mit 5 vH veranschlagt. — Die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben sowie Subventionen und Sparförderung sollen eingeschränkt werden. — Der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung wird um 3,5 Mrd DM gekürzt. — Die Abführungen von Bundespost und Bundesbank werden erhöht. — Zum 1. April 1981 sollen die Branntweinabgaben um 300 DM/hl erhöht werden und die Mineralölsteuer um 7 Pfennige/Liter für Benzin sowie 3 Pfennige/Liter für Dieselöl.
1981	
1. Januar	Steuerbelastungen und Erhöhung von Sozialleistungen treten in Kraft <ul style="list-style-type: none"> — Korrektur des Einkommsteuertarifs. — Vereinheitlichung der Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten. — Erhöhung des Wohngeldes mit Verstärkung familienbezogener Leistungen.
1. Februar	Erhöhung des Kindergeldes tritt in Kraft.
19. Februar	Der Haushaltsplan des Bundes wird ohne größere Änderungen des Volumens und der Nettokreditaufnahme in erster Lesung verabschiedet. Die Opposition macht auf Haushaltsrisiken im Umfang von 6 bis 7 Mrd DM aufmerksam.
16. bis 18. März	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ überprüft in seiner ersten Sitzung in diesem Jahr die Ergebnisse vom Dezember 1980. Von den gesamtwirtschaftlichen Vorgaben her ergibt sich nur geringfügiger Revisionsbedarf. Da die Anhebung von Branntweinabgaben und Mineralölsteuer erstmals berücksichtigt werden, ergibt sich im ganzen für 1981 ein etwas höheres Steueraufkommen, als im Dezember 1980 geschätzt wurde; es nimmt im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 vH auf 375,7 Mrd DM zu. Die Steuerquote geht vor allem wegen der Einkommensteuersenkungen von 24,37 vH auf 24,13 vH zurück. Für das Jahr 1982 wird im Zuge stärker werdender Auftriebskräfte ein Zuwachs des Steueraufkommens von 7,3 vH gesehen. Die Steuerquote bleibt wegen weiterer Steuerausfälle ein weiteres Jahr annähernd konstant.
27. März	Der Finanzplanungsrat empfiehlt, angesichts der hohen öffentlichen Defizite alle Anstrengungen zu unternehmen, die zuletzt im Dezember bekräftigte Linie einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik einzuhalten. Ausgabenprogramme werden nicht für geeignet gehalten, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden.
1. April	Die Erhöhung der Branntweinabgaben und der Mineralölsteuer treten in Kraft.
8. April	Die Bundesregierung beschließt, ein zeitlich befristetes, zinsgünstiges Kreditprogramm aufzulegen. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau gewährt auf Antrag zinsverbilligte Darlehen für vier oder acht Jahre. Diese Darlehen werden bevorzugt an kleine und mittlere Unternehmen vergeben. Zur Finanzierung wird die Kreditanstalt Mittel im Ausland aufnehmen. Die Kosten und das Zinsänderungsrisiko trägt der Bund.
7. Mai	Der Bundestag beschließt ein Subventionsabbaugesetz. Danach werden die Subventionierung des Ölverbrauches, die Sparförderung und die Steuervergünstigungen für die Kreditwirtschaft abgebaut; überdies werden Mittel für die Gemeinschaftsaufgaben gekürzt. Die Ausgabenkürzungen betragen im Jahre 1981 1,7 Mrd DM, 1985 werden es 3,5 Mrd DM sein.
5. Juni	Der Bundestag billigt das Haushaltsgesetz 1981 in dritter Lesung. Eine Reihe von Ausgabenansätzen mußten im Haushaltsverfahren heraufgesetzt werden. Das Ausgabenvolumen beträgt schließlich 231,16 Mrd DM, die Nettokreditaufnahme steigt auf 33,76 Mrd DM.
26. Juni	Der Bundesrat versagt dem Haushaltsgesetz 1981 seine Zustimmung und ruft den Vermittlungsausschuß an.

noch Tabelle 24

Datum	
1981	
3. Juli	Der Finanzplanungsrat hält es für unerlässlich, die Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden im nächsten Jahr deutlich zurückzuführen. Aus haushalts- und kapitalmarktpolitischen Gründen seien allenfalls Finanzierungsdefizite in der im Jahre 1980 erreichten Höhe zu vertreten. Eingriffe in Leistungstatbestände, die durch Gesetze, Verordnungen, Programme und Richtlinien festgelegt sind, seien dafür ebenso notwendig wie eine Eindämmung der Personalausgaben durch Abbau des Personalbestandes und strukturelle Eingriffe.
23. Juli	Das Bundeskabinett beschließt, die Heizölsteuer, die nach geltendem Recht bis zum 31. Dezember 1981 befristet ist, unbefristet beizubehalten. Die Steuersätze betragen unverändert 2 DM pro 100 kg leichtes Heizöl (1,66 Pfg. je Liter) und 1,50 DM für 100 kg schweres Heizöl. Der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit beschließt einen Nachtragshaushalt für 1981 und den Entwurf des Haushaltsplans 1982. Für das Jahr 1981 wird nun ein Haushaltsvolumen von 27,9 Mrd DM veranschlagt, welches im Umfang von 7,9 Mrd DM durch Bundeszuschüsse gedeckt werden muß. Für 1982 wird ein Ausgabenvolumen von 30,9 Mrd DM eingestellt, das einen Bundeszuschuß von 9,9 Mrd DM erforderlich macht. Rund die Hälfte des Ausgabenvolumens entfällt auf Zahlungen von Arbeitslosengeld.
30. Juli	Die Bundesregierung faßt einen Grundsatzbeschluß zum Bundeshaushalt 1982. Danach sollen die Ausgaben um 4,2 vH auf 240,8 Mrd DM steigen. Um dies zu erreichen, sind Kürzungen durch gesetzliche Änderungen im Umfang von 9 ¹ / ₂ Mrd DM erforderlich, dazu weitere Kürzungen von 2 ¹ / ₂ Mrd DM. Überdies sollen Steuervergünstigungen in Höhe von rund 1 Mrd DM abgebaut werden, die Tabaksteuer soll zum 1. 6. 1982 erhöht werden. Unter Einrechnung der Steuerausfälle wegen der zum 30. 7. 1981 beabsichtigten rückwirkenden Erhöhung der degressiven Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter ergibt sich eine Nettokreditaufnahme von 26 ¹ / ₂ Mrd DM.
2./3. September	Die Bundesregierung faßt Beschlüsse zum Bundeshaushalt 1982 und zum Finanzplan 1981 bis 1985, die Ausgabenkürzungen, Streichung von Steuervergünstigungen, Steuererhöhungen, Maßnahmen zur steuerlichen Investitionsförderung sowie zusätzliche Ausgaben im Stahlbereich und für Energiesparprogramme einschließen. — Die Ausgabenkürzungen im Rahmen des Gesetzes zur Konsolidierung der Arbeitsförderung und des zweiten Haushaltsstrukturgesetzes betragen im Jahre 1982 für den Bundeshaushalt insgesamt 13 Mrd DM; auf Länder und Gemeinden entfallen 2 Mrd DM. Ein Teil dieser Summe ergibt sich dadurch, daß Einnahmen von der Rentenversicherung auf die Bundesanstalt für Arbeit und Ausgaben von der Bundesanstalt auf die Krankenversicherung verlagert werden. — Die Anhebung der Sätze der Tabaksteuer, Branntweinabgaben und Sektsteuer bringt ein zusätzliches Steueraufkommen von 2 Mrd DM im Jahre 1982; dieser Betrag steigt in den Folgejahren an. — Die Abschreibungserleichterungen für Gebäude und bewegliche Wirtschaftsgüter sowie die Anhebung der Abschreibungsgrenzen im Rahmen des § 7 b EStG führt erst in späteren Jahren zu hohen Steuerausfällen, für 1985 werden Ausfälle von etwa 7 Mrd DM erwartet. — Der Wegfall verschiedener Steuervergünstigungen ergibt 1982 ein Mehraufkommen von rund 2 Mrd DM; für das Jahr 1985 werden von daher Mehreinnahmen von 5 Mrd DM erwartet. — Den Stahlunternehmen kommen vom nächsten Jahr an rund 0,4 Mrd DM an zusätzlichen Ausgaben und Steuervergünstigungen zugute. Im Rahmen von Maßnahmen im Baubereich und zur Energieeinsparung werden bis 1985 rund 0,5 Mrd DM pro Jahr mehr ausgegeben. Die Beschlüsse bringen für die Haushalte 1982 von Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt Haushaltsverbesserungen von 19 Mrd DM; allein der Bund kann davon 16 Mrd DM verbuchen. Der Haushaltsentwurf des Bundes für 1982 sieht einen Ausgabenanstieg von 4,2 vH auf 240,8 Mrd DM vor. Der kräftige Anstieg der Einnahmen um rund 8,6 vH trägt dazu bei, daß die Nettokreditaufnahme auf 26,5 Mrd DM zurückgeht. Der Finanzplan des Bundes sieht in den Jahren bis 1985 Steigerungsraten für die Ausgaben von unter 4 vH vor. Die Nettokreditaufnahme soll bis 1985 auf 17,5 Mrd DM zurückgeführt werden.
28. Oktober	Unter dem Eindruck höherer Steuerausfälle und höherer Ausgabenbelastungen im Jahre 1982 faßt die Bundesregierung weitere Beschlüsse um die für 1982 geplante Kreditaufnahme von 26,5 Mrd DM einhalten zu können: — Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden bis zum 31. 12. 1983 befristet auf 4 vH erhöht. — Im Haushaltsverfahren werden weitere Ausgabenkürzungen im Umfang von 400 Mio DM vorgenommen. — Als Gewinnabführung der Bundesbank werden statt 6,1 Mrd DM nunmehr 10 Mrd DM eingestellt.
4. November	Das Bundeskabinett beschließt den 8. Subventionsbericht. Danach betragen die Subventionen, die der Bund zahlt, 1981 rund 27,8 Mrd DM. Im nächsten Jahr wird sich ein Rückgang ergeben. Allerdings umfaßt der Subventionsbericht nicht die Subventionen, die aufgrund von Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft zugunsten der Landwirtschaft gezahlt werden. Auch die Maßnahmen des Subventionsabbaugesetzes von 1981 werden nicht in vollem Umfang erfaßt.

stocken. Weitere hohe Mehrausgaben vor allem im Verteidigungsbereich, bei den Zinsen und den sozialen Leistungen trieben die Ausgaben im ganzen schließlich um rund $8\frac{1}{2}$ vH über das Haushaltsvolumen des Jahres 1980 hinaus. Die Länder gaben um 4 vH mehr aus; auch sie überschritten also deutlich ihre ursprünglichen Pläne. Zum einen lag das an der Zunahme der Personalausgaben, die bei den Ländern über zwei Fünftel der gesamten Ausgaben ausmachen, zum anderen an dem starken Anstieg der Zinsen. Zusammen hätten diese Mehrausgaben den Spielraum des ursprünglich geplanten Ausgabenanstiegs, nämlich 2 vH, schon mehr als aufgebraucht. Um den Ausgabenanstieg einigermaßen in Grenzen zu halten, griffen die Länder zu Kürzungen in investiven Bereichen. Sie kürzten viel von den Zweckzuweisungen an die Gemeinden, die auch bei den Steuereinnahmen beträchtliche Ausfälle hatten. Trotzdem weiteten die Gemeinden ihre Haushalte um 4 vH aus.

Im ganzen nahmen die staatlichen Ausgaben 1981 um $6\frac{1}{2}$ vH auf 539 Mrd DM zu (Tabelle 25). So expansiv wie in den vergangenen Jahren war die Ausgabenentwicklung nicht mehr, zumal die Haushalte konjunkturbedingte Mehrausgaben von rund $7\frac{1}{2}$ Mrd DM enthielten. Aber die Kluft zwischen den Absichtserklärungen, die für dieses Jahr abgegeben worden waren, und dem tatsächlichen Verhalten der Finanzpolitik ist beträchtlich. So entstand der Eindruck, der Staat sei mit seinen Haushaltsproblemen abermals nicht fertig geworden.

226. Die Zahlungen an Arbeitslose und die Ausgaben für Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, insbesondere für Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation, waren ein wichtiger Grund für den hohen Ausgabenanstieg. Zeitweilig kam der Eindruck auf, die hohen Nachforderungen der Bundesanstalt für Arbeit hätten ihren Grund vor allem darin, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit in diesem Jahre falsch prognostiziert worden war. Das trifft jedoch nur teilweise zu. Der Anstieg des Zuschußbedarfs von 1,9 Mrd DM auf $8\frac{1}{2}$ Mrd DM statt, wie zunächst veranschlagt, auf nur 3,7 Mrd DM kann allenfalls im Umfang von $2\frac{1}{2}$ Mrd DM dem unerwarteten Anstieg der Arbeitslosenzahl zugeschrieben werden. Denn schon Ende 1980 war für 1981 eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl von 1,1 Millionen vorzusehen; tatsächlich sind es dann 1,25 Millionen geworden (Ziffer 130).

Die Sozialausgaben wurden auch von den Mehrausgaben ($2\frac{1}{2}$ Mrd DM) bestimmt, die auf die Erhöhung des Kindergeldes und des Wohngeldes zu Beginn des Jahres zurückgingen. Schon im Laufe der Beratungen des Bundeshaushalts sind aber auch die Ansätze für die Versorgung der Kriegssopfer, für Mutterschutz und für Arbeitslosenhilfe heraufgesetzt worden. Im ganzen nahmen die Ausgaben der Gebietskörperschaften für soziale Leistungen um 11 vH zu.

227. Als ein großes Haushaltsrisiko erwies sich der Verteidigungsbereich. Gegenüber dem ursprünglichen Ausgabenansatz von 41,3 Mrd DM für 1981 stiegen die Verteidigungsausgaben um 800 Mio DM. Im

ganzen betrug die Zunahme in diesem Jahr 8 vH. In den höheren Verteidigungsausgaben schlugen sich teilweise die abwertungsbedingte Verteuerung von Waffenkäufen, von Kraftstoffen und von Ausbildungskosten der Soldaten im Ausland nieder. Ein nicht unbeträchtlicher Teil war jedoch höheren Entwicklungs- und Beschaffungskosten von Waffensystemen zuzurechnen, die im Haushaltsplan des Verteidigungsministeriums bisher nicht oder nicht in voller Höhe enthalten waren. Um Planungsfehler dieser Größenordnung in der Zukunft zu vermeiden, verschärfte der Haushaltsausschuß des Bundestages die haushaltspolitische Aufsicht und drängte auf bessere ressortinterne Ausgabenkontrolle.

228. Als hohe Folgelasten früherer kreditfinanzierter Ausgaben erwiesen sich die Zinsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden, die mit geradezu atemberaubendem Tempo, um $20\frac{1}{2}$ vH, zunahmen. Insgesamt werden 1981 für die Zinsen auf die Staatsschuld 35 Mrd DM ausgegeben, dies sind $6\frac{1}{2}$ vH der Gesamtausgaben. Im Jahre 1974 machten die Zinsausgaben erst rund 12 Mrd DM aus, das waren 4 vH der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Finanzpläne zeigen, daß sich die öffentlichen Haushalte von dieser Einschränkung ihres Handlungsspielraums zunächst selbst dann nicht befreien können, wenn es ihnen gelingt, die Zunahme der Staatsschuld in den nächsten Jahren allmählich zurückzuführen. Nach den Finanzplänen beanspruchen die Zinsausgaben in den kommenden vier Jahren keinen geringeren Anteil an den Gesamtausgaben als in diesem Jahr.

229. Die Subventionen an Unternehmen konnten in diesem Jahr erneut gesenkt werden. Das ist teilweise durch die Kürzungen bei den Gemeinschaftsaufgaben bewirkt worden. Weniger Kokskohlenbeihilfe wurde auch an die Kokereien gezahlt; denn wegen steigender Weltmarktpreise für Kohle und der Abwertung der D-Mark hat sich der Preisunterschied zwischen importierter und heimischer Kohle verringert, und außerdem hatte der Rückgang der Stahlproduktion einen geringeren Kohleabsatz zur Folge. Überdies haben die Behörden auf Veranlassung der Finanzminister versucht, möglichst wenige neue finanzielle Verpflichtungen einzugehen. Das gilt auch für Investitionszuschüsse, die insgesamt nicht mehr erhöht worden sind.

Zu den Subventionen an Unternehmen sind auch die Zahlungen zu rechnen, die aufgrund von Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft zugunsten der Landwirtschaft zu leisten sind. Sie sind in diesem Jahr erstmals um rund eine halbe Milliarde DM auf etwa $6\frac{1}{2}$ Mrd DM gesunken. Zum größeren Teil geht dies auf die rückläufigen Ausfuhrerstattungen zurück. Dieser Rückgang ist allerdings wohl nur vorübergehend. Jedenfalls sind bisher auf europäischer Ebene keine Maßnahmen ergriffen worden, die darauf gerichtet sind, den Ausgabenanstieg im Rahmen der europäischen Agrarmarktordnungen dauerhaft einzudämmen (Ziffer 53).

Weiterhin erfolglos blieben alle Anstrengungen, die Subventionen und Investitionszuschüsse an die Bundesbahn zurückzuführen. Die Praxis, wie im

Tabelle 25

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte¹⁾

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1978	1979 ²⁾	1980 ²⁾	1981 ³⁾	1979 ²⁾	1980 ²⁾	1981 ³⁾
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
In der Abgrenzung der Finanzstatistik							
Ausgaben (ohne Schuldentilgung ⁴⁾) ⁵⁾	431,8	467,0	505,9	539	+ 8,2	+ 8,3	+ 6 ^{1/2}
Laufende Rechnung	348,4	371,9	402,5	437	+ 6,7	+ 8,3	+ 8 ^{1/2}
davon:							
Personalausgaben	140,1	149,6	161,1	170	+ 6,8	+ 7,7	+ 5 ^{1/2}
Sachaufwand ⁶⁾	65,1	69,1	74,3	80	+ 6,2	+ 7,5	+ 8
Laufende Übertragungen ⁵⁾	121,5	128,6	138,2	152	+ 5,8	+ 7,5	+10
Zinszahlungen	21,7	24,6	29,0	35	+13,2	+17,9	+20 ^{1/2}
Kapitalrechnung	82,8	93,3	102,0	101	+12,8	+ 9,3	- 1,0
davon:							
Sachinvestitionen	47,6	53,5	60,8	60	+12,6	+13,5	- 1 ^{1/2}
Vermögensübertragungen	23,5	25,9	26,5	26 ^{1/2}	+10,3	+ 2,5	0
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen	11,8	13,9	14,7	14 ^{1/2}	+18,2	+ 5,7	0
Saldo im Verrechnungsverkehr ⁷⁾ . .	0,7	1,9	1,4	1	x	x	x
Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel ⁴⁾)	392,3	421,4	449,5	464	+ 7,4	+ 6,7	+ 3
Laufende Rechnung	379,4	407,3	434,2	448	+ 7,3	+ 6,6	+ 3
darunter: Steuern	319,1	342,8	365,0	371	+ 7,4	+ 6,5	+ 1 ^{1/2}
Kapitalrechnung	12,9	14,1	15,3	16	+ 9,2	+ 8,3	+ 4 ^{1/2}
Saldo der durchlaufenden Mittel . .	0	- 0,2	0	-	x	x	x
Finanzierungssaldo	-39,5	-45,9	-56,4	-75	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote ⁸⁾	31,9	32,6	33,0	33,0	x	x	x
Steuerquote ⁹⁾	24,7	24,5	24,5	24,1	x	x	x
In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen							
Ausgaben	415,3	451,1	491,6	522	+ 8,6	+ 9,0	+ 6
Einnahmen	383,2	411,4	437,5	449 ^{1/2}	+ 7,3	+ 6,3	+ 2 ^{1/2}
davon:							
Steuern	331,3	355,3	377,7	384	+ 7,2	+ 6,3	+ 1 ^{1/2}
Sonstige Einnahmen	51,9	56,1	59,8	65 ^{1/2}	+ 8,1	+ 6,5	+ 9 ^{1/2}
Finanzierungssaldo	-32,1	-39,7	-54,1	-72 ^{1/2}	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote ¹⁰⁾	30,7	31,5	32,0	32,0	x	x	x
Steuerquote ¹¹⁾	25,7	25,4	25,3	24,9	x	x	x

¹⁾ Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände.

²⁾ Schätzung nach Teilergebnissen.

³⁾ Eigene Schätzung.

⁴⁾ Gesamtausgaben bzw. Gesamteinnahmen nach Abzug der Zahlungen von Gebietskörperschaften (Zuweisungen, Darlehen, Darlehensrückflüsse), einschließlich der Krankenhäuser der Länder und Gemeinden.

⁵⁾ Einschließlich der Zahlung früher gestundeter Zuschüsse an die Sozialversicherung; 1978 bis 1981 je 1,5 Mrd DM.

⁶⁾ Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.

⁷⁾ Saldo noch nicht verrechneter Zuweisungen und Übertragungen zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften.

⁸⁾ Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

⁹⁾ Kassenmäßige Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte in vH des Bruttosozialprodukts.

¹⁰⁾ Ausgaben der Gebietskörperschaften in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

¹¹⁾ Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle für Finanzstatistik: BMF

vergangenen Jahr Zuschüsse zu streichen und die Bahn auf den Kapitalmarkt zu verweisen, verspricht so lange keine Lösung der Probleme, wie die Bahn keinem durchgreifenden Sanierungskonzept folgt.

230. Im April dieses Jahres hat der Bund beschlossen, die private Investitionstätigkeit mit einem Kreditprogramm im Umfang von 6,3 Mrd DM zu fördern. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau nimmt die erforderlichen Mittel auf den internationalen Kapital-

märkten auf und vergibt sie an kleine und mittlere Unternehmen zu einem Zinssatz, der um 2,25 Prozentpunkte niedriger ist als der Zinssatz, zu dem erste Adressen auf dem Kapitalmarkt Kredit erhalten, und damit deutlich niedriger als der sonst von diesen Unternehmen zu zahlende Marktzins. Für die Finanzierung der Zinssubvention steht der Bund ein. Einem antragsberechtigten Unternehmen werden Kredite von höchstens 8 Mio DM zur Verfügung gestellt, die bis zu zwei Dritteln des Investitionsbe-

trages ausmachen können. Die Kreditlaufzeit beträgt wahlweise vier oder acht Jahre, der Schuldner kann aber früher tilgen. Die Kredite werden für Investitionsvorhaben im Inland gewährt, die dazu dienen, Energie und Rohstoffe einzusparen oder zu ersetzen sowie Produktionsprogramme und Produktionsprozesse zu verbessern. Bis August wurden Kredite im Umfang von über 4 Mrd DM beantragt. Kreditanträge sind spätestens bis zum 30. Juni 1982 zu stellen.

Im wesentlichen sollte das Programm die begünstigten Unternehmen veranlassen, Investitionen nicht zu vertagen oder gar zu streichen, und auch den Anstoß zum Vorziehen von Investitionsprojekten geben. Als Anreiz dazu dient einerseits der Rentabilitätseffekt, der mit der Zinssubvention als solcher verbunden ist, und andererseits das Angebot von Krediten mit langer Laufzeit und festem Zins, die derzeit von den Banken praktisch nicht zu erhalten sind; so werden den Investoren Zinsänderungsrisiken abgenommen. In der Tat zeigt sich, daß die langfristige Variante des zinsgünstigen Kredits am stärksten gefragt ist.

Sicherlich gibt es bei einem solchen Programm Mitnehmereffekte, da sich die Förderung nicht auf Investitionsprojekte beschränken läßt, die ohne dieses Kreditangebot nicht durchgeführt worden wären. Das mag bei einer Maßnahme zur Investitionsförderung, die im wesentlichen auf die zeitliche Verteilung von Investitionsentscheidungen zielt, besonders ausgeprägt sein, doch gilt das Argument nicht nur für Zinssubventionen.

Zum Ziel der Zinspolitik der Bundesbank hätte gehört, die Kreditnachfrage, namentlich die staatlich bestimmte Kreditnachfrage, einzudämmen, um die Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits zu erleichtern. Jede Stimulierung der Kreditnachfrage mußte dem zuwiderlaufen. Zwingend erscheint das Argument allerdings nicht. Hohe Zinsen für den Kapitalgeber sollten die Kapitalanlage in der Bundesrepublik attraktiv halten. Darauf kam es vor allem an. Mehr Kreditnachfrage für private Investitionen war nicht unerwünscht, im Gegenteil. Die binnenwirtschaftlich wenig begründeten Wirkungen der hohen Zinsen abzumildern, indem man den Kredit für Investoren verbilligte, also die Differenz zwischen den hohen Zinsforderungen der Kapitalgeber und den niedrigeren Zinsgeboten potentieller Investoren überbrückte, hatte daher unter den gegebenen Umständen durchaus etwas für sich. Eine andere Frage ist, ob nicht die selektiven Wirkungen von Zinssubventionen prinzipiell gegen sie sprechen (Ziffer 397).

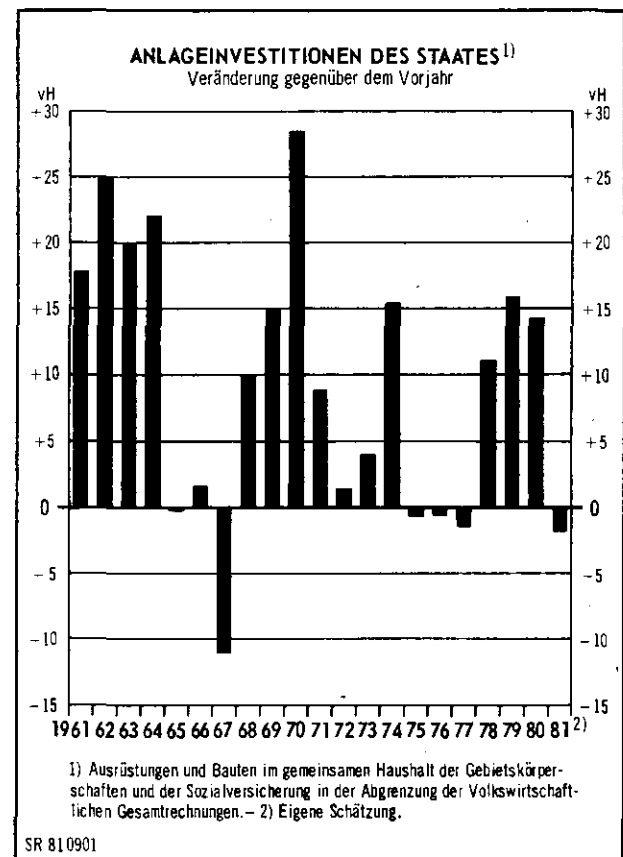
231. Die Erhöhung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst (4,3 vH) blieb nur wenig hinter der im privaten Sektor zurück. So mußten Bund, Länder und Gemeinden einen Ausgleich in Personaleinsparungen suchen, wollten sie ihre Ausgabenziele nicht noch mehr überschreiten; der Personalbestand hat sich um ungefähr 1/2 vH erhöht. Der Anstieg der Personalausgaben ließ sich so auf 5 1/2 vH begrenzen. Der Sachaufwand, Ausgaben für den Unterhalt und Betrieb öffentlicher Einrichtungen, nahm um

7 1/2 vH zu; er konnte in seinem Anstieg nicht niedriger gehalten werden als in den Vorjahren, obwohl die Finanzminister in Bund und Ländern globale Haushaltssperren verfügt haben.

232. Stärker noch als in früheren Jahren wurde bei den Investitionsausgaben gekürzt. Nach einer Phase expansiver und zeitweilig stark preistreibender Investitionstätigkeit des Staates von 1978 bis 1980 wurden die öffentlichen Investitionen nun rigoros zurückgenommen. Seit dem letzten Jahr vergibt der Staat sehr viel weniger Aufträge. Im Tiefbau ist der Produktionsrückgang besonders ausgeprägt. Aber auch im staatlichen Hochbau wurde weniger produziert. Im ganzen hat der Staat preisbereinigt 5 vH weniger investiert als im Jahr zuvor. Daran änderte auch nichts, daß im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen von 1977 nochmals für rund 2 Mrd DM Aufträge vergeben wurden. Die Kürzungen bei den Investitionen führten in diesem Jahr freilich noch nicht zu einem deutlichen Rückgang bei den staatlichen Investitionsausgaben, weil früher erbrachte Bauleistungen noch abgerechnet wurden.

233. Nur in wenigen Jahren hat der Staat seine Investitionen derart stark zurückgenommen wie in diesem Jahr (Schaubild 33). Nimmt man die Kürzungen bei den Investitionsvorhaben hinzu, die für das nächste Jahr absehbar sind, so ist der Einbruch einzigartig. Für die Bauwirtschaft, deren Kapazitäten der Staat im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre zu rund 27 vH in Anspruch nahm, hat das Auswirkungen für die Zukunft. Es treten nämlich nicht

Schaubild 33



nur kurzfristig Verluste bei Produktion und Beschäftigung ein, sondern wegen des Kapazitätsabbaus und des Abwanderns von Bauarbeitern auch Dauerschäden. Bei einer konjunkturellen Erholung werden daher voraussichtlich Arbeitskräfte und Maschinen bald fehlen, was wiederum schnell steigende Preise zur Folge haben wird. Nicht zum ersten Male hat der Staat auf diese Weise zur Verschärfung der konjunkturellen Schwankungen in der Bauindustrie beigetragen.

Zur längerfristigen Entwicklung der Ausgabenstruktur

234. Die Haushaltsprobleme dieses Jahres, namentlich die einseitigen Kürzungen bei den Investitionen sowie die ausstehenden Weichenstellungen für die künftigen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden, haben sowohl Fragen nach dem richtigen Quantum, als auch Fragen nach der Struktur der Ausgaben aufgeworfen. In fast allen Jahren nach 1970 haben die Ausgaben der Gebietskörperschaften stärker zugenommen, als das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential gewachsen ist.

Dessen Wachstum betrug im Durchschnitt dieser Jahre 8,5 vH, das der Staatsausgaben fast 10 vH. Die Staatsquote der Gebietskörperschaften stieg um vier volle Prozentpunkte an. Die volkswirtschaftliche Steuerquote hingegen ist seit Anfang der sechziger Jahre nicht mehr dauerhaft gestiegen (Tabelle 26).

Im gemeinsamen Haushalt des Staates, der außer den Gebietskörperschaften auch die Zahlungen und die Sachleistungen der Sozialversicherung umfaßt, war diese Entwicklung noch ausgeprägter. Die Ausgaben der Sozialversicherung sind nämlich noch viel kräftiger ausgeweitet worden als die der Gebietskörperschaften. Im Anstieg der Staatsquote des gemeinsamen Haushalts von 37,5 vH im Jahre 1970 auf 45,5 vH im Jahre 1980 schlägt sich dies nieder. Das sind Anhaltspunkte dafür, in welchem Ausmaß der Staat Ressourcen zu Lasten des privaten Sektors an sich gezogen und die Einkommensverteilung durch Transferzahlungen beeinflußt hat.

235. Die Sozialleistungen, zu denen auch die Sachleistungen der Krankenversicherung gezählt werden, sind von 1970 bis 1980 jährlich um über 11 vH

Tabelle 26

Zur Entwicklung der Staatsquote und der Steuerquote Gebietskörperschaften

Zeitraum	Produktionspotential ¹⁾	Brutto-sozialprodukt	Gesamt-ausgaben ²⁾	Steuern ²⁾	Sonstige Einnahmen ²⁾³⁾	Staatsquote ⁴⁾	Steuerquote ⁵⁾
	Mrd DM					vH	
1962	370	361	106	87	18	28,8	24,0
1963	400	382	116	92	19	29,1	24,0
1964	432	420	127	100	21	29,4	23,8
1965	470	458	139	106	24	29,7	23,2
1966	509	487	145	113	25	28,5	23,1
1967	535	494	154	115	27	28,7	23,3
1968	562	535	159	122	29	28,2	22,8
1969	604	598	175	146	31	28,9	24,4
1970	679	679	196	154	34	28,9	22,7
1971	765	756	226	172	39	29,6	22,8
1972	847	827	252	197	42	29,8	23,8
1973	938	920	280	225	47	29,9	24,4
1974	1 037	987	318	240	51	30,7	24,3
1975	1 139	1 035	361	242	55	31,7	23,4
1976	1 205	1 125	377	268	61	31,3	23,8
1977	1 277	1 201	395	299	65	31,0	24,9
1978	1 353	1 291	432	319	73	31,9	24,7
1979	1 432	1 398	467	343	79	32,6	24,5
1980	1 535	1 492	506	365	84	33,0	24,5
1981 ⁶⁾	1 634	1 542	539	371	93	33,0	24,1

¹⁾ Produktionspotential in Preisen von 1970 inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.

²⁾ Für den öffentlichen Gesamthaushalt (Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände) in der Abgrenzung der Finanzstatistik; Quelle: BMF.

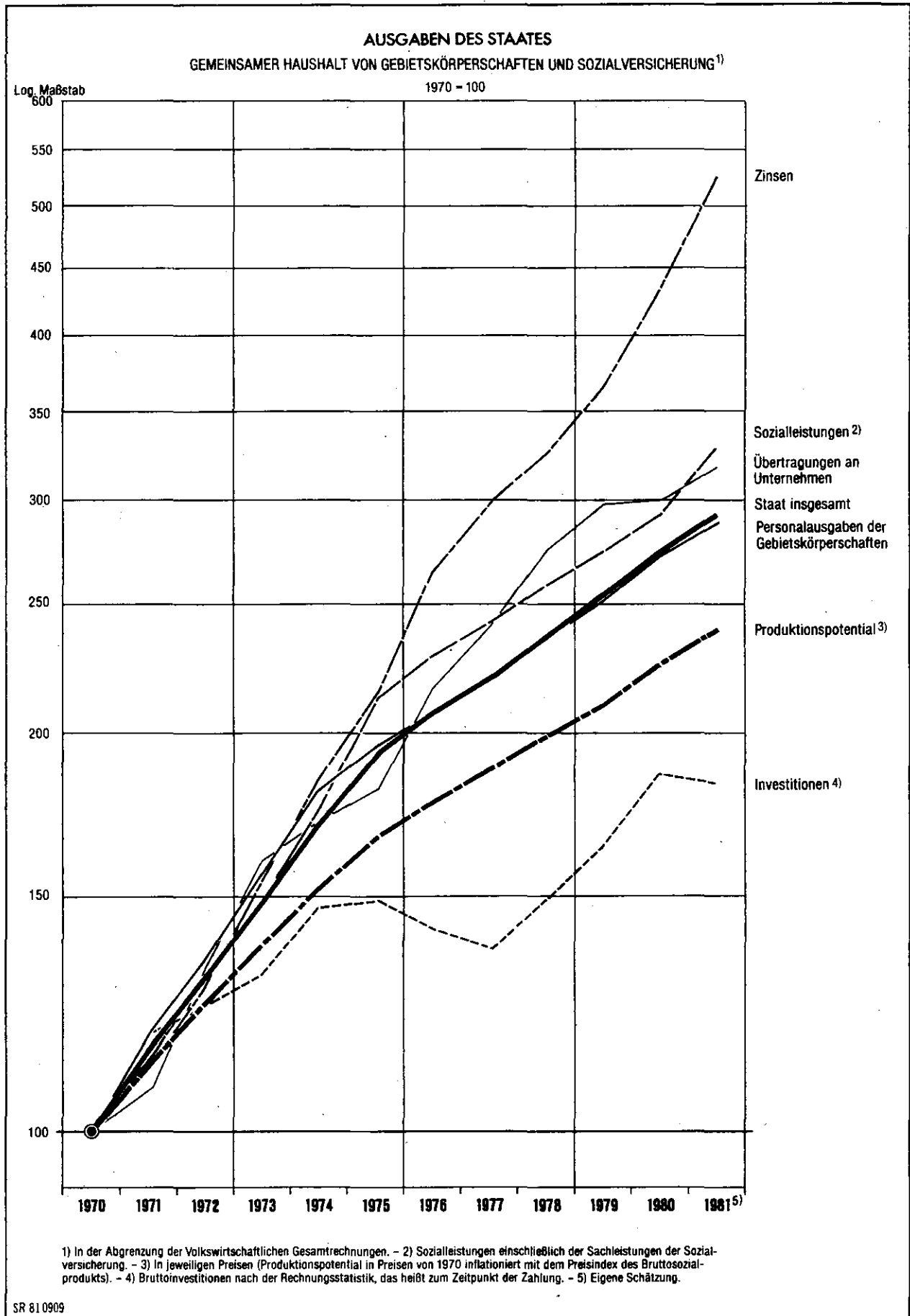
³⁾ Einnahmen der laufenden Rechnung (ohne Steuern) und Einnahmen der Kapitalrechnung.

⁴⁾ Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

⁵⁾ Kassenmäßige Steuereinnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts in vH des Bruttosozialprodukts.

⁶⁾ Eigene Schätzung.

Schaubild 34



ausgeweitet worden. Nach 1977 gelang es immerhin, den Ausgabenanstieg etwas einzudämmen. Das Haushaltsstrukturgesetz von 1976, die Aussetzung der bruttolohnbezogenen Anpassung der Renten in den Jahren 1979 bis 1981 sowie das Kostendämpfungsgesetz für die Krankenversicherung von 1977 haben dahin gewirkt. Allein für Sozialleistungen mußten 1980 rund 320 Mrd DM ausgegeben werden, das waren über 45 vH der gesamten staatlichen Ausgaben und entsprach rund einem Fünftel des Produktionspotentials (Schaubild 34). Der große Ausgabensprung im Jahre 1975 überzeichnet die Entwicklung der Sozialleistungen, denn damals wurden die Kinderfreibeträge im Einkommensteuerrecht aufgehoben und einheitliche Zahlungen als Kindergeld eingeführt.

Die Personalausgaben nahmen voll an dem starken Ausgabenanstieg teil. Nach der überdurchschnittlichen Zunahme in der ersten Hälfte der siebziger Jahre wirkten die Konsolidierungsanstrengungen im Jahre 1976 nur kurze Zeit dämpfend. Spielraum für eine Umstrukturierung der Ausgaben konnten sie nicht schaffen.

Anders als die Sozialausgaben und die Personalausgaben verloren die Investitionsausgaben beträchtlich an Bedeutung. Eine gewisse Korrektur gab es aufgrund des Zukunftsinvestitionsprogramms von 1977. Im Jahr 1981 und mehr noch im nächsten Jahr geht die Investitionsquote wieder sehr stark zurück. In den Jahren 1978 bis 1980, in denen der Staat mehr investierte, sind zeitweilig auch die Zahlungen an Unternehmen (Subventionen und Investitionszuschüsse) überdurchschnittlich ausgeweitet worden.

Da der Versuch mißlang, neue Ausgaben durch Eindämmung alter Ausgaben zu decken, lud sich der Staat durch hohe Defizite zusätzliche Lasten auf. Die Zinsausgaben haben in den letzten Jahren so stark zugenommen, daß die Mehrausgaben in den vergangenen Jahren auf fast ein Zehntel der gesamten Mehrausgaben angestiegen sind. Im Jahre 1981 betrug dieser Anteil über 12 vH, im nächsten Jahr werden es voraussichtlich etwa 20 vH sein.

Hohe Steuerausfälle

236. Der Handlungsspielraum des Staates ist in diesem Jahr auch von der Einnahmenseite her kleiner geworden. Auf's Jahr gesehen war der Anstieg der Steuereinnahmen nicht einmal ein Viertel so hoch wie 1980; er betrug 1 1/2 vH (Tabelle 27). Die Steuerausfälle, die aus konjunkturellen Gründen entstanden, können mit rund 11 Mrd DM angesetzt werden. Außerdem hat der Staat mit dem Steuerentlastungsgesetz den progressionsbedingten Anstieg des Aufkommens aus der Lohn- und Einkommensteuer zurückgenommen. Dies und andere, zum Teil früher beschlossene Steuersenkungen führten zu weiteren Steuerausfällen von rund 8 Mrd DM. Den genannten Steuerausfällen standen Erhöhungen bei den Verbrauchsteuern gegenüber, deren Mehraufkommen auf 2 1/2 Mrd DM geschätzt wird. Die Steuereinnahmen stiegen im ganzen langsamer als das nominale Sozialprodukt; die Steuerquote ging zurück, von 24,5 vH im Jahre 1980 auf 24,1 vH im Jahre 1981.

Tabelle 27

Das Aufkommen wichtiger Einzelsteuern¹⁾

Steuerart	1978	1979	1980	1981 ²⁾	1978	1979	1980	1981 ²⁾
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Gesamtsteueraufkommen	319,1	342,8	365,0	371	+ 6,6	+ 7,4	+ 6,5	+ 1 1/2
Lohnsteuer	92,0	97,1	111,6	116 1/2	+ 1,4	+ 5,5	+ 14,9	+ 4 1/2
Veranlagte Einkommensteuer	37,4	37,6	36,8	33 1/2	+ 5,4	+ 0,5	- 2,0	- 10 1/2
Körperschaftsteuer	19,8	22,9	21,3	20	+ 17,8	+ 15,6	- 6,9	- 6
Steuern vom Umsatz	73,3	84,2	93,5	98 1/2	+ 16,9	+ 14,8	+ 11,0	+ 5 1/2
Mineralölsteuer	20,5	21,1	21,4	22 1/2	+ 6,7	+ 2,9	+ 1,0	+ 4 1/2
Tabaksteuer	10,5	10,7	11,3	11 1/2	+ 6,7	+ 1,9	+ 5,5	+ 0
Branntweinabgaben	3,9	4,0	3,9	4 1/2	+ 4,7	+ 2,6	- 3,2	+ 18
Vermögensteuer	4,5	4,5	4,7	4 1/2	- 9,4	- 0,9	+ 4,1	0
Kraftfahrzeugsteuer	6,3	7,6	6,6	6 1/2	+ 6,0	+ 20,6	- 13,1	+ 1 1/2
Gewerbsteuer ³⁾	24,0	25,1	27,1	26	+ 4,2	+ 4,6	+ 8,1	- 3 1/2
Grundsteuern A und B	5,5	5,7	5,8	6	+ 3,6	+ 4,1	+ 1,7	+ 3 1/2
Nachrichtlich: Steuerquote ⁴⁾	24,7	24,5	24,5	24,1	x	x	x	x

¹⁾ Kassenmäßige Steuereinnahmen.

²⁾ Eigene Schätzung.

³⁾ Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital.

⁴⁾ Kassenmäßige Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts.

237. Im Dezember vergangenen Jahres waren erstmals Steuerschätzungen vorgelegt worden, in denen die für 1981 beschlossenen Steuersenkungen berücksichtigt wurden und die konjunkturbedingte Steuerausfälle erkennen ließen. Einige Länder hatten kurze Zeit zuvor Finanzpläne sowie Orientierungsdaten für ihre Gemeinden veröffentlicht, die zwar die Auswirkungen des Steuerentlastungsgesetzes mitteilten, im übrigen aber noch auf der Steuerschätzung vom Mai 1980 beruhten. Die Gemeinden sind dadurch eher fehlgeleitet worden.

Das Steueraufkommen, das im Dezember 1980 geschätzt wurde, lag aber immer noch um rund 4 Mrd DM höher als das aus heutiger Sicht wahrscheinliche Ergebnis für 1981. Durch die Erhöhung von Verbrauchsteuern, die zu Beginn des Jahres 1981 beschlossen wurden und in der Steuerschätzung vom Dezember 1980 nicht berücksichtigt waren, konnte der Bund die unerwarteten Steuerausfälle, die in der nicht vorhergesehenen Verschlechterung der Wirtschaftslage ihren Grund hatten, weitgehend ausgleichen. Länder und Gemeinden mußten für diese unerwarteten Steuerausfälle auf andere Weise Deckung suchen.

238. Die Lohnsteuerabzüge haben in diesem Jahr wegen der Steuersenkung langsamer zugenommen als die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer, die um 5 vH anstiegen; das Aufkommen aus der Lohnsteuer war um 4 $\frac{1}{2}$ vH höher als im Vorjahr. Mit Wirkung vom 1. Januar dieses Jahres ist in der Einkommensteuer der Grundfreibetrag angehoben, die Proportionalzone verlängert sowie der Anstieg der Progression gemildert worden. Der 1978 eingeführte Tariffreibetrag ist entfallen. Ohne diese Steuerrechtsänderungen hätten die Lohnsteuerzahler nicht 4 $\frac{1}{2}$ vH, sondern über 10 vH mehr Steuern entrichten müssen; der Entlastungseffekt betrug 7 Mrd DM.

Die Steuerrechtsänderungen dieses Jahres haben an der Belastung der Einkommen nicht viel geändert. Denn bei Freibeträgen und Tarifstufen, die in absoluten Werten festgelegt sind, steigt in inflatorischen Zeiten die Steuerlast auf Einkommen mit gleichbleibender Kaufkraft ständig. Die Grenzbelastung gleicher Realeinkommen ist durch die vielfältigen Steuerrechtsänderungen der Vergangenheit nicht gemildert worden (Schaubild 35). Eine beträchtliche Verschärfung hatte die Steuerreform im Jahre 1975 mit sich gebracht. Im Jahre 1979 war diese Tendenz eher noch verstärkt worden. Trotz der Entlastung im Jahre 1981 muß beispielsweise ein Unverheirateter, der 1981 ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von 30 000 DM hatte, mit einem Steuersatz von fast 36 vH auf zusätzlich verdientes Einkommen rechnen. Im Jahre 1965 betrug die Grenzbelastung des vergleichbaren Realeinkommens noch weniger als 30 vH. Bei Familienverhältnissen, die für größere Teile der Steuerzahler repräsentativ sind, sorgte der Gesetzgeber dafür, daß die Belastung nicht so stark zunahm.

239. Unerwartete Gewinneinbußen führten zu hohen Steuerausfällen bei den Gewinnsteuern. Schon im letzten Jahr waren sowohl die Zahlungen der zur Einkommensteuer Veranlagten als auch die Zahlun-

gen der Körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen stark zurückgegangen. In diesem Jahr blieben die Steuereingänge nochmals unter dem vorjährigen Niveau. Das Einkommensteueraufkommen, bei dem die Entlastung im Jahre 1981 rund 1 Mrd DM ausmachte, war um 10 $\frac{1}{2}$ vH, das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer um 6 vH niedriger als im Vorjahr.

Die Anpassung der Gewerbesteuerzahlungen an die schlechte Gewinnsituation fand mit Verzögerung statt, nicht zuletzt deshalb, weil die Verschlechterung der Gewinne zunächst durch den Anstieg der Zinsen, die zum Gewerbeertrag hinzugerechnet werden, ausgeglichen wurde. Erst als die Zinsen nicht weiter anstiegen, die Gewinne aber weiter abnahmen, gingen auch die Gewerbesteuerzahlungen zurück, insgesamt um 3 $\frac{1}{2}$ vH.

240. Das Aufkommen aus der Umsatzsteuer einschließlich der Einfuhrumsatzsteuer nahm mit 5 $\frac{1}{2}$ vH nicht weniger zu als der private Verbrauch. Der private Wohnungsbau, der ebenfalls mit Umsatzsteuer belastet ist, ging zwar in diesem Jahr dem Werte nach zurück, dagegen standen aber die Käufe des Staates selbst, die teilweise der Umsatzsteuer unterliegen; sie haben in diesem Jahr kräftig zugenommen.

Aus seinem Aufkommen aus der Umsatzsteuer muß der Bund einen Teil an die Europäische Gemeinschaft abtreten. Ihr stehen zur Deckung ihres Finanzbedarfs Einnahmen von maximal 1 vH der einheitlichen Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer in den Ländern der Gemeinschaft zu. Der Beitrag der Bundesrepublik war für 1981 auf 8,4 Mrd DM veranschlagt; das waren fast 15 vH des Umsatzsteueraufkommens beim Bund. Wegen der vorübergehend günstigen Haushaltslage der Europäischen Gemeinschaft fielen die Anforderungen um rund 1 Mrd DM geringer aus. Der Bund konnte so einen Teil der Steuerausfälle ausgleichen.

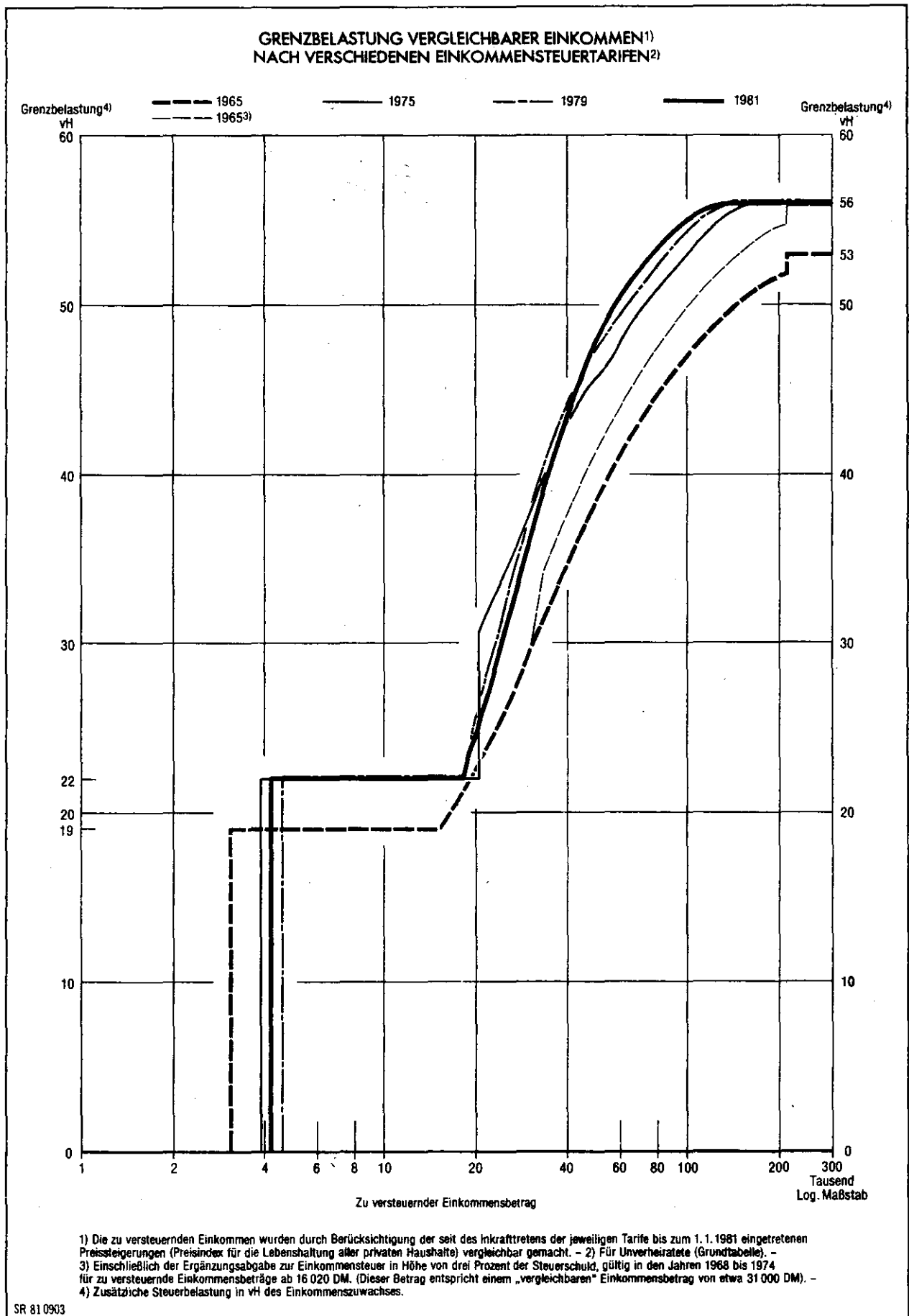
Zum 1. April dieses Jahres wurden die Mineralölsteuer und die Branntweinmonopolabgaben erhöht; zusammen brachte das in diesem Jahr die erwähnten Mehreinnahmen von 2 $\frac{1}{2}$ Mrd DM, wozu die Mineralölsteuererhöhung mehr als zwei Drittel beitrug. Überdies wurden im Laufe des Jahres Erhöhungen der Tabaksteuer, der Sektsteuer und nochmals der Branntweinmonopolabgaben für das Jahr 1982 vorbereitet.

241. Erstmals seit mehreren Jahren konnte der Bund eine Gewinnabführung der Bundesbank verbuchen, und zwar in Höhe von 2,3 Mrd DM. In früheren Jahren stand der Jahresüberschuß deswegen nicht zur Ausschüttung zur Verfügung, weil Verlustvorträge zu tilgen waren, die sich aus aufwertungsbedingten Wertberichtigungen auf Währungsreserven ergeben hatten (Ziffer 206).

Nochmals sprunghafter Anstieg der Defizite

242. Die Kassendefizite von Bund, Ländern und Gemeinden steigen in diesem Jahr voraussichtlich

Schaubild 35



Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte¹⁾

Mrd DM

	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos								
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme ²⁾	- 5,5	- 7,8	-10,8	-13,4	-13,4	-14,2	-15,3	-16,3
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -minder-einnahmen ³⁾	- 5,3	-17,3	-11,7	-10,6	- 6,2	+ 1,5	- 0,2	-11,1
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen ⁴⁾	+ 4,4	+ 4,1	- 2,2	+ 0,9	+ 4,1	+ 4,2	+ 4,9	+ 2,8
I. (a) bis (c) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo ⁵⁾ . (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	- 6,4	-21,0	-24,7	-23,0	-15,5	- 8,6	-10,6	-24,6
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo ohne konjunkturpolitische Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	-21,0	-56,9	-37,0	-21,8	-31,0	-39,3	-54,0	-72,5
IIa. Tatsächlicher Finanzierungssaldo einschließlich konjunkturpolitischer Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	-18,4	-57,0	-41,2	-25,5	-32,2	-39,7	-54,1	-72,5
I. / II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte ... (expansiv: +; kontraktiv: -)	+14,6	+35,9	+12,3	+ 1,2	+15,5	+30,7	+43,4	+47,9
I. / IIa. Konjunktureller Impuls unter Einrechnung der konjunkturpolitischen Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	+12,0	+36,0	+16,5	+ 2,5	+16,7	+31,1	+43,5	+47,9

¹⁾ Methodische Erläuterungen siehe Anhang V, Abschnitt D.

²⁾ Errechnet aus den Finanzierungssalden im Basiszeitraum, abzüglich auslastungsbedingter Steuermindereinnahmen, und mit dem Anstieg des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen fortgeschrieben.

³⁾ Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (97,25 vH) zuzurechnen ist. Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote auslastungsbedingt von der „konjunkturneutralen“ Vollbeschäftigungsquote abweichen kann.

⁴⁾ Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale“ Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt). Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote inflationsbedingt von der „konjunkturneutralen“ abweichen kann.

⁵⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

um 18¹/₂ Mrd DM auf 75 Mrd DM. Beim Bund allein fallen 38 Mrd DM an, 10¹/₂ Mrd DM mehr als im letzten Jahr. Für die Länder ergibt sich mit 27 Mrd DM ein um 4¹/₂ Mrd DM höherer Fehlbetrag. Die Finanzierungslücke der Gemeinden beträgt 9 Mrd DM; sie nimmt um 4 Mrd DM zu.

Der Anstieg der Defizite hatte seinen Ursprung nur zum geringen Teil darin, daß die Konjunktur schlechter lief, als erwartet worden war. Aus diesem Grund blieb das tatsächliche Steueraufkommen unter Einschluß der Mehreinnahmen aufgrund der Erhöhung von Verbrauchsteuern schließlich um rund 4 Mrd DM hinter dem im Dezember 1980 erwarteten Umfang zurück. Die Anzahl der Arbeitslosen war im

Jahresdurchschnitt um rund 150 000 höher, als vor Jahresfrist angenommen worden war. Das führt beim Bund zu unerwarteten Mehrausgaben von rund 2¹/₂ Mrd DM. Insgesamt haben Bund, Länder und Gemeinden aber über 10 Mrd DM mehr ausgegeben, als in ihren Haushalten vorgesehen war. Bund und Länder sind für den nicht konjunkturbedingten Teil dieser Ausgabenerhöhungen zu annähernd gleichen Teilen verantwortlich.

243. Dies sind die Zahlenangaben der Finanzstatistik. Um ein Bild von den konjunkturellen Impulsen zu gewinnen, die von den öffentlichen Ausgaben und den staatlichen Einnahmeregungen auf die Volks-

wirtschaft ausgehen, knüpfen wir an den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen an, weil dort die Einnahmen- und Ausgabenentscheidungen des Staates soweit wie möglich unmittelbar mit Entscheidungen im privaten Sektor verknüpft werden.

Abweichend von der Finanzstatistik werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die vom Staat vergebenen Darlehen und die empfangenen Tilgungszahlungen nicht als Ausgaben und Einnahmen angesetzt. Überdies gehen die Bauinvestitionen in dem Umfang ein, in dem sie produktionswirksam werden, also nicht nach Maßgabe der Kassenabgänge.

Aus diesen und einigen anderen Gründen ist der Finanzierungssaldo des Staatskontos in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der Regel niedriger als der in der Finanzstatistik (JG 79 Ziffer 232). In diesem Jahr ist er mit 72¹/₂ Mrd DM nur um 2¹/₂ Mrd DM niedriger; in früheren Jahren war der Abstand größer.

244. Korrigiert man das Defizit um die Steuerausfälle, die mit der Unterauslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials zusammenhängen (11 Mrd DM), sowie um die Mehreinnahmen, die sich daraus ergeben haben, daß das gesamtwirtschaftliche Preisniveau, gemessen am Preisindex des Bruttosozialprodukts, erneut stärker gestiegen ist, als man für unvermeidlich halten konnte (3 Mrd DM), so verbleibt ein Defizit von 64¹/₂ Mrd DM. Für den konjunkturellen Impuls der öffentlichen Haushalte steht freilich auch dieser Betrag nicht. Abzusetzen ist weiter ein Betrag, der für die Normalverschuldung des Staates steht, das heißt eine Kreditaufnahme, die unter Bedingungen eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts stabilitätspolitisch unbedenklich wäre. Bei unseren Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt knüpfen wir hierfür an dem Verschuldungsverhalten des Staates in den Jahren 1966 bis 1977 an. Unter Berücksichtigung des inzwischen eingetretenen Wachstums der Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft wäre danach eine Kreditaufnahme des Staates in Höhe von etwa 16¹/₂ Mrd DM als Normalverschuldung anzusetzen. Dies entspricht ungefähr einem Prozent des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials¹⁾. Zieht man diesen Posten von dem konjunkturbedingten Defizit ab, so erhält man den konjunkturell bedeutsamen Teil des Defizits. Das sind in diesem Jahr 48 Mrd DM nach 43¹/₂ Mrd DM im vergangenen Jahr (Tabelle 28).

245. Das Bild der solchermaßen bereinigten Defizite bliebe unvollständig, beließe man es, was die zeitliche Entwicklung angeht, bei einem Nebeneinander von diesem und dem vorangegangenen Jahr. Denn nicht die geringe Veränderung in dem hohen

¹⁾ In der Abgrenzung der Finanzstatistik ist von einem höheren Betrag für die Normalverschuldung auszugehen, da hier die Darlehensgewährung des Staates voll defizitwirksam gebucht wird. Bezogen auf das Produktionspotential betrüge der vergleichbare Satz ungefähr 1¹/₂ vH.

Niveau von 1980 auf 1981 verdient das Hauptaugenmerk, sondern die Tatsache, daß der expansive Impuls von 1977 bis 1980 in jährlichen Sprüngen von rund 15 Mrd DM zugenommen hat.

246. Anschaulicher noch wird der Kurs der Finanzpolitik seit 1977, wenn man die Entwicklung der Staatsausgaben in den Vordergrund rückt. Sie sind in diesem Zeitraum um insgesamt zehn Prozentpunkte stärker angestiegen, als es dem Wachstum des Produktionspotentials unter Berücksichtigung der Preissteigerungen entsprochen hätte. Zunächst war der kräftige Ausgabenanstieg Ausdruck des Bemühens, mit konjunkturellen Impulsen die Auftriebskräfte auch von der Nachfrageseite her zu stärken. Es blieb freilich nicht bei einer temporären Ausweitung der staatlichen Ausgaben. Auch als sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nachhaltig belebt hatte, gelang es dem Staat nicht, die starke Ausgabenexpansion zurückzuführen. Die direkt oder indirekt vom Staat geltend gemachten Ansprüche an das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential sind so stark ausgeweitet worden, daß die Ausgaben im Jahre 1981 um rund 68¹/₂ Mrd DM höher lagen als jenes Ausgabenvolumen, das der durchschnittlichen Staatsquote des Zeitraums von 1966 bis 1977 entsprochen hätte (Tabelle 29). Nur zu einem Drittel war dieser Ausgabenanstieg durch eine höhere Quote bei den Steuern und bei den sonstigen Einnahmen gedeckt. Zieht man diese Mehreinnahmen (20¹/₂ Mrd DM) von den Mehrausgaben (68¹/₂ Mrd DM) ab, erhält man wiederum den Betrag, der für den konjunkturellen Impuls dieses Jahres steht — 48 Mrd DM.

Große Impulse — kleine Wirkungen

247. Bei der konjunkturellen Würdigung expansiver Impulse der öffentlichen Haushalte geht es um deren Anstoßwirkungen. Ihr konjunkturpolitischer Zweck besteht nicht so sehr darin, daß sie direkt oder indirekt selbst einen Beitrag zu den volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben leisten (durch erhöhte staatliche Käufe von Gütern und Diensten oder über eine staatlich bewirkte Erhöhung der Einkommen der Privaten), sondern vielmehr darin, daß die staatlichen Maßnahmen und deren Finanzierung im ganzen zu einer Erhöhung der Gesamtausgaben führen, und zwar zu einer möglichst großen. Der Wirkungsgrad einer expansiven Finanzpolitik wäre gering, wenn der primäre Beitrag der Impulse durch überwiegend negative Sekundärwirkungen — Verdrängung privater Nachfrage — zum Teil aufgezehrt würde; er würde sogar negativ, wenn die negativen Rückwirkungen dominant wären.

Wie stark die Wirkungsbedingungen für eine expansive Finanzpolitik wechseln können, haben die beiden letzten Jahre, im besonderen das Jahr 1981, gezeigt. Solange das internationale Vertrauen in den Außenwert der D-Mark ungebrochen war, haben die steigenden Staatsdefizite nicht zu einer nennenswerten Zinserhöhung geführt, zeitweilig gingen sie sogar mit sinkenden Zinsen einher. Als dieses Ver-

trauen brüchig wurde, mitbestimmt davon, daß das Angebot an auf D-Mark lautenden Staatsschuldtiteln immer größer wurde, änderte sich die Situation schlagartig. Nun rächte sich, daß die Finanzpolitik so lange so expansiv geführt worden war. Was lange gutgegangen war, ging nun nicht mehr gut. Die Zinsen stiegen, der Wechselkurs verfiel, der Preisauftrieb nahm zu, die Bundesbank mußte dagegen einschreiten, die Zinsen stiegen weiter. Die Investitionen sanken. Der private Verbrauch nahm abwertungsbedingt ab, der Export zu. Wieviel die öffentlichen Defizite dazu beigetragen haben, wieviel insbesondere vom Leistungsbilanzproblem im Grunde auf das Konto der öffentlichen Defizite geht, sei es über den Beitrag der öffentlichen Ausgaben zur Inlandsnachfrage und darüber zur Ausdehnung der Importnachfrage beziehungsweise zur Schwächung der Exportanstrengungen, sei es über die das Leistungsbilanzdefizit zunächst vergrößernden Effekte der von der Finanzpolitik mitverursachten D-Mark-Abwertung — all dies läßt sich quantitativ nicht bestimmen. Im ganzen stellt sich die Entwicklung jedoch so dar, daß man guten Gewissens nicht mehr sagen kann, die Gesamtwirkungen expansiver Impulse kreditfinanzierter öffentlicher Ausgaben seien noch positiv. Das Gegenteil dürfte eher zutreffen: Ein Teil der expansiven Wirkungen der öffentlichen Haushalte der vorangegangenen Jahre mußte zurückerstattet werden.

Es hat sich also gezeigt, daß in einer zum Ausland hin offenen Wirtschaft einer expansiven Finanzpolitik wegen der Reaktionen der Kreditgeber auf den nationalen und internationalen Finanzmärkten enge Grenzen gezogen sind. Die Gefahr, daß eine solche Finanzpolitik Inflation und Rezession in sich birgt, ist erneut offenbar geworden.

Konsolidierung eingeleitet

248. Unter dem außenwirtschaftlichen Druck hat die Überzeugung, daß die Staatsdefizite alsbald gesenkt werden müssen, eine breite Basis gefunden. Die Meinungen gehen freilich auseinander, wenn es um die Frage geht, wie hoch der Konsolidierungsbedarf ist.

Man kann davon ausgehen, daß sich die Finanzierungssalden teilweise von selbst zurückbilden, wenn die Gründe entfallen, die derzeit einem kräftigeren wirtschaftlichen Aufschwung entgegenstehen. Da allerdings die Defizite ihrerseits zu diesen Gründen zählen, stehen davor erst einmal und nicht zuletzt die Entscheidungen, die einen Abbau der Finanzierungssalden auf Dauer sicherstellen. Das Ausmaß des Handlungsbedarfs wird freilich erst deutlich, wenn man sich eine Vorstellung darüber verschafft, was an Defiziten verbleibt, wenn die Volkswirtschaft zu einer normalen Nutzung ihrer Produktionsmöglichkeiten zurückkehrt.

249. Die Steuereinnahmen hätten in diesem Jahr bei der gegebenen Steuerquote schätzungsweise 11 Mrd DM höher sein können, wenn es gelungen wäre, für einen normalen Auslastungsgrad des Pro-

duktionspotentials zu sorgen. Bei Wiederannäherung an einen normalen Auslastungsgrad kann der Staat mit entsprechend höheren Steuereinnahmen rechnen.

In den Jahresgutachten 1975 und 1976 hatten wir die inflationsbedingten Mehreinnahmen nicht zur steuerlichen Deckungsmasse dauerhafter Staatsausgaben gerechnet. Solche Mehreinnahmen fließen dem Staat nur dann zu, wenn — wie in diesem Jahr — die tatsächliche Preissteigerungsrate über diejenige hinausgegangen ist, die bei stabilitätsgerechtem Verhalten aller am Wirtschaftsprozeß Beteiligten erreichbar gewesen wäre. Solche Mehreinnahmen wiederum zur Basis von Mehrausgaben zu nehmen, ist stabilitätspolitisch bedenklich. Für konsolidierungspolitische Fragestellungen stehen solche auf nur ein Jahr bezogene Überlegungen aber nicht im Vordergrund. Um den Teil der staatlichen Defizite zu ermitteln, der bei geltenden steuerlichen Regelungen dauerhaft ist, sollte man von der tatsächlichen volkswirtschaftlichen Steuerquote ausgehen.

Weiterhin wird ein Teil der Ausgaben, die die Bundesanstalt für Arbeit zu Lasten der Bundeskasse an Arbeitslose zahlt, entfallen, wenn sich die Wirtschaftslage bessert. Im Jahre 1981 waren allein wegen des Anstiegs der Arbeitslosigkeit vom Bund rund 7¹/₂ Mrd DM mehr zu zahlen als 1980, im ganzen belief sich der Zuschuß auf 11¹/₂ Mrd DM. Bei normaler Auslastung des derzeitigen Produktionspotentials wäre der Bundeshaushalt nur mit 4 Mrd DM belastet; das sind vor allem die Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe für eine geringere Anzahl an Dauerarbeitslosen und für den Ausgleich eines Defizits, das die Bundesanstalt bei den 1981 geltenden Regelungen auch im Falle einer normalen Auslastung der Produktionskapazitäten der Volkswirtschaft aufgewiesen haben würde. Wegfallen wird vom nächsten Jahr an allerdings auch wieder die Ausgabenentlastung, die sich der Bund 1981 dadurch verschafft hat, daß er seinen Zuschuß an die Rentenversicherung für ein Jahr um 3¹/₂ Mrd DM kürzte. Dies erlaubte ihm, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung noch ein Jahr lang unverändert zu lassen. Rechnet man diesen Betrag gegen die konjunkturbedingten Zahlungen an die Bundesanstalt auf, so hat man für 1981 von einer konjunkturbedingten Sonderbelastung der Ausgabenseite des Bundeshaushalts von 4 Mrd DM auszugehen (11¹/₂ Mrd DM ./. 4 Mrd DM ./. 3¹/₂ Mrd DM).

Von dem gesamten Defizit von 72¹/₂ Mrd DM sind die konjunkturbedingten Teile auf der Einnahmenseite und der Ausgabenseite abzusetzen, also 11 Mrd DM wegen Steuermindereinnahmen und 4 Mrd DM wegen der (Netto-)Mehrbelastung durch Defizite der Bundesanstalt für Arbeit. Es verbleibt ein Defizit von 57¹/₂ Mrd DM, das als dauerhaft anzusehen ist.

Dauerhaft ist hier in dem Sinne zu verstehen, daß ein konjunkturbereinigtes Defizit dieser Höhe, wachsend mit dem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, zu erwarten ist, wenn die volkswirtschaftliche Steuerquote unverändert bleibt und die Staatsausgaben mit dem Produktionspotential wachsen.

Bei der Antwort auf die Frage, wieviel davon zu konsolidieren ist, haben wir wie bei den Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt das mittlere

Tabelle 29

Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht¹⁾

Mrd DM

	1974	1975	1976	1977	1978	1979 ²⁾	1980 ²⁾	1981 ³⁾
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen ⁴⁾	1 036,8	1 138,8	1 204,5	1 276,2	1 352,5	1 431,7	1 535,1	1 633,5
(2) Produktionspotential bei „konjunktturneutraler“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr ⁵⁾	1 018,6	1 120,1	1 213,9	1 272,5	1 335,6	1 414,8	1 515,3	1 621,5
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basiszeitraum ⁶⁾	273,6	304,1	333,3	353,0	373,7	395,8	424,0	453,7
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials ⁷⁾	990,6	1 089,3	1 180,5	1 237,5	1 298,9	1 375,9	1 473,6	1 576,9
(5) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum ⁸⁾	238,2	262,7	285,4	300,0	317,7	336,5	360,4	385,7
(6) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr ⁸⁾	248,9	263,7	295,9	323,3	333,4	349,6	373,1	392,3
(6a) Nachrichtlich: Tatsächliche Steuereinnahmen ¹⁾ ohne konjunkturpolitische Sondersteuern	248,0	250,5	282,0	313,7	331,3	355,3	377,7	384,0
(6b) Nachrichtlich: Konjunkturpolitische Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	+ 2,6	- 0,1	- 4,2	- 3,7	- 1,2	- 0,4	- 0,1	0,0
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) ÷ (5)	+ 10,8	+ 1,0	+ 10,5	+ 23,4	+ 15,7	+ 13,1	+ 12,7	+ 6,7
(8) Mehreinnahmen aufgrund eines erhöhten Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“	+ 4,9	+ 2,8	+ 3,7	+ 5,7	+ 9,3	+ 11,0	+ 11,5	+ 13,8
(9) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7) + (8)	289,2	307,8	347,5	382,0	398,7	420,0	448,1	474,1
(10) Tatsächliche Staatsausgaben ¹⁾ ⁹⁾ ..	303,8	343,7	359,8	380,8	414,2	450,7	491,5	522,0
(11) Konjunktureller Impuls ¹⁰⁾ (10) ÷ (9)	+ 14,6	+ 35,9	+ 12,3	- 1,2	+ 15,5	+ 30,7	+ 43,4	+ 47,9
(12) Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	+ 7,2	+ 21,4	- 23,6	- 13,5	+ 16,7	+ 15,3	+ 12,6	+ 4,5
(13) Nachrichtlich: Konjunktureller Impuls unter Einrechnung der konjunkturpolitischen Sondersteuern und der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 (11) ÷ (6b)	+ 12,0	+ 36,0	+ 16,5	+ 2,5	+ 16,7	+ 31,1	+ 43,5	+ 47,9
(14) Ex post: Der Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen... ¹¹⁾ ..	+ 10,0	+ 31,4	+ 14,7	- 2,2	+ 11,1	+ 26,4	+ 38,3	+ 44,8

¹⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts siehe Anhang V, Abschnitt D. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

³⁾ Eigene Schätzung.

⁴⁾ Produktionspotential in Preisen von 1970, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.

⁵⁾ Produktionspotential in Preisen von 1970, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunktturneutralen“ Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.

⁶⁾ 1974 bis 1978 gleitender Übergang auf die ab 1978 gültige feste Basis, die durch den langjährigen Durchschnitt der Quoten von 1966 bis 1977 gebildet wird.

⁷⁾ Normalauslastungsgrad (97,25 vH); zur Definition siehe Anhang V, Abschnitt A.

	1974	1975	1976	1977	1978	1979 ²⁾	1980 ²⁾	1981 ³⁾
Zum Vorjahresvergleich	vH							
Steigerungsrate								
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (10) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	+ 13,1	+ 13,1	+ 4,7	+ 5,8	+ 8,8	+ 8,8	+ 9,1	+ 6,2
(b) des konjunkturalen Haushaltsvolumens (9) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (10)	+ 7,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 6,2	+ 4,7	+ 1,4	- 0,6	- 3,5
Bestimmungsfaktoren von (b)¹²⁾								
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1970	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,0
(d) „Konjunkturalneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	+ 5,0	+ 5,0	+ 4,0	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,5
(e) Veränderung des Ausgabenpielraums durch Abweichung der Steuerquote (15) von der des jeweiligen Vorjahres	- 0,5	- 3,3	+ 3,0	+ 3,7	- 1,6	- 0,9	- 0,3	- 1,4
(f) Veränderung des Ausgabenpielraums durch Abweichung des Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“ von dem des jeweiligen Vorjahres	+ 0,3	- 0,6	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,3	- 0,1	+ 0,3
(g) Veränderung des Ausgabenpielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (19) von der konjunkturalneutralen (16) im jeweiligen Vorjahr	- 0,8	- 3,2	- 9,8	- 4,3	+ 0,6	- 2,6	- 6,0	- 8,3
(15) Volkswirtschaftliche Steuerquote: $\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$	25,13	24,21	25,07	26,13	25,67	25,41	25,32	24,88
(16) Konjunkturalneutrale Staatsquote: $\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$	28,40	27,48	28,63	30,02	29,86	29,68	29,57	29,24
(17) Beanspruchte Staatsquote: $\frac{(10)}{(2)} \cdot 100$	29,83	30,69	29,64	29,93	31,01	31,86	32,44	32,19
(18) Konjunktureller Impuls, bezogen auf das Produktionspotential in (2): $(17) \times (16)$	+ 1,43	+ 3,21	+ 1,01	- 0,10	+ 1,16	+ 2,17	+ 2,86	+ 2,95
(19) Realisierte Staatsquote: $\frac{(10)}{(1)} \cdot 100$	29,30	30,18	29,87	29,84	30,62	31,48	32,02	31,96

⁸⁾ Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe dazu JG 73 Ziffer 213). Bei der Ableitung des konjunkturalneutralen Ausgabenpielraums, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, bleibt unberücksichtigt, daß die tatsächliche Steuerquote nicht unbedingt derjenigen entsprechen muß, die sich bei Vollbeschäftigung und „konjunkturalneutrale“ Preisanstieg ergäbe.

⁹⁾ Von den in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesenen Staatsausgaben wird die Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 (Zeile 6 b) abgezogen.

¹⁰⁾ Expansiv: +; kontraktiv: -.

¹¹⁾ Gleichbedeutend mit dem konjunkturellen Impuls auf der Basis der tatsächlichen Preissteigerungen (siehe Anhang V, Abschnitt D).

¹²⁾ (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (g). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (g) (siehe hierzu Anhang V, Abschnitt D). In den Jahren 1974 bis 1978 weicht (b) von dem ab, was den Komponenten (c) bis (g) entspricht, weil die in diesen Jahren als Basis zugrunde gelegten Quoten jeweils von unterschiedlichen Zeiträumen bestimmt sind.

Verschuldungsverhalten des Staates in den Jahren 1966 bis 1977 für eine vernünftige Orientierungslinie gehalten. Wie zuvor wären also 18¹/₂ Mrd DM — rund 1 vH des Produktionspotentials — als Normalverschuldung anzusetzen (Ziffer 372).

250. Unsere Rechnungen ergeben also ein strukturelles Defizit von rund 41 Mrd DM. Es verschwindet nur, wenn die Staatsausgaben weniger stark ausgedehnt werden, als das Produktionspotential wächst, oder wenn man die Steuerquote dauerhaft gegenüber dem derzeitigen Stand ansteigen läßt. Schätzrisiken, die es bei der Bestimmung der konjunkturellen Einflüsse auf die volkswirtschaftliche Steuerquote zweifellos gibt, berühren diese Rechnungen zum strukturellen Defizit nicht. Denn zu den definierenden Annahmen unserer Rechnungen gehört, daß wie in der Vergangenheit Steuerrechtsänderungen dafür sorgen, daß die Steuerquote nicht dauerhaft steigt. Wenn man mit oder ohne Steuerrechtsänderungen die Steuerquote nachhaltig steigen läßt, so wäre das ein Beitrag zur Senkung des strukturellen Defizits. Das einzige Schätzrisiko, das in unsere Rechnungen eingeht, betrifft die Schätzung des derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials und damit die Höhe der konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen bei gegebener volkswirtschaftlicher Steuerquote. Wie an anderer Stelle dieses Gutachtens dargelegt, ist nach unserer Schätzung das derzeitige Produktionspotential, legt man eine normale Auslastung zugrunde, um über 2 vH größer als das Sozialprodukt. Ein Fehler von einem vollen Prozentpunkt bei der Schätzung des Produktionspotentials würde das strukturelle Defizit nach unten oder nach oben um rund 4 Mrd DM verändern.

251. Es sind daher nicht in erster Linie Schätzrisiken, die den Streit über die Höhe des strukturellen Defizits der öffentlichen Haushalte erklären. Eigentlich kontrovers ist die Entscheidung darüber, welche Kreditaufnahme man als Normalverschuldung des Staates ansehen will. Und dies ist zweifellos eine Frage, zu der die Orientierung am mittleren Verschuldungsverhalten des Staates in den 60er und 70er Jahren nur einen Diskussionsbeitrag darstellen kann (Ziffern 371 ff.). Denn hier ist nicht nur zu analysieren, sondern wertbezogen zu entscheiden, zu entscheiden darüber, an welche Normalverschuldung des Staates man die Wirtschaft unter Berücksichtigung der verteilungspolitischen Aspekte und der wachstumspolitischen Risiken, die in einer solchen Entscheidung liegen, zu gewöhnen versuchen will. Wer sich für eine hohe Staatsquote und eine hohe Normalverschuldung des Staates entscheidet, geht das Risiko ein, daß es zu unerwünschten konjunkturellen Reaktionen, kostenreichen Stabilisierungsaktionen oder gar zu dauerhafter Wachstumsschwäche kommt, die dann auf andere Weise wieder bekämpft werden muß. Offensichtlich ist es nicht einfach, solche Gewöhnungsprozesse ohne unangenehme Folgen durchzusetzen. Mit dem Ausgeben von geborgtem Geld ist es nicht getan. Man kann den Eindruck gewinnen, daß der Staat in der Gewöhnungsphase durch Konjunkturprobleme und Wachstumsschwäche so viele Steuerausfälle und Ausga-

benmehrbelastungen erleidet, daß der Ausgabenpielraum, den eine erhöhte Normalverschuldung schaffen soll, dadurch weitgehend aufgezehrt wird. Ist die Gewöhnung dann geschafft, sind die kumulierten Zinslasten so groß geworden, daß nun sie einen beträchtlichen Teil dieses Ausgabenpielraums beanspruchen. Dabei ist zu bedenken, daß der Staat auch bei der Bekämpfung anderweitig verursachter Probleme, seien sie konjunktureller, seien sie struktureller Art, Defizite in Kauf zu nehmen hat und nur selten die Kraft aufbringt, zum Ausgleich dafür in besseren Zeiten die Kreditaufnahme unter das normale Maß zu senken. Schon heute beansprucht die Zinslast aus der seit 1970 aufgelaufenen Staatsschuld, soweit diese über die Normalverschuldung im Sinne der potentialorientierten Kreditaufnahme hinausgeht, mehr als zwei Fünftel der Kreditaufnahme, die nötig ist, um das strukturelle Defizit zu finanzieren. Und ein Ende des überproportionalen Anstiegs der Zinslast, die auf die „übernormale“ Verschuldung des Staates zurückgeht, ist nicht abzusehen. Wird das strukturelle Defizit der öffentlichen Haushalte nicht gemindert, ist schon in etwa vier Jahren eine Kreditaufnahme in Höhe von drei Vierteln des heutigen strukturellen Defizits nötig, um die Zinsen auf die bis dahin seit 1970 aufgelaufene „übernormale“ Staatsschuld zahlen zu können.

252. Im Sommer und im Herbst dieses Jahres sind seitens des Bundes Entscheidungen über Ausgabenkürzungen und Abgabenerhöhungen gefallen, die in den nächsten Jahren einen Abbau seines hohen Haushaltsdefizits bewirken sollen (Tabelle 30). Eingebunden in dieses Paket sind zudem Maßnahmen, die Investitionen fördern sollen, aber auch solche, die sie erschweren. Die Kürzungen auf der Ausgabenseite betreffen im wesentlichen Einkommensübertragungen an private Haushalte und Subventionen. Außerdem ist beabsichtigt, den Anstieg der Personalausgaben im nächsten Jahr dadurch gering zu halten, daß die Anpassung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst zeitlich hinausgeschoben und die Stellenzahl im Bereich des Bundes um 1 vH verringert wird sowie Grundgehälter und Zuschläge gekürzt werden. Insgesamt würden die Kürzungen im nächsten Jahr zu Minderausgaben von 9¹/₂ Mrd DM führen, in den darauffolgenden Jahren würden die Haushalte in ähnlichem Umfang entlastet. Bisher sind keine weiteren Maßnahmen vorgesehen, die in den Jahren nach 1982 weitere Konsolidierungsschritte bewirken könnten.

Der Bund will überdies seinen Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit dadurch vermindern, daß der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 3 vH auf 4 vH erhöht wird. Die Anhebung ist auf zwei Jahre befristet. Die Erhöhung um einen halben Prozentpunkt davon ist mit der Senkung des Beitragssatzes bei der Rentenversicherung von 18,5 vH auf 18 vH verbunden. Im Jahre 1984 soll dieser Teil des Beitragssatzes wieder zurückverlagert werden. Für den Bund bringt die Verlagerung von Beitragseinnahmen von der Rentenversicherung auf die Arbeitslosenversicherung keine Entlastung, weil er den Zuschuß an die Rentenversicherung, den er 1981 um 3¹/₂ Mrd DM gekürzt hatte, im nächsten Jahr

Beschlüsse der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 1982 und zum Finanzplan 1981 bis 1985¹⁾

Mrd DM

	1982	1983	1984	1985	1982 bis 1985
Ausgabenkürzungen					
1. Einschränkungen des Arbeitsförderungsgesetzes	3,5	4,0	4,0	4,0	15,5
2. Personalausgaben ²⁾	2,3	2,5	2,7	2,9	10,4
3. Kindergeld ³⁾	1,7	1,8	1,8	1,8	7,1
4. Rentenversicherungsbeiträge für Wehr- und Zivildienstleistende	0,4	0,4	0,4	0,5	1,7
5. Zuschuß zur Altershilfe der Landwirte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,8
6. Wohngeld	0,1	0,2	0,2	0,1	0,6
7. Koks- und Kohlenbeihilfe	1,6	1,4	1,1	1,1	5,2
Insgesamt ...	9,8	10,5	10,4	10,6	
Finanzielle Umschichtungen innerhalb der Sozialversicherung					
1. Beitragsverlagerung von der Rentenversicherung zur Arbeitslosenversicherung	2,8	3,2	—	—	6,0
2. Verlagerung von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit ⁴⁾	0,4	0,6	0,5	0,5	2,0
Mehreinnahmen aus Steuern und Abgaben					
1. Erhöhung der Tabaksteuer	1,4	2,2	2,5	2,7	8,8
2. Erhöhung der Branntweinmonopolabgaben ...	0,4	0,5	0,5	0,6	2,0
3. Erhöhung der Schaumweinsteuer	0,1	0,2	0,2	0,2	0,7
4. Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosen- versicherung	2,8	3,2	—	—	6,0
5. Absenkung der Pensionsrückstellungen	—	—	0,7	2,3	3,0
6. Ausschluß des Vorsteuerabzugs bei Betriebs-Pkw	0,9	1,1	1,1	1,2	4,3
7. Kürzung der Arbeitnehmersparzulage	0,8	0,9	0,9	0,9	3,5
8. Wegfall des Haushaltsfreibetrages für Allein- stehende über 49 Jahre	0,4	0,5	0,5	0,5	1,9
Insgesamt ...	6,8	8,6	6,4	8,4	
Steuerliche Mindereinnahmen					
1. Verbesserung der degressiven AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens	0,6	1,3	3,3	4,6	9,8
2. Verbesserung der beschleunigten AfA für Gebäude	0,1	0,3	0,8	1,6	2,8
3. Verbesserung bei § 7 b EStG	0,1	0,3	0,5	0,7	1,6
4. Erweiterung des Verlustrücktrages	—	0,1	0,1	0,1	0,3
5. Investitionszulage Stahl	0,1	0,2	0,3	0,3	0,9
Insgesamt ...	0,9	2,2	5,0	7,3	
Ausgabenerhöhungen					
1. Stahlbereich	0,3	0,2	0,2	0,2	0,9
2. Wohnungsbau	0,1	—	—	—	0,1
3. Energiepolitik	0,1	0,5	0,5	0,5	1,6
4. Kapitalaufstockung der Kreditanstalt für Wiederaufbau	0,2	0,2	0,2	—	0,6
5. Sonstiges	0,3	0,3	0,1	—	0,7
Insgesamt ...	1,0	1,2	1,0	0,7	

¹⁾ Angaben der Bundesregierung.²⁾ Gesetzliche Maßnahmen sowie Stellenkürzungen.³⁾ Kürzung des Kindergeldes für Zweit- und Drittkinder jeweils um 20 DM.⁴⁾ Normalisierung überhöhter Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit an die gesetzlichen Krankenversicherungen.

eben wegen der Verlagerung wieder voll zahlen muß.

253. Um die öffentlichen Finanzen zu sanieren, sollen auch die Steuern ansteigen. Im nächsten Jahr werden die Tabaksteuer, die Branntweinmonopolabgaben und die Schaumweinsteuer erhöht. Das bringt dem Bund rund 3 Mrd DM pro Jahr mehr. Mehreinnahmen fließen den Gebietskörperschaften auch wegen des Abbaus von Steuervergünstigungen zu. Außerdem wird die Abgabenlast für Unternehmen erhöht werden. So sollen der Vorsteuerabzug bei der Anschaffung von Betriebs-Pkw ausgeschlossen, die Bildung von Pensionsrückstellungen eingeschränkt sowie Veräußerungsgewinne, die im Falle der Reinvestition bisher steuerfrei blieben, zu einem Teil besteuert werden. Im nächsten Jahr macht das rund 1 Mrd DM aus, bis 1985 steigt dieser Betrag auf etwa 5 Mrd DM. Auf der anderen Seite wurden aber auch Maßnahmen zur steuerlichen Investitionsförderung beschlossen. Die Verbesserungen der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter und die Erhöhung des Abschreibungssatzes für Gebäude haben zunächst noch geringe Steuerausfälle zur Folge. Im Jahre 1985 werden sie sich jedoch auf über 6 Mrd DM belaufen. Es besteht freilich die Erwar-

tung, daß man auf Dauer über eine verstärkte Investitionstätigkeit mehr Steuereinnahmen hinzugewinnt, als man an Steuern infolge der steuerlichen Investitionsförderung zunächst verliert.

254. Die Haushaltsbeschlüsse des Bundes dürften dazu beitragen, daß im nächsten Jahr der Ausgabenanstieg im Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden um rund 1 1/2 vH unter dem potentialorientierten Pfad gehalten werden kann. Das und die Anhebung der Abgabenquote könnten 1982 den dauerhaften Teil der öffentlichen Defizite um rund 9 Mrd DM verringern. Voraussetzung ist jedoch, daß der Haushalt des Bundes für 1982 abgesehen von den konjunkturbedingten Risiken vollzogen wird, wie es sich in den letzten Planungen abzeichnet, und daß die Länder sich an ihre bisherigen Finanzpläne halten.

Für die Jahre nach 1982 ist offenbar ein wesentlich langsames Konsolidierungstempo vorgesehen. Den Finanzplänen liegt mittelfristig ein Ausgabenanstieg von jährlich 4 1/2 vH zugrunde. Das wäre etwa 1 vH weniger, als dem Wachstum des Produktionspotentials entspräche, bewertet man es mit den Preisen, wie sie den gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung zugrunde liegen.

ZWEITES KAPITEL

Die voraussichtliche Entwicklung

255. Seit zwei Jahren versucht die Weltwirtschaft, mit den Folgen des zweiten Ölpreisschubs fertigzuwerden. Nahezu keines der betroffenen Länder, Japan ausgenommen, hat bislang eine Lösung der Probleme gefunden, die der Kaufkraftentzug hinterlassen hat und die der Anpassungsprozeß schafft. Sie kommen zu den alten Problemen hinzu — der Inflation und der hohen Staatsverschuldung. Die Störanfälligkeit der Weltwirtschaft ist dadurch bedeutend größer geworden, besonders gegenüber politischen und sozialen Konflikten. Dies macht eine Vorausschau auf die wirtschaftliche Entwicklung selbst auf kurze Sicht riskant.

256. Wie groß die Risiken sind, zeigt ein Rückblick auf unsere Prognose vom vergangenen Jahr. Zwar hat sich unsere Einschätzung, daß es 1981 zu keinem rezessiven Einbruch kommt, bestätigt (JG 80 Ziffer 253 ff.). Die wirtschaftliche Belebung, die wir für die zweite Jahreshälfte 1981 erwarteten, ist aber ausgeblieben.

Nicht bestätigt wurde vor allem die Annahme, die D-Mark werde 1981 aufgrund des Stabilisierungsvorsprungs gegenüber anderen Ländern vom Markt deutlich höher bewertet. Sie stand vielmehr den größten Teil des Jahres unter Abwertungsdruck. Dies hat zwar den Export unerwartet stark beflügelt, es hat aber auch die Binnennachfrage, also die Investitionen und den privaten Verbrauch, wegen des damit einhergehenden Kosten- und Preisschubs unerwartet stark gedrückt. Es kam hinzu, daß die Geldpolitik, um den Gefahren für den Geldwert entgegenzuwirken, restriktiver war, als wir es in den Annahmen der Prognose zugrundegelegt hatten. Die Finanzpolitik war zwar expansiver als angenommen; mehr als zweifelhaft ist aber, ob dies, stellt man den Vertrauensverlust im Inland und im Ausland in Rechnung, wirklich ein Beitrag zur Stützung der Konjunktur gewesen ist.

257. Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung sind, worauf wir immer wieder hinweisen, bedingte Prognosen. Sie basieren auf einer Reihe von Annahmen, darunter vor allem solchen über den künftigen Kurs der Wirtschaftspolitik. Eine Prognose muß sich als falsch erweisen, wenn diese Annahmen nicht stimmen, wenn etwa die Wirtschaftspolitik den Kurs ändert oder wenn es zu gravierenden außenwirtschaftlichen Störungen kommt. Es macht daher keinen Sinn, eine in der Prognose beschriebene Entwicklung mit der tatsächlichen Entwicklung zu vergleichen, die unter ganz anderen Voraussetzungen eingetreten ist; man muß zugleich auch die Gründe mit ins Bild nehmen, die zu den Ab-

weichungen geführt haben. Mit Skepsis hat man Prognosen zu betrachten, die sich mit der tatsächlichen Entwicklung decken, obwohl die Rahmendaten in Wirklichkeit andere waren, als sie in der Prognose gesetzt wurden.

258. Häufig ist es nicht möglich, den Kurs der Wirtschaftspolitik im Vorhinein hinreichend zu beschreiben, das gilt selbst dann, wenn Entscheidungen zwar angekündigt sind, ihre Konkretisierung aber noch aussteht.

Bei unserer Prognose für 1982 gehen wir von folgenden Annahmen aus:

- Die Geldpolitik setzt sich das Ziel, die Zentralbankgeldmenge mit einer Rate auszuweiten, die dem Wachstum des Produktionspotentials unter Berücksichtigung des derzeit für unvermeidlich zu haltenden Anstiegs des Preisniveaus und des trendmäßigen Rückgangs der Umlaufgeschwindigkeit entspricht; wir veranschlagen diese Rate auf $5\frac{1}{2}$ vH (Ziffer 402). Es wird unterstellt, daß es zu keinen außenwirtschaftlichen Störungen kommt, die ihr Anlaß geben könnten, von diesem Pfad abzuweichen. Für den Wechselkurs der D-Mark schließt dies folgendes ein: Der Kurs der D-Mark steigt im gleichen Maße, wie das Kosten- und Preisgefälle zum Ausland zunimmt. Kurskorrekturen, die im Europäischen Währungssystem nötig werden sollten, dies ist unsere Annahme, finden so rechtzeitig statt, daß es zu keinen gravierenden Spannungen kommt.
- Die Finanzpolitik ist bemüht, das strukturelle Haushaltsdefizit deutlich zurückzuführen. Sie begrenzt den Anstieg der Ausgaben den bisherigen Planungen entsprechend auf $3\frac{1}{2}$ vH. Das schließt ein, daß die Beschlüsse der Bundesregierung zum Bundeshaushalt dem Betrage nach verwirklicht werden, mögen sie beim Inkrafttreten im einzelnen auch etwas anders aussehen als gegenwärtig. Es schließt zudem ein, daß die Länder ebenfalls den angekündigten Konsolidierungskurs verfolgen. Für den konjunkturellen Impuls der Gebietskörperschaften steht ein Betrag von 42 Mrd DM, nach 48 Mrd DM im Jahre 1981.

259. Zu der Prognose gehört die Annahme einer ungestörten Ölversorgung zu unveränderten Dollarpreisen. Sie stützt sich auf die Erwartung, daß der Ölverbrauch in der Welt 1982, wenn überhaupt, nur wenig steigt. Die Möglichkeit, daß es etwa als Folge politischer Verwicklungen zu Versorgungsengpässen kommen könnte, gehört nicht zu den Risiken, die wir in der Prognose zu berücksichtigen haben.

I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1982

260. Verlässliche Anzeichen dafür, daß die Phase der Stagnation, in der sich die Weltkonjunktur seit nahezu zwei Jahren befindet, schon bald überwunden sein könnte, sind gegenwärtig noch nicht zu erkennen. In den meisten Ländern sind die Preissteigerungen weiterhin hoch, und in nicht wenigen sind auch die außenwirtschaftlichen Probleme beträchtlich, die aus der Veränderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und aus mangelnden Stabilisierungsfortschritten herrühren. Noch immer hohe Zinsen sind allenthalben die Folge, Zinsen, die nicht zu der schwachen Wirtschaftsaktivität und zu der steigenden Arbeitslosigkeit passen. Das zeigt, wie verspannt die Situation nach wie vor ist. Man wird sich darauf einstellen müssen, daß sich die Konjunktur weltweit nur schleppend bessert und daß sie in kaum einem Land 1982 so viel an Fahrt gewinnt, wie für einen Abbau der hohen Arbeitslosigkeit notwendig wäre.

261. Von der Wirtschaftspolitik ist viel Hilfe nicht zu erwarten. Der Finanzpolitik sind weithin die Hände gebunden; in zahlreichen Ländern steht sie unter dem Zwang, die stark gestiegenen Defizite in den öffentlichen Haushalten zu senken. Die Geldpolitik dürfte zwar in einzelnen Ländern über Fortschritte beim Abbau des Leistungsbilanzdefizits etwas an Handlungsspielraum gewinnen; solange die Staatsverschuldung hoch bleibt, wird sich das jedoch in keinem raschen Rückgang der Zinsen niederschlagen. Hinzu kommt, daß die Anleger langfristiger Mittel wohl weiterhin hohe Risikoprämien verlangen werden. All dies läßt erwarten, daß die Zinsen in der Welt nur allmählich sinken. Das gilt nicht zuletzt für die Vereinigten Staaten, die 1981 in der Rolle des Zinsführers waren.

Eine gewisse Entlastung dürfte indes von den Löhnen kommen. Für das Jahr 1982 ist in der Mehrzahl der Länder mit Lohnabschlüssen zu rechnen, die eine Verbesserung der unter Druck geratenen Unternehmensgewinne auch bei nicht mehr ganz so hohen Preissteigerungen erlauben. Das könnte den Spielraum der Geldpolitik im Verlauf des nächsten Jahres vergrößern.

262. Alles in allem gehen wir davon aus, daß das reale Sozialprodukt in den westlichen Industrieländern im Jahre 1982 um rund 1 1/2 vH höher sein wird als 1981 (Tabelle 31). Dabei wird der Zuwachs in den Vereinigten Staaten voraussichtlich geringer ausfallen als in diesem Jahr und wohl auch geringer als in den meisten europäischen Ländern. Hier wie dort wird die Anzahl der Beschäftigten zunächst noch abnehmen, und die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen, zumal die Anzahl derer, die erstmals eine Stelle suchen, nach wie vor zunimmt. Erst im späteren Verlauf des kommenden Jahres dürfte sich auch die Beschäftigungslage allmählich bessern. In den meisten Ländern wird die Inflationsrate etwas zurückgehen, kaum in einem aber kräftig. Am besten wird wiederum Japan dastehen; die wirtschaftliche Expansion wird kräftiger, die Beschäftigungslage besser

und die Preissteigerungen werden niedriger sein, als es sonstwo zu erwarten ist. In der Mehrzahl der Industrieländer werden die Exporte auch 1982 stärker zunehmen als die Binnennachfrage. Zusammen mit einer Verbesserung der Terms of Trade wird dies dazu führen, daß sich die Leistungsbilanzdefizite dieser Länder im ganzen weiter zurückbilden.

263. Mit dem Abklingen der dämpfenden konjunkturellen Einflüsse wird die wachsende Verflechtung der Märkte wieder stärker die Expansion des Welt Handels bestimmen. Eine Umkehr im Lagerzyklus kommt voraussichtlich hinzu. Nach dem Rückgang in diesem und im letzten Jahr dürfte das Welthandelsvolumen um etwa 3 vH bis 4 vH größer sein als 1981. Das bedeutet eine Zunahme von über 5 vH im Verlauf des kommenden Jahres. Einen noch deutlicheren Anstieg, wie er vielfach erwartet wird, halten wir zwar für möglich, aber für weniger wahrscheinlich — zum einen, weil die konjunkturelle Erholung in den Industrieländern nur zögernd vorankommen wird, zum anderen, weil die Entwicklungsländer und auch die OPEC-Staaten ihre Importe wohl nicht mehr so stark wie in diesem Jahr ausweiten werden. Bei den OPEC-Staaten zeichnet sich aufgrund des weiterhin schwachen Ölverbrauchs in der Welt und der sich verschlechternden Terms of Trade ein deutlicher Abbau der Leistungsbilanzüberschüsse ab. Für die Ölländer mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen, die bereits 1981 große Leistungsbilanzdefizite hatten, ist sogar eine Abnahme der Einfuhr zu erwarten, nachdem sie diese in den vergangenen beiden Jahren um jeweils ein Fünftel gesteigert hatten. In den Entwicklungsländern dürfte es trotz der vielen schwerwiegenden Finanzierungsprobleme zwar zu keinem Rückgang der Importe kommen; der Anstieg dürfte sich aber verlangsamen.

264. In den Vereinigten Staaten hat sich die Konjunktur seit dem Sommer 1981 wieder spürbar abgeschwächt. Die Investitionstätigkeit ist allgemein zurückgegangen, im Wohnungsbau wegen der hohen Zinsabhängigkeit besonders deutlich, und der private Verbrauch hat nur noch wenig zugenommen. Als Folge der Dollaraufwertung ist auch die Auslandsnachfrage seit dem Sommer merklich gesunken. Bei unverminderter Importnachfrage hat sich die Passivierungstendenz im Außenhandel fortgesetzt; sie dürfte auch im kommenden Jahr anhalten. Bei der Binnennachfrage deuten Frühindikatoren darauf hin, daß die Abschwächung bald an ein Ende kommen könnte. Die Erwartungen von Unternehmen und Konsumenten scheinen wieder besser zu werden. Der Grund dafür dürfte nicht zuletzt in den Steuersenkungen liegen. Die Zeichen für eine konjunkturelle Erholung sind von daher nicht ungünstig, zumal wohl mit maßvollen Lohnabschlüssen gerechnet werden kann. Kräftig wird die Erholung voraussichtlich aber nicht ausfallen. Denn es bleibt die Unsicherheit über die Entwicklung der Zinsen. Es muß wohl davon ausgegangen werden, daß sich das für 1982 angestrebte Finanzierungsdefizit des Staates, wenn auch größtenteils konjunkturbedingt, im Vergleich zu den ursprünglichen Haushaltsplanungen nahezu verdoppeln wird. Statt mit einem Rückgang der Zinsen auf 9% wird in neueren Schätzun-

Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern

Land	Anteil am		Bruttoinlandsprodukt (real) ²⁾		Verbraucherpreise ^{2) 3)}	
	Brutto- inlands- produkt ¹⁾ der OECD- Länder	Export der Bundes- republik Deutsch- land				
	1980		1981	1982	1981	1982
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Bundesrepublik Deutschland	11,0	×	- 1/2	+ 1/2	+ 6	+ 5 1/2
Belgien/Luxemburg	1,6	7,8	-1	+1	+ 7 1/2	+ 8 1/2
Dänemark	0,9	1,9	-1	+2	+11	+ 9
Frankreich	8,6	13,3	+ 1/2	+2	+13 1/2	+14
Griechenland	0,6	1,1	+1	+1 1/2	+24	+24
Großbritannien	6,9	6,5	-2	+1	+11 1/2	+ 9
Irland	0,2	0,4	+2	+2 1/2	+20	+19
Italien	5,2	8,5	+0	+1	+20	+17
Niederlande	2,1	9,5	-1 1/2	+ 1/2	+ 7	+ 6
Europäische Gemeinschaft ^{4) 5)}	37,2	49,1	- 1/2	+1	+11 1/2	+10 1/2
Vereinigte Staaten	34,1	6,1	+2	+1	+10 1/2	+ 8 1/2
Japan	13,9	1,1	+3 1/2	+4	+ 5	+ 4 1/2
Kanada	3,4	0,6	+3	+2	+12 1/2	+11
Österreich	1,0	5,5	+0	+1 1/2	+ 7	+ 6
Schweden	1,6	2,9	+0	+1 1/2	+11	+ 9
Schweiz	1,3	5,7	+1	+ 1/2	+6 1/2	+ 4 1/2
Insgesamt ⁵⁾	92,5	71,1	+1 1/2	+1 1/2	+10	+ 8 1/2

¹⁾ In jeweiligen Preisen und Wechselkursen, Quelle: OECD.

²⁾ Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.

³⁾ Deflator des privaten Verbrauchs. Index der Verbraucherpreise für Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich, Schweden, Schweiz und die Vereinigten Staaten.

⁴⁾ Gebietsstand: 1. Januar 1981.

⁵⁾ Veränderungen in vH für Bruttoinlandsprodukt und Preise zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttoinlandsprodukt der OECD-Länder des Jahres 1980.

gen der amerikanischen Regierung nur noch mit einem Rückgang auf 10 1/2% gerechnet. Die Unsicherheit hinsichtlich der neuen Wirtschaftspolitik wird wohl erst bei sichtbaren Erfolgen schwinden, und dazu gehören größere Fortschritte bei der Eindämmung der Inflation, als sich schon abzeichnen. Die Geldpolitik wird daher wenig Nachgiebigkeit zeigen können; eine Lockerung ist auch dann nicht sehr wahrscheinlich, wenn die erwartete konjunkturelle Erholung bis zur Jahresmitte ausbleiben sollte.

265. In Japan war die wirtschaftliche Expansion 1981 vor allem vom Export bestimmt. Die Binnen- nachfrage war eher verhalten. Dies dürfte sich im kommenden Jahr ändern. Der private Verbrauch wird sich voraussichtlich spürbar beleben, da sich der Preisauftrieb weiter verlangsamten wird und die

Realeinkommen höher ausfallen werden. Durch die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unterstützt, wird auch die Investitionstätigkeit an Fahrt gewinnen. Der Zuwachs der Ausfuhr wird angesichts der zu erwartenden realen Aufwertung des Yen und der zahlreichen Selbstbeschränkungsabkommen zwar nicht mehr so groß sein wie 1981; bei einem weiteren Anstieg wird es aber bleiben. Insgesamt dürfte das Sozialprodukt 1982 um etwa 4 vH über dem des Jahres 1981 liegen.

266. In Frankreich sind in der zweiten Hälfte dieses Jahres erste Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik erkennbar geworden. Der private Verbrauch nahm zu, doch stiegen auch die Preise beschleunigt. Für 1982 ist mit einer verstärkten Ausweitung der Konsumnachfrage zu rechnen. Die Aus-

rüstungsinvestitionen werden dagegen lediglich in den öffentlichen und den staatlichen Unternehmen wieder etwas expandieren, während sich die private Industrie angesichts der Unsicherheit über weitere wirtschaftspolitische Entscheidungen nach wie vor abwartend verhalten dürfte. Viel wird davon abhängen, ob es der neuen Regierung gelingt, ihre einkommenspolitischen Vorstellungen zu verwirklichen und den Auftrieb von Kosten und Preisen in Grenzen zu halten. Die Inflation einzudämmen, dürfte angesichts der expansiv angelegten Finanzpolitik kaum möglich sein, es sei denn, es kommt zu dirigistischen Eingriffen. Alles in allem kann damit gerechnet werden, daß das reale Sozialprodukt 1982 um rund 2 vH höher sein wird als in diesem Jahr. Die Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich hoch bleiben.

267. In Großbritannien hat die schwere Rezession 1981 wohl ihren Tiefpunkt erreicht. Die Ergebnisse von Unternehmensumfragen deuten auf eine Verbesserung des Geschäftsklimas in der Industrie hin. Nach den schon nicht mehr sehr hohen Tarifabschlüssen in diesem Jahr zeichnen sich für die nächste Lohnrunde wiederum vergleichsweise niedrige Steigerungen ab. Für den öffentlichen Dienst wird mit einer Anhebung der Löhne und Gehälter um 4 vH, für die verarbeitende Industrie mit einer Erhöhung um durchschnittlich 7 vH gerechnet. Da es erklärtes Ziel der Geldpolitik bleibt, die Inflation weiter zurückzuführen, kann für 1982 davon ausgegangen werden, daß die Verbraucherpreise erstmals seit längerem nicht mehr mit einer zweistelligen Rate steigen. Die wirtschaftliche Erholung wird indes nur langsam vorankommen. Im ganzen gesehen rechnen wir damit, daß das Sozialprodukt im nächsten Jahr um 1 vH höher sein wird als 1981. Die hohe Arbeitslosigkeit wird sich nicht vermindern. Die Passivierung der Leistungsbilanz dürfte sich angesichts der Verschlechterung der Terms of Trade fortsetzen.

268. In Italien werden die ungelösten Stabilisierungsprobleme auch im nächsten Jahr die konjunkturelle Erholung behindern. Stützend wird der Anstieg der Exporte wirken, der sich noch verstärken dürfte, da die Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Industrie durch die abermalige Abwertung größer geworden ist. Dem stehen, was die Leistungsbilanz betrifft, allerdings hohe Zinszahlungen an das Ausland gegenüber. Von der Binnennachfrage sind wenig konjunkturelle Impulse zu erwarten; das gilt für die private Nachfrage ebenso wie für die Nachfrage des Staates. Die Finanzpolitik ist darauf gerichtet, den eingeschlagenen Sparkurs fortzusetzen. Das Zinsniveau dürfte bei einer Geldpolitik, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Inflation energischer als bisher zu bekämpfen, weiterhin hoch bleiben. Hoffnungen werden bei der Inflationseindämmung auch auf einkommenspolitische Maßnahmen gesetzt. Das offizielle Sozialprodukt dürfte 1982 nur um etwa 1 vH höher sein als 1981.

269. Auch in den kleineren europäischen Ländern werden die binnenwirtschaftlichen Expansionskräfte fürs erste zumeist wohl noch schwach bleiben. Es wird daher einmal mehr von der Entwick-

lung der Ausfuhr abhängen, inwieweit sich die Konjunktur in diesen Ländern im Verlauf des kommenden Jahres festigt. Mit verstärkten Impulsen vom Export ist vor allem in Österreich und in den Niederlanden zu rechnen. In Österreich werden auch von der zum Jahresbeginn 1982 in Kraft tretenden Lohn- und Einkommensteuerreform expansive Impulse auf die Binnennachfrage ausgehen; wie stark sie sein werden, wird jedoch auch vom Ausgang der nächsten Lohnrunde abhängen. Eine kräftige Belebung des privaten Verbrauchs scheint vorerst nicht angelegt. Auch in den Niederlanden sind bei nur mäßiger Zunahme der verfügbaren Einkommen von der Konsumnachfrage keine großen konjunkturellen Impulse zu erwarten. In der Schweiz werden die Anstrengungen zur Wiedergewinnung der Stabilität Nachfrage und Produktion dämpfen. Die Geldpolitik hat deutliche Zeichen zur Inflationsbekämpfung gesetzt. Da sich wegen der weiteren Aufwertung des Franken auch von der Ausfuhr wenig Auftrieb ergeben wird, dürfte das Sozialprodukt im kommenden Jahr stagnieren. In Dänemark könnte der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion vergleichsweise deutlich ausfallen. Für das Jahr 1982 sind umfangreiche investitionsfördernde Maßnahmen in der Diskussion. Deren Ausgestaltung ist im einzelnen zwar noch umstritten, doch ist wohl mit einem deutlichen Anstieg des Investitionsvolumens zu rechnen. Der Staatshaushalt könnte nochmals kräftig anschwellen, und der Geldwertschwind dürfte weiterhin höher sein als in den anderen kleinen europäischen Ländern. Für Belgien deuten Unternehmensbefragungen auf eine anhaltende Schwäche in der Konsumgüterindustrie wie in der Investitionsgüterindustrie hin. Die Finanzpolitik wird ihre Konsolidierungsbemühungen voraussichtlich fortsetzen müssen; Spielraum für expansive Maßnahmen hat sie jedenfalls kaum. Hoffnungen werden auf den Export gesetzt. Ob die starke reale Abwertung dieses Jahres den Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit der vergangenen Jahre kompensieren kann, bleibt jedoch fraglich.

II. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur

270. Im Herbst 1981 gibt es noch immer keine Anzeichen für eine rasche und nachhaltige wirtschaftliche Belebung. Nachfrage und Produktion verharren auf einem Niveau, das schon im Frühsommer 1980 erreicht war, und die Beschäftigung geht deutlich zurück. Es hat den Anschein, als stellten sich Investoren und Verbraucher auf eine verlängerte Durststrecke ein.

Bei unserem Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1981 hat sich unsere Einschätzung gefestigt, daß die nun anderthalb Jahre währende Stagnation in ihrem Kern nicht ein zyklischer Abschwung nach herkömmlichem Konjunkturmuster, sondern eine hartnäckige Stockungsphase ist, die vornehmlich durch Störungen von außen verursacht und deren Bewältigung durch hausge-

machte Probleme erschwert worden ist. Die Zweifel, ob es gelingen wird, mit den Problemen fertig zu werden, sind offenbar noch so groß, daß die wirtschaftliche Erholung, die allgemein für die zweite Jahreshälfte 1981 erwartet wurde, bislang ausgeblieben ist.

271. Die Prognose darf sich allerdings nicht nur auf das stützen, was in den statistischen Indikatoren schon sichtbar geworden ist. Sie muß vielmehr auch prüfen, ob sich nicht Veränderungen anbahnen, die eine Tendenzwende herbeiführen können. In der Statistik kündigt sich die Wende selbst in den Frühindikatoren meistens sehr spät an, häufig ist sie erst zu erkennen, nachdem sie eingetreten ist.

Trotz der enttäuschenden wirtschaftlichen Entwicklung sind inzwischen auch einige positive Zeichen zu sehen, die das Bild für 1982 etwas aufhellen: Die außenwirtschaftliche Situation hat sich entspannt — das Leistungsbilanzdefizit bildet sich seit dem Frühsommer deutlich zurück, und die Zinsen geben nach. Das Vertrauen des Auslands in die deutsche Währung ist, wie die Umkehr bei den Wechselkursen zeigt, wieder größer geworden. Es bleibt allerdings noch die wichtige Aufgabe, bessere Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum im Innern zu schaffen. Die Haushaltskonsolidierung ist geplant, aber noch nicht verwirklicht, und die Hoffnung, daß Lohnabschlüsse gefunden werden, die dazu beitragen, mehr Produktion rentabel werden zu lassen, muß durch den Ausgang der kommenden Tarifverhandlungen erst noch bestätigt werden.

272. Erwartungen auf eine allmähliche wirtschaftliche Erholung stützen sich in erster Linie auf die starke Zunahme der Exporte. Die deutschen Unternehmen haben durch die Abwertung im Vergleich zur Situation vorher wieder einen spürbaren Kosten- und Preisvorteil erlangt, den sie — soweit unsere Annahmen über die Wechselkursentwicklung zutreffen — vorerst behalten werden, wenn auch vielleicht nicht auf Dauer. Nach allen Erfahrungen, nicht zuletzt nach denen von 1981, werden sie diesen Vorteil zur Ausweitung des Absatzes nutzen.

Gleichwohl muß man vor zu großen Hoffnungen warnen. Denn es bleibt ein hohes Maß an Unsicherheit über den voraussichtlichen Verlauf der Weltkonjunktur. Soweit sich derzeit absehen läßt, werden die für den deutschen Export wichtigen Märkte im ganzen nur verhältnismäßig schwach expandieren (Ziffern 263 ff.). Das gilt besonders für die meisten westlichen Industrieländer, bei denen nach wie vor die rezessiven Einflüsse überwiegen. Es gilt aber auch für die meisten Entwicklungsländer und für die Staatshandelsländer, die gleichfalls mit beträchtlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfen und die nur geringe Chancen haben, mit neuen Kreditwünschen zum Zuge zu kommen. Es bleiben als Abnehmer für zusätzliche deutsche Waren somit vor allem die Staaten der OPEC, doch ist deren Bedeutung für den deutschen Export keinesfalls dominant. Wir betrachten jedenfalls Prognosen, die schon für 1982 eine sehr deutliche Belebung des Welthandels voraussagen, mit Zurückhaltung.

Alles in allem halten wir die Annahme für begründet, daß die reale Warenausfuhr weiter zunimmt, wenngleich deutlich langsamer als bisher. Dies deckt sich mit der Entwicklung der Auftragseingänge aus dem Ausland, die sich seit der Jahresmitte deutlich abgeflacht hat. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen veranschlagen wir die Zunahme der Ausfuhr von Waren und Diensten im Verlauf des nächsten Jahres auf etwa $5\frac{1}{2}$ vH, in diesem Jahr waren es $10\frac{1}{2}$ vH. Für den Durchschnitt des Jahres 1982 ergibt dies einen Zuwachs von 6 vH, nach 7 vH im Jahre 1981 (Tabelle 32).

273. Zum herkömmlichen Konjunkturmuster würde passen, daß im Gefolge der guten Exportkonjunktur auch die Binnenkonjunktur an Schwung gewinnt. Es ist in der Bundesrepublik fast immer so gewesen, daß ein Aufschwung von der Belebung der Auslandsnachfrage seinen Ausgang nahm. Diesmal war es bisher nicht so. Der Förderung der Exporte durch die abwertungsbedingte Verbilligung steht die Belastung der Binnennachfrage durch die abwertungsbedingte Verteuerung der Importe gegenüber. Dieser Gegenposten wird allmählich kleiner. Ob und wann es doch noch zu einem vom Export angetriebenen Aufschwung kommt, ist unsicher. Wir erwarten jedenfalls nicht, daß dies unmittelbar bevorsteht.

Im Vergleich zur Situation nach dem Ölpreisschub von 1973/74 tragen diesmal die Verbraucher einen größeren Teil der Anpassungslast. Die Kaufkraft der Realeinkommen der privaten Haushalte ist 1981 spürbar gesunken; ungefähr im gleichen Ausmaß ist auch der private Verbrauch zurückgegangen. Hierin spiegelt sich nicht nur die Umverteilung vom Inland zum Ausland, sondern auch der notwendige Anpassungsprozeß im Inland, der mehr Investitionen zu Lasten des privaten Verbrauchs verlangt. Dieses Muster wird auch die Entwicklung im Jahre 1982 bestimmen. Der zum Ausgleich der Leistungsbilanz erforderliche Realtransfer an das Ausland und der hohe Finanzierungsbedarf für Investitionen engen den Spielraum für eine Ausweitung des privaten Verbrauchs im Inland ein. Die Realeinkommen der privaten Haushalte werden voraussichtlich abermals leicht sinken. Bei der Skepsis, die bei den Verbrauchern derzeit vorherrscht, ist auch kaum damit zu rechnen, daß sie höhere Verbrauchsausgaben durch Kredite oder aus Ersparnissen finanzieren. Im ganzen rechnen wir damit, daß der reale private Verbrauch im nächsten Jahr noch einmal etwas geringer sein wird als in diesem Jahr (minus $\frac{1}{2}$ vH). Dies schließt nicht aus, daß es in Teilbereichen zu einer konjunkturellen Belebung kommt, etwa bei den Käufen von Kraftfahrzeugen.

274. Wieviel Schwung die Wirtschaft durch die Verschlechterung der Angebotsbedingungen verloren hat, zeigt sich inzwischen auch bei den Investitionen. Die Bereitschaft der Unternehmen, in Ausrüstungen und Bauten zu investieren, hat in den letzten Monaten weiter nachgelassen, und wir sehen vorerst auch keine Anzeichen dafür, daß sie schon bald wieder deutlich zunehmen wird. Die Investitionsneigung ist diesmal zwar weniger zurückge-

Tabelle 32

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 2. Halbjahr 1981

Absolute Werte

	Einheit	1980	1981	1982	1981		1982	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	821,6	859,0	899,5	412,5	446,5	430,5	469,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	303,5	325,0	339,5	151,4	173,5	158,0	181,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	351,0	357,0	354,5	164,8	192,0	164,0	190,5
Ausrüstungen	Mrd DM	132,2	134,0	135,0	62,9	71,0	62,5	72,5
Bauten	Mrd DM	218,8	223,0	219,5	101,9	121,0	101,5	118,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	+ 18,9	- 1,5	+ 5,0	+ 5,4	- 6,5	+ 3,0	+ 1,5
Außenbeitrag	Mrd DM	- 3,1	+ 4,0	+ 20,0	- 1,2	+ 5,0	+ 11,5	+ 8,5
Ausfuhr	Mrd DM	430,6	486,5	538,5	231,5	255,0	262,0	276,5
Einfuhr	Mrd DM	433,7	482,5	518,0	232,7	250,0	250,5	267,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 491,9	1 543,5	1 619,0	732,9	810,5	767,0	851,5
In Preisen von 1970:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	498,6	492,5	489,0	240,7	251,5	236,5	252,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	156,5	160,0	161,5	78,7	81,0	79,5	82,0
Anlageinvestitionen	Mrd DM	212,6	207,5	200,5	96,6	110,5	93,0	107,0
Ausrüstungen	Mrd DM	91,1	89,0	87,0	42,1	47,0	40,5	46,5
Bauten	Mrd DM	121,5	118,5	113,0	54,5	64,0	52,5	60,5
Ausfuhr	Mrd DM	273,7	293,5	311,5	141,9	151,5	153,5	158,0
Einfuhr	Mrd DM	256,8	261,0	269,0	128,3	133,0	131,5	137,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	896,7	890,5	896,5	432,6	457,5	433,0	463,5
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1970 = 100	164,8	174,5	184,0	171,4	177,5	182,0	185,5
Bruttosozialprodukt	1970 = 100	166,4	173,5	180,5	169,4	177,0	177,0	184,0
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige	1 000	25 741	25 455	25 060	25 503	25 405	25 020	25 100
Arbeitszeit	Stunden
Arbeitsvolumen	Mrd Std.
Produktivität	DM je Std.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970	Mrd DM	895,1	891,0	897,0	433,6	457,0	434,0	463,0
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	830,0	869,5	897,5	417,7	452,0	429,5	468,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	319,8	310,0	336,5	137,7	172,5	150,5	186,0
Volkseinkommen	Mrd DM	1 149,8	1 180,0	1 234,0	555,4	624,5	580,0	654,0
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit ¹⁾	Mrd DM	472,2	489,5	499,5	236,4	253,5	239,5	260,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	257,0	252,0	275,0	107,7	144,0	120,5	154,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ²⁾	Mrd DM	948,0	999,5	1 041,0	480,9	518,5	497,5	543,5

1) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

2) Nettolohn- und -gehaltssumme.

schaftlichen Gesamtrechnungen
und Vorausschau auf das Jahr 1982

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1980	1981	1982	1981		1982	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 7,2	+ 4 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 4,5	+ 4 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 5
Staatsverbrauch	+ 9,0	+ 7	+ 4 ^{1/2}	+ 8,3	+ 6	+ 4 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}
Anlageinvestitionen	+11,6	+ 1 ^{1/2}	- 1/2	+ 2,0	+ 1 ^{1/2}	- 1/2	- 1/2
Ausrüstungen	+ 6,8	+ 1	+ 1	+ 2,7	± 0	- 1/2	+ 2 ^{1/2}
Bauten	+14,8	+ 2	- 1 ^{1/2}	+ 1,6	+ 2	- 1/2	- 2 ^{1/2}
Vorratsveränderung	x	x	x	x	x	x	x
Außenbeitrag	x	x	x	x	x	x	x
Ausfuhr	+12,4	+13	+10 ^{1/2}	+ 8,1	+17 ^{1/2}	+13	+ 8 ^{1/2}
Einfuhr	+17,3	+11 ^{1/2}	+ 7 ^{1/2}	+ 9,0	+13 ^{1/2}	+ 7 ^{1/2}	+ 7
Bruttosozialprodukt	+ 6,7	+ 3 ^{1/2}	+ 5	+ 3,0	+ 4	+ 4 ^{1/2}	+ 5
In Preisen von 1970:							
Privater Verbrauch	+ 1,7	- 1 ^{1/2}	- 1/2	- 1,0	- 1 ^{1/2}	- 1 ^{1/2}	+ 1/2
Staatsverbrauch	+ 2,6	+ 2	+ 1	+ 3,1	+ 1	+ 1	+ 1
Anlageinvestitionen	+ 3,7	- 2 ^{1/2}	- 3 ^{1/2}	- 2,6	- 2 ^{1/2}	- 3 ^{1/2}	- 3 ^{1/2}
Ausrüstungen	+ 2,9	- 2 ^{1/2}	- 2	- 1,0	- 3 ^{1/2}	- 4	- 1/2
Bauten	+ 4,4	- 2 ^{1/2}	- 4 ^{1/2}	- 3,8	- 1 ^{1/2}	- 3 ^{1/2}	- 5 ^{1/2}
Ausfuhr	+ 5,9	+ 7	+ 6	+ 3,2	+11	+ 8	+ 4 ^{1/2}
Einfuhr	+ 5,8	+ 1 ^{1/2}	+ 3	+ 0,9	+ 2 ^{1/2}	+ 2 ^{1/2}	+ 3 ^{1/2}
Bruttosozialprodukt	+ 1,8	- 1/2	+ 1/2	- 1,3	- 0	+ 0	+ 1
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 5,4	+ 6	+ 5 ^{1/2}	+ 5,5	+ 6	+ 6	+ 4 ^{1/2}
Bruttosozialprodukt	+ 4,8	+ 4	+ 4	+ 4,3	+ 4	+ 4 ^{1/2}	+ 4
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige	+ 0,9	- 1	- 1 ^{1/2}	- 0,6	- 1 ^{1/2}	- 2	- 1
Arbeitszeit ¹⁾	- 1,0	- 1 ^{1/2}	- 0	- 2,3	- 0	- 0	- 1/2
Arbeitsvolumen	- 0,1	- 2 ^{1/2}	- 2	- 2,9	- 2	- 2	- 1 ^{1/2}
Produktivität	+ 2,0	+ 2	+ 2 ^{1/2}	+ 1,9	+ 2	+ 2	+ 2 ^{1/2}
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970	+ 1,9	- 1/2	+ 1/2	- 1,0	+ 0	+ 0	+ 1
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 7,9	+ 5	+ 3	+ 5,3	+ 4 ^{1/2}	+ 3	+ 3 ^{1/2}
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 1,4	- 3	+ 8 ^{1/2}	- 7,5	+ 1	+ 9	+ 8
Volkseinkommen	+ 6,0	+ 2 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 1,8	+ 3 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 5
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit ²⁾	+ 6,4	+ 3 ^{1/2}	+ 2	+ 4,3	+ 3	+ 1 ^{1/2}	+ 2 ^{1/2}
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 2,4	- 2	+ 9	- 7,9	+ 3	+12	+ 7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ³⁾	+ 7,4	+ 5 ^{1/2}	+ 4	+ 5,5	+ 5 ^{1/2}	+ 3 ^{1/2}	+ 5

³⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

gangen als in der Rezession von 1974/75, obwohl der Kostenschub annähernd so stark war wie damals, aber sie hat sich auch nicht als so robust erwiesen, wie es erhofft wurde.

275. Nach dem Ifo-Investitionstest vom August/September 1981, der Anhaltspunkte über die Planungen eines großen Teils der Unternehmen im Bergbau, im verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft liefert, zeichnet sich für 1982 ein abermaliger Rückgang der Investitionen ab, den das Ifo-Institut, dem Volumen nach, auf etwa 4 vH veranschlagt. Diese Rate gilt auch für das verarbeitende Gewerbe; für das Baugewerbe ergibt sich ein kräftiges Minus (minus 13 vH) und für den Bergbau ein ebenso kräftiges Plus (14 vH).

Beim verarbeitenden Gewerbe ist dreierlei bemerkenswert:

- Für die Mehrzahl der Branchen ist diesen Planungen zufolge mit einem annähernd gleich starken Rückgang in einer Größenordnung von 3 vH bis 5 vH zu rechnen. Es gibt nur wenige Branchen, die 1982 deutlich mehr investieren wollen als 1981 (zum Beispiel Mineralölverarbeitung, Stahlverformung, Druckereigewerbe), und auch nur wenige, die ihre Investitionen stark verringern wollen (zum Beispiel eisenschaffende Industrie, Industrie der Steine und Erden, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung). Die Verschlechterung des Investitionsklimas spiegelt sich also in den Plänen fast aller Branchen, gleichviel ob es ihnen derzeit gut oder schlecht geht und ob sie in den letzten Jahren viel oder wenig investiert haben.
- Zum ersten Male seit 1975 hat der Anteil der Unternehmen, die vorwiegend aus Gründen der Kapazitätserweiterung investieren, deutlich abgenommen; in den Jahren davor war er stetig gestiegen, wenn auch nicht sehr stark. Gegenwärtig sind es offenbar nur sehr wenige Branchen, in denen in nennenswertem Umfang Kapazitätserweiterungen vorgenommen werden, wie beim Fahrzeugbau und bei der Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten. Vorrangiges Investitionsmotiv ist allenthalben die Rationalisierung.
- Rationalisierung bedeutet häufig Umstrukturierung: Viele Unternehmen investieren nicht nur, um ihre Produktionsverfahren technischen und wirtschaftlichen Änderungen anzupassen, sondern auch, um ihr Angebotssortiment umzustellen. Dies erklärt wohl, warum zum Beispiel die Mineralölindustrie, eine Branche mit Überkapazitäten, ihre Investitionsanstrengungen erheblich verstärkt.

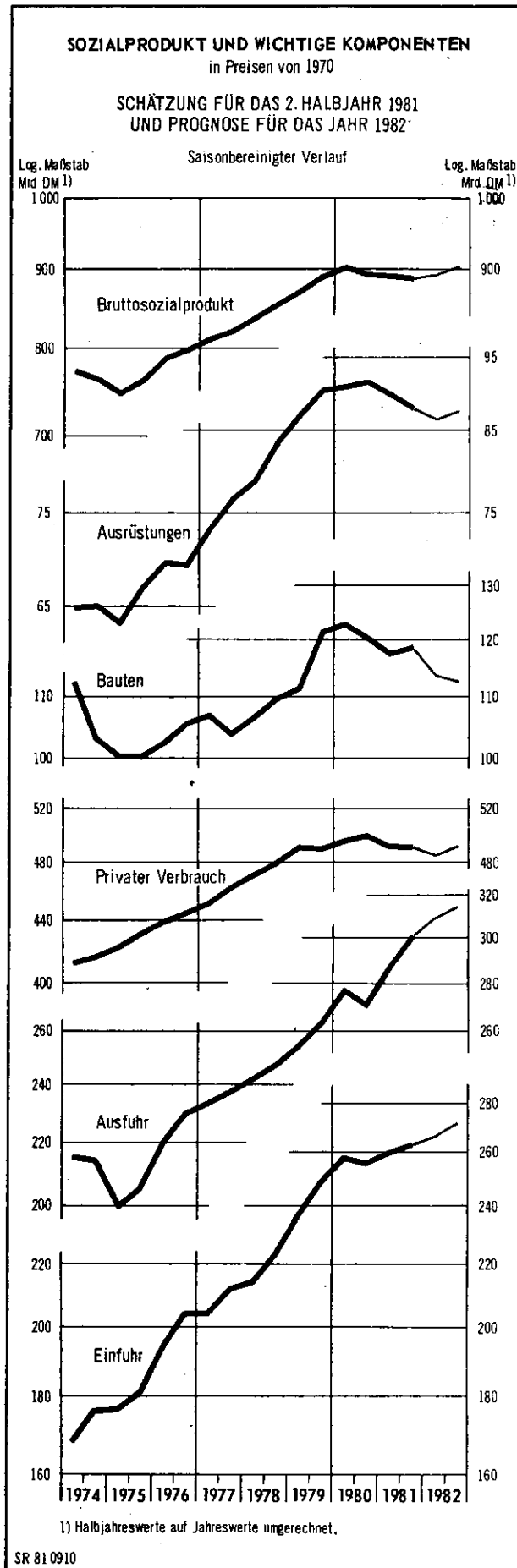
276. Das Bild hellt sich dadurch etwas auf, daß die meisten übrigen Bereiche, das Verkehrs- und Nachrichtenwesen sowie die anderen Dienstleistungszweige mit Ausnahme des Handels, vermutlich etwas und die Energiewirtschaft sogar deutlich mehr investieren werden als im Jahre 1981. Als Abzugsposten muß man allerdings einen erneuten starken Investitionsrückgang bei der Landwirtschaft in Rechnung stellen.

277. Die uns verfügbaren Informationen stützen sich, wie erwähnt, auf die Pläne von Unternehmen nach dem Stand vom Sommer 1981. Zwischen geplanten und realisierten Investitionen gibt es aber in der Regel Abweichungen. So sind im verarbeitenden Gewerbe die Planungen für die Jahre 1976 bis 1980 immer nach oben korrigiert worden, die für 1981 allerdings nach unten. Für 1982 hält das Ifo-Institut eher eine nachträgliche Aufstockung als eine Kürzung der Budgets für wahrscheinlich. Dafür mag sprechen, daß die Unternehmen bei sinkenden Zinsen zurückgestellte Investitionen nachholen und daß sich ihre Erträge, die in diesem Jahr stark gedrückt waren, im nächsten Jahre voraussichtlich deutlich verbessern werden. Dennoch halten wir es nicht für ratsam, eine solche Korrektur schon jetzt vorwegzunehmen. Alles in allem rechnen wir daher für das ganze Jahr mit einem nochmaligen leichten Rückgang der realen Anlageinvestitionen im Unternehmenssektor (ohne Wohnungsvermietung), den wir auf minus 2 vH veranschlagen, nach minus 1½ vH in diesem Jahr. Der Rückgang im Durchschnitt des Jahres verdeckt den leichten Anstieg, den wir für den Verlauf des Jahres erwarten (Schaubild 36).

278. Deutlicher als in der gewerblichen Wirtschaft wird der Investitionsrückgang in der Wohnungswirtschaft ausfallen. Die Aufträge an die Bauwirtschaft sind in den letzten Monaten weiter abgesackt — teils weil neue Bauvorhaben wegen der hohen Finanzierungskosten und der sinkenden Realeinkommen nicht mehr in Angriff genommen, teils weil begonnene Bauvorhaben in Erwartung niedrigerer Zinsen gestreckt wurden. Die hohen Finanzierungskosten werden auch im kommenden Jahr die Bautätigkeit stark beeinträchtigen, aber der Bremseffekt wird allmählich schwächer werden, zumal viele Bauunternehmen wegen des Auftragsmangels derzeit zu Preisgeständnissen bereit sind, die den Nachteil ungünstiger Finanzierungsbedingungen aufwiegen. Überhaupt ist es nicht ratsam, das Argument hoher Zinsen zu stark zu gewichten. Viele Bauherren haben nach wie vor Zugang zu zinsgünstigen Finanzierungsmitteln, vor allem über Bausparkassen; zudem verschaffen die diversen steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten bestimmten Personengruppen selbst bei hohen Zinsen langfristig einen Gewinn. In Betracht zu ziehen ist aber auch das starke Interesse an der Modernisierung von Altbauten, bei dem häufig das Motiv, Energie einzusparen, eine Rolle spielt. Wir rechnen jedenfalls damit, daß der Auftragsrückgang im Wohnungsbau im Laufe des nächsten Jahres wieder von einem Anstieg abgelöst wird, wenn auch nicht von einem kräftigen.

Da die Bauproduktion offenbar noch nicht überall an das niedrigere Auftragsvolumen angepaßt worden ist — bis in den Herbst 1981 hinein haben die Unternehmen häufig noch Aufträge abwickeln können, die sie schon auf dem Höhepunkt der Baukonjunktur 1979/80 hereingenommen hatten — werden die Wohnungsbauinvestitionen, nach einem Rückgang im Durchschnitt des Jahres 1981 um 3½ vH, erneut schrumpfen, und zwar voraussichtlich noch einmal um 3½ vH.

Schaubild 36



279. Die Bautätigkeit wird nicht zuletzt dadurch stark gedrückt, daß die staatlichen Stellen die Investitionen deutlich kürzen werden. Allerdings ist das Ausmaß des Rückgangs schwer abzuschätzen, zumal über die Schließung der Finanzierungslücken noch immer keine Klarheit besteht. In unsere Rechnung haben wir für das Volumen der öffentlichen Bauinvestitionen einen kräftigen Rückgang um 10 vH eingesetzt, nach einem Rückgang um 5 vH im Durchschnitt dieses Jahres; in Preisen von 1981 entspricht das für beide Jahre zusammengenommen einem Betrag von rund 8 Mrd. DM.

280. Nach den Schätzungen für die einzelnen Bereiche ergibt sich für den Jahresdurchschnitt 1982 bei den realen Ausrüstungsinvestitionen ein leichter (minus 2 vH) und bei den realen Bauinvestitionen ein deutlicher Rückgang (minus 4 1/2 vH). In beiden Fällen steht hinter der negativen Rate jedoch die Vorstellung, daß sich die Investitionstätigkeit im Verlauf des Jahres wieder erholt, freilich bei weitem nicht so stark, wie es nötig wäre, den Rückgang im Winterhalbjahr wettzumachen.

281. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde 1981 auch dadurch gedrückt, daß die Unternehmen ihre Lager an Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigwaren an die niedrigere Produktion und die ungünstigeren Absatzerwartungen anpaßten, zumal die hohen Zinsen die Lagerhaltung stark verteuerten. Offenbar sind die in den Jahren 1978 und 1979 stark aufgebauten Lagerbestände auch jetzt noch nicht genügend zurückgeführt; die Lagerquote, das Verhältnis von Lagerbestand zu Sozialprodukt, ist nur wenig niedriger als vor einem Jahr. Es ist nicht ratsam, auf einen unmittelbar bevorstehenden starken Lageraufbau zu setzen. Dagegen sprechen auch die Meldungen im Ifo-Konjunkturtest, nach denen Industrie und Handel die Lagerbestände bei Fertigwaren weiterhin als deutlich überhöht beurteilen; beim Handel und bei den Herstellern von Gebrauchsgütern zeichnet sich in allerletzter Zeit lediglich ein geringer Rückgang in der negativen Einschätzung ab.

In der Prognose haben wir zwar angenommen, daß die Lagerinvestitionen nach einem Rückgang im Jahre 1981 im kommenden Jahr wieder positiv sein werden, aber nicht schon so hoch, daß sie die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben.

282. Zu einem etwas stärkeren Lageraufbau dürfte es 1982 in erster Linie bei Rohstoffen und Halbwaren kommen und erst in zweiter Linie bei Fertigwaren. Dies wird mehr die Einfuhr anregen und weniger die heimische Produktion. Bei der Prognose der Einfuhrentwicklung ist freilich im Blick zu behalten, daß Investitionen und privater Verbrauch im kommenden Jahr noch deutlich gedrückt bleiben. Dies bedeutet, daß die Einfuhr von Fertigwaren nur wenig zunehmen wird, zumal die ausländischen Anbieter vermutlich den Wettbewerbsnachteil behalten werden, den sie durch die starke Abwertung der D-Mark hinnehmen mußten. Bei der Durchrechnung der Prognose sind wir daher für das Volumen der gesamten Wareneinfuhr von einer gegenüber

1981 nur leicht höheren Importelastizität ausgegangen. Unter Einschluß der Dienstleistungseinfuhr ergibt sich für den Durchschnitt des Jahres 1982 eine Zuwachsrates von 3 vH, nach 1½ vH für den Durchschnitt des Jahres 1981.

283. Bei dieser Konstellation halten wir es nicht für sehr wahrscheinlich, daß sich die gesamtwirtschaftliche Produktion alsbald deutlich belebt, aber auch nicht, daß sie nennenswert zurückgeht. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß die Stagnation bis weit ins nächste Jahr hinein andauert. Letztlich wird es von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängen, wann es zu einer Erholung kommen und wie stark sie sein wird. Wir gehen davon aus, daß die Erholung in der zweiten Jahreshälfte 1982 einsetzt, wenn die nachfragedämpfenden Wirkungen des starken Kosten- und Preisschubs abklingen. Dabei rechnen wir aber eher mit einem verhaltenen als mit einem kräftigen Produktionsanstieg.

In unserer Prognose kommt diese Vorstellung in einer zwar positiven, aber nur geringen Veränderungsrate für das reale Sozialprodukt zum Ausdruck; wir veranschlagen sie für den Durchschnitt des Jahres 1982 auf ½ vH, nach einem ebenso geringen Rückgang im Durchschnitt dieses Jahres. Da das Produktionspotential auch bei einem Rückgang der Investitionen weiter wächst — schätzungsweise um 2 vH — wird der Auslastungsgrad zunächst weiter zurückgehen, wenn auch nicht mehr so stark wie 1981. Gegen Ende 1982 dürften die Sachkapazitäten daher auch bei der erwarteten Erholung der Produktion kaum stärker ausgelastet sein, als es derzeit der Fall ist.

284. Solange es nicht zu einer deutlichen Belebung der Produktion kommt, sollte man sich darauf einstellen, daß die Beschäftigung weiter zurückgeht und die Arbeitslosigkeit zunimmt. Mit einem kräftigen Beschäftigungsabbau ist vor allem dort zu rechnen, wo keine Möglichkeit besteht, auf Exportmärkte auszuweichen, wie bei großen Teilen der Bauwirtschaft und bei einer Reihe von Branchen des verarbeitenden Gewerbes, denen die Anpassung an Änderungen der Nachfrage nicht gelungen ist.

Es gibt freilich auf kurze Sicht keinen starren Zusammenhang zwischen Produktion und Beschäftigung. So verringern die Unternehmen die Belegschaft in der Regel nur dann, wenn sie mit einer längeren Flaute rechnen und wenn der Kostendruck stark zunimmt. Im Jahre 1981 haben viele Unternehmen Entlassungen bis in den Sommer hinein hinausgezögert, in der Hoffnung, die wirtschaftliche Lage werde sich bald bessern, aber auch, weil sie offenbar die Stärke des Kostenschubs unterschätzten. Dies führte zu einem nur geringen Produktivitätsanstieg und einem erhöhten Druck auf die Erträge.

Wir erwarten, daß sich der seit einigen Monaten verstärkte Personalabbau vorerst fortsetzt. Das heißt, die Stockung in der Produktion geht künftig vermutlich mehr zu Lasten der Beschäftigung und weniger zu Lasten der Erträge. Für den Durchschnitt des Jahres 1982 veranschlagen wir den Rückgang bei den Erwerbstätigen auf rund 400 000 Personen, nach fast 300 000 im Durchschnitt dieses Jahres.

285. Man muß darauf gefaßt sein, daß die Anzahl der Arbeitslosen in den kommenden Monaten weiter rasch steigt. Die Zunahme der Arbeitslosenzahl ist allerdings nicht das getreue Spiegelbild des Rückgangs der Beschäftigtenzahl. Viele, die entlassen werden, suchen nicht gleich wieder einen neuen Arbeitsplatz, ein Teil davon geht vorzeitig in den Ruhestand; und nicht alle, die einen Arbeitsplatz suchen, waren vordem beschäftigt, darunter vor allem Jugendliche, die eine Berufsausbildung abgeschlossen haben. Dennoch ist die Zunahme der Arbeitslosenzahl ein Indikator für den wachsenden Problemdruck auf dem Arbeitsmarkt.

Bei der Beurteilung der Zunahme der Arbeitslosigkeit, wie sie sich für die kommenden Monate abzeichnet, ist zweierlei auseinanderzuhalten:

— Ein Teil des Anstiegs ergibt sich aus der unbefriedigenden wirtschaftlichen Lage. Die Anpassung der Beschäftigung nach unten ist offenbar noch nicht abgeschlossen; das heißt, die Unternehmen werden verstärkt Arbeitskräfte entlassen und kaum Arbeitskräfte einstellen. Sobald die Anpassung vollzogen ist, und das dürfte schon bald der Fall sein, wird die Arbeitslosigkeit, soweit sie jedenfalls konjunktureller oder struktureller Natur ist, vermutlich deutlich langsamer zunehmen.

— In den kommenden Monaten steigt die Arbeitslosenzahl freilich auch aus jahreszeitlichen Gründen beträchtlich. Diese saisonale Arbeitslosigkeit, die man auf 200 000 bis 300 000 Personen veranschlagen kann, ist anders zu werten als die konjunkturelle oder die strukturelle Arbeitslosigkeit. Denn sie bildet sich im Frühjahr rasch wieder zurück, und zwar weitgehend unabhängig von der wirtschaftlichen Situation.

Da die Saisonkomponente stark von der Witterung in den Wintermonaten beeinflußt wird, ist es schwierig, die Arbeitslosenzahl im voraus abzuschätzen. Wir gehen in unserer Prognose von einer Anzahl von 1,65 Millionen Erwerbslosen für den Durchschnitt des Jahres 1982 aus, nach 1,25 Millionen für den Durchschnitt des Jahres 1981.

286. Der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit macht einmal mehr deutlich, daß es in einer Phase großer struktureller Umwälzungen und hoher Investitionsrisiken einer nachhaltigen Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen bedarf. Chancen für eine Überwindung der Stagnation sehen wir nur dann, wenn es nach dem vorangegangenen Einbruch bei den Erträgen zu einer Verbesserung der Gewinne kommt. Bei den kommenden Tarifverhandlungen wird es daher vor allem um die Arbeitsplätze gehen.

Wir haben es immer für problematisch angesehen, daß wir im Rahmen der Prognose eine Annahme über den Ausgang künftiger Lohnverhandlungen treffen müssen. Die Tariflöhne werden von den Tarifparteien auf dem Wege von Verhandlungen vereinbart; der Ausgang dieser Verhandlungen ist gegenwärtig, also einige Monate vor ihrem Beginn, nur schwer vorauszusagen. Überdies besteht die Gefahr, daß die Nennung einer bestimmten Lohnsteige-

rungsrate, die man für wahrscheinlich, aber nicht unbedingt für situationsgerecht hält, das Verhandlungsergebnis präjudiziert. Es hat sich in früheren Jahren immer wieder gezeigt, daß unsere Lohnsetzung in der Prognose als eine Zielgröße gedeutet wurde, ungeachtet der Warnungen vor einer solchen Fehlinterpretation.

Gleichwohl: Die Löhne sind eine Schlüsselgröße als Kostenfaktor und als Einkommen. Es gibt keine Möglichkeit einer Prognose ohne eine Annahme über die Lohnentwicklung. Dies muß nicht diejenige Rate sein, die man für situationsgerecht ansieht, sondern es kann nur jene Rate sein, die man für am wahrscheinlichsten hält. Wir gehen davon aus, daß die Tarifparteien das Beschäftigungsrisiko zu hoher Abschlüsse höher veranschlagen, als sie dies offensichtlich beim letzten Mal getan haben. Das heißt, wir rechnen für das Jahr 1982 mit Steigerungsraten, die deutlich unter denen des Jahres 1981 liegen.

287. Eine spürbare Entlastung bei den Kosten erwarten wir nicht nur von den Löhnen, sondern auch von den Einfuhrpreisen und in gewissem Umfang auch von den Zinsen. Wenn sich diese Erwartungen bestätigen, werden die Gewinne der Unternehmen wieder steigen, voraussichtlich sogar recht kräftig. Als Ergebnis unserer Prognose ergibt sich für das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (das auch die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte einschließt) eine Zunahme um $8\frac{1}{2}$ vH, freilich nach einem Rückgang um 3 vH im Jahre 1981 und einer nur geringen Zunahme um $1\frac{1}{2}$ vH im Jahre 1980. Beim Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ist dagegen mit einem nur schwachen Anstieg zu rechnen (3 vH). Die Zuwachsrates wird hier vor allem durch den starken Rückgang der Beschäftigung gedrückt (minus 2 vH). Die Erlös-Kosten-Relation wird sich, wie auch die Entwicklung der Reallohnposition zeigt, 1982 wieder zugunsten der Unternehmen verändern, aber nicht so stark, wie sie sich in den beiden Jahren davor verschlechtert hat. Zu einer so deutlichen Korrektur der Einkommensverteilung, wie sie im Interesse von mehr Investitionen und mehr Beschäftigung wohl erforderlich ist, wird es also 1982 nach unserer Prognose noch nicht kommen.

288. Niedrigere Lohnsteigerungsraten müssen für die Arbeitnehmer im nächsten Jahr keineswegs entsprechende Einbußen an Kaufkraft bringen, denn diese wird nicht minder stark von der Preisentwicklung bestimmt; unsere Prognose, daß die Verbrauchskonjunktur 1982 allmählich wieder besser wird, gründet sich nicht zuletzt auf die Erwartung abnehmender Inflationsraten. Die Realeinkommen der Arbeitnehmer werden wegen des gesunkenen Ausgangsniveaus im Jahresdurchschnitt zwar niedriger sein als 1981, im Verlauf des Jahres 1982 werden sie jedoch nicht sinken. Für die Bezieher von Renten und anderen Transfereinkommen wird sich sogar ein geringer Kaufkraftzuwachs ergeben; hier wird die Steigerungsrate, die überwiegend schon feststeht, voraussichtlich etwas höher sein als die Preissteigerungsrate.

Im vergangenen Jahr hatten wir die Preisentwicklung zu optimistisch eingeschätzt, vor allem weil wir die Abwertung der D-Mark und den damit einhergehenden starken Anstieg der Einfuhrpreise nicht vorausgesehen hatten. Inzwischen hat sich die Situation geändert. Die D-Mark hat an internationalem Vertrauen zurückgewonnen, und an die Stelle von abwertungsbedingten Verteuerungen sind aufwertungsbedingte Verbilligungen getreten. Es bleibt somit noch die Inflation, die hausgemacht ist, und es bleibt vermutlich ein Rest des Inflationsimports aus der jüngeren Vergangenheit, der zwar nicht mehr vollständig, aber doch zum Teil noch weitergewälzt werden dürfte.

289. Angesichts des Kostendrucks, der gegenwärtig auf den Unternehmen lastet, wäre es wenig realistisch, zu erwarten, daß sich auf der Verbraucherstufe die Preissteigerungsraten rasch zurückbilden. Die Erzeugerpreise sowohl für landwirtschaftliche wie für gewerbliche Erzeugnisse steigen noch immer kräftig. Überdies ist die Anhebung vieler Gebühren und administrierter Preise angekündigt oder beschlossen. Die Verbilligung von Importgütern, wie sie sich seit der Wende bei den Wechselkursen abzeichnet, wird sich auf der Verbraucherstufe aller Erfahrung nach erst allmählich bemerkbar machen.

Dennoch sind wir, was die Preisentwicklung im nächsten Jahr anlangt, nicht pessimistisch. Bei nachlassendem Kostendruck muß es für die Unternehmen früher oder später vorteilhaft sein, ihre Chance in der Mengenkonzunktur zu suchen. Dies läßt erwarten, daß sich auch auf der Verbraucherstufe die Steigerungsraten im späteren Jahresverlauf deutlich zurückbilden. In der Prognose sind wir davon ausgegangen, daß die Verbraucherpreise Ende 1982 um nicht mehr als 4 vH über dem Stand von Ende 1981 liegen.

Da der Preisindex für die Lebenshaltung Ende 1981 schon einen „Überhang“ von reichlich 3 vH gegenüber dem Durchschnitt des gleichen Jahres ausweist, wird allerdings die Steigerungsrate im Durchschnitt des Jahres 1982 mit rund $5\frac{1}{2}$ vH deutlich höher ausfallen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß davon knapp ein halber Prozentpunkt auf die Anhebung einiger Verbrauchsteuern und Gebühren zur Jahresmitte 1982 zurückgeht.

290. Bei guter Exportkonjunktur und schwacher Binnenkonjunktur wird sich das Leistungsbilanzdefizit, das für 1981 noch auf 25 Mrd DM zu veranschlagen ist, weiter zurückbilden, und zwar rascher, als dies zunächst erwartet wurde. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist freilich, daß, wie wir es in die Prognose eingesetzt haben, die Einfuhrpreise im Laufe des nächsten Jahres etwas langsamer steigen als die Ausfuhrpreise, die Terms of Trade sich also verbessern. Nach unseren Schätzungen wird sich als Ergebnis von Mengen- und Preisveränderungen das Defizit in der Leistungsbilanz um etwa 15 Mrd DM zurückbilden. Es bleibt somit ein Fehlbetrag in einer Größenordnung von 10 Mrd DM. Es muß jedoch dar-

Tabelle 33

Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁾
Schätzung für das Jahr 1981 und Prognose für das Jahr 1982

	1980	1981	1982	1981	1982
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung					
Einnahmen insgesamt	654,4	681	718 ^{1/2}	+ 4	+ 5 ^{1/2}
Steuern	377,7	384	401 ^{1/2}	+ 1 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}
Sozialbeiträge	230,5	247	258 ^{1/2}	+ 7	+ 4 ^{1/2}
Sonstige laufende Einnahmen	29,6	33 ^{1/2}	41	+13	+22 ^{1/2}
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	16,6	16 ^{1/2}	17 ^{1/2}	± 0	+ 6
Ausgaben insgesamt	705,8	750	785 ^{1/2}	+ 6 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}
Staatsverbrauch	303,5	325	339 ^{1/2}	+ 7	+ 4 ^{1/2}
Einkommensübertragungen	280,7	301 ^{1/2}	317	+ 7 ^{1/2}	+ 5
Private Haushalte	232,3	251	264 ^{1/2}	+ 8	+ 5 ^{1/2}
Unternehmen und übrige Welt	48,4	50 ^{1/2}	52 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 4
Zinsen	28,7	34 ^{1/2}	43 ^{1/2}	+20	+26
Vermögensübertragungen	34,3	32	32 ^{1/2}	- 6 ^{1/2}	+ 1 ^{1/2}
Investitionen	58,6	57	53	- 2 ^{1/2}	- 7
Finanzierungssaldo ²⁾	-51,4	-69	-67	x	x
vH					
Staatsquote des Gemeinsamen Haushaltes ³⁾	46,0	46,0	45,4	x	x
Abgabenquote ⁴⁾	40,8	40,9	40,8	x	x
Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften					
Einnahmen	437,5	449 ^{1/2}	477 ^{1/2}	+ 2 ^{1/2}	+ 6
Steuern	377,7	384	401 ^{1/2}	+ 1 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}
Sonstige Einnahmen	59,8	65 ^{1/2}	76	+ 9 ^{1/2}	+16
Ausgaben	491,6	522	541	+ 6	+ 3 ^{1/2}
Finanzierungssaldo ²⁾	-54,1	-72 ^{1/2}	-63 ^{1/2}	x	x
vH					
Staatsquote ⁵⁾	32,0	32,0	31,2	x	x
Steuerquote ⁶⁾	25,3	24,9	24,8	x	x
Nachrichtlich:					
Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik					
Einnahmen	449,5	464	492	+ 3	+ 6
Steuern	365,0	371	388 ^{1/2}	+ 1 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}
Sonstige Einnahmen	84,5	93	103 ^{1/2}	+10	+11 ^{1/2}
Ausgaben	505,9	539	558 ^{1/2}	+ 6 ^{1/2}	+ 3 ^{1/2}
Finanzierungssaldo ²⁾	-56,4	-75	-66 ^{1/2}	x	x
vH					
Staatsquote ⁷⁾	33,0	33,0	32,2	x	x
Steuerquote ⁸⁾	24,5	24,1	24,0	x	x

¹⁾ Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

²⁾ Überschuß: +, Defizit: -.

³⁾ Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

⁴⁾ Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts.

⁵⁾ Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

⁶⁾ Steuern der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Bruttosozialprodukts.

⁷⁾ Ausgaben der Gebietskörperschaften nach der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Produktionspotentials.

⁸⁾ Steuern in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Bruttosozialprodukts.

auf hingewiesen werden, daß diese Schätzung sehr unsicher ist. Der Leistungsbilanzsaldo reagiert schon auf relativ geringfügige Änderungen von Mengen und Preisen bei Exporten und Importen sehr stark.

291. Aufgrund der von uns erwarteten Entwicklung der Einkommen und Umsätze ergibt sich für 1982 ein Steueraufkommen der Gebietskörperschaften von 388¹/₂ Mrd DM. Dieser Betrag liegt offensichtlich um mehrere Milliarden D-Mark niedriger, als derzeit bei den Haushaltsplanungen angenommen ist. Die Prognose der Steuereinnahmen birgt neben den konjunkturellen Schätzrisiken ein weiteres nicht unbeträchtliches Moment der Unsicherheit bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer in sich. Wir sind davon ausgegangen, daß die Steuereingänge im nächsten Jahr zunächst noch deutlich hinter dem Anstieg der Gewinneinkommen zurückbleiben. In entsprechendem Umfang sind freilich in den darauffolgenden Jahren höhere Steuereinnahmen zu erwarten. Gleichwohl wird sich das Finanzierungsdefizit im Gesamthaushalt aller Gebietskörperschaften voraussichtlich um 9 Mrd DM vermindern (Tabelle 33).

Zur Beantwortung der Frage, inwieweit die Gebietskörperschaften auf dem Wege der Konsolidierung vorankommen werden, dürften die Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn nicht voll, sondern nur in der Höhe angesetzt werden, die auch auf Dauer erwartet werden kann. Es ist freilich auch zu berücksichtigen, daß das Finanzierungsdefizit wegen konjunkturbedingter Steuerausfälle und Mehrausgaben für die Arbeitslosigkeit überzeichnet ist. Das strukturelle Defizit, das um solche, als vorübergehend anzusehende Schwankungen in den Einnahmen und Ausgaben bereinigt ist und bei dem die mit der Entwicklung des Produktionspotentials fortgeschriebene Normalverschuldung ausgeschaltet ist, wird sich um 9 Mrd DM auf 32 Mrd DM verringern. Im Unterschied zu den Gebietskörperschaften wird sich die Finanzlage bei den Sozialversicherungen verschlechtern, vor allem bei den Rentenversicherungen, deren Ausgaben wegen der Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Anpassung der Renten beschleunigt steigen werden, während sich die Einnahmenexpansion deutlich verlangsamen wird. Für den Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen zusammengenommen erwarten wir daher für das Jahr 1982 nur eine geringe Abnahme des Finanzierungsdefizits.

DRITTES KAPITEL

Auf der Suche nach einem Ausweg

I. Wege der Wirtschaftspolitik

292. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme in der Welt sind schon seit vielen Jahren ungelöste Probleme, und auch die beiden Ölpreisschocks haben sie teilweise nur verschärft, nicht erst verursacht. Die Schwierigkeiten, mit ihnen fertig zu werden, haben vielfach Resignation ausgelöst, in manchen Ländern aber auch die Bereitschaft der Wirtschaftspolitik, neue Wege einzuschlagen.

293. Weitgehend aus Resignation geboren, wenn auch nicht nur aus Resignation, erscheinen Vorschläge für eine defensive Strategie. Danach gilt es für die hochentwickelten Industrieländer, sich auf ein dauerhaft sehr geringes wirtschaftliches Wachstum einzustellen, die Verteidigung des erreichten Wohlstands schon für einen Erfolg zu halten.

Grenzen des Konsumbedarfs, Sorgen vor einer frühzeitigen Erschöpfung natürlicher Ressourcen, im besonderen Sorgen hinsichtlich des möglichen und vertretbaren Energieverbrauchs, wachsende Probleme bei der Aufgabe, die Umwelt zu schützen, dies sind in der Regel die Argumente, mit denen dazu aufgerufen wird, von dem Streben nach einer ständig besser werdenden materiellen Güterversorgung abzulassen, jedenfalls was deren quantitativen Aspekt angeht. Keines dieser Argumente ist ohne eine deutliche Zurückweisung geblieben. Aber der Streit hierüber wird offensichtlich nicht nur, wohl nicht einmal in erster Linie unter dem Gesichtspunkt von richtig oder falsch ausgetragen; er ist nicht zuletzt von unterschiedlichen Werthaltungen geprägt.

Unterschätzt werden dabei zumeist die Probleme, die bei einer mehr als vorübergehenden Stagnation der Einkommensentwicklung neu oder verstärkt auftreten würden. Massiv verschärft würden sich voraussichtlich vor allem die Probleme der Einkommensverteilung. Alle Änderungen von Einkommen müßten sich jedoch gleichsam in einem Nullsummenspiel vollziehen, in dem der eine nur gewinnen kann, was ein anderer verliert. Sehr viele Menschen müßten also nicht nur bereit sein, sich mit dem bis dahin Erreichten zu bescheiden, sondern sich mit einer nachhaltigen Verschlechterung ihrer Einkommensposition abfinden. Dem sozialen Frieden wäre auch kaum dienlich, daß die Möglichkeit, durch bloße Teilhabe an einer allgemeinen Einkommenssteigerung das Erlebnis eines gewissen wirtschaftlichen Erfolgs zu haben, entfiel. Probleme gäbe es in der Bundesrepublik auch bei der Erfüllung des Generationenvertrages, den das System der Rentenversicherungen darstellt. Schon der Übergang zu einem nachhaltig verlangsamten Wachstum würde

neue Finanzierungssorgen aufwerfen, da sich die schon erworbenen Rentenansprüche nur verzögert an die veränderte Entwicklung anpassen würden. Doch dabei bliebe es nicht. Entscheidet sich die aktive Generation dafür, Produktivitätsfortschritte nur noch durch Arbeitszeitverkürzung zu verzehren, würden die Alten, die zu ihrer Zeit für ständig steigende Renten gesorgt haben, entweder von einer Teilhabe an diesen Produktivitätsgewinnen ausgeschlossen, oder es müßten die Versicherungsbeiträge erhöht werden, eine Aussicht, die angesichts der Reformpläne für 1984 sowie der Altenlastprobleme, die für die 90er Jahre zu erwarten sind, erschrecken läßt. Das gleiche gilt für die riesige Aufgabe einer Konsolidierung der Staatsfinanzen, wenn — anders als fest eingeplant — kein wirtschaftliches Wachstum diese Aufgabe lösen helfen würde.

Ein gesamtgesellschaftlich beschlossener Verzicht auf weiteres wirtschaftliches Wachstum käme auch kaum ohne Arbeitszeitregelungen aus, die unter Berufung auf beschäftigungspolitische Gründe an einem großen Teil der individuellen Erwerbswünsche vorbeigehen.

294. Eine offensive Strategie ist daher darauf aus, die Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum wieder zu verbessern. Sie läßt sich bestimmen von dem weiter starken Drängen auf hohe und weiter steigende Einkommen und zielt darauf ab, die derzeit unbefriedigt bleibenden Beschäftigungswünsche zu erfüllen, ohne daß den Arbeitnehmern aus beschäftigungspolitischen Gründen eine Kombination von Arbeitszeit und Einkommen aufgedrängt werden müßte, die sie nicht wirklich wollen. Dabei werden nicht bestimmte mittelfristige Wachstumsraten angestrebt. Diese sind das Ergebnis eines Prozesses, den man weder im einzelnen gestalten soll noch lange genug vorhersehen kann. Gefordert wird allein, wo immer möglich und allerdings konsequent die Bedingungen zu verbessern, unter denen die Menschen nach Erwerb streben.

Angebotsseitige versus nachfrageseitige Störungen

295. Unter denen, die für eine offensive Strategie eintreten, reicht der Konsens freilich nicht weit. Der Streit geht vor allem um die richtigen Ansatzpunkte. Inwieweit ist auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft einzugreifen, inwieweit auf der Nachfrageseite? Die herkömmliche Zuordnung „Konjunkturpolitik ist Nachfragepolitik, Wachstumspolitik ist Angebotspolitik“, gilt so nicht mehr. Bei den einen hat sich längerfristiger Nachfragepessimismus in die Wachstumspolitik eingemischt und zu der Forde-

rung nach dauerhafter Nachfragestützung durch den Staat geführt. Die anderen drängen darauf, wegen massiv gestörter Angebotsbedingungen auch akute Gleichgewichtsstörungen der Volkswirtschaft nicht mehr als Konjunkturprobleme zu behandeln, auf die aktive Konjunkturpolitik vielmehr überhaupt zu verzichten und sich ganz auf die Angebotsseite zu konzentrieren. Daß die schockartigen Angebotsstörungen der letzten Jahre die Möglichkeiten der Konjunkturpolitik beeinträchtigt haben, sehen freilich alle. Und auch darüber hinaus ist fast überall in der Welt die Zuversicht, durch reine Nachfragepolitik eine befriedigende Verstetigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erreichen zu können, der Erfahrung gewichen, daß Nachfragepolitik, die gegenüber dem Inflationsproblem gleichmütig ist, auf die Dauer die Bedingungen ihrer Wirksamkeit selbst zerstört, daß jedoch Nachfragepolitik, die nicht inflatorisch ist, bisher nirgends mehr als vorübergehend geglickert ist. In einigen Ländern ist aus alledem tatsächlich der volle Verzicht auf Nachfragepolitik erwachsen. Und allenthalben hat in den wirtschaftspolitischen Konzepten die Angebotspolitik an Gewicht zugenommen.

296. Eine Trennung zwischen nachfrageseitig und angebotsseitig verursachten Störungen ist nicht immer leicht. Nachfrage und Angebot haben ihren gemeinsamen Ursprung in dem Willen der Menschen, zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu arbeiten, zu sparen und Risiken einzugehen. Märkten sind die vielfältigen Probleme der Koordination anvertraut, die aus einer arbeitsteiligen Organisation des Wirtschaftens entstehen. Flexibilität in den Reaktionen auf veränderte Bedingungen, Flexibilität in den Ansprüchen an den Ertrag des Wirtschaftens sowie die Fähigkeit, rasch Lösungen für neue Probleme zu finden, sind das Erfolgsgeheimnis funktionsfähiger Marktwirtschaften.

Von nachfrageseitigen Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts mag man sprechen, wenn Veränderungen der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage beobachtet werden, die mit keiner Flexibilität der Angebotsseite, jedenfalls mit keiner, die man zumuten will, ausreichend rasch aufgefangen werden können — mit dem Ergebnis, daß auch Produktion und Beschäftigung unerwünschte Schwankungen aufweisen. Von angebotsseitigen Störungen mag man sprechen bei allem, was den individuellen Ertrag des Wirtschaftens beeinträchtigt und damit die Neigung oder die Fähigkeit zu arbeiten, zu sparen und Risiken zu übernehmen, und was die Flexibilität der Reaktionen auf veränderte Bedingungen einschränkt — beides mit dem Ergebnis, daß Produktion und Beschäftigung hinter dem zurückbleiben, was möglich und gewünscht ist.

Angebotsstörungen können ohne weiteres als Nachfragestörungen verkannt werden. So wird leicht von inflatorischer Übernachfrage auch dann gesprochen, wenn aufgrund angebotsseitiger Störungen das Angebot hinter der Nachfrage zurückbleibt, oder von deflatorischem Nachfragemangel, wenn wegen verschlechterter Angebotsbedingungen, stark gestiegener Kosten zum Beispiel, Investitionen unterbleiben und daraus eine Kontraktion der Einkom-

men mit entsprechend verminderter Gesamtnachfrage erwächst. Die Nachfragefolgen gestörter Angebotsbedingungen können sich freilich auch konjunkturell verselbständigen und zu einem kumulativen Abschwungsprozeß führen, so daß ein Fall kombinierter Störung entsteht, eine Gefahr, wie sie etwa in der Bundesrepublik im Jahre 1977 drohte und auch in diesem Jahr nicht auszuschließen war. Umgekehrt können ebenso Nachfragestörungen auf die Angebotsseite übergreifen. So mag eine für längere Zeit schwache Investitionsneigung, die das Arbeitsplatzpotential unzureichend werden läßt — eine Angebotsstörung also —, nachfrageseitig verursacht sein. Das gleiche gilt für Veränderungen im Leistungsvermögen und Leistungswillen der Arbeitslosen, wenn hohe Arbeitslosigkeit lange andauert, was derzeit in vielen Ländern beklagt wird.

297. Aus einer ganzen Reihe von Gründen war es weltweit zu der Gewöhnung, zu der Vorliebe gekommen, alle Gleichgewichtsstörungen der Volkswirtschaft auf der Nachfrageseite zu bekämpfen oder zu überspielen, auch solche, die auf der Angebotsseite wurzeln, zumal Probleme unzureichender Flexibilität von Löhnen und Preisen. Soweit nicht der reine Fall der nachfrageseitigen Störungen gegeben ist, der Fall des kumulativen konjunkturellen Abschwungs, ist dies jedoch allemal inflatorische Politik. Ein inflatorischer Impuls muß nicht gefährlich sein, muß nicht eine ständige Preisniveausteigerung einleiten. Er tut es nicht, wenn sich Flexibilitätsmängel nur in einer Verzögerung der erwünschten Reaktion auswirken, also etwa einer verzögerten Anpassung von Einkommensansprüchen an veränderte Bedingungen, und wenn er selten bleibt. In den meisten Fällen freilich treibt sich die Inflation selbst und muß früher oder später unter Inkaufnahme einer Stabilisierungskrise gestoppt werden. Leider wurden diese Fälle fast in der ganzen Welt zum Regelfall. Mit dem Verlust des Vertrauens auf einen mittelfristig stabilen Geldwert ging dann die Chance verloren, auch nur die eigentliche Nachfragestörung nachfrageseitig zu bekämpfen, was im Prinzip inflationsfrei möglich ist. Nachfragepolitik wurde unwirksam oder jedenfalls (fiskalisch) einfach zu teuer.

298. Dies führte zunächst zu einer Rückbesinnung auf die Bedeutung des Geldes und die Unverzichtbarkeit einer auf Stabilität bedachten Geldpolitik — die monetaristische Reaktion auf die vorherrschenden keynesianischen Ideen. Das praktische Beispiel der Bundesrepublik, in welcher Nachfragepolitik nahezu zwei Jahrzehnte lang fast keine Rolle spielte und die bei relativ niedrigen Inflationsraten gute Erfolge auch bei den anderen Zielen der Wirtschaftspolitik aufwies, hat hier anscheinend international eine wichtige Rolle gespielt.

Es führte in jüngerer Zeit auch zu einer stärkeren Besinnung auf die Probleme der Angebotsseite. Dabei spielte eine wichtige Rolle, daß die Nachfragepolitik vor allem die Probleme, die sich aus der abnehmenden wirtschaftlichen Dynamik in den meisten Volkswirtschaften entwickelt haben, nicht lösen konnte. Das inflatorische Scheitern der Nachfra-

gepolitik und die Herausforderung der beiden Ölpreisschocks hatten das Maß an Flexibilität, das man zumuten muß, erhöht, während zugleich allenthalben eine zunehmende Verkrustung die Anpassungsfähigkeit der Marktsysteme weiter herabgesetzt hatte. Bei größerer wirtschaftlicher Dynamik wären alle Anpassungsprobleme kleiner, aber bei größerer Anpassungsfähigkeit wäre auch die wirtschaftliche Dynamik nicht so gering.

In Gang gekommen ist vor allem das Nachdenken darüber, in welchem Maße der Staat selbst durch seine konjunkturpolitisch, strukturpolitisch und sozialpolitisch motivierten Maßnahmen Daten setzt, die eine Verschlechterung der Angebotsbedingungen in der Volkswirtschaft darstellen oder bewirken. Daß es diese „Kosten“ der Staatstätigkeit gibt, ist selbstverständlich keine neue Einsicht. Welches Ausmaß sie durch die immer ausgreifender gewordene Neigung des Staates, sich für zuständig zu halten, nach und nach — jeder Schritt war ein kleiner — erreicht haben, ist jedoch erst mit der Abschwächung der Dynamik der Wirtschaft deutlicher bewußt geworden.

299. Kosten, die zu Angebotsstörungen werden können, gibt es praktisch aus allen Bereichen wirtschaftlich bedeutsamer Staatstätigkeit.

- Fast alle Steuern und Abgaben mindern ungewollt den Anreiz, sich um eines höheren Einkommens willen anzustrengen. Vor allem auf die Grenzbelastung der Einkommen ist hier zu sehen (Ziffer 238). Minderung des Erwerbsstrebens, Ausweichen in legale oder illegale Freiräume sind die Folge.
- Unter den Steuern sind es besonders diejenigen, die direkt oder indirekt auf den Investitionen lasten, die angebotspolitisch problematisch sind, zumal es besonders wenig zwingend ist, jemand durch Steuern zu belasten, der, statt heute zu konsumieren, durch Sparen und Investieren dazu beiträgt, daß künftig mehr Güter zur Verfügung stehen, nicht nur für ihn selbst.
- Zahlreiche Steuerregelungen und Subventionen ziehen als ungewollte Nebenwirkung eine Fehlleitung von Ressourcen nach sich, weil sie sachlich nicht oder unzureichend begründete Unterschiede in den Wettbewerbsbedingungen schaffen. Einem Krebschaden gleich kommt die Bereitschaft, aus Beschäftigungsrücksichten leistungsschwache Unternehmen durch Subventionen zu erhalten, zumal große Unternehmen. Er ist Folge der wesentlich auf Verteilungsrücksichten gegründeten Unfähigkeit, allgemeine Investitionsbedingungen zu schaffen, die genügend neue Aktivitäten rentabel werden lassen. Steuern und Lohndruck beeinträchtigen die gesamtwirtschaftliche Funktion der Gewinne. Das bringt die Wirtschaft in einen Zustand schlechter allgemeiner Defizithaftung des Staates, der durch Subventionen (und durch sonstige Protektion) Kapital und Arbeitskräfte in verlustbringender Verwendung festhält und ertragbringender Verwendung vorenthält und damit eine ge-

waltige Verschwendung von Ressourcen bewirken kann, zum Schaden aller.

- Staatsdefizite absorbieren einen großen Teil der privaten Kapitalbildung und führen dazu, daß die Zinsen, Preise und Wechselkurse für privates Wachstum ungünstiger sind, als sie es sein müßten. Es gibt keine zwingenden Gründe für ein ständiges Staatsdefizit.
- Die Kosten von Staatsleistungen, gleichviel ob durch Steuern oder Kredite finanziert, sind die durch sie verdrängte oder doch andernfalls mögliche private Güterversorgung. Diese Kosten müssen aufgebracht werden. Nicht selten erscheinen sie dem Bürger höher als der Nutzen aus der Staatsleistung.
- Staatliche Gebote und Verbote, Regulierungen aller Art haben, selbst wenn sie gut begründet sind, nicht nur die mit ihnen gewünschte Wirkung. Sie zu befolgen, erzeugt Kosten, sie zu umgehen auch. Inzwischen ist es schlechthin die Fülle der Vorschriften, die beklagt wird. Sie läßt die Grenzkosten weiterer Regulierung steil ansteigen.
- Inflationistische Geldpolitik macht das langfristige Investitionskalkül zu einer Angelegenheit, bei der die richtige Prognose der künftigen Inflationsraten oftmals stärker zu Buche schlägt als die richtige Abschätzung der einzelwirtschaftlichen Marktbedingungen. Die Möglichkeit exzessiver Wechselkursschwankungen als Korrelat unetstetiger Geldpolitik steigert die Unsicherheit noch einmal. Und der Fiskus wendet seinen Steuertarif dann auch auf Gewinne und Zinseinkommen an, die real keine sind, sondern nur inflationsbedingte Scheingewinne. Daß die Wirtschaft mit dieser Unsicherheit und dieser Besteuerung zu leben gelernt hat, besagt nichts über die Kosten. Der Vordergrund kann auch hier den Blick verstellen auf eine riesige Kapitalverschwendung, sei es durch Fehlleitung von Kapital hin zu steuerlichen Freiräumen, sei es durch allgemeine Beeinträchtigung der Bereitschaft zum Sparen und zum Investieren, sei es durch unvermeidliche Fehler eines desorientierten Investitionskalküls.
- Alle sozialpolitischen Regelungen, gleichviel ob sie im einzelnen gut oder schlecht begründet sind, schaffen Regelkreisstörungen, sobald sie die Selbstverantwortung des einzelnen aushöhlen. Nicht alle Angebotsprobleme sind an ihrem Ursprung heilbar. Es gibt nicht die Möglichkeit, den ganzen öffentlichen Ausgabenbedarf mit Steuern zu finanzieren, welche die nachteiligen Nebenwirkungen nicht haben. Ebenso wenig dürfte es eine Sozialpolitik geben, die gar nicht anreizschädigend ist. Und Respekt vor Menschenwürde und Kosten der Kontrolle lassen es nicht zu, jeden Mißbrauch zu verhindern, im sozialpolitischen Bereich ebenso wenig wie im steuerlichen. Aber es ist nötig und angesichts der Kumulation von Angebotsstörungen vermutlich sogar unumgänglich, solche Störungen abzubauen, wo immer es möglich und vertretbar erscheint.

Zum Konzept des Sachverständigenrates

300. Wegen der Grenzen der Nachfragesteuerung hat der Sachverständigenrat schon seit seiner Gründung für eine mittelfristig orientierte Wirtschaftspolitik geworben, im besonderen seit 1974. Er hat 1975 die Krise der Globalsteuerung dargestellt und die Frage einer Revision der Staatsfinanzen sowie die weitreichenden Aufgaben der Lohn- und Einkommenspolitik in den Vordergrund gerückt. Im Jahresgutachten 1978 hat er das Konzept für eine „angebotsorientierte Wirtschaftspolitik“ vorgelegt (JG 78 Ziffern 303 ff.).

Neben einer auf Geldwertstabilität festgelegten Geldpolitik und einer auf marktgerechte Löhne verpflichteten Lohnpolitik soll der Staat

- unnötige Hemmnisse wirtschaftlicher Aktivität wegräumen,
- durch mehr Konstanz der Wirtschaftspolitik und Zurückhaltung bei Eingriffen in den Markt Risiken senken,
- Reserven an privater Risikobereitschaft mobilisieren helfen, insbesondere die Neigung zur Eigenkapitalanlage sowie die Gewinnbeteiligung von Arbeitnehmern fördern,
- sich im Steuersystem verstärkt an Unternehmensrisiken beteiligen,
- seine eigenen Ausgaben in engeren Grenzen halten, die kreditfinanzierten Ausgaben senken, aber auch die Abgabenquote nicht weiter erhöhen,
- die Mobilität der Arbeitskräfte und deren Bereitschaft, sich fortzubilden, unterstützen,
- Produkt- und Verfahrensinnovationen global fördern,
- die wirtschaftliche Dynamik von unten stärken, insbesondere die Chance zur Gründung einer selbständigen Existenz sowie die Entwicklungsmöglichkeiten kleiner und mittelgroßer Unternehmen verbessern,
- den Wettbewerb, namentlich den Wettbewerb mit dem Ausland, scharf halten, Subventionen und Schutzmaßnahmen, die den Strukturwandel hemmen, abbauen.

301. Angebotsorientierte Politik zielt auf die Ursachen von Störungen, die meist seit langem wirksam sind. Insoweit ist auch sie selbst auf längerfristige Wirkungen angelegt, braucht einen langen Atem. Soweit sie rasch Vertrauen in künftig bessere Bedingungen schafft, können aber auch die Sekundärwirkungen, also etwa eine verbesserte Investitionsneigung, rasch eintreten.

Am meisten Skepsis begegnet die Angebotspolitik in Zeiten sehr schwacher Gesamtnachfrage. Warum sollten aufgrund verbesserter Angebotsbedingungen Produktion und Investition zunehmen, wenn es allgemein an Nachfrage mangelt? Die Nachfrage ist freilich keine Größe, die gegeben ist oder unabhän-

gig vom Angebot entsteht. Es wird leicht aus den Augen verloren, daß in entwickelten Marktwirtschaften die Nachfrage keineswegs auch nur normalerweise einen Vorlauf gegenüber dem Angebot hat. Im Gegenteil, zu großen Teilen entwickeln sich Angebot und Nachfrage im Gleichschritt, und in wichtigen Teilen des Marktgeschehens hat das Angebotshandeln einen Vorlauf. Das Angebot, das Produzieren, schafft über das Einkommen, das dabei erzielt wird, kaufkräftige Nachfrage. Im Vorlauf ist Angebots-handeln überall dort, wo investiert, also künftige Produktion vorbereitet wird oder wo für künftigen Bedarf Läger gehalten werden. Hier ist erwartete Nachfrage, nicht die aktuelle in der Führungsrolle. Und es ist nicht die erwartete Nachfrageexpansion als Teil künftiger allgemeiner Nachfrageexpansion, die zählt. Es genügt, daß das einzelne Unternehmen darauf setzt, sich im Produkt- und Preiswettbewerb zusätzliche Nachfrage sichern zu können. Und dies ist kein Nullsummenspiel, in dem der eine nur gewinnen kann, was ein anderer verliert. Der Einkommenseffekt expansiver Angebots-handlungen sorgt dafür, daß die Gruppe im ganzen gewinnt. Selbstverständlich gibt es viele Unternehmen, die nur investieren, wenn die Auftragsbücher voll sind. Aber es sind nicht sie, welche die Dynamik der Marktwirtschaft schaffen, sondern die vielen anderen, die trotz oder gerade wegen einer akut schlechten Absatzlage etwas Neues wagen. Im übrigen besagt die inländische Nachfragesituation über die von einer Verbesserung der Angebotsbedingungen zu erwartende Expansionswirkung immer dann nichts, wenn diese Verbesserung die Chance eröffnet, im internationalen Wettbewerb zusätzliche Nachfrage auf sich zu ziehen.

Gegen solche Zuversicht steht die Erfahrung, daß es gelegentlich massives Koordinationsversagen des Marktsystems gibt. In einer Geldwirtschaft gibt es eine Garantie gegen Gleichgewichtsstörungen nicht. Einkommen muß nicht zu Nachfrage werden. Doch dieses Problem hat nur eine Randrolle gespielt, solange die wirtschaftliche Dynamik im ganzen kräftig war. Die Kräftigung der wirtschaftlichen Dynamik ist daher die beste Versicherung gegen solche Gleichgewichtsstörungen. Nachdem erprobt ist, daß diese Kräftigung über Geschenke der Nachfragepolitik nicht gelingt, ist man auf die Angebotspolitik verwiesen. Das Theorem, nach dem das Angebot sich seine Nachfrage schafft, ist nicht deshalb so wertvoll, weil es eine Gleichgewichtsverheißung enthält, sondern weil es aufzeigt, warum es Sinn hat, auf der Angebotsseite fördernd einzugreifen. Weil „das Angebot in der Führungsrolle“ für die wirtschaftliche Dynamik so bedeutsam ist, namentlich das Investieren derjenigen, die trotz oder gerade wegen einer akut schlechten Absatzlage etwas Neues wagen, und weil es derzeit nicht genug davon gibt, sollte man hier fördern. Und weil solches Investieren ein im Prinzip völlig normaler Vorgang ist, kann man es mit Aussicht auf einen gesamtwirtschaftlich ins Gewicht fallenden Effekt fördern. Der Nachfragepessimismus und das Kreislaufdenken hatten das autonome Angebots-handeln — etwas, das täglich und massenhaft geschieht — für lange Zeit an den Rand des wirtschaftlichen Bewußtseins gedrängt. Das entsprach nicht seiner Bedeutung.

302. Zum Konzept des Sachverständigenrates gehört gleichwohl nicht Gleichmut gegenüber der Nachfrageseite. Als sich 1977 die wirtschaftliche Dynamik als unzureichend erwies, die starke Zurücknahme expansiver Impulse der öffentlichen Haushalte aufzufangen, und die akute Nachfrageschwäche sich in einem kumulativen Abschwung konjunkturell zu verselbständigen drohte, haben wir zu einer Doppelstrategie geraten. Für die kommenden Jahre anstehende Steuersenkungen sollten vorgezogen werden und die Nachfragerisiken einer im übrigen vor allem auf Kostensenkung ausgerichteten Angebotspolitik — in diesem Falle der Lohnpolitik — absichern. Man kann das Zusammenspiel auch als wechselseitig ansehen: Wie die expansive Nachfragepolitik der zurückhaltenden Lohnpolitik den Rücken frei halten sollte, so die Lohnpolitik der andernfalls mit neuen Inflationsrisiken belasteten Nachfragepolitik. Da die auf eine Senkung der Inflationsrate bedachte Geldpolitik inzwischen auf dem Erfolgspfad war, schien dies eine für alle risikolose Strategie zu sein. Niemals war die Opposition der Gewerkschaften gegen einen Strategievorschlag des Sachverständigenrates stärker als in jenem Jahr.

Unterschiedliche Wege der Wirtschaftspolitik in einzelnen Ländern

303. Die deutsche Wirtschaftspolitik ist dem Wandel der Bedingungen, unter denen sie zu handeln hatte, verhältnismäßig früh gefolgt. Sie ging schon 1973 konsequent auf Stabilisierungskurs. Sie widerstand der Versuchung, der Rezession von 1974/75 durch massive Sonderprogramme zur Nachfragestützung entgegenzutreten. Sie setzte auf die Kraft der Wirtschaft, sich selbst zu helfen, nicht zuletzt auf deren Fähigkeit, in der Lohnpolitik nach dem Umverteilungsstreit der Jahre 1969 bis 1974 zum alten Konsens zurückzufinden, was auch größtenteils gelang. Sie leitete eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ein, sobald eine neue Aufschwungsbewegung sich durchzusetzen schien; die Konsolidierung war durch die expansive Finanzpolitik der frühen 70er Jahre nötig geworden. Im Bereich staatlicher Angebotspolitik kam es in der Innovationsförderung, in der Ausbildungspolitik, in der Mittelstandspolitik sowie bei der Förderung von Existenzgründungen zu neuen Initiativen, die auch von etlichen Bundesländern aufgegriffen wurden. Hinzu kamen zahlreiche wachstumsfreundliche Änderungen des Steuerrechts, freilich keine durchgreifenden. Die rasche Bewältigung der Zahlungsbilanzwirkungen aus der ersten Ölkrise, eine ständig sinkende Inflationsrate, die drastische Reduktion spektakulärer Haushaltsdefizite, eine im internationalen Vergleich niedrige Arbeitslosigkeit, all das machte die Bundesrepublik in diesen Jahren noch einmal zum Beispiel für einen erfolgreichen wirtschaftspolitischen Weg. Ein unaufhaltsam scheinender Anstieg des D-Mark-Kurses und sehr niedrige Zinsen brachten die Vertrauensprämie der internationalen Finanzmärkte zum Ausdruck.

Doch auch der Rückfall wurde schon verhältnismäßig früh angelegt. Als 1977 neue Nachfrageschwäche

die Überwindung der Rezession stoppte, fehlte die Kraft, sich voll auf Maßnahmen der gezielten Wachstumsförderung und auf wachstumsfreundliche Steuersenkungen zu konzentrieren, eine Vorbelastung künftiger Haushalte durch die Steigerung öffentlicher Ausgaben, an die sich die Begünstigten rasch gewöhnen würden, aber zu unterlassen. In drei Jahren — 1978 bis 1980 — wurden die Staatsausgaben um fast 30 vH gesteigert, während das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential, die Preissteigerungen eingerechnet, nur um 20 vH wuchs. Eine neue Konsolidierungsaufgabe wurde programmiert, noch größer als die in der Mitte der 70er Jahre.

In einem komplexen Zusammenspiel von zu hoher Binnennachfrage, Spätwirkungen der Aufwertung, neuem Ölpreisschock und neuer Weltrezession, Überforderung der Kreditmärkte, internationalem Vertrauensschwund, Wechselkursverfall, extrem hohen Realzinsen, rasch steigender Inflation führte dies zu einer Situation, in der sich Regierung und Bundesbank völlig eingemauert sahen, und das bei einer äußerst unbefriedigenden Beschäftigungslage. Nachdem die D-Mark in den Jahren hohen internationalen Vertrauens in die Rolle einer bedeutenden Reservewährung hineingewachsen war, war jetzt die Sanktion des Mißtrauens um so heftiger. Senkung des Leistungsbilanzdefizits und Konsolidierung der Staatsfinanzen wurden, um Handlungsfreiheit zurückzugewinnen, so dringliche Aufgaben, daß ein Weg beschritten werden mußte, auf dem man nolens volens das Risiko einer binnenwirtschaftlichen Verstärkung des schon bestehenden weltwirtschaftlichen Rezessionsdrucks in Kauf zu nehmen hatte.

304. Oft wird noch heute die expansive Ausgabenpolitik der Jahre 1978 bis 1980 mit dem Argument gerechtfertigt, nur dadurch habe in dieser Zeit die Arbeitslosigkeit wesentlich gesenkt werden können. Dagegen steht, daß die Beschäftigung von Arbeitslosen aufgrund staatlicher Nachfrage nicht die einzige Möglichkeit ist, diese in Lohn und Brot zu bringen, daß die Mehrbeschäftigung teilweise auch den inzwischen verbesserten Angebotsbedingungen zuzurechnen war und daß dieser Effekt ohne die sich vordrängende staatliche Nachfrage wahrscheinlich noch größer und vor allem dauerhafter gewesen wäre. Auf jeden Fall darf der Zeithorizont der Wirkungsanalyse für die Finanzpolitik dieser Jahre nicht nur bis Mitte 1980 reichen. Es darf nicht ausgelassen werden, daß ein Teil der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere die Notwendigkeit, eine so kontraktive Geldpolitik treiben zu müssen und in der Finanzpolitik das Gegenteil von dem, was zuvor für richtig galt, zu den Kosten der Politik der vorangegangenen Jahre zählt. Was heute an expansiven Impulsen erwünscht wäre, aber nicht gegeben werden kann, weil es dem Staat an Kredit fehlt, was den weiterhin hohen Staatsausgaben an expansiver Wirkung mangelt, weil sie unter Bedingungen wie den gegenwärtigen hohe negative Rückwirkungen haben, das sind Abzugsposten bei der Würdigung der wie auch immer anzusetzenden Beschäftigungswirkungen der Ausgabenpolitik seit 1978.

305. Allerdings war die staatliche Ausgabenpolitik selbst in den Jahren 1978 bis 1980 noch nicht so expansiv, wie es von den Vertretern einer offensiven Nachfragestrategie für nötig gehalten worden ist. Wegen des nur zögerlichen Abbaus der Arbeitslosigkeit stand die Regierung während der ganzen Zeit unter dem Druck von Forderungen, die staatlichen Nachfrageimpulse weiter zu verstärken, Forderungen, die aufgrund der Vorstellung, die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage werde andernfalls dauerhaft zu gering bleiben, vor allem als mittelfristiges Wachstumsprogramm vorgetragen wurden.

Daß zusätzliche Staatsausgaben mehr Beschäftigung schaffen als Steuererleichterungen und daß sie sich darüber letztlich selbst finanzieren, also lediglich der kreditären Vorfinanzierung bedürfen, scheint vor dem Hintergrund solcher Vorstellungen plausibel begründet, zumal dann, wenn die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten nicht voll genutzt sind. Die Wirkungen, die man gelegentlich mit einer Simulation errechnet, spiegeln indes allenfalls wider, wie es sein könnte, wenn die Wirkungsketten so abliefen wie in der Vergangenheit, Probleme wie ein zu geringes Wachstum der Produktionsmöglichkeiten als Folge hoher Investitionsrisiken, Mangel an Risikokapital, unsicherer Ertragserwartungen oder gravierender Herausforderungen von außen also nicht bestünden.

306. Zu den weithin beachteten Versuchen, auf neuen Wegen der Wirtschaftspolitik voranzukommen, gehört auch der, den die britische Regierung 1979 begonnen hat. Wir haben ihn an anderer Stelle dieses Gutachtens ausführlicher dargestellt (Ziffern 16 ff.). Die Ausgangsbedingungen des Neubeginns waren außerordentlich ungünstig. Die Inflationsgewöhnung reichte tief; ein auch nur einigermaßen tragfähiger sozialer Grundkonsens fehlte; die Wachstumskräfte waren erschlaft. Kernstück des britischen Konzepts seit 1979 wurde eine streng monetaristisch gemeinte Geldmengenpolitik. Die Entscheidung, die Periode nachgiebig-inflatorischer Geldpolitik zu beenden, hat nicht nur zum Ziel, die Inflation einzudämmen, sondern zugleich die Wirtschaft — Unternehmen wie Gewerkschaften — stärker auf ihre eigene Verantwortung für die Entwicklung der Beschäftigung und für das wirtschaftliche Wachstum verweisen. Konsequenterweise wurden die Versuche aufgegeben, staatlicherseits durch Einwirken auf die Lohn- und Preisbildung für eine stabilitätskonforme Einkommensentwicklung zu sorgen. Auch die Politik, der Wirtschaft das Übermaß an Subventionen nach und nach zu entziehen, gehört hierher. Sie zielt auf Effizienzsteigerung in den Unternehmen durch Zwang zur Bewährung im Wettbewerb. Die Hilfen, die der Wirtschaft zur Steigerung der Wachstumsdynamik geboten werden, vor allem durch eine Umstrukturierung des Steuersystems, sind nicht nachfragepolitisch gemeint, sondern als Verbesserung der Angebotsbedingungen. Die hohe Grenzbelastung der Einkommen sollte abgebaut werden. Der monetaristischen Grundlinie des Konzepts entsprechend gehört außerdem eine Einschränkung der öffentlichen Ausgaben zur Strategie, wenn auch sicher nicht zur Realität. Im ganzen steht jedoch die Finanzpolitik nicht im Zentrum,

sondern die Geldpolitik, und im Rahmen der Finanzpolitik spielt das Unterlassen eine größere Rolle als die Aktion.

Warum der britischen Regierung Erfolg bisher nicht beschieden war, ist umstritten. Daß eine Erholung der seit Jahrzehnten kränkelnden britischen Wirtschaft ihre Zeit brauchen würde, war erwartet worden, daß mehr Selbstverantwortung der Tarifvertragsparteien für die Beschäftigungsentwicklung nicht alsbald Ersatz für den fehlenden sozialen Grundkonsens sein würde, war befürchtet worden. Warum trotz eines gravierenden gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangels selbst die Inflationsbekämpfung nur geringe Fortschritte aufzuweisen hat, ist am wenigsten aufgeklärt. Immerhin: Daß die Wirtschaft auf den Entzug der Inflationsdroge bisher mit Produktionssenkung und immer noch hoher Inflationsrate reagierte, läßt sich für die erste Phase mit dem fast unverminderten Lohnkostenauftrieb erklären, zumal eine starke Aufwertungstendenz zugunsten des englischen Pfundes eine Dämpfung des binnenwirtschaftlichen Kostenauftriebs ganz besonders dringlich machte — und wegen der verbesserten Preisdämpfungschancen auch zumutbar erscheinen ließ —, wenn man eine Stagflation vermeiden wollte. In dieser Zeit wurde eine große Chance verpaßt. Inzwischen hat sich die Situation gedreht. Während die Lohnsteigerungen schwächer wurden, nagte das Ausbleiben eines Stabilisierungserfolgs am neuen Vertrauen in die englische Währung. Eine neue Pfundschwäche setzte importierte Inflation an die Stelle der hausgemachten. Ohne den Mangel an Eifer der britischen Unternehmer, die in der neuen Wirtschaftspolitik seit 1979 für sie zweifellos liegenden Chancen aufzugreifen, ergibt sich im ganzen jedoch kein rundes Bild.

Die Krise der neuen Strategie ist deshalb so schwerwiegend, weil alles, was an Alternativen angeboten wird, in der Vergangenheit schon vergeblich ausprobiert worden ist. Unsichtbare vorläufige Erträge der Politik der letzten 2 1/2 Jahre könnten immerhin darin gesehen werden, daß inzwischen die Bedingungen für die Anwendung alter Konzepte wieder besser geworden sind, wenn auch nicht für dauernd. Die Versuchung ist groß, den Anlauf zur Erneuerung abzubrechen und hierauf zu setzen, bis wieder ein Punkt erreicht ist wie 1979.

307. Das wirtschaftspolitische Programm, das Anfang dieses Jahres die neue amerikanische Regierung proklamiert hat, findet weltweit noch mehr Aufmerksamkeit, hängt doch von seinen Erfolgchancen weltwirtschaftlich viel ab. In dem amerikanischen Konzept, das ebenfalls auf neue Wachstumsdynamik und mehr Geldwertstabilität abzielt, steht die Finanzpolitik im Zentrum. Während, vereinfacht gesprochen, in Großbritannien der Stabilisierungszwang in der Hauptsache zugleich die neue Wachstumsdynamik entbinden soll, wird in Amerika eher umgekehrt von neuer Wachstumsdynamik eine entscheidende Hilfe für die Inflationsbekämpfung erwartet. Der Ausgangspunkt des amerikanischen Neubeginns ist auch deutlich verschieden von dem des britischen: Die Inflationsgewöhnung ist weniger das Produkt einer im ganzen erschlafften Wirt-

schaft, sondern Ergebnis eines langgestreckten wirtschaftlichen Aufschwungs in den Jahren 1975 bis 1979; sie ist teilweise auch eine noch immer nicht verarbeitete Erbschaft der Zeit des Vietnamkrieges. Wie in Großbritannien wird freilich seit Jahren über eine zu schwache Kapitalbildung und Investitionsneigung geklagt sowie über deprimierende Ergebnisse in der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung.

Die amerikanische Geldpolitik folgt in der Grundlinie, bei allen instrumentellen Unterschieden, wie in Großbritannien dem monetaristischen Konzept. Eine straffe Geldmengensteuerung soll die Inflationserwartung brechen, zuvörderst die Inflationserwartungen. Eine Stabilisierung der Erwartungen soll niedrige Zinsen hervorbringen und die Bedingungen für eine Mobilisierung latenter Wachstumskräfte verbessern. Für den Anfang, solange die Inflationserwartungen nicht gebrochen sind, werden hohe Zinsen in Kauf genommen. Stärker als in Großbritannien wird freilich akzeptiert, daß die stagnierende Produktivitätsentwicklung und die daraus resultierende Stagnation bei den Realeinkommen die Bekämpfung der Inflation erschweren und daß eine durchgreifende Mobilisierung latenter Wachstumskräfte nicht nur etwas, sondern sehr viel mehr erfordert als Inflationsbekämpfung.

308. Das Konzept, nach dem dies die Finanzpolitik bringen soll, zwar nicht allein, jedoch in erster Linie, ist nicht monetaristischer Art. Es liegt sogar eher in Spannung zur Geldpolitik der Notenbank.

Im Brennpunkt der den konzeptionellen Entscheidungen vorangegangenen Diskussion stand die Aktivierung einer alten und, wenn man so will, trivialen Einsicht. Der Staat nimmt wenig Steuern ein, wenn er sehr niedrige Steuersätze festsetzt. Er nimmt aber auch kaum etwas ein, wenn er den Bürgern fast alles abverlangt, was diese erwirtschaften; der Anreiz, überhaupt etwas zu erwirtschaften, was der Steuerpflicht unterliegt, erstirbt. Zwischen extrem niedrigen und extrem hohen Steuersätzen gibt es ein Optimum, bei dem die Steuereinnahmen des Staates ein Maximum erreichen. Die Vertreter des neuen Konzepts glauben, zuverlässige Anhaltspunkte dafür zu haben, daß die Steuersätze in den Vereinigten Staaten derzeit oberhalb des optimalen Niveaus liegen. Die hohe Besteuerung entmutigt die Menschen zu arbeiten, zu sparen und zu investieren und reizt dazu an, Arbeit und Geldanlage in Freiräume der Besteuerung, legale wie illegale, inländische wie ausländische, zu verlagern, und zwar in einem Maße, daß die so bewirkte Lethargie und Kapitalverschwendung bei den Steuereinnahmen stärker zu Buche schlägt als der positive Effekt hoher Steuersätze. Eine allgemeine Senkung der Steuersätze läge daher im gemeinsamen Interesse der Bürger und des Fiskus. Auf verteilungspolitische Bedenken gegen eine Senkung gerade auch der höchsten Steuersätze wird geantwortet, daß die reichen Leute und die, die reich werden wollen, mehr für die übrigen Bürger leisteten, wenn sie Investitionen tätigten, deren Erträge fair besteuert würden, als wenn sie in Luxuskonsum und Freiräume der Besteuerung flüchteten oder sich mit den bequemen Lebens-

umständen eines Mittelstandsbürgers beschieden. Auf die Summe der Steuereinnahmen käme es an, nicht auf einen vom Sozialneid bestimmten Höchststeuersatz. In ähnlicher Weise werden sozialpolitische Leistungen kritisiert, die die Selbstverantwortung der Bürger aushöhlen. Die Attacke gegen die staatlichen Regeln eines Spiels, bei dem alle verlieren, fand die Unterstützung der Wähler und gab Anlaß zu dem an anderer Stelle dieses Gutachtens ausführlicher dargestellten finanzpolitischen Reformprogramm. Dessen Kern: Die Steuern und die Staatsausgaben werden gesenkt, die Steuern jedoch wesentlich stärker, als bei unveränderter Entwicklung des Sozialprodukts den geplanten Ausgabenkürzungen entsprechen würde. Trotzdem wurde eine Verringerung, ja Beseitigung der Staatsdefizite versprochen. Die Finanzierungslücke soll sich schließen durch ein gegenüber dem Status quo deutlich beschleunigtes Wachstum des Sozialprodukts — eine Autokonsolidierung anfänglicher Defizite gleichsam.

Außer den Anreizen aus den Steuersenkungen sollen ein Abbau staatlicher Regulierungen sowie Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität der Wirtschaft die neue Dynamik hervorbringen helfen und zugleich eine Senkung der Inflationsrate ohne große Rezession ermöglichen.

Alle Wirkungen werden von der Angebotsseite her gesehen. Falsch wäre es etwa, die Ratio der Steuersenkungen — wie es häufig geschieht — in der Stimulierung zusätzlicher Konsumnachfrage und davon abhängiger zusätzlicher Produktion und zusätzlicher Investitionen zu sehen. Solch keynesianische Interpretation ginge an der angebotspolitischen Grundidee vorbei. Angestrebt und erwartet wird vielmehr, daß die Bürger das, was ihnen von ihrem Einkommen zusätzlich verbleibt, vor allem sparen werden; denn zusätzliches Kapitalangebot soll die neue Investitionsdynamik bei sinkenden Zinsen inflationsfrei zu finanzieren erlauben.

309. Eine Wirtschaftspolitik, die auf Verbesserung der Angebotsbedingungen zielt, liegt zwar im allgemeinen nicht im Konflikt mit monetaristischen Vorstellungen, wie sie die amerikanische Geldpolitik derzeit bestimmen. Dies gilt jedoch nicht ohne Ausnahme. Steuersenkungen, die nicht durch eine gleichzeitige Senkung der Staatsausgaben gedeckt sind, liegen nicht in der Linie monetaristischer Vorstellungen. Ihnen zufolge müßte eine Zurücknahme staatlicher Ausgabenansprüche erst einmal die für zusätzliche private Ansprüche nötigen Ressourcen freimachen. Andernfalls würden, angetrieben von erhöhten Staatsdefiziten, erhöhte Zinsen eine verbesserte Investitionsneigung im Keim ersticken, ja diese womöglich stärker beeinträchtigen, als die Steuersenkungen sie direkt oder über vermehrten Konsum beleben, so daß am Ende eine bloße Wiederholung der Erfahrung nachfragepolitischen Scheiterns stünde: hohe Staatsdefizite, hoher privater Konsum, niedrige private Investitionen und hohe Arbeitslosigkeit.

So muß es nicht kommen. Aber nicht viel weniger als das keynesianische Nachfragekonzept ist die neue

Politik der amerikanischen Regierung darauf angewiesen, daß das Vertrauen, das die Regierung in sie setzt, auf die Wirtschaft überspringt. Und die Menschen müssen die gesteigerte Neigung zum Sparen zeigen, die man von ihnen erwartet. Sonst ist der Konflikt mit der auf mehr Geldwertstabilität bedachten Politik der Notenbank programmiert. Das Wagnis eines zunächst sehr großen Staatsdefizits war anscheinend auch intern von Anfang an heftig umstritten. Inzwischen sind die Risiken des Konzepts bereits sichtbar geworden. Daß sich die Regierung weitere Einschränkungen der Staatsausgaben vorgenommen hat und eine Erhöhung von Verbrauchsteuern diskutiert, um die Gefahr einer Glaubwürdigkeitslücke zu verringern, die aus der großen Spannung zwischen der Ankündigung eines binnen weniger Jahre ausgeglichenen Staatshaushalts und der Entscheidung für massive Steuersenkungen entstehen mußte — eine Spannung, die nur Vertrauen, bald zu bestätigen durch Anzeichen für einen beginnenden Erfolg, aufheben kann —, bedeutet eine Annäherung an die insoweit härtere britische Linie.

Die über lange Jahre verhärtete Inflationserwartung macht es offensichtlich sehr schwer, eine rasche Stabilisierung der Preisentwicklung mit einem raschen wirtschaftlichen Aufschwung zu verbinden. Der Reißbrettentwurf sieht diese Gleichzeitigkeit jedoch zwingend vor. Ohne Dämpfung der Inflationserwartungen keine deutlich sinkenden Kapitalmarktzinsen, ohne diese kein kräftiger wirtschaftlicher Aufschwung, ohne ihn keine Eindämmung, sondern Ausweitung der öffentlichen Defizite, ohne Hoffnung auf geringere Kapitalnachfrage des Staates auch aus diesem Grunde kein Sinken der Zinsen und so fort. Selbstverständlich läßt sich dieser *circulus vitiosus* auch — wie ausgedacht — als *circulus virtuosus* zeichnen. Viele Länder der Welt haben zu hoffen, daß nicht die düstere Variante zutrifft.

310. Die gemischte Strategie, die Frankreichs neue Regierung zum Programm erhoben hat, ist weniger als der amerikanische Versuch und noch weniger als der britische von der Vorstellung bestimmt, daß es zuallererst auf Inflationsbekämpfung sowie eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ankomme, damit die wirtschaftliche Lage des Landes sich bald und nachhaltig bessere, vor allem die Lage am Arbeitsmarkt. Elemente aus allen bekannteren wirtschaftlichen Konzepten, keynesianische, monetaristische und angebotspolitische, sind hier zusammengebracht und durch starke Momente staatlicher Lenkung, die französischer Tradition nicht fremd sind, ergänzt worden. Maßnahmen, die auf gesellschaftliche Reformen abzielen, aber als Verschlechterung der Rahmenbedingungen privater Initiative auch große wirtschaftliche Bedeutung haben können, treten hinzu (Ziffer 32). Wie die Regierung bei der weiteren Verwirklichung des Programms die Akzente setzen wird, läßt sich noch nicht übersehen. Nach den ersten Entscheidungen gibt eine sehr starke Ausgabenexpansion des Staates der neuen Politik ein starkes nachfragepolitisches Gepräge. Auf Skepsis stößt die Vorstellung, daß es auf diese Weise gelingen könne, der Inflation Herr zu werden. Hier aber müßte sich zeigen, ob das

Programm in sich einigermaßen widerspruchsfrei ist oder ob es in einer Kombination von hohen Staatsdefiziten, beschleunigt steigenden Preisen und großen außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten scheitern wird. Wie in allen Staaten, die wirtschaftliche Schwierigkeiten haben, setzt die Regierung darauf, daß die Gewerkschaften trotz der hohen und weiter steigenden Inflationsrate mit bescheidenen Lohnsteigerungen einverstanden sein werden. Ob diese Erwartung berechtigt ist und ob die neuen Eingriffsmöglichkeiten geeignet sind, mehr zusätzliche wirtschaftliche Aktivität zu bewirken, als durch die Verunsicherung der Privaten abgeschreckt worden ist, an dieser Frage wird sich wohl entscheiden, ob die französische Regierung ihrem Hauptziel, rasch die Arbeitslosigkeit zu senken, näher kommt.

311. Bewundertes Beispiel für eine Volkswirtschaft, die den weltwirtschaftlichen Herausforderungen wirkungsvoll begegnet, ist Japan geworden, vor allem seit der zweiten Ölpreiskrise, ähnlich wie die Bundesrepublik nach der ersten. Beispiel ist es vor allem durch die seit langem bekannte, aber eben fortdauernde wirtschaftliche Dynamik und Flexibilität, die es dem Land offensichtlich erlauben, Probleme, sind diese als solche erkannt, auch wirklich kraftvoll anzugehen. Die Fähigkeit zur Koordination zielgerichteter Anstrengungen ist stärker als die auseinandertreibenden und einander blockierenden Kräfte. Dabei ist der Wettbewerb in der japanischen Wirtschaft durchaus scharf. Im einzelnen ist der japanische Weg kaum übertragbar. Nationale Traditionen bedingen im ganzen eine Eigenart, die es unmöglich machen dürfte, einzelne Elemente, die wir an anderer Stelle dieses Gutachtens etwas ausführlicher zu beschreiben versucht haben, für sich zu nehmen (Ziffern 461 ff.). Übertragbar ist die japanische Strategie aber auch deshalb nicht, weil sie für die Welt nicht verallgemeinerungsfähig erscheint, soweit sie in einer konzentrierten Förderung wechselnder, stets aber besonders zukunftsreicher Produktgruppen besteht. Es wäre zu befürchten, daß bald außer der Organisationskraft der Staaten auch deren Finanzkraft aufgeboten würde, einen einmal eingeschlagenen Weg erfolgreich zu Ende zu gehen. Zweifellos zieht die Weltwirtschaft Vorteile aus der Stimulierung des Wettbewerbs, die sich aus der japanischen Dynamik ergibt. Eine Nachahmung müßte sich auf diese Dynamik richten, weniger auf die Mittel, mit denen sie in Japan erreicht wird.

312. Das Beispiel Japans lehrt also eher im ganzen etwas, weniger im Detail. Der neue Weg Frankreichs hat für eine vergleichende Betrachtung noch zu wenig Kontur. Zu fragen bleibt, wie sich die Situation der Bundesrepublik von der Großbritanniens und der Vereinigten Staaten unterscheidet, wie der wirtschaftspolitische Weg, zu dem für die Bundesrepublik der Sachverständigenrat geraten hat, von den Wegen, die diese Länder eingeschlagen haben.

Der vielleicht wichtigste Unterschied liegt in dem kaum zu unterschätzenden Vorzug, daß in der Bundesrepublik die Inflationsrate verhältnismäßig niedrig ist. Dies zeigt mehr an als nur den Erfolg einer guten Geldpolitik. Die Inflationsrate hat sich als der

beste Indikator erwiesen für die Fähigkeit eines Landes, seine Probleme nicht nur zu vertagen oder zu überspielen, sondern sie zu lösen. Die jüngste Steigerung der Inflationsrate in der Bundesrepublik ist ebenfalls eher eine Bestätigung dieser Erfahrung als eine Ausnahme von ihr. Denn die reale Abwertung der D-Mark, die sie antrieb, hatte letztlich ihre Hauptursachen in binnenwirtschaftlichen Versäumnissen.

Die Vordringlichkeit der Aufgabe, erst einmal die Inflation einzudämmen, mindert sowohl in den Vereinigten Staaten als auch weiterhin in Großbritannien die Chance, einen einigermaßen konfliktfreien Weg zu finden, in hohem Maße. Das gleiche gilt für viele andere Länder. Eine Fortdauer der Restriktionspolitik im Ausland, die wegen der ungelösten Inflationsprobleme nötig erscheint, würde zwar auch uns betreffen, jedoch nicht nur negativ. Sie berührt uns negativ wegen der Nachfrageschwäche auf Märkten, die für uns Exportmärkte sind, und wegen der Tendenz zum Stabilitätsimport, die die betreffenden Länder aufweisen würden — ein Stabilitätsimport, der für uns — ebenfalls negativ — Inflationsimport wäre und sich aus einer ausländischen Restriktionspolitik über die Zinsen und Wechselkurse ergibt. Letzteres hätte aber die positive Kehrseite, daß wir vor einer neuen Tendenz zur Überbewertung der D-Mark vorläufig bewahrt blieben, die sich im Falle einer nachgiebigen Stabilitätspolitik des Auslandes einstellen könnte, sobald wir unser Haus in Ordnung gebracht haben. So könnte sich neue Dynamik unserer Exportwirtschaft ungestört entfalten.

Der zweite Hauptunterschied, vor allem gegenüber Großbritannien, liegt in dem sozialen Grundkonsens, den die Bundesrepublik bisher, wenn auch unter Gefährdungen, bewahren konnte. Er ist kostbar, weil er die Zielkonflikte in Grenzen hält, in welche die Wirtschaftspolitik gerät, wenn der allgegenwärtige Streit um die Einkommensverteilung mit der Marktmacht ausgetragen wird, über die die Tarifvertragsparteien am Arbeitsmarkt verfügen. Er ist freilich auch nicht kostenlos. Den Konsens zu bewahren, nötigt den Staat immer wieder, sozialen Forderungen bis an die Grenze des Finanzierbaren und des Vernünftigen nachzugeben.

Der Staat ist nicht aus seiner Verantwortung entlassen

313. Gewisse Gemeinsamkeiten zwischen dem Konzept einer angebotsorientierten Politik, das der Sachverständigenrat zur Diskussion gestellt hat, und den Grundlinien der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik in Großbritannien und den Vereinigten Staaten haben gelegentlich Anlaß zu Mißverständnissen hinsichtlich der Position des Rates gegeben.

Der Sachverständigenrat hat einem strengen Monetarismus nie das Wort geredet. Das Konzept des Rates beruht nicht auf der Annahme, daß ausreichende wirtschaftliche Dynamik sich in einem Marktsystem von selbst versteht; es kann anhaltende Angebotsstörungen geben. Und Erwartungsstörungen ha-

ben eine Bedeutung, die sich verselbständigen kann. So hat der Rat nicht vorgeschlagen, den Staat aus der Aufgabe zu entlassen, auf die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage in antizyklischem Sinne Einfluß zu nehmen, wenn die Umstände dies erfordern und wirksam zulassen. Hierzu gehört freilich auch, daß die inflationären Impulse, die von den öffentlichen Haushalten sowie von einer durch zu scharfen Verteilungsstreit bestimmten Lohnfestsetzung ausgehen können, und oftmals auch vom Ausland, nicht als etwas behandelt werden, auf das man stabilitätspolitisch mit dem Konzept einer konsequent mittelfristig orientierten Geldpolitik allemal eine ausreichend gute Antwort hat. Da Inflation die Beschäftigung gefährdet, weil sie früher oder später bekämpft werden muß, besser früher als später, liegt der beschäftigungspolitische Hauptbeitrag des Staates und der autonomen Gruppen im Verzicht auf eine Politik, die mit inflatorischen Impulsen verbunden ist. Aus dieser Verantwortung können beide von niemandem entlassen werden, am allerwenigsten von der Notenbank. Daraus folgt der Bedarf an Konzepten für eine mittelfristig orientierte, im Zweifel konjunkturneutrale Finanzpolitik und für eine kostenneutrale Lohnpolitik.

314. Kann und soll der Staat mehr tun mit dem Ziel, die autonomen Gruppen mit ihrem Teil der beschäftigungspolitischen Verantwortung nicht allein zu lassen? Er kann es nicht durch ständige Nachfragepolitik. Sie eröffnet inflatorische Spielräume, in denen sich der Zwang zur Wahrnehmung dieser Verantwortung auflöst. Er kann es ohne die Gefahr einer solchen Regelkreisstörung nur durch Angebotspolitik.

Eine Wirtschaftspolitik, welche durch Maßnahmen, die auf der Angebotsseite ansetzen, die wirtschaftliche Dynamik fördert, kann der Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft aufhelfen, die Lohnpolitik entlasten und die Geldpolitik davor bewahren, immer wieder im nachhinein die Finanzierung einer Preisniveausteigerung unvermeidlich finden zu müssen, die es im vorhinein nicht war. Der Vorrang und die Dringlichkeit der Angebotspolitik sind — insoweit situationsbedingt — Folge einer Entwicklung, in der sich die Möglichkeiten der Nachfragesteuerung durch Mißbrauch entwertet haben und in der sich die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft als überfordert erweist. Diese Überforderung hängt mit den übergroßen Herausforderungen von außen zusammen, aber auch mit hausgemachter Verkrustung und zu großer Störung marktwirtschaftlicher Antriebsmechanismen. Ein angebotspolitischer Optimismus freilich, wie ihn die amerikanische Regierung eine Politik wagen läßt, die ganz auf die Möglichkeit eines virtuoson Expansionsprozesses mit rascher Autokonsolidierung rigoroser Steuersenkungen setzt, gehört nicht zum Konzept des Sachverständigenrates.

315. Mit übergroßem Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte des Marktsystems hat das alles recht wenig zu tun, jedenfalls nicht des Marktsystems, wie es sich derzeit darstellt. Ein Bedarf an Angebotspolitik stellt dem Zustand des Marktsystems kein besse-

res Zeugnis aus als ein Bedarf an Nachfragepolitik. Wir raten freilich, sich von einer Kräftigung der Antriebsmechanismen des Marktsystems mehr zu versprechen als davon, diese Antriebsmechanismen mehr und mehr durch anderes zu ersetzen.

Mißtrauen hat häufig den Grund, daß das Marktgeschehen nicht leicht durchschaut und seine Ergebnisse in der Regel nicht im einzelnen prognostiziert werden können. So vertrauen sich viele nicht gern ordnungspolitischen Maßnahmen an — die das Funktionieren des Marktsystems verbessern sollen —, sondern drängen auf die staatliche Intervention, auf das Selbermachen durch den Staat, auf das Vorschreiben, das Verboten, auf die Lenkung mit Kontrolle. Die Faszination des Unmittelbaren ist besonders groß bei den Staatsausgaben. Hier weiß man, daß eine bestimmte Wirkung jedenfalls gewiß ist. Daß es außer dieser gewissen Direktwirkung noch vielfältige über das Marktsystem laufende ungewisse Rückwirkungen gibt, derart, daß die Gesamtwirkungen nicht gewisser sind, als wenn man die zu lösende Aufgabe von vornherein dem Marktsystem anvertraut hätte, daß vor allem zweifelhaft ist, ob die Gesamtwirkungen in jenem Falle auch nur annähernd so wohltätig sind wie in diesem, das wird nur allzu leicht übersehen. Der Interventionismus bietet nur Scheinsicherheit; er braucht den inneren Vorbehalt, an all den vielen Stellen, an denen sich unerwünschte Rückwirkungen zeigen mögen, wiederum zu intervenieren, was jedoch ein utopisches Programm darstellt.

Der Streit der Meinungen gibt oft Anlaß, jedem etwas Recht zu geben und sich für eine gemischte Strategie zu entscheiden. Zuweilen ist dies möglich und vernünftig. Aber die Strategiemischung hat Grenzen. Man kann die Staatsquote nicht zugleich erhöhen und senken. Man kann nicht zugleich mehr und weniger arbeiten. Man kann nicht versuchen, die marktwirtschaftlichen Antriebskräfte zu stärken, und zugleich aus lauter Mißtrauen neue Interventionsregeln in Kraft setzen, die sie lähmen. Nicht immer stellt sich die Alternative so streng. Aber in vielen Einzelfällen geht es genau um diese Frage. Ein ökonomisches Problem kann vollständig seine Farbe wechseln, je nachdem, ob man es als Angebotsproblem oder als Nachfrageproblem sieht. Konkret: Erkennt man anhaltende Arbeitslosigkeit als ein angebotsseitig verursachtes Problem, so ist Arbeitszeitverkürzung nicht nur keine Lösung, sondern sogar schädlich. Wenn die wirtschaftlichen Bedingungen schlechter werden, muß man mehr arbeiten, nicht weniger. Ganz anders verhält es sich, wenn man die Arbeitslosigkeit als Folge eines dauerhaften Nachfragemangels interpretiert. Man endet dabei, Arbeit zu rationieren. Die Tatsache, daß auch ein Diagnoseurteil unsicher ist, ändert nichts daran, daß man sich entscheiden muß, welches die beste Setzung ist, in jedem Falle: welches unter Unsicherheit, das heißt unter Berücksichtigung der Risiken, die bessere Strategie ist.

316. Wenigstens eines sollte aber unstreitig sein können: Beschäftigungspolitische Verantwortung nimmt der Staat nicht nur wahr, wenn er Leute selbst beschäftigt oder wenn er Geld ausgibt, damit

andere es tun. Er nimmt sie auch wahr, wenn er sich darauf konzentriert, die Bedingungen zu verbessern, unter denen die Einzelnen ihren Erwerb selbst suchen. Die Frage eines Rückzuges des Staates aus seiner beschäftigungspolitischen Verantwortung stellt sich gegenwärtig nicht. In der Diskussion über die richtige wirtschaftspolitische Strategie geht es derzeit ausschließlich um das Wie, nicht um das Ob.

317. Das gleiche gilt für die Frage eines Rückzuges des Staates aus seiner sozialen Verantwortung. Auch hier gibt es eine Neubesinnung auf das Mögliche, das Vernünftige. Aber die Diskussion über Grenzen der Belastbarkeit der Staatshaushalte und der großen Solidargemeinschaften sowie über Störungen sozialer und wirtschaftlicher Regelkreise ist von der Sorge überschattet, es stünde mehr als Sicherung der sozialen Sicherung zur Diskussion,

Die Bereitschaft zu großzügigen sozialen Regelungen steht in der Bundesrepublik auf keiner Seite in Frage. Über die gesetzlichen und die tarifvertraglich festgelegten Regelungen hinaus sind in vielfältiger Weise ergänzende soziale Regelungen spontan entstanden. Allerdings erweist es sich als sehr schwierig im Bedarfsfall Korrekturen vorzunehmen, um soziale Lasten und soziale Regelwerke in Einklang zu halten mit den Funktionsbedingungen des Marktsystems.

Die soziale Rechtfertigung des Marktsystems beruht darauf, daß es im Prinzip die Einkommen danach zuteilt, welchen Nutzen jemand für andere erbringt, daß es durch hohe Effizienz Einkommenssteigerungen für alle möglich macht und daß es genug Mittel bereitzustellen erlaubt, um für ausgleichende Gerechtigkeit sorgen zu können. Zu den Gefährdungen des Systems gehört die Neigung, das Verteilungsprinzip des Marktes zu diffamieren, die Effizienz des Systems für selbstverständlich zu nehmen, die Ansprüche auf Umverteilung zu überziehen und damit das Verteilbare selbst zu gefährden und das Verteilungsergebnis des Marktes nicht nur zu korrigieren, sondern in unfairer Weise zu verfälschen.

Unvollkommenheitsbewußtsein gehört schon dazu, die Vorstellung, die eine Marktwirtschaft im Konkreten gibt, trotz allen Ungenügens im Detail im ganzen gut zu finden. Wer trotz dieses Ungenügens, das meist vor allem ein verteilungspolitisches Ungenügen ist, die Marktwirtschaft erhalten will, und sei es nur mangels einer besseren Alternative, ist freilich auf ein ausgewogenes Verhältnis von Selbstverantwortung und Solidarität vollständig angewiesen, wobei Selbstverantwortung — die Grundidee des Marktsystems — in der Führungsrolle sein muß. Dies muß den Konsens einschließen, daß auch gute soziale Regelungen nur nach dem Prinzip von Versuch und Irrtum gefunden werden und daher unter Revisionsvorbehalt stehen müssen, daß es auch hier Innovationsbedarf gibt, wenn sich Regelkreisstörungen zeigen. Wenn man jede einmal bestehende Regelung, auch solche, die sich als verbesserungsbedürftig erwiesen haben, als eine soziale Errungenschaft mit aller Macht verteidigt, muß das jede Groß-

zügigkeit in der Sozialpolitik diskreditieren, künftige Entscheidungen der Sozialpolitik belasten und in den gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen zum Schaden aller ausschlagen.

318. Solche Grundsätze sind meist auch weniger streitig als ihre Anwendung im konkreten Fall. Und der Streit über angemessene Verteilungsregeln beschränkt sich nicht auf das Feld der Sozialpolitik und der sonstigen Umverteilungsmaßnahmen des Staates. Er durchzieht auch die Diskussion über die unterschiedlichen gesamtwirtschaftlichen Strategien der Stabilitäts- und Wachstumspolitik. Dies mag verständlich sein. Aber es ist deshalb noch nicht gut, daß es so ist. Die Frage der Entscheidung über eine wirtschaftspolitische Strategie ist nicht in erster Linie eine Frage der Gewichtung unterschiedlicher Interessen. Sie ist in erster Linie eine Frage der Interessen aller. Nur bei vordergründiger Betrachtung scheint es sich anders zu verhalten. Versucht man die Probleme zu Ende zu denken, so wird regelmäßig deutlich, daß sich im volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhang die Vorteile aus einer wirtschaftspolitischen Strategie ganz anders und oftmals auch gerechter verteilen, als es aufgrund der Ansatzpunkte der Maßnahmen den Anschein haben mag. Bei keinem Problem wird dies so deutlich wie bei dem der Arbeitslosigkeit. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten einer hohen Arbeitslosigkeit sind so außerordentlich groß, daß es keine Gruppe gibt, die nicht direkt oder indirekt massiv davon betroffen wird. Jede Gruppe hat daher ein wohlverstandenes Interesse an einer wirtschaftspolitischen Strategie, die diese Kosten beseitigt, indem sie die Arbeitslosigkeit abbaut. Die Vorteile einer erneuten wirtschaftlichen Dynamik würden im Wettbewerb verteilt. Ob dabei derjenige einen zusätzlichen Gewinn bewahren kann oder ihn nicht vielmehr unter dem Druck seiner Konkurrenten weitergeben muß, der von der Wirtschaftspolitik gefördert wird, beispielsweise durch eine Minderung der Steuern auf Investitionen, ist zunächst eine offene Frage. Eine marktwirtschaftliche Strategie, die eine nachhaltige Veränderung von Verteilungsquoten als Mittel einsetzen wollte oder auch nur könnte, gibt es nicht. Die Erfahrung, daß aus der wirtschaftlichen Dynamik der 50er und 60er Jahre alle einen großen Nutzen gezogen haben, kann vielleicht verhindern helfen, daß eine mutige Strategie der Erneuerung an Widerständen scheitert, die auf der Furcht beruhen, daß man selbst nur an den Kosten teilhat, andere hingegen alle Vorteile haben werden.

II. Gegen den Mangel an wirtschaftlicher Dynamik

319. Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland befindet sich derzeit in der längsten Stockungsphase ihrer Geschichte. Eine Erholung läßt auch nach eineinhalb Jahren der Stagnation auf sich warten. Die Durststrecke, die zu überwinden ist, bis sich eine Besserung durchsetzt, ist offenbar noch länger geworden. Die Stimmung wird geprägt durch Mel-

dungen über Konkurse, Ertragseinbrüche und eine Arbeitslosigkeit, die von Monat zu Monat steigt. Das übertriebene Vertrauen in die Steuerbarkeit des wirtschaftlichen Geschehens ist in ein übertriebenes Mißtrauen umgeschlagen. Der Staat mußte in einer konjunkturell angespannten Situation Maßnahmen zur Konsolidierung seiner Finanzen einleiten. Die Diskussion über die Staatsfinanzen ist dadurch nicht zur Ruhe gekommen. Eine Finanzpolitik, die laufend Deckung für neue Milliardenlücken suchen muß, verunsichert alle, die in die Zukunft weisende Entscheidungen zu treffen haben.

320. Die vier Ziele, die der Sachverständigenrat seiner Arbeit zugrundelegen hat, sind gravierend verletzt:

- Von einem hohen Beschäftigungsstand ist die Wirtschaft weiter entfernt als in der Rezession von 1975. Im kommenden Jahr werden über eineinhalb Millionen Menschen ohne Arbeit sein.
- Das Ziel eines stabilen Preisniveaus wird gegenwärtig fast ebenso weit verfehlt wie nach der ersten Ölpreiskrise. Nur allmählich ebbt die Preiswelle ab, die sich aus der Abwertung der D-Mark ergab.
- Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ist trotz rückläufiger Leistungsbilanzdefizite noch so stark gestört, daß der Spielraum für Zinssenkungen bisher eng geblieben ist.
- Das wirtschaftliche Wachstum leidet unter der Investitionsschwäche. Die Produktionskapazitäten wachsen nur langsam, zusätzliche Arbeitsplätze entstehen keine. Produktion und Realeinkommen stagnieren oder nehmen nur wenig zu.

321. Der Pessimismus hat zugenommen, er ist größer als es der zweifellos schwierigen Lage entspricht. Zu wenige wagen im Augenblick auf jene Dynamik zu setzen, die allein eine Entspannung am Arbeitsmarkt bringen kann. Zögern scheint weniger riskant zu sein als Handeln. Alle warten auf niedrige Zinsen und einen kräftigen Impuls aus der Weltwirtschaft. Aber auch im Ausland türmen sich die Probleme. Vom Angebot her ist die deutsche Wirtschaft auf einen wachsenden Weltmarkt ausgelegt. Jahrzehntlang ist sie damit gut gefahren. Jetzt trifft das zusammen, was im Fahrplan der Wirtschaftspolitik eigentlich nicht vorgesehen ist — Stabilisierungskrisen draußen und hier der Verlust an wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum.

Aus der Weltwirtschaft kommt keine Führung

322. Die Welt vermag sich nur langsam aus ihrer wirtschaftlichen Lähmung zu befreien, die zu einem bedrohlichen Anschwellen der Arbeitslosigkeit geführt hat. In allen Ländern versucht die Wirtschaftspolitik, wieder handlungsfähig zu werden. Das ist ein mühsames Unterfangen, da hartnäckige Inflationsprobleme, defizitäre Staatshaushalte, erstarrte Angebotsstrukturen, Abhängigkeit vom OPEC-Öl und latente Verteilungskonflikte den Weg versper-

ren. Die Wirtschaftspolitik, mit der sich Großbritannien und die Vereinigten Staaten um Lösungen bemühen, bricht mit der Vergangenheit, stößt aber auf Skepsis und Mißtrauen. Großbritannien hat die tiefe Rezession immer noch nicht überwunden. In Kontinentaleuropa sucht Frankreich einen Neubeginn in der Wirtschaftspolitik, der von den Partnerländern mit Sorge verfolgt wird. Aber auch in den Ländern, in denen es die Risiken des Kurswechsels nicht gibt, mangelt es an Vertrauen in die Fähigkeit der Wirtschaftspolitik, der Probleme Herr zu werden. Die Kapitalanleger fordern für die Unsicherheit in der Welt einen hohen Zins. Letztlich schlagen alle ungelösten Probleme auf den Preis, der für die Hergabe von Geld verlangt wird. Die Geldpolitik sieht sich dabei in die Enge getrieben. Da andere nicht für Bedingungen sorgen, die solides Wirtschaften erlauben, ist ein auf mehr Stabilität zielender Kurs mit Geldzinsen verbunden, die jede Investitionsdynamik erdrücken. Nur Japan hat bisher diesem Dilemma mit einer Wirtschaftspolitik entgehen können, die den Anpassungsaufgaben in einer Weise gerecht wird, die die Geldpolitik nicht überfordert.

323. Hohe Zinsen zeigen die Richtung, in der nach Lösungen gesucht werden muß. Die Einsicht ist größer geworden, daß die ungelösten Probleme überwiegend aus Störungen erwachsen, deren Ursprung tiefer liegt als bei der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Handelte es sich in der Welt gegenwärtig nur um eine nachfrageseitig verursachte Unterauslastung der Produktionskapazitäten, würden nicht hohe und teilweise noch steigende Inflationsraten mit Stagnation und zunehmender Arbeitslosigkeit einhergehen. Der Druck des Überangebots würde dafür sorgen, daß der Preiswettbewerb schärfer wird und die Inflation zurückweicht, wie es in früheren Rezessionsphasen der Fall war. In einer Situation des Nachfragemangels, in der die Ertragserwartungen auf einem Tiefpunkt sind, sollten eigentlich auch die Zinsen nicht hoch bleiben oder gar noch steigen. Wenn dies anders ist, so hängt das damit zusammen, daß überall ein hoher staatlicher Kreditbedarf auf dem Kapitalmarkt lastet und die Kapitalanleger einen fortdauernden Bedarf an Inflationsbekämpfung und Unsicherheit über deren Erfolg ins Kalkül zu nehmen haben und sich auch sonst allenthalben erhöhten Risiken der Unternehmen sowie der Möglichkeit einer weltweiten Kapitalknappheit gegenübersehen. Kapital könnte auch dann in der Welt für längere Zeit teuer bleiben, wenn die vermeidbaren Anlagerisiken wegfielen, die Kapitalnachfrage aber kräftig steigt, weil das, was an Produktionskapazitäten und Arbeitsplätzen heute fehlt, in Zukunft zu mehr Investitionen führt, die Beschäftigungsprobleme also an ihrem Ursprung gelöst werden. Diese Zusammenhänge verkennt, wer die Geldpolitik in den Vereinigten Staaten oder anderswo wegen der hohen Zinsen auf die Anklagebank zitiert. Aus einer so verspannten Situation wie der von heute kann die Geldpolitik nicht herausführen. Freilich brauchen die Zinsen nicht überall gleich hoch zu sein.

324. Bis zu einer echten Lösung der Probleme ist es ein langer Weg. Die Wirtschaftspolitik ist überall eingeklemt von den Forderungen nach Sicherung der

Einkommenspositionen, nach umfassendem sozialen Schutz vor wirtschaftlichen Risiken, nach einem ungeschmälernten Angebot an staatlichen Dienstleistungen und nach einer heileren Umwelt. So verständlich diese Forderungen auch sind, sie können nur schwer erfüllt werden, wenn sie als Vorbedingung wirtschaftlichen Handelns verstanden werden, und nicht als dessen Ergebnis. Es fehlt dann an dem Spielraum, den die Wirtschaftspolitik braucht, um im Interesse der Beschäftigung und der sozialen Sicherheit für Bedingungen zu sorgen, die mehr Dynamik zulassen. Allenthalben herrscht Zweifel, ob die Regierungen sich diesen Spielraum verschaffen können. Geht es doch um Lösungen, bei denen nicht jeder gleich am Anfang gewinnen kann. Auch da, wo man es mit rigorosen Lösungsansätzen versucht, bleiben Zweifel solange wach, wie die Wirtschaftspolitik Erfolge nicht auf ihrer Seite hat. Es fehlt an einem erprobten Konzept, das der Wirtschaftspolitik in der Welt und den Erwartungen als Orientierung dienen könnte.

325. Defizitäre Staatsfinanzen sind unmittelbarer Niederschlag des Problemdrucks. Staatsdefizite, die darauf beruhen, daß die Leistungen, zu denen der Staat sich verpflichtet hat, höhere Belastungen mit sich bringen, als die Bürger ohne Minderung ihres Leistungswillens zu tragen bereit sind, laufen auf eine Vernichtung von Sparkapital hinaus. Über die Staatshaushalte wird ein großer Teil der freiwilligen Ersparnisse einer konsumtiven Verwendung zugeführt. Viele Länder sind offenbar an einem solchen Punkt angelangt. Nicht umsonst bemißt sich der Vertrauensvorschuß, der einer Regierung eingeräumt wird, heute danach, wie sie ihre Haushaltsdefizite unter Kontrolle zu bringen vermag. Die Regierung der Vereinigten Staaten mußte das ebenso erfahren wie die der Bundesrepublik. Zu Investitionsaufgaben, die alle Industrieländer lösen müssen, um Arbeitsplätze zu schaffen, um die Produktionsanlagen zu erneuern und um teures Öl zu ersetzen, passen hohe Staatsdefizite überhaupt nicht. Sie lassen sich unter diesen Umständen nur finanzieren bei einem Zins, der die drängenden Investitionsaufgaben nicht in genügendem Umfang zum Zuge kommen läßt. Die Notwendigkeit von mehr Investitionen bestreitet heute niemand. Kaum eine Regierung hat aber ein Konzept verwirklicht, das diese Investitionen hervorbringt.

326. Obwohl im Verteilungsstreit weitgehend Waffenruhe herrscht, ist von der Lohnpolitik nur in wenigen Ländern Entlastung für die Wirtschaftspolitik zu erwarten. Wo die Reallöhne sinken, ist dies in der Regel nicht Ergebnis freiwilliger Zurückhaltung bei den Tarifvereinbarungen, sondern Folge unerwartet beschleunigter Preissteigerungen. Großes Investitionsvertrauen können solche Reallohnsenkungen nicht begründen. Denn sie stehen unter dem Vorbehalt der Korrektur in der kommenden Lohnrunde. Eine Beschleunigung der Inflation läßt zudem die Zinsen steigen und erhöht die Gefahr, daß später eine Stabilisierungskrise notwendig wird. Über eine nachgiebige Haltung gegenüber der Inflation läßt sich die Dynamik nicht zurückgewinnen. Inflation verunsichert, sie ermutigt nicht.

327. Ohne daß mehr Dynamik in der Weltwirtschaft aufkommt, kann sich auch die deutsche Wirtschaft nur schwer aus der Erstarrung lösen. Das Warten auf den warmen Wind steigender Auslandsnachfrage und fallender Zinsen kann aber kein Ersatz für wirtschaftspolitische Anstrengungen sein. Die hohe Arbeitslosigkeit fordert alle heraus. Hohe Zinsen im Ausland sind kein Schicksal für uns. Der Stabilitätsvorsprung, den die Bundesrepublik immer noch besitzt, und die Besserungstendenz in der Leistungsbilanz lassen hoffen, daß sich für die D-Mark wieder eine anhaltende Aufwertungserwartung herausbildet; vor allem der Staat und die Tarifparteien müssen dazu ihren Beitrag leisten. Den Tribut, den die Geldkapitalbesitzer in der verunsicherten Welt von heute fordern, brauchen die Länder nicht zu leisten, die verlässliche Anlagemöglichkeiten bieten. Darin liegt auch eine Chance für die Bundesrepublik.

Das Beschäftigungsdilemma

328. Keine Fehlentwicklung in der deutschen Wirtschaft ist gravierender als die hohe und weiter steigende Arbeitslosigkeit. Die Anzahl der Arbeitsplätze schrumpft, obwohl die Anzahl der Arbeitsuchenden kräftig zunimmt. Daß dies in anderen Ländern nicht anders ist, kann denen kein Trost sein, die keinen Arbeitsplatz haben oder um ihren Arbeitsplatz bangen. Soziale Sicherung, so wichtig sie ist, kann kein Ersatz für Erwerbchancen sein, auch dann und möglicherweise gerade dann nicht, wenn sie großzügig angelegt ist. Jede echte Lösung des Beschäftigungsproblems verlangt mehr als Geld. Sie braucht aber nicht einmal viel zu kosten, wenn Gewerkschaften, Unternehmen und Staat sich wechselseitig den Vertrauensvorschuß einräumen, der neue Lösungen erlaubt.

329. Wenn die Zeiten härter werden, kann man sich nicht darauf berufen, daß es bisher noch einigermaßen gut gegangen ist. Entweder rücken diejenigen, die die Verantwortung tragen, zusammen und suchen gemeinsam nach einer Lösung, oder sie flüchten in den Konflikt. Konflikte können unvermeidbar sein, wenn verkrustete Strukturen nur so — das heißt mit hohen Kosten — aufzubrechen sind. Das mag in anderen Ländern der Fall sein, ist es aber nicht in einem Land, das seinen Wohlstand und seine Stabilität nicht zuletzt darauf gegründet hat, daß die gesellschaftlichen Gruppen ihre Gegensätze ohne gravierende Konflikte ausgetragen haben. In der Bundesrepublik sollte es nach wie vor die Chance geben, daß die Lösung des Beschäftigungsproblems auf der Basis eines Konsens gefunden wird.

330. Neue Lösungswege sind jedoch vonnöten. Das herkömmliche Instrumentarium der Beschäftigungspolitik versagt. Weil gegenwärtig trotz Stagnation und zunehmender Arbeitslosigkeit die Inflationsraten noch steigen und die Zinsen nicht rasch genug sinken, sind die Selbstheilungskräfte schwach. Zugleich kann sich die Wirtschaftspolitik

deshalb nicht drehen und wenden. Die Erwartung, daß es jetzt besonders günstig ist zu kaufen und zu investieren, kann sich nicht herausbilden. Exporterfolge müssen mit einer Abwertung bezahlt werden, die Inflationsimport mit sich bringt und mit hohen Zinsen einhergeht. Eine auf mehr Nachfrageexpansion zielende Wirtschaftspolitik läuft sogar Gefahr, daß sie die Situation noch verschärft. Denn sie muß gegen das Mißtrauen des Marktes ankämpfen. Kreditfinanzierte Ausgabenprogramme treiben die Zinsen eher nach oben, als daß sie die Erwartungen umdrehen und damit zu einer Initialzündung werden. Selbst jener Teil der Arbeitslosigkeit, der als konjunkturbedingt gelten kann, läßt sich kaum wirksam bekämpfen, ganz zu schweigen von jenem größeren Teil, hinter dem ein nur langsam behebbarer Mangel an Arbeitsplätzen steht.

331. Rund eine halbe Million Arbeitsplätze sind derzeit unbesetzt, weil die Konjunktur stockt. Dahinter steht die konjunkturbedingte Unterauslastung der Produktionskapazitäten (Ziffer 115). Eine konjunkturelle Erholung, die schon bald auf den Arbeitsmarkt übergreift, steht zwar nicht unmittelbar bevor. Die konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit wird vorerst sogar weiter ansteigen. Bei einer späteren Erholung der Konjunktur kann aber der größte Teil dieser Arbeitsplätze wieder besetzt werden.

332. Das eigentliche beschäftigungspolitische Problem liegt tiefer. Schätzungsweise sind für mindestens eine Million Arbeitsuchende gegenwärtig überhaupt keine Arbeitsplätze vorhanden (Ziffer 141). Sie müssen durch Investitionen erst geschaffen werden. Eine wachsende Erwerbsbevölkerung bei Mangel an Investitionen in neue Arbeitsplätze läßt die Arbeitsplatzlücke sogar noch größer werden. Die tieferen Ursachen dieser Lücke kann die Wirtschaftspolitik nicht einfach aus der Welt schaffen: Ein Kostenniveau, das seit 1974/75 anscheinend nicht mehr richtig ins Lot gekommen ist, gestörte Bedingungen für Strukturwandel und Neuerungen, Steuern, Subventionen und Sozialgesetze, die anreizschädlich sind, Investitionshürden, die durch Gerichte, Behörden und Bürgerproteste errichtet wurden. Die allmählichen Fortschritte bei der Verbesserung der Investitionsbedingungen, die in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erzielt werden konnten, haben nicht ausgereicht, den erneuten Ölpreisschub ohne gravierende Folgen für die Beschäftigung aufzufangen. Die hohen Zinsen haben schließlich die Investitionsdynamik versanden lassen. Eine Klimawende, wie sie notwendig wäre, um den Mangel an Arbeitsplätzen zu beseitigen, ist nicht in Sicht. Kleinere Änderungen der wirtschaftspolitischen Rahmendaten dürften kaum noch ausreichen. Mehr ist notwendig: Ein Neubeginn im Zusammenspiel all derer, die beschäftigungspolitische Verantwortung tragen.

333. Zwischen dem, was im Interesse der Beschäftigung dringend erforderlich erscheint, und dem, was lohnpolitisch und wirtschaftspolitisch offenbar als realisierbar gilt, klafft eine große Lücke. Wenn Arbeitslosigkeit nicht zum Stigma der marktwirtschaftlichen Ordnung werden soll, muß sich das än-

dern. Der Verweis auf die späten achtziger Jahre, in denen der Arbeitsmarkt aus demographischen Gründen entlastet wird, darf kein Vorwand sein, die Probleme von heute und morgen zu verdrängen. Das alte Spiel, daß jeder, der Mitverantwortung trägt, die Hauptverantwortung bei anderen findet, führt nicht weiter. Niemand ist von der Verantwortung frei, in seinem Bereich neue Handlungsspielräume zu erschließen und zu nutzen.

334. Auf der Seite der Gewerkschaften argumentiert man, daß Zurückhaltung bei künftigen Tarifierhöhungen für die Arbeitnehmer nur dann akzeptabel sei, wenn durch die Geldpolitik oder durch öffentliche Investitionsprogramme sichergestellt werde, daß wirklich mehr Arbeitsplätze geschaffen würden. Eine solche Strategie birgt Risiken und Chancen. Die Risiken liegen in den Gefahren für die Geldwertstabilität, den Wechselkurs und den längerfristigen Zins, wenn die Lockerung der Geldpolitik oder die Auflage eines Investitionsprogramms als Signal für die Abkehr von einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik verstanden wird. Sie werden auch darin gesehen, daß man versuchen könnte, die Beschäftigungswirkungen auf dirigistische Weise zu sichern. Die Chancen könnten darin liegen, daß möglicherweise eine qualitative Änderung der lohnpolitischen Strategie erreicht wird, die Vertrauen gründet, das Spielraum für Zinssenkungen und Investitionen schafft. Was überwiegt, läßt sich im vorhinein schwer sagen. Der Vorschlag könnte jedoch Ausgangspunkt für einen Dialog zwischen den Tarifparteien und den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern sein, läßt er doch die Richtung erkennen, in der Tarifparteien und Staat gemeinsam Lösungen suchen müssen.

Ein beschäftigungspolitischer Konsens

335. Wie schwierig die Situation gegenwärtig ist, wird deutlich an den Aufgaben, vor die Gewerkschaften, Arbeitgeber und die Wirtschaftspolitik im Hinblick auf die Zuspitzung der Beschäftigungsprobleme heute gestellt sind:

- Die Gewerkschaften müssen sich fragen, ob die Sicherung und Steigerung der Reallöhne oder die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in ihrer tarifpolitischen Konzeption Vorrang haben soll. Beides zugleich läßt sich bei unveränderten lohnpolitischen Positionen in den kommenden Jahren wohl kaum realisieren. Nur ein kräftiges Wachstum der Wirtschaft könnte sie aus dieser Zwickmühle befreien.
- Die Arbeitgeber müssen prüfen, wie sie eine Strategie, die über eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik und über mehr Investitionen zu mehr Arbeitsplätzen führt, für die Arbeitnehmer akzeptabler machen können. Eine breit angelegte Offerte zur Gewinn- und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer könnte dazu beitragen.

Eine allmähliche Entkrampfung der Situation wäre möglich, wenn sich die Gewerkschaften und Arbeit-

geber auf der Basis solcher Abwägungen über einen neuen beschäftigungspolitischen Konsens verständigen könnten. Der Vertrauensvorschuß, den sich die Tarifparteien gegenseitig gewähren, würde auch auf die Geldpolitik und die Finanzpolitik ausstrahlen und deren Handlungsraum vergrößern:

- Die Bundesbank könnte — derart abgesichert gegen Vertrauensrisiken — mehr als jetzt möglich erscheint dafür sorgen, daß sich die monetäre Expansion wieder spürbar beschleunigt und die Zinsen schneller sinken. In der Rolle des Zinsführers nach unten würde sie ihren Beitrag zur Normalisierung der Investitionstätigkeit leisten (Ziffer 404).
- Die Finanzpolitik wäre mit solcher Rückendeckung von seiten der Tarifparteien ebenfalls in der Lage, einen größeren Spielraum für arbeitsplatzschaffende Investitionen im öffentlichen wie privaten Bereich zu erschließen. Das Ziel der Konsolidierung brauchte und dürfte darüber nicht ins Hintertreffen geraten.

Aus der gegenwärtigen Situation heraus einen beschäftigungspolitischen Neubeginn zu finden, ist eine schwierige Führungsaufgabe. Überall muß der Spielraum erst gewonnen werden. Das mag um so eher gelingen, je unmittelbarer alle Maßnahmen darauf ausgerichtet sind, daß Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen werden. Das würde Mißtrauen auf seiten der Arbeitnehmer den Boden entziehen.

336. Ein beschäftigungspolitischer Konsens der Tarifparteien ist auch deshalb so wichtig, weil eine Erhöhung der Staatsdefizite derzeit kaum in Betracht kommt. Hohe Defizite des Staates — genauer: Maßnahmen, für die sie stehen — sind in beschäftigungspolitisch schwierigen Situationen nur hilfreich, wenn die Wirtschaftspolitik das Vertrauen der Wirtschaft und der Bevölkerung hat. Maßnahmen, mit denen der Staat die Wirtschaft zu beleben versucht, entstammen einem Konzept, das nicht zuletzt entworfen wurde, um mit dem Problem von Vertrauensstörungen in einem als instabil vorgestellten Marktssystem fertig werden zu können. Die Ratio dieses Konzepts ist es, für einen Vorlauf des Vertrauens gegenüber der tatsächlichen Entwicklung zu sorgen, weil sonst die tatsächliche Entwicklung sich nicht ausreichend rasch bessert. Das setzt jedoch ein Vertrauen in die mittelfristige Solidität der Staatsfinanzen voraus, das es derzeit nicht gibt, gleichviel aus welchen Gründen. Es wiederherzustellen, ist daher eine selbständige Aufgabe geworden, und die Regierung ist genötigt, ihr Vorrang zu geben. Solange diese Aufgabe ungelöst ist, muß von anderen für den Vertrauensvorlauf gesorgt werden.

337. Gewerkschaften und Arbeitgeber sollten sich im Rahmen der Tarifautonomie darauf einigen, daß das vorrangige Ziel der kommenden Jahre darin besteht, mehr als eine Million neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es wäre ein Konsens darüber anzustreben, daß für eine Reihe von Jahren der volkswirtschaftliche Produktivitätsfortschritt für diese Aufgabe genutzt werden soll. Bei der Tariflohnpolitik würde dann die Sicherung der Reallöhne im Vordergrund

stehen. Durch geeignete Vereinbarungen zur Gewinn- und Vermögensbeteiligung breiter Schichten der Arbeitnehmer wäre anzustreben, daß sich dabei die Einkommens- und Vermögensverteilung nicht strukturell zu Lasten der Arbeitnehmer verschiebt. Für eine Korrektur der gegenwärtig konjunkturell stark verzerrten Verteilungsrelationen müßte Raum bleiben. Dieser Korrekturbedarf ist im Prinzip nicht umstritten. Es kommt zunächst darauf an, daß sich die Wirtschaft wieder erholt. Die Tarifparteien dürfen aber nicht allein das im Auge behalten, sondern müßten auch versuchen, sich über den mittelfristigen Kurs im Grundsatz zu verständigen. Je besser das gelingt, um so eher sind sinkende Zinsen und eine investitionsfreundlichere Finanzpolitik möglich. Wenn in den nächsten Jahren einige hunderttausend Arbeitsplätze geschaffen und zugleich die Reallöhne und die soziale Sicherung annähernd gehalten werden könnten, wäre das schon ein guter Erfolg dieser Politik.

338. Eine Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmensgewinnen und der Kapitalbildung, die zur Lösung der Beschäftigungsprobleme erforderlich sind, müßte ein tragendes Element der grundsätzlichen Verständigung sein. Modelle einer Gewinn- und Vermögensbeteiligung sind in den letzten Jahren eingehend erörtert worden, auch der Sachverständigenrat hat sich mehrfach dazu geäußert, zuletzt im Jahresgutachten 1976 (JG 76 Ziffern 361 ff.). In vielen Unternehmen gibt es schon seit Jahren die eine oder andere Form der Arbeitnehmerbeteiligung am Gewinn oder am Kapital. Die steuerlichen Hürden, die dem vielfach noch entgegenstehen, sind offenbar nicht unüberwindbar, wieweil sie im Einzelfall gravierend sein mögen. Die Arbeitgeberorganisationen haben sich in den letzten Jahren gegenüber der Ertrags- und Kapitalbeteiligung eher zurückhaltend gezeigt. Allzu unterschiedlich waren die Interessen, aber auch die erwarteten Auswirkungen solcher Pläne bei den Mitgliedsunternehmen. Viele befürchten wohl auch eine weitere Ausdehnung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer oder wollen den Gesellschafterkreis nicht ausdehnen. Es gibt aber auch Unternehmer, die raten, solche Risiken nicht allzu hoch zu bewerten. Tarifvertragliche Vereinbarungen zur Gewinn- und Vermögensbeteiligung könnten sich auch auf den Umfang der Mitspracherechte erstrecken.

339. Im Hinblick auf die nächste Lohnrunde diskutieren die Gewerkschaften über eine sogenannte Tarifrente. Ältere Arbeitnehmer sollen, so der Grundgedanke, statt mit 63 Jahren einige Jahre früher aus dem Betrieb ausscheiden oder ihre Arbeitszeit schrittweise reduzieren können und für diese Zeit weiter Lohn, wenn auch nicht den vollen, vom bisherigen Arbeitgeber erhalten. Man verspricht sich vom Ausscheiden älterer Arbeitnehmer, daß Arbeitsplätze frei werden, die von Jüngeren eingenommen werden könnten, eine Erwartung, wegen der sich möglicherweise mehr Arbeitnehmer, als eigentlich dazu bereit sind, gedrängt sehen könnten, das Angebot anzunehmen. Über die Kosten einer solchen Regelung zugunsten der Älteren gehen die Schätzungen von Gewerkschaften und Arbeitgebern ausein-

ander, vor allem deshalb, weil man nicht genau weiß, wie viele Arbeitnehmer sie in Anspruch nehmen könnten und sie in Anspruch nehmen würden. Die Kosten mindern auf jeden Fall den Spielraum, der in den nächsten Jahren für Lohnerhöhungen und andere Leistungen der Unternehmen zur Verfügung steht, auch solche im Rahmen einer Gewinn- und Vermögensbeteiligung. Wie viele Arbeitsplätze frei werden oder in welchem Umfang die Unternehmen die Regelung benutzen, um den Personalbestand zu vermindern, kann kaum abgeschätzt werden. In eine offensive Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit paßt eine solche Maßnahme nur schwer hinein.

340. Die Geldpolitik hat einen doppelten Beitrag zu erbringen. Sie muß auf ein höheres Maß an Stabilität zielen und gleichzeitig darauf achten, daß der Spielraum für Zinssenkungen ausgeschöpft wird. Im Zinsniveau sieht die Bundesregierung die Schlüsselgröße für eine wirtschaftliche Erholung. Sie erwartet im besonderen, daß das internationale Zinsniveau sinkt, zumindest daß die Beschlüsse zur Konsolidierung des Haushalts und die Aktivierungstendenzen in der Leistungsbilanz der Bundesrepublik einen sinkenden Zins erlauben. In der Tendenz ist dies sicher eine zutreffende Einschätzung, wieweil im Hinblick auf die internationalen Zinsen allzu viel Zuversicht nicht am Platze ist. Von einer Zinssenkung sollte man sich jedoch nicht mehr versprechen als eine Normalisierung der Konjunktur. So wie die Dinge liegen, eröffnet auch ein Zinsrückgang um einige Prozentpunkte noch keine mittelfristige Perspektive für einen raschen Abbau der Arbeitslosigkeit. Immerhin müßten das Bruttosozialprodukt auf mittlere Sicht um etwa 3 vH und die Unternehmensinvestitionen um etwa das Dreifache davon je Jahr zunehmen, wenn Erfolge erreicht werden sollen. Die Zinsen allein können das wohl kaum bewirken. Eine Strategie, die auf rasche Zinssenkungen setzt, könnte sogar lange ohne Erfolg bleiben. Denn letztlich können die Zinsen nur in dem Maße sinken, wie man in der Lohnpolitik und der Finanzpolitik Vorbedingungen dafür schafft.

341. Auch im Hinblick auf sichere Reallöhne in den nächsten Jahren ist wichtig, daß die Geldpolitik auf Stabilitätskurs bleibt. Wieviel die Löhne, die gezahlt werden, wert sind, darüber entscheidet in hohem Maße der Wechselkurs der D-Mark. Gerade im Jahre 1981 mußten die Arbeitnehmer das schmerzlich erfahren. Je größer die Stabilität und je günstiger das Klima für Investitionen und Innovationen in der Bundesrepublik ist, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß über einen steigenden Kurs der D-Mark auch die Preise der Güter für die Lebenshaltung sinken. Auch deshalb muß das Ziel, die Inflationsrate im nächsten Jahr zurückzuführen, Grundlinie der Geldpolitik sein. Die Stabilitätsrisiken dürfen nicht unterschätzt werden. Denn die Gefahr einer Anpassungs-inflation ist nicht endgültig gebannt. Drastische Preiserhöhungen für Stahl und staatliche Dienstleistungen stehen ins Haus. Die Bundesbank darf keine Unsicherheit aufkommen lassen, schon um das neu entstandene Vertrauen in die D-Mark nicht wieder aufs Spiel zu setzen.

342. Die Geldpolitik wird um so eher sinkende Zinsen hervorbringen, je mehr Unterstützung sie von der Finanzpolitik erfährt. Bei freiem internationalem Kapitalverkehr und Unsicherheit hinsichtlich des Außenwerts der Währung ist man nicht frei, die Höhe der Staatsdefizite frei zu wählen, ohne massive negative Rückwirkungen auf die Zinsen und das Preisniveau zu riskieren, selbst in der Rezession nicht. Es ist dies eine der Stellen, an denen sich als offensichtlich falsch erwies, daß zumindest in einer Rezession eine Defizitpolitik des Staates im wesentlichen nur wohltuende Auswirkungen haben werde. Man mag dagegen halten, daß der Staat als Kreditnachfrager doch nicht prinzipiell anders zu sehen sei als das Unternehmen, an dessen Stelle er trete, wenn — wie in der Rezession — die private Investitionstätigkeit darniederliegt. Das kann zutreffen. Man kann den Kreditgebern im Inland und Ausland aber nicht befehlen, es so zu sehen. Diese neigen nun einmal zu der Auffassung — und sie haben dafür ja auch gute Gründe —, daß hohe öffentliche Defizite letztlich im Konsum wurzeln und damit eine Vorbelastung der Zukunft bewirken, daß sie nur allzuoft nicht, wie man vorgibt, lediglich dem Ausgleich konjunktureller Nachfrageschwankungen dienen, sondern die Folgen zu geringer Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaft, die Folgen zu hoher Ansprüche an die Produktionsmöglichkeiten widerspiegeln oder überspielen sollen, allemal also ein „Über-die-Verhältnisse-Leben“ anzeigen, das früher oder später in Inflation enden oder durch Restriktionspolitik beseitigt werden muß, in beiden Fällen zu hohen Zinsen führen wird. Indem die Anleger ihre Dispositionen möglichst frühzeitig auf diese Erwartung gründen, erzwingen sie eine Beschleunigung dessen, was sonst möglicherweise erheblich langsamer ablaufen würde.

343. Eine konstruktive Rolle des Staates wirft in der gegenwärtigen Situation Probleme auf, die nicht gering sind. Denn die öffentlichen Kassen sind leer. Das Beschäftigungsproblem ist jedoch von einer Dimension, die Resignation nicht erlaubt. Den Spielraum für eine wachstumsfördernde Finanzpolitik hat sich der Staat selbst beschnitten, weil er in den vergangenen Jahren die mittelfristigen Probleme einer expansiven Ausgabenpolitik nicht ernsthaft genug bedacht hat. Die rasch zunehmende Staatsverschuldung hat über mangelndes internationales Vertrauen in die Entwicklungsperspektiven der deutschen Wirtschaft zu einem Zinsniveau beigetragen, das die Investitionsdynamik entscheidend geschwächt hat. Das hohe Zinsniveau läßt sich nicht senken, ohne daß das staatliche Defizit eingedämmt wird. Aus diesem Grund muß die Konsolidierungsaufgabe, die in ihrem Kern ein mittelfristiges Problem ist, auch unter kurzfristigem Aspekt ernst genommen werden.

344. Die Finanzpolitik hat im Jahre 1981 Maßnahmen eingeleitet, die auf eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte abzielen. Schon Ende 1980 hatte sie Maßnahmen zur Verringerung der sich abzeichnenden Staatsdefizite ergriffen, die allerdings nur einen ersten Schritt darstellten. Im Interesse besserer Bedingungen für private Investitionen sind

die Konsolidierungsanstrengungen unumgänglich. Diese Einsicht allein hatte die Finanzpolitik in den letzten Jahren jedoch nicht zu energischen Konsolidierungsanstrengungen bestimmen können. Erst die Vertrauenskrise in bezug auf die Staatsfinanzen und den Außenwert der Währung machte deutlich, wie dringlich eine größere Kurskorrektur in der Haushaltspolitik war. Erhebliche Anstrengungen waren nötig, um das strukturelle Defizit um einen größeren Betrag zu verringern. Sie gingen allerdings teilweise zu Lasten von Ausgaben, die für das wirtschaftliche Wachstum wichtig sind. Auch stehen die Entscheidungen über den Fortgang der Konsolidierung noch aus. Die Umstände, unter denen das Konsolidierungsprogramm erarbeitet wurde, haben das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Finanzpolitik zusätzlich strapaziert. Wie labil die Situation immer noch ist, zeigt sich daran, daß wieder schnell Nervosität aufkam, als sich im Herbst 1981 ein größeres konjunkturbedingtes Defizit abzuzeichnen begann.

345. Als Grundsatz hat zu gelten, daß konjunkturbedingte Defizite durch zusätzliche Kreditaufnahme zu finanzieren sind. Denn diese Defizite — gleichviel ob sie durch Steuerausfälle oder Mehrausgaben bei der Bundesanstalt für Arbeit entstehen — bilden sich zurück, sobald sich die Konjunktur erholt. Weder Ausgabenkürzungen noch Steuererhöhungen sind notwendig, sie zu beseitigen. Der Bund hat sich jedoch nicht für eine weitere Kreditaufnahme entscheiden mögen, als es im Herbst 1981 darum ging, Deckung für das größer gewordene konjunkturbedingte Defizit zu beschaffen. In der Regierung und im Parlament wurde befürchtet, daß eine Kreditfinanzierung das Vertrauen in die Staatsfinanzen weiter gefährden könnte. Der Bund hat zum größten Teil dadurch für Deckung gesorgt, daß er auf einen größeren Bundesbankgewinn zurückgreift und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung weiter erhöht hat. Beides braucht man nicht ohne weiteres für falsch zu halten. Im Jahre 1982 steht dem Bund ein hoher Bundesbankgewinn zur Verfügung. Diesen zur Schuldentilgung zu benutzen und ein konjunkturbedingtes Defizit in gleicher Höhe durch weitere Kredite zu finanzieren, ist brutto genau das, was der Bund netto jetzt tut. Und für die Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung spricht die prinzipielle Überlegung, daß die Defizithaftung des Bundes gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit begrenzt werden muß (SG 81 Ziffer 26). Daß der Bund darüber hinaus einen kleineren Teil des zusätzlichen konjunkturbedingten Defizits durch weitere Kürzungen von Ausgabenansätzen ausgeglichen hat, geschah allein aus Respekt vor weiteren Vertrauensrisiken. Andere Gründe, vom Grundsatz der Kreditfinanzierung konjunkturbedingter Defizite abzuweichen, gab es nicht. Wie Länder und Gemeinden die konjunkturbedingten Steuerausfälle, die sie treffen werden, ausgleichen, läßt sich noch nicht übersehen. Trotz der Kapitalmarktrisiken raten wir dazu, den Weg der Kreditfinanzierung zu wählen. Das gilt auch für den Fall weiterer konjunkturbedingter Einnahmenausfälle, für den Bund ebenso wie für die anderen Gebietskörperschaften. Ein Wettlauf von Einnahmenausfällen und Ausgaben-

kürzungen würde die konjunkturelle Lage unnötigerweise belasten.

346. Wir geben unseren Ratschlag, die konjunkturbedingten Defizite ohne Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen in Kauf zu nehmen, aus der Vorstellung heraus, daß die Aufgabe einer Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht als erledigt angesehen wird, sobald ein konjunktureller Aufschwung die öffentlichen Kassen wieder stärker füllt. Das Konsolidierungsprogramm, das der Bund mit der Vorlage des Haushalts 1982 beschlossen hat, ist dem Umfang nach ein angemessener erster Schritt.

Es geht allerdings weiter darum, daß bald gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden, die den Fortgang der Konsolidierung nach 1982 sichern und die einen größeren Spielraum für wachstumsfördernde Maßnahmen schaffen. Solche Festlegungen sind auch notwendig, damit die kreditäre Deckung konjunkturbedingter Defizite nicht immer wieder Irritation auslöst. Wenn die haushaltspolitische Situation bereinigt ist, braucht sich niemand mehr zu scheuen, das Richtige zum richtigen Zeitpunkt zu tun.

347. Auf der Grundlage eines beschäftigungspolitischen Konsens und eines gesetzgeberisch fundierten mittelfristigen Konsolidierungspfades könnte der Staat sogar das wirtschaftliche Wachstum aktiv unterstützen. Es wäre unter diesen Bedingungen möglich, wachstumspolitische Maßnahmen, für die dann in den Jahren nach 1982 Spielraum entstünde, ins Jahr 1982 vorzuziehen. Der Vertrauensvorschuß, der sich daraus ergibt, daß der Staat seine Finanzen geordnet hat und daß ein beschäftigungspolitischer Konsens zustande gekommen ist, würde es erlauben, daß schon für 1982 das getan werden kann, was mittelfristig dringend erforderlich ist, gegenwärtig aber nicht realisierbar erscheint.

348. Wachstumspolitische Maßnahmen sind bei der Kürzung der Staatsausgaben in den Schatten gedrängt worden. Öffentliche Investitionen sind erheblich eingeschränkt worden. Trotz des Ziels, private Investitionen verstärkt zu fördern, ist seit dem zweiten Ölpreisschub nur wenig geschehen. Maßgebend für die Finanzpolitik der nächsten Jahre sollte sein, daß die Steuern, die auf Investitionen lasten, gesenkt werden. Die schwache Verbrauchskonjunktur hingegen sollte kein Anlaß für stützende Eingriffe sein. Ins Bild eines Anpassungsprozesses, der mehr international wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen läßt, paßt keine größere Expansion des privaten Verbrauchs. Erst mit einer Kräftigung des wirtschaftlichen Wachstums entsteht wieder Spielraum für mehr Konsum.

Dynamik muß von den Investitionen kommen

349. Für mehr Investitionsdynamik zu sorgen, ist die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren. Der Staat ist in dreifacher Hinsicht gefordert: er muß Konsolidierungsschäden bei

den öffentlichen Investitionen beseitigen, er muß steuerliche Regelungen schaffen, die das Investitionskalkül der Unternehmen entlasten, und er muß sich noch mehr als bisher darum kümmern, daß institutionelle Innovations- und Investitionshemmnisse verschwinden.

350. Die öffentlichen Investitionen sind durch die seit Jahren anhaltenden Finanzierungsprobleme stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Investitionen des Staates sind im Jahre 1981 um rund 6 vH gesunken. Im kommenden Jahr werden sie voraussichtlich um 12 vH zurückgehen, zumal durch die Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes und der Länder finanzielle Lasten auf die Gemeinden verlagert werden, wodurch dort der Spielraum für die Finanzierung von Investitionen kleiner wird. An sich muß ein Rückgang der öffentlichen Investitionen wachstums- und beschäftigungspolitisch nicht bedenklich sein, wenn dadurch private Investitionsentscheidungen nicht behindert werden und wenn sich dieser Rückgang allmählich und gemäß dem Bedarf vollzieht. Die starken Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verlangen allerdings auch dem Staat Anpassung ab, die zusätzliche staatliche Investitionsausgaben erfordert. Ein Vorziehen wachstumspolitisch erwünschter Maßnahmen ins Jahr 1982 könnte teilweise so aussehen, daß die öffentlichen Investitionen weniger als bisher vorgesehen gekürzt werden. Das würde die Anlaufschwierigkeiten gering halten, da es sicher viele Projekte gibt, die aus Mangel an Finanzierungsmöglichkeiten zurückgestellt worden sind.

351. Neue Wege müssen auch für die verstärkte Förderung der Unternehmensinvestitionen gebahnt werden. Der Sachverständigenrat erörtert in diesem Gutachten steuerliche Regelungen, die ein günstigeres Klima für Investitionen und Innovationen entstehen lassen könnten (Ziffern 387 ff.). Im Rahmen der jüngsten Konsolidierungsbeschlüsse sind die Sätze für die degressive und für die beschleunigte Abschreibung erhöht worden. Diesen anreizfördernden Maßnahmen steht jedoch die anreizschädigende Wirkung anderer Konsolidierungsbeschlüsse gegenüber. Weitere Maßnahmen zugunsten der Unternehmensinvestitionen müßten Bestandteil eines investitionspolitischen Pakets sein, das zu einer beschäftigungspolitischen Strategie gehört.

352. Für beschäftigungs- und wachstumspolitische Impulse kann der Staat schließlich dadurch sorgen, daß er Innovations- und Investitionshemmnisse beseitigt, die die Dynamik wirtschaftlicher Aktivitäten blockieren. Bereits seit Mitte der siebziger Jahre haben sich Klagen über solche Hindernisse gehäuft. Über die quantitative Bedeutung der Investitionshemmnisse werden in der öffentlichen Diskussion die unterschiedlichsten Zahlen gehandelt. Die Bundesregierung schätzte den Stau von Investitionsprojekten im Jahre 1978 auf 31 Mrd DM. Die Industrie bezifferte diesen Investitionsstau im gleichen Jahr auf etwa 55 Mrd DM, davon 30 Mrd DM im Bereich des Kraftwerkbauens, 19 Mrd DM in der Bauwirtschaft und 6 Mrd DM in der Chemischen Industrie, der Mineralölverarbeitung und in sonstigen Berei-

chen. Für Einzelbereiche wurden weit höhere Schätzungen genannt. In einer aktuellen Umfrage sind dem Bundesverband der Deutschen Industrie von seinen Mitgliedsverbänden und Landesvertretungen behinderte Investitionsprojekte in Höhe von etwa 30 Mrd DM gemeldet und eine Fülle von Klagen über Behinderungen vorgebracht worden, bei denen aber die Investitionsprojekte nicht konkret benannt oder die Investitionshemmnisse nicht angegeben waren. Bei allem Bemühen, Informationen über Verzögerungen und Behinderungen von Investitionen zusammenzutragen, sollte man nicht übersehen, daß sich damit ein Gesamtbild über die vielzieltierten Investitionshemmnisse wohl kaum gewinnen läßt. Ein Problem ist, was man als normalen Zeitbedarf für den Behördenweg von der Planung bis zur Realisierung eines Investitionsprojekts anzusetzen und was als Verzögerung oder Blockierung zu gelten hat. Auf der anderen Seite dürfte es eine Vielzahl von Investitionsprojekten geben, die wegen solcher Investitionshemmnisse gar nicht erst in Angriff genommen werden. Vor allem in Zeiten, in denen das allgemeine Investitionsklima schlecht ist, dürfte die Aussicht auf vielfältige Hemmnisse oftmals dazu führen, daß potentielle Investitionsprojekte gar nicht erst in die Planungsphase eintreten.

353. Die Ursachen für die Investitionshemmnisse, und damit auch die Ansätze zu ihrer Überwindung, sind in sehr unterschiedlichen Bereichen zu suchen. Zunächst sind es zeitaufwendige Genehmigungsverfahren und kostenträchtige Auflagen, die die private Investitionstätigkeit behindern können. Vereinfachung und Beschleunigung der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsverfahren, Lockerung der Auflagen sind hier die Stichworte, unter denen nach Abhilfe gesucht wird. Administrative Regelungen behindern nicht nur die Ausführung von Großprojekten, bei denen sich die Fristen zwischen Antragstellung und Inbetriebnahme teilweise vervielfacht haben, auch kleinere und mittlere Unternehmen klagen in starkem Maße über bürokratische Investitionshemmnisse. In einer Umfrage, die im Auftrage des Bundeskanzleramtes bei mittelständischen Unternehmen durchgeführt wurde, gaben 29 vH der befragten Unternehmen an, daß sie bei der Planung und Durchführung konkreter Investitionsvorhaben durch bürokratische Hemmnisse behindert worden seien. Weitere 6 vH beklagten sich in allgemeiner Form über solche Hemmnisse, ohne konkret betroffene Vorhaben zu benennen.

354. Trotz vielfältiger Aktivitäten zum Abbau der sogenannten bürokratischen Hemmnisse sind durchgreifende Verbesserungen kaum zu erkennen. Zumeist sind die Regulierungen im Einzelfall recht gut zu begründen, und so nimmt es auch nicht wunder, daß eine Behörde die eigentlichen Investitionshemmnisse oftmals weniger in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich als vielmehr in dem anderer Verwaltungen sucht. So haben die Bundesländer, gleich nachdem die Bundesregierung im Jahre 1977 eine interministerielle Arbeitsgruppe beauftragt hatte, Umfang, Ursachen und Beschäftigungswir-

kungen des Investitionsstaus zu ermitteln und Abhilfemaßnahmen vorzuschlagen, dem Bundeskanzler Material zum Abbau investitionshemmender Vorschriften im Bundesrecht übergeben. Dieses wurde durch umfangreiche Länderberichte und Stellungnahmen der Fachministerkonferenzen erweitert und schließlich wurden von den Ländern im Jahre 1980 konkrete Vorschläge zum Abbau investitionshemmender Vorschriften im Bundesrecht erarbeitet. Die zuständigen Bundesressorts haben diese eingehend geprüft und im Februar 1981 dazu Stellung genommen. Ein Teil dieser Vorschläge hatte sich inzwischen erledigt, weil er Gegenstand von Verhandlungen im Gesetzgebungsverfahren geworden war. 45 Vorschläge will die Bundesregierung eingehend prüfen, 93 hat sie abgelehnt. Außerdem hat sie die Länder erneut gebeten, ihrerseits den Landes- und Kommunalbereich nach Möglichkeiten zum Abbau von Investitionshemmnissen zu überprüfen.

355. Neben einer Straffung und Beschleunigung von Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsverfahren und partiellen Ansätzen zum Abbau von Hindernissen, die Investitionen blockieren, scheint es erforderlich, daß die Frage der staatlichen Eingriffe in den Wirtschaftsprozess grundsätzlicher angegangen wird. Es muß nach Lösungsansätzen gesucht werden, die nicht reglementierend in Einzelentscheidungen eingreifen, sondern einen Rahmen setzen, der das Gemeinwohl sichert und zugleich im einzelnen weitgehende Entscheidungsfreiheit zubilligt. Für den Umweltschutz würde dies beispielsweise bedeuten, daß man wegkommen muß von der Durchsetzung umweltpolitischer Standards über Regelungen, aufgrund derer staatliche Instanzen über alle Einzelheiten entscheiden müssen und neue Anlagen nur genehmigen können, solange die Neubelastung zusammen mit der schon vorhandenen Belastung die insgesamt für zulässig erachtete Grenze nicht überschreitet. Eine solche Politik wirkt besonders lähmend auf Neuinvestitionen. Von mehr marktwirtschaftlich orientierten Ansätzen, bei denen die Umwelt hinsichtlich ihrer Aufnahme von Schadstoffen als knappes Gut betrachtet und behandelt wird, kann man hingegen erwarten, daß Investitionen in Entsorgungsanlagen angereizt werden und die angestrebte Verringerung in der Schadstoffabgabe insgesamt dort zustande kommt, wo sie mit dem geringsten Aufwand erreicht werden kann. In den Vereinigten Staaten gibt es Beispiele dafür, daß eine mehr marktwirtschaftlich orientierte Umweltpolitik auch administrativ bewältigt werden kann.

356. Zur wachstumspolitischen Verantwortung des Staates gehört auch, daß Barrieren für die Einführung neuer Technologien aus dem Weg geräumt werden. Daß nicht genug zukunfts-trächtige Innovationen getätigt werden, liegt nicht zuletzt daran, daß es der Politik an Bereitschaft fehlt, Entscheidungen zu treffen, die solchen Innovationen den Weg bahnen. Herausragendes Beispiel hierfür ist neben der anhaltenden Debatte um die Kernenergie die Informations- und Kommunikationstechnik. In diesem allgemein als innovations- und wachstumsträchtig

angesehenen Bereich wird das Innovationstempo überwiegend von politischen Entscheidungen über die Medienpolitik und von dem Verhalten der Deutschen Bundespost bestimmt. Wie stark neue Techniken in der geschäftlichen und in der privaten Kommunikation sich durchsetzen können, wird wesentlich davon beeinflusst, welche zusätzlichen Nutzungsmöglichkeiten für die Breitbandverkabelung bestehen oder zugelassen sind. Im Bereich der Fernmeldegeräte bestimmt die Deutsche Bundespost aufgrund des Fernmeldemonopols in entscheidendem Maße das Innovationstempo. Gerade in diesem Bereich dürfte mehr Wettbewerb belebend auf die Innovations- und Investitionstätigkeit wirken, worauf auch die Monopolkommission in ihrem Sondergutachten über die Rolle der Deutschen Bundespost im Fernmeldewesen hinweist (Ziffer 432).

357. Das zögernde bis ablehnende Verhalten der Politik im Innovationsbereich scheint die Ausprägung eines weit verbreiteten Widerstands zu sein, der der Einführung neuer Technologien ebenso entgegensteht wie der Durchführung größerer Investitionsvorhaben. Die mangelnde Bereitschaft, Nachteile zugunsten von Vorteilen für die Allgemeinheit in Kauf zu nehmen, und der Widerstand gegen Veränderungen scheinen ein Ausmaß erreicht zu haben, das eine einigermaßen planvolle Abwicklung von größeren Investitionsprojekten (vor allem im Infrastrukturbereich) nahezu unmöglich macht. Auch hier scheint es dringend erforderlich, daß nach neuen Formen des Interessenausgleichs gesucht wird. Die anhaltenden, gravierenden Beschäftigungsprobleme, die mit herkömmlichen Instrumenten der Beschäftigungspolitik nicht überwunden werden können, verlangen auch hier nach einer Neubesinnung.

Alternative

358. Der Sachverständigenrat soll nach dem gesetzlichen Auftrag die gesamtwirtschaftliche Entwicklung unter alternativen Annahmen darstellen. Das Durchrechnen von Alternativen zur Status-quo-Prognose hat den Vorteil, daß wir die Konsistenz unserer Vorstellungen über die Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang überprüfen und in bündiger Form zum Ausdruck bringen können, welche Auswirkungen wir von den wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf die gesamtwirtschaftlichen Ziele erwarten. Der Nachteil solcher Rechnungen ist, daß die quantitativen Ergebnisse eine Genauigkeit vortäuschen, die ihnen nicht zukommt. Die Ergebnisse der Alternativrechnungen sind weniger hinsichtlich der Größe als vielmehr hinsichtlich der Richtung der Abweichungen zur Status-quo-Prognose zu werten. Es sei auch betont, daß die Ergebnisse solcher Alternativrechnungen selbstverständlich, wie alle Prognosen und Simulationsrechnungen, von der Einschätzung der Ausgangslage und nicht zuletzt von den Annahmen über die Reaktion der am Wirtschaftsleben Beteiligten auf wirtschaftspolitische Maßnahmen abhängen.

359. Wir haben bei der Darlegung von Alternativen vor allem Maßnahmen in Betracht zu ziehen, die geeignet sind, die Wirtschaft den gesamtwirtschaftlichen Zielen näherzubringen. Wir orientieren uns bei der Auswahl der konkreten Maßnahmen auch an dem, was in der öffentlichen Diskussion eine wichtige Rolle spielt. Die eine oder andere der Maßnahmen oder die Maßnahmenkombination, die wir prüfen, mag besonders hohe Erwartungen an das Führungskönnen jener stellen, die für Beschäftigung und Stabilität Verantwortung tragen. Der Sachverständigenrat hat jedoch davon auszugehen, daß wirtschaftspolitische Vernunft eine reelle Chance hat.

360. Wir haben für die Rechnung folgende Annahmen getroffen:

- Die Tarifparteien vereinbaren, daß die Lohnrunden der kommenden Jahre im Zeichen der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und nicht in erster Linie im Zeichen der Steigerung der Realeinkommen stehen. Dieser Konsens spiegelt sich für das Jahr 1982 in Tarifabschlüssen wider, die deutlich niedriger sind, als wir es in der Status-quo-Prognose unterstellt haben.
- In der Finanzpolitik kommt es alsbald zu einer zweiten Konsolidierungsrunde, in der Entscheidungen getroffen werden, die für die Jahre 1983 bis 1985 einen weiteren kräftigen Rückgang des strukturellen Defizits im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften sichern. Zu diesen Beschlüssen gehören weitere Ausgabenkürzungen, die Spielraum für wachstumspolitische Maßnahmen schaffen. Im Vorgriff auf den so gesicherten Spielraum werden schon für das Jahr 1982 wachstumspolitische Maßnahmen in der Größenordnung von 7 Mrd DM beschlossen, die zum Teil allerdings erst in den folgenden Jahren kassenwirksam werden. Zum einen sollen die öffentlichen Investitionen um $3\frac{1}{2}$ Mrd DM weniger gekürzt werden, als wir in unserer Status-quo-Prognose unterstellt haben, zum anderen werden $3\frac{1}{2}$ Mrd DM zur Förderung der privaten Investitionen bereitgestellt. Da die kompensierenden Ausgabenkürzungen — jedenfalls soweit sie Gesetzesänderungen bedürfen — überwiegend erst ab 1983 in Kraft treten dürften, ist für 1982 durch diese Maßnahmen ein höheres Finanzierungsdefizit angelegt, das aber 1983 wieder entfällt. Diese Erhöhung wird in Kauf genommen, da durch die gleichzeitige Entscheidung über die Konsolidierungsmaßnahmen glaubhaft wird, daß sie keine dauerhafte, sondern nur eine vorübergehende Haushaltsbelastung darstellt, und da im übrigen der beschäftigungspolitische Konsens die Risiken für Stabilität und Wachstum begrenzt.
- Die Geldpolitik bleibt auch bei niedrigerem Kosten- und Preisniveaustieg bei der unter Status-quo-Bedingungen angenommenen Ausweitung der Zentralbankgeldmenge. Soweit sich das Vertrauen im Inland und Ausland in die Stabilisierung von Kosten und Preisen und in eine dauerhafte Sanierung des Haushalts verbessert, gewinnt die Bundesbank dabei zusätzlichen Spielraum für die Senkung der Notenbankzinsen.

361. Die Wirkungen dieses Maßnahmenbündels bestehen erstens darin, daß der Staat direkt die Nachfrage um $3\frac{1}{2}$ Mrd DM erhöht und indirekt private Investitionen anregt. Wie groß das Volumen an zusätzlichen privaten Investitionen ist, läßt sich allerdings nur schwer angeben, denn nicht alle Unternehmen werden auf die Vergünstigung schon kurzfristig mit einer Aufstockung ihrer Investitionspläne reagieren, dafür werden die Unternehmen, die sich von den Maßnahmen anregen lassen, ihre Investitionen um mehr erhöhen, als sie an öffentlichen Mitteln erhalten, und sie mit zusätzlichen eigenen Mitteln oder Krediten finanzieren. Insgesamt erwarten wir als Folge der Investitionsförderung eine Zunahme der privaten Investitionen gegenüber der Status-quo-Prognose um etliche Milliarden DM.

362. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wird zweitens durch die Veränderung in der Lohnentwicklung berührt. Niedrigere Lohnabschlüsse bedeuten — läßt man die positiven Beschäftigungswirkungen zunächst außer acht — ein Minus bei den Bruttolöhnen und — vermindert um den Wegfall der Abgaben an den Staat — auch bei den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Eine unveränderte Sparneigung unterstellt, werden die nominalen Konsumausgaben — für sich genommen — weniger steigen.

Der Saldo aus dem Plus bei den öffentlichen und privaten Investitionen und dem Minus bei den Konsumausgaben ist allerdings positiv. Real gesehen ist dieser Saldo im Vergleich zur Status-quo-Prognose noch größer, denn der Wettbewerbsdruck, der von der Unterauslastung der Kapazitäten ausgeht, sorgt dafür, daß die Entlastung bei den Kosten — wenn auch erst nach und nach — in den Preisen weitergegeben wird, zumal die Dämpfung des internen Kostenauftriebs von einer Höherbewertung der D-Mark begleitet sein dürfte. Diese Minderung des Geldwertschwundes wertet im Vergleich zur Status-quo-Prognose die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen auf.

363. Drittens: Der Zuwachs der realen Ausgaben, der durch die Kombination der finanzpolitischen Maßnahmen und der Lohnpolitik in der ersten Runde ausgelöst wird, verstärkt sich in der zweiten Runde, denn die höhere Nachfrage führt zu mehr Produktion, zu mehr Beschäftigung, zu mehr Einkommen und damit wiederum zu mehr Ausgaben.

364. Soweit es um die beschriebenen Wirkungsketten geht, können sie mit Hilfe der üblichen Prognoseverfahren noch verhältnismäßig leicht abgeschätzt werden. Dagegen lassen sich die Wirkungen auf die Ausgabeneigung der privaten Wirtschaft über die Veränderung der Erwartungen quantitativ nur sehr schwer in den Griff bekommen, insbesondere nicht in einer so labilen Situation wie der gegenwärtigen. Derartige Verhaltensänderungen dürfen aber bei einer Prognose nicht vernachlässigt werden. Sie sind der Faktor, der darüber entscheidet, wie groß die Effekte auf die Beschäftigung sind, die das Maßnahmenbündel für das Jahr 1982 hinaus hat.

365. Die Erwartungen werden durch das Maßnahmenbündel vor allem auf drei Wegen beeinflusst:

— Der beschäftigungspolitische Konsens zwischen den Tarifparteien verbessert die Aussichten der Unternehmen auf günstigere und sicherere Erträge. Dies kommt der Beschäftigung unmittelbar zugute, da die Unternehmen eher darauf verzichten werden, den Personalbestand an das aktuelle niedrige Produktionsniveau anzupassen, und erhöht die Nachfrage nach Arbeitskräften mittelbar, weil sich die Investitionstätigkeit schneller bessert.

— Die günstigen Stabilisierungsaussichten verstärken die Bereitschaft der inländischen und ausländischen Geldkapitalbesitzer zur Anlage in langen Fristen; dies senkt für sich genommen den Kapitalmarktzins. Die verbesserte Anlage neigung der Ausländer dürfte sich zum Teil aber auch in einer Höherbewertung der D-Mark auswirken. Je mehr der Vertrauensgewinn sich in Zinswirkungen statt in Wechselkurswirkungen niederschlägt, desto stärker wird die Verbesserung der Angebotsbedingungen die Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure stärken und neben der Binnennachfrage auch die Ausfuhr begünstigen. Dominieren jedoch die Wirkungen auf den Wechselkurs, dann wird die heimische Wirtschaft nicht über steigende Ausfuhrmengen, sondern über die Verbesserung der Terms of Trade begünstigt.

— Der kritische Punkt hinsichtlich der Wirkungen auf die Erwartungen besteht darin, daß das zeitliche Vorziehen der wachstumspolitischen Maßnahmen mit einer — wenn auch nur vorübergehenden — Erhöhung der Haushaltsdefizite verbunden ist. Dies könnte die Erwartungen destabilisieren, wenn die finanzpolitischen Entscheidungen den Eindruck vermitteln, daß die Konsolidierung erneut vertagt wird. Es ist zwar nicht auszuschließen, daß angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre Mißtrauen in die Staatsfinanzen die Anleger und Investoren noch längere Zeit zurückhaltend sein läßt, doch sollte man auch die Chance nicht gering schätzen, daß es der Regierung gelingt, dem dadurch entgegenzuwirken, daß sie die kompensierenden Konsolidierungsmaßnahmen frühzeitig beschließt und auch rasch die Zustimmung der parlamentarischen Gremien findet. Je früher diese Belastungsfaktoren abgebaut werden, desto rascher wird die Verbesserung der Angebotsbedingungen im übrigen die Oberhand gewinnen.

366. Man sollte alles in allem von dem skizzierten wirtschaftspolitischen Weg die Hauptwirkungen nicht schon für das Jahr 1982 erwarten. Bei unserer Durchrechnung ergab sich ein reales Sozialprodukt, das um reichlich 1 vH über dem des Jahres 1981 liegen würde und also um etwa $\frac{1}{2}$ vH höher als in unserer Status-quo-Prognose; betrachtet man nicht den Jahresdurchschnitt, sondern den Verlauf des Jahres, dann ist der Unterschied größer.

Man darf diese Strategie aber nicht an derartigen Prognoseergebnissen messen. Zu unsicher ist, wann

und in welchem Ausmaß die erwartete Belegung einsetzt und wie stark die sich selbst verstärkende Dynamik sein wird. Entscheidend ist, daß eine solche Strategie die Wahrscheinlichkeit erhöht, daß der Beschäftigungsrückgang frühzeitig gebremst wird und über das Jahr 1982 hinaus die Chance für einen anhaltenden Rückgang der Arbeitslosigkeit verbessert.

III. Zu den Politikbereichen im einzelnen

Finanzpolitik

367. Für die Finanzpolitik geht es mehr denn je zuvor darum, durch einen klaren Kurs, der nicht nur angekündigt, sondern so weit es geht auch gesetzgeberisch festgelegt wird, den Zustand der öffentlichen Finanzen zu verbessern und damit zugleich Vertrauen zurückzugewinnen. Im Mittelpunkt des finanzpolitischen Handelns steht das Zurückführen der als zu hoch angesehenen Defizite in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden, also die Konsolidierung. Dafür sprechen gewichtige haushaltspolitische, wachstumspolitische und konjunkturelle Gründe. Bei der Konsolidierung ist Rücksicht auf die konjunkturelle Entwicklung geboten, also allmählich vorzugehen; die Verlässlichkeit darf darunter nicht leiden. Nicht minder wichtig als die Konsolidierung im quantitativen Sinne ist die Konsolidierung im qualitativen Sinne. Hierbei geht es darum, die Staatsausgaben und das Steuersystem so umzugestalten, daß mehr Wachstum in Gang kommt und auf diese Weise mehr Arbeitsplätze entstehen.

Zum Jahr 1981: Vorhaben und Wirklichkeit

368. In keinem Jahr seit Bestehen der Bundesrepublik hat der Staat höhere Schulden gemacht als 1981. Die Neuverschuldung belief sich nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf 72¹/₂ Mrd DM, das sind über 18 Mrd DM mehr als im vergangenen Jahr.

In der Hauptsache hat die schwache Entwicklung der Steuereinnahmen zu dem Hochschießen der Defizite beigetragen; die Steuern haben in diesem Jahr nur um 1¹/₂ vH zugenommen. Das rührt daher, daß die Auslastung des Produktionspotentials zurückgegangen ist und daß außerdem die Steuerquote abgenommen hat. Von daher war eine Zunahme des Haushaltsdefizits um knapp 18 Mrd DM angelegt. Zum kleineren Teil ist der Anstieg des Defizits dadurch bedingt, daß die Ausgaben etwas mehr zugenommen haben, als es dem Wachstum des Produktionspotentials entsprochen hätte. Das macht rund 3 Mrd DM aus. Zu berücksichtigen ist freilich auch, daß die sonstigen Einnahmen erheblich stärker angestiegen sind als die Produktionsmöglichkeiten; das hat zu Mehreinnahmen von 3 Mrd DM geführt. Das strukturelle Defizit, das nach den ursprünglichen Planungen gegenüber 1980 um 5 Mrd DM hätte

abnehmen sollen, wird nochmals zunehmen, und zwar auf etwas über 40 Mrd DM.

369. In wachstumspolitischer Sicht hat die Haushaltsentwicklung dieses Jahres nichts gebracht. Symptomatisch dafür ist, daß die öffentlichen Sachinvestitionen nicht zugenommen, sondern sogar abgenommen haben. Auch die Ausgaben, mit denen in der einen oder anderen Weise private Investitionen gefördert werden, sind nicht angestiegen. Stark zugenommen haben dagegen die Ausgaben für die Verzinsung der Staatsschuld. Es kommt hinzu, daß 1981 zwar ein Jahr der Steuersenkungen war, daß die Abgabenlast insgesamt gleichwohl unverändert geblieben ist. Die Anhebung der Beiträge zur Rentenversicherung und zur Krankenversicherung und einiger Verbrauchsteuern hat die Erleichterungen bei der Einkommensteuer im Durchschnitt ungefähr ausgeglichen.

370. Schwierig ist die Würdigung der öffentlichen Haushalte des Jahres 1981 in konjunktureller Sicht. Die Wirkungen des expansiven konjunkturellen Impulses, der in dem konjunkturbereinigten Staatsdefizit, soweit es über eine normale öffentliche Kreditaufnahme hinausgeht, zum Ausdruck zu kommen scheint — nach unseren Rechnungen 48 Mrd DM —, müssen vor dem Hintergrund der Haushaltsentwicklung in den vergangenen Jahren gesehen werden und dem Hintergrund dessen, was darin an Ursache für die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, auch dem scheinbar außenwirtschaftlich begründeten Teil dieser Schwierigkeiten, gelegen hat. An vielen Stellen dieses Gutachtens haben wir dies sichtbar zu machen versucht (Ziffern 247 ff., 343 ff.).

Ein Betrag von fast 50 Mrd DM stünde zwar für einen extrem hohen expansiven Impuls, wenn sich die Volkswirtschaft in einer anderen Situation befände. In diesem Jahr waren jedoch die Bedingungen für die expansive Wirkung kreditfinanzierter Staatsausgaben in Frage gestellt. Die Verunsicherung der Erwartungen in der Wirtschaft und an den Finanzmärkten, im Inland wie im Ausland, sowie die Notwendigkeit, hohe Zinsen zur Stabilisierung dieser Erwartungen in Kauf zu nehmen, minderten die Wirkungen, die von dem konjunkturellen Impuls der öffentlichen Haushalte ausgingen. Es ist noch nicht einmal sicher, daß der Saldo positiv war. Aber auch wer die negativen Reaktionen nicht so hoch bewertet, wird nicht umhin kommen, bei der konjunkturpolitischen Bewertung des Gesamthaushalts 1981 erhebliche Abschläge von den unter normalen Umständen zu erhoffenden expansiven Wirkungen vorzunehmen. Und kaum wäre von einer weiteren Erhöhung der Defizite noch eine expansive Wirkung zu erwarten gewesen.

Zur Diskussion um die Konsolidierung

371. Konsolidierung ist kein Selbstzweck; Ziel ist vielmehr das Rückgewinnen von Handlungsspielraum des Staates und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für privates Handeln im Hinblick auf mehr Investitionen und mehr Innovationen.

Es ist daher kaum umstritten, daß konsolidiert werden muß. Bund, Länder und Gemeinden sind darum bemüht, und es sind bereits zahlreiche Beschlüsse gefaßt worden, in denen sich der Konsolidierungskurs abzeichnet, der für die kommenden Jahre beabsichtigt ist.

Kontrovers ist dagegen nach wie vor, für wie groß man den Konsolidierungsbedarf zu halten hat, inwieweit die Konsolidierung über Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen bewirkt und in welchem Tempo sie abgewickelt werden soll.

Konsolidierung heißt, dies sei nochmals betont, daß das Defizit im öffentlichen Gesamthaushalt und mit diesem die jährliche Nettoneuverschuldung zurückgeführt wird. Es bedeutet nicht, daß der Schuldenstand des Staates abnimmt, daß also netto getilgt wird. Die Höhe der Staatsverschuldung wird im Gegenteil im Laufe der Jahre weiter zunehmen, es sei denn, der Staat erwirtschaftete Haushaltsüberschüsse. Dies aus der gegenwärtigen Situation heraus anzustreben, würde jedoch bedeuten, die Wirtschaft einem scharfen Rezessionsdruck auszusetzen. Trotz Zunahme der Staatsschuld brauchen die Gläubiger des Staates selbstverständlich nicht um ihr Geld zu fürchten. Der Staat zahlt Zinsen, und er zahlt bei Fälligkeit jedem Gläubiger seine Schulden zurück.

372. Was die Größe des Konsolidierungsbedarfs angeht, so herrscht im Prinzip Einigkeit darüber, daß derjenige Teil des Haushaltsdefizits, der auf konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen und konjunkturbedingte Mehrausgaben zurückgeht, nicht konsolidiert zu werden braucht, denn mit zunehmender Auslastung der Produktionskapazitäten verschwindet dieser Teil des Defizits allmählich. Zieht man vom gesamten Haushaltsdefizit das ab, was konjunkturbedingt ist, dann bleibt der derzeit weitaus größere Teil des Finanzierungssaldos, an dem die Diskussion über die Größe der Konsolidierungsaufgabe eigentlich anzusetzen hat. Wie hoch der Konsolidierungsbedarf einzuschätzen ist, hängt davon ab, wie hoch die Normalverschuldung bemessen wird, also der Teil des Defizits, an den sich die Wirtschaft gewöhnt hat und den der Staat deshalb ohne negative Rückwirkungen auf Wachstum und Stabilität kreditär finanzieren kann (Ziffer 251). Der Konsolidierungsbedarf ergibt sich demnach als Differenz zwischen dem nicht konjunkturbedingten Teil des Haushaltsdefizits und der Normalverschuldung, und dieser Unterschiedsbetrag wird, nicht nur vom Sachverständigenrat, strukturelles Defizit genannt.

Wer konsolidieren will, muß also zwischen einer konjunkturellen und einer nicht konjunkturellen Komponente des Haushaltsdefizits unterscheiden, und er muß weiter, um das strukturelle Defizit, also den Betrag ermitteln zu können, der zu konsolidieren ist, eine Vorstellung über die Normalverschuldung haben. Die Aufteilung der gesamten Haushaltsdefizite in einen konjunkturbedingten und einen konjunkturbereinigten Teil und die Unterteilung des konjunkturbereinigten Teils in Normalverschuldung und strukturelles Defizit ist keine akade-

mische Veranstaltung, sondern ein Konzept von eminent praktisch-politischer Bedeutung.

Anknüpfend an das durchschnittliche Verschuldungsverhalten des Staates in den sechziger und siebziger Jahren, das wir auch unseren Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt zugrunde legen, und unter Berücksichtigung konjunkturbedingter Mehrausgaben und Minderausgaben, ergibt sich für 1981 bei einem Gesamtdefizit von über 72 Mrd DM ein strukturelles Defizit in Höhe von etwas über 40 Mrd DM.

Diese Zahlen halten manche Beobachter der finanzpolitischen Szene nicht für bedenklich. Es ist im Gegenteil angeführt worden, daß zu einer Dramatisierung kein Anlaß bestehe. Im Verhältnis zum Produktionspotential in jeweiligen Preisen, so wird bisweilen argumentiert, läge das strukturelle Defizit nicht höher als 1975. Daß dieser Vergleich zur Beruhigung beitragen kann, darf allerdings bezweifelt werden; denn 1975 war in konjunktureller Hinsicht ein noch ungünstigeres Jahr als 1981 und die Notwendigkeit einer raschen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte war allgemein akzeptiert. Außerdem sollte nicht übersehen werden, daß Ende 1974 der Schuldenstand weniger als 200 Mrd DM betrug, gegenwärtig aber mehr als 500 Mrd DM, die Relation von Staatsschuld zu Produktionspotential also von weniger als einem Fünftel auf ein Drittel anstieg. Aus Gründen der hohen Zinslasten und der Vertrauenseinbußen, die mit der schnellen Zunahme der Staatsschuld einhergegangen sind, ist eine Eindämmung der weiteren Staatsverschuldung heute also noch dringender geboten als vor sechs Jahren.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung der letzten Jahre und angesichts des hohen Bedarfs an Kapital für private Investitionen sollten die Konsolidierungsziele ehrgeizig gesetzt werden. Das gilt sowohl in bezug auf die Höhe wie auch auf das Tempo. Die Größe der Aufgabe verringern und den Konsolidierungsprozeß weit in die Zukunft hinausziehen würde kaum dauerhaftes Vertrauen in ein Sinken der Zinsen und in den Außenwert der Währung begründen.

Nicht vergessen werden sollten auch die verteilungspolitischen Probleme. Wenn die Defizite in den öffentlichen Haushalten nicht rasch zurückgeführt werden, könnte nur eine Erweiterung der Selbstfinanzierungsmöglichkeiten, also eine kräftige Steigerung der Gewinne, so hohe private Investitionen erlauben, wie sie in den kommenden Jahren nötig sind. Bleibt dieser Weg versperrt, müßte der große Bedarf an privaten Investitionen über Kredite finanziert werden, und dies bedeutete, falls die öffentlichen Haushalte nicht rasch konsolidiert werden, höhere Zinsen. Anders gewendet: Inländische und ausländische Kapitalgeber würden dann bei weiterhin schwachem Wachstum höhere Einkommen beziehen.

373. Der Weg zur Konsolidierung kann grundsätzlich über Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen führen. Die Erfahrung zeigt, daß wegen des Steuerwiderstandes für eine nachhaltige Erhöhung der Steuerquote kaum Spielraum besteht. Die Abga-

ben, die schon bei Beziehern mittlerer Einkommen auf zusätzlichen Verdiensten lasten, sind bereits sehr hoch (Ziffer 238). Auch Steuern auf den Verbrauch lassen sich nicht beliebig erhöhen. Mehrleistung, gleichgültig in welcher Form, wird wegen der hohen Abgabenglast zunehmend schlechter honoriert. Der Ansporn für diejenigen, die mehr tun wollen, wird dadurch gemindert, oder sie werden in die Schattenwirtschaft abgedrängt. Beides ist unerwünscht, und manche beruhigend gemeinte Erklärung über das In-Grenzen-Halten der Steuerlast mag darin ihren Ursprung haben. Gute wachstumpolitische Gründe sprechen dafür, das Arbeiten wie das Investieren steuerlich zu entlasten (Ziffern 387 ff.). Wir gehen davon aus, daß die Konsolidierung über Ausgabenkürzungen bewerkstelligt werden muß.

374. Zum Tempo der Konsolidierung meinen wir, daß eine Ausgabenexpansion, die zwei Prozentpunkte unter dem Wachstum des Produktionspotentials liegt, ausreichende Fortschritte bei der Konsolidierung mit sich brächte, berücksichtigt man auch die Durchsetzbarkeit. Der Finanzplanungsrat hat im Sommer dieses Jahres, zumindest für 1982, einen viel ehrgeizigeren Konsolidierungskurs empfohlen. Bei dem von uns genannten Tempo würde es freilich ungefähr vier Jahre dauern, bis das strukturelle Defizit, so wie wir es sehen, beseitigt ist. Allmählichkeit und Verlässlichkeit des Konsolidierungsprozesses lassen sich am besten kombinieren, wenn weitere gesetzgeberische Maßnahmen, die zur Absicherung des anvisierten Konsolidierungspfades erforderlich sind, möglichst bald getroffen werden. Verlässliche Festlegungen sind wichtig, weil sonst die Versuchung groß wäre, bei jeder Entspannung der Haushaltslage die Konsolidierungsaufgabe dann doch wieder klein zu schreiben. Bei der Aufgabe, gesetzgeberisch alsbald Grund zu legen für die Konsolidierungspläne bei Bund, Ländern und Gemeinden, geht es um die Glaubwürdigkeit des Konsolidierungskurses; Absichtserklärungen dürften nicht mehr genügen.

Die derzeit vom Bundesgesetzgeber beratenen Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte können den ersten großen Teilschritt zur Lösung der Aufgabe, die Staatsdefizite dauerhaft zu senken, fundieren; sie enthalten jedoch noch keine Festlegungen für weitere Teilschritte. Nicht bekannt ist auch, was die Länder in den Jahren 1983 bis 1985 an Konsolidierungsanstrengungen unternehmen wollen. Die Finanzpläne für die Jahre 1983 bis 1985 enthalten zwar Absichtserklärungen über eine weitgehend konsolidierungskonforme Entwicklung der Ausgaben (+ 4 vH bis + 5 vH) und der Steuern (+ 6 vH bis + 7 vH). Aber Entscheidungen, die die mittelfristige Finanzplanung hinsichtlich des Ausgabenvolumens wesentlich realistischer werden ließen, als sie es in den vergangenen Jahren war, stehen noch nicht zur Diskussion.

375. Ungewiß ist auch noch, wie die Konsolidierung im qualitativen Sinn, also die Umstrukturierung der Staatsausgaben und des Steuersystems in wachstumsfreundlichere Richtung, in den Jahren nach 1982 bewerkstelligt werden soll.

Bei den Ausgaben gibt es vertragliche Bindungen, die nur schrittweise gelockert oder aufgehoben werden können. Viele Ausgaben sind gesetzlich festgelegt; hier bedarf es also gesetzgeberischer Maßnahmen, um Änderungen herbeizuführen. Außerdem gibt es politische Festlegungen, die zu ändern oftmals noch schwieriger ist. Es ist daher nicht zu erwarten, daß sich Hand in Hand mit Ausgabenkürzungen in der ersten Phase des Konsolidierungsprozesses auch sogleich die angestrebte wachstumsfreundlichere Ausgabenstruktur einstellt. Zum Teil ist sogar das Gegenteil der Fall; dies muß in den nächsten Jahren korrigiert werden. Darüber hinaus geht es darum, Ausgaben dort zu kürzen, wo sie Wachstum und Strukturwandel hemmen, und dort zuzulegen, wo wachstumsfördernde Wirkungen zu erwarten sind, also bei Ausgaben, die wichtige Vorleistungen für private Investitionen darstellen oder die private Investitionen anregen.

Ähnlich liegen die Dinge bei der Umgestaltung des Steuersystems in wachstumsfreundlichere Richtung. Das Hauptaugenmerk der Steuerpolitik liegt erfahrungsgemäß darauf, die Steuerlast, ausgedrückt in der volkswirtschaftlichen Steuerquote, nicht wesentlich ansteigen zu lassen und einen großen Teil der Lohnsteuerzahler aus dem Bereich des Progressionstarifs der Einkommensteuer herauszuhalten. Das macht von Zeit zu Zeit Entlastungen bei der Einkommensteuer erforderlich, und damit wird üblicherweise zugleich die Steuerquote zurückgeführt, die wegen der Progression des Gesamtsteuersystems angestiegen ist. Die steuerliche Entlastung von Investitionen steht seit Jahren auf der finanzpolitischen Tagesordnung. Trotz vieler Schritte in diese Richtung wird hier noch eine wichtige Aufgabe gesehen. Gegenstand der steuerpolitischen Diskussion ist auch eine Abflachung der hohen Grenzsteuersätze, die der Progressionstarif schon mittleren Einkommen auferlegt.

Zum Jahr 1982: Aussichten und Risiken

376. Was für das nächste Jahr finanzpolitisch beabsichtigt ist, läßt sich in diesem Herbst besser abschätzen, als das sonst meistens der Fall war: Bund, Länder und Gemeinden wollen ihre Haushaltsdefizite verringern. Sie streben das zum größeren Teil über ein Zurückführen der Ausgabenexpansion an; aber es wird auch Steuererhöhungen geben. Einzelmaßnahmen, die in dieser Richtung bereits beschlossen worden sind, machen es dieses Mal wahrscheinlicher als im vergangenen Jahr, daß die derzeitigen Planungen eingehalten werden.

Wir gehen in unserer Prognose davon aus, daß die Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik im nächsten Jahr um 3¹/₂ vH zunehmen werden; das führt zu einem Ausgabenbetrag von 558¹/₂ Mrd DM (Tabelle 33). Bei der Schätzung der Steuereinnahmen für 1982 sind die vorgesehenen Änderungen des Steuerrechts zu berücksichtigen (Ziffer 253). Zu rechnen ist mit einer Zunahme des Steueraufkommens um 4¹/₂ vH auf 388¹/₂ Mrd DM. Als Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts ist danach für das nächste Jahr ein Betrag von 66¹/₂ Mrd DM zu erwarten.

377. Legt man für die Defizitberechnung die Ausgaben und Einnahmen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zugrunde, dann erhält man einen Finanzierungssaldo von 63 1/2 Mrd DM; das sind 9 Mrd DM weniger als in diesem Jahr. Nach Berücksichtigung der auslastungsbedingten Steuermindereinnahmen, abzüglich der inflationsbedingten Steuermehreinnahmen sowie des anomalen Teils der Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank und eines Betrages für die Normalverschuldung des Staates ergibt sich, daß weit mehr als die Hälfte des gesamten Fehlbetrages — nämlich 41 1/2 Mrd DM — für den expansiven Impuls steht, der von den öffentlichen Haushalten ausgeht wird. Gegenüber diesem Jahr ist das ein Rückgang um über 6 Mrd DM (Tabellen 34 und 35).

378. Eine anomal hohe Gewinnabführung der Bundesbank war erstmals bei unseren Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt zu berücksichtigen. Eine Gewinnabführung in Höhe von 3 Mrd DM haben wir als dauerhafte Einnahmen des Bundes angesetzt und dementsprechend in den dauerhaften Deckungsbeitrag der „sonstigen Einnahmen“ zur Finanzierung konjunkturneutraler Ausgaben eingerechnet (Ziffer 206). Der darüber hinausgehende Teil (7 Mrd DM) mindert den konjunkturneutralen Teil des Finanzierungsdefizits. Es wird also unterstellt, daß er zur Einschränkung der im übrigen anstehenden Kreditaufnahme verwendet wird, nicht jedoch in die Ausgabenplanung eingeht. Eine Gewinnabführung der Bundesbank kommt für die Kreditmärkte im Grunde einer Kreditaufnahme des Bundes gleich. Denn sie bedeutet eine entsprechende Verengung des Spielraums der Bundesbank, ihrerseits Geld im Wege des Notenbankkredits in Umlauf

zu bringen. Insoweit kann eine hohe Gewinnablieferung auch durchaus unbedenklich sein. Worauf es ankommt, ist der Einfluß auf die Ausgabentätigkeit des Bundes. Und hier muß gelten: Weder die Zufälle noch die geldpolitischen Gründe und schon gar nicht die Zinserträge aus Währungsreserven, die in einem einzelnen Jahr einen ungewöhnlich hohen Gewinnausweis der Notenbank bedingen können, dürfen Anlaß sein, eine Erweiterung des konjunkturneutralen Spielraums für zusätzliche Staatsausgaben anzunehmen. Nur für einen Bundesbankgewinn in „normaler“ Höhe, mit dem der Bund dauernd rechnen kann, sollte gelten, daß er in die Ausgabenplanung wie andere ordentliche Einnahmen eingeht. (Der anomale Teil der Gewinnabführung des kommenden Jahres bedeutet daher auch keine Minderung des strukturellen Defizits des Staatshaushalts.)

Die von uns gewählte Aufteilung der Gewinnabführung der Bundesbank in einen dauernden Teil und einen anomalen Teil entspräche der Erwartung, daß die Zinsen in der Bundesrepublik und im Ausland und damit die Zinserträge der Bundesbank nicht dauernd so hoch sein werden. Außerdem hat es Sondereinflüsse gegeben, die den Gewinn der Bundesbank zusätzlich in die Höhe trieben (Ziffer 206). Ohne erhebliche Willkür ist der Ansatz eines Normalgewinns freilich nicht möglich, da die Bundesbank in der Vergangenheit überwiegend sehr niedrige Gewinne erzielt hat (Tabelle 22). Die Gründe hierfür müssen jedoch nicht fortbestehen. Den Ansatz von 3 Mrd DM halten wir für vorsichtig.

Die Unstetigkeit der Bundesbankgewinne hatte uns veranlaßt, zu einer Verstetigung der Gewinnabführung zu raten, einen Teil der hohen Gewinne 1982

Tabelle 34

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1982¹⁾

Mrd DM

	1981	1982
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos ²⁾		
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme	-16,3	-17,3
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen	-11,1	-15,7
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen	+ 2,8	+ 4,0
(d) Anomal hohe Gewinnabführung der Bundesbank	0	+ 7,0
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo	-24,6	-21,9
(= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)		
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo	-72,5	-63,5
I. / II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte:	+47,9	+41,6
(expansiv: +; kontraktiv: -)		

¹⁾ Öffentliche Haushalte in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

²⁾ Methodische Erläuterungen siehe Tabelle 29 und Anhang V, Abschnitt D. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

also einzubehalten (SG 81 Ziffer 33). Bundesregierung und Bundesbank haben sich entschlossen, beim Prinzip der vollen Abführung zu bleiben.

379. Bezieht man die Haushalte der Sozialversicherung ein, betrachtet man also den gemeinsamen Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen, dann zeigt sich, daß das konjunkturbereinigte Defizit von 1981 auf 1982 unverändert bleibt, also nicht zurückgeht, wie das im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften. Der Grund dafür liegt nicht bei der gesetzlichen Krankenversicherung.

Hier gibt es im übrigen weitere Bemühungen zur Kostendämpfung. Bei der Rentenversicherung wird dagegen nach einem Überschuß im Jahre 1981 im nächsten Jahr ein Defizit entstehen, das verhindert, daß das konjunkturbereinigte Defizit im gemeinsamen Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen sinken wird. Dieser Fehlbetrag kann freilich aus Rücklagen finanziert werden. Auch die Verlagerung des Aufkommens, das einem halben Prozentsatz des Beitragssatzes entspricht, an die Arbeitslosenversicherung bringt für die Rentenversicherung 1982 keine Finanzierungsprobleme,

Tabelle 35

Die öffentlichen Haushalte 1982 in konjunktureller Sicht¹⁾

	Einheit	1981	1982
Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basiszeitraum (3)	Mrd DM	453,7	479,3
Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum (5)	Mrd DM	385,7	407,5
Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr (6)	Mrd DM	392,3	413,2
Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (7)	Mrd DM	+ 6,7	+ 5,7
Mehreinnahmen aufgrund eines erhöhten Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“ (8) ²⁾	Mrd DM	+ 13,8	+ 14,4
Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (9)	Mrd DM	474,1	499,4
Tatsächliche Staatsausgaben (10)	Mrd DM	522,0	541,0
Konjunktureller Impuls (11)	Mrd DM	+ 47,9	+ 41,6
Ex post: Der Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen... (14)	Mrd DM	+ 44,8	+ 37,2
Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (12)	Mrd DM	+ 4,5	- 6,3
Zum Vorjahresvergleich			
Steigerungsrate			
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	vH	+ 6,2	+ 3,6
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr	vH	- 3,5	- 4,3
Bestimmungsfaktoren von (b)			
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1970	vH	+ 2,1	+ 1,8
(d) „Konjunkturneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts ..	vH	+ 3,5	+ 3,0
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote von der des jeweiligen Vorjahres	vH	- 1,4	- 0,3
(f) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung des Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“ von dem des jeweiligen Vorjahres	vH	+ 0,3	- 0,0
(g) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen im jeweiligen Vorjahr	vH	- 8,3	- 9,3
Volkswirtschaftliche Steuerquote (15)	vH	24,88	24,80
Konjunkturneutrale Staatsquote (16)	vH	29,24	29,15
Beanspruchte Staatsquote (17)	vH	32,19	31,58
Konjunktureller Impuls bezogen auf das Produktionspotential (18)	vH	+ 2,95	+ 2,43
Realisierte Staatsquote (19)	vH	31,96	31,26

¹⁾ Eigene Schätzung. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die in Klammern eingefügten Zahlen weisen auf das Berechnungsverfahren in Tabelle 29 hin. Methodische Erläuterungen siehe Anhang V, Abschnitt D. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

²⁾ Nicht enthaltend Einnahmen wegen anomal hoher Gewinnabführung der Bundesbank.

weil der Bund wieder den vollen Zuschuß an die Rentenversicherung zahlt, den er 1981 um den entsprechenden Betrag gekürzt hat.

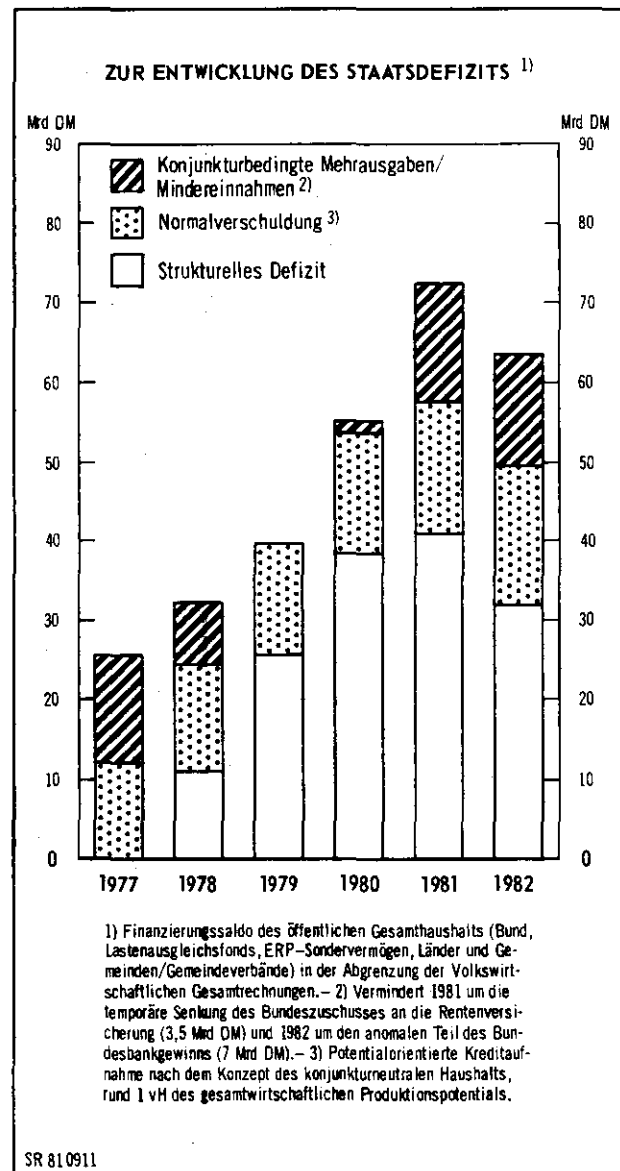
Größere Probleme gab es bei der Aufstellung des Haushaltsplans 1982 der Bundesanstalt für Arbeit. Zum ersten hat der Bund einen halben Prozentpunkt des Beitragssatzes und damit 3 Mrd DM von der Rentenversicherung auf die Arbeitslosenversicherung verlagert. Zum zweiten hat er der Bundesanstalt für Arbeit die Auflage gemacht, daß bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen 3 Mrd DM einzusparen sind. Zum dritten will er den Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung von 3,5 vH, wie er sich nach der Beitragsverlagerung von der Rentenversicherung ergibt, auf 4 vH heraufsetzen; das bringt der Bundesanstalt für Arbeit Einnahmen in Höhe von knapp 3 Mrd DM. Insgesamt mindert sich der Zuschuß des Bundes also um rund 9 Mrd DM. Ohne diese Maßnahmen hätte der Bund einschließlich der Mittel für die Arbeitslosenhilfe, die für die Bundesanstalt nur durchlaufende Mittel sind, im nächsten Jahr voraussichtlich 16 Mrd DM zu zahlen gehabt. Von den 7 Mrd DM, die er nun zahlen wird, setzen wir 1½ Mrd DM für den dauerhaften Teil der Arbeitslosenhilfe an; der konjunkturbedingte Zuschuß wird sich demnach voraussichtlich auf 5½ Mrd DM belaufen.

Unter konjunkturpolitischem Aspekt ist die Anhebung des Beitragssatzes für die Arbeitslosenversicherung in der gegenwärtigen Lage eine alles andere als selbstverständliche Maßnahme, wird damit doch die antizyklische Wirkung, die von der Absicherung der Arbeitslosigkeit ausgeht, beträchtlich abgeschwächt. Die zeitliche Begrenzung akzentuiert diesen Mangel. Andererseits ist zu bedenken, daß nach der Grundidee der Arbeitslosenversicherung die Beschäftigten mit ihren Beiträgen die Unterstützungszahlungen an die Arbeitslosen finanzieren sollen. Dieser Aspekt muß bei der gegebenen unbeschränkten Defizithaftung des Bundes wohl dominieren; denn sonst könnte es dazu kommen, daß die Steuerzahler Kosten zu tragen haben, die weit über das hinausgehen, was mit konjunkturbedingten Zuschüssen zu tun hat.

380. Um das strukturelle Defizit zu ermitteln, sind nach dem Verfahren des Sachverständigenrats von dem gesamten Haushaltsdefizit (63½ Mrd DM) die potentialorientierte Kreditaufnahme (17½ Mrd DM) und die auslastungsbedingten Steuerminderungen (15½ Mrd DM) abzuziehen. Weiter ist der konjunkturbedingte Teil der Zahlungen abzusetzen, die der Bund im nächsten Jahr an die Bundesanstalt für Arbeit leistet (5½ Mrd DM). Von der Gewinnabführung der Bundesbank muß der Teil, der nicht als dauernde Einnahme des Bundes anzusetzen ist, hinzugerechnet werden, also 7 Mrd DM. Im Gesamthaushalt 1982 würde sich demnach das strukturelle Defizit noch auf rund 32 Mrd DM belaufen (Schaubild 37).

381. Im nächsten Jahr würde also das strukturelle Defizit im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften um etwa 9 Mrd DM niedriger ausfallen als 1981, immer vorausgesetzt, die derzeitigen Planungen

Schaubild 37



werden verwirklicht. Die Rückführung macht fast ein Viertel des gesamten strukturellen Defizits, so wie wir es schätzen, aus. Was für die Jahre nach 1982 vorgetragen würde, blieb freilich erheblich, und für diese Zeit sind wie gesagt bisher keine konkreten Maßnahmen geplant.

Bewirkt werden würde die Konsolidierung im nächsten Jahr im wesentlichen durch Ausgabenkürzungen. Die Ausgabenexpansion wird, soweit sich das gegenwärtig absehen läßt, um etwa 1½ Prozentpunkte unter dem liegen, was dem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials entspräche.

Wesentlich geringer wird der Konsolidierungsbeitrag der Einnahmeseite sein. Die Steuern werden voraussichtlich mit ungefähr derselben Rate zunehmen wie das Bruttosozialprodukt; die Steuerquote wird sich also kaum ändern. Dies weist zunächst auf einen Konsolidierungseffekt von Null hin. Aber wegen der Unterauslastung des Produktionspotentials

ist die Steuerquote konjunkturbedingt gedrückt; bei Normalauslastung des Produktionspotentials liegt sie wahrscheinlich um einiges höher. Die für 1982 zu erwartende Steuerquote unterzeichnet also den Konsolidierungsbeitrag, der von der Einnahmeseite kommt. Wenn sich mit Verbesserung des Auslastungsgrades des Produktionspotentials herausstellt, daß der Konsolidierungsbeitrag der Einnahmeseite doch höher ist, weil im konjunkturellen Aufschwung die Steuerlast ansteigt, ablesbar an der steigenden Steuerquote, mag es freilich, wie in früheren Jahren, erneut zu einem starken Drängen auf Steuersenkungen kommen. Denn überproportional steigt vor allem die Lohn- und Einkommensteuer. Zu bedenken ist auch, daß der Bedarf an Korrekturen des Steuersystems zur Verbesserung der Investitionsbedingungen Steuersenkungsspielraum erfordert. Es darf daher bezweifelt werden, ob dieser einnahmeseitige Konsolidierungsbeitrag von Dauer ist.

382. Sicher ist freilich nicht, ob die öffentlichen Haushalte, wie sie derzeit geplant werden, 1982 auch verwirklicht werden können. Haushaltsrisiken gibt es bei der Arbeitslosigkeit, bei der Zinsentwicklung, bei den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst, bei der Bundesbahn und im Bereich der äußeren Sicherheit, bei internationalen Leistungen, bei den Steuereinnahmen und wohl auch bei den Subventionen für die Stahlindustrie. Diese Risiken sind ihrer Art nach verschieden. Es empfiehlt sich, sie danach zu trennen, ob sie konjunktureller oder nicht konjunktureller Natur sind. Denn es liegt nahe, diese beiden Arten von Risiken unterschiedlich zu bewerten; und es sind sicher unterschiedliche Reaktionen geboten, wenn Risikofälle der einen oder der anderen Art eintreten.

Was die Bewertung der Risiken angeht, so trägt man den konjunkturellen Haushaltsrisiken am besten Rechnung, wenn der Haushaltsplanung die wirtschaftliche Entwicklung zugrunde gelegt wird, die als am wahrscheinlichsten gelten kann. Bei den nicht konjunkturellen Haushaltsrisiken empfiehlt es sich, Ausgaben- und Einnahmenansätze eher vorsichtig zu bemessen. Was die Reaktionen auf das Eintreten von Risikofällen angeht, so ist bei nicht konjunkturellen Risiken entweder durch Ausgabenkürzungen oder durch Steuererhöhungen für Deckung zu sorgen; das gilt auch und vor allem für die Sicherung eines Konsolidierungskurses. Dieses Vorgehen ist hingegen im Prinzip unangemessen, wenn die Einschätzung über die Konjunkturentwicklung revidiert werden muß. Zeichnet sich beispielsweise eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung ab, so sind daraus herrührende Mehrausgaben und Mindereinnahmen durch zusätzliche Kredite auszugleichen. Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen würden in diesem Fall dazu führen, daß der Staat auf eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung hinwirkt und insofern prozyklisch handelt. Das liefe auf Konsolidierung zur Unzeit hinaus. Denn der Konsolidierungsbedarf ändert sich nicht infolge von Veränderungen der Konjunkturlage.

383. Konjunkturelles von Nicht-Konjunkturellem bei den Haushaltsrisiken und bei den Haushaltsdefiziten zu trennen, ist in der Öffentlichkeit allerdings nicht eingeübt, und diese ist insbesondere nicht daran gewöhnt, daß keine rationale Haushaltsplanung ohne konjunkturellen Vorbehalt auskommt. Daher ist es so schwer, angesichts steigender konjunkturbedingter Defizite Unvernünftiges im Hinblick auf deren Deckung zu unterlassen, und sogar notwendig, der Forderung entgegenzutreten, Staatsausgaben deshalb zu senken und Steuern deshalb zu erhöhen.

Ein konjunkturbedingter Fehlbetrag in den öffentlichen Haushalten ist zwar nicht schon deswegen harmlos, weil man von ihm sagen kann, er werde in einem konjunkturellen Aufschwung wieder „von selbst“ verschwinden. Denn einen konjunkturellen Aufschwung in Gang bringen kann erhebliche wirtschaftspolitische Anstrengungen erfordern. Aber es macht nun einmal einen wesentlichen Unterschied, ob die öffentlichen Ausgaben über den öffentlichen Einnahmen liegen, weil die gegebenen Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft nicht voll genutzt werden, oder deshalb, weil die öffentlichen Ausgaben stärker zugenommen haben, als die Produktionsmöglichkeiten gewachsen sind, ohne daß die Steuereinnahmen damit Schritt gehalten haben. Das zweite Problem kann Mitursache des ersten Problems sein, indem es die Unterauslastung des gegebenen Produktionspotentials mit herbeiführt. Es kann übrigens auch Mitursache seiner selbst sein, indem es das Wachstum des Produktionspotentials behindert. In keinem Fall ist das zweite Problem jedoch Alleinursache, und in keinem Fall ist seine Lösung, nämlich das dauerhafte Eindämmen der Staatsausgaben, in beliebigem Umfang zugleich eine Hilfe für die Lösung des Konjunkturproblems. Schon einmal, nämlich 1975, hat die Konfusion in bezug auf die unterschiedlichen Ursachen des Defizits in den öffentlichen Haushalten die Furcht vor den großen Defizitzahlen gesteigert, eine übertriebene Vertrauenskrise hervorgerufen und dadurch den Ausweg aus einer schwierigen wirtschaftlichen Situation behindert.

384. Die Bundesregierung hebt den Konjunkturvorbehalt, unter dem jede Haushaltsplanung steht, zwar gelegentlich hervor. Zu der Tatsache, daß die Unterscheidung zwischen konjunkturbedingten und nicht konjunkturbedingten Haushaltsdefiziten nicht genug eingeübt ist, hat sie jedoch selbst beigetragen, zuletzt als sie im Sommer und Frühherbst bei der Planung für den Bundeshaushalt 1982 das Ziel, ein bestimmtes Defizit nicht zu überschreiten, in einer Weise betonte, die der Unsicherheit bei der Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung nicht entsprach. Seit langem tun es die Bundesregierung und die Landesregierungen durch den unverbindlichen Charakter ihrer mittelfristigen Finanzpläne. Eine verlässliche mittelfristige Finanzplanung, die selbstverständlich unter einem Konjunkturvorbehalt (und einem Wachstumsvorbehalt) steht, würde — wie erwähnt — die mittelfristig nötigen Entscheidungen zum Eindämmen der öffentlichen Ausgaben mitenthaltend oder doch vorbereitend, zumindest aber

offenbar machen, wie hoch beim gegebenen Stand der Dinge das strukturelle Defizit der Haushalte ist.

Gerade eine Finanzpolitik, die ihre Orientierung an mittel- und langfristigen Aufgaben in den Vordergrund rückt, die also nicht kurzfristig immer wieder Gefangener ihres Mangels an Handlungsspielraum werden will, muß sich wohl trotz aller Schwierigkeiten dazu entschließen, ihre mittelfristigen Bezugsgrößen, wie die Normalverschuldung, klarzustellen und offenzulegen, was vom Haushaltsdefizit als konjunkturbedingt anzusehen ist, sowie mitzuteilen, was darüber hinaus vom Haushaltsdefizit konjunkturpolitisch vorübergehend gewollt ist.

Unterbleibt eine quantitative Auseinandersetzung mit dem Problem der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auf mittlere Sicht, so wird dies in der Öffentlichkeit möglicherweise weiterhin so interpretiert, daß sich die Bundesregierung vorbehält, die Konsolidierungsaufgabe für erledigt zu halten, sobald ein kräftiger konjunktureller Aufschwung in Gang kommt. Das wäre kaum vertrauensbildend. Und es wäre falsch. Denn die Beschäftigungsprobleme wären nicht schon gelöst, wenn es gelingt, die Produktion eine Zeitlang wieder stärker zu steigern, als das Produktionspotential wächst. Die Lösung besteht vielmehr darin, für ein deutlich kräftigeres und nachhaltiges Wachstum des Produktionspotentials zu sorgen.

395. Daß sogar die kreditäre Deckung eines Teils des konjunkturbedingten Defizits umstritten ist, zeigt auch, wie ungünstig zur Zeit das wirtschaftliche Klima für eine expansive Finanzpolitik ist. Dies ist der eine wichtige Gesichtspunkt für die Beurteilung der Haushaltsplanung 1982; der andere ist der Konsolidierungsbeitrag des Jahres 1982. So wie die Dinge liegen, ist der zweite Aspekt dominierend. Konsolidierung ist notwendig, und in diese Richtung gehen Absichtserklärungen wie auch schon zahlreiche Beschlüsse. Den Preis, der 1982 konjunkturpolitisch dafür zu entrichten ist, braucht man nicht hoch zu veranschlagen. Denn wegen der vorherrschenden Skepsis in die Staatsfinanzen ist die Gesamtwirkung selbst eines hohen expansiven Impulses viel geringer als in früheren Jahren. Anders gewendet: Die Konsolidierung ist auch notwendig, um über eine Verbesserung der Erwartungen die Konjunkturpolitik mit Hilfe finanzpolitischer Maßnahmen in ihrem Wirkungsgrad zu verbessern.

396. Die Beschlüsse zu den Haushalten der nächsten Jahre enthalten noch keinen entscheidenden Beitrag zur Konsolidierung im qualitativen Sinne. So hat der Bund ein Programm von Ausgabenkürzungen und Ausgabenerhöhungen, steuerlichen Erleichterungen und Mehrbelastungen sowie Umschichtungen innerhalb der Sozialversicherung beschlossen, das in bezug auf die Konsolidierung quantitativ mehr bringt als qualitativ. Die öffentlichen Sachinvestitionen, die schon in diesem Jahr stark gekürzt worden sind, werden im nächsten Jahr nochmals und noch stärker zurückgehen. Hierin spiegelt sich nicht zuletzt die Kürzung von Investi-

tionszuweisungen an die Gemeinden, die eine Reihe von Ländern beabsichtigt.

Bei den Einsparungen, die im konsumtiven Bereich vorgenommen werden sollen, und die ihrer Art nach in das Bild der qualitativen Konsolidierung passen, sind überdies Folgen zu beachten, die den positiven ersten Eindruck unter Umständen ins Gegenteil verkehren können. So sind Einsparungen bei der Arbeitslosenunterstützung wenig hilfreich, soweit das dazu führt, daß bisherige Bezieher dieser Zahlungen nun auf die Sozialhilfe verwiesen werden. Denn die Sozialhilfe wird zum größten Teil von den Kommunen getragen, und die kaum abweisbaren Mehrausgaben, die ihnen deswegen entstehen, werden sie mindestens teilweise durch weitere Kürzungen bei den Investitionsausgaben finanzieren. Das ist sicher eine unerwünschte Nebenwirkung.

Zur steuerlichen Entlastung von gewerblichen Investitionen

387. Angesichts der Beschäftigungsprobleme, die es zu lösen gilt, ist auch für die Finanzpolitik eine stärkere wachstumspolitische Orientierung geboten, nicht zuletzt deshalb, weil die Flexibilität der Lohnpolitik offenbar nicht ausreicht, des Beschäftigungsproblems Herr zu werden. Die Finanzpolitik muß also mehr als in der Vergangenheit dazu beitragen, daß mehr Arbeitsplätze auf Dauer geschaffen werden. Dabei geht es in erster Linie um die steuerliche Entlastung von gewerblichen Investitionen, weil davon vermutlich die stärksten arbeitsplatzschaffenden Wirkungen ausgehen.

388. Mit Investitionen werden Arbeitsplätze geschaffen und Chancen eröffnet, in Zukunft mehr Einkommen zu erzielen. Zukünftige Einkommen in der Gegenwart zu besteuern, ist nicht selbstverständlich. Viel spricht vielmehr dafür, gegenwärtige Investitionen für die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht zu besteuern und mit der Besteuerung erst dann einzusetzen, wenn die zukünftigen Einkommen verbraucht werden. Es wäre dann auch allemal mehr Einkommen, das besteuert werden könnte, weil heutige Investitionen dazu führen, daß in Zukunft mehr Einkommen erzielt werden.

In der Gegenwart zukünftige Einkommen zu besteuern und damit zu behindern, daß mehr Einkommen in Zukunft entstehen und damit auch mehr Steuern entrichtet werden können, mag unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten schon problematisch genug sein. Wenn damit gleichzeitig die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Gegenwart behindert wird, ist es geboten zu prüfen, ob die Zwecke der Besteuerung, die für eine Belastung von Investitionen sprechen, nicht zurücktreten müssen hinter der drängenden Aufgabe, für mehr Arbeitsplätze zu sorgen.

Die wachstumspolitisch orientierte Entlastung der Investitionen von Steuern kann einmal ansetzen am Investitionsaufwand und zum anderen an den Investitionsrisiken. Eine enge Verbindung zwischen der steuerlichen Entlastung und der damit bewirkten Investition gewährleistet, daß die Steuern einen ho-

hen wachstumsstimulierenden Effekt haben. Daher liegt es nahe, beim Investor anzusetzen und nicht beim Kapitalgeber. Soweit dies unerwünschte Folgen für die Vermögenskonzentration hätte, wäre dem durch Verbesserung der Mobilität des Kapitals und durch Maßnahmen zur Verbesserung der Vermögensbeteiligung zu begegnen. Zu vermeiden sind auch alle Maßnahmen, die die Unternehmenskonzentration verstärken. Der Arbeitsplätze schaffende Effekt der steuerlichen Entlastung von Investitionen wird verstärkt, wenn die Finanzierung der Investitionen mit risikotragendem Kapital zumindest nicht benachteiligt wird. Wichtig ist auch, daß nicht kurzfristige Investitionen gegenüber längerfristigen begünstigt werden, zumal es für die Schaffung von Arbeitsplätzen auf Dauer gerade auf die langfristigen Investitionen ankommt. Solche Investitionen werden durch die Besteuerung von inflatorisch aufgeblähten Gewinnen besonders benachteiligt. Maßnahmen zur Milderung oder Beseitigung der Besteuerung von Scheingewinnen kommt daher in einer wachstums- und beschäftigungsorientierten Steuerpolitik große Bedeutung zu. Schließlich: Je mehr Investitionen je D-Mark Steuerausfall bewirkt werden können, um so besser. Nach diesem Grundsatz sind Maßnahmen vorzuziehen, bei denen die Sorge vor Mitnehmereffekten gering ist. Wegen der Haushaltsprobleme sind auch Maßnahmen problematisch, bei denen die Steuerausfälle vor allem zu Beginn eintreten.

389. Die Bundesregierung hat mit ihren Beschlüssen, die degressive Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens zu verbessern und die beschleunigte Abschreibung auf Gebäude anzuheben, die Investitionsbedingungen verbessert. Mit anderen Beschlüssen hat die Bundesregierung die Möglichkeiten, Investitionen zu finanzieren, verschlechtert. Dies gilt nicht nur für die umstrittene Maßnahme, eine Investitionsteuer in Höhe der Vorsteuer auf Betriebs-Pkw zu erheben, sondern auch für die Verringerung des Rücklagenanteils in den Pensionsverbindlichkeiten und für die Beschränkung der Selbstfinanzierung von Ersatzinvestitionen aus dem Veräußerungsgewinn der ersetzten Anlagegegenstände. Fortschritte bei der Förderung der Bereitschaft von Unternehmen und Kapitalanlegern, risikoreiche Investitionen vorzunehmen, sind, sieht man von der Ausdehnung des Verlustrücktrages ab, ausgeblieben. Auf sie kommt es jedoch an.

390. Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung von Investitionen unter wachstumspolitischen Zielen finden sich im Steuerrecht vieler anderer Industrienationen. Dabei scheint die Phantasie in der Entwicklung von Maßnahmen der Investitionsförderung proportional zu der Größe des Problems zu sein, Investitionen hervorzulocken. In Ländern, in denen die übrigen Bedingungen für Wachstum und Investitionen gut sind, steht die Entlastung der Investitionen von Steuern weniger im Vordergrund. So ist durchaus verständlich, daß Maßnahmen zur Aufhebung der Scheingewinnbesteuerung in der Bundesrepublik bisher vergleichsweise geringe Bedeutung erlangt haben. Hier hat die Stabilitätspolitik

den Problemdruck gemildert. Das ist in anderen Ländern anders. Es mag auch kaum überraschen, daß nach einer Untersuchung des Internationalen Währungsfonds Japan und die Bundesrepublik am Ende einer Rangfolge stehen, die die Länder nach dem Ausmaß der steuerlichen Entlastung von Investitionen ordnet. Auch eine Aufstellung des Bundesministeriums der Finanzen zeigt, daß die Bundesrepublik nur im Mittelfeld derjenigen Industrieländer liegt, die gewerbliche Investitionen steuerlich entlasten. Allerdings haben Jahre anhaltender Investitionsschwäche auch bei uns den Problemdruck erhöht.

In allen Ländern bildet die Regelung der Abschreibungsdauer und der Abschreibungsverfahren Ansatzpunkte, um die Investitionsausgaben steuerlich zu entlasten. Ein und dasselbe Wirtschaftsgut wird je nach Land steuerlich ganz unterschiedlich behandelt. Durch die verschiedensten Sonderabschreibungen kann die Besteuerung der Investitionen noch weiter reduziert werden. Solche Sonderabschreibungen, die neben den normalen Abschreibungen zulässig sind, machen in Dänemark 15 vH und in Österreich 25 vH aus. Durch Investitionsfreibeträge können Unternehmen auch auf Gesamtabschreibungen von über 100 vH der Investitionsausgaben kommen. In Frankreich sind es 10 vH und in Österreich 20 vH, die im Jahr der Anschaffung zusätzlich abgeschrieben werden können. All diese Entlastungen der Investitionen entfalten ihre Wirkung nur dann voll, wenn die Unternehmen Gewinne machen. Steuerliche Verluste führen nicht zu einer Forderung gegen die Finanzverwaltung. Dies ist bei Investitionsprämien anders. Sie werden in den Vereinigten Staaten, in Kanada und den Niederlanden gewährt. Die Möglichkeit, die Investitionsausgaben mit steuerlicher Hilfe anzuspüren, eröffnen Regelungen über die Bildung von steuerfreien Investitionsrücklagen aus dem Gewinn. Die Rücklage ist innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, in Belgien von drei, in Österreich von vier Jahren, gegen die Anschaffungskosten für Investitionen aufzulösen. Derartige „Ansparabschreibungen“ werden vor allem von mittleren Unternehmen als besonders wichtige Entlastung empfunden.

In einer Reihe von Ländern wird zudem versucht, die Besteuerung von Investitionen ganz oder doch wenigstens die Besteuerung von Scheingewinnen beim Anlagevermögen vollständig zu vermeiden. Am weitesten geht Großbritannien, wo eine Sofortabschreibung auf alle beweglichen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens zulässig ist. In anderen Ländern Europas darf vom indexierten Buchwert abgeschrieben werden.

391. Die Besteuerung von Scheingewinnen stellt auch in der Bundesrepublik ein großes Hindernis für Investitionen dar. Sie zu beseitigen oder doch zu mildern, wäre ein wichtiger Schritt auf dem Wege einer Entlastung der Investitionen. Unter Scheingewinn wird die Differenz zwischen den Abschreibungen auf den Wiederbeschaffungswert und den steuerlich allein zulässigen Abschreibungen auf den Buchwert verstanden. Diese Gewinne steigen in Zeiten inflatorisch steigender Wiederbeschaffungskosten

sten stark an. Da sie nach dem Prinzip „Mark gleich Mark“ wie echte Gewinne besteuert werden, ergibt sich eine Steuerlast auf Investitionen, die um so größer ist, je höher die Inflationsrate und je länger die Nutzungsdauer einer Investition ist.

Werden Abschreibungen auf Wiederbeschaffungskosten steuerlich zugelassen, dann erhöht sich die Vorteilhaftigkeit von Investitionen, besonders der langlebigen und kapitalintensiven, die für Produktivitätssteigerungen notwendig sind. Es werden die unbeweglichen abnutzbaren Wirtschaftsgüter stärker entlastet als die beweglichen, die degressiv abgeschrieben werden dürfen. Die Abschreibung auf Wiederbeschaffungskosten hat zudem den Vorteil, daß die Steuerausfälle in den ersten Jahren der Nutzungsdauer einer Investition geringer sind, als wenn man weitere Schritte in Richtung Sofortabschreibung tätige, während der Effekt auf die Investitionsentscheidung gleich ist.

392. Der Respekt vor dem Nominalprinzip, der das Steuerrecht, ökonomisch nicht immer wohlbegründet, durchzieht, und die begründete oder unbegründete Sorge, einer allgemeinen Indexierung den Weg zu ebnet, mögen es notwendig erscheinen lassen, auch andere Maßnahmen zu erwägen, die die nachteiligen Effekte der Inflation auf die Bereitschaft, mehr zu investieren, vermeiden helfen.

Die Sofortabschreibung, wie sie bei geringwertigen Wirtschaftsgütern zulässig ist, könnte das Hemmnis der Scheingewinnbesteuerung wirksam beseitigen, ja den Investitionsaufwand im ganzen von der Besteuerung freistellen. Sie führt allerdings zu erheblichen Steuerausfällen gleich im ersten Jahr nach der Vornahme der Investition.

Ein gegenwärtig in den Vereinigten Staaten diskutierter Vorschlag eröffnet Gestaltungsmöglichkeiten zur Beseitigung der Scheingewinnbesteuerung bis hin zur vollen Entlastung des Investitionsaufwands von der Besteuerung. Danach darf der Investor den Barwert aller jährlichen Abschreibungen im Jahr der Anschaffung absetzen. Der Barwert wird unter Zugrundelegung eines festen Zinssatzes berechnet, der dem Nominalzins abzüglich Inflationsrate entspricht. Diese Einmalabschreibung beseitigt die Scheingewinnbesteuerung, unterwirft jedoch im übrigen die Investition dem geltenden Steuerersatz. Wird neben der Barwertabschreibung eine Investitionsprämie gewährt, dann ergibt sich auch eine Entlastung der Investition von Steuern über die Scheingewinne hinaus. Die Höhe der Investitionsprämie kann so gewählt werden, daß die Investition ganz von der Steuer entlastet wird. Auch dieser Vorschlag verbindet, wie die Sofortabschreibung, die Vorteile eines starken Impulses für Investitionen mit dem Nachteil, in den ersten Jahren zu hohen Steuerausfällen zu führen. Allerdings läßt sich die Höhe der Steuerausfälle durch Vorgabe von Abschreibungsdauer, Zinssatz und Satz für die Investitionsprämie besser beeinflussen.

393. Soweit die degressive Abschreibung über denjenigen Betrag hinausgeht, der betriebswirtschaftlich als Aufwand für die Nutzung der Investition und

für das Risiko einer vorzeitigen Überholung anzusetzen wäre, mildert sie die Scheingewinnbesteuerung, ohne sie freilich ganz zu beseitigen. Je höher der Abschreibungssatz angesetzt wird, um so mehr werden Scheingewinne von der Besteuerung freigestellt, um so höher sind freilich auch die anfänglichen Steuerausfälle.

Soll der Tatsache Rechnung getragen werden, daß langlebige Wirtschaftsgüter von der Scheingewinnbesteuerung stärker betroffen werden als kürzerlebige, dann sind die Abschreibungssätze nach der Nutzungsdauer der Investitionen zu staffeln. So könnte zum Beispiel, wenn auf Investitionen mit einer zehnjährigen Nutzungsdauer etwa mit dem 2 $\frac{1}{2}$ -fachen des Satzes bei linearer Abschreibung degressiv abgeschrieben wird, auf Investitionsobjekte mit einer Nutzungsdauer von 20 Jahren mit dem 4-fachen des Satzes der linearen Abschreibung degressiv abgeschrieben werden.

394. Der Nachteil der Barwertabschreibung, hohe Steuerausfälle zu Anfang, kann vermieden werden, ohne ihre Vorteile, Beseitigung der Scheingewinnbesteuerung, aufzugeben, wenn an die Stelle der Idee der vorgezogenen Abschreibung der Gedanke der Steuerstundung tritt. Bei diesem Vorschlag werden Investitionen nach geltendem Steuerrecht degressiv abgeschrieben. In einer Parallelrechnung werden lineare Abschreibungen auf Wiederbeschaffungskosten ermittelt. Übersteigen die Abschreibungen auf Wiederbeschaffungskosten den Betrag bei degressiver Abschreibung, was je nach Inflationsrate einige Jahre nach der Anschaffung der Fall sein dürfte, dann kann der Unterschiedsbetrag einer Rücklage für Preissteigerungen beim Sachanlagevermögen steuerfrei zugeführt werden. Je mehr die Auflösung dieser Rücklage an das Ende der Nutzungsdauer der Investition gerückt wird, um so weniger wirkt sich die inflatorische Geldentwertung als Investitionshemmnis aus.

Wenn eine solche Rücklage auf die Anschaffungskosten einer Ersatzinvestition übertragen werden darf, tritt zu der Beseitigung der Scheingewinnbesteuerung eine dauernde Stundung der Steuern auf die Investition hinzu.

Der Einwand, die Bildung einer Rücklage für Preissteigerungen beim Anlagevermögen dürfe sich nur auf den eigenfinanzierten Teil der Investition beziehen, geht fehl. Zwar ist richtig, daß der Investor dem Fremdkapitalgeber den Inflationsverlust, der bei inflatorischer Geldentwertung durch die Rückzahlung nur des Nominalwertes entsteht, in höheren Zinsen abgilt und diese Zinsen steuerlich voll absetzt. Doch ist dies kein Problem der Scheingewinnbesteuerung beim Investor, sondern ein Problem der Scheingewinnbesteuerung beim Kapitalgeber. Dort wäre bei der Lösung anzusetzen. Wird die Lösung dort nicht gefunden, so gibt es allerdings Verzerrungen in der Verteilung von Sachvermögen und Geldvermögen.

395. Wenn Unternehmen damit rechnen müssen, daß sie für die Kapitalausstattung von Arbeitsplätzen auch in solchen Jahren Steuern bezahlen müssen, in denen an diesen Arbeitsplätzen nichts oder

nur wenig verdient wird, beeinträchtigt das ihre Bereitschaft, neue Arbeitsplätze in einer Zeit des Strukturwandels mit seinen Gewinnchancen, aber auch mit seinen Unsicherheiten über die künftige Ertragsentwicklung zu schaffen. Gewerbesteuer und Vermögensteuer sind auch in ertragschwachen Jahren zu entrichten, und sie treiben den effektiven Steuersatz gerade in solchen Jahren in die Höhe.

Umstritten ist nicht, daß die ertragsunabhängigen Steuern eine Erschwerung von Investitionen darstellen. Umstritten ist, wie dieses Hemmnis beseitigt werden könnte. Würde die Gewerbesteuer abgeschafft, so würde den Gemeinden mit der Gewerbeertragsteuer eine Steuer verbleiben, die starke Schwankungen aufweist. Das ist unerwünscht. Eine Abschaffung der Gewerbesteuer wird daher nur im Rahmen einer umfassenden Reform der Gemeindesteuern ins Auge gefaßt werden können. Der Sachverständigenrat hat sich wiederholt zu der Frage geäußert, wie eine solche Reform aussehen könnte, zuletzt 1980 (JG 80 Ziffern 358 ff.).

Auf die Milderung des nachteiligen Effekts der ertragsunabhängigen Steuern für Investitionen sind auch Vorschläge gerichtet, die eine Senkung des Satzes der Vermögensteuer auf Gegenstände des Betriebsvermögens oder gar die Abschaffung der Vermögensteuer zum Inhalt haben. Eine Entlastung würde es bedeuten, wenn die vermögenssteuerlichen Werte den Steuerbilanzwerten angepaßt würden. Um die Steuerausfälle einer solchen Regelung in engen Grenzen zu halten, müßte sie auf diejenigen Investitionen beschränkt werden, die nach einem bestimmten Stichtag getätigt werden.

Der notwendige Entlastungseffekt bei den Investitionen würde allerdings auch ohne Änderung des Gewerbesteuer- und des Vermögensteuergesetzes erreicht, wenn ein pauschalierter Betrag der ertragsunabhängigen Steuern, zum Beispiel 1 vH des Teilwerts der nach einem bestimmten Stichtag getätigten Investitionen, von der Einkommen- oder der Körperschaftsteuerschuld abgesetzt werden könnte. Fiskalisch billig wäre auch eine solche Begrenzung auf Neuinvestitionen wohl nicht. Andererseits, im Gegensatz zu der Beseitigung der ertragsunabhängigen Steuern, von der diejenigen Unternehmen nicht erfaßt wären, die bisher schon unter die Freigrenzen fallen, würde ein solcher Abzug von der Einkommen- und/oder der Körperschaftsteuerschuld zusätzliche Investitionen in großen wie in kleinen Unternehmen gleichermaßen begünstigen.

396. Weit verbreitet ist die Vorstellung, daß es auf eine Beteiligung des Staates an den Investitionsrisiken ankomme, wenn die Bereitschaft der Unternehmen, risikoreiche, zukunftsweisende Investitionen zu tätigen, gestärkt werden sollte. Dies hat gute Gründe. Die Beteiligung des Staates an den Gewinnen erfolgreicher Investitionen ist hoch. Die staatliche Risikobeteiligung ist dagegen nach wie vor recht begrenzt, vor allem bei kleineren und mittleren Unternehmen, denen es oftmals an Möglichkeiten zum Verlustausgleich zwischen Investitionsprojekten fehlt. Verlustvortrag und Verlustrücktrag sind zeit-

lich begrenzt, der Verlustrücktrag auch der Höhe nach. Eine weitere Verbesserung des temporalen Verlustausgleichs erhöht die Bereitschaft, Anlaufverluste in Kauf zu nehmen, wie sie bei Neuerungsaktivitäten, insbesondere bei Investitionen in neue Produkte und neue Fertigungstechnologien, vielfach auftreten.

Bewährt hat sich die Beteiligung des Staates an den Risiken der Forschung und Entwicklung. Hier ist eher ein weiterer Ausbau notwendig als ein Abbau, wie er für die Zuschüsse für das in Forschung und Entwicklung beschäftigte Personal zur Diskussion steht.

397. Besonders schwer lasten gegenwärtig nicht nur die hohen Zinsen, sondern auch das hohe Zinsänderungsrisiko auf den Investitionen. Bei hohen Zinsen sind weniger Investitionen lohnend, und für diejenigen Investitionen, die von den Zinsen her lohnend erscheinen, ist kein langfristiges Kapital erhältlich, weil der Kapitalgeber das Zinsänderungsrisiko scheut, das ihm aus dem Recht des Schuldners erwächst, den Investitionskredit einseitig kündigen zu können, wenn der Zinssatz über 6 % liegt. Laufzeitverkürzungen für Investitionskredite verhindern eine fristenkongruente Finanzierung von Investitionen und erhöhen damit das Liquiditätsrisiko, Zusagen langfristiger Kredite zu variablen Zinsen schaffen ein Zinsänderungsrisiko, das die Investitionen nicht weniger stark belastet. Es gilt, derartige Zinsänderungsrisiken zu verkleinern. Hierzu könnte die Aufhebung des Kündigungsrechts nach § 247 BGB für Kredite unter Kaufleuten hilfreich sein. Aber auch Zinssubventionen können in einer solchen Situation, wenn auch nur ausnahmsweise, ein wirksames Instrument sein, das Investieren lohnend zu halten (Ziffer 230). Der finanzielle Aufwand für Zinssubventionen kann zu Anfang geringer gehalten werden als bei anderen Formen der Investitionsförderung, etwa bei Investitionszuschüssen. Die erwünschte Nähe zum Investieren ist hier gegeben. Allerdings besteht bei direkten Zinssubventionen die Sorge, daß sie vorwiegend selektiv gegeben werden. Bei Kreditprogrammen wie dem 6,3 Mrd.-DM-Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau läßt sich eine Bindung an bestimmte Unternehmensgruppen und bestimmte Arten von Investitionen nach dem Windhundverfahren nicht vermeiden. Aber auch als allgemeine und dauernde Investitionsförderung käme die Zinssubvention nicht in Betracht, weil sie einseitig die Finanzierung mit Fremdkapital begünstigt.

398. Mehr Investitionsförderung bringt Steuerausfälle mit sich. Diese Kosten sind zwar nach Art der Belegung der Investitionstätigkeit unterschiedlich hoch und auch unterschiedlich über die Zeit verteilt, aber sie sind, wenn wirklich etwas bewegt werden soll, sicher nicht gering. Daher ist zu bedenken, wie diese Steuerausfälle ersetzt werden können. Sie müssen im wesentlichen wohl durch Steuererhöhungen an anderer Stelle ausgeglichen werden. Angehoben werden müßten diejenigen Steuern, die am wenigsten wachstumshemmend sind, weil sonst die positiven Wirkungen einer steuerlichen Entlastung

von Investitionen teilweise wieder zunichte gemacht würden. Zu diesen Steuern zählen die Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern, soweit sie nicht auch auf den Faktoreinsatz erhoben werden. Aus verteilungspolitischen Gründen ließe sich eine solche Umschichtung im Steuersystem wohl am besten im Zusammenhang mit allfälligen Steuersenkungsmaßnahmen bei der Lohn- und Einkommensteuer bewerkstelligen.

Geld- und Währungspolitik

399. Die Bundesbank hat durch eine restriktive Geldpolitik die Voraussetzungen für eine rasche Rückkehr zu mehr Geldwertstabilität geschaffen. Der Anstieg der Verbraucherpreise ist zwar weiterhin unerträglich stark. Und nicht alles, was auf der Erzeugerstufe an Preissteigerungen eingetreten ist, konnte auf der Verbraucherstufe durchgesetzt werden, so daß erhebliche Sorgen hinsichtlich des Fortgangs der Geldentwertung weiterbestehen. Ja, selbst wenn man die Verteuerung der Einfuhr mit ihrem rechnerischen Einfluß auf die Inlandspreise beiseite nimmt, also nur die Verteuerung der inländischen Wertschöpfung im Blick hat, zeigt sich, daß trotz der ungünstigen Wirtschaftslage mehr als die — vorläufige — Abwehr einer binnenwirtschaftlichen Anpassungs-inflation nicht gelungen ist. Der Sockel an Preissteigerungen bei den inländischen Leistungen ist unvermindert hoch. Aber er ist doch wenigstens auch nicht noch größer geworden. Aufgabe der Geldpolitik für 1982 und danach ist es, die außenwirtschaftlich inzwischen entspanntere Ausgangssituation zu nutzen und in den nächsten zwei bis drei Jahren den Geldwertschwund zu beseitigen. Eine Geldpolitik, die sich dies zum Ziel setzt, braucht mit ihrer Aufgabe, genügend Geld für einen kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung zur Verfügung zu stellen, nicht in Konflikt zu geraten. Es besteht gute Aussicht, daß die Bundesbank bald auf einen Pfad der mittelfristig, am Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, orientierten Geldmengenpolitik einschwenken kann.

400. In diesem Jahr ist sie in diesen Konflikt gebracht worden. Zur raschen Abwehr der Inflationsgefahren hat sie sich dafür entschieden, bei ihrer Geldmengensteuerung erneut den Wechselkursvorbehalt in Anspruch zu nehmen und vom Pfad eines neutralen Geldangebots nach unten abzuweichen. Der Sachverständigenrat hat sie hierin — wie schon im vergangenen Jahr — bestärkt (JG 80 Ziffern 173, 307 ff., SG 81 Ziffern 34 ff.).

Groß war der Abwägungsspielraum der Bundesbank bei dieser Entscheidung nicht. Auf der einen Seite stand die Gefahr, daß die Abwertung der D-Mark sich selbst zu treiben beginnen würde, eine Gefahr, die bei einer Währung, die Reservewährungsfunktionen hat und bedeutende internationale Anlagewährung ist, sehr ernstgenommen werden muß. Von den übrigen Folgen eines Kursverfalls abgesehen, wäre mit einer solchen Entwicklung vollends die Chance geschwunden, daß die inflatorischen Impulse von außen auf ein Maß begrenzt blieben, bei dem man sich noch zutrauen konnte, eine

binnenwirtschaftliche Anpassungs-inflation zu verhindern. Auf der anderen Seite stand die Erwartung, die Abwertungstendenz werde auch ohne kräftig steigende Notenbankzinsen bald von selbst an ihr Ende kommen, verbunden mit der Vorstellung, selbst eine noch höhere Inflationsrate als die gegenwärtige könnte hinsichtlich ihres außenwirtschaftlich verursachten Teils die nächste Lohnrunde unbeeinflusst lassen. Eine schwere Gefahr stand gegen eine Möglichkeit, die fast nur aus Hoffnung bestand.

Aber auch wer das Ergebnis der Abwägung nicht tadelte, kann nicht übersehen, daß es für das Konzept einer mittelfristig orientierten Geldpolitik schädlich ist, wenn so häufig wie in den letzten Jahren statt der Regel ein Ausnahmeverbehalt die Geldpolitik regiert. Ausnahmeverbehalte haben zwar von Anfang an zum Konzept der neuen Geldpolitik gehört. Auch der Sachverständigenrat hat die Notwendigkeit bestimmter Vorbehalte schon früher eingräumt. Doch die Vorstellung war gewesen, daß die als Ausnahme gemeinten Fälle Ausnahmen bleiben würden (JG 74 Ziffern 388 ff., JG 78 Ziffer 407). Es gehört zu den ungunstigen Nebenfolgen der Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren, aus der die Vertrauensschwäche in bezug auf die D-Mark in diesem Jahr erwuchs, daß auf die Regelmäßigkeit des Konzepts, nach dem die Geldpolitik gehandhabt wird, erneut Schatten gefallen sind. Vertrauen in den Binnenwert und den Außenwert der Währung zu erzeugen, ist zwar in erster Linie die Aufgabe der Geldpolitik selbst. Allein kann sie dies jedoch nicht, jedenfalls nicht, ohne im Falle schwerer Störungen genau in den Zielkonflikt gestellt zu werden, aus dem das Konzept einer mittelfristig orientierten Geldmengensteuerung sie heraushalten sollte. Die Vorstellung, daß die Häufung von Ausnahmesituationen ein Ende haben kann, sollte jedoch nicht aufgegeben werden. Ohnehin gibt es eine befriedigende Alternative zum gegenwärtigen Konzept der Geldpolitik nicht.

401. Für eine Verbesserung der Chancen einer konsequent auf Verstärkung des Geldangebots bedachten Geldpolitik kommt es freilich nicht nur auf einen nachhaltigen Erfolg bei der Inflationsbekämpfung in unserem eigenen Land an. Die Währungen aller wichtigen Welthandelsländer müssen stabilisiert werden, zumindest die Währungen, die internationale Reserve- und Anlagewährungen sind, vor allem der amerikanische Dollar. Nur dann lassen sich die störenden extremen Wechselkursänderungen vermeiden, die aus unsicheren Inflationserwartungen erwachsen, weil diese die längerfristigen Wechselkurs-erwartungen verunsichern. Eine energische Inflationsbekämpfung in den Vereinigten Staaten liegt daher im Interesse der Bundesrepublik. Wenn sehr viele Länder ihre Stabilisierungskrise gleichzeitig haben, ist damit allerdings ein großes weltwirtschaftliches Risiko verbunden. Daß die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik bei ihren Versuchen, zugleich die Inflation zu bekämpfen und die Dynamik ihrer Volkswirtschaften zu fördern, auch im zweiten Teil dieses Programms Erfolg haben, ist mithin von hervorragender weltwirtschaftlicher Bedeutung.

402. Unbeirrt von den Turbulenzen dieses Jahres sollte die Bundesbank auch für 1982 ein Geldmengenziel verkünden und sich dabei von der Vorstellung leiten lassen, daß, wenn nichts Schlimmes geschieht, für die Ausweitung der Geldmenge die mittelfristigen Erfordernisse entscheidend sein müssen. Angezeigt ist also eine Expansion der Zentralbankgeldmenge entsprechend dem Wachstum des Produktionspotentials unter Berücksichtigung des derzeit noch für unvermeidlich zu haltenden weiteren Anstiegs des Preisniveaus. Ein Zuschlag für eine mittelfristige (nicht eine konjunkturelle) Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, wie sie sich in deren Trend abbildet, erscheint gerechtfertigt.

Das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials im Verlauf des Jahres 1982 schätzen wir auf 2 vH.

Der Ansatz für den derzeit noch unvermeidlichen weiteren Anstieg des Preisniveaus sollte nach der starken Abschwächung der monetären Expansion in diesem Jahr sehr vorsichtig bemessen werden. Mit dieser Abschwächung ist für das Jahr 1982 eine Dämpfung des Inflationstempos programmiert. Die Fortsetzung dieses Stabilisierungsprozesses sollte jetzt nicht durch eine untunliche Erweiterung des monetären Mantels gefährdet werden. Wie die derzeitige Verlangsamung der monetären Expansion vom Jahre 1981 in das Jahr 1982 hineinwirkt, so würde eine kräftige Beschleunigung vom Jahre 1982 in das Jahr 1983 hineinwirken. Das Prinzip, daß der Zuschlag für einen als unvermeidlich anzunehmenden weiteren Anstieg des Preisniveaus von Jahr zu Jahr konsequent gesenkt werden sollte, damit die Inflation überwunden wird, spräche eigentlich dafür, diesen Zuschlag unter 2 vH anzusetzen; denn 1981 ist in der tatsächlichen Ausweitung der Zentralbankgeldmenge nur etwa 2 vH mehr Geld zur Verfügung gestellt worden, als dem Wachstum des Produktionspotentials entsprochen hat. So weit sollte man aber wohl nicht gehen. Es mag ausreichen, wenn man den Zuschlag für 1982 deutlich niedriger wählt als den aus heutiger Sicht für den Verlauf des nächsten Jahres tatsächlich zu erwartenden Anstieg des Preisniveaus, diesen gemessen am Preisindex des Bruttosozialprodukts. Nach unserer Prognose wird dieser im Verlauf des Jahres 1982 4 vH betragen. Entfallen die besonderen Gründe der gegenwärtigen geldpolitischen Restriktion, so sollte die Bundesbank mit Rücksicht auf deren unerwünschte dämpfende Wirkungen auf die Produktionstätigkeit nicht auf einem Stabilisierungspfad für 1982 und 1983 bestehen, der sich nur einhalten ließe, wenn aus der Geldversorgung heraus vorläufig ein sehr kräftiger Stabilisierungsdruck fortbestünde. Für einen verlässlichen Fortgang des Stabilisierungsprozesses auch über 1982 hinaus wäre vermutlich genügend vorgesorgt, wenn der Zuschlag zur potentialorientierten Geldmengenexpansion, der einen derzeit unvermeidlichen weiteren Anstieg des Preisniveaus zu finanzieren erlaubt, auf 3 vH festgesetzt wird.

Für die trendbestimmte Senkung der Umlaufgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge mag wiederum ein Zuschlag von $\frac{1}{2}$ vH stehen.

Alles in allem halten wir mithin eine Expansion der Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres 1982 von $5\frac{1}{2}$ vH für notwendig und ausreichend. Dabei wäre eine Ausweitung des nominalen Sozialprodukts im Verlauf des Jahres von 5 vH finanzierbar, auch wenn die Umlaufgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge ihrem Trend entsprechend sinkt. Wieweit der damit gegebene Spielraum für mehr Produktion und Beschäftigung genutzt wird, wie weit zur Finanzierung eines Anstiegs des Preisniveaus, liegt nicht bei der Geldpolitik. Überdies ist eine höhere Umlaufgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge möglich. Eine reale Expansion, die kräftiger ausfällt als derzeit zu erwarten ist, würde schon deshalb nicht an einem Mangel an Geld scheitern, weil in einem wirtschaftlichen Aufschwung der Kreditbedarf, dessen Befriedigung Zentralbankgeld bindet, erfahrungsgemäß weniger stark wächst als das Sozialprodukt (Ziffer 203).

403. Unter der Bedingung, daß sich die jüngste Befestigung des D-Mark-Kurses an den Devisenmärkten als solid erweist, könnte die Bundesbank also darauf hinwirken, daß sich die monetäre Expansion merklich beschleunigt. Dabei gehen wir davon aus, daß sie bei jeder weiteren nachhaltig erscheinenden Tendenz zur Höherbewertung der D-Mark der Lokierung ihres geldpolitischen Kurses zunächst Vorrang geben wird vor einer tatsächlichen Höherbewertung der Mark, bis das angestrebte Tempo der monetären Expansion erreicht ist. Die Neigung an den Märkten, wieder auf einen steigenden Außenwert der D-Mark zu setzen, würde sich dann vor allem in niedrigeren Zinsen auswirken.

404. Erzwingen kann die Bundesbank niedrigere Zinsen nicht. Würde sie ohne Deckung durch ein gewachsenes Vertrauen der Kapitalanleger die Notenbankzinsen senken, so würde sie nur neues Mißtrauen in den künftigen Wert der D-Mark wecken. Am Kapitalmarkt wären dann nicht niedrigere Zinsen, sondern höhere die Folge. Andere Länder haben in dieser Hinsicht ganz frische Erfahrungen. Die Bundesbank kann nicht, indem sie ein paar Milliarden Notenbankgeld für niedrige Zinsen hergibt, die Anleger von mehr als 100 Milliarden D-Mark — dies in etwa die Größenordnung der Bruttokreditgewährung eines Jahres am D-Mark-Markt für langfristige anlagebereite Mittel — zwingen, ihr einfach zu folgen. Niemand muß sein Geld langfristig anlegen. Mißtrauisch geworden, weicht man womöglich auf eine kurzfristige Anlage aus. Dort mag dann der Zins zunächst weiter gedrückt werden, doch damit wäre nichts gewonnen, wenn zugleich der langfristige Zins sogar steigt. Wahrscheinlich käme außerdem der Wechselkurs wieder ins Rutschen und schaffte neue Irritation.

Gelingt es aber, das Vertrauen in den künftigen Wert der D-Mark weiter zu kräftigen, so werden selbst weiterhin hohe Zinsen im Ausland, auch in den Vereinigten Staaten, nicht verhindern, daß in der Bundesrepublik die Zinsen sinken. Eine solide Aufwertungserwartung für die D-Mark sorgt für ein internationales Zinsgefälle. Das internationale Inflationsgefälle, ergänzt um eine nachhaltige Verbesse-

rung der deutschen Leistungsbilanz und eine Verminderung des öffentlichen Kreditbedarfs, wären solide Gründe für eine solche Aufwertungserwartung. Auch bei internationaler Kapitalknappheit gibt es immer genug Kapital, das eine sichere Anlage sucht und für Sicherheit eine gute Prämie zahlt. Das heißt nicht, daß es schon genug Gründe gäbe, der Bundesrepublik für bald einen wieder niedrigen Kapitalmarktzins zu versprechen. Wie sich die Bewertung von D-Mark-Anlagen auf den internationalen Finanzmärkten entwickelt, läßt sich nicht vorhersagen. Man kann aber schon etwas dafür tun. Das Geld knapphalten, ist die Basis von allem. Hinreichend ist dies jedoch nur auf Dauer. Und Garantien für solche Dauerhaftigkeit gibt es nun einmal nicht. Letztlich ist es daher die Gesamtvorstellung, die eine Volkswirtschaft gibt, der das Zinsurteil der Finanzmärkte gilt — ihre Fähigkeit, Inflation schon in den Ansätzen zu vermeiden und zu bekämpfen, die öffentlichen Ausgaben und die Staatsschulden in Grenzen zu halten, sichere Investitionsmöglichkeiten zu bieten und den Konsum auf das zu beschränken, was man sich leisten kann. Es gibt keine Tricks, mit denen man diesen alten Grundsätzen auf Dauer ausweichen kann. Es geht dabei nicht darum, sich den Geboten einer internationalen Zins-herrschaft zu beugen. Es geht vielmehr darum, das Vertrauen der Kapitalanleger zu erwerben und zu erhalten, damit man deren Geld möglichst billig bekommt.

405. Eine Finanzpolitik, die nach Jahren rascher Expansion der Staatsausgaben und hoher öffentlicher Defizite den Kurs auf niedrigere Ausgabenüberschüsse einstellt, sowie eine Lohnpolitik, die die Arbeitnehmeransprüche an das mögliche Produktionsergebnis der Volkswirtschaft etwas zurücknimmt und damit mehr Produktionsmöglichkeiten rentabel werden oder bleiben läßt, brauchen nicht zu befürchten, daß sie über einen Mangel an Nachfrage gerade das verfehlen, was sie am meisten anstreben, einen höheren Beschäftigungsstand. Reichen die von der Finanzpolitik und der Lohnpolitik direkt bewirkten Anreize, mehr private Produktion zu wagen, nicht rasch genug aus, so kann die Geldpolitik, solchermaßen abgeschirmt gegen Inflations- und Leistungsbilanzrisiken, ohne große Furcht vor neuem Mißtrauen der Kapitalmärkte versuchen, energischer die Rolle des Zinsführers nach unten zu übernehmen, und damit das große Potential an Investitionen erschließen helfen, an deren Dringlichkeit im Grunde niemand zweifelt.

406. Sparen ist ein wichtiger Beitrag der privaten Haushalte bei der Lösung der anstehenden Aufgaben, sowohl beim Abbau des Leistungsbilanzdefizits als auch bei der Freihaltung des Spielraums für mehr Investitionen. Er ist zunächst ein nachfrage-seitiger Beitrag (die Bescheidung in den Einkommensansprüchen ist ein kostenseitiger). Er ist für die der Volkswirtschaft aufgegebenen Umstrukturierung und Wachstumsbeschleunigung nötig, mindert aber — für sich genommen — die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten. Es muß jedoch auch beim Sparen nicht beim nachfrage-seitigen Beitrag bleiben. Die Bereitschaft, Geld nicht für Konsumzwecke

auszugeben, wird noch wertvoller, wenn die Bereitschaft hinzukommt, es langfristig oder gar als Eigenkapital anzulegen und damit Risiken zu übernehmen, Zinsänderungsrisiken oder Ertragsrisiken. Die dauerhafte Kapitalanlage ist ein Teil der Strecke zur Investition. Die Tendenz zu kürzeren Laufzeiten am Kapitalmarkt, die zu groß gewordene Aufgabe der Fristentransformation bei den Banken, die daraus entstandene Fortwälzung des Zinsänderungsrisikos auf den Investor durch Zinsanpassungsklauseln zeigen trotz des großen Mittelaufkommens Schwäche der Kapitalbildung an. Die verbreitete Angst vor gesamtwirtschaftlichen Nachfragerisiken, die mit der Tatsache begründet wird, daß der Nachfrageausfall durch Konsumverzicht gewiß ist, die korrespondierende zusätzliche Investition hingegen ungewiß, mag von hier eine gewisse Berechtigung beziehen, obwohl sie im ganzen grundlos erscheint, wenn es der Volkswirtschaft an Wachstumsdynamik nicht fehlt. Die erhöhten Risiken des Investors werden effektiv, wenn hohe Zinsen durch Zinsanpassungsklauseln oder durch einen laufzeitbedingten hohen Krediterneuerungsbedarf für die Schuldner — öffentliche wie private — in einem Umfang kostenwirksam werden, der weit über den Kreditbedarf für neue Ausgaben hinausreicht, also die Finanzierung alter Investitionen neu zur Disposition stellt. Mit der Ratio hoher Zinsen hat dies nichts zu tun. Der marktwirtschaftliche Sinn hoher Zinsen liegt darin, daß durch sie die Kapitalnachfrage für neue Ausgaben auf das Kapitalangebot aus neuer Kapitalbildung begrenzt und die Kapitalbildung selbst stimuliert wird. Er liegt nicht darin, daß der Sparer von gestern höhere Einnahmen erhält und deshalb der Unternehmer, der gestern investiert hat, höhere Kosten tragen muß, die die Rentabilität und das Überleben seines Unternehmens gefährden. Nur wenn die Kapitalbildung unzureichend ist aus Gründen, die nicht eine fehlerhafte Wirtschaftspolitik zu vertreten hat, stellte die Verlagerung der Zinsänderungsrisiken vom Sparer auf den Investor eine adäquate Risikoverteilung dar.

Besonders kraß treten die schlimmen Folgen einer langjährigen Fehlentwicklung in einer Situation wie der gegenwärtigen zutage, in der nicht ein Übermaß an Kreditnachfrage der Unternehmen, die von den Zinskosten ja vor allem betroffen sind, die hohen Zinsen verursacht hat. Die Renten der Kapitalbesitzer schießen in die Höhe, während die Unternehmen unter der Zinslast wenn schon nicht ihre Investitionsneigung, so doch ihre Investitionsfähigkeit verlieren. Auch diese Fehlentwicklung hat ihren Ursprung letztlich in der schleichenden Inflation. Die unzureichende Anlageneigung der Sparer ist Teil der Inflationsgewöhnung. Der notorische Mangel an Attraktivität der Eigenkapitalanlage kommt hinzu. Er erklärt, warum selbst die Investitionsfinanzierung durch Aktienemission quantitativ keine Rolle mehr spielt. Das Anrechnungsverfahren bei der Körperschaftsteuer hat hieran nichts Durchgreifendes zu ändern vermocht.

Inflationsbekämpfung und Verbesserung der Gewinnchancen riskanter Investitionen müssen daher auch zum Ziele haben, das Anlageverhalten der Sparer allmählich zu ändern. Sonst wird der Zins hoch

bleiben und die Menge der Investitionsprojekte, die diese Zinsen oder eine entsprechende Eigenkapitalrendite zu erwirtschaften erlauben, unzureichend. Die einzige Alternative wäre, daß auch für dieses Problem wiederum eine kompensatorische Lösung von der Steuerpolitik oder der Lohnpolitik verlangt wird.

407. Das gleiche gilt für das Problem der Scheingewinnbesteuerung. Mit steigender Inflationsrate wird der Anteil an den Gewinnen, der nur Ausgleich für die Geldentwertung ist, immer größer. Da der Gesamtgewinn steuerpflichtig ist, verbleibt den Unternehmen unter Umständen ein immer kleiner werdender Anteil der echten Gewinne. Schon wenn der Scheingewinn etwa ein Drittel des Gesamtgewinns ausmacht, ist wegen der hohen Steuern auf Erträge und Gewinne der verbleibende echte Gewinn negativ. In Fällen einer überraschenden Beschleunigung der Inflation, auf die man sich nicht eingestellt hat, ist dies schnell der Fall. Die Scheingewinnbesteuerung trifft die Unternehmen mit besonders langfristigen Investitionen besonders stark. Das Problem kann befriedigend nur an seinem Ursprung gelöst werden. Durch erfolgreiche Inflationsbekämpfung. Jede Symptomtherapie schafft neue Probleme (Ziffern 391 ff.).

Lohnpolitik

408. Die kommende Lohnrunde wird im Zeichen eines anhaltenden Anstiegs der Arbeitslosigkeit und noch immer hoher Preissteigerungen stehen. Das wird es den Tarifvertragsparteien nicht einfach machen, Lohnerhöhungen zu vereinbaren, die von beiden Seiten als tragbarer Kompromiß angesehen und zugleich den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen gerecht werden. Wie in den Tarifverhandlungen dieses Jahres werden Realeinkommenssicherung und Entlastung beim Kostenniveau in der lohnpolitischen Argumentation die zentrale Rolle spielen. Das heißt freilich nicht, daß damit die gleichen Lohnsteigerungen wie 1981 programmiert sein müßten. Denn daß die Beschäftigungsprobleme inzwischen noch größer geworden sind, ist offenkundig, und daß die Lohnpolitik mit dazu helfen muß, sie zu verringern, ist im Grunde nicht streitig; worauf die Tarifvertragsparteien eine Antwort finden müssen, ist, um wieviel die Lohnsteigerungen im nächsten Jahr hinter denen dieses Jahres zurückbleiben sollen.

409. Bei aller Unterschiedlichkeit der Standpunkte war zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern schon in den Lohnverhandlungen 1981 nicht umstritten, daß die Erträge im Verlauf des Jahres 1980 stärker als vorgesehen unter Druck geraten waren und daß es ohne Schaden für die Beschäftigung nicht unverändert dabei bleiben konnte. Mit der Frage, ob der Produktivitätszuwachs, wie die Arbeitgeber wollten, oder der Preisanstieg, wie die Gewerkschaften verlangten, Maßstab für die Lohnsteigerungen sein sollte, stand das Ausmaß der Korrektur zur Diskussion, nicht der Korrekturbedarf als solcher. Im Ergebnis wurden die tariflichen Stundenverdienste um rund 5 vH erhöht, nachdem es ein

Jahr zuvor 7 vH gewesen waren. Die Erwartung, daß damit einer Verbesserung der Ertragslage Raum gegeben sei, war allerdings schon zum Zeitpunkt der Tarifabschlüsse nicht mehr verlässlich begründet. Sie hat sich dann in der Tat als Irrtum erwiesen, nicht zuletzt weil sich das Austauschverhältnis mit dem Ausland abwertungsbedingt erneut stark verschlechterte. Obwohl die Preise stärker als die Löhne stiegen, Reallohnsicherung also nicht einmal erreicht wurde, waren die Unternehmen nicht Gewinner, sondern Hauptverlierer.

410. Lohnerhöhungen, wie sie vereinbart wurden, hätten bei den Preissteigerungen dieses Jahres zu einer Ertragsverbesserung nur gepaßt, wenn im Inland nicht weniger als im Vorjahr hätte verkauft werden können und wenn von der zusätzlichen Produktion mehr zur Verteilung im Inland geblieben wäre. Die Abwertung der D-Mark verschaffte den Unternehmen zwar Spielraum, ihre Preise das Jahr über verstärkt zu erhöhen, aber doch nicht so viel Spielraum, daß sie die höheren Kosten für ausländische Vorleistungen zusammen mit den inländischen Kostensteigerungen für Arbeitsleistungen wie für das benötigte Kapital überwälzen und zugleich ihren Absatz ausweiten konnten. Am wenigsten war dies in den binnenwirtschaftlichen Sektoren möglich. Im ganzen war das Verhältnis von Erlösen zu Kosten 1981 noch ungünstiger als im Jahr davor, mit der Folge, daß die Unternehmensgewinne in der Summe angesichts der geringeren Absatzmenge sogar nominal niedriger waren als 1980.

411. Die beabsichtigte Korrektur beim Kostenniveau steht also noch aus. Wie groß der Korrekturbedarf inzwischen geworden ist, läßt sich mit gesamtwirtschaftlichen Analysen nicht ohne weiteres beziffern. Das ist schon deshalb so, weil es für die Rückkehr zu einem höheren Beschäftigungsstand nicht nur auf die Gewinne ankommt, die die Unternehmen aktuell erzielen, sondern auch auf die Gewinne, mit denen sie auf mittlere Sicht rechnen. Zeitweilige Ertragseinbußen als Reflex unterausgelasteter Kapazitäten gehören zur Pufferfunktion, die die Gewinne als Residualeinkommen haben. Im Hinblick auf die mittelfristigen Rentabilitätsverhältnisse ist die Verschlechterung der Erlös-Kosten-Relation in den Jahren 1980 und 1981 konjunkturell überzeichnet. Weil die vorhandenen Sachanlagen nicht ausgelastet und die Belegschaften nicht in vollem Umfang beschäftigt werden konnten, waren die Kosten je Produkteinheit höher, als sie es sonst gewesen wären, und die Gewinnmargen waren entsprechend geringer. Umgekehrt heißt dies, daß in mittelfristiger Sicht als Entlastung beim Kostenniveau nicht schon gelten kann, wenn im Zuge einer wirtschaftlichen Belebung die Kapazitätsauslastung steigt und sich die Stückkosten von daher wieder günstiger stellen. Insofern wäre lediglich die konjunkturelle Überzeichnung der Ertragseinbußen korrigiert. Angesichts des Schubs an Investitionen, der erforderlich ist, möglichst rasch genügend neue Arbeitsplätze zu schaffen, wird die Korrektur weiter gehen müssen.

412. Dabei kann es jedoch nicht darum gehen, jedem einzelnen Bereich der Volkswirtschaft etwa

wieder die Ertragschancen zu verschaffen, die er in der Vergangenheit hatte. Der im Wettbewerb erzielte Gewinn hat in der Marktwirtschaft auch — und vor allem — eine Lenkungsfunktion. Gute Gewinne im einen Bereich und Verluste im anderen müssen Signale für die Richtung des Strukturwandels setzen. Bereiche, die bei den veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, namentlich der starken Energieverteuerung, ihre Produktion auf Dauer nicht mehr gewinnbringend absetzen können, müssen sich umstellen oder sie müssen schrumpfen. Alles andere hieße, den Strukturwandel hemmen und die Chancen mindern, die für dauerhaft mehr Beschäftigung in der Umlenkung von Arbeit und Kapital hin zu ertragsversprechender Produktion liegen. Für die Lohnpolitik steht nicht mehr, freilich auch nicht weniger zur Debatte, als unter Ansehung der übrigen Kosten das ihre dazu beizutragen, daß in der Volkswirtschaft im ganzen der Umstellungsprozeß möglichst reibungslos und rasch vorankommt.

413. Von den Einflußgrößen, die im Zusammenwirken mit den Lohnsteigerungen die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Kostenniveaus bestimmen, ist für 1982 selbst dann keine große Entlastung in Aussicht, wenn die Risiken ausbleiben, die für den weiteren Wirtschaftsverlauf bestehen.

- Der Produktivitätszuwachs, der 1981 nur sehr gering war, dürfte im kommenden Jahr zwar wieder etwas höher ausfallen, um wieviel höher, wird allerdings nicht zuletzt davon abhängen, in welchem Maße die Unternehmen ihren Personalbestand an die Produktion anpassen, und das ist wiederum nach aller Erfahrung nicht unabhängig von den Lohnkosten. Auch wenn die Nachfrage aus dem Ausland anhaltend steigt, sind im ganzen doch keine Auftriebskräfte angelegt, die mehr Beschäftigung und zugleich deutliche Produktivitätssteigerungen erwarten ließen.
- Als offene Frage muß weiterhin gelten, wieviel das Ausland vom möglichen Produktionsertrag beanspruchen wird. Hier war der Irrtum 1981 am größten. Trotz der günstigeren Perspektiven beim Wechselkurs ist unter den Annahmen unserer Prognose für den Jahresdurchschnitt 1982 noch mit keiner so starken Abschwächung des Importpreisanstiegs zu rechnen, daß dieser hinter dem Anstieg der Exportpreise zurückbliebe und die Terms of Trade sich günstiger darstellten. Sollen die Lohnsteigerungen Raum für eine Ertragsverbesserung lassen, ist weniger auf die Veränderung des Austauschverhältnisses abzustellen, in dem der Kosteneffekt höherer Importpreise mit dem Erlöseffekt höherer Exportpreise verrechnet wird, als auf die Importverteuerung für sich genommen. Exportpreissteigerungen, die zum Anlaß für entsprechende Lohnsteigerungen genommen werden, verbessern die Erträge nicht, ebensowenig wie Preissteigerungen im Inland; sie lassen die Ertragsmarge unverändert.
- Wie weit die Zinsen zurückgehen werden, läßt sich nicht sicher sagen. Ein Rückgang, der nur einen Ausgleich für die vorangegangenen Zinssteigerungen brächte, und viel mehr scheint vorerst

nicht angelegt, könnte in mittelfristiger Sicht, auf die es ja vor allem ankommt, nicht schon als Entlastung gelten. Überdies ist es der Realzins, der hier zählt. Zudem wird sich der Anstieg des Kapitalaufwands je Produkteinheit wie je Arbeitsplatz fortsetzen. Nimmt man beides zusammen, so ist eher eine weitere Zunahme als eine Abnahme der Kapitalkosten zu erwarten.

- In Rechnung zu stellen ist schließlich, daß mit dem Beschluß, den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung auf 4 vH zu erhöhen, über zusätzliche Lohnnebenkosten bereits entschieden ist.

Die Erfahrung des Jahres 1981 sollte dafür sprechen, den lohnpolitischen Spielraum nicht abermals zu überschätzen.

414. Viel wird wiederum davon abhängen, auf welche Preissteigerungen die Tarifvertragsparteien setzen — was die Gewerkschaften an Entwertung der Nominallöhne erwarten, und mit welchen Möglichkeiten die Unternehmen rechnen, Kostensteigerungen in den Preisen überwälzen zu können. Daß die Preissteigerungen zum Zeitpunkt der neuen Tarifabschlüsse im Vorjahresvergleich noch hoch sein werden, besagt mehr über den Inflationsimport im zu Ende gehenden Jahr als über die Entwicklung im Jahre 1982. Auf die zurückliegenden Preissteigerungen darf es nicht ankommen, wenn eine Anpassungsinflation vermieden werden soll. Die Lohnpolitik selbst bestimmt mit, wie rasch sich der Preisauftrieb abschwächen wird. Die Aufwertungsstendenz der D-Mark wird den von außen kommenden Inflationsdruck dämpfen und die Preiserhöhungsspielräume einengen. Unausgelastete Kapazitäten sprechen dagegen, daß nachlassender Wettbewerb im Innern dies aufwiegt. Preissteigerungen, die auf erhöhten staatlichen Abgaben beruhen, etwa der beschlossenen Anhebung von Verbrauchsteuern, sollten in den Lohnverhandlungen kein Argument sein. Je höher die Preissteigerungsrate ist, die Eingang in die Verhandlungsergebnisse findet, um so mehr bleibt vom anstehenden Korrekturbedarf unerledigt, wenn nicht gar neuer entsteht.

415. In der Diskussion über die Lohnpolitik des Jahres 1981 haben die Gewerkschaften darauf verwiesen, daß die Grenzen der Zumutbarkeit lohnpolitischer Zurückhaltung für die Arbeitnehmer bei Nominallohnsteigerungen lägen, die im Zeitpunkt der Abschlüsse den Reallohn sichern. Das ist in einem Jahr wie 1981, in dem nicht mehr, sondern weniger zu verteilen gewesen ist, sicher nicht unproblematisch. Solche Jahre können indes wohl immer noch als die Ausnahme gelten. Im Regelfall bleibt Raum für eine Verbesserung der Erlös-Kosten-Relation nach Maßgabe des Produktivitätsanstiegs und dem, was von der Veränderung der Terms of Trade und der übrigen Kosten davon abgeht oder hinzukommt, vorausgesetzt, der Preisanstieg wird bei den Abschlüssen nicht überschätzt. Erweist er sich als unterschätzt, ist die Ertragskorrektur um so größer. Der Verzicht auf Nachholansprüche, wenn sich im nachhinein zeigt, daß Reallohnsicherung nicht erreicht wurde, mag eher als zumutbar angesehen

werden als der Verzicht auf Reallohnsicherung bei den Abschlüssen. Der einfachste Weg, zu der für notwendig erachteten Korrektur zu kommen, wäre das sicher nicht, und mehr als zeitweilig wäre er wohl kaum gangbar, wollte man nicht auf Täuschung setzen. Gefahrlos wäre er ohnehin nicht. Die Versuchung, sich zu Lasten des Geldwerts zu einigen, wäre für die Tarifvertragsparteien groß. Von der Geldpolitik dann Toleranz zu verlangen, würde dem Beschäftigungsziel nicht dienen, stellt man die Rückwirkungen höherer Preissteigerungen in Form steigender Zinsen und sinkender Kaufkraft der Einkommen, vor allem von Renten und Sozialeinkommen, in Rechnung. Preissteigerungen erst entgegenzuwirken, wenn sie sich selbst zu verstärken beginnen, würde über kurz oder lang nur um so härtere Restriktion erfordern.

416. Auf mittlere Sicht wäre wenig gewonnen, wenn niedrigeren Abschlüssen in der kommenden Lohnrunde später um so höhere folgten. Wichtig ist die Verlässlichkeit der lohnpolitischen Grundlinie über das kommende Jahr hinaus, einer Grundlinie, die dahin führen muß, daß mehr Produktion und Beschäftigung nicht an den Kosten scheitern. Vermögenspolitische Maßnahmen, zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern vereinbart, könnten den notwendigen Konsens herbeiführen und sichern helfen. Nicht zuletzt der hohe Bedarf an Investitionen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sollte es im Interesse beider Seiten möglich machen, zu einer Einigung zu finden. Den Unternehmen würde eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Kapitalbildung das Investieren leichter machen, und den Arbeitnehmern könnte eine Beteiligung an den Unternehmenserträgen viel von der Sorge nehmen, bei der Einkommensverteilung ins Hintertreffen zu geraten, wenn sie bei den Lohnabschlüssen mehr als kleine Schritte zur Verbesserung der Ertragslage zulassen.

417. Auf welchen Weg sich die Tarifvertragsparteien auch immer einigen, das Bestreben muß sein, so viel wie möglich dazu beizutragen, daß mehr neue Arbeitsplätze im Strukturwandel geschaffen werden, als vorhandene aufgegeben werden müssen. Eine dauerhafte Veränderung der Verteilungsrelation zugunsten der Unternehmen muß damit letztlich nicht einhergehen. Niedrigere Lohnsteigerungen, die im ersten Schritt zu einem besseren Verhältnis von Erlösen und Kosten führen, machen zusätzliche Produktion und Beschäftigung auch auf weniger produktiven Arbeitsplätzen rentabel. In dem Maße, wie die damit verbundenen Chancen im zweiten Schritt dann genutzt werden, und daß sie genutzt werden, besorgt der Wettbewerb, vermindert sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt der Produktivitätszuwachs, und die Lohnstückkosten erhöhen sich entsprechend. Der Tendenz nach setzt sich die Ausweitung von Produktion und Beschäftigung fort, bis schließlich die alte Erlös-Kosten-Relation wieder erreicht ist. Selbst kurzfristig kann die für mehr Beschäftigung notwendige Korrektur der Gewinnmargen um so geringer ausfallen, je differenzierter die Lohnabschlüsse mit Blick auf die unterschiedlichen Knappheitsverhältnisse am Arbeitsmarkt sind.

Arbeitsmarktpolitik

418. Die schwerwiegenden Beschäftigungsprobleme haben auch die Arbeitsmarktpolitik vor eine neue Situation gestellt. Das hohe Defizit der Bundesanstalt für Arbeit und die finanziellen Engpässe des Staates ließen eine unbeirrte Fortführung des bisherigen Kurses, der auf eine Ausweitung der vorbeugenden Arbeitsmarktpolitik angelegt war, als unmöglich erscheinen. Sie verlangten eine Neugewichtung der Ziele der Arbeitsmarktpolitik. In dieser Situation entschied sich die Bundesregierung dafür, die Höhe der sozialen Leistungen an die Arbeitslosen weitgehend aufrechtzuerhalten, dagegen bei der vorbeugenden Arbeitsmarktpolitik Einschnitte vorzunehmen.

419. Das hohe Defizit der Bundesanstalt für Arbeit hat seine Ursache vor allem in der Zunahme der Arbeitslosigkeit und dem damit verbundenen Anstieg in der Anzahl der Leistungsempfänger. Allerdings wirkten sich auch neue Belastungen der Bundesanstalt für Arbeit, die in den letzten Jahren hinzugekommen sind, so die Beitragszahlungen für Arbeitslose und Umschüler an die Rentenversicherung und die höheren Beitragszahlungen an die Krankenkassen, in diesem Jahr bei verschlechterter Beschäftigungslage verstärkt aus. Hinzu kamen die Übernahme und die Ausweitung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Behinderte. All dies hat dazu geführt, daß der Bund hohe Zahlungen leisten mußte. Das Defizit war allerdings nicht ganz unvorhersehbar. So ist etwa, nimmt man die erstmalig dieses Jahr übernommenen Krankengeldleistungen für Arbeitslose beiseite, der Haushaltsansatz den Erfahrungen widersprechend davon ausgegangen, daß trotz einer schon zur Zeit der Verabschiedung des Haushaltsplans erwarteten Verschlechterung der Beschäftigung der Anteil der Arbeitslosengeldempfänger nicht steigen, sondern sogar noch sinken würde. Als zu niedrig erwiesen sich auch die Schätzungen über die Kosten, die die Träger von Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation geltend machten.

420. Um die Finanzierung künftig zu sichern, sind sowohl Einnahmeerhöhungen als auch Ausgaben-senkungen vorgesehen. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung, der je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu tragen ist, steigt vom 1. Januar 1982 an befristet auf zwei Jahre von 3 vH auf 4 vH. Die Ausgaben sollen um 3 Mrd DM gekürzt werden.

Um dies zu erreichen, sollen der Mißbrauch von Leistungen stärker bekämpft, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung auf die Versicherten begrenzt und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auf einen geringeren Umfang als bisher beschränkt werden. Eine Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz soll diesem Zweck dienen. Danach werden Arbeitslose stärker in die Pflicht genommen, zumutbare Arbeit anzunehmen. Außerdem sollen die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mehr als zuvor auf Arbeitslose beschränkt und die Leistungen an diejenigen abgebaut werden, die keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben.

421. Die größten Einsparungen werden bei der beruflichen Bildung und bei der beruflichen Rehabilitation gesucht. Die Mittel sollen um mehr als ein Viertel gekürzt werden. Bislang wurden durch die Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung von seiten der Bundesanstalt für Arbeit jährlich etwa 200 000 Personen erfaßt. Unter den geförderten Teilnehmern waren nach Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vor allem diejenigen Personengruppen stark vertreten, die ein höheres Beschäftigungsrisiko tragen, nämlich Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und ohne allgemeinen Schulabschluß. Allerdings wurden Personen ohne abgeschlossene Berufsbildung noch immer nicht in dem Maße erreicht, wie es ihrem Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt entspricht. Die bisherigen Ergebnisse lassen darauf schließen, daß die erfolgreiche Teilnahme an der geförderten Weiterbildung die Beschäftigungschancen vorher Arbeitsloser beträchtlich verbessert hat. Dies gilt ebenfalls für ältere Teilnehmer, auch und gerade wenn sie Gruppen angehörten, bei denen insgesamt die Vermittlungsmöglichkeiten als gering eingeschätzt werden. Der Anteil der nach der beruflichen Weiterbildung Arbeitslosen war am niedrigsten bei denjenigen, die im Rahmen von betrieblichen Einarbeitungsmaßnahmen gefördert wurden. Diese scheinen somit am ehesten zum Abbau individueller Arbeitslosigkeit beizutragen. Ergebnisse darüber, wie die Förderung einer innerbetrieblichen Qualifizierung von Personen, die zwar noch eine Beschäftigung haben, aber von Arbeitslosigkeit bedroht sind, gewirkt hat, liegen noch nicht vor. Derartige Maßnahmen wurden im Rahmen des arbeitsmarktpolitischen Sonderprogramms für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen im vergangenen Jahr erprobt.

In Zukunft wird die Förderung der beruflichen Bildung und der regionalen Mobilität bis auf wenige Ausnahmen auf Leistungsempfänger der Arbeitslosenversicherung beschränkt und stark gekürzt. Dies gilt ebenfalls für die berufliche Umschulung derjenigen, die aus gesundheitlichen Gründen ihren alten Beruf nicht mehr ausüben können. Arbeitslose, die keine Ansprüche auf Leistungen haben, wie arbeitssuchende Hausfrauen, Absolventen von Hochschulen, frühere Beamte auf Zeit und Selbständige können, wenn sie an einer Maßnahme der beruflichen Bildung teilnehmen, keine Unterstützung zum Lebensunterhalt mehr erhalten. Arbeitnehmer, die sich, ohne arbeitslos zu sein, durch Weiterbildung oder Ortswechsel beruflich verbessern wollen, erhalten Leistungen zum großen Teil nur noch als Darlehen. Weitere Einsparungen erhofft man sich auch dadurch, daß die einzelnen Bildungsmaßnahmen kostengünstiger angeboten werden. Die Bundesregierung strebt mit diesen Änderungen vor allem eine effektivere und sparsamere Vergabe der Mittel an, nicht jedoch eine Verminderung der Anzahl der Teilnehmer. Es wird jedoch befürchtet, daß als Folge dieser Kürzungen auch die Anzahl der Teilnehmer zurückgehen wird, vor allem weil bestimmte Personengruppen nicht mehr in die Förderung einbezogen werden. Hierzu gehören beispielsweise Frauen, die wieder ins Erwerbsleben treten wollen. Man weist in diesem Zusammenhang vor allem auf die

Erfahrungen nach dem Haushaltsstrukturgesetz 1975, als ebenfalls die Mittel für die berufliche Bildung erheblich gekürzt wurden und sich in der Folgezeit die Anzahl der Teilnehmer halbierte.

422. Lohnzuschüsse wie Einarbeitungszuschüsse und Eingliederungsbeihilfen, die die Vermittlung von Problemgruppen am Arbeitsmarkt erleichtern sollen, werden auf die Fälle beschränkt, in denen von Arbeitslosigkeit unmittelbar betroffene Arbeitskräfte neu eingestellt werden. Künftig ist es ausgeschlossen, daß Arbeitgeber Lohnzuschüsse für die Beschäftigung von Arbeitnehmern erhalten, die bereits dem Betrieb angehören und lediglich an einem anderen Arbeitsplatz angelernt werden sollen. Zugleich wird die Höhe der Zuschüsse herabgesetzt.

423. Nehmen Betriebe Kurzarbeitsgeld in Anspruch, so müssen sie sich vom nächsten Jahr an erst die geleisteten Überstunden im Betrieb gegen die ausgefallenen Arbeitsstunden anrechnen lassen, bevor die Regelung über das Kurzarbeitsgeld Platz greifen kann. Ob mit dieser Neuregelung nur Mißbrauch ausgeschaltet wird oder ob auch Produktion und Beschäftigung beeinträchtigt werden, ist unstritten.

Auch die Mittel für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden kräftig beschnitten. Künftig werden sie nur noch in Regionen mit besonders großen Arbeitsmarktproblemen durchgeführt, und die Gelder werden nur noch gewährt, wenn Arbeitslose beschäftigt werden, die zuvor Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe erhalten haben. Sozialhilfeempfänger sind davon ausgeschlossen. Öffentliche Arbeitgeber können keine Zuschüsse mehr erhalten, jedenfalls nicht für Arbeiten, die zu ihrem normalen Aufgabenbereich gehören. Mit der weitgehenden Beschränkung auf Regionen mit hoher Arbeitslosenzahl und auf Leistungsempfänger der Arbeitslosenversicherung werden die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu einem Teil von einem Instrument der Beschäftigungspolitik für Problemgruppen zu einem Instrument der regionalen Beschäftigungspolitik.

424. Arbeitgeber, die ältere Arbeitnehmer mit mehr als zehnjähriger Betriebszugehörigkeit entlassen, werden grundsätzlich verpflichtet, der Bundesanstalt für Arbeit das dem Arbeitslosen für die Zeit nach Vollendung des 59. Lebensjahres gezahlte Arbeitslosengeld und die darauf entfallenden Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und Rentenversicherung für ein Jahr zu erstatten. Sinn der Maßnahme ist es zu verhindern, daß sich Betriebe zu Lasten der Versichertengemeinschaft wie bisher einen Vorteil verschaffen können. Es gibt freilich Ausnahmen. Betrieben, die wegen struktureller Veränderungen gezwungen sind, in größerer Anzahl Arbeitnehmer zu entlassen, soll durch diese Regelung die Möglichkeit nicht genommen werden, auch in Zukunft vorwiegend die sozial besser geschützten älteren Arbeitnehmer freizusetzen, wenn dafür einem jüngeren Arbeitnehmer mit Kindern oder Auszubildenden der Arbeitsplatz gesichert wird. Die Erstattungspflicht entfällt, wenn der Arbeitgeber nach-

weist, daß die Erstattung für ihn eine unzumutbare wirtschaftliche Belastung bedeutet.

425. Zur Abwehr von Mißbräuchen der gesetzlichen Leistungsvorschriften sollen die Bestimmungen über Nebenverdienst, Sperrzeiten und die Zumutbarkeit einer Arbeit verschärft werden. Arbeitslosengeld wird künftig erst nach einer zehnmonatigen Versicherungszeit gezahlt.

Zudem werden die finanziellen Lasten innerhalb des Systems der sozialen Sicherheit anders verteilt. Bei Arbeitslosen, die zuvor kein Arbeitslosengeld bezogen haben, entfällt die Arbeitslosenhilfe; sie sind nun auf die Sozialhilfe verwiesen. Dies betrifft vor allem stellunglose Absolventen von Hochschulen und Fachschulen, die vor Beginn des Studiums beitragspflichtig beschäftigt waren. Die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Sozialhilfe sind weitgehend dieselben wie für die Arbeitslosenhilfe. Sie wird aber nicht immer in den gleichen Fällen gewährt. Beispielsweise wird Sozialhilfe während der Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen nicht immer gezahlt.

426. Ein Teil der neuen gesetzlichen Regelungen zielt auch dahin, die illegale Beschäftigung von Arbeitnehmern einzuschränken. Bußgelder für Schwarzarbeit und nicht genehmigte Arbeitnehmerüberlassung sollen erhöht werden. Zudem sollen die Arbeitsämter und die Betriebsräte der entleihenden Unternehmen mehr Überwachungs- und Kontrollrechte erhalten. Die Beschäftigung illegal ins Land geholter Ausländer soll durch die Einführung neuer Straftatbestände erschwert werden. Da der Schwerpunkt der illegalen Beschäftigung von Arbeitskräften im Baugewerbe vermutet wird und eine effektive Kontrolle kaum möglich erscheint, ist beabsichtigt, die Leiharbeit im Baugewerbe weitgehend zu verbieten. Begründet wird dies außerdem damit, daß die Konkurrenz der Leiharbeiter, für die die tarifvertraglichen Regelungen des Baugewerbes nicht gelten, die soziale Sicherheit der im Baugewerbe Beschäftigten gefährde.

427. Als sich im Oktober die Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit noch weiter verschlechterten und absehbar wurde, daß von daher der Zuschußbedarf für die Bundesanstalt für Arbeit größer sein werde als noch wenige Monate zuvor erwartet, mußten weitere Wege zum Ausgleich des gestiegenen Defizits gesucht werden. Eine erneute Erhöhung des Zuschusses schien wegen des schon erreichten Haushaltsdefizits des Bundes nicht tragbar. Schließlich wurde eine weitere Erhöhung des Beitragssatzes um einen halben Prozentpunkt auf 4 vH beschlossen. Zusammen mit der schon früher beschlossenen Anhebung um ebenfalls einen halben Prozentpunkt sollte dies der Bundesanstalt für Arbeit 6 Mrd DM mehr an Einnahmen bringen. Andere Lösungen sind weiterhin in der Diskussion, da die Beitragserhöhung befristet ist.

So wird die Forderung erhoben, das Arbeitslosengeld zu senken. Dies wird nicht nur mit den unmittelbaren Einsparwirkungen begründet, sondern auch damit, daß dann für einen Arbeitslosen die Be-

reitschaft, eine Arbeit anzunehmen, größer würde. Dies sei vor allen Dingen deshalb notwendig, weil, so wird argumentiert, die Entwicklung der Steuer- und Abgabenlast dazu geführt habe, daß bei einer kurzfristigen Dauer der Arbeitslosigkeit die finanziellen Einbußen, die dem Arbeitslosen durch die Arbeitslosigkeit entstehen, wegen der Möglichkeit des Jahresausgleichs bei der Lohnsteuer im Laufe der Jahre immer geringer geworden seien; in einigen Fällen sei das verfügbare Einkommen sogar höher als während der Erwerbstätigkeit. Nach diesem Vorschlag müßte das Arbeitslosengeld um schätzungsweise 8 Prozentpunkte auf etwa 60 vH des früheren monatlichen Nettolohns gesenkt werden, um bei einer durchschnittlichen Anzahl der Arbeitslosen von ein-einhalb Millionen rund 1 Mrd DM an Einsparungen zu erzielen.

Ein anderer Vorschlag besagt, daß sich die Sozialversicherungsbeiträge, die die Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslosengeldempfänger entrichtet, nicht mehr nach dem früheren Verdienst, sondern nach dem Arbeitslosengeld bemessen sollen. Damit soll auch ein Anreiz geschaffen werden, eine niedriger entlohnte Tätigkeit anzunehmen, weil dies dann nicht mehr mit Nachteilen beim Rentenanspruch verbunden sei. Kurzfristig würde dies allerdings das Beitragsaufkommen der Rentenversicherung mindern, langfristig allerdings auch hier Entlastung bringen, weil die späteren Leistungen entsprechend niedriger ausfallen würden. Bei eineinhalb Millionen Arbeitslosen würde dieser Vorschlag die Ausgaben der Bundesanstalt um schätzungsweise 4 Mrd DM verringern.

Nach einem weiteren Vorschlag soll die Bundesanstalt nur noch für eine bestimmte Anzahl von Leistungsempfängern die Zahlung von Arbeitslosengeld zahlen. Das, was die Arbeitslosigkeit über eine bestimmte Grenze ansteigen lasse, falle in die Verantwortung der allgemeinen Wirtschaftspolitik und müsse deshalb auch vom Staat getragen werden. Die Grenze wird bei etwa einer halben Million Leistungsempfänger oder einer Million Arbeitslosen gesehen.

Schließlich wird angeregt, daß sich die Bundesanstalt für Arbeit weitgehend auf unmittelbare Versicherungsleistungen wie die Zahlung von Arbeitslosengeld und Kurzarbeitsgeld beschränken solle. Die Finanzierung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie beispielsweise die Förderung der beruflichen Bildung würde dann vom Staat im Rahmen seiner Wirtschaftspolitik zu leisten sein.

Marktpolitik

428. Wettbewerb ist keine Schönwetterveranstaltung. Wettbewerb ist eine Ordnung, die Unternehmen auch in schlechteren Wirtschaftslagen auf sich selbst verweist und den Staat der Verpflichtung enthebt, Hilfesuchen nachzukommen. Gleichwohl sieht sich der Staat immer mehr in die Rolle des Not Helfers derer gedrängt, die staatliche Subventionen fordern, weil sie auf der Schattenseite des struktu-

rellen Wandels im harten Wettbewerb ihre Existenz bedroht sehen.

Die Wettbewerbspolitik ist in der Defensive. Jeder Schritt zurück hinter die Grundsätze marktwirtschaftlicher Wettbewerbspolitik untergräbt ihre Glaubwürdigkeit. Dabei sind diese Prinzipien nicht Selbstzweck, sie zu verteidigen ist nicht Prinzipienreiterei. Sie zu wahren ist notwendige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung von Dynamik in den Unternehmen. Wer weiß, daß ihm der Griff in die Staatskasse verwehrt bleibt, sucht rechtzeitig neue Möglichkeiten der Anpassung an eine sich wandelnde Umwelt.

Zu den Aufgaben der Marktpolitik gehört es, die Chancen für eine offensive Bewältigung der Anpassungsaufgaben zu verbessern. Dafür ist Spielraum erforderlich, auch finanzieller. Er wird eingeeengt, wenn der Staat Geld zur Erhaltung von Unternehmen und Branchen ausgibt. Ihnen Schützenhilfe bei der Verteidigung von im Strukturwandel nicht mehr haltbaren Positionen zu geben, ist defensive Politik. Sie birgt zudem das Risiko, auch in Zukunft den Hilfsbegehren nachgeben zu müssen. Gegenwärtig überwiegen die defensiven Strategien. Dies mag in den aktuellen Problemen Erleichterung versprechen. Auf die mittelfristig nachteiligen Folgen hinzuweisen, ist geboten. Denn offensive Strategien sind möglich. Es gilt, den Spielraum dafür zu erhalten und zu erweitern.

429. Zu einer offensiven Wettbewerbspolitik gehört es, daß Unternehmenszusammenbrüche hingenommen werden. Nicht daß es in diesem Jahr wieder sehr viele waren — deutlich mehr als in den Krisenjahren Mitte der siebziger Jahre — verdient daher den Hauptaugenmerk. Doch kann der Marktpolitik nicht gleichgültig sein, daß es so viele in bestimmten Bereichen der Wirtschaft waren.

Besonders zahlreich waren in diesem Jahr die Insolvenzfälle, aber auch die Stilllegungen von Betrieben in der Bauwirtschaft. Hier haben die hohen Zinsen einerseits und staatliche Ausgabenkürzungen andererseits zu Nachfrageeinbußen geführt, die viele Unternehmen zur Aufgabe zwangen. Betroffen von den Konkursen waren über die Bauwirtschaft hinaus kleine und mittlere Unternehmen mit dünner Eigenkapitalausstattung. Sie waren von dem Anstieg der Zinsen besonders stark und unmittelbar betroffen gewesen. Der Vorwurf, der Staat habe durch seine enorme Kreditnachfrage die Schwierigkeiten heraufbeschworen, in die die Unternehmen geraten sind, konnte nicht ausbleiben. Den Kurs der Wettbewerbspolitik darf er freilich nicht beeinflussen. Andernfalls würden die eigenen Anstrengungen derjenigen Unternehmen entwertet, die auch unter den erschwerten wirtschaftlichen Bedingungen im Wettbewerb Erfolg haben.

Gleichgültig kann man allerdings auch nicht gegenüber der Frage sein, ob nicht noch zu wenige Unternehmen aus dem Marktprozeß ausscheiden. Zu fragen ist, ob notleidende Unternehmen rasch genug geschlossen werden und ob starke Unternehmen sich rechtzeitig von unwirtschaftlich gewordenen Unternehmensteilen lösen können. Zweifel sind an-

gebracht. Die verlustbringende Fortführung des Unternehmens mit allmählichem Abbau des Personals durch natürliche Fluktuation erweist sich vielfach als billiger als die sofortige Liquidation. Als Begründung hierfür werden nicht zuletzt die stark gestiegenen Lasten aus Sozialplänen genannt. Die strukturelle Anpassung würde beschleunigt, wenn Sozialplanlasten etwa dann nicht entstünden, wenn das Unternehmen den betroffenen Arbeitnehmern andere Stellen anbietet oder wenn ihnen sonstwie zügig neue Stellen vermittelt werden.

430. Ganz und gar in der Defensive ist die Wettbewerbspolitik auf dem Stahlmarkt. Die Absicht, dem bis zum 30. Juni 1981 befristeten Zwangskartell nach Artikel 58 des EGKS-Vertrages kein neues Kartell folgen zu lassen, hat die Wirtschaftspolitik nicht durchhalten können. Für die Dauer von einem Jahr wurde ein neues Zwangskartell vereinbart. Daß ihm mehr Erfolg beschieden sein könnte als dem ersten, wird allenthalben bezweifelt, wäre doch Voraussetzung dafür die Ernsthaftigkeit des Vorsatzes, zu mehr marktwirtschaftlicher Ordnung des Stahlmarktes zurückzukehren, und die Beharrlichkeit, diesen Kurs auch unterwegs beizubehalten. Zweifel daran sind aber durch die Art und Weise, wie das Kartell verlängert worden ist, nicht zum Verstummen gebracht worden. Wie der Staat sich in das private Kartell Eurofer II hat einbeziehen lassen, stützt die Erwartung, es werde beim staatlichen Absegnen für die Kartellpraktiken bleiben.

Das erste Zwangskartell hat die Krise auf dem Stahlmarkt nicht beseitigt. Es hat nicht einmal die Lösung der Probleme eingeleitet. Überkapazitäten wurden praktisch nicht abgebaut. Mit massiven Preiserhöhungen sollen nun die Verluste beseitigt werden, die während der Laufzeit des ersten Krisenkartells aufgelaufen sind. Durch die Einbeziehung des Stahlhandels in das Kartell und durch die weitere Verschärfung des Außenschutzes gegen Stahlimporte soll sichergestellt werden, daß die Listenpreise anders als unter dem ersten Kartell auch tatsächlich am Markt durchgesetzt werden.

Wenn staatliche Stellen bei der Festsetzung von Kartellpreisen mitwirken und die Unternehmen verpflichten, sie auch einzuhalten, mag das kurzfristig helfen, die Forderungen nach Subventionen abzuwehren. Im Grunde genommen ist darin keine Lösung der Stahlprobleme angelegt. Folglich ist auch der Grund für Forderungen nach Subventionen nicht behoben. Preiserhöhungen verringern den Druck auf die Unternehmen, die Verluste durch Kapazitätsabbau zu beseitigen. Dies gilt besonders, wenn mit dem Hinweis darauf, daß die Quotenregelung bei allen Unternehmen Leerkapazitäten zur Folge habe, auch die Leerkosten des am wenigsten wirtschaftlich arbeitenden Betriebes in die Berechnung der erforderlichen Mindestpreise einbezogen werden. Je mehr freie Kapazitäten aber bestehen bleiben, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Kartellpreise doch irgendwo irgendwie unterboten werden. Eine Wiederholung der Erfahrungen, die mit dem ersten Kartell gemacht wurden, ist keineswegs ausgeschlossen.

Aber selbst wenn die Preisabsprachen eingehalten werden, sind die Preise doch nicht hoch genug, als daß erforderliche Umstrukturierungsmaßnahmen aus eigenen Mitteln bezahlt werden könnten. So ist auch im neuen Zwangskartell angelegt, daß die Forderung nach Subventionen weiter gestellt und erfüllt wird. Zwar hat die EG-Kommission eine Reihe von Verfahren gegen Subventionen eingeleitet und Subventionszahlungen untersagt. Aber selbst wenn die eingegangenen Verpflichtungen zum Abbau der Subventionen eingehalten würden, dürften erst ab 1986 keinerlei Subventionen mehr an die Unternehmen der Stahlindustrie gezahlt werden. Werden in der Zwischenzeit im einen Land Subventionen zur Modernisierung der Unternehmen gezahlt, im anderen Land dagegen nicht, könnten in der Mitte der achtziger Jahre die heute modernen Anlagen veraltet und nicht mehr wettbewerbsfähig gegenüber den inzwischen mit Subventionen modernisierten Anlagen sein. Die Gefahr, in einen Subventionswettbewerb der europäischen Staaten schon jetzt hineinzugeraten, ist mithin auch im Schutze erhöhter Preise nicht kleiner geworden.

Entsprechend ist auch die Sorge nicht geringer, daß der Staat in die unternehmerische Verantwortung gezogen wird. Dabei mögen die Formen staatlicher Beteiligung unterschiedlich sein: Verstaatlichung, Subventionen mit Auflagen, staatliche Bürgschaften. Staatliches Geld erfordert staatliche Kontrolle. Man sollte es nicht ausgeben, wenn eine wirksame Kontrolle nicht gewährleistet ist. Daß der Druck von Politikern auf Kapazitätsabbau größer sein könnte als der des Marktes, widerspricht jedoch der Erfahrung.

Eine Erhöhung des Exports bietet keinen Ausweg. Sie stößt auf den Widerstand der Importländer. Die bisherigen Erfahrungen aus den bilateralen Abkommen insbesondere mit den EFTA-Ländern bestätigen das. Mit einer Ausdehnung des Exports ist angesichts wachsender protektionistischer Handelsbeschränkungen auf den Stahlmärkten der Welt, aber auch wegen steigender Exporte aus den Schwellenländern jedenfalls kaum zu rechnen. Die Subventionspraxis der europäischen Staaten liefert zunehmend die Rechtfertigung dafür, daß sich die Importländer durch Ausgleichsabgaben oder Mengenbeschränkungen gegen die Konkurrenz der europäischen Stahlindustrie schützen. Das von den europäischen Stahlunternehmen den Vereinigten Staaten angebotene Selbstbeschränkungsabkommen ist ein deutliches Indiz dafür, daß die Sorge der Europäer vor solchen Importbeschränkungen seitens der Vereinigten Staaten groß ist.

Andauernde Subventionswirtschaft oder weiter steigende Preise sind die Folge. Dies verschlechtert die Angebotsbedingungen der heimischen weiterverarbeitenden Industrie. So wie heute die Stahlindustrie unter Hinweis auf die „Sonderlasten“, die sie für die Kohle zu tragen habe, staatliche Entlastung begehrt, werden bei weiter steigenden Stahlpreisen die Weiterverarbeiter unter Hinweis auf die Lasten, die sie für die Stahlindustrie trügen, Verlustausgleich und Subventionen vom Staat fordern. Dort, wo die weiterverarbeitende Industrie verstaatlicht ist, oder

verstaatlicht wird, kommt der Zugriff auf das staatliche Geld unmittelbar in Form der Haftung des Eigentümers für Verluste. Nicht viel später folgen dann die privaten Unternehmen unter Hinweis auf die Staatsunternehmen anderer Länder der Gemeinschaft mit massiven Subventionsforderungen nach.

Wieder sind es dann die Regierungen, die entscheiden sollen, wo stillgelegt wird. Daß sie in solchen Entscheidungen überfordert sind und daß sie sich deshalb von vornherein nicht in eine Situation bringen dürfen, in der solche Entscheidungen von ihnen gefordert werden, lehrt die jüngste Erfahrung. Nicht erst die Zahlung von Subventionen hat die marktwirtschaftliche Ordnung in der Stahlindustrie untergraben. Die Verstaatlichung von Unternehmen — und das heißt letztlich: die Schaffung von Unternehmen mit unbeschränkter Nachschußpflicht des Eigentümers — stand am Anfang des schlimmen Weges von Subventionen, staatlich gedeckten Preisabsprachen, Verlusten an anderer Stelle und weiter wucherndem Subventionsunwesen. Die damit verbundene Korrumpierung des gemeinsamen Marktes geht alle an.

Einen leichten Weg aus der Stahlkrise gibt es nicht, und es gibt sicher keinen guten. Es gibt offenbar überhaupt keinen Lösungsvorschlag, der nicht die Gefahr in sich birgt, daß das Krebsgeschwür des Protektionismus auch die gesunden Zellen auffrißt und auf andere Bereiche übergreift. Auch die Hoffnung, die leeren staatlichen Kassen möchten schnell einen Weg finden lassen, ist, wie gesagt, trügerisch. Die leeren Kassen scheinen nur die Gemeinschaft von Unternehmen und Staat in der Forderung nach höheren Preisen zu stärken. Den Kapazitätsabbau zu erleichtern und zu beschleunigen, muß in dieser Situation die Hauptaufgabe sein. Die Politik darf darauf vertrauen, daß die Unternehmen das, was unter mittelfristigen Gesichtspunkten an Kapazitäten erhaltenswert ist, von selbst erhalten. Staatliches Geld sollte, wenn überhaupt, zur Milderung sozialer Härten eingesetzt werden. Vernünftig begrenzte Hilfen für ausscheidende Stahlarbeiter mögen das Problem des Kapazitätsabbaus erleichtern. Derartige Maßnahmen sollten nicht als Anerkennung eines Prinzips nahezu unbeschränkter Besitzstandswahrung verstanden werden können. Allemal ist es Aufgabe der Eigentümer, notwendige Umstrukturierungsmaßnahmen durchzuführen. Diese müssen ihre Finanzierung am Markt finden. Mit staatlichen Subventionen aufgebaute Kapazitäten liefern nur die Rechtfertigung für protektionistische Maßnahmen anderer Länder gegen Importe aus der Bundesrepublik.

431. Mit derartigen Argumenten wird allerdings auch bei uns Protektionismus betrieben. Das wird in der Diskussion um die Verlängerung des Welttextilabkommens deutlich. Mit der Begründung, die Entwicklungsländer hätten ihre Textilindustrie mit staatlicher Hilfe — mit oder ohne europäische Entwicklungshilfe ist offenbar ohne Belang — aufgebaut, wird eine Beschränkung der Textileinfuhren aus diesen Ländern angestrebt. Die Bundesregierung ist auch hier wettbewerbspolitisch in der De-

fensive. Zwar sind in der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie beachtliche Erfolge in der Strukturanpassung zu verzeichnen, aber selbst 20 Jahre Protektionismus haben immer noch eine außenwirtschaftliche Flankierung nicht überflüssig gemacht. Kein Wunder, denn die Flanken sind immer länger geworden. Der Abschluß des Baumwolltextilabkommens im Jahre 1962, das der drohenden Schädigung inländischer Erzeuger durch billige Einfuhren von Baumwollprodukten aus Japan, Hongkong, Indien und Pakistan wehren sollte, ließ diese und andere Länder verstärkt in die Produktion anderer Textilien ausweichen. Zum Schutz gegen diese offene Flanke der Industrieländer wurde 1973 das Welttextilabkommen geschlossen und 1977 verlängert. Ende 1981 soll es nun erneut verlängert werden.

Hätten die Bestrebungen Erfolg, die Einfuhrquoten der Industrieländer auf die tatsächlichen Zuwachsraten der Nachfrage zu begrenzen, würde Wettbewerb um Marktanteile zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern ausgeschlossen. Das würde die strukturkonservierende Wirkung des bisherigen Welttextilabkommens in Europa weiter verstärken und die Schwellenländer zwingen, in andere und höherwertige Erzeugnisse auszuweichen. Schuhwerk ist ganz offenbar ein Beispiel. Hier sehen diese Länder Ausweichmöglichkeiten. Damit wird auch schon die nächste außenwirtschaftliche Flanke erkennbar. Bemühungen, auch diese protektionistisch zu schließen, sind vorhanden. Es gilt, den Anfängen zu wehren.

Marktwirtschaft darf in der Welt, insbesondere bei den Entwicklungsländern, nicht als eine Institution erfahren werden, die ihre Vorteile den Industrieländern zukommen läßt und ihre Risiken auf die ärmeren Länder abwälzt. Das aber träte ein, wenn Bestrebungen erfolgreich wären, den jährlichen Zuwachs an Importen auf 1 vH oder gar noch weniger zu begrenzen. Mit einer „ungestörten und gerechten Entwicklung des Handels, der zur sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer beitragen soll“, sind derartige Begrenzungen des Importzuwachses nicht vereinbar. Dies würde glaubwürdig deutlich, wenn die Verlängerung des Welttextilabkommens unwiderlich befristet vereinbart und wenn ein verbindlicher Fahrplan zum Subventionsabbau in den Industrieländern festgelegt würde. Mit einer solchen Zielsetzung geht die Europäische Gemeinschaft jedoch nicht in die Verhandlungen.

432. Wettbewerb als Suchprozeß heißt, in neue Märkte vordringen, neue Produkte auf den Markt bringen und neue Verfahren erproben, um billiger zu produzieren. Eine offensive Wettbewerbspolitik verbessert die Bedingungen für einen solchen Suchprozeß. Hierzu gehört die Ausdehnung des Wettbewerbs in bisher regulierte Märkte und die Öffnung neuer Märkte.

Die Monopolkommission hat vorgeschlagen, den Telekommunikationsbereich stärker als bisher dem Wettbewerb zu öffnen. Von der unbeschränkten Öffnung der Endgerätemärkte für private Anbieter ohne Beteiligung der Bundespost erwartet sie eine Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten

durch Erhöhung der Vielfalt der Geräte bei Aufrechterhaltung der Sicherheit des Fernmeldenetzes. Sie erwartet ferner eine Verringerung der Kosten für den Benutzer. Die Kommission macht nicht nur wettbewerbstheoretische Erkenntnisse, sondern auch die Erfahrungen mit der Deregulation des Endgerätemarktes in den Vereinigten Staaten dafür geltend. Das Gegenargument, nach der letzten Meinungsumfrage seien 98 Prozent der Bevölkerung mit den Leistungen der Post zufrieden, nimmt die wettbewerbsspolitische Aufgabe nicht ernst, den zwei Prozent Unzufriedenen Alternativen zu bieten und den 98 Prozent Zufriedenen die Chance zu geben, ihre Meinung zu ändern. Regelungen einer Beteiligung der Bundespost am Endgerätemarkt von Fall zu Fall hemmen allemal die Innovationsbereitschaft in der Wirtschaft. Die Monopolkommission empfiehlt auch, privaten Nutzern den Zugang zu den Kommunikationsnetzen zu erleichtern. Dies ist einmal möglich durch die Zulassung von Parallelnetzen, zum andern durch die Pflicht zur Weitervermietung von Bestandteilen des Netzes der Bundespost. Bei den Parallelnetzen ist vor allem an die Richtfunktechnik gedacht. Von der Weitervermietung von Netzbestandteilen wird eine Dienstleistungskonkurrenz erwartet, die wie in den Vereinigten Staaten ein Absinken der Preise nicht zuletzt auch durch bessere Kapazitätsausnutzung des Netzes bewirkt. Dagegen wird zwar vorgebracht, sie gefährde die flächendeckende Versorgung der Kunden zu überall gleichen Bedingungen und bringe damit die Bundespost bei der Erfüllung ihres Infrastrukturauftrags in finanzielle Bedrängnis. Jedoch ist nicht im Bild, daß überall gleiche Bedingungen die Subvention des einen Marktes zu Lasten des anderen bedeuten und gerade dies auch die Finanzierungsbedingungen verschlechtert. Bei Konkurrenz sind die Möglichkeiten der Subventionierung bestimmter Marktsegmente stärker beschränkt. Die Tarife für Kommunikationsdienste orientieren sich stärker an Gesichtspunkten der Verursachung von Kosten. Das erhöht das Kostenbewußtsein der Verbraucher. Bei insgesamt besserer Versorgung, beschleunigtem technischem Fortschritt und kostengerechter Tarifgestaltung dürfte auch der Infrastrukturauftrag der Post ohne finanzielles Risiko zu erfüllen sein.

433. Offensive Marktpolitik öffnet aber auch solche Bereiche der Wirtschaft dem Preiswettbewerb, die bisher staatlicher Preisadministration unterworfen waren. Sie begnügt sich nicht mit der Überwachung der Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs in den regulierten Bereichen. Der Strukturbericht des RWI hat die Chancen offengelegt, die sich einer offensiven Marktpolitik hier bieten. Er zeigt, daß die Ziele der Preisregulierung, Preiserhöhungsspielräume zu beschneiden und im Interesse sozialer Gerechtigkeit staatliche Leistungen zu möglichst niedrigen Gebühren abzugeben, nicht erreicht wurden.

Deregulation der Bereiche, die bisher staatlicher Preisadministration unterworfen waren, führt unter diesen Umständen zu einer Verbesserung der Angebotsbedingungen in der Wirtschaft und zu einer verbesserten Versorgung der Verbraucher. Da die mit der Preisadministration verbundenen Aufwendungen nach den Ergebnissen des Strukturberichts

nicht einmal fiskalisch effizient sind, kann auch mit einer Entlastung der öffentlichen Haushalte gerechnet werden.

Der Bundesregierung ist darin zuzustimmen, daß staatliche Markt- und Preisregelungen auf eng begrenzte Ausnahmefälle beschränkt werden sollten. Von Ausnahmefällen kann nicht mehr gesprochen werden, wenn rund ein Viertel aller Güter und Leistungen der deutschen Wirtschaft staatlicher Einflußnahme auf die Preise unterliegen und immerhin ein Zehntel der Gesamtnachfrage von staatlicher Preisregulierung erfaßt ist.

434. Dem freien Wettbewerb in der Europäischen Gemeinschaft stehen nach wie vor erhebliche Hemmnisse entgegen. Zum Teil werden sogar neue Hürden zwischen Mitgliedsländern errichtet. Die Europäische Kommission ist in Ausschöpfung aller ihrer Möglichkeiten und mit Unterstützung des Europäischen Gerichtshofes zu einem verstärkten Kampf gegen die protektionistischen Praktiken in den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft angetreten. Diese Bemühungen verdienen die energische Unterstützung der staatlichen Wirtschaftspolitik.

435. Ohne ausreichend hohe Gewinnchancen für ausreichend viele Investoren läßt die Intensität des Wettbewerbs nach. Wenn solche Gewinnerwartungen in der Wirtschaft nicht mehr entstehen, weil die Investitionshemmnisse zu hoch sind oder die Belastung mit Steuern zu groß ist, dann kommt es nicht mehr in ausreichendem Maß zu dem vorstoßenden Wettbewerb mit neuen Produkten und neuen Verfahren, von dem die wirtschaftliche Dynamik ausgeht. Die Bedingungen für solchen Wettbewerb sind in der Bundesrepublik nicht gut genug. Bürokratische Hemmnisse lähmen die Initiative, noch bevor sie sich entfalten kann. Immer neue Genehmigungsverfahren nähren die Sorge, der zeitliche Vorsprung vor nachstoßendem Wettbewerb werde immer kleiner und damit auch die Zeit immer kürzer, während der die Aufwendungen für neue Produkte verdient werden können. Für die Marktpolitik gilt es, den vorstoßenden Wettbewerb zu fördern, indem sie den nachstoßenden Wettbewerb fördert — so sehr, daß der Strom der Neuerungen in der Wirtschaft kräftig bleibt, und nicht so sehr, daß die Innovatoren entmutigt werden.

Die Steuerpolitik kann eine offensive Marktpolitik flankieren, indem sie die Besteuerung von Investitionen zurücknimmt, insbesondere in Forschung und Entwicklung, und eine stärkere steuerliche Beteiligung am Risiko vorsieht (Ziffern 387 ff.).

Energiepolitik

436. Für die Energiepolitik war das Jahr 1981 kein erfolgloses Jahr. Der Energieverbrauch ist deutlich zurückgegangen. Einsparerfolg ist allerdings nicht schon zu nennen, was Minderverbrauch wegen rückläufiger Produktion und Beschäftigung ist, und als Erfolg ist auch nicht zu bezeichnen, wenn Produk-

tionsanlagen aus Unsicherheit über die künftige Entwicklung des Energieangebots nicht erstellt werden. Bei günstigerer Wirtschaftslage wäre mehr Energie verbraucht worden und bei weniger Verunsicherung über den zukünftigen Kurs der Energiepolitik hätte mehr Bereitschaft zu langfristigen Investitionen bestanden. Erfolge der Sparstrategie sind gleichwohl nicht zu übersehen.

Mit der dritten Fortschreibung des Energieprogramms hat die Bundesregierung versucht, mehr Sicherheit über den energiepolitischen Kurs zu vermitteln, ohne freilich wie in früheren Fortschreibungen einen quantitativen Rahmen für die Entwicklung von Niveau und Struktur des Energieverbrauchs in der Bundesrepublik mit anzugeben. In der Grundkonzeption verfolgt die Energiepolitik eine Linie, die die Steuerung der Entwicklung von Nachfrage nach Energie und von Angebot der verschiedenen Energieträger im wesentlichen dem Preis anvertraut. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Energiepreise nicht reguliert sind und daß die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der einzelnen Energieträger klar und verlässlich angegeben werden. Das erscheint wichtiger als Projektionen des Energiemarktes und seiner Struktur.

437. Die Bundesrepublik ist auf dem Wege aus der Abhängigkeit vom Öl in diesem Jahr ein Stück vorangekommen. Der Primärenergieverbrauch war in den ersten neun Monaten um $5\frac{1}{2}$ vH oder $16\frac{1}{2}$ Mio t Steinkohleneinheiten (SKE) niedriger als vor Jahresfrist. Das Öl war an der Einsparung überdurchschnittlich beteiligt: Der Mineralölverbrauch allein ging um $17\frac{1}{2}$ Mio t SKE oder $12\frac{1}{2}$ vH auf 123 Mio t SKE zurück. Ein Verbrauchsrückgang war auch beim Erdgas zu verzeichnen; zugenommen hat hingegen der Einsatz der Kohle und der Kernenergie.

Schon im vergangenen Jahr war der Primärenergieverbrauch um $4\frac{1}{2}$ vH zurückgegangen. Der Mineralölverbrauch allein sogar um $10\frac{1}{2}$ vH. Dabei gab es nicht nur Einsparungen bei Produkten, deren Verbrauch in starkem Maße konjunkturabhängig ist, wie dem schweren Heizöl, von dem in den ersten neun Monaten des Jahres 1981 fast 29 vH weniger verbraucht wurde als vor Jahresfrist. Auch der Verbrauch an Motorenbenzin war trotz höheren Automobilbestands in der gleichen Zeit um fast 6 vH niedriger, und fast 20 vH wurde beim leichten Heizöl eingespart. Darin kommen die hohen Einsparerfolge zum Ausdruck, die im Bereich der privaten Haushalte erzielt wurden. Das Mineralöl hatte in den ersten neun Monaten dieses Jahres einen Anteil am Primärenergieverbrauch von nur noch 45 vH, nach $47\frac{1}{2}$ vH im Jahre 1980. In den siebziger Jahren hatte der Anteil des Öls stets über 50 vH gelegen. Einer wesentlichen Forderung im Rahmen der energiepolitischen Ziele der Europäischen Gemeinschaft für 1990, den Anteil des Mineralöls auf etwa 40 vH zu senken, scheint die Bundesrepublik also schon heute recht nahe. Freilich darf bei der Betrachtung nicht die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung aus dem Blick gelassen werden; auch nach dem ersten Ölpreisschub war der Primärenergieverbrauch und der Anteil des Mineralöls zeitweise rückläufig.

Setzt man zur Ausschaltung des konjunkturbedingten Nachfragerückgangs den Energieverbrauch in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, so läßt allerdings auch der sogenannte spezifische Energieverbrauch den Erfolg der Bemühungen um einen effizienteren Energieeinsatz erkennen. Nach dem Rückgang des Energieverbrauchs je Produkteinheit um 6 vH im Jahre 1980 ist mit einem weiteren Rückgang in diesem Jahr um etwa 5 vH zu rechnen. Der Einsatz von Mineralöl je Produkteinheit wird in diesem Jahr voraussichtlich sogar um mehr als 20 vH niedriger sein als 1979.

438. Die Entspannung auf den Weltölmärkten, die im Frühjahr 1980 eingesetzt hatte und im Herbst nur für kurze Zeit durch den Konflikt zwischen dem Iran und Irak unterbrochen worden war, hielt auch das Jahr 1981 über an. Es wird auch für das kommende Jahr eine entspannte Situation erwartet, zumal von der Weltwirtschaft keine anhaltende Nachfragebelebung zu erwarten ist. Zwar ist die Weltölproduktion seit 1980 rückläufig, aber der Ölverbrauch hat seither noch stärker abgenommen. Für 1981 wird ein weiterer Verbrauchsrückgang um etwa 3 vH erwartet. So gaben denn auch die Preise für frei gehandelte Mengen, die sogenannten Spotpreise, von fast 40 Dollar je Faß im November 1980 auf etwa 32 Dollar je Faß zur Jahresmitte 1981 nach. Die offiziellen Preise der Lieferländer liegen im Durchschnitt dieses Jahres bei 35 Dollar und damit 175 vH höher als im Jahre 1978, vor dem zweiten Ölpreisschub. Für 1982 werden keine Preisanhebungen für Öl erwartet.

Trotz verhaltener Preisentwicklung auf den Weltölmärkten und einer Einschränkung des Ölverbrauchs in der Bundesrepublik fällt die Ölrechnung wegen der starken D-Mark-Abwertung in diesem Jahr noch einmal höher aus. Im Vorjahr waren fast 65 Mrd DM für Mineralöleinfuhren aufzubringen. In diesem Jahr waren es in den ersten acht Monaten 48 Mrd DM gegenüber 43 Mrd DM zur gleichen Zeit des Vorjahres.

439. Die vergleichsweise günstige Situation auf den Energiemärkten in diesem Jahr sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß mehr Wachstum für mehr Beschäftigung auf mittlere Sicht in jedem Falle mit einem steigenden Energieverbrauch einhergehen wird.

Zur Vorbereitung der dritten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung hat das Bundesministerium für Wirtschaft, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität Köln und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung gemeinsam beauftragt, den Energieverbrauch in der Bundesrepublik und seine Deckung bis zum Jahre 1995 zu untersuchen. Bei unterschiedlichen Annahmen über die gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten wird für 1995 mit einem Primärenergieverbrauch zwischen 460 Mio t SKE und knapp 500 Mio t SKE gerechnet. Das entspricht, geht man vom Basisjahr 1978 aus, einem durchschnittlichen jährlichen Verbrauchszuwachs zwischen 1 vH und 1,4 vH.

In derartige Berechnungen des zukünftigen Energieverbrauchs gehen vielfältige Annahmen ein, über Preise, über den technischen Fortschritt als Folge der Veränderung relativer Preise, über die Richtung und das Tempo der staatlichen Energiepolitik. Je stärker bei solchen Rechnungen vergangene Trends fortgeschrieben und je weniger der Erfolg energiepolitischer Bemühungen zur Veränderung solcher Trends bereits bei der Rechnung berücksichtigt werden, um so größer erscheinen die Probleme, die die Energiepolitik zu lösen hat. Nimmt man an, daß es der Energiepolitik bis 1990 gelingt, den Energiekoeffizienten auf 0,6 abzusenken, und legt man die durchschnittliche Entwicklung der Kapitalproduktivität in den Jahren von 1976 bis 1980 auch der künftigen Entwicklung zugrunde, sehr wohl wissend, daß die Kapitalproduktivität selbst wieder das Ergebnis energiepolitischer Entscheidungen ist, dann ist nicht ausgeschlossen, daß die zur Vollbeschäftigung passende Kapitalausstattung der deutschen Wirtschaft 1990 mit einem Energieangebot betrieben werden könnte, das sich aus dem heutigen bei einer jährlichen Wachstumsrate von gut 1 vH ergibt.

Die Institute haben sich auch mit der Frage befaßt, wie die Struktur des Energieangebots aussehen könnte, die zu der von ihnen geschätzten Entwicklung des Gesamtenergiebedarfs paßt. In allen Varianten der Institutsprognosen hat Öl nur noch einen Anteil von einem Drittel. Mit ebenfalls knapp einem Drittel bleibt der Anteil der Steinkohle und der Braunkohle fast unverändert. Auch der Anteil des Erdgases läßt sich nach Ansicht der Institute nicht nennenswert über die bereits heute erreichten 15 1/2 vH hinaus ausweiten. Zunehmen müßte danach vor allem der Beitrag der Kernenergie von etwa 4 1/2 vH in diesem Jahr auf etwa 17 vH bis 1995.

440. In der dritten Fortschreibung des Energieprogramms hat die Bundesregierung die Dringlichkeit des Zubaus von Kraftwerkskapazität ausdrücklich betont. Zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke konventionellen Typs hat die Regierung Leitsätze verabschiedet, in denen über eine Standardisierung der Anlagen und eine Vereinheitlichung und Straffung der Antragsverfahren eine Verkürzung der Planungs- und Bauzeiten angestrebt wird. Die Bundesregierung sieht darin einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Hemmnissen für den Ausbau der Kernenergie. Zu einem wichtigen Hemmnis ist in der Tat das Klima der Verunsicherung bei allen Beteiligten über den Beitrag geworden, den die Kernenergie zur Lösung der Energieprobleme leisten soll, und über den Weg, wie es schließlich zu diesem Beitrag kommen könnte.

Die Bundesregierung hat sich klar für eine Weiterführung der fortgeschrittenen Reaktorlinien entschieden. Neue Verunsicherung hat allerdings die Forderung nach einer stärkeren finanziellen Beteiligung der Elektrizitätswirtschaft gebracht, so begründet sie auch ist. Dies gilt um so mehr, als der Übernahme höherer finanzieller Risiken in Kalkar im Wege steht, daß sich der Bundestag vorbehalten hat, die Inbetriebnahme nicht zuzulassen. Bis Mitte

1982 soll die neu eingesetzte zweite Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ eine Empfehlung zur möglichen Inbetriebnahme des Schnellen Brutreaktors erarbeiten.

Das Hauptproblem bei der Nutzung der Kernenergie scheint die Entsorgungsfrage zu sein. Der Rückstand in der Lösung dieser Frage ist nach wie vor groß. Mehrere Genehmigungen für Kompaktlager sind zwar inzwischen erteilt, die erforderlichen Zwischenlager und Endlagerstätten für radioaktiven Abfall sowie die Errichtung einer kleineren Wiederaufbereitungsanlage befinden sich aber erst im Genehmigungsverfahren oder in der Erkundungsphase. Entscheidungen sind zum Teil nicht vor Ende der achtziger Jahre zu erwarten.

Daß zur Vorbereitung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Kernenergie in diesem Jahr erneut eine Enquete-Kommission eingesetzt wurde, die ihren Schlußbericht erst Mitte 1983 vorlegen soll, ist ein Indiz für den nach wie vor begrenzten Handlungsspielraum der Politik von Bund und Ländern in Fragen des Ausbaus der Kernenergie.

441. In diesem Jahr werden die Kontingente für Kohleimporte nicht ausgenutzt. Das war auch nicht zu erwarten, denn die Umstellung auf Kohle braucht Zeit. Es kam hinzu, daß in diesem Jahr Produktionsunterbrechungen in Polen, Streiks in Australien und in den Vereinigten Staaten, hier auch Engpässe in den Hafen- und Transportkapazitäten, zu Liefer-schwierigkeiten und höheren Preisen geführt haben. Die grundsätzlichen Bedenken gegen eine Kontingentierung des Angebots von Importkohle bleiben bestehen (JG 80 Ziffer 413). Wirken nämlich die Einfuhrkontingente nicht hemmend, dann sind sie überflüssig, und der mit ihrer Überwachung verbundene Aufwand ist vermeidbar. Wirken die Kontingente dagegen so, daß sich die Energieverbraucher bei ihren mittelfristigen Entscheidungen, vor allem bei ihren Standortentscheidungen darauf einstellen, daß Importe beschränkt bleiben, dann führt das dazu, daß die Kontingente auch auf Dauer nicht ausgenutzt werden. Die Sicherung des Absatzes deutscher Kohle durch den Jahrhundertvertrag hat in diesem Jahr dazu geführt, daß die Kraftwerkskohle zu Preisen an die Kraftwirtschaft abgegeben wird, die niedriger liegen als die Marktpreise.

VIERTES KAPITEL

Zur Internationalen Wettbewerbsfähigkeit

442. Die wirtschaftspolitische Diskussion dieses Jahres war geprägt von der Sorge, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft nicht gut genug sei. Das hohe Leistungsbilanzdefizit hat die Wirtschaftspolitik in Bedrängnis gebracht. Die Abwertung der D-Mark, die das reale Austauschverhältnis mit dem Ausland — die Terms of Trade — verschlechterte, verbesserte zwar die Bedingungen, die Exporte zu steigern und die Importe einzudämmen. Der Preisauftrieb ist dadurch aber wieder verstärkt worden. Um die neuen Inflationsgefahren abzuwehren, sah sich die Bundesbank gezwungen, ihren restriktiven Kurs zu bekräftigen. Die Beschäftigungsprobleme haben sich verschärft. Der Anpassungsprozeß, den ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht hervorruft, verläuft offenbar auch bei beweglichem Wechselkurs nicht ohne Friktionen.

443. Eine Abwertung verbilligt das inländische Angebot auf den internationalen Märkten, verteuert aber die Einfuhrgüter und die Güter, die Importe ersetzen können, in einem Maße, daß die Einkommen im Inland entwertet werden. Dauerhaft ist eine solche Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nur, wenn die Entwertung der inländischen Einkommen hingenommen wird. Je stärker die Abwehrreaktionen sind, um so stärker steigen Preise und Löhne, und je mehr die Geldpolitik dem entgegentritt, um so mehr sinkt die Beschäftigung. Werden die Einkommenspositionen hartnäckig verteidigt, so ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit fortdauernd bedroht. In Neuerungen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit über den Tag hinaus sichern könnten, wird nicht hinreichend investiert. Die Wettbewerbsfähigkeit wird zum chronischen Problem. Das kann in einem Teufelskreis aus Abwertung, Inflation, Zinssteigerung, Lohnsteigerung und Beschäftigungsrückgang enden.

444. Es muß ein Weg gefunden werden, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, ohne daß Stabilität und Beschäftigung in Mitleidenschaft gezogen werden. Das kann geschehen, indem eine freiwillige Anpassung der Einkommen oder der Einkommensentwicklung zustande kommt. Es kann aber auch dadurch geschehen, daß Bedingungen geschaffen werden, die der Wirtschaft helfen, durch Strukturwandel ein kostengünstigeres und attraktiveres Angebotssortiment bereitzustellen. In dem Maße, wie die Produktivität aufgrund der Herausforderung von außen über den Markt gesteigert und die Qualität der Produkte verbessert wird sowie neue Produkte entwickelt werden, bleiben der Volkswirtschaft eine Minderung der Realeinkommen und damit einhergehende Anpassungsstörungen erspart. Eine solche offensive Anpassung er-

laubt es, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft zu verbessern, ohne daß sich das reale Austauschverhältnis mit dem Ausland verschlechtert.

Diese Zusammenhänge muß man im Blick haben, wenn von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft die Rede ist. Es geht um die Probleme einer Störung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts. In der Leistungsbilanz eines Landes läuft alles das zusammen, was einzelne Teile der Wirtschaft an Vorteilen und Nachteilen auf den internationalen Märkten aufweisen.

I. Befunde

445. Der Befund, die Wettbewerbsfähigkeit sei gefährdet, stützt sich bei branchenbezogener Betrachtung auf die Entwicklung von Marktanteilen auf bestimmten Märkten und bei bestimmten Produkten. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist die Diagnose eines gegenwärtigen oder für künftig zu erwartenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts schwieriger. Sie stützt sich auf die Analyse des Leistungsbilanzdefizits, der Veränderung von Marktanteilen und auf internationale Vergleiche der Preis- und Kostenentwicklung sowie der Anpassungsdynamik kennzeichnenden Größen.

Das seit 1979 bestehende Defizit in der Leistungsbilanz wird häufig als sichtbarstes Zeichen dafür angesehen, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gelitten hat. Die steigenden Defizite bei den Dienstleistungen und bei den Übertragungen konnten in den vergangenen Jahren anders als früher nicht mehr durch hohe Überschüsse im Warenhandel gedeckt werden. Im Gegenteil, der Aktivsaldo in der Handelsbilanz nahm in den Jahren 1979 und 1980 rapide ab und trug so wesentlich zum Umschlagen der Leistungsbilanz bei. Zwar ist 1981 eine Korrektur dieser Entwicklung zu beobachten, aber der Ausfuhrüberschuß reicht noch nicht, die Fehlbeträge im Dienstleistungsverkehr und bei den Übertragungen aufzuwiegen. All dies wirft die Frage auf, wie sich die Position deutscher Anbieter auf den Weltmärkten und im Inland im Wettbewerb mit ausländischen Konkurrenten entwickelt hat und in welche Richtung sie sich verändern könnte.

Zur Entwicklung der Marktanteile

446. Der Anteil der deutschen Ausfuhr am Weltexport zeigt in den siebziger Jahren eine fallende Tendenz (Schaubild 38). Zu Beginn der siebziger Jahre

war der Anteil zunächst gestiegen; bis Mitte des Jahrzehntes ist er dann zurückgefallen. Danach konnten die deutschen Anbieter ihre Marktposition erneut ausbauen. Seit 1979 fällt der Marktanteil jedoch wieder. Im Jahre 1980 lag er nur noch bei 9 $\frac{1}{2}$ vH, in diesem Jahr vermutlich noch niedriger. Starke Schwankungen der Wechselkurse überzeichnen jedoch die Veränderung des Marktanteils. So hat die Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar den deutschen Anteil an der Weltausfuhr sinken lassen. Aufgrund der Abwertung sind die deutschen Exporte aber wettbewerbsfähiger geworden. Das läßt vermuten, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit sich nicht so stark verschlechtert hat, wie der Weltmarktanteil vermuten lassen könnte.

Der deutsche Anteil am Wellexport wird gemessen als Anteil des in Dollar umgerechneten Wertes der deutschen Ausfuhr an dem — ebenfalls in Dollar umgerechneten — Wert der Weltausfuhr. Den Größen liegen jeweilige Preise und Wechselkurse zugrunde. Solche nominale Weltmarkt-

anteile werden unter anderem durch starke Schwankungen des Wechselkurses der D-Mark gegenüber dem Dollar beeinflusst. In Jahren großer Ausschläge des Wechselkurses ist daher Vorsicht bei der Interpretation geboten. Über mehrere Jahre betrachtet ist der nominale Weltmarktanteil jedoch ein verlässlicher Indikator. Denn in mittelfristiger Betrachtung zeigen die Veränderungen des Indikators nicht nur die Veränderung der Wechselkurse, sondern auch die daraus resultierenden Veränderungen der Güterpreise und Gütermengen. Wechselkurse, Preise und Mengen zusammen fließen ja im Konzept der Wettbewerbsposition zusammen.

Gelegentlich wird der Anteil am Weltmarkt auch an einem Mengenindikator gemessen. Diesen erhält man, indem man den Anteil des zu Dollarpreisen und Wechselkursen eines Basisjahres bewerteten Exports an dem zu Dollarpreisen und Wechselkursen desselben Basisjahres bewerteten Wellexport heranzieht. Dieser Indikator ist zwar keinen Schwankungen des Wechselkurses oder der Preise unterworfen, hat aber einen anderen gewichtigen Nachteil: Es bleiben die Preiswirkungen aller jener Wettbewerbsfaktoren aus dem Blick, die auf den Weltmärkten eine große Rolle spielen, also die Qualität der Produkte, die Liefertreue, die Serviceleistungen und vieles mehr. Gerade bei der deutschen Ausfuhr, die sich überwiegend auf hochwertige Industriegüter erstreckt, haben diese Faktoren große Bedeutung. Wegen dieses gravierenden Nachteils werden Mengenindikatoren in dieser Analyse nicht benutzt.

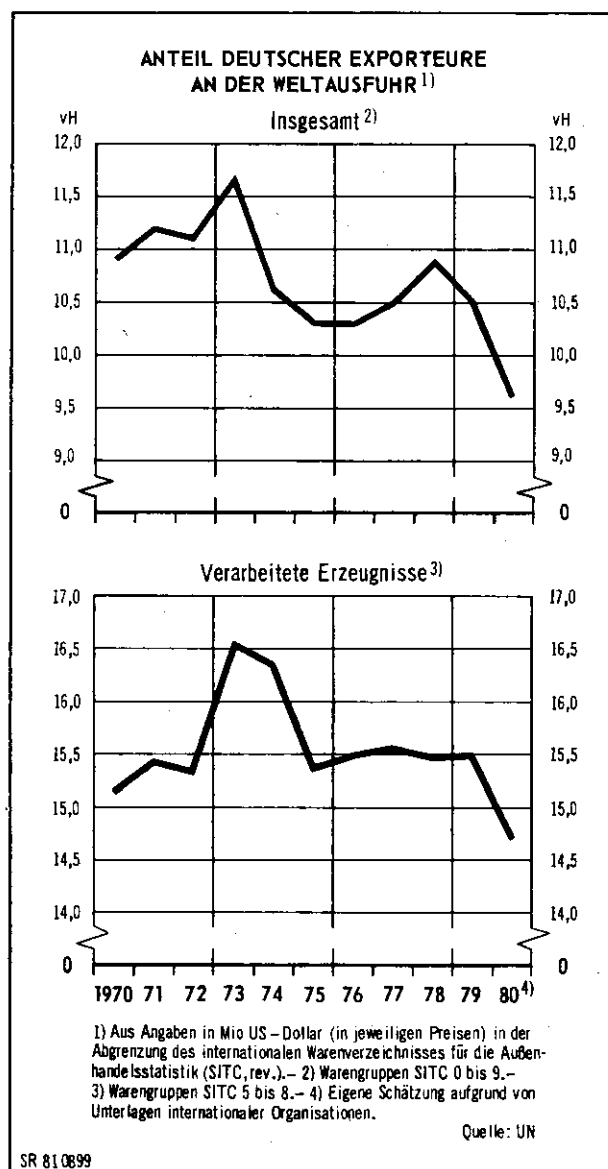
Veränderungen von Güterpreisen, wie die des Ölpreises, schlagen sich im nominalen Weltmarktanteil nieder. Ein starker Anstieg des Ölpreises beispielsweise läßt den deutschen Marktanteil sinken, weil Öl in der deutschen Ausfuhr so gut wie keine Rolle spielt, im Wellexport jedoch von großem Gewicht ist. Solche Preisveränderungen sollten aber auch in einem Indikator der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ihren Niederschlag finden. Denn die Kennzahl muß anzeigen, inwieweit es der Wirtschaft gelingt, insgesamt Produkte zu verkaufen, die den Nachfragern in der Welt ebenso wichtig und wertvoll sind wie Öl. Wenn der Weltmarktanteil sinkt, weil der Ölpreis steigt, zeigt sich daran, daß der Wirtschaft eine solche Anpassung noch nicht gelungen ist.

Als Indikator für die internationale Wettbewerbsfähigkeit auf den Märkten für Industriegüter eignet sich der deutsche Anteil am Weltmarkt für verarbeitete Erzeugnisse. Er zeigt die Marktposition der inländischen Anbieter auf diesem für die deutsche Wirtschaft sehr bedeutsamen Markt. Anders als der Anteil an der Weltausfuhr läßt er jedoch nicht erkennen, ob Anpassungszwänge von steigenden Preisen für Öl oder für andere Rohstoffe ausgehen.

Auf den internationalen Märkten für verarbeitete Erzeugnisse haben die deutschen Anbieter ihre traditionell starke Position in den siebziger Jahren gut behaupten können. Im Jahre 1979 war der Marktanteil sogar höher als 1970. Im Jahre 1980 war allerdings auch hier ein Rückgang zu verzeichnen, der sich 1981 fortgesetzt haben dürfte. Die Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar bestimmt auch diese Abwärtsbewegung sehr stark. Die vermehrten Exporte als Folge der Abwertung werden den Marktanteil vermutlich wieder steigen lassen.

447. Es stellt sich die Frage, in welchem Ausmaß die Entwicklung der globalen Marktanteile durch die regionale Struktur und das Warensortiment der deutschen Ausfuhr geprägt ist. Anhand zweier Jahre, 1972 und 1979, zwischen denen der Lieferanteil der Bundesrepublik an der gesamten Weltausfuhr

Schaubild 38



dem Werte nach um etwa einen halben Prozentpunkt abgenommen hat, soll untersucht werden, inwieweit dieser Rückgang dadurch erklärt werden kann, daß die Exporte der deutschen Hersteller im Ausgangspunkt zum einen stark auf Märkte konzentriert waren, deren Expansion in der Folgezeit, gemessen an der Welteinfuhr, nur unterdurchschnittlich war, und daß zum anderen hauptsächlich Produkte exportiert wurden, nach denen die Nachfrage vergleichsweise mäßig stieg. Dabei wurde 1972 als Basisjahr gewählt, weil es sich um das Jahr vor der ersten Ölkrise handelt. Alternativ wurde auch der Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1972 zugrunde gelegt. Da neuere international vergleichbare Angaben fehlen, fiel die Wahl auf 1979 als Vergleichsjahr.

448. Die bedeutendsten Märkte für deutsche Produkte sind seit jeher in den Industrieländern. Im Jahre 1972 stellte die Bundesrepublik mit einem Marktanteil von über 12 vH den wichtigsten Lieferanten dieser Ländergruppe dar. Gut vier Fünftel aller deutschen Exporte gingen dorthin. Stark war die Stellung deutscher Produzenten auch in den Staatshandelsländern, die 1972 rund 15 vH ihrer gesamten Importe aus Drittländern von der Bundesrepublik bezogen, mehr als von jedem anderen westlichen Land; der Anteil dieser Märkte an der gesamten deutschen Ausfuhr betrug 5 vH. Mit 10,4 vH lag die Bundesrepublik auf den Märkten der OPEC-Staaten zwar hinter den Vereinigten Staaten und Japan erst an dritter Stelle, dennoch konnte dieser Wert als gute Ausgangslage für eine dynamische Exportentwicklung gelten. Im Jahre 1972 wurden freilich erst etwa 3 vH der heimischen Ausfuhr in diesen Ländern abgesetzt. Schwächer war die Position der deutschen Hersteller in den übrigen Entwicklungsländern, wo ihr Marktanteil 7 vH betrug. Immerhin nahmen diese 8½ vH der deutschen Exporte ab.

In den Jahren bis 1979 wuchsen die Märkte recht unterschiedlich. Während die OPEC-Staaten ihre Einfuhr zwischen 1972 und 1979 um mehr als das Siebenfache steigerten und der Import der sonstigen Entwicklungsländer 1979 gut viermal so hoch war wie 1972, erhöhten die Industrieländer und die Staatshandelsländer ihre Einfuhr nur auf etwa das Dreieinhalbfache. Die im Ausgangszeitpunkt insgesamt geringe Ausrichtung der deutschen Ausfuhr auf Märkte, die später überdurchschnittlich expandierten, könnte mit erklären, warum der deutsche Anteil an den Weltexporten zurückgegangen ist. Wegen des hohen Gewichts der Industrieländer im Welthandel, deren Märkte nur schwach expandierten, ist der negative Effekt allerdings nicht groß. Lediglich ein Zehntel Prozentpunkt des Rückgangs des deutschen Weltmarktanteils läßt sich dem Umstand zurechnen, daß sich die deutschen Produzenten Anfang der siebziger Jahre nicht besonders stark auf die Märkte konzentriert hatten, die danach besonders schnell gewachsen sind.

449. Was den Einfluß des Produktsortiments auf die Veränderung der Weltmarktanteile anlangt, so spielte für die Bundesrepublik besonders die Entwicklung der Nachfrage nach verarbeiteten Erzeugnissen eine entscheidende Rolle. Gut 90 vH der ge-

samten deutschen Exporte entfielen 1972 auf diese Warengruppen, davon wiederum rund zwei Drittel auf Maschinen, Fahrzeuge, elektrotechnische Erzeugnisse und chemische Produkte. Dieser hohe Stellenwert der verarbeiteten Erzeugnisse wird noch dadurch unterstrichen, daß der deutsche Lieferanteil im Weltexport sowohl bei den verarbeiteten Erzeugnissen insgesamt als auch bei den oben angesprochenen vier Produktgruppen 1972 weltweit knapp ein Fünftel betrug.

Zwischen 1972 und 1979 stieg die Welteinfuhr verarbeiteter Erzeugnisse auf das Dreieinhalbfache des 1972 erreichten Wertes. Dagegen waren die weltweiten Importe von Öl und anderen Rohstoffen 1979 mehr als viereinhalbmal so hoch wie sieben Jahre zuvor. Die geringe Zunahme der Nachfrage nach verarbeiteten Erzeugnissen in der Welt läßt den deutschen Weltmarktanteil zurückgehen. Dieser Effekt erklärt einen Rückgang des deutschen Anteils am Weltexport um etwa vier Zehntel Prozentpunkte. Innerhalb des Bereichs der verarbeiteten Erzeugnisse selbst hatte die Warenstruktur der deutschen Exporte keinerlei Einfluß auf den deutschen Weltmarktanteil. Die deutschen Produzenten verarbeiteter Erzeugnisse boten im Jahre 1972 im ganzen ein Produktsortiment an, das in der Folgezeit mit derselben Rate steigend nachgefragt wurde wie das Sortiment aller verarbeiteten Erzeugnisse in der Welt.

450. Es ist also möglich, den gesamten Verlust der deutschen Weltmarktanteile zwischen 1972 und 1979 auf den Einfluß zurückzuführen, den das Produktsortiment und die regionale Lieferstruktur für die Entwicklung unserer Ausfuhr hatte. Allerdings könnte das Ergebnis sehr stark davon abhängen, welche Jahre miteinander verglichen werden. Freilich ändern sich die Ergebnisse praktisch nicht, wenn der Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1972 als Ausgangsbasis gewählt wird.

Was die Ergebnisse im wesentlichen sichtbar machen, ist dies: Die deutsche Wirtschaft war in den siebziger Jahren auf den schnell expandierenden Märkten der Dritten Welt nur unterdurchschnittlich vertreten; sie ist zugleich mit ihrer starken Ausrichtung auf den Export von Industrieerzeugnissen in ihrem Weltmarktanteil zurückgefallen, weil die Ölverteuerung den Ölländern einen stark steigenden Weltmarktanteil hat zukommen lassen.

451. Als Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wird vor allem das Vordringen ausländischer Anbieter auf den Inlandsmärkten angesehen. Im Jahre 1980 wurden bereits 17 vH der Gesamtnachfrage durch Importe befriedigt. Zehn Jahre zuvor waren es lediglich 12,3 vH gewesen. Für das Ausmaß des Anstiegs spielte allerdings eine wichtige Rolle, daß die Preise für importierte Rohstoffe und andere Vorprodukte sich in den letzten Jahren kräftig erhöhten. Eingeführte Rohstoffe waren 1980 fast viermal und Halbwaren etwa zweieinhalbmal so teuer wie 1970.

Worauf es für eine Aussage über die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Anbieter ankommt, ist die Entwicklung der Importquoten bei Vor- und End-erzeugnissen, also den Gütern, die die deutsche Wirt-

schaft selbst in großem Umfang herstellt. Steigen die Importquoten bei diesen Gütern, so kann dies einen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit anzeigen, muß es aber nicht. Denn die zunehmende internationale Arbeitsteilung innerhalb des industriellen Bereichs findet auch ihren Ausdruck in steigenden Importquoten, in der Regel freilich in allmählich steigenden.

Der Anteil ausländischer Anbieter von Vor- und Enderzeugnissen am inländischen Markt dieser Güter ist im vergangenen Jahrzehnt erheblich gestiegen. Sichtbar wird die Ausweitung der Marktanteile, die ausländische Hersteller im Inland erzielen konnten, in der kontinuierlichen Steigerung der Importe bei Industrieprodukten, die 1980 bereits 23 vH der inländischen Nachfrage deckten (Tabelle 36). Im Jahre 1970 hatte dieser Anteil erst bei 15 vH gelegen. Insbesondere die heimischen Unternehmen der Verbrauchsgüterindustrie verloren verstärkt Marktanteile. So schnellten die Importquoten in den siebziger Jahren zum Beispiel bei Textilien und Bekleidung auf mehr als das Doppelte in die Höhe. Damit wurden 1980 weit über 40 vH dieses Marktes durch Einfuhren versorgt; allerdings ist diese Entwicklung mit dadurch bedingt, daß es sich bei einem zunehmenden Teil der Einfuhr um ausgelagerte Produktion heimischer Unternehmen insbesondere in Form des passiven Lohnveredelungsverkehrs handelt. Auch in der Investitionsgüterindustrie ist der Anteil ausländischer Produkte an der Inlandsversorgung gestiegen. Der stärkste Anstieg des Importanteils war bei elektrotechnischen Erzeugnissen zu verzeichnen, während er bei Autos und bei Maschinen weit kleiner ausfiel. Etwas geringer, als dem Durchschnitt der verarbeitenden Industrie entsprach, war die Abnahme der Marktanteile der heimischen Hersteller von Grundstoffen und Produktionsgütern. Bei Stahl sowie bei chemischen Erzeugnissen erreichte der Verlust dagegen einen deutlichen Umfang. Relativ unbedeutend fiel der Anstieg der Importquote bei Produkten der Nahrungs- und Genussmittelindustrie aus.

452. Allerdings ist der Anstieg der Importquote in den vergangenen Jahren nicht ohne weiteres als Indikator für eine verringerte Wettbewerbsfähigkeit deutscher Hersteller auf den Inlandsmärkten anzusehen. Wie erwähnt, schlägt sich auch die zunehmende Bedeutung der intra-industriellen Arbeitsteilung, bei der einer Zunahme der Einfuhr von Gütern einer Branche eine vermehrte Ausfuhr von Waren derselben Industrie gegenübersteht, in einer höheren Importquote nieder. Besonders im Handel mit den Industrieländern ist diese Art des Warenverkehrs von immer größerem Gewicht, aber auch der Austausch mit den Entwicklungsländern zeigt eine leichte Tendenz in diese Richtung, obwohl hier die Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Industriezweigen noch klar vorherrscht. Daß die Entwicklung der Importquoten also nicht zuletzt als Teil einer starken Zunahme dieser wechselseitigen Außenhandelsverflechtung der Bundesrepublik angesehen werden kann, belegen die gleichzeitig durchweg kräftig gestiegenen Exportquoten. Selbst die Textil- und Bekleidungsindustrie hat es geschafft, den Anteil der Ausfuhr an ihrem Gesamtumsatz um 15 Pro-

zentpunkte zu steigern; die Produktionsverluste, die auch Folge der gestiegenen Importe waren, konnten dadurch allerdings nicht kompensiert werden.

453. Häufig wird eingewendet, daß die Entwicklung der nominalen Außenhandelsverflechtung nicht in vollem Umfang die Schärfe der Konkurrenz spiegelt, die von den meist zu niedrigen Preisen und in großen Mengen auf den deutschen Markt gelieferten Einfuhrgütern ausgeht. In der Tat ist in realer Betrachtung der Anstieg der Importquote in einigen Bereichen erheblich höher gewesen als in jeweiligen Preisen gerechnet. Auf der anderen Seite ist oft gleichzeitig die Erhöhung der realen Exportquote weit niedriger als die der nominalen ausgefallen. Es wäre allerdings verfrüht, aufgrund dieser Unterschiede von einer insgesamt schlechteren Wettbewerbsposition auszugehen, als sie die Analyse der nominalen Quoten nahelegt. Das Gegenteil mag der Fall sein, da viele Produkte im deutschen Exportsortiment aufgrund ihrer Qualität und des hohen technischen Niveaus in der Lage sind, vergleichsweise hohe Erlöse zu erzielen, ohne daß Kunden zu Konkurrenzserzeugnissen abwandern. Dies zeugt von einer starken Wettbewerbsposition. Demgegenüber handelt es sich bei den Importen häufig um standardisierte Produkte, die allein über den Preis wettbewerbsfähig sind. Die scharfe Konkurrenz bei diesen Gütern hält zum Vorteil der Käufer die Preise niedrig. Für die deutsche Volkswirtschaft ist dies eine vorteilhafte Konstellation. Waren günstig einkaufen können und gleichzeitig die eigenen Erzeugnisse zu einem hohen Preis abgeben erlaubt es, gute Einkommen im Außenhandel zu verdienen.

454. Aufmerksamkeit erregte in den letzten Jahren vor allem das rasche Vordringen japanischer Produkte auf den Inlandsmärkten. Unbestritten haben japanische Fabrikate zum Teil spektakuläre Erfolge erzielt. Im Blick sein muß aber auch, daß im Jahre 1980 nur 0,55 vH der Gesamtnachfrage auf japanische Produkte entfielen. Im Jahre 1970 waren es gar erst 0,25 vH gewesen. Machten Waren japanischer Herkunft zu Anfang des letzten Jahrzehnts 2 vH aller Importe in die Bundesrepublik aus, so waren es 1980 rund 3 vH. Die Importe aus den Vereinigten Staaten machten demgegenüber 7 $\frac{1}{2}$ vH und die aus Frankreich sogar 11 vH aus. Daß die Importkonkurrenz aus Japan gleichwohl als besonders scharf empfunden wird, liegt — abgesehen von den niedrigen Preisen — an der Konzentration der japanischen Hersteller auf ganz bestimmte Produktgruppen. So ist etwa der Anteil japanischer Kraftfahrzeuge an den gesamten Neuzulassungen von 0,3 vH im Jahre 1972 auf 9 vH im Jahre 1980 gestiegen. Im gleichen Zeitraum hat sich der japanische Marktanteil bei Werkzeugmaschinen von 0,8 vH auf 4 vH erhöht. Hinzu kommt, daß sich die japanischen Exportanstrengungen in letzter Zeit verstärkt auf technologisch besonders hochentwickelte Waren verlagern, auf Produkte also, bei denen viele deutsche Produzenten bis jetzt relativ unangefochten eine dominierende Stellung einnehmen konnten. Gleichzeitig ist es Bestandteil der japanischen Produktpolitik, sich bei einfachen Gütern auch wieder aus dem Markt zurückzuziehen.

Entwicklung der deutschen Außenhandelsverflechtung

Wirtschaftszweig	Ausfuhrquoten bzw. Einfuhrquoten ¹⁾								
	1970	1973	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981 ²⁾
Verarbeitendes Gewerbe									
Ausfuhr	20,6	23,4	26,3	27,3	27,7	27,6	27,6	28,4	29,9
Einfuhr	15,1	16,4	18,2	19,6	20,0	20,6	21,8	22,7	23,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe									
Ausfuhr	19,0	21,2	24,4	24,0	24,2	25,0	24,8	25,0	26,0
Einfuhr	18,5	18,9	20,7	22,1	22,5	22,8	24,3	24,6	24,5
Eisen und Stahl									
Ausfuhr	22,0	30,1	40,6	33,9	33,6	38,8	39,3	39,4	39,6
Einfuhr	18,6	20,6	22,7	24,2	24,7	27,9	28,7	27,9	27,0
Chemische Erzeugnisse									
Ausfuhr	29,9	30,9	30,4	32,1	31,7	32,2	34,1	36,5	37,5
Einfuhr	16,7	17,5	18,0	19,6	20,0	19,9	22,4	24,9	25,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe									
Ausfuhr	30,2	33,3	36,9	38,6	38,6	37,4	37,2	38,3	40,8
Einfuhr	13,5	14,2	16,4	18,0	18,6	19,2	20,0	21,2	24,1
Maschinenbau									
Ausfuhr	39,4	44,5	49,8	49,7	48,9	47,4	46,2	46,7	49,2
Einfuhr	15,0	14,8	16,7	17,4	17,8	18,1	18,8	20,1	21,6
Straßenfahrzeugbau									
Ausfuhr	33,4	37,1	27,3	39,8	39,7	38,3	39,9	41,6	42,7
Einfuhr	11,9	13,5	15,5	16,3	17,1	17,7	17,8	17,8	19,3
Elektrotechnische Erzeugnisse									
Ausfuhr	21,8	23,9	38,7	30,1	30,2	31,0	29,8	30,5	31,4
Einfuhr	11,8	13,0	15,4	17,3	18,0	19,0	19,3	21,0	22,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe									
Ausfuhr	14,0	17,3	18,5	21,1	21,0	21,6	22,3	23,4	24,4
Einfuhr	15,1	19,2	22,4	23,9	24,4	25,5	27,0	28,4	28,7
Textilien									
Ausfuhr	17,3	26,5	28,6	32,1	32,0	33,3	35,7	36,7	39,0
Einfuhr	24,0	31,1	34,6	37,3	38,6	40,4	43,0	45,3	46,7
Bekleidung									
Ausfuhr	7,2	10,6	13,0	17,2	18,5	19,1	21,2	22,5	23,9
Einfuhr	14,0	22,2	28,5	32,3	33,2	35,0	38,0	39,6	41,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe³⁾									
Ausfuhr	4,0	6,3	7,9	7,8	9,2	9,1	10,1	11,2	13,0
Einfuhr	11,0	12,5	12,4	13,0	13,1	13,4	13,7	14,1	14,4

¹⁾ Ausfuhr in vH des jeweiligen Umsatzes; Einfuhr in vH der jeweiligen Inlandsverfügbarkeit (= Umsatz minus Ausfuhr plus Einfuhr).

²⁾ Januar bis Juni.

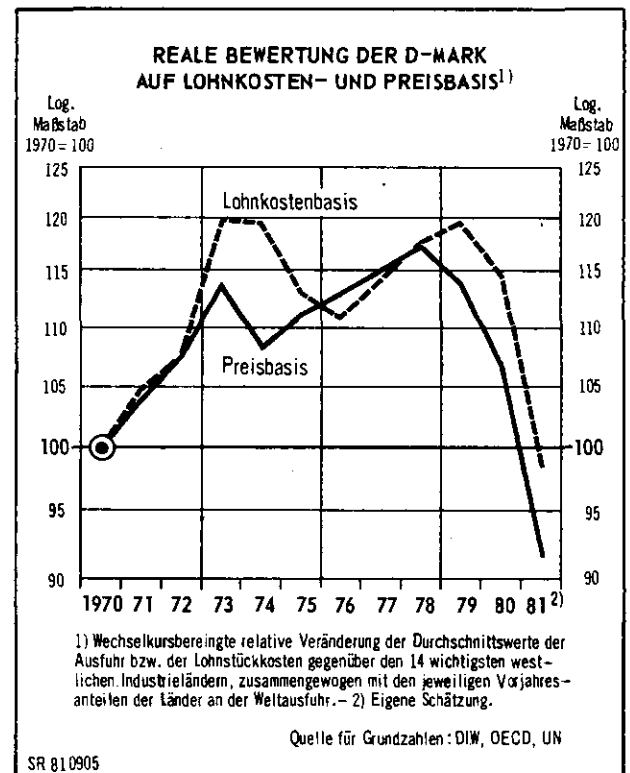
³⁾ Bis 1973: Nahrungsmittel- und Tabakindustrie.

455. Die Bedeutung der japanischen Konkurrenz für deutsche Unternehmen würde bei weitem unterschätzt, wenn der verschärfte Wettbewerb auf den Drittmärkten aus dem Blick bliebe. Untersucht man hier die Entwicklung bei einzelnen Produkten, so haben deutsche Lieferungen zwischen 1972 und 1979 etwa bei Schiffen und Fotoapparaten, aber auch bei Werkzeugmaschinen und Rechenmaschinen weltweit an Bedeutung eingebüßt. Gleichzeitig konnten japanische Fabrikate bei den letzten beiden Gütergruppen in erheblichem Umfang Marktanteile gewinnen, während ihre Quote bei Fotoapparaten bei 50 vH stagnierte. Im Schiffbau scheinen die Japaner in letzter Zeit verstärkt Boden preisgeben zu wollen. Nicht in erster Linie zu Lasten deutscher Marken sind die spektakulären Erfolge der japanischen Automobilhersteller gegangen. Während die japanischen Marken zwischen 1972 und 1979 ihren Marktanteil um knapp acht Prozentpunkte erhöhen konnten, gelang es den deutschen Fabrikaten, zumindest ihre Position zu halten. Vermutlich wäre allerdings ohne die japanische Konkurrenz der deutsche Marktanteil gestiegen, wie dies bei Fernsehgeräten in beträchtlichem Ausmaß der Fall gewesen ist.

Wechselkurse, Preise und Kosten

456. Das Jahr 1981 hat den deutschen Unternehmen spürbar Entlastung vom Wettbewerbsdruck ihrer ausländischen Konkurrenten gebracht. Sicherlich sind damit auch die Befürchtungen, die die japanischen Exporterfolge ausgelöst haben, einer nüchternen Betrachtung der Wettbewerbsfähigkeit Japans gewichen. Diese hat aber die Sorgen vor einer anhaltenden Gefährdung der deutschen Wettbewerbsposition zumindest in einigen Bereichen kaum verstummen lassen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil viele den Gewinn an aktueller Wettbewerbsfähigkeit infolge der Abwertung als Ausdruck des Mißtrauens in die Fähigkeit der deutschen Wirtschaft ansehen, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit auf mittlere Frist zu erhalten.

457. Der im internationalen Vergleich unterdurchschnittliche Anstieg der deutschen Exportpreise ist auch 1981 nicht durch eine entsprechende Aufwertung der D-Mark konterkariert worden (Schaubild 39). Im Gegenteil, trotz der Erholung der deutschen Währung seit dem Sommer liegt ihr Außenwert im Jahresdurchschnitt noch deutlich unter dem des Vorjahres, so daß von daher die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Hersteller zusätzlich gesteigert worden ist. Den sich aufgrund der Wechselkursentwicklung bietenden Spielraum, die Preise zu erhöhen, haben die deutschen Exporteure zwar im Umfang der Kostensteigerungen genutzt; darüber hinaus konnten sie wohl nicht gehen, sei es weil nur so Marktanteile hinzugewonnen werden konnten, sei es weil bei manchen Erzeugnissen die Preise immer noch über denen vergleichbarer Produkte der ausländischen Konkurrenz lagen. So kam es, daß die reale Abwertung der D-Mark, legt man den Anstieg der Durchschnittswerte der Ausfuhr im Inland und im Ausland zugrunde, um fast die Hälfte über die nominale Abwertung hinausging.



Schließt man die Abwertung dieses Jahres mit ein, so hat der reale Außenwert der D-Mark in den letzten drei Jahren um durchschnittlich fast 8 vH jährlich abgenommen. Dadurch wurde die Höherbewertung der D-Mark in den Jahren von 1970 bis 1978 mehr als kompensiert. Somit hat sich seit dem 1978 erreichten Höchststand der deutschen Währung von den Preisen her die Wettbewerbsposition der deutschen Exporteure deutlich verbessert.

Trotz der schwachen Weltkonjunktur nahm daher die deutsche Ausfuhr 1981 dem Volumen nach weit stärker zu als der Welthandel. Die Abwertung gegenüber der amerikanischen Währung bedeutete jedoch, daß sich der Wert der deutschen Exporte, ausgedrückt in Dollar, kaum erhöht hat. Der deutsche Anteil an der Weltausfuhr dürfte daher dem Werte nach noch einmal zurückgegangen sein. Für 1982 ist aber wieder eine beträchtliche Zunahme des deutschen Weltmarktanteils zu erwarten; zum einen, weil die Expansion der deutschen Ausfuhr wieder über die Ausweitung des Welthandels hinausgehen wird, zum anderen, weil der Wert der D-Mark gegenüber dem Dollar im Jahresdurchschnitt höher als 1981 liegen dürfte, so daß sich der Dollar-Wert der Exporte entsprechend erhöht.

Zur Verwunderung vieler hatte sich der deutsche Export bis 1978 als überraschend widerstandsfähig gegenüber der ständigen Aufwertung erwiesen. So stieg der deutsche Weltmarktanteil zwischen 1975 und 1978 um 0,6 Prozentpunkte auf 10,9 vH an. Diese Zunahme war nicht zuletzt durch die Höherbewertung der D-Mark und eine überraschend schwache Reaktion der Mengen darauf bedingt. Der Marktanteil stieg also, während sich die Konkurrenzfähig-

keit auf den internationalen Märkten vom Preis her verringerte. Daraufhin kam es zu einem deutlichen Verlust an Marktanteilen. Die Schwäche der D-Mark hat diesen Rückgang dann noch verstärkt, wiewohl die Abwertung selbst wieder den Grundstein für den Exportaufschwung in diesem Jahr legte.

458. Hinter einem Preisvorteil kann ein Kostenvorteil gegenüber den ausländischen Konkurrenten stehen, muß es aber nicht. Bewertet man die Wechselkursänderung der D-Mark mit der Differenz im Anstieg der Lohnstückkosten, so hat sich der reale Außenwert der D-Mark auf Lohnkostenbasis seit 1979 um rund 16 vH verringert. Damit ist auch bei der realen Bewertung auf Kostenbasis das günstige Niveau von 1970 wieder erreicht und sogar leicht unterschritten worden. Die Abwertung auf Preisbasis machte gleichzeitig jedoch 22 vH aus. Dies könnte darauf hindeuten, daß sich die Erlös-Kosten-Relation der deutschen Exporteure im Verhältnis zu der ihrer ausländischen Wettbewerber in dieser Zeit leicht verschlechtert hat.

Allerdings ist der Lohnkostenvergleich allein möglicherweise unzureichend, da die Entwicklung der Lohnstückkosten nicht vollständig mit der Entwicklung der Gesamtkosten je Produkteinheit übereinstimmen muß. Andere Kostenkomponenten, die die Entwicklung der Stückkosten insgesamt mitbestimmen, wie etwa die Kosten für eingeführte Vorprodukte, Energie und Kapital sowie die standortabhängigen Aufwendungen, brauchen sich nicht in demselben Maße zu verändern wie die Lohnstückkosten (JG 76 Ziffer 156). Bemühungen der OECD, diese Schwäche durch die Verwendung eines gewogenen Durchschnitts aus Lohnstückkosten und Materialstückkosten als Indikator für die Kostenentwicklung im Inland und im Ausland zu beseitigen, werden jedoch wegen erheblicher methodischer Schwierigkeiten vorläufig nicht fortgesetzt.

459. Nimmt man alles zusammen, so wird man festzustellen haben, daß die deutschen Anbieter auf vielen Märkten heute einen schwereren Stand haben als vor einem Jahrzehnt. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist jedoch nicht akut gefährdet. Dafür hat nicht zuletzt die Abwertung der D-Mark gesorgt. Das Leistungsbilanzdefizit ist im Abbau begriffen. Die mit der Aufwertung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verbundene Realeinkommenserhöhung hat sich nicht halten lassen. Eine Korrektur ist unterwegs. Die Anteile, die das deutsche Produktsortiment an der Weltausfuhr von Industrieerzeugnissen hat, zeigen eine weiterhin starke Position der deutschen Wirtschaft an, und aus ihrer Veränderung läßt sich angesichts der Verzerrungen durch die hektischen Wechselkursbewegungen schwerlich der Schluß ziehen, die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik sei nachhaltig in Mitleidenschaft gezogen. Im Bild muß ja auch bleiben, daß die Beteiligung insbesondere der Schwellenländer am Welthandel und dessen Wachstum zunimmt.

Die Veränderung der Marktanteile der ausländischen Fertigprodukte auf dem deutschen Markt, in denen sich neben Veränderungen der Konkurrenz-

verhältnisse auch Verbesserungen der internationalen Arbeitsteilung spiegeln, liefern zwar Indizien dafür, daß einzelne Bereiche in den siebziger Jahren stark an Wettbewerbsfähigkeit verloren haben, insgesamt gesehen hat aber die Abwertung akute Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie verhindert.

Gleichwohl: Mit dem Hinweis auf solche Befunde werden die Zweifel kaum zum Verstummen gebracht werden, stützen sie sich doch vor allem auf die Entwicklung in einzelnen Bereichen der Wirtschaft, Bereiche, die für die deutsche Wettbewerbsposition besonders wichtig erscheinen. Die Sorge, die Bundesrepublik möchte in einen technologischen Rückstand geraten und mit einem Sortiment auf den Weltmärkten vertreten sein, das ihrem Ruf als technologisch führender Industrienation nicht gerecht wird, läßt sich nicht mit dem Hinweis beschwichtigen, über den Wechselkurs könnte verlorenes Terrain zurückgewonnen werden. Denn über eine Abwertung werden vor allem solche Produkte wieder international wettbewerbsfähig gemacht, bei denen die deutsche Wirtschaft der nachstoßenden internationalen Konkurrenz, die bei niedrigeren Löhnen Kostenvorteile hat, Marktanteile überlassen mußte, wollte sie die hohen Einkommensansprüche im Inland erfüllen. Wenn aber die Erwartungen auf steigende Einkommen in der Zukunft nicht enttäuscht werden sollen, dann ist die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit über den Wechselkurs die falsche Strategie, denn sie führt zu einer nachträglichen Korrektur überhöhter Einkommen und überhöhter Einkommenserwartungen.

Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit muß über die Aufnahme neuer Produkte in das Sortiment gelingen, und zwar solcher Produkte, deren Fertigung ein spezielles technisches Wissen erfordert, über das nur wenige Anbieter verfügen und deren Einsatz auch beim Abnehmer hohes Know-how verlangt, ihm aber auch erhebliche Vorteile verschafft. Solche Produkte sind nicht wettbewerbsfähig, weil sie besonders billig sind, sondern weil sie einen hohen Verwendernutzen versprechen, kurz: weil sie besonders teuer sind. Der Weg, mit solchen Produkten ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, wird, so lautet die These, der deutschen Wirtschaft aber verstellt durch die japanische Konkurrenz, die ihre spektakulären Erfolge gerade mit solchen Produkten erzielt habe. Anders gewendet: Wettbewerbsfähigkeit in einer dynamischen Wirtschaft ist die Fähigkeit, neue Spezialprodukte und neue technische Problemlösungen in einem Maße entwickeln zu können, das es gestattet, steigende Einkommen bei hohem Beschäftigungsstand zu erzielen, obwohl nachstoßende Wettbewerber allmählich das technische Wissen und die organisatorischen Fähigkeiten erwerben, diese Produkte ebenfalls herzustellen. Wenn das soweit ist, sind die Spezialitäten zu „problemlosen Gütern“ geworden, deren Wettbewerbsfähigkeit letztlich nur vom Preis bestimmt wird. Auf die Rolle des nachstoßenden Wettbewerbers kann sich ein Hochlohnland nicht zurückziehen.

460. Will man die erwähnten Zweifel entkräften, dann sind andere Indikatoren ins Bild zu nehmen,

Indikatoren, die einen Schluß zulassen, ob die Wirtschaft in Zukunft genügend „Spezialitäten“ hervorbringen kann und ob dies zu Kosten möglich ist, die in den Ländern gegeben sind, die über ein vergleichbares Niveau an technischem Wissen und technologischer Kompetenz verfügen. Wettbewerbsfähigkeit ist bei einer solchen Betrachtung nicht nur an Marktanteilen zu messen, die den Anteil der Bundesrepublik an der Weltausfuhr wiedergeben. Sie ist vielmehr als die relative Position gegenüber dem stärksten Wettbewerber zu definieren. Daher liegt es nahe, in einer Analyse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft eine Untersuchung derjenigen Faktoren durchzuführen, die die Erfolge der japanischen Wirtschaft auf den Weltmärkten bestimmen.

Japans Wettbewerbsfähigkeit

461. Der spektakuläre Exporterfolg japanischer Unternehmen, ihre Wettbewerbsfähigkeit auf angestammten, aber auch auf neuen Märkten haben häufig die Frage nach dem japanischen Erfolgsrezept aufgeworfen. Die Antworten darauf gehen auch die Wirtschaftspolitik an. Denn Japan gilt weithin als das Land, welches in den letzten Jahren gemessen an gesamtwirtschaftlichen Zielen am besten mit seinen Anpassungsaufgaben fertig geworden ist. Und das, obwohl Japan in höherem Maße abhängig von der Einfuhr von Energie und Rohstoffen als viele andere Länder ist.

462. Eine wichtige Erfolgsbedingung war der kräftige Produktivitätsfortschritt, den Japan seit langem zu verzeichnen hat und der, sieht man von wenigen Jahren ab, weit über den in anderen Ländern hinausgeht. Das Produktivitätsniveau, das zunächst noch deutlich unter dem anderer wichtiger Industrieländer lag, konnte inzwischen an deren Produktivität nahe herangeführt werden. Von Mitte der siebziger Jahre an hatte allerdings auch Japan, bezogen auf die Gesamtwirtschaft, eine beträchtliche Verringerung des Produktivitätsfortschritts zu verzeichnen. Gemessen an der für die internationale Wettbewerbsfähigkeit bedeutsameren Produktivitätsentwicklung in der Industrie konnten nach einer kurzen Schwächeperiode jedoch wieder Fortschritte erzielt werden, die fast an die der sechziger Jahre anknüpfen. Sie wurzeln in der nahezu ungebrochenen Investitionsneigung der Unternehmen und den hohen öffentlichen Investitionen. Rund ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts entfällt auf private und öffentliche Anlageinvestitionen, im internationalen Vergleich ein überdurchschnittlich hoher Anteil. Von daher stellt sich viel weniger als in anderen Ländern das Problem, private Konsumansprüche und staatliche Ansprüche zugunsten privater Investitionen in einem friktionsreichen Anpassungsprozeß einzuschränken. Japan hat nicht zuletzt auch wegen seiner niedrigen Verteidigungsausgaben sowie seiner niedrigen Sozialausgaben, zum Teil Folge einer günstigen Altersstruktur, eine vergleichsweise niedrige Staatsquote zu verzeichnen. Ein beträchtlicher Teil der staatlichen Ausgaben fließt in öffentli-

che Investitionen, zur Hälfte sind das Projekte zur Verbesserung der unternehmensorientierten Infrastruktur. Die hohe private Sparquote hat ihren Grund nicht zuletzt darin, daß für das Alter und für die Ausbildung der Kinder mehr als in anderen Ländern gespart werden muß, weil das System der sozialen Leistungen nicht so weit entwickelt ist und weil das Erziehungssystem mehr private Aufwendungen erfordert. Auch in Japan wird das Drängen auf den Ausbau des Sozialstaats mittlerweile aber stärker, und die Verschlechterung der Altersstruktur wird zu höheren Unterhaltsleistungen führen. Unklar ist, zu Lasten welcher Ausgaben das gehen wird und wie die Haushaltsprobleme letztlich gelöst werden sollen, zumal der japanische Staatshaushalt derzeit schon ein sehr hohes Defizit aufweist.

463. Auf unterschiedlichen Wegen sucht der japanische Staat den Strukturwandel voranzubringen, aber auch Härten zu mildern, die sich daraus oder aus starken Schwankungen des Yen-Kurses ergeben.

Die japanische Politik einer zeitlich konsequent begrenzten Förderung zielt darauf ab, Unternehmen zur Entwicklung technologisch fortgeschrittener Produkte anzuhelfen, die Einführung von energiesparenden Produktionsmethoden zu beschleunigen sowie die Auslagerung von energieintensiver und rohstoffintensiver Produktion durch Direktinvestitionen und „joint ventures“ in andere Länder zu fördern. Mit der Konzentration großer Unternehmensgruppen auf spezielle Produktsortimente auf der Basis neuer Technologien konnte die japanische Industrie mit einzelnen Produkten, so bei Rechenmaschinen, Fotoapparaten, Motorrädern, Videorecordern, integrierten Schaltungen, Spezialschiffen und neuerdings bei den Großcomputern der „vierten Generation“ rasch große Anteile auf den Weltmärkten erringen. Die Produktion in großen Stückzahlen war vielfach eine wichtige Voraussetzung dafür, daß hohe Produktivitätsfortschritte und damit eine beträchtliche Kostendegression erreicht werden konnten.

Das japanische Außenhandels- und Industrieministerium (MITI) nutzt viele Wege, um strukturpolitische Ziele durchzusetzen. Dazu gehören Überredungsstrategien im Rahmen der sogenannten „administrative guidance“ und Subventionen, aber auch die Ausnutzung von Kompetenzen in Genehmigungsverfahren. Auf der einen Seite gibt der Staat strukturelle Anpassungshilfen, auf der anderen Seite wird im Rahmen der Strukturpolitik auf einen rigorosen Abbau unrentabler Kapazitäten und auf Umschulung von Arbeitnehmern schrumpfender Branchen gedrängt. Auf Initiative des MITI werden seit dem Jahre 1978 in einigen Industriezweigen Ziele für den Kapazitätsabbau vorgegeben. Die Hersteller von Stahl, Aluminium, Düngemitteln, Kunstfasern, Naturfasern und der Schiffbau sind von solchen Vorgaben betroffen. Staatliche Zuschüsse und Schuldendiensthilfen werden im wesentlichen befristet und nur unter der Bedingung gegeben, daß die Unternehmen neue, rentable Produktionsverfahren erschließen oder aber sich anderen Produkten zuwenden.

Anders als in den meisten anderen Industriestaaten zahlt der Staat aber — außer in der Landwirtschaft — praktisch keine Erhaltungssubventionen. Es kommt daher kaum vor, daß Arbeitskräfte, Kapital und Energie von Unternehmen in Anspruch genommen werden, die mit staatlicher Unterstützung an Produkten oder Produktionsverfahren festhalten, mit denen sie im Wettbewerb nicht bestehen können.

Soweit mittlere Betriebe in großer Zahl in Schwierigkeiten geraten, hilft der Staat mit Förderprogrammen, in geringerem Maße mit Zuschüssen, mehr mit zinsgünstigen Krediten. Besondere Unterstützung wird dabei Unternehmen in wirtschaftlich benachteiligten Regionen gewährt. Als viele kleinere und mittlere Unternehmen mit hohem Exportanteil an ihren Umsätzen in der Zeit der Yen-Aufwertung in Schwierigkeiten gerieten, wurde ein Gesetz verabschiedet, das Hilfsmaßnahmen für Mittel- und Kleinbetriebe in Gebieten mit konzentrierter Ansiedlung solcher Unternehmen eines bestimmten Industriezweiges vorsah.

464. Die lenkende Industriepolitik in Japan hat nicht nur Vorteile mit sich gebracht, und sie erreicht auch nicht alle Bereiche der Wirtschaft gleich gut. Die Wirtschaftspläne der Regierung sind so, wie sie in Abstimmung mit der Industrie aufgestellt werden und als wirtschaftspolitisches Führungsinstrument dienen, nur unter den besonderen Bedingungen des „patriotischen Konsens“ zu verstehen. Teilweise haben die Wirtschaftspläne in einzelnen Branchen zum Entstehen von Überkapazitäten geführt. Im Falle selbstverschuldeter wie im Falle außenwirtschaftlich bedingter Fehlentwicklungen aber weist die Wirtschaftspolitik Unternehmen und Arbeitnehmern Anpassungslasten rigoroser zu, als das in vielen anderen Ländern akzeptiert würde.

Vor allem in Wirtschaftszweigen mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen bereitet die Koordination gelegentlich Schwierigkeiten. Um den Umstellungsprozeß einer Branche zu erleichtern, werden nicht selten umfassende wettbewerbsbeschränkende Lösungen angestrebt. Meinungsunterschiede zwischen dem MITI und der „Fair Trade Commission“ als Wettbewerbsaufsicht sind nicht ausgeblieben, haben aber kaum zu Konflikten geführt. Denn wettbewerbspolitische Prinzipien treten zurück, wenn es um die Bereinigung von Strukturkrisen oder wenn es um die Wettbewerbsfähigkeit japanischer Exporteure geht.

Auf den Binnenmärkten in Japan herrscht jedoch ein scharfer Wettbewerb. Auch gehen nicht alle Exporterfolge Japans auf diese Industriepolitik zurück. Viele beruhen auf eigenständigen Initiativen der Unternehmen.

465. Zwischen den japanischen Unternehmen gibt es große Produktivitätsunterschiede. Rund ein Viertel aller Beschäftigten arbeitete im Jahre 1978 in den größeren Unternehmen, die aber der Zahl nach kaum mehr als ein halbes Prozent aller Unternehmen ausmachen. Neben den großen, hochproduktiven und stark exportorientierten Unternehmen, die

ihren Arbeitnehmern hohe Löhne und sichere Beschäftigung bis zum Alter von 55 oder 57 Jahren bieten, produziert die große Anzahl kleiner und mittlerer Unternehmen weit weniger effizient; das gilt insbesondere für den Handel.

466. Die hohen Produktivitätsfortschritte der japanischen Exportindustrie sind das Ergebnis rigoroser Bemühungen um Rationalisierung und Kostensenkung. Dies wird nicht zuletzt durch eine konsequente Politik der automatisierten Massenfertigung erreicht, die hohe und gleichmäßige Produktqualität bei niedrigen Stückkosten gewährleistet. In vielen Fällen suchten die Unternehmen zunächst auf den Binnenmärkten, zumeist im harten Preiswettbewerb, große Stückzahlen mit großen Rationalisierungsfortschritten zu erreichen, bevor die Produkte auf den Weltmärkten angeboten wurden. Oft dehnen japanische Unternehmen ihr Angebot erst auf die kräftig expandierenden Märkte im Fernen Osten aus, bevor sie im Rahmen langfristig angelegter Strategien in westliche Märkte eindringen. Dies mag auch damit zusammenhängen, daß sich das überkommene japanische Vertriebssystem nicht auf andere Märkte übertragen läßt, der Aufbau leistungsfähiger Vertriebsnetze für andere Märkte den japanischen Unternehmen offenbar Schwierigkeiten bereitet und allemal mit hohen Kosten verbunden ist. Ist der Schritt auf westliche Märkte getan, wird allerdings auch konsequent ein weltweiter Vertrieb organisiert, um die Vorteile großer Serien nutzen zu können. Bemerkenswert ist die geringe Neigung europäischer und amerikanischer Unternehmen, den Japanern auf deren heimischen Märkten paroli zu bieten. Freilich hindern Besonderheiten des Vertriebs in Japan viele Unternehmen auch daran, auf dem japanischen Markt erfolgreich Fuß zu fassen.

467. Die günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Japan ist um so überraschender, als die beiden Preisschübe bei Mineralöl und anderen Energierohstoffen Japan besonders schwer trafen. Im Jahre 1980 betragen die Nettoimporte an Energie 6,7 vH des Bruttoinlandsprodukts. In der Bundesrepublik (4,2 vH), aber auch in anderen Ländern, wie Frankreich (4,8 vH), den Vereinigten Staaten (2,8 vH) oder Großbritannien (0,2 vH) war dieser Anteil deutlich niedriger. Allein für Mineralölimporte mußte Japan im letzten Jahr rund 40 vH seiner Exporteinnahmen ausgeben, die Bundesrepublik 18 vH, Frankreich 23 vH, die Vereinigten Staaten 35 vH und Großbritannien 8 vH. Ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit forderten überdies die außerordentlich kräftigen Wechselkursschwankungen des Yen gegenüber den Währungen der Handelspartner Japans, die den Anpassungsprozeß begleiteten. Von 1977 bis in die zweite Hälfte des Jahres 1978 gewann die japanische Währung gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner um fast 40 vH an Wert. Danach kam es zu einer ähnlich kräftigen Abwertung, die bis in das Jahr 1980 hinein andauerte. Die anschließende Aufwertung um über 24 vH hielt bis Anfang dieses Jahres an. Seither hat der Yen wieder eine Abwertung um etwas über 6 vH zu verzeichnen.

468. Die japanische Wirtschaft hatte nach 1974 einige schwere Jahre durchzustehen. Die Belastung durch den vorangegangenen Lohnkostenschub, durch den der Unterschied in den Lohnstückkosten zwischen Japan und den anderen Industrieländern deutlich verringert worden war, konnte nur allmählich abgetragen werden. Mit Steuersenkungen und umfangreichen Investitionsprogrammen versuchte der Staat, den restriktiven Impulsen entgegenzuwirken und gleichzeitig den notwendigen Umstellungsprozeß voranzubringen. Wegen der schwachen heimischen Auftriebskräfte drängten die Unternehmen in den Export. Die anhaltend kräftige Aufwertung im Zusammenhang mit der Dollarschwäche ließ nach 1975 Exporterfolge aber nur gegen erhebliche Preiszugeständnisse zu. So konnte mit den Exportzuwächsen der Jahre 1976 und 1977 keine Verbesserung der Gewinnmargen erzielt werden. Auf der anderen Seite brachte die Aufwertung eine beträchtliche Entlastung bei den Kosten importierter Energierohstoffe und Industrierohstoffe. Schon damals gelang es den japanischen Unternehmen überdies, den Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit zumindest teilweise durch eine Umstrukturierung ihrer Exporte zugunsten technologieintensiverer Investitionsgüter und Konsumgüter wettzumachen. So stark wie die Aufwertung schließlich ausfiel, konnte dann aber dennoch nicht verhindert werden, daß die Exporte in den Jahren 1978 und 1979 dem Volumen nach zurückgingen.

469. Die Lohnpolitik ging in all den Jahren über die bloße Beendigung von früheren Fehlentwicklungen weit hinaus. In der Industrie blieb der Anstieg der Reallöhne in mehreren Jahren deutlich hinter dem Produktivitätszuwachs zurück. Im Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1980 veränderten sich die Lohnstückkosten nicht. Damit setzte sich Japan deutlich von seinen Handelspartnern ab.

So sehr die Wettbewerbsfähigkeit japanischer Unternehmen auch auf die lohnpolitische und personalpolitische Flexibilität in Japan zurückzuführen sein mag, so wenig lassen sich die Verhältnisse, die diese Flexibilität bewirken, ohne weiteres auf andere Länder übertragen. Dabei mag ganz offen bleiben, ob eine Übertragung überhaupt wünschbar wäre. Japanische Arbeitnehmer erhalten neben einem festen Grundlohn Prämien, die zweimal im Jahr ausgezahlt werden und mit der Ertragslage der Unternehmen variieren. Einkommensrisiken treten dadurch zum Teil an die Stelle von Beschäftigungsrisiken. Aber selbst die Grundlöhne haben auf den Anpassungsdruck rasch reagiert. In Japan werden Lohnverhandlungen im wesentlichen auf Unternehmensebene geführt. Auf Arbeitnehmerseite dominieren die Interessen der Stammelegschaften der großen Unternehmen, denn der größte Teil der Gewerkschaftsmitglieder gehört dieser Gruppe an. Ihr Interesse an einer Sicherung der Vorteile, die sie aus dem sicheren Beschäftigungsverhältnis ziehen, ist mit den Unternehmensinteressen aufs engste verbunden. Die Löhne werden zwischen der Betriebsgewerkschaft und der Unternehmensleitung ausgehandelt. Überdies sind die Arbeitnehmer vielfach bereit, den Schwankungen in der Auftragslage mit einer Anpas-

sung der geleisteten Überstunden Rechnung zu tragen. Die entlohnten Überstunden machen normalerweise rund 10 vH der geleisteten Arbeitszeit aus; es werden aber auch Überstunden ohne Entlohnung geleistet.

In der Zeit nach dem ersten Ölpreisschub stellte sich indessen heraus, daß der Umfang der Stammelegschaften nach Ausschöpfung aller Kostenanpassungen größer war, als während des Umstellungsprozesses durchgehalten werden konnte. Eine Herabsetzung der Altersgrenze und Versetzungen oder Wechsel zu kleineren Unternehmen waren die Folge. Dagegen wird wenn irgend möglich vermieden, Mitarbeiter zu entlassen. Streiks als Mittel zur Austragung von Arbeitskonflikten entsprechen der auf Konsens angelegten Vorstellung japanischer Belegschaften nicht. Gleichwohl werden sie gelegentlich und dann mit Härte eingesetzt. Die Streikintensität dürfte in den letzten Jahren aber noch unter der in der Bundesrepublik gelegen haben.

470. Die kleinen und mittleren Unternehmen müssen in Zeiten schlechter Beschäftigungslage einen erheblichen Teil des Anpassungsdrucks abfedern. Die großen Unternehmen beziehen in größerem Umfang als ihre Konkurrenten in anderen Ländern Vorleistungen, die kleine und mittlere Unternehmen als Zulieferanten erbringen, und sie stützen sich in großem Umfang auf Dienstleistungen, die im Rahmen von Zeitarbeitsverhältnissen erbracht werden. Dies verschafft den großen Unternehmen größere Flexibilität in der Anpassung an schwankende Nachfrage. Lagerhaltungs-, Beschäftigungs- und auch Einkommensrisiken werden so auf die mittleren und kleinen Unternehmen und deren Belegschaften abgewälzt.

Pufferfunktion haben auch die Teilzeitbeschäftigten; deren Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten in Japan ist besonders hoch. Etwa jeder achte Beschäftigte ist teilzeitbeschäftigt, bei den Frauen jede fünfte, bei den Männern jeder zwölfte. Unter den Männern, die in kleinen und mittleren Unternehmen arbeiten, finden sich vor allem viele ältere, die bei Erreichen der Altersgrenze aus Großunternehmen ausscheiden, aber weiterarbeiten müssen, weil die einmalige Abfindung, die sie im allgemeinen beim Ausscheiden erhalten, vielfach nicht ausreicht, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Erst später erhalten sie eine bescheidene Rente.

Wenn wegen schlechter Auftragslage oder wegen Umstrukturierung des Unternehmens eine Anpassung des Beschäftigungsstandes notwendig wird, so trifft dies in erster Linie die teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer, nur in seltenen Ausnahmefällen die Stammelegschaft. Man muß dies auch im Blick halten, wenn man die japanischen Arbeitslosenzahlen betrachtet, denn darin sind entlassene teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer ebensowenig enthalten wie die über 55jährigen.

471. Nicht nur die günstige Kostensituation und Exportgüterstruktur der japanischen Unternehmen, sondern auch die Abwertung des Yen, die sich seit Ende 1978 ähnlich schnell und ausgeprägt vollzog

wie die vorangegangene Aufwertung, schafften die Voraussetzungen für das rasche Vordringen japanischer Produkte in der jüngsten Vergangenheit. Die Kehrseite der Abwertung war freilich, daß die Importpreise beträchtlich in die Höhe schossen, im Jahre 1979 um 29 vH und 1980 sogar um 43 vH. Es gelang jedoch zu verhindern, daß die inflatorischen Impulse von außen sich im Inland ausbreiten konnten. Wegen der stärkeren Preissteigerungen im Ausland war daher die reale Abwertung des Yen sogar noch größer als die nominale. Der seit 1978 geringe Anstieg der Lohnstückkosten, der deutlich unter dem internationalen Durchschnitt lag, läßt darauf schließen, daß sich bei den japanischen Herstellern die Gewinnmargen günstiger entwickelt haben dürften als bei ihren ausländischen Konkurrenten. Als Stütze für diese Vermutung kann die Tatsache angesehen werden, daß die reale Bewertung des Yen auf Lohnkostenbasis weit deutlicher abnahm als auf Preisbasis.

Seit dem vergangenen Jahr hat sich die Wechselkursentwicklung erneut gedreht. Der gewogene Außenwert des Yen gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner ist um rund ein Fünftel gestiegen. Der D-Mark gegenüber hat der Yen sogar noch etwas stärker an Wert gewonnen. Auf diese Aufwertung des Yen konnten die japanischen Unternehmen mit erheblicher Zurückhaltung bei Preiserhebungen reagieren, da sie aufgrund der zuvor günstigen Gewinnentwicklung die Möglichkeit hatten, nun Gewinneinbußen hinzunehmen. Im gewogenen Durchschnitt erreichte die reale Aufwertung sowohl auf Preisbasis als auch auf Kostenbasis ein Ausmaß, das die vorhergehende Abwertung in etwa kompensierte. Gegenüber der D-Mark ging sie jedoch weit darüber hinaus. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Hersteller gegenüber ihren deutschen Konkurrenten ist von daher weit weniger günstig als in den vorangegangenen drei Jahren.

472. Die japanische Planungsbehörde hat betont, die Anpassungsaufgabe der japanischen Wirtschaft sei nicht zuletzt dank einer konsequenten Geldpolitik und der Bereitschaft sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer, den Verlust an Realeinkommen zu tragen, bewältigt. Gleichwohl wird auch in Japan die Wettbewerbsfähigkeit auf mittlere Frist nicht als gesichert angesehen. Mit Sorge wird vermerkt, daß die japanische Wirtschaft von den Schwankungen der Wechselkurse stärker betroffen sei als die amerikanische. Auch könne der Mangel an Rohstoffvorkommen sich auf mittlere Frist als erheblicher Wettbewerbsnachteil auswirken. Schließlich sei zu bedenken, daß Japan gegenwärtig zwar stärker als seine Wettbewerber auf den stark expandierenden Märkten der Entwicklungsländer vertreten sei, daß es aber gerade diese Länder seien, die zunehmend ihre Leistungsbilanzprobleme mit protektionistischen Mitteln zu bekämpfen suchten.

Zum Innovationspotential der deutschen Wirtschaft

473. Zieht man das Fazit aus den Darlegungen über die japanische Wirtschaft, so kann man sagen, daß das Besondere des Erfolgs japanischer Anbieter

auf den internationalen Märkten ein rasantes Vorstoßen bei einzelnen Produkten ist. In der Konzentration Japans auf bestimmte Märkte mit Produkten einer hochentwickelten Technologie liegt aber zugleich auch eine Schwäche. Die Stärke der deutschen Wettbewerbsposition ist dagegen in der Breite des Angebots an hochwertigen Produkten zu sehen. Zu fragen ist, ob aus dem raschen Aufschließen der japanischen Wirtschaft zu den führenden Industrienationen in Zukunft Gefährdungen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auch in der Breite erwachsen.

Bei der Beantwortung dieser Frage geht es darum, auf die Fähigkeit der deutschen Wirtschaft zu schließen, auch in Zukunft einen technischen und qualitativen Vorsprung bei einem großen Teil des Produktsortiments zu erzielen und in der Anwendungstechnik den Kunden überlegene Problemlösungen bieten zu können. Ein solcher Schluß hat bei den Faktoren anzusetzen, die zu den entsprechenden Erfolgen in der Zukunft führen. Dabei geht es namentlich um Forschung, Fachpersonal, Energie, Innovation und Risikobereitschaft der Unternehmen, aber auch um weitere Wettbewerbsfaktoren. Ihre Entwicklung liefert Anhaltspunkte zur Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit auf mittlere Frist.

474. Anhaltspunkte für die Beurteilung der Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen in der Bundesrepublik sowie für deren Einordnung in einen internationalen Rahmen ergeben sich aus den Forschungsaufwendungen und dem in der Forschung eingesetzten Personal. Bei der Interpretation solcher Daten ist jedoch zu beachten, daß zwischen dem Forschungsaufwand und den Neuerungen keine enge und kurzfristige sowie im Zeitablauf stabile Beziehung besteht und daß von der Entwicklung neuer Produkte oder Produktionsverfahren nicht notwendigerweise auf deren Markterfolg geschlossen werden kann. Bei einem internationalen Vergleich entstehen zusätzliche Probleme, insbesondere weil Inflations- und Wechselkurseinflüsse den Informationsgehalt der Kennzahlen verzerren.

475. Im Jahre 1979 nahm die Bundesrepublik bei den Forschungsaufwendungen, die neben den Personalkosten und dem Sachaufwand auch die Investitionen in der Forschung umfassen, hinter Japan und den Vereinigten Staaten den dritten Rang ein, gefolgt von Frankreich und Großbritannien. Diese Rangfolge ist seit den frühen siebziger Jahren unverändert geblieben. Gleichwohl verlief die Ausgabenentwicklung in den jeweiligen Ländern recht unterschiedlich. So nahmen die Forschungsaufwendungen, bewertet zu Preisen von 1975, in Japan mit 7 vH pro Jahr deutlich stärker zu als in den Vereinigten Staaten. Hier lag der entsprechende Wert bei 1 1/2 vH; in der Bundesrepublik waren es 4 vH gewesen.

Die Höhe der Forschungsausgaben vermittelt wegen der unterschiedlichen Größe der einzelnen Volkswirtschaften ein unvollständiges Bild von den Forschungsanstrengungen eines Landes. So stellten die Vereinigten Staaten im Jahre 1979 mit rund 58 Mrd Dollar etwa soviel Mittel für Forschungszwecke

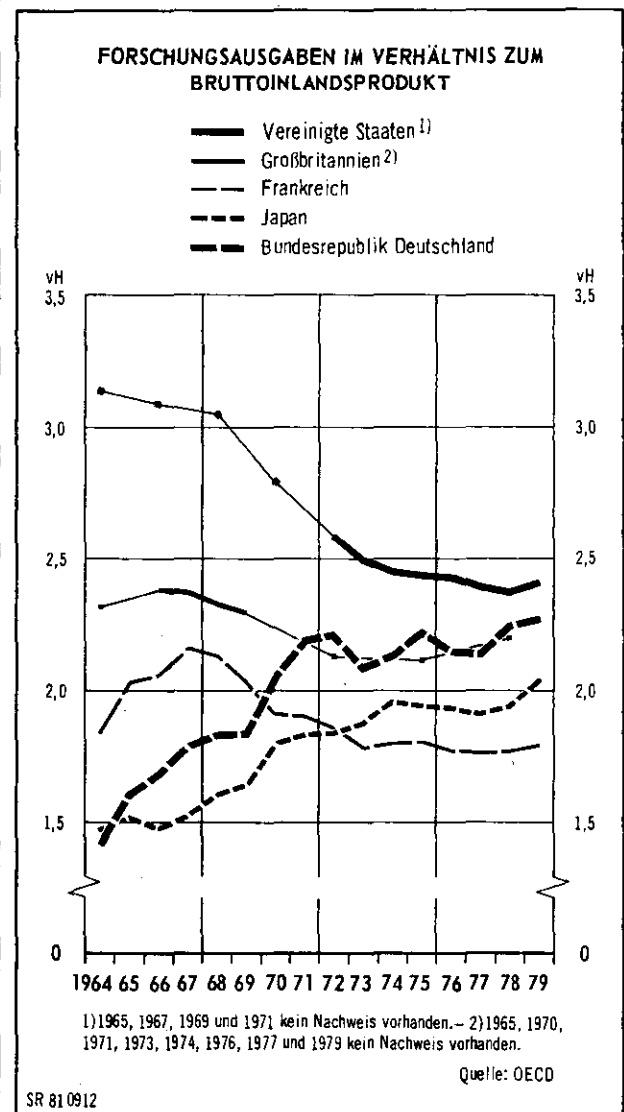
zur Verfügung wie die anderen Länder zusammengekommen. Ein Vergleich der relativen Forschungsaufwendungen ist aussagekräftiger. Sie können als Verhältnis von Forschungsausgaben und Bruttoinlandsprodukt gemessen werden (Schaubild 40). In den Vereinigten Staaten ist diese Quote stark rückläufig gewesen, mit 2,4 vH war sie im Jahre 1979 gleichwohl noch immer höher als in anderen Industrieländern. In der Bundesrepublik sind die Forschungsausgaben, im ganzen gesehen, dagegen eher noch stärker gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt; zu einer Dynamik der Forschungsausgaben, wie sie in den sechziger Jahren zu beobachten gewesen war, kam es indes zuletzt nicht mehr. Was die japanischen Forschungsbemühungen anbelangt, so folgte hier einer Phase kräftiger Expansion bis Mitte der siebziger Jahre eine Periode, in der die Forschungsausgaben weitgehend mit der gleichen Rate wie das allerdings vergleichsweise stark steigende Bruttoinlandsprodukt zunahm. Bei wieder deutlich zunehmenden Forschungsanstrengungen im Jahre 1979 blieb das Verhältnis von Forschungsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt weiterhin um einiges niedriger als in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten.

Das Bild verändert sich nur wenig, wenn man auf das Verhältnis der allein von Unternehmen getätigten Ausgaben für Forschung und Entwicklung zum Bruttoinlandsprodukt abstellt, also die staatlichen Ausgaben nicht in die Betrachtung einbezieht. Angesichts der japanischen Exporterfolge mag das zunächst überraschen. Dies hängt jedoch wohl nicht zuletzt damit zusammen, daß sich das japanische Weltmarktengagement auf einen vergleichsweise engen Ausschnitt des internationalen Warenangebots konzentriert und die Forschungsmittel vorrangig in diesen zumeist hochtechnologischen Produktbereichen eingesetzt werden. Ob bei geringerer Konzentration der Forschungsmittel und bei stärkerem Ausbau der Grundlagenforschung ähnlich spektakuläre Erfolge auf den Weltmärkten hätten erzielt werden können, wird häufig bezweifelt.

476. Die Forschungsausgaben dienen weit überwiegend zur Bezahlung von Mitarbeitern in der Forschung. Anzahl und Qualifikation des Forschungspersonals sind für die Dynamik des Innovationsprozesses eines Landes von großer Bedeutung. In allen größeren OECD-Staaten ist bis 1977, dem letzten Jahr, für das international vergleichbares Datenmaterial vorliegt, die Anzahl der im Forschungsbereich beschäftigten Wissenschaftler und Ingenieure stetig gestiegen. Beim technischen Forschungspersonal, das sind in der Regel Personen mit Fachschulabschluß, ist das Verlaufsbild nicht so eindeutig. Namentlich in Japan zeichnet sich die Tendenz ab, technisches Personal durch wissenschaftlich ausgebildetes Personal zu ersetzen. Damit verschiebt sich die Personalstruktur immer mehr zugunsten der höherqualifizierten, akademisch ausgebildeten Fachkräfte.

In der Bundesrepublik waren 1977 etwa 111 000 Wissenschaftler und Ingenieure auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung tätig. Gegenüber 1967 erhöhte sich der Personalbestand um rund 72 vH.

Schaubild 40



In Japan waren 1977 etwa 331 500 Wissenschaftler und Ingenieure mit Forschungsaufgaben betraut, also fast dreimal so viele wie in der Bundesrepublik. Im Vergleich zu 1967 stieg die Anzahl der japanischen Technologieexperten um 66½ vH, während sie in Frankreich im gleichen Zeitraum um fast 30 vH und in den Vereinigten Staaten um etwa 9½ vH zunahm.

477. Vergleicht man die Forschungsintensität des verarbeitenden Gewerbes verschiedener Länder, gemessen als Anteil der Wissenschaftler und Ingenieure an der Gesamtzahl der Beschäftigten in diesem Bereich, so fällt der vergleichsweise hohe Wert in Japan auf, der 1977 mit 1,4 vH beträchtlich über demjenigen der Bundesrepublik, Großbritanniens und Frankreichs lag. Allerdings nahm die so gemessene Forschungsintensität in der japanischen Industrie während des Zeitraums von 1967 bis 1977 mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 6 vH nur etwas stärker zu als im deutschen verarbeitenden Gewerbe. Wesentlich geringer war der Anstieg in der französischen, der englischen sowie der amerikanischen Industrie.

Zu den forschungsintensiven Branchen des verarbeitenden Gewerbes zählen sowohl national als auch international die chemische und die elektrotechnische Industrie. In der elektrotechnischen Industrie Japans und der Bundesrepublik ist 1977 im Vergleich zu 1973 eine starke Zunahme der Forschungsintensität festzustellen. Dies ist zu einem Großteil auf das zunehmende Bestreben vieler Unternehmen in dieser Branche zurückzuführen, ihre Forschungsabteilungen durch Einstellung von zusätzlichen Wissenschaftlern und Ingenieuren personell zu verstärken und damit den Erfordernissen einer rasch fortschreitenden technologischen Entwicklung, namentlich im Bereich der Mikroelektronik, Rechnung zu tragen. Hinzu kommt, daß in dieser Branche die Gesamtbeschäftigung gesunken ist und auch das weniger qualifizierte Personal im Forschungsbereich reduziert wurde. Wesentlich geringer als in anderen Ländern war das Verhältnis zwischen hochqualifiziertem Forschungspersonal und der Gesamtbeschäftigung in der deutschen chemischen Industrie. Während in den Vereinigten Staaten der Anteil im Jahre 1977 bei etwa 6 vH lag und in Japan sogar 7 vH ausmachte, betrug er in der deutschen Chemie lediglich 2 vH, wobei allerdings unterschiedliche Abgrenzungen zu beachten sind. Auch bei den deutschen Unternehmen der Eisen- und Stahlerzeugung ergibt sich im internationalen Vergleich ein weniger günstiges Bild; hier geht die Forschungsintensität seit 1969 sogar zurück.

Wie immer die Forschungsanstrengungen gemessen werden, im internationalen Vergleich schneidet die Bundesrepublik aufs ganze gesehen nicht schlecht ab. Daß einzelne Branchen im internationalen Vergleich zurückfallen, ändert an dem Gesamtbild nicht viel.

478. Die Qualität der Forschung kommt nicht in den für sie aufgewandten Mitteln, sondern in ihren Ergebnissen zum Ausdruck. Versucht man, die Resultate der Forschungsanstrengungen einzuschätzen, so könnte die Patentstatistik Anhaltspunkte liefern. Vorbehalte sind jedoch angebracht. So sind zum einen Aussagen über die ökonomische Bedeutung der angemeldeten Erfindungen sowie über das Tempo des technischen Fortschritts nicht oder nur bedingt möglich. Zum anderen zeichnet die Patentstatistik des Deutschen Patentamtes ab 1978 nur ein unvollständiges Bild von der gesamten Patentaktivität, da der seitdem zu beobachtende verstärkte Rückgang der von Ausländern eingereichten Patentanmeldungen beim Deutschen Patentamt vermutlich zu einem beträchtlichen Teil auf eine Verlagerung der Anmeldetätigkeit hin zum Europäischen Patentamt zurückzuführen ist, das im Jahre 1977 gegründet wurde. Gleichwohl kann eine Gegenüberstellung von Inländer- und Ausländerpatenten für die Einschätzung der künftigen Wettbewerbsposition hilfreich sein.

Im Jahre 1980 entfielen fast 75 vH aller ausländischen Patentanmeldungen beim Deutschen Patentamt auf Antragsteller aus fünf Ländern, nämlich aus den Vereinigten Staaten, Japan, Großbritannien, Frankreich und der Schweiz. Zehn Jahre zuvor waren es etwa ebensoviel gewesen. Daß der Anteil die-

ser Ländergruppe an den gesamten Ausländeranmeldungen in den siebziger Jahren nicht zurückgegangen ist, beruht ausschließlich auf einer zunehmenden Inanspruchnahme von Schutzrechten seitens japanischer Unternehmen. Wurde noch 1970 jedes zehnte ausländische Patent von ihnen angemeldet, so war es 1980 bereits jedes vierte. Dabei verlagerte sich der Schwerpunkt der Patentanmeldungen von der Chemie, wo die Anzahl der japanischen Patentanmeldungen seit 1974 rückläufig ist, zum allgemeinen Maschinenbau und zur Elektrotechnik, auf die sich inzwischen das Exportinteresse Japans konzentriert hat. Während die Anzahl der von deutschen Maschinenherstellern jährlich angemeldeten Patente im Beobachtungszeitraum nur leicht auf 7 826 im Jahre 1980 anstieg, wurde von japanischer Seite die Patentaktivität von einem vergleichsweise niedrigen Niveau aus beträchtlich verstärkt. Ähnlich verlief die Entwicklung im Bereich Elektrotechnik. Beeindruckend ist auch hier nicht so sehr die Höhe der japanischen Anmeldungen als vielmehr das Tempo der Zunahme. So ließen sich japanische Unternehmen im Jahre 1980 immerhin 1 151 Erfindungen aus dem Bereich der Elektrotechnik patentieren, zehn Jahre zuvor waren es lediglich 629 gewesen. Anhaltspunkte für ein Nachlassen japanischer Aktivitäten in diesen Industriezweigen zeichnen sich nicht ab; eine Zunahme des Konkurrenzdrucks auf den heimischen Märkten scheint von daher angelegt.

479. Für die Einschätzung der künftigen Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten sind wegen der Bedeutung des amerikanischen Marktes die in den Vereinigten Staaten Ausländern erteilten Patente aufschlußreich. Ausländische Patentanmeldungen dürften sich hier nämlich vor allem auf wirtschaftlich und technisch bedeutsame Erfindungen beschränken.

Bei den Auslandspatenten in den Vereinigten Staaten überwogen in den sechziger Jahren eindeutig die Patente der europäischen Industrieländer. Führend war dabei die Bundesrepublik. Sie erhielt 1965 mit fast 3 400 Patenten 27 vH der gesamten an Ausländer erteilten Schutzrechte, Japan dagegen nur 7 vH.

In den siebziger Jahren konnte die Bundesrepublik ihre Position im Vergleich zu ihren europäischen Konkurrenten nicht nur behaupten, sondern weiter ausbauen. Der Anteil der deutschen Patente an den gesamten Ausländerpatenten ist jedoch seit Mitte der sechziger Jahre rückläufig und erreichte 1980 nur noch 23 vH der insgesamt an Ausländer erteilten 23 100 Patente. Ausschlaggebend dafür war die spektakuläre Zunahme der Anzahl japanischer Patente. Zwischen 1965 und 1980 stieg diese Anzahl um mehr als das Sechsfache auf rund 6 600 an. Dies entsprach einem Anteil an den gesamten Ausländerpatenten von 29 vH. Damit waren japanische Unternehmen im Jahre 1980, ebenso wie in den vorangegangenen sechs Jahren, die bedeutendsten ausländischen Patentnehmer in den Vereinigten Staaten.

480. Als Ausdruck einer schwachen Wettbewerbsposition eines Landes wird zuweilen eine negative

Lizenzbilanz gesehen. Demzufolge wäre es um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft, aber auch der japanischen Wirtschaft, schlecht bestellt. Das Defizit in der deutschen Lizenzbilanz ist seit den sechziger Jahren ständig gestiegen. Im Jahre 1979 betrug es rund eine Milliarde D-Mark. Rechnet man allerdings die Zahlungen heraus, die von Unternehmen mit maßgeblicher ausländischer Beteiligung an ihre Muttergesellschaften im Ausland geleistet werden, ist die so bereinigte Lizenzbilanz positiv. Das spräche für eine gute Konkurrenzfähigkeit der deutschen Unternehmen.

Defizite in der Lizenzbilanz sind aber auch für sich genommen kein Indiz für eine technologische Rückständigkeit der deutschen Wirtschaft. Dies lassen schon die hohen Überschüsse in der Handelsbilanz erkennen. Schließlich kommt es ja nicht vorrangig auf die Produktion von Patenten an, so wichtig der Blaupausenexport manchem auch scheinen mag, sondern auf die Herstellung wettbewerbsfähiger Produkte, in die das neue technische Wissen eingeht. Ein Defizit in der Lizenzbilanz kann somit sogar Ausdruck hoher Wettbewerbsfähigkeit sein, wenn das vom Ausland erworbene Wissen, verbunden mit inländischen Know-how, mit günstigen Produktionsbedingungen im Inland kombiniert werden kann. Günstige Produktionsbedingungen üben zudem eine hohe Anziehungskraft auf ausländische Investitionen aus, mit denen auch technisches Wissen ins Inland kommt.

481. Über die Nutzung von Forschungsergebnissen, von Patenten und Lizenzen im internationalen Wettbewerb sagen letztlich nur Zahlen über neue und verbesserte Produkte und deren Erfolg im Markt etwas aus. Darüber gibt es aber keine schlüssigen Angaben, nicht einmal hinsichtlich der aktuellen Situation. Nur gelegentlich finden sich Hinweise in Geschäftsberichten von Unternehmen, wonach der Anteil derjenigen Produkte gestiegen sei, die in den vorangegangenen fünf Jahren entwickelt worden sind. Berichte aus Unternehmen, in denen dieser Anteil sinkt, findet man verständlicherweise nicht.

482. Zu Sorge, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft künftig wegen eines Mangels an qualifizierten Arbeitskräften beeinträchtigt werden könnte, scheint derzeit, legt man die quantitative Entwicklung zugrunde, eher weniger Anlaß als früher gegeben zu sein. Von 1970 bis 1978 ist der Anteil der Erwerbstätigen mit einer beruflichen Ausbildung ständig gestiegen, und es spricht vieles dafür, daß sich dieser Trend in Zukunft noch fortsetzen wird. Denn derzeit bekommen mehr Jugendliche als jemals zuvor eine betriebliche Ausbildung, Ende 1980 waren es knapp 1,7 Millionen. Dies schlägt sich nach Berechnungen des Berufsbildungsberichts in einem deutlichen Anstieg des Anteils der Beschäftigten, die sich in betrieblicher Ausbildung befinden, an allen Erwerbstätigen nieder. Gegenwärtig beenden im Jahr über eine halbe Million Fachkräfte ihre Ausbildung, und diese Anzahl ist im Steigen begriffen. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft nimmt unter Berücksichtigung der Tatsa-

che, daß nicht alle Absolventen ununterbrochen erwerbstätig sein wollen, mit einiger Vorsicht an, daß die Anzahl der Neuzugänge an Fachkräften deutlich über der Anzahl der Facharbeiter liegt, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Diese Entwicklung wird vermutlich bis Ende der achtziger Jahre anhalten.

Engpässe an Fachkräften in einzelnen Bereichen der Wirtschaft lassen sich nach der Erfahrung der letzten Jahre allerdings auch dann nicht vermeiden, wenn Angebot und Nachfrage im ganzen zueinander passen. Schon die Veränderungen in der Berufsstruktur, das Entstehen neuer Berufe auf der einen und das allmähliche Verschwinden anderer auf der anderen Seite lassen Anpassungsprobleme aufkommen, die nicht von heute auf morgen gelöst werden können. Das System der beruflichen Bildung scheint aber genügend flexibel zu sein, auftretende Engpässe ohne nachhaltige Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit zu überwinden. Das Ausmaß der Flexibilität läßt sich daran ermesen, daß in den Jahren von 1969 bis 1980 rund ein Viertel aller Ausbildungsberufe mit anerkanntem betrieblichem Abschluß neu geschaffen oder inhaltlich in wesentlichen Teilen neu geregelt wurden.

483. Sollen die Fertigungsanlagen der Unternehmen auf hohem technologischem Stand gehalten werden, sind ständig hohe Investitionen erforderlich. Denn neues technisches Wissen wird in neuen Maschinen und Fertigungsprozessen gebunden und nur über Investitionen in die Praxis umgesetzt. So gesehen gibt der Rückgang der Investitionen in den siebziger Jahren Anlaß zu der Sorge, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie könne auf mittlere Frist Schaden genommen haben, und die gegenwärtige Investitionsschwäche möchte diesen noch verstärken. Diese Sorgen sind berechtigt.

Das Wachstum der gesamten realen Anlageinvestitionen im Sektor Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) hat sich beträchtlich abgeschwächt. Betrag es noch in den sechziger Jahren über 4 vH, so waren es im Jahrzehnt darauf nur noch 2 1/2 vH. Das hatte auch zur Folge, daß das Durchschnittsalter der Produktionsanlagen gestiegen ist. Entsprechend sank ihre Modernität. Zwar gingen in den letzten Jahren starke Investitionsanreize von den technischen Neuerungen ebenso wie von der Notwendigkeit aus, das Produktionsprogramm umzugestalten; die Investitionsschwäche der siebziger Jahre sowie die zurückhaltende Investitionsneigung im Gefolge des zweiten Ölpreisschocks haben gleichwohl bewirkt, daß die Geschwindigkeit, mit der solche Neuerungen in die Produktion eingeführt werden, aufs ganze gesehen abgenommen hat. Dadurch wurde die Qualität des Kapitalstocks beeinträchtigt, und die Kapitalintensität nahm langsamer zu als früher. Beides zusammengenommen hat zu einer Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts geführt. Insofern hat in dem Investitionsvolumen der siebziger Jahre der technische Fortschritt nicht in einer Breite und in einem Ausmaß Eingang in den Produktionsprozeß gefunden, wie es aufgrund der verschärften Konkurrenz auf den Weltmärkten angezeigt wäre.

484. Investitionen in arbeitsplatzschaffende Fertigungsanlagen zu tätigen, macht keinen Sinn, wenn für ihren Betrieb keine oder zu teure Energie zur Verfügung steht. Die Bundesregierung betont in der dritten Fortschreibung des Energieprogramms, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beeinträchtigt würde, wenn die Energiekosten in der Bundesrepublik längerfristig stärker stiegen als bei den Konkurrenten am Weltmarkt. Zwar fehlen verlässliche Daten für einen internationalen Vergleich der Energiekosten, und die Unsicherheiten sind groß, die mit nationalen Plänen zum Ausbau und zur Umstrukturierung des Energieangebots verbunden sind. Gleichwohl ist die Sorge nicht abzuweisen, daß die Bundesrepublik bisher nicht genug getan hat, die Wettbewerbsbedingungen bei der Energie zu verbessern. Die Bundesregierung betont, daß ein größerer Anteil an kostengünstigem Strom aus Kernkraftwerken die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken würde.

485. Damit genügend viele Investitionen durchgeführt werden, muß bei den Unternehmen die Erwartung vorherrschen, mit Investitionen ausreichend hohe Gewinne erzielen zu können. Die tatsächliche Entwicklung der Rentabilität in den letzten 15 Jahren läßt hohe Gewinnerwartungen kaum aufkommen. Zwar hat sich die Ertragslage der Unternehmen zwischen 1976 und 1979 wieder etwas verbessert, doch ist das Niveau früherer Jahre mit höherer Investitionsneigung bei weitem nicht wieder erreicht worden. In den letzten beiden Jahren war die Entwicklung sogar wieder rückläufig.

Das gedrückte Niveau der Rentabilität behindert auch die Selbstfinanzierung von Investitionen. Das hat die Unternehmen gezwungen, ihre Investitionen mit Krediten zu finanzieren. Dadurch hat jedoch die Verschuldung ein Ausmaß erreicht, das die Vornahme neuer Investitionen behindert. Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank war die Zinsbelastung der Einzelunternehmen im Jahre 1980 auf rund 7 vH des Rohertrages gestiegen, und auch bei den Personengesellschaften hatte sie 4 vH bis 5 vH erreicht. Das verschafft bei sich besserer Wirtschaftslage der Tilgung von Schulden Vorrang vor neuen Investitionen. Die Aufgabe, den Strukturwandel zu meistern, tritt zurück hinter der Aufgabe, die Kapitalstruktur zu verbessern. Die Unternehmen sehen ihren Handlungsspielraum für risikoreiche Investitionen zunehmend eingeengt. Auf solche Investitionen kommt es jedoch an, wenn es gelingen soll, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auch künftig zu sichern.

II. Für eine offensive außenwirtschaftliche Anpassung

486. Die vorangegangene Analyse zeigt, daß es in jüngster Zeit vor allem die reale Abwertung der D-Mark war, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessert hat. Eine massive nominale Abwertung hat das überwiegend bewirkt. Die dauerhafte Lösung der Anpassungsaufgabe kann aber nur darin liegen, daß die Wettbewerbsverhält-

nisse von der Angebotsseite her besser werden. Die Chancen, daß dies erreicht werden kann, sind gegeben. Wie die Analyse auch erkennen läßt, sind Befürchtungen, daß die deutsche Wirtschaft aus Mangel an technischem Wissen in Zukunft ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht erhöhen könnte, weitgehend unbegründet. Die hohe Qualifikation der Arbeitskräfte macht es möglich, daß der technische Erkenntnisstand in produktivitätssteigernde Fertigungsverfahren und attraktive Produkte umgesetzt werden kann. Das Innovationspotential ist vorhanden. Offen bleibt indes, ob es rasch, umfassend und wirkungsvoll genutzt werden wird. Sorge bereitet in dieser Hinsicht das verlangsamte Wachstum des Kapitalstocks und die damit einhergehende Überalterung des Produktionsapparates. Hierfür dürften nicht zuletzt eine unzureichende Kapitalkraft sowie eine geringe Ausstattung der Unternehmen mit Risikokapital verantwortlich sein.

487. Eine nominale Abwertung der D-Mark ist nur ein erster Schritt auf dem Weg zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht. Er ist aber mit Gefahren für die Stabilität und Beschäftigung verbunden, wenn er sehr groß ausfällt. Steigende Zinsen, wie sie mit einer starken Abwertung wegen der Inflationsgefahr einhergehen, behindern die Investitionen, die getätigt werden müssen, um die Anpassung zu bewältigen. Und sie lassen die paradoxe Situation entstehen, daß im ganzen weniger Arbeitskräfte beschäftigt werden, obwohl doch offensichtlich ist, daß zur Beseitigung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts mehr gearbeitet werden muß. Solche Widersprüche können ganz oder teilweise vermieden werden, wenn die Anpassungs-inflation, die eine Abwertung auszulösen droht, nicht geldpolitisch unterdrückt, sondern lohnpolitisch abgefangen wird. Das kann dadurch geschehen, daß die Teuerung, die von der Abwertung ausgeht, nicht durch zusätzliche Lohnerhöhungen ausgeglichen wird. Konkret bedeutet dies, daß nicht die volle Preissteigerungsrate in der nachfolgenden Lohnrunde in Ansatz gebracht werden darf, sondern allenfalls jener Teil, der mit der Abwertung nichts zu tun hat. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit wird unter diesen Umständen nicht wieder durch eine Anpassungs-inflation zunichte gemacht. Früher oder später wird der Devisenmarkt mit einer Aufwertung reagieren. Diese mindert zwar in der Tendenz den primären Wettbewerbsvorteil, erhöht aber die Kaufkraft der inländischen Einkommen und öffnet Spielraum für niedrigere Zinsen. Denn letztlich bringt die Aufwertung zum Ausdruck, daß das Ausland die Produktionschancen im Inland günstiger bewertet und sich an deren Nutzung beteiligen will. Niedrigere Zinsen erleichtern die Anpassungsvorgänge, weil die Investitionen weniger als sonst in Mitleidenschaft gezogen werden. Die binnenmarktorientierten Bereiche der Wirtschaft haben ebenfalls den Vorteil niedrigerer Lohnkosten und niedrigerer Zinsen. Sie brauchen deshalb weniger als sonst die Lasten für die Anpassung in den außenwirtschaftlichen Bereichen zu tragen. Auch deshalb ist mit geringeren Friktionen im Anpassungsprozeß zu rechnen. Schließlich wird auch die Importnachfrage nicht so stark gedrosselt.

488. Selbst ein solcher weitgehend spannungsfreier Anpassungsprozeß ist mit einer Verschlechterung des realen Austauschverhältnisses verbunden. Es handelt sich um eine defensive Anpassung. Denn die Wirtschaft senkt ihre Angebotspreise dadurch, daß sich die Arbeitnehmer und andere Gruppen auf ein niedrigeres Realeinkommen einstellen. Für eine Volkswirtschaft, die nur wenig Wachstumsdynamik besitzt, mag dies der einzige Weg der Anpassung sein, der an Inflation und Arbeitslosigkeit vorbeiführt. Er ist nach einer abrupt vom Markt diktierten Abwertung sicher auch der vernünftigste Weg. Ist in der Volkswirtschaft jedoch ein genügend großes Innovationspotential vorhanden, so lohnt es sich, so schnell wie möglich aus der Defensive herauszutreten, das heißt, die außenwirtschaftliche Herausforderung zum Anlaß zu nehmen, dieses Potential zu nutzen. Eine solche offensive Strategie erlaubt es, den Anpassungsprozeß ohne Realeinkommensverlust zu bewältigen. Freilich steht der Produktivitätsfortschritt, der dabei erwirtschaftet wird, für die Verteilung im Inland nicht zur Verfügung. Aus ihm muß ja letztlich der reale Ressourcentransfer kommen, ohne den das außenwirtschaftliche Gleichgewicht nicht wiederhergestellt werden kann.

489. Die offensive Lösung lautet: mehr Investitionen, höhere Produktivität, neue Güter und neue Märkte, bessere Produkte, weniger Ölverbrauch und sparsamerer Umgang mit Rohstoffen im allgemeinen. Die Bundesrepublik ist auf diesem Weg im Jahre 1981 nicht genügend vorangekommen. Die Gründe dafür sind dieselben, die auch einer Lösung der Wachstumsprobleme im Innern entgegenstanden. Überhaupt deckt sich die außenwirtschaftliche Anpassungsaufgabe mit der binnenwirtschaftlichen weitgehend. Beide Ziele können nur erreicht werden, wenn mehr Dynamik aufkommt. Wie das allmählich erreicht werden könnte, haben wir im dritten Kapitel aufzuzeigen versucht. Im Zentrum unserer Überlegungen steht eine Wirtschaftspolitik und eine Lohnpolitik, die im Zusammenspiel miteinander die Bedingungen für Innovationen und Investitionen am Standort Bundesrepublik wesentlich verbessern. Dadurch kann dafür gesorgt werden, daß ein größeres Angebot an wettbewerbsfähigen Gütern und Dienstleistungen entsteht, das es erlaubt, auf den internationalen Märkten mehr Güter anzubieten, ohne daß im Inland weniger zur Verfügung stehen. Sind die Bedingungen für eine solche Anpassung geschaffen, wird auch genügend langfristiges Kapital herbeiströmen, so daß ein etwa noch anhaltendes Leistungsbilanzdefizit keine Zahlungsbilanzprobleme aufwirft.

490. Häufig ist zu hören, daß eine Wirtschaftspolitik, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit rasch zu verbessern suche, anderen Ländern mit noch größeren Zahlungsbilanzproblemen schade und das weltwirtschaftliche Gleichgewicht daher

noch mehr störe. Denn das Leistungsbilanzdefizit der Bundesrepublik werde dadurch auf andere Länder verlagert. Das trifft aber nur zu, wenn bei weiterhin gestörten Angebotsbedingungen im Inland der Zwang zur Anpassung überwiegend von der Abwertung und dem Zinsanstieg ausgeht. Aus gegebener oder gar sinkender Produktion im Inland werden dann mehr Güter auf die internationalen Märkte gedrückt. Die Handelspartner sehen sich einer verschärften Konkurrenz aus der Bundesrepublik gegenüber, ohne daß auch die Bundesrepublik verstärkt als Nachfrager auf den internationalen Märkten auftritt. Die Gefahr des Protektionismus nimmt dadurch zu. Der Vorwurf des Beggar my Neighbour würde nicht zu unrecht laut werden. Ganz anders ist das jedoch im Falle einer Strategie, die über mehr Investitionen und mehr Produktion auch im Innern die Anpassungsaufgaben zu lösen versucht. Das gilt sowohl für die defensive Strategie, die über Lohnzurückhaltung Spannungen vermeidet, als auch für die offensive Strategie, die das gleiche über eine Forcierung des Produktivitätsfortschritts erreicht. In beiden Fällen kommt im Zuge der Anpassung auch ausländisches Angebot verstärkt zum Zuge; die Handelspartner sehen sich nicht nur einer verschärften Konkurrenz, sondern auch einer steigenden Nachfrage nach ihren Gütern gegenüber. Der Abbau des deutschen Leistungsbilanzdefizits wird dabei möglicherweise länger dauern. Das muß aber keine Probleme schaffen, da sich ja auch ausländisches Kapital in größerem Umfang an der Nutzung der Investitionschancen im Inland beteiligt. Jedes Land, das auf diese Weise seine Probleme zu lösen sucht, hilft sich und der Weltwirtschaft. Ein weltweiter Wettbewerb um verbesserte Angebotsbedingungen verspricht am ehesten eine Lösung der derzeitigen Probleme.

491. Jeder Erfolg bei der Minderung des Ölverbrauchs trägt zur weiteren Entspannung auf den Ölmärkten bei. Das kommt allen Ländern zugute, die vom Ölimport abhängig sind, am meisten jenen Entwicklungsländern, die selbst kein Öl produzieren. Auf diesem Gebiet kann es gar nicht genug Anpassungswettbewerb geben. Industrieländer wie die Bundesrepublik müssen sehen, daß sie durch den verstärkten Einsatz von ölsparenden Technologien die Substitution von Öl vorantreiben. Ärmere Länder, die unter Kapitalmangel leiden, können für diese Alternative kaum optieren. Sie sind im Grunde genommen viel mehr als die Industrieländer vom Öl abhängig. Alle Investitionen, die Öl sparen helfen, sind deshalb auch ein Beitrag zum weltwirtschaftlichen Gleichgewicht. Das gilt auch für Investitionen, die zu einem Angebotssortiment hochentwickelter Güter führen. Denn dadurch wird Raum geschaffen für mehr Exporte von Gütern, die weniger entwickelte Länder wettbewerbsfähig anbieten können. Wenn die Industrieländer sich an ihren alten Strukturen festklammern, behindern sie nicht nur ihre eigene Dynamik. Sie stören auch das weltwirtschaftliche Gleichgewicht.

Anhang

	Seite
I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	202
II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	204
III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates	205
IV. Sondergutachten vom 4. Juli 1981: Vor Kurskorrekturen — Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981	206
V. Methodische Erläuterungen	222
VI. Statistischer Anhang	229

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Instituts, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen

Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertreter von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

**Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums
der Wirtschaft**

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahregutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der

Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;

3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19 c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

...

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum“ (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation“ (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität“ (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum“ (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967“

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung“ (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms“ (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht“; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969“; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969“

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen“ (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970“

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen“ (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971“

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert“ (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972“

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung“ (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973“

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen“ (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise“

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung“ (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975“

Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren“ (am 24. November 1976)

Jahresgutachten 1977/78: „Mehr Wachstum — Mehr Beschäftigung“ (am 22. November 1977)

Jahresgutachten 1978/79: „Wachstum und Währung“ (am 23. November 1978); darin enthalten: Sondergutachten vom 19. Juni 1978: „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978“

Jahresgutachten 1979/80: „Herausforderung von außen“ (am 22. November 1979)

Jahresgutachten 1980/81: „Unter Anpassungszwang“ (am 25. November 1980)

Das Sondergutachten vom 4. Juli 1981 „Vor Kurskorrekturen — Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981“ ist im Anhang dieses Jahresgutachtens enthalten.

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart — Mainz erschienen.

IV.

Vor Kurskorrekturen

Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981

Sondergutachten vom 4. Juli 1981

1. Der schlechte Zustand der Staatsfinanzen beunruhigt die Bürger. Nur zu ungewöhnlich hohen Zinsen und bei starker Abwertung der Währung gibt es Kredit. Das Sinken des Außenwerts der Währung bedroht deren Binnenwert. Das hohe Zinsniveau läßt die Bundesbank zögern, weiterhin das zu tun, was ihre Aufgabe, die Währung zu sichern, verlangt. Die Beschäftigungsprobleme sind, auf kurze wie auf längere Sicht, größer geworden. Auf die Herausforderungen von außen reagiert die Volkswirtschaft zu langsam. Die Wirtschaftspolitik sieht sich eingemauert, zu große Bürden der Vergangenheit nehmen ihr fast jeden Handlungsspielraum. Angesichts ungünstiger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist aber nichts nötiger als Handlungsspielraum, um die Dynamik zu fördern, mit der allein die Wirtschaft sich selbst und damit auch dem Staat helfen kann.

Die allgemeine Verunsicherung, die bis zu törichtem Gerede über Währungsreform und Staatsbankrott reicht, der Bedarf an Entscheidungen, durch die der Staat wenigstens auf mittlere Sicht Handlungsspielraum zurückgewinnt, aber auch das Zögern der Bundesbank, ihre konsequent stabilitätsorientierte Geldpolitik fortzusetzen, veranlassen den Sachverständigenrat, gemäß § 6 Abs. 2 Satz 1 des Sachverständigenratgesetzes ein Sondergutachten vorzulegen.

I. Lage und Aussichten

2. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik steht nach wie vor im Zeichen gravierender Anpassungsprobleme. Unsicherheit beherrscht weiterhin die Erwartungen, auch wenn sich die konjunkturelle Situation seit der Jahreswende nicht weiter verschlechtert hat. Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist im ersten Vierteljahr 1981 sogar wieder etwas gestiegen; daß sie um 2 vH hinter dem Produktionsvolumen vom ersten Vierteljahr 1980 zurückblieb, spiegelt den Rückgang im Verlauf des vergangenen Jahres. Im verarbeitenden Gewerbe betrug der Produktionsanstieg zwischen Januar und Mai annähernd 3 vH. Ausschlaggebend dafür war die kräftige Belebung der Auslandsnachfrage. Einmal mehr konnte sich die Konjunktur damit über den Export stabilisieren. Im nachhinein könnte sich erweisen, daß der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität auf das Jahr 1980 beschränkt blieb und daß das Jahr 1981 im ganzen bereits wieder eine Aufwärtstendenz brachte. Für sicher oder auch nur überwiegend wahrscheinlich nehmen kann man das

aber noch nicht. Dies gilt nicht nur wegen der teilweise noch ausstehenden Wirkungen des Zinsanstiegs vom Frühjahr. Auch in der weiteren Entwicklung des Exports liegen Risiken, wie der verhalteneren Auftragseingang im Mai gezeigt hat. Die Ausfuhr hat in der Auslandskonjunktur noch keine Stütze, und die Abwertung der D-Mark, die ihren Anstieg bislang im wesentlichen bestimmt, hat zugleich die Einfuhr in einem Maße verteuert, daß das Defizit in der Leistungsbilanz noch einmal größer geworden ist und sich der Preisauftrieb im Inland wieder beschleunigt hat. Der damit verbundene Kaufkraftentzug hat mit dazu beigetragen, daß die Inlandsnachfrage auf dem gedrückten Niveau von Ende 1980 verharrte. Aber auch wenn ein Rückschlag ausbleiben sollte, wäre zu Zufriedenheit kein Anlaß, nimmt man zum Maßstab, was für die Rückkehr zu einem stabileren Geldwert, einem höheren Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht nötig ist.

3. Lage und Aussichten der heimischen Wirtschaft sind nicht losgelöst von der wirtschaftlichen Entwicklung in der Welt zu sehen. Anhaltend hohe Preissteigerungen und große Schwierigkeiten vieler Länder, die Anpassung an die veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen voranzubringen, behindern, nicht zuletzt mit ihren Folgen für die Zinsen, allenthalben die konjunkturelle Erholung und die Wachstumsdynamik, die notwendig wäre, um die schwerwiegenden Beschäftigungsprobleme zu lösen. Lediglich die japanische Wirtschaft, die einmal mehr ihre Anpassungsfähigkeit bewies, befindet sich nach einer vorübergehenden Schwächephase wieder auf einem klaren Expansionspfad, der überdies steiler sein könnte, wenn die japanischen Exporte nicht weltweit auf immer mehr Handelshemmnisse stießen. Unsicher ist, ob sich die Belebung in den Vereinigten Staaten, die sich nach der Jahreswende überraschend verstärkt hat, fortsetzen wird. Wie es scheint, ist der weitere Zinsanstieg, Folge der monetären Stabilisierungsanstrengungen, nicht wirkungslos geblieben; im Einzelhandel wie im Wohnungsbau ist die Nachfrage in jüngster Zeit wieder etwas schwächer ausgefallen, und auch in der Industrie sind die Bestellungen zum Teil gesunken. In den westeuropäischen Ländern hat der Abschwung in der ersten Jahreshälfte 1981 zumeist noch angehalten, wenn auch nicht mehr mit unvermindertem Tempo.

Für eine nachhaltige Belebung fehlen die Vorbedingungen, solange die Inflation nicht unter Kontrolle,

die meist hohe Staatsverschuldung nicht zurückgeführt und das Leistungsbilanzproblem, dem sich viele Länder gegenübersehen, nicht gelöst ist. Daß dies bald der Fall sein könnte, ist wenig wahrscheinlich. Man wird sich daher darauf einstellen müssen, daß sich die konjunkturelle Lage nur schleppend bessert, vor allem aber, daß die Wachstumsdynamik in der Welt auch über das Jahr 1981 hinaus noch für längere Zeit schwach bleibt und die Zinsen nur allmählich sinken.

4. Ein wirtschaftlich so stark mit dem Ausland verflochtenes Land wie die Bundesrepublik kann davon nicht unberührt bleiben. Vorgegeben ist die binnenwirtschaftliche Entwicklung damit aber nicht. Sie kann sich durchaus vom Trend in der Welt abheben, wenn Hindernisse für den wachstumsnotwendigen Strukturwandel im Innern beseitigt werden und die Wettbewerbsfähigkeit von den Kosten her verbessert wird. Das Beispiel Japan zeigt, was günstige Angebotsbedingungen bewirken können. Obwohl es darüber im Grundsatz kaum noch Streit in der Bundesrepublik gibt, sind wenig Fortschritte auf diesem Weg zu verzeichnen. Das spiegelt sich nicht zuletzt in der Wechselkursentwicklung; seit Mitte letzten Jahres ist der Kurs der D-Mark gegenüber den anderen Währungen im Durchschnitt um $4\frac{1}{2}$ vH gesunken, gegenüber dem Dollar, der wichtigsten Währung im Welthandel, um mehr als 26 vH.

5. In der jüngsten Lohnrunde haben sich Gewerkschaften und Arbeitgeber auf eine Anhebung der Tarifverdienste von durchschnittlich rund 5 vH geeinigt. Bei den vom Wechselkurs her gegebenen Preiserhöhungsspielräumen dürfte sich damit das Verhältnis von Kosten und Erlösen zwar nicht weiter verschlechtern; zur Lösung der Aufgabe, mehr Produktion und Beschäftigung bei stabileren Preisen rentabel zu halten und rentabel zu machen, hat die Lohnpolitik jedoch nicht beigetragen. Anders gewendet: Statt der für die Volkswirtschaft kostspieligen Abwertung entgegenzuwirken, die nicht zuletzt aus geringer gewordenem Vertrauen des Auslands in die Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft rührt, haben die Tarifparteien die Abwertung offenbar mit zur Grundlage ihrer Abschlüsse genommen. Dies muß ebenso im Bild sein wie die Staatsverschuldung, wenn man beklagt, daß für kurzfristige Kredite inzwischen oft mehr als 15% und für langfristige Kredite immerhin über 11% Zinsen zu zahlen sind und daß sich die Angebotsbedingungen von daher nochmals verschlechtert haben. Hohe Zinsen und Unsicherheit darüber, wie nachhaltig die wechselkursbedingte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sein wird, lassen viele Unternehmen zögern, mehr zu produzieren, ihre Läger aufzustocken, mehr in Sachanlagen zu investieren und mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen; diese Beeinträchtigung der Angebotsneigung wiederum wirkt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zurück.

6. Mit einer raschen Erholung der Konjunktur ist unter den gegebenen Umständen nicht zu rechnen. Von der Auslandskonjunktur sind expansive Impulse fürs erste nicht zu erwarten; selbst beim Export sind daher Rückschläge nicht ausgeschlossen.

Allein schon um ihre Kapazitäten besser auszulasten, werden die Unternehmen allerdings weiterhin die Chancen auf den Auslandsmärkten nutzen, die ihnen der Wechselkurs im Wettbewerb bietet. Marktanteilsgewinne, nicht zuletzt in den Ölförderländern, dürften so auch im weiteren Verlauf des Jahres dafür sorgen, daß sich die Ausfuhr günstiger entwickelt als der Welthandel. Auch preisbereinigt könnte sie um einiges über ihren letztjährigen Umfang hinausgehen. Auf die Erfahrung, daß die Exporte über kurz oder lang die Binnennachfrage mitziehen und die Konjunktur im Inland dadurch an Schwung gewinnt, kann freilich diesmal nicht ohne weiteres gesetzt werden. Dafür sind die Bedingungen heute zu verschieden von denen jener Zeit, aus der diese Erfahrung stammt.

7. Das gilt vor allem für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Ein früher in dieser Höhe nicht gekannter Kreditbedarf des Staates, der auf dem Kapitalmarkt lastet, und ein hohes Defizit in der Leistungsbilanz drücken den Wechselkurs und treiben den Zins und bringen die Geldpolitik ins Dilemma. Die Abwertung, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert, hemmt mit ihrer Wirkung auf die Preise den Anstieg der Binnennachfrage, der sonst aus der Mehrproduktion für das Ausland und aus der Eindämmung von Importen resultierte. Die Verteuerung der eingeführten Vorprodukte und die hohen Zinsen belasten die Rentabilität von Investitionen vorerst stärker, als die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sie entlastet. Was über den Wechselkurs in der ersten Jahreshälfte 1981 an Preissteigerungen importiert wurde — bei Rohstoffen, die, wie vor allem das Öl, großenteils in Dollar bezahlt werden, mehr noch als bei Fertigwaren —, wird in der zweiten Jahreshälfte noch nachwirken. Auf der Verbraucherstufe dürften sich die Preissteigerungen daher nur zögernd zurückbilden, wenn sie nicht gar noch zunehmen; aufs ganze Jahr gesehen werden sie jedenfalls kaum niedriger sein als 1980. Für spürbare Zinssenkungen ist somit einstweilen wenig Spielraum erkennbar, es sei denn, es käme bald zu einer deutlichen Wende in der Wechselkursentwicklung; fürs erste zeichnet sich das aber nicht ab.

8. Eine deutliche Belebung der verhaltenen Binnennachfrage ist für die nächsten Monate in all dem nicht angelegt. Für eine mehr als mäßige Ausweitung des privaten Verbrauchs wird den Haushalten von der Kaufkraft des Einkommens her der Spielraum fehlen, und eine Verschuldung dürfte kostspielig bleiben. Ob sich die Unternehmen im weiteren Verlauf des Jahres bei ihrer eigenen Nachfrage stärker von der Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition gegenüber ausländischen Konkurrenten leiten lassen, ist derzeit nicht sicher. Bei den gegenwärtigen Wechselkursen wäre damit nach und nach aber wohl zu rechnen. Das Zinsniveau dürfte allerdings dem Lageraufbau und den zusätzlichen Investitionen Grenzen setzen; eine Erhöhung der Baunachfrage, der privaten wie der staatlichen, ist nicht in Sicht.

9. Bei der Antwort auf die Frage, was dies alles für die gesamtwirtschaftliche Produktion in der zweiten

Jahreshälfte 1981 bedeutet, ist in Rechnung zu stellen, daß der Anteil der Gesamtnachfrage, der auf importierte Güter entfällt, angesichts der veränderten Wechselkurse nicht mehr im selben Maße wie früher steigen dürfte; schon die Entwicklung in der ersten Jahreshälfte läßt dies erkennen. Am Ende des Jahres könnte das gesamtwirtschaftliche Produktionsvolumen bei der voraussichtlichen Entwicklung der Nachfrage aus dem Ausland und aus dem Inland durchaus etwas höher sein als zur Jahresmitte. Aufs gesamte Jahr gesehen dürfte es indes seinen vorjährigen Umfang nicht ganz erreichen. Ein Ergebnis im Bereich der Projektion des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung, Null bis minus 1 vH, ist wahrscheinlich. Gemessen an den noch ungünstigeren Erwartungen zu Jahresbeginn mag man es für kein schlechtes Ergebnis halten, wenn es so kommt. Ein gutes Ergebnis ist es allemal nicht. Die Beschäftigungsprobleme sind größer geworden. Zur Jahresmitte waren bei den Arbeitsämtern 1,126 Millionen Arbeitslose gemeldet; im Jahresdurchschnitt werden es über 1,2 Millionen sein.

10. Auch über das Jahr 1981 hinaus ist keine Entwicklung vorgezeichnet, die in überschaubarer Zeit zu einem hohen Beschäftigungsstand zurückführen könnte. Der weltwirtschaftliche Rahmen ist nicht danach, und im Inland sind die Weichen für eine Entwicklung erst noch zu stellen, die wieder mehr Wachstumsdynamik verspricht und damit hinreichende Chancen für jeden, der Arbeit sucht, einen Arbeitsplatz zu finden. Die bessere Auslastung der vorhandenen Sachkapazitäten allein kann das Beschäftigungsproblem nicht lösen; hier würde man schnell an Grenzen stoßen. Das Produktionspotential selbst muß stärker wachsen.

Dagegen spricht nicht, daß zunächst noch durchaus Spielraum für eine Ausweitung von Produktion und Beschäftigung besteht. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials dürfte an der Jahreswende 1981/82 um schätzungsweise zweieinhalb Prozent niedriger sein als bei konjunktureller Normallage. Bei einem Wachstum des Produktionspotentials von rund zwei Prozent, wie für das kommende Jahr angenommen werden kann, wäre 1982 eine Produktionszunahme von drei Prozent im Vergleich zu 1981 möglich, wenn die vorhandenen und hinzukommenden Kapazitäten im Verlauf des nächsten Jahres nach und nach voll genutzt würden. Das ist der Spielraum, nicht schon die wahrscheinliche Entwicklung. Inwieweit der Spielraum genutzt wird, läßt sich derzeit noch nicht sagen. Die von der Konjunktur im Ausland ausgehenden Impulse werden sich voraussichtlich nur zögernd verstärken. Die Auftriebskräfte müssen also vor allem von innen kommen. Vom privaten Verbrauch ist eine Belebung nur bei steigender Beschäftigung und nachlassendem Geldwertschwund zu erwarten; ein deutlicher Anstieg der Investitionsneigung setzt für den Fall abnehmender Preissteigerungen Entlastung beim Kostenniveau voraus, Entlastung vor allem bei den Lohnkosten, aber wohl auch bei den Zinsen, letzteres insbesondere mit Blick auf Vorratsinvestitionen und Bauinvestitionen. Noch stehen die zu solchen Bedingungen gehörenden Entscheidungen

in der Finanzpolitik und in der nächsten Lohnrunde aus.

11. Nicht zuletzt an der Leistungsbilanz und am Wechselkurs wird abzulesen sein, wie diese Entscheidungen ausfallen. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1981 war das Defizit im Waren- und Leistungsverkehr mit dem Ausland mit 10,5 Mrd DM noch einmal um 1,6 Mrd DM höher als ein Jahr zuvor. Die Verteuerung der Einfuhr, die aus dem Rückgang des Wechselkurses resultierte, schlug fürs erste noch stärker zu Buche als der fördernde Einfluß auf den Export und die dämpfende Wirkung auf die Einfuhrmengen. (So ist die Ölrechnung trotz beträchtlich gesunkener Bezugsmengen abermals spürbar gestiegen.) Dabei wird es aller Voraussicht nach aber nicht bleiben. Wie die Entwicklung seit dem Frühjahr zeigt, dürften die bilanzverbessernden Wirkungen nach und nach überwiegen und das Defizit im weiteren Verlauf des Jahres abnehmen lassen. Rasch hat man sich den Abbau allerdings nicht vorzustellen. Der wechsellkursbedingte Wettbewerbsvorteil würde überdies um so schneller wieder zerrinnen, je stärker er für eine Erhöhung von Preisen und Kosten im Inland genutzt wird. Der zweifellos vorhandenen Neigung dazu muß die Geldpolitik entgegenreten, wenn sich die Abwertung letztlich nicht nur als ein für die Volkswirtschaft teurer, sondern auch als ein nicht zum Ziel führender Weg der außenwirtschaftlichen Anpassung erweisen soll.

II. Wirtschaftspolitik 1981 und danach

12. Eine stabilitätsgerechte Lastenverteilung zwischen Lohnpolitik, Finanzpolitik und Geldpolitik gibt es derzeit nicht. Zentrale These des letzten Jahresgutachtens des Sachverständigenrates war es, daß die Bundesbank bei der Lohnpolitik und bei der Finanzpolitik Entlastung finden muß. Das ist nicht geschehen. Die Lohnrunde hat nicht zu Abschlüssen geführt, die die Beschäftigungsrisiken vermindern und die Investitionschancen vermehren. Die Finanzpolitik hat es ebenfalls nicht fertig gebracht, der Bundesbank die Bürde der Stabilisierung zu erleichtern. Die gegenwärtige Haushaltsgebarung des Staates und die Defizite, die sich für die nächsten Jahre abzeichnen, haben vielmehr eine Vertrauenskrise entstehen lassen, die dem Ansehen der deutschen Währung schadet. Für die Fehlentwicklung muß die Bundesbank mit ihrer Geldpolitik einstehen. Sie zögert freilich in jüngster Zeit, die Schwäche der D-Mark gegenüber dem Dollar geldpolitisch ebenso energisch zu bekämpfen wie zuvor. Konjunkturrisiken gewichtet sie offenbar höher als Stabilitätsrisiken. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit über eine rapide Abwertung zu verbessern, ist jedoch ein Weg der außenwirtschaftlichen Anpassung, der mit Geldwertstabilität nicht vereinbar ist. Denn der gegenwärtige Dollarkurs öffnet die Schleusen für den Inflationsimport. Die Lage ist heute ernster als 1975. Damals gab es zwar auch hohe Haushaltsdefizite, aber kein Leistungsbilanzdefizit und keine D-Mark-Schwäche. Indes besteht kein Grund, von einem drohenden Staatsbankrott oder einer bevorstehenden Währungsreform zu reden. Das ist nicht nur unsinnig, sondern auch unver-

antwortlich. Jedermann weiß jedoch, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Tiefgreifende finanzpolitische Entscheidungen und eine konsequent am Stabilitätsziel ausgerichtete Geldpolitik sind unabdingbar, wenn sich die Wirtschaft bald wieder erholen soll.

Zur Konsolidierung des Staatshaushalts

13. Die Haushaltspläne des Staates, die unter dem Eindruck der hohen Defizite und mit Blick auf die diesjährigen Steuerentlastungen einen geringen Ausgabenanstieg vorsahen, können nicht eingehalten werden. Das gilt in diesem Jahr vor allem für den Bund. Aber auch die Länder, die im vergangenen Jahr eine sehr expansive Ausgabenpolitik getrieben haben, werden ihre Ausgabenansätze für dieses Jahr wahrscheinlich überschreiten. Mittlerweile zeichnen sich Haushaltsdefizite von insgesamt annähernd 70 Mrd DM ab; das sind ungefähr 15 Mrd DM mehr als im Jahre 1980. Noch prekärer sind die Aussichten für 1982. Wenn im nächsten Jahr konsolidierungspolitisch nichts geschieht, ist mit einem Defizit von fast 80 Mrd DM zu rechnen.

Konjunkturbedingte Steuerausfälle und konjunkturbedingte Mehrausgaben waren für 1981 zu erwarten gewesen. Gleichwohl hatte sich die Finanzpolitik das Ziel gesetzt, über eine zurückhaltende Ausgabenpolitik die Ausweitung der Defizite in engen Grenzen zu halten, und dieses Ziel war gut begründet. Denn der Anstieg der Netto-Neuverschuldung in den vorangegangenen Jahren hatte den Spielraum der Finanzpolitik bereits beträchtlich eingeschränkt. Das Hochschießen des Nettokreditbedarfs um weitere 15 Mrd DM hat den Handlungsspielraum vollends aufgebraucht. Bedenklich an der starken Ausgabenexpansion ist, daß sie offenbar weniger auf eine Unterschätzung der konjunkturellen Risiken als vielmehr auf Fehleinschätzungen der Entwicklung bei einigen großen Ausgabenblöcken zurückgeht.

14. Die hohe Verschuldung des Staates ist seit 1977 in guten wie in weniger guten Jahren angestiegen. Inzwischen hat sie offensichtlich auch Vertrauenseinbußen bei den ausländischen Kapitalanlegern zur Folge gehabt. Öffentliche und private Kreditnehmer können ihre Schuldtitel nur zu steigenden Zinsen und sinkendem Wechselkurs der Mark unterbringen. Die Finanzpolitik hat also die außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten der Bundesrepublik nicht, wie es hätte sein sollen, vermindert, sondern verschärft.

Über die Zinswirkungen hinaus beeinträchtigt der bei den privaten Haushalten und Unternehmen sowie im Ausland wachsende Zweifel an der Solidität der Finanzierung der öffentlichen Haushalte das Klima für eine wirtschaftliche Erholung. Für die Finanzpolitik bedeutet es, daß eine wesentliche Bedingung für die expansive Wirkung kreditfinanzierter Staatsausgaben in Frage gestellt ist, die Bedingung nämlich, daß die expansiven Impulse die Wirtschaft stärker anregen, als die unmittelbaren oder bloß erwarteten Rückwirkungen sie bedrücken — über die

Inanspruchnahme von Ressourcen und Finanzmitteln oder auch über die Erwartung künftiger Steuererhöhungen und anderer Stabilisierungsmaßnahmen. Wie schon 1975 ist eine Situation eingetreten, in der der Staat fürchten muß, eine unverändert expansive Finanzpolitik werde sich über eine weitere Verschlechterung der Erwartungen sogar gegen sich selber kehren, also im Endeffekt kontraproduktiv wirken. Auf diese Möglichkeit, daß es bei Vernachlässigung der Aufgabe, die öffentlichen Defizite rechtzeitig zurückzuführen, dem Staat gerade dann an Verschuldungsspielraum fehlen werde, wenn er diesen besonders nötig habe, ist in den vergangenen Jahren immer wieder mahnend hingewiesen worden. Vergeblich. Nun muß sich der Staat der Konsolidierungsaufgabe zu einem Zeitpunkt stellen, zu dem das wirtschaftspolitische Lehrbuch Maßnahmen in Richtung Defizitabbau eigentlich keineswegs vorsieht. Der Vorwurf einer Brüning'schen Finanzpolitik bleibt nicht aus. Er ist freilich unzutreffend. Die öffentlichen Defizite werden über das normale und das konjunkturbedingte Maß hinaus hoch bleiben. Von Deflationsdruck kann keine Rede sein. Außenwirtschaftlich wie finanzwirtschaftlich geht es nur darum, die expansiven Impulse auf ein normales Maß zurückzunehmen, und zwar allmählich. Freilich gibt es im Übergang strukturelle Verwerfungen in der Gesamtnachfrage mit negativen Rückwirkungen auf diese. Die hohen Zinsen, über die die restriktiven Wirkungen sich ausbreiten, sind letztlich Folge der Sünden der Vergangenheit und der Schwierigkeiten des Anpassungsprozesses. Aber so wie die Dinge liegen, bleibt keine andere Wahl. Jede andere Politik brächte vermutlich größere Nachteile.

Auf längere Sicht ist die Rückführung der Staatsdefizite ohnehin kein kontraktiver Vorgang. Im Gegenteil, eine Eindämmung der Ausgabenexpansion beim Staat dürfte günstig für das vom privaten Sektor getragene wirtschaftliche Wachstum sein. Die Furcht vor negativen konjunkturellen Rückwirkungen, also vor Wirkungen auf kurze Sicht, ist es, die die ohnehin starken Widerstände gegen tiefe Einschnitte in die Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte zumeist dominant werden läßt; die Konsolidierungsaufgabe ist so immer wieder vertagt worden, von Ausnahmen wie dem Jahre 1977 abgesehen. Diese Furcht aber zählt jetzt nicht mehr wegen der Zweifel, ob erhöhte Staatsausgaben noch günstige konjunkturelle Gesamtwirkungen haben oder nicht vielmehr negative, rechnet man die Ausstrahlung auf den Wechselkurs der D-Mark ein und die Notwendigkeit, den Außenwert der Währung geldpolitisch zu verteidigen.

Die Unfähigkeit, kurzfristig etwas zugunsten der Beschäftigung zu tun, ist beklagenswert. Auch auf längere Sicht ist ärgerlich, daß vorläufig wenig Spielraum bleibt für Maßnahmen zur unmittelbaren Förderung der wirtschaftlichen Dynamik, soweit solche Förderung Geld kostet. Vor allem mehr Dynamik im Prozeß der Umstrukturierung der Volkswirtschaft ist vonnöten. Doch Geld zu steuerlicher Investitionsförderung fehlt. Solange das Konsolidierungsgebot schon wegen der Notwendigkeit, Handlungsspielraum zurückzugewinnen, die Finanzpolitik regiert, werden solche Aufgaben nur im Rahmen einer Um-

strukturierung des Steuersystems angegangen werden können (Ziffer 31f.).

Quantitative Aspekte der Konsolidierungsaufgabe

15. Gegenstand der Konsolidierung ist freilich nicht der Abbau des Finanzierungsdefizits der öffentlichen Haushalte in seiner Gänze, sondern nur der Abbau des strukturellen Defizits. Darunter ist derjenige Teil des Finanzierungssaldos zu verstehen, der über das hinausgeht, was konjunkturbedingt ist (und daher bei einer Verbesserung der Wirtschaftslage allmählich verschwindet) und was von der Netto-Neuverschuldung auch in konjunkturellen Normaljahren vertretbar erscheint.

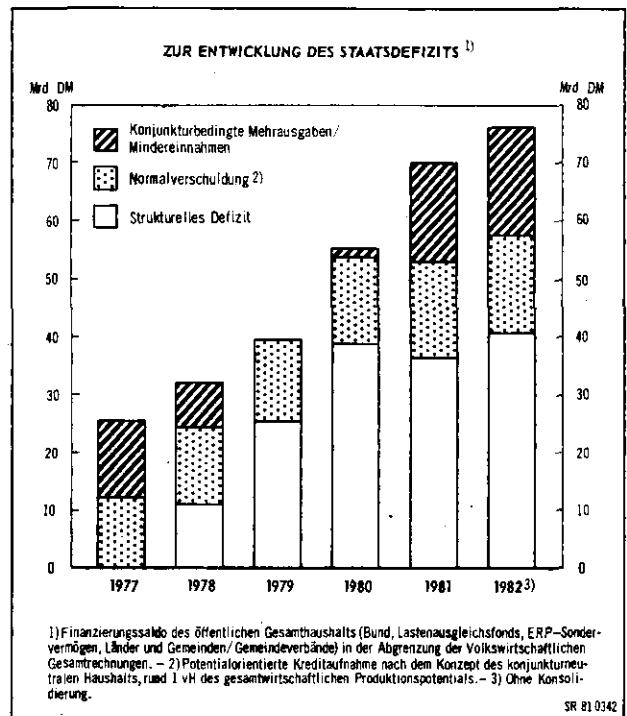
In unseren Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt arbeiten wir mit der Vorstellung, daß unter den gegebenen Umständen eine jährliche Kreditaufnahme in Höhe von etwas über 1 vH des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials als Normalverschuldung angesehen werden kann, gegenwärtig also rund 16 1/2 Mrd DM. Das ist weniger als ein Viertel der Netto-Neuverschuldung, die dieses Jahr voraussichtlich 69 Mrd DM betragen wird. Die konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen veranschlagen wir für 1981 auf 9 1/2 Mrd DM. (Diese Zahlen basieren auf den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Der Unterschied zu den entsprechenden Zahlen in der Abgrenzung der Finanzstatistik, auf die es für Haushaltsentscheidungen ankommt, ist gegenwärtig jedoch gering, und bei Vorausschätzungen auf künftige Jahre kann man überhaupt keinen Unterschied ansetzen.)

Auf der Ausgabenseite hat man zumindest einen großen Teil der Zuweisungen, die der Bund an die Bundesanstalt für Arbeit zahlt — das sind 1981 einschließlich der Finanzierung der Arbeitslosenhilfe ungefähr 10 1/2 Mrd DM —, für konjunkturbedingt zu halten. Wir setzen dafür 7 Mrd DM an. Das strukturelle Defizit des Gesamthaushalts der Gebietskörperschaften betrüge demnach gegenwärtig 35 bis 40 Mrd DM. Ein Defizitabbau in dieser Größenordnung wäre, geht man von der Finanzlage des Jahres 1981 aus, die Aufgabe der Konsolidierungsanstrengungen (Schaubild 1).

16. Zusätzliche Einsicht in die Konsolidierungsprobleme liefert ein Blick auf 1982. Für das nächste Jahr zeichnen sich außer dem vorhergesehenen zusätzlichen Bedarf und den üblichen Haushaltsrisiken bei einigen Ausgabenpositionen schon jetzt außergewöhnliche Steigerungen ab, so etwa bei den Zinsausgaben und bei den Verteidigungsausgaben. (Von den konjunkturbedingt ebenfalls noch einmal zunehmenden Zuweisungen an die Bundesanstalt für Arbeit ist bei der Berechnung des Konsolidierungsbedarfs abzusehen.) Wenn 1982 konsolidierungspolitisch nichts geschieht, wird das strukturelle Defizit nicht nur nicht sinken, sondern weiter steigen, wahrscheinlich auf deutlich über 40 Mrd DM.

17. Im Prinzip kann das strukturelle Defizit über Ausgabenkürzungen und über Steuererhöhungen beseitigt werden. Freilich sind niedrige Staatsausga-

Schaubild 1



ben im Zweifel günstig für das wirtschaftliche Wachstum, höhere Steuern hingegen antriebsschädigend. Nach Auffassung der Bundesregierung und auch sonst vorherrschender Meinung soll die Steuerlast nicht noch weiter erhöht werden.

Die volkswirtschaftliche Steuerquote, also das Verhältnis des gesamten Steueraufkommens zum Brutto sozialprodukt, liegt zur Zeit bei 24 vH, die Quote der entsprechenden Sozialbeiträge bei knapp 15 vH. Rechnet man die parafiskalischen Sonderabgaben (wie den Kohlepfennig, den Erdöl-Bevorratungsbeitrag, die Abwasserabgabe und vieles andere mehr) dazu, dann ergibt sich eine gesamtwirtschaftliche Abgabenquote von ungefähr 40 vH. Für einen Arbeitnehmer, der ein Einkommen von 18 000 DM als Alleinstehender beziehungsweise 36 000 DM als Verheirateter zu versteuern hat, liegen allein die Abgaben vom Einkommen einschließlich Kirchensteuer und Sozialabgaben für eine zusätzliche Mark Einkommen bei 40 vH (einschließlich der dem Einkommen des Arbeitnehmers eigentlich zuzurechnenden Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung bei 48 vH), und wegen der offenbar nur schwer zu kontrollierenden Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung muß er hier sogar mit einem weiteren Anstieg seines Beitragssatzes rechnen. Die Steuern vom Verbrauch belasten ihn zusätzlich.

Nach unserer Einschätzung kommt wegen des Widerstandes gegen zusätzliche Abgaben ein dauerhafter Anstieg der Steuerquote über den gegenwärtigen Stand hinaus in der Tat kaum in Betracht. Wir gehen davon aus, daß die Konsolidierung über Kürzungen auf der Ausgabenseite bewerkstelligt werden muß.

18. Eine Korrektur der öffentlichen Ausgaben in der Größenordnung von 40 Mrd DM ist selbstver-

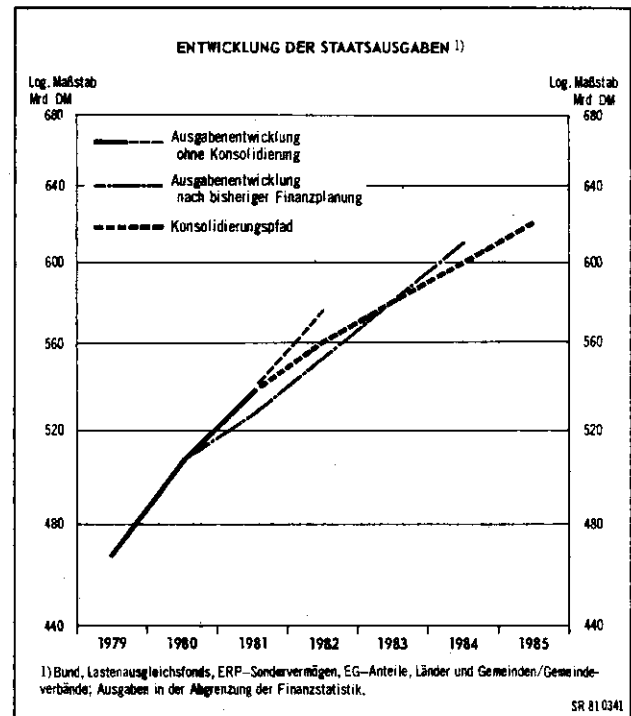
Schaubild 2

ständig nicht in einem Jahr möglich. Die Entscheidungen hingegen müssen jetzt fallen. Ein Vorbehalt im Gedanken an künftig etwa wieder reichlicher fließende Einnahmen würde den Konsolidierungserfolg von vornherein in Frage stellen. Dringlicher noch als im vergangenen Jahr ist also ein Konsolidierungskonzept, das über eine übersehbare Zeit Ausgabenkürzungen vorsieht und das konsequent eingehalten wird. Die Grundvorstellung sollte sein, daß in der Konsolidierungspolitik Stetigkeit mehr verspricht als kurzatmige Gewaltakte. Schon bisher enthält die mittelfristige Finanzplanung Konsolidierungsabsichten. Die Zahlen der Finanzplanung waren jedoch ohne Deckung durch Entscheidungen, welche die in die Zukunft greifenden Ausgabenverpflichtungen des Staates einschränkten. Sie waren daher nicht ernst zu nehmen und allem Anschein nach auch nicht besonders ernst gemeint.

Sicher hat man von der Finanzplanung, als sie 1967 eingeführt wurde, zuviel erwartet, und deshalb hat es Enttäuschung gegeben. Der Finanzplan ist zur Routine und mehr zu einem Anhang an den Haushaltsplan als Leitlinie für diesen geworden. Manchem scheint ein anspruchsloser Konsistenztest zu genügen, wonach sicherzustellen ist, daß die Summe der Anteile bei den Ausgaben und bei den Einnahmen hundert Prozent ergibt. Das ist sicher zu wenig; denn die Finanzplanung könnte gerade im Hinblick auf die Konsolidierung (einschließlich der Koordinierung der Finanzpläne von Bund, Ländern und Gemeinden) mehr leisten (JG 76 Ziffer 348).

Wesentliche Aufgabe der jetzt anstehenden Entscheidungen ist es, dies zu ermöglichen. Die Planvorstellungen für die einzelnen Jahre der mittelfristigen Finanzplanung müssen zwar, was die einzelnen Ausgaben angeht, unter dem Vorbehalt der künftigen Haushaltsgesetze stehen, aber sie müssen wenigstens, was das Gesamtvolumen angeht, verlässlicher werden. Finanzpolitischen Handlungsspielraum zurückgewinnen heißt sogar, den finanziellen Ausgabenspielraum nicht für jedes Jahr im voraus bis zum letzten auszuschöpfen. Die Glaubwürdigkeit von Konsolidierungsbemühungen würde auch leiden, wenn alles, was an Einnahmen eingesammelt werden kann, in den Konsolidierungsplan eingestellt würde, und alles, was an Ausgaben aus dem Staatshaushalt herausgehalten oder hinausgedrängt werden kann, nicht in den Konsolidierungsplan eingefügt würde. Die Bundesbahn auf den Kapitalmarkt zu verweisen, ist der Substanz nach kein Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes; es macht gesamtwirtschaftlich keinen Unterschied, ob der Bund oder seine Bahn an den Kapitalmarkt geht.

19. Der Konsolidierungsplan könnte sich auf eine Zeitspanne erstrecken, wie sie den demnächst vorzulegenden Finanzplänen der Gebietskörperschaften entspricht, also auf die Jahre von 1982 bis 1985 (Schaubild 2). Festzulegen wäre eine Regel, nach der etwa in jedem dieser Jahre das strukturelle Defizit des Gesamthaushalts, wie es sich für das Jahr 1981 darstellt, um fast 10 Mrd DM zurückgeführt werden müßte. Das entspräche ungefähr einer Ausgabenex-



pansion, die in jedem dieser vier Jahre um rund zwei Prozentpunkte unter dem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials unter Berücksichtigung der für unvermeidlich zu haltenden Preissteigerungen bliebe. Die konjunkturbedingten Zahlungen an die Bundesanstalt für Arbeit wären gesondert zu behandeln. Diese Formel hätte den Vorzug, daß sich ein konjunkturpolitischer Vorbehalt zur Vermeidung einer prozyklischen Konsolidierungspolitik erübrigte. Denn bei einer Orientierung der Ausgabenentwicklung am Wachstum des Produktionspotentials würde bei der staatlichen Kreditaufnahme gleichsam automatisch auf die Konjunkturlage Rücksicht genommen: Stiege das Bruttosozialprodukt kräftig an, würde das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte beschleunigt abnehmen — wegen konjunkturbedingter Mehreinnahmen und konjunkturbedingter Minder Ausgaben. Nähme das Bruttosozialprodukt nur wenig zu, würde der Defizitabbau langsamer vorankommen, er würde also zeitlich gestreckt.

20. Für 1982 bedeutete diese Regel, daß die Ausgaben der Gebietskörperschaften um $3\frac{1}{2}$ vH bis 4 vH zunehmen dürften, einschließlich der absehbaren konjunkturbedingten Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit um $4\frac{1}{2}$ vH. Das entspräche einem Haushaltsvolumen der Gebietskörperschaften insgesamt von 561 Mrd DM nach voraussichtlich $537\frac{1}{2}$ Mrd DM im Jahre 1981.

Das heißt nicht, daß diese Zuwachsraten für Bund, Länder und Gemeinden gleichermaßen zu gelten brauchte. So besteht weitgehend Einverständnis, daß sich vor allem der Bund im nächsten Jahr energisch um die Konsolidierung seines Haushaltes bemühen muß. Er könnte sich vornehmen, mit einem

Ausgabenwuchs von nicht viel mehr als 3 vH auszukommen. Das ergäbe ein Ausgabenvolumen von knapp 239 Mrd DM. Die Ausgaben von Ländern und Gemeinden könnten in diesem Falle im nächsten Jahr, soll die Konsolidierungsregel für den Gesamthaushalt eingehalten werden, um etwa 5 vH ansteigen.

Zu den für 1982 nötigen Konsolidierungsanstrengungen zählen selbstverständlich auch die Entscheidungen, die nötig sind, um auch nur eine Erhöhung des strukturellen Defizits gegenüber 1981 zu vermeiden. Im ganzen ist also beim Bund etwa gegen das zuvor genannte Ausgabenvolumen von 239 Mrd DM der Ausgabenansatz im Finanzplan des Bundes zusätzlich der bereits heute absehbaren Mehrausgaben für Verteidigung, für Zinsen und für die Bundesanstalt für Arbeit zu halten. Das ergibt zusammen 252 1/2 Mrd DM. Allein beim Bund müßten demnach in den Ausgabenplänen mit Wirkung schon für 1982 fast 14 Mrd DM gekürzt werden.

Die Konsolidierung kann natürlich anders auf Bund, Länder und Gemeinden aufgeteilt werden, und die Aufteilung kann über die Konsolidierungsphase hinweg auch verändert werden.

21. Das Finanzierungsdefizit des Gesamthaushalts läge 1982, würde man diesen Weg einschlagen, bei knapp 65 Mrd DM. Das wären nur ungefähr 5 Mrd DM weniger als voraussichtlich in diesem Jahr. Gleichwohl bedeutete dies einen Fortschritt bei der Konsolidierung; denn als strukturelles Defizit ergäbe sich ein Betrag von unter 30 Mrd DM. Dieser Betrag stünde für die Konsolidierungsaufgabe in den Jahren 1983 bis 1985. Sie ließe sich bewältigen, wenn die Expansion der gesamten Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden über diese Zeit hinweg im Durchschnitt bei 3 1/2 vH gehalten würde, vorausgesetzt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entspricht der mittelfristigen Projektion der Bundesregierung im Finanzbericht 1981. Für das Jahr 1985 wäre dann zu erwarten, daß das Defizit des gesamten Haushalts — abgesehen von konjunkturbedingten Einflüssen — durch die Normalverschuldung in Höhe von etwas über 1 vH des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials zu decken ist. Danach könnten die gesamten Ausgaben bei unveränderter volkswirtschaftlicher Steuerquote wieder mit der vollen Wachstumsrate des Produktionspotentials zunehmen.

22. Nochmals: Allmählichkeit und Verlässlichkeit müßten die Kennzeichen des Konsolidierungsprozesses sein.

Der Konsolidierungspfad wäre in der Finanzplanung festzulegen. Zur Hauptsache ist jedoch geworden, ihn gesetzgeberisch zu fundieren. Ohne die Einzelpläne künftiger Haushalte voll zu präjudizieren, erfordert Glaubwürdigkeit des Konsolidierungsplans alsbald umfassende gesetzgeberische Maßnahmen. Es genügt nicht mehr, in dem Zahlenwerk der Finanzpläne Konsolidierungsabsichten zum Ausdruck zu bringen.

Zum Prinzip der Allmählichkeit der Konsolidierung würde gehören, daß die gesetzgeberischen Maßnah-

men zeitlich gestaffelt in Kraft treten oder zeitlich gestaffelte Haushaltswirkungen haben. Erfahrungen mit Bindungen im Hinblick auf eine zeitlich gestaffelte Aufstockung von Ausgaben könnten nun umgekehrt für Kürzungen von Ausgaben per Termin genutzt werden.

Um Handlungsspielraum für die künftige Finanzpolitik zurückzugewinnen, sollte die Flurbereinigung bei den öffentlichen Ausgaben nach Möglichkeit sogar weiterreichen, als es dem heute schon erkennbaren strukturellen Defizit entspräche.

Qualitative Aspekte der Konsolidierungsaufgabe

23. Der Sachverständigenrat darf keine Empfehlungen geben, wo im Zuge der Konsolidierung im einzelnen Ausgaben gekürzt werden sollen. Über die Dringlichkeit oder Unabweisbarkeit von Ausgaben wie beispielsweise denen des Verteidigungshaushalts kann er kein Urteil abgeben. Es ist auch nicht seine Aufgabe, „Steinbruchlisten“ aufzustellen. Aufgrund seines Auftrages kann er sich jedoch zu den Grundlinien der Finanzpolitik äußern und aufzeigen, welche gesamtwirtschaftliche Bedeutung Kürzungen in den großen Ausgabenbereichen haben.

Vorweg ist folgendes zu beachten:

- Nicht zu Unrecht gibt es viele Klagen über Wildwuchs und Mißbrauch bei der Gewährung und Inanspruchnahme von staatlichen Leistungen. Solche Übelstände muß der Staat so weit wie möglich beseitigen. Was dabei an Mitteln eingespart werden kann, ist jedoch viel weniger als zur Konsolidierung notwendig. Deshalb darf die Konsolidierungsaufgabe damit nicht gleichgesetzt werden. In hohem Maße müssen auch Ausgaben gekürzt werden, die gewollt und begründet sind.
- Wo es um echte Eingriffe in Leistungsgesetze geht, kann das Prinzip der sozialen Ausgewogenheit nur schwer eingehalten werden. Die Umverteilungstätigkeit des Staates, auf die ein gewaltiger Teil der Staatsausgaben entfällt, begünstigt vorwiegend die sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen. Einsparungen in diesem Bereich treffen notgedrungen diese Bevölkerungsgruppen am meisten. Die soziale Ausgewogenheit muß durch Kürzungen bei Subventionen und Steuervergünstigungen mit Subventionscharakter gesucht werden.
- Um das Vertrauen in geordnete Staatsfinanzen wiederherzustellen, ist nicht allein das strukturelle Defizit von Bund, Ländern und Gemeinden Schritt für Schritt abzubauen. Auch die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit und der gesetzlichen Krankenversicherungen müssen wirksamer begrenzt werden. Und für die bald anstehende Neuordnung wichtiger Teile der Rentenversicherung wäre ein Weg zu finden, auf dem die Reform kostenneutral möglich wird.
- Ausgaben, die Wachstum und Strukturwandel fördern, sind ebenfalls auf Wildwuchs und Mißbrauch hin zu überprüfen, müssen im Grunde genommen aber geschont werden. Die ungelösten

Anpassungsprobleme der deutschen Wirtschaft lassen in den achtziger Jahren sogar ein Mehr an solchen Ausgaben dringlich erscheinen, ebenso wie eine angebotsfreundlichere Ausrichtung des Steuersystems. Kommt es nicht zu mehr Dynamik in der Wirtschaft, wird auch soziale Sicherheit zur Schimäre.

24. Nahezu ein Drittel der Staatsausgaben ist Personalaufwand. Eine Personalverminderung ist praktisch nur über einen Einstellungsstopp zu erreichen. Eine solche Maßnahme kann aber allenfalls vorübergehend in Betracht gezogen werden, wenn wichtige staatliche Aufgaben nach wie vor angemessen erfüllt werden sollen. Einige Länder und der Bund haben bereits mehrmonatige Einstellungsstopps verfügt; von daher scheint kein großer Beitrag zur Konsolidierung mehr möglich. Auch der Spielraum, Personalmittel dadurch einzusparen, daß weniger Stellen angehoben werden, ist schon weitgehend genutzt. So ist wohl der wichtigste Weg, bei den Tarifabschlüssen dem Anstieg der Personalausgaben engere Grenzen zu ziehen. In Betracht kommt möglicherweise auch, die Besoldung der Beamten nur verzögert an die Tarifabschlüsse für Angestellte und Arbeiter anzupassen. Dies müßte in den Folgejahren allerdings beibehalten werden, wenn ein dauerhafter Konsolidierungsbeitrag erreicht werden soll. Weitere Ansatzpunkte für Einsparungen gibt es bei den sozialen Regelungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, wie die Zusatzversorgung für Angestellte und Arbeiter und die Beihilfen im Krankheitsfall.

25. Auch das Netz der allgemeinen sozialen Sicherung kann nicht unter Tabu stehen. Ohne Einschränkungen bei den Sozialausgaben ist die Konsolidierungsaufgabe kaum lösbar. Hier stößt die Finanzpolitik verständlicherweise auf den härtesten Widerstand. Sozialhilfe, Familienlastenausgleich, Ausbildungsförderung, Wohngeld, Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung und zur Altersversorgung für Bergleute, Landwirte und Eisenbahner sowie die Kriegsopferversorgung summieren sich in den Haushalten der Gebietskörperschaften auf weit über 50 Mrd DM. Der größte Teil dieser Ausgaben hat einen hohen sozialen Rang. Die Haushaltslage zwingt jedoch dazu, die einzelnen Sozialausgaben nach Umfang und Dringlichkeit zu überprüfen. Es wäre nicht einfach unsoziale Willkür, wenn bei den Leistungsgesetzen Abstriche gemacht werden.

26. Die sprunghafte Ausgabenexpansion bei der Arbeitslosenversicherung hat in diesem Jahr das Defizit im Bundeshaushalt in die Höhe getrieben. Mehr als die Hälfte des Ausgabenanstiegs beim Bund im Jahre 1981 entfällt auf Mehrausgaben der Bundesanstalt für Arbeit, Mehrausgaben, für die der Steuerzahler einstehen muß. Im Jahre 1982 wird der Zuschußbedarf voraussichtlich erneut ansteigen. Der weit überwiegende Teil des Bundeszuschusses ist durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit bedingt und durch die zusätzlichen Lasten, die die Bundesanstalt für den Sozialversicherungsschutz der Arbeitslosen übernehmen mußte. Das strukturelle De-

fizit des Staates wird dadurch zwar nicht größer, weil bei rückläufiger Arbeitslosigkeit der Finanzbedarf von selbst sinkt. Der gegenwärtige Zuschuß bedeutet aber eine enorme Belastung der aktuellen Haushalte.

Der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit gibt auch deshalb zu erheblichen Besorgnissen Anlaß, weil bei steigender Arbeitslosigkeit großzügige Regelungen der Arbeitsmarktpolitik für die Allgemeinheit besonders kostspielig werden. Unternehmen wie Arbeitnehmer werden gerade in Rezessionszeiten dazu verleitet, Leistungsangebote der Bundesanstalt für Zwecke in Anspruch zu nehmen, die vom Gesetzgeber nicht gemeint waren.

Ein Problem grundsätzlicher Art ist die unbeschränkte Defizithaftung des Bundes gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit. Der Steuerzahler muß dabei nicht nur für die Kosten kurzfristig unvermeidbarer Arbeitslosigkeit aufkommen, sondern auch für die Kosten der Arbeitslosigkeit, die durch ein Fehlverhalten der Tarifparteien verursacht ist. Da die Kosten nicht denen angelastet werden, die sie verursachen, wird die Gefahr eines Fehlverhaltens von daher nicht begrenzt. Abhilfe könnte dadurch geschaffen werden, daß der Bund seine Haftung auf eine Summe begrenzt, die wesentlich unter dem gegenwärtigen Zuschußbedarf liegt. Was dann im Haushalt der Bundesanstalt noch fehlt, müßte durch Beitragserhöhung oder durch Kredite, die die Bundesanstalt in Zeiten geringerer Arbeitslosigkeit zu tilgen hätte, gedeckt werden. Über eine Beitragserhöhung wäre freilich erst zu entscheiden, wenn alle Möglichkeiten genutzt sind, die Ausgaben der Bundesanstalt einzudämmen. An und für sich ist der derzeitige Beitragssatz eher vergleichsweise hoch. Daß er nicht ausreicht, einen größeren Teil der aus der ungünstigen Wirtschaftslage resultierenden Ausgaben abzudecken, hängt auch damit zusammen, daß der Bundesanstalt bei besserer Finanzlage immer wieder neue Aufgaben und Programme übertragen werden, statt daß man den Beitragssatz senkt oder Rücklagen bildet. Diese Spirale darf nicht weitergedreht werden.

27. Nicht zu den Haushaltsproblemen der Gebietskörperschaften, wohl aber zu den Rahmenbedingungen, unter denen diese zu handeln haben, gehört das Problem der wieder beunruhigend stark steigenden Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung, das weiter steigende Beitragssätze und damit einen weiteren Anstieg der gesamten Abgabenlast erwarten läßt. Der Sachverständigenrat ist nicht kompetent für Anregungen, wie diesem Problem wirksamer als mit dem sogenannten Kostendämpfungsgesetz beizukommen ist. Wir haben jedoch den Eindruck, daß neue einschneidende Maßnahmen nötig sind, die Gefahr massiv steigender Beitragssätze abzuwenden.

28. Die Kürzungsmöglichkeiten in den großen Subventionsbereichen Agrarpolitik, Sparförderung, Wohnungsbauförderung und Bundesbahn hat der Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten eingehend erörtert. Hier könnten Milliar-

denbeträge dadurch gespart werden, daß der Staat eine grundlegende Revision der Förderungspolitik durchsetzt. Solange solche Entscheidungen ausstehen, scheinen nur punktuelle Kürzungen möglich zu sein. Es besteht sogar die Gefahr, daß die Agrarpolitik und die Bundesbahn den Staat in den nächsten Jahren erheblich mehr Geld kosten, wenn es bei der bisherigen Subventionspraxis bleibt. Bei der Wohnungsbauförderung gibt es gegenwärtig wenig Anstrengungen, durch den Abbau ineffizienter Förderung Geld zu sparen. Die Schwierigkeiten beim Abbau wohnungsbauhemmender Regulierungen könnten Anlaß geben zu einer neuen Breitenförderung, die zusätzliches Geld kostet. Zu befürchten sind außerdem weitere Subventionen an die Stahlindustrie.

29. Sozialausgaben und Subventionen sind ihrer Art und Begründung nach so vielschichtig, daß ein massiver Eingriff in diesen Haushaltsbereich lange Diskussionen über die Dringlichkeit der einzelnen Ausgaben erfordern mag. Kürzungen bei bestimmten Ausgaben werden möglicherweise gar nicht in Betracht gezogen, weil dies als unpopulär gilt. Der Konsolidierungsprozeß könnte nicht schnell genug vorankommen. Es wäre daher zu erwägen, ob nicht eine lineare Kürzung — um einen bestimmten Prozentsatz — aller dieser Ausgaben gesetzlich festgelegt wird. Wo vertragliche Verpflichtungen des Staates dadurch verletzt werden, sollte von diesem Kürzungsplafonds abgewichen werden dürfen. In allen anderen Fällen, in denen Ausnahmen begehrt werden, läge die Begründungslast bei den Betroffenen. Ein solches Vorgehen hätte möglicherweise gute Durchsetzungschancen, weil die relative Dringlichkeit der einzelnen Staatsausgaben im Prinzip nicht zur Diskussion gestellt wird. Einzelne Gruppen mögen sich mit Kürzungen eher abfinden, wenn andere Gruppen in gleichem Maße betroffen werden.

Dieses Verfahren hätte freilich den Nachteil, daß es nur bei den Subventionen angewandt werden kann, die als Ausgaben gewährt werden. Bei Subventionen in Form von Steuervergünstigungen bleibt wohl kein anderer Weg, als im einzelnen zu kürzen. Die Anstrengungen dürfen hier nicht geringer sein.

30. Ausgaben werden erfahrungsgemäß am ehesten dort gekürzt, wo der Widerstand am geringsten ist. Das sind meistens die investiven und die investitionsfördernden Staatsausgaben. Schon bei den Sparmaßnahmen Ende des Jahres 1980 hat es hierbei beträchtliche Abstriche gegeben, insbesondere bei den Gemeinschaftsaufgaben, bei der Förderung von Forschung und Entwicklung und bei den Verkehrsinvestitionen. Die Anpassungsaufgaben, die Unternehmen und Arbeitnehmer in den nächsten Jahren zu lösen haben, lassen es jedoch ratsam erscheinen, der Versuchung zu widerstehen, diesen leichten Weg zu gehen. Manchen Wildwuchs zu beschneiden gibt es freilich auch hier, so daß ein Tabuieren bestimmter Ausgabengruppen nicht gerechtfertigt wäre. Ausgaben freilich, die dazu dienen, die Angebotsseite der Wirtschaft zu stärken, müßten eigentlich sogar erhöht werden. Hier dürfte man vom Einsparen schon sprechen, wenn solche Ausgaben

bei den Kürzungsaktionen geschont werden. Dazu gehören beispielsweise die Förderung von Innovationen und risikoreichen Investitionen, von Unternehmensgründungen, von Rationalisierungsmaßnahmen, von Energieinvestitionen, von Ausbildungseinrichtungen der beruflichen Bildung, aber auch öffentliche Infrastrukturinvestitionen.

Was die Energieinvestitionen anlangt, sind es freilich nicht in erster Linie öffentliche Ausgaben, die die Anpassung an teurer gewordene Energie zu beschleunigen haben. Marktgerechte Energiepreise und Verbrauchsteuern auf Mineralölprodukte können das ebenfalls bewirken. Höhere Energieverbrauchsteuern verschaffen dem Staat sogar höhere Einnahmen, die Steuersenkungen an anderer Stelle erlauben, und hätten — verglichen mit Subventionen und Regulationen zur Energieeinsparung — den zusätzlichen Vorteil, daß Öl dort gespart wird, wo dies am billigsten möglich ist. Auch hier gibt es zwar Grenzen der Belastbarkeit zu beachten. Die Mineralölsteuer auf Motorenbenzin ist gerade erst erhöht worden. Die Mineralölsteuer auf Heizöl ist dagegen bis Ende dieses Jahres befristet. Zumindest energiepolitische Gründe sprechen dafür, diese Steuer beizubehalten und zu erhöhen.

31. Auch im übrigen bedeutet Konstanz der volkswirtschaftlichen Steuerquote nicht Untätigkeit der Steuergesetzgebung.

Aufgrund der Progressionswirkung im Steuersystem wächst das Steueraufkommen etwas stärker als das Sozialprodukt. Allerdings gilt dies nicht für jede einzelne Steuer. Bei wichtigen Verbrauchsteuern, zumal bei den mengenbezogenen, zieht das Aufkommen nicht voll mit, wenn die Einkommen steigen. Sollen diese Steuern in ihrem Anteil nicht zurücksinken, müssen sie von Zeit zu Zeit erhöht werden. Die Steuern vom Einkommen hingegen bringen ein überproportional steigendes Aufkommen. Hier sind immer wieder Korrekturen des Steuertarifs nach unten schon deshalb nötig, weil zumindest die von der Inflation getriebene Verschärfung der Steuerprogression nicht gewollt sein kann. Binnen weniger Jahre wird die nächste Korrektur anstehen.

Soll die allgemeine Steuerbelastung nicht erhöht werden, muß man auch Pläne, das Ehegatten-Splitting bei der Einkommensteuer einzuschränken, zu den Plänen zählen, die aus dem Spielraum für Steuersenkungen zu bedienen wären. Denn das Ehegatten-Splitting kann man entweder einschränken, indem man die Steuerprogression bei den Alleinstehenden und den getrennt veranlagten Ehegatten mildert oder indem man die Steuerprogression bei den zusammen veranlagten Ehegatten verschärft. Die Tatsache, daß wegen des in den vergangenen Jahren — seit 1975 — unverändert gebliebenen Plafonds für den Höchststeuersatz der Anstieg der Grenzsteuersätze für mittlere und höhere Einkommen ohnehin immer steiler geworden ist, verbietet den zweiten Weg zu gehen, wenn nicht für einen Großteil der Bevölkerung die Steuerlast weiter steigen soll. Jedenfalls sollte man nicht Abbau einer ungerechtfertigten Steuervergünstigung nennen, was tatsächlich Nachziehen der Ehegatten bei einer zu-

nächst nur den Alleinstehenden zugemuteten schleichenden Progression der Steuerbelastung wäre.

Konstanz der Anteile der indirekten Steuern sowie der Steuern vom Einkommen muß nicht das Ziel sein. Wachstumspolitische Überlegungen — die anreizschädigenden Wirkungen einer hohen Grenzbelastung der Einkommen und die ungute steuerliche Belastung der Investitionen durch die Steuern vom Einkommen — sprechen vielmehr dafür, eine Verschiebung der Steuerlast hin zu den Steuern vom Verbrauch vorzunehmen.

Unveränderte Gesamtsteuerlast besagt selbstverständlich nicht, mehr Spielraum für allgemeine oder gezielte Steuersenkungen sei nicht auch dadurch zu gewinnen, daß ungerechtfertigte Steuervergünstigungen gestrichen werden. Es besagt nur, daß solche Streichungen nicht zugunsten der Ausgabenfinanzierung gingen.

Ein Beitrag zur Konsolidierung der Ausgabenfinanzierung kann sich bei unveränderter volkswirtschaftlicher Steuerquote auf der Einnahmenseite nur ergeben, wenn der Staat den Kostendeckungsgrad bei den Dienstleistungen erhöht, die er selbst oder seine Betriebe bereitstellen. Der Zwang zur Kostensenkung sollte darüber nicht geringer werden. Für Erhöhungen kommen vor allem die Verkehrstarife der Bundesbahn und der Nahverkehrsbetriebe und die Gebühren für einzelne Dienstleistungen der Bundespost in Betracht. Wo hohe Gewinne erzielt werden wie im Fernspreverkehr sollten die Gebühren hingegen gesenkt werden. Es soll nicht um versteckte Steuererhöhungen gehen.

32. Die Bedeutung der schon erwähnten Möglichkeit, das Steuersystem wachstumsfreundlicher zu gestalten, sei noch einmal hervorgehoben. Bei allen Konsolidierungsnotwendigkeiten darf man nicht den Blick dafür verlieren, daß das Steuersystem in den achtziger Jahren viel stärker als bisher in den Dienst der allgemeinen Investitionsförderung gestellt werden muß. Die Lösung der weltwirtschaftlich bedingten Anpassungsaufgaben verlangt nach einer stärker angebotspolitischen Komponente auch auf der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte. Die Steuern sollten Wagnisbereitschaft und Neuerungsverhalten der Unternehmen so wenig wie möglich hemmen; risikobehaftete Investitionen und Strukturwandel dürfen nicht unnötig behindert werden. Möglicherweise muß die Wirtschaft längere Zeit mit Realzinsen leben, die infolge eines hohen Kapitalbedarfs in der Welt und hoher Renditeansprüche der Geldkapitalbesitzer in den Ölländern deutlich höher sind als in früheren Jahren. Die Finanzpolitik muß das Ihre dazu beitragen, daß auch bei einem international hohen Realzins ausreichend viele Investitionsprojekte im Inland rentabel sind. Die finanzpolitischen Ansatzpunkte liegen bei der steuerlichen Behandlung der Investitionen, im besonderen bei den Abschreibungsbedingungen und den Vorschriften über den horizontalen und den intertemporalen Verlustausgleich. Die angebotspolitische Komponente mußte in den letzten Jahren allzu häufig hinter die sozialpolitische Komponente zurücktreten. Das muß sich vermutlich ändern. Dabei kann die

alte Einsicht helfen, daß Sicherung ausreichender wirtschaftlicher Dynamik der beste Weg ist, soziale Probleme in der Breite zu bekämpfen und zu vermeiden. Die vielfach übliche Verhöhnung solcher Einsicht schafft keinen besseren Weg. Der internationale Anpassungszwang verlangt eine neue Gewichtung der finanzpolitischen Ziele, auch insoweit eine qualitative Konsolidierung.

33. In der Öffentlichkeit ist die Besorgnis aufkommen, ein hoher Bundesbankgewinn dieses Jahres, der nach dem Gesetz dem Bund zusteht, werde im kommenden Jahr als Beitrag zu unsolider Finanzierung des defizitären Bundeshaushalts dienen.

In der Tat dürfte die Bundesbank für das Jahr 1981 einen hohen Gewinn ausweisen, einerseits der hohen Zinsen wegen, die sowohl bei den Devisenreserven als auch bei den auf D-Mark lautenden Forderungen hohe Erträge bewirken, andererseits des hohen Dollarkurses wegen, der wie schon 1980 keine Wertberichtigungen bei den Dollarforderungen als Gegenposten zu den hohen Zinserträgen erfordern wird.

Für die Aufgabe einer stabilitätsgerechten Geldmengensteuerung wirkt die Gewinnablieferung der Bundesbank keine Probleme auf. Durch sie kommt zwar Zentralbankgeld in den Kreislauf. Das heißt aber nur, daß auf andere Weise entsprechend weniger Zentralbankgeld herzugeben ist. Sollte solche Kompensation auf Grenzen stoßen, so könnte die Bundesbank Wertpapiere am offenen Markt verkaufen. In Betracht käme schließlich auch, daß die Bundesbank wie schon einmal 1976 ihre Gewinnablieferungspflicht im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen teilweise durch Hergabe von Wertpapieren erfüllt. Das Problem für die Geldpolitik ist also ein banales Problem der Abstimmung zwischen Bundesbank und Finanzministerium hinsichtlich des Managements der Staatsschuldenpolitik.

Falsch wäre es daher auch, sich von dem Beitrag, den die Gewinnablieferung zur Finanzierung des Bundeshaushalts leistet, eine entsprechende Entlastung der Kreditmärkte zu versprechen. Das kompensatorische Verhalten der Bundesbank beim Erwerb anderer Aktiva schließt dies aus.

Was die haushaltspolitische Seite des Problems angeht, so brauchte im Prinzip nicht streitig zu sein, daß ein Gewinn der Bundesbank zu den Dauerposten der Haushaltsplanung gehören darf. Geboten ist freilich, ihn im Vorhinein vorsichtig zu bemessen, da der Gewinn unsicher ist, und den tatsächlich abzuliefernden Gewinn so weit als irgend vertretbar zu verstetigen.

Der Bilanzgewinn der Bundesbank weist sehr große Schwankungen auf. Das hängt in erster Linie mit den Wertberichtigungen auf Auslandsforderungen zusammen, die den abrupten Wechselkursänderungen folgen. Gewinnablieferungen von 8 bis 10 Mrd DM nach 2,3 Mrd DM 1981 und Null 1980 sollten in die Haushaltsplanung und damit auch die Ausgabenplanung des Bundes nicht eingehen. So hohe Ge-

winne entstehen wie erwähnt nur bei einer realen Abwertung der Mark. Ein entsprechender Spielraum für zusätzliche konjunkturneutrale öffentliche Ausgaben entsteht dadurch nicht. Nötig wäre eigentlich, auch in Jahren, in denen es trotz eines Inflationsgefälles zwischen Inland und Ausland zu einer Höherbewertung der D-Mark an den Devisenmärkten nicht kommt, vorsorglich Rückstellungen für Wertberichtigungen auf die Auslandsforderungen der Bundesbank nach Maßgabe des Inflationsgefälles zu bilden (und später in Jahren einer realen Aufwertung der D-Mark aufzulösen). Nach den Bilanzierungsregeln der Bundesbank ist dies derzeit allerdings nicht ohne weiteres möglich, weil die Dollarforderungen der Bundesbank — der mit Abstand größte Posten der Auslandsforderungen — schon mit außerordentlich niedrigen Werten bilanziert sind. Es sollte jedoch möglich sein, neben der Gewinnermittlung der Bundesbank einen Weg zu verstetigten Ablieferungen an den Bund zu finden. Eine vorsichtige Bemessung der Ablieferungen würde zu Gewinnreserven bei der Bundesbank führen, die dann eine Ablieferung an den Bund auch in Jahren erlaubten, in denen große Wertberichtigungen bei den Auslandsforderungen in der laufenden Erfolgsrechnung wieder einen Verlustausweis bedingen. Die Verstetigung der Ablieferungen sollte freilich nicht so weit getrieben werden, daß künftig einmal Ablieferungen getätigt werden, wenn weder Gewinne erwirtschaftet werden noch Rücklagen aufzulösen sind.

Bei unseren Überlegungen zur Größe der Konsolidierungsaufgabe der öffentlichen Haushalte sind wir von jährlichen Ablieferungen der Bundesbank in Höhe von rund 3 Mrd DM ausgegangen.

Zur Geld- und Währungspolitik

34. Das Gesetz verpflichtet die Bundesbank auf die Aufgabe, „die Währung zu sichern“. Nur im Rahmen dieser Aufgabe ist sie auch gehalten, die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen. Die Unternehmen, die Privaten und die öffentlichen Haushalte sollen ihre Ausgabenpläne, ihre Einkommensansprüche unter monetären Bedingungen koordinieren, die Inflation ausschließen. Nicht jeder Erhöhung des Preisniveaus muß die Bundesbank entgegenreten, jedoch im Prinzip jeder Tendenz zu einer dauerhaften, vor allem jeder Tendenz zu einer ständigen Erhöhung des Preisniveaus. Dies ist eine mit guten Gründen durch Gesetz festgelegte Rahmenbedingung der dezentral organisierten Volkswirtschaft. Sie steht bei drohender Inflation nicht unter dem Vorbehalt der Abwägung zwischen verschiedenen Zielen der Wirtschaftspolitik. Die Erfahrung hat gezeigt, in der Bundesrepublik wie in vielen anderen Ländern, daß eine Relativierung des Ziels der Geldwertstabilität auch den anderen Zielen der Wirtschaftspolitik nicht dauerhaft nützt, sondern eher schadet. Die Geldpolitik sorgt auch für Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und angemessenes wirtschaftliches Wachstum am besten vor, wenn sie für stabiles Geld sorgt. Und rechtzeitiges Eintreten für einen stabilen Geldwert

kann und muß eine Situation verhindern, in der die Geldpolitik wegen einer schon entstandenen Inflation gar nicht mehr anders kann, als im Zielkonflikt zu entscheiden.

Die Notenbank genügt in der Regel ihrer Aufgabe, wenn sie konsequent eine mittelfristig am Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials orientierte Geldmengenpolitik betreibt. Dies schafft Klarheit in der Rollenverteilung der Wirtschaftspolitik. Der Staat und die autonomen Gruppen werden auf die Verantwortung verwiesen, die sie für Fehlentwicklungen tragen, wenn sie mit souveräner Finanzgewalt beziehungsweise mit übergroßer Marktmacht im Streit um die Einkommensverteilung Ansprüche durchsetzen, die nicht inflationsfrei zu finanzieren sind.

Nur in besonderen Ausnahmefällen sollte die Notenbank von dem mittelfristig orientierten Pfad der Geldmengensteuerung abweichen. Der Sachverständigenrat hat sich hierzu schon in früheren Gutachten geäußert. Eine vorübergehende Abweichung nach unten etwa ist nötig, wenn eine massive Abwertungstendenz beim Wechselkurs einen inflatorischen Impuls zu setzen droht, der nach menschlichem Ermessen auch bei unverändertem Geldangebot nicht ausreichend rasch verarbeitet wird, sondern eine Anpassungsinflation einleitet, die dann nur mühsam und unter erhöhten Kosten allmählich unter Kontrolle gebracht werden kann (JG 80 Ziffern 173, 298, 307 ff.). Die Notenbank ist insbesondere dann nicht von ihrer Pflicht frei, frühzeitig zugunsten des Geldwerts zu intervenieren, wenn die Ursachen für den inflatorischen Impuls einer Wechselkursabwertung ganz oder überwiegend im Ausland liegen; denn die Verantwortung für die negativen Beschäftigungsfolgen einer verspäteten Unterdrückung der Anpassungsinflation fällt dann nicht einfach voll auf diejenigen, die an dieser Anpassungsinflation mitwirken, sondern auch auf sie.

35. Die Geldpolitik, die die Bundesbank im vergangenen Jahr sowie in den ersten Monaten dieses Jahres betrieben hat, steht im Einklang mit solchen Überlegungen. Angesichts der Tendenz zur Abwertung der D-Mark hielt sie 1980 die Expansion der Zentralbankgeldmenge unterhalb dessen, was ein mittelfristig orientierter Expansionspfad erfordert hätte. Und für 1981 kündigte sie eine Expansion um 4 vH bis 7 vH an, ausgehend von einer Basis, die wegen der sehr schwachen monetären Expansion im mittleren Teil des vergangenen Jahres recht niedrig war. Das kontraktive Moment des vergangenen Jahres, das auf diese Weise mit in das neue Jahr hineingenommen wurde, dürfte zwar allmählich an Wirksamkeit verlieren. Die Bundesbank nahm sich aber vor, bei unverändert ungünstiger Wechselkurs tendenz auch 1981 die Zentralbankgeldmenge wieder im unteren Bereich ihres Zielbandes zu halten. Dazu paßte, daß sie im Februar, als die D-Mark nicht nur gegenüber dem Dollar erneut schwach wurde, sondern auch im Europäischen Währungssystem gestützt werden mußte, ja sogar unsinniges Gerede über eine allfällige Abwertung der Mark gegenüber den europäischen Partnerwährungen aufkam, den Zugang zum Notenbankkredit erschwerte und kräf-

tig verteuerte. Das half. Allerdings blieb es nicht der letzte Schwächeanfall der D-Mark. Aus vermutlich vielfältigen Gründen, unter denen die wachsende Unsicherheit hinsichtlich der Finanzierbarkeit der deutschen Staatsdefizite eine nicht quantifizierbare, aber wohl wichtige Rolle spielte, stieg der Dollarkurs von Mitte April bis Ende Juni 1981 um 10 vH auf 2,39 DM, zeitweise sogar darüber. Nur im Europäischen Währungssystem blieb die Mark fest. Schwache Partnerwährungen zogen die D-Mark eher mit herunter. Diesmal zögerte die Bundesbank jedoch, dem spektakulären Kursverfall der D-Mark zinspolitisch entgegenzutreten. Sie nahm in Kauf, daß der Eindruck entstehen konnte, sie habe sich zu einem unerklärten Kurswechsel entschlossen, die Bereitschaft zu weiteren Zinssteigerungen sei erschöpft.

Die Zentralbankgeldmenge bewegt sich nur leicht unterhalb der Mittellinie des Zielbandes der Bundesbank. Das Geldvolumen in der engsten Abgrenzung, die Geldmenge M 1 als Summe des Bargeldumlaufs und der Sichteinlagen bei den Banken, ist zwar in den letzten Monaten sogar absolut kleiner geworden. In dieser Abweichung dürfte aber vor allem die von den hohen Zinsen angetriebene Rationalisierung der Kassenhaltung zum Ausdruck kommen (Anstieg der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes). Der Bargeldumlauf stagnierte. Die Termineinlagen nahmen kräftig zu. Zentralbankgeld sparend wirkte sich auch das Umsteigen auf mindestreserverfreie längerfristige Anlagen bei Banken sowie auf Kapitalmarktanlagen aus. Eine Mark Zentralbankgeld ist heute viel effizienter genutzt.

36. Der gegenwärtige Dollarkurs ist ein Alarmzeichen für die Stabilitätspolitik, zumal die reale Abwertung der D-Mark, also die Abwertung unter Berücksichtigung der internationalen Inflationsunterschiede, weit über die nominale Abwertung hinausreicht. Daher ist auch schon die Konstanz des Wechselkurses der Mark gegenüber den Währungen der Partnerländer im Europäischen Währungssystem, die überwiegend noch sehr hohe Inflationsraten haben, eine äußerst bedenkliche Sache. Das Tor für den Inflationsimport steht weit offen. Von den rasch steigenden Einfuhrpreisen über die Erzeugerpreise industrieller Produkte führt der Weg zu den Preisen der Lebenshaltung. Der Infekt wird sich nicht auf die Preise für importierte Fertigwaren und stark importhaltige Inlandswaren beschränken. Er erfaßt mehr und mehr die mit Importen konkurrierenden Bereiche wie auch die Güter, die sowohl exportiert als auch im Inland angeboten werden und wegen der Inflation im Ausland und der Abwertung der D-Mark ständig teurer verkauft werden können. Mangel an Kaufkraft dämpft diesen Prozeß, indem er an anderer Stelle Preissenkungen oder Minderpreissteigerungen erzwingt, verhindert ihn kurzfristig jedoch nicht.

Dieser Umstand ist es, der schon heute mit größter Besorgnis an die nächste Lohnrunde denken läßt. Sie ist die wichtigste Station in der Anpassungs-inflation, weil mit der Anpassung des binnenwirtschaftlich bestimmten Teils des Kostenniveaus eine

Erhöhung des Preisniveaus irreversibel zu werden pflegt. Selbst wer für möglich hielte, daß für die reine Verteuerung von Importwaren in der Lohnpolitik kein Inflationsausgleich durchgesetzt wird, muß wenig realistisch finden, daß auch adaptive Preissteigerungen für im Inland erzeugte Güter so behandelt werden.

Wer der Geldpolitik raten will, auf die Möglichkeit zu setzen, daß die Lohnpolitik bei wechselkursbedingtem Inflationsimport Zurückhaltung üben könnte, hat jedenfalls die Erfahrung nicht auf seiner Seite. Das Jahr 1981 bot für solche Zurückhaltung besondere Voraussetzungen: Die Wirtschaftslage war schlecht, die Arbeitslosigkeit stieg, ein ungewöhnlich hoher Anteil der Preissteigerungen war für jedermann sichtbar importbedingt. Trotzdem sahen sich die Arbeitnehmerorganisationen nicht in der Lage, Lohnsteigerungen unterhalb der Preissteigerungen zu akzeptieren. Gerade diejenigen, die für Reallohnsicherung als Mindestziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik volles Verständnis haben, müßten eigentlich den damaligen Kurs der Bundesbankpolitik, der abwertungsbedingten Importverteuerung enge Grenzen zu ziehen, als voll gerechtfertigt ansehen. Sie könnten nicht dazu raten, den Wechselkurs der Mark einfach fallen zu lassen, sondern müßten konsequenterweise dafür eintreten, daß eine wechselkursbedingte Importverteuerung, die über das hinausgeht, was bei unveränderten Reallohnen durch gleichzeitigen Produktivitätsfortschritt in der Wirtschaft kostenniveauneutral verarbeitet werden kann, nicht tolerierbar ist. Sie müßten es tun zum Schutz der Reallohne und zur Vermeidung einer Überforderung der Flexibilität der Lohnpolitik in der Zukunft. Und selbstverständlich kommt nach einer Lohnrunde nicht schon deshalb eine andere, nachgiebigere Geldpolitik in Frage als vorher, weil die nächste Lohnrunde noch weit ist. Das wäre allzu kurzfristige, kurzatmige Politik, von der zynischen Haltung gegenüber den Arbeitnehmern, die darin läge, einmal ganz abgesehen.

Eine Bekräftigung und konsequente Fortsetzung des geldpolitischen Kurses, den die Bundesbank in den ersten Monaten dieses Jahres zur Eingrenzung der wechselkursbedingten Importverteuerung verfolgt hat, erscheint angezeigt.

37. Einer unerträglich starken Abwertung der Währung notfalls zinspolitisch entgegenzutreten, heißt nicht, auf Dauer einen bestimmten Wechselkurs anzustreben. Niemand weiß, welche reale Bewertung der D-Mark im Verhältnis zum Dollar auf längere Sicht den Marktverhältnissen entspricht. Hat die Stabilisierungspolitik in den Vereinigten Staaten nachhaltigen Erfolg, so könnte der Dollar, gemessen an seiner Kaufkraftparität, auf Dauer eine starke Währung bleiben. Das wäre wegen der stabilisierenden Rolle einer gesunden Leitwährung — einer Rolle, die in den vergangenen Jahren unbesetzt war — weltwirtschaftlich sogar zu begrüßen. Ob es dazu kommt, läßt sich nicht vorhersagen. Aber auch wenn es dazu käme, wäre der abrupte Anstieg des Dollarkurses, den wir in den vergangenen Monaten erlebt haben, unerwünscht. Er müßte dann

nach Möglichkeit zeitlich gestreckt werden, damit der zuvor umrissene Spielraum für eine inflationsfreie Anpassung der Volkswirtschaft nicht überzogen wird.

38. Begründet erscheint die Erwartung, daß der gegenwärtige Dollarkurs der D-Mark nur vorübergehend auf seiner derzeitigen Höhe bleibt. Von deutscher Seite aus könnte ein glaubwürdig eingeschlagener neuer Weg der Finanzpolitik sowie eine deutliche Tendenz zur Besserung der Leistungsbilanz sehr rasch diese Wirkung haben. Ein Argument, mit der Verteuerung des Geldes zu warten, gewinnt man daraus freilich nicht. Bestätigt sich die Erwartung, könnte man die Zinsen alsbald wieder senken. Bestätigt sie sich hingegen nicht, hätte man eine weitere Runde im Kampf gegen den Inflationsimport verloren, wenn man nicht rechtzeitig gegengehalten hat.

39. An der kräftigen realen Abwertung der D-Mark beeindruckt viele die Chance, auf diese Weise rasch zu einer Lösung des Leistungsbilanzproblems zu kommen. In der Tat ist ja eine Senkung der relativen Preise gegenüber dem Ausland dabei hilfreich. Sie verbessert die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Freilich müßte es eine nachhaltige Senkung sein, keine, die rasch wieder in einer binnenwirtschaftlichen Anpassungsinflation verpufft. Die Gefahr einer Anpassungsinflation aber ist, wie zuvor dargelegt, nicht zuletzt eine Frage des Ausmaßes der vom Wechselkurs bestimmten Veränderung der Inlandspreise im Verhältnis zu den Auslandspreisen. Überdies hat man sich eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nicht von einer Abwertung, sondern in erster Linie von einer Senkung des inländischen Kostenniveaus — und von besseren Produkten — zu wünschen; das ist der solide Weg.

Eine nur vorübergehende Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ist auch nicht allein wegen der negativen Folgen einer später dann zu bekämpfenden Anpassungsinflation abzulehnen. Sie bringt selbst kurzfristig keinen Gewinn. Denn kurzfristig dominiert bei einer Abwertung der Währung erfahrungsgemäß die Verteuerung der Einfuhr gegenüber der mengenmäßigen Steigerung der Ausfuhr und der mengenmäßigen Einschränkung der Einfuhr. Die Leistungsbilanz verschlechtert sich noch. Der Kaufkraftentzug schlägt im Einkommenskreislauf stärker zu Buche als die Einkommensteigerung aus vermehrtem Export und verdrängtem Import. Erst mit mehr oder weniger starker Verzögerung dominiert der Gewinn.

Schließlich: Eine zu rasche Senkung des Leistungsbilanzdefizits anstreben bedeutet bereit sein, die deutschen Waren notfalls zu verschleudern. Dazu besteht kein Anlaß. Ein allmählicher, aber verlässlicher Abbau des Leistungsbilanzdefizits sollte ausreichen, das internationale Vertrauen in die Stärke der D-Mark rasch genug zu festigen, also eine problemlose Kreditfinanzierung des vorläufig verbleibenden Defizits zu ermöglichen, will sagen eine Finanzierung zu niedrigeren Zinsen bei wieder steigendem Wechselkurs.

40. Mit noch größerem Akzent wird das Argument vorgetragen, eine wieder energischer zugunsten des Geldwerts intervenierende Bundesbank werde die inzwischen mögliche Besserung der Wirtschaftslage erneut verzögern. Die hohen Zinsen sind für den binnenwirtschaftlichen Sektor der Volkswirtschaft, namentlich für die Bauwirtschaft, zweifellos eine schwere Belastung. Aber die schwierige Situation hat ihre Wurzeln nicht in der Geldpolitik der Bundesbank. Wollte die Bundesbank auf diese Situation mit einer Politik antworten, bei der um kurzfristiger Beschäftigungsvorteile willen die Gefahr einer Inflation in Kauf zu nehmen wäre, so müßte sie dies nach einem von der Erfahrung widerlegten Konzept tun. Überdies darf man die Zinssteigerung nicht für sich sehen. Der außenwirtschaftliche Sektor der Volkswirtschaft, also der exportierende sowie der mit Importen konkurrierende Bereich, erlebt ja durch die reale Abwertung der D-Mark, zu der es trotz des Gegenhaltens der Bundesbank gekommen ist, einen kräftigen Impuls, der in manchen Bereichen sogar stärker zu Buche schlagen dürfte als die hohen Zinsen. Ins Investitionskalkül wird zwar nur eine reale Wechselkursänderung eingehen, die für dauerhaft gehalten wird, also nicht die ganze derzeit beobachtbare reale Kursänderung. Aber die Investitionsplanung auf die Erwartung zu gründen, daß es alsbald wieder zu einem Überschießen der Kursentwicklung in die Gegenrichtung kommt, besteht auch kein Anlaß. Eine gewisse Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sollte sich festhalten lassen. Dies ist nicht zuletzt eine Frage der für die Zukunft zu erwartenden Lohnpolitik und Finanzpolitik, die ja wesentlich mitbestimmen, bei welchen Zinsen und Wechselkursen die Bundesbank sorgenfrei in bezug auf Leistungsbilanz und Inflationsgefahren zum Pfad eines wieder reichlicheren Geldangebots zurückkehren kann.

41. Gegen eine straffere Geldpolitik wird auch angeführt, die Bundesrepublik könne sich nicht zu Lasten ihres Beschäftigungsstandes voll ins Schlepptau einer Zinspolitik nehmen lassen, mit der die Vereinigten Staaten im Rahmen einer sehr eigenwilligen Politikmischung ihren Stabilitäts- und Wachstumsproblemen beizukommen suchten. Abhilfe müsse von der amerikanischen Politik kommen. Ob die amerikanische Geldpolitik zweckmäßig gehandhabt wird, mag hier offen bleiben. Daß energische Inflationsbekämpfung in Amerika sehr dringlich ist, steht außer Frage. Daß hohe Zinsen in Amerika bei Vermeidung einer unerträglich hohen Abwertung der Mark hohe Zinsen in der Bundesrepublik bedeuten, trifft in dieser Strenge freilich nicht zu. Es gab Jahre, in denen hohe Zinsen in Amerika mit einer Abwertung des Dollar einhergingen und die Zinsen in Deutschland niedrig waren (JG 80 Ziffer 201). Das mag ebenso ungewöhnlich gewesen sein wie die jüngste Entwicklung. Lehrbuchmäßig wäre eher ein mittlerer Fall: Mit einem Anstieg des Zinsniveaus in Amerika verbindet sich bei unveränderten Zinsen in anderen Ländern eine Aufwertung des Dollar, die dem Ausmaß des Zinsanstiegs unter Berücksichtigung der Zeitdauer, für die die erhöhten Zinsen erwartet werden, entspricht. Dies sind jedoch im allgemeinen geringe oder mäßig große Wechselkursände-

rungen. Zumal bei jenen Terminkursen, die für den Handel besondere Bedeutung haben, ist die Wirkung meist schon stark abgeschwächt. Wechselkursänderungen von dreißig oder vierzig Prozent, wie wir sie in den vergangenen Jahren in der einen wie in der anderen Richtung beobachtet haben, sind aus geänderten Zinsdifferenzen nicht zu erklären. Zu so großen Wechselkursänderungen kommt es nur, weil der bloße Zinszusammenhang von vielen anderen Einflußfaktoren überlagert ist. Und hier kommen eben auch die deutschen Einflußfaktoren ins Spiel, das enorme Leistungsbilanzdefizit und der schlechte Zustand der Staatsfinanzen. Kurz: Mit dem Einfluß der hohen amerikanischen Zinsen auf den Wechselkurs der Mark könnten wir bei normalen Zinsen ohne übergroße Furcht vor Inflationsimport fertig werden, wenn es allein diesen Einfluß gäbe. Aber die ungelösten heimischen Probleme und wohl auch Einflüsse, die unmittelbar weder etwas mit den Vereinigten Staaten zu tun haben noch zu unserer eigenen Disposition stehen, drücken den Wechselkurs der Mark weiter herunter. Wie die Vereinigten Staaten ihren Bedarf an hohen Zinsen haben, so haben wir den unseren. Daß kurzfristig die Bewegungen in den internationalen Zinsdifferenzen und die Bewegungen bei den Wechselkursen, namentlich bei den Kassakursen, einen besonders auffälligen Zusammenhang aufweisen, ist normal und darf den Blick hierfür nicht verstellen. (Der Einfluß der anderen Faktoren zeigt sich vor allem, wenn Kassakurse und Terminkurse für Fristen mit unveränderten Zinsdifferenzen sich gleichzeitig und in der gleichen Richtung bewegen.)

Die Bundesrepublik ist also nicht dazu verurteilt, so lange hohe Zinsen zu haben, wie in den Vereinigten Staaten die Zinsen hoch sind. Eine bessere Leistungsbilanz und ein besserer Zustand der Staatsfinanzen wird wieder ein größeres Zinsgefälle erlauben, vor allem bei den langfristigen Zinsen, auf die es für das Investitionskalkül besonders ankommt. Wie auch eine Geldpolitik, die konsequent am Schutz des Geldwerts orientiert ist und am Geldmarkt eine weitere Verknappung nicht scheut, keinen negativen Einfluß auf die langfristigen Zinsen haben muß. Im Gegenteil. Wer Vertrauen in die Währung schafft, bewirkt über kurz oder lang niedrige Zinsen. Ob es eher über kurz oder eher über lang gelingt, das freilich hat nicht in erster Linie die Geldpolitik in der Hand. Hier geht es wiederum um die Frage, ob die Lösung der Probleme unserer Leistungsbilanz und der öffentlichen Haushalte vor allem im Rahmen gesamtwirtschaftlicher Restriktionen gefunden werden muß — und das hieße eben auch: bei hohen Zinsen — oder ob es rasch gelingt, Bedingungen für erneuerte Wachstumsdynamik zu schaffen

(unter denen von der Anlageneigung, das heißt vom Kapitalangebot her, niedrige Zinsen möglich und von der Investitionsneigung, das heißt von der Kapitalnachfrage her, hohe Zinsen zu verkraften wären). Mehr Geld bewirkt mehr Wachstumsdynamik nicht. Hohe Zinsen also im Vorlauf zu möglichst bald niedrigen Zinsen. Nicht aus Respekt vor den hohen amerikanischen Zinsen soll die Bundesbank zu einer wieder strafferen Geldpolitik gedrängt werden, sondern aus Respekt vor der Tatsache, daß offensichtlich alle Welt unsere Probleme für groß und ungelöst hält, uns deshalb hohe Zinsen abverlangt und unsere Währung niedrig bewertet. Die niedrige Bewertung unserer Währung ist in einem erweiterten Sinne im Grunde Teil der Zinsforderung des Auslands an uns. Die Volkswirtschaft entgeht dieser Zinsforderung nicht dadurch, daß die Notenbank Geld billiger abgibt (und den Wechselkurs fallen läßt).

Entgegentreten ist insoweit auch der Vorstellung, das Sinken des Wechselkurses schaffe ja gerade die Voraussetzung dafür, daß sich wieder Aufwertungserwartungen bilden können, die nun einmal zu einem internationalen Zinsgefälle gehörten. Eine kräftige Abwertung ist Ausdruck internationalen Mißtrauens in eine Währung, eine Aufwertung Ausdruck des Vertrauens. Mißtrauen als Vorlauf zu Vertrauen — das wäre verquere Politik. Nichts dürfte sicherer sein, als daß aus einer Politik des leichten Geldes keine Aufwertungserwartung entsteht.

42. Zu einer konsequent auf Schutz des Geldwerts bedachten Politik gehört eine baldige Bereinigung der Wechselkursprobleme im Europäischen Währungssystem. Die D-Mark ist gegenüber den anderen Währungen offensichtlich unterbewertet. Der Versuch der Regierungen der Partnerländer, eine Abwertung ihrer Währung wenn irgend möglich zu vermeiden, ist angesichts der gravierenden Probleme der Inflationsbekämpfung in diesen Ländern und der schlechten Erfahrungen mit den inflatorischen Impulsen einer Abwertung durchaus verständlich. Die Aufrechterhaltung eines offensichtlich unrealistisch gewordenen Wechselkursgefüges, das heißt die bloße Vertagung des Unvermeidlichen, ist jedoch weder im Interesse dieser Länder, noch ist sie zumutbar für die Länder, deren Währung aufgewertet werden müßte, noch ist sie mit der Gründung des Europäischen Währungssystems gemeint. Auf keinen Fall sollte in Betracht kommen, eine geldwertpolitisch nötige Korrektur des Kurses der Bundesbank etwa deshalb zu unterlassen, weil dies bald Entscheidungen über neue Leitkurse im Europäischen Währungssystem erzwingen würde.

• • •

Eine andere Meinung

Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Werner Glastetter, kann sich in zwei Punkten — hinsichtlich des finanzpolitischen Kurses und hinsichtlich des geldpolitischen Kurses — der Mehrheitsmeinung nicht anschließen.

Zum finanzpolitischen Kurs

43. Grundsätzlich wird zwar die Einschätzung der Ratsmehrheit geteilt, daß — angesichts einer Netto-Neuverschuldung, die sich zu beschleunigen droht — ein erheblicher Konsolidierungsbedarf bei den öffentlichen Haushalten besteht; sie wird vor allem deshalb geteilt, weil die Rückgewinnung der finanzpolitischen Flexibilität eine wichtige Voraussetzung dafür ist, angesichts der Arbeitsmarktentwicklung notwendige, mittelfristig orientierte öffentliche Investitionsprogramme vorzulegen. Es bestehen aber Bedenken gegenüber einer Konsolidierungsstrategie, die, unter der Restriktion einer Steuerquote von 24 vH, nur die Ausgabenseite unter die Konsolidierungspflicht stellt. Unbestritten sei, daß Ausgabenkürzungen dort geboten sind, wo Ausgaben — gemessen an ihren Intentionen — ineffizient sind, oder wo sie mißbräuchlich genutzt werden. Darüber hinaus erscheinen aber folgende Überlegungen bedenkenswert:

- Zunächst muß man sehen, daß in den 70er Jahren der Anstieg der Staatsausgaben zwar zu einer Erhöhung der Staatsquote (Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen) von etwa 29 vH (1970) auf gut 32,5 vH (1980) geführt hat. Dies war aber nichts anderes als Ausdruck der Anfang der 70er Jahre weithin anerkannten Notwendigkeit, daß der Staat mehr als bislang bestimmte Allokations- und Distributionsfunktionen zu übernehmen hat und zu diesem Zweck einen höheren Anteil des Potentials für sich in Anspruch nehmen muß. Für den Ausgabenanstieg gab es insoweit anerkannten Bedarf; die Folge waren mehr reale öffentliche Leistungen und mehr Transferleistungen.
- Sodann muß man sehen, daß die Defizitentwicklung seit Mitte der 70er Jahre gar nicht die Folge eines forcierten Ausgabenverhaltens, sondern zum ganz überwiegenden Teil die Folge von Steuermindereinnahmen aufgrund von Steuerentlastungsprogrammen war, die beschlossen wurden, teils um (unerwünschte) Steuerprogressionseffekte zu vermeiden, teils um (erhoffte) konjunkturelle Expansionseffekte zu erreichen. Und die anstehenden Haushaltsrisiken (für 1981/1982) sind eher Ausdruck der Tatsache, daß ein Verzicht auf einen hinreichend expansiven Kurs bei der Finanzpolitik zur konjunkturellen „Unzeit“ Konsolidierungsprobleme nicht löst, sondern — über Steuermindereinnahmen und durch Arbeitslosigkeit verursachte Mehrausgaben, die 1981 zusammen allein etwa ein Viertel der tatsächlichen Netto-Neuverschuldung ausmachen dürften — eher noch verschärft. Diese Defizite mögen — gemessen am Konzept des konjunkturneutralen Haushalts — zwar nicht zur Konsolidierung anstehen; dies ändert aber nichts an der

Tatsache, daß sie die Netto-Neuverschuldung erhöht haben.

Beide Überlegungen begründen die Bedenken gegen einen Konsolidierungskurs, der nur die Ausgabenseite in die Pflicht nimmt. Erforderlich erscheint auch die Hinnahme einer höheren Steuerquote. Diese mag sich — indirekt — ergeben durch Streichung von Steuervergünstigungen; diese mag sich — direkt — ergeben durch eine differenzierte Mehrwertsteuererhöhung, aber auch durch eine Tarifanhebung etwa bei der Vermögensteuer oder durch Erhöhung der Steuersätze bei den Spitzentariifen bei der Einkommensteuer. Schließlich sollte nicht aus dem Bild bleiben, daß — wie eine Untersuchung des DIW zeigt — die Nettobelastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in den 70er Jahren (gegenüber den 60er Jahren) deutlich gesunken ist. Damit soll nicht einer generellen Einkommensteuererhöhung das Wort geredet werden; die Abgabenlast bei den kleinen und mittleren Einkommen ist schließlich bereits bemerkenswert hoch. Wohl aber soll die Chance eines sozial ausgewogenen Konsolidierungsweges angestrebt werden. Diese Ausgewogenheit ist aber bei einem Konsolidierungsweg, der vor allem auf der Ausgabenseite ansetzt — und etwa noch mit einer Erhöhung des Kostendeckungsgrades bei öffentlichen Dienstleistungen verbunden wird —, und der sich auf der Einnahmenseite auf die Beseitigung von Steuervergünstigungen und eine Steuerumschichtung beschränkt, nicht zu erreichen. Die Ausgewogenheit erscheint aber allein deshalb geboten, weil in der Gesellschaft gewiß Einsicht in die Konsolidierungsnotwendigkeit besteht, diese Einsicht aber nur dann auf Dauer tragfähig sein dürfte, wenn für alle gesellschaftlichen Gruppen erkennbar ist, daß auch alle gesellschaftlichen Gruppen Konsolidierungslasten tragen müssen. Dies gilt um so mehr, wenn vermutlich der Konsolidierungsprozeß wiederum nicht nur über die Einnahmenseite erfolgen kann, insoweit die Notwendigkeit einer Bedarfsprüfung auf der Ausgabenseite, die über die Mißbrauchs-beseitigung hinausgeht, nicht auszuschließen ist.

Zum geldpolitischen Kurs

44. Grundsätzlich kann die positive Würdigung der Geldpolitik durch die Ratsmehrheit nicht geteilt werden — schon gar nicht die Erwägung, den restriktiven Kurs aus Stabilitätsgründen noch zu verschärfen. Gewiß hat die Geldpolitik die Aufgabe, die Währung zu sichern. Doch mit ihrem gegenwärtigen Kurs hat sie trotz der zinspolitischen Verschärfung im Frühjahr 1981 nicht verhindern können, daß sich die Abwertungstendenz der D-Mark gegenüber dem US-Dollar fortgesetzt und der Inflationsimpert gehalten hat. Gleichzeitig sind von seiten der Zinsentwicklung erhebliche zusätzliche Risiken für die Binnenkonjunktur entstanden. Nicht zuletzt hat der Zinskosteneffekt noch zusätzliche Belastungen für die öffentlichen Haushalte gebracht. Insofern erscheint ein geldpolitischer Kurswechsel, der auf Liquiditäts- und zinspolitische Lockerung abzielt und den Wechselkurs dann dem Markt überläßt, dringend geboten. Gewiß sind auch dann damit Risiken verbunden; sie sind jedoch geringer einzuschätzen

als jene, die von einem anhaltenden oder gar verschärften Restriktionskurs ausgehen:

- Ein Risiko wird von der Ratsmehrheit darin gesehen, daß sich die Abwertung der D-Mark bei geldpolitischer Lockerung fortsetzen könnte. Dennoch ist der in diesem Votum angeratene Kurswechsel keine Strategie, um Lohnabschlüsse im nachhinein zu entwerten; denn dieses Risiko muß nicht auf Dauer hoch veranschlagt werden. Abgesehen davon, daß eine kurzfristige Abwertung einen nicht unerheblichen Beitrag zur Leistungsbilanzverbesserung leisten könnte (zwar mit Verzögerung, aber Tendenzen hierzu zeichnen sich bereits ab), wäre bei einer zunächst nicht auszuschließenden Abwertung eher die Chance zu sehen, daß sich rascher als beim bestehenden restriktiven geldpolitischen Kurs Aufwertungserwartungen herausbilden, die das Zinsgefälle überkompensieren. Diese Erwartung erscheint um so mehr begründet, als der angelegte Trend zur Leistungsbilanzverbesserung, in Verbindung mit dem Gefälle in den Veränderungsraten bei den Preisen und den Lohnstückkosten zugunsten der Bundesrepublik, hierfür eine gute Basis böte.
- Ein zweites Risiko wird von der Ratsmehrheit darin gesehen, daß der (zwar kurzfristig nicht auszuschließende, aber nicht unbedingt auf Dauer angelegte) Abwertungseffekt — über Importverteuerung und daran anknüpfende Lohnforderungen — in eine sich verstärkende Anschlußinflation ausmünden könnte. Auch dieses Risiko muß nicht sehr hoch veranschlagt werden. Zunächst muß man sehen, daß über eine Zinssenkung direkt und indirekt über die dadurch be-

wirkte Nachfragestimulierung, die ihrerseits zu einer besseren Kapazitätsauslastung und damit Produktivitätssteigerung führt, auch Kosten- und damit Preisentlastungseffekte entstehen. Sodann kann unterstellt werden, daß die Gewerkschaften auch anerkennen, daß importbedingte Preiseffekte, die auf vielfältige Weise durchwirken, sofern sie Folge einer beschäftigungssichernden Geldpolitik sind, nicht noch einmal zur Verteilung anstehen. Daß dies in der Lohnrunde 1981 noch nicht voll realisiert wurde, kann nicht unbedingt als Gegenbeweis herangezogen werden. Denn es ist — angesichts einer seit Jahren tendenziell sinkenden strukturbereinigten Lohnquote — nicht eben selbstverständlich, daß der Verzicht auf Produktivitäts- und Umverteilungsanspruch Lohnabschlüsse möglich machte, die nicht nur deutlich unter jenen des Vorjahres liegen, sondern die — über eine neuerliche Vergrößerung der Differenz zwischen dem Lohnstückkostenanstieg im Inland und dem im Ausland — die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland noch zusätzlich verbessern.

Insgesamt gesehen, ist somit davon auszugehen, daß eine Änderung des geldpolitischen Kurses mit geringeren Risiken versehen ist als seine restriktive Beibehaltung oder gar Verschärfung. Im übrigen ist nicht ganz ohne Belang, daß die Geldpolitik zwar der Währungssicherung verpflichtet ist, dies aber dennoch die Notwendigkeit einer „Güterabwägung“ nicht ausschließt, wenn — wie erkennbar für 1981 und danach — gravierende Belastungen der Investitionsneigung und damit noch zusätzliche Arbeitsmarktrisiken drohen.

V.

Methodische Erläuterungen

A. Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole:

- t Zeitindex (Jahre)
 K_t durchschnittliches Bruttoanlagevermögen
 Y_t reales Bruttoinlandsprodukt
 Y_t^* gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
 P_t^* Produktionspotential des Sektors Unternehmen
 k_t empirisch gemessene Kapitalproduktivität
 \hat{k}_t trendmäßige Kapitalproduktivität
 k_t^* trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (potentielle Kapitalproduktivität)
 λ_t Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung), den Beiträgen des Staates, der Wohnungsvermietung und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter zur realen Bruttowertschöpfung sowie den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit den jeweiligen Beiträgen zur Bruttowertschöpfung identisch ist. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt aus dem jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögen und der potentiellen Kapitalproduktivität:

$$P_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in mehreren Schritten. Zunächst werden für die Jahre 1960 bis 1970 trendmäßige Kapitalproduktivitäten mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

Sodann wird der Verlauf der potentiellen Kapitalproduktivitäten dadurch ermittelt, daß die Trendlinie parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_0 + \log \hat{k}_t, \text{ mit } a_0 = \max [\log k_t - \log \hat{k}_t]$$

Als Stützbereich für die Ermittlung der Trendwerte der Jahre 1960 bis 1970 wird der Zeitraum von 1960 bis 1974 verwendet.

5. Die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivitäten für die Jahre ab 1971 wird ebenfalls mit Hilfe der genannten Trendfunktion durchgeführt. Es werden jedoch gleitende Zehnjahres-Stützbereiche verwendet. Für die Trendwerte der Jahre 1971, 1972, 1973 usw. werden also die Stützbereiche 1961 bis 1970, 1962 bis 1971, 1963 bis 1972, usw. genommen.

Die potentiellen Kapitalproduktivitäten werden dadurch ermittelt, daß jeweils der Wert des vorangegangenen Jahres nach Maßgabe der Abnahmerate des Trends im zugehörigen Stützbereich fortgeschrieben wird; k_t^* ergibt sich demnach als Produkt aus k_{t-1}^* und der Abnahmerate der Trendlinie mit dem Stützbereich $[t-10 \text{ bis } t-1]$.

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden außerdem folgende Annahmen gemacht:
- Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wird davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) 1981 um 1 1/2 vH und 1982 um 2 vH abnehmen.
 - Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.
7. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wird der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen von 97 1/4 vH zugrunde gelegt.

B. Zur Berechnung der Reallohnposition der Arbeitnehmer

1. Die Rechnungen zur Reallohnposition sollen ein Urteil darüber ermöglichen, ob dem Anstieg der Nominallöhne eine Veränderung der durchschnittlichen Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen zuzurechnen ist. Aufgrund der Schwierigkeiten, die

Produktivitätsentwicklung im Staatssektor zu messen, und weil es für den privaten Sektor nur auf dessen Kostenniveau ankommt, bleibt der Staat als Produktionsbereich in den Rechnungen zur Reallohnposition außer Betracht.

2. Die durchschnittliche Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen verändert sich dann nicht, wenn die Löhne nicht stärker angehoben werden, als der Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraums entspricht. Einer Lohnerhöhung gleichzusetzen ist, wenn die Beiträge angehoben werden, die die Arbeitgeber für die Sozialversicherung der Arbeitnehmer zu entrichten haben.
3. Die wichtigste Einflußgröße für die Veränderung des Verteilungsspielraums ist die zusätzliche Produktion je Erwerbstätigen im privaten Sektor der Volkswirtschaft.
4. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, daß die Kapitalkosten, die die Unternehmen zu tragen haben, dauerhaften Änderungen unterliegen können, die wie Veränderungen der Arbeitsproduktivität die Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen verändern. Eine angemessene Erfassung der Kapitalkostenänderung ist eine sehr komplexe Aufgabe. Besonders schwierig ist die wertmäßige Erfassung des Kapitalstocks des Unternehmenssektors. Hinzu kommt die Notwendigkeit, den unerwünschten Einfluß konjunktureller Schwankungen auf die Kapitalkosten je Produkteinheit auszuschalten.

Zu den Kapitalkosten der Unternehmen gehören die Abschreibungen auf das Anlagevermögen sowie die Verzinsung des Kapitals. Das zu verzinsende Kapital umfaßt das Anlagevermögen, das Vorratsvermögen und das Geldvermögen der Unternehmen. Die jahresdurchschnittlichen Bestände an Anlagevermögen und Vorratsvermögen werden zu konstanten Preisen gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bewertet. Beim Geldvermögen nehmen wir die Entwicklung des Geldvermögens im Sektor Unternehmen ohne Kreditinstitute und Versicherungen als Maßstab für die Entwicklung des gesamten im Unternehmenssektor gebundenen Geldvermögens; der Geldwertschwund wird entsprechend dem Anstieg der Verbraucherpreise berücksichtigt. Für die Ermittlung der Zinskosten ist außerdem noch ein Realzins zu bestimmen. Da konjunkturelle Bewegungen der Zinsen die zu ermittelnde Reallohnposition nicht berühren sollen, müssen diese nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. Ein Trend im Realzins verändert aber durchaus den Spielraum für kostenniveauneutrale Lohnsteigerungen. Wir versuchen, dem Problem dadurch gerecht zu werden, daß wir für jedes Jahr den Realzins ansetzen, der sich im Durchschnitt der jeweils zwölf vorangegangenen Jahre ergeben hat. Den Realzins selbst haben wir aus der Umlaufrendite für festverzinsliche Wertpapiere sowie der Veränderung des Preisindex für den privaten Verbrauch abgeleitet; diese beiden Größen bilden am ehesten ab, welchen Nutzen ein Investor aus seinem Kapital hätte ziehen können, wenn er es nicht im Unternehmen eingesetzt hätte.

Nicht nur über die konjunkturellen Einflüsse auf die Zinsen, sondern auch über die konjunkturellen Be-

wegungen im Auslastungsgrad des Kapitalstocks kommt es zu Schwankungen in den Kapitalkosten je Produkteinheit und damit der Erlös-Kosten-Relation. Eine Lohnpolitik, die wir kostenniveauneutral nennen, würde solchermaßen begründete Schwankungen der Kapitalkosten je Produkteinheit nicht in Rechnung stellen. Wir haben uns daher entschlossen, die Kapitalkosten in jedem Jahr in der Höhe anzusetzen, wie sie bei Normalauslastung der Sachkapazitäten des Unternehmenssektors anfallen würden, nehmen also auch insofern eine Konjunkturbereinigung vor.

5. Bei der Bemessung dessen, was an zusätzlichem Sozialprodukt pro Kopf der Erwerbstätigen in einem Jahr mehr zu verteilen ist, werden außerdem Veränderungen des realen Austauschverhältnisses im Außenhandel (Terms of Trade) berücksichtigt. Wenn sich beispielsweise die Terms of Trade für das Inland verschlechtern, also die Einfuhrpreise im Verhältnis zu den Ausfuhrpreisen steigen, dann ist von daher der Spielraum für Lohnerhöhungen geringer als dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätseffekt entspräche. Von diesem wäre der Einkommenseffekt der Verschlechterung der Terms of Trade abzuziehen; nur dann bliebe die durchschnittliche Erlös-Kosten-Relation unverändert.

Den Einfluß einer Veränderung der Terms of Trade auf die Erlös-Kosten-Relation erfaßt man, indem man statt des Zuwachses des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen den Zuwachs des „Gross National Income“ (Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen abzüglich Außenbeitrag in konstanten Preisen zuzüglich Außenbeitrag in konstanten Importpreisen) je Erwerbstätigen ansetzt. Der Außenbeitrag in konstanten Importpreisen wird ermittelt, indem man den Außenbeitrag in jeweiligen Preisen mit dem Preisindex der Einfuhr deflationiert (JG 66 Anhang VI, Ziffer 5.).

6. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Unternehmen die Preise für die an die privaten Haushalte und an den Staat abgesetzten Güter verändern; die Preise für ausgeführte Güter sind bereits im Terms-of-Trade-Effekt berücksichtigt. Allerdings ist zu beachten, daß ein Teil der Preisveränderungen ohne Einfluß auf die Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen ist; werden nämlich die indirekten Steuern erhöht (oder die Subventionen des Staates an die Unternehmen gesenkt) und umgekehrt, dann führen entsprechende Preisveränderungen nicht zu einer Veränderung im Kalkül der Unternehmen. Wohl gemerkt, in beiden Fällen kommt es darauf an, wie sich die Größe (Aufkommen an indirekten Steuern, gezahlte Subventionen) im Verhältnis zu den Erlösen der Unternehmen verändert haben. In den Rechnungen zur Reallohnposition wird das Kostenäquivalent der Veränderung von indirekten Steuern und Subventionen gesondert ausgewiesen.
7. Die Reallohnposition ist danach definiert als

$$RLP_t = \frac{BLGS_t^{ost} + AGB_t^{ost}}{A_t^{ost}} \cdot P^{ots} \left(\frac{BIP_t^{ost}}{E_t^{ost}} \cdot \frac{GNI_t^r}{BIP_t^r} - \frac{KK_t^{ost}}{E_t^{ost}} \right)$$

Die Symbole bedeuten:

- BLGS Bruttolohn- und gehaltssumme
- AGB Sozialbeiträge der Arbeitgeber
- A Anzahl der abhängig Beschäftigten
- E Anzahl der Erwerbstätigen
- BIP^r Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970

- GNI^r Gross National Income in Preisen von 1970
- oSt Gesamtwirtschaft ohne Staat
- t jeweiliges Beobachtungsjahr
- p^{oTS} Preisindex für privaten Verbrauch und staatliche Käufe ohne indirekte Steuern und Subventionen
- KK^r Kapitalkosten in Preisen von 1970. Sie sind definiert als

$$KK_t^{r,oSt} = \left[D_t^{r,oSt} + (ALV_t^{r,oSt} + VV_t^{r,oSt} + GV_t^{oSt} \cdot \frac{P_t^{PV}}{P_t^{1970}}) i_t \right] \frac{BIP_t^{r,oSt}}{PP_t^{r,oSt} \cdot 0,97}$$

- D Abschreibungen des Anlagevermögens in Preisen von 1970
- ALV Anlagevermögen in Preisen von 1970 im Jahresdurchschnitt
- VV Vorratsvermögen in Preisen von 1970 im Jahresdurchschnitt
- GV Geldvermögen der Unternehmen einschließlich Wohnungsvermietung im Jahresdurchschnitt, ohne Aktien

- PP^r Produktionspotential in Preisen von 1970
- i Mittelfristiger Realzins, ermittelt als arithmetisches Mittel aus den Realzinsen in den jeweils vorhergehenden zwölf Jahren. Der Realzins wird für jedes Jahr errechnet, indem die Umlaufrendite für festverzinsliche Wertpapiere mit dem Anstieg des Preisindex für den privaten Verbrauch deflationiert wird.
- P^{PV} Preisindex für den privaten Verbrauch (1970 = 100)

8. Für die prozentuale Veränderung der Reallohnposition, wie sie in Tabelle 15 ausgewiesen ist, gilt

$${}^qRLP^{-1} = \frac{\frac{{}^qBLGS^{oSt}}{{}^qA^{oSt}} \cdot \frac{1 + \frac{AGB_t^{oSt}}{BLGS_t^{oSt}}}{1 + \frac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}}}{\frac{{}^qBIP^{r,oSt}}{{}^qE^{oSt}} \cdot \frac{{}^qGNI^r}{{}^qBIP^r}} \cdot \frac{1 - \frac{KK_t^{r,oSt}}{BIP_t^{r,oSt}} \cdot \frac{GNI_t^r}{BIP_t^r}}{1 - \frac{KK_{t-1}^{r,oSt}}{BIP_{t-1}^{r,oSt}} \cdot \frac{GNI_{t-1}^r}{BIP_{t-1}^r}}} - 1$$

Dabei bedeutet q das Verhältnis des Wertes der jeweiligen durch das Suffix bezeichneten Größe im Jahr t zu dem Wert im Jahr t-1

(z. B. ${}^qBLGS^{oSt} = \frac{BLGS_t^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}$)

Die Werte in den Spalten der Tabelle 15 errechnen sich wie folgt. (Die Zahlen in Klammern entsprechen den Spaltenbezeichnungen.) Im einzelnen ist

- (1) $\frac{{}^qBLGS^{oSt}}{{}^qA^{oSt}} - 1$ die Zuwachsrates der Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer
- (2) $\frac{1 + \frac{AGB_t^{oSt}}{BLGS_t^{oSt}}}{1 + \frac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}} - 1$ der Lohnkosteneffekt der Sozialbeiträge der Arbeitgeber
- (3) $\frac{{}^qBIP^{r,oSt}}{{}^qE^{oSt}} - 1$ die Zuwachsrates der gesamtwirtschaftlichen Produktion je Erwerbstätigen (Produktivitätseffekt)

- (4) $1 - \frac{KK_t^{r,oSt}}{BIP_t^{r,oSt}} \cdot \frac{GNI_t^r}{BIP_t^r} - 1$ der Kapitalkosten-Effekt
 - (5) $\frac{{}^qGNI^r}{{}^qBIP^r} - 1$ der Terms-of-Trade-Effekt
 - ${}^qP^{oTS} - 1$ die Erhöhung der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe (ohne indirekte Steuern abzüglich Subventionen). Es gilt
- $${}^qP^{oTS} = \frac{1 - \frac{T_t - S_t}{PV_t + SK_t}}{1 - \frac{T_{t-1} - S_{t-1}}{PV_{t-1} + SK_{t-1}}} \cdot {}^qP$$

$$(6) \frac{1 - \frac{T_t - S_t}{PV_t + SK_t}}{1 - \frac{T_{t-1} - S_{t-1}}{PV_{t-1} + SK_{t-1}}} - 1$$

Im einzelnen ist dabei

die Veränderung der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe, soweit sie rechnerisch auf Veränderungen von indirekten Steuern und Subventionen zurückgeführt werden kann.

Die Symbole bedeuten:

- P Preisindex für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe
- T Indirekte Steuern
- S Subventionen
- PV Privater Verbrauch in jeweiligen Preisen
- SK Staatliche Käufe (Anlageinvestitionen des Staates und Staatsverbrauch abzüglich Bruttowertschöpfung des Staates)

$$(7) {}^9P - 1$$

die Erhöhung der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe

9. Wie im JG 80 Ziffer 145 erläutert, wurden die Rechnungen zur Reallohnposition im Jahre 1980 verändert. Der frühere Rechengang ist in JG 79, Anhang V, Abschnitt B dargestellt. Die Unterschiede betreffen vor allem den Ansatz von Kapitalkosten und die Verwendung eines geeigneten Preisindex. Der früher verwendete Preisindex für die Lebenshaltung, korrigiert um die Erhöhung einzelner Verbrauchsteuern, wurde ersetzt durch den Preisindex für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe sowie durch den Kosteneffekt einer Veränderung von indirekten Steuern und Subventionen. Tabelle 23 im JG 80 zeigt die Unterschiede beider Rechnungen bei einer Analyse von Jahr zu Jahr. Kumuliert man die Veränderungsraten seit 1962, so ergeben sich die in Tabelle 1 dargestellten Meßziffernreihen. Bei einem langfristigen Vergleich ist aber wegen vielfältiger methodischer Probleme große Vorsicht geboten.

Tabelle 1

Zur längerfristigen Entwicklung der Reallohnposition

Jahr	Reallohnposition - alte Rechnung ¹⁾ -		Reallohnposition - neue Rechnung ²⁾ -	
	1962 = 100	Ver- änderung in vH ³⁾	1962 = 100	Ver- änderung in vH ³⁾
1962	100	.	100	.
1963	100,1	+0,1	99,5	-0,5
1964	99,0	-1,2	98,5	-1,0
1965	99,4	+0,5	98,6	+0,1
1966	100,3	+0,8	99,4	+0,8
1967	98,0	-2,2	98,1	-1,3
1968	97,3	-0,7	95,9	-2,2
1969	98,1	+0,8	99,1	+3,3
1970	104,0	+6,0	101,8	+2,7
1971	105,9	+1,8	103,3	+1,5
1972	105,7	-0,2	102,7	-0,6
1973	107,4	+1,6	103,2	+0,5
1974	110,6	+3,0	105,3	+2,0
1975	109,2	-1,3	102,6	-2,5
1976	106,8	-2,2	101,3	-1,3
1977	106,7	-0,1	101,1	-0,2
1978	106,6	-0,1	100,5	-0,6
1979	106,1	-0,4	100,4	-0,1
1980	107,8	+1,6	101,5	+1,1
1981 ⁴⁾	109,2	+1,3	102,6	+1,1

¹⁾ Zur Berechnungsmethode siehe JG 79 Anhang V, Abschnitt B.
²⁾ Zur Berechnungsmethode siehe Tabelle 15 sowie JG 80 Anhang IV, Abschnitt B.
³⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse.
⁵⁾ Eigene Schätzung.

C. Zur Berechnung der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die Zentralbankgeldmenge ist in der von uns verwendeten Abgrenzung definiert als

$$(1) Z_t = BG_t + MR_t + \ddot{U}R_t$$

Die Symbole haben folgende Bedeutung:

- Z Zentralbankgeldmenge
- BG Bargeldumlauf
- MR Mindestreserven
- ÜR Überschufreserven
- t Zeitindex

Die Bereinigung der Mindestreserven um den Effekt von Reservesatzänderungen erfolgt mit Hilfe eines Korrekturpostens

$$(2) MR_t^b = MR_t + K_t$$

Dabei bedeuten:

- MR^b Bereinigte Mindestreserven
- K Korrekturposten

Es ist

$$(3) K_t = \sum_{\tau=t_0}^t \Delta K_{\tau}$$

mit

$$(4) \Delta K_{\tau} = -(r_{\tau} - r_{\tau-1}) E_{\tau-1}$$

Dabei bedeuten:

r Reservesatz

E Reservepflichtige Bankeinlagen

τ Zeitindex für die Kumulation des Korrekturpostens

t_0 Zeitpunkt, zu welchem die Kumulation des Korrekturpostens begonnen wird

Die bereinigte Zentralbankgeldmenge Z^b ergibt sich dann als

$$(5) Z_t^b = BG_t + (MR_t + K_t) + \dot{U}R_t$$

2. Da für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze gelten, ist r ein durchschnittlicher Reservesatz (Reserve-Soll in vH der reservepflichtigen Einlagen), welcher nicht nur auf mindestreserpolitische Maßnahmen, sondern auch auf vom Publikum und von den Banken bewirkte Verschiebungen in der Einlagenstruktur reagiert. Da die Zentralbankgeldmenge nur um die reinen Effekte mindestreserpolitischer Maßnahmen bereinigt werden soll, muß die Bereinigung nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. Für die Mindestreserven gilt

$$(6) MR_t = \sum_{i=1}^n r_{it} E_{it}$$

Dabei ist

i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

Die Bereinigung erfolgt getrennt für jede Einlageart nach den Formeln (2) bis (4). Die nach einzelnen Einlagearten bereinigte Zentralbankgeldmenge ist dann

$$(7) Z_t^b = BG_t + \sum_{i=1}^n (r_{it} E_{it} + K_{it}) + \dot{U}R_t$$

Nach Ausdruck (7) wird die Zentralbankgeldmenge nur um den reinen Effekt mindestreserpolitisch bewirkter Reservesatzänderungen bereinigt, denn für den Korrekturposten gilt

$$(8) \Delta K_{\tau} = \sum_{i=1}^n (r_{i\tau} - r_{i\tau-1}) E_{i\tau-1}$$

Dieser Ausdruck ist nur dann ungleich Null, wenn die Bundesbank wenigstens einen der Reservesätze zwischen zwei Zeitpunkten ändert.

3. Die „Zentralbankgeldmenge bei konstanten Reservesätzen“, wie sie die Bundesbank berechnet, ist zu jedem Zeitpunkt t wie folgt definiert¹⁾:

$$Z_t^{KR} = BG_t + \sum_{i=1}^n r_i^0 E_{it}^1$$

¹⁾ Seit März 1978 verwendet die Deutsche Bundesbank den Bargeldumlauf ohne die seit diesem Monat anrechenbaren Kassenbestände der Kreditinstitute.

Dabei ist

E_{it}^1 Reservepflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Inländern

r_i^0 Reservesatz für die Einlageart i in der Basisperiode.

D. Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts

1. Nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts messen wir konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem wir das tatsächliche Haushaltsvolumen mit einem konjunkturneutralen vergleichen. Ein Haushaltsvolumen ist nach diesem Konzept dann konjunkturneutral, wenn es für sich genommen keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials durch seine Ausgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabilitätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunkturneutral angesehen, wenn dieser gleichzeitig durch eine Änderung seiner Einnahmenregelungen (ohne Kreditaufnahmen) die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.
2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturneutralen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundärwirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Einnahmen.
3. Gerechnet wird der konjunkturelle Impuls als Abweichung der finanzwirtschaftlichen Quoten (Staatsquote, volkswirtschaftliche Steuerquote, Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen und – davon abhängig – konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote) von ihren mittelfristigen Bezugsgrößen. Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das konjunkturneutral wäre auf der Basis einer mittelfristig konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der durchschnittlichen Staatsquote eines Basiszeitraums und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralen Preisniveau; das konjunkturneutrale Preisniveau haben wir definiert als den mit der Rate der konjunkturneutralen Preisniveausteigerung des Jahres t fortgeschriebenen Preisindex des Bruttosozialprodukts des Jahres $t - 1$. Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunkturneutral, wenn er durch keine markt-

wirtschaftliche Strategie bei Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann; dies ist eine Schätzgröße. Dieses Haushaltsvolumen ist zu bereinigen um das, was der Staat durch seine Einnahmenpolitik am Spielraum für seine Ausgabentätigkeit verändert hat. Für die Steuern wird diese Änderung ermittelt als Produkt aus der Abweichung der Steuerquote des Jahres t von der des Basiszeitraums und dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturneutralen Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahr t ; für die sonstigen Einnahmen (wie z. B. Gebühren, Beiträge, Gewinne öffentlicher Unternehmen und dergleichen) wird diese Änderung ermittelt als Produkt aus der Abweichung des Deckungsbeitrags der sonstigen Einnahmen im Jahr t von dem Deckungsbeitrag im Basiszeitraum und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralen Preisniveau. Das so ermittelte konjunkturneutrale Haushaltsvolumen wird mit den tatsächlichen Ausgaben der Gebietskörperschaften verglichen, die Differenz ist der konjunkturelle Impuls. Genauer: Dieser Betrag steht für den konjunkturellen Impuls, den wir den öffentlichen Ausgaben eines Jahres bei den jeweils gegebenen Einnahmenregelungen beimessen.

4. Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

- P_t^i Produktionspotential in Preisen von 1970 im Jahr t
- P_t „Konjunkturneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus (Preisindex des Bruttosozialprodukts) im Jahr t (in vH)
- P_t^n Produktionspotential, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im Vorjahr ($t - 1$) und der „konjunkturneutralen“ Erhöhung des Preisniveaus (p_t) im Jahr t
- P_t^j Produktionspotential in jeweiligen Preisen (Preisindex des Bruttosozialprodukts) im Jahr t
- l_v Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)
- G_t^i tatsächliche Staatsausgaben im Jahr t
- $g_{o,t}$ Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential (Staatsquote) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)
- G_t^n Staatsausgaben im Jahr t bei gleichem Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential wie im Basiszeitraum für das Jahr t : $\frac{(g_{o,t} \cdot P_t^n)}{100}$
- Y_t^j Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen im Jahr t
- Y_t^v Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials (P_t^n) im Jahr t
- Y_t^n Bruttosozialprodukt bei „konjunkturneutralen“ Preisniveau im Jahr t
- $t_{o,t}$ volkswirtschaftliche Steuerquote (Verhältnis der tatsächlichen Steuereinnahmen zum Bruttosozialprodukt) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)

- t_t volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)
- T_t^i tatsächliche Steuereinnahmen im Jahr t
- T_t^v Steuereinnahmen im Jahr t wie bei normaler Auslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr
- T_t^n Steuereinnahmen im Jahr t wie bei normaler Auslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum für das Jahr t : $\frac{(t_{o,t} \cdot Y_t^v)}{100}$
- H_t^n konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t
- n_t konjunkturneutrale Staatsquote im Jahr t (in vH)
- b_t beanspruchte Staatsquote im Jahr t (in vH)
- i_t realisierte Staatsquote im Jahr t (in vH)
- s_t Verhältnis der tatsächlichen sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential (Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen) im Jahr t (in vH)
- $s_{o,t}$ Verhältnis der tatsächlichen sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential (Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)
- S_t^i tatsächliche sonstige Einnahmen im Jahr t
- K_t^n potentialorientierte Kreditaufnahme im Jahr t
- F_t^i tatsächlicher Finanzierungssaldo im Jahr t
- $k_{o,t}$ Verhältnis des auslastungs bereinigten Finanzierungssaldos zum Produktionspotential (Kreditfinanzierungsquote) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)

5. Definition der finanzwirtschaftlichen Quoten im Basiszeitraum

Für die Jahre bis einschließlich 1973 werden die finanzwirtschaftlichen Quoten des Jahres 1966 als Quoten des Basiszeitraums verwendet.

Für die Jahre 1974 bis 1978 sind die Quoten des Basiszeitraums definiert als arithmetisches Mittel der finanzwirtschaftlichen Quoten in den jeweils vorangegangenen zwölf Jahren.

Für die Jahre ab 1978 gelten die Quoten des Basiszeitraums für das Jahr 1978 als neue konstante Quoten.

$$g_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{G_{t-j}^i}{P_{t-j}^i} \cdot 100$$

$$t_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{T_{t-j}^i}{Y_{t-j}^i} \cdot 100$$

$$s_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{S_{t-j}^i}{P_{t-j}^i} \cdot 100$$

$$k_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{F_{t-j}^i + \frac{t_{t-j}}{100} \cdot (P_{t-j}^i \cdot \frac{l_v}{100} - Y_{t-j}^i)}{P_{t-j}^i} \cdot 100$$

6. Sonstige Definitionen

$$Y_t^v = \frac{l_v \cdot P_t^n}{100}$$

$$Y_t^n = Y_t^i \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

$$T_t^v = \frac{t_t \cdot Y_t^v}{100}$$

$$T_t^n = \frac{t_{o,t} \cdot Y_t^v}{100}$$

$$H_t^n = \frac{g_{o,t} \cdot P_t^n}{100} + \frac{(t_t - t_{o,t}) \cdot Y_t^v}{100} + \frac{(s_t - s_{o,t}) \cdot P_t^n}{100}$$

Die Differenz der Steuerquoten des laufenden Jahres (t_t) und des Basiszeitraums ($t_{o,t}$) – als Maß für Veränderungen in den Entzugseffekten des Steuersystems – gewichten wir mit dem Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y_t^v). Hierdurch sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen bei der Ermittlung des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen in den Steuerquoten vermögen wir allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau zu erfassen (siehe JG 70 Ziffer 341).

Konjunktureller Impuls:

$H_t^n > G_t^i$: kontraktiv

$H_t^n = G_t^i$: konjunkturneutral

$H_t^n < G_t^i$: expansiv

konjunkturneutrale Staatsquote: $n_t = \frac{H_t^n}{P_t^n} \cdot 100$

beanspruchte Staatsquote: $b_t = \frac{G_t^i}{P_t^n} \cdot 100$

realisierte Staatsquote: $i_t = \frac{G_t^i}{P_t^i} \cdot 100$

7. Zur Berechnung der Steigerungsrate für eine konjunkturneutrale Ausweitung der Staatsausgaben (bezogen auf die Ist-Ausgaben des Vorjahres)

$$\left(\frac{H_{t+1}^n}{G_t^i} - 1 \right) \cdot 100 = +$$

$$+ \left[\frac{\frac{H_t^n}{G_t^i} \cdot \frac{P_t^i}{P_t^n} \cdot \frac{P_{t+1}^i}{P_t^i} \cdot (100 + p_{t+1})}{100} \right.$$

$$\left. + \frac{(t_{t+1} - t_t) Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} + \frac{(s_{t+1} - s_t) P_{t+1}^n}{G_t^i \cdot 100} - 1 \right] \cdot 100 =$$

$$= \left[\frac{\frac{P_{t+1}^i}{P_t^i} \cdot \frac{(100 + p_{t+1})}{100}}{\frac{i_t}{n_t}} \right.$$

$$\left. + \frac{(t_{t+1} - t_t) Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} + \frac{(s_{t+1} - s_t) P_{t+1}^n}{G_t^i \cdot 100} - 1 \right] \cdot 100$$

Zwischen den Werten der konjunkturneutralen Steigerungsrate in Zeile (b) der Tabelle 35 und den Werten in den Zeilen (c) bis (g) besteht folgender Zusammenhang:

$$b = \left[\frac{\frac{100 + (c)}{100} \cdot \frac{100 + (d)}{100}}{\frac{100 - (g)}{100}} + \frac{(e)}{100} + \frac{(f)}{100} - 1 \right] \cdot 100$$

Für die Jahre 1974 bis 1978 ergeben sich dadurch Abweichungen von dieser Rechenvorschrift, daß sich die finanzwirtschaftlichen Quoten, die wir unseren Rechnungen zugrunde legen, wegen des wechselnden Basiszeitraums von Jahr zu Jahr ändern.

8. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Finanzierungssaldos

(a) potentialorientierte Kreditaufnahme:

$$K_t^n = \frac{k_{o,t}}{100} \cdot P_t^n$$

(b) auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen:

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y_t^n - Y_t^i)$$

(c) inflationsbedingte Steuermehreinnahmen:

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y_t^i - Y_t^v)$$

Der konjunkturneutrale Finanzierungssaldo ergibt sich als Summe der Komponenten (a) bis (c).

VI.

Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland	Seite	230
Tabellenteil	Seite	233
A. Internationale Tabellen	Tabellen	1*—15*
B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland	Tabellen	16*—73*

**Erläuterung
von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
für die Bundesrepublik Deutschland**

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt: In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der **Staat** umfaßt folgende öffentliche Körperschaften: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kammereiverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschließlich der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche — sowie überwiegend von privaten Haushalten finanzierte — und im Erziehungswesen tätige Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw.

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto“ als auch „netto“ (d. h. nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstlei-

stungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Sektoren bzw. Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die Vorleistungen (Wert der Güter, die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben) ab, so erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Durch Addition der Bruttowertschöpfung der Unternehmensbereiche erhält man zunächst die **unbereinigte Bruttowertschöpfung** der Unternehmen insgesamt; sie umfaßt u. a. die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und die abzugsfähige Mehrwertsteuer auf Investitionen (von 1968 bis 1973 gekürzt um Investitionsteuer), schließt jedoch die Einfuhrabgaben aus. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung der Unternehmen insgesamt die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und die abzugsfähige Vorsteuer auf Investitionen (vermindert um Investitionsteuer) ab, erhält man die **Bruttowertschöpfung** des Unternehmenssektors. Addiert man hierzu die Bruttowertschöpfung des Staates, der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter, ergibt sich die **gesamte Bruttowertschöpfung** der Volkswirtschaft. Um das Bruttoinlandsprodukt zu erhalten, müssen zur Bruttowertschöpfung die Einfuhrabgaben, die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften auf eingeführte Güter erhoben werden, hinzugefügt werden. Dieser Schritt läßt sich nur für alle Sektoren zusammen vollziehen, da die Einfuhrabgaben alle Sektoren betreffen und vereinfachende Hilfskonstruktionen nicht anwendbar sind.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt geflossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen**.

Das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen** ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus dem letzten Verbrauch (Privater und Staatsverbrauch), den Bruttoinvestitionen und dem Außenbeitrag. Der Außenbeitrag ergibt sich nach Abzug der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen an die übrige Welt) von der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaf-

fungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen**. Hieraus leitet sich durch Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern und Einfuhrabgaben) und durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** ab. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen.

Bruttowertschöpfung
+ Einfuhrabgaben
= Bruttoinlandprodukt
+ Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt
= Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
– Abschreibungen
= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
– Indirekte Steuern
+ Subventionen
= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen des Staates und die unverteilter Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten, Einkommen aus immateriellen Werten, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die unverteilter Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten

Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von Ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

Auf der Verwendungsseite des Sozialprodukts werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, die Bruttoinvestitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie z. B. der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbstgestellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land

nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und dauerhafter Güter, die in den Privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1970) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfasst werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind

die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1970) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1970. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb“ des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1970; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabellenteil

A. Internationale Tabellen

Tabelle 1*

**Kaufkraftparitäten zur Umrechnung der binnenwirtschaftlichen Ströme
(letzte inländische Verwendung)**
1 Kaufkraftstandard¹⁾ =

	DM	FF	100 LIT	HFL	BFR	LFR	UKL	IRL	DKR
1960	4,34	5,89	5,75	3,14	56,92	53,13	0,394	0,353	6,96
1964	4,23	6,01	6,10	3,23	54,25	54,69	0,380	0,357	7,22
1965	4,22	5,94	6,11	3,26	54,55	54,95	0,383	0,360	7,44
1966	4,21	5,91	6,05	3,34	54,77	54,48	0,385	0,356	7,53
1967	4,15	5,95	6,07	3,38	55,11	52,92	0,386	0,357	7,74
1968	4,09	5,99	5,96	3,37	54,79	54,39	0,390	0,362	8,05
1969	4,03	6,08	5,90	3,42	53,94	52,33	0,392	0,372	8,10
1970	4,03	6,02	5,87	3,40	52,74	51,96	0,392	0,381	8,16
1971	4,02	5,91	5,86	3,45	52,11	50,34	0,398	0,388	8,21
1972	3,97	5,87	5,86	3,51	51,74	50,37	0,402	0,404	8,32
1973	3,90	5,79	6,10	3,50	50,37	49,55	0,404	0,415	8,43
1974	3,87	5,81	6,57	3,43	50,27	48,39	0,424	0,423	8,65
1975	3,43	5,77	6,72	3,37	50,37	47,94	0,467	0,459	8,50
1976	3,25	5,82	7,32	3,35	49,69	48,75	0,490	0,496	8,49
1977	3,11	5,86	7,97	3,27	48,95	46,70	0,512	0,518	8,59
1978	3,00	5,99	8,48	3,21	48,86	46,05	0,525	0,528	8,74
1979	2,89	6,07	9,02	3,10	45,64	44,12	0,546	0,556	8,76

¹⁾ Zur Methode der Berechnung der Kaufkraftparitäten und Kaufkraftstandards siehe SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ESVG 1960–1979, Heft 1981, S. XVIII ff.

Quelle: SAEG

Tabelle 2*

Bevölkerung und Erwerbstätige¹⁾ in den EG-Ländern²⁾

1000

Jahr	Europäische Gemeinschaft ²⁾	Bundesrepublik Deutschland ³⁾	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
Gesamtbevölkerung										
1960	232 204	55 433	9 119	45 684	50 198	315	11 483	4 581	52 559	2 832
1961	234 372	56 175	9 166	46 163	50 523	319	11 637	4 617	52 954	2 818
1962	236 911	56 837	9 218	46 998	50 843	323	11 801	4 647	53 414	2 830
1963	239 201	57 389	9 283	47 816	51 198	326	11 964	4 684	53 691	2 850
1964	241 320	57 971	9 367	48 310	51 600	330	12 125	4 720	54 033	2 864
1965	243 450	58 619	9 448	48 758	51 987	333	12 293	4 758	54 378	2 876
1966	245 276	59 148	9 508	49 164	52 332	335	12 455	4 797	54 653	2 884
1967	246 662	59 286	9 557	49 548	52 667	335	12 597	4 839	54 933	2 900
1968	247 990	59 500	9 590	49 914	52 987	337	12 726	4 867	55 157	2 913
1969	249 718	60 067	9 613	50 318	53 317	339	12 873	4 891	55 372	2 929
1970	251 502	60 651	9 638	50 772	53 661	340	13 039	4 929	55 522	2 950
1971	253 405	61 284	9 673	51 251	54 005	345	13 194	4 963	55 712	2 978
1972	255 056	61 669	9 711	51 701	54 412	348	13 330	4 992	55 869	3 024
1973	256 633	61 976	9 742	52 118	54 913	353	13 438	5 022	56 000	3 072
1974	257 781	62 054	9 772	52 460	55 413	358	13 545	5 045	56 010	3 124
1975	258 408	61 829	9 801	52 705	55 829	360	13 666	5 060	55 981	3 177
1976	258 804	61 531	9 818	52 892	56 168	361	13 774	5 073	55 959	3 228
1977	259 267	61 400	9 830	53 078	56 461	362	13 856	5 089	55 919	3 272
1978	259 782	61 327	9 840	53 277	56 714	362	13 942	5 104	55 902	3 314
1979	260 435	61 359	9 848	53 480	56 914	364	14 039	5 117	55 946	3 368
1980	261 284	61 567	9 859	53 713	57 070	365	14 149	5 123	56 010	3 428
Erwerbstätige										
1960	101 510	26 080	3 481	19 581	20 630	134	4 182		24 313	1 055
1961	102 324	26 441	3 510	19 594	20 667	134	4 243		24 598	1 053
1962	102 587	26 534	3 566	19 628	20 450	135	4 328		24 770	1 060
1963	102 676	26 596	3 592	19 820	20 139	134	4 387		24 800	1 066
1964	103 295	26 618	3 641	20 031	20 066	135	4 464		25 083	1 071
1965	103 454	26 769	3 648	20 105	19 680	136	4 502		25 320	1 069
1966	103 442	26 686	3 665	20 262	19 377	136	4 537	2 234	25 479	1 066
1967	102 427	25 817	3 654	20 317	19 596	134	4 523	2 221	25 106	1 060
1968	102 304	25 839	3 650	20 303	19 585	133	4 565	2 239	24 927	1 063
1969	103 340	26 240	3 711	20 644	19 676	134	4 641	2 266	24 962	1 066
1970	103 874	26 570	3 691	20 856	19 741	137	4 696	2 281	24 848	1 053
1971	103 714	26 639	3 729	20 934	19 728	143	4 724	2 278	24 485	1 055
1972	103 501	26 580	3 725	21 037	19 509	147	4 683	2 309	24 461	1 050
1973	104 651	26 648	3 774	21 303	19 656	150	4 685	2 339	25 039	1 057
1974	104 774	26 155	3 828	21 461	19 947	155	4 687	2 344	25 128	1 069
1975	103 443	25 266	3 776	21 236	19 978	154	4 656	2 324	25 000	1 053
1976	103 325	25 033	3 752	21 389	20 138	152	4 649	2 358	24 818	1 037
1977	103 668	24 993	3 746	21 566	20 269	151	4 659	2 359	24 883	1 042
1978	104 117	25 181	3 748	21 642	20 376	150	4 681	2 368	24 920	1 051
1979	104 763	25 519	3 794	21 620	20 458	150	4 723	2 388	25 071	1 065

¹⁾ Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).²⁾ Ohne Griechenland.³⁾ Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.

Quelle: SAEG

Beschäftigte Arbeitnehmer¹⁾ und registrierte Arbeitslose in den EG-Ländern²⁾

1000

Jahr	Europä- ische Gemein- schaft ³⁾	Bundes- republik Deutsch- land ³⁾	Belgien	Frank- reich	Italien	Luxem- burg	Nieder- lande	Däne- mark	Großbri- tannien	Irland
Beschäftigte Arbeitnehmer										
1960	77 005	20 090	2 565	13 926	12 257	95	3 296	.	22 547	650
1961	78 430	20 580	2 609	14 086	12 588	96	3 369	.	22 839	650
1962	79 588	20 876	2 674	14 261	12 885	97	3 465	.	23 024	659
1963	80 551	21 113	2 724	14 583	13 093	99	3 536	.	23 067	669
1964	81 626	21 349	2 799	14 913	13 088	101	3 623	.	23 363	680
1965	82 178	21 639	2 828	15 095	12 780	103	3 676	.	23 614	702
1966	82 596	21 650	2 854	15 353	12 669	105	3 722	1 757	23 785	702
1967	81 807	20 921	2 845	15 508	12 918	103	3 718	1 754	23 335	705
1968	82 089	21 054	2 845	15 590	13 076	104	3 775	1 781	23 149	715
1969	83 608	21 636	2 911	16 051	13 388	106	3 865	1 816	23 109	726
1970	84 744	22 148	2 985	16 584	13 472	111	3 933	1 840	22 946	725
1971	85 070	22 328	3 048	16 813	13 635	117	3 972	1 845	22 576	737
1972	85 436	22 360	3 063	17 068	13 698	122	3 942	1 884	22 562	737
1973	86 834	22 500	3 123	17 450	13 918	125	3 958	1 919	23 092	749
1974	87 174	22 092	3 186	17 706	14 192	130	3 972	1 928	23 203	765
1975	86 154	21 329	3 138	17 571	14 253	130	3 956	1 913	23 114	751
1976	86 246	21 233	3 121	17 778	14 398	129	3 965	1 950	22 932	740
1977	86 757	21 296	3 118	17 990	14 531	128	3 996	1 952	22 997	749
1978	87 261	21 556	3 120	18 102	14 568	127	4 028	1 961	23 034	764
1979	88 143	21 954	3 162	18 118	14 772	...	4 075	1 995	23 185	785
Registrierte Arbeitslose										
1960	2 549	271	110	131	1 546	0,1	30	31	377	53
1961	2 203	181	88	112	1 407	0,1	22	25	347	21
1962	2 073	155	71	125	1 162	0,1	23	23	467	47
1963	2 117	186	54	143	1 069	0,2	25	32	558	50
1964	1 916	169	53	113	1 087	0,0	22	19	404	49
1965	1 972	147	65	141	1 180	0,0	27	16	347	49
1966	1 961	161	74	147	1 115	0,0	37	18	361	48
1967	2 490	459	98	196	1 024	0,2	79	22	557	55
1968	2 407	323	116	254	961	0,1	72	39	583	59
1969	2 093	179	87	223	887	0,0	53	31	576	57
1970	2 127	149	81	262	888	0,0	46	24	612	65
1971	2 591	185	85	338	1 038	0,020	62	29	792	62
1972	2 868	246	105	384	1 048	0,042	108	28	876	72
1973	2 597	273	111	394	1 005	0,046	110	18	619	67
1974	3 067	583	124	498	997	0,057	135	48	615	67
1975	4 612	1 074	208	840	1 107	0,264	195	114	978	96
1976	5 239	1 060	267	934	1 182	0,456	211	118	1 359	108
1977	5 736	1 030	308	1 072	1 382	0,820	207	147	1 484	106
1978	5 973	993	333	1 167	1 529	1,166	206	170	1 475	99
1979	6 060	876	352	1 350	1 653	1,055	210	138	1 391	90
1980	6 807	889	382	1 451	1 778	1,094	248	162	1 795	102

¹⁾ Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).²⁾ Ohne Griechenland.³⁾ Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.

Tabelle 4*

Bruttoinlandsprodukt in den EG-Ländern¹⁾Mrd KKS²⁾

Jahr	Europä- ische Gemein- schaft ¹⁾	Bundes- republik Deutsch- land	Belgien	Frank- reich	Italien	Luxem- burg	Nieder- lande	Däne- mark	Großbri- tannien	Irland
in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten ³⁾										
1964	365,5	99,3	14,1	74,7	59,7	0,6	18,9	.	87,1	2,5
1965	396,0	108,9	15,2	81,5	64,0	0,6	20,8	.	92,9	2,7
1966	425,3	115,9	16,3	88,6	70,1	0,7	22,2	10,2	98,5	2,9
1967	450,9	119,2	17,3	95,1	77,0	0,7	24,0	10,9	103,7	3,1
1968	490,7	130,7	18,7	102,6	84,8	0,8	26,6	11,7	111,3	3,5
1969	545,1	148,0	21,0	115,2	94,7	0,9	29,7	13,2	118,4	3,9
1970	613,2	168,6	24,0	130,0	107,1	1,0	33,8	14,6	129,8	4,3
1971	682,3	188,3	26,5	147,6	116,8	1,1	37,6	16,0	143,5	4,8
1972	757,7	208,7	29,9	167,1	128,2	1,2	41,7	18,2	157,1	5,6
1973	870,4	237,3	34,9	192,4	147,9	1,5	48,1	20,6	181,1	6,5
1974	986,4	271,4	41,0	220,0	170,0	1,9	55,5	22,4	197,1	7,2
1975	1 108,6	303,1	45,1	251,8	186,9	1,8	62,3	25,6	223,9	8,1
1976	1 268,8	346,8	51,8	288,1	215,1	2,0	72,0	29,7	254,2	9,2
1977	1 409,2	388,3	56,8	320,9	238,6	2,2	80,2	32,7	279,1	10,5
1978	1 562,1	431,9	62,3	356,5	261,8	2,4	87,9	35,7	311,4	12,1
1979	1 753,5	486,5	69,4	400,4	298,5	2,7	96,5	39,5	346,6	13,3
in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975 ³⁾										
1964	748,6	206,6	29,1	152,7	120,8	1,3	38,5	.	176,9	.
1965	778,8	218,0	30,1	160,0	124,3	1,3	40,6	.	180,8	.
1966	806,8	224,0	31,0	168,3	131,6	1,3	41,7	19,2	184,3	.
1967	834,1	224,3	32,2	176,1	141,0	1,3	43,9	20,1	189,3	.
1968	876,9	238,1	33,6	183,5	149,9	1,4	46,7	21,0	196,7	.
1969	925,9	256,4	35,8	196,0	158,7	1,5	49,7	22,3	199,0	.
1970	971,1	271,3	38,0	207,3	167,0	1,5	53,0	22,9	203,3	6,8
1971	1 003,6	280,2	39,5	218,5	169,5	1,6	55,4	23,5	208,4	7,0
1972	1 042,6	290,7	41,6	231,1	174,5	1,7	57,4	24,9	213,5	7,4
1973	1 105,6	305,9	44,1	243,2	186,9	1,9	60,7	25,9	229,2	7,8
1974	1 125,0	308,8	46,0	251,1	194,4	1,9	62,9	25,7	226,1	8,1
1975	1 108,6	303,1	45,1	251,8	186,9	1,8	62,3	25,6	223,9	8,1
1976	1 163,1	318,5	47,5	263,9	197,3	1,8	65,6	27,3	232,9	8,3
1977	1 188,8	328,1	47,8	271,9	200,8	1,8	67,1	27,9	234,7	8,8
1978	1 225,9	338,9	49,3	280,9	205,3	1,9	68,6	28,3	243,3	9,4
1979	1 266,1	353,5	50,4	289,7	215,0	2,0	70,2	29,4	246,3	9,6

¹⁾ Ohne Griechenland.²⁾ Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.³⁾ Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, 1970).

Quelle: SAEG

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den EG-Ländern¹⁾
KKS²⁾

Jahr	Europäische Gemeinschaft ¹⁾	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten ³⁾										
1964	3 539	3 732	3 861	3 728	2 973	4 496	4 233		3 474	2 373
1965	3 828	4 068	4 171	4 054	3 251	4 686	4 626		3 668	2 507
1966	4 111	4 345	4 444	4 373	3 617	4 928	4 884	4 561	3 865	2 675
1967	4 403	4 615	4 746	4 679	3 928	5 291	5 297	4 918	4 131	2 928
1968	4 796	5 059	5 114	5 054	4 330	5 692	5 837	5 219	4 464	3 284
1969	5 275	5 639	5 670	5 581	4 814	6 745	6 400	5 846	4 744	3 678
1970	5 903	6 347	6 489	6 234	5 426	7 516	7 189	6 381	5 224	4 079
1971	6 579	7 067	7 118	7 052	5 922	7 714	7 965	7 027	5 860	4 567
1972	7 321	7 851	8 039	7 943	6 570	8 288	8 908	7 881	6 423	5 286
1973	8 318	8 907	9 247	9 034	7 522	10 210	10 262	8 827	7 233	6 185
1974	9 415	10 376	10 708	10 253	8 522	12 293	11 850	9 544	7 842	6 690
1975	10 717	11 997	11 954	11 859	9 357	11 473	13 376	11 002	8 956	7 689
1976	12 280	13 853	13 797	13 469	10 679	13 217	15 496	12 586	10 241	8 901
1977	13 593	15 535	15 152	14 880	11 773	14 297	17 214	13 853	11 215	10 120
1978	15 003	17 150	16 624	16 474	12 850	15 892	18 777	15 091	12 496	11 531
1979	16 737	19 082	18 305	18 518	14 593	...	20 436	16 548	13 825	12 534
in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975 ³⁾										
1964	7 248	7 761	7 989	7 621	6 018	9 459	8 635		7 051	
1965	7 528	8 143	8 254	7 959	6 318	9 549	9 013		7 139	
1966	7 799	8 392	8 463	8 305	6 791	9 687	9 187	8 611	7 233	
1967	8 143	8 689	8 827	8 669	7 193	10 053	9 704	9 068	7 539	
1968	8 572	9 214	9 198	9 037	7 654	10 481	10 232	9 367	7 889	
1969	8 960	9 770	9 635	9 496	8 067	11 378	10 716	9 851	7 973	
1970	9 349	10 212	10 282	9 940	8 462	11 163	11 290	10 025	8 181	6 443
1971	9 677	10 520	10 581	10 437	8 594	11 142	11 718	10 311	8 513	6 656
1972	10 074	10 935	11 159	10 986	8 945	11 473	12 247	10 764	8 727	7 082
1973	10 564	11 480	11 673	11 418	9 509	12 409	12 947	11 066	9 156	7 390
1974	10 737	11 808	12 015	11 698	9 744	12 564	13 419	10 957	8 999	7 549
1975	10 717	11 997	11 954	11 859	9 356	11 473	13 376	11 002	8 956	7 689
1976	11 257	12 723	12 664	12 339	9 799	11 961	14 113	11 557	9 384	8 011
1977	11 468	13 127	12 772	12 607	9 906	12 210	14 392	11 812	9 432	8 443
1978	11 775	13 460	13 146	12 980	10 076	12 830	14 663	11 958	9 763	8 922
1979	12 085	13 864	13 280	13 401	10 511	...	14 862	12 292	9 825	9 052

¹⁾ Ohne Griechenland.

²⁾ Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.

³⁾ Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, 1970).

Tabelle 6*

Verfügbares Nettovolkseinkommen¹⁾ und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in den EG-Ländern²⁾
in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten
Mrd KKS³⁾

Jahr	Europä- ische Gemein- schaft ²⁾	Bundes- republik Deutsch- land	Belgien	Frank- reich	Italien	Luxem- burg	Nieder- lande	Däne- mark	Großbri- tannien	Irland
Verfügbares Nettovolkseinkommen ¹⁾⁴⁾										
1964	332,8	88,8	12,8	67,4	55,1	0,5	17,4	.	80,4	2,5
1965	360,3	96,9	13,9	73,5	59,2	0,5	19,1	.	85,9	2,6
1966	386,2	102,9	14,8	79,7	65,0	0,6	20,3	9,4	90,6	2,7
1967	409,0	105,3	15,8	85,4	71,5	0,6	22,0	10,1	95,3	3,0
1968	445,4	115,9	17,0	92,3	78,8	0,7	24,4	10,9	102,0	3,4
1969	495,2	131,5	19,1	103,8	88,1	0,8	27,3	12,3	108,6	3,7
1970	555,0	149,0	21,7	117,1	99,0	0,9	31,0	13,5	118,8	4,1
1971	616,1	165,6	23,9	132,9	108,1	1,0	34,3	14,8	130,9	4,6
1972	683,0	183,1	27,1	150,4	118,5	1,1	38,1	16,8	142,6	5,3
1973	783,7	208,1	31,6	172,5	136,0	1,5	44,2	19,3	164,3	6,2
1974	880,6	236,4	37,0	195,5	154,3	1,9	50,7	20,7	177,2	6,8
1975	981,4	263,0	40,7	222,5	167,3	1,9	55,7	23,3	199,2	7,8
1976	1 124,1	302,2	47,0	253,0	193,0	2,2	65,1	27,3	225,5	8,7
1977	1 247,0	337,9	51,1	283,2	214,0	2,4	72,4	30,0	245,9	10,1
1978	1 383,1	378,1	56,2	315,1	235,0	2,5	78,8	32,6	273,2	11,6
1979	1 553,4	424,5	62,6	355,3	269,8	...	86,3	35,5	303,9	12,7
Einkommen aus unselbständiger Arbeit ⁴⁾										
1964	187,9	49,9	6,8	34,9	28,4	0,3	9,9	.	52,1	1,2
1965	204,6	55,5	7,5	38,1	30,0	0,3	11,1	.	55,8	1,3
1966	220,6	59,9	8,1	41,3	32,4	0,3	12,2	5,4	59,5	1,4
1967	232,1	60,7	8,7	44,3	35,7	0,4	13,1	5,8	61,8	1,6
1968	252,4	66,1	9,3	49,2	39,5	0,4	14,5	6,3	65,5	1,7
1969	281,1	75,5	10,4	55,5	44,0	0,4	16,6	7,1	69,7	1,9
1970	324,3	89,3	12,0	63,5	51,7	0,5	19,2	7,9	78,1	2,2
1971	365,3	101,3	13,8	73,1	59,2	0,6	21,6	8,8	84,4	2,5
1972	408,3	112,8	15,9	82,4	66,1	0,7	23,8	9,7	94,2	2,8
1973	474,3	130,5	18,8	96,4	77,2	0,8	27,6	11,1	108,7	3,3
1974	554,8	152,3	22,8	114,6	89,2	1,0	32,7	12,7	125,5	3,9
1975	642,0	169,9	26,1	135,8	105,9	1,2	37,5	14,6	146,3	4,6
1976	721,1	192,1	30,3	156,3	118,7	1,3	42,0	16,5	158,8	5,1
1977	797,9	215,0	33,6	176,1	133,6	1,5	46,9	18,0	167,7	5,6
1978	881,6	237,5	37,0	194,6	147,0	1,6	51,5	19,4	186,6	6,5
1979	985,6	265,3	41,3	217,2	165,1	1,7	57,2	21,4	209,0	7,4

1) Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.

2) Ohne Griechenland.

3) Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.

4) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, 1970).

Quelle: SAEG

Privater Verbrauch in den EG-Ländern¹⁾Mrd KKS²⁾

Jahr	Europäische Gemeinschaft ¹⁾	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten ³⁾										
1964	225,6	58,2	9,0	45,9	37,9	0,4	11,1		56,0	1,9
1965	243,9	64,4	9,7	49,6	40,7	0,4	12,2		59,2	2,0
1966	263,0	69,3	10,3	54,0	45,4	0,4	12,9	6,1	62,4	2,1
1967	280,0	72,7	10,8	58,0	49,9	0,4	13,8	6,6	65,5	2,3
1968	302,2	78,5	11,8	62,8	54,1	0,4	15,1	6,9	70,0	2,5
1969	333,0	87,5	13,0	70,6	60,0	0,5	16,9	7,7	74,1	2,8
1970	369,2	97,1	14,2	78,3	67,8	0,5	19,1	8,4	80,7	3,0
1971	410,9	108,7	15,8	89,4	73,7	0,6	21,2	9,0	89,1	3,3
1972	458,0	121,2	17,8	101,0	81,2	0,7	23,4	9,8	99,4	3,6
1973	520,9	136,0	20,9	115,6	92,8	0,8	26,6	11,3	112,8	4,2
1974	594,7	156,5	24,2	134,6	106,9	0,9	30,6	12,4	123,9	4,9
1975	683,0	184,7	27,3	155,8	121,2	1,0	35,5	14,3	138,0	5,2
1976	775,1	210,5	31,5	179,0	135,9	1,2	40,9	17,0	153,4	5,8
1977	862,3	235,6	34,8	199,5	150,9	1,3	46,2	18,6	168,8	6,6
1978	952,9	260,1	38,0	221,8	164,7	1,4	50,7	19,8	188,8	7,5
1979	1 068,6	289,7	43,1	249,5	187,2		56,0	22,2	211,1	8,2
in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975 ³⁾										
1964	444,8	115,6	17,6	92,7	74,4	0,7	21,5		108,6	
1965	463,7	123,5	18,3	96,6	77,2	0,7	23,0		110,2	
1966	482,5	127,8	18,8	101,3	82,8	0,7	23,6	11,2	112,4	
1967	500,4	129,9	19,3	106,4	88,6	0,7	24,7	11,5	115,2	
1968	522,1	136,1	20,4	110,3	93,1	0,7	26,2	11,8	119,1	
1969	550,3	146,3	21,4	117,4	99,1	0,8	28,0	12,6	120,0	
1970	579,5	156,0	22,1	122,9	106,3	0,8	30,2	13,0	123,3	4,7
1971	604,7	164,2	23,2	130,6	109,4	0,9	31,3	13,0	127,2	4,9
1972	633,8	171,3	24,5	138,5	113,2	0,9	32,4	13,3	134,8	5,1
1973	663,3	175,4	26,4	146,3	119,7	0,9	33,6	14,1	141,4	5,4
1974	672,3	177,7	27,2	150,9	122,8	1,0	34,4	13,9	138,9	5,5
1975	683,0	184,7	27,3	155,8	121,2	1,0	35,5	14,3	138,0	5,2
1976	708,5	191,5	28,8	164,2	125,4	1,1	37,3	15,5	139,4	5,3
1977	723,8	197,2	29,3	168,8	128,3	1,1	38,9	15,5	139,1	5,6
1978	752,5	205,0	30,0	176,2	132,0	1,1	40,2	15,4	146,6	6,0
1979	778,8	210,8	31,4	181,9	138,8		41,1	15,7	151,7	6,2

¹⁾ Ohne Griechenland.²⁾ Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.³⁾ Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, 1970).

Tabelle 8*

Staatsverbrauch in den EG-Ländern¹⁾Mrd KKS²⁾

Jahr	Europäische Gemeinschaft ¹⁾	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten ³⁾										
1964	51,4	11,8	1,8	9,9	8,8	0,1	2,9	.	14,4	0,3
1965	56,7	13,2	1,9	10,7	10,0	0,1	3,2	.	15,7	0,4
1966	61,1	14,0	2,1	11,5	10,7	0,1	3,5	1,8	17,0	0,4
1967	66,1	15,0	2,3	12,3	11,4	0,1	3,9	2,0	18,7	0,4
1968	71,2	15,5	2,5	13,9	12,6	0,1	4,2	2,2	19,7	0,5
1969	78,2	17,7	2,9	15,4	13,9	0,1	4,7	2,5	20,4	0,5
1970	88,4	20,3	3,2	17,5	15,3	0,1	5,5	2,9	23,0	0,6
1971	102,8	24,1	3,7	19,8	18,7	0,1	6,3	3,4	25,8	0,7
1972	115,2	26,7	4,3	22,0	21,3	0,1	7,0	3,9	29,1	0,8
1973	131,6	31,1	5,1	25,3	23,5	0,2	7,8	4,3	33,2	1,0
1974	155,4	37,8	6,0	29,9	26,3	0,2	9,4	5,2	39,2	1,2
1975	186,0	43,7	7,4	36,2	29,8	0,3	11,3	6,3	49,5	1,5
1976	208,2	47,9	8,5	42,1	32,8	0,3	12,9	7,2	54,7	1,7
1977	229,1	52,9	9,6	47,3	37,6	0,3	14,6	7,8	57,1	1,9
1978	256,6	58,9	11,0	53,3	43,1	0,4	16,2	8,8	62,8	2,1
1979	288,1	66,4	12,4	59,5	48,4	0,4	18,2	10,0	70,2	2,6
in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975 ³⁾										
1964	130,2	31,7	4,4	24,7	19,5	0,2	8,4	.	36,8	.
1965	134,5	33,1	4,7	25,5	20,2	0,2	8,6	.	37,7	.
1966	137,8	33,2	4,9	26,2	21,0	0,2	8,7	4,0	38,8	.
1967	143,8	34,1	5,2	27,3	22,0	0,2	8,9	4,3	41,0	.
1968	146,7	33,6	5,4	28,8	23,1	0,2	9,1	4,5	41,1	.
1969	150,7	35,4	5,7	30,0	23,8	0,2	9,5	4,9	40,4	.
1970	156,2	37,1	5,8	31,2	24,6	0,2	10,1	5,2	40,9	1,1
1971	162,8	39,0	6,1	32,3	26,0	0,2	10,4	5,4	42,2	1,2
1972	168,8	40,1	6,5	33,2	27,4	0,2	10,6	5,7	43,9	1,3
1973	175,0	41,8	6,8	34,2	28,0	0,2	10,7	5,9	46,0	1,3
1974	178,8	43,0	7,1	34,6	28,8	0,2	10,9	6,1	46,7	1,4
1975	186,0	43,7	7,4	36,2	29,8	0,3	11,3	6,3	49,5	1,5
1976	191,3	44,0	7,7	38,3	30,6	0,3	11,8	6,5	50,6	1,6
1977	193,0	44,2	7,9	38,8	31,3	0,3	12,2	6,7	50,1	1,6
1978	199,8	46,2	8,5	40,5	31,8	0,3	12,6	7,1	51,2	1,7
1979	205,1	47,6	8,7	41,6	32,7	0,3	12,9	7,4	52,2	1,7

¹⁾ Ohne Griechenland.²⁾ Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.³⁾ Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, 1970).

Quelle: SAEG

Bruttoanlageinvestitionen in den EG-Ländern¹⁾Mrd KKS²⁾

Jahr	Europäische Gemeinschaft ¹⁾	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten ³⁾										
1964	83,4	26,4	3,1	17,1	13,2	0,2	4,8		15,9	0,5
1965	88,3	28,4	3,4	19,0	12,3	0,2	5,2		17,0	0,6
1966	94,3	29,5	3,7	21,0	13,2	0,2	5,8	2,4	18,0	0,6
1967	98,3	27,5	4,0	22,6	15,0	0,2	6,3	2,6	19,5	0,6
1968	106,3	29,4	4,0	23,9	17,2	0,2	7,1	2,7	21,0	0,7
1969	119,6	34,6	4,5	27,0	19,9	0,2	7,3	3,2	21,9	0,9
1970	139,4	43,1	5,4	30,4	22,9	0,2	8,7	3,6	24,2	1,0
1971	155,6	49,7	5,8	34,8	23,8	0,3	9,7	3,9	26,4	1,1
1972	170,1	54,0	6,4	39,5	25,3	0,3	9,9	4,5	28,8	1,3
1973	195,3	57,8	7,5	45,8	30,6	0,4	11,1	5,3	35,3	1,6
1974	219,0	58,9	9,3	53,5	37,7	0,5	12,1	5,5	39,8	1,7
1975	234,1	62,6	10,1	58,6	38,4	0,5	12,9	5,5	43,7	1,8
1976	264,5	71,3	11,4	67,1	42,9	0,5	13,8	7,1	48,2	2,2
1977	288,2	80,0	12,3	71,4	46,7	0,6	16,8	7,5	50,3	2,6
1978	317,8	91,6	13,4	76,4	48,9	0,6	18,8	8,1	56,6	3,4
1979	361,7	110,2	14,6	85,2	55,8	0,7	20,9	8,6	61,6	4,2
in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975 ³⁾										
1964	171,6	52,3	6,9	33,5	30,8	0,5	9,2		33,2	
1965	176,5	54,8	7,2	35,9	28,2	0,4	9,6		34,8	
1966	183,3	55,5	7,6	38,5	29,4	0,4	10,4	4,7	35,7	
1967	189,8	51,8	7,9	40,8	32,9	0,4	11,3	5,0	38,7	
1968	200,8	53,8	7,8	43,1	36,4	0,3	12,6	5,1	40,4	
1969	214,5	59,4	8,2	47,0	39,2	0,4	12,3	5,8	40,6	
1970	227,3	65,8	8,9	49,2	40,4	0,4	13,4	5,9	41,7	1,6
1971	234,9	70,0	8,7	52,7	39,1	0,5	13,9	6,0	42,3	1,7
1972	242,4	72,5	9,0	56,5	39,5	0,5	13,5	6,6	42,5	1,9
1973	254,1	72,6	9,6	59,9	42,5	0,6	14,1	7,1	45,4	2,2
1974	246,7	65,4	10,3	60,5	44,0	0,5	13,6	6,3	44,2	1,9
1975	234,1	62,6	10,1	58,6	38,4	0,5	12,9	5,5	43,7	1,8
1976	241,7	65,5	10,5	60,6	39,2	0,5	12,6	6,6	44,2	2,0
1977	243,1	68,1	10,4	59,4	39,1	0,5	14,0	6,4	43,0	2,1
1978	250,1	72,0	10,6	59,8	39,1	0,5	14,6	6,5	44,6	2,5
1979	259,2	78,2	10,6	61,3	40,8	0,5	14,6	6,3	43,9	2,9

¹⁾ Ohne Griechenland.²⁾ Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.³⁾ Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, 1970).

Tabelle 10*

Außenhandel der EG-Länder¹⁾
in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten
Mrd KKS²⁾

Jahr	Europä- ische Gemein- schaft ¹⁾³⁾	Bundes- republik Deutsch- land	Belgien	Frank- reich	Italien	Luxem- burg	Nieder- lande	Däne- mark	Großbri- tannien	Irland
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen ⁴⁾										
1964	66,9	17,0	6,0	10,3	6,8	0,5	6,9	2,4	16,4	0,6
1965	73,9	18,8	6,5	11,6	8,1	0,5	7,6	2,6	17,6	0,7
1966	80,9	21,1	7,2	12,6	9,0	0,5	8,0	2,8	18,8	0,8
1967	86,2	22,9	7,6	13,6	10,0	0,5	8,6	2,9	19,2	0,9
1968	98,8	26,8	8,8	15,5	12,0	0,6	10,0	3,1	21,1	1,0
1969	114,7	31,1	10,7	18,0	13,9	0,7	12,0	3,6	23,6	1,1
1970	133,2	36,9	12,5	21,1	15,6	0,9	14,1	4,0	26,9	1,2
1971	149,0	41,5	13,4	24,2	17,2	0,9	16,2	4,3	29,9	1,4
1972	164,7	46,0	15,6	28,0	19,4	1,0	18,5	4,8	29,8	1,6
1973	201,8	59,4	20,0	35,1	21,3	1,4	23,4	6,1	33,4	1,9
1974	272,3	81,7	26,6	45,7	29,5	1,9	32,5	7,9	44,1	2,3
1975	283,3	80,9	26,0	50,6	32,5	1,6	33,8	8,5	46,7	2,7
1976	344,1	101,2	32,7	60,0	38,6	1,8	42,2	9,9	54,4	3,2
1977	389,5	114,2	37,0	67,7	45,3	2,0	45,3	10,8	63,1	4,0
1978	420,6	124,0	39,0	74,4	50,1	2,2	47,0	11,3	67,9	4,7
1979	486,2	138,3	45,0	86,3	60,2	2,3	54,9	13,0	80,5	5,5
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen ⁴⁾										
1964	68,1	15,5	6,0	10,3	7,4	0,5	7,3	2,6	17,5	0,9
1965	73,0	18,3	6,4	10,7	7,6	0,5	7,8	2,8	17,9	1,0
1966	78,8	19,1	7,3	12,2	8,9	0,5	8,4	3,0	18,5	1,1
1967	83,0	18,6	7,4	13,2	10,2	0,5	8,9	3,1	20,0	1,1
1968	94,1	22,1	8,7	15,3	11,2	0,5	10,0	3,3	21,8	1,2
1969	110,6	26,8	10,4	18,8	13,6	0,6	11,9	3,9	23,1	1,5
1970	128,9	32,6	11,8	20,7	16,3	0,8	14,5	4,5	26,0	1,6
1971	141,2	36,7	12,7	22,8	17,4	0,9	16,3	4,7	28,1	1,8
1972	155,7	39,9	14,4	26,6	19,8	0,9	17,3	4,8	30,1	1,9
1973	195,9	48,8	18,9	33,9	25,3	1,2	21,7	6,7	37,2	2,3
1974	274,9	65,0	26,1	49,0	37,5	1,6	30,7	8,9	53,1	3,2
1975	272,5	68,4	25,5	48,7	34,4	1,6	31,1	8,9	50,7	3,1
1976	341,6	88,4	32,5	63,6	42,8	1,9	38,7	11,7	58,3	3,8
1977	377,0	98,7	37,2	68,6	46,2	2,0	43,2	12,3	63,9	4,8
1978	398,2	105,8	39,2	71,9	48,7	2,3	45,7	12,4	66,7	5,7
1979	482,8	128,4	45,9	86,8	61,8	2,4	53,9	14,5	81,8	7,3

1) Ohne Griechenland.

2) Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.

3) Einschließlich der entsprechenden innergemeinschaftlichen Transaktionen.

4) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, 1970).

Quelle: SAEG

Tabelle 11*

Industrielle Produktion in den EG-Ländern^{1) 2)}

1975 = 100

Zeitraum	Europä- ische Gemein- schaft ¹⁾	Bundes- republik Deutsch- land	Belgien	Frank- reich	Italien	Luxem- burg	Nieder- lande	Däne- mark	Großbri- tannien	Irland
1960	56,2	54,5	56,3	52,7	48,3	84,8	46,2	53,2	73,9	45,9
1961	59,0	57,8	59,8	55,6	52,9	87,3	47,9	55,9	73,9	49,8
1962	62,3	62,7	63,2	58,4	57,1	83,7	49,6	60,8	74,7	53,4
1963	65,3	64,9	67,9	61,9	61,5	84,5	52,1	61,6	77,7	56,5
1964	69,8	69,9	72,3	65,8	62,3	92,3	57,1	68,8	83,8	60,8
1965	72,4	73,6	74,1	66,8	64,7	93,0	59,7	73,3	86,5	63,3
1966	75,1	74,5	75,6	70,8	72,4	90,0	62,2	75,5	87,7	65,3
1967	75,9	72,6	77,0	72,4	78,9	89,5	63,9	78,4	87,9	70,5
1968	81,2	79,4	81,2	75,0	84,1	94,8	69,7	84,2	93,6	77,9
1969	88,5	89,7	89,1	83,1	86,6	107,0	77,3	94,7	96,9	83,4
1970	92,8	95,2	91,8	87,8	92,2	107,5	84,0	97,0	97,5	87,1
1971	94,9	96,7	93,4	93,4	91,7	106,1	89,1	99,3	97,6	90,3
1972	99,1	100,7	100,4	98,6	96,2	110,5	93,3	103,7	99,7	94,2
1973	106,5	107,8	106,6	105,2	105,5	123,8	100,0	107,2	107,9	103,5
1974	107,1	106,6	110,8	107,8	109,7	128,1	105,0	106,0	105,1	106,5
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	107,4	107,4	108,1	108,6	111,6	103,8	107,7	109,3	102,7	108,8
1977	109,9	110,5	108,6	110,7	111,6	104,3	108,2	110,1	107,5	118,8
1978	112,5	112,7	111,2	113,2	114,0	107,7	108,8	112,6	111,0	128,4
1979	117,9	118,9	116,1	117,6	121,7	111,3	112,3	116,7	115,2	136,2
1980	116,9	117,9	115,1	117,0	127,8	107,6	112,1	116,9	107,3	133,9
1976 1. Vj.	106,8	104,1	107,6	112,6	107,7	102,3	108,7	106,0	104,4	98,8
2. Vj.	110,7	111,9	113,8	112,4	117,2	113,6	108,3	112,3	101,7	112,2
3. Vj.	97,6	98,8	98,6	94,1	100,3	97,3	96,7	105,3	95,8	110,8
4. Vj.	114,4	113,7	112,5	115,3	121,2	102,1	117,0	113,3	109,0	113,4
1977 1. Vj.	114,1	109,6	111,8	120,2	120,7	104,0	111,3	110,3	112,6	107,7
2. Vj.	113,2	114,9	112,7	114,9	117,5	113,9	110,0	108,3	106,2	124,1
3. Vj.	98,5	100,4	98,2	93,6	97,3	94,7	95,3	107,7	100,6	117,5
4. Vj.	113,8	116,5	111,7	114,0	111,0	104,7	116,0	114,0	110,7	125,9
1978 1. Vj.	113,3	110,3	110,3	119,2	114,6	107,6	111,0	105,7	113,5	120,4
2. Vj.	114,9	114,7	113,6	118,0	118,3	113,5	108,0	117,0	110,6	136,3
3. Vj.	101,8	104,3	101,6	95,6	100,2	101,6	96,0	108,0	105,2	125,1
4. Vj.	119,9	121,4	119,5	120,0	123,0	108,0	120,0	119,7	114,6	131,6
1979 1. Vj.	118,3	114,2	113,7	124,0	123,2	111,7	114,7	109,7	118,4	127,1
2. Vj.	121,3	123,7	122,3	121,3	123,8	119,2	113,7	117,7	116,7	144,6
3. Vj.	107,2	110,1	107,5	102,5	106,9	102,1	100,3	111,7	107,7	135,1
4. Vj.	124,9	127,5	120,9	122,5	132,8	112,1	120,3	127,7	117,9	138,0
1980 1. Vj.	123,1	119,0	123,0	127,8	135,7	116,2	118,7	119,7	116,9	133,0
2. Vj.	121,8	124,3	121,3	122,0	136,6	119,5	114,3	118,7	107,5	145,9
3. Vj.	103,5	106,8	103,0	99,5	108,5	93,5	95,7	110,3	98,8	127,2
4. Vj.	118,9	121,7	113,2	118,7	130,5	101,2	119,3	119,0	106,0	129,4
1981 1. Vj.	116,9	117,1	115,7	117,3	129,8	99,5	115,0	114,7	106,6	129,3
2. Vj.	117,3	122,4	119,0	114,7	131,1	108,5	109,7	118,0	101,0	145,3

¹⁾ Ohne Griechenland.²⁾ Produzierendes Gewerbe ohne Bauhauptgewerbe (Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften, NACE 1 bis 4).

Quelle: SAEG

Tabelle 12*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1975 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz
Verbraucherpreise											
1960	57,6	49,7	44,0	36,8	39,7	44,4	55,0	53,6	33,2	45,9	49,8
1961	58,8	50,2	45,1	37,8	40,5	44,1	55,6	54,2	35,0	46,9	50,7
1962	60,6	50,9	47,4	39,3	42,4	45,1	56,2	54,8	37,3	49,1	52,9
1963	62,4	52,0	49,9	40,1	45,6	46,6	56,9	55,7	40,2	50,5	54,7
1964	63,5	54,1	51,4	41,4	48,3	49,3	57,6	56,8	41,7	52,2	56,4
1965	65,9	56,3	52,8	43,3	50,4	52,2	58,6	58,1	44,5	54,9	58,3
1966	68,2	58,7	54,2	45,0	51,6	55,2	60,4	60,3	46,7	58,4	61,1
1967	69,3	60,4	55,7	46,2	53,5	57,1	62,0	62,5	48,6	60,9	63,5
1968	70,5	62,0	58,2	48,4	54,3	59,3	64,6	65,0	51,2	62,1	65,0
1969	71,8	64,4	61,8	51,0	55,7	63,6	68,1	67,9	53,9	63,7	66,7
1970	74,2	66,9	65,4	54,2	58,4	66,0	72,1	70,2	58,0	68,2	69,1
1971	78,1	69,8	69,0	59,3	61,3	70,9	75,2	72,2	61,6	73,3	73,6
1972	82,5	73,6	73,3	63,6	64,8	76,5	77,7	75,7	64,3	77,7	78,5
1973	88,2	78,7	78,7	69,4	71,8	82,6	82,6	81,4	71,9	82,9	85,4
1974	94,4	88,7	89,5	80,5	85,5	90,5	91,6	90,3	89,4	91,1	93,7
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	104,3	109,2	109,6	116,5	116,8	108,8	105,8	107,5	109,3	110,3	101,7
1977	108,1	116,9	119,9	135,0	136,7	115,8	112,7	116,1	118,1	122,9	103,3
1978	111,1	122,2	130,8	146,2	153,3	120,5	121,2	126,5	122,6	135,1	104,1
1979	115,6	127,6	144,8	165,8	175,9	125,6	134,9	138,1	127,0	144,9	107,9
1980	122,0	136,1	164,1	195,6	213,2	133,8	153,1	152,1	137,2	164,7	112,2
1981 1. Hj.	127,5	143,6	179,4	213,1	241,9	140,4	165,0	166,2	143,0	181,1	117,5
Erzeuger- bzw. Großhandelspreise ¹⁾											
1960	64,7	59,8	50,6	39,0	40,2	59,0	54,3	53,5	56,1	.	62,6
1961	65,7	59,7	52,1	40,0	40,2	58,9	54,1	53,6	56,7	.	62,7
1962	66,3	60,2	52,4	40,9	41,5	59,1	54,2	54,2	55,8	.	64,8
1963	66,6	61,7	53,9	41,3	43,7	60,5	54,0	54,9	56,7	.	67,3
1964	67,4	64,6	55,8	42,6	45,0	64,2	54,1	55,4	56,9	.	68,2
1965	69,0	65,3	56,2	44,1	45,8	66,1	55,2	56,1	57,3	.	68,6
1966	70,3	66,7	57,8	45,4	46,5	69,4	57,1	57,7	58,7	.	69,9
1967	69,6	66,1	57,3	46,8	46,4	70,1	57,2	58,8	59,7	.	70,1
1968	69,1	66,2	56,3	48,7	46,7	71,4	58,6	60,1	60,3	57	70,2
1969	70,3	69,5	62,3	50,5	48,4	69,6	60,9	62,3	61,5	59	72,2
1970	73,8	72,8	67,0	54,1	52,0	72,8	63,1	63,8	63,8	63	75,2
1971	77,0	72,4	68,4	59,0	53,7	76,1	65,2	65,1	63,3	65	76,8
1972	79,0	75,3	71,6	62,1	55,9	80,0	68,1	67,9	63,8	68	79,6
1973	84,2	84,6	82,1	66,7	65,5	85,5	77,0	75,5	73,9	75	88,1
1974	95,6	98,8	106,0	81,8	92,2	93,7	91,5	89,9	97,1	94	102,4
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	103,7	107,1	107,4	117,3	123,8	107,8	104,6	105,1	105,0	109	99,3
1977	106,5	109,7	113,4	140,5	144,3	114,1	111,0	113,4	107,0	119	99,6
1978	107,8	107,6	118,3	153,3	156,4	115,6	119,7	123,9	104,3	128	96,2
1979	113,0	114,4	134,0	172,0	180,7	118,7	134,7	141,8	111,9	144	99,9
1980	121,5	121,0	145,8	200,0	217,0	128,4	153,6	160,8	131,8	164	105,1
1981 1. Hj.	128,4	128,1	155,7	215,9	243,0	137,3	165,9	173,5	132,9	178	109,8

¹⁾ Erzeugerpreise: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Schweden. Großhandelspreise: Belgien, Italien, Niederlande, Vereinigte Staaten, Japan, Schweiz.

noch Tabelle 12*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1975 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Ver-einigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz
Durchschnittswerte der Ausfuhr ²⁾											
1969	73,6	69	57,9	47,3	47,2	65	53,7	55,5	63,7	52	74
1970	71,0	71	63,9	51,1	49,0	68	56,7	57,3	67,2	56	77
1971	73,7	69	67,6	54,0	51,6	69	58,6	57,7	67,9	59	80
1972	75,9	71	68,3	57,1	53,2	70	60,3	59,6	66,7	61	84
1973	79,4	77	75,1	64,4	62,2	74	70,4	68,1	71,7	67	86
1974	92,1	97	94,7	81,6	88,2	95	89,4	90,3	98,3	86	98
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	104,1	105	109,1	119,6	120,4	106	103,3	102,4	98,7	108	99
1977	105,2	106	119,9	141,5	144,3	109	107,1	109,0	98,4	116	102
1978	105,2	107	126,0	155,5	154,4	107	115,3	118,6	92,4	126	98
1979	108,4	120	138,2	171,8	181,6	117	133,8	143,3	102,3	142	101
1980	116,0	134	153,2	192,9	220,1	132	148,0	167,0	114,4	...	112
1981 1. Hj.	121,3	149	160,3	...	116,2	...	115
Durchschnittswerte der Einfuhr ²⁾											
1969	75,2	65	55,8	40,5	37,8	59	43,2	61,2	45,3	53	75
1970	70,6	68	61,8	43,9	39,0	64	46,3	62,4	47,9	58	79
1971	71,5	69	64,0	46,0	41,2	66	48,7	63,5	48,8	61	80
1972	71,4	69	64,6	48,1	42,4	66	52,3	65,0	45,2	62	82
1973	76,6	74	69,3	61,1	54,3	71	61,6	69,9	50,7	70	87
1974	98,1	97	101,8	87,7	94,2	96	91,7	86,3	93,2	95	105
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	105,4	107	110,5	122,2	125,1	106	103,1	100,1	102,8	108	95
1977	107,5	110	123,4	141,3	146,4	109	111,6	112,4	99,8	122	101
1978	103,7	111	124,6	146,9	153,0	107	121,0	127,5	81,6	135	90
1979	113,9	122	137,4	161,9	181,3	119	142,0	145,4	106,8	158	95
1980	130,2	141	163,0	185,9	236,2	137	180,8	169,0	149,6	...	115
1981 1. Hj.	143,3	158	194,3	...	148,4	...	114
Bruttostundenverdienste in der Industrie ³⁾											
1969	54,9	41,4	45,6	42	35,8	48	66,0	55,1	37,3	51,9	61,1
1970	63,0	46,3	50,4	47	43,3	53	69,4	59,7	43,5	59,0	65,1
1971	69,9	51,9	56,0	52	48,4	59	73,9	64,8	49,9	63,3	71,3
1972	76,2	59,2	62,4	59	52,9	67	79,1	70,0	57,6	72,6	77,6
1973	84,1	68,8	71,5	67	65,0	76	84,7	76,3	68,5	78,4	84,5
1974	92,8	83,2	85,3	79	78,1	89	91,7	86,6	84,7	87,0	93,2
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	106,4	111,1	114,1	115,5	120,9	109	108,1	113,8	112,5	115,2	101,6
1977	113,9	121,2	128,5	127,4	154,3	117	117,6	126,1	122,9	127,3	103,6
1978	120,0	129,8	145,2	146,0	179,3	125	127,7	135,2	131,6	141,5	106,7
1979	126,9	139,8	164,1	168,4	213,9	131	138,7	147,0	139,4	153,9	109,9
1980	135,3	152,8	188,8	199,9	260,7	136	150,5	161,9	148,3	168,3	116,2
1981 1. Hj.	140,3	163,9	204,1	218,9	307,1	137	162,4	...	154,4
Anteil am Warenhandel ⁴⁾ der Bundesrepublik Deutschland in vH											
1976—1980	x	8,1	12,1	5,6	8,1	11,1	6,9	0,9	2,0	2,6	4,3

²⁾ Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle, umbasiert von Originalbasis 1976 = 100.

³⁾ Italien, Niederlande: Tarifliche Stundenlöhne. — Großbritannien, Japan: Bruttomonatsverdienste.

⁴⁾ Einfuhr + Ausfuhr.

Quelle: IWF, OECD

Tabelle 13*

Amtliche Devisenkurse an
Kassa-Mittel
Telegrafische

Zeitraum	Amsterdam	Brüssel	Dublin ³⁾	Kopenhagen	Lissabon	London	Madrid ⁴⁾	Mailand/Rom
	100 hfl	100 bfrs	1 Ir£	100 dkr	100 Esc	1 £	100 Pts	1000 Lit
1960	110,587	8,365	.	60,512	14,589	11,709	.	6,719
1961	110,658	8,069	.	58,266	14,053	11,271	.	6,478
1962	110,974	8,035	.	57,938	13,998	11,225	.	6,441
1963	110,712	7,995	.	57,750	13,915	11,162	6,654	6,414
1964	110,220	7,991	.	57,481	13,836	11,098	6,640	6,367
1965	110,954	8,048	.	57,772	13,928	11,167	6,669	6,394
1966	110,490	8,025	.	57,885	13,930	11,167	6,672	6,404
1967	110,651	8,025	.	57,135	13,871	10,961	6,552	6,389
1968	110,308	7,997	.	53,347	13,946	9,558	5,730	6,406
1969 ⁵⁾	108,302	7,829	.	52,197	13,784	9,381	5,619	6,257
1970	100,852	7,345	.	48,631	12,772	8,736	5,234	5,816
1971	99,678	7,170	.	47,024	12,439	8,505	5,032	5,630
1972	99,367	7,247	.	45,923	11,845	7,974	4,965	5,467
1973	95,397	6,835	.	44,046	10,929	6,514	4,567	4,569
1974	96,365	6,649	.	42,535	10,267	6,055	4,495	3,985
1975	97,301	6,692	.	42,850	9,682	5,449	4,288	3,769
1976	95,271	6,524	.	41,657	8,386	4,553	3,771	3,042
1977	94,610	6,480	.	38,696	6,112	4,051	3,085	2,632
1978	92,832	6,382	.	36,438	4,602	3,853	2,624	2,368
1979	91,373	6,253	3,760	34,872	3,759	3,888	2,732	2,207
1980	91,459	6,217	3,735	32,245	3,635	4,227	2,536	2,124
1976 1. Vj.	96,243	6,565	.	41,887	9,294	5,150	4,050	3,388
2. Vj.	94,294	6,517	.	42,114	8,477	4,621	3,785	2,974
3. Vj.	94,825	6,485	.	41,669	8,122	4,473	3,723	3,016
4. Vj.	95,703	6,531	.	40,991	7,678	3,978	3,532	2,794
1977 1. Vj.	95,737	6,519	.	40,680	6,995	4,105	3,483	2,715
2. Vj.	95,680	6,531	.	39,302	6,111	4,060	3,423	2,666
3. Vj.	94,191	6,480	.	38,132	5,876	4,005	2,778	2,615
4. Vj.	92,889	6,391	.	36,706	5,495	4,036	2,685	2,533
1978 1. Vj.	93,358	6,435	.	36,544	5,152	4,002	2,582	2,408
2. Vj.	93,461	6,401	.	36,763	4,728	3,810	2,590	2,408
3. Vj.	92,342	6,349	.	36,426	4,429	3,876	2,667	2,397
4. Vj.	92,207	6,344	.	36,020	4,103	3,720	2,654	2,254
1979 1. Vj.	92,621	6,336	3,803	35,991	3,927	3,739	2,675	2,211
2. Vj.	91,801	6,261	3,797	35,331	3,856	3,943	2,841	2,238
3. Vj.	90,938	6,240	3,765	34,686	3,711	4,056	2,749	2,224
4. Vj.	90,142	6,173	3,709	33,393	3,537	3,810	2,663	2,151
1980 1. Vj.	90,817	6,163	3,703	32,030	3,604	3,995	2,635	2,151
2. Vj.	91,046	6,233	3,729	32,091	3,665	4,135	2,555	2,128
3. Vj.	91,754	6,246	3,765	32,319	3,598	4,229	2,463	2,106
4. Vj.	92,205	6,229	3,743	32,538	3,682	4,559	2,495	2,110
1981 1. Vj.	91,398	6,176	3,698	32,262	3,751	4,817	2,485	2,084
2. Vj.	90,023	6,122	3,655	31,794	3,765	4,730	2,498	2,009
3. Vj.	90,038	6,114	3,649	31,868	3,717	4,470	2,484	2,002

¹⁾ Vierteljahresergebnisse errechnet aus Monatsdurchschnitten aus den täglichen Notierungen.

²⁾ Weitere Erläuterungen siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Die Währungen der Welt“.

der Frankfurter Börse¹⁾kurse in DM²⁾

Auszahlung

Montreal	New York	Oslo	Paris	Stockholm	Tokio ³⁾	Wien	Zürich	Zeitraum
1 kan \$	1 US-\$	100 nkr	100 FF	100 skr	100 ¥	100 S	100 sfr	
4,3026	4,1704	58,471	85,047	80,709	.	16,067	96,564	1960
3,9752	4,0221	56,318	82,001	77,848	.	15,511	93,133	1961
3,7412	3,9978	56,015	81,590	77,557	.	15,487	92,461	1962
3,6959	3,9864	55,765	81,350	76,837	.	15,437	92,249	1963
3,6852	3,9748	55,540	81,113	77,171	.	15,390	92,035	1964
3,7054	3,9943	55,868	81,503	77,442	.	15,468	92,309	1965
3,7115	3,9982	55,921	81,377	77,402	.	15,477	92,421	1966
3,6961	3,9866	55,757	81,040	77,237	.	15,431	92,111	1967
3,7054	3,9923	55,895	80,628	77,260	.	15,447	92,507	1968
3,6446	3,9244	54,934	75,815	75,911	1,0305	15,174	91,002	1969 ⁴⁾
3,4966	3,6463	51,043	65,966	70,324	1,0183	14,107	84,601	1970
3,4459	3,4795	49,588	63,163	68,192	0,9996	13,940	84,578	1971
3,2200	3,1889	48,417	63,238	67,055	1,0534	13,800	83,537	1972
2,6599	2,6590	46,263	59,736	60,959	0,9795	13,645	84,005	1973
2,6486	2,5897	46,859	53,886	58,351	0,8888	13,859	87,010	1974
2,4218	2,4631	47,104	57,411	59,282	0,8301	14,129	95,252	1975
2,5541	2,5173	46,144	52,768	57,803	0,8500	14,039	100,747	1976
2,1860	2,3217	43,634	47,256	51,997	0,8671	14,051	96,843	1977
1,7649	2,0084	38,336	44,582	44,456	0,9626	13,837	112,924	1978
1,5651	1,8330	36,206	43,079	42,766	0,8424	13,712	110,229	1979
1,5542	1,8158	36,784	43,013	42,943	0,8064	14,049	108,478	1980
2,5868	2,5743	46,463	56,942	58,717	0,8522	14,027	99,825	1976 1. Vj.
2,6136	2,5578	46,426	54,396	57,881	0,8559	13,967	102,581	2. Vj.
2,5903	2,5314	45,970	51,608	57,419	0,8708	14,077	102,145	3. Vj.
2,4291	2,4085	45,747	48,325	57,225	0,8209	14,083	98,524	4. Vj.
2,3271	2,3953	45,463	48,141	56,730	0,8402	14,077	95,071	1977 1. Vj.
2,2446	2,3618	44,734	47,694	54,049	0,8586	14,064	94,077	2. Vj.
2,1579	2,3077	43,174	47,197	50,813	0,8677	14,069	96,244	3. Vj.
2,0194	2,2239	41,224	46,011	46,521	0,9014	13,995	101,882	4. Vj.
1,8663	2,0760	39,597	43,665	44,759	0,8742	13,910	107,571	1978 1. Vj.
1,8439	2,0768	38,434	45,114	44,961	0,9425	13,902	108,429	2. Vj.
1,7570	2,0070	37,963	45,790	44,937	1,0424	13,855	119,791	3. Vj.
1,5922	1,8747	37,306	43,672	43,129	0,9853	13,677	115,368	4. Vj.
1,5636	1,8546	36,472	43,474	42,555	0,9215	13,650	110,754	1979 1. Vj.
1,6362	1,8947	36,715	43,324	43,328	0,8712	13,595	110,600	2. Vj.
1,5574	1,8162	36,188	42,888	43,137	0,8307	13,712	110,806	3. Vj.
1,5041	1,7660	35,409	42,633	42,003	0,7426	13,892	108,704	4. Vj.
1,5242	1,7734	35,849	42,749	42,016	0,7290	13,945	106,629	1980 1. Vj.
1,5480	1,8105	36,637	42,986	42,610	0,7827	14,024	107,590	2. Vj.
1,5336	1,7756	36,688	43,094	42,767	0,8086	14,111	108,770	3. Vj.
1,6154	1,9112	38,030	43,223	44,438	0,9083	14,114	110,893	4. Vj.
1,7487	2,0866	39,016	42,945	45,827	1,0162	14,125	110,038	1981 1. Vj.
1,8995	2,2758	40,070	42,011	46,673	1,0358	14,144	111,842	2. Vj.
2,0091	2,4327	39,998	41,881	45,951	1,0500	14,231	116,048	3. Vj.

³⁾ Erstmalige Notierung am 13. März 1979.⁴⁾ Erstmalige Notierung am 18. Februar 1963.⁵⁾ Erstmalige Notierung am 1. Dezember 1969.⁶⁾ Aufwertung der DM mit Wirkung vom 27. Oktober 1969 um 9,3 %.

Tabelle 14*

Energieerzeugung in ausgewählten Ländern
Petajoule¹⁾

Land	Insgesamt ²⁾		Stein- und Braunkohle		Rohöl		Naturgas		Strom	
	1970	1979	1970	1979	1970	1979	1970	1979	1970	1979
Bundesrepublik Deutschland ³⁾ . . .	5 085	4 839	4 218	3 681	322	203	459	737	86	218
Belgien/Luxemburg	339	231	333	180	—	—	2	1	4	51
Dänemark	1	18	1	—	—	18	—	—	0	0
Frankreich	1 778	1 388	1 154	615	126	88	271	299	228	385
Großbritannien	4 442	8 163	3 887	3 220	7	3 366	435	1 428	114	149
Irland	51	55	49	29	—	—	—	21	3	4
Italien	756	775	23	22	64	80	498	481	170	192
Niederlande	1 326	3 429	127	—	82	61	1 116	3 354	1	15
EG-Länder ^{2) 4)}	13 779	18 899	9 792	7 747	600	3 817	2 782	6 321	606	1 014
Ägypten	719	1 164	—	—	699	1 088	3	42	17	34
Algerien	2 123	2 875	0	0	2 057	2 490	64	384	2	1
Australien	1 935	3 703	1 483	2 381	363	991	56	276	33	55
Argentinien	1 093	1 403	15	18	863	1 052	209	285	6	48
Brasilien	548	873	57	97	344	352	3	38	144	386
Iran	8 652	7 196	16	26	8 179	6 585	452	570	6	14
Irak	3 289	7 252	—	—	3 258	7 183	31	67	—	2
Indonesien	1 872	3 783	5	8	1 816	3 335	47	430	4	10
Japan	1 606	1 146	1 165	490	34	21	103	108	304	526
Kanada	6 007	8 502	359	822	2 967	3 552	2 113	3 133	568	996
Kuwait	6 571	5 610	—	—	6 491	5 449	80	162	—	—
Libyen	6 810	4 501	—	—	6 810	4 306	0	195	—	—
Mexiko	1 577	4 389	62	144	1 010	3 394	451	765	54	86
Nigeria	2 321	4 917	2	7	2 310	4 879	4	20	5	11
Norwegen	219	2 020	13	7	—	779	—	913	206	320
Österreich	327	298	54	40	119	74	77	86	77	98
Katar	779	1 107	—	—	740	1 044	39	63	—	—
Saudi-Arabien	8 119	20 701	—	—	8 119	20 676	—	25	—	—
Schweden	151	292	1	1	—	—	—	—	150	291
Schweiz	115	147	—	—	—	—	—	—	115	147
Sowjetunion	35 397	55 204	13 202	14 977	15 063	25 224	6 670	14 192	462	811
Venezuela	8 748	5 945	1	2	8 350	5 366	382	532	15	45
Vereinigte Staaten	62 433	61 192	15 825	17 777	22 764	20 390	22 860	21 075	984	1 949
Welt	209 557	280 189	66 245	80 228	100 321	137 527	38 455	54 019	4 536	8 415

¹⁾ Petajoule = 10¹⁵ (Billiarde) Joule.

²⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

³⁾ Die Unterschiede zwischen den Angaben der UN und nationaler Stellen beruhen auf unterschiedlichen Erfassungsmethoden.

⁴⁾ Ohne Griechenland.

Quelle: UN

Energieverbrauch im internationalen Vergleich

1979

Land	Primärenergieverbrauch								Importquote	
	insgesamt	je Einheit BIP ¹⁾	je Einwohner	nach Energieträgern					insgesamt	von Mineralöl
				Feste Brennstoffe	Mineralöl	Gas	Kernenergie	Wasserkraft und Sonstige		
				Anteil am Primärenergieverbrauch in vH						
in Mio t RÖE ²⁾	t RÖE ²⁾									
Australien	77,3	0,86	5,4	39,8	43,9	9,3	0,0	5,4	- 21,6	33,6
Belgien	48,8	0,69	5,0	22,3	51,4	19,5	5,1	0,2	92,6	115,5
Dänemark	20,7	0,48	4,1	22,7	76,8	0,0	0,0	0,0	95,7	96,9
Bundesrepublik Deutschland ..	284,2	0,56	4,6	29,2	50,5	16,5	3,4	1,4	60,0	101,5
Frankreich	202,2	0,52	3,8	17,4	56,5	11,5	4,5	9,4	77,8	106,0
Griechenland ...	16,0	0,63	1,7	22,5	71,9	0,0	0,0	5,6	84,4	113,0
Großbritannien ..	220,8	0,88	4,0	32,4	42,7	18,6	4,2	0,5	12,7	20,5
Irland	8,8	0,92	2,6	19,3	70,5	4,5	0,0	2,3	79,5	101,6
Italien	141,3	0,63	2,5	7,9	67,5	16,4	0,4	7,4	85,9	103,9
Japan	370,0	0,59	3,2	14,2	70,9	5,1	4,1	9,6	90,6	105,7
Kanada	221,2	1,17	9,3	12,6	40,9	19,7	3,7	25,2	- 5,9	9,3
Luxemburg	4,0	1,54	11,1	47,5	32,5	12,5	0,0	0,0	100,0	100,0
Neuseeland	10,7	0,77	3,5	15,0	34,6	8,4	0,0	43,0	38,3	108,1
Niederlande	68,8	0,73	4,9	4,9	45,1	48,7	1,3	0,3	9,6	130,3
Norwegen	23,5	0,70	5,8	4,7	38,3	3,0	0,0	56,6	-118,3	-105,6
Österreich	27,0	0,61	3,6	15,9	44,8	17,4	0,0	24,4	61,9	90,9
Portugal	11,3	0,64	1,2	8,8	67,3	0,0	0,0	23,0	82,3	118,4
Schweden	50,6	0,70	6,1	10,1	53,4	0,0	9,5	27,1	59,9	105,6
Schweiz	23,8	0,43	3,7	3,8	54,6	3,4	12,2	29,4	61,8	103,8
Spanien	73,4	0,64	2,0	15,3	65,4	1,9	2,0	15,4	72,8	102,9
Türkei	32,5	0,85	0,7	46,2	46,8	0,0	0,0	7,4	38,2	78,3
Vereinigte Staaten	1 877,4	1,03	8,5	21,4	46,2	26,0	3,7	4,0	21,7	47,8
Insgesamt ⁵⁾	3 814,3	0,81	5,0	20,5	50,6	19,5	3,5	7,0	36,7	68,5

1) Preis- und Wechselkursbasis 1975.

2) Rohöleinheiten.

3) Anteil der Netto-Importe am Primärenergieverbrauch in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch in vH.

4) Netto-Importe von Mineralöl im Verhältnis zum Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH.

5) Alle Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur einschließlich Frankreich.

Quelle: Internationale Energieagentur

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland

Tabelle 16*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Ein- wohner (Wohn- bevölke- rung)	Erwerbs- personen	Erwerbs- quote ¹⁾	Erwerbstätige ²⁾			Offene Stellen ⁴⁾	Arbeits- lose ⁴⁾	Arbeits- losen- quote ⁵⁾
				insgesamt	darunter beschäftigte Arbeitnehmer				
					zusam- men	darunter Aus- länder ³⁾			
1 000		vH	1 000		vH				
1950	46 908	21 577	46,0	19 997	13 674	.	116	1 580	10,4
1951	47 413	21 952	46,3	20 520	14 286	.	116	1 432	9,1
1952	47 728	22 289	46,7	20 910	14 754	.	115	1 379	8,5
1953	48 172	22 684	47,1	21 425	15 344	.	123	1 259	7,6
1954	48 710	23 216	47,7	21 995	15 968	73	137	1 221	7,1
1955	49 203	23 758	48,3	22 830	16 840	80	200	928	5,2
1956	49 797	24 196	48,6	23 435	17 483	99	219	761	4,2
1957	50 434	24 602	48,8	23 940	17 992	108	217	662	3,5
1958	51 056	24 807	48,6	24 124	18 188	127	216	683	3,6
1959	51 634	24 857	48,1	24 381	18 508	167	280	476	2,5
1960	52 183	25 027	48,0	24 792	19 005	.	449	235	1,2
1960	55 433	26 518	47,8	26 247	20 257	279	465	271	1,3
1961	56 175	26 772	47,7	26 591	20 730	507	552	181	0,9
1962	56 837	26 845	47,2	26 690	21 032	629	574	155	0,7
1963	57 389	26 930	46,9	26 744	21 261	773	555	186	0,9
1964	57 971	26 922	46,4	26 753	21 484	902	609	169	0,8
1965	58 619	27 034	46,1	26 887	21 757	1 119	649	147	0,7
1966	59 148	26 962	45,6	26 801	21 765	1 244	540	161	0,7
1967	59 286	26 409	44,5	25 950	21 054	1 014	302	459	2,1
1968	59 500	26 291	44,2	25 968	21 183	1 019	488	323	1,5
1969	60 067	26 535	44,2	26 356	21 752	1 366	747	179	0,8
1970	60 651	26 817	44,2	26 668	22 246	1 807	795	149	0,7
1971	61 284	26 910	43,9	26 725	22 414	2 128	648	185	0,8
1972	61 669	26 901	43,6	26 655	22 435	2 285	546	246	1,1
1973	61 976	26 985	43,5	26 712	22 564	2 425 ⁶⁾	572	273	1,2
1974	62 054	26 797	43,2	26 215	22 152	2 323 ⁶⁾	315	582	2,6
1975	61 829	26 397	42,7	25 323	21 386	2 061	236	1 074	4,8
1976	61 531	26 148	42,5	25 088	21 288	1 925	235	1 060	4,7
1977	61 400	26 074	42,5	25 044	21 347	1 872	231	1 030	4,6
1978	61 327	26 223	42,8	25 230	21 605	1 857	246	993	4,4
1979	61 359	26 449	43,1	25 573	22 008	1 924	304	876	3,8
1980	61 567	26 684	43,3	25 795	22 296	...	308	889	3,8
1976 1. Hj.	61 579	26 148	42,5	24 980	21 147	1 936	232	1 168	5,2
2. Hj.	61 484	26 149	42,5	25 196	21 429	1 913	239	953	4,3
1977 1. Hj.	61 418	26 030	42,4	24 940	21 223	1 879	231	1 090	4,9
2. Hj.	61 383	26 117	42,5	25 148	21 471	1 865	232	969	4,3
1978 1. Hj.	61 328	26 139	42,6	25 067	21 421	1 850	237	1 072	4,8
2. Hj.	61 325	26 307	42,9	25 393	21 789	1 865	255	914	4,0
1979 1. Hj.	61 322	26 358	43,0	25 392	21 813	1 900	290	966	4,2
2. Hj.	61 397	26 540	43,2	25 754	22 203	1 949	318	786	3,4
1980 1. Hj.	61 499	26 600	43,3	25 713	22 199	2 030	322	887	3,8
2. Hj.	61 634	26 768	43,4	25 877	22 393	...	295	891	3,8
1981 1. Hj.	61 654	26 756	43,4	25 557	22 120	...	238	1 199	5,1

1) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.

2) Erwerbstätige, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).

3) Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit).

4) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

5) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer + Arbeitslose).

6) Ohne Saarland und Berlin.

a) Eigene Schätzung.

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

1000

Zeitraum	Ins- gesamt	Land- und Forst- wirt- schaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Ver- kehr ²⁾	Dienst- leistungs- unter- nehmen ³⁾	Staat	Private Haus- halte ⁴⁾
			ins- gesamt	Energie- und Wasser- versor- gung, Bergbau	Verar- beitendes Gewerbe	Bau- gewerbe				
Erwerbstätige insgesamt										
1960	26 080	3 581	12 497	747	9 624	2 126	4 759	2 381	2 098	764
1961	26 441	3 449	12 804	721	9 905	2 178	4 809	2 421	2 228	730
1962	26 534	3 307	12 916	696	9 948	2 272	4 814	2 475	2 348	674
1963	26 596	3 144	12 924	662	9 883	2 379	4 848	2 556	2 444	680
1964	26 618	3 002	12 982	650	9 885	2 447	4 821	2 604	2 540	669
1965	26 769	2 876	13 153	640	10 059	2 454	4 796	2 666	2 628	650
1966	26 686	2 790	13 011	622	9 953	2 436	4 806	2 732	2 706	641
1967	25 817	2 638	12 241	574	9 418	2 249	4 717	2 787	2 777	657
1968	25 839	2 523	12 310	537	9 488	2 285	4 702	2 850	2 803	651
1969	26 240	2 395	12 715	527	9 883	2 305	4 726	2 895	2 859	650
1970	26 570	2 262	12 973	537	10 117	2 319	4 769	2 943	2 978	645
1971	26 639	2 144	12 933	535	10 046	2 352	4 831	2 988	3 093	650
1972	26 580	2 038	12 751	520	9 864	2 367	4 877	3 025	3 233	656
1973	26 648	1 954	12 761	496	9 901	2 364	4 906	3 039	3 328	660
1974	26 155	1 882	12 303	489	9 629	2 185	4 801	3 063	3 441	665
1975	25 266	1 823	11 529	490	9 063	1 976	4 664	3 059	3 512	679
1976	25 033	1 743	11 317	483	8 870	1 964	4 604	3 120	3 558	691
1977	24 993	1 655	11 265	474	8 871	1 920	4 588	3 206	3 572	707
1978	25 181	1 608	11 275	467	8 868	1 940	4 606	3 306	3 642	744
1979 } ⁵⁾	25 519	1 558	11 424	468	8 942	2 014	4 637	3 388	3 739	773
1980 } ⁵⁾	25 741	1 518	11 528	473	9 015	2 040	4 668	3 423	3 798	806
Beschäftigte Arbeitnehmer										
1960	20 090	491	11 509	746	8 855	1 908	3 615	1 613	2 098	764
1961	20 580	452	11 844	720	9 164	1 960	3 674	1 652	2 228	730
1962	20 876	421	11 994	695	9 241	2 058	3 722	1 717	2 348	674
1963	21 113	406	12 016	661	9 191	2 164	3 773	1 794	2 444	680
1964	21 349	390	12 112	649	9 228	2 235	3 787	1 851	2 540	669
1965	21 639	369	12 301	639	9 420	2 242	3 780	1 911	2 628	650
1966	21 650	358	12 170	621	9 328	2 221	3 806	1 969	2 706	641
1967	20 921	324	11 415	573	8 811	2 031	3 732	2 016	2 777	657
1968	21 054	302	11 498	536	8 895	2 067	3 730	2 070	2 803	651
1969	21 636	297	11 928	526	9 316	2 086	3 784	2 118	2 859	650
1970	22 148	295	12 210	536	9 575	2 099	3 853	2 167	2 978	645
1971	22 328	285	12 175	534	9 511	2 130	3 918	2 207	3 093	650
1972	22 360	267	11 997	519	9 334	2 144	3 965	2 242	3 233	656
1973	22 500	258	12 005	495	9 371	2 139	3 996	2 253	3 328	660
1974	22 092	247	11 568	488	9 107	1 973	3 898	2 273	3 441	665
1975	21 329	243	10 825	489	8 568	1 768	3 802	2 268	3 512	679
1976	21 233	242	10 630	482	8 392	1 756	3 769	2 343	3 558	691
1977	21 296	244	10 573	473	8 383	1 717	3 779	2 421	3 572	707
1978	21 556	248	10 590	466	8 392	1 732	3 819	2 513	3 642	744
1979 } ⁵⁾	21 954	258	10 738	467	8 470	1 801	3 856	2 590	3 739	773
1980 } ⁵⁾	22 242	260	10 843	472	8 545	1 826	3 902	2 633	3 798	806

¹⁾ Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort); Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.²⁾ Einschließlich Nachrichtenübermittlung.³⁾ Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.⁴⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.⁵⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 18*

Ausländer im Bundesgebiet

An

Staatsangehörigkeit	1975	1976	1977	1978	1979	1980
	Wohnbevölkerung ¹⁾					
Europa	3 711 334	3 565 016	3 555 437	3 541 710	3 691 054	3 955 309
Belgien	15 252	15 234	15 368	15 328	15 725	16 600
Dänemark	10 035	10 132	10 323	10 413	10 806	11 527
Frankreich	60 424	59 917	60 613	61 243	64 509	68 620
Griechenland	390 455	353 733	328 465	305 523	296 803	297 518
Großbritannien ²⁾	55 519	58 405	63 120	66 955	72 653	81 090
Irland	2 467	2 659	3 010	3 524	4 464	5 677
Italien	601 405	567 984	570 825	572 522	594 424	617 895
Luxemburg	4 230	4 140	4 131	4 168	4 260	4 444
Niederlande	110 473	108 227	107 311	105 586	106 110	107 771
EG-Länder	1 250 260	1 180 431	1 163 166	1 145 262	1 169 754	1 211 142
Jugoslawien	677 863	640 380	630 027	610 184	620 649	631 842
Österreich	173 993	169 182	168 777	159 301	168 915	172 573
Polen	44 556	44 052	44 539	46 031	50 779	60 140
Portugal	118 536	113 720	110 977	109 924	109 843	112 270
Schweiz	27 021	27 428	27 943	27 846	28 805	29 423
Spanien	247 447	219 427	201 429	188 937	182 155	179 952
Tschechoslowakei	26 743	26 477	26 226	24 920	24 202	24 420
Türkei	1 077 097	1 079 300	1 118 041	1 165 119	1 268 307	1 462 442
Ungarn	18 434	18 113	18 069	17 901	18 852	20 144
Übriges Europa	49 384	46 506	46 243	46 285	48 793	50 961
Afrika	70 942	71 535	74 572	79 543	88 517	103 432
Ägypten	6 902	6 962	7 087	7 347	7 689	8 587
Marokko	24 957	25 671	27 126	28 907	31 933	35 854
Übriges Afrika	39 083	38 902	40 359	43 289	48 895	58 991
Amerika	103 980	102 700	103 328	102 703	106 782	113 354
Kanada	7 643	7 244	7 279	7 143	7 458	7 752
Vereinigte Staaten	74 416	73 185	72 969	71 557	73 956	77 436
Übriges Amerika	21 921	22 271	23 080	24 003	25 368	28 166
Asien	121 288	124 928	131 220	147 813	170 284	219 710
Indien	12 037	12 148	12 587	16 137	20 603	27 929
Iran	19 207	18 359	18 901	19 516	21 017	28 360
Israel	6 884	7 393	7 331	7 478	7 731	8 173
Japan	11 091	11 173	11 600	12 170	12 838	14 188
Jordanien	13 597	13 135	12 873	12 533	12 881	13 260
Pakistan	4 540	6 776	9 733	17 877	20 504	26 220
Übriges Asien	53 932	55 944	58 195	62 102	74 710	101 580
Australien und Ozeanien	6 735	6 442	6 197	6 089	6 292	6 654
Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit	55 220	54 955	53 854	77 890	53 657	54 849
Insgesamt	4 089 594	3 948 337	3 948 278	3 981 061	4 143 836	4 453 308

¹⁾ Jeweils am 30. September; 1975 einschließlich 20 095, 1976 einschließlich 22 761, 1977 einschließlich 23 670, 1978 einschließlich 25 313 und 1979 einschließlich 27 250 Personen, die nicht nach der Staatsangehörigkeit aufgliedert werden konnten.

nach der Staatsangehörigkeit
zahl

1975	1976	1977	1978	1979	1980	Staatsangehörigkeit
Beschäftigte ²⁾						
1 935 936	1 798 715	1 749 154	1 723 349	1 769 500	1 819 897	Europa
9 568	9 463	9 192	9 290	9 424	9 801	Belgien
3 062	3 128	3 065	3 122	3 269	3 439	Dänemark
45 821	42 395	43 631	43 972	47 290	52 428	Frankreich
203 629	178 800	162 495	146 792	140 139	132 980	Griechenland
21 449	22 778	25 247	27 856	30 898	34 828	Großbritannien ³⁾
930	941	1 170	1 321	1 649	2 299	Irland
297 079	276 367	281 224	288 648	300 442	309 226	Italien
1 244	1 239	1 228	1 278	1 338	1 418	Luxemburg
52 488	46 460	42 645	39 938	40 106	40 215	Niederlande
635 270	581 571	569 897	562 217	574 555	586 634	EG-Länder
418 745	390 079	377 206	369 506	367 301	357 427	Jugoslawien
78 020	75 997	74 985	75 245	83 698	87 212	Österreich
7 531	7 339	7 524	7 932	8 952	8 772	Polen
70 520	63 579	60 160	58 771	59 145	58 780	Portugal
6 534	6 855	6 944	7 055	7 886	8 248	Schweiz
129 817	111 006	100 311	92 586	89 992	86 547	Spanien
11 890	11 832	11 776	11 918	12 508	11 486	Tschechoslowakei
553 217	527 483	517 467	514 694	540 471	590 623	Türkei
7 972	7 985	7 990	8 098	8 547	8 060	Ungarn
16 420	14 989	14 894	15 327	16 445	16 108	Übriges Europa
34 937	34 068	33 775	34 835	38 249	41 133	Afrika
1 988	2 033	2 076	2 150	2 481	2 692	Ägypten
16 298	15 601	15 244	15 323	16 214	16 109	Marokko
16 651	16 434	16 455	17 362	19 554	22 332	Übriges Afrika
21 300	22 085	22 545	23 459	26 457	28 822	Amerika
2 033	1 939	1 889	1 916	2 230	2 269	Kanada
12 059	12 705	12 990	13 563	16 310	18 559	Vereinigte Staaten
7 208	7 441	7 666	7 980	7 917	7 994	Übriges Amerika
42 692	46 027	47 814	51 900	62 290	74 982	Asien
5 777	5 889	6 132	7 114	10 376	13 986	Indien
3 516	3 294	3 198	3 308	3 591	4 044	Iran
1 810	1 971	2 183	2 159	2 206	2 265	Israel
2 333	2 643	2 712	2 793	2 735	2 795	Japan
5 160	4 600	4 206	3 931	4 105	3 915	Jordanien
1 403 ⁴⁾	3 001 ⁴⁾	4 401 ⁴⁾	7 857 ⁴⁾	11 366 ⁴⁾	15 060 ⁴⁾	Pakistan
22 693	24 629	24 982	24 738	27 911	32 917	Übriges Asien
2 446	2 458	2 459	2 467	2 504	2 488	Australien und Ozeanien
33 424	33 781	32 838	33 284	34 651	104 336 ⁵⁾	Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit
2 070 735	1 937 134	1 888 585	1 869 294	1 933 651	2 071 658	Insgesamt

²⁾ Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer jeweils am 30. Juni.

³⁾ Einschließlich Nordirland.

⁴⁾ Einschließlich Bangladesch; ein getrennter Nachweis ist derzeit nicht möglich.

⁵⁾ Aus meldetechnischen Gründen überhöht.

Quelle für Beschäftigte: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 19*

Bruttowertschöpfung nach

a) Mrd

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ¹⁾	Dienstleistungsunternehmen ²⁾	Staat	Private Haushalte ³⁾
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeiten des Gewerbe	Baugewerbe				
in jeweiligen Preisen										
1960	301,65	17,39	161,26	15,70	122,63	22,93	55,16	41,40	21,93	4,51
1961	330,53	17,01	177,88	15,75	135,88	26,25	59,53	46,28	25,07	4,76
1962	359,35	18,63	192,14	16,29	145,81	30,04	65,81	50,50	27,42	4,85
1963	380,76	19,38	200,50	16,86	151,46	32,18	69,97	55,23	30,43	5,25
1964	419,19	19,36	223,68	17,77	168,41	37,50	75,92	61,45	33,23	5,55
1965	458,64	19,98	244,03	18,34	185,92	39,77	81,53	69,34	37,79	5,97
1966	489,30	20,92	255,33	18,98	194,17	42,18	87,10	77,34	42,17	6,44
1967	495,60	20,46	252,25	18,83	194,29	39,13	87,73	83,53	44,71	6,92
1968	537,28	22,50	278,31	21,01	216,68	40,62	89,88	91,54	47,74	7,31
1969	602,54	23,57	314,44	21,93	247,23	45,28	97,54	104,88	54,04	8,07
1970	683,34	23,07	360,71	25,11	280,01	55,59	108,70	118,32	63,48	9,06
1971	761,91	24,46	393,34	26,81	301,27	65,26	120,95	136,77	75,74	10,65
1972	835,11	26,81	422,91	29,16	320,90	72,85	132,83	155,71	85,04	11,81
1973	929,16	29,07	467,01	32,36	357,88	76,77	143,74	177,00	98,82	13,52
1974	1 000,27	27,03	495,07	36,58	384,62	73,87	150,22	198,27	114,55	15,13
1975	1 049,06	30,78	497,42	41,25	385,61	70,56	161,20	218,54	124,45	16,67
1976	1 137,13	32,77	541,33	44,86	422,16	74,31	175,39	238,21	131,42	18,01
1977	1 216,80	33,48	576,19	44,08	452,74	79,37	187,50	259,61	140,39	19,63
1978	1 304,43	34,41	618,07	47,48	484,11	86,48	199,30	281,88	149,52	21,25
1979	1 413,94	32,59	675,92	51,02	524,31	100,59	216,41	305,54	160,43	23,05
1980	1 507,43	32,22	713,67	55,42	542,31	115,94	226,80	335,77	173,72	25,25
1972 1. Hj.	393,34	7,19	202,27	14,40	155,19	32,68	62,08	76,17	40,08	5,55
2. Hj.	441,77	19,62	220,64	14,76	165,71	40,17	70,75	79,54	44,96	6,26
1973 1. Hj.	439,99	6,77	225,83	15,91	174,42	35,50	69,27	86,21	45,67	6,24
2. Hj.	489,17	22,30	241,18	16,45	183,46	41,27	74,47	90,79	53,15	7,28
1974 1. Hj.	474,25	7,59	238,87	17,40	187,33	34,14	71,21	96,80	52,82	6,96
2. Hj.	526,02	19,44	256,20	19,18	197,29	39,73	79,01	101,47	61,73	8,17
1975 1. Hj.	497,16	8,44	239,88	20,05	187,82	32,01	76,41	106,77	57,94	7,72
2. Hj.	551,90	22,34	257,54	21,20	197,79	38,55	84,79	111,77	66,51	8,95
1976 1. Hj.	540,11	8,63	261,94	22,21	207,00	32,73	83,07	117,20	60,95	8,32
2. Hj.	597,02	24,14	279,39	22,65	215,16	41,58	92,32	121,01	70,47	9,69
1977 1. Hj.	576,89	9,41	278,13	21,65	220,87	35,61	88,82	126,51	64,95	9,07
2. Hj.	639,91	24,07	298,06	22,43	231,87	43,76	98,68	133,10	75,44	10,56
1978 1. Hj.	614,54	9,76	295,69	23,27	234,81	37,61	94,94	136,67	67,75	9,73
2. Hj.	689,89	24,65	322,38	24,21	249,30	48,87	104,36	145,21	81,77	11,52
1979 1. Hj.	667,88	9,27	323,84	25,66	256,32	41,86	102,43	148,26	73,57	10,51
2. Hj.	746,06	23,32	352,08	25,36	267,99	58,73	113,98	157,28	86,86	12,54
1980 1. Hj.	719,99	9,78	347,73	26,68	269,06	51,99	108,87	162,57	79,51	11,53
2. Hj.	787,44	22,44	365,94	28,74	273,25	63,95	117,93	173,20	94,21	13,72
1981 1. Hj.	743,42	9,55	350,52	110,18	176,32	96,85	

1) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

2) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

Tabelle 19*

Wirtschaftsbereichen

DM

Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ¹⁾	Dienstleistungsunternehmen ²⁾	Staat	Private Haushalte ³⁾	Zeitraum
		insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
in Preisen von 1970										
431,85	21,22	217,02	18,42	159,61	38,99	68,06	75,32	41,09	9,14	1960
454,01	19,29	230,59	18,60	170,66	41,33	72,00	79,60	43,64	8,89	1961
473,36	20,74	240,19	19,12	178,22	42,85	75,34	82,46	46,22	8,41	1962
487,92	21,46	246,22	19,72	182,58	43,92	77,70	85,77	48,22	8,55	1963
520,47	20,86	268,75	20,73	198,49	49,53	82,40	90,20	49,70	8,56	1964
549,29	19,72	286,26	20,59	214,23	51,44	87,40	95,24	52,15	8,52	1965
563,32	20,70	291,55	21,17	217,40	52,98	89,08	98,62	54,83	8,54	1966
563,29	22,61	284,15	20,86	212,82	50,47	88,85	102,42	56,42	8,84	1967
599,48	24,10	307,88	21,87	235,53	50,48	94,14	106,37	58,12	8,87	1968
646,49	22,53	339,72	23,08	264,38	52,26	102,66	112,73	59,88	8,97	1969
683,34	23,07	360,71	25,11	280,01	55,59	108,70	118,32	63,48	9,06	1970
704,35	23,79	369,69	25,70	283,81	60,18	111,19	124,22	66,27	9,19	1971
730,01	23,24	382,30	26,53	291,85	63,92	113,85	131,80	69,47	9,35	1972
765,82	25,79	403,04	28,94	309,72	64,38	117,36	137,41	72,76	9,46	1973
770,13	26,06	399,95	30,27	310,56	59,12	116,83	141,66	76,07	9,56	1974
754,94	24,96	378,98	29,02	294,30	55,66	115,92	147,00	78,29	9,79	1975
792,37	24,23	402,64	30,20	315,44	57,00	122,21	154,01	79,27	10,01	1976
817,42	25,79	412,68	30,50	324,25	57,93	127,12	161,35	80,29	10,19	1977
843,77	27,06	421,28	31,92	330,00	59,36	133,09	169,20	82,59	10,55	1978
883,16	26,05	442,91	33,59	346,01	63,31	140,45	177,74	85,11	10,90	1979
898,87	26,47	446,89	33,89	346,88	66,12	142,16	184,93	87,19	11,23	1980
348,75	6,21	184,38	13,25	142,37	28,76	54,21	64,85	34,46	4,64	1972 1. Hj.
381,26	17,03	197,92	13,28	149,48	35,16	59,64	66,95	35,01	4,71	2. Hj.
368,85	6,91	196,47	14,46	152,20	29,81	56,74	67,91	36,13	4,69	1973 1. Hj.
396,97	18,88	206,57	14,48	157,52	34,57	60,62	69,50	36,63	4,77	2. Hj.
375,44	7,23	198,47	15,06	155,55	27,86	57,20	70,02	37,79	4,73	1974 1. Hj.
394,69	18,83	201,48	15,21	155,01	31,26	59,63	71,64	38,28	4,83	2. Hj.
362,59	6,79	183,03	14,74	142,79	25,50	56,00	72,99	38,93	4,85	1975 1. Hj.
392,35	18,17	195,95	14,28	151,51	30,16	59,92	74,01	39,36	4,94	2. Hj.
381,71	7,11	194,76	15,23	153,95	25,58	58,97	76,44	39,48	4,95	1976 1. Hj.
410,66	17,12	207,88	14,97	161,49	31,42	63,24	77,57	39,79	5,06	2. Hj.
394,82	6,94	201,62	15,43	159,46	26,73	61,47	78,80	39,94	5,05	1977 1. Hj.
422,60	18,85	211,06	15,07	164,79	31,20	65,65	81,55	40,35	5,14	2. Hj.
405,26	6,84	204,12	16,12	161,33	26,67	64,52	83,53	41,03	5,22	1978 1. Hj.
438,51	20,22	217,16	15,80	168,67	32,69	68,57	85,67	41,56	5,33	2. Hj.
425,01	6,83	213,68	17,25	168,88	27,55	68,73	88,05	42,33	5,39	1979 1. Hj.
458,15	19,22	229,23	16,34	177,13	35,76	71,72	89,69	42,78	5,51	2. Hj.
439,81	7,36	221,94	17,45	174,12	30,37	69,94	91,67	43,34	5,56	1980 1. Hj.
459,06	19,11	224,95	16,44	172,76	35,75	72,22	93,26	43,85	5,67	2. Hj.
435,45	7,55	215,14	68,50	94,44	49,82		1981 1. Hj.

³⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 19*

Bruttowertschöpfung nach

b) Anteil

Zeitraum	Land- und Forst- wirtschaft, Fische- rei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Ver- kehr ²⁾	Dienst- lei- stungs- unter- nehmen ³⁾	Staat	Private Haus- halte ⁴⁾
		ins- gesamt	Energie- und Wasser- versor- gung, Bergbau	Verar- beiten- des Ge- werbe	Bau- gewerbe				
in jeweiligen Preisen									
1960	5,8	53,5	5,2	40,7	7,6	18,3	13,7	7,3	1,5
1961	5,1	53,8	4,8	41,1	7,9	18,0	14,0	7,6	1,4
1962	5,2	53,5	4,5	40,6	8,4	18,3	14,1	7,6	1,3
1963	5,1	52,7	4,4	39,8	8,5	18,4	14,5	8,0	1,4
1964	4,6	53,4	4,2	40,2	8,9	18,1	14,7	7,9	1,3
1965	4,4	53,2	4,0	40,5	8,7	17,8	15,1	8,2	1,3
1966	4,3	52,2	3,9	39,7	8,6	17,8	15,8	8,6	1,3
1967	4,1	50,9	3,8	39,2	7,9	17,7	16,9	9,0	1,4
1968	4,2	51,8	3,9	40,3	7,6	16,7	17,0	8,9	1,4
1969	3,9	52,2	3,6	41,0	7,5	16,2	17,4	9,0	1,3
1970	3,4	52,8	3,7	41,0	8,1	15,9	17,3	9,3	1,3
1971	3,2	51,6	3,5	39,5	8,6	15,9	18,0	9,9	1,4
1972	3,2	50,6	3,5	38,4	8,7	15,9	18,6	10,2	1,4
1973	3,1	50,3	3,5	38,5	8,3	15,5	19,0	10,6	1,5
1974	2,7	49,5	3,7	38,5	7,4	15,0	19,8	11,5	1,5
1975	2,9	47,4	3,9	36,8	6,7	15,4	20,8	11,9	1,6
1976	2,9	47,6	3,9	37,1	6,5	15,4	20,9	11,6	1,6
1977	2,8	47,4	3,6	37,2	6,5	15,4	21,3	11,5	1,6
1978	2,6	47,4	3,6	37,1	6,6	15,3	21,6	11,5	1,6
1979 } ⁵⁾	2,3	47,8	3,6	37,1	7,1	15,3	21,6	11,3	1,6
1980 }	2,1	47,3	3,7	36,0	7,7	15,0	22,3	11,5	1,7
1972 1. Hj.	1,8	51,4	3,7	39,5	8,3	15,8	19,4	10,2	1,4
2. Hj.	4,4	49,9	3,3	37,5	9,1	16,0	18,0	10,2	1,4
1973 1. Hj.	1,5	51,3	3,6	39,6	8,1	15,7	19,6	10,4	1,4
2. Hj.	4,6	49,3	3,4	37,5	8,4	15,2	18,6	10,9	1,5
1974 1. Hj.	1,6	50,4	3,7	39,5	7,2	15,0	20,4	11,1	1,5
2. Hj.	3,7	48,7	3,6	37,5	7,6	15,0	19,3	11,7	1,6
1975 1. Hj.	1,7	48,3	4,0	37,8	6,4	15,4	21,5	11,7	1,6
2. Hj.	4,0	46,7	3,8	35,8	7,0	15,4	20,3	12,1	1,6
1976 1. Hj.	1,6	48,5	4,1	38,3	6,1	15,4	21,7	11,3	1,5
2. Hj.	4,0	46,8	3,8	36,0	7,0	15,5	20,3	11,8	1,6
1977 1. Hj.	1,6	48,2	3,8	38,3	6,2	15,4	21,9	11,3	1,6
2. Hj.	3,8	46,6	3,5	36,2	6,8	15,4	20,8	11,8	1,7
1978 1. Hj.	1,6	48,1	3,8	38,2	6,1	15,4	22,2	11,0	1,6
2. Hj.	3,6	46,7	3,5	36,1	7,1	15,1	21,0	11,9	1,7
1979 1. Hj.	1,4	48,5	3,8	38,4	6,3	15,3	22,2	11,0	1,6
2. Hj.	3,1	47,2	3,4	35,9	7,9	15,3	21,1	11,6	1,7
1980 1. Hj.	1,4	48,3	3,7	37,4	7,2	15,1	22,6	11,0	1,6
2. Hj.	2,8	46,5	3,6	34,7	8,1	15,0	22,0	12,0	1,7
1981 1. Hj.	1,3	47,1	14,8	23,7	13,0	

¹⁾ Bezogen auf die Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche.²⁾ Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

noch Tabelle 19*

Wirtschaftsbereichen

in vH¹⁾

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ²⁾	Dienstleistungsunternehmen ³⁾	Staat	Private Haushalte ⁴⁾	Zeitraum
	insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
in Preisen von 1970									
4,9	50,3	4,3	37,0	9,0	15,8	17,4	9,5	2,1	1960
4,2	50,8	4,1	37,6	9,1	15,9	17,5	9,6	2,0	1961
4,4	50,7	4,0	37,6	9,1	15,9	17,4	9,8	1,8	1962
4,4	50,5	4,0	37,4	9,0	15,9	17,6	9,9	1,8	1963
4,0	51,6	4,0	38,1	9,5	15,8	17,3	9,5	1,6	1964
3,6	52,1	3,7	39,0	9,4	15,9	17,3	9,5	1,6	1965
3,7	51,8	3,8	38,6	9,4	15,8	17,5	9,7	1,5	1966
4,0	50,4	3,7	37,8	9,0	15,8	18,2	10,0	1,6	1967
4,0	51,4	3,6	39,3	8,4	15,7	17,7	9,7	1,5	1968
3,5	52,5	3,6	40,9	8,1	15,9	17,4	9,3	1,4	1969
3,4	52,8	3,7	41,0	8,1	15,9	17,3	9,3	1,3	1970
3,4	52,5	3,6	40,3	8,5	15,8	17,6	9,4	1,3	1971
3,2	52,4	3,6	40,0	8,8	15,6	18,1	9,5	1,3	1972
3,4	52,6	3,8	40,4	8,4	15,3	17,9	9,5	1,2	1973
3,4	51,9	3,9	40,3	7,7	15,2	18,4	9,9	1,2	1974
3,3	50,2	3,8	39,0	7,4	15,4	19,5	10,4	1,3	1975
3,1	50,8	3,8	39,8	7,2	15,4	19,4	10,0	1,3	1976
3,2	50,5	3,7	39,7	7,1	15,6	19,7	9,8	1,2	1977
3,2	49,9	3,8	39,1	7,0	15,8	20,1	9,8	1,3	1978
2,9	50,2	3,8	39,2	7,2	15,9	20,1	9,6	1,2	1979 } ⁵⁾
2,9	49,7	3,8	38,6	7,4	15,8	20,6	9,7	1,2	1980 }
1,8	52,9	3,8	40,8	8,2	15,5	18,6	9,9	1,3	1972 1. Hj.
4,5	51,9	3,5	39,2	9,2	15,6	17,6	9,2	1,2	2. Hj.
1,9	53,3	3,9	41,3	8,1	15,4	18,4	9,8	1,3	1973 1. Hj.
4,8	52,0	3,6	39,7	8,7	15,3	17,5	9,2	1,2	2. Hj.
1,9	52,9	4,0	41,4	7,4	15,2	18,7	10,1	1,3	1974 1. Hj.
4,8	51,0	3,9	39,3	7,9	15,1	18,2	9,7	1,2	2. Hj.
1,9	50,5	4,1	39,4	7,0	15,4	20,1	10,7	1,3	1975 1. Hj.
4,6	49,9	3,6	38,6	7,7	15,3	18,9	10,0	1,3	2. Hj.
1,9	51,0	4,0	40,3	6,7	15,4	20,0	10,3	1,3	1976 1. Hj.
4,2	50,6	3,6	39,3	7,7	15,4	18,9	9,7	1,2	2. Hj.
1,8	51,1	3,9	40,4	6,8	15,6	20,2	10,1	1,3	1977 1. Hj.
4,5	49,9	3,6	39,0	7,4	15,5	19,3	9,5	1,2	2. Hj.
1,7	50,4	4,0	39,8	6,6	15,9	20,6	10,1	1,3	1978 1. Hj.
4,6	49,5	3,6	38,5	7,5	15,6	19,5	9,5	1,2	2. Hj.
1,6	50,3	4,1	39,7	6,5	16,2	20,7	10,0	1,3	1979 1. Hj.
4,2	50,0	3,6	38,7	7,8	15,7	19,6	9,3	1,2	2. Hj.
1,7	50,5	4,0	39,6	6,9	15,9	20,8	9,9	1,3	1980 1. Hj. } ⁵⁾
4,2	49,0	3,6	37,6	7,8	15,7	20,3	9,6	1,2	2. Hj.
1,7	49,4	15,7	21,7	11,4		1981 1. Hj.

³⁾ Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

⁴⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

⁵⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 20*

Bruttowertschöpfung, Brutto
 Mrd

Zeitraum	Bruttowertschöpfung, bereinigt ¹⁾	Einfuhrabgaben ²⁾	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Brutto-sozialprodukt	Ab-schrei-bungen	Netto-sozialprodukt zu Marktpreisen	Indi- rekte Steuern ³⁾	Subven- tionen	Netto-sozialprodukt zu Faktor-kosten (Volks-einkommen)
in jeweiligen Preisen										
1960	297,10	5,70	302,80	+0,20	303,00	23,63	279,37	41,78	2,50	240,09
1961	325,60	6,20	331,80	-0,40	331,40	27,12	304,28	46,19	2,65	260,74
1962	353,64	7,24	360,88	-0,38	360,50	31,23	329,27	50,06	2,87	282,08
1963	374,42	8,05	382,47	-0,37	382,10	34,99	347,11	52,79	3,61	297,93
1964	412,14	8,14	420,28	-0,68	419,60	38,96	380,64	57,48	4,14	327,30
1965	450,41	8,86	459,27	-1,07	458,20	43,31	414,89	62,19	5,86	358,56
1966	479,66	8,68	488,34	-0,94	487,40	47,77	439,63	65,50	5,82	379,95
1967	485,45	9,01	494,46	-0,76	493,70	50,52	443,18	67,99	5,66	380,85
1968	521,85	13,05	534,90	+0,30	535,20	53,38	481,82	69,63	7,71	419,90
1969	582,60	14,35	596,95	+0,75	597,70	58,12	539,58	84,60	7,85	462,83
1970	660,15	18,60	678,75	+0,25	679,00	68,35	610,65	87,24	9,70	533,11
1971	735,18	19,70	754,88	+1,12	756,00	78,45	677,55	96,44	9,96	591,07
1972	804,72	21,27	825,99	+1,21	827,20	86,33	740,87	107,63	12,25	645,49
1973	895,09	23,51	918,60	+1,50	920,10	95,74	824,36	118,48	15,04	720,92
1974	960,22	26,91	987,13	-0,23	986,90	107,26	879,64	122,30	15,02	772,36
1975	1 005,85	28,18	1 034,03	+0,87	1 034,90	117,03	917,87	126,78	15,46	806,55
1976	1 090,02	32,80	1 122,82	+2,18	1 125,00	125,49	999,51	138,25	16,71	877,97
1977	1 165,52	34,97	1 200,49	+0,11	1 200,60	134,25	1 066,35	149,13	19,32	936,54
1978	1 247,77	38,61	1 286,38	+4,32	1 290,70	144,77	1 145,93	163,92	23,94	1 005,95
1979	1 348,79	45,15	1 393,94	+4,26	1 398,20	158,34	1 239,86	179,84	24,84	1 084,86
1980	1 435,87	53,05	1 488,92	+2,98	1 491,90	175,85	1 316,05	189,96	23,68	1 149,77
1972 1. Hj.	378,47	10,31	388,78	+0,82	389,60	42,16	347,44	51,14	5,00	301,30
2. Hj.	426,25	10,96	437,21	+0,39	437,60	44,17	393,43	56,49	7,25	344,19
1973 1. Hj.	423,61	11,47	435,08	+0,42	435,50	46,71	388,79	56,64	5,70	337,85
2. Hj.	471,48	12,04	483,52	+1,08	484,60	49,03	435,57	61,84	9,34	383,07
1974 1. Hj.	454,70	12,93	467,63	-0,23	467,40	52,23	415,17	59,09	7,02	363,10
2. Hj.	505,52	13,98	519,50	±0	519,50	55,03	464,47	63,21	8,00	409,26
1975 1. Hj.	476,19	13,81	490,00	-0,50	489,50	57,57	431,93	60,39	7,68	379,22
2. Hj.	529,66	14,37	544,03	+1,37	545,40	59,46	485,94	66,39	7,78	427,33
1976 1. Hj.	516,33	15,99	532,32	+0,98	533,30	61,85	471,45	65,88	7,94	413,51
2. Hj.	573,69	16,81	590,50	+1,20	591,70	63,64	528,06	72,37	8,77	464,46
1977 1. Hj.	551,25	17,21	568,46	-0,06	568,40	66,09	502,31	71,50	9,36	440,17
2. Hj.	614,27	17,76	632,03	+0,17	632,20	68,16	564,04	77,63	9,96	496,37
1978 1. Hj.	586,74	18,93	605,67	+1,53	607,20	70,93	536,27	79,42	9,84	466,69
2. Hj.	661,03	19,68	680,71	+2,79	683,50	73,84	609,66	84,50	14,10	539,26
1979 1. Hj.	636,34	20,97	657,31	+1,19	658,50	77,28	581,22	84,51	11,45	508,16
2. Hj.	712,45	24,18	736,63	+3,07	739,70	81,06	658,64	95,33	13,39	576,70
1980 1. Hj.	684,76	26,35	711,11	+0,59	711,70	86,01	625,69	91,72	11,64	545,61
2. Hj.	751,11	26,70	777,81	+2,39	780,20	89,84	690,36	98,24	12,04	604,16
1981 1. Hj.	706,81	27,63	734,44	-1,54	732,90	94,09	638,81	93,97	10,54	555,38

¹⁾ Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche abzüglich der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und abzüglich Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen (1968 bis 1973 gekürzt um die Investitionsteuer).

²⁾ Die Einfuhrabgaben umfassen alle Abgaben, die vom Staat oder Institutionen der EG auf eingeführte Güter erhoben werden. Hierzu gehören Einfuhrzölle, Einfuhrumsatzsteuer (vor 1968 Umsatzausgleichsteuer), Verbrauchsteuern auf Einführen, Abschöpfungsbeiträge und Währungsausgleichsbeiträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Tabelle 20*

inlandsprodukt, Sozialprodukt

DM

Bruttowertschöpfung, bereinigt ¹⁾	Einfuhrabgaben ²⁾	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Brutto-sozialprodukt	Abschreibungen	Netto-sozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum
in Preisen von 1970							
420,75	7,99	428,74	+0,76	429,50	33,11	396,39	1960
442,08	8,50	450,58	-0,18	450,40	36,30	414,10	1961
460,79	9,67	470,46	-0,16	470,30	39,74	430,56	1962
474,83	9,67	484,50	-0,20	484,30	43,21	441,09	1963
505,75	11,26	517,01	-0,61	516,40	46,76	469,64	1964
533,46	12,66	546,12	-1,12	545,00	50,51	494,49	1965
547,19	12,56	559,75	-0,95	558,80	54,22	504,58	1966
546,60	12,24	558,84	-0,74	558,10	57,50	500,60	1967
580,23	13,74	593,97	+0,43	594,40	60,52	533,88	1968
624,53	15,93	640,46	+0,84	641,30	64,01	577,29	1969
660,15	18,60	678,75	+0,25	679,00	68,35	610,65	1970
680,73	19,95	700,68	+1,02	701,70	73,26	628,44	1971
704,45	21,83	726,28	+1,02	727,30	78,27	649,03	1972
739,41	22,43	761,84	+1,16	763,00	83,18	679,82	1973
744,12	21,83	765,95	-0,25	765,70	87,40	678,30	1974
728,60	23,20	751,80	+0,50	752,30	90,86	661,44	1975
763,83	26,76	790,59	+1,41	792,00	94,26	697,74	1976
786,26	28,32	814,58	-0,08	814,50	97,81	716,69	1977
810,13	30,71	840,84	+2,66	843,50	101,67	741,83	1978
845,77	32,55	878,32	+2,48	880,80	106,00	774,80	1979
860,96	34,18	895,14	+1,56	896,70	110,72	785,98	1980
335,94	10,76	346,70	+0,70	347,40	38,51	308,89	1972 1. Hj.
368,51	11,07	379,58	+0,32	379,90	39,76	340,14	2. Hj.
355,69	11,40	367,09	+0,31	367,40	41,02	326,38	1973 1. Hj.
383,72	11,03	394,75	+0,85	395,60	42,16	353,44	2. Hj.
362,39	10,53	372,92	-0,22	372,70	43,22	329,48	1974 1. Hj.
381,73	11,30	393,03	-0,03	393,00	44,18	348,82	2. Hj.
349,75	11,47	361,22	-0,42	360,80	45,03	315,77	1975 1. Hj.
378,85	11,73	390,58	+0,92	391,50	45,83	345,67	2. Hj.
367,33	13,14	380,47	+0,63	381,10	46,73	334,37	1976 1. Hj.
396,50	13,62	410,12	+0,78	410,90	47,53	363,37	2. Hj.
379,17	13,84	393,01	-0,11	392,90	48,44	344,46	1977 1. Hj.
407,09	14,48	421,57	+0,03	421,60	49,37	372,23	2. Hj.
388,57	15,09	403,66	+0,94	404,60	50,32	354,28	1978 1. Hj.
421,56	15,62	437,18	+1,72	438,90	51,35	387,55	2. Hj.
406,30	16,10	422,40	+0,70	423,10	52,44	370,66	1979 1. Hj.
439,47	16,45	455,92	+1,78	457,70	53,56	404,14	2. Hj.
420,85	17,19	438,04	+0,26	438,30	54,75	383,55	1980 1. Hj.
440,11	16,99	457,10	+1,30	458,40	55,97	402,43	2. Hj.
416,52	17,04	433,56	-0,96	432,60	57,09	375,51	1981 1. Hj.

²⁾ Produktionssteuern und Einfuhrabgaben.¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 21*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte ⁴⁾	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit = unverteilter Gewinne	des Staates ⁵⁾
		brutto ¹⁾	netto ²⁾	brutto	netto ³⁾			
1960	240,09	144,90	104,68	95,19	75,07	78,23	14,95	2,01
1961	260,74	163,44	117,18	97,30	74,66	81,74	13,13	2,43
1962	282,08	180,84	129,12	101,24	76,48	85,44	13,45	2,35
1963	297,93	193,98	137,95	103,95	78,03	87,12	14,30	2,53
1964	327,30	212,08	151,06	115,22	87,49	97,68	14,98	2,56
1965	358,56	235,15	168,21	123,41	96,10	105,52	15,38	2,51
1966	379,95	253,20	178,11	126,75	98,48	108,84	15,70	2,21
1967	380,85	253,07	177,26	127,78	99,04	111,78	14,51	1,49
1968	419,90	271,91	186,86	147,99	116,82	126,98	19,05	1,96
1969	462,83	305,92	206,14	156,91	121,82	133,60	21,33	1,98
1970	533,11	361,32	236,87	171,79	139,75	155,23	14,53	2,03
1971	591,07	408,30	262,03	182,77	147,95	168,73	12,32	1,72
1972	645,49	448,79	285,77	196,70	159,62	175,14	21,48	0,08
1973	720,92	509,47	311,41	211,45	164,78	186,27	24,73	0,45
1974	772,36	560,60	335,75	211,76	165,22	193,53	19,81	- 1,58
1975	806,55	583,40	347,85	223,15	178,73	207,93	19,85	- 4,63
1976	877,97	626,32	361,28	251,65	198,67	228,00	31,00	- 7,35
1977	936,54	669,68	382,74	266,86	201,47	250,95	26,11	- 10,20
1978	1 005,95	714,72	411,59	291,23	226,89	262,46	38,44	- 9,67
1979	1 084,86	769,41	443,90	315,45	250,96	284,45	41,52	- 10,52
1980	1 149,77	829,98	472,17	319,79	256,96	334,18		- 14,39
1972 1. Hj.	301,30	214,06	139,64	87,24	70,52			- 0,27
2. Hj.	344,19	234,73	146,13	109,46	89,10			0,35
1973 1. Hj.	337,85	242,48	150,59	95,37	73,92			-
2. Hj.	383,07	266,99	160,82	116,08	90,86			0,45
1974 1. Hj.	363,10	268,25	164,49	94,85	71,65			- 0,57
2. Hj.	409,26	292,35	171,26	116,91	93,57			- 1,01
1975 1. Hj.	379,22	281,07	171,77	98,15	77,40			- 2,09
2. Hj.	427,33	302,33	176,08	125,00	101,33			- 2,54
1976 1. Hj.	413,51	299,15	176,14	114,36	89,97			- 3,18
2. Hj.	464,46	327,17	185,14	137,29	108,70			- 4,17
1977 1. Hj.	440,17	321,56	186,26	118,61	86,95			- 5,45
2. Hj.	496,37	348,12	196,48	148,25	114,52			- 4,75
1978 1. Hj.	466,69	340,00	197,73	126,69	94,89			- 5,41
2. Hj.	539,26	374,72	213,86	164,54	132,00			- 4,26
1979 1. Hj.	508,16	366,06	212,35	142,10	109,77			- 5,71
2. Hj.	576,70	403,35	231,55	173,35	141,19			- 4,81
1980 1. Hj.	545,61	396,74	226,60	148,87	116,87			- 7,45
2. Hj.	604,16	433,24	245,57	170,92	140,09			- 6,94
1981 1. Hj.	555,38	417,70	236,35	137,68	107,65			- 10,22

1) Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

2) Nettolohn- und -gehaltssumme (= Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer).

3) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich direkte Steuern u. ä. auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, zuzüglich Saldo der unterstellten Sozialbeiträge und der sozialen Leistungen der Unternehmen.

4) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter; nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. Einschließlich nicht-entnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Ab 1970 wurden revidierte Angaben aus der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank verwendet. Die Zahlen für diesen Zeitraum sind deshalb mit denen für die Zeit vor 1970 nicht voll vergleichbar.

5) Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.

6) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 22*

Einkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Jahr	Brutto- ein- kommen ins- gesamt	Land- und Forst- wirt- schaft, Fische- rei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Ver- kehr ²⁾	Dienst- lei- stungs- unter- neh- men ³⁾	Staat	Private Haus- halte ⁴⁾
			ins- gesamt	Energie- und Wasser- versor- gung, Bergbau	Verar- beiten- des Ge- werbe	Bau- gewerbe				
Mrd DM										
1960	143,76	2,68	81,77	6,92	62,33	12,52	23,67	10,66	20,76	4,22
1961	162,36	2,71	93,13	7,42	71,02	14,69	26,05	12,26	23,78	4,43
1962	179,65	2,86	103,66	7,81	79,03	16,82	28,73	13,96	25,97	4,47
1963	192,79	2,95	108,80	7,92	82,56	18,32	31,83	15,58	28,81	4,82
1964	210,94	3,04	119,46	7,88	89,84	21,74	34,90	17,06	31,43	5,05
1965	234,08	3,16	132,26	8,65	100,47	23,14	38,52	18,94	35,79	5,41
1966	252,08	3,30	139,83	8,81	106,22	24,80	42,39	20,80	39,95	5,81
1967	251,69	3,06	134,45	8,48	103,09	22,88	43,11	22,44	42,37	6,26
1968	270,49	2,98	146,08	8,39	113,33	24,36	45,55	24,11	45,19	6,58
1969	304,58	3,13	165,80	9,13	130,33	26,34	50,41	26,77	51,20	7,27
1970	360,11	3,53	198,77	10,83	155,60	32,34	58,36	31,21	60,14	8,10
1971	407,08	3,83	219,48	11,98	170,65	36,85	66,61	35,70	71,89	9,57
1972	447,79	3,96	238,31	12,66	184,68	40,97	74,30	39,85	80,76	10,61
1973	508,53	4,22	268,82	13,75	210,09	44,98	84,06	45,21	94,03	12,19
1974	559,68	4,66	289,09	15,63	229,09	44,37	91,31	51,82	109,16	13,64
1975	582,35	5,01	292,12	17,02	233,35	41,75	95,36	56,25	118,53	15,08
1976	625,23	5,56	314,41	18,08	252,36	43,97	102,02	61,93	124,98	16,33
1977	668,61	6,05	335,20	18,84	270,72	45,64	108,46	67,71	133,38	17,81
1978	713,64	6,45	356,09	19,47	288,08	48,54	116,23	73,73	141,84	19,30
1979 } ⁵⁾	768,20	7,08	384,64	20,77	310,47	53,40	123,51	80,15	151,93	20,89
1980 } ⁵⁾	828,76	7,61	414,20	22,51	333,64	58,05	132,98	86,99	164,13	22,85
Anteil in vH										
1960	100	1,9	56,9	4,8	43,4	8,7	16,5	7,4	14,4	2,9
1961	100	1,7	57,4	4,6	43,7	9,0	16,0	7,6	14,6	2,7
1962	100	1,6	57,7	4,3	44,0	9,4	16,0	7,8	14,5	2,5
1963	100	1,5	56,4	4,1	42,8	9,5	16,5	8,1	14,9	2,5
1964	100	1,4	56,6	3,7	42,6	10,3	16,5	8,1	14,9	2,4
1965	100	1,3	56,5	3,7	42,9	9,9	16,5	8,1	15,3	2,3
1966	100	1,3	55,5	3,5	42,1	9,8	16,8	8,3	15,8	2,3
1967	100	1,2	53,4	3,4	41,0	9,1	17,1	8,9	16,8	2,5
1968	100	1,1	54,0	3,1	41,9	9,0	16,8	8,9	16,7	2,4
1969	100	1,0	54,4	3,0	42,8	8,6	16,6	8,8	16,8	2,4
1970	100	1,0	55,2	3,0	43,2	9,0	16,2	8,7	16,7	2,2
1971	100	0,9	53,9	2,9	41,9	9,1	16,4	8,8	17,7	2,4
1972	100	0,9	53,2	2,8	41,2	9,1	16,6	8,9	18,0	2,4
1973	100	0,8	52,9	2,7	41,3	8,8	16,5	8,9	18,5	2,4
1974	100	0,8	51,7	2,8	40,9	7,9	16,3	9,3	19,5	2,4
1975	100	0,9	50,2	2,9	40,1	7,2	16,4	9,7	20,4	2,6
1976	100	0,9	50,3	2,9	40,4	7,0	16,3	9,9	20,0	2,6
1977	100	0,9	50,1	2,8	40,5	6,8	16,2	10,1	19,9	2,7
1978	100	0,9	49,9	2,7	40,4	6,8	16,3	10,3	19,9	2,7
1979 } ⁵⁾	100	0,9	50,1	2,7	40,4	7,0	16,1	10,4	19,8	2,7
1980 } ⁵⁾	100	0,9	50,0	2,7	40,3	7,0	16,0	10,5	19,8	2,8

1) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort der Arbeitnehmer).

2) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

3) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

4) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

5) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 23*

Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto-		Netto-		Produktivität ²⁾		Lohn- kosten je Produkt- einheit ³⁾
			lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer ¹⁾						
	DM	1970 = 100	DM	1970 = 100	DM	1970 = 100	DM	1970 = 100	
1960	4 331	49,3	6 148	44,6	5 168	48,5	16 439	64,4	68,4
1961	4 642	52,8	6 775	49,2	5 653	53,1	17 041	66,7	72,7
1962	4 963	56,5	7 395	53,7	6 139	57,7	17 730	69,4	76,3
1963	5 191	59,1	7 850	57,0	6 488	60,9	18 217	71,3	78,8
1964	5 646	64,2	8 556	62,1	7 031	66,0	19 423	76,0	79,9
1965	6 117	69,6	9 336	67,8	7 731	72,6	20 401	79,9	83,3
1966	6 424	73,1	10 014	72,7	8 183	76,9	20 975	82,1	87,2
1967	6 424	73,1	10 349	75,1	8 419	79,1	21 646	84,7	87,3
1968	7 057	80,3	10 988	79,8	8 821	82,8	22 987	90,0	87,8
1969	7 705	87,7	12 003	87,1	9 477	89,0	24 408	95,5	90,6
1970	8 790	100	13 773	100	10 648	100	25 546	100	100
1971	9 645	109,7	15 392	111,8	11 690	109,8	26 303	103,0	108,9
1972	10 467	119,1	16 770	121,8	12 738	119,6	27 324	107,0	115,2
1973	11 632	132,3	18 782	136,4	13 801	129,6	28 589	111,9	124,2
1974	12 447	141,6	20 928	151,9	15 157	142,3	29 285	114,6	135,9
1975	13 045	148,4	22 426	162,8	16 265	152,8	29 755	116,5	144,2
1976	14 269	162,3	23 985	174,1	16 971	159,4	31 582	123,6	146,5
1977	15 253	173,5	25 629	186,1	17 929	168,4	32 592	127,6	151,4
1978	16 403	186,6	26 952	195,7	19 051	178,9	33 392	130,7	155,8
1979) ⁴⁾	17 681	201,1	28 435	206,5	20 170	189,4	34 418	134,7	159,7
1980) ⁴⁾	18 675	212,5	30 297	220,0	21 177	198,9	34 775	136,1	168,3
1972 1. Hj.	4 893	111,3	8 052	116,9	6 264	117,7	13 101	102,6	115,3
2. Hj.	5 573	126,8	8 714	126,5	6 472	121,6	14 218	111,3	115,0
1973 1. Hj.	5 460	124,2	8 966	130,2	6 698	125,8	13 816	108,2	122,8
2. Hj.	6 171	140,4	9 813	142,5	7 101	133,4	14 771	115,6	125,5
1974 1. Hj.	5 849	133,1	9 964	144,7	7 393	138,9	14 191	111,1	133,6
2. Hj.	6 597	150,1	10 969	159,3	7 765	145,8	15 098	118,2	138,1
1975 1. Hj.	6 125	139,4	10 778	156,5	8 029	150,8	14 276	111,8	144,7
2. Hj.	6 921	157,5	11 648	169,1	8 237	154,7	15 481	121,2	143,7
1976 1. Hj.	6 715	152,8	11 491	166,9	8 329	156,4	15 265	119,5	145,7
2. Hj.	7 554	171,9	12 488	181,3	8 640	162,3	16 312	127,7	147,2
1977 1. Hj.	7 167	163,1	12 317	178,9	8 776	164,8	15 791	123,6	150,9
2. Hj.	8 086	184,0	13 306	193,2	9 151	171,9	16 798	131,5	151,8
1978 1. Hj.	7 610	173,2	12 843	186,5	9 231	173,4	16 135	126,3	154,7
2. Hj.	8 793	200,1	14 099	204,7	9 815	184,4	17 250	135,1	156,8
1979 1. Hj.	8 287	188,6	13 524	196,4	9 735	182,9	16 671	130,5	158,3
2. Hj.	9 393	213,7	14 899	216,4	10 429	195,9	17 740	138,9	161,0
1980 1. Hj.) ⁴⁾	8 872	201,9	14 424	209,5	10 208	191,7	17 072	133,7	164,6
2. Hj.	9 802	223,0	15 867	230,4	10 966	206,0	17 701	138,6	171,9
1981 1. Hj.	9 008	205,0	15 181	220,4	10 685	200,7	17 000	133,1	174,6

¹⁾ Arbeitnehmer, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).

²⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept, nach dem Beschäftigungsort).

³⁾ Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;

berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$

⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 24*

Produktivität¹⁾ und Lohnkosten²⁾ nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ³⁾	Dienstleistungsunternehmen ⁴⁾	Staat	Private Haushalte ⁵⁾
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
Produktivität (DM)										
1960	16 133	5 926	17 366	24 659	16 585	18 340	14 301	31 634	19 585	11 963
1961	16 719	5 593	18 009	25 798	17 230	18 976	14 972	32 879	19 587	12 178
1962	17 366	6 272	18 596	27 471	17 915	18 860	15 650	33 317	19 685	12 478
1963	17 853	6 826	19 051	29 789	18 474	18 462	16 027	33 556	19 730	12 574
1964	19 000	6 949	20 702	31 892	20 080	20 241	17 092	34 639	19 567	12 795
1965	19 928	6 857	21 764	32 172	21 297	20 962	18 224	35 724	19 844	13 108
1966	20 505	7 419	22 408	34 035	21 843	21 749	18 535	36 098	20 262	13 323
1967	21 172	8 571	23 213	36 341	22 597	22 441	18 836	36 749	20 317	13 455
1968	22 456	9 552	25 011	40 726	24 824	22 092	20 021	37 323	20 735	13 625
1969	23 801	9 407	26 718	43 795	26 751	22 672	21 722	38 940	20 944	13 800
1970	24 846	10 199	27 805	46 760	27 677	23 972	22 793	40 204	21 316	14 047
1971	25 554	11 096	28 585	48 037	28 251	25 587	23 016	41 573	21 426	14 138
1972	26 503	11 403	29 982	51 019	29 587	27 005	23 344	43 570	21 488	14 253
1973	27 747	13 199	31 584	58 347	31 282	27 234	23 922	45 216	21 863	14 333
1974	28 450	13 847	32 508	61 902	32 253	27 057	24 335	46 249	22 107	14 376
1975	28 837	13 692	32 872	59 224	32 473	28 168	24 854	48 055	22 292	14 418
1976	30 513	13 901	35 578	62 526	35 563	29 022	26 544	49 362	22 279	14 486
1977	31 459	15 583	36 634	64 346	36 552	30 172	27 707	50 328	22 478	14 413
1978	32 172	16 828	37 364	68 351	37 212	30 598	28 895	51 180	22 677	14 180
1979 } ⁶⁾	33 143	16 720	38 770	71 773	38 695	31 435	30 289	52 462	22 763	14 101
1980 } ⁶⁾	33 447	17 437	38 766	71 649	38 478	32 412	30 454	54 026	22 957	13 933
Lohnkosten je Produkteinheit (1970 = 100)										
1960	67,8	78,5	69,9	87,1	72,3	55,7	68,9	58,3	53,3	51,6
1961	72,1	91,4	74,6	92,4	76,6	61,5	71,3	63,0	57,5	55,7
1962	75,7	92,3	79,4	94,7	81,3	67,4	74,2	68,1	59,3	59,5
1963	78,2	90,7	81,2	93,1	82,8	71,3	79,2	72,2	63,1	63,1
1964	79,5	95,6	81,4	88,1	82,6	74,8	81,1	74,3	66,8	66,0
1965	82,9	106,4	84,4	97,4	85,3	76,6	84,1	77,4	72,4	71,0
1966	86,8	105,9	87,6	96,5	88,8	79,9	90,4	81,7	76,9	76,1
1967	86,8	93,9	86,7	94,2	88,2	78,1	92,3	84,6	79,3	79,2
1968	87,4	88,0	86,8	88,9	87,3	83,0	91,8	87,1	82,0	83,0
1969	90,4	95,5	88,9	91,7	89,1	86,7	92,3	90,6	90,3	90,7
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	109,0	103,2	107,7	108,1	108,2	105,2	111,2	108,6	114,5	116,5
1972	115,5	110,9	113,2	110,6	113,9	110,1	120,8	113,9	122,7	126,9
1973	124,5	105,6	121,1	110,2	122,1	120,1	132,3	123,9	136,4	144,1
1974	136,1	116,1	131,3	119,7	132,8	129,3	144,9	137,6	151,5	159,6
1975	144,7	128,3	140,2	136,0	142,8	130,4	151,9	144,1	159,8	172,3
1976	147,5	140,9	142,0	138,8	144,0	134,2	153,5	149,5	166,4	182,5
1977	152,5	135,6	147,8	143,3	150,5	137,1	155,9	155,1	175,3	195,5
1978	157,2	131,7	153,7	141,5	157,1	142,5	158,5	160,0	181,3	204,6
1979 } ⁶⁾	161,3	139,9	157,8	143,4	161,3	146,8	159,1	164,7	188,4	214,4
1980 } ⁶⁾	170,2	143,1	168,3	154,0	172,8	152,6	168,4	170,7	198,7	227,6

¹⁾ Bruttowertschöpfung in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).²⁾ Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttowertschöpfung in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$ ³⁾ Einschließlich Nachrichtenübermittlung.⁴⁾ Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.⁵⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.⁶⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 25*

Verwendung des

a) Mrd

Zeitraum	Brutto- sozial- produkt	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats- ver- änderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außen- beitrag ²⁾
				ins- gesamt	Aus- rüstungen	Bauten				
in jeweiligen Preisen										
1960	303,00	171,84	40,75	73,58	27,14	46,44	+ 8,90	60,68	52,75	+ 7,93
1961	331,40	188,33	46,08	83,46	31,32	52,14	+ 6,40	63,20	56,07	+ 7,13
1962	360,50	204,79	53,13	92,88	34,98	57,90	+ 5,40	66,26	61,96	+ 4,30
1963	382,10	216,79	59,69	97,71	35,64	62,07	+ 2,30	72,03	66,42	+ 5,61
1964	419,60	233,50	62,50	111,70	39,21	72,49	+ 6,00	79,86	73,96	+ 5,90
1965	458,20	257,62	70,15	119,90	43,35	76,55	+ 10,20	87,19	86,86	+ 0,33
1966	487,40	275,06	76,05	124,17	43,98	80,19	+ 4,70	98,42	91,00	+ 7,42
1967	493,70	282,63	80,65	114,18	41,07	73,11	- 1,10	106,41	89,07	+ 17,34
1968	535,20	300,76	83,67	120,12	43,45	76,67	+ 10,90	120,06	100,31	+ 19,75
1969	597,70	330,83	94,29	139,59	54,60	84,99	+ 15,40	137,08	119,49	+ 17,59
1970	679,00	367,55	108,11	173,69	68,43	105,26	+ 15,40	152,69	138,44	+ 14,25
1971	756,00	407,83	129,24	199,60	76,37	123,23	+ 3,80	168,32	152,79	+ 15,53
1972	827,20	447,75	144,03	214,34	76,75	137,59	+ 2,60	183,33	164,85	+ 18,48
1973	920,10	491,68	166,70	225,44	79,76	145,68	+ 7,20	214,72	185,64	+ 29,08
1974	986,90	527,55	194,02	216,39	76,47	139,92	+ 5,50	276,19	232,75	+ 43,44
1975	1034,90	577,42	215,29	214,54	82,32	132,22	- 1,30	272,68	243,73	+ 28,95
1976	1125,00	623,59	227,19	231,89	90,68	141,21	+ 13,70	312,05	283,42	+ 28,63
1977	1200,60	669,56	239,38	248,96	99,89	149,07	+ 13,20	330,57	301,07	+ 29,50
1978	1290,70	713,91	257,13	273,01	110,38	162,63	+ 9,40	348,07	310,82	+ 37,25
1979 } ³⁾	1398,20	766,36	278,58	314,39	123,72	190,67	+ 25,60	382,99	369,72	+ 13,27
1980 } ³⁾	1491,90	821,59	303,52	350,99	132,17	218,82	+ 18,90	430,61	433,71	- 3,10
1972 1. Hj.	389,60	210,70	67,34	99,66	37,09	62,57	+ 4,00	86,76	78,86	+ 7,90
2. Hj.	437,60	237,05	76,69	114,68	39,66	75,02	- 1,40	96,57	85,99	+ 10,58
1973 1. Hj.	435,50	234,97	76,15	107,58	38,84	68,74	+ 3,70	101,68	88,58	+ 13,10
2. Hj.	484,60	256,71	90,55	117,86	40,92	76,94	+ 3,50	113,04	97,06	+ 15,98
1974 1. Hj.	467,40	250,30	87,71	102,66	35,85	66,81	+ 5,60	132,38	111,25	+ 21,13
2. Hj.	519,50	277,25	106,31	113,73	40,62	73,11	- 0,10	143,81	121,50	+ 22,31
1975 1. Hj.	489,50	273,20	98,47	98,55	37,61	60,94	+ 3,50	131,95	116,17	+ 15,78
2. Hj.	545,40	304,22	116,82	115,99	44,71	71,28	- 4,80	140,73	127,56	+ 13,17
1976 1. Hj.	533,30	298,08	105,24	106,47	42,88	63,59	+ 9,00	149,39	134,88	+ 14,51
2. Hj.	591,70	325,51	121,95	125,42	47,80	77,62	+ 4,70	162,66	148,54	+ 14,12
1977 1. Hj.	568,40	318,94	110,06	114,92	46,07	68,85	+ 9,80	160,97	146,29	+ 14,68
2. Hj.	632,20	350,62	129,32	134,04	53,82	80,22	+ 3,40	169,60	154,78	+ 14,82
1978 1. Hj.	607,20	343,00	117,23	122,77	50,19	72,58	+ 5,20	169,00	150,00	+ 19,00
2. Hj.	683,50	370,91	139,90	150,24	60,19	90,05	+ 4,20	179,07	160,82	+ 18,25
1979 1. Hj.	658,50	368,50	128,10	138,63	56,74	81,89	+ 12,40	183,08	172,21	+ 10,87
2. Hj.	739,70	397,86	150,48	175,76	66,98	108,78	+ 13,20	199,91	197,51	+ 2,40
1980 1. Hj.	711,70	394,59	139,82	161,55	61,31	100,24	+ 15,10	214,08	213,44	+ 0,64
2. Hj.	780,20	427,00	163,70	189,44	70,86	118,58	+ 3,80	216,53	220,27	- 3,74
1981 1. Hj.	732,90	412,49	151,39	164,82	62,94	101,88	+ 5,40	231,45	232,65	- 1,20

¹⁾ Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.²⁾ Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 25*

Sozialprodukts

DM

Brutto- sozial- produkt	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats- ver- änderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außen- beitrag ²⁾	Zeitraum
			ins- gesamt	Aus- rüstungen	Bauten					
in Preisen von 1970										
429,50	226,37	69,53	109,24	34,06	75,18	+ 9,50	72,29	57,43	+ 14,86	1960
450,40	239,93	74,03	117,00	38,14	78,86	+ 7,30	74,92	62,78	+ 12,14	1961
470,30	252,99	81,75	122,34	41,18	81,16	+ 5,50	77,34	69,62	+ 7,72	1962
484,30	260,37	87,23	123,85	41,37	82,48	+ 2,40	83,21	72,76	+ 10,45	1963
516,40	273,34	88,22	137,80	44,66	93,14	+ 6,40	89,98	79,34	+ 10,64	1964
545,00	292,11	92,71	144,47	48,10	96,37	+ 10,50	95,84	90,63	+ 5,21	1965
558,80	300,62	94,91	146,24	47,54	98,70	+ 4,60	105,71	93,28	+ 12,43	1966
558,10	303,63	98,30	136,31	44,03	92,28	- 1,60	113,41	91,95	+ 21,46	1967
594,40	317,39	98,37	141,80	47,25	94,55	+ 11,50	128,44	103,10	+ 25,34	1968
641,30	342,41	103,37	156,73	58,12	98,61	+ 16,20	142,41	119,82	+ 22,59	1969
679,00	367,55	108,11	173,69	68,43	105,26	+ 15,40	152,69	138,44	+ 14,25	1970
701,70	386,80	114,95	184,87	72,44	112,43	+ 3,90	161,96	150,78	+ 11,18	1971
727,30	402,24	120,27	191,30	71,75	119,55	+ 2,40	172,26	161,17	+ 11,09	1972
763,00	412,48	126,85	191,67	72,30	119,37	+ 6,10	191,99	166,09	+ 25,90	1973
765,70	413,79	132,31	172,61	64,90	107,71	+ 4,40	214,73	172,14	+ 42,59	1974
752,30	426,55	138,25	165,37	65,13	100,24	- 1,00	201,98	178,85	+ 23,13	1975
792,00	441,01	141,01	173,20	69,35	103,85	+ 10,20	225,24	198,66	+ 26,58	1976
814,50	456,30	141,76	179,94	74,71	105,23	+ 9,50	234,90	207,90	+ 27,00	1977
843,50	474,38	147,77	189,05	80,81	108,24	+ 6,60	244,42	218,72	+ 25,70	1978
880,80	490,13	152,60	204,93	88,49	116,44	+ 17,40	258,48	242,74	+ 15,74	1979
896,70	498,62	156,50	212,58	91,05	121,53	+ 12,10	273,70	256,80	+ 16,90	1980
347,40	192,14	58,32	89,78	34,82	54,96	+ 3,40	81,94	78,18	+ 3,76	1972 1. Hj.
379,90	210,10	61,95	101,52	36,93	64,59	- 1,00	90,32	82,99	+ 7,33	2. Hj.
367,40	200,60	60,90	92,52	35,55	56,97	+ 2,70	93,02	82,34	+ 10,68	1973 1. Hj.
395,60	211,88	65,95	99,15	36,75	62,40	+ 3,40	98,97	83,75	+ 15,22	2. Hj.
372,70	199,71	63,10	82,97	31,01	51,96	+ 3,80	105,90	82,78	+ 23,12	1974 1. Hj.
393,00	214,08	69,21	89,64	33,89	55,75	+ 0,60	108,83	89,36	+ 19,47	2. Hj.
360,80	204,98	65,95	76,44	30,05	46,39	+ 2,30	98,08	86,95	+ 11,13	1975 1. Hj.
391,50	221,57	72,30	88,93	35,08	53,85	- 3,30	103,90	91,90	+ 12,00	2. Hj.
381,10	212,96	68,46	80,20	32,83	47,37	+ 6,40	108,58	95,50	+ 13,08	1976 1. Hj.
410,90	228,05	72,55	93,00	36,52	56,48	+ 3,80	116,66	103,16	+ 13,50	2. Hj.
392,90	219,52	68,30	83,81	34,46	49,35	+ 6,90	114,83	100,46	+ 14,37	1977 1. Hj.
421,60	236,78	73,46	96,13	40,25	55,88	+ 2,60	120,07	107,44	+ 12,63	2. Hj.
404,60	229,66	71,45	86,22	36,87	49,35	+ 3,50	119,57	105,80	+ 13,77	1978 1. Hj.
438,90	244,72	76,32	102,83	43,94	58,89	+ 3,10	124,85	112,92	+ 11,93	2. Hj.
423,10	239,52	74,26	92,25	40,78	51,47	+ 7,90	125,85	116,68	+ 9,17	1979 1. Hj.
457,70	250,61	78,34	112,68	47,71	64,97	+ 9,50	132,63	126,06	+ 6,57	2. Hj.
438,30	243,03	76,30	99,18	42,50	56,68	+ 9,40	137,45	127,06	+ 10,39	1980 1. Hj.
458,40	255,59	80,20	113,40	48,55	64,85	+ 2,70	136,25	129,74	+ 6,51	2. Hj.
432,60	240,67	78,65	96,58	42,07	54,51	+ 3,10	141,86	128,26	+ 13,60	1981 1. Hj.

3) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 25*

Verwendung des

b) Anteil

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außen- ²⁾ beitrag
			insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
in jeweiligen Preisen									
1960	56,7	13,4	24,3	9,0	15,3	+ 2,9	20,0	17,4	+ 2,6
1961	56,8	13,9	25,2	9,5	15,7	+ 1,9	19,1	16,9	+ 2,2
1962	56,8	14,7	25,8	9,7	16,1	+ 1,5	18,4	17,2	+ 1,2
1963	56,7	15,6	25,6	9,3	16,2	+ 0,6	18,9	17,4	+ 1,5
1964	55,6	14,9	26,6	9,3	17,3	+ 1,4	19,0	17,6	+ 1,4
1965	56,2	15,3	26,2	9,5	16,7	+ 2,2	19,0	19,0	+ 0,1
1966	56,4	15,6	25,5	9,0	16,5	+ 1,0	20,2	18,7	+ 1,5
1967	57,2	16,3	23,1	8,3	14,8	- 0,2	21,6	18,0	+ 3,5
1968	56,2	15,6	22,4	8,1	14,3	+ 2,0	22,4	18,7	+ 3,7
1969	55,4	15,8	23,4	9,1	14,2	+ 2,6	22,9	20,0	+ 2,9
1970	54,1	15,9	25,6	10,1	15,5	+ 2,3	22,5	20,4	+ 2,1
1971	53,9	17,1	26,4	10,1	16,3	+ 0,5	22,3	20,2	+ 2,1
1972	54,1	17,4	25,9	9,3	16,6	+ 0,3	22,2	19,9	+ 2,2
1973	53,4	18,1	24,5	8,7	15,8	+ 0,8	23,3	20,2	+ 3,2
1974	53,5	19,7	21,9	7,7	14,2	+ 0,6	28,0	23,6	+ 4,4
1975	55,8	20,8	20,7	8,0	12,8	- 0,1	26,3	23,6	+ 2,8
1976	55,4	20,2	20,6	8,1	12,6	+ 1,2	27,7	25,2	+ 2,5
1977	55,8	19,9	20,7	8,3	12,4	+ 1,1	27,5	25,1	+ 2,5
1978	55,3	19,9	21,2	8,6	12,6	+ 0,7	27,0	24,1	+ 2,9
1979 } ³⁾	54,8	19,9	22,5	8,8	13,6	+ 1,8	27,4	26,4	+ 0,9
1980 } ³⁾	55,1	20,3	23,5	8,9	14,7	+ 1,3	28,9	29,1	- 0,2
1972 1. Hj.	54,1	17,3	25,6	9,5	16,1	+ 1,0	22,3	20,2	+ 2,0
2. Hj.	54,2	17,5	26,2	9,1	17,1	- 0,3	22,1	19,7	+ 2,4
1973 1. Hj.	54,0	17,5	24,7	8,9	15,8	+ 0,8	23,3	20,3	+ 3,0
2. Hj.	53,0	18,7	24,3	8,4	15,9	+ 0,7	23,3	20,0	+ 3,3
1974 1. Hj.	53,6	18,8	22,0	7,7	14,3	+ 1,2	28,3	23,8	+ 4,5
2. Hj.	53,4	20,5	21,9	7,8	14,1	- 0,0	27,7	23,4	+ 4,3
1975 1. Hj.	55,8	20,1	20,1	7,7	12,4	+ 0,7	27,0	23,7	+ 3,2
2. Hj.	55,8	21,4	21,3	8,2	13,1	- 0,9	25,8	23,4	+ 2,4
1976 1. Hj.	55,9	19,7	20,0	8,0	11,9	+ 1,7	28,0	25,3	+ 2,7
2. Hj.	55,0	20,6	21,2	8,1	13,1	+ 0,8	27,5	25,1	+ 2,4
1977 1. Hj.	56,1	19,4	20,2	8,1	12,1	+ 1,7	28,3	25,7	+ 2,6
2. Hj.	55,5	20,5	21,2	8,5	12,7	+ 0,5	26,8	24,5	+ 2,3
1978 1. Hj.	56,5	19,3	20,2	8,3	12,0	+ 0,9	27,8	24,7	+ 3,1
2. Hj.	54,3	20,5	22,0	8,8	13,2	+ 0,6	26,2	23,5	+ 2,7
1979 1. Hj.	56,0	19,5	21,1	8,6	12,4	+ 1,9	27,8	26,2	+ 1,7
2. Hj.	53,8	20,3	23,8	9,1	14,7	+ 1,8	27,0	26,7	+ 0,3
1980 1. Hj. } ³⁾	55,4	19,6	22,7	8,6	14,1	+ 2,1	30,1	30,0	+ 0,1
2. Hj.	54,7	21,0	24,3	9,1	15,2	+ 0,5	27,8	28,2	- 0,5
1981 1. Hj.	56,3	20,7	22,5	8,6	13,9	+ 0,7	31,6	31,7	- 0,2

¹⁾ Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.²⁾ Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Sozialprodukts

in vH

Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außenbeitrag ²⁾	Zeitraum
		insgesamt	Ausrüstungen	Bauten					
in Preisen von 1970									
52,7	16,2	25,4	7,9	17,5	+ 2,2	16,8	13,4	+ 3,5	1960
53,3	16,4	26,0	8,5	17,5	+ 1,6	16,6	13,9	+ 2,7	1961
53,8	17,4	26,0	8,8	17,3	+ 1,2	16,4	14,8	+ 1,6	1962
53,8	18,0	25,6	8,5	17,0	+ 0,5	17,2	15,0	+ 2,2	1963
52,9	17,1	26,7	8,6	18,0	+ 1,2	17,4	15,4	+ 2,1	1964
53,6	17,0	26,5	8,8	17,7	+ 1,9	17,6	16,6	+ 1,0	1965
53,8	17,0	26,2	8,5	17,7	+ 0,8	18,9	16,7	+ 2,2	1966
54,4	17,6	24,4	7,9	16,5	- 0,3	20,3	16,5	+ 3,8	1967
53,4	16,5	23,9	7,9	15,9	+ 1,9	21,6	17,3	+ 4,3	1968
53,4	16,1	24,4	9,1	15,4	+ 2,5	22,2	18,7	+ 3,5	1969
54,1	15,9	25,6	10,1	15,5	+ 2,3	22,5	20,4	+ 2,1	1970
55,1	16,4	26,3	10,3	16,0	+ 0,6	23,1	21,5	+ 1,6	1971
55,3	16,5	26,3	9,9	16,4	+ 0,3	23,7	22,2	+ 1,5	1972
54,1	16,6	25,1	9,5	15,6	+ 0,8	25,2	21,8	+ 3,4	1973
54,0	17,3	22,5	8,5	14,1	+ 0,6	28,0	22,5	+ 5,6	1974
56,7	18,4	22,0	8,7	13,3	- 0,1	26,8	23,8	+ 3,1	1975
55,7	17,8	21,9	8,8	13,1	+ 1,3	28,4	25,1	+ 3,4	1976
56,0	17,4	22,1	9,2	12,9	+ 1,2	28,8	25,5	+ 3,3	1977
56,2	17,5	22,4	9,6	12,8	+ 0,8	29,0	25,9	+ 3,0	1978
55,6	17,3	23,3	10,0	13,2	+ 2,0	29,3	27,6	+ 1,8	1979
55,6	17,5	23,7	10,2	13,6	+ 1,3	30,5	28,6	+ 1,9	1980
55,3	16,8	25,8	10,0	15,8	+ 1,0	23,6	22,5	+ 1,1	1972 1. Hj.
55,3	16,3	26,7	9,7	17,0	- 0,3	23,8	21,8	+ 1,9	2. Hj.
54,6	16,6	25,2	9,7	15,5	+ 0,7	25,3	22,4	+ 2,9	1973 1. Hj.
53,6	16,7	25,1	9,3	15,8	+ 0,9	25,0	21,2	+ 3,8	2. Hj.
53,6	16,9	22,3	8,3	13,9	+ 1,0	28,4	22,2	+ 6,2	1974 1. Hj.
54,5	17,6	22,8	8,6	14,2	+ 0,2	27,7	22,7	+ 5,0	2. Hj.
56,8	18,3	21,2	8,3	12,9	+ 0,6	27,2	24,1	+ 3,1	1975 1. Hj.
56,6	18,5	22,7	9,0	13,8	- 0,8	26,5	23,5	+ 3,1	2. Hj.
55,9	18,0	21,0	8,6	12,4	+ 1,7	28,5	25,1	+ 3,4	1976 1. Hj.
55,5	17,7	22,6	8,9	13,7	+ 0,9	28,4	25,1	+ 3,3	2. Hj.
55,9	17,4	21,3	8,8	12,6	+ 1,8	29,2	25,6	+ 3,7	1977 1. Hj.
56,2	17,4	22,8	9,5	13,3	+ 0,6	28,5	25,5	+ 3,0	2. Hj.
56,8	17,7	21,3	9,1	12,2	+ 0,9	29,6	26,1	+ 3,4	1978 1. Hj.
55,8	17,4	23,4	10,0	13,4	+ 0,7	28,4	25,7	+ 2,7	2. Hj.
56,6	17,6	21,8	9,6	12,2	+ 1,9	29,7	27,6	+ 2,2	1979 1. Hj.
54,8	17,1	24,6	10,4	14,2	+ 2,1	29,0	27,5	+ 1,4	2. Hj.
55,4	17,4	22,6	9,7	12,9	+ 2,1	31,4	29,0	+ 2,4	1980 1. Hj.
55,8	17,5	24,7	10,6	14,1	+ 0,6	29,7	28,3	+ 1,4	2. Hj.
55,6	18,2	22,3	9,7	12,6	+ 0,7	32,8	29,6	+ 3,1	1981 1. Hj.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 26*

 Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung —
 Mrd

Zeitraum	Brutto- sozial- produkt	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats- ver- änderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außen- beitrag ²⁾
				ins- gesamt	Aus- rüstungen	Bauten				
in jeweiligen Preisen										
1970 1. Vj.	149,00	81,45	23,22	30,46	14,43	16,03	+ 11,40	34,19	31,72	+ 2,47
2. Vj.	166,80	89,75	26,23	45,28	17,07	28,21	+ 2,10	37,96	34,52	+ 3,44
3. Vj.	178,00	91,70	26,18	47,15	16,90	30,25	+ 10,30	38,15	35,48	+ 2,67
4. Vj.	185,20	104,65	32,48	50,80	20,03	30,77	- 8,40	42,39	36,72	+ 5,67
1971 1. Vj.	171,50	91,20	29,50	39,41	17,55	21,86	+ 6,80	40,74	36,15	+ 4,59
2. Vj.	184,40	100,46	30,76	52,50	19,93	32,57	- 2,90	41,46	37,88	+ 3,58
3. Vj.	196,70	101,60	31,04	52,02	17,88	34,14	+ 8,70	42,46	39,12	+ 3,34
4. Vj.	203,40	114,57	37,94	55,67	21,01	34,66	- 8,80	43,66	39,64	+ 4,02
1972 1. Vj.	188,60	102,00	33,21	44,06	17,60	26,46	+ 5,20	42,03	37,90	+ 4,13
2. Vj.	201,00	108,70	34,13	55,60	19,49	36,11	- 1,20	44,73	40,96	+ 3,77
3. Vj.	212,40	111,91	34,39	54,72	18,23	36,49	+ 8,50	44,74	41,86	+ 2,88
4. Vj.	225,20	125,14	42,30	59,96	21,43	38,53	- 9,90	51,83	44,13	+ 7,70
1973 1. Vj.	211,60	113,27	37,70	48,26	18,52	29,74	+ 6,50	49,17	43,30	+ 5,87
2. Vj.	223,90	121,70	38,45	59,32	20,32	39,00	- 2,80	52,51	45,28	+ 7,23
3. Vj.	235,30	121,69	39,19	57,27	18,57	38,70	+ 10,40	53,59	46,84	+ 6,75
4. Vj.	249,30	135,02	51,36	60,59	22,35	38,24	- 6,90	59,45	50,22	+ 9,23
1974 1. Vj.	227,00	120,40	42,50	46,79	16,82	29,97	+ 5,70	64,22	52,61	+ 11,61
2. Vj.	240,40	129,90	45,21	55,87	19,03	36,84	- 0,10	68,16	58,64	+ 9,52
3. Vj.	253,50	132,27	46,22	55,02	18,69	36,33	+ 12,90	70,66	63,57	+ 7,09
4. Vj.	266,00	144,98	60,09	58,71	21,93	36,78	- 13,00	73,15	57,93	+ 15,22
1975 1. Vj.	237,40	130,33	46,82	44,38	17,19	27,19	+ 6,40	64,49	55,02	+ 9,47
2. Vj.	252,10	142,87	51,65	54,17	20,42	33,75	- 2,90	67,46	61,15	+ 6,31
3. Vj.	262,20	144,58	51,74	54,46	19,58	34,88	+ 7,60	66,89	63,07	+ 3,82
4. Vj.	283,20	159,64	65,08	61,53	25,13	36,40	- 12,40	73,84	64,49	+ 9,35
1976 1. Vj.	257,90	144,09	51,17	46,51	19,75	26,76	+ 8,60	72,64	65,11	+ 7,53
2. Vj.	275,40	153,99	54,07	59,96	23,13	36,83	+ 0,40	76,75	69,77	+ 6,98
3. Vj.	284,60	154,43	53,82	58,33	20,69	37,64	+ 14,00	78,51	74,49	+ 4,02
4. Vj.	307,10	171,08	68,13	67,09	27,11	39,98	- 9,30	84,15	74,05	+ 10,10
1977 1. Vj.	276,90	153,65	53,20	51,78	21,43	30,35	+ 11,10	78,88	71,71	+ 7,17
2. Vj.	291,50	165,29	56,86	63,14	24,64	38,50	- 1,30	82,09	74,58	+ 7,51
3. Vj.	303,80	167,25	57,09	63,03	24,00	39,03	+ 15,30	81,02	79,89	+ 1,13
4. Vj.	328,40	183,37	72,23	71,01	29,82	41,19	- 11,90	88,58	74,89	+ 13,69
1978 1. Vj.	293,10	165,81	57,61	53,40	23,21	30,19	+ 6,40	82,67	72,79	+ 9,88
2. Vj.	314,10	177,19	59,62	69,37	26,98	42,39	- 1,20	86,33	77,21	+ 9,12
3. Vj.	330,10	178,01	62,30	70,45	27,17	43,28	+ 14,10	86,00	80,76	+ 5,24
4. Vj.	353,40	192,90	77,60	79,79	33,02	46,77	- 9,90	93,07	80,06	+ 13,01
1979 1. Vj.	317,20	176,98	62,13	58,09	26,48	31,61	+ 12,00	89,78	81,78	+ 8,00
2. Vj.	341,30	191,52	65,97	80,54	30,26	50,28	+ 0,40	93,30	90,43	+ 2,87
3. Vj.	355,90	189,31	67,24	82,30	30,38	51,92	+ 19,40	96,64	98,99	- 2,35
4. Vj.	383,80	208,55	83,24	93,46	36,60	56,86	- 6,20	103,27	98,52	+ 4,75
1980 1. Vj.	347,10	193,67	67,24	72,30	29,11	43,19	+ 12,90	107,20	106,21	+ 0,99
2. Vj.	364,60	200,92	72,58	89,25	32,20	57,05	+ 2,20	106,88	107,23	- 0,35
3. Vj.	379,50	204,65	73,98	90,98	32,36	58,62	+ 15,80	105,29	111,20	- 5,91
4. Vj.	400,70	222,35	89,72	98,46	38,50	59,96	- 12,00	111,24	109,07	+ 2,17
1981 1. Vj.	355,00	201,38	74,98	71,89	30,27	41,62	+ 9,00	113,21	115,46	- 2,25
2. Vj.	377,90	211,11	76,41	92,93	32,67	60,26	- 3,60	118,24	117,19	+ 1,05

¹⁾ Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

²⁾ Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Verwendung des Sozialprodukts

DM

Brutto- sozial- produkt	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats- ver- änderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außen- beitrag ²⁾	Zeitraum
			ins- gesamt	Aus- rüstungen	Bauten					
in Preisen von 1970										
153,10	82,54	24,70	31,55	14,68	16,87	+ 11,20	34,79	31,68	+ 3,11	1970 1. Vj.
168,60	90,24	26,31	45,53	17,25	28,28	+ 2,80	38,22	34,50	+ 3,72	2. Vj.
177,80	91,33	26,74	46,82	16,87	29,95	+ 10,60	37,87	35,56	+ 2,31	3. Vj.
179,50	103,44	30,36	49,79	19,63	30,16	- 9,20	41,81	36,70	+ 5,11	4. Vj.
163,60	88,11	27,16	37,61	16,76	20,85	+ 6,60	39,42	35,30	+ 4,12	1971 1. Vj.
172,60	95,90	28,18	48,48	18,92	29,56	- 2,80	40,00	37,16	+ 2,84	2. Vj.
182,80	95,93	28,30	47,73	16,94	30,79	+ 9,00	40,63	38,79	+ 1,84	3. Vj.
182,70	106,86	31,31	51,05	19,82	31,23	- 8,90	41,91	39,53	+ 2,38	4. Vj.
169,00	93,42	28,75	40,18	16,56	23,62	+ 4,40	39,69	37,44	+ 2,25	1972 1. Vj.
178,40	98,72	29,57	49,60	18,26	31,34	- 1,00	42,25	40,74	+ 1,51	2. Vj.
187,90	100,05	29,37	48,47	16,97	31,50	+ 8,80	42,02	40,81	+ 1,21	3. Vj.
192,00	110,05	32,58	53,05	19,96	33,09	- 9,80	48,30	42,18	+ 6,12	4. Vj.
179,90	97,55	30,25	42,32	17,09	25,23	+ 4,90	45,38	40,50	+ 4,88	1973 1. Vj.
187,50	103,05	30,65	50,20	18,46	31,74	- 2,20	47,64	41,84	+ 5,80	2. Vj.
196,70	101,50	31,02	48,20	16,82	31,38	+ 10,40	47,38	41,80	+ 5,58	3. Vj.
198,90	110,38	34,93	50,95	19,93	31,02	- 7,00	51,59	41,95	+ 9,64	4. Vj.
183,40	96,89	30,98	38,56	14,73	23,83	+ 4,10	52,29	39,42	+ 12,87	1974 1. Vj.
189,30	102,82	32,12	44,41	16,28	28,13	- 0,30	53,61	43,36	+ 10,25	2. Vj.
197,50	102,74	32,80	43,39	15,69	27,70	+ 11,70	53,66	46,79	+ 6,87	3. Vj.
195,50	111,34	36,41	46,25	18,20	28,05	- 11,10	55,17	42,57	+ 12,60	4. Vj.
176,90	98,66	32,10	34,75	13,91	20,84	+ 4,80	47,91	41,32	+ 6,59	1975 1. Vj.
183,90	106,32	33,85	41,69	16,14	25,55	- 2,50	50,17	45,63	+ 4,54	2. Vj.
192,60	105,78	34,57	41,83	15,42	26,41	+ 6,90	49,37	45,85	+ 3,52	3. Vj.
198,90	115,79	37,73	47,10	19,66	27,44	- 10,20	54,53	46,05	+ 8,48	4. Vj.
185,90	103,59	34,05	35,38	15,25	20,13	+ 6,10	53,16	46,38	+ 6,78	1976 1. Vj.
195,20	109,37	34,41	44,82	17,58	27,24	+ 0,30	55,42	49,12	+ 6,30	2. Vj.
202,30	108,41	34,58	43,34	15,82	27,52	+ 11,30	56,15	51,48	+ 4,67	3. Vj.
208,60	119,64	37,97	49,66	20,70	28,96	- 7,50	60,51	51,68	+ 8,83	4. Vj.
193,20	106,38	33,92	38,10	16,10	22,00	+ 7,70	56,64	49,54	+ 7,10	1977 1. Vj.
199,70	113,14	34,38	45,71	18,36	27,35	- 0,80	58,19	50,92	+ 7,27	2. Vj.
207,10	112,99	34,88	45,30	17,94	27,36	+ 11,90	57,43	55,40	+ 2,03	3. Vj.
214,50	123,79	38,58	50,83	22,31	28,52	- 9,30	62,64	52,04	+ 10,60	4. Vj.
196,80	111,59	35,48	37,83	17,13	20,70	+ 4,20	58,75	51,05	+ 7,70	1978 1. Vj.
207,80	118,07	35,97	48,39	19,74	28,65	- 0,70	60,82	54,75	+ 6,07	2. Vj.
216,10	117,44	36,16	48,31	19,81	28,50	+ 10,40	60,08	56,29	+ 3,79	3. Vj.
222,80	127,28	40,16	54,52	24,13	30,39	- 7,30	64,77	56,63	+ 8,14	4. Vj.
205,40	116,03	36,57	39,48	19,14	20,34	+ 7,70	62,45	56,83	+ 5,62	1979 1. Vj.
217,70	123,49	37,69	52,77	21,64	31,13	+ 0,20	63,40	59,85	+ 3,55	2. Vj.
224,70	119,57	37,25	52,91	21,65	31,26	+ 13,90	64,39	63,32	+ 1,07	3. Vj.
233,00	131,04	41,09	59,77	26,06	33,71	- 4,40	68,24	62,74	+ 5,50	4. Vj.
217,30	120,54	37,57	45,30	20,34	24,96	+ 8,00	69,58	63,69	+ 5,89	1980 1. Vj. ³⁾
221,00	122,49	38,73	53,88	22,16	31,72	+ 1,40	67,87	63,37	+ 4,50	2. Vj.
227,10	122,77	38,73	54,38	22,18	32,20	+ 10,70	66,39	65,87	+ 0,52	3. Vj.
231,30	132,82	41,47	59,02	26,37	32,65	- 8,00	69,86	63,87	+ 5,99	4. Vj.
213,20	118,85	39,65	42,89	20,39	22,50	+ 5,70	70,24	64,13	+ 6,11	1981 1. Vj.
219,40	121,82	39,00	53,69	21,68	32,01	- 2,60	71,62	64,13	+ 7,49	2. Vj.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 27*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Zeitraum	Ins- gesamt	Ausrüstungen			Bauten				Vorrats- ver- änderung
		zusammen	Unter- nehmen ¹⁾²⁾	Staat ²⁾	zusammen	Unternehmen ¹⁾		Staat ³⁾	
						zusam- men ³⁾	dar.: Wohn- bauten ⁴⁾		
in jeweiligen Preisen									
1960	82,48	27,14	26,23	0,91	46,44	37,63	21,62	8,81	+ 8,90
1961	89,86	31,32	30,29	1,03	52,14	41,73	23,93	10,41	+ 6,40
1962	98,28	34,98	33,76	1,22	57,90	44,84	26,12	13,06	+ 5,40
1963	100,01	35,64	34,24	1,40	62,07	46,36	27,44	15,71	+ 2,30
1964	117,70	39,21	37,74	1,47	72,49	53,08	31,92	19,41	+ 6,00
1965	130,10	43,35	41,70	1,65	76,55	57,34	34,51	19,21	+ 10,20
1966	128,87	43,98	42,35	1,63	80,19	60,62	36,90	19,57	+ 4,70
1967	113,08	41,07	39,50	1,57	73,11	55,81	36,25	17,30	- 1,10
1968	131,02	43,45	41,94	1,51	76,67	57,43	37,33	19,24	+ 10,90
1969	154,99	54,60	52,88	1,72	84,99	62,84	38,68	22,15	+ 15,40
1970	189,09	68,43	66,24	2,19	105,26	76,79	44,86	28,47	+ 15,40
1971	203,40	76,37	73,70	2,67	123,23	92,55	55,05	30,68	+ 3,80
1972	216,94	76,75	73,86	2,89	137,59	106,68	66,89	30,91	+ 2,60
1973	232,64	79,76	76,49	3,27	145,68	113,80	72,61	31,88	+ 7,20
1974	221,89	76,47	72,74	3,73	139,92	103,10	64,47	36,82	+ 5,50
1975	213,24	82,32	78,63	3,69	132,22	95,59	59,19	36,63	- 1,30
1976	245,59	90,68	87,14	3,54	141,21	104,62	64,98	36,59	+ 13,70
1977	262,16	99,89	95,93	3,96	149,07	113,47	70,08	35,60	+ 13,20
1978	282,41	110,38	106,06	4,32	162,63	123,01	76,19	39,62	+ 9,40
1979 } ⁵⁾	339,99	123,72	118,95	4,77	190,67	144,52	89,32	46,15	+ 25,60
1980 } ⁵⁾	369,89	132,17	126,86	5,31	218,82	166,00	101,94	52,82	+ 18,90
1972 1. Hj.	103,66	37,09	35,85	1,24	62,57	48,62	29,92	13,95	+ 4,00
2. Hj.	113,28	39,66	38,01	1,65	75,02	58,06	36,97	16,96	- 1,40
1973 1. Hj.	111,28	38,84	37,50	1,34	68,74	54,31	34,49	14,43	+ 3,70
2. Hj.	121,36	40,92	38,99	1,93	76,94	59,49	38,12	17,45	+ 3,50
1974 1. Hj.	108,26	35,85	34,45	1,40	66,81	49,98	30,87	16,83	+ 5,60
2. Hj.	113,63	40,62	38,29	2,33	73,11	53,12	33,60	19,99	- 0,10
1975 1. Hj.	102,05	37,61	36,15	1,46	60,94	44,15	27,00	16,79	+ 3,50
2. Hj.	111,19	44,71	42,48	2,23	71,28	51,44	32,19	19,84	- 4,80
1976 1. Hj.	115,47	42,88	41,45	1,43	63,59	47,25	28,58	16,34	+ 9,00
2. Hj.	130,12	47,80	45,69	2,11	77,62	57,37	36,40	20,25	+ 4,70
1977 1. Hj.	124,72	46,07	44,62	1,45	68,85	52,94	31,66	15,91	+ 9,80
2. Hj.	137,44	53,82	51,31	2,51	80,22	60,53	38,42	19,69	+ 3,40
1978 1. Hj.	127,97	50,19	48,54	1,65	72,58	55,22	33,44	17,36	+ 5,20
2. Hj.	154,44	60,19	57,52	2,67	90,05	67,79	42,75	22,26	+ 4,20
1979 1. Hj.	151,03	56,74	54,98	1,76	81,89	62,61	37,90	19,28	+ 12,40
2. Hj.	188,96	66,98	63,97	3,01	108,78	81,91	51,42	26,87	+ 13,20
1980 1. Hj. } ⁵⁾	176,65	61,31	59,28	2,03	100,24	76,28	46,03	23,96	+ 15,10
2. Hj. }	193,24	70,86	67,58	3,28	118,58	89,72	55,91	28,86	+ 3,80
1981 1. Hj.	170,22	62,94	61,01	1,93	101,88	78,58	47,03	23,30	+ 5,40

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.²⁾ Käufe von neuen Ausrüstungen (einschließlich selbsterstellter Ausrüstungen) sowie von gebrauchten Ausrüstungen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen (u. a. Schrott).

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Ins- gesamt	Ausrüstungen			Bauten				Vorrats- ver- änderung	Zeitraum
	zusammen	Unter- nehmen ¹⁾²⁾	Staat ³⁾	zusammen	Unternehmen ¹⁾		Staat ³⁾		
					zusam- men ³⁾	dar.: Wohn- bauten ⁴⁾			
in Preisen von 1970									
118,74	34,06	32,98	1,08	75,18	62,14	37,61	13,04	+ 9,50	1960
124,30	38,14	36,91	1,23	78,86	64,38	38,65	14,48	+ 7,30	1961
127,84	41,18	39,73	1,45	81,16	64,31	39,09	16,85	+ 5,50	1962
126,25	41,37	39,73	1,64	82,48	63,12	38,79	19,36	+ 2,40	1963
144,20	44,66	42,95	1,71	93,14	69,44	43,17	23,70	+ 6,40	1964
154,97	48,10	46,21	1,89	96,37	72,56	44,84	23,81	+ 10,50	1965
150,84	47,54	45,71	1,83	98,70	74,64	46,50	24,06	+ 4,60	1966
134,71	44,03	42,27	1,76	92,28	70,34	46,39	21,94	- 1,60	1967
153,30	47,25	45,62	1,63	94,55	70,98	46,14	23,57	+ 11,50	1968
172,93	58,12	56,32	1,80	98,61	72,96	44,98	25,65	+ 16,20	1969
189,09	68,43	66,24	2,19	105,26	76,79	44,86	28,47	+ 15,40	1970
188,77	72,44	69,90	2,54	112,43	84,28	49,69	28,15	+ 3,90	1971
193,70	71,75	69,06	2,69	119,55	92,06	56,68	27,49	+ 2,40	1972
197,77	72,30	69,36	2,94	119,37	92,28	57,41	27,09	+ 6,10	1973
177,01	64,90	61,74	3,16	107,71	78,61	47,75	29,10	+ 4,40	1974
164,37	65,13	62,19	2,94	100,24	71,79	42,78	28,45	- 1,00	1975
183,40	69,35	66,61	2,74	103,85	76,14	45,50	27,71	+ 10,20	1976
189,44	74,71	71,74	2,97	105,23	79,20	46,83	26,03	+ 9,50	1977
195,65	80,81	77,66	3,15	108,24	80,95	48,02	27,29	+ 6,60	1978
222,33	88,49	85,11	3,38	116,44	87,53	51,68	28,91	+ 17,40	1979 } ⁵⁾
224,68	91,05	87,43	3,62	121,53	91,67	53,42	29,86	+ 12,10	1980 }
93,18	34,82	33,66	1,16	54,96	42,47	25,69	12,49	+ 3,40	1972 1. Hj.
100,52	36,93	35,40	1,53	64,59	49,59	30,99	15,00	- 1,00	2. Hj.
95,22	35,55	34,33	1,22	56,97	44,61	27,64	12,36	+ 2,70	1973 1. Hj.
102,55	36,75	35,03	1,72	62,40	47,67	29,77	14,73	+ 3,40	2. Hj.
86,77	31,01	29,79	1,22	51,96	38,51	23,20	13,45	+ 3,80	1974 1. Hj.
90,24	33,89	31,95	1,94	55,75	40,10	24,55	15,65	+ 0,60	2. Hj.
78,74	30,05	28,88	1,17	46,39	33,31	19,63	13,08	+ 2,30	1975 1. Hj.
85,63	35,08	33,31	1,77	53,85	38,48	23,15	15,37	- 3,30	2. Hj.
86,60	32,83	31,71	1,12	47,37	34,88	20,29	12,49	+ 6,40	1976 1. Hj.
96,80	36,52	34,90	1,62	56,48	41,26	25,21	15,22	+ 3,80	2. Hj.
90,71	34,46	33,37	1,09	49,35	37,56	21,53	11,79	+ 6,90	1977 1. Hj.
98,73	40,25	38,37	1,88	55,88	41,64	25,30	14,24	+ 2,60	2. Hj.
89,72	36,87	35,66	1,21	49,35	37,13	21,53	12,22	+ 3,50	1978 1. Hj.
105,93	43,94	42,00	1,94	58,89	43,82	26,49	15,07	+ 3,10	2. Hj.
100,15	40,78	39,52	1,26	51,47	39,01	22,58	12,46	+ 7,90	1979 1. Hj.
122,18	47,71	45,59	2,12	64,97	48,52	29,10	16,45	+ 9,50	2. Hj.
108,58	42,50	41,10	1,40	56,68	42,90	24,59	13,78	+ 9,40	1980 1. Hj. } ⁵⁾
116,10	48,55	46,33	2,22	64,85	48,77	28,83	16,08	+ 2,70	2. Hj.
99,88	42,07	40,79	1,28	54,51	41,71	23,52	12,80	+ 3,10	1981 1. Hj.

³⁾ Käufe von neuen Bauten (einschließlich selbsterstellter Bauten) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von Land.⁴⁾ Nur neue Bauten.⁵⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 28*

Anlageinvestitionen

Mrd DM in jeweiligen Preisen

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche ¹⁾	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ³⁾	Dienstleistungsunternehmen ⁴⁾	Wohnungsvermietung ⁵⁾	Staat ⁶⁾
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Baugewerbe				
Neue Ausrüstungen										
1960	28,01	3,10	16,38	2,64	11,90	1,84	6,02	1,32		1,19
1961	32,29	3,70	19,08	2,86	13,94	2,28	6,68	1,48		1,35
1962	35,99	3,71	21,73	3,39	15,79	2,55	7,46	1,49		1,60
1963	36,68	3,43	21,70	3,39	15,64	2,67	7,88	1,84		1,83
1964	40,40	4,06	24,41	3,77	17,81	2,83	7,87	2,12		1,94
1965	44,58	4,74	26,39	3,61	20,10	2,68	8,60	2,69		2,16
1966	45,23	4,46	26,49	3,32	20,98	2,19	8,80	3,35		2,13
1967	42,34	3,36	24,25	3,76	18,21	2,28	8,55	4,12		2,06
1968	44,78	3,06	25,86	3,31	20,02	2,53	9,68	4,20		1,98
1969	56,33	3,98	33,57	3,11	27,04	3,42	11,15	5,37		2,26
1970	70,46	4,27	43,16	4,24	34,85	4,07	13,21	6,94		2,88
1971	78,70	3,92	47,92	6,06	37,38	4,48	15,55	7,86		3,45
1972	79,39	4,24	46,14	7,11	34,41	4,62	17,08	8,22		3,71
1973	82,34	5,37	45,11	7,50	33,69	3,92	17,19	10,56		4,11
1974	79,76	5,01	44,83	8,93	33,31	2,59	15,58	9,78		4,56
1975	85,85	5,71	46,04	9,46	33,68	2,90	16,48	13,19		4,43
1976	94,12	6,56	47,87	8,31	36,52	3,04	18,56	16,80		4,33
1977	103,46	7,59	48,82	7,42	38,07	3,33	20,00	22,23		4,82
1978	114,21	8,01	51,57	7,55	39,82	4,20	21,84	27,56		5,23
1979 } ⁷⁾	127,49	8,81		5,75
1980 } ⁷⁾	136,50		6,36
Neue Bauten										
1960	46,44	1,22	8,63	2,17	6,10	0,36	4,22	2,83	20,13	9,41
1961	52,14	1,26	9,64	2,35	6,86	0,43	4,61	3,30	22,33	11,00
1962	57,90	1,30	9,39	2,78	6,14	0,47	5,43	3,73	24,42	13,63
1963	62,07	1,31	8,99	2,77	5,67	0,55	5,62	4,17	25,58	16,40
1964	72,49	1,45	10,10	3,13	6,29	0,68	5,91	5,15	29,55	20,33
1965	76,55	1,51	11,12	3,46	7,01	0,65	5,83	5,82	32,20	20,07
1966	80,19	1,58	11,34	3,36	7,36	0,62	5,92	6,26	34,50	20,59
1967	73,11	1,48	9,68	3,70	5,36	0,62	5,84	4,33	34,00	17,78
1968	76,67	1,45	8,54	3,08	4,94	0,52	6,52	4,99	35,35	19,82
1969	84,99	1,35	11,32	3,24	7,48	0,60	7,35	5,45	36,75	22,77
1970	105,26	1,26	15,69	3,94	11,05	0,70	9,15	6,83	42,62	29,71
1971	123,23	1,15	17,79	5,09	11,76	0,94	10,77	9,42	52,36	31,74
1972	137,59	1,02	17,32	5,71	10,42	1,19	11,70	12,31	63,47	31,77
1973	145,68	1,09	16,48	5,61	9,59	1,28	12,26	14,59	68,76	32,50
1974	139,92	1,30	15,46	6,00	8,71	0,75	11,66	13,93	60,86	36,71
1975	132,22	1,41	14,96	7,30	7,11	0,55	11,03	12,52	55,82	36,48
1976	141,21	1,57	15,88	7,78	7,59	0,51	11,66	14,35	61,09	36,66
1977	149,07	1,75	17,06	7,63	8,69	0,74	12,41	16,30	65,67	35,88
1978	162,63	1,83	17,47	8,58	8,18	0,71	12,53	19,94	70,93	39,93
1979 } ⁷⁾	190,67	1,91	82,62	46,66
1980 } ⁷⁾	218,82	94,30	53,56

1) Einschließlich selbsterstellter Anlagen.

2) Einschließlich produzierendes Handwerk.

3) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

4) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungen (ohne Wohnungsvermietung).

nach Wirtschaftsbereichen

Mrd DM in Preisen von 1970

Alle Wirtschaftsbereiche ¹⁾	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ³⁾	Dienstleistungsunternehmen ⁴⁾	Wohnungsvermietung ⁵⁾	Staat ⁶⁾	Jahr
		insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Baugewerbe					
Neue Ausrüstungen										
35,09	3,61	21,48	3,56	15,68	2,24	7,08	1,49		1,43	1960
39,27	4,17	24,02	3,70	17,60	2,72	7,80	1,66		1,62	1961
42,31	4,03	26,29	4,19	19,14	2,96	8,43	1,65		1,91	1962
42,52	3,72	25,83	4,14	18,62	3,07	8,81	2,01		2,15	1963
45,98	4,36	28,35	4,49	20,64	3,22	8,72	2,29		2,26	1964
49,44	4,98	29,79	4,13	22,66	3,00	9,32	2,87		2,48	1965
48,86	4,57	29,03	3,70	22,96	2,37	9,36	3,51		2,39	1966
45,40	3,41	26,22	4,15	19,62	2,45	9,17	4,29		2,31	1967
48,70	3,28	28,28	3,68	21,85	2,75	10,57	4,43		2,14	1968
59,98	4,20	35,88	3,36	28,89	3,63	11,91	5,62		2,37	1969
70,46	4,27	43,16	4,24	34,85	4,07	13,21	6,94		2,88	1970
74,64	3,70	45,36	5,66	35,45	4,25	14,68	7,62		3,28	1971
74,16	3,86	43,07	6,46	32,31	4,30	15,87	7,91		3,45	1972
74,55	4,62	40,92	6,58	30,81	3,53	15,36	9,96		3,69	1973
67,54	4,00	37,76	7,13	28,45	2,18	13,14	8,81		3,83	1974
67,73	4,17	35,81	6,86	26,69	2,26	12,98	11,27		3,50	1975
71,78	4,63	35,90	5,79	27,82	2,29	14,10	13,82		3,33	1976
77,11	5,17	35,38	4,94	28,04	2,40	14,74	18,23		3,59	1977
83,31	5,35	36,36	4,92	28,49	2,95	15,46	22,35		3,79	1978
90,86	5,75		4,04	1979 } ⁷⁾
93,70		4,28	1980 } ⁷⁾
Neue Bauten										
75,18	1,87	13,34	3,12	9,65	0,57	6,18	4,64	35,02	14,13	1960
78,86	1,80	14,03	3,19	10,20	0,64	6,36	5,09	36,06	15,52	1961
81,16	1,73	12,68	3,53	8,50	0,65	7,05	5,34	36,55	17,81	1962
82,48	1,65	11,60	3,41	7,46	0,73	7,00	5,65	36,15	20,43	1963
93,14	1,76	12,49	3,75	7,87	0,87	7,17	6,71	39,97	25,04	1964
96,37	1,77	13,41	4,11	8,50	0,80	7,02	7,33	41,84	25,00	1965
98,70	1,79	13,37	3,92	8,70	0,75	6,98	7,68	43,48	25,40	1966
92,28	1,72	11,83	4,46	6,59	0,78	7,12	5,49	43,51	22,61	1967
94,55	1,80	10,44	3,68	6,11	0,65	7,98	6,32	43,70	24,31	1968
98,61	1,58	13,04	3,69	8,65	0,70	8,47	6,41	42,73	26,38	1969
105,26	1,26	15,69	3,94	11,05	0,70	9,15	6,83	42,62	29,71	1970
112,43	1,04	16,45	4,75	10,84	0,86	10,02	8,57	47,26	29,09	1971
119,55	0,87	15,48	5,16	9,27	1,05	10,55	10,70	53,79	28,16	1972
119,37	0,86	14,07	4,84	8,16	1,07	10,58	12,00	54,37	27,49	1973
107,71	0,98	12,50	4,84	7,07	0,59	9,47	10,78	45,08	28,90	1974
100,24	1,04	12,05	5,89	5,73	0,43	8,96	9,63	40,34	28,22	1975
103,85	1,11	12,45	6,10	5,96	0,39	9,22	10,65	42,77	27,65	1976
105,23	1,16	13,02	5,84	6,64	0,54	9,51	11,56	43,88	26,10	1977
108,24	1,15	12,59	6,22	5,89	0,48	9,12	13,32	44,70	27,36	1978
116,44	1,10	47,81	29,08	1979 } ⁷⁾
121,53	49,42	30,12	1980 } ⁷⁾

⁵⁾ Einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen.⁶⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.⁷⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 29*

Einkommen und Ersparnis

Mrd

Zeitraum	Erwerbs- und Vermögenseinkommen				Empfangene ²⁾	Geleistete ⁶⁾	Verfügbares Einkommen insgesamt ²⁾
	insgesamt ³⁾	Bruttoeinkommen aus		der privaten Haushalte ³⁾³⁾⁴⁾			
		unselbständiger Arbeit	Unternehmer-tätigkeit und Vermögen ³⁾⁴⁾		laufende Übertragungen		
1960	224,00	144,90	79,10	223,13	42,89	58,73	207,29
1961	246,21	163,44	82,77	245,18	46,95	68,04	224,09
1962	267,40	180,84	86,56	266,28	51,61	76,44	241,45
1963	282,28	193,98	88,30	281,10	55,08	83,12	253,06
1964	311,04	212,08	98,96	309,76	60,73	90,58	279,91
1965	342,10	235,15	106,95	340,67	68,05	99,00	309,72
1966	363,75	253,20	110,55	362,04	74,51	110,26	326,29
1967	366,65	253,07	113,58	364,85	81,81	111,95	334,71
1968	400,94	271,91	129,03	398,89	86,43	123,03	362,29
1969	442,14	305,92	136,22	439,52	93,77	141,67	391,62
1970	520,22	361,32	158,90	516,55	103,05	171,87	447,73
1971	581,30	408,30	173,00	577,03	115,54	200,93	491,64
1972	628,71	448,79	179,92	623,93	131,31	225,11	530,13
1973	702,47	509,47	193,00	695,74	146,52	270,52	571,74
1974	761,77	560,60	201,17	754,13	166,66	301,82	618,97
1975	798,33	583,40	214,93	791,33	202,07	312,90	680,50
1976	861,38	626,32	235,06	854,32	217,46	352,13	719,65
1977	928,14	669,68	258,46	920,63	232,98	380,68	772,93
1978	985,40	714,72	270,68	977,18	247,78	401,35	823,61
1979 } ⁹⁾	1063,65	769,41	294,24	1053,86	263,61	428,48	888,99
1980 } ⁹⁾	...	829,98	281,55	464,43	...
1972 1. Hj.	289,49	214,06	75,43	287,24	63,74	103,68	247,30
2. Hj.	333,46	234,73	98,73	330,93	67,57	121,43	277,07
1973 1. Hj.	329,98	242,48	87,50	326,91	70,89	126,28	271,52
2. Hj.	372,66	266,99	105,67	369,00	75,63	144,24	300,39
1974 1. Hj.	355,63	268,25	87,38	351,86	81,13	141,42	291,57
2. Hj.	407,42	292,35	115,07	403,55	85,53	160,40	328,68
1975 1. Hj.	377,34	281,07	96,27	373,75	98,31	145,85	326,21
2. Hj.	422,20	302,33	119,87	418,79	103,76	167,05	355,50
1976 1. Hj.	404,86	299,15	105,71	401,40	106,51	164,37	343,54
2. Hj.	458,01	327,17	130,84	454,41	110,95	187,76	377,60
1977 1. Hj.	435,61	321,56	114,05	431,94	113,64	180,21	365,37
2. Hj.	485,63	348,12	137,51	481,79	119,34	200,47	400,66
1978 1. Hj.	460,84	340,00	120,84	456,84	123,12	189,66	390,30
2. Hj.	517,04	374,72	142,32	512,82	124,66	211,69	425,79
1979 1. Hj.	500,21	366,06	134,15	495,73	130,56	203,02	423,27
2. Hj.	557,17	403,35	153,82	551,86	133,05	225,46	459,45
1980 1. Hj.	543,97	396,74	147,23	537,76	139,42	221,13	456,05
2. Hj.	600,06	433,24	166,82	593,13	142,13	243,30	491,96
1981 1. Hj.	572,77	417,70	155,07	565,10	150,21	234,37	480,94

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

2) Ab 1970 wurden revidierte Angaben aus der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank verwendet. Die Zahlen für diesen Zeitraum sind deshalb mit denen vor 1970 nicht voll vergleichbar.

3) Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

4) Erwerbs- und Vermögenseinkommen nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.

der privaten Haushalte¹⁾

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nicht-entnommene Gewinne ²⁾)	Ersparnis ohne nicht-entnommene Gewinne ²⁾)	Sparquote ⁸⁾ (vH)	Empfangene	Geleistete	Finanzierungs-saldo	Zeitraum
					Vermögensübertragungen			
171,84	35,45	19,42	16,03	8,5	3,01	3,02	16,02	1960
188,33	35,76	17,28	18,48	8,9	4,12	3,72	18,88	1961
204,79	36,66	17,49	19,17	8,6	4,52	4,51	19,18	1962
216,79	36,27	12,68	23,59	9,8	4,12	4,90	22,81	1963
233,50	46,41	16,80	29,61	11,3	4,57	5,86	28,32	1964
257,62	52,10	16,35	35,75	12,2	5,22	6,61	34,36	1965
275,06	51,23	14,99	36,24	11,6	5,25	7,41	34,08	1966
282,63	52,08	16,08	36,00	11,3	5,36	8,95	32,41	1967
300,76	61,53	18,66	42,87	12,5	5,74	10,24	38,37	1968
330,83	60,79	9,68	51,11	13,4	5,85	11,03	45,93	1969
367,55	80,18	21,80	58,38	13,7	8,24	12,71	53,91	1970
407,83	83,81	20,16	63,65	13,5	11,10	15,07	59,68	1971
447,75	82,38	5,76	76,62	14,6	12,57	19,09	70,10	1972
491,68	80,06	- 0,17	80,23	14,0	12,66	20,26	72,63	1973
527,55	91,42	- 1,28	92,70	14,9	15,96	23,73	84,93	1974
577,42	103,08	- 1,21	104,29	15,3	17,49	25,43	96,35	1975
623,59	96,06	- 1,49	97,55	13,5	18,91	29,03	87,43	1976
669,56	103,37	6,90	96,47	12,6	19,23	30,70	85,00	1977
713,91	109,70	7,52	102,18	12,5	19,63	33,39	88,42	1978
766,36	122,63	6,27	116,36	13,2	19,92	35,29	100,99	1979 } ⁹⁾
821,59	126,42	13,3	19,77	36,93	109,26	1980 } ⁹⁾
210,70	.	.	36,60	14,8	5,84	8,50	33,94	1972 1. Hj.
237,05	.	.	40,02	14,4	6,73	10,59	36,16	2. Hj.
234,97	.	.	36,55	13,5	5,90	9,40	33,05	1973 1. Hj.
256,71	.	.	43,68	14,5	6,76	10,86	39,58	2. Hj.
250,30	.	.	41,27	14,2	7,34	11,18	37,43	1974 1. Hj.
277,25	.	.	51,43	15,6	8,62	12,55	47,50	2. Hj.
273,20	.	.	53,01	16,3	8,06	11,80	49,27	1975 1. Hj.
304,22	.	.	51,28	14,4	9,43	13,63	47,08	2. Hj.
298,08	.	.	45,46	13,2	8,71	13,84	40,33	1976 1. Hj.
325,51	.	.	52,09	13,8	10,20	15,19	47,10	2. Hj.
318,94	.	.	46,43	12,7	9,10	14,54	40,99	1977 1. Hj.
350,62	.	.	50,04	12,5	10,13	16,16	44,01	2. Hj.
343,00	.	.	47,30	12,1	9,48	16,05	40,73	1978 1. Hj.
370,91	.	.	54,88	12,9	10,15	17,34	47,69	2. Hj.
368,50	.	.	54,77	12,9	9,44	17,49	46,72	1979 1. Hj.
397,86	.	.	61,59	13,4	10,48	17,80	54,27	2. Hj.
394,59	.	.	61,46	13,5	9,29	17,87	52,88	1980 1. Hj. } ⁹⁾
427,00	.	.	64,96	13,2	10,48	19,06	56,38	2. Hj.
412,49	.	.	68,45	14,2	9,41	18,56	59,30	1981 1. Hj.

⁵⁾ Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, übrige laufende Übertragungen.⁶⁾ Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, übrige laufende Übertragungen.⁷⁾ Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.⁸⁾ Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).⁹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 30*

Käufe der privaten Haushalte im Inland¹⁾

Mrd DM

Jahr	Insgesamt	Nahrungs- und Genuß- mittel ²⁾	Kleidung, Schuhe	Wohnungs- mieten u. ä. ³⁾	Elektri- zität, Gas, Brenn- stoffe	Waren und Dienstleistungen für				Persön- liche Aus- stattung u. ä. ⁵⁾
						übrige Haus- halts- führung ⁴⁾	Verkehr, Nachrich- tenüber- mittlung	Körper- und Gesund- heits- pflege ⁴⁾	Bildung und Unter- haltung ⁴⁾	
in jeweiligen Preisen										
1960	170,57	63,29	19,68	16,90	5,20	22,05	15,60	8,38	12,24	7,23
1961	186,22	67,90	21,05	19,08	5,62	24,04	18,11	9,00	13,36	8,06
1962	201,87	72,57	22,49	20,22	6,97	26,05	20,76	9,91	14,22	8,68
1963	214,06	75,62	23,41	22,33	8,55	26,86	22,80	10,16	14,90	9,43
1964	230,69	80,69	25,13	24,61	7,99	29,28	25,47	11,00	16,15	10,37
1965	253,88	87,27	28,12	27,09	8,36	31,94	29,28	12,20	18,00	11,62
1966	271,14	91,79	29,66	30,57	8,88	33,71	31,78	13,03	19,05	12,67
1967	279,07	93,86	29,95	33,87	9,32	33,78	31,70	13,27	19,94	13,38
1968	296,95	96,47	31,08	37,77	10,81	35,32	35,75	14,11	21,31	14,33
1969	325,87	102,55	34,13	41,62	11,87	39,26	42,04	15,17	23,39	15,84
1970	360,53	110,26	38,32	44,97	13,19	44,21	49,19	16,48	26,45	17,46
1971	399,12	119,07	42,40	49,40	13,92	50,42	55,68	18,63	29,22	20,38
1972	437,74	128,50	46,98	54,50	15,55	56,10	60,39	20,41	32,29	23,02
1973	478,62	139,26	49,83	60,31	19,41	60,57	64,64	22,77	35,98	25,85
1974	513,70	146,98	53,14	65,84	22,25	64,15	67,61	25,49	39,65	28,59
1975	561,21	157,84	57,57	72,09	25,08	66,94	79,37	27,93	42,91	31,48
1976	607,07	169,65	60,06	77,47	28,57	70,84	90,87	29,70	45,32	34,59
1977	650,28	179,78	64,43	81,59	29,05	76,76	100,45	32,52	48,24	37,46
1978	691,82	188,77	68,45	85,99	32,06	80,25	109,23	34,84	51,48	40,75
1979 } ⁶⁾	740,35	197,71	71,44	90,78	40,11	85,42	116,89	37,28	56,11	44,61
1980 } ⁶⁾	791,21	211,75	76,91	97,70	42,67	91,81	121,90	40,64	58,39	49,44
in Preisen von 1970										
1960	223,53	76,68	23,87	31,16	6,89	27,19	19,07	12,42	17,02	9,23
1961	236,06	80,87	24,98	32,31	7,26	28,44	21,71	12,97	17,53	9,99
1962	248,23	84,09	25,92	33,48	8,82	29,33	24,60	13,66	17,74	10,59
1963	256,12	85,78	26,37	34,69	10,49	29,60	26,27	13,61	18,13	11,18
1964	269,32	89,66	27,92	36,03	9,53	31,90	28,87	14,33	19,05	12,03
1965	287,38	94,02	30,53	37,45	9,76	34,09	32,88	15,11	20,57	12,97
1966	295,90	95,86	31,45	38,95	10,26	35,23	34,30	15,03	21,11	13,71
1967	299,57	97,64	31,30	40,42	10,54	35,33	33,38	14,97	21,69	14,30
1968	313,53	101,01	32,58	41,99	11,40	36,87	36,92	15,22	22,74	14,80
1969	337,62	105,23	35,45	43,49	12,44	40,73	43,57	15,96	24,71	16,04
1970	360,53	110,26	38,32	44,97	13,19	44,21	49,19	16,48	26,45	17,46
1971	378,62	114,90	40,06	46,58	13,28	48,11	51,67	17,44	27,88	18,70
1972	393,59	117,36	41,90	48,52	14,27	51,59	52,33	17,95	29,68	19,99
1973	400,95	118,08	41,14	50,74	15,23	53,33	51,90	18,67	31,26	20,60
1974	403,81	119,71	41,15	52,89	15,48	53,18	49,26	19,53	32,06	20,55
1975	416,29	121,90	42,54	54,61	15,82	52,59	55,13	19,84	32,64	21,22
1976	430,59	125,16	42,78	56,03	16,88	53,73	60,23	20,09	33,45	22,24
1977	444,43	126,19	43,63	57,15	16,98	56,26	64,72	21,34	34,83	23,33
1978	462,10	131,35	44,68	58,56	18,48	57,21	68,72	22,25	36,42	24,43
1979 } ⁶⁾	475,90	135,25	44,70	59,97	19,67	59,12	70,23	22,97	38,21	25,78
1980 } ⁶⁾	483,68	139,03	45,45	61,40	19,60	60,12	68,61	23,81	39,26	26,40

¹⁾ Hauptgruppen des Systematischen Güterverzeichnisses (1963) für den Privaten Verbrauch.²⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten.³⁾ Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen.⁴⁾ Soweit nicht in anderen Verwendungszwecken enthalten.⁵⁾ Sonstige Waren und Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen und andere.⁶⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft¹⁾ und zur übrigen Welt

Staat insgesamt (einschließlich Sozialversicherung)

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt ¹⁾	Verkäufe von Verwaltungsleistungen ²⁾	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten ⁴⁾
				laufende Übertragungen ³⁾	Vermögensübertragungen	
1960	113,97	4,72	4,20	101,15	1,39	+ 2,51
1961	128,44	5,14	4,64	114,49	1,09	+ 3,08
1962	140,93	5,74	4,76	125,96	1,31	+ 3,16
1963	152,72	6,23	5,19	134,23	1,23	+ 5,84
1964	165,92	6,97	5,47	145,99	1,60	+ 5,89
1965	179,82	7,73	5,75	156,53	1,70	+ 8,11
1966	192,75	8,65	6,34	168,84	1,64	+ 7,28
1967	205,15	9,36	6,69	172,88	1,74	+ 14,48
1968	218,72	10,14	7,36	186,68	1,85	+ 12,69
1969	243,37	11,08	7,84	220,61	2,00	+ 1,84
1970	277,66	12,32	8,63	245,63	2,47	+ 8,61
1971	319,76	14,79	9,15	279,75	2,72	+ 13,35
1972	356,18	17,39	8,56	311,45	4,04	+ 14,74
1973	419,31	20,68	10,67	368,09	4,31	+ 15,56
1974	462,31	23,68	10,62	399,21	4,96	+ 23,84
1975	519,70	27,12	9,60	412,19	6,03	+ 64,76
1976	559,94	30,90	10,15	464,55	7,55	+ 46,79
1977	598,20	32,84	10,27	511,81	6,21	+ 37,07
1978	643,22	35,72	11,85	544,98	5,84	+ 44,83
1979	686,18	38,05	13,69	584,12	6,01	+ 44,31
1980	742,44	41,30	14,34	623,52	7,09	+ 56,19

Jahr	Ausgaben insgesamt ¹⁾	Käufe für		Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen ⁸⁾
		laufende Produktionszwecke ⁵⁾	Investitionszwecke ⁶⁾			laufende Übertragungen ⁷⁾	Vermögensübertragungen	
1960	113,97	23,45	9,86	20,76	2,19	41,04	4,68	+ 11,99
1961	128,44	26,08	11,56	23,78	2,21	45,14	7,05	+ 12,62
1962	140,93	31,34	14,44	25,97	2,41	49,35	8,99	+ 8,43
1963	152,72	35,41	17,24	28,81	2,66	52,70	6,35	+ 9,55
1964	165,92	36,10	21,08	31,43	2,91	58,02	7,36	+ 9,02
1965	179,82	39,90	21,11	35,79	3,24	66,39	7,86	+ 5,53
1966	192,75	42,29	21,51	39,95	4,13	71,03	7,38	+ 6,46
1967	205,15	45,05	19,19	42,37	5,20	77,91	7,88	+ 7,55
1968	218,72	45,77	21,12	45,19	5,40	85,08	7,98	+ 8,18
1969	243,37	50,96	24,33	51,20	5,86	91,78	10,64	+ 8,60
1970	277,66	56,66	31,24	60,14	6,60	99,79	12,43	+ 10,80
1971	319,76	67,95	34,00	71,89	7,43	110,90	15,39	+ 12,20
1972	356,18	75,80	34,51	80,76	8,48	128,49	17,42	+ 10,72
1973	419,31	87,89	35,97	94,03	10,22	145,75	18,96	+ 26,49
1974	462,31	102,83	41,13	109,16	12,20	164,44	22,27	+ 10,28
1975	519,70	118,24	40,82	118,53	14,23	200,07	22,84	+ 4,97
1976	559,94	126,64	40,56	124,98	17,50	215,33	28,29	+ 6,64
1977	598,20	131,86	40,04	133,38	20,47	234,23	30,37	+ 7,85
1978	643,22	143,12	44,57	141,84	21,52	252,20	29,60	+ 10,37
1979	686,18	155,80	51,55	151,93	24,21	267,56	31,77	+ 3,36
1980	742,44	171,15	58,83	164,13	28,73	280,64	34,20	+ 4,76

Fußnoten siehe Seite 278 und 279.

noch Tabelle 31*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft¹⁾ und zur übrigen Welt

Gebietskörperschaften

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt ¹⁾	Verkäufe von Verwaltungsleistungen ²⁾	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten ⁴⁾
				laufende Übertragungen ³⁾	Vermögensübertragungen	
1960	85,14	4,71	2,89	73,18	1,39	+ 2,97
1961	98,55	5,13	3,16	83,82	1,09	+ 5,35
1962	105,91	5,72	3,23	91,97	1,31	+ 3,68
1963	115,01	6,21	3,29	97,71	1,23	+ 6,57
1964	125,87	6,95	3,40	106,87	1,60	+ 7,05
1965	135,97	7,71	3,48	113,36	1,70	+ 9,72
1966	143,78	8,64	3,65	120,97	1,64	+ 8,88
1967	154,88	9,36	3,80	123,89	1,74	+ 16,09
1968	161,24	10,14	4,51	132,50	1,85	+ 12,24
1969	177,51	11,03	5,10	157,92	2,00	+ 1,46
1970	200,75	12,27	5,46	171,29	2,47	+ 9,26
1971	233,27	14,76	5,60	194,73	2,72	+ 15,46
1972	255,65	17,34	4,60	213,82	3,08	+ 16,81
1973	301,13	20,61	4,90	252,30	3,30	+ 20,02
1974	329,35	23,66	5,25	271,21	3,78	+ 25,45
1975	375,36	27,10	4,46	272,62	4,09	+ 67,09
1976	389,44	30,88	5,38	306,30	4,99	+ 41,89
1977	420,14	32,83	5,79	341,87	4,65	+ 35,00
1978	454,30	35,70	7,90	363,25	4,70	+ 42,75
1979 } ³⁾	485,51	38,05	9,75	388,50	4,98	+ 44,23
1980 } ³⁾	525,14	41,29	10,27	412,43	5,54	+ 55,61

Jahr	Ausgaben insgesamt ¹⁾	Käufe für		Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen ⁴⁾
		laufende Produktionszwecke ³⁾	Investitionszwecke ⁶⁾			laufende Übertragungen ⁷⁾	Vermögensübertragungen	
1960	79,14	16,22	9,67	19,50	2,19	17,39	4,67	+ 9,50
1961	89,84	18,03	11,45	22,38	2,21	18,98	7,01	+ 9,78
1962	98,68	22,31	14,26	24,46	2,41	20,63	8,95	+ 5,66
1963	107,27	25,48	17,06	27,17	2,66	21,59	6,33	+ 6,98
1964	117,28	25,19	20,92	29,66	2,91	24,95	7,32	+ 6,33
1965	126,84	27,21	20,95	33,83	3,24	30,50	7,81	+ 3,30
1966	133,69	27,26	21,30	37,80	4,13	31,30	7,32	+ 4,58
1967	143,84	28,80	18,95	40,11	5,20	32,89	7,81	+ 10,08
1968	150,03	27,80	20,94	42,83	5,40	37,04	7,92	+ 8,10
1969	165,96	30,84	24,14	48,57	5,86	39,31	10,59	+ 6,65
1970	188,96	33,59	31,07	57,04	6,60	44,03	12,39	+ 4,24
1971	220,55	39,48	33,75	68,29	7,43	49,41	15,34	+ 6,85
1972	240,00	42,30	34,23	76,65	8,48	57,91	17,35	+ 3,08
1973	283,28	47,72	35,58	89,14	10,22	65,30	18,83	+ 16,49
1974	309,09	53,91	40,49	103,28	12,20	70,18	22,07	+ 6,96
1975	348,01	60,77	40,17	112,02	14,23	88,17	22,62	+ 10,03
1976	361,13	64,49	40,01	118,15	17,50	92,73	27,60	+ 0,65
1977	392,37	66,69	39,44	126,22	20,47	100,59	29,45	+ 9,51
1978	422,82	73,21	44,07	134,31	21,52	110,61	28,47	+ 10,63
1979 } ³⁾	452,05	80,42	51,03	143,84	24,21	118,54	30,59	+ 3,42
1980 } ³⁾	486,94	88,66	58,34	155,62	28,73	121,98	33,08	+ 0,53

¹⁾ Ohne Einnahmen von bzw. Ausgaben an andere Körperschaften des Staatssektors, jedoch einschließlich der Verkäufe bzw. Käufe von Gesundheitsleistungen an die bzw. von der Sozialversicherung sowie der vom Staat gezahlten indirekten Steuern.

²⁾ Einschließlich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land.

³⁾ Steuern, Sozialbeiträge, Schadenversicherungsleistungen, Strafen, Verwaltungsgebühren der privaten Haushalte, Erstattungen von Sozialleistungen, Beiträge des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds und ähnliches.

⁴⁾ Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank; einschließlich statistischer Differenz. Ohne Kreditaufnahme von anderen Körperschaften des Staatssektors; Tilgungsausgaben sind abgezogen.

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft¹⁾ und zur übrigen Welt

Sozialversicherung

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt ²⁾	Verkäufe von Verwaltungsleistungen ²⁾	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten ⁴⁾
				laufende Übertragungen ³⁾	Vermögensübertragungen	
1960	28,83	0,01	1,31	27,97	—	— 0,46
1961	29,89	0,01	1,48	30,67	—	— 2,27
1962	35,02	0,02	1,53	33,99	—	— 0,52
1963	37,71	0,02	1,90	36,52	—	— 0,73
1964	40,05	0,02	2,07	39,12	—	— 1,16
1965	43,85	0,02	2,27	43,17	—	— 1,61
1966	48,97	0,01	2,69	47,87	—	— 1,60
1967	50,27	0,00	2,89	48,99	—	— 1,61
1968	57,48	0,00	2,85	54,18	—	+ 0,45
1969	65,86	0,05	2,74	62,69	—	+ 0,38
1970	76,91	0,05	3,17	74,34	—	— 0,65
1971	86,49	0,03	3,55	85,02	—	— 2,11
1972	100,53	0,05	3,96	97,63	0,96	— 2,07
1973	118,18	0,07	5,77	115,79	1,01	— 4,46
1974	132,95	0,02	5,37	128,00	1,18	— 1,62
1975	144,33	0,02	5,14	139,57	1,94	— 2,34
1976	170,50	0,02	4,77	158,25	2,56	+ 4,90
1977	178,06	0,01	4,48	169,94	1,56	+ 2,07
1978	188,91	0,02	3,95	181,73	1,14	+ 2,07
1979 } ⁵⁾	200,68	0,00	3,94	195,62	1,03	+ 0,09
1980 } ⁵⁾	217,31	0,01	4,07	211,09	1,55	+ 0,59

Jahr	Ausgaben insgesamt ¹⁾	Käufe für		Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen ⁶⁾
		laufende Produktionszwecke ²⁾	Investitionszwecke ²⁾			laufende Übertragungen ³⁾	Vermögensübertragungen	
1960	34,83	7,23	0,19	1,26	—	23,65	0,01	+ 2,49
1961	38,60	8,05	0,11	1,40	—	26,16	0,04	+ 2,84
1962	42,25	9,03	0,18	1,51	—	28,72	0,04	+ 2,77
1963	45,45	9,93	0,18	1,64	—	31,11	0,02	+ 2,57
1964	48,64	10,91	0,16	1,77	—	33,07	0,04	+ 2,69
1965	52,98	12,69	0,16	1,96	—	35,89	0,05	+ 2,23
1966	59,06	15,03	0,21	2,15	—	39,73	0,06	+ 1,88
1967	61,31	16,25	0,24	2,26	—	45,02	0,07	— 2,53
1968	68,69	17,97	0,18	2,36	—	48,04	0,06	+ 0,08
1969	77,41	20,12	0,19	2,63	—	52,47	0,05	+ 1,95
1970	88,70	23,07	0,17	3,10	—	55,76	0,04	+ 6,56
1971	99,21	28,47	0,25	3,60	—	61,49	0,05	+ 5,35
1972	116,18	33,50	0,28	4,11	—	70,58	0,07	+ 7,64
1973	136,03	40,17	0,39	4,89	—	80,45	0,13	+ 10,00
1974	153,21	48,92	0,64	5,88	—	94,26	0,20	+ 3,31
1975	171,68	57,47	0,65	6,51	—	111,90	0,22	— 5,07
1976	198,81	62,15	0,55	6,83	—	122,60	0,69	+ 5,99
1977	205,83	65,17	0,60	7,16	—	133,64	0,92	— 1,66
1978	220,39	69,91	0,50	7,53	—	141,59	1,13	— 0,27
1979 } ⁵⁾	234,14	75,38	0,52	8,09	—	149,02	1,18	— 0,05
1980 } ⁵⁾	255,51	82,49	0,49	8,51	—	158,66	1,12	+ 4,24

¹⁾ Einschließlich Käufe für Investitionen in eigener Regie, Vorratsveränderung sowie der vom Staat gezahlten indirekten Steuern.

²⁾ Einschließlich Käufe von gebrauchten Anlagen und Land; ohne selbsterstellte Anlagen.

³⁾ Subventionen, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, Zuschüsse an die Bundesbahn u. ä. zur Deckung außergewöhnlicher Pensionslasten, Beiträge an die Europäischen Gemeinschaften und andere internationale Organisationen, Zahlungen an die Stationierungstreitkräfte, unentgeltliche Ausfuhren im Rahmen der Entwicklungshilfe, vertragliche Zahlungen an die DDR und anderes mehr.

⁴⁾ Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank.

⁵⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 32*

Einnahmen und Aus

Zeitraum	Einnahmen				Aus				
	insgesamt	Steuern	Sozialbeiträge	sonstige Einnahmen ²⁾	insgesamt	Staatsverbrauch ³⁾	Einkommensübertragungen		
							zusammen	davon	
								private Haushalte ⁴⁾	Unternehmen und übrige Welt
	Mrd								
1960	107,86	69,70	30,37	7,79	98,38	40,75	41,04	35,76	5,28
1961	121,46	79,91	33,42	8,13	111,92	46,08	45,14	38,93	6,21
1962	133,43	87,84	36,92	8,67	128,16	53,13	49,35	42,70	6,65
1963	142,22	93,23	39,72	9,27	138,51	59,69	52,70	45,31	7,39
1964	154,80	101,91	42,58	10,31	151,67	62,50	58,02	50,04	7,98
1965	165,92	107,79	47,12	11,01	168,50	70,15	66,39	56,13	10,26
1966	178,97	114,84	52,23	11,90	179,79	76,05	71,03	61,18	9,85
1967	183,58	117,32	53,63	12,63	190,51	80,65	77,91	67,59	10,32
1968	198,37	124,42	59,31	14,64	202,88	83,67	85,08	70,96	14,12
1969	233,20	148,41	68,70	16,09	226,44	94,29	91,78	76,58	15,20
1970	259,98	160,02	81,53	18,43	257,79	108,11	99,79	82,78	17,01
1971	295,36	181,33	93,54	20,49	296,51	129,24	110,90	92,68	18,22
1972	328,20	198,63	107,04	22,53	332,22	144,03	128,49	105,58	22,91
1973	387,71	234,21	126,97	26,53	376,78	166,70	145,75	118,05	27,70
1974	420,02	250,59	140,89	28,54	433,58	194,02	164,44	136,18	28,26
1975	433,56	250,52	153,60	29,44	493,35	215,29	200,07	169,02	31,05
1976	488,49	282,00	172,97	33,52	528,64	227,19	215,33	181,24	34,09
1977	535,09	313,70	185,62	35,77	564,31	239,38	234,23	194,50	39,73
1978	570,13	331,34	198,60	40,19	604,59	257,13	252,20	206,33	45,87
1979 } ¹⁰⁾	612,09	355,28	213,53	43,28	653,04	278,58	267,56	218,72	48,84
1980 } ¹⁰⁾	654,29	377,68	230,56	46,05	705,72	303,52	280,64	232,24	48,40
1975 1. Hj.	202,73	114,33	74,18	14,22	229,95	98,47	96,79	81,66	15,13
2. Hj.	230,83	136,19	79,42	15,22	263,40	116,82	103,28	87,36	15,92
1976 1. Hj.	228,74	128,92	83,25	16,57	250,06	105,24	105,41	88,69	16,72
2. Hj.	259,75	153,08	89,72	16,95	278,58	121,95	109,92	92,55	17,37
1977 1. Hj.	254,45	146,57	90,25	17,63	266,81	110,06	114,59	94,97	19,62
2. Hj.	280,64	167,13	95,37	18,14	297,50	129,32	119,64	99,53	20,11
1978 1. Hj.	270,89	155,65	96,67	18,57	285,33	117,23	124,85	103,23	21,62
2. Hj.	299,24	175,69	101,93	21,62	319,26	139,90	127,35	103,10	24,25
1979 1. Hj.	289,41	164,78	104,27	20,36	306,29	128,10	132,52	108,89	23,63
2. Hj.	322,68	190,50	109,26	22,92	346,75	150,48	135,04	109,83	25,21
1980 1. Hj. } ¹⁰⁾	313,58	178,61	113,16	21,81	335,07	139,82	139,89	115,70	24,19
2. Hj. }	340,71	199,07	117,40	24,24	370,65	163,70	140,75	116,54	24,21
1981 1. Hj. }	328,36	181,01	122,66	24,69	358,40	151,39	148,89	124,25	24,64

¹⁾ Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

²⁾ Empfangene Vermögenseinkommen, empfangene Vermögensübertragungen, Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.

³⁾ Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, unter anderem auch Sachleistungen der Sozialversicherung (insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung) und der Gebietskörperschaften im Rahmen der Sozialhilfe und Jugendhilfe.

gaben des Staates¹⁾

gaben			Finanzierungs-saldo ⁴⁾	Nachrichtlich				Zeitraum
Zinsen ⁵⁾	Brutto-investitionen	Ver-mögens-über-tragungen		Brutto-sozial-produkt in jeweiligen Preisen	Produktions-potential in jeweiligen Preisen ⁷⁾	Staats-quote ⁸⁾	Abgaben-quote ⁹⁾	
DM						vH		
2,19	9,72	4,68	+ 9,48	303,00	304,90	32,3	33,0	1960
2,21	11,44	7,05	+ 9,54	331,40	336,30	33,3	34,2	1961
2,41	14,28	8,99	+ 5,27	360,50	370,20	34,6	34,6	1962
2,66	17,11	6,35	+ 3,71	382,10	399,70	34,7	34,8	1963
2,91	20,88	7,36	+ 3,13	419,60	432,10	35,1	34,4	1964
3,24	20,86	7,86	- 2,58	458,20	469,60	35,9	33,8	1965
4,13	21,20	7,38	- 0,82	487,40	509,00	35,3	34,3	1966
5,20	18,87	7,88	- 6,93	493,70	535,10	35,6	34,6	1967
5,40	20,75	7,98	- 4,51	535,20	562,30	36,1	34,3	1968
5,86	23,87	10,64	+ 6,76	597,70	604,30	37,5	36,3	1969
6,60	30,86	12,43	+ 2,19	679,00	678,80	38,0	35,6	1970
7,43	33,55	15,39	- 1,15	756,00	765,20	38,7	36,4	1971
8,48	33,80	17,42	- 4,02	827,20	847,00	39,2	37,0	1972
10,22	35,15	18,96	+ 10,93	920,10	937,70	40,2	39,3	1973
12,20	40,65	22,27	- 13,56	986,90	1 036,80	41,8	39,7	1974
14,23	40,92	22,84	- 59,79	1 034,90	1 138,80	43,3	39,0	1975
17,50	40,33	28,29	- 40,15	1 125,00	1 204,50	43,9	40,4	1976
20,47	39,86	30,37	- 29,22	1 200,60	1 276,60	44,2	41,6	1977
21,52	44,14	29,60	- 34,46	1 290,70	1 352,50	44,7	41,1	1978
24,21	50,92	31,77	- 40,95	1 398,20	1 431,70	45,6	40,7	1979
28,73	58,63	34,20	- 51,43	1 491,90	1 535,10	46,0	40,8	1980 } ¹⁰⁾
6,95	18,35	9,39	- 27,22	489,50	X			1975 1. Hj.
7,28	22,57	13,45	- 32,57	545,40				2. Hj.
8,44	17,77	13,20	- 21,32	533,30				1976 1. Hj.
9,06	22,56	15,09	- 18,83	591,70				2. Hj.
10,62	17,46	14,08	- 12,36	568,40				1977 1. Hj.
9,85	22,40	16,29	- 16,86	632,20				2. Hj.
11,38	19,11	12,76	- 14,44	607,20				1978 1. Hj.
10,14	25,03	16,84	- 20,02	683,50				2. Hj.
12,55	21,04	12,08	- 16,88	658,50				1979 1. Hj.
11,66	29,88	19,69	- 24,07	739,70				2. Hj.
14,58	26,09	14,69	- 21,49	711,70				1980 1. Hj.
14,15	32,54	19,51	- 29,94	780,20				2. Hj. } ¹⁰⁾
19,27	25,43	13,42	- 30,04	732,90				1981 1. Hj.

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

2) Zinsen auf öffentliche Schulden.

3) Überschuß: +, Defizit: -.

4) Produktionspotential in Preisen von 1970, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.

5) Ausgaben des Staates in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

6) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.

7) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 33*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland ⁴⁾	Finanzielle Sektoren zusammen ⁵⁾	Sektoren insgesamt ¹⁾
	private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften ²⁾	Sozialversicherung ³⁾	zusammen ¹⁾			
		einschl. ¹⁾ Wohnungswirtschaft	ohne Wohnungswirtschaft	Wohnungswirtschaft						
I. Ersparnis und Vermögensübertragungen										
1965	34,19	27,39	18,01	9,38	12,36	3,93	77,87	6,61	2,31	86,79
1966	33,72	26,94	15,54	11,40	14,58	3,62	78,86	- 0,49	2,73	81,10
1967	31,76	28,88	15,58	13,30	10,40	- 0,74	70,30	-10,25	2,50	62,56
1968	37,95	34,77	20,71	14,06	14,03	- 0,27	86,48	-11,67	2,83	77,64
1969	44,76	28,38	18,73	9,65	26,19	1,68	101,01	- 7,89	3,75	96,87
1970	53,91	34,92	24,15	10,77	22,52	7,28	118,63	- 3,19	5,30	120,74
1971	59,68	32,66	16,88	15,78	21,15	7,60	121,09	- 2,32	6,18	124,95
1972	70,10	31,33	16,40	14,93	15,43	9,87	126,73	- 2,98	6,86	130,61
1973	72,63	26,73	15,18	11,55	26,29	14,72	140,37	-11,50	8,03	136,90
1974	84,93	22,07	5,59	16,48	16,36	5,43	128,79	-25,30	11,14	114,63
1975	96,35	21,84	9,38	12,46	-22,36	- 2,22	93,61	-9,04	11,64	96,21
1976	87,43	35,36	22,60	12,76	- 8,05	1,49	116,23	- 8,20	12,07	120,10
1977	85,00	36,61	28,29	8,32	7,01	- 3,30	125,32	- 9,20	11,79	127,91
1978	88,42	50,34	50,28	0,06	5,11	- 2,04	141,83	-17,61	13,42	137,64
1979	100,99	50,18	52,25	- 2,07	3,81	- 0,97	154,00	10,12	17,53	181,65
1980	109,23	37,69	33,27	4,42	- 3,33	2,90	146,49	29,86	17,69	194,04
1981 1. Hj.	59,33	9,10	9,49	- 0,39	-13,41	0,99	56,01	15,74	4,38	76,13
II. Nettoinvestitionen (Sachvermögensbildung)										
1965	—	66,56	39,89	26,67	18,68	0,24	85,48	—	1,31	86,79
1966	—	60,50	32,16	28,34	18,73	0,32	79,55	—	1,55	81,10
1967	—	44,43	17,10	27,33	16,28	0,32	61,03	—	1,52	62,56
1968	—	57,67	30,10	27,57	18,03	0,24	75,94	—	1,70	77,64
1969	—	73,61	45,84	27,77	20,86	0,26	94,73	—	2,13	96,87
1970	—	90,84	59,28	31,56	27,29	0,32	118,45	—	2,29	120,74
1971	—	92,55	52,95	39,60	29,51	0,30	122,36	—	2,59	124,95
1972	—	97,91	48,35	49,56	29,30	0,35	127,56	—	3,05	130,61
1973	—	102,94	49,92	53,02	29,85	0,66	133,45	—	3,45	136,90
1974	—	75,58	33,01	42,57	34,80	0,62	111,00	—	3,64	114,63
1975	—	57,46	21,58	35,88	34,57	0,61	92,64	—	3,57	96,21
1976	—	82,53	42,48	40,05	33,59	0,50	116,62	—	3,48	120,10
1977	—	91,66	48,68	42,98	32,57	0,49	124,71	—	3,20	127,91
1978	—	98,69	52,39	46,30	36,29	0,39	135,37	—	2,27	137,64
1979	—	136,96	81,28	55,68	42,43	0,22	179,61	—	2,04	181,65
1980	—	141,69	78,31	63,38	49,06	0,23	190,98	—	3,06	194,04
1981 1. Hj.	—	54,58	28,15	26,43	20,17	0,21	74,96	—	1,17	76,13
III. Geldvermögensbildung										
1965	36,04	11,52	12,02	- 0,04	3,30	3,72	53,09	10,32	47,88	111,29
1966	34,34	8,51	8,75	0,33	4,58	3,33	49,31	7,76	46,26	103,32
1967	33,49	18,42	18,65	0,28	10,08	- 0,92	59,46	4,63	60,05	124,14
1968	41,24	18,16	17,82	0,62	8,10	- 0,61	67,58	12,89	78,54	159,01
1969	49,79	19,38	20,06	- 0,32	6,64	1,35	77,77	12,19	81,48	171,43
1970	58,16	23,31	24,11	- 0,56	4,32	6,94	92,35	33,14	102,16	227,65
1971	66,74	29,39	29,63	0,11	7,24	7,38	108,71	20,64	113,14	242,49
1972	80,17	34,63	34,54	0,64	3,04	9,60	125,48	18,75	137,12	281,35
1973	77,72	23,82	23,58	0,75	16,80	13,93	128,33	26,11	131,35	285,79
1974	85,29	31,70	32,46	- 0,36	7,00	4,83	127,30	16,83	115,28	259,41
1975	103,81	29,48	29,82	- 0,14	12,48	- 0,32	138,25	29,20	166,59	334,05
1976	101,59	43,53	43,05	0,55	0,56	0,95	151,67	36,92	157,86	346,45
1977	99,53	41,65	40,50	1,00	10,11	- 3,76	149,63	29,21	167,11	345,95
1978	105,98	52,88	51,11	1,50	11,61	- 2,37	170,29	40,07	225,03	435,39
1979	120,55	42,99	41,02	1,62	3,50	- 1,24	166,92	37,74	186,10	390,77
1980	121,07	41,65	39,29	2,00	2,23	2,76	168,70	60,44	188,96	418,10
1981 1. Hj.	61,97	28,75	27,58	1,00	- 2,18	0,80	88,80	44,56	88,70	222,06

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren						Ausland ⁴⁾	Finanzielle Sektoren zusammen ⁵⁾	Sektoren insgesamt ¹⁾	
	private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften ²⁾	Sozialversicherung ³⁾				zusammen ¹⁾
		einschl. ¹⁾	ohne	Wohnungswirtschaft						
IV. Kreditaufnahme und Aktienemission										
1965	1,85	50,69	33,90	17,25	9,62	0,03	60,70	3,71	46,88	111,29
1966	0,62	42,06	25,36	17,27	8,73	0,03	49,99	8,25	45,08	103,32
1967	1,73	33,97	20,17	14,31	15,96	0,14	50,19	14,88	59,07	124,14
1968	3,29	41,06	27,22	14,13	12,10	- 0,10	57,04	24,56	77,41	159,01
1969	5,03	64,61	47,18	17,80	1,31	- 0,07	71,49	20,08	79,86	171,43
1970	4,25	79,23	59,24	20,23	9,09	- 0,02	92,17	36,33	99,15	227,65
1971	7,06	89,27	65,69	23,93	15,60	0,08	109,98	22,96	109,56	242,49
1972	10,07	101,21	66,49	35,27	16,91	0,08	126,31	21,73	133,31	281,35
1973	5,09	100,03	58,32	42,22	20,36	- 0,13	121,41	37,61	126,77	285,79
1974	0,36	85,20	59,87	25,73	25,44	0,02	109,51	42,13	107,77	259,41
1975	7,46	65,10	42,01	23,28	69,41	2,51	137,28	38,24	158,52	334,05
1976	14,16	90,71	62,94	27,84	42,20	- 0,04	152,07	45,12	149,26	346,45
1977	14,53	96,69	60,88	35,66	35,67	0,03	149,03	38,41	158,52	345,95
1978	17,56	101,22	53,21	47,74	42,79	0,06	163,82	57,68	213,89	435,39
1979	19,56	129,78	70,06	59,37	42,12	- 0,05	192,53	27,62	170,62	390,77
1980	11,84	145,65	84,33	60,96	54,62	0,09	213,19	30,58	174,33	418,10
1981 1. Hj. } ⁶⁾	2,64	74,23	46,23	27,82	31,40	0,02	107,74	28,82	85,50	222,06
V. Finanzierungssaldo ⁷⁾ (= I ./ II oder III ./ IV)										
1965	34,19	- 39,17	- 21,88	- 17,29	- 6,32	3,69	- 7,61	6,61	1,00	—
1966	33,72	- 33,55	- 16,61	- 16,94	- 4,15	3,30	- 0,68	- 0,49	1,17	—
1967	31,76	- 15,55	- 1,52	- 14,03	- 5,88	- 1,06	9,27	- 10,25	0,98	—
1968	37,95	- 22,90	- 9,39	- 13,51	- 4,00	- 0,51	10,54	- 11,67	1,13	—
1969	44,76	- 45,24	- 27,12	- 18,12	5,33	1,42	6,27	- 7,89	1,62	—
1970	53,91	- 55,92	- 35,13	- 20,79	- 4,77	6,96	0,18	- 3,19	3,01	—
1971	59,68	- 59,88	- 36,06	- 23,82	- 8,36	7,30	- 1,26	- 2,32	3,58	—
1972	70,10	- 66,58	- 31,95	- 34,63	- 13,87	9,52	- 0,83	- 2,98	3,81	—
1973	72,63	- 76,21	- 34,74	- 41,47	- 3,56	14,06	6,92	- 11,50	4,58	—
1974	84,93	- 53,51	- 27,42	- 26,09	- 18,44	4,81	17,79	- 25,30	7,51	—
1975	96,35	- 35,62	- 12,20	- 23,42	- 56,93	- 2,83	0,97	- 9,04	8,07	—
1976	87,43	- 47,18	- 19,89	- 27,29	- 41,64	0,99	- 0,40	- 8,20	8,60	—
1977	85,00	- 55,04	- 20,38	- 34,66	- 25,56	- 3,79	0,61	- 9,20	8,59	—
1978	88,42	- 48,34	- 2,10	- 46,24	- 31,18	- 2,43	6,47	- 17,61	11,14	—
1979	100,99	- 86,79	- 29,04	- 57,75	- 38,62	- 1,19	- 25,61	10,12	15,49	—
1980	109,23	- 104,00	- 45,04	- 58,96	- 52,39	2,67	- 44,49	29,86	14,63	—
1981 1. Hj. } ⁶⁾	59,33	- 45,47	- 18,65	- 26,82	- 33,58	0,78	- 18,94	15,74	3,20	—

1) Bei der Summenbildung wurden intersektorale Ströme nicht mitaddiert.

2) Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.

3) Einschließlich Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen.

4) Einschließlich DDR.

5) Banken, Bausparkassen, Versicherungen (einschließlich Pensionskassen).

6) Vorläufige Ergebnisse.

7) Finanzierungsüberschuss bzw. -defizit (-) oder Nettoveränderungen der Forderungen bzw. Verpflichtungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 34*

Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte

Mrd DM

Zeitraum	Einnahmen			Ausgaben				Finanzierungs-saldo	Kredite (netto)	
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter					
		Steuern	Zuweisungen		Personal-ausgaben	laufende Zu-schüsse	Zins-ausgaben			Sach-investitionen
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹⁾										
1962	104,83	86,66	.	106,48	27,38	23,23	2,96	16,55	- 1,80	2,16
1963	110,88	91,63	.	116,34	30,36	24,35	2,75	19,09	- 5,29	5,42
1964	121,45	100,05	.	127,15	33,13	27,86	3,05	22,44	- 5,56	5,40
1965	129,87	106,16	.	139,30	37,38	33,29	3,49	23,47	- 9,36	6,92
1966	137,43	112,71	.	145,02	41,58	35,33	4,37	23,36	- 7,66	5,82
1967	141,68	114,98	.	153,79	44,12	36,87	5,38	22,78	- 12,11	12,96
1968	151,29	122,01	.	158,83	46,87	40,95	5,65	23,04	- 7,38	10,71
1969	176,93	145,59	.	174,55	52,85	43,15	6,24	26,39	+ 2,45	2,46
1970	188,29	154,04	.	196,32	61,42	46,87	6,79	32,24	- 8,09	6,49
1971	211,18	172,26	.	226,48	73,36	53,01	7,67	37,57	- 15,62	13,93
1972	239,22	196,98	.	252,12	81,87	60,85	8,77	39,13	- 13,09	15,38
1973	271,47	224,83	.	280,49	93,90	67,12	10,51	41,35	- 8,82	11,40
1974	290,88	239,59	.	318,26	108,71	75,98	12,44	46,13	- 27,26	22,46
1975	296,65	242,08	.	360,51	118,11	98,99	14,51	46,03	- 63,84	53,63
1976	328,70	267,51	.	376,76	124,24	104,96	17,81	43,63	- 48,03	46,75
1977	364,00	299,05	.	395,17	132,07	109,60	20,65	43,21	- 31,18	31,69
1978	392,33	318,96	.	431,83	140,12	121,47	21,84	47,56	- 39,45	40,65
1979 ⁴⁾	421,37	342,86	.	467,04	149,61	128,55	24,69	53,54	- 45,88	43,44
1980 ⁵⁾	449,48	365,09	.	505,93	161,14	138,15	29,11	60,76	- 56,40	53,84
Bund										
1962	49,41	45,54	1,00	49,87	6,55	14,44	0,91	2,95	- 0,61	0,30
1963	52,37	49,42	0,07	54,77	7,43	14,87	0,99	3,43	- 2,22	1,97
1964	57,79	54,55	0,15	58,15	8,18	17,97	1,12	3,68	- 0,26	0,58
1965	63,13	59,03	0,16	64,19	9,11	22,42	1,17	3,77	- 1,00	0,11
1966	65,76	62,25	0,16	66,88	10,24	23,92	1,53	3,88	- 1,19	0,22
1967	67,04	63,12	0,17	74,64	10,90	25,26	2,01	4,67	- 7,61	6,64
1968	70,70	66,18	0,16	75,77	11,42	28,10	1,92	4,15	- 4,92	5,76
1969	83,37	78,59	0,09	82,26	12,83	30,40	2,19	5,01	+ 1,18	0,00
1970	88,40	83,71	0,10	87,99	14,55	32,59	2,46	5,64	+ 0,35	1,11
1971	97,40	92,23	0,11	98,48	17,02	35,17	2,60	6,41	- 1,40	1,44
1972	106,34	101,71	0,13	111,10	18,96	39,67	2,80	6,63	- 4,79	3,98
1973	119,79	114,96	0,15	122,56	21,27	43,16	3,33	6,49	- 2,59	2,68
1974	123,57	118,66	0,16	134,04	24,03	47,28	4,23	7,10	- 10,35	9,48
1975	123,79	119,21	0,19	158,80	25,45	62,11	5,21	7,81	- 34,99	29,93
1976	136,63	130,90	0,21	165,20	26,25	65,72	6,88	7,01	- 28,54	25,78
1977	149,76	144,00	0,24	172,39	27,47	66,53	8,54	7,21	- 22,64	21,82
1978	163,15	154,09	0,26	189,66	28,77	75,13	9,56	7,66	- 26,46	26,09
1979	177,52	166,14	0,27	203,41	30,17	78,40	11,26	7,98	- 26,10	25,66
1980	188,09	176,18	0,61	215,72	32,14	83,29	13,97	8,21	- 27,61	27,12

¹⁾ Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände.

²⁾ Einschließlich Sonderrechnungen und Krankenhäuser.

³⁾ Einschließlich Krankenhäuser.

noch Tabelle 34*

Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte

Mrd DM

Zeitraum	Einnahmen			Ausgaben				Finanzierungs-saldo	Kredite (netto)	
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter					
		Steuern	Zuweisungen		Personal-ausgaben	laufende Zu-schüsse	Zins-ausgaben			Sach-investitionen
	Länder ²⁾									
1962	43,67	28,89	6,54	43,51	14,03	5,06	0,66	3,09	+ 0,16	- 0,44
1963	45,13	29,77	6,93	45,96	15,43	5,27	0,64	3,57	- 0,83	- 0,05
1964	48,48	32,20	6,94	50,18	16,77	5,15	0,64	4,28	- 1,70	1,27
1965	50,48	33,66	7,02	54,55	19,02	5,45	0,77	4,68	- 4,07	2,67
1966	54,12	36,26	7,56	57,88	21,02	5,46	0,96	4,66	- 3,75	2,62
1967	56,70	37,60	7,59	60,15	22,32	5,62	1,25	4,52	- 3,44	3,89
1968	62,25	40,92	9,02	63,38	23,86	6,82	1,48	4,53	- 1,14	2,27
1969	69,45	48,35	8,37	67,78	26,88	6,41	1,61	4,94	+ 1,68	- 0,34
1970	74,59	52,16	8,28	77,65	31,65	7,28	1,68	6,40	- 3,06	2,16
1971	84,00	58,56	9,66	89,53	38,08	8,26	2,00	6,96	- 5,54	4,88
1972	98,95	69,23	11,53	100,38	42,38	9,31	2,32	6,73	- 1,44	3,55
1973	113,87	79,22	13,18	115,85	48,94	10,76	2,70	7,37	- 1,98	2,58
1974	124,95	87,35	13,89	134,05	56,82	12,91	3,15	8,66	- 9,10	7,74
1975	126,40	85,57	15,31	146,28	62,30	16,09	3,88	8,59	- 19,88	17,00
1976	138,88	94,95	16,23	154,39	66,17	16,39	5,22	8,12	- 15,51	15,87
1977	153,49	107,76	17,69	161,60	70,84	17,30	6,38	8,38	- 8,10	8,44
1978	164,12	115,55	18,58	176,52	75,39	19,22	6,88	8,75	- 12,40	12,52
1979 ⁴⁾	177,19	125,10	20,40	191,77	80,77	20,18	7,93	9,57	- 14,58	13,34
1980 ⁵⁾	185,86	130,75	21,49	208,19	87,22	22,46	8,95	10,82	- 22,31	21,16
	Gemeinden und Gemeindeverbände ³⁾									
1962	26,93	10,12	5,97	28,04	6,80	2,15	0,79	10,51	- 1,11	2,20
1963	29,33	10,61	6,54	31,48	7,50	2,65	0,90	12,09	- 2,16	2,75
1964	32,28	11,34	7,10	35,81	8,19	3,04	1,07	14,47	- 3,53	3,50
1965	34,70	11,81	7,73	39,02	9,25	3,60	1,30	15,02	- 4,33	4,34
1966	37,66	12,66	8,45	41,03	10,32	4,17	1,59	14,81	- 3,36	3,32
1967	39,49	12,70	8,66	41,02	10,91	4,33	1,81	13,59	- 1,53	2,50
1968	41,48	13,32	8,89	43,19	11,59	4,35	1,92	14,36	- 1,71	2,40
1969	48,17	17,16	9,55	48,42	13,13	4,73	2,08	16,44	- 0,25	2,71
1970	50,83	16,60	10,51	56,49	15,22	5,38	2,40	20,20	- 5,66	3,45
1971	58,47	19,18	11,80	67,42	18,26	6,50	2,81	24,20	- 8,95	7,73
1972	67,82	23,13	13,71	74,72	20,53	8,10	3,39	25,77	- 6,90	7,99
1973	79,13	27,28	15,96	84,08	23,69	8,98	4,21	27,50	- 4,94	6,96
1974	87,55	29,54	17,14	95,85	27,86	11,09	4,85	30,37	- 8,29	5,67
1975	92,03	30,22	18,00	101,23	30,36	12,86	5,25	29,64	- 9,20	6,76
1976	100,15	33,86	18,29	104,08	31,82	14,04	5,53	28,51	- 3,93	5,03
1977	106,30	38,06	20,47	107,65	33,77	15,08	5,58	27,62	- 1,35	2,57
1978	115,17	39,68	23,25	116,62	35,96	15,58	5,28	31,16	- 1,45	2,98
1979 ⁴⁾	123,26	41,25	25,30	127,88	38,68	17,22	5,50	36,00	- 4,62	3,93
1980 ⁵⁾	137,70	47,45	28,13	142,82	41,79	19,32	6,35	41,73	- 5,11	4,42

4) Für die staatlichen Haushalte: Ergebnisse der Staatsfinanzen, für die kommunalen Haushalte: Ergebnisse der Vierteljahresstatistik.

5) Ist-Ergebnisse, für Länder und Gemeinden. Ergebnisse der Vierteljahresstatistik.

Quelle: BMF

Tabelle 35*

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Darunter						
		Lohn-	Veranlagte Einkommen-	Körper- schaft-	Steuern vom Umsatz ¹⁾			Mineral- öl- steuer
					insgesamt	Umsatz- (Mehrwert-)	Einfuhr- umsatz-	
		steuer		steuer				
1950	18 802	1 807	2 087	1 449	4 987			73
1951	25 183	2 797	2 303	2 273	7 148			463
1952	31 215	3 658	3 925	2 780	8 736			590
1953	34 320	3 740	4 870	2 990	9 104			734
1954	35 894	3 875	4 588	3 071	9 766			781
1955	39 736	4 402	4 352	3 111	11 337			1 136
1956	44 530	5 402	4 728	3 637	12 437			1 415
1957	47 935	5 289	5 879	4 506	12 882			1 642
1958	50 188	5 932	5 473	5 190	13 506			1 665
1959	56 644	5 855	7 323	5 118	14 943			2 145
1960	66 627	8 102	8 963	6 510	16 917			2 664
1961	76 705	10 453	10 817	7 473	18 670			3 325
1962	84 480	12 315	12 218	7 790	20 036			3 699
1963	89 735	13 844	13 451	7 688	20 922			4 139
1964	98 061	16 092	14 101	8 018	22 845			6 071
1965	104 460	16 738	14 798	8 170	25 103			7 428
1966	111 154	19 055	16 075	7 687	25 989			8 016
1967	113 350	19 558	15 782	7 061	25 628			9 423
1968	120 378	22 080	16 272	8 553	25 779	18 786	6 994	9 875
1969	146 928	27 057	16 989	10 895	37 141	26 816	10 324	10 601
1970	152 328	35 086	16 001	8 716	38 125	26 791	11 334	11 512
1971	170 811	42 803	18 340	7 167	42 897	30 869	12 028	12 417
1972	195 510	49 770	23 140	8 495	46 981	34 153	12 828	14 227
1973	223 489	61 255	26 452	10 887	49 486	34 922	14 563	16 589
1974	238 179	71 960	26 793	10 403	51 170	32 852	18 317	16 052
1975	241 097	71 191	28 001	10 054	54 082	35 721	18 361	17 121
1976	266 582	80 609	30 860	11 840	58 459	36 559	21 900	18 121
1977	298 287	90 773	35 508	16 830	62 684	39 357	23 327	19 184
1978	318 175	92 013	37 426	19 824	73 266	46 635	26 631	20 462
1979	342 785	97 067	37 551	22 912	84 206	50 996	33 210	21 140
1980	364 935	111 559	36 796	21 322	93 448	52 851	40 597	21 351
1978 1. Vj.	73 026	20 362	9 705	4 888	19 965	13 631	6 334	3 417
2. Vj.	73 106	19 226	8 571	4 254	17 228	10 543	6 685	4 889
3. Vj.	78 253	23 579	9 110	4 818	17 206	10 686	6 520	4 876
4. Vj.	93 781	28 846	10 040	5 864	18 867	11 776	7 091	7 280
1979 1. Vj.	76 139	21 360	9 831	5 623	20 347	13 299	7 048	3 273
2. Vj.	79 476	20 768	8 792	5 415	19 449	11 462	7 987	5 064
3. Vj.	88 022	25 018	9 453	5 531	21 881	13 262	8 619	5 511
4. Vj.	99 118	29 921	9 475	6 344	22 529	12 973	9 556	7 292
1980 1. Vj.	82 080	23 763	9 471	5 627	23 983	14 119	9 864	3 497
2. Vj.	85 609	24 801	8 382	5 425	22 235	11 790	10 445	5 209
3. Vj.	91 195	29 218	9 077	5 123	22 096	12 305	9 791	5 374
4. Vj.	106 117	33 776	9 866	5 147	25 135	14 636	10 498	7 270
1981 1. Vj.	83 432	25 533	9 246	5 081	25 893	15 418	10 475	3 236
2. Vj.	86 528	25 202	7 260	5 064	23 289	12 360	10 929	5 140
3. Vj. ³⁾	...	30 947	7 649	4 619	23 185	12 471	10 714	6 048

¹⁾ Ohne stillgelegte Investitionsteuer (August 1973 bis Dezember 1974).²⁾ Ohne Saarland.³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 36*

Verschuldung der öffentlichen Haushalte¹⁾

Mio DM

Ende des Zeitraums	Insgesamt ²⁾	Nach Kreditnehmern			Nach ausgewählten Schuldarten			
		Bund ³⁾	Länder ⁴⁾	Gemeinden ⁵⁾	Anleihen ⁶⁾	Direktausleihungen der Kreditinstitute ⁷⁾	Darlehen von Nichtbanken	
							Sozialversicherungen ⁸⁾	sonstige
1950	20 634	7 290	12 844	500	—	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	16 726	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	17 894	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 943	17 868	15 523	4 670	2 022	3 660	2 019	1 371
1956	41 892	17 614	15 741	5 610	1 726	4 340	2 239	1 623
1957	43 614	19 723	13 963	7 010	1 780	5 410	2 433	1 835
1958	46 122	20 077	14 708	8 370	2 303	7 575	2 483	1 883
1959	49 084	20 986	14 920	9 630	3 058	9 450	2 472	1 998
1960	52 182	22 572	14 695	11 169	3 528	10 600	2 667	2 604
1961	56 564	25 941	13 903	12 805	4 810	11 693	4 687	2 811
1962	59 984	27 256	13 402	15 068	5 700	13 227	4 880	3 235
1963	66 687	30 136	13 329	17 686	7 712	15 582	5 066	4 399
1964	73 107	31 338	14 291	21 264	8 974	19 656	5 657	5 121
1965	82 981	33 017	17 401	25 844	11 195	24 749	6 591	6 339
1966	92 291	35 581	20 328	29 465	12 092	29 519	7 245	7 868
1967	107 175	43 468	24 188	31 986	14 230	34 114	8 387	8 690
1968	115 870	47 192	26 339	34 186	16 074	42 536	6 957	9 221
1969	116 141	45 360	25 771	36 663	16 266	50 051	6 101	9 884
1970	125 890	47 323	27 786	40 295	17 491	59 523	5 725	11 104
1971	140 399	48 764	33 037	47 927	20 249	70 665	6 511	12 592
1972	156 063	55 299	36 963	55 984	24 971	81 874	7 374	14 667
1973	167 754	61 356	39 462	63 003	27 379	92 077	14 392	6 222
1974	192 383	72 138	47 323	66 375	30 940	107 795	16 954	6 969
1975	256 389	108 502	67 001	74 411	40 680	150 139	18 426	7 638
1976	296 650	128 449	81 805	79 830	52 101	180 932	12 953	9 581
1977	328 484	150 150	89 583	83 345	63 498	195 219	10 342	10 925
1978	370 811	177 518	102 139	86 700	69 913	227 075	10 144	11 118
1979	413 935	202 632	115 900	90 406	81 414	262 087	10 125	12 517
1980	468 612	232 320	137 804	95 208	87 428	305 724	10 570	20 801
1980 Mär	425 237	213 702	118 140	91 150	82 100	269 778	10 419	15 439
Jun	442 231	224 808	122 755	92 200	89 202	280 311	10 510	17 213
Sep	448 717	226 004	126 630	93 250	87 778	287 298	10 501	18 627
Dez	468 612	232 320	137 804	95 208	87 428	305 724	10 570	20 801
1981 Mär	487 694	247 681	141 115	95 400	91 068	323 283	10 768	21 719
Jun	501 484	254 756	146 561	96 200	87 700	340 723	10 911	22 468

1) Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.

2) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Auftragsfinanzierung ÖffA, Länder, Gemeinden. Änderungen der Berichterstattung werden in den Fußnoten 3, 4, 5 und 7 erläutert.

3) Ab Ende 1972 einschließlich „Auftragsfinanzierung ÖffA“ und „Krankenhausfinanzierung“; ab 1980 einschließlich Lastenausgleichsfonds.

4) Ab 1978 einschließlich Nettokreditaufnahme für die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.

5) Ab 1973 einschließlich Verschuldung der kommunalen Zweckverbände und der kommunalen Krankenhäuser. Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

6) Ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke, einschließlich Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen.

7) Bis Ende 1973 Bankkredite, ab 1974 einschließlich bei ausländischen Stellen aufgenommene Darlehen.

8) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe. Ab 1973 einschließlich Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 37*

Entwicklung der Geldbe
Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland ³⁾			
	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute ²⁾			insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	
			zusammen	Unternehmen und Privatpersonen	öffentliche Haushalte			zusammen	darunter mittel- und langfristige
1963	+ 26,81	+ 0,98	+ 25,83	+ 22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 1,25
1964	+ 30,19	- 1,03	+ 31,22	+ 25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 1,32
1965	+ 34,17	- 0,43	+ 34,61	+ 27,54	+ 7,06	+ 0,47	- 1,31	+ 1,79	+ 1,24
1966	+ 28,20	+ 0,29	+ 27,91	+ 21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 1,14
1967	+ 32,89	+ 0,67	+ 32,22	+ 18,33	+ 13,89	+ 6,28	- 0,17	+ 6,45	+ 1,62
1968	+ 40,02	- 2,05	+ 42,06	+ 30,90	+ 11,17	+ 10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 6,76
1969	+ 53,48	+ 0,67	+ 52,81	+ 51,22	+ 1,59	- 2,45	- 10,28	+ 7,83	+ 12,00
1970	+ 50,53	- 0,24	+ 50,77	+ 43,81	+ 6,97	+ 14,23	+ 21,60	- 7,36	- 0,29
1971	+ 69,05	- 0,63	+ 69,68	+ 59,52	+ 10,16	+ 11,52	+ 15,91	- 4,40	- 3,28
1972	+ 86,41	- 2,07	+ 88,48	+ 78,22	+ 10,26	+ 8,66	+ 15,49	- 6,83	- 6,39
1973	+ 67,55	+ 2,37	+ 65,18	+ 54,59	+ 10,59	+ 23,48	+ 26,49	- 3,01	- 7,71
1974	+ 59,77	- 1,48	+ 61,25	+ 41,18	+ 20,07	+ 13,19	- 1,90	+ 15,09	+ 5,54
1975	+ 85,51	+ 6,62	+ 78,89	+ 30,87	+ 48,02	+ 16,84	- 2,22	+ 19,06	+ 15,90
1976	+ 91,21	- 5,10	+ 96,31	+ 65,76	+ 30,55	+ 8,27	+ 8,74	- 0,48	+ 6,84
1977	+ 94,18	- 1,62	+ 95,80	+ 69,11	+ 26,69	+ 10,15	+ 10,49	- 0,34	+ 8,25
1978	+ 125,37	+ 2,78	+ 122,59	+ 87,86	+ 34,73	+ 7,09	+ 19,77	- 12,68	- 1,88
1979	+ 138,95	- 1,95	+ 140,91	+ 112,38	+ 28,53	- 21,84	- 4,85	- 16,98	- 12,14
1980	+ 126,31	+ 3,89	+ 122,43	+ 100,73	+ 21,70	- 10,58	- 27,93	+ 17,35	+ 7,35
1978 1. Vj.	+ 6,88	- 0,78	+ 7,66	+ 2,50	+ 5,16	+ 4,70	+ 4,55	+ 0,16	- 2,76
2. Vj.	+ 33,18	+ 1,91	+ 31,27	+ 25,62	+ 5,65	- 2,47	- 4,13	+ 1,66	+ 1,81
3. Vj.	+ 38,36	+ 1,91	+ 36,45	+ 22,59	+ 13,86	- 0,66	+ 6,32	- 6,99	- 1,48
4. Vj.	+ 46,95	- 0,26	+ 47,21	+ 37,16	+ 10,06	+ 5,52	+ 13,03	- 7,51	+ 0,54
1979 1. Vj.	+ 17,65	- 0,50	+ 18,15	+ 14,17	+ 3,98	- 2,85	- 9,32	+ 6,47	- 1,13
2. Vj.	+ 42,44	- 0,13	+ 42,57	+ 36,07	+ 6,50	- 4,51	- 2,18	- 2,33	- 4,39
3. Vj.	+ 26,76	- 0,61	+ 27,37	+ 22,78	+ 4,59	- 5,98	+ 9,74	- 15,71	- 5,18
4. Vj.	+ 52,09	- 0,72	+ 52,81	+ 39,35	+ 13,46	- 8,50	- 3,09	- 5,41	- 1,43
1980 1. Vj.	+ 10,01	+ 0,37	+ 9,65	+ 8,91	+ 0,74	- 0,30	- 11,16	+ 10,86	+ 2,32
2. Vj.	+ 35,88	- 1,17	+ 37,05	+ 29,57	+ 7,47	- 5,06	- 4,92	- 0,14	+ 0,05
3. Vj.	+ 19,95	+ 1,32	+ 18,64	+ 15,96	+ 2,67	- 2,39	- 2,08	- 0,30	+ 2,37
4. Vj.	+ 60,47	+ 3,37	+ 57,10	+ 46,29	+ 10,82	- 2,84	- 9,77	+ 6,93	+ 2,62
1981 1. Vj.	+ 19,46	- 0,86	+ 20,32	+ 15,53	+ 4,79	- 2,56	+ 1,15	- 3,71	+ 0,31
2. Vj.	+ 32,78	- 0,68	+ 33,46	+ 23,47	+ 9,99	+ 10,05	+ 5,08	+ 4,97	+ 2,14
3. Vj.	+ 30,64	+ 0,06	+ 30,58	+ 16,50	+ 14,08	+ 1,29	- 1,71	+ 3,00	- 1,17

1) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.

2) Einschließlich Wertpapiere.

3) Enthält kurz-, mittel- und langfristige Positionen einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich der Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

stände im Bilanzzusammenhang¹⁾

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

III. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen ⁴⁾			IV. Zentralbank-einlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Einflüsse ⁷⁾	VI. Geldvolumen M 3 (Saldo I + II - III - IV - V)						Zeitraum
insgesamt ⁵⁾	darunter				insgesamt	Geldvolumen M 2			Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist		
	Termingelder mit Befristung v. 4 Jahren und darüber	Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist ⁶⁾				zu-sammen	Geldvolumen M 1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen) ⁸⁾	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld)		darunter unter 3 Monaten	
+ 15,43	+ 4,77	+ 4,13	- 0,61	+ 1,90	+ 13,38	+ 5,96	+ 4,41	+ 1,55	+ 0,47	+ 7,42	1963
+ 17,92	+ 4,63	+ 4,82	- 0,85	+ 0,66	+ 14,13	+ 6,43	+ 5,40	+ 1,03	+ 0,66	+ 7,71	1964
+ 16,69	+ 3,74	+ 5,13	- 1,11	+ 1,83	+ 17,23	+ 6,10	+ 5,57	+ 0,53	- 0,07	+ 11,13	1965
+ 15,90	+ 3,22	+ 7,81	- 0,53	+ 1,49	+ 14,96	+ 6,50	+ 1,09	+ 5,40	- 0,58	+ 8,46	1966
+ 14,63	+ 2,55	+ 8,49	+ 0,29	+ 0,91	+ 23,35	+ 14,19	+ 8,31	+ 5,88	+ 3,22	+ 9,16	1967
+ 19,74	+ 1,49	+ 11,03	+ 1,19	+ 0,88	+ 29,14	+ 18,15	+ 5,53	+ 12,62	+ 1,69	+ 10,99	1968
+ 26,29	+ 5,52	+ 13,26	+ 0,44	+ 1,42	+ 22,88	+ 14,55	+ 5,96	+ 8,59	+ 5,24	+ 8,33	1969
+ 27,79	+ 4,26	+ 12,94	+ 4,09	+ 8,91	+ 23,98	+ 16,41	+ 8,69	+ 7,72	+ 13,61	+ 7,57	1970
+ 32,65	+ 7,07	+ 14,73	+ 4,20	+ 5,00	+ 38,71	+ 24,97	+ 13,24	+ 11,72	+ 8,91	+ 13,75	1971
+ 47,00	+ 8,68	+ 20,62	- 3,85	+ 4,78	+ 47,14	+ 33,51	+ 17,55	+ 15,96	+ 6,58	+ 13,64	1972
+ 45,64	+ 10,22	+ 17,52	+ 4,22	+ 7,17	+ 34,00	+ 31,94	+ 2,57	+ 29,37	+ 22,78	+ 2,05	1973
+ 34,46	+ 7,95	+ 13,35	+ 0,44	+ 2,88	+ 35,18	+ 13,68	+ 15,50	- 1,82	+ 7,30	+ 21,49	1974
+ 61,34	+ 9,41	+ 34,81	+ 1,41	+ 1,17	+ 38,43	- 0,40	+ 21,40	- 21,79	- 17,24	+ 38,82	1975
+ 59,12	+ 11,45	+ 22,65	- 10,22	+ 9,57	+ 41,01	+ 18,92	+ 6,88	+ 12,04	+ 2,71	+ 22,09	1976
+ 42,92	+ 13,65	+ 14,24	- 0,82	+ 3,28	+ 58,95	+ 33,47	+ 21,09	+ 12,38	+ 9,69	+ 25,47	1977
+ 54,80	+ 17,01	+ 17,98	+ 2,51	+ 10,36	+ 64,78	+ 43,50	+ 29,74	+ 13,75	+ 2,27	+ 21,29	1978
+ 75,77	+ 18,68	+ 18,11	- 1,69	+ 3,80	+ 39,25	+ 30,95	+ 9,86	+ 21,09	+ 18,24	+ 8,29	1979
+ 61,68	+ 14,57	+ 15,89	- 1,92	+ 13,20	+ 42,78	+ 33,96	+ 9,35	+ 24,62	+ 33,15	+ 8,81	1980
+ 13,74	+ 4,18	+ 1,41	+ 10,36	+ 4,85	- 17,38	- 20,85	- 3,85	- 17,00	- 18,04	+ 3,47	1978 1. Vj.
+ 13,46	+ 3,69	+ 4,49	- 4,36	+ 7,49	+ 14,12	+ 13,42	+ 11,08	+ 2,34	- 0,05	+ 0,71	2. Vj.
+ 8,53	+ 4,07	- 0,10	+ 9,71	+ 2,61	+ 16,84	+ 11,23	+ 2,11	+ 9,12	+ 5,15	+ 5,61	3. Vj.
+ 19,07	+ 5,08	+ 12,18	- 13,20	- 4,59	+ 51,19	+ 39,70	+ 20,41	+ 19,29	+ 15,22	+ 11,50	4. Vj.
+ 17,01	+ 4,66	+ 1,81	+ 6,18	+ 9,85	- 18,24	- 25,09	- 12,47	- 12,62	- 6,01	+ 6,84	1979 1. Vj.
+ 17,72	+ 4,53	+ 2,70	+ 0,83	+ 5,73	+ 13,65	+ 16,66	+ 7,63	+ 9,03	+ 6,95	- 3,01	2. Vj.
+ 14,95	+ 4,60	+ 1,40	+ 0,20	+ 5,14	+ 0,51	+ 2,14	- 2,92	+ 5,06	- 1,11	- 1,63	3. Vj.
+ 26,10	+ 4,89	+ 12,20	- 8,91	- 16,93	+ 43,33	+ 37,24	+ 17,62	+ 19,62	+ 18,40	+ 6,08	4. Vj.
+ 14,39	+ 2,09	- 1,32	+ 1,73	+ 13,33	- 19,73	- 16,90	- 19,19	+ 2,29	+ 9,36	- 2,83	1980 1. Vj.
+ 17,97	+ 2,60	+ 4,16	+ 3,38	+ 5,64	+ 3,83	+ 9,77	+ 8,31	+ 1,46	- 5,97	- 5,94	2. Vj.
+ 10,00	+ 5,33	+ 1,12	- 3,65	+ 7,94	+ 3,28	+ 1,83	+ 0,68	+ 1,15	+ 6,49	+ 1,45	3. Vj.
+ 19,33	+ 4,55	+ 11,94	- 3,39	- 13,71	+ 55,40	+ 39,27	+ 19,54	+ 19,72	+ 23,26	+ 16,13	4. Vj.
+ 23,18	+ 3,02	- 4,30	+ 4,61	+ 13,25	- 24,14	- 19,11	- 24,96	+ 5,85	- 0,75	- 5,04	1981 1. Vj.
+ 23,04	+ 2,95	+ 0,30	- 2,30	+ 9,34	+ 12,74	+ 22,19	+ 10,04	+ 12,15	+ 6,35	- 9,45	2. Vj.
+ 15,32	+ 3,70	- 1,53	+ 4,58	+ 9,15	+ 2,88	+ 7,88	- 8,23	+ 16,11	+ 11,30	- 5,01	3. Vj.

⁴⁾ Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.⁵⁾ Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) bereinigt um den Saldo der Transaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Kapital und Rücklagen.⁶⁾ Einschließlich Sparbriefe.⁷⁾ Saldo der übrigen Positionen der Konsolidierten Bilanz des Bankensystems (einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot).⁸⁾ Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 38*

Zahlungsmittelbestände und Kredite

Mrd DM

Ende des Zeitraums	Zahlungsmittelbestände								Kredite der Kreditinstitute		
	Geldvolumen = M 1			M 1 zuzüglich Quasigeldbestände ³⁾ = M 2	M 2 zuzüglich Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist = M 3		nachrichtlich: Quasigeldbestände ³⁾		an inländische Unternehmen und Privatpersonen		an öffentliche Haushalte
	insgesamt	Bargeldumlauf ¹⁾	Sichteinlagen inländ. Nichtbanken zusammen ²⁾		insgesamt	darunter Spareinlagen	insgesamt	darunter mit Befristung bis unter 3 Monaten	insgesamt ⁴⁾	darunter kurzfristig ⁵⁾	
1955	31,48	14,04	17,44	42,68			11,20	2,01			
1956	33,89	14,88	19,01	47,45			13,56	2,78			
1957	37,81	16,46	21,35	54,94			17,13	3,27			
1958	42,58	17,94	24,64	60,52			17,94	3,19			
1959	47,61	19,34	28,26	67,58			19,97	3,31			
1960	51,08	20,83	30,25	72,70			21,62	3,61			
1961	58,71	23,20	35,52	82,18			23,47	3,94			
1962	63,28	24,25	39,03	88,46			25,19	4,10			
1963	67,77	25,51	42,26	94,52			26,75	4,57			
1964	73,05	27,89	45,16	100,82			27,78	5,23	231,81	60,67	40,48
1965	78,53	29,65	48,87	106,92			28,40	5,16	259,27	67,31	47,53
1966	79,62	30,88	48,74	113,39			33,77	4,58	280,74	72,32	53,96
1967	87,92	31,51	56,41	127,57			39,65	7,80	298,88	74,29	67,89
1968	93,47	32,59	60,88	142,33			48,86	9,58	334,55	81,00	74,37
1969	99,43	34,69	64,74	156,88			57,45	14,82	385,95	101,56	75,71
1970	108,22	36,89	71,33	173,38	291,52	118,13	65,16	28,43	430,54	113,62	82,54
1971	121,52	40,29	81,23	198,60	330,74	132,14	77,07	37,34	490,57	131,73	92,63
1972	139,30	45,77	93,53	232,33	378,45	146,12	93,03	43,92	569,33	155,94	102,86
1973	142,86	47,43	95,43	265,86	416,75	150,89	123,00	67,08	631,28	166,95	113,85
1974	158,43	51,52	106,91	279,60	452,21	172,60	121,17	74,30	672,12	179,67	132,39
1975	179,90	56,48	123,42	279,32	490,89	211,57	99,42	58,60	703,19	171,20	180,41
1976	186,85	60,57	126,28	298,18	532,03	233,85	111,33	59,84	769,17	182,83	210,91
1977	208,08	67,51	140,57	331,81	591,47	259,66	123,74	69,54	838,70	192,98	237,60
1978	237,91	76,20	161,71	375,41	656,60	281,19	137,50	71,81	926,69	205,60	272,29
1979	247,87	79,88	167,99	406,49	696,21	289,72	158,62	90,05	1 039,51	236,50	300,54
1980	257,34	83,96	173,37	440,62	739,43	298,82	183,28	123,20	1 140,38	268,12	321,61
1978 1. Vj.	204,24	68,00	136,25	310,98	574,16	263,17	106,74	51,50	841,23	187,37	242,76
2. Vj.	215,36	71,65	143,71	324,45	588,45	264,00	109,09	51,45	866,96	196,17	248,41
3. Vj.	217,50	72,02	145,48	335,71	605,40	269,69	118,21	56,60	889,65	197,05	262,27
4. Vj.	237,91	76,20	161,71	375,41	656,60	281,19	137,50	71,81	926,69	205,60	272,29
1979 1. Vj.	225,46	75,11	150,36	350,34	638,41	288,07	124,88	65,80	941,10	205,45	276,10
2. Vj.	233,12	76,93	156,19	367,05	652,21	285,15	133,94	72,75	977,25	219,54	282,57
3. Vj.	230,23	77,35	152,88	369,23	652,85	283,62	139,00	71,65	1 000,14	222,92	287,16
4. Vj.	247,87	79,88	167,99	406,49	696,21	289,72	158,62	90,05	1 039,51	236,50	300,54
1980 1. Vj.	228,69	78,83	149,86	389,60	676,52	286,91	160,91	99,41	1 048,36	233,48	300,76
2. Vj.	237,06	79,90	157,16	399,45	680,58	281,13	162,39	93,45	1 077,90	247,53	308,23
3. Vj.	237,76	80,19	157,57	401,31	683,93	282,62	163,55	99,94	1 093,93	248,57	310,90
4. Vj.	257,34	83,96	173,37	440,62	739,43	298,82	183,28	123,20	1 140,38	268,12	321,61
1981 1. Vj.	232,38	80,03	152,34	421,51	715,29	293,78	189,13	122,45	1 155,88	271,79	326,15
2. Vj.	242,48	81,44	161,04	443,78	728,31	284,53	201,30	128,80	1 179,60	279,41	336,14
3. Vj.	234,28	80,83	153,45	451,71	731,33	279,62	217,42	140,10	1 196,23	281,77	350,22

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

2) Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.

3) Termingelder inländischer Nichtbanken mit Befristung bis unter 4 Jahren.

4) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost. Ausnahme: Zentralbankeinlagen der Bundespost.

5) Einschließlich Schatzwechsel und U-Schätze der Bundesbahn und Bundespost.

6) Ohne Saarland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

a) Insgesamt (1976 = 100)

Zeitraum	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	33,7	36,4	29,5	42,4	50,6	50,6	47,0	61,2
1963	35,5	37,7	31,7	43,9	53,1	52,7	50,3	62,5
1964	40,8	43,5	36,5	49,3	60,1	60,2	57,2	68,9
1965	43,4	44,6	39,5	53,4	62,5	60,1	60,3	73,3
1966	43,3	46,3	38,6	52,9	61,2	61,9	57,6	71,2
1967	43,2	46,5	38,5	52,3	61,9	63,9	57,8	71,0
1968	50,0	52,4	45,8	58,8	75,3	76,2	72,0	83,9
1969	61,6	61,3	60,4	65,7	90,1	86,5	91,4	91,8
1970	64,5	64,5	63,2	68,4	88,2	86,6	88,0	91,9
1971	65,6	64,8	62,8	75,9	85,6	85,5	81,6	98,2
1972	70,7	70,5	67,1	82,2	89,8	92,2	84,5	102,1
1973	82,8	83,3	81,4	86,3	100,9	103,9	99,0	101,7
1974	89,7	100,1	84,7	88,3	96,0	100,8	94,5	92,7
1975	88,0	88,0	88,0	87,8	91,0	90,6	91,4	90,4
1976	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	101,3	97,1	103,0	103,1	99,4	98,6	99,3	100,3
1978	106,3	101,2	108,5	108,2	102,8	103,0	102,2	103,7
1979	117,8	115,4	119,5	116,7	109,1	110,0	109,3	106,9
1980	122,2	121,0	123,2	121,6	106,7	107,1	107,4	104,6
1976 1. Vj.	97,4	102,5	93,7	100,7	99,1	104,8	95,1	102,4
2. Vj.	97,1	103,9	92,0	102,0	97,0	103,3	92,0	102,4
3. Vj.	102,8	96,2	110,4	90,0	102,0	94,8	109,9	89,3
4. Vj.	102,6	97,3	103,8	107,4	101,9	97,0	103,1	105,9
1977 1. Vj.	102,1	98,7	104,0	102,4	100,7	99,8	101,4	100,1
2. Vj.	99,1	99,4	97,3	103,9	97,0	100,5	93,6	101,0
3. Vj.	95,1	93,5	95,7	96,2	93,1	94,8	91,9	93,3
4. Vj.	108,8	96,9	115,1	110,0	106,8	99,2	110,6	106,9
1978 1. Vj.	104,6	98,3	107,8	105,5	102,0	100,6	102,6	101,7
2. Vj.	105,8	103,5	105,8	109,3	102,3	105,3	99,6	104,9
3. Vj.	102,3	100,2	104,1	101,1	98,6	101,7	97,6	96,7
4. Vj.	112,4	102,8	116,3	116,7	108,2	104,3	108,9	111,2
1979 1. Vj.	115,5	109,2	119,9	113,4	109,6	108,7	110,9	106,9
2. Vj.	119,1	118,3	119,6	118,5	110,8	113,8	109,5	109,3
3. Vj.	113,4	116,1	113,3	109,4	104,0	108,9	103,2	99,1
4. Vj.	123,2	117,9	125,4	125,5	112,0	108,9	113,7	112,2
1980 1. Vj.	131,6	130,3	132,2	131,9	116,8	116,7	117,2	115,5
2. Vj.	121,8	125,1	120,8	119,7	106,3	110,1	105,3	103,1
3. Vj.	113,4	112,7	114,2	112,6	98,5	99,6	99,0	96,2
4. Vj.	122,0	115,7	125,7	122,0	105,6	102,0	108,5	103,5
1981 1. Vj.	128,8	126,3	131,1	126,4	109,5	108,9	111,3	105,9
2. Vj.	126,6	129,8	127,4	119,4	105,8	109,3	106,5	98,4
3. Vj.	122,6	124,7	123,7	116,0	101,3	102,7	103,0	94,5

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

noch Tabelle 39*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

b) Inland (1976 = 100)

Zeitraum	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	40,7	42,7	36,8	46,7	60,0	59,1	57,1	67,9
1963	41,8	43,0	38,2	47,9	61,4	59,7	59,1	68,4
1964	48,2	50,6	44,1	53,7	70,1	69,7	67,8	75,5
1965	51,3	51,0	48,3	58,3	72,6	68,2	71,8	80,2
1966	49,5	51,5	44,9	57,0	68,7	68,3	65,3	76,9
1967	47,8	49,9	42,9	55,8	67,4	68,1	63,0	75,9
1968	55,0	56,5	50,9	62,3	82,6	82,5	79,5	89,4
1969	68,2	67,1	68,6	68,7	99,8	95,8	103,7	96,7
1970	72,1	69,9	73,6	71,7	98,4	94,5	101,5	96,6
1971	73,0	69,5	72,3	79,4	94,6	91,4	92,8	103,0
1972	77,8	74,4	76,2	85,8	98,0	96,2	95,1	106,8
1973	86,4	85,8	85,9	88,3	104,8	106,8	103,8	104,1
1974	89,3	97,7	84,0	89,7	95,5	100,5	93,0	94,3
1975	92,2	89,1	95,1	89,8	95,2	92,1	98,4	92,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,2	95,3	108,4	103,3	101,0	95,9	104,5	100,5
1978	108,5	98,1	115,9	107,7	104,6	98,7	109,0	103,2
1979	118,5	110,7	125,1	115,7	109,5	104,9	114,4	105,8
1980	122,0	115,1	127,5	120,1	106,2	101,0	111,2	103,0
1976 1. Vj.	100,5	101,2	99,9	100,9	102,4	103,7	101,5	102,7
2. Vj.	98,9	103,2	95,1	101,6	98,9	102,7	95,0	102,0
3. Vj.	96,3	97,5	98,2	90,5	95,4	96,1	97,6	89,7
4. Vj.	104,3	98,2	106,8	107,0	103,3	97,5	105,9	105,6
1977 1. Vj.	103,7	96,3	109,4	102,3	102,1	96,7	106,6	100,0
2. Vj.	100,2	97,6	100,2	103,4	97,9	98,0	96,3	100,5
3. Vj.	98,0	92,6	102,0	97,3	95,7	93,1	98,0	94,3
4. Vj.	110,8	94,5	122,2	110,1	108,4	95,6	117,4	107,0
1978 1. Vj.	106,8	95,1	115,5	105,3	103,8	96,1	109,9	101,5
2. Vj.	107,9	99,9	112,9	108,5	104,2	100,5	106,3	104,1
3. Vj.	104,9	97,6	111,9	101,0	100,9	98,1	104,8	96,6
4. Vj.	114,3	99,7	123,2	116,1	109,7	99,9	115,2	110,6
1979 1. Vj.	117,3	102,8	129,6	112,5	111,2	101,4	119,9	105,9
2. Vj.	118,1	113,7	121,5	117,2	109,8	108,8	111,2	108,0
3. Vj.	114,8	113,3	118,7	109,1	105,1	105,8	108,1	98,6
4. Vj.	123,7	113,1	130,5	124,1	111,9	103,6	118,2	110,7
1980 1. Vj.	131,8	121,5	139,6	130,0	116,5	108,0	123,8	113,6
2. Vj.	119,7	119,2	121,0	117,7	104,1	104,1	105,5	101,1
3. Vj.	115,3	110,0	120,4	112,2	99,7	96,2	104,2	95,6
4. Vj.	121,1	109,8	129,1	120,2	104,4	95,9	111,4	101,7
1981 1. Vj.	123,7	113,6	130,8	122,9	104,9	97,0	111,3	102,7
2. Vj.	120,5	118,5	124,7	115,1	100,3	98,7	104,5	94,6
3. Vj.	115,3	115,2	116,8	112,5	95,0	94,2	97,6	91,2

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

noch Tabelle 39*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

c) Ausland (1976 = 100)

Zeitraum	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	19,3	21,5	18,5	19,1	31,0	30,8	31,6	26,7
1963	22,6	25,0	21,7	22,8	36,3	36,7	36,7	31,4
1964	25,4	26,8	24,9	25,4	40,0	37,7	41,6	34,6
1965	27,3	29,5	26,3	27,3	41,9	41,3	42,8	36,9
1966	30,5	34,0	29,1	30,6	46,1	47,5	46,2	40,6
1967	33,7	38,5	31,7	33,6	51,0	54,9	50,1	45,0
1968	39,4	42,6	38,0	40,0	60,3	61,9	60,4	54,8
1969	48,1	47,9	48,0	49,2	70,0	65,0	72,7	65,4
1970	48,8	51,7	47,5	50,4	67,4	67,9	67,4	66,1
1971	50,4	53,6	48,4	56,6	67,2	71,9	64,7	72,2
1972	56,1	61,4	53,2	62,4	73,2	83,6	68,6	76,9
1973	75,2	77,2	74,4	75,3	93,0	97,2	92,0	88,5
1974	90,5	105,7	85,7	80,3	97,0	100,2	97,3	84,7
1975	79,2	85,4	77,1	76,6	82,2	86,7	80,9	78,7
1976	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	97,2	101,7	94,8	102,1	96,0	105,6	91,5	99,6
1978	101,5	108,8	97,3	110,8	98,8	114,0	91,7	106,5
1979	116,3	126,9	111,1	122,7	108,3	123,0	101,6	113,2
1980	122,8	135,3	116,6	130,7	108,2	122,4	101,7	114,2
1976 1. Vj.	91,2	105,8	84,4	99,4	92,2	107,3	85,3	100,6
2. Vj.	93,3	105,4	87,3	104,2	93,2	104,8	87,3	104,6
3. Vj.	116,4	93,5	129,1	87,3	115,8	91,9	128,7	86,9
4. Vj.	99,0	95,2	99,2	109,1	98,8	96,0	98,7	107,9
1977 1. Vj.	98,7	104,4	95,8	102,4	97,7	107,3	93,5	100,5
2. Vj.	97,0	104,0	92,8	106,6	95,5	107,3	89,5	104,0
3. Vj.	88,9	95,6	86,0	89,6	87,5	99,4	82,7	87,2
4. Vj.	104,4	102,9	104,4	109,6	103,2	108,7	100,3	106,5
1978 1. Vj.	99,8	106,2	96,3	106,5	98,0	112,6	91,5	102,9
2. Vj.	101,3	112,3	95,1	114,3	98,5	117,6	89,6	109,9
3. Vj.	96,7	106,4	92,1	101,6	93,8	110,7	86,6	97,4
4. Vj.	108,2	110,3	105,7	121,0	104,8	115,3	99,2	115,9
1979 1. Vj.	111,5	124,9	105,0	118,8	106,3	127,3	97,1	112,3
2. Vj.	121,2	129,9	116,8	126,7	113,2	126,4	107,1	117,5
3. Vj.	110,3	123,0	104,9	111,3	101,8	116,6	95,6	101,6
4. Vj.	122,2	129,7	117,5	134,0	112,1	122,1	106,6	121,4
1980 1. Vj.	131,1	152,1	120,8	143,2	117,3	138,8	107,1	127,3
2. Vj.	126,5	139,6	120,3	131,9	111,3	125,4	104,9	115,5
3. Vj.	109,6	119,3	104,8	115,2	96,2	108,1	90,8	99,9
4. Vj.	124,1	130,2	120,4	132,7	108,5	117,6	103,8	114,6
1981 1. Vj.	140,0	158,0	131,5	147,4	120,0	139,6	111,3	125,3
2. Vj.	139,8	157,8	131,5	145,1	117,9	136,5	109,6	121,9
3. Vj.	138,3	148,3	134,2	137,5	115,1	124,4	111,2	114,6

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

Tabelle 40*

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

Wertindex 1976 = 100

Zeitraum	Verarbeitendes Gewerbe			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		
	insgesamt	Inland	Ausland	zusammen	Inland	Ausland
1971	75,4	85,7	62,5	68,4	71,7	59,7
1972	69,4	79,4	57,2	75,5	77,3	70,7
1973	84,3	91,2	75,9	115,6	112,3	124,2
1974	93,3	88,0	99,8	152,6	131,7	207,9
1975	96,8	96,5	97,3	90,7	89,6	93,7
1976	100	100	100	100	100	100
1977	99,2	96,7	102,5	86,3	83,6	93,6
1978	104,8	104,4	105,3	93,5	88,4	107,1
1979	120,2	123,5	116,0	116,9	110,7	133,3
1980	127,2	128,7	125,3	117,0	112,0	130,2
1973 1. Vj.	79,5	89,6	67,1	101,2	100,3	103,5
2. Vj.	86,5	96,5	74,1	116,9	117,9	114,1
3. Vj.	85,6	90,5	79,6	121,0	118,7	127,0
4. Vj.	85,7	88,1	82,8	123,2	112,2	152,2
1974 1. Vj.	91,1	90,2	92,2	147,9	127,9	200,5
2. Vj.	95,5	92,1	99,7	166,4	145,9	220,4
3. Vj.	94,3	86,0	104,4	164,6	137,5	236,4
4. Vj.	92,4	83,9	102,9	131,6	115,4	174,5
1975 1. Vj.	91,5	82,8	102,1	103,1	96,8	119,9
2. Vj.	95,8	93,7	98,4	89,9	89,7	90,7
3. Vj.	100,6	106,0	93,8	85,3	86,5	82,0
4. Vj.	99,5	103,4	94,7	84,6	85,6	82,2
1976 1. Vj.	102,1	104,8	98,8	99,8	101,7	94,8
2. Vj.	100,9	103,9	97,1	109,1	109,0	109,3
3. Vj.	99,0	96,9	101,6	104,5	102,7	109,2
4. Vj.	98,0	94,3	102,5	86,6	86,6	86,7
1977 1. Vj.	100,4	89,4	102,9	86,2	84,3	91,3
2. Vj.	101,6	99,4	104,2	89,9	87,4	96,3
3. Vj.	97,0	93,5	101,4	86,8	83,2	96,4
4. Vj.	98,0	95,3	101,4	82,3	79,3	90,3
1978 1. Vj.	101,3	99,9	103,1	90,2	88,1	95,6
2. Vj.	103,9	103,4	104,4	93,3	87,6	108,2
3. Vj.	105,4	106,0	104,6	96,1	89,3	113,9
4. Vj.	108,6	108,3	109,0	94,5	88,5	110,6
1979 1. Vj.	115,2	117,2	112,8	109,6	102,5	128,1
2. Vj.	120,7	125,0	115,4	117,3	110,2	136,1
3. Vj.	121,0	124,2	117,1	124,8	117,5	144,2
4. Vj.	123,6	127,6	118,8	115,9	112,4	124,9
1980 1. Vj.	126,1	127,7	124,1	122,2	118,0	133,4
2. Vj.	129,8	130,9	128,4	124,1	117,1	142,6
3. Vj.	127,8	129,2	126,1	114,5	108,5	130,5
4. Vj.	125,0	127,0	122,5	107,2	104,5	114,1
1981 1. Vj.	129,2	127,2	131,7	110,4	106,6	120,5
2. Vj.	135,9	131,6	141,3	112,4	106,0	129,2
3. Vj. ²⁾	135,6	128,8	144,0	114,6	108,0	131,9

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 40*

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

Wertindex 1976 = 100

Zeitraum	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe			Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe		
	zusammen	Inland	Ausland	zusammen	Inland	Ausland
1971	75,3	86,8	63,0	83,3	90,8	53,8
1972	67,3	77,7	56,3	90,4	97,6	62,0
1973	80,3	87,0	73,1	98,1	103,0	79,1
1974	87,8	81,7	94,3	89,9	91,6	83,0
1975	98,5	98,8	98,2	81,8	84,0	73,2
1976	100	100	100	100	100	100
1977	100,6	98,3	103,1	97,9	97,7	98,6
1978	106,0	106,6	105,3	104,3	105,1	101,0
1979	121,1	126,5	115,3	113,5	113,3	114,5
1980	129,1	132,7	125,2	114,7	113,2	120,7
1973 1. Vj.	76,4	87,2	65,0	92,4	98,3	69,3
2. Vj.	81,8	91,3	71,6	110,6	117,7	83,2
3. Vj.	81,6	85,7	77,1	94,3	99,1	75,5
4. Vj.	81,4	83,8	78,8	95,1	96,8	88,4
1974 1. Vj.	86,0	85,7	86,4	84,1	83,5	86,6
2. Vj.	88,1	83,5	93,2	101,4	103,7	92,4
3. Vj.	88,2	79,1	98,0	83,5	85,8	74,3
4. Vj.	88,7	78,6	99,7	90,4	93,4	78,7
1975 1. Vj.	92,0	82,3	102,4	68,9	70,6	62,6
2. Vj.	96,8	94,3	99,5	89,8	93,1	77,0
3. Vj.	103,9	111,8	95,4	74,9	77,1	66,1
4. Vj.	101,4	106,8	95,6	93,5	95,2	87,1
1976 1. Vj.	103,5	107,3	99,5	85,9	86,4	83,8
2. Vj.	99,3	102,3	96,0	111,8	112,2	109,9
3. Vj.	98,8	96,3	101,4	94,9	95,1	94,1
4. Vj.	98,4	94,1	103,1	107,5	106,3	112,1
1977 1. Vj.	102,6	101,5	103,8	88,5	87,3	93,3
2. Vj.	102,1	99,9	104,5	109,1	109,3	108,6
3. Vj.	98,6	95,4	102,1	88,5	88,8	87,2
4. Vj.	99,0	96,3	101,8	105,3	105,2	105,3
1978 1. Vj.	103,3	102,6	104,0	90,2	90,1	90,5
2. Vj.	104,3	104,4	104,1	113,4	114,8	107,8
3. Vj.	107,0	109,3	104,5	95,5	97,0	89,4
4. Vj.	109,3	110,0	108,7	118,1	118,6	116,3
1979 1. Vj.	116,9	121,1	112,4	101,4	100,7	104,4
2. Vj.	120,7	126,9	114,1	126,8	127,1	126,0
3. Vj.	121,9	127,2	116,2	106,4	106,2	107,4
4. Vj.	124,8	130,7	118,6	119,3	119,1	120,1
1980 1. Vj.	127,7	131,2	123,9	109,9	108,1	116,6
2. Vj.	130,4	133,0	127,5	130,0	128,4	136,2
3. Vj.	130,7	134,7	126,4	105,4	104,8	107,7
4. Vj.	127,5	131,8	123,0	113,6	111,4	122,4
1981 1. Vj.	133,0	133,2	132,8	101,4	97,6	115,9
2. Vj.	139,1	136,6	141,8	124,5	119,0	146,2
3. Vj. ²⁾	139,8	134,8	145,2	105,6	100,1	130,4

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 41*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
1950	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	588 018	12 368	575 650	177 855	226 969	94 229	76 597
1971	626 379	12 830	613 549	181 810	246 627	102 528	82 584
1972	663 187	12 941	650 245	190 592	260 475	111 461	87 717
1973	743 228	14 190	729 038	223 327	288 866	119 604	97 241
1974	836 052	19 643	816 409	278 795	307 671	126 729	103 214
1975	819 311	18 732	800 578	249 427	319 415	123 462	108 275
1976	916 955	20 546	896 409	280 783	361 249	135 765	118 612
1977	963 130	22 058	941 072	281 181	389 358	144 992	125 542
1978	999 929	23 086	976 843	290 083	409 695	148 949	128 116
1979	1 105 354	26 893	1 078 461	345 179	438 254	161 951	133 076
1980	1 196 543	29 240	1 167 303	381 258	470 800	172 936	142 309
1978 1. Vj.	237 810	5 454	232 357	68 089	96 516	36 897	30 854
2. Vj.	248 654	5 936	242 719	73 488	100 805	35 757	32 669
3. Vj.	245 025	5 494	239 531	72 680	98 763	36 548	31 539
4. Vj.	268 439	6 203	262 237	75 825	113 611	39 747	33 054
1979 1. Vj.	255 641	6 519	249 122	76 120	101 871	39 301	31 829
2. Vj.	275 812	6 514	269 298	87 264	109 844	38 719	33 471
3. Vj.	273 709	6 843	266 866	89 306	104 573	40 292	32 696
4. Vj.	300 191	7 017	293 174	92 490	121 965	43 639	35 079
1980 1. Vj.	296 870	7 231	289 639	96 612	113 605	44 761	34 662
2. Vj.	298 063	7 051	291 012	97 253	117 314	41 158	35 287
3. Vj.	288 768	6 553	282 215	92 276	112 277	42 811	34 851
4. Vj.	312 841	8 405	304 437	95 117	127 605	44 205	37 510
1981 1. Vj.	300 653	8 369	292 285	96 581	114 050	43 522	38 132
2. Vj.	305 909	7 258	298 651	99 655	119 532	40 773	38 691
3. Vj.	312 061	7 751	304 309	102 319	120 364	43 342	38 285

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

b) Inland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	480 996	9 872	471 123	146 212	165 393	84 543	74 975
1971	510 886	10 152	500 733	148 919	179 154	91 899	80 761
1972	537 516	10 318	527 197	154 971	186 667	99 958	85 601
1973	591 627	11 232	580 396	178 366	201 826	105 833	94 370
1974	643 198	15 077	628 121	211 526	207 151	110 508	98 936
1975	636 240	14 348	621 891	194 333	215 127	108 575	103 858
1976	704 804	16 350	688 453	218 816	238 864	117 283	113 491
1977	735 533	18 217	717 316	217 760	256 399	125 174	117 983
1978	759 588	18 350	741 238	222 513	270 177	128 519	120 030
1979	839 718	21 601	818 117	265 616	289 422	138 918	124 162
1980	906 046	24 275	881 772	294 417	307 572	147 778	132 005
1978 1. Vj.	180 514	4 440	176 074	52 039	63 282	31 797	28 957
2. Vj.	189 081	4 701	184 380	56 306	66 785	30 782	30 507
3. Vj.	186 654	4 248	182 406	55 673	65 674	31 507	29 552
4. Vj.	203 339	4 961	198 378	58 495	74 436	34 432	31 014
1979 1. Vj.	194 612	5 365	189 247	57 993	67 756	33 706	29 791
2. Vj.	210 122	5 147	204 975	67 140	73 476	33 232	31 127
3. Vj.	208 548	5 374	203 175	69 002	69 173	34 457	30 542
4. Vj.	226 435	5 715	220 720	71 480	79 016	37 522	32 702
1980 1. Vj.	225 563	5 951	219 612	73 752	75 422	38 149	32 288
2. Vj.	224 702	5 841	218 861	75 272	75 711	35 135	32 742
3. Vj.	220 309	5 484	214 825	72 019	73 932	36 570	32 304
4. Vj.	235 472	6 998	228 474	73 373	82 506	37 924	34 671
1981 1. Vj.	226 046	7 049	218 997	72 901	74 130	36 800	35 166
2. Vj.	226 620	5 999	220 621	74 993	75 746	34 336	35 546
3. Vj.	230 086	6 435	223 651	77 567	74 561	36 327	35 196

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 41*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	107 022	2 496	104 527	31 643	61 576	9 686	1 622
1971	115 493	2 678	112 816	32 891	67 473	10 629	1 823
1972	125 671	2 623	123 048	35 621	73 808	11 503	2 116
1973	151 601	2 958	148 642	44 961	87 040	13 771	2 871
1974	192 854	4 566	188 288	67 269	100 520	16 221	4 278
1975	183 071	4 384	178 687	55 094	104 288	14 887	4 417
1976	212 151	4 196	207 956	61 967	122 385	18 482	5 121
1977	227 597	3 841	223 756	63 421	132 959	19 817	7 559
1978	240 341	4 736	235 605	67 570	139 519	20 431	8 086
1979	265 636	5 293	260 343	79 563	148 833	23 034	8 914
1980	290 496	4 965	285 531	86 841	163 228	25 158	10 304
1978 1. Vj.	57 296	1 014	56 283	16 051	33 235	5 100	1 897
2. Vj.	59 573	1 235	58 338	17 182	34 020	4 975	2 162
3. Vj.	58 371	1 246	57 125	17 007	33 089	5 041	1 987
4. Vj.	65 101	1 241	63 859	17 330	39 175	5 314	2 040
1979 1. Vj.	61 029	1 154	59 875	18 127	34 115	5 595	2 039
2. Vj.	65 690	1 367	64 323	20 123	36 368	5 487	2 344
3. Vj.	65 161	1 469	63 692	20 303	35 400	5 835	2 154
4. Vj.	73 756	1 303	72 453	21 010	42 949	6 117	2 377
1980 1. Vj.	71 307	1 280	70 027	22 859	38 183	6 612	2 373
2. Vj.	73 362	1 211	72 151	21 981	41 602	6 022	2 545
3. Vj.	68 458	1 068	67 390	20 257	38 345	6 242	2 547
4. Vj.	77 370	1 407	75 963	21 744	45 098	6 281	2 839
1981 1. Vj.	74 607	1 320	73 287	23 680	39 920	6 722	2 966
2. Vj.	79 289	1 259	78 030	24 662	43 786	6 437	3 145
3. Vj.	81 975	1 316	80 659	24 752	45 803	7 014	3 090

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe¹⁾

Zeitraum	Index der Nettoproduktion ²⁾								Index der Brutto- produktion ^{2) 4)}	
	insge- samt ³⁾	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe							Investi- tions- güter ⁵⁾	Ver- brauchs- güter ⁵⁾
		zusam- men	Berg- bau	Verarbeitendes Gewerbe						
				zusam- men	Grund- stoff- und Produk- tions- güter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter	Nah- rungs- und Genuß- mittel- gewerbe		
				produzierendes Gewerbe						
1970 = 100										
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,4	94,6	93,3	94,6	95,6	92,0	97,2	97,1	91,0	95,1
1976 = 100										
1970	92,6	93,2	119,5	92,4	92,6	92,6	93,7	88,7	95,1	93,0
1971	93,7	93,7	117,4	93,0	92,5	91,9	96,7	92,8	95,4	95,0
1972	97,5	96,9	111,3	96,4	97,0	94,4	102,4	93,7	98,3	98,2
1973	103,0	102,7	108,7	102,5	105,9	101,1	104,4	96,7	102,3	101,4
1974	100,6	100,5	107,6	100,2	104,7	98,5	99,4	97,2	100,5	93,1
1975	93,8	93,8	103,4	93,5	91,0	93,9	94,0	97,1	98,1	91,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	102,7	102,7	95,0	102,9	100,6	104,9	103,6	100,0	102,5	107,5
1978	104,9	104,2	94,2	104,5	104,1	105,3	104,0	102,9	102,6	108,4
1979	110,6	109,6	98,3	109,9	112,6	110,4	107,8	105,3	107,4	110,6
1980	110,2	109,6	98,2	109,9	108,5	112,9	106,5	107,4	111,6	105,3
1978 1. Vj.	99,9	100,7	100,6	100,7	99,4	101,8	102,6	96,8	96,1	110,9
2. Vj.	107,7	106,7	90,8	107,2	108,5	107,9	105,3	104,8	103,2	111,2
3. Vj.	98,9	97,3	86,3	97,7	102,1	95,8	95,0	98,5	95,3	95,9
4. Vj.	113,5	112,1	99,5	112,5	106,6	116,4	113,7	109,8	116,3	116,1
1979 1. Vj.	102,5	103,4	105,1	103,3	104,3	104,0	104,0	98,0	96,9	113,2
2. Vj.	116,6	115,2	97,8	115,7	119,5	116,6	112,2	109,3	112,0	117,4
3. Vj.	104,5	102,3	91,5	102,6	111,6	99,0	99,0	100,7	97,9	97,2
4. Vj.	119,3	118,0	98,9	118,6	115,3	123,3	116,7	112,0	124,0	115,4
1980 1. Vj.	109,6	109,8	103,6	109,9	112,3	111,3	108,9	102,0	105,6	112,5
2. Vj.	117,6	116,6	98,5	117,1	116,6	120,8	112,1	112,2	117,9	112,6
3. Vj.	101,3	100,1	91,6	100,4	102,0	100,7	96,2	101,5	101,6	91,8
4. Vj.	113,2	112,6	99,2	113,0	103,8	119,9	109,8	112,9	122,4	105,2
1981 1. Vj.	105,5	106,7	103,6	106,8	104,3	110,1	103,0	106,1	106,5	106,9
2. Vj.	114,8	114,0	97,5	114,5	110,5	120,5	106,0	114,0	120,1	106,4
3. Vj.	101,0	99,9	93,0	100,1	101,6	101,1	92,2	103,9	102,7	88,3

¹⁾ Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1969 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff. und 5/1981, S. 315 ff.

²⁾ Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

³⁾ Einschließlich Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe).

⁴⁾ Die Zuordnung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.

⁵⁾ Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 43*

Beschäftigte im Bergbau und
in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver-	
	Be- schäftigte	Arbeiter	Be- schäftigte	Arbeiter	zusammen	
					Be- schäftigte	Arbeiter
1950	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 887	6 606	311	259	8 576	6 347
1971	8 826	6 479	307	254	8 519	6 225
1972	8 628	6 265	283	233	8 345	6 032
1973	8 664	6 258	262	214	8 402	6 044
1974	8 434	6 031	253	207	8 181	5 824
1975	7 888	5 559	255	208	7 633	5 351
1976	7 698	5 436	247	200	7 452	5 236
1977	7 632	5 435	240	195	7 392	5 240
1978	7 584	5 381	233	189	7 351	5 192
1979	7 607	5 392	229	185	7 378	5 207
1980	7 660	5 411	231	187	7 428	5 224
1978 1. Vj.	7 572	5 373	236	192	7 336	5 181
2. Vj.	7 550	5 356	234	189	7 316	5 166
3. Vj.	7 606	5 402	233	189	7 373	5 214
4. Vj.	7 608	5 393	231	187	7 377	5 207
1979 1. Vj.	7 549	5 346	228	184	7 321	5 162
2. Vj.	7 557	5 353	227	183	7 329	5 170
3. Vj.	7 646	5 429	230	186	7 416	5 243
4. Vj.	7 677	5 440	230	186	7 447	5 255
1980 1. Vj.	7 647	5 412	228	184	7 419	5 227
2. Vj.	7 646	5 409	229	185	7 418	5 224
3. Vj.	7 697	5 442	234	189	7 463	5 253
4. Vj.	7 647	5 381	234	190	7 413	5 191
1981 1. Vj.	7 540	5 279	234	189	7 307	5 090
2. Vj.	7 486	5 233	234	189	7 252	5 044
3. Vj.	7 501	5 244	236	191	7 264	5 053

¹⁾ Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

1 000

arbeitendes Gewerbe								Zeitraum
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter		Nahrungs- und Genussmittelgewerbe		
Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	
								produzierendes Gewerbe
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 845	1 331	4 137	3 011	2 008	1 609	587	395	1970
1 819	1 295	4 138	2 968	1 975	1 570	587	391	1971
1 776	1 250	4 038	2 855	1 953	1 543	578	383	1972
1 782	1 250	4 118	2 904	1 926	1 511	576	379	1973
1 749	1 216	4 078	2 850	1 795	1 393	559	365	1974
1 653	1 129	3 804	2 612	1 649	1 268	527	342	1975
1 607	1 098	3 725	2 561	1 608	1 243	512	333	1976
1 570	1 078	3 734	2 591	1 592	1 240	496	331	1977
1 542	1 052	3 732	2 580	1 585	1 233	491	327	1978
1 532	1 048	3 765	2 599	1 593	1 235	489	326	1979
1 544	1 053	3 810	2 621	1 583	1 225	491	325	1980
1 540	1 049	3 726	2 577	1 585	1 233	485	321	1978 1. Vj.
1 539	1 051	3 712	2 565	1 580	1 229	485	322	2. Vj.
1 548	1 058	3 740	2 587	1 587	1 235	498	333	3. Vj.
1 542	1 051	3 751	2 590	1 589	1 236	495	330	4. Vj.
1 513	1 030	3 738	2 579	1 588	1 232	482	320	1979 1. Vj.
1 527	1 045	3 735	2 576	1 584	1 228	483	321	2. Vj.
1 544	1 060	3 779	2 612	1 596	1 238	497	333	3. Vj.
1 544	1 056	3 807	2 627	1 602	1 242	494	329	4. Vj.
1 540	1 050	3 803	2 623	1 591	1 234	485	321	1980 1. Vj.
1 545	1 056	3 803	2 620	1 584	1 227	485	321	2. Vj.
1 553	1 062	3 827	2 632	1 586	1 227	497	332	3. Vj.
1 538	1 043	3 807	2 606	1 573	1 213	494	328	4. Vj.
1 506	1 014	3 774	2 570	1 541	1 186	486	320	1981 1. Vj.
1 506	1 015	3 744	2 544	1 519	1 166	484	319	2. Vj.
1 508	1 018	3 755	2 552	1 506	1 154	495	329	3. Vj.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 44*

Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

Mio

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
1950	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 203	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 531	441	12 090	2 607	5 757	2 920	807
1971	12 006	423	11 583	2 465	5 499	2 824	795
1972	11 484	373	11 111	2 367	5 213	2 763	769
1973	11 426	347	11 079	2 362	5 294	2 666	757
1974	10 709	341	10 368	2 238	5 006	2 407	718
1975	9 573	335	9 238	1 953	4 458	2 156	671
1976	9 651	319	9 332	1 968	4 521	2 184	659
1977	9 493	300	9 193	1 900	4 511	2 149	633
1978	9 266	286	8 980	1 842	4 409	2 108	621
1979	9 254	283	8 970	1 835	4 437	2 087	612
1980	9 153	286	8 867	1 818	4 402	2 042	605
1978 1. Vj.	2 342	76	2 266	460	1 116	537	152
2. Vj.	2 331	70	2 261	468	1 109	531	154
3. Vj.	2 234	68	2 166	453	1 055	502	156
4. Vj.	2 359	71	2 288	461	1 129	538	159
1979 1. Vj.	2 353	75	2 278	453	1 136	538	151
2. Vj.	2 304	69	2 236	461	1 106	518	150
3. Vj.	2 225	70	2 155	452	1 053	496	154
4. Vj.	2 372	70	2 302	468	1 142	535	157
1980 1. Vj.	2 388	75	2 313	468	1 155	539	151
2. Vj.	2 265	68	2 197	454	1 093	503	147
3. Vj.	2 207	72	2 135	448	1 047	488	152
4. Vj.	2 293	71	2 221	448	1 106	512	156
1981 1. Vj.	2 226	75	2 150	430	1 078	495	147
2. Vj.	2 160	70	2 090	431	1 044	470	146
3. Vj.	2 110	72	2 038	425	1 010	452	151

¹⁾ Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
1970 = 100							
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
1976 = 100							
1970	75,0	88,7	74,5	74,1	75,8	71,4	78,7
1971	78,0	90,2	77,6	77,4	77,9	75,9	83,0
1972	83,2	96,1	82,8	83,8	82,7	81,4	85,5
1973	87,9	100,0	87,5	90,8	86,9	85,5	88,7
1974	90,6	100,4	90,3	93,4	88,6	88,9	93,3
1975	93,4	98,1	93,3	90,8	93,4	93,4	99,5
1976	100	100	100	100	100	100	100
1977	104,6	100,4	104,7	103,8	105,2	105,9	105,9
1978	108,0	103,8	108,2	110,1	107,3	107,6	110,5
1979	113,5	108,2	113,7	119,3	111,7	112,7	114,5
1980	114,8	107,4	115,0	116,6	114,8	114,1	118,1
1978 1. Vj.	103,2	104,5	103,2	104,4	102,8	104,3	105,6
2. Vj.	107,8	101,0	108,1	111,4	107,0	106,0	110,9
3. Vj.	108,4	102,2	108,4	112,8	105,9	107,1	109,5
4. Vj.	112,7	108,2	112,8	111,7	113,6	113,3	115,3
1979 1. Vj.	107,4	111,1	107,3	111,9	105,4	108,0	110,0
2. Vj.	114,5	107,4	114,7	122,2	112,2	112,3	115,1
3. Vj.	114,2	105,7	114,5	123,2	109,7	113,6	113,7
4. Vj.	118,0	108,7	118,3	118,7	119,1	117,4	119,1
1980 1. Vj.	112,5	110,1	112,6	117,8	110,7	113,3	114,6
2. Vj.	116,1	108,1	116,2	120,4	115,4	113,8	118,5
3. Vj.	114,1	104,1	114,4	114,9	113,5	113,4	117,0
4. Vj.	116,8	108,3	117,1	112,0	120,0	116,4	121,7
1981 1. Vj.	114,0	108,1	114,3	116,4	113,7	112,8	119,4
2. Vj.	117,6	104,5	118,1	118,7	119,0	113,7	121,1
3. Vj.	118,0	104,6	118,3	119,5	117,2	116,4	120,8

¹⁾ Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff. und 5/1981, S. 315 ff.

Tabelle 46*

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten ¹⁾							
	umbauter Raum ²⁾				veranschlagte reine Baukosten ³⁾			
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		insgesamt	Wohnbauten	Nichtwohnbauten	
			Wirtschafts-bau ⁴⁾	Öffentlicher Bau ⁵⁾			Wirtschafts-bau ⁴⁾	Öffentlicher Bau ⁵⁾
	1000 cbm				Mio DM			
1950		140 665				5 243		
1951		139 448				5 337		
1952		230 108		94 456	9 694	6 216		3 478
1953		245 968		82 319	11 370	7 860		3 510
1954		282 134		96 542	13 375	9 062		4 313
1955	6)	309 971		114 452	15 488	10 063		5 425
1956		304 197		123 900	16 130	10 061		6 069
1957		286 391		112 313	16 404	10 459		5 945
1958		311 254		117 957	19 208	12 386		6 821
1959		343 689		132 785	22 136	14 321		7 815
1960		392 427		158 000	27 491	17 253		10 238
1961		422 657		174 075	31 685	19 851		11 834
1962		425 658		135 881	34 675	22 176	7 744	4 756
1963		383 726		115 015	34 189	21 836	7 006	5 348
1964		429 635		139 465	40 738	25 397	9 032	6 309
1965		441 163		137 138	44 879	28 534	9 484	6 860
1966		421 309		136 995	39 171	28 555	9 840	6 285
1967		378 533		120 828	38 386	26 062	9 105	6 316
1968		400 265		132 687	41 170	27 031	9 594	6 562
1969		470 177		185 986	49 521	29 541	13 307	6 673
1970		497 264		184 841	59 058	35 529	15 299	8 230
1971		542 377		180 151	73 588	47 011	16 916	9 661
1972		567 238		178 182	87 234	57 221	19 769	10 244
1973		520 450		173 875	85 939	55 732	19 916	10 291
1974		388 207		123 953	55 004	41 964	15 472	14 781
1975		384 504		141 211	52 599	40 482	18 801	14 988
1976		374 089		128 309	35 553	46 338	16 559	9 961
1977		353 042		118 581	29 406	46 773	15 632	8 904
1978		421 216		137 520	36 083	59 182	18 395	10 954
1979		395 688		137 364	30 367	59 998	19 225	10 432
1980		389 154		141 121	32 681	61 722	22 216	12 703
1979 1. Vj.]		86 631		28 304	6 384	19 577	13 437	6 140
2. Vj.]		103 868		34 141	7 190	23 083	16 140	6 943
3. Vj.]		106 609		37 680	8 327	24 196	16 017	8 179
4. Vj.]		98 892		37 375	8 599	22 816	14 414	8 402
1980 1. Vj.]		89 016		30 147	7 551	21 349	14 075	4 544
2. Vj.]		103 399		36 390	8 141	25 521	16 711	5 685
3. Vj.]		104 064		38 614	8 454	26 072	16 547	6 188
4. Vj.]		92 754		35 995	8 542	23 724	14 406	5 808
1981 1. Vj.]		78 960		28 208	5 813	20 886	13 713	4 801
2. Vj.]		96 338		34 046	6 915	25 605	17 274	5 576
3. Vj.]		91 374		33 626	7 609	25 241	16 182	5 763

¹⁾ Die Vierteljahreszahlen umfassen, da die Meldungen der Baugenehmigungsbehörden teilweise nicht termingerecht eingehen, nicht immer alle Baugenehmigungen des Berichtsvierteljahres.

²⁾ Ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).

³⁾ Alle Baumaßnahmen.

⁴⁾ Unternehmen und private Haushalte.

⁵⁾ Öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck.

⁶⁾ Ohne Saarland und Berlin.

⁷⁾ Errechnet auf der Basis geschätzter Monatswerte.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

a) Wertindex 1976 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungs- bau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßen- bau	sonstiger Tiefbau	
				private ¹⁾	öffentliche ²⁾			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau ²⁾
1971	110,7	114,4	120,2	113,9	104,8	105,0	94,2	112,8	104,9
1972	116,1	125,4	145,9	114,7	104,7	102,0	92,4	108,8	105,7
1973	111,5	116,3	118,9	114,0	115,4	104,2	96,6	109,6	105,3
1974	99,7	98,3	90,2	90,8	127,2	101,8	98,5	104,1	104,6
1975	106,6	104,0	94,4	106,1	119,8	110,4	101,5	116,6	117,3
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	115,6	111,4	120,3	107,1	101,4	122,7	124,8	121,1	118,3
1978	142,5	138,7	158,2	123,8	124,9	148,9	145,0	151,7	153,2
1979	160,8	157,9	172,0	149,3	143,2	165,4	157,1	171,3	167,2
1980	165,2	164,3	169,8	166,4	149,0	166,6	142,9	183,4	173,4
1974 1. Vj.	83,8	90,3	86,3	91,0	97,3	73,6	61,0	82,6	74,9
2. Vj.	114,2	110,5	112,4	102,3	121,3	119,9	118,0	121,2	127,6
3. Vj.	109,1	100,4	88,0	86,5	148,4	122,4	128,6	118,0	117,6
4. Vj.	91,8	92,0	74,1	83,3	141,8	91,3	86,6	94,6	98,5
1975 1. Vj.	86,7	88,0	77,2	95,8	96,1	84,7	64,8	98,9	96,7
2. Vj.	122,3	114,6	103,7	115,1	135,5	133,9	124,6	140,5	137,2
3. Vj.	114,1	111,6	98,8	120,3	122,0	118,0	126,8	111,7	113,0
4. Vj.	103,1	101,9	97,8	93,2	125,6	104,8	89,9	115,3	122,3
1976 1. Vj.	88,5	94,8	101,2	88,1	94,0	79,0	60,4	92,2	91,8
2. Vj.	109,6	110,5	110,7	117,2	99,1	108,2	112,5	105,1	103,5
3. Vj.	106,5	98,8	100,7	97,3	98,5	118,2	134,1	107,0	109,9
4. Vj.	95,3	95,7	87,5	97,5	108,5	94,7	93,2	95,7	94,8
1977 1. Vj.	90,8	94,2	102,6	96,3	74,3	85,5	74,3	93,4	83,7
2. Vj.	126,3	119,1	129,7	111,3	111,9	138,2	152,4	128,0	124,9
3. Vj.	128,4	116,8	123,2	109,5	117,5	147,1	165,0	134,3	131,8
4. Vj.	117,0	115,4	125,8	111,5	101,8	119,9	107,5	128,7	132,9
1978 1. Vj.	113,5	116,5	139,6	103,8	91,5	108,7	90,7	121,6	118,9
2. Vj.	157,3	145,9	170,5	127,0	128,7	175,8	173,7	177,2	182,2
3. Vj.	160,5	149,8	164,6	129,0	156,4	178,0	194,3	166,3	168,6
4. Vj.	138,7	142,3	158,2	135,3	122,8	133,1	121,3	141,5	142,9
1979 1. Vj.	135,3	140,3	155,6	133,9	119,2	127,3	110,2	139,5	128,9
2. Vj.	182,6	178,2	195,7	167,4	160,0	189,6	191,4	188,2	186,9
3. Vj.	174,3	162,5	170,4	157,5	154,6	193,2	194,1	192,5	191,2
4. Vj.	150,9	150,5	166,2	138,3	138,8	151,5	132,6	164,9	161,6
1980 1. Vj.	158,0	158,3	169,6	162,5	127,4	157,7	123,0	182,2	172,7
2. Vj.	180,9	174,2	180,9	176,1	156,6	191,7	171,7	206,2	194,2
3. Vj.	173,5	170,1	168,3	168,6	176,2	178,9	167,2	187,2	173,8
4. Vj.	148,3	154,5	160,3	158,4	135,9	138,2	110,2	158,0	153,1
1981 1. Vj.	136,3	147,6	164,8	146,1	114,4	118,1	89,4	138,4	123,3
2. Vj.	158,8	168,3	178,0	169,4	146,1	143,6	133,1	151,1	131,7
3. Vj. ³⁾	149,6	152,5	146,1	162,3	149,2	144,8	135,7	151,3	135,9

¹⁾ Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.²⁾ Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, sonstige öffentliche Auftraggeber.³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 47*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

b) Volumenindex 1976 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau			Tiefbau		
		zusammen	Wohnungs- bau	sonstiger Hochbau	zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
1971	134,0	139,4	148,5	133,1	125,3	112,1	134,8
1972	134,5	144,6	169,4	127,3	119,0	108,5	126,4
1973	123,1	127,0	130,5	124,5	116,8	109,7	122,0
1974	104,0	102,7	94,3	108,9	105,5	102,1	107,9
1975	109,6	107,5	97,3	114,9	112,2	103,0	118,9
1976	100	100	100	100	100	100	100
1977	110,9	106,0	114,4	100,0	119,0	121,8	117,3
1978	129,3	125,0	142,0	112,6	137,0	133,5	139,4
1979	134,2	131,4	142,6	123,0	139,0	131,9	143,9
1980	123,8	123,0	125,9	121,3	125,2	107,0	138,2
1974 1. Vj.	89,9	96,9	92,4	100,3	78,7	65,1	88,5
2. Vj.	118,5	114,7	116,9	113,3	123,9	122,1	125,3
3. Vj.	112,6	103,7	91,0	113,0	125,6	132,0	121,0
4. Vj.	94,9	95,5	77,0	108,8	93,7	89,1	96,9
1975 1. Vj.	89,9	91,7	80,2	100,3	86,8	66,3	101,3
2. Vj.	125,4	118,3	106,7	126,7	135,6	125,9	142,5
3. Vj.	117,0	114,9	101,7	124,5	119,8	128,4	114,2
4. Vj.	105,9	105,1	100,8	108,3	106,6	91,3	117,6
1976 1. Vj.	90,4	97,0	103,5	92,5	80,1	61,1	93,7
2. Vj.	110,0	111,0	111,2	110,9	108,1	112,5	105,2
3. Vj.	105,6	97,7	99,4	96,6	117,5	133,5	106,3
4. Vj.	94,2	94,2	86,0	100,1	94,1	92,9	95,0
1977 1. Vj.	89,2	91,9	100,1	86,1	84,7	73,9	92,4
2. Vj.	121,5	113,6	123,8	106,3	134,6	149,3	124,3
3. Vj.	122,1	110,0	115,8	106,1	141,9	160,1	129,3
4. Vj.	110,9	108,3	117,8	101,3	115,0	103,7	123,1
1978 1. Vj.	106,2	107,9	129,7	92,2	103,3	86,6	115,1
2. Vj.	144,4	132,6	154,6	116,2	163,8	162,9	164,7
3. Vj.	143,8	132,9	146,0	123,4	161,9	178,0	150,9
4. Vj.	123,1	125,0	139,2	114,8	120,0	110,1	127,2
1979 1. Vj.	119,0	122,7	135,6	112,8	113,2	97,9	123,8
2. Vj.	154,2	149,8	163,8	139,1	161,5	163,2	160,4
3. Vj.	142,3	132,3	138,0	128,1	158,5	159,1	158,0
4. Vj.	121,5	120,9	132,9	111,9	122,7	107,2	133,5
1980 1. Vj.	123,2	123,4	130,9	117,9	122,9	95,5	142,2
2. Vj.	135,6	103,6	134,2	128,2	144,0	128,2	155,0
3. Vj.	127,6	125,0	122,4	127,7	132,0	122,9	138,4
4. Vj.	108,9	113,1	116,1	111,3	102,1	81,2	117,0
1981 1. Vj.	99,2	107,0	118,1	98,7	86,8	65,6	101,9
2. Vj.	113,3	119,1	124,4	115,4	104,1	96,3	109,7
3. Vj. ¹⁾	106,1	107,1	101,4	112,2	104,5	97,9	109,3

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1976 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungs- bau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßen- bau	sonstiger Tiefbau	
				private ¹⁾	öffentliche ²⁾			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau ²⁾
				Auftraggeber					
1971	111,7	118,6	131,6	108,6	111,7	100,4	99,0	101,2	94,5
1972	117,3	131,4	166,3	109,7	104,8	94,2	97,8	92,1	83,3
1973	117,0	127,6	151,6	112,2	110,2	99,7	106,9	95,6	87,5
1974	100,4	99,4	92,5	93,0	119,8	102,2	118,0	93,1	91,4
1975	99,3	98,8	85,4	99,9	119,3	100,0	108,9	94,9	95,2
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	94,6	91,0	90,0	94,2	89,8	101,4	113,3	94,6	95,0
1978	120,1	112,8	122,7	105,0	108,1	133,7	142,0	128,9	131,0
1979	151,3	144,9	159,3	133,7	134,9	162,5	172,8	156,6	157,4
1980	157,1	152,1	159,6	146,8	146,3	165,7	156,4	171,0	165,2
1974 Mär	100,7	102,8	104,3	90,8	117,2	97,1	108,4	90,7	85,0
Jun	103,8	102,7	95,7	97,6	121,6	105,5	122,2	96,0	94,6
Sep	102,5	98,8	88,0	97,6	118,1	108,6	130,3	96,3	95,2
Dez	94,9	93,4	81,7	86,1	122,3	97,4	111,1	89,6	90,7
1975 Mär	96,4	95,0	75,4	96,5	124,8	98,8	109,8	92,6	92,6
Jun	104,0	102,3	87,9	104,5	122,5	106,9	118,4	100,3	97,5
Sep	99,4	100,0	87,9	103,6	115,1	98,5	110,6	91,6	92,0
Dez	97,2	98,1	90,5	95,1	115,0	95,6	96,6	95,0	98,4
1976 Mär	105,3	104,6	98,3	104,0	115,8	106,4	99,8	110,2	111,4
Jun	105,8	106,3	111,4	105,4	99,3	105,0	104,5	105,4	102,7
Sep	99,0	99,1	100,3	99,2	96,9	98,9	103,6	96,3	96,6
Dez	89,7	89,8	89,7	91,3	88,2	89,6	92,0	88,3	89,1
1977 Mär	91,3	89,6	86,1	97,0	86,8	94,9	100,8	91,6	90,7
Jun	93,5	89,3	87,9	93,8	87,0	101,4	116,7	92,7	92,6
Sep	98,4	94,1	93,2	96,9	93,6	106,3	124,2	96,2	97,1
Dez	95,2	91,0	93,0	89,1	91,6	102,9	111,4	98,1	99,5
1978 Mär	108,6	103,0	111,3	97,8	97,3	119,0	128,5	113,6	114,5
Jun	119,3	110,8	119,1	105,8	105,3	134,7	148,2	127,0	125,1
Sep	126,8	118,3	128,8	108,7	115,1	142,4	150,1	138,0	142,0
Dez	125,8	119,0	131,4	107,6	114,6	138,5	141,1	137,1	142,3
1979 Mär	145,8	137,8	154,6	123,8	127,5	159,7	168,4	154,7	154,0
Jun	156,4	149,3	165,6	138,2	135,9	168,6	187,7	157,7	156,0
Sep	155,7	148,7	161,1	139,7	139,4	167,8	184,3	158,4	157,0
Dez	147,3	143,7	156,0	133,0	136,6	153,7	150,7	155,4	162,4
1980 Mär	159,0	152,0	165,5	142,2	141,4	171,1	165,7	174,1	168,5
Jun	160,5	152,4	160,6	149,6	141,9	174,6	168,6	178,0	172,1
Sep	157,0	153,6	158,3	150,2	150,1	162,9	154,9	167,4	160,4
Dez	151,7	150,3	153,8	144,9	151,7	154,1	136,3	164,3	159,9
1981 Mär	160,7	160,0	167,3	153,5	156,0	162,1	143,0	172,9	157,5
Jun	156,6	157,5	161,3	157,5	151,1	155,1	139,1	164,2	149,8

1) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.

2) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 49*

Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe¹⁾

Zeitraum	Umsatz ²⁾				Be- schäftigte ³⁾	Geleistete Arbeits- stunden ⁴⁾	Nettopro- duktions- index ⁵⁾
	insgesamt	Wohnungs- bau	landwirt- schaftlicher und gewerb- licher Bau	öffentlicher und Verkehrsbau			
	Mio DM						
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	46 358	18 088	9 164	19 105	1 503	2 561	92,9
1968	29 711	11 451	6 487	11 772	1 524	2 556	86,7
1969	44 648	16 606	10 078	17 964	1 543	2 520	94,8
1970	57 578	20 092	13 794	23 692	1 567	2 606	104,8
1971	70 004	25 562	17 880	26 562	1 583	2 627	108,3
1972	77 560	30 959	18 651	27 950	1 571	2 614	115,9
1973	81 078	32 963	19 914	28 201	1 546	2 435	116,8
1974	78 794	29 984	18 490	30 320	1 387	2 139	108,7
1975	75 370	26 697	17 570	31 103	1 242	1 890	96,6
1976	78 398	28 326	19 359	30 712	1 222	1 844	100
1977	86 128	32 767	20 467	32 894	1 168	1 722	103,5
1978	77 984	29 497	19 276	29 211	1 190	1 692	110,0
1979	92 080	34 703	22 770	34 606	1 240	1 724	117,4
1980	112 484	42 617	28 702	41 166	1 263	1 745	114,2
1979 1. Vj.	12 380	4 823	3 575	3 982	1 176	285	78,9
2. Vj.	24 488	10 172	5 717	8 599	1 249	496	134,7
3. Vj.	24 538	8 792	5 973	9 774	1 272	477	128,0
4. Vj.	30 673	10 916	7 505	12 252	1 263	465	129,5
1980 1. Vj.	18 268	7 260	5 159	5 849	1 226	375	97,1
2. Vj.	26 499	10 356	6 804	9 339	1 276	483	132,9
3. Vj.	30 347	11 344	7 707	11 296	1 287	470	116,5
4. Vj.	37 370	13 656	9 032	14 682	1 262	417	111,5
1981 1. Vj.	18 408	7 045	5 179	6 184	1 192	302	79,8
2. Vj.	27 434	10 696	7 055	9 684	1 224	457	127,5
3. Vj.	113,4

¹⁾ Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1967 (Nettoproduktionsindex bis 1969). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte.

³⁾ Bis 1976 ohne, ab 1977 einschließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen.

⁴⁾ Von Inhabern, Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden.

⁵⁾ Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

⁶⁾ Von 1962 bis 1969 Basis 1970 = 100.

⁷⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Einzelhandelsumsatz
1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	Darunter Einzelhandel mit								
		Waren verschiedener Art	Nahrungs- und Genußmitteln	Textilwaren und Schuhen	Hausrat und Wohnbedarf	elektrotechnischen und optischen Erzeugnissen, Uhren	Papierwaren und Druckerzeugnissen	pharmazeutischen, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen	Kohle und Mineralölerzeugnissen	Fahrzeugen, Maschinen, Büroeinrichtungen
in jeweiligen Preisen										
1967	78,1	73,4	82,3	78,8	75,8	75,7	81,6	79,0	77,2	70,3
1968	81,5	80,2	86,1	80,6	77,7	78,6	85,2	85,1	83,8	68,5
1969	89,8	87,2	92,5	89,7	87,4	87,5	93,8	93,6	88,1	84,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	110,4	113,4	109,7	111,2	114,9	111,9	110,8	110,3	105,2	106,0
1972	121,0	126,4	120,0	122,7	130,0	126,1	119,9	119,6	107,0	110,9
1973	129,9	137,8	130,1	127,4	138,2	134,5	129,3	130,2	148,9	110,2
1974	136,9	151,5	137,0	134,1	144,5	148,0	141,4	142,3	160,7	103,5
1975	149,2	165,6	147,1	144,6	150,9	156,3	154,5	154,4	165,4	129,4
1976	159,8	172,4	159,1	149,3	157,9	163,3	162,5	162,9	191,5	148,4
1977	171,3	180,8	170,2	159,4	176,0	176,6	172,7	169,1	183,4	169,4
1978	180,1	186,2	178,0	169,5	184,1	185,0	182,7	177,7	195,4	182,9
1979	191,5	194,7	187,3	175,3	192,9	194,0	195,4	184,1	296,7	191,0
1980	202,3	203,8	202,3	190,4	208,6	208,1	211,3	194,5	292,2	184,8
1980 1. Vj.	189,1	188,3	187,6	169,3	189,5	176,9	188,9	185,0	306,1	193,0
2. Vj.	194,0	182,3	198,8	174,5	191,4	173,3	179,2	190,7	301,1	198,3
3. Vj.	191,7	184,8	199,2	170,4	195,2	188,7	211,8	190,4	304,9	169,8
4. Vj.	234,6	259,6	223,3	247,7	258,1	293,6	265,4	211,9	256,7	178,2
1981 1. Vj.	191,2	x	190,7	166,9	191,1	185,8	183,3	192,4	330,0	194,5
2. Vj.	199,9	x	207,4	177,0	201,7	180,5	186,1	203,8	256,0	207,8
3. Vj. ²⁾	195,8	x	201,7	171,6	196,5	185,3	195,3	197,4	304,5	190,7
in Preisen von 1970										
1967	81,2	76,2	84,4	82,3	79,1	77,3	88,3	84,7	80,8	75,3
1968	84,9	83,4	89,1	84,3	81,4	80,3	90,5	89,1	86,7	72,7
1969	92,6	90,0	94,2	93,1	90,9	88,9	97,7	96,4	93,6	89,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,5	108,4	106,1	104,8	108,8	108,6	103,4	105,6	97,1	100,0
1972	110,4	115,6	110,4	109,2	118,5	118,5	108,9	109,9	97,8	100,5
1973	111,2	119,2	112,3	105,6	120,0	119,6	111,6	114,8	106,4	96,3
1974	109,3	122,0	112,7	103,2	115,9	120,3	113,0	118,7	93,3	84,4
1975	113,0	125,9	114,6	106,2	114,8	122,6	115,4	122,7	93,7	98,8
1976	117,0	128,2	119,5	106,1	116,9	127,3	118,4	126,7	100,6	110,4
1977	121,0	130,4	121,1	108,4	125,5	136,1	121,6	128,3	96,1	122,6
1978	124,4	130,6	125,7	110,3	126,4	141,2	125,3	132,2	100,8	128,0
1979	127,6	133,5	130,6	109,2	127,3	144,3	131,7	132,8	115,7	129,4
1980	128,0	133,0	135,9	112,1	128,3	141,4	137,2	134,1	99,8	119,5
1980 1. Vj.	121,7	125,6	127,7	101,7	120,1	122,8	124,8	130,1	106,0	127,4
2. Vj.	122,7	120,1	133,0	103,4	119,0	117,7	116,9	132,3	102,0	127,4
3. Vj.	120,7	120,7	132,8	100,2	119,2	127,7	137,3	130,5	106,0	108,8
4. Vj.	146,9	165,8	149,9	143,5	155,3	197,4	169,9	143,6	85,2	114,2
1981 1. Vj.	117,2	x	124,7	95,3	112,8	124,0	115,8	128,6	102,5	124,1
2. Vj.	120,2	x	131,9	100,0	116,8	119,3	115,5	134,5	78,2	130,4
3. Vj. ²⁾	118,3	x	129,9	97,0	114,0	122,7	121,3	130,5	91,6	119,6

1) Einschließlich Einzelhandel mit sonstigen Waren.

2) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 51*

Zahlungs
Mio

Zeitraum	Devisen- bilanz ¹⁾	Leistungsbilanz				
		insgesamt	Waren- und Dienstleistungsverkehr			Übertragungs- bilanz ⁴⁾
			zusammen	Handels- bilanz ²⁾	Dienst- leistungs- bilanz ³⁾	
1950	- 564	- 427	- 2 492	- 3 012	+ 520	+ 2 065
1951	+ 2 038	+ 2 301	+ 772	- 149	+ 921	+ 1 529
1952	+ 2 900	+ 2 478	+ 2 318	+ 706	+ 1 612	+ 160
1953	+ 3 646	+ 3 873	+ 4 324	+ 2 516	+ 1 808	- 451
1954	+ 2 971	+ 3 669	+ 4 143	+ 2 698	+ 1 445	- 474
1955	+ 1 851	+ 2 235	+ 3 069	+ 1 245	+ 1 824	- 834
1956	+ 5 010	+ 4 459	+ 5 680	+ 2 897	+ 2 783	- 1 221
1957	+ 5 122	+ 5 901	+ 7 783	+ 4 083	+ 3 700	- 1 882
1958	+ 3 444	+ 5 998	+ 7 998	+ 4 954	+ 3 044	- 2 000
1959	- 1 692	+ 4 152	+ 7 431	+ 5 361	+ 2 070	- 3 279
1960	+ 8 019	+ 4 783	+ 8 271	+ 5 223	+ 3 048	- 3 488
1961	- 2 297	+ 3 193	+ 7 623	+ 6 615	+ 1 008	- 4 430
1962	- 877	- 1 580	+ 3 630	+ 3 477	+ 153	- 5 210
1963	+ 2 740	+ 991	+ 6 086	+ 6 032	+ 54	- 5 095
1964	+ 435	+ 524	+ 5 835	+ 6 081	- 246	- 5 311
1965	- 1 283	- 6 223	+ 154	+ 1 203	- 1 049	- 6 377
1966	+ 1 952	+ 488	+ 6 783	+ 7 958	- 1 175	- 6 295
1967	- 140	+10 006	+16 428	+16 862	- 434	- 6 422
1968	+ 7 009	+11 856	+19 168	+18 372	+ 796	- 7 312
1969	-14 361	+ 7 498	+16 248	+15 584	+ 664	- 8 750
1970	+22 650	+ 3 183	+12 942	+15 670	- 2 728	- 9 759
1971	+10 986	+ 2 770	+14 385	+15 892	- 1 507	-11 615
1972	+15 195	+ 2 731	+16 570	+20 278	- 3 708	-13 840
1973	+16 149	+12 354	+27 881	+32 979	- 5 098	-15 527
1974	- 9 136	+26 581	+42 632	+50 846	- 8 214	-16 050
1975	+ 3 260	+ 9 932	+27 631	+37 276	- 9 645	-17 879
1976	+ 1 301	+ 9 915	+27 799	+34 469	- 6 670	-17 884
1977	+ 2 570	+ 9 498	+27 719	+38 436	-10 717	-18 221
1978	+12 185	+18 419	+35 850	+41 200	- 5 350	-17 431
1979	- 7 288	- 9 644	+11 100	+22 429	-11 329	-20 745
1980	-25 730	-29 832	- 5 795	+ 8 947	-14 742	-24 037
1979 1. Vj.	- 8 788	+ 3 582	+ 7 665	+ 7 841	- 176	- 4 083
2. Vj.	- 2 180	- 2 220	+ 2 399	+ 7 023	- 4 624	- 4 619
3. Vj.	+ 9 659	- 8 794	- 2 869	+ 3 469	- 6 338	- 5 925
4. Vj.	- 5 979	- 2 213	+ 3 905	+ 4 097	- 192	- 6 118
1980 1. Vj.	-10 652	- 5 143	+ 424	+ 2 732	- 2 308	- 5 566
2. Vj.	- 4 870	- 7 228	- 844	+ 1 665	- 2 509	- 6 385
3. Vj.	- 2 080	-12 670	- 6 782	+ 1 491	- 8 273	- 5 888
4. Vj.	- 8 127	- 4 790	+ 1 409	+ 3 061	- 1 652	- 6 198
1981 1. Vj.	+ 1 743	- 9 138	- 3 209	- 195	- 3 014	- 5 930
2. Vj.	+ 5 050	- 5 339	+ 1 303	+ 6 546	- 5 243	- 6 642
3. Vj.	- 1 759	-12 278	- 4 231	+ 7 095	-11 326	- 8 047

¹⁾ Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).

²⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.

³⁾ Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten; jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffenden Ergänzungen (hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung).

⁴⁾ Eigene Leistungen: -.

bilanz

DM

Saldo des gesamten Kapitalverkehrs	Kapitalbilanz ⁵⁾		Saldo der statistisch erfaßten Transaktionen	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen ⁶⁾	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank ⁷⁾	Zeitraum
	langfristiger	kurzfristiger				
	Kapitalverkehr					
+ 637	+ 488	+ 149	+ 210	- 774	—	1950
- 543	- 79	- 464	+ 1 758	+ 280	—	1951
+ 6	- 357	+ 363	+ 2 484	+ 416	—	1952
- 698	- 378	- 320	+ 3 175	+ 471	—	1953
- 106	- 438	+ 332	+ 3 563	- 592	—	1954
- 640	- 271	- 369	+ 1 595	+ 256	—	1955
- 162	- 365	+ 203	+ 4 297	+ 713	—	1956
- 2 655	- 390	- 2 265	+ 3 246	+ 1 876	—	1957
- 2 329	- 1 437	- 892	+ 3 669	- 225	—	1958
- 6 398	- 3 629	- 2 769	- 2 246	+ 554	—	1959
+ 1 272	- 81	+ 1 353	+ 6 055	+ 1 964	—	1960
- 5 009	- 4 053	- 956	- 1 816	+ 994	- 1 475	1961
- 597	- 183	- 414	- 2 177	+ 1 300	—	1962
+ 620	+ 1 806	- 1 186	+ 1 611	+ 1 129	—	1963
- 1 325	- 894	- 431	- 801	+ 1 236	—	1964
+ 2 142	+ 1 137	+ 1 005	- 4 081	+ 2 798	—	1965
- 599	- 342	- 257	- 111	+ 2 063	—	1966
-11 848	- 2 930	- 8 918	- 1 842	+ 1 702	—	1967
- 6 125	-11 201	+ 5 076	+ 5 731	+ 1 278	—	1968
-18 679	-23 040	+ 4 361	-11 181	+ 919	- 4 099	1969
+15 113	- 934	+16 047	+18 296	+ 3 616	+ 738	1970
+10 884	+ 6 293	+ 4 592	+13 654	+ 2 701	- 5 370	1971
+11 932	+15 551	- 3 620	+14 662	+ 1 028	- 495	1972
+13 143	+12 950	+ 194	+25 498	+ 931	-10 279	1973
-25 298	- 6 282	-19 015	+ 1 284	- 3 189	- 7 231	1974
-13 282	-18 231	+ 4 949	- 3 350	+ 1 131	+ 5 480	1975
- 1 033	- 1 476	+ 443	+ 8 882	- 92	- 7 489	1976
- 287	-12 931	+12 644	+ 9 211	+ 1 239	- 7 880	1977
+ 5 436	- 2 946	+ 8 382	+23 855	- 4 083	- 7 586	1978
+ 9 869	+10 826	- 957	+ 225	- 5 178	- 2 334	1979
+ 5 636	+ 6 860	- 1 223	-24 195	- 3 699	+ 2 164	1980
-10 195	- 753	- 9 442	- 6 612	- 2 709	+ 534	1979 1. Vj.
+ 1 555	+ 4 022	- 2 467	- 665	- 1 515	—	2. Vj.
+19 025	+ 8 696	+10 329	+10 231	- 572	—	3. Vj.
- 516	- 1 138	+ 622	- 2 729	- 382	- 2 868	4. Vj.
- 4 264	+ 334	- 4 598	- 9 408	- 1 753	+ 508	1980 1. Vj.
+ 2 119	+ 1 482	+ 637	- 5 110	+ 240	—	2. Vj.
+10 700	+ 1 076	+ 9 624	- 1 970	- 110	—	3. Vj.
- 2 919	+ 3 968	- 6 887	- 7 708	- 2 075	+ 1 656	4. Vj.
+13 930	+ 3 423	+10 506	+ 4 791	- 2 664	- 384	1981 1. Vj.
+ 5 574	+ 4 335	+ 1 239	+ 235	+ 4 815	—	2. Vj.
+10 953	+ 6 733	+ 4 220	- 1 325	- 434	—	3. Vj.

⁵⁾ Kapitalexport: —.⁶⁾ Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).⁷⁾ Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Auslandsposition der Bundesbank.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 52*

Kapitalverkehr

(Kapital)

Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalver							
	insgesamt ²⁾	privat ¹⁾						
		zusammen ²⁾	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: -)			ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
			zusammen ²⁾	Direktinvestitionen ³⁾ und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen ⁴⁾ , Portfolioinvestitionen	zusammen ²⁾	Direktinvestitionen ³⁾ und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen ⁴⁾ , Portfolioinvestitionen ⁵⁾
1960	- 81	+ 1 230	- 1 494	- 733	- 783	+ 2 724	+ 807	+ 2 033
1961	- 4 053	+ 1 035	- 1 268	- 1 002	- 268	+ 2 303	+ 1 178	+ 1 253
1962	- 183	+ 1 107	- 1 740	- 1 335	- 374	+ 2 847	+ 1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	+ 3 253	- 1 663	- 1 033	- 633	+ 4 916	+ 1 931	+ 3 009
1964	- 894	+ 421	- 2 377	- 1 372	- 1 022	+ 2 798	+ 2 444	+ 367
1965	+ 1 137	+ 2 428	- 2 199	- 1 448	- 741	+ 4 627	+ 3 557	+ 1 087
1966	- 342	+ 2 189	- 2 815	- 1 616	- 1 187	+ 5 004	+ 3 953	+ 1 064
1967	- 2 930	- 1 440	- 3 663	- 1 502	- 2 150	+ 2 223	+ 3 285	- 1 010
1968	- 11 201	- 9 872	- 12 223	- 2 185	- 10 020	+ 2 351	+ 2 087	+ 323
1969	- 23 040	- 21 203	- 22 706	- 3 142	- 19 541	+ 1 503	+ 1 989	- 465
1970	- 934	+ 1 454	- 8 648	- 3 580	- 5 048	+ 10 102	+ 2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	+ 8 458	- 4 027	- 4 230	+ 219	+ 12 485	+ 3 827	+ 8 666
1972	+ 15 551	+ 17 029	+ 315	- 5 760	+ 6 115	+ 16 714	+ 6 054	+ 10 703
1973	+ 12 950	+ 15 153	- 710	- 5 186	+ 4 470	+ 15 863	+ 5 465	+ 10 411
1974	- 6 282	- 5 405	- 9 484	- 5 482	- 3 918	+ 4 078	+ 5 609	- 1 523
1975	- 18 231	- 19 393	- 21 875	- 5 353	- 16 434	+ 2 482	+ 1 651	+ 334
1976	- 1 476	- 3 896	- 17 556	- 6 576	- 10 880	+ 13 660	+ 2 628	+ 11 040
1977	- 12 931	- 11 313	- 20 946	- 5 551	- 15 263	+ 9 634	+ 1 869	+ 7 768
1978	- 2 946	+ 346	- 20 859	- 7 835	- 12 973	+ 21 205	+ 3 061	+ 18 143
1979	+ 10 826	+ 12 334	- 18 690	- 9 266	- 9 422	+ 31 025	+ 2 048	+ 28 976
1980	+ 6 860	- 14 513	- 27 374	- 9 510	- 17 717	+ 12 861	+ 1 920	+ 10 939
1978 1. Vj.	+ 2 360	+ 3 193	- 3 819	- 1 321	- 2 469	+ 7 013	+ 855	+ 6 156
2. Vj.	- 5 128	- 4 426	- 6 646	- 2 225	- 4 408	+ 2 220	+ 267	+ 1 953
3. Vj.	+ 1 829	+ 2 501	- 3 126	- 1 594	- 1 524	+ 5 627	+ 1 232	+ 4 395
4. Vj.	- 2 008	- 923	- 7 268	- 2 695	- 4 571	+ 6 345	+ 707	+ 5 639
1979 1. Vj.	- 753	- 632	- 5 637	- 2 149	- 3 437	+ 5 005	+ 504	+ 4 500
2. Vj.	+ 4 022	+ 4 487	- 1 773	- 1 283	- 472	+ 6 260	+ 346	+ 5 914
3. Vj.	+ 8 696	+ 8 933	- 2 381	- 2 101	- 320	+ 11 315	+ 923	+ 10 392
4. Vj.	- 1 138	- 454	- 8 899	- 3 734	- 5 195	+ 8 445	+ 276	+ 8 170
1980 1. Vj.	+ 334	- 5 087	- 9 605	- 2 945	- 6 716	+ 4 517	+ 531	+ 3 987
2. Vj.	+ 1 482	- 2 176	- 6 025	- 1 992	- 4 011	+ 3 848	+ 404	+ 3 443
3. Vj.	+ 1 076	- 1 573	- 4 062	- 1 696	- 2 318	+ 2 489	+ 617	+ 1 871
4. Vj.	+ 3 968	- 5 677	- 7 683	- 2 877	- 4 672	+ 2 006	+ 368	+ 1 638
1981 1. Vj.	+ 3 423	- 2 374	- 4 704	- 2 820	- 1 767	+ 2 329	+ 869	+ 1 460
2. Vj.	+ 4 335	- 2 650	- 7 265	- 2 812	- 4 395	+ 4 616	+ 2 499	+ 2 117
3. Vj.	+ 6 733	+ 3 182	- 4 110	- 2 436	- 1 571	+ 7 292	+ 1 004	+ 6 288

¹⁾ Für die Aufgliederung in „Privat“ und „Öffentlich“ ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die beteiligte inländische Stelle angehört.

²⁾ Einschließlich „sonstige Nettokapitalanlagen“.

³⁾ Soweit erkennbar. Einschließlich geschätzter reinvestierter Gewinne.

mit dem Ausland

export: -)

DM

kehr	Kurzfristiger Kapitalverkehr					Zeitraum	
	öffentlich ¹⁾	insgesamt	privat ¹⁾				öffentlich ¹⁾
			zusammen	Kredit- institute	Wirtschafts- unternehmen und Private		
- 1 311	+ 1 353	+ 2 359	+ 2 369	- 10	-1 006	1960	
- 5 088	- 956	- 735	- 380	- 355	- 221	1961	
- 1 290	- 414	- 254	- 259	+ 5	- 160	1962	
- 1 447	- 1 186	- 1 177	+ 684	-1 861	- 9	1963	
- 1 315	- 431	+ 610	+ 85	+ 525	-1 041	1964	
- 1 291	+ 1 005	- 47	- 478	+ 431	+1 052	1965	
- 2 531	- 257	- 594	- 574	- 20	+ 337	1966	
- 1 490	- 8 918	- 8 557	- 4 823	-3 734	- 361	1967	
- 1 329	+ 5 076	+ 3 891	+ 2 455	+1 436	+1 185	1968	
- 1 837	+ 4 361	+ 4 390	+ 4 325	+ 65	- 29	1969	
- 2 388	+16 047	+16 344	+ 7 927	+8 417	- 297	1970	
- 2 166	+ 4 592	+ 3 179	+ 1 172	+2 007	+1 412	1971	
- 1 478	- 3 620	- 4 012	- 420	-3 592	+ 391	1972	
- 2 203	+ 194	+ 26	- 5 149	+5 175	+ 168	1973	
- 877	-19 015	-19 020	- 9 733	-9 287	+ 4	1974	
+ 1 162	+ 4 949	+ 4 263	- 2 261	+6 524	+ 685	1975	
+ 2 420	+ 443	+ 1 046	+ 6 731	-5 685	- 603	1976	
- 1 618	+12 644	+12 684	+ 8 120	+4 564	- 39	1977	
- 3 292	+ 8 382	+ 7 230	+10 089	-2 859	+1 152	1978	
- 1 509	- 957	- 647	+ 4 328	-4 975	- 310	1979	
+21 373	- 1 223	- 807	- 9 346	+8 539	- 416	1980	
- 833	- 2 504	- 3 950	- 3 650	- 300	+1 446	1978 1. Vj.	
- 702	- 1 114	- 1 610	+ 546	-2 156	+ 496	2. Vj.	
- 671	+ 5 221	+ 5 035	+ 4 239	+ 796	+ 187	3. Vj.	
- 1 085	+ 6 779	+ 7 755	+ 8 954	-1 199	- 976	4. Vj.	
- 121	- 9 442	-11 296	- 8 021	-3 275	+1 855	1979 1. Vj.	
- 466	- 2 467	- 3 687	- 1 577	-2 110	+1 221	2. Vj.	
- 238	+10 329	+12 775	+ 9 841	+2 934	-2 446	3. Vj.	
- 684	+ 622	+ 1 561	+ 4 085	-2 524	- 939	4. Vj.	
+ 5 421	- 4 598	- 4 368	- 9 749	+5 381	- 230	1980 1. Vj.	
+ 3 658	+ 637	+ 386	+ 770	- 384	+ 251	2. Vj.	
+ 2 649	+ 9 624	+ 9 922	+ 3 552	+6 370	- 298	3. Vj.	
+ 9 645	- 6 887	- 6 747	- 3 919	-2 828	- 140	4. Vj.	
+ 5 798	+10 506	+ 9 296	+ 4 864	+4 432	+1 210	1981 1. Vj.	
+ 6 984	+ 1 239	+ 955	- 2 948	+3 903	+ 284	2. Vj.	
+ 3 551	+ 4 220	+ 633	- 4 701	+5 334	+3 588	3. Vj.	

¹⁾ Nur Kredite und Darlehen, für die bei Vertragsabschluß eine Laufzeit von mehr als zwölf Monaten vereinbart wurde. — Ohne Direktinvestitionen.²⁾ Einschließlich der Transaktionen in deutschen Auslandsbonds.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 53*

Außenhandel (Spezialhandel)
Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen ¹⁾		Index der Durchschnittswerte		Terms of Trade ²⁾
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1976 = 100		
1950	8 362	11 374					
1951	14 577	14 726					
1952	16 909	16 203	29 839	18 296	56,7	88,6	64,0
1953	18 526	16 010	32 803	19 977	56,5	80,1	70,5
1954	22 035	19 337	38 857	24 652	56,7	78,4	72,3
1955	25 717	24 472	44 556	30 760	57,7	79,6	72,5
1956	30 861	27 964	51 200	34 647	60,3	80,7	74,7
1957	35 968	31 697	57 932	38 361	62,1	82,6	75,2
1958	36 998	31 133	60 450	41 726	61,2	74,6	82,0
1959	41 184	35 823	66 519	49 654	61,9	72,1	85,9
1960	47 946	42 723	76 300	57 910	62,8	73,8	85,1
1961	50 978	44 363	80 889	62 518	63,0	71,0	88,7
1962	52 975	49 498	83 370	72 013	63,5	68,7	92,4
1963	58 310	52 277	87 788	76 921	66,4	68,0	97,6
1964	64 920	58 839	99 429	86 667	65,3	67,9	96,2
1965	71 651	70 448	106 679	99 917	67,2	70,5	95,3
1966	80 628	72 670	117 087	102 178	68,9	71,1	96,9
1967	87 045	70 183	126 274	100 533	68,9	69,8	98,7
1968	99 551	81 179	145 056	117 278	68,6	69,2	99,1
1969	113 557	97 972	160 657	137 260	70,7	71,4	99,0
1970	125 276	109 606	183 776	163 630	68,2	67,0	101,8
1971	136 011	120 119	192 016	176 913	70,8	67,9	104,3
1972	149 023	128 744	204 547	190 001	72,9	67,8	107,5
1973	178 396	145 417	233 816	200 090	76,3	72,7	105,0
1974	230 578	179 733	260 412	192 963	88,5	93,1	95,1
1975	221 589	184 313	230 480	194 149	96,1	94,9	101,3
1976	256 642	222 173	256 650	222 158	100	100	100
1977	273 614	235 178	270 549	230 469	101,1	102,0	99,1
1978	284 907	243 707	281 739	247 791	101,1	98,4	102,7
1979	314 469	292 040	301 775	270 188	104,2	108,1	96,4
1980	350 328	341 380	314 311	276 115	111,5	123,6	90,2
1978 1. Vj.	67 643	58 455	67 391	59 059	100,4	99,0	101,4
2. Vj.	72 019	61 765	71 551	62 993	100,7	98,1	102,7
3. Vj.	68 165	58 582	67 379	59 248	101,2	98,9	102,3
4. Vj.	77 081	64 905	75 417	66 491	102,2	97,6	104,7
1979 1. Vj.	74 292	66 451	72 568	65 789	102,4	101,0	101,4
2. Vj.	78 649	71 626	76 239	67 190	103,2	106,6	96,8
3. Vj.	76 355	72 886	72 981	65 453	104,6	111,4	93,9
4. Vj.	85 173	81 076	79 987	71 756	106,5	113,0	94,2
1980 1. Vj.	88 795	86 063	81 356	70 727	109,1	121,7	89,6
2. Vj.	87 522	85 857	79 208	70 041	110,5	122,6	90,1
3. Vj.	82 912	81 421	74 053	66 137	112,0	123,1	91,0
4. Vj.	91 099	88 038	79 693	69 210	114,3	127,2	89,9
1981 1. Vj.	91 197	91 392	78 778	67 574	115,8	135,2	85,7
2. Vj.	97 182	90 635	82 716	66 307	117,5	136,7	86,0
3. Vj.	98 809	91 714	82 343	64 053	120,0	143,2	83,8

¹⁾ Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1976.²⁾ Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.³⁾ Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Ausfuhr und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik¹⁾

Mio DM

Zeitraum	Ins- gesamt ²⁾	Erzeugnisse		Elek- trizität, Gas, Fern- wärme, Wasser ³⁾	Berg- bauliche Erzeug- nisse	Erzeugnisse des			Investi- tions- güter ⁴⁾	Ver- brauchs- güter ⁴⁾
		der Land- und Forst- wirt- schaft, Fischerei	des Nah- rungs- und Genuß- mittel- gewerbes			Grund- stoff- und Produk- tions- güter- gewerbes	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter		
Ausfuhr										
1970	125 276	1 712	3 065	8	2 839	33 985	67 691	14 000	31 684	17 177
1971	136 011	1 564	3 963	5	3 008	35 420	74 103	15 583	34 821	19 315
1972	149 023	2 002	4 446	3	2 964	37 502	82 565	17 284	40 098	20 808
1973	178 396	2 571	6 124	2	3 308	47 563	95 878	20 733	45 457	24 368
1974	230 578	2 448	8 390	2	5 243	74 077	113 206	24 409	53 633	26 141
1975	221 589	2 632	8 535	3	4 903	60 961	117 926	27 883	58 544	25 215
1976	256 642	3 161	9 223	339	4 660	67 255	139 347	28 585	67 959	32 652
1977	273 614	3 161	11 535	256	4 588	68 148	150 142	30 493	72 254	36 523
1978	284 907	3 025	11 707	332	6 527	72 628	153 308	32 163	72 818	37 680
1979	314 469	3 309	13 496	618	6 886	85 511	162 971	36 118	74 524	40 832
1980	350 328	3 712	15 918	605	8 128	95 190	180 081	40 396	82 093	45 340
1980 1. Vj.	88 795	1 056	3 714	197	2 013	25 119	44 677	10 630	19 773	11 983
2. Vj.	87 522	906	3 872	154	2 078	24 086	45 106	9 739	20 382	11 158
3. Vj.	82 912	810	4 018	83	2 004	22 569	41 943	9 942	19 178	10 575
4. Vj.	91 099	939	4 314	171	2 034	23 416	48 355	10 085	22 759	11 625
1981 1. Vj.	91 197	1 168	4 941	282	2 224	25 194	45 388	10 233	20 262	11 380
2. Vj.	97 182	1 213	5 065	162	2 640	25 840	49 889	10 331	23 623	11 684
3. Vj.	98 809	1 187	4 700	96	2 405	27 268	49 665	11 241	23 462	11 986
Einfuhr										
1970	109 606	15 134	9 015	1	10 166	32 791	24 516	14 778	9 834	14 540
1971	120 119	15 770	10 150	1	11 502	32 242	28 038	17 888	11 259	18 638
1972	128 744	16 760	11 464	1	11 396	33 805	29 986	21 608	11 603	21 455
1973	145 417	18 674	12 922	1	13 894	40 971	31 801	23 771	11 185	25 219
1974	179 733	19 799	13 309	0	29 942	53 052	33 051	26 465	11 352	28 544
1975	184 313	20 202	14 084	0	27 227	49 266	39 545	28 980	13 727	33 507
1976	222 173	23 852	16 339	556	32 410	60 565	48 661	33 604	16 822	38 577
1977	235 178	26 175	17 231	653	32 425	61 653	54 777	36 917	18 941	41 526
1978	243 707	24 546	17 970	639	29 920	64 354	60 784	40 055	21 118	45 474
1979	292 040	25 231	18 942	693	41 856	83 538	68 605	46 644	24 421	53 447
1980	341 380	27 267	20 759	921	60 640	93 463	78 312	52 471	27 617	58 586
1980 1. Vj.	86 063	7 111	5 107	220	14 844	24 400	18 751	14 169	6 591	15 452
2. Vj.	85 857	7 168	5 008	207	14 722	24 151	20 126	12 346	6 988	14 011
3. Vj.	81 421	6 127	4 968	234	14 331	22 611	18 277	13 055	6 320	14 763
4. Vj.	88 038	6 861	5 676	260	16 743	22 302	21 158	12 901	7 719	14 360
1981 1. Vj.	91 392	7 460	5 530	268	17 659	23 533	21 414	13 683	7 774	15 813
2. Vj.	90 635	7 521	5 727	253	17 182	23 554	22 518	11 923	8 214	13 077
3. Vj.	91 714	6 533	5 581	309	17 707	25 113	21 123	13 343	7 751	15 493

1) Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik nach dem Stand von 1975.

2) Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

3) Bis 1975 ohne elektrischen Strom.

4) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 55*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vor-	End-
1950	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	376	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1976	256 642	11 412	243 775	5 692	18 688	219 396	45 638	173 758
1977	273 614	13 723	258 243	5 657	18 281	234 305	46 579	187 726
1978	284 907	13 790	269 300	6 098	20 415	242 787	49 905	192 882
1979	314 469	15 698	296 637	6 555	24 796	265 286	58 688	206 598
1980	350 328	18 471	329 357	6 792	30 520	292 045	62 630	229 415
1978 1. Vj.	67 643	3 243	63 958	1 477	4 671	57 810	11 647	46 163
2. Vj.	72 019	3 651	67 914	1 588	5 149	61 177	12 698	48 479
3. Vj.	68 165	3 370	64 383	1 440	5 062	57 881	12 155	45 726
4. Vj.	77 081	3 525	73 045	1 594	5 533	65 918	13 404	52 514
1979 1. Vj.	74 292	3 928	69 899	1 551	5 590	62 757	13 422	49 335
2. Vj.	78 649	3 897	74 250	1 721	6 173	66 357	14 605	51 752
3. Vj.	76 355	3 720	72 102	1 561	6 386	64 155	15 054	49 101
4. Vj.	85 173	4 154	80 386	1 722	6 647	72 017	15 607	56 409
1980 1. Vj.	88 795	4 471	83 744	1 749	8 195	73 801	16 658	57 143
2. Vj.	87 522	4 463	82 439	1 706	7 638	73 095	16 163	56 932
3. Vj.	82 912	4 568	77 745	1 603	7 094	69 047	14 617	54 430
4. Vj.	91 099	4 970	85 428	1 733	7 593	76 103	15 192	60 911
1981 1. Vj.	91 197	5 819	84 751	1 797	7 921	75 032	16 490	58 543
2. Vj.	97 182	5 956	90 565	1 948	8 477	80 140	16 892	63 248
3. Vj.	98 809	5 582	92 545	1 969	8 613	81 963	17 542	64 421

¹⁾ Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.²⁾ Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vor-	End-
1950	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1976	222 173	36 037	183 274	36 097	34 689	112 488	31 423	81 064
1977	235 178	39 306	192 776	35 154	35 454	122 168	33 256	88 912
1978	243 707	38 605	201 783	30 786	37 526	133 471	35 342	98 129
1979	292 040	39 947	248 446	42 703	50 124	155 619	42 245	113 374
1980	341 380	43 363	293 706	58 929	59 918	174 859	45 187	129 672
1978 1. Vj.	58 455	9 540	48 241	7 648	9 149	31 444	8 570	22 874
2. Vj.	61 765	10 176	50 658	7 659	9 097	33 902	9 114	24 788
3. Vj.	58 582	9 252	48 585	7 599	9 211	31 775	8 157	23 618
4. Vj.	64 905	9 637	54 297	7 880	10 069	36 348	9 500	26 848
1979 1. Vj.	66 451	9 337	56 308	8 366	10 773	37 168	10 190	26 978
2. Vj.	71 626	10 144	60 553	10 223	12 186	38 144	10 594	27 550
3. Vj.	72 886	9 672	62 406	11 443	13 368	37 595	10 137	27 458
4. Vj.	81 076	10 793	69 178	12 671	13 796	42 711	11 324	31 388
1980 1. Vj.	86 063	10 713	74 478	14 735	15 587	44 156	11 959	32 197
2. Vj.	85 857	10 956	73 798	14 711	14 772	44 315	11 976	32 339
3. Vj.	81 421	10 176	70 180	14 017	14 513	41 649	10 346	31 303
4. Vj.	88 038	11 518	75 251	15 466	15 046	44 739	10 906	33 834
1981 1. Vj.	91 392	11 633	78 706	16 085	16 005	46 616	11 492	35 124
2. Vj.	90 635	12 009	77 373	16 010	15 188	46 176	11 613	34 563
3. Vj.	91 714	11 153	79 447	16 497	17 066	45 884	10 990	34 894

1) Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

2) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 57*

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Verbrauchsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	EG-Länder ²⁾	EFTA-Länder ³⁾	Übrige europäische Länder ⁴⁾	Staats-handels-länder ⁵⁾	Außereuropäische Industrieländer		Übrige Länder ⁷⁾
						zusammen ⁶⁾	Vereinigte Staaten	
1950	8 362	3 973	2 213	2 045	361	714	433	1 244
1951	14 577	5 925	4 109	3 699	284	1 611	992	3 027
1952	16 909	6 580	5 046	5 045	223	1 609	1 048	3 415
1953	18 526	7 302	5 187	4 862	330	2 028	1 249	3 928
1954	22 035	8 534	6 381	5 718	435	2 167	1 237	5 048
1955	25 717	9 681	7 419	6 976	643	2 723	1 625	5 511
1956	30 861	11 795	8 656	7 885	1 120	3 446	2 089	6 383
1957	35 968	13 455	9 803	8 805	1 263	4 332	2 521	7 873
1958	36 998	13 232	10 162	9 177	1 889	4 603	2 699	7 895
1959	41 184	15 065	11 107	9 982	1 915	5 914	3 835	8 072
1960	47 946	18 475	13 436	11 982	2 304	6 111	3 767	8 930
1961	50 978	20 643	14 422	13 137	2 124	5 875	3 497	9 051
1962	52 975	22 518	14 712	13 574	2 177	6 334	3 858	8 208
1963	58 310	26 543	15 795	14 524	1 839	6 862	4 195	8 356
1964	64 920	29 360	17 686	15 955	2 350	7 873	4 785	9 160
1965	71 651	31 335	19 342	18 005	2 740	9 070	5 741	10 267
1966	80 628	35 784	20 303	19 294	3 381	10 744	7 178	11 173
1967	87 045	39 021	20 623	19 531	4 421	12 191	7 859	11 626
1968	99 551	45 178	22 587	20 930	4 556	15 759	10 835	12 856
1969	113 557	54 040	25 602	23 941	5 145	16 201	10 633	13 973
1970	125 276	59 323	28 344	27 645	5 448	17 747	11 437	14 857
1971	136 011	64 960	30 428	28 986	5 865	19 578	13 140	16 308
1972	149 023	71 729	34 333	32 090	7 686	20 222	13 798	16 977
1973	178 396	85 958	28 062	37 562	10 836	23 174	15 089	20 509
1974	230 578	105 720	34 380	47 688	15 903	28 454	17 343	32 088
1975	221 589	99 225	32 093	45 290	17 425	22 515	13 146	36 442
1976	258 642	120 007	38 547	52 157	17 432	24 435	14 413	41 835
1977	273 614	125 614	41 437	55 308	16 704	28 385	18 199	46 777
1978	284 907	133 603	41 484	53 996	17 635	31 452	20 180	47 461
1979	314 469	155 516	47 053	61 408	18 841	32 655	20 759	45 083
1980	350 328	171 993	55 687	71 139	19 399	34 591	21 478	51 723
1978 1. Vj.	67 643	32 305	9 711	12 521	4 043	7 437	4 795	11 167
2. Vj.	72 019	33 976	10 468	13 551	4 655	7 744	5 055	11 903
3. Vj.	68 165	31 057	10 117	13 044	4 219	7 848	4 920	11 793
4. Vj.	77 081	36 265	11 188	14 880	4 717	8 423	5 410	12 598
1979 1. Vj.	74 292	37 088	11 014	14 306	4 329	7 474	4 727	10 925
2. Vj.	78 649	39 384	11 425	15 099	4 725	8 660	5 489	10 570
3. Vj.	76 355	37 023	11 443	14 944	4 854	7 901	4 946	11 355
4. Vj.	85 173	42 021	13 171	17 059	4 933	8 620	5 597	12 235
1980 1. Vj.	88 795	45 088	14 011	17 734	4 809	8 743	5 669	12 102
2. Vj.	87 523	44 055	13 543	17 427	4 586	8 879	5 591	12 212
3. Vj.	82 912	39 751	13 526	17 135	4 788	7 934	4 687	12 895
4. Vj.	91 098	43 099	14 608	18 843	5 215	9 035	5 531	14 514
1981 1. Vj.	91 197	44 462	13 910	17 859	4 778	9 003	5 454	14 720
2. Vj.	97 182	46 335	14 150	18 523	5 018	10 235	6 201	16 582
3. Vj.	98 809	45 456	14 706	18 801	4 675	10 878	6 485	18 438

¹⁾ Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder“.²⁾ Gebietsstand 1. Januar 1981.³⁾ Ab März 1970 einschließlich Island.⁴⁾ Ohne Staatshandelsländer.⁵⁾ Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.⁶⁾ Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.⁷⁾ Außereuropäische Entwicklungsländer.⁸⁾ Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Tabelle 58*

Herstellungsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	EG-Länder ²⁾	EFTA-Länder ³⁾	Übrige europäische Länder ²⁾⁴⁾	Staats-handels-länder ⁵⁾	Außereuropäische Industrieländer		Übrige Länder ⁷⁾
						zusammen ⁶⁾	Vereinigte Staaten	
1950	11 374	4 084	2 390	1 874	352	2 372	1 811	2 677
1951	14 726	3 400	2 644	2 643	429	3 636	2 722	4 019
1952	16 203	4 823	3 121	3 324	313	3 667	2 507	4 076
1953	16 010	5 256	3 205	3 124	419	2 931	1 658	4 259
1954	19 337	6 238	3 903	3 602	512	3 444	2 237	5 521
1955	24 472	8 114	4 687	4 308	733	4 683	3 209	6 610
1956	27 964	8 823	5 550	4 836	1 121	5 798	3 997	7 347
1957	31 697	9 752	6 019	5 255	1 235	7 789	5 671	7 633
1958	31 133	10 631	6 487	5 422	1 451	6 191	4 219	7 407
1959	35 823	13 411	7 420	6 114	1 687	6 421	4 595	8 152
1960	42 723	16 080	8 392	7 009	2 037	8 034	5 977	9 461
1961	44 363	17 227	8 592	7 393	2 074	8 241	6 100	9 335
1962	49 498	19 840	9 396	7 799	2 191	9 379	7 033	10 202
1963	52 277	21 357	9 646	7 916	2 185	10 206	7 941	10 533
1964	58 839	24 879	10 686	8 812	2 442	10 609	8 066	12 012
1965	70 448	31 815	12 133	9 871	2 943	12 296	9 196	13 425
1966	72 670	32 826	11 955	9 896	3 163	12 576	9 177	14 110
1967	70 183	32 248	10 993	9 074	3 023	12 055	8 556	13 694
1968	81 179	38 684	12 666	10 622	3 414	12 790	8 850	15 579
1969	97 972	48 549	15 222	13 243	3 976	15 115	10 253	16 992
1970	109 606	55 015	16 634	14 478	4 397	17 934	12 066	17 681
1971	120 119	62 840	16 987	14 872	4 769	18 363	12 420	19 149
1972	128 744	70 012	17 669	16 092	5 325	17 569	10 765	19 633
1973	145 417	76 724	12 748	18 219	6 619	19 801	12 223	23 937
1974	179 733	87 514	15 058	20 861	8 409	22 590	13 972	40 188
1975	148 313	92 937	15 981	21 780	8 661	23 864	14 226	36 835
1976	222 173	109 010	19 856	27 192	10 977	29 289	17 556	45 443
1977	235 178	115 250	22 302	30 253	11 370	30 010	17 020	48 055
1978	243 707	121 964	26 545	34 841	12 565	30 448	17 434	43 686
1979	292 040	143 672	31 563	41 285	16 021	36 483	20 274	54 325
1980	341 381	160 153	38 299	49 382	17 493	44 566	25 690	69 557
1978 1. Vj.	58 455	29 303	6 037	8 146	2 896	7 004	3 974	11 067
2. Vj.	61 765	31 477	6 691	8 768	2 900	7 721	4 460	10 850
3. Vj.	58 582	29 096	6 419	8 240	3 205	7 116	3 972	10 865
4. Vj.	64 905	32 088	7 398	9 687	3 564	8 607	5 028	10 905
1979 1. Vj.	66 451	33 780	7 266	9 715	3 098	8 208	4 923	11 619
2. Vj.	71 626	36 004	7 828	10 138	3 648	8 764	4 896	13 023
3. Vj.	72 886	35 170	7 856	10 102	4 387	8 733	4 659	14 431
4. Vj.	81 076	38 717	8 613	11 330	4 888	10 778	5 797	15 252
1980 1. Vj.	86 064	40 568	9 738	12 627	4 057	10 960	6 701	17 821
2. Vj.	85 857	41 186	9 321	12 096	4 317	11 173	6 663	17 032
3. Vj.	81 422	37 505	9 084	11 584	4 426	10 754	5 874	17 080
4. Vj.	88 038	40 894	10 156	13 075	4 693	11 680	6 452	17 623
1981 1. Vj.	91 391	43 178	10 024	13 075	4 232	12 225	7 065	18 645
2. Vj.	90 635	42 494	10 326	13 257	4 199	12 679	7 306	17 933
3. Vj.	91 714	42 634	9 956	12 865	5 343	12 000	6 729	18 781

¹⁾ Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder“.²⁾ Gebietsstand: 1. Januar 1981.³⁾ Ab März 1970 einschließlich Island.⁴⁾ Ohne Staatshandelsländer.⁵⁾ Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.⁶⁾ Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.⁷⁾ Außereuropäische Entwicklungsländer.⁸⁾ Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 59* Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1970 = 100

Zeitraum	Brutto- sozial- produkt	Ein- fuhr ¹⁾	Letzte Ver- wendung von Gütern ²⁾	Aus- fuhr ¹⁾	Letzte inländische Verwendung von Gütern					
					insge- samt	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlageinvestitionen		
								zu- sammen	Ausrü- stungen	Bauten
1960	70,5	91,9	73,1	83,9	71,2	75,9	58,6	67,4	79,7	61,8
1961	73,6	89,3	75,5	84,4	74,0	78,5	62,2	71,3	82,1	66,1
1962	76,7	89,0	78,2	85,7	77,0	80,9	65,0	75,9	84,9	71,3
1963	78,9	91,3	80,5	86,6	79,5	83,3	68,4	78,9	86,1	75,3
1964	81,3	93,2	82,8	88,8	81,8	85,4	70,8	81,1	87,8	77,8
1965	84,1	95,8	85,8	91,0	84,8	88,2	75,7	83,0	90,1	79,4
1966	87,2	97,6	88,7	93,1	87,8	91,5	80,1	84,9	92,5	81,2
1967	88,5	96,9	89,7	93,8	88,8	93,1	82,0	83,8	93,3	79,2
1968	90,0	97,3	91,1	93,5	90,6	94,8	85,1	84,7	92,0	81,1
1969	93,2	99,7	94,2	96,3	93,8	96,6	91,2	89,1	93,9	86,2
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	107,7	101,3	106,6	103,9	107,2	105,4	112,4	108,0	105,4	109,6
1972	113,7	102,3	111,7	106,4	112,9	111,3	119,8	112,0	107,0	115,1
1973	120,6	111,8	119,0	111,8	120,9	119,2	131,4	117,6	110,3	122,0
1974	128,9	135,2	130,0	128,6	130,5	127,5	146,6	125,4	117,8	129,9
1975	137,6	136,3	137,3	135,0	138,0	135,4	155,7	129,7	126,4	131,9
1976	142,0	142,7	142,2	138,5	143,2	141,4	161,1	133,9	130,8	136,0
1977	147,4	144,8	146,9	140,7	148,7	146,7	168,9	138,4	133,7	141,7
1978	153,0	142,1	150,8	142,4	153,3	150,5	174,0	144,4	136,6	150,2
1979 } ³⁾	158,7	152,3	157,4	148,2	160,1	156,4	182,6	153,4	139,8	163,7
1980 }	166,4	168,9	166,9	157,3	169,9	164,8	193,9	165,1	145,2	180,1
1975 1. Vj.	134,2	133,2	134,0	134,6	133,8	132,1	145,9	127,7	123,6	130,5
2. Vj.	137,1	134,0	136,5	134,5	137,0	134,4	152,6	129,9	126,5	132,1
3. Vj.	136,1	137,6	136,4	135,5	136,7	136,7	149,7	130,2	127,0	132,1
4. Vj.	142,4	140,0	141,9	135,4	143,8	137,9	172,5	130,6	127,8	132,7
1976 1. Vj.	138,7	140,4	139,1	136,6	139,8	139,1	150,3	131,5	129,5	132,9
2. Vj.	141,1	142,0	141,3	138,5	142,1	140,8	157,1	133,8	131,6	135,2
3. Vj.	140,7	144,7	141,5	139,8	142,0	142,4	155,6	134,6	130,8	136,8
4. Vj.	147,2	143,3	146,4	139,1	148,7	143,0	179,4	135,1	131,0	138,1
1977 1. Vj.	143,3	144,8	143,6	139,3	144,9	144,4	156,8	135,9	133,1	138,0
2. Vj.	146,0	146,5	146,1	141,1	147,6	146,1	165,4	138,1	134,2	140,8
3. Vj.	146,7	144,2	146,2	141,1	147,6	148,0	163,7	139,1	133,8	142,7
4. Vj.	153,1	143,9	151,3	141,4	154,3	148,1	187,2	139,7	133,7	144,4
1978 1. Vj.	148,9	142,6	147,6	140,7	149,8	148,6	162,4	141,2	135,5	145,8
2. Vj.	151,2	141,0	149,0	141,9	151,2	150,1	165,7	143,4	136,7	148,0
3. Vj.	152,8	143,5	150,8	143,1	153,0	151,6	172,3	145,8	137,2	151,9
4. Vj.	158,6	141,4	155,1	143,7	158,6	151,6	193,2	146,3	136,8	153,9
1979 1. Vj.	154,4	143,9	152,1	143,8	154,8	152,5	169,9	147,1	138,3	155,4
2. Vj.	156,8	151,1	155,6	147,2	158,0	155,1	175,0	152,6	139,8	161,5
3. Vj.	158,4	156,3	157,9	150,1	160,2	158,3	180,5	155,5	140,3	166,1
4. Vj.	164,7	157,0	163,1	151,3	166,6	159,1	202,6	158,4	140,4	168,7
1980 1. Vj. } ³⁾	159,7	166,8	161,3	154,1	163,7	160,7	179,0	159,6	143,1	173,0
2. Vj.	165,0	169,2	165,9	157,5	168,6	164,0	187,4	165,6	145,3	179,9
3. Vj.	167,1	168,8	167,5	158,6	170,1	166,7	191,0	167,3	145,9	182,0
4. Vj.	173,2	170,8	172,7	159,2	176,9	167,4	216,3	166,8	146,0	183,6
1981 1. Vj.	166,5	180,0	169,6	161,2	172,5	169,4	189,1	167,6	148,5	185,0
2. Vj.	172,2	182,7	174,6	165,1	177,8	173,3	195,9	173,1	150,7	188,3

¹⁾ Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.²⁾ Letzter Verbrauch (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch), Bruttoinvestitionen und Ausfuhr.³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Index der Grundstoffpreise¹⁾

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Berg- bauliche Erzeug- nisse, der Energie- wirt- schaft, Wasser	Grundstoffe des Verarbeitenden Gewerbes ²⁾							Grund- stoffe des Nah- rungs- und Genuß- mittel- ge- werbes
			zu- sammen	darunter						
				Steine und Erden	Eisen, Stahl, NE- Metalle und -Metall- halb- zeug	chemi- sche Erzeug- nisse	bear- bei- tetes Holz	Holz- schliff, Zell- stoff, Papier und Pappe	Texti- lien	
1964	93,1	91,8	93,1	94,3	84,8	103,3	93,5	95,3	102,5	98,6
1965	95,3	92,6	95,4	95,4	89,7	103,6	95,8	97,2	101,7	102,7
1966	96,5	92,8	97,0	96,2	93,4	102,0	95,0	96,6	101,1	104,1
1967	93,8	94,8	93,1	95,2	87,2	100,9	89,6	95,5	97,7	98,4
1968	93,8	95,1	93,2	93,2	89,1	99,6	87,9	94,2	98,6	94,8
1969	96,0	93,4	96,4	93,6	95,2	99,6	94,0	95,7	99,5	99,3
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	101,5	109,0	99,3	109,6	94,8	100,7	101,3	100,9	99,9	99,3
1972	102,9	110,1	100,5	114,4	94,0	100,0	100,8	96,5	105,5	103,8
1973	113,9	120,0	111,6	118,3	106,5	105,4	120,0	100,1	126,0	116,4
1974	142,3	177,7	132,9	128,5	131,2	137,7	138,2	135,3	137,7	126,6
1975	141,8	195,9	126,6	134,0	118,2	136,8	123,6	152,3	124,8	126,2
1976	149,5	209,0	133,1	136,9	125,6	137,4	133,7	146,2	140,0	128,1
1977	149,5	208,8	132,8	143,2	121,4	137,6	143,7	142,2	140,5	132,2
1978	147,2	203,7	131,7	148,1	122,2	134,3	141,4	131,4	134,5	126,8
1979	160,6	230,3	142,5	156,2	135,6	147,6	151,2	136,3	139,8	127,0
1980	183,3	293,5	155,0	170,0	148,4	161,4	172,5	149,3	149,4	127,0
1976 1. Vj.	146,4	209,5	128,3	134,9	119,6	135,7	126,4	145,9	132,2	129,6
2. Vj.	149,6	209,6	133,4	136,1	127,7	136,9	132,8	146,1	137,8	126,5
3. Vj.	151,7	209,5	136,2	137,9	130,0	139,0	136,3	146,4	144,4	127,5
4. Vj.	150,2	207,3	134,5	138,6	125,3	138,1	139,1	146,4	145,6	128,8
1977 1. Vj.	150,9	211,2	134,2	140,4	123,6	138,5	142,9	145,9	144,5	130,7
2. Vj.	150,9	209,5	134,1	143,4	122,4	139,4	145,4	144,4	143,1	134,0
3. Vj.	148,9	207,4	132,2	144,4	120,3	137,0	144,5	141,6	139,0	132,6
4. Vj.	147,6	207,1	130,7	144,6	119,4	135,6	142,0	136,8	135,5	131,4
1978 1. Vj.	146,8	205,5	130,2	145,2	119,5	134,8	140,6	132,8	133,9	129,9
2. Vj.	147,1	204,3	131,2	148,0	121,6	134,1	141,1	130,8	134,0	127,7
3. Vj.	147,3	202,9	132,2	149,5	123,0	134,0	141,6	130,3	135,0	125,9
4. Vj.	147,6	202,2	133,1	149,6	124,7	134,2	142,4	131,5	135,2	123,6
1979 1. Vj.	152,4	211,5	136,9	151,4	130,0	138,9	144,9	132,5	136,8	124,9
2. Vj.	158,4	223,2	141,5	155,5	134,7	145,8	148,7	135,2	138,6	126,7
3. Vj.	163,8	238,6	144,3	158,1	136,5	151,5	151,9	137,1	140,9	128,3
4. Vj.	167,9	247,8	147,4	159,6	141,0	154,0	158,0	140,5	142,7	127,9
1980 1. Vj.	178,6	272,5	154,8	164,8	152,8	158,6	166,5	143,6	146,3	127,8
2. Vj.	182,3	291,5	154,3	170,2	146,2	162,7	173,4	149,7	149,1	126,0
3. Vj.	183,6	295,1	155,1	172,0	146,8	162,4	175,4	151,3	150,3	125,9
4. Vj.	188,7	314,7	155,9	172,9	148,0	161,9	174,7	152,6	152,0	128,1
1981 1. Vj.	196,8	345,3	157,6	177,4	147,0	168,3	174,7	154,1	155,0	130,6
2. Vj.	203,4	361,9	161,5	183,9	150,0	173,0	175,3	162,0	157,7	132,9
3. Vj.	209,7	378,0	165,0	185,5	153,5	178,8	173,4	171,1	160,8	136,7

¹⁾ Grundstoffe aus inländischer und ausländischer Produktion; ohne Umsatzsteuer; umbasiert von Originalbasis 1962 = 100.²⁾ Einschließlich Baugewerbe.

Tabelle 61*

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

(Inlandsabsatz)¹⁾

1976 = 100

Zeitraum	Ins- gesamt	Berg- bau- liche Erzeug- nisse ²⁾	Elektri- scher Strom, Gas, Fern- wärme und Wasser	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse ³⁾	
				zu- sam- men	Grund- stoff- und Produktions- güter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter	Nah- rungs- und Genuß- mittel- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter ⁴⁾
1962	64,0	38,7	60,1	65,2	67,7	61,7	64,3	69,3	56,2	63,3
1963	64,3	39,3	60,0	65,5	67,2	61,9	65,4	70,0	56,8	64,0
1964	65,0	39,2	60,5	66,3	67,7	62,7	66,7	70,6	57,8	64,6
1965	66,6	40,8	62,2	67,9	69,1	64,5	68,2	71,6	59,5	66,1
1966	67,7	40,7	62,9	69,1	69,9	65,7	69,9	73,2	61,1	67,6
1967	67,1	40,6	63,5	68,4	68,1	65,1	69,5	73,8	60,9	67,9
1968	66,6	40,7	63,7	67,8	67,3	65,1	69,3	72,9	61,0	67,3
1969	67,9	41,9	62,9	69,2	68,3	67,2	70,6	73,6	63,4	67,2
1970	71,2	47,5	63,1	72,7	71,3	72,5	73,2	75,2	69,1	70,2
1971	74,3	52,6	65,2	75,7	73,1	77,0	76,0	77,9	74,6	73,5
1972	76,2	55,6	69,6	77,5	73,1	79,1	78,7	81,0	77,4	76,1
1973	81,3	58,5	72,7	82,7	79,4	82,4	84,6	87,8	80,9	81,8
1974	92,1	75,1	78,5	93,8	98,0	90,1	94,5	92,8	88,3	91,4
1975	96,4	93,7	93,7	96,8	97,1	96,6	97,1	96,3	95,8	96,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	102,7	100,5	102,2	102,8	99,8	103,7	102,9	106,9	104,2	101,9
1978	103,9	107,0	105,9	103,6	99,1	106,0	104,6	106,0	107,5	104,1
1979	108,9	110,6	108,0	108,9	109,6	109,1	109,7	106,4	111,2	112,6
1980	117,1	130,2	119,0	116,6	122,2	114,4	117,9	109,0	116,9	122,6
1976 1. Vj.	98,4	99,5	99,3	98,3	98,2	98,4	98,3	98,3	98,1	98,8
2. Vj.	99,8	100,0	99,8	99,8	100,1	100,0	99,5	99,0	100,0	100,0
3. Vj.	100,8	100,2	100,0	101,0	101,3	100,7	100,9	101,0	100,7	100,8
4. Vj.	101,0	100,4	101,0	101,0	100,4	100,9	101,4	101,8	101,1	100,4
1977 1. Vj.	102,1	100,5	101,1	102,3	100,3	102,5	102,4	105,4	102,8	101,3
2. Vj.	103,0	100,4	101,9	103,2	100,4	103,9	102,9	107,5	104,3	102,0
3. Vj.	102,9	100,6	102,4	103,1	99,6	104,1	103,2	107,5	104,7	102,1
4. Vj.	102,9	100,6	103,6	102,8	99,1	104,1	103,0	107,0	105,0	102,3
1978 1. Vj.	103,3	107,3	104,5	103,1	98,7	105,0	103,8	106,6	106,1	103,1
2. Vj.	103,9	106,9	105,9	103,6	99,0	106,1	104,4	106,2	107,5	103,9
3. Vj.	104,0	106,8	106,6	103,7	98,8	106,5	104,9	105,8	108,0	104,3
4. Vj.	104,4	106,8	106,8	104,0	99,7	106,6	105,2	105,5	108,3	105,3
1979 1. Vj.	106,1	109,1	107,9	105,8	103,5	107,8	106,5	105,5	109,6	108,3
2. Vj.	108,2	108,8	107,4	108,2	108,2	109,0	108,8	106,0	111,0	111,4
3. Vj.	109,9	110,4	107,7	110,1	112,1	109,6	111,0	106,7	111,8	114,5
4. Vj.	111,3	114,0	108,8	111,5	114,5	110,2	112,7	107,3	112,4	116,2
1980 1. Vj.	114,4	119,9	110,9	114,6	120,3	112,4	115,3	107,9	114,5	120,2
2. Vj.	117,0	129,0	118,1	116,6	122,5	114,5	117,5	108,6	116,9	122,7
3. Vj.	117,6	134,0	119,9	117,0	122,0	115,2	118,9	109,3	117,7	122,7
4. Vj.	119,4	137,9	127,1	118,1	124,1	115,6	119,8	110,1	118,4	124,9
1981 1. Vj.	122,2	142,5	131,9	120,7	129,1	117,2	121,2	111,3	119,9	128,9
2. Vj.	125,2	151,0	137,2	123,3	133,2	118,9	123,2	113,4	121,8	131,6
3. Vj.	127,8	154,3	143,1	125,4	137,4	119,9	124,7	114,8	123,0	135,6

¹⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.²⁾ Ohne Erdgas.³⁾ Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.⁴⁾ Ohne Nahrungs- und Genüßmittel.

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise¹⁾

1976 = 100

Zeitraum	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden ²⁾	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude	gemischtgenutzte Gebäude	Bürogebäude	gewerbliche	landwirtschaftliche			
Betriebsgebäude								
1960	40,2	41,2	41,4	42,0	41,1	60,4	.	.
1961	43,2	44,1	44,2	44,6	43,9	63,5	.	.
1962	46,8	47,6	47,8	48,0	47,3	67,7	.	30,4
1963	49,2	50,0	50,2	50,1	49,8	70,3	.	34,7
1964	51,5	52,3	52,3	52,1	51,9	69,7	.	37,8
1965	53,7	54,4	54,3	54,2	53,8	66,0	.	44,9
1966	55,4	56,3	56,0	55,6	55,5	65,2	.	48,4
1967	54,2	54,9	54,7	52,9	54,2	62,2	.	52,7
1968	56,5	57,2	56,9	55,8	56,5	65,0	56,8	58,1
1969	59,8	60,6	60,4	60,6	59,7	67,9	59,4	61,2
1970	69,6	70,5	70,7	71,7	70,0	77,8	66,6	63,0
1971	76,8	77,6	77,9	79,5	77,4	83,9	73,7	68,8
1972	82,0	82,5	82,9	83,4	82,6	85,0	78,4	82,4
1973	88,0	88,4	88,8	88,3	88,4	87,7	84,0	83,5
1974	94,4	94,5	94,8	93,7	94,5	96,1	92,1	82,7
1975	96,7	96,7	96,8	96,2	96,5	98,4	96,5	90,3
1976	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	104,9	104,7	104,6	104,3	105,1	102,7	104,8	110,6
1978	111,3	111,0	110,7	109,8	111,8	109,4	110,2	122,8
1979	121,1	120,4	119,5	118,7	121,7	120,8	117,1	141,7
1980	134,1	133,1	132,0	130,9	135,0	136,2	127,5	168,1
1976 Feb	97,6	97,6	97,7	97,7	97,5	98,6	97,7	93,0
Mai	100,1	100,0	100,0	100,1	100,0	100,3	100,1	96,2
Aug	100,9	100,9	100,8	100,9	101,0	100,5	100,8	99,6
Nov	101,4	101,4	101,5	101,4	101,5	100,5	101,3	105,0
1977 Feb	102,2	102,2	102,4	101,9	102,2	100,6	102,2	100,9
Mai	105,0	104,9	104,7	104,4	105,3	102,6	104,8	107,7
Aug	105,9	105,7	105,5	105,2	106,2	103,5	106,0	107,3
Nov	106,3	106,0	105,9	105,5	106,6	104,1	106,1	119,2
1978 Feb	108,3	108,2	108,2	107,3	108,6	106,0	107,9	112,6
Mai	110,6	110,3	110,0	109,1	111,0	108,2	109,6	117,3
Aug	112,8	112,4	111,8	111,1	113,3	111,2	111,4	122,0
Nov	113,6	113,2	112,7	111,8	114,1	112,1	111,9	129,9
1979 Feb	115,1	114,7	114,2	113,2	115,5	113,4	112,9	129,9
Mai	120,4	119,6	118,6	117,9	121,0	119,6	116,2	136,6
Aug	123,7	123,0	121,9	121,2	124,3	124,6	119,2	141,6
Nov	125,2	124,4	123,3	122,4	125,9	125,5	120,1	148,6
1980 Feb	128,8	128,1	127,3	125,9	129,7	131,0	122,8	154,3
Mai	134,5	133,5	132,1	131,2	135,6	137,0	127,3	158,9
Aug	136,1	135,0	133,6	132,8	137,0	138,7	129,6	180,1
Nov	136,9	135,9	134,8	133,5	137,7	138,0	130,2	181,1
1981 Feb	138,4	137,4	136,5	134,9	139,3	138,4	132,0	184,6
Mai	142,4	141,2	140,0	138,7	143,4	140,9	135,7	...
Aug	143,4	142,2	141,2	140,4	144,2	141,0	137,6	...

¹⁾ Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer.²⁾ Einschließlich Schönheitsreparaturen.³⁾ Ohne Berlin.

Tabelle 63*

Index der Ausführpreise

1976 = 100

Zeitraum	Ins- gesamt	Güter der Ernäh- rungs- wirt- schaft ¹⁾	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zu- sammen ¹⁾	Roh- stoffe ¹⁾	Halb- waren ¹⁾	Fertig- waren ¹⁾	Investi- tions- güter ²⁾	Ver- brauchs- güter ²⁾
1962	62,2	64,7	62,0	58,2	54,3	63,0	56,1	62,1
1963	62,3	70,8	62,0	58,7	53,6	63,0	56,7	62,4
1964	63,8	71,3	63,4	61,0	55,7	64,3	58,0	63,5
1965	65,2	71,9	64,9	60,9	57,2	65,9	59,8	65,0
1966	66,6	73,6	66,2	61,0	58,7	67,3	61,5	67,3
1967	66,5	72,4	66,2	58,9	58,7	67,3	62,2	68,3
1968	65,8	71,0	65,6	57,9	58,3	66,6	61,9	68,0
1969	68,4	72,4	68,3	58,4	59,9	69,5	65,1	69,2
1970	70,5	73,3	70,4	59,3	61,7	71,7	68,5	70,4
1971	72,9	75,0	72,8	63,6	61,5	74,3	73,2	73,7
1972	74,4	78,6	74,2	66,8	59,4	76,1	76,2	76,1
1973	79,2	87,6	78,8	70,1	69,7	80,2	80,0	80,1
1974	92,7	96,7	92,4	82,0	103,2	91,7	87,1	90,3
1975	96,3	96,8	96,1	93,7	96,7	96,2	94,6	95,7
1976	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	101,7	104,6	101,6	99,1	97,4	102,0	104,2	102,8
1978	103,3	104,1	103,3	98,0	95,7	104,1	107,2	105,4
1979	108,2	107,3	108,2	103,1	110,5	108,2	110,4	108,4
1980	115,1	113,9	115,1	109,6	125,1	114,4	115,7	115,3
1976 1. Vj.	98,7	99,0	98,6	98,7	98,4	98,7	98,6	99,3
2. Vj.	100,0	99,5	100,0	99,8	101,1	99,9	100,1	99,9
3. Vj.	100,8	100,8	100,8	100,8	101,9	100,7	100,6	100,3
4. Vj.	100,5	100,7	100,5	100,8	98,6	100,7	100,7	100,4
1977 1. Vj.	101,4	103,9	101,3	100,4	98,9	101,6	103,1	102,0
2. Vj.	102,1	106,9	101,9	99,8	98,5	102,2	104,4	102,9
3. Vj.	101,8	104,0	101,7	98,5	96,8	102,3	104,6	103,0
4. Vj.	101,6	103,7	101,5	97,7	95,3	102,1	104,8	103,4
1978 1. Vj.	102,5	103,7	102,4	98,9	94,2	103,2	106,2	104,4
2. Vj.	103,4	104,8	103,3	97,3	95,1	104,2	107,3	105,2
3. Vj.	103,7	103,8	103,7	97,3	96,4	104,5	107,6	105,9
4. Vj.	103,8	103,9	103,8	98,4	97,0	104,5	107,7	106,1
1979 1. Vj.	105,7	104,5	105,7	101,9	102,3	106,1	109,2	106,7
2. Vj.	107,8	106,5	107,8	102,9	109,3	107,8	110,1	107,8
3. Vj.	109,2	108,1	109,3	103,5	113,3	109,1	110,8	109,0
4. Vj.	110,2	110,0	110,2	104,2	117,1	109,8	111,3	110,0
1980 1. Vj.	113,7	111,1	113,8	107,4	127,8	112,8	113,9	113,8
2. Vj.	114,8	112,3	114,9	109,0	123,3	114,4	115,8	114,8
3. Vj.	115,4	113,3	115,5	109,8	123,3	115,0	116,3	115,8
4. Vj.	116,4	118,9	116,3	112,3	126,3	115,5	116,9	116,8
1981 1. Vj.	118,7	121,7	118,6	115,9	130,3	117,7	119,0	118,9
2. Vj.	120,9	124,3	120,8	118,8	133,7	119,7	120,7	120,6
3. Vj.	122,7	124,1	122,6	123,5	137,1	121,4	121,8	122,2

¹⁾ Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.²⁾ Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Index der Einfuhrpreise

1976 = 100

Zeitraum	Ins- gesamt	Güter der Ernäh- rungs- wirt- schaft ¹⁾	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zu- sammen ¹⁾	Roh- stoffe ¹⁾	Halb- waren ¹⁾	Fertig- waren ¹⁾	Investi- tions- güter ²⁾	Ver- brauchs- güter ²⁾
1962	62,6	69,9	60,9	42,4	53,8	75,1	75,1	65,3
1963	63,8	73,0	61,4	42,6	54,2	76,0	76,9	66,7
1964	64,9	74,0	62,7	43,0	56,2	77,2	78,1	64,4
1965	66,6	77,4	63,6	42,7	58,7	78,0	79,6	63,3
1966	67,7	77,4	65,2	43,4	61,3	79,6	81,9	64,7
1967	66,3	74,9	64,2	42,3	60,3	78,9	80,9	66,5
1968	65,8	72,1	64,4	42,4	61,5	78,1	81,4	67,7
1969	66,9	74,5	65,2	41,6	63,8	79,2	81,7	67,0
1970	66,2	74,1	64,5	40,5	63,7	78,4	79,8	66,8
1971	66,5	72,9	65,1	44,3	59,8	79,1	81,6	69,3
1972	66,1	74,8	64,2	43,0	57,1	79,1	81,4	69,7
1973	74,6	90,1	71,2	50,6	72,9	82,1	81,8	79,9
1974	95,8	98,2	95,3	94,9	102,6	92,5	86,2	91,7
1975	94,2	92,4	94,6	91,9	93,9	96,5	94,7	95,0
1976	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	101,5	108,8	100,0	99,2	98,0	100,9	100,0	101,8
1978	97,7	98,5	97,6	88,1	94,7	101,7	101,8	102,2
1979	109,1	99,7	111,0	107,0	130,6	106,0	103,0	120,8
1980	125,3	103,7	129,7	157,1	153,4	112,7	107,9	129,0
1976 1. Vj.	98,8	97,7	99,0	100,5	97,7	98,9	99,2	99,4
2. Vj.	99,9	98,0	100,3	100,8	101,2	99,9	99,9	99,8
3. Vj.	101,2	101,0	101,2	101,1	102,6	100,8	100,4	100,7
4. Vj.	100,1	103,2	99,5	97,6	98,5	100,4	100,5	100,1
1977 1. Vj.	103,0	113,6	100,8	101,3	100,1	100,8	100,1	101,7
2. Vj.	103,3	115,7	100,8	100,7	100,1	101,0	100,0	102,2
3. Vj.	100,4	103,3	99,8	98,6	97,5	100,9	100,1	101,9
4. Vj.	99,3	102,6	98,6	96,4	94,4	100,8	99,9	101,6
1978 1. Vj.	98,0	103,1	96,9	90,6	91,3	101,0	100,8	101,1
2. Vj.	98,0	101,0	97,4	89,6	93,4	101,4	101,5	101,8
3. Vj.	97,5	94,5	98,1	87,9	95,6	102,4	102,6	102,4
4. Vj.	97,4	95,4	97,8	84,4	98,5	102,1	102,2	103,5
1979 1. Vj.	101,9	98,9	102,5	88,4	115,0	103,3	102,2	112,9
2. Vj.	107,9	100,6	109,4	101,8	128,8	105,7	102,9	120,3
3. Vj.	112,0	99,0	114,6	115,8	136,4	107,2	103,3	124,4
4. Vj.	114,5	100,0	117,4	121,8	142,3	107,9	103,6	125,8
1980 1. Vj.	122,8	104,2	126,6	146,2	154,0	111,0	105,6	128,2
2. Vj.	124,9	103,1	129,3	157,2	151,5	112,6	107,5	129,1
3. Vj.	124,4	101,6	129,1	157,4	148,7	113,0	108,3	126,9
4. Vj.	129,2	105,8	134,0	167,5	159,5	114,2	110,3	131,8
1981 1. Vj.	137,8	112,8	142,9	193,2	169,8	116,9	113,6	137,4
2. Vj.	142,4	112,6	148,5	207,3	176,2	119,3	115,6	139,8
3. Vj.	147,6	110,1	155,3	220,0	190,3	121,8	117,9	145,7

¹⁾ Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.²⁾ Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 65*

Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte²⁾
 1976 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebenshaltung		Er- nährung	Getränke und Tabak- waren	Wohnung	Heizung und Beleuch- tung	Haus- rat	Be- kleidung	Reini- gung und Körper- pflege	Bildung, Unter- haltung und Erholung	Verkehr
	einschl.	ohne									
	Ernährung										
1950	46,2	47,0	46,1	82,2	28,9	34,2	65,6	54,0	48,6	39,2	41,6
1951	49,7	50,2	50,3	80,5	29,4	37,0	72,5	59,9	52,2	42,4	46,7
1952	50,8	50,1	52,6	81,9	30,0	39,8	71,9	55,8	51,8	43,5	48,7
1953	49,9	49,2	51,7	76,7	31,0	41,1	68,2	52,9	50,4	43,0	49,2
1954	50,0	48,7	52,4	71,1	31,0	43,3	67,0	52,2	50,1	42,3	49,5
1955	50,8	49,4	53,5	70,5	31,9	44,4	67,5	52,2	51,5	43,2	49,7
1956	52,1	50,5	55,0	70,4	34,0	45,2	68,9	52,7	52,5	44,3	49,3
1957	53,2	51,7	56,0	70,2	34,4	46,4	71,5	54,7	53,3	45,7	49,7
1958	54,3	52,8	57,1	70,1	35,0	48,4	71,9	56,3	54,5	47,0	53,4
1959	54,8	53,0	58,1	69,4	35,8	48,8	70,9	56,1	55,1	47,7	54,3
1960	55,6	54,1	58,5	69,3	38,1	49,4	70,9	57,1	56,0	49,0	55,0
1961	56,9	55,8	59,1	69,3	41,4	50,2	72,3	58,4	57,5	50,8	56,6
1962	58,6	57,3	61,4	70,0	42,7	51,1	73,6	60,0	59,5	53,1	57,3
1963	60,3	58,8	63,4	70,6	45,2	52,5	73,9	61,4	61,0	55,0	59,8
1964	61,8	60,2	64,9	71,1	48,0	53,2	74,4	62,6	62,0	56,9	60,3
1965	63,8	61,8	67,9	71,2	50,8	54,2	75,7	64,3	64,0	59,1	61,0
1966	66,1	64,4	69,6	74,1	55,4	54,8	76,7	66,3	66,8	61,4	63,3
1967	67,0	66,0	69,2	76,1	58,8	55,4	76,2	67,3	67,8	63,5	65,3
1968	67,9	67,9	67,8	77,4	62,6	59,2	75,2	67,2	71,3	66,6	66,6
1969	69,3	69,0	69,7	77,3	67,2	59,3	75,3	67,9	72,2	67,7	66,4
1970	71,5	71,5	71,4	79,4	69,9	61,2	77,9	70,7	74,5	70,9	68,0
1971	75,2	75,3	74,5	81,4	74,1	63,2	81,1	75,0	78,2	74,1	74,3
1972	79,2	72,8	78,7	85,8	78,4	65,6	83,9	79,6	81,7	77,2	78,9
1973	84,6	84,4	84,6	91,6	83,5	73,4	87,0	85,6	85,6	82,0	83,8
1974	90,3	90,5	89,5	93,9	88,3	83,7	93,1	92,0	91,4	89,5	91,0
1975	95,8	96,1	94,8	96,7	95,0	94,2	97,9	96,6	97,0	96,1	95,8
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,5	103,8	102,5	111,4	103,3	100,9	103,3	105,0	102,8	103,0	102,2
1978	106,1	106,7	104,3	111,9	106,2	103,4	106,2	109,7	105,8	106,3	104,9
1979	110,2	111,3	106,3	113,2	109,7	120,1	108,8	114,7	109,0	110,5	110,0
1980	116,0	117,5	111,0	116,9	115,4	131,6	114,4	121,6	114,0	115,8	116,6
1978 1. Vj.	105,4	105,9	104,0	112,4	105,2	102,5	106,1	108,4	104,7	105,1	103,8
2. Vj.	106,4	106,6	105,5	112,2	106,0	103,1	106,5	109,3	105,5	106,0	105,1
3. Vj.	106,2	106,9	104,2	111,8	106,6	103,2	105,9	109,8	106,1	106,9	105,1
4. Vj.	106,5	107,4	103,5	111,3	107,2	104,8	106,4	111,1	106,8	107,3	105,3
1979 1. Vj.	108,2	109,0	105,5	111,4	108,0	112,7	107,9	112,3	107,4	109,0	107,1
2. Vj.	109,7	110,5	107,1	111,6	108,9	119,0	108,3	113,8	108,3	109,8	109,1
3. Vj.	110,9	112,3	106,2	114,5	110,1	124,6	108,9	115,2	109,6	111,2	111,6
4. Vj.	111,8	113,4	106,6	115,3	111,9	124,0	110,0	117,3	110,5	112,0	112,3
1980 1. Vj.	113,8	115,2	109,4	116,4	113,5	128,6	112,6	119,4	112,0	113,1	113,4
2. Vj.	115,9	117,2	111,5	116,9	115,0	131,4	114,1	121,0	113,5	114,9	117,2
3. Vj.	116,6	118,1	111,7	117,2	116,1	130,6	114,6	122,2	114,7	117,1	117,7
4. Vj.	117,5	119,3	111,5	117,2	117,1	135,6	116,3	124,0	115,8	118,1	118,0
1981 1. Vj.	120,0	121,5	115,1	118,0	118,3	144,4	118,8	125,6	117,4	119,7	120,6
2. Vj.	122,3	123,7	117,9	120,4	119,8	146,3	119,9	127,1	119,0	121,4	124,8
3. Vj.	123,8	125,8	116,8	121,3	121,3	153,7	120,2	128,1	120,3	123,4	128,4

1) Gliederung nach Bedarfsgruppen.

2) Haushalte mit mittlerem Einkommen.

3) Ohne Saarland und Berlin.

4) Ohne Berlin.

Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte²⁾

1976 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebenshaltung		Nah- rungs- und Genuß- mittel ³⁾	Klei- dung, Schuhe	Woh- nungs- miete	Elektri- zität, Gas, Brenn- stoffe	Übrige Haus- halts- führung	Verkehr, Nach- richten- über- mittlung	Körper- und Ge- sund- heits- pflege	Bildung und Unter- haltung	Persön- liche Ausstat- tung u. ä.
	einschl.	ohne									
	Nahrungs- und Genußmittel ³⁾										
1962	58,6	55,6	63,4	60,2	42,5	50,7	68,2	56,8	54,5	60,3	57,2
1963	60,3	57,4	65,2	61,5	44,8	52,0	69,5	59,4	56,1	61,1	59,1
1964	61,8	58,8	66,5	62,8	47,6	52,8	70,5	60,0	57,5	62,3	61,0
1965	63,8	60,6	69,1	64,4	50,3	53,7	72,4	60,6	59,5	64,1	62,8
1966	66,1	63,1	71,0	66,5	55,0	54,5	73,8	63,1	62,8	65,8	64,8
1967	67,0	64,7	71,0	67,5	58,7	55,0	73,8	64,9	64,1	67,2	67,4
1968	67,9	66,7	70,2	67,4	62,7	58,9	73,5	66,1	68,2	69,3	70,2
1969	69,3	68,0	71,6	68,0	67,3	59,0	73,6	65,7	69,2	70,1	71,4
1970	71,5	70,5	73,3	70,8	70,0	60,8	76,3	67,5	72,0	73,5	72,9
1971	75,2	74,6	76,2	75,1	74,1	62,9	79,8	71,7	76,0	76,9	80,6
1972	79,2	78,5	80,4	79,7	78,4	65,3	82,8	76,2	79,9	79,8	84,5
1973	84,6	83,6	86,3	85,6	83,5	73,2	85,9	81,4	84,5	84,0	89,2
1974	90,3	90,1	90,6	92,0	88,3	83,6	92,1	89,5	90,7	91,4	93,9
1975	95,8	96,1	95,3	96,6	95,0	94,1	97,5	95,3	96,5	97,2	97,2
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,5	103,0	104,7	104,9	103,3	100,9	103,1	101,9	103,3	101,7	105,4
1978	106,1	106,1	106,1	109,6	106,2	103,4	106,6	104,9	106,9	103,5	108,8
1979	110,2	111,1	108,0	114,6	109,7	120,6	109,9	110,0	110,8	106,1	113,8
1980	116,0	117,5	112,4	121,5	115,4	132,4	116,2	117,5	116,3	109,2	119,5
1976 1. Vj.	98,9	98,9	98,8	98,7	98,5	99,5	100,1	98,1	98,9	99,5	98,9
2. Vj.	100,1	99,9	100,6	99,4	99,9	100,0	100,1	100,4	99,8	99,9	99,5
3. Vj.	100,2	100,3	100,0	100,0	100,5	100,3	99,3	101,0	100,4	100,1	100,7
4. Vj.	100,8	100,8	100,6	101,8	101,1	100,1	100,5	100,5	101,0	100,4	100,9
1977 1. Vj.	102,5	102,0	103,6	103,2	102,2	101,0	102,4	100,4	102,1	101,3	104,2
2. Vj.	103,6	102,9	105,3	104,4	102,9	100,7	103,1	102,1	103,1	101,6	104,9
3. Vj.	103,8	103,3	105,0	105,2	103,6	100,7	102,9	102,4	103,7	101,8	106,0
4. Vj.	104,2	103,9	104,8	106,9	104,3	101,1	103,8	102,6	104,5	102,0	106,3
1978 1. Vj.	105,4	105,2	106,0	108,4	105,2	102,5	106,3	103,8	105,6	103,0	107,5
2. Vj.	106,4	106,1	107,1	109,3	106,0	103,1	106,9	105,2	106,6	103,5	108,3
3. Vj.	106,2	106,3	106,0	109,8	106,5	103,2	106,2	105,2	107,2	103,7	109,6
4. Vj.	106,5	107,0	105,4	111,1	107,1	104,8	106,9	105,4	108,1	103,9	109,9
1979 1. Vj.	108,2	108,8	106,9	112,3	108,0	113,0	108,6	106,6	109,0	105,5	112,1
2. Vj.	109,7	110,3	108,2	113,7	108,8	119,5	109,3	108,9	110,1	105,8	113,0
3. Vj.	110,9	112,1	108,2	115,1	110,0	125,3	110,1	111,8	111,5	106,3	114,7
4. Vj.	111,8	113,2	108,7	117,2	111,8	124,6	111,5	112,5	112,5	107,0	115,3
1980 1. Vj.	113,8	115,1	111,0	119,3	113,5	129,4	114,2	113,9	114,1	107,9	116,4
2. Vj.	115,9	117,2	112,8	120,9	115,0	132,3	115,8	118,2	115,7	108,9	118,4
3. Vj.	116,6	118,2	113,1	122,0	116,1	131,4	116,4	118,8	117,0	109,5	121,3
4. Vj.	117,5	119,2	112,9	123,8	117,0	136,5	118,5	119,1	118,3	110,3	121,9
1981 1. Vj.	120,0	121,9	115,8	125,4	118,2	145,6	121,4	122,0	120,0	111,5	123,4
2. Vj.	122,3	124,0	118,5	126,9	119,7	147,5	122,6	126,8	121,8	112,7	124,8
3. Vj.	123,8	126,2	118,0	128,0	121,2	155,1	123,1	130,5	123,2	113,6	127,7

¹⁾ Gliederung nach Hauptgruppen.

²⁾ Haushalte mit mittlerem Einkommen.

³⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Tabelle 67*

Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾

Alle privaten Haushalte

1976 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebenshaltung		Nahrungs- und Genußmittel ²⁾	Klei- dung, Schuhe	Woh- nungs- miete	Elektri- zität, Gas, Brenn- stoffe	Übrige Haus- halts- führung	Verkehr, Nach- richten- über- mittlung	Körper- und Ge- sund- heits- pflege	Bildung und Unter- haltung	Persön- liche Ausstat- tung u. ä.
	einschl. Nahrungs- und Genußmittel ²⁾	ohne									
1962	58,1	55,4	63,2	61,4	44,3	46,6	65,9	56,2	48,0	57,9	63,0
1963	59,8	57,1	65,0	62,7	46,7	48,1	67,2	58,1	49,5	59,5	64,3
1964	61,2	58,5	66,4	63,5	49,3	48,9	67,9	58,7	51,3	61,7	65,3
1965	63,2	60,2	68,8	65,0	52,1	49,9	69,1	59,2	53,9	63,8	66,8
1966	65,4	62,6	70,9	66,7	56,3	50,5	70,6	61,6	57,4	66,0	68,5
1967	66,5	64,4	70,8	67,5	60,1	51,2	70,6	63,5	59,3	68,3	70,2
1968	67,6	66,3	70,2	67,5	64,4	54,2	70,8	65,3	62,6	70,0	72,2
1969	68,9	67,4	71,8	68,2	68,5	54,1	71,2	64,9	64,1	70,7	73,4
1970	71,2	70,1	73,5	70,9	71,5	56,5	74,1	66,8	67,6	74,2	74,9
1971	74,9	74,3	76,3	75,1	75,9	59,6	78,1	71,3	72,3	77,5	80,3
1972	79,1	78,3	80,7	79,6	80,5	62,3	81,3	76,2	76,9	80,2	83,7
1973	84,6	83,6	86,7	85,6	85,2	72,5	84,8	81,9	82,2	84,3	88,1
1974	90,5	90,3	90,8	92,0	89,5	84,7	91,3	90,2	89,1	91,5	93,1
1975	95,9	96,0	95,6	96,7	95,2	93,6	97,1	95,8	95,6	97,0	96,9
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,7	103,2	104,9	104,8	103,4	100,9	103,2	102,1	103,9	101,7	105,4
1978	106,5	106,5	106,4	109,4	106,4	103,3	106,8	105,1	108,0	103,4	109,4
1979	110,9	111,8	108,2	114,2	109,8	124,8	110,2	110,0	112,6	106,1	114,5
1980	117,0	118,5	112,7	120,8	115,4	137,6	116,7	116,8	119,1	108,9	123,2
1976 1. Vj.	98,9	98,9	98,9	98,7	98,5	99,6	100,0	98,3	98,6	99,5	98,5
2. Vj.	100,0	99,9	100,5	99,5	99,8	100,0	100,1	100,3	99,8	99,9	99,2
3. Vj.	100,2	100,3	100,0	100,0	100,5	100,3	99,4	100,8	100,4	100,1	100,8
4. Vj.	100,9	100,9	100,7	101,7	101,2	100,1	100,5	100,5	101,2	100,5	101,5
1977 1. Vj.	102,6	102,1	103,8	103,1	102,2	101,0	102,5	100,6	102,4	101,3	104,0
2. Vj.	103,7	103,0	105,6	104,3	103,0	100,7	103,2	102,3	103,6	101,6	104,8
3. Vj.	104,0	103,5	105,4	105,1	103,8	100,6	103,1	102,6	104,4	101,8	105,9
4. Vj.	104,4	104,2	105,1	106,7	104,5	101,1	104,0	102,9	105,3	102,0	106,7
1978 1. Vj.	105,7	105,5	106,3	108,2	105,4	102,4	106,5	103,9	106,6	103,0	107,9
2. Vj.	106,6	106,4	107,3	109,0	106,2	102,9	107,1	105,4	107,5	103,4	108,8
3. Vj.	106,6	106,7	106,3	109,6	106,7	103,1	106,4	105,4	108,5	103,5	110,2
4. Vj.	106,9	107,4	105,7	110,8	107,3	105,0	107,2	105,7	109,4	103,8	110,8
1979 1. Vj.	108,8	109,3	107,2	112,0	108,2	115,2	108,9	106,9	110,7	105,5	112,5
2. Vj.	110,3	111,0	108,4	113,4	109,0	123,5	109,6	109,0	111,9	105,7	113,4
3. Vj.	111,7	112,9	108,4	114,8	110,3	130,6	110,5	111,7	113,3	106,2	115,4
4. Vj.	112,6	114,0	108,9	116,7	111,9	130,0	111,9	112,3	114,5	106,9	116,6
1980 1. Vj.	114,7	116,0	111,4	118,6	113,5	135,1	114,6	113,3	116,7	107,7	119,2
2. Vj.	116,8	118,2	113,0	120,2	115,0	137,9	116,2	117,6	118,5	108,6	121,8
3. Vj.	117,7	119,2	113,3	121,3	116,1	135,9	116,9	118,0	119,8	109,2	125,4
4. Vj.	118,6	120,6	113,1	123,1	117,0	141,4	119,0	118,1	121,2	110,1	126,4
1981 1. Vj.	121,2	123,0	116,1	124,7	118,2	151,4	121,9	120,5	123,6	111,2	128,3
2. Vj.	123,3	125,0	118,7	126,2	119,8	153,0	123,2	124,6	125,4	112,5	130,0
3. Vj.	124,9	127,3	118,2	127,2	121,2	161,6	123,7	127,9	126,8	113,3	133,0

¹⁾ Gliederung nach Hauptgruppen.²⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾

1976 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebens- haltung	Nah- rungs- mittel ²⁾	Woh- nungs- nut- zung ³⁾	Dienst- lei- stungen ⁴⁾	Sonstige Waren ⁵⁾	Gesamt- lebens- haltung	Nah- rungs- mittel ²⁾	Woh- nungs- nut- zung ³⁾	Dienst- lei- stungen ⁴⁾	Sonstige Waren ⁵⁾
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte ⁶⁾				
1962	58,1	62,3	44,7	48,2	65,3	58,6	62,2	42,9	49,8	64,9
1963	59,8	64,2	47,1	50,6	66,1	60,3	64,3	45,3	52,3	65,7
1964	61,2	65,7	49,8	52,6	66,7	61,8	65,7	48,0	54,1	66,5
1965	63,2	68,5	52,6	54,7	67,6	63,8	68,7	50,8	56,0	67,7
1966	65,4	70,3	56,7	58,2	68,9	66,1	70,3	55,6	59,0	69,3
1967	66,5	69,7	60,5	60,2	69,6	67,0	69,7	59,1	60,7	70,2
1968	67,6	68,1	64,8	63,4	70,2	67,9	68,1	63,2	63,9	70,9
1969	68,9	70,3	68,8	64,7	70,2	69,3	70,0	67,7	65,2	70,9
1970	71,2	71,7	71,8	67,7	72,5	71,5	71,5	70,3	68,1	73,1
1971	75,0	74,5	76,1	72,9	75,8	75,2	74,5	74,3	73,6	76,3
1972	79,1	79,0	80,7	77,9	79,3	79,2	78,8	78,6	78,5	79,9
1973	84,6	85,3	85,4	83,4	84,7	84,6	84,6	83,7	84,0	85,0
1974	90,5	89,9	89,6	89,7	91,5	90,3	89,5	88,3	90,4	91,3
1975	95,9	95,4	95,3	95,6	96,5	95,8	94,9	94,9	95,8	96,6
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,7	102,4	103,3	104,9	103,7	103,5	102,3	103,2	104,6	103,7
1978	106,5	103,6	106,3	108,9	106,5	106,1	103,5	106,1	108,4	106,5
1979	110,9	105,4	109,6	114,0	111,8	110,2	105,2	109,5	113,5	111,4
1980	117,0	109,9	115,0	119,5	119,0	116,0	109,6	115,1	118,0	118,3
1976 1. Vj.	98,9	99,2	98,5	98,5	99,1	98,9	99,1	98,5	98,7	99,0
2. Vj.	100,0	101,2	99,9	99,4	99,9	100,1	101,2	99,9	99,6	99,9
3. Vj.	100,2	99,7	100,5	100,7	100,1	100,2	99,8	100,5	100,7	100,2
4. Vj.	100,9	99,8	101,2	101,4	100,9	100,8	99,9	101,1	101,2	100,9
1977 1. Vj.	102,6	102,0	102,1	103,2	102,6	102,5	101,8	102,1	103,1	102,7
2. Vj.	103,7	103,5	102,9	104,3	103,7	103,6	103,4	102,9	104,2	103,7
3. Vj.	104,0	102,0	103,7	105,5	104,1	103,8	102,0	103,6	105,3	104,1
4. Vj.	104,4	101,9	104,4	106,4	104,5	104,2	101,8	104,2	106,0	104,5
1978 1. Vj.	105,7	103,6	105,3	107,7	105,7	105,4	103,4	105,1	107,3	105,7
2. Vj.	106,6	105,0	106,0	108,7	106,4	106,4	104,9	105,8	108,3	106,4
3. Vj.	106,6	103,4	106,6	109,3	106,6	106,2	103,3	106,4	108,7	106,5
4. Vj.	106,9	102,5	107,2	109,9	107,1	106,5	102,5	107,0	109,1	107,1
1979 1. Vj.	108,8	104,7	108,0	112,2	109,0	108,2	104,4	107,8	111,8	108,7
2. Vj.	110,3	106,3	108,8	113,2	110,8	109,7	106,1	108,6	112,8	110,4
3. Vj.	111,7	105,0	110,0	114,8	113,2	110,9	104,9	109,8	114,4	112,7
4. Vj.	112,6	105,3	111,6	115,8	114,2	111,8	105,2	111,5	115,1	113,7
1980 1. Vj.	114,7	108,3	113,2	116,4	116,8	113,8	108,0	113,2	115,5	116,1
2. Vj.	116,8	110,5	114,6	118,7	119,1	115,9	110,2	114,6	117,4	118,3
3. Vj.	117,7	110,6	115,7	120,9	119,3	116,6	110,4	115,7	119,2	118,7
4. Vj.	118,6	110,1	116,6	121,9	120,7	117,5	110,0	116,7	120,0	120,2
1981 1. Vj.	121,2	114,1	117,8	124,1	123,5	120,0	113,7	117,8	122,0	123,0
2. Vj.	123,3	116,7	119,3	126,0	125,8	122,3	116,5	119,3	123,8	125,5
3. Vj.	124,9	115,2	120,8	128,4	128,1	123,8	115,1	120,8	126,2	127,7

1) Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.

2) Ohne Gaststättenleistungen.

3) Einschließlich Garagennutzung.

4) Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.

5) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter.

6) Haushalte mit mittlerem Einkommen.

Tabelle 69*

Löhne und Gehälter

1976 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer	Brutto-			Tarifliche							
		stunden-	wochen-	monats-	Stunden-		Wochen-		Monatsgehälter			
		verdienste			löhne							
		Industrie ¹⁾	Industrie ¹⁾ und Handel ²⁾	Produzierendes Gewerbe ³⁾	gewerbl. Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe ¹⁾	gewerbl. Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe ¹⁾	gewerbl. Wirtschaft und Gebietskörperschaften			
1960	25,6	26,2	28,6	29,1	28,1	27,6	30,8	30,4	32,1	32,8		
1961	28,3	28,9	31,5	31,5	30,3	29,8	33,2	32,8	34,8	35,4		
1962	30,8	32,3	34,7	34,3	33,5	32,8	35,9	35,5	37,8	38,0		
1963	32,7	34,7	37,0	36,6	35,7	35,0	38,0	37,6	39,8	40,2		
1964	35,7	37,6	40,0	38,9	38,1	37,3	39,9	39,4	41,6	42,1		
1965	38,9	41,3	44,0	42,1	41,0	40,2	42,6	42,2	44,5	44,8		
1966	41,8	44,0	46,5	45,2	43,9	43,1	45,4	45,0	47,3	47,5		
1967	43,1	45,4	46,2	47,0	46,0	45,0	46,9	46,4	48,5	49,0		
1968	45,8	47,4	49,4	49,2	47,9	46,9	48,6	48,1	50,1	50,6		
1969	50,0	51,6	54,8	53,0	51,1	50,0	51,7	51,2	53,3	53,7		
1970	57,4	59,2	63,0	59,7	57,7	56,7	58,0	57,6	59,0	59,2		
1971	64,2	65,7	68,6	65,8	65,2	64,4	65,5	65,2	65,9	65,9		
1972	70,0	71,6	74,0	71,5	70,9	70,6	71,2	71,2	71,4	71,6		
1973	78,3	79,1	81,8	78,8	77,7	77,6	77,9	78,2	78,1	78,7		
1974	87,2	87,2	88,3	86,9	86,8	86,8	87,0	87,2	87,1	87,7		
1975	93,5	94,0	92,3	94,0	94,6	94,7	94,6	94,8	94,6	95,0		
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100		
1977	106,9	107,1	107,3	106,9	107,2	106,9	107,2	106,9	107,1	106,5		
1978	112,4	112,8	113,1	113,0	112,8	112,7	112,8	112,7	112,0	111,8		
1979	118,6	119,3	120,6	119,9	119,2	119,0	119,2	118,9	117,8	117,3		
1980	126,3	127,2	127,5	128,3	126,9	126,7	126,9	126,6	124,6	124,2		
1977 Jan	102,7	103,7	101,5	103,3	104,7	104,1	104,7	104,1	104,8	103,3		
Apr		106,4	106,9	106,3	106,2	106,2	106,2	106,2	106,7	106,7		
Jul		111,0	109,1	110,1	108,7	108,8	108,6	108,8	108,6	108,3	107,9	
Okt			109,2	110,7	109,1	109,1	108,8	109,1	108,8	108,5	108,1	
1978 Jan	107,1	109,2	107,4	109,9	109,9	109,7	109,9	109,7	109,3	108,7		
Apr		112,0	112,8	111,8	111,4	111,6	111,4	111,6	111,2	111,7		
Jul		117,6	115,0	115,8	114,8	114,8	114,7	114,8	114,6	113,7	113,3	
Okt			115,0	116,2	115,5	115,0	114,9	115,0	114,8	113,9	113,5	
1979 Jan	112,8	116,0	116,3	116,5	117,0	116,5	117,0	116,4	116,1	114,6		
Apr		118,8	119,9	119,3	118,1	118,1	118,1	118,0	117,5	117,5		
Jul		124,2	121,2	123,1	121,5	120,7	120,6	120,7	120,5	118,7	118,5	
Okt			121,3	123,2	122,4	121,0	120,8	121,0	120,7	119,0	118,6	
1980 Jan	120,3	121,7	120,4	123,4	121,7	121,4	121,7	121,3	119,5	118,9		
Apr		126,7	127,8	127,8	125,8	125,9	125,8	125,8	124,5	124,7		
Jul		132,3	130,1	131,1	130,7	129,9	129,6	129,9	129,5	127,1	126,6	
Okt			130,3	130,6	131,2	130,2	129,9	130,2	129,8	127,4	126,7	
1981 Jan	126,6	130,6	128,4	131,6	130,6	130,2	130,6	130,1	127,7	127,0		
Apr		133,2	132,1	132,9	134,1	133,5	134,1	133,4	131,0	129,8		
Jul		136,6	136,2	136,9	136,2	135,9	136,2	135,8	133,3	132,7		

¹⁾ Einschließlich Hoch- und Tiefbau.²⁾ Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.³⁾ Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer: Halbjahre.

Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern
Petajoule¹⁾

Jahr	Ins- gesamt	Mineral- öle	Stein- kohlen	Braun- und Pech- kohle	Natur- gase ²⁾	Kern- energie	Wasser- kraft	Strom ³⁾	Sonstige Energie- träger ⁴⁾
1950	3 971	185	2 893	607	3	—	182		103
1951	4 390	208	3 262	645	3	—	176		97
1952	4 637	226	3 470	668	6	—	182		85
1953	4 557	273	3 341	698	6	—	158		82
1954	4 900	352	3 523	759	9	—	176		82
1955	5 375	454	3 854	800	18	—	179		70
1956	5 721	583	4 042	826	23	—	182		64
1957	5 747	633	4 015	847	23	—	164		64
1958	5 589	824	3 655	844	23	—	188		56
1959	5 686	1 038	3 570	826	26	—	161		64
1960	6 199	1 301	3 760	856	32	—	193		56
1961	6 322	1 574	3 617	859	35	0	191		47
1962	6 779	1 955	3 669	897	44	0	167		47
1963	7 295	2 365	3 719	950	56	0	155		50
1964	7 535	2 737	3 570	964	79	0	132		53
1965	7 755	3 165	3 356	879	106	0	153	45	50
1966	7 816	3 573	2 995	826	129	3	165	78	47
1967	7 819	3 728	2 834	800	167	12	157	74	47
1968	8 455	4 173	2 872	841	275	18	158	71	47
1969	9 232	4 701	2 981	876	387	50	132	62	44
1970	9 870	5 242	2 839	896	543	61	166	79	44
1971	9 948	5 443	2 647	859	707	58	122	65	46
1972	10 383	5 756	2 445	907	898	92	120	118	47
1973	11 092	6 122	2 467	969	1 130	116	138	101	49
1974	10 723	5 519	2 423	1 031	1 362	119	160	58	51
1975	10 191	5 304	1 950	1 009	1 443	207	152	76	50
1976	10 853	5 741	2 072	1 101	1 522	233	121	10	53
1977	10 912	5 682	1 962	1 029	1 627	346	156	57	52
1978	11 401	5 959	2 029	1 052	1 771	345	164	30	52
1979	11 964	6 062	2 223	1 116	1 935	407	163	6	52
1980	11 436	5 443	2 259	1 149	1 887	420	167	55	56

¹⁾ 1 Petajoule = 34 120,4 kg Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.

²⁾ Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.

³⁾ Außenhandelsaldo Strom.

⁴⁾ Brennholz, Brenntorf, Außenhandelsaldo Kokereigas sowie Klärschlamm, Müll und Abhitze zur Stromerzeugung.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 71*

Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule¹⁾

Jahr	Ins- gesamt	Mineralölprodukte				Kohlen und sonstige feste Brenn- stoffe ²⁾	Gase ³⁾	Strom	Fern- wärme
		ins- gesamt	darunter						
			leichtes Heizöl	schweres Heizöl	Kraft- stoffe				
1950	2 541	132	3	15	111	2 040	234	123	12
1951	2 940	158	3	20	132	2 336	290	144	12
1952	3 180	191	3	23	161	2 477	340	158	15
1953	3 095	223	6	23	191	2 365	322	173	12
1954	3 329	278	15	38	223	2 497	340	196	18
1955	3 696	363	29	65	267	2 688	407	220	18
1956	3 942	469	59	102	305	2 775	431	246	21
1957	3 948	519	79	123	314	2 702	440	264	23
1958	3 839	674	138	167	366	2 435	428	278	23
1959	3 907	824	185	214	422	2 327	431	299	26
1960	4 270	1 026	281	267	475	2 397	472	340	35
1961	4 390	1 263	381	337	542	2 268	460	360	38
1962	4 771	1 588	572	401	613	2 318	428	387	50
1963	5 170	1 876	744	455	674	2 392	425	419	59
1964	5 281	2 125	838	522	759	2 166	472	457	62
1965	5 399	2 418	1 011	577	824	1 934	478	492	76
1966	5 410	2 655	1 134	610	906	1 682	469	522	82
1967	5 422	2 740	1 196	604	935	1 556	492	542	91
1968	5 818	3 013	1 366	633	1 008	1 518	583	598	106
1969	6 372	3 414	1 641	677	1 087	1 518	654	659	126
1970	6 751	3 791	1 853	733	1 197	1 356	759	718	127
1971	6 761	3 997	1 962	742	1 285	1 057	825	762	120
1972	7 034	4 219	2 064	792	1 355	829	935	824	127
1973	7 442	4 425	2 217	799	1 402	924	1 062	895	136
1974	7 139	3 972	1 926	687	1 352	989	1 118	932	128
1975	6 859	3 967	1 907	622	1 431	781	1 067	912	132
1976	7 293	4 218	2 087	630	1 494	753	1 192	985	145
1977	7 305	4 185	2 007	592	1 580	697	1 268	1 013	142
1978	7 605	4 394	2 131	595	1 662	672	1 320	1 062	157
1979	7 892	4 428	2 121	586	1 715	763	1 424	1 111	166
1980	7 529	4 023	1 748	535	1 736	796	1 432	1 115	163

¹⁾ 1 Petajoule = 34 120,4 kg Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.²⁾ Steinkohle, Steinkohlenkoks, Steinkohlenbriketts, Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts und übrige feste Brennstoffe (Braunkohlenschwielkoks, Braunkohlenkoks, Staub- und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Pechkohle, Brennholz und Brenntorf).³⁾ Flüssiggas, Raffineriegas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgase.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Energieverbrauch nach Bereichen

Petajoule¹⁾

Jahr	Primär- energie- verbrauch	Verbrauch und Ver- luste im Energie- sektor ²⁾	Nicht- energie- tischer Verbrauch	Endenergieverbrauch						
				insgesamt	darunter Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau				Verkehr	Haushalte, Kleinver- braucher, militä- rische Dienst- stellen
					zusammen	Grund- stoff und Produk- tionsgüter- gewerbe, übriger Bergbau	Investi- tionsgüter- produzie- rendes Gewerbe	Ver- brauchs- güter pro- duzieren- des- und Nahrungs- und Ge- nußmittel- gewerbe		
1950	3 971	1 354	76	2 541	1 164	844	91	229	437	941
1951	4 390	1 375	76	2 940	1 345	991	103	252	472	1 123
1952	4 637	1 386	70	3 180	1 471	1 114	108	249	492	1 216
1953	4 557	1 386	76	3 095	1 424	1 064	103	258	501	1 170
1954	4 900	1 477	94	3 329	1 542	1 158	117	267	519	1 269
1955	5 375	1 571	108	3 696	1 750	1 325	138	287	563	1 384
1956	5 721	1 656	123	3 942	1 858	1 410	147	302	598	1 486
1957	5 747	1 676	123	3 948	1 864	1 430	138	296	598	1 486
1958	5 589	1 609	141	3 839	1 808	1 375	147	287	607	1 425
1959	5 686	1 612	167	3 907	1 858	1 421	149	287	651	1 398
1960	6 199	1 726	202	4 270	2 072	1 591	167	314	662	1 536
1961	6 322	1 709	223	4 390	2 081	1 603	170	308	712	1 597
1962	6 779	1 761	246	4 771	2 098	1 574	199	325	759	1 914
1963	7 295	1 832	293	5 170	2 119	1 562	214	343	803	2 248
1964	7 535	1 905	349	5 281	2 268	1 700	220	349	859	2 154
1965	7 755	1 967	390	5 399	2 307	1 715	234	358	885	2 207
1966	7 816	1 937	469	5 410	2 227	1 641	229	358	935	2 248
1967	7 819	1 887	510	5 422	2 210	1 635	217	358	941	2 271
1968	8 455	2 040	598	5 818	2 383	1 761	240	381	991	2 444
1969	9 232	2 210	651	6 372	2 547	1 882	267	399	1 058	2 767
1970	9 870	2 397	722	6 751	2 661	1 948	293	420	1 157	2 933
1971	9 948	2 485	702	6 761	2 584	1 865	289	430	1 246	2 931
1972	10 383	2 584	765	7 034	2 627	1 889	301	437	1 303	3 104
1973	11 092	2 776	874	7 442	2 801	2 045	314	442	1 341	3 300
1974	10 723	2 716	868	7 139	2 804	2 084	286	434	1 283	3 052
1975	10 191	2 644	688	6 859	2 462	1 761	282	419	1 355	3 042
1976	10 853	2 816	744	7 293	2 588	1 851	303	434	1 422	3 283
1977	10 912	2 721	886	7 305	2 580	1 812	317	451	1 501	3 224
1978	11 401	2 860	936	7 605	2 597	1 818	330	449	1 588	3 420
1979	11 964	3 115	957	7 892	2 700	1 913	335	452	1 643	3 549
1980	11 436	3 105	802	7 529	2 581	1 817	325	439	1 666	3 282

¹⁾ Petajoule = 34 120,4 kg Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.²⁾ Einschließlich statistischer Differenzen.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 73*

Entwicklung im Mineralölbereich

Jahr	Mineralölverbrauch		Mineralöleinfuhr ¹⁾		Leichtes Heizöl		Schweres Heizöl		Verbrauch an Motorenbenzin und Dieselkraftstoff im Verkehr	Preise für Kraftstoffe ³⁾
	je Einheit BIP ²⁾ in Preisen von 1970	je Einwohner ²⁾	insgesamt	je Einheit BSP ²⁾ in jew. Preisen	Verbrauch	Verbraucherpreis ³⁾	Verbrauch	Erzeugerpreis		
	Petajoule ⁴⁾ pro 1 Mrd DM	Gigajoule ⁵⁾	Mio DM	vH	Petajoule ⁴⁾	1976 = 100	Petajoule ⁴⁾	1976 = 100		
1950	0,99	3 944	.	.	3	.	15	.	100	.
1951	0,97	4 387	.	.	3	.	20	.	117	.
1952	1,01	4 735	.	.	3	.	23	.	138	.
1953	1,13	5 667	.	.	6	.	23	.	167	.
1954	1,35	7 226	.	.	15	.	38	.	185	.
1955	1,55	9 227	.	.	29	.	65	.	223	.
1956	1,86	11 708	1 449	0,72	59	.	102	.	252	.
1957	1,91	12 551	1 826	0,84	79	.	123	.	270	.
1958	2,40	16 139	1 909	0,81	138	45,8	167	.	311	.
1959	2,82	20 103	2 230	0,87	185	41,3	214	.	352	.
1960	3,03	23 470	2 794	0,92	281	40,1	267	.	402	.
1961	3,49	28 020	3 035	0,92	381	40,0	337	.	460	.
1962	4,16	34 397	3 768	1,05	572	41,0	401	40,2	516	63,5
1963	4,88	41 210	4 357	1,14	744	42,9	455	40,8	563	63,4
1964	5,29	47 213	4 914	1,17	838	41,0	522	36,5	636	63,2
1965	5,80	53 993	4 994	1,09	1 011	39,2	577	35,1	692	63,1
1966	6,38	60 408	5 584	1,15	1 134	37,6	610	37,1	762	60,6
1967	6,67	62 882	6 566	1,33	1 196	40,6	604	38,4	783	65,1
1968	7,03	70 134	7 855	1,47	1 366	43,4	633	36,3	838	69,5
1969	7,34	78 263	7 914	1,32	1 641	40,6	677	36,5	903	64,3
1970	7,72	86 429	8 583	1,26	1 853	42,9	733	40,3	993	63,1
1971	7,77	88 816	11 168	1,48	1 962	47,3	742	52,9	1 080	66,3
1972	7,93	93 337	10 621	1,28	2 064	43,8	792	43,5	1 136	69,7
1973	8,04	98 780	15 009	1,63	2 217	72,4	799	46,5	1 181	78,3
1974	7,21	88 939	32 226	3,27	1 926	94,5	687	92,5	1 129	94,2
1975	7,06	85 785	28 988	2,80	1 907	90,8	622	92,1	1 216	93,5
1976	7,26	93 303	35 264	3,13	2 087	100	630	100	1 281	100
1977	6,98	92 541	34 442	2,87	2 007	99,8	592	102,9	1 361	97,2
1978	7,09	97 168	31 799	2,46	2 131	97,7	595	94,9	1 436	99,4
1979	6,90	98 796	47 791	3,42	2 121	174,1	586	121,8	1 485	109,8
1980	6,08	88 408	62 879	4,21	1 748	199,7	535	164,2	1 506	129,4

1) Erdöl, roh und Mineralölerzeugnisse.

2) Bruttoinlandsprodukt, Bruttosozialprodukt und Einwohner bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

3) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

4) Petajoule = 10¹⁵ (Billiarde) Joule.5) Gigajoule = 10⁹ (Milliarde) Joule.

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Agrarpolitik

— s. Europäische Gemeinschaft

Angebotsbedingungen 82 ff., 271 ff., 295 ff.**Angebotspolitik** 295 ff.

— in den Vereinigten Staaten 308 ff.

— in der Bundesrepublik 303 ff.

— in Frankreich 310

— in Großbritannien 306 f.

— in Japan 311 f.

— Konzept des Sachverständigenrats 300 ff., 313

Arbeitsförderungsgesetz

— s. Arbeitsmarkt

Arbeitskräfte 128 ff.

— Ausländische 129

Arbeitslosenunterstützung 169, 226, 418, 427**Arbeitslosigkeit** 119, 130 ff.

— in den wichtigsten Industrieländern 4

— Jugendarbeitslosigkeit 135 f.

— nach Berufen 133

— Problemgruppen 131 ff.

— regionale 132

— stille Reserve 130

— von Älteren 134

— von Ausländern 136

— von Behinderten 134

— von Frauen 134

— von Hochschulabsolventen 133

— voraussehbare Entwicklung 285

Arbeitsmarkt

— Arbeitsförderungsgesetz 418 ff.

— Arbeitsmarktpolitik 418 ff.

Arbeitsplatzpotential 141 ff.**Arbeitsproduktivität**

— s. Produktivität

Aufträge 77, 95, 97, 102, 107 ff.**Ausbildungsplätze** 135**Ausfuhr** 78 f., 175 ff., 446 ff.

— voraussichtliche Entwicklung 272

Ausfuhrpreise 151, 175 ff.**Ausland**

— Finanzpolitik 2, 10 ff., 20, 24, 261

— Geldpolitik 3, 13 ff., 19, 25, 33, 261

— Lohnpolitik 4, 22, 261

Auslastungsgrad des Produktionspotentials

— s. Produktionspotential

Außenbeitrag 174 ff.**Außenwirtschaftliches Ungleichgewicht**

— s. Zahlungsbilanz

Austauschverhältnis

— s. Terms of Trade

Auszubildende

— s. Lehrlinge

Belgien 37, 269**Beschäftigung** 120 ff., 284**Beschäftigungspolitik** 292 ff., 328 ff.**Beschäftigungspolitischer Konsens** 335 ff., 358 ff.**Bruttoinlandsprodukt**

— s. Produktion, Gesamtwirtschaft

Bundesbankgewinn 206, 241, 378**Dänemark** 38, 269**Direktinvestitionen** 188**Eigenkapitalausstattung** 86**Einfuhr** 80, 174 ff., 451 ff.**Einfuhrpreise** 83, 146 ff., 152, 174**Einkommen** 159 ff.

— Abwertung 172

— aus unselbständiger Arbeit 159, 164, 168

— aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 159 ff., 167

— Einkommensverteilung 159, 164

— Transfereinkommen 166 ff.

— verfügbares Einkommen 104, 170 ff.

Einkommensteuer 166 f., 238 f.

- Energiepolitik** 436 ff.
— Wettbewerbsfähigkeit 484
- Energieverbrauch** 437 f.
- Erwerbspersonenpotential** 128 f.
- Erwerbstätige** 126 ff.
- Europäische Gemeinschaft** 52 ff.
— Agrarpolitik 57 ff., 152
— Gemeinschaftshaushalt 53 ff.
— mittelfristiges Programm 64
- Europäisches Währungssystem** 63, 205
- Finanzpolitik** 223 ff., 258, 291, 367 ff., 405
- Frankreich** 27 ff., 266, 310
- Geldbasis**
— s. Zentralbankgeldmenge
- Geldkapitalbildung** 208
- Geldmenge** 207
- Geldmengenziel** 193 f., 402
- Geldpolitik** 192 ff., 298 f., 340 ff., 399 ff.
— Indikator 194, 210
— Instrumentarium 205
— und Abwertung 198 ff., 400
- Gewinne**
— Gewinnmargen 93, 146, 411
— Unternehmensgewinne 146, 160 ff., 410 f.
- Großbritannien** 16 ff., 267, 306 f.
- Handelshemmnisse** 61 f.
- Importkohle** 441
- Industrieproduktion**
— in den wichtigsten Industrieländern 1
— s. Produktion
- Internationale Wettbewerbsfähigkeit**
— s. Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland
- Investitionen** 94 ff., 411, 416
— Direktinvestitionen 188
— Eigenkapitalausstattung 86
— Investitionshemmnisse 352 ff.
— Investitionsmotive 96
— Investitionsneigung 95
— öffentliche 109
— und Wettbewerbsfähigkeit 483
— voraussehbare Entwicklung 274 ff.
— Vorratsinvestitionen 100 f., 281 f.
- Investitionsförderung** 387 ff.
- Italien** 36, 268
- Japan** 35, 265, 311 f., 454 f., 461 ff.
- Kapazitätsauslastung** 115 f.
- Kapitalbildung** 406
- Kapitalimport** 186 ff.
- Kapitalkosten** 165, Anhang V. B.
- Kapitalmarkt** 208, 215 ff.
- Kapitalverkehr** 186 ff.
- Kernenergie** 439 f.
- Körperschaftsteuer** 239
- Konjunkturelle Entwicklung**
— in der Bundesrepublik 76 ff.
— in der Welt 1 ff., 260 ff.
— voraussehbare 255 ff.
- Konjunkturaler Haushalt** 247 ff., Anhang V. D.
- Kredit** 211 ff.
- Kreditzusagen** 214
- Kurzarbeit** 124
- Lehrlinge** 135
- Leistungsbilanz**
— s. Zahlungsbilanz
- Löhne**
— Abwertung 87, 410
— Effektivverdienste 90
— in den wichtigsten Industrieländern 4
— Lohndrift 90
— Lohnstückkosten 91, 146, 417
— Reallöhne 159
— Tariflöhne 87 ff., 409
— voraussichtliche Entwicklung 286 ff.
- Lohnpolitik** 4, 334 ff., 408 ff.
- Lohnquote** 164
- Lohnsteuer** 166, 168, 238
- Marktpolitik** 428 ff.

Monetäre Politik

— s. Geldpolitik

Nachfragestützung 295 ff.**Niederlande** 39, 269**Öffentliche Finanzen**

— Ausgaben 224 ff., 368

— Finanzierungssaldo 242 ff., 368, 376 f.

— Gemeindefinanzen 237

— Investitionen 109, 232 f., 350, 369, 386

— konjunkturbedingtes Defizit 244, 249 ff., 368, 370, 372, 383 ff.

— konjunkturelle Wirkungen 244 ff., 342 ff., 370, 377, 385

— konjunkturneutraler Haushalt 247 ff., Anhang V. D.

— Konsolidierung 248 ff., 367, 371 ff., 381 f., 384 ff.

— Normalverschuldung 251, 372

— Personalausgaben 231

— Steuereinnahmen 236 ff., 368

— Steuerpolitik 238 ff.

— Steuerrechtsänderungen 167 f., 238 ff., 253, 369, 398

— Strukturelles Defizit 244, 249 ff., 371 ff., 368, 372, 380 f.

— voraussehbare Entwicklung 291, 376 f., 379 ff., 385 f.

Öl 438**Österreich** 40, 269**Offene Stellen** 125, 137**OPEC-Staaten** 41 f., 51, 263**Preisentwicklung** 145 ff.

— Abwertung 145 ff., 151

— Baupreise 145, 153

— Einfuhrpreise 83, 146 ff., 152, 174

— in den wichtigsten Industrieländern 8, 13 f., 16, 26, 28, 35 ff., 262, 264 ff.

— in der Industrie 146, 149

— Kohle 149

— landwirtschaftliche Produkte 152, 156

— Mineralöl 145, 149, 438

— Nahrungsmittel 147, 156

— Rohstoffe 145, 147

— Verbraucherpreise 145, 154 f.

— voraussichtliche Entwicklung 289

Produktion 110 ff.

— Baugewerbe 112

— Gesamtwirtschaft 110

— verarbeitendes Gewerbe 111

— voraussehbare Entwicklung 283 f.

Produktionspotential 114 f., Anhang V. A.**Produktivität** 117 f.**Prognose** 255 ff.**Protektionismus** 61 f., 431 f.**Realeinkommen** 159, 171 f., 408**Reallohnposition** 165, Anhang V. B.**Recycling** 49 ff.**Renten** 169**Risikokapital** 86, 406, 485**Scheingewinnbesteuerung** 388, 390 ff., 407**Schweiz** 40, 269**Selbständige** 126**Sozialpolitik** 317 f.**Sozialversicherung** 91, 168, 226, 235, 369, 379**Sparquote** 105**Staatliche Nachfrage** 107 ff., 225 ff.**Staatsquote** 236**Staatsverschuldung** 211, 215, 242 ff., 368, 371 f.

— und Zinsen 228, 370, 372

Stahlmarkt 60, 430**Steueraufkommen** 236 ff.**Steuerquote** 238, 373, 375**Stille Reserve**

— s. Arbeitslosigkeit

Strukturwandel 76**Subventionen** 229

— s. Investitionsförderung

— Zinssubventionen 230

Tarifverträge 87 ff.**Teilzeitarbeit** 138 ff.**Terms of Trade** 4, 81, 87, 159, 173 ff., 185, 338, 409, 413, 415

Umlaufgeschwindigkeit des Geldes 193, 203 f., 209 f., 213, 402	Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland 78, 92, 173 ff., 442 ff.
Verbrauch, privater 103 ff., 288	— außenwirtschaftliche Anpassungsstrategien 486 ff.
Vereinigte Staaten 7 ff., 264, 308 ff.	— Importquoten 451 ff.
Vermögensbeteiligung 337 f., 416	— Investitionspotential 473 ff.
Volkseinkommen 159, 164	— Japan 454 f., 461 ff.
Vorausschätzung	— Produktsortimenteffekt 447, 449 f.
— s. Prognose	— realer Außenwert der D-Mark 173 ff., 457 f.
Wachstumspolitik 292 ff., 319 ff.	— regionaler Struktureffekt 447 f., 450
Wechselkursentwicklung 46, 145, 147 f., 150 f., 155, 173 ff., 182 ff., 205	— und Leistungsbilanz 445
— der wichtigsten Währungen 46, 173 ff.	— und Wechselkurse 442 f., 446, 456 ff.
— Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits 186 ff.	— Weltmarktanteile 446 ff., 457
— im Europäischen Währungssystem 63, 182 ff.	Wirtschaftspolitische Ziele 319 ff.
— reale Bewertung 44, 173 ff., 457 f.	Zahlungsbilanz 41 ff., 135 ff., 445
Welthandel 263	— der Entwicklungsländer 41, 45, 50, 263
Welttextilabkommen 61, 431	— der OPEC-Staaten 41, 42, 51, 263
Wettbewerbspolitik	— der wichtigsten Industrieländer 41, 43
— s. Marktpolitik	— Leistungsbilanz 135 ff.
	— Übertragungsbilanz 181
	Zentralbankgeldmenge 193 ff., Anhang V. C.
	Zinsen und Zinsstruktur 47 f., 85, 205, 207, 211, 216, 220, 404 ff.